THE UNIVERSITY

OF ILLINOIS

LIBRARY

335.5

So98Ip

1902-03

LABOR AND
IND. REL.

CENTRAL CIRCULATION BOOKSTACKS

The person charging this material is responsible for its renewal or its return to the library from which it was borrowed on or before the **Latest Date** stamped below. **You may be charged a minimum fee of $75.00 for each lost book.**

Theft, mutilation, and underlining of books are reasons for disciplinary action and may result in dismissal from the University.

TO RENEW CALL TELEPHONE CENTER, 333-8400

UNIVERSITY OF ILLINOIS LIBRARY AT URBANA-CHAMPAIGN

DEC 17 1996

FEB 06 1997

When renewing by phone, write new due date below previous due date. L162

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu München
vom 14. bis 20. September 1902.

Mit einem Anhang:

Bericht über die 2. Frauenkonferenz am 13. und 14. September in München.

Berlin 1902.
Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Th. Glocke in Berlin).

335.5
S098Ip
1902-03

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

IIIR
REMOTE STORAGE

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

1*

2403

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Truckſystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

beschlossen auf dem Parteitag zu Mainz 1900.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Partei-Vorstand beruft. Die Hälfte der Beisitzer wird von Denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Partei-Vorstand.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Betroffenen die Berufung an die Kontroll-Kommission und den Parteitag zu.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Partei-Vorstand, gegen die Kontroll-Kommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen wählen die Parteigenossen in den einzelnen Orten oder Reichstagswahlkreisen in zu diesem Zwecke berufenen Vereins- oder Partei-Versammlungen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Orten oder Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort dem Partei-Vorstande mitzutheilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen sofort eine Neuwahl vorzunehmen und ist das Resultat derselben entsprechend § 4 Abs. 2 dem Partei-Vorstande mitzutheilen.

§ 6. Da, wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Partei-Vorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Partei-Vorstand mit der Kontroll-Kommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Partei-Vorstand einzureichen, der dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Partei-Vorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Giltigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist eine Beschlußfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftsthätigkeit des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission sowie über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem der Partei-Vorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. auf einstimmigen Beschluß des Partei-Vorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontroll-Kommission.

Falls der Partei-Vorstand sich weigert, einem gestellten Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Partei-Vorstand.

§ 13. Der Partei-Vorstand besteht aus 7 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer, die berechtigt sind, sich gegenseitig zu vertreten, sowie 2 Beisitzern.

Die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassirers erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontroll-Kommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Partei-Vorstand seine Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu machen.

Der Partei-Vorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Partei-Vorstand oder die Kontroll-Kommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen.

Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein Anderer durch Verträge mit dem Partei-Vorstand oder der Kontroll-Kommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Partei-Vorstandes, der Kontroll-Kommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegirten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 14. Die Mitglieder des Partei-Vorstandes können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Der Partei-Vorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

§ 16. Scheidet ein Mitglied des Partei-Vorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontroll-Kommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Kontroll-Kommission.

§ 17. Zur Kontrollirung des Partei-Vorstandes, sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Partei-Vorstand, wählt der Parteitag eine Kontroll-Kommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Loos. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontroll-Kommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, so weit die Kontroll-Kommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontroll-Kommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzutheilen hat.

Auf Antrag der Kontroll-Kommission oder des Partei-Vorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 18. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt".

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans, sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden betheiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Partei-Vorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Partei-Vorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontroll-Kommission, der Partei-Vorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Abänderung der Organisation.

§ 19. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens $^3/_4$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tages-Ordnung des Parteitages.

Sonntag, den 14. September, Abends 7 Uhr:

Vorversammlung.

Konstituirung des Parteitags. Festsetzung der Geschäfts- und Tages-Ordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Montag, den 15. September, und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: J. Auer und A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: E. Rosenow.
4. Die bevorstehende Reichstagswahl. Berichterstatter: A. Bebel.
5. Arbeiterversicherung. Berichterstatter: H. Molkenbuhr.
6. Kommunalpolitik. Berichterstatter: Dr. Lindemann.
7. Der internationale Arbeiterkongreß 1903. Berichterstatter: P. Singer.
8. Maifeier. Berichterstatter: R. Fischer.
9. Anträge zum Programm und zur Organisation.
10. Sonstige Anträge.
11. Wahl des Vorstandes und der Kontrolleure.

Sitzungszeit des Parteitages:

Vormittags 8½ bis 12 Uhr, Nachmittags 2½ bis 7 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Singer-Berlin. — Vollmar-München.

Schriftführer:

Burkhardt-Zittau.
Ernst-Berlin.
Frau Greifenberg-Augsburg.
Keil-Stuttgart.
Meist-Köln.
Rau-Mühlheim.
Stubbe-Hamburg.
Thomas-Altona.
Witti-München.

Mandats-Prüfungs- und Neuner-Kommission:

Böhle-Straßburg.
Ebert-Bremen.
Hengsbach-Köln.
Säckler-Schweinfurt.
Schöpflin-Leipzig.
Stücklen-Altenburg.
Frau Thiel-Tempelhof.
Vetters-Gießen.
Wolderski-Berlin.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Partei-Vorstandes.

Wenige Tage nach Schluß des vorjährigen Parteitags in Lübeck kam aus Leipzig die erschütternde Nachricht, daß unser unvergeßlicher Genosse und Mitkämpfer Dr. Bruno Schoenlank für immer die Augen geschlossen hat.

Die Folgen übermäßiger geistiger Anstrengung und wohl auch vorhandene körperliche Disposition hatten den unermüdlichen Genossen schon Monate lang vorher gezwungen, seine Dienste im Interesse der Partei einzustellen und eine Heilanstalt aufzusuchen. Am 30. Oktober vorigen Jahres kam von dort die Nachricht, daß der Erlöser Tod sich eingestellt, das wackere Herz unseres Genossen und Vorkämpfers für immer zu schlagen aufgehört hat. Ein von den Leipziger Genossen veranstaltetes großartiges Begräbniß, an dem sich Zehntausende von Theilnehmern betheiligten, und wozu Delegationen und Kranzspenden aus allen Gauen Deutschlands gesandt waren, zeigten, welcher Liebe und Verehrung sich der Verstorbene in den sozialdemokratischen Kreisen erfreute.

Leider hat auch sonst im letzten Jahre der Tod manchen braven und in weiteren Kreisen bekannten Genossen aus unserer Mitte fortgerissen. Um nur einige zu nennen, sei hier daran erinnert, daß der Bergarbeiter-Verband seinen langjährigen Vorsitzenden und Mitbegründer, Heinrich Möller, verloren hat. Eine in der schweren Berufsarbeit zugezogene schleichende Krankheit hat der unermüdlichen Thätigkeit des Verstorbenen ein vorzeitiges Ziel gesetzt. In tragischer Weise endeten die Genossen Karl Schoch in Magdeburg und Wilhelm Swienty, der Schwiegersohn Liebknechts. Schoch, der besonders in der Gewerkschaftsbewegung thätig war, verunglückte bei seiner Thätigkeit für die Arbeiterbewegung, indem er auf dem Wege war, seine Berufskollegen (Maurer) zu einer Sitzung zusammen zu holen. Er wurde von einem Motorwagen der Straßenbahn überfahren und erlitt dabei einen Genickbruch, der seinen sofortigen Tod im Gefolge hatte.

Wilhelm Swienty, früher rednerisch und schriftlich für die Organisation seiner Berufsgenossen (Handlungsgehilfen) thätig, war in die Redaktion des Halleschen Parteiorgans eingetreten. Wegen Preßvergehens wiederholt mit längerer Gefängnißhaft bestraft, war unser Genosse erkrankt. Er mußte sich schwerer Operationen unterziehen. In einem Fieberanfall stürzte der Unglückliche in einem unbewachten Augenblicke aus dem Fenster der dritten Etage in den Hof und verletzte sich dabei so schwer, daß er bereits auf dem Transport nach dem Krankenhause verschied. Nach langem Leiden hat auch der Genosse Manfred Wittich für immer die Augen geschlossen. Wittich war schon in der Zeit vor dem Sozialistengesetz in den Reihen der sächsischen Genossen und speziell in Leipzig schriftlich und rednerisch für die Partei thätig.

Diese Thätigkeit setzte er unter dem Sozialistengesetz fort, und er blieb derselben treu, bis der Tod den beredten Mund schloß und dem Genossen die Feder aus der Hand nahm. Die Arbeiter in Magdeburg, Halle und Leipzig erschienen zu Tausenden, um den Verstorbenen am offenen Grabe den Tribut der Achtung und Liebe zu zollen.

Neben den Genannten, denen noch die Namen vieler anderer ebenso braver, nur vielleicht in weiteren Parteikreisen weniger bekannter verstorbener Parteigenossen anzufügen wären, haben im letzten Jahre auch unsere weiblichen Parteimitglieder eine ihrer eifrigsten Agitatorinnen durch den Tod verloren. Genossin Eichhorn ist in Dresden nach längerem Siechthum an den Folgen der Proletarierkrankheit verstorben. Die Verstorbene war ihrem Manne, als dieser unter dem Sozialistengesetz auf Grund des kleinen Belagerungszustandes aus Leipzig ausgewiesen war, gefolgt. Die Entrüstung über das erlittene Unrecht und über die Brutalität, mit der die herrschende Gewalt die Emanzipationsbestrebungen der arbeitenden Klasse zu unterdrücken versucht, trieb die Genossin, die vor der Ausweisung ihres Mannes nie öffentlich aufgetreten war, auf die Rednertribüne zum lauten Protest gegen alles Unrecht. Aus der bis dahin stillen Hausfrau war durch die Ausweisung eine beredte und begeisterte Vorkämpferin im Befreiungskampf des Proletariats geworden.

Auch eine Wirkung des Schandgesetzes, an die dessen Schöpfer bei Erlaß desselben wohl nicht gedacht haben.

Soeben, wo wir im Begriffe sind, diesen Bericht in den Druck zu geben, erfahren wir, daß Max Kegel, der Dichter des Proletariats, in München aus dem Leben geschieden ist. Seit seiner frühesten Jugend zählte der Verstorbene zu den begeistertsten Anhängern unserer Partei, für deren Presse er in Prosa und Dichtung thätig war. Kegel war Mitbegründer und Mitarbeiter fast aller Partei-Witzblätter, er zählte zu den ältesten Mitarbeitern vom „Wahren Jakob". Sohn eines sächsischen Proletariers, ist er der Partei des Proletariats ein treuer Anhänger geblieben, bis der Tod unverhofft und allzu früh ihm die Augen schloß.

* * *

Mit dem bevorstehenden Abschlusse neuer Zoll- und Handelsverträge seitens des Deutschen Reiches mit den anderen Nationen haben sich mehr oder minder eingehend bereits unsere letzten Parteitage in Stuttgart, Mainz und Lübeck beschäftigt.

Nachdem feststand, daß der neue Zolltarif und die auf Grund desselben abzuschließenden Handelsverträge wesentliche Erhöhungen der Zollpositionen und vor Allem eine ganz unerhörte Steigerung der Zölle auf die nothwendigsten Lebensmittel, besonders auf Brod und Fleisch, bringen werden, beschloß der vorjährige Parteitag in Lübeck die Agitation gegen diesen geplanten Raubzug am Volke in umfassendster Weise in Angriff zu nehmen. In tausenden von Versammlungen in allen Theilen des Reiches wurde Protest gegen die Hungerzölle erhoben und in den schärfsten Resolutionen Stellung gegen den Versuch genommen, unter der Maske des „Schutzes der nationalen Arbeit" die Konsumenten, und vor Allem die arbeitende Bevölkerung, zu Nutz und Frommen weniger Tausend Großgrundbesitzer und Schlotjunker in schamlosester Weise durch künstliche Vertheuerung der unentbehrlichsten Lebens- und Genußmittel auszubeuten.

Neben dieser mündlichen Agitation wurde eine ebenso umfassende schriftliche Agitation, besonders durch Flugblätter, inszenirt. Ein vom Vorstand herausgegebenes illustrirtes Flugblatt wurde in Millionen Exemplaren bis in die letzten Dörfer des Reiches verbreitet. Ebenso wurden der Leitung der Frauenbewegung die Mittel zur Herstellung und Verbreitung eines vor Allem für die

Frauen bestimmten Flugblattes gegen den Zollwucher zur Verfügung gestellt. Dieses Flugblatt ist in einer Auflage von 400 000 Exemplaren hergestellt worden und von den Genossinnen zur Verbreitung gelangt. Neben dieser von der Zentralstelle ausgehenden Agitation gegen den Zollwucher lief eine ebenso umfassende Thätigkeit unserer einzelnen Landes- und Provinzialorganisationen her. Flugblätter, die in ganz Deutschland Verbreitung und Anklang finden sollen, können sich fast immer nur in allgemeinen Ausführungen bewegen, sind aber nicht im Stande, den lokalen und provinziellen Verhältnissen genügend Rechnung zu tragen. So hat z. B. das Flugblatt: „Was uns die Junker kosten?", das in Ostelbien vorzüglich wirkte, in Süd- und Westdeutschland weniger angesprochen, weil man eben dort die Schandwirthschaft der Junker und Großgrundbesitzer glücklicher Weise aus eigener Anschauung weniger kennt. Die Landes-, Provinzial- und Kreisorganisationen haben deshalb ihren Verhältnissen angepaßte Flugschriften gegen den geplanten Brodwucher selbstständig herausgegeben und dazu, wo es nothwendig war, Beihilfen aus der Zentralkasse erhalten. Der Erfolg dieser Agitation zeigte sich einmal in den Ausbrüchen maßloser Wuth in den Organen der Zollwucherparteien über die „gewissenlose Hetzerei der Sozialdemokraten", dann aber in der großartigen Betheiligung aller Volksschichten an der von unserer Partei in Szene gesetzten Massenpetition gegen die beabsichtigten Zollerhöhungen und besonders gegen die Wucherzölle auf die nothwendigsten Lebensmittel.

Am 23. November vorigen Jahres war der neue Zolltarif-Entwurf dem Reichstage zugegangen und schon in der Nr. 282 des „Vorwärts" vom 3. Dezember 1901 fand sich folgende Bekanntmachung:

Der Millionenprotest gegen den Wucher- und Hungertarif wird heute dem Reichstag zugehen. Die etwa 15 Zentner wiegenden Petitionsballen werden mit folgendem Anschreiben dem Reichstagsbüreau überliefert werden:

Der unterzeichnete Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags beehrt sich, anbei eine laut beiliegendem Verzeichniß mit

3 431 784 Unterschriften

versehene gegen jede Erhöhung der Lebensmittelzölle gerichtete Petition ergebenst zu überreichen.

Berlin, 3. Dezember 1901.

Auer. Bebel. Meister. Pfannkuch. Singer.

An den Reichstag

Berlin.

Noch nie, seit Bestehen des Reichstags, ist demselben eine Massenpetition mit so zahlreichen Unterschriften zugegangen. Neben dieser gewaltigen Thätigkeit im Kampfe gegen die Wucherpolitik wurde aber die propagandistische Arbeit auf anderen Gebieten keineswegs zurückgestellt. Besonders energisch betheiligten sich unsere Genossen im verflossenen Winter an der von den gewerkschaftlichen Organisationen vorgenommenen Arbeitslosenzählung und bekundeten so an einem praktischen Beispiel die Solidarität der politisch und gewerkschaftlich organisirten Arbeiter. Der mit der Arbeitslosenzählung verfolgte Zweck, die öffentliche Aufmerksamkeit auf diesen Uebelstand zu lenken und Staat und Kommune zu veranlassen durch Bereitstellung von Mitteln die Beschäftigung der Arbeitslosen zu ermöglichen und so großem Elend und Hilflosigkeit zu steuern, fand auch nachdrücklichste Unterstützung seitens unserer Parteivertreter im Reichstag und in den einzelnen Landtagen und in den Kommunalvertretungen.

Diese Schärfung des bürgerlichen Gewissens dem zahlenmäßig aufgedeckten Nothstand gegenüber, wurde von einem Theile der bürgerlichen Presse zwar mit dem üblichen Gejammer über „demagogische Hetzerei" beantwortet, vielfach wurde

aber doch zu mehr oder minder praktischen Auskunftsmitteln gegriffen und damit der Nothstand, wie wir ihn gelegentlich früherer allgemeiner Arbeitslosigkeit kennen gelernt haben, in etwas gemildert.

Die sozialdemokratische Mehrheit in der Offenbacher Stadtverordneten-Versammlung bewilligte unter tumultuösem Widerspruch der bürgerlichen Minorität in zwei Raten Mk. 80 000 zur Beschäftigung Arbeitsloser.

Daß auch sonst die Agitations- und Aufklärungsarbeit in unermüdlichster Weise betrieben wurde, beweist ein Blick in den Annoncentheil unserer Parteipresse auf die dort angezeigten Versammlungen. Wenn trotzdem immer wieder Klagen darüber laut werden, daß der oder jener gewünschte Redner nicht nach diesem oder jenem Orte gekommen ist, so werden diese Beschwerden wohl auch niemals verstummen, obwohl ihnen eine sachliche Berechtigung nicht zuerkannt werden kann. Die Zahl der Orte, in denen der oder jener bekannte Parteiredner noch nicht gesprochen hat, ist zu groß, als daß all' den in dieser Beziehung laut werdenden Wünschen auch nur annähernd nachgekommen werden könnte.

* * *

Daß auch im abgelaufenen Parteijahre unserer agitatorischen Thätigkeit von den öffentlichen wie privaten Gewalten alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt wurden, bedarf wohl kaum des besonderen Hervorhebens. Versammlungsverbote aus den nichtigsten Gründen und Versammlungsauflösungen unter vollständiger Nichtachtung der bezüglichen gesetzlichen Vorschriften sind alltägliche Erscheinungen. Beschwerden gegen diese Willkür, wenn die Genossen es der Mühe werth hielten, solche zu erheben, haben zwar in einzelnen Fällen Erfolg gehabt, aber in der Regel erfolgten die Entscheidungen der oberen Instanzen so spät, daß der mit dem Verbot oder der Auflösung angerichtete Schaden dadurch nicht mehr verhindert ward. Wie wenig ernst gemeint in vielen Fällen aber die unteren Behörden die Entscheidungen der oberen Instanzen nehmen, beweist der Umstand, daß dieselben Organe der Staatsgewalt bei nächster Gelegenheit sich nicht scheuen, gegen unsere Versammlungen und Redner in derselben unzulässigen Weise wieder vorzugehen, wegen der sie erst gerügt worden sind. Die Ansicht ist eben weit verbreitet, daß beim schneidigen Vorgehen gegen die Umstürzler man sich um die Zwirnsfäden der gesetzlichen Vorschriften nicht viel zu bekümmern brauche.

Neben den direkten Verboten hat man unsere Agitation besonders durch das Mittel der Saalabtreiberei und der Einschüchterung der Lokalbesitzer zu beeinträchtigen versucht. Ein sehr beliebtes Mittel, unseren Genossen die Lokale für ihre Versammlungen abzutreiben, ist auch die Verhängung des Militärboykotts. Dabei wäre es ein Irrthum, anzunehmen, daß dieser Boykott etwa nur Gültigkeit für das aktiv im Dienste stehende Militär hat. Derselbe erstreckt sich auch auf die Mitglieder der Kriegervereine, so daß er sich wirksam zeigt selbst an Orten, wo gar kein Militär vorhanden ist. Die Vernichtung jedes männlichen Unabhängigkeitsgefühls, wie sie das nothwendige Ergebniß des militärischen Drills sein muß, wirkt im bürgerlichen Leben noch so sehr nach, daß die in Kriegervereinen verbundenen ehemaligen Soldaten sich vorschreiben lassen, welche öffentliche Lokale sie besuchen dürfen und welche nicht. Besonders wird diese Praxis im Königreich Sachsen geübt, wie denn die dort herrschende Reaktion überhaupt nur ihre Erklärung in der unglaublichen politischen Feigheit weitester bürgerlicher Kreise findet.

Es ist natürlich unmöglich, alle die kleinlichen Chikanen und Nadelstiche, die im Laufe des Jahres gegen unsere Genossen zur Anwendung kommen, in dem Berichte zu erwähnen, wohl aber mag hier ein Verzeichniß einiger der Gründe wieder gegeben sein, auf die hin in Sachsen Versammlungen aufgelöst und verboten worden sind. Unser jüngstes sächsisches Parteiblatt plaudert darüber in folgender launiger Weise:

„Aufgelöst kann in Sachsen eine Versammlung werden, wenn der Redner in „schreiendem" Tone Mißstände bespricht (Reichenbach i. V.),

wenn es dem überwachenden Beamten an den Beinen friert (Plauenscher Grund),

wenn vom Teufel gesprochen wird (Plauenscher Grund),

wenn die Zuhörer dem Redner Beifall spenden bei einer Wortentziehung (Mittweida),

wenn dem Beamten die Versammlung zu lange dauert (Naußlitz),

wegen Auflehnens gegen die Behörde (Hartha) u. s. w.

Gleich von vornherein kann eine Versammlung verboten werden, wenn der Redner vorbestraft ist (Mittweida, Waldheim, Limbach, Falkenstein, Oelsnitz i. V.),

weil die Tagesordnung eine Beleidigung eines Landtagsabgeordneten enthält (Pegau),

weil die Volksleidenschaften aufgestachelt werden können (Grimma),

weil aus der Tagesordnung der Zweck der Versammlung nicht ersichtlich ist (Reichenbach),

weil die Behörde über die Verhandlungen des Gewerkschafts-Kongresses nicht informirt ist, Verbot des betr. Tagesordnungspunktes (Brandis),

weil die Behörde keine Zeit hat, sich nach dem Einberufer zu erkundigen (Meißen),

weil die Amtshauptmannschaft in ihrem eigenen Bezirk nicht genau Bescheid wußte (Rochlitz-Taura),

weil die Polizei des Ortes zur Ueberwachung nicht ausreicht (Ottendorf-Okrilla),

weil über das Thema nicht gesprochen werden darf (Plauenscher Grund),

weil Landestrauer angeordnet ist (Löbau),

weil der Nachweis nicht erbracht ist, daß der Besitzer des Versammlungsplatzes seine Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung ertheilt hat (Oberkunnersdorf).

Daß mit allen diesen kleinlichen Maßnahmen die Ausbreitung unserer Bewegung auch in Sachsen nicht gehemmt wird, dafür spricht in drastischer Weise der Ausfall der Nachwahl zum Reichstag im 10. sächs. Wahlkreise; das immer stärkere Eindringen unserer Vertreter in die sächsischen Gemeindevertretungen und wird am deutlichsten sprechen der Ausfall der im nächsten Jahre stattfindenden Reichstagswahlen.

Ein Beispiel für die Wirkungslosigkeit der Nadelstichpolitik mag hier noch angeführt sein. Seit Jahren feiern die Leipziger Genossen ihr Gewerkschaftsfest in einem großen Gartenlokal in Stötteritz. In früheren Jahren wurde dieses Fest durch behördliche Eingriffe wenig gestört, heuer beliebte es nun der Amtshauptmannschaft, eine Verfügung zu erlassen, nach der die Erhebung von Eintrittsgeld und die Aufführung von Theaterstücken untersagt wurde. Der Zweck dieser Verfügung ist eben so klar, wie an deren gesetzliche Zulässigkeit Zweifel erlaubt sein werden. Unsere Leipziger Genossen ließen sich aber den Humor nicht verderben. Sie machten mit der Veröffentlichung des Verbotes der Erhebung von Eintrittsgeld zugleich bekannt, daß natürlich auch in diesem Jahre, wie in allen früheren, ein „Gedenkblatt" herausgegeben werde und forderten die Arbeiter auf, dasselbe schon vorher zu kaufen, damit in dem Vertrieb auf dem Festplatz die Behörde keine „Umgehung des amtshauptmännlichen Verbotes" erblicken könne. Dieser zarte Wink fand volles Verständniß bei den Arbeitern. Das Gedenblatt wurde in einer Auflage verkauft, wie noch nie vorher, der Festplatz war ungeheuer besucht und das Fest selbst, auf dem Genosse Singer die Festrede hielt, verlief in glänzendster Weise. Der amtshauptmannschaftliche Erlaß scheint auch von der Kreishauptmannschaft als ein Schlag ins

Wasser erkannt worden zu sein, denn in letzter Stunde hob diese Oberbehörde den Erlaß auf, so daß auf dem Festplatz Entree wie sonst erhoben werden konnte. Die Reaktion kann das satte Bürgerthum einschüchtern, am klassenbewußten Proletariat scheitern aber alle staatsretterischen Pfiffe.

Aehnlich wie in Sachsen verfährt die Reaktion in einigen mitteldeutschen Kleinstaaten. Das Nichtvorhandensein gesetzlicher Vorschriften über das Vereins- und Versammlungswesen, das früher nach dem Grundsatze: „Was nicht verboten, ist erlaubt", zu vollständiger Vereins- und Versammlungsfreiheit in diesen kleinen Staatswesen geführt hatte, wird jetzt von Ministerien und unteren Behörden dazu benützt, um auf dem Wege der Verordnungen das Versammlungsrecht in willkürlichster Weise zu beschränken. Die Bezichtigung ein „aufreizender" Redner zu sein, genügt in Weimar und Schwarzburg-Rudolstadt, um dem Betreffenden das Auftreten in öffentlichen Versammlungen unmöglich zu machen. Hoffentlich geben bei den nächsten Reichstagswahlen unsere Thüringer Genossen darauf die gebührende Antwort.

* * *

Hatten wir im vorigen Jahre die traurige Aufgabe, von dem Hinscheiden unseres unvergeßlichen Genossen W. Liebknecht Akt nehmen zu müssen, so können wir dieses Mal auf einen Akt der Pietät verweisen, der aufs Neue beweist, wie tief die Liebe und Verehrung für den Alten in den Herzen der arbeitenden Bevölkerung Platz gefaßt hat. Bald nach dem Begräbniß Liebknechts erließen die Vertrauenspersonen des VI. Berliner Reichstagswahlkreises einen Aufruf zur Sammlung eines Denkmals-Fonds. Am 1. Osterfeiertag dieses Jahres wurde dieser Denkstein auf der Ruhestätte des Verstorbenen enthüllt. Trotz bitterer Kälte und ungestümen Wetters fanden sich Tausende am Grabe ein, um an der würdigen Feier Theil zu nehmen.

* * *

Ueber die parlamentarische Thätigkeit unserer Vertreter im Reichstag finden die Genossen eine zusammenhängende Schilderung in dem Jahresbericht der Reichstagsfraktion. Aehnliche, mehr oder weniger umfängliche Berichte, haben auch die Fraktionen der einzelnen Landesvertretungen veröffentlicht. Als eine charakteristische Erscheinung darf es wohl bezeichnet werden, daß in den Landtagen der drei Mittelstaaten Bayern, Baden und Hessen, angeregt durch unsere Genossen, die Reform und Erweiterung des Landtagswahlrechts auf die Tagesordnung gestellt worden und in eingehendster Weise darüber verhandelt worden ist. Positive Erfolge sind zwar in keinem der drei Landtage erzielt worden, da die Regierungen und die herrschenden Parteien mit allen versteckten Mitteln sich gegen eine Erweiterung des Wahlrechtes zu Gunsten der Arbeiter spreizen. Aber die Frage steht einmal auf der Tagesordnung der betreffenden Landtage und im Volke sind für dieselbe so tiefgehende Sympathien vorhanden, daß offen als Gegner dieser Reform sich zu bekennen keine bürgerliche Partei mehr den Muth findet. Die Wahlreform kann zwar verzögert, aber sie kann nicht mehr verhindert werden. Dafür bürgt uns die Stimmung der breiten Massen in Süddeutschland und das Geschick und die Energie, mit der unsere Genossen in und außerhalb der Parlamente die Interessen derselben wahrzunehmen wissen. Die Erfolge aber, die unsere Genossen in Süddeutschland erringen, sie bleiben nicht ohne Rückwirkung im übrigen Deutschland. Die sächsischen Reaktionäre werden ihres Sieges beim Wahlrechtsraub so wie so nicht froh. Ist es auch gelungen, den letzten Vertreter der Sozialdemokratie, der stärksten Partei Sachsens, aus dem Landtag hinaus zu drängeln, unsere Partei nimmt dafür Revanche bei den Reichstagswahlen. Die Konservativen besetzen die frei gewordenen Plätze der Sozialdemokraten im Landtag, die Liberalen aber, die so redlich bei der Wahlentrechtung der Arbeiter mitgeholfen haben, sie sehen sich um den erhofften Lohn für ihre reaktionäre Handreichung schmählich hinter-

gangen. Im Reichstag von den Sozialdemokraten, im Landtag von ihren konservativen Freunden verdrängt, bleibt den sächsischen Liberalen nichts wie Spott und Hohn von allen Seiten, und sie stehen da und jammern wie die Lohgerber, denen die Felle fortgeschwommen sind.

Die im nächsten Jahre in Preußen stattfindenden Landtagswahlen werden zeigen, ob die preußischen Liberalen an dem Schicksal ihrer sächsischen Freunde etwas gelernt haben oder nicht. Entsprechend den Beschlüssen der Parteitage in Hamburg, Hannover und Mainz werden sich unsere Genossen in Preußen mit aller Energie an den nächsten Landtagswahlen betheiligen. Ist auch bei dem elenden Dreiklassenwahlsystem nur geringe Aussicht, daß unsere Genossen die Majorität der Wahlmänner in einigen Kreisen durchbringen, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß unsere Partei stark genug ist, so viel Wahlmänner in einer Reihe von Kreisen durchzubringen, daß bei diesen die Entscheidung liegt. Bleibt der Liberalismus auch in dieser Situation dennoch bei seiner alten Parole: „Lieber Lucius als Kapell"! stehen und hilft er so mit verhindern, daß auch Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiter in das Dreiklassen-Parlament einziehen, dann werden unsere Genossen in den Kreisen, wo von ihren Wahlmännern die Entscheidung abhängt, die nothwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen wissen. Gelingt es aber bei der nächsten Wahl, einige unserer Parteivertreter auch in den preußischen Landtag zu bringen, dann werden diese dafür Sorge tragen, daß auch in diesem Parlamente die Frage der Wahlreform im Sinne der Einführung des allgemeinn, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auf die Tagesordnung gestellt wird und bis zu seiner Verwirklichung von dieser nicht mehr verschwindet.

* * *

Als auf einen hochbedeutsamen Vorgang in den Reihen der klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft verdient an dieser Stelle auch auf den vierten Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten in Stuttgart, hingewiesen zu werden. Der Kongreß war zahlreicher besucht wie alle seine Vorgänger, und welche Bedeutung die gewerkschaftliche Bewegung trotz aller Verfolgungen durch Behörden und Unternehmer in Deutschland erlangt hat, dafür zeugt wohl in glänzendster Weise die Beachtung, die die Verhandlungen des Kongresses in der gesammten deutschen Presse gefunden haben. In wie hohem Ansehen die deutsche Gewerkschaftsbewegung bei den Arbeitern des Auslandes steht, das zeigen die Delegationen, die aus fast allen europäischen Ländern zu den Verhandlungen erschienen waren.

Als ein Zeichen der Zeit darf es wohl auch registrirt werden, daß — zum ersten Male in Deutschland — das Reichsamt des Innern und das Königl. Ministerium des Innern von Württemberg sich auf diesem Kongresse klassenbewußter Arbeiter durch höhere Beamte vertreten ließen.

Die Verhandlungen des Kongresses waren in allen Stadien von Sachkenntniß und tiefem Ernst getragen, zugleich aber brachten sie aufs Neue den vollen Beweis, daß unter den klassenbewußten deutschen Arbeitern vollständige Einigkeit herrscht. Die Hoffnungen auf eine Spaltung zwischen den gewerkschaftlich und politisch organisirten Arbeitern sind elend zu Schanden geworden, darüber haben die Verhandlungen in Stuttgart auch keine Spur von Zweifel mehr übrig gelassen.

Dieser geschlossenen Einigkeit gegenüber ist es von doppeltem Interesse, die Kämpfe in den sogenannten christlichen Gewerkschaften zu beobachten, die wohl als ein sicheres Anzeichen dafür gelten können, daß weite Kreise dieser Arbeiterschichten es satt haben, sich fernerhin als willenloses Stimmvieh für kirchliche und Unternehmer-Interessen mißbrauchen zu lassen.

* * *

Internationales. Zum 30. Dezember 1901 war vom internationalen sozialistischen Bureau eine Sitzung der Bureau-Mitglieder nach Brüssel ein-

berufen. Von unserer Seite nahmen die Genossen P. Singer und K. Kautsky an den Verhandlungen Theil. Neben anderen wichtigen Beschlüssen fand auch ein von Singer und Kautsky beantragter Protest gegen die Germanisirungsversuche Preußisch-Polens und gegen die barbarischen Thaten Englands in Transvaal einstimmig Annahme. Außer Deutschland waren auf der Konferenz vertreten die sozialdemokratischen Arbeiter von England, Frankreich, Holland, Polen, Belgien, der Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Republik Argentinien. Ihre Zustimmung sandten die Arbeiterparteien von Dänemark, Oesterreich, Italien und Spanien.

Zum österreichischen Parteitag in Wien delegirte der Vorstand die Genossen A. Bebel und Franz Erhard, die dort freundlichste Aufnahme fanden. Der von der Arbeiterpartei Belgiens im Laufe dieses Frühjahrs inszenirte Generalstreik zur Erringung des gleichen Stimmrechts begegnete in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie der größten Sympathien. Nach dem Grundsatze: wer schnell giebt, giebt doppelt, sandte der Parteivorstand sofort, nachdem die Proklamirung des Generalstreiks erfolgt war, 10,000 Mk. an die belgische Parteileitung und eröffnete eine Sammlung zur weiteren Unterstützung unserer belgischen Genossen. Da diese mittlerweile den Kampf aufgeben mußten, wurde die Sammlung eingestellt, von den Erträgnissen derselben aber noch 5000 Mk. abgesandt. Der Londoner kommunistische Arbeiter-Bildungs-Verein erließ an den Vorstand der Partei eine Einladung zur Feier der Einweihung seines neuen Heims in 107 Charlotte Street, Fitzroy Square, W. London.

Der Vorstand ersuchte den altbewährten Genossen Fr. Leßner, die deutsche sozialdemokratische Partei bei der Feier zu vertreten.

* * *

Wahlen. Seit dem letzten Parteitag war die Partei in 13 Reichstagswahlkreisen an nothwendig gewordenen Nachwahlen betheiligt. Schon während der Parteitag noch in Lübeck tagte war die Wahlagitation im Kreise Wiesbaden im vollen Gange und das Resultat der Hauptwahl am 26. November entsprach durchaus den Anstrengungen, die unsere Genossen gemacht hatten. Trotzdem alle im Kreise vertretenen Parteien Kandidaten zur Hauptwahl aufgestellt hatten, gelang es unseren Genossen 1500 Stimmen mehr aufzubringen wie bei den allgemeinen Wahlen 1898. Mit 9500 Stimmen kam Genosse Dr. M. Quarck mit dem freisinnigen Gegner, auf den 6400 Stimmen gefallen, in die Stichwahl, bei der dann der Freisinn mit 14 902 gegen 11 346 Stimmen den Sieg davon trug. Zentrum, Nationalliberale und Bund der Landwirthe hatten sich mit den Freisinnigen vereinigt und so den Wahlkreis noch einmal für die „Ordnungsparteien" gerettet. Die Entscheidung bei den Stichwahlen lag in den Wahlkreisen Schweinitz-Wittenberg und Schaumburg-Lippe in den Händen unserer Genossen. In beiden Kreisen standen Freisinnige gegen konservativ-antisemitisch-agrarische Kandidaten in Stichwahl. Unsere Genossen, die im ersten Wahlgange in beiden Kreisen einen bedeutenden Stimmenzuwachs erzielt hatten, entschieden sich bei der Stichwahl für die freisinnigen Kandidaten als das „kleinere Uebel" zu stimmen und besiegelten damit die konservativen Niederlagen. — Einen glänzenden Erfolg errangen unsere Genossen bei der Nachwahl in Döbeln (X. sächsischer Wahlkreis). Der Wahlkreis Döbeln-Roßwein war früher im Besitze der Forschrittspartei, ging dann zu den Nationalliberalen über, die ihn dann an die konservativen Agrarier verloren, bei der letzten Wahl ihn aber wieder erobert hatten. Unsere Genossen haben seit der Wahl 1890 jedes Mal in der Stichwahl um den Sieg gerungen, unterlagen aber auch 1898 noch, wenn auch mit geringer Minderheit, der vereinigten Reaktion. Dieses Mal ist es nun gelungen, sämmtliche Brodwucher-Parteien gleich im ersten Wahlgang zu schlagen. Auf unseren Kandidaten fielen 11 781 Stimmen, während die Gegner es nur auf 11 459 Stimmen brachten.

Mit dem Sieg in Döbeln-Roßwein hat unsere Partei in Sachsen mehr als die Hälfte der dortigen Reichstagswahlkreise erobert. Der Wahlkreis Döbeln ist ein stark agrarischer Kreis fast ohne Großindustrie; die Wahl unseres Kandidaten ist deshalb um so vernichtender für die Zollbrodwucherer, kann aber auch als Beweis dafür gelten, wie die sächsischen Arbeiter bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen für die Entrechtung bei den Landtagswahlen quittiren werden.

Unsere ost- und westpreußischen Genossen waren bei den Nachwahlen in Rastenburg-Gerdauen und in Elbing-Marienburg betheiligt. In beiden Wahlkämpfen behaupteten unsere Genossen glänzend die Stellung der Partei, in Elbing sogar mit einem nennenswerthen Stimmenzuwachs, und bewiesen damit, daß es sich bei dem Aufschwung, den unsere Partei bei den letzten allgemeinen Wahlen in den Ostprovinzen zeigte, keineswegs um ein Strohfeuer handelte, wie die verblüfften Gegner gerne glauben machen wollten. —

Die Nachwahl in Hadersleben (Nordschleswig) brachte für unseren Kandidaten einen Zuwachs von 145 Stimmen und damit den Beweis, daß unsere wenigen Genossen, die wir in diesem für unsere Bewegung wenig zugänglichen und von nationalen Kämpfen erfüllten Kreise haben, mit unermüdlichem Fleiße und nicht ohne Erfolg thätig sind.

Weniger erfreulich war das Ergebniß der Nachwahl in dem Kreise Saarbrücken. In diesem hochindustriellen Wahlkreise mit Tausenden von Berg-, Hütten- und Fabrikarbeitern brachte es unser Kandidat nur auf einige hundert Stimmen, so daß der nationalliberale Vertreter, dessen erste Wahl wegen grober Wahlmogeleien vom Reichstag kassirt worden war, das Mandat wieder behauptete.

Im hannoverschen Wahlkreis Celle-Gifhorn brachten unsere Genossen beinahe 1000 Stimmen mehr auf als bei der Hauptwahl 1898. Für den stark ländlichen Wahlkreis ein sehr erfreuliches Resultat. Am 20. März d. J. fand in Breslau die Ersatzwahl für den verstorbenen Schoenlank statt. Volle fünf Monate haben die zuständigen Behörden es verstanden, diese Wahl hinaus zu schieben. An dem voraus zu sehenden Resultat der Wahl wurde durch diese Verzögerung aber nichts geändert. Mit 14 689 Stimmen wurde Genosse E. Bernstein an Stelle Schoenlanks im ersten Wahlgange gewählt.

Ein sehr erfreuliches Wachsthum unserer Partei zeigte auch die Ersatzwahl im oberfränkischen Wahlkreis Bayreuth. Unser Kandidat Hugel kam dort mit relativer Mehrheit von 5498 Stimmen mit dem nationalliberalen Kandidaten in die Stichwahl bei der letzterer, durch Unterstützung der Agrarier und Freisinnigen mit knapper Mehrheit Sieger blieb. — Bei der durch den Tod des Führers des Zentrums, Dr. Lieber, nothwendig gewordenen Nachwahl im 3. nassauischen Wahlkreise St. Goarshausen-Nassau behauptete unsere Partei ihre Position, die in diesem Kreise allerdings noch eine sehr schwache ist.

Das Facit aller dieser Nach- und Ersatzwahlen kann also dahin gezogen werden, daß unsere Partei fast überall im Fortschreiten begriffen, ihren Besitzstand behauptet und neues Terrain gewonnen hat. Alle unsere Erfolge haben wir aus eigener Kraft und ohne fremde Hilfe errungen, während unsere Genossen aus freiem Entschlusse überall zu Gunsten der liberalen Richtung eingriffen, wo diese im Kampfe mit der konservativen und agrarischen Reaktion sich befand.

Die Landtagswahlen, die im Laufe des letzten Jahres stattfanden, haben nennenswerthe Veränderungen im Besitzstande unserer Partei nicht gebracht. In Reuß j. L. hat sich die Zahl unserer Vertreter von 3 auf 5 vermehrt, während unsere badischen Genossen von den innegehabten 7 Mandaten eins einbüßten. In Nürnberg, wo in Folge der Mandatsniederlegung des Genossen Scherm eine Ersatzwahl stattfinden mußte, wurde an Scherms Stelle Genosse Merkel glatt gewählt.

Bei den Offenbacher Kreistagswahlen wurden drei Partei-

genossen gewählt. Es sind dies die ersten Sozialdemokraten, die in einen hessischen Kreistag einziehen.

Die erfolgreiche Thätigkeit unserer Genossen in den Gemeindeverwaltungen findet ihre Anerkennung in der wachsenden Zahl von Gemeinden, die Sozialdemokraten in die Gemeinderäthe wählen, sowie in der Zunahme von Mandaten in den Gemeinden, wo bisher schon Sozialdemokraten in den Gemeinderäthen saßen. Durch eine Musterkarte von urreaktionären Bestimmungen ist zwar in fast allen deutschen Staaten dafür gesorgt, daß der besitzenden Klasse in den Kommunalverwaltungen die Mehrheit, in der Regel die Zweidrittel-Mehrheit, unter allen Umständen gesichert bleibt, so weit aber den breiten Volksschichten ein Wahlrecht zusteht, wenden sie ihr Vertrauen immer mehr den sozialdemokratischen Kandidaten zu. So ist die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter in den Vororten von Berlin in den letzten zwei Jahren von 23 auf 48 und die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen in derselben Zeit von 4450 auf 8199 gestiegen. Ein sehr glänzendes Resultat ergaben auch die Ergänzungswahlen der 3. Wählerklasse zu den Stadtverordneten in Berlin selbst. Unsere Genossen siegten in 13 Bezirken von denen 6 neu erobert wurden. Die Gesammtzahl unserer Vertreter im Berliner Stadtverordneten-Kollegium beträgt 28, fast drei Viertel der Sadtverordneten der dritten Klasse überhaupt. Selbst in Mecklenburg ist es unseren Genossen gelungen in den vier Städten Schwerin, Rostock, Güstrow und Wismar Vertreter in die Gemeinderäthe zu wählen.

Großartige Erfolge haben unsere Genossen besonders auch bei den letzten Gemeinderathswahlen in den Reichslanden erzielt. In Straßburg haben unsere Genossen 13 von den 36 Gemeinderaths-Mandaten erobert, obwohl die bürgerlichen Parteien — Klerikale und Demokraten mit eingeschlossen — ihnen geschlossen gegenüber standen. In Mühlhausen i. E. wurden von der zwischen unseren Genossen und den Demokraten vereinbarten Liste 12 Vertreter gewählt. Mit gleichem Erfolge wurde in einer Reihe kleineren Städte und Ortschaften gekämpft.

Daß diese gewaltigen Erfolge unserer Partei sehr verschnupfen ist erklärlich. Vielfach versucht man unseren Genossen ihren Erfolg dadurch wieder zu entreißen, daß man die Wahlen wegen angeblich dabei vorgefallener Unregelmäßigkeiten kassirt. Vorgänge bei den Wahlen und Maximen, die seit Jahren unbehelligt bestanden, so lange nur Ordnungsparteien gewählt wurden, müssen jetzt den Vorwand für Wahlkassationen hergeben, um die ††† Sozialdemokraten wieder los zu werden. Helfen thut diese rigorose Anwendung der Wahlbestimmungen freilich in der Regel nichts, denn unsere Genossen kehren meist mit größerer Mehrheit als vorher gewählt wieder.

Im Herzogthum Gotha, wo von 19 Landtagsabgeordneten 9 unserer Partei angehören, Genosse Bock Vizepräsident des Landtags und als solcher Mitglied des Oberverwaltungsgerichts ist, wurde der Landtagsabgeordnete Genosse Wolf in seinem Heimathsort Dietharz zum Schultheiß gewählt. Diese Wahl erschien der Gothaischen Regierung etwas so schreckliches, daß sie die Bestätigung versagte. Es macht sich eben überall derselbe kleinliche Geist bemerkbar.

Neben den vielen Erfolgen auf dem Gebiete der Gemeindewahlen haben wir im letzten Jahre leider auch eine schmerzliche Niederlage zu verzeichnen. Unsere Genossen in Offenbach a. M. wurden bei den Erneuerungswahlen von den vereinigten Gegnern wider alles Erwarten geschlagen und verloren zwei Mandate. Die auf Offenbach sehr schwer lastende wirthschaftliche Krise, in Folge deren über 1000 Gemeindewähler wegen rückständiger Steuern von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen konnten, mag das ungünstige Wahlergebniß mit verschuldet haben.

Bei den Gewerbegerichtswahlen haben auch im letzten Jahre

die von den freien Gewerkschaften resp. den Gewerkschafts-Kartellen aufgestellten Kandidatenlisten meistens den Sieg davon getragen. An vielen Orten werden gegnerische Kandidaten gar nicht mehr aufgestellt.

* * *

Organisation. Die Parteiorganisation wurde auch im abgelaufenen Jahre durch Neugründung von Vereinen und festerer Gliederung der Provinzial- und Landes-Organisationen weiter ausgebaut. Die Württembergische Landesorganisation hat das Parteisekretariat in einen fest besoldeten Posten umgewandelt.

Das organisatorische Verhältniß zu einem Theil der polnischen Genossen in Oberschlesien hat sich noch immer nicht befriedigend gestaltet. Die polnischen Genossen handeln nach wie vor auf eigene Faust, ohne auf die Gesammtpartei die gebührende Rücksicht zu nehmen. So hat eine Konferenz oberschlesischer polnischer Genossen, die am 13. Juli in dem galizischen Grenzorte Oswiecim tagte, bereits auf eigene Faust und ohne jede Verständigung mit den deutschen Genossen für acht von den zwölf oberschlesischen Reichstagswahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt. Daß ein solch' einseitiges Vorgehen nur zur Zersplitterung der Parteikräfte führen muß, bedarf keiner langen Erörterung. Es ist dieses Verhalten unserer polnischen Genossen um so bedauerlicher, als der Agitation und Organisation für die sozialdemokratische Parteisache in Oberschlesien von den Behörden wie dem Unternehmerthum mit a l l e n Mitteln entgegen gewirkt wird.

Verlangen die polnischen Genossen, daß in den Wahlkreisen mit vorwiegend polnischer Bevölkerung Kandidaten aufgestellt werden, die der polnischen Sprache mächtig sind, so wird dieses Verlangen nur als billig bezeichnet werden können. Ebenso entspricht es aber der Billigkeit, daß bei der Aufstellung dieser Kandidaten unsere deutschen Genossen zugezogen werden. Die in polnischen Parteikreisen vielfach vertretene Auffassung, daß in Oberschlesien und Posen die polnische Partei-Organisation maßgebend sei und die deutschen Genossen dort etwa eine Stellung einzunehmen haben, wie die reichsdeutschen Genossen in der Schweiz, kann von uns unter keinen Umständen als zutreffend erachtet werden. Die polnische sozialdemokratische Parteiorganisation war ursprünglich gedacht als ein zwar selbständiger Theil der Gesammtpartei, wie wir sie in den verschiedenen Landes- und Provinzorganisationen mehrfach haben; diese Organisationen bilden aber — unbeschadet aller Selbständigkeit — nur Theile der Gesammtpartei, mit der im Einverständniß und als deren Glieder sie handeln. Diese ursprüngliche Auffassung ist von unseren polnischen Genossen aufgegeben. Daraus resultiren alle Differenzen.

Möge es recht bald wieder zu einer Verständigung kommen, denn andernfalls würden bei den bevorstehenden Wahlen nur unsere gemeinsamen Gegner den Vortheil davon haben.

Das im Organisations-Statut § 2 Abs. II vorgesehene Schiedsgericht ist durch Vermittelung des Parteivorstandes in drei Fällen in Aktion getreten. Die Schiedssprüche, die sich auf Fälle in Elmshorn, Bremerhaven-Lehe und einige Berliner Genossen bezogen, wurden von den betheiligten Genossen in allen Fällen acceptirt. Unliebsame Vorkommnisse haben in N ü r n b e r g zum Ausschluß von vier Genossen aus der dortigen Lokal-Organisation geführt. Dieser Ausschluß ist von dem nordbayerischen Gautag in Bayreuth bestätigt worden, ohne damit einen Antrag auf Ausschluß aus der Gesammtpartei zu verbinden, wie schon der Umstand beweist, daß die betr. Genossen zu den Verhandlungen des Gautags ohne Widerrede zugelassen wurden. Da später die in Nürnberg ausgeschlossenen Genossen in benachbarten Orten wieder in Partei-Vereine eintraten, einer sogar demonstrativ als Reichstagskandidat proklamirt wurde, wurde die Frage aufgeworfen, ob der Ausschluß aus einem Parteilokalverein nicht eo ipso den Ausschluß aus der Gesammtpartei in sich einschließe?

Sinn und Wortlaut unseres Organisationsstatut lassen keinen Zweifel, daß diese Frage zu verneinen ist. Zweifellos muß, wenn der Ausschluß aus der Partei erfolgen soll, ein bezüglicher Antrag vorliegen und den Betroffenen Gelegenheit gegeben werden, auf den im § 2 des Organisations-Statuts vorgesehenen Wege seine Vertheidigung zu suchen. Das Recht der Lokalvereine, zu entscheiden, wen sie als Mitglied aufnehmen oder behalten wollen, bleibt unbestritten, über die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet aber endgiltig ein vom Parteivorstand zu berufendes Schiedsgericht, gegen dessen Entscheid die Berufung an die Kontrolleure und den Parteitag zulässig ist.

Ueber das Verhältniß der Parteigenossen, die aus der lokalen Partei-Organisation ausgeschlossen, oder aus derselben ausgetreten sind, zur Gesammtpartei, äußerte sich der Parteivorstand in einer Zuschrift an Hamburger Parteigenossen, die sich in der vorstehend geschilderten Lage befanden, wie folgt:

„Unser Organisationsstatut enthält keine Bestimmung über die Art, wie sich die in den einzelnen Kreisen wohnenden Parteigenossen zu organisiren haben. Es ist dies ihrem eigenen Befinden überlassen. Den Traditionen in der Partei und einer Reihe von Parteitagsbeschlüssen entspricht es aber, daß, wenn die Mehrheit der Genossen eines Ortes oder Kreises sich für eine bestimmte Form der lokalen Organisation entschieden hat, die einzelnen Genossen diesen Entscheid respektiren. Die Gründung von Sonderorganisationen seitens einer Minorität ist in der Partei von jeher verurtheilt worden. Der Parteivorstand kann nur mit den von der Mehrheit der Parteigenossen mit der Wahrnehmung der Partei-Interessen (§ 3 des Organisationsstatuts) betrauten Vertrauenspersonen zur Erledigung der Parteigeschäfte in Verkehr treten.

In welcher Form Ihr, als keiner lokalen Parteiorganisation angehörende Genossen, der Partei gegenüber Eure Pflichten erfüllen wollt, muß Eurem Ermessen überlassen bleiben; aber als besondere Partei-Organisation können wir eine etwa von Euch ins Leben gerufene Organisation — neben den dort bestehenden Wahlvereinen — nicht anerkennen. Dasselbe gilt für die Ausübung der Parteirechte, soweit dieselben den örtlich organisirten Genossen zustehen. Nach bereits bei früheren Anlässen gefaßten Beschlüssen müßte der Parteitag eine von Euch als lokale Sonderorganisation gesandte besondere Delegation zurückweisen. Dagegen hat jeder von Euch das Recht, auf dem Parteitag als Delegirter zu erscheinen, wenn er als solcher von irgend einem Orte oder Kreise entsprechend den Bestimmungen des § 9 Ziffer 1 des Organisationsstatuts gewählt wird."

* * *

Vereins- und Versammlungsrecht. Das preußische Vereins- und Versammlungsgesetz bestimmt im § 8a, daß „Frauenspersonen" nicht Mitglieder von Vereinen sein dürfen, die „bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern", und daß sie ebensowenig „den Versammlungen und Sitzungen solcher politischer Vereine beiwohnen" dürfen. Nach diesen Vorschriften wurden bisher in Preußen die Frauen aus den Versammlungen politischer Vereine — gleichgiltig, ob es sich um geschlossene oder öffentliche Sitzungen handelte — ausgeschlossen und gegen sozialdemokratische Vereine ging man vielfach so weit, daß zu deren Stiftungsfesten oder Bällen die Zulassung von Frauen untersagt wurde. Gegenüber dieser sonst geübten strengen Praxis mußte es nun auffallen, daß bei der letzten Heerschau des Bundes der Landwirthe, im Zirkus Busch in Berlin, die Frauen in großer Zahl anwesend waren, ohne daß sie, wie sonst üblich, von der Polizei ausgewiesen wurden. Im preußischen Landtage wurde auf dieses Messen mit zweierlei Maß hingewiesen und in seiner Antwort gab der Herr Minister des Innern, von Hammerstein, eine ganz neue Auffassung über die Bestimmungen des § 8 des Vereinsgesetzes zum

Westen. Der Herr Minister billigte es, daß die Zirkusversammlung nicht aufgelöst wurde, denn die Frauen seien nur als Zuhörerinnen anwesend gewesen, ohne sich an den Verhandlungen zu betheiligen.

„Allerdings wäre es dann richtig gewesen," so sagte der Minister, „daß den Frauen ein besonderes Segment des Zirkus angewiesen würde. Der Polizeipräsident werde für die Zukunft darauf hinweisen, daß die Vermischung von Männern und Frauen in dem Theil des Saales, der für die eigentlichen Verhandlungen bestimmt ist, nicht zulässig sei."

So sprach der Minister von Hammerstein am 24. Februar. Am 4. März kam er auf die Angelegenheit zurück. Er schränkte seine Erklärung ein; nur in dazu geeigneten Fällen solle die polizeiliche Aufsicht entweder unterbleiben oder über die Formalien des Gesetzes nicht ausgedehnt werden; in einzelnen Fällen werde man den Antragstellern so weit wie möglich entgegenkommen.

Wie nicht anders zu erwarten, haben sich die Polizeiorgane in diese neue Auffassung nicht gleich hinein finden können und so wurde eine Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den IV. Berliner Wahlkreis aufgelöst, obwohl die anwesenden Frauen im „besonderen Segment", nämlich auf der Tribüne des Saales, untergebracht waren. Auf die dagegen erhobene Beschwerde an das Polizei-Präsidium erfolgte nun folgender Bescheid:

„Die von Eurer Hochwohlgeboren Namens Ihres Mandanten, Maurers Paul Hoffmann, eingelegte Beschwerde vom 27. v. Mts. in Vereinsangelegenheiten sehe ich als erledigt an, nachdem inzwischen die überwachenden Polizeibeamten angewiesen worden sind, in polizeilich überwachten Vereinsversammlungen von der Befugniß, die Entfernung der Frauen zu verlangen, dann keinen Gebrauch zu machen, wenn diese nur als Zuschauerinnen und nicht als Theilnehmerinnen erschienen sind, und diese ihre Eigenschaft auch durch ihr Verweilen in von dem eigentlichen Versammlungsraum räumlich getrennten Plätzen äußerlich hervortritt. In Vertretung: Friedheim."

Damit wäre also für Berlin, wenigstens für die Zeit, so lange Herr von Hammerstein im Ministerium des Innern regiert, ein kleiner Erfolg errungen. Draußen in der Provinz geht die alte Wirthschaft weiter, indem die Polizei alle Hinterthürchen benützt, die die ministerielle Aeußerung offen läßt. Wie das gemacht wird, dafür zwei Beispiele.

In Hannover war eine Versammlung der Maurer-Verbandsstelle aufgelöst worden, weil Frauen anwesend waren. Auf die erhobene Beschwerde erfolgte folgende Antwort:

„Die Zahlstelle ist ein politischer Verein im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850. Zu Versammlungen und Sitzungen solcher Vereine dürfen aber Frauenspersonen nur dann zugelassen werden, wenn sie nicht als eigentliche Theilnehmerinnen, sondern lediglich als Zuschauerinnen zugegen sind und die Annahme ihrer aktiven Betheiligung an denselben von vornherein ausgeschlossen erscheint. Letzteres ist nur dann der Fall, wenn ihr Platz von dem Versammlungslokal räumlich getrennt ist, derart, daß sie sich in durch ausreichende Schranken abgesonderten Nebenräumen oder Logen befinden. Dies traf in der fraglichen Versammlung nicht zu. Die erschienenen Frauen befanden sich mit den anwesenden männlichen Personen zusammen und unabgesondert in ein und demselben Saal. Auch, als sie auf die Aufforderung des überwachenden Polizeibeamten in den Nebensaal geführt worden, war die obige Voraussetzung nicht erfüllt. Denn, nachdem die Jalousien, welche die beiden Säle trennten, emporgezogen und dadurch zwischen denselben Oeffnungen in Gesammtbreite von 8,32 Meter hergestellt worden, war zwischen den beiden Räumen ein ungehinderter Verkehr ermöglicht, der keine Garantie dafür bot, daß die aktive Betheiligung der in dem Nebensaal untergebrachten Frauen in der Versammlung von vornherein ausgeschlossen

war. Der überwachende Polizeibeamte war daher berechtigt, wie verpflichtet, die gänzliche Entfernung der Frauen anzuordnen."

Noch interessanter ist die Entscheidung der Weißenfelser Polizei auf eine Beschwerde aus gleichem Anlaß. Da heißt es:

„Auf die Eingabe vom 17. d. Mts. gereicht Ihnen zum Bescheide, daß der Polizeibeamte befugt war, am 5. d. Mts. die Frauen aus dem Versammlungszimmer des Sozialdemokratischen Vereins hinauszuweisen, weil jene nach der Lage der Gesammtumstände nicht als unbetheiligte bloße Zuschauerinnen, sondern als Theilnehmer an der Versammlung anzusehen waren. Dagegen erschien es nicht nothwendig, daß die Thür zur Garderobe, in welcher sich später die Frauen befanden, geschlossen wurde, weil von dort aus eine Betheiligung nicht mehr zu erwarten war.

Allerdings würde eine „Betheiligung" — was für künftige Fälle zu beachten ist — dann auch aus einem Nebenraum anzunehmen sein, wenn die Frauen in irgend einer Weise, z. B. durch Zwischenrufe oder Bezeugung von Beifall und dergleichen sich bemerklich machen."

Man sieht, die Polizei weiß sich zu helfen; eine der im „besonderen Segment" untergebrachten Frauen braucht nur zu nießen und der überwachende Beamte hat den gewünschten Vorwand, wegen „Zwischenrufe und dergl." die Versammlung zu schließen. Der ganze Vorgang zeigt, wie unhaltbar die Bestimmungen der aus der Reaktionsperiode stammenden Vereinsgesetzgebung sind und wie dringend deren durchgreifende Reform ist.

Daß die unhaltbaren Zustände durch die „Rechtsprechung" unserer höchsten Gerichtshöfe nur noch verworrener gestaltet werden, ist leider Thatsache. Den neuesten Rekord auf diesem Gebiete hat das preußische Oberverwaltungsgericht geliefert, indem es aussprach, daß ein Komitee von 3 Personen bereits ein Verein im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes sei. Es bedarf also nur noch eines Schrittes, dann wird in jeder Ehe zwischen Mann und Frau ein Verein im Sinne des Gesetzes gefunden.

Zu den neuerdings sehr beliebt gewordenen Mitteln, den Arbeitern das Versammlungsrecht illusorisch zu machen, gehört die Verhängung einer frühen Polizeistunde über die Lokale, die den Arbeitern zu ihren Versammlungen noch zur Verfügung stehen. Zwar ist die Anwendung der Polizeistunde, wenn nach deren Eintritt der Ausschank in dem Lokale eingestellt wird, eine direkte Verletzung der Bestimmungen über das Versammlungswesen und der preußischen Verfassung, aber eine sich ihrer Bedeutung bewußte schneidige Polizei setzt sich über solche Kleinigkeiten leicht weg. — Ganz unglaubliche Vorgänge werden in dieser Hinsicht aus Danzig gemeldet, wo es unseren Genossen im Verein mit den Gewerkschaften gelungen war, sich ein eigenes Lokal einzurichten. Die Polizei hat nicht nur jede Versammlung in diesem Lokal bis auf Weiteres verboten, sondern auch die Polizeistunde auf 8 Uhr Abends festgesetzt.

Im Uebrigen steht in der preußischen Verfassung noch immer Artikel 29, Abs. 1, welcher lautet:

„Alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorhergängige obrigkeitliche Erlaubniß friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln."

* * *

Die Maifeier. Die Feier des ersten Mai hat auch in diesem Jahre in umfänglichstem Maße und in würdigster Weise stattgefunden. — Das Unternehmerthum hat vielfach die Gelegenheit wahrgenommen und die Arbeiter, die am 1. Mai nicht zur Arbeit erschienen waren, für den Rest der Woche von der Arbeit überhaupt ausgesperrt. Der schlechte Geschäftsgang ließ dem Protzenthum dieses Auskunftsmittel sehr angebracht erscheinen. Man traf damit zwei Fliegen auf einen Schlag. Man ersparte für ein paar Tage den Lohn für die Arbeiter und konnte zugleich die ordnungsparteiliche Gesinnung ins gebührende

Licht stellen. Die Arbeiter haben für dieses billige Protzenthum den nöthigen Humor gehabt und aus den Gewerkschaftskassen den Gemaßregelten Ersatz geleistet. Alles in Allem war die Zahl der Letzteren nicht von besonderer Bedeutung. — Die Versammlungen, die am 1. Mai Vormittags abgehalten wurden, waren durchweg sehr gut besucht. Abends fanden sich Hunderttausende zu den überall arrangirten Festen zusammen und bewiesen damit, daß der 1. Mai ein Weltfeiertag für das Proletariat im schönsten Sinne des Wortes geworden ist.

Die Polizei hat zur Maifeier in ihrer Weise beigetragen, indem sie die an verschiedenen Orten von unseren Genossen geplanten öffentlichen Umzüge vielfach aus sicherheitspolizeilichen Gründen verbot.

Von der auch in diesem Jahre erschienenen Maizeitung wurden 277 000 Exemplare abgesetzt.

Für den unwiderstehlichen Fortschritt, den die Arbeiterbewegung in Ostelbien nimmt und zu welchen kleinlichen Maßnahmen auch das dortige Unternehmerthum greift, dafür spricht folgendes „vertrauliche" Zirkular:

An den Verband der Metallindustriellen für Ost- und Westpreußen.

In Folge des Beschlusses in der Ausschußsitzung vom 25. September 1899 haben wir die Verpflichtung übernommen, Sie zu bitten, den Mitgliedern Ihres Verbandes rechtzeitig die Benachrichtigung zukommen zu lassen, daß die Feier des 1. Mai in unseren Betrieben nicht geduldet wird und daß die Feiernden als Streikende zu betrachten sind. Demgemäß wollen Sie Vorstehendes Ihren Mitgliedern mittheilen, damit in sämmtlichen Betrieben ein einheitliches Handeln ermöglicht wird.

Hochachtungsvoll

Gesammtverband der deutschen Metallindustriellen.
H. Schimff, Vorsitzender.

* * *

Die Parteipresse. An neuen Parteiorganen sind im Laufe des letzten Jahres ins Leben gerufen worden die „Volks-Zeitung für das Muldenthal" für den XIV. sächsischen Wahlkreis, erscheint in Leipzig als Kopfblatt der dortigen „Volks-Zeitung". Weiter „Volks-Zeitung für die Kreise Landeshut-Bolkenhain-Jauer" und die „Posener Volks-Zeitung", beide Blätter drei Mal wöchentlich erscheinend als Ableger der Breslauer „Volkswacht".

Die in Bant erscheinende „Nordwacht" wird seit 1. Juli drei Mal, gegen früher ein Mal, wöchentlich ausgegeben; die „Märkische Volksstimme" in Forst erscheint seit 1. Oktober täglich, statt bis dahin drei Mal wöchentlich. Das zehnjährige Jubiläum ihres Bestehens feierten im abgelaufenen Jahre die „Mecklenburg. Volks-Zeitung" in Rostock, das „Volksblatt für Anhalt" in Dessau und als täglich erscheinendes Blatt das „Saalfelder Volksblatt".

Zu erscheinen aufgehört hat die Altena-Iserlohner „Volkstribüne", die als Kopfblatt der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung" hergestellt wurde. Im Wahlkreise Altena-Iserlohn ist an Stelle der „Volkstribüne" die „Elberfelder Freie Presse" als offizielles Parteiblatt eingeführt.

Zur sozialistischen Presse Deutschlands gehörten am 1. Juli 1902 neben dem Zentralorgan „Vorwärts" und der wissenschaftlichen Wochenschrift „Neue Zeit":

54	täglich	1 mal	erscheinende Zeitungen
10	wöchentlich	3 mal	„ „
4	„	2 mal	„ „
7	„	1 mal	„ „
1	monatlich	2 mal	„ „
2	„	1 mal	„ „

außerdem 2 alle 14 Tage erscheinende Witzblätter und 2 wöchentlich herauskommende illustrirte Unterhaltungsblätter, sowie die „Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Zur Gewerkschaftspresse zählen:

1	wöchentlich	3 mal	erscheinende Zeitung
32	„	1 mal	„ „
2	monatlich	3 mal	„ „
21	„	2 mal	„ „
11	„	1 mal	„ „

Eine Neuerung in der Parteipresse ist insofern eingeführt worden, als dem Unterhaltungsblatt „Neue Welt" eine regelmäßige Annoncenbeilage beigegeben wird. Diese Neuerung hat sich mit Rücksicht auf die hohen Kosten der Herstellung der „Neuen Welt" nothwendig gemacht. Durch die Einführung des Rotations-Illustrations-Druckes ist zwar die Herstellung des Blattes wesentlich verbilligt worden, da aber im Interesse unserer Lokalpresse, die die „Neue Welt" als Sonntags-Beilage giebt, der Preis derselben fast um ein Drittheil ermäßigt ist, so ergab sich immer noch ein Defizit, das durch die Annoncen-Beilage gedeckt werden soll. Den gegen einzelne Annoncen laut gewordenen Beschwerden aus dem Leserkreise hat die Verwaltung der „Neuen Welt" nach Möglichkeit Rechnung getragen. Dem auf früheren Parteitagen wiederholt gefaßten Beschlusse auf Herausgabe eines sozialdemokratischen A-B-C-Buches ist im Laufe des Jahres insofern entsprochen, als in der Buchhandlung Vorwärts das „Sozialdemokratische Reichstags-Handbuch, ein Führer durch die Zeit- und Streitfragen der Reichstagspolitik", erschienen ist.

Der Beschluß der Berliner Genossen, das Zentralorgan der Partei, den „Vorwärts" und die übrigen in Berlin herzustellenden Partei-Druckarbeiten in Zukunft in einer eigenen Druckerei herstellen zu lassen, geht seiner Ausführung entgegen. Am 1. Oktober soll die neue Druckerei eröffnet werden, zu deren Einrichtung von den Berliner Genossen und speziell durch die Gewerkschaften mehrere Hunderttausend Mark als Darlehen beschafft wurden.

Der Neue Weltkalender, als offizieller Parteikalender, erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit in den weitesten Volkskreisen. Im letzten Jahre ist der Kalender in einer Auflage von 140 000 Exemplaren erschienen und abgesetzt worden. — Auch der im Parteiverlag erscheinende Arbeiter-Notizkalender erfreut sich eines immer mehr steigenden Absatzes.

Nach dem außergewöhnlich hohen finanziellen Ertrag des vorigen Berichtsjahres weist das diesmalige Ergebniß des „Vorwärts" einen Rückschlag von ca. 20 000 Mk. auf. Indessen ist dieser Minderüberschuß nicht auf eine Verminderung der Abonnentenzahl, die sich vielmehr trotz der wirthschaftlichen Ungunst in der Höhe von 56—58 000 erhielt, sondern auf einen Inseratenausfall von etwa 25 000 Mk. gegen das Vorjahr zurückzuführen; auf diesem Gebiet hat die Krisis ihre Wirkungen gezeigt.

Die Thätigkeit der Redaktion wurde in diesem Jahre durch gerichtliche Eingriffe empfindlich gestört. Wegen Veröffentlichung von Hunnenbriefen und -Telegrammen über die Kriegsführung wurden nicht weniger als drei Redakteure, und zwar die Genossen John, Schmidt, Schröder zu sieben, sechs und vier Monaten Gefängniß verurtheilt, ohne daß das gerichtliche Verfahren auch nur in einem wesentlichen Punkte die Unrichtigkeit der sozialdemokratischen Kritik und der „Vorwärts"-Veröffentlichungen erwiesen hätte. John und Schmidt haben am 25. Juli Plötzensee bezogen, während Schröder's Strafe noch nicht rechtskräftig geworden ist.

Weiter hat auch die Staatsanwaltschaft den wunderbaren Versuch unternommen, gegen einen vierten Redakteur, den Genossen Leid, einzuschreiten, und

zwar nicht wegen eines Preßvergehens, sondern wegen eines — gemeinen Verbrechens. Leid soll nämlich sich der Hehlerei schuldig gemacht haben dadurch, daß er den Tirpitz-Erlaß verantwortlich zeichnete. Diese interessante juristische Neuheit scheint man indessen wegen ihrer völligen Unmöglichkeit nicht weiter verfolgt zu haben; wenigstens hat man bis zum Abschluß des Berichts nichts von weiteren gerichtlichen Schritten vernommen.

Erwähnt sei noch, daß der „Vorwärts“ diesmal sich auch des wirksamsten Mittels der modernen Propaganda bedient hat, indem er ein künstlerisch kraftvolles und agitatorisch eindringliches großes Plakat anfertigen und verbreiten ließ.

Die genaue Spezifikation der Einnahmen und Ausgaben folgt nachstehend:

1901/1902.

	Juli-September 1901	Oktober-Dezember 1901	Januar-März 1902	April-Juni 1902	Summe
A. Eingänge:					
Abonnementsgelder durch die Expedition	116340 35	117560 20	117046 25	116111 65	467058 45
Abonnementsgelder durch die Post	9941 40	10777 30	11342 25	10482 70	42543 65
Inseraten-Einnahme	31967 25	48804 30	41173 40	46966 —	168910 95
Ueberschuß aus Broschürenverkauf durch die Expedition		867 75			867 75
Gesammt-Einnahme Mk.	158249 —	178009 55	169561 90	173560 35	679380 80
B. Ausgänge:					
Diverse Unkosten: (Porto f. Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Depeschen d. Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Laufburschen der Redaktion, Schreibutensilien, Geschäftsbücher, Formulare 2c. 2c.)	5094 45	8099 60	6930 90	8850 95	28975 90
Zeitungs-Abonnement	335 60	412 --	381 95	421 55	1551 10
Feuilleton	1955 80	2957 70	2777 35	2422 15	10113 —
Redakteure	12351 55	11914 20	12130 75	13741 65	50138 15
Mitarbeiter: Politik	6811 35	6026 30	6229 75	8795 20	27862 60
Versammlungen	1001 40	887 15	857 10	790 70	3536 35
Lokales	3058 55	4133 70	3623 90	3869 95	14686 10
Depeschen und Parlamentsberichte	703 —	1154 —	1691 10	1457 50	5005 60
Neue Welt	8061 10	8200 80	7499 90	7493 40	31255 20
Gehälter der Expedition	3579 —	3479 —	4004 50	3975 25	15037 75
Miethe	1247 50	1247 50	1247 50	1247 50	4990 —
Gerichtskosten	203 20	322 85	323 50	414 20	1263 75
Redaktionsbibliothek	404 60	218 60	253 70	143 90	1020 80
Druckrechnung	99361 50	112891 —	108299 10	102791 05	423342 65
Gesammt-Ausgabe Mk.	144168 60	161944 40	156251 —	156414 95	618778 95
Gewinn	14080 40	16065 15	13310 90	17145 40	60601 85
wie oben unter A Mk.	158249 —	178009 55	169561 90	173560 35	679380 80

Der Gesammtüberschuß beträgt Mk. 60 601,85.

Berlin, den 7. August 1902.

Revidirt und für richtig befunden:

W. Bock. Fr. Brühne. Ed. David. J. J. Ehrhart. Aug. Kaden. H. Koenen. H. Meister. Theodor Metzner. Clara Zetkin.

Die Buchhandlung Vorwärts hatte im abgelaufenen Geschäftsjahre wesentlich unter der Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse zu leiden; ihre Monatsausweise zeigen, mit einer einzigen Ausnahme, Monat für Monat ein Sinken der Umsatzziffern, und erst die Monate Mai und Juni d. J. setzen mit einer erheblichen Steigerung wieder ein. Während im Vorjahre der Umsatz 201 290 Mk. betrug, sank er in diesem Jahre auf 193 754 Mk.; so konnten denn auch in diesem Jahre aus den Geschäftsüberschüssen nur 15 000 Mk. an die Parteikasse abgeführt werden.

Die Verminderung des Reingewinnes erklärt sich anderseits auch daraus, daß die Herausgabe des Schippel'schen Handbuchs mit Kosten verbunden waren, die bei dem Absatzkreise, der hierbei in Frage kam, und den bei uns üblichen Preisen von vornherein jeden Gewinn ausschlossen und wobei die Frage, ob das Buch den gehegten Erwartungen entspricht oder nicht, keine Rolle spielt. Die Parteigenossen haben von dem Handbuch vielfach eine Art Enzyklopädie der Politik und Volkswirthschaft, ein Vademecum durch alle politischen und volkswirthschaftlichen Begriffe erwartet; diese Aufgabe konnte im Rahmen eines Handbuchs nicht gelöst werden. So schlug der mit den Vorarbeiten betraute Verfasser schließlich die Herausgabe eines Reichstags-Handbuchs vor, das in erster Linie auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung das einschlägige historische Material für die Agitation und den parlamentarischen Weiterbau liefern sollte und dabei naturgemäß mehr Gewicht darauf legen mußte, aktenmäßiges Material über die Haltung und Stellung der gegnerischen Parteien und der Regierung den Genossen an die Hand zu geben. Dieser Vorschlag wurde vom Parteivorstand wie vom Verlag akzeptirt — es war der einzige Weg, endlich einmal die verschiedenen Parteitagsbeschlüsse in dieser Angelegenheit zur Ausführung zu bringen. Ob der Verfasser die gestellte Aufgabe gelöst hat, unterliegt dem Urtheil der Leser; nach den bisher laut gewordenen Urtheilen hätte er vielleicht besser gethan, die von ihm als selbstverständlich und bekannt vorausgesetzte sozialdemokratische Kritik mehr zu betonen.

Die schlechten Erwerbsverhältnisse, die den Arbeiter zu Einschränkungen aller Art, und in erster Linie natürlich zur Einschränkung der literarischen Bedürfnisse zwangen, bedingten, daß die Buchhandlung mit der Herausgabe neuer Agitationsschriften etwas langsamer als in den Vorjahren vorging. Neben dem Sozialdemokratischen Reichstagshandbuch, das in einer Auflage von 4000 Exemplaren erschien, hat der Verlag die Losinsky'schen Aufklärungsschriften über das Christenthum in einer Auflage von ca. 25 000 Exemplaren abgesetzt; Bernhard's: „Krach, Krisis und Arbeiterklasse" erschien in 12 000 Auflage, Heinemann's „Führer durch die Strafprozeßordnung" in 5000 Exemplaren. Zetkin's: Geistiges Proletariat, Frauenfrage und Sozialismus in 3000 Exemplaren. Die Arbeitslosen-Zeitung, die dem Eifer der Polizei zum Opfer fiel, monatelang beschlagnahmt war und dann endlich durch Gerichtsspruch freigegeben wurde, wurde in 76 000 Exemplaren, die Oster-Zeitung in 113 000 Exemplaren und die Mai-Zeitung in 277 000 Exemplaren ausgegeben. Das Protokoll des Lübecker Parteitages erzielte eine Auflage von 34 000 Exemplaren, der Arbeiter-K...zkalender eine solche von 44 000, indem nämlich der Verlag mit einzelnen Gewerkschaften Abkommen traf zur Herausgabe von Spezial-Fachkalendern. Ein neues sozialistisches Charakterstück von Preczang: „Die Polizei als Ehestifterin" wurde in 2000 Exemplaren ausgegeben.

Die Roman-Bibliothek „In freien Stunden" hat mit Hilfe der freundlichen Unterstützung der Parteipresse ihren Abonnentenstand gehalten.

Von früheren Publikationen wurde: Bebel, Christenthum und Sozialdemokratie in 37 000 Exemplaren neu aufgelegt, das Programm in 10 000 Exemplaren, Führer durch das Vereinsgesetz in 3000 Exemplaren.

Kassenbericht. Die Gesammt-Einnahmen des Berichtsjahres übersteigen die des Vorjahres in runder Summe um Mk. 20 000, während die als die eigentlichen Parteibeiträge zu betrachtenden allgemeinen Einnahmen mit rund Mk. 600 hinter den Eingängen des Vorjahres zurückgeblieben sind. Die immer noch andauernde wirthschaftliche Krise hat besonders während des Winterhalbjahres sehr ungünstig auf die Kassenverhältnisse eingewirkt und ihr ist in der Hauptsache auch der starke Rückgang im Ueberschuß des „Vorwärts" — Mk. 20 000 weniger als im Vorjahre — zuzuschreiben.

In den ersten 5 Monaten des Berichtsjahres betrug das Defizit Mk. 79 244,19 und nach weiteren 3 Monaten immer noch Mk. 71 748,20. Von diesem bedenklichen Stand der Parteifinanzen wurde den Parteigenossen im Laufe des Sommers durch Zirkular Nr. 27 Kenntniß gegeben. Beachten die Parteigenossen in Zukunft die Rathschläge und Mahnungen, welche ihnen in dem gedachten Zirkular vom Parteivorstande ertheilt wurden, dann dürften gleich ungünstige finanzielle Ergebnisse, wie sie sich in den ersten 8 Monaten des Berichtsjahres zeigten, fernerhin auch in kritischen Zeiten nicht mehr zu befürchten sein.

Durch die Eingänge in den letzten 4 Monaten des Rechnungsjahres ist allerdings nicht nur das Defizit beseitigt, sondern auch noch ein Ueberschuß von Mk. 15 035,56 erzielt worden. (Das Mehr von Mk. 1 340,79 in der Ausgabe für Kapitalanlage, die in der Abrechnung mit Mk. 16 375 35 aufgeführt ist, ergiebt sich aus der Differenz zwischen dem übernommenen und dem auf neue Rechnung vorgetragenen Kassenbestand.) Aber dieses verhältnißmäßig günstige Schlußresultat ist nur durch den Eingang der Schmitz'schen Erbschaft erzielt worden. Ohne die letztere würde die Zentralkasse mit einem Defizit von rund Mk. 22 000 abgeschlossen haben.

Im Einzelnen vertheilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. August 1901 bis 31. Juli 1902.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf:									
			Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts"		Diverse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1901												
August	13780	27	13770	27	—	—	—	—	—	—	10	—
September	5629	54	4677	24	800	—	150	—	—	—	2	30
Oktober	25859	09	11359	19	—	—	270	—	14080	40	149	50
November	16067	08	12067	08	4000	—	—	—	—	—	—	—
Dezember	10925	55	10923	25	—	—	—	—	—	—	2	30
1902												
Januar	32656	42	9451	67	500	—	6639	60	16065	15	—	—
Februar	18065	36	17712	91	50	—	252	45	—	—	50	—
März	14029	65	13277	35	—	—	750	—	—	—	2	30
April	90271	17	13358	15	2937	50	620	—	13310	90	60044	62
Mai	28141	64	21741	64	6400	—	—	—	—	—	—	—
Juni	27171	19	26168	89	1000	—	—	—	—	—	2	30
Juli	55811	54	22163	94	10000	—	6318	25	17145	40	183	95
	338408	50	176671	58	25687	50	15000	30	60601	85	60447[1])	27

	338 408,50 Mk.
Hierzu Bestand vom 31. Juli 1901	8 127,14 „
	346 535,64 Mk.

II. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Ausgaben entfielen auf:																	
			Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Unterstützungen		Prozeß- und Gefängnißkosten		Reichstagskosten		Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben		Darlehns-Konto		Preß-Unterstützungen		Diverse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1901																				
August . .	29791	60	3042	10	8113	—	5951	75	50	—	101	—	1760	40	8000	—	7744	35	29	—
September .	14948	14	6051	50	—	—	5725	—	—	—	—	—	469	70	—	—	400	—	301	94
Oktober . .	48299	48	18134	85	650	—	1947	50	454	50	—	—	2353	14	17000	—	7120	—	639	49
November. .	36731	56	8033	20	3500	—	1058	40	396	—	1500	—	1472	22	17400	—	3273	—	98	74
Dezember . .	21734	84	1907	40	4481	70	870	—	820	—	3000	—	1393	15	6637	50	2500	—	125	09
1902																				
Januar . .	22990	30	8336	60	1624	20	922	25	404	35	5000	—	1530	60	3000	—	2141	20	31	10
Februar . .	17653	30	4165	—	2024	75	795	—	580	—	5200	—	1198	10	—	—	3686	35	4	10
März . . .	16611	94	2834	90	3000	—	505	50	320	65	2200	—	1186	05	—	—	6545	—	19	84
April . . .	23227	84	3346	75	—	—	11756	—	—	—	3000	—	1837	52	—	—	3259	65	27	92
Mai. . . .	35228	90	3302	50	—	—	5741	75	250	—	3000	—	1159	65	20000	—	1775	—	—	—
Juni . . .	35422	59	3278	20	—	—	1015	—	187	—	3800	—	856	95	23000	—	3275	—	10	44
Juli. . . .	20732	45	5062	85	—	—	1110	50	390	—	1244	—	1678	10	10000	—	913	—	334	—
	323372	94	69495	85[1]	18393	65[2]	37398	65[3]	3852	50	28045	—[4]	16895	58[5]	105037	50[6]	42632	55[7]	1621	66

	323 372,94	Mk.
Ausgabe für Kapitalanlage	16 376,35	„
Kassenbestand am 31. Juli 1902	6 786,35	„
	346 535,64	Mk.

Berlin, den 6. August 1902.

Revidirt und für richtig befunden:

W. Bock. Fr. Brühne. Ed. David. F. J. Ehrhart. Aug. Kaden. H. Koenen.
H. Meister. Theodor Metzner. Clara Zetkin.

Bemerkungen zu A. Einnahmen.

[2]) Unter diesem Posten befindet sich neben Eingängen für Flugblätter ꝛc. auch die Schmitz'sche Erbschaft mit Mk. 36 771,82.

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

[1]) u. [2]) Die Ausgaben für allgemeine wie auch für Wahlagitation halten sich, nach Abzug der im vorigen Jahre unserer österreichischen Bruderpartei bewilligten Mk. 20 0000,—, annähernd auf gleicher Höhe wie im Vorjahre.

[3]) Die Ausgaben für Unterstützungen sind gegen das Vorjahr um Mk. 25 353,55 höher. In der Hauptsache ist diese Steigerung auf die den belgischen Genossen während ihres Wahlrechtskampfes geleistete Unterstützung zurückzuführen.

[4]) u. [5]) Die Reichstagskosten sind gegen das Vorjahr um Mk. 855,— geringer, die Ausgaben für Gehälter und Verwaltung sind in Folge der Vergrößerung der Verwaltungskörper gegen das Vorjahr um rund Mk. 1000,— höher.

[6]) Das Darlehns-Konto hat im Berichtsjahre eine ungewöhnliche Höhe erreicht, doch sind mit Ausnahme einiger weniger Fälle, in denen örtlichen Parteiorganisationen für bestimmte Aktionen oder kämpfenden Gewerkschaften Gelder vorgestreckt wurden, alle Darlehen an die im Besitz der Partei befindlichen Zeitungsgeschäfte gegeben worden. Die durch die Ausdehnung der letzteren nothwendig gewordenen Neuanschaffungen ꝛc. haben aber nunmehr einen gewissen Abschluß gefunden, so daß — normale Zeitläufte vorausgesetzt — auf ein allmähliges Zurückfließen der Gelder in die Zentralkasse zu rechnen ist. Ein Geschäft, das vor zwei Jahren ein größeres Darlehen aufgenommen hatte, war im Berichtsjahre bereits in der Lage, Mk. 10 000,— zurückzahlen zu können.

[7]) Für Preß-Unterstützungen sind im laufenden Jahre rund Mk. 25 000,— weniger ausgegeben worden als im Vorjahre.

C. Ausgaben für die Parteipresse,

im Einzelnen nachgewiesen.

„Freie Presse", Straßburg i. E. . . .	Mk.	6 456,35[1])
„Mecklenburgische Volkszeitung", Rostock	„	800,—
„Niederrheinische Volkstribüne", Crefeld	„	800,—
„Niederrhein. Volkstribüne", Düsseldorf	„	2 000,—[2])
„Nordwacht", Bant	„	2 000,—
Saalfelder Blätter	„	1 440,—
„Volksblatt", Aachen	„	3 800,—
„Volksblatt", Bochum	„	5 260,55[3])
„Volksblatt", Cassel	„	1 000,—
„Volksfreund", Karlsruhe	„	2 000,—
„Volkszeitung", Halberstadt	„	1 500,—
„Volkszeitung", Königsberg	„	8 435,—[4])
„Volkszeitung", Mainz	„	1 200,—
„Volkszeitung", Posen	„	2 307,65
„Weckruf", Essen	„	3 633,—[5])
	Mk.	42 632,55

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

[1]) Die reichsländische Parteipresse erhält auf Beschluß des Parteivorstandes weitere Subventionen nicht mehr.

[2]) Mit diesem Betrage wurde ein Theil der Forderungen beglichen, welche der Drucker des früheren Düsseldorfer Parteiblattes (Kopfblattes der Elberfelder „Freien Presse") noch an die Parteigenossenschaft in Düsseldorf hatte, als diese mit der Herausgabe einer eigenen Zeitung begann.

[4]) Unter diesem Posten befinden sich Mk. 435,—, welche noch für die frühere, dreimal wöchentlich erscheinende „Volkstribüne" gezahlt wurden.

[3]) u. [5]) Das „Volksblatt" in Bochum und der „Weckruf" in Essen werden vom 1. Oktober d. J. an aufhören, als besondere Blätter zu erscheinen. An ihre Stelle tritt als Zentralorgan für das rheinisch-westfälische Industriegebiet die „Arbeiterzeitung" in Dortmund.

Tabellarische Uebersicht

der seit dem Parteitag in Lübeck eingegangenen Partei-Beiträge

1. August 1901 bis 31. Juli 1902.

Ort bezw. Wahlkreis	August	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Aachen	36,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Alsheim	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—
Altona (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	2000,00	—	—	—	—
Altona (diverse)	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	27,60	—	—
Alt-Warthau	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aney	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—
Apolda	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bamberg	—	5,00	5,00	5,00	—	25,00	—	—	11,00	10,00	20,00	—
Bant-Wilhelmshaven	—	—	100,00	—	—	153,00	—	—	—	148,50	—	120,00
Barmen	—	—	—	—	—	2,60	—	—	—	—	—	—
Barmstedt	—	—	—	—	—	35,00	—	—	—	—	—	—
Bautzen, 3. sächs. Kreis	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Bayreuth	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Berlin I	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—	180,00	—	120,00
„ II	—	500,00	500,00	—	600,00	—	—	200,00	—	600,00	—	—
„ III	—	—	500,00	500,00	500,00	300,00	300,00	—	—	1000,00	—	—
„ IV	1000,00	—	1000,00	3000,00	3000,00	1000,00	3000,00	2000,00	—	4000,00	2500,00	2400,00
„ V	100,00	—	—	150,00	150,00	150,00	150,00	150,00	150,00	150,00	300,00	150,00
„ VI	3250,00	1692,69	3413,51	3637,73	500,00	1250,00	2500,00	700,00	5400,00	5000,00	1000,00	—
Berlin, diverse	429,15	480,55	725,80	373,85	670,75	652,80	715,80	771,05	803,59	284,80	589,05	397,90
Bern	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
Bernsbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,60	—	—
Beuthen i. Oberschles.	—	—	26,00	—	50,00	—	40,00	—	—	—	—	—
Bielefeld	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00	50,00	—	1,00
Bochum	—	—	—	—	40,00	—	—	—	—	45,15	40,00	—
Borgstedt	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Brandenburg a. H. (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	150,00	—	—	—	—	—	—
Braunschweig	—	—	150,00	—	400,00	—	—	—	—	—	400,00	—
Bremen	—	300,00	—	—	300,00	—	10,00	300,00	—	30,00	300,00	—
Bremerhaven	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	150,00
Breslau	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	130,23	66,65	50,00	50,00
Bromberg	—	—	—	—	—	—	—	—	17,40	7,50	—	50,00
Brüssel	8,87	—	—	—	—	8,06	—	—	—	—	—	10,48
Buxtehude	—	3,00	—	—	3,00	—	—	3,00	—	—	3,00	—
Charlottenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12,50	—
Chemnitz	—	—	—	—	—	—	2,00	500,00	—	—	—	—
Christiania	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—
Coblenz	—	—	—	—	—	—	2,20	—	—	—	—	—
Cöpenick	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Cöthen i. A.	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Cottbus	2,00	—	—	2,00	—	—	2,00	—	2,00	—	—	—
Crimmitschau	—	—	—	—	—	150,00	—	150,00	—	—	150,00	150,00
Cunnersdorf i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Delitzsch (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Delmenhorst	26,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00
Dortmund (Wahlkr.)	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dortmund	—	—	—	—	—	—	—	—	141,00	—	—	—
Dresden, 1. sächs. Wahlkr.	—	—	—	—	—	400,00	—	400,00	—	—	400,00	—
„ 5. „ „	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	400,00

Ort bezw. Wahlkreis	August	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Dresden, diverse	—	—	—	—	—	5,00	—	5,00	—	5,00	—	—
Duisburg	—	—	—	—	—	3,90	30,00	—	—	—	—	—
Durlach	20,00	—	—	—	—	4,50	—	—	—	—	20,00	45,00
Eisenach	—	—	—	—	—	12,00	—	—	—	—	—	—
Eisleben	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Elberfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	653,80
Elsterberg	—	—	—	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—
Erfurt (Wahlkr.)	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	—	50,00	—	—	—	—	—
Erfurt, diverse .	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Essen	—	—	—	—	—	—	—	—	34,60	—	—	—
Estebrügge	—	—	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—
Falkenberg, Schl.	2,00	2,00	2,00	14,00	2,00	2,50	2,00	2,00	2,50	2,00	15,00	2,00
Finsterwalde ..	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Flensburg	50,00	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	50,00
Forst i. L.	—	—	—	200,00	—	—	200,00	—	—	200,00	—	—
Frankenberg i. S.	—	—	100,00	—	—	—	—	150,00	—	—	—	—
Frankenhausen a. K.	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Frankfurt a. M..	—	—	500,00	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—
Frankfurt a. O. (Wahlkreis)	150,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,00
Friedrichshagen.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	5,00
Gaarden	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	100,00
Gebweiler	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—
Gelenau	—	—	—	—	—	3,50	—	—	—	—	—	—
Gelsenkirchen ..	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Gera (Wahlkr. R.)	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00
Gießen	40,00	—	—	—	30,00	—	—	30,00	10,00	10,00	10,00	10,00
Görlitz	—	—	39,00	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—
Göttingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00
Gotha	—	50,00	—	—	50,00	30,00	30,00	30,00	17,00	60,00	30,00	—
Grabow b. Stett.	300,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Grabow i. Meckl.	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Greiz (Wahlkr. R.)	—	300,00	—	—	100,00	—	100,00	—	—	—	100,00	—
Großenhain, 7. sächs. Kreis	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—
Großenhain, div.	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Grünberg-Freistadt (Kr.)	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Guben-Lübben (Wahlkreis) . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Gutschdorf	—	—	5,00	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—
Hagen i. W. ..	9,00	4,00	—	3,00	8,20	3,00	3,00	—	6,00	3,00	33,00	—
Halle a. S.	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—	300,00	—
Hamburg I.	3000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	3000,00	—	—
„ II.	—	—	—	2000,00	—	—	—	2000,00	—	—	—	—
„ III.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3000,00	—	—
„ diverse.	294,65	155,30	210,85	52,00	67,25	107,40	67,60	612,85	2556,41	1303,47	324,35	10137,00
Hanau (Wahlkr.)	100,00	—	100,00	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	—	—	—	—	—	—	1000,00	—	—	—	2000,00
Harburg (Wahlkreis)	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—	200,00
Hartha, 10. sächs. Kr.	50,00	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—
Hastedt b. Bremen	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00
Heidingsfeld . . .	—	—	—	50,00	—	—	—	—	100,00	—	—	—
Herford-Halle (Wahlkreis)	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Heßler	—	—	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—
Hildburghausen	—	—	—	69,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Höchst-Ufingen (Wahlkreis)	—	—	—	150,00	—	—	—	—	—	—	—	150,00
Hörde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—
Hof i. B.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00
Hohenstein-Ernstthal	—	—	0,50	5,30	—	5,00	—	5,00	—	11,55	—	—
Holtenau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—
Hüllen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—
Hüttensteinach	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Jena (Wahlkreis)	—	30,00	—	—	30,00	—	—	30,00	—	—	30,00	—
Jena, diverse	—	4,70	—	—	—	—	—	—	115,01	—	—	—
Ilmenau	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—
Karlsruhe-Rühlb.	—	—	—	—	—	10,00	—	—	50,00	—	—	—
Kehl	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kiffingen	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Klingenthal i. B.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,50	5,00
Köln a. Rh.	—	—	120,00	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—
Königsberg i. Pr	—	—	100,00	—	100,00	—	—	100,00	—	100,00	—	100,00
Lahr i. B.	5,00	5,00	5,00	5,00	5 00	5,00	—	—	—	—	—	—
Landsberg a. W.	—	—	—	—	13,25	—	—	—	—	—	—	—
Langendiebach	—	—	—	—	—	71,00	—	—	—	—	30,00	—
Lauscha	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig, 12. u. 13. sächs. K.	1000,00	—	—	—	2000,00	—	3000,00	—	—	—	2000,00	—
Lengenfeld i. V.	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—
Lichtenstein-Callenberg	—	—	6,00	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Limbach, 15. sächs. Kr.	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—
Limmer, 9 hann Kr.	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lindenau i. S.	—	—	—	—	—	1,35	1,40	—	—	—	—	—
Lößnitz i. E.	—	—	27,30	—	—	—	—	4,00	—	—	—	13,80
London	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,20
Luckenwalde	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—
Ludwigshafen (Gau Pfalz)	—	—	—	—	200,00	—	—	—	200,00	—	—	—
Ludwigshafen, Rh., diverse	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Lübeck	—	—	466,28	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—
Lüneburg	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—
Magdeburg	—	—	—	30,00	—	500,00	—	—	200,00	176,90	225,55	—
Mainz	60,00	—	—	—	—	—	—	—	17,30	—	—	—
Mannheim (Landesorgan.)	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—	—
Mannheim	200,00	500,00	—	—	—	200,00	—	—	121,21	210,50	—	—
Marburg	20 00	—	—	—	—	10,00	—	—	10,00	—	10,00	300,00
Meerane	25,00	—	—	—	25,00	—	—	25,00	—	50,00	5,00	—
Merzig	2,00	—	—	1,55	—	—	—	—	—	—	—	—
Minden-Lübbecke (Wahlkreis)	80,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mittweida	—	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mülhausen i. E.	—	—	—	—	—	—	—	—	5,81	—	—	—
Mülheim (Rh.)	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München, Gauverb. Südbayern	—	—	79,80	—	—	67,81	—	—	102,80	—	—	—
München	—	20,00	305,00	10,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
M.-Gladbach	8,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Mylau i. V.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Neuhaldensleben (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Neumünster	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—
Neu-Ruppin	—	—	—	—	—	3,00	—	—	10,00	—	—	—
Neustadt, O.-Schl.	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—
Niederbarnim, Wahlkr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—
Niederhäßlich (6. sächs. Kr.)	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—	—
Niederzwönitz (19. sächs. Kreis)	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	50,00	—
Nürnberg-Altdorf	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	22,00	22,00	22,00	27,00	22,00	20,00
Nürnberg (Gau Nordbayern)	500,00	—	—	—	—	—	556,00	—	—	—	380,00	—
Oberhausen, (Rhld.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Oberlangenbielau	—	—	100,00	100,00	—	—	—	100,00	50,00	—	—	100,00
Oberschöneweide	—	—	—	—	—	—	—	—	60,05	—	—	—
Oberstein a. d. N.	—	—	4,80	—	—	2,52	—	—	2,86	—	—	3,30
Oelsnitz i. V.	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	50,00	9,84	—
Offenbach a. M.	—	—	—	—	—	—	2,00	700,00	—	5,00	300,00	—
Offenburg i. B.	—	20,00	20,00	—	—	25,00	26,00	—	—	—	—	—
Ohlau-Strehlen, Kreis	—	—	—	15,00	—	—	—	—	—	20,00	—	—
Olvenstedt (Wahlkr. Neuhaldensleben-Wolmir.)	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Ottensen	1000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Paris	—	—	—	—	—	40,32	—	—	—	80,64	—	—
Pfaffengrund	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—
Pforzheim	3,00	—	—	—	3,50	—	—	—	—	—	—	—
Pieragen	—	—	1,30	—	1,30	—	—	1,30	—	—	—	1,35
Pirna, 8. sächs. Kreis	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Plauen i. V.	—	3,00	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Pontresina	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Potsdam-Osthavelland	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	200,00	—
Pretz	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—
Pulsnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—
Quedlinburg	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	12,25	—	—
Rahnsdorf	6,00	—	—	6,00	—	—	6,00	—	—	6,00	—	—
Rawitsch	—	—	—	—	—	12,00	—	—	—	—	—	—
Regensburg	—	10,00	—	10,00	—	—	10,00	—	—	—	—	5,60
Reichenbach i. Schl.	—	—	—	—	5,00	—	—	5,00	—	—	5,00	—
Reichenbach i. V.	—	5,00	—	—	—	3,00	—	—	—	—	3,20	—
Remscheid	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	100,00
Rheydt	—	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rixdorf	—	—	—	—	—	—	—	1,00	6,40	5,00	—	—
Ronsdorf	—	—	29,00	—	—	29,00	—	—	26,00	—	—	30,50
Rostock i. M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	273,85	—	150,00
Saarrevier	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,50	—
Salzungen, 1. Mein. Kr.	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
St. Tönis	—	—	—	—	—	—	—	23,15	—	—	—	—
Schiffbeck	—	—	—	—	75,00	—	—	—	—	—	—	—
Schifferstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Schmalkalden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Schmiedeberg i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,25	—	—
Schwarzenbach a. S.	5,00	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwelm-Hagen, Kreis	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—
Sebaldsbrück	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Seifhennersdorf	—	—	—	13,50	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis	Auguſt	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Solingen, Wahlkr.	—	—	50,00	50,00	50,00	25,00	30,00	45,00	15,00	15,00	50,00	15,00
Sonneberg, Wahlk.	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—
Sorau	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—	30,00
Spremberg	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Staßfurt (Wahlkreis Calbe-Aſchersleben)	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Steglitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,05
Stettin	300,00	—	—	—	—	—	—	300,00	—	220,70	—	—
Stockum	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,56
Stralſund	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Straßburg i. E.	—	—	—	—	—	—	—	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
Striegau	—	—		50,00	—	—	—	—	25,00	—	—	—
Stuttgart	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	—	10,00	16,00	10,00	246,55	—	10,00
Sulzbach	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Taura	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,20	—
Teltow-Beeskower Kreis	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	600,00
Tönisheide	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Torgau (Wahlkr.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—
Triberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,08	—	—
Tſchichertzig	—	—	—	—	—	—	6,10	—	—	—	—	—
Vegeſack	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—
Verden, 6. hann. Kr.	38,00	—	—	—	—	—	45,00	—	—	—	—	—
Vielau	—	—	—	—	—	2,30	—	—	—	—	—	—
Villingen	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—
Wandsbeck	500,00	—	—	800,00	—	—	—	—	300,00	—	—	—
Warnemünde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—
Weimar	—	—	5,00	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Weißwaſſer	—	—	10,00	—	—	—	10,00	—	—	—	10,00	—
Weſtrick	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Wiesbaden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Winſen a. L.	—	—	—	—	—	—	—	—	20,85	—	—	—
Wirges	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Wittenberg, Wahlk.	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Woltmershauſen.	75,00	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Württemberg	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	300,00	100,00	100,00	1100,00	100,00	100,00	100,00
Zehlendorf	—	—	—	11,25	—	—	—	—	—	—	—	—
Zeitz, Wahlkreis	—	—	—	100,00	—	—	100,00	—	—	100,00	50,00	—
Zſchiedſche	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
„Vorwärts“	—	—	14080,40	—	—	16065,15	—	—	13310,90	—	—	17145,40
„Buchh. „Vorwärts“	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15000,00	—
Z. V. Z.	—	—	2000,00	—	—	2000,00	—	—	—	—	—	2000,00
Diverſe.	6,00	3,00	364,00	3,90	3,00	253,00	3,00	—	800,00	—	—	250,00

* * *

Strafregiſter. Mehr als 50 Jahre ſind es, was an Gefängniß- und Zuchthausſtrafen im letzten Jahre von deutſchen Gerichten in Strafprozeſſen erkannt iſt, die ſich aus der Arbeiterbewegung herleiteten. Ein erheblicher Bruchtheil dieſer Freiheitsſtrafen — beſonders auch die 3 Jahre Zuchthaus — ſind erkannt worden gelegentlich der großen Prozeſſe wegen Landfriedensbruch, die aus tumultuariſchen Vorgängen gelegentlich der großen Streiks in Köslin (Maurer) und Gommern (Metallarbeiter) ſich abſpielten. Auch die neueſte Erfindung auf dem Gebiete der Rechtſprechung, die Verurtheilung ſtreikender Arbeiter wegen „Erpreſſung“, hat zu den 50 Jahren manches Opfer geliefert. Auf das Konto

der Hunnenbrief-Prozesse sind ca. 2 Jahre zu setzen, von denen auf die drei Redakteure des „Vorwärts", John, Schmidt und Schröder, allein 17 Monate entfallen.

So drakonisch aber an unseren Parteigenossen jedes Ausgleiten der Feder oder jedes scharfe Wort geahndet wird, so ungenirt, und ohne durch die bezüglichen strafgesetzlichen Grenzen beengt zu werden, kann sich die gegnerische Kritik über unsere Parteigenossen hermachen. Ein recht charakteristischer Vorgang hat sich in dieser Beziehung gegen unseren Genossen Erdmann in Dortmund abgespielt. Gegen diesen hat sich vor dem Dortmunder Schöffengericht der Amtsanwalt von Dewitz erlaubt, die ehrenrührigsten Vorwürfe zu erheben. Er sprach von unserem Genossen als

> von einer jener verkommenen Existenzen, die zur Sozialdemokratie gehen, um den Dummen das Geld aus der Tasche zu nehmen, weil sie keine Lust zur ordentlichen Arbeit mehr haben. Erdmann sei ein gemeingefährlicher Mensch, der unschädlich gemacht werden müßte u. s. w. u. s. w."

Diese ungeheuerlichen Anschuldigungen, öffentlich erhoben in einem Beleidigungsprozeß, der schließlich mit der Verurtheilung unseres Genossen zu 30 Mark Geldstrafe endete, veranlaßte den Letzteren, gegen den Amtsanwalt die Anklage wegen Beleidigung zu erheben. Das Amtsgericht eröffnete auch das Verfahren, der Oberstaatsanwalt zu Hamm erhob aber den Konflikt und beantragte Einstellung des Verfahrens, weil sich der Amtsanwalt im Rahmen seiner Amtsbefugnisse gehalten habe. Das Unglaubliche geschah! Das Oberverwaltungsgericht erachtete den Konflikt für begründet und beschloß, das Verfahren gegen den Amtsanwalt einzustellen.

So geschehen im 20. Jahrhundert im Rechtsstaat Preußen!

Das Gesammtstrafregister im letzten Jahr ergiebt also, ohne die von Einzelnen verbüßte Untersuchungshaft mit eingerechnet, 48 Jahre und 8 Monate Gefängniß, 3 Jahre Zuchthaus und 17 659 Mark Geldstrafen.

Auch diese Opfer des Klassenkampfes sind nicht umsonst gebracht und werden ihre Sühne finden!

* * *

Parteigenossen! Das nächste Jahr wird für unsere Partei ein Kampfjahr im umfassendsten Sinne des Wortes. Noch ist der Brodwucher- und Zolltarif nicht aus der zu seiner Vorberathung eingesetzten Kommission heraus und der Reichstag muß sich in der nächsten Session in zweiter und dritter Lesung noch mit ihm befassen. Unsere Abgeordneten haben bisher ihr Möglichstes gethan, um das im Interesse des Großkapitals geplante Attentat auf das werkthätige Volk abzuwehren. Ob diese Abwehr von Erfolg begleitet sein wird, vermag heute Niemand zu sagen, unsere heiligste Pflicht aber ist es, mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften dafür zu wirken. Ob der Wuchertarif aber Annahme findet oder nicht, der nächste Reichstagswahlkampf wird unter den Ein- und Nachwirkungen dieses Attentats gegen das Volkswohl stehen. Unsere Partei, die bisher den Vorkampf gegen den Zollwucher geführt hat, wird bei den nächsten Wahlen den schwersten Kampf nach allen Seiten zu bestehen haben. Von gegnerischer Seite werden die kampfhaftesten Anstrengungen gemacht, um wieder ein Wahlkartell der Ordnungsparteien zu Stande zu bringen, wie gelegentlich der Faschingswahlen im Jahre 1887.

Um in diesem Kampfe siegreich zu bestehen, müssen unsere Genossen mit verdoppelten Eifer und aller Energie an die Vorbereitungen des Wahlkampfes gehen. Vor Allem gilt es die Organisation auszubauen, dann aber auch für materielle Mittel zum Wahlkampfe zu sorgen.

Parteigenossen, thut Euere Pflicht!

Hoch die Sozialdemokratie!

Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands.

Bis zur Frauenkonferenz in Mainz 1900 gab es in Deutschland nur in wenigen Orten weibliche Vertrauenspersonen, die die Agitation, so gut sie es vermochten, betrieben. Die Agitation selbst ermangelte der Planmäßigkeit. Die Konferenz schaffte in einem Regulativ einen Wegweiser für die Aufgaben der Vertrauenspersonen. Eine größere Einheitlichkeit in der Agitation war die Folge davon.

Nach einem Aufrufe in der „Gleichheit" erfolgte den Beschlüssen der Konferenz entsprechend die Wahl von Vertrauenspersonen, deren Zahl im Januar 1901 bereits 25 betrug und sich bis jetzt verdoppelt hat.

Die Aufklärungsarbeit unter den Frauen mußte selbstverständlich mit Berücksichtigung unseres buntscheckigen Vereins- und Versammlungsrechts betrieben werden. In den Orten, in denen die Frauen das Recht besitzen, politischen Vereinen als Mitglieder anzugehören, sind die Vertrauenspersonen mit Erfolg bemüht gewesen, diesen Organisationen weibliche Mitglieder zuzuführen. Die Wahlvereine der drei Hamburger Wahlkreise stehen in erster Reihe mit der stattlichen Anzahl von 902 weiblichen Mitgliedern. In Sachsen zählt der 12. und 13. Wahlkreis 550 politisch organisirte Frauen, der 4. 5. und 6. Wahlkreis 194, während im 22. und 23. Wahlkreise von Ende 1900 bis Ende Juli 1902 die Zahl der organisirten Frauen von 25 auf 180 gestiegen ist.

Um die beschlossene Agitation für den Arbeiterinnenschutz in Fluß zu bringen, erschien ein Aufruf in Nr. 23 der „Gleichheit" von 1900; die nämliche Nummer veröffentlichte auch die Resolution, in welcher die diesbezüglichen Forderungen der Genossinnen formulirt und begründet sind. Um diese Forderungen den bürgerlichen Parteien des Reichstags zur Kenntniß zu bringen, wurde jedem Mitglied desselben die Resolution in Form einer Petition zugestellt, welche um die gesetzliche Festlegung der geforderten Reformen ersucht.

Sobald die Gefahr des geplanten Zollwuchers festere Gestalt angenommen hatte, traten auch die Genossinnen sofort mit in die Agitation ein. Um den Frauen ärmerer Landestheile, die aus eigenen Mitteln sich nicht politische und soziale Belehrung schaffen können, Aufklärung durch Vorträge zu bringen, wurden Agitationstouren veranstaltet, deren Kosten entweder ganz oder theilweise aus der Kasse der Vertrauensperson der Deutschen Genossinnen gedeckt ward. Im Januar 1901 fand eine Tour im Thüringer Wald statt, die 15 Versammlungen umfaßte; in den elenden Zentren der Spielwaaren-, Glasperlen- und Griffelindustrie fielen die Vorträge auf fruchtbaren Boden. Ebenso wurde das arme Schlesien mit einer Agitationstour von 15 Versammlungen bedacht. In der Rheinprovinz wurden 9 Versammlungen, in Sachsen-Altenburg zwei mal je vier Versammlungen abgehalten. Im sächsischen Voigtlande fanden zwei Touren von 11 und 10 Versammlungen statt. Im Anschluß an eine größere Tour im Elsaß, die die dortige Vertrauensperson der Genossinnen organisirt hatte, sind in Baden mehrere Versammlungen mit gutem Erfolge abgehalten worden. Auch Ostpreußen erhielt gelegentlich der Anwesenheit einer unserer Rednerinnen vier Versammlungen. Bei den vorstehenden Angaben sind *nicht* diejenigen Agitationstouren mit einbegriffen, die die Vertrauenspersonen der einzelnen Bezirke und Orte veranstaltet haben, ebenso wenig die sehr zahlreichen Einzelversammlungen, die allerwärts zur Aufklärung der proletarischen Frauen stattgefunden haben. Die Agitation der Genossinnen erstreckte sich sowohl auf den Arbeiterinnenschutz, wie den Lebensmittelwucher; sie knüpfte an die maßlose Kohlenteuerung, die Wohnungsnoth, die Krise und alle Zeitereignisse an. Unsere Forderungen an die Kommune wurden gelegentlich der Behandlung einschlägiger Fragen gebührend berücksichtigt und die Genossinnen bei Stadtverordnetenwahlen zur thatkräftigen Unterstützung des Wahlkampfes aufgerufen. Erfreulicher Weise beginnen unsere Ideen auch unter die Proletarierinnen von Gegenden zu dringen, die bis vor Kurzem noch unserer Agitation verschlossen

waren. So zeigt sich in verschiedenen Theilen Bayerns eine immer regere Antheilnahme der Frauen an der modernen Arbeiterbewegung.

Beschwerdekommissionen der Genossinnen, die Beschwerden der Arbeiterinnen entgegen nehmen und der Gewerbeinspektion übermitteln, sind außer der in Berlin bestehenden in Leipzig, Dresden und Düsseldorf eingerichtet worden und haben manchen Uebelstand beseitigen helfen.

Auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung haben die Genossinnen mehr als je geleistet, Werkstuben- und Fabriksitzungen, wie öffentliche Agitationsversammlungen in großer Zahl abgehalten.

Die Zahl der Frauenbildungsvereine ist gestiegen; ihre Entwickelung ist im Allgemeinen eine gute. Da aber das Wirken dieser Organisationen im Hinblick auf das Vereinsrecht der Frauen in vielen Bundesstaaten ein streng unpolitisches sein muß, so fällt ein Ueberblick darüber, wie über die fleißige gewerkschaftliche Thätigkeit der Genossinnen außerhalb des Rahmens dieses Berichts.

Die Kommission für Abfassung von Flugblättern gab deren zwei heraus. Das erste behandelte in leicht faßlicher Form unsere Forderungen hinsichtlich des Arbeiterinnenschutzes. Es wurde in einer Auflage von 100 000 gedruckt und an 53 Orten verbreitet. Das zweite Flugblatt, das sich mit den Wucherzöllen beschäftigte, gelangte in 400 000 Exemplaren an 90 Orten zur Vertheilung.

Um die Kenntniß des sozialdemokratischen Programms unter den Frauen zu förden, wurden eine größere Anzahl davon, wie auch die Erläuterungen dazu angeschafft und den weiblichen Vertrauenspersonen unentgeltlich zugesandt mit dem Anrathen, beides im Kreise von Frauen zu lesen und zu diskutiren.

Als Zeichen der erfreulichen Entwickelung der Frauenbewegung macht sich ein fortwährendes Steigen des Abonnentenstandes der „Gleichheit" bemerkbar. Das Bedürfniß nach Agitationsnummern zur Unterstützung der Aktionen unserer Genossinnen unter den Arbeiterinnen bestimmter Gewerbe und bei besonderen Anlässen steigert sich fortwährend. Die Zahl der Proletarierinnen, die für die „Gleichheit" schriftstellerisch thätig sind, nimmt zu; die Entwickelung manch tüchtiger Kraft wird durch diese Mitarbeit bedeutend gefördert. Die „Gleichheit", der unsere proletarische Frauenbewegung an erster Stelle die grundsätzliche Klarheit und Reife verdankt, die sie von der Bewegung der meisten Länder auszeichnet, ist den thätigen Genossinnen unentbehrlich als geistiges Band, als Mittel des Zusammenhalts, der Belehrung und politischen Schulung.

Die in die Augen springenden Fortschritte unserer Bewegung werden sich bei den im nächsten Jahre in Aussicht stehenden Reichstagswahlen zeigen. An den Erfolgen, welche die Sozialdemokratie dann erringen wird, werden auch die Frauen ihren Antheil haben, ebenso wie sie ihren Antheil an allen erforderlichen Arbeiten leisten werden und geleistet haben.

Zum Schluß eine Uebersicht der vereinnahmten und verausgabten Gelder, die in der „Gleichheit" im Einzelnen quittirt worden sind. Zwar war es leider nicht möglich, von den eingekommenen Beträgen der Parteikasse einen Theil zuzuführen, doch haben wir wenigstens die Kosten unserer allgemeinen Agitation selbst gedeckt. Fast überall haben außerdem die Vertrauenspersonen der Genossinnen es verstanden, die Kosten der örtlichen Agitation unter den Frauen aufzubringen, sie haben oft den Parteigenossen beim Sammeln von Geldern zu allgemeinen Parteizwecken geholfen.

Sicher ist mit der größeren Aufklärung auch der Opfermuth der Frauen gewachsen. Das bisher Erzielte soll uns ein Ansporn zu unermüdlicher weiterer Thätigkeit sein.

Einnahmen	Mk. 2900,29
Ausgaben	Mk. 2195,55
Bestand . .	Mk. 704,74

Berlin, Ende Juli 1902.

Bericht

über die

parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

97. bis 192. Plenarsitzung II. Session der X. Legislaturperiode.

26. November 1901 bis 11. Juni 1902.

Erstattet von Emil Rosenow.

Inhalts-Uebersicht:

Der Zolltarif. — **Der Reichshaushaltsetat.** — **Die Etatsberathungen.** (Allgemeines.) — Etat des Reichstags. (Reichstag und Bundesrath.) — **Reichsamt des Innern.** („Objektivität". Der Stand der Sozialgesetzgebung.) — **Reichsgesundheitsamt.** (Zustände in Krankenhäusern.) — **Statistisches Amt.** (Arbeitsstatistische Abtheilung.) — **Reichsversicherungsamt.** (Unfall-Berufsgenossenschaften und -Statistik.) — **Auswärtiges Amt.** (Ostasiatische Expedition, Pekinger astronomische Instrumente, Südafrikanischer Krieg.) — **Militäretat.** (Duellunfug, Soldatenmißhandlungen, Gumbinner Prozeß.) — **Marineetat.** (Tirpitz-Erlaß.) — **Kolonialetat.** (Reichszuschüsse, Kolonialbureaukratie, neues Dienstgebäude, Zustände in den Kolonien.) — **Zölle und Verbrauchssteuern.** — **Reichsschulden.** — **Reichsjustizamt.** (Fall Bredenbeck, Reform des Strafvollzugs.) — **Post- und Telegraphenverwaltung.** (Unterbeamte, Petitionsrecht, Portofreiheit der Fürsten.) — **Reichseisenbahnamt.** (Tarifreform, Eisenbahnunfälle.) — **Gesetzentwürfe.** (Strandungsordnung, Seemannsordnung, Mitnahme heimzuschaffender Seeleute, Stellenvermittelung, seerechtliche Vorschriften des Handelsgesetzbuches. Regelung der Kinderarbeit. Diätengesetz. Fliegender Gerichtsstand der Presse. Diktaturparagraph. Schaumweinsteuer. Branntweinsteuer. Zuckerkonvention und Zuckersteuer. Süßstoffgesetz. Kleinere Gesetzentwürfe.) — **Interpellationen.** (Arbeitslosigkeit und Nothstand. Beuthener Arbeitersekretariat. Jesuitengesetz. Kriegsinvaliden. Militärpensionsgesetze. Wreschen. Duell.) — **Initiativanträge.** (Unsere Anträge. Kaufmännische Schiedsgerichte. Sicherung des Wahlgeheimnisses. Toleranzantrag. Lex Rintelen. Beihilfen an Kriegstheilnehmer.) — **Wahlprüfungen.** (Boltz, Prietze, Sieg-Graudenz.) — **Petitionen.**

Der Zolltarif.

Als der Reichstag zusammentrat, fand er endlich den langerwarteten **Entwurf eines Zolltarifgesetzes** vor, die weitaus wichtigste seiner Vorlagen, entscheidend für die Gestaltung der wirthschaftlichen Zukunft Deutschlands.

Dieser Entwurf entsprach den schlimmsten Befürchtungen der Arbeiterklasse. Er zeigte, wie groß der Einfluß des skrupellosesten Ausbeuterthums bei uns ist. Ein Hohn auf alle soziale Politik, erwies sich dieser Entwurf als ein **Wuchergesetz** im buchstäblichen Sinne des Wortes. Durch Erhöhung und Erweiterung der ohnehin um Deutschland bestehenden **Zollmauer**, will dieser Tarif die millionenköpfige Konsumentenmasse — in erster Linie das **Proletariat** — wehrlos einer Klasse von Ausbeutern überliefern, die uns hier in der Gestalt eines verschuldeten Junkerthums, dort in der beutehungriger Industrieritter entgegentritt. Nirgends hat in neuerer Zeit der Klassenstaat sich schärfer zum Ausdruck gebracht als hier und ebenso hat nie eine Regierungsvorlage dem Proletariat sinnfälliger die **Nothwendigkeit** der Eroberung der politischen Macht zum Bewußtsein gebracht als dieser Zolltarif.

Es traf sich, daß die Regierung den Zolltarif zu einer Zeit vorlegte, da über das deutsche Proletariat die schwersten Stürme der **wirthschaftlichen Krise** hinwegbrausten. Weit über eine **halbe Million Arbeitsloser** lungerte frierend und darbend um geschlossene Fabrikthore, verödete Arbeitssäle und unbeschäftigte Arbeitsnachweise. Hunderttausende verzweifelnder Väter und Mütter wußten nicht, woher Brot nehmen, um die hungrigen

Mäuler ihrer Kinder zu füllen oder Kleider beschaffen, um ihre Blößen zu decken. Wenn trotzdem die Blätter der preußischen Vieh- und Kornjunker mit großem Geschrei die Macher des Zolltarifs beschuldigten, die „dringendsten Forderungen der Landwirthschaft" nur in einem „ganz ungenügenden Maße" erfüllt zu haben und deshalb den Zolltarif für „unannehmbar" erklärten, so zeigt solcher wohl fast beispiellose Vorgang, wie die jahrelange volksfeindliche Agitation der agrarischen und industriellen Interessencliquen das öffentliche moralische Empfinden verwüstet hat.

Als schließlich die Regierung zur Begründung des Tarifgesetzes vor den Reichstag trat, waren die Reden von der Ministerestrade, ihrem Inhalte nach, noch kläglicher als die gedruckte Begründung, welche dem Hungergesetz mit auf den Weg gegeben war. Man erlebte das Schauspiel, wie die Regierung, welche gegenüber den Forderungen der Arbeiter fast immer so kräftig „Nein" zu sagen weiß, vor den Agrariern förmlich um Entschuldigungen bittet, weil sie ihrer, alle Dämme überfluthenden Profitwuth, nicht noch größere Millionengeschenke mache. Derselbe Reichskanzler, dessen Platz auf der Estrade bei der Besprechung unserer Nothstandsinterpellation, bei welcher es sich um die Noth der Proletarier handelte, leer blieb, fand bewegte Worte für die „schwierige Lage", in welcher sich „die deutsche Landwirthschaft" befinde. Und nach der Rede des Reichskanzlers vollzog sich an den neun Tagen der ersten Lesung des Zolltarifs eine Parade der Excellenzen, bei welcher überdies jede deutsche Einzelregierung von der Bundesrathsestrade des Reichstags, dem preußischen Junkerthum und seinen Verbündeten die Honneurs machte. Auf die Schwäche der Regierungen trumpfte das Junkerthum mit Spott und Drohungen. Wie seine Vorfahren das „Auspochen" der Dörfer als ritterliches Recht betrachteten, so bestanden sie auf dem gründlichen „Auspochen" des arbeitenden Volkes, von welchem sie sich dieses Mal durch Versprechungen und Vertröstungen nicht abhalten lassen wollten. Den kleinlauten Ministern wurde von den junkerlichen Rednern abwechselnd bald die hohle Hand, bald die geballte Faust vorgehalten. Und aus allen Theilen der Ausbeutermehrheit des Reichstags sprangen den Junkern Helfershelfer bei. In dem Zollkampfe erscheinen die einzelnen Fraktionen der Reichstagsmehrheit, bis zu den Nationalliberalen hinüber, förmlich als Filialen des Bundes der Landwirthe. War es nun weiter kein Wunder, daß der hochschutzzöllnerische Beutezug auf die Taschen der armen Leute, von den rheinisch-westfälischen Schlotbaronen, der national-polnischen Slachta bis herunter zu den Antisemiten und Zünftlern unterstützt wurde, so mußte das Verhalten des Zentrums jedes sittliche Gefühl empören. Es verzichtete bei dieser Gelegenheit selbst auf die gewohnten Kniffe und Pfiffe, mit denen es in den letzten Jahren jeden Volksverrath noch zu umhüllen suchte. Mit einer Schamlosigkeit ohne Gleichen schlug es sich offen auf die Seite der Brotvertheurer. Was thut's, daß sich unter den Zentrumswählern zehntausende kleiner Bauern befinden, die von der Erhöhung der Agrarzölle nicht blos keinerlei Vortheile sondern direkten Nachtheil haben, was thut's, daß das Zentrum seine parlamentarische Stärke den Massen katholischer Industriearbeiter verdankt, aus deren Taschen die Nothgroschen genommen werden sollen, die sich für die Junker zu Wuchermillionen summiren — das Zentrum ging zu den Brotwucherern über. Das vom Zentrum bei den Wahlen und im Reichstage so salbungsvoll im Munde geführte Christenthum erwies sich hier als der irdene Topf, welcher zerbrach, als er mit dem eisernen der kapitalistischen Ausbeutungsinteressen zusammenstieß. Wenn das Zentrum durch einen seiner Redner sagen ließ, es wolle die Erträgnisse des Getreidezolles zu Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter, z. B. Wittwen- und Waisenversicherung, verwenden, so war das nur ein zweckloser Rückfall in die alten Roßtäuscher-

kniffe. Schließlich muß auch der letzte katholische Arbeiter einsehen, wie infam er geprellt ist, wenn erst seine Wittwe und Waise gezwungen wird, die vertheuerten Lebensmittel zu kaufen und hernach aus dem Wucherprofit ein Almosen zurückbekommt. Bösartiger war es schon, als das Zentrum durch einen anderen Redner verkünden ließ, der deutsche Parlamentarismus werde im Orkus verschwinden, wenn es der Obstruktionstaktik der Linken gelingen sollte, den Wuchertarif zu Falle zu bringen. Das war nur eine Umschreibung für die damals und auch heute noch gehegte Absicht des Zentrums, die parlamentarischen Rechte der Minderheit zu strangulíren, um dem verbündeten Junkerthum seinen Wucherprofit zu verschaffen.

Inmitten dieses widerwärtigen Feilschens um die Haut des Konsumenten vertrat die Fraktion mit Würde und Wucht die Interessen der Arbeiterklasse. Ihre Redner erwiderten auf die Klagen der ostelbischen Junker, über die Unrentabilität ihres landwirthschaftlichen Großbetriebs, daß dort, wo sie beklagt werde, neben den bekannten Gründen auch vielfach die miserable Bezahlung und Behandlung der Landarbeiter mit die Ursache sei, denn schlecht bezahlte und schlecht ernährte Arbeiter seien eben weniger leistungsfähig als andere. Die Nothlage des Kleinbauern sei eine Folge der kapitalistischen Entwicklung, die bewirkt habe, daß der Großgrundbesitzer dem Kleinbauern den Markt wegnehme. Wenn wir nicht dulden wollten, daß die Armen in Stadt und Land ausgebeutet würden zu Gunsten von 25 000 Großgrundbesitzern, so seien wir andererseits jederzeit bereit, Mittel zu bewilligen zur Verbesserung der Lage der kleinen Landwirthe und namentlich der Landarbeiter. Hingegen würden wir niemals zulassen, daß jenem adligen Groß-Agrarierthum, welches allein den Vortheil aus dem Zolltarif habe, unter dem falschen Schlagwort: „Noth der Landwirthschaft", einseitig Milliarden-Profite in die Tasche geschanzt würden.

Weiter kennzeichneten unsere Redner den Zolltarif dahin, daß die Hochschutzzöllner der Landwirthschaft und die Hochschutzzöllner der Industrie sich gegenseitig Geschenke bewilligten, die aus den Taschen der Arbeiter genommen würden und wobei man die Arbeiter mit der Phrase abspeise, daß mit hohen Preisen guter Verdienst Hand in Hand gehe. Thatsächlich würden jedoch durch die Preistreibereien für Hunderte Millionen Mark Industrieprodukte weniger konsumirt werden und diese Unterkonsumtion würde einen enormen Rückgang der Löhne zur Folge haben. Der Zolltarif werde Deutschland auf die Bahn eines Agrarstaates zurückdrängen, uns vom Weltmarkt absperren, dessen Deutschland bedürfe zu seiner ökonomischen Existenz. Arbeitslosigkeit und Elend, vermehrte Verbrechen, gefüllte Zuchthäuser anstatt gefüllter Fabriken, Hungerkrankheiten und Verzweiflung werde das Loos des Volkes sein, während der Reichthum einer kleinen Klasse Besitzender riesenhaft anschwelle. Deshalb: „im Namen der Gerechtigkeit, im Namen des Volkswohls, in die Grube mit diesem Entwurf!"

Auch das parlamentarische Verhalten der Wucherparteien, ihre verlogene Argumentation, ihre nichtsnutzigen Angriffe auf unsere Partei, mit denen sie die Schwäche ihrer Position zu verdecken trachteten, fanden eine wuchtige Kritik. Doch diese reaktionäre Reichstagsmehrheit hat sich in der jahrelangen Schachermacherei um den Profit der herrschenden Klassen, ein zu dickes Fell wachsen lassen, als daß sie auf den ersten Angriff eine Beute fahren ließe, die sie schon sicher in den Zähnen zu haben glaubt. Sie schimpft und tobt, sie lacht und höhnt, um schließlich von ihren politischen Machtmitteln gegenüber der Arbeiterklasse rücksichtslos Gebrauch zu machen. Wie diese Reichstagsmehrheit über des Volkes Noth denkt, charakterisirte wie ein grelles Schlaglicht jener Zwischenruf von den Bänken der Junker, als einer unserer Redner die rührende Elendsgeschichte eines hilflosen Proletarierjungen schilderte: „Der Vater hat vielleicht Alles vertrunken!"

Am neunten Berathungstage wurde der Zolltarif an die Kommission verwiesen. Da die Berathungen dieser Kommission, zur Zeit der Erstattung dieses Berichtes, noch nicht beendet sind, erscheint ein Eingehen auf die bisherigen Kommissionsbeschlüsse unnöthig. Auch in der Kommission sind wir die einzige Partei, welche den hochschutzzöllnerischen Bestrebungen unermüdlichen, planmäßigen Widerstand entgegensetzt. Wir sind dabei zumeist auf unsere eigne Kraft angewiesen. Die Mehrheit der Zollkommission geht in ihren Gelüsten auf Erhöhung der Zollmauer, weit über das hinaus, was die Regierung in ihrem Entwurfe bietet. Die Gefahr für die Vertheuerung der Lebenshaltung des Volkes und die Verschlechterung aller seiner Existenzbedingungen ist heute größer als es bei der Einbringung des Zolltarifes den Anschein hatte. Aber die sozialdemokratische Fraktion ist gewillt, die Wucherpläne zu schanden zu machen und sei die Phalanx der Volksfeinde noch so stark.

Reichshaushaltsetat für das Jahr 1902.

Der Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1902 (1. April 1902 bis 31. März 1903) beläuft sich in

Einnahme und Ausgabe

auf 2 303 183 115 Mk., nämlich
„ 1 971 527 823 Mk. an fortdauernden,
„ 180 560 473 Mk. an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats, und
„ 151 094 819 Mk. an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats.

Hierzu kommt ein Nachtragsetat von 1 300 000 Mk. (Zuschüsse zum Dispositionsfonds des Kaisers zu Gnadenbewilligungen aller Art — Pensionszuschüsse und Unterstützungen), der Haushaltsetat der Schutzgebiete mit 37 402 496 Mark, sodaß im Ganzen die etatsmäßigen Ausgaben

2 341 885 611 Mk.

betragen, von welchen 113 200 439 Mk. durch Anleihen zu decken sind.

Auf die einzelnen Ressorts vertheilen sich die Ausgaben und Einnahmen des Etats für 1902 in folgender Weise:

Fortdauernde Ausgaben:

	— — Mk.
Bundesrath	756 260 „
Reichstag	241 630 „
Reichskanzler und Reichskanzlei	13 941 652 „
Auswärtiges Amt	59 852 829 „
Reichsamt des Innern	568 473 624 „
Verwaltung des Reichsheeres	522 647 „
Reichsmilitärgericht	86 913 539 „
Verwaltung der Marine	2 143 774 „
Reichs-Justizverwaltung	564 248 000 „
Reichsschatzamt	397 730 „
Reichs-Eisenbahnamt	93 654 160 „
Reichsschuld	927 390 „
Rechnungshof	74 494 701 „
Allgemeiner Pensionsfonds	46 305 017 „
Reichs-Invalidenfonds	387 027 539 „
Post- und Telegraphenverwaltung	5 990 531 „
Reichsdruckerei	65 636 800 „
Eisenbahnverwaltung	
Summe der fortdauernden Ausgaben	1 971 527 823 Mk.

Einmalige Ausgaben.

a) Ordentlicher Etat.

Reichstag	— —	Mk.
Auswärtiges Amt	22 620 521	„
Reichsamt des Innern	2 758 000	„
Post- und Telegraphenverwaltung	12 976 653	„
Reichsdruckerei	480 000	„
Verwaltung des Reichsheeres	55 724 181	„
Reichsmilitärgericht	— —	„
Verwaltung der Marine	79 778 550	„
Reichsschatzamt	15 000	„
Reichsschuld	— —	„
Rechnungshof	409 000	„
Eisenbahnverwaltung	3 956 000	„
Fehlbetrag	1 842 568	„
Zur Verminderung der Reichsschuld	— —	„
Summe a)	180 560 473	Mk.

b) Außerordentlicher Etat.

Reichsamt des Innern	4 000 000	Mk.
Post- und Telegraphenverwaltung	20 354 000	„
Verwaltung des Reichsheeres	29 528 995	„
Verwaltung der Marine	50 346 000	„
Eisenbahnverwaltung	13 620 000	„
Expedition nach Ostasien	33 254 824	„
Summe b)	151 094 819	Mk.
Summe der einmaligen Ausgaben	331 655 292	Mk.
„ „ fortdauernden „	1 971 527 823	„
Summe der Ausgabe	2 303 183 115	Mk.
Hierzu: Nachtragsetat	1 300 000	„
Etat der Schutzgebiete	37 402 496	„
Insgesammt	**2 341 885 611**	**Mk.**

Einnahmen.

Zölle und Verbrauchssteuern	819 083 690	Mk.
Reichsstempelabgabe	94 598 000	„
Post- und Telegraphenverwaltung	440 629 130	„
Reichsdruckerei	8 107 000	„
Eisenbahnverwaltung	89 785 500	„
Bankwesen	18 429 200	„
Verschiedene Verwaltungseinnahmen	37 672 090	„
Aus dem Reichsinvalidenfonds	46 305 017	„
Ausgleichungsbeträge	16 838 877	„
Matrikularbeiträge	580 639 792	„
	2 152 088 296	Mk.
Außerordentliche Deckungsmittel	151 094 819	„
Summe der Einnahme	2 303 183 115	Mk.
Hierzu: Nachtragsetat	1 300 000	„
Etat der Schutzgebiete	37 402 496	„
Insgesammt	**2 341 885 611**	**Mk.**

Die Etatsberathungen.

Die Folgen der schlimmen Wirthschaftskrise zeigten sich für das Reich in einer Verschlechterung seiner Finanzlage. Von dem Rückgang der Einnahmen waren alle Gebiete der Reichsfinanzen betroffen. Die Reichsregierung, die in den Jahren des Aufschwungs in ihrer Finanzpolitik eine Zuversichtlichkeit zur Schau getragen hatte, als würden in Zukunft die Reichseinnahmen sich immer in aufsteigender Richtung bewegen, ließ jetzt durch den Mund des Staatssekretärs im Reichsschatzamt die erste Etatsberathung einleiten mit einem langen Klagelied über die schlechte Finanzlage. Allerdings kann die Regierung mit Fug und Recht sagen, daß sie den Karren der Reichsfinanzen nicht allein in den Sumpf gefahren hat, in welchem er nun steckt. Die bürgerliche Reichstagsmehrheit und vor allem das Zentrum, hat dabei wacker mitgeholfen. Die ausschweifendsten Wünsche der Militär-, Marine- und Weltpolitik sind mit ein paar fast bedeutungslosen Abstrichen bewilligt worden und wenn man in den guten Jahren die Ausgabe steigerte mit jeder Steigerung der Einnahmen, anstatt unfehlbar kommende schlechte Jahre in vorsorgliche Berechnung zu ziehen, so sind die bewilligungseifrigen Hurrahpatrioten der bürgerlichen Mehrheit an der Finanzklemme des Reiches mindestens ebenso schuldig wie die Regierung, die der reaktionäre Bewilligungseifer zu immer neuen Forderungen aufstachelte. Dieser Majorität pochte denn auch das böse Gewissen zu laut, als daß sie eine ernsthafte und eingehende Kritik der Reichs-Finanzwirthschaft der letzten Jahre gewagt hätte. Mit billigen Redensarten drückte sie sich scheu um den Kern der Sache herum. Die Regierung machte es ihr leicht. Bereits am ersten Tage hielt der Reichskanzler seine bekannte Granitbeißerrede und versuchte die Aufmerksamkeit von der innerpolitischen Lage abzulenken durch den offiziellen Entrüstungsfeldzug wider den englischen Kolonialminister Chamberlain wegen dessen angeblicher Beschimpfung der deutschen Armee und durch ein mit feuilletonistischen Nichtigkeiten reichgespicktes Kolleg über den Dreibund. Wenn der Verfall der Dreibundspolitik so offenkundig ist, daß die Späßchen des Reichskanzlers ihn selbst dieser Reichtagsmajorität nicht zu verbergen vermochten, so vermochte die Regierung sich noch weit weniger Lorbeeren im Kampfe gegen den englischen Kolonialminister zu holen. Wenige Tage darauf schraubte der Reichskanzler seine patriotische Entrüstung um einige Löcher zurück und gab dem englischen Militarismus eine Art Ehrenerklärung. Auch im englischen Heere gebe es Männer, die zu sterben verstünden.

Unsere Fraktion ließ sich nicht erst darauf ein, in der parlamentarischen Posse der bürgerlichen Parteien eine Rolle mitzuspielen. Ihre Redner unterzogen die Reichsfinanzpolitik der ihr gebührenden Kritik und zeigten, wie jetzt schon das Reich, um das Loch in seinen Einnahmen zu stopfen, auf die Groschen der Konsumenten spekulire, die sich durch die Erhöhung der Getreidezölle zu Millionen summiren sollten. Sie wiesen ferner hin auf den unglaublichen Gleichmuth, mit welchem die Regierung jahrelang dem Hinauftreiben der Preise durch die Syndikate, wie dem ganzen tollen Hexensabbath der kapitalistischen Produktionsanarchie zugesehen habe, dessen natürliche Folge der wirthschaftliche Rückschlag ist. Die Unthätigkeit der Regierung gegenüber der Arbeiter-Wohnungsfrage, die Art, wie sich der Staat selbst an der Verschlechterung eines Arbeitereinkommens betheiligt, so z. B. indem der preußische Eisenbahnfiskus gleich mit Eintritt der Krise den Arbeitern die Löhne kürzte — dies Alles fand scharfe Kritik. Gleichmäßig war dies der Fall in Bezug auf die brennendsten politischen Tagesfragen, wobei unsere Redner überdies noch, als ein Theil der bürgerlichen Abgeordneten sich, angesichts der Ernennung des jugendlichen Herrn Spahn zum Professor in Straßburg, als

Vorkämpfer für die bedrohte **Freiheit der Wissenschaft** aufspielen wollten, mit Recht darauf verweisen konnten, wie sich dasselbe Bürgerthum den Teufel um die Freiheit der Wissenschaft gekümmert habe, als es galt, den Genossen Dr. Arons von der Universität wegzumaßregeln, und dem Genossen Dr. Conrad Schmidt unmöglich zu machen, als Privatdozent in Leipzig thätig zu sein.

Als unsere Redner das **Anwachsen des Militär- und Marine-Etats**, das **Ueberwuchern des Militarismus** sowie die abenteuerliche **Weltpolitik** besprachen, ergriffen sie auch die Gelegenheit, eine nochmalige gründliche Abrechnung über den **Rachezug nach China** vorzunehmen. Es entspricht dem ganzen sonstigen Verhalten der bürgerlichen Parteien während des Chinazuges, daß sie auf die Ausführungen unserer Redner sachlich fast garnichts zu erwidern hatten.

Bei der Berathung des Etats des **Reichstages** kam es zu einer Kritik des **Verhaltens des Bundesrathes** gegenüber dem Reichstage bei den Verhandlungen über Initiativanträge. Obwohl gerade die Initiativanträge der Parteien meist die dringlichsten Fragen betreffen, stellt sich ein hoher Bundesrath so, als gingen ihn diese Berathungen garnichts an. Durch demonstratives Leerbleiben der Bundesrathsestrade wird dem Reichstag gezeigt, daß er in den Augen der Regierungen nur in Betracht kommt, wenn es sich um Berathung von Regierungsvorlagen handelt. Unsere Fraktion rügte dies durch ihren Redner in nachdrücklichster Form und zeigte an dem Beispiele des Reichstagsinitiativantrags: Sicherstellung des Wahlgeheimnisses, wie die Regierung Forderungen des Reichstags unbeachtet läßt. Bei der Beantwortung dieser Rede entschlüpfte dem Reichskanzler das erheiternde Eingeständniß, die Mitglieder des Bundesrathes stimmten im Bundesrathe nach Instruktionen ihrer Regierungen, seien aber häufig garnicht in der Lage, zu sagen, weshalb ihre Stimmen für oder gegen einen Antrag abgegeben werden. Diese kleine Offenbarung aus den Mysterien des Bundesrathes verdient wohl beachtet zu werden.

Eine schonungslose Abrechnung mit der Regierung über die Reichs-Sozialpolitik nahm unsere Fraktion vor bei der Etatberathung des **Reichsamts des Innern.** Dafür glaubte Graf Posadowsky uns eine Vorlesung halten zu müssen über die parlamentarische Vertretung der Arbeiterinteressen, welche mit der Objektivität geschehen müsse, die nothwendig sei, um in gesetzgebenden Körperschaften die Geschäfte zu fördern. Nach Objektivität schreien unsere Gegner stets, wenn sie auf unsere Angriffe nichts zu erwidern haben und die verlangte Objektivität bedeutet in diesem Falle nichts anderes als der Wunsch nach einer recht zahmen Kritik, der die Spitzen abgebrochen, die Schärfen abgeschliffen sind. Wir haben keine Ursache, solche „Objektivität" zu üben. Ist doch gerade die schonungslose Schärfe unserer Kritik zu allen Zeiten Sporn und Peitsche gewesen, die Regierung und herrschende Parteien des Klassenstaates zu Thaten angetrieben haben. Für die Fraktion hieße es, gerade ihre schneidigsten und wirksamsten Waffen bei Seite legen, wenn sie im Sinne unserer Gegner „objektiv" werden wollte. Der Appell an die „Objektivität" kann uns daher nicht rühren; wir werden auch fernerhin auf einen Schelmen anderthalbe setzen.

So verhielt sich auch dieses Jahr die Fraktion wieder bei der Kritik der **Reichssozialpolitik.** Unser General-Redner machte zunächst einen allgemeinen Angriff auf die Sozialpolitik des Reichsamts des Innern. Er führte dem Reichstage den Schneckenschritt derselben vor Augen, der seinen Grund findet theils in der Lauheit, theils in dem direkten Widerwillen, mit welchem die herrschenden Klassen bei uns Sozialpolitik treiben. Sie darf den Unternehmern kein Geld kosten, ihre Machtbefugnisse nicht schmälern, soll dabei aber die Arbeiter „zufrieden" machen. Während die Arbeiterklasse, gestützt auf ihre Organisationen, machtvoll vorwärts drängt, suchen Regierung und herr-

schende Parteien zu bremsen wo sie irgend können. So giebt das Reichsamt des Innern den Fabrikinspektoren auf, sich nicht mehr über die allgemeine Lebenslage der Arbeiter, über Ernährungsverhältnisse und dergleichen in ihren Berichten auszusprechen. Freilich! Solche festgestellten Thatsachen könnten ja von uns zur Begründung des Verlangens nach Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter verwendet werden!

Zu der Unlust der herrschenden Klasse an sozialpolitischen Thaten gesellt sich der Einfluß des Ausbeuterthums, den unser Fraktionsredner an einer summarischen Zusammenstellung der 12 000 Mark-Affaire noch einmal wirkungsvoll demonstrirte. Unsere weiteren Fraktionsredner wandten sich als dann den einzelnen Gebieten der Sozialpolitik zu. Gerade bei dieser Einzelbetrachtung zeigte sich, wie unzulänglich das Geschaffene ist und unter welchen gräulichen Mißständen die herrschende Klasse bei uns zu Lande das Proletariat, das ihr doch alle Werthe schafft, leiden läßt, ohne auch nur eine Hand zur Abstellung dieser Mißstände zu rühren.

Die einzelnen Fraktionsredner zeigten, wie viel auf dem großen Gebiete der Gewerbehygiene noch zu thun ist, auf welchem das Interesse der Unternehmer an der ungezügelten Ausbeutung der gekauften Arbeitskraft, dem wirksamen Arbeiterschutz hindernd im Wege steht. Viel würden die Arbeiter selbst durch ihre Organisationen zu bessern im Stande sein. Aber das Koalitionsrecht wird ihnen fortwährend illusorisch gemacht. Zahlreiche Beispiele aus der Reihe der gewerkschaftlichen Kämpfe führten unsere Redner dafür an. Die Anfeindungen und Beschränkungen des Koalitionsrechtes, die Maßregelungen und Bestrafungen der Arbeiter, welche von dem Koalitionsrechte gegenüber dem Unternehmerthum Gebrauch machen, bedrücken die Arbeiterklasse um so mehr, als das Unternehmerthum, in seiner Sucht nach möglichst gründlicher Auspowerung der Arbeitskraft, fortgesetzt Verstöße gegen die bestehenden Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter begeht. Die Berichte der Gewerbeaufsicht enthalten darüber alljährlich eine Fülle von Material. Es würde noch größer und für das kapitalistische Ausbeuterthum beschämender sein, wenn nicht das Bestreben vorherrschte, die Berichte der Aufsichtsbeamten an Werth und Bedeutung zu verkleinern. Unsere Redner beklagten sich über die immer mehr hervortretende summarische Kürze dieser Berichte, die nicht dazu da seien, die Bibliotheken zu füllen, sondern das Material für die richtige Sozialpolitik zu bilden. Weiter zeigten die Ausführungen unserer Redner über den gesetzlichen Maximalarbeitstag, die Kinderarbeit, die Frauenarbeit, die gewerbliche Nachtarbeit, Arbeitsamt, Arbeitsstatistik und die zahlreichen anderen Gebiete der Sozialpolitik, wie viel derselben noch zu thun übrig bleibe.

Zum Titel **Reichsgesundheitsamt** besprach ein Fraktionsmitglied, wie dies schon früher von ihm geschehen ist, die Zustände in den öffentlichen Krankenhäusern. Unser Redner brachte viel Material bei, welches die Verbesserungsbedürftigkeit dieser Zustände kennzeichnete. Selbst Vertreter bürgerlicher Parteien mußten ihm dabei recht geben und auch der Staatssekretär nannte die Thatsachen erschütternd, wenn sie sich beweisen ließen, verwies im Uebrigen aber die Beschwerden an die Landesregierungen. Die Mißstände haben vielfach ihre Ursache in der schlechten Bezahlung des Personals. Darüber haben unsere Gegner eigenartige Ansichten, denn ein nationalliberaler Redner, der Abg. Franken-Schalke, begegnete dem Vorwurfe mangelhafter Bezahlung mit dem Einwande, daß christliche Nächstenliebe und Aufopferung überhaupt nicht mit Geld zu bezahlen sei. Unsere Fraktion hat sich ein Verdienst erworben, diese Dinge, denen bisher der Reichstag nie seine Aufmerksamkeit geschenkt hatte, zur Sprache gebracht zu haben. Ist es doch in erster Linie der erkrankte Proletarier, der unter ihnen leidet. Ihm

bessere Pflege zu verschaffen, ist ein Gebot der einfachsten Menschlichkeit. Unser Erfolg wird noch größer sein, wenn die Genossen in den einzelnen kommunalen Körperschaften gerade der Frage der öffentlichen Krankenpflege ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden werden.

Das Kapitel: **Statistisches Amt** gab unserer Fraktion die erwünschte Gelegenheit zur Gründung der neuen arbeitsstatistischen Abtheilung beim Statistischen Amt, die an Stelle der früheren Kommission für Arbeiterstatistik getreten ist, Stellung zu nehmen. Diese Neugründung ist wieder ein Beweis dafür, wie die allmähliche Ausdehnung der sozialen Gesetzgebung dazu drängt, die ganze Sozialpolitik vom Reichsamt des Innern loszulösen und ein besonderes Reichsarbeitsamt zu schaffen. Unser Redner gab diesem Gedanken Ausdruck und bezeichnete die Gründung als eine Etappe auf diesem Wege. Er wies ausdrücklich hin auf die von der Scharfmacherpresse ausgesprochenen Hoffnungen, daß es sich bei der Gründung um eine Einschränkung der Kompetenzen der früheren arbeitsstatistischen Kommission handle. Dergestalt provozirte er eine Erklärung des Staatssekretärs, daß die Abtheilung dieselben Rechte haben sollte wie die frühere Kommission. Unser Redner verlangte noch ein Hinausgehen über diesen Rahmen und für die Abtheilung einen festen Beirath aus Unternehmern, Arbeitern und einer Anzahl Gewerbeinspektoren. Aber wie die Reichssozialpolitik immer, wenn sie einen Schritt vorwärts macht, sich sorgfältig hütet, unseren Wünschen ganz entgegen zu kommen, so auch diesmal. Nur von Fall zu Fall sollen, auf Antrag einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern der Abtheilung, Unternehmer und Arbeiter zugezogen werden.

Beim Kapitel: **Reichsversicherungsamt** übte unsere Fraktion durch ihre Redner eine geharnischte Kritik an den Unfall-Berufsgenossenschaften und an den Betriebsunfällen. Unsere Redner griffen die Berufsgenossenschaften heftig an, die ihren Ehrenvorsitzenden und Vorsitzenden wahre Ministergehälter bezahlen. 10 000 Mk. Jahresgehalt, freie Dienstwohnung, Garten, Heizung und Beleuchtung, 8000, 4000, 5000 Mk. Jahresgehalt sind keine Seltenheiten. Im Gegensatz hierzu beziehen die Unterbeamten bescheidene Gehälter und die Entschädigungen, welche den Arbeitern für erlittene Unfälle zuerkannt werden, sind kein Ersatz für die Einbuße an Arbeitskraft.

Die Statistik der Unfälle spricht ganze Bände von dem Elend der Arbeiterklasse, dem Risiko, welchem der Arbeiter im Produktionsprozesse ausgesetzt ist. Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der Todten und Schwerverwundeten auf dem Schlachtfelde der Industrie gewachsen. Die tödtlichen Unfälle betrugen im Jahre 1896: 6989, 1897: 7287, 1898: 7848, 1899: 7999, 1900: 8449. Die Zahl der Verwundeten betrug 1896: 85 272, 1897: 91 171, 1898: 96 774, 1899: 104 811, 1900: 106,447. Im Durchschnitt der Jahre 1886 bis 1899 entfielen auf den einzelnen Arbeiter pro Tag $1^2/_{10}$ Pfennig, 1900 sogar nur 1,07 Pfennig Entschädigungen.

Auf die Feststellungen und die Kritik unserer Redner antworteten die im Reichstage sitzenden Vertreter des Unternehmerthums zwar mit heftigen Angriffen auf unsere Partei, konnten jedoch die angeführten Thatsachen nicht entkräften. Sie reden eine zu eindringliche Sprache und zeigen, wie nothwendig es ist, das einzige Eigenthum des Proletariers, seine Arbeitskraft, besser zu schützen vor dem Raubbau, den das Unternehmerthum mit ihm treibt.

Mit der Berathung des Etats des **Auswärtigen Amtes** fiel auch die Berathung des Etats für die Expedition nach Ostasien zusammen. Sind doch auch die Opfer an Geld und Menschen, welche der Kriegs- und Rachezug nach Ostasien erforderte, eine Folge der Auslandspolitik der letzten Jahre. Es wurden vom Volke an einmaligen Kosten 950 000 Mk., an laufenden 24 900 000 Mk. gefordert. Die Reichstagsmehrheit strich, nach dem

Vorschlage ihrer Kommission, die ersteren auf 546 000, die letzteren auf 20 000 000 Mk. Im Uebrigen war sie befriedigt von den „Aufklärungen", die sie aus des Grafen Bülow Mund über den Gang der auswärtigen Politik bekam. Alles in schönster Ordnung, Deutschlands Regierung ist maßvoll, besonnen, klug, energisch, sie verfolgt in China blos wirthschaftliche Interessen, sie verfolgt die Politik der „offenen Thür", aber — die militärische Besatzung muß drüben bleiben. Unser Redner stellte demgegenüber die wirkliche Lage der Dinge fest. Die ostasiatische Besatzungsbrigade sei nichts Anderes als der Anfang einer Kolonialarmee, deshalb werde von uns der Ausgabetitel völlig abgelehnt werden. Es gäbe nichts Widerspruchsvolleres als die Auslandspolitik der Regierung, im Hinblick auf den Zolltarif. Auf der einen Seite geschehe die Ausgabe von Millionen und Abermillionen zum „Schutze der deutschen Interessen im Auslande", auf der anderen Seite umschließe man sich mit einer chinesischen Mauer, sodaß Handel und Industrie überhaupt nicht in die Lage kommen könnten, diesen Schutz anzurufen. In gleicher Weise griff ein anderer Fraktionsredner bei der Berathung des Etats des Auswärtigen Amts die Auslands- und Chinapolitik der Regierung an. Während die Alldeutschen und Antisemiten, die bisher die Greuelthaten im südafrikanischen Kriege zum Ausgangspunkte ihrer mordspatriotischen Englandshetze genommen hatten, schwiegen, nagelte unser Redner die Regierung auf ihre Unterlassungssünden fest. In dem brutalen Beutekrieg in Südafrika habe England schwere Verstöße gegen die Haager Verträge begangen und es wäre Pflicht der deutschen Regierung, die die Haager Konferenzakten mitunterzeichnet habe, gewesen, hier zu interveniren. Der Reichskanzler wußte darauf nichts Anderes zu erwidern, als daß ja andere Großmächte gegen die englische Kriegsführung auch nichts eingewandt hätten und Deutschland habe keine Ursache, hier eine führende Rolle zu übernehmen. Schwieriger war es ihm schon, die Wegnahme der astronomischen Instrumente von Peking zu rechtfertigen, woran unser Redner eine vernichtende Kritik übte. Aber der Reichskanzler kennt die Reichstagsmehrheit. Er verlegte sich deshalb auf die diplomatische Seite und setzte auseinander, daß die Instrumente mit voller Zustimmung der chinesischen Regierung in unseren Besitz übergegangen seien und eine Zurückweisung würde zweifellos die Kaiserin-Wittwe von China, die eine sehr intelligente Dame sei, bei ihrer richtigen Einsicht in die politischen Verhältnisse, aufs Höchste verletzen. Bei den bürgerlichen Parteien schlug dieser Grund durch. Keine fand den Muth, sich unserm Verlangen anzuschließen, die Instrumente zurückzugeben.

Der **Militäretat** beziffert sich im laufenden Jahre nach den Beschlüssen des Reichstags auf

568 473 624	Mk.	an fortdauernden Ausgaben,
55 724 181	„	an einmaligen ordentlichen Ausgaben,
29 528 995	„	an einmaligen außerordentlichen Ausgaben

zusammen 653 726 800 Mk., gegen das Vorjahr um 20 Millionen Mk. weniger, eine „Ersparniß", zu welcher die Reichstagsmajorität durch die schlechte Finanzlage gezwungen wurde.

Bei der diesjährigen Berathung des Militäretats nahm unsere Fraktion wieder in scharfer Weise Stellung gegen den Duellunfug. Er hat seinen Sitz in den Offizierskreisen und geht von hier in die bürgerlichen Kreise Derer über, deren „feineres Ehrgefühl" einen angethanen, oft nur leichten Schimpf, nicht durch den Urtheilsspruch des Richters korrigiren läßt, sondern hauend oder knallend den „Schimpf" mit „Blut abwaschen" will. Gegen den Duellunfug erschöpft sich die Reichstagsmehrheit in lahmen Resolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfere Bekämpfung

des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verstehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbuchparagraphen gegen die Duellanten nach Gebühr zu handhaben. Weiter trat unsere Fraktion energisch auf gegen die zunehmenden Soldatenmißhandlungen, und es ist ebenso bezeichnend, daß nur die Sozialdemokratie an Quälereien der Soldaten energische Kritik übt, wie daß wir alljährlich neue krasse Fälle festzustellen in der Lage sind. Neben den vielen einzelnen Beschwerdepunkten, die wir durch unsere Redner vorbringen ließen, nahm die Fraktion auch Veranlassung, das ganze militaristische System, dessen Kostspieligkeit die schlechte Lage der Reichsfinanzen ganz wesentlich verursacht hat, vom prinzipiellen Standpunkte aus zu bekämpfen und die Einführung der Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres zu verlangen.

Eine große Rolle spielte bei den Debatten der Gumbinner Prozeß. Für unsere Fraktion gesellte sich zu der sachlichen Auseinandersetzung mit der Militärjustiz, wegen deren Verfahren wider die Unteroffiziere Marten und Hickel in Sachen der Ermordung des Rittmeisters Krosigk, noch eine persönliche Abrechnung mit dem Vertheidiger des Verfahrens der Militärjustiz: dem Geheimen Kriegsrath Romen. Dieser Jurist, welcher der weiteren Oeffentlichkeit bekannt wurde, als er in seiner Hamburger Staatsanwaltszeit zu dem Ausspruch kam: die Sozialdemokraten seien schon als solche des Meineids verdächtig, ist inzwischen bis zum Geheimen Kriegsrath avancirt nnd diente nun auf der Bundesrathsestrade als juristischer Beistand des Kriegsministers gegenüber dem Reichstage. Die Fraktion bereitete ihm eine schwere Niederlage und führte die Kritik des Gumbinner Einzelfalles zu einer Kritik des ganzen Systems der Militärstrafprozeßordnung hinüber. Wir verlangten durch unsere Redner sobald als möglich eine Revision des Militärstrafverfahrens mit dem Ziele der Abschaffung des Gerichtsherrn und der völligen Oeffentlichkeit des Verfahrens.

Der **Marineetat** beziffert sich in diesem Jahre nach den Beschlüssen des Reichstags auf

86 913 539	Mk.	an fortdauernden Ausgaben,
79 778 550	„	an einmaligen ordentlichen Ausgaben,
50 346 000	„	an einmaligen außerordentlichen Ausgaben

zusammen 217 038 089 Mk. gegen 207 000 000 Mk. im Vorjahre.

Was somit der Reichstag beim Militäretat „erspart" hat, ist bereits zur Hälfte beim Marineetat wieder hinzugekommen.

Die Verhandlungen über den Marineetat waren in diesem Jahre mit großer Spannung erwartet worden. Kurz vorher war unser Zentralorgan in die Lage gekommen, einen Marineerlaß des Herrn v. Tirpitz zu veröffentlichen, der vom 6. Januar 1902 datirt, klar zeigte, daß die Regierung sich bereits wieder mit dem Plane neuer Flottenforderungen trägt. Als 1899 bis 1900 der damalige Flottenplan durchgedrückt wurde, betheuerte die Regierung, die Ausführung desselben sei möglich ohne neue Steuern. Als das Zentrum gar neue Steuern direkt anbot, lehnte der Staatssekretär des Reichsmarineamts sie weit von sich ab. Jetzt aber sagte sein Erlaß:

„Eine parallel laufende planmäßige Steigerung der Indiensthaltungen, im besonderen der möglichst beschleunigte organisatorische Aufbau der Schlachtflotte, mußte in den Berechnungen vorläufig außer Acht gelassen werden, da eine dem anwachsenden Schiffsbestande entsprechende Steigerung der Indiensthaltungen für die Jahre 1905—10 so hohe Bedarfszahlen für die „Fortdauernden Ausgaben" ergeben hätte, daß die Flottenvorlage ohne neue Steuern nicht durchführbar gewesen und infolgedessen aufs Aeußerste gefährdet worden wäre."

Hier war also mit dürren Worten gesagt, daß der Wassermilitarismus als er 1899/1900 seine Flottenvorlage einbrachte, nach einem in seinen Grundzügen fertigen Plane handelte, der in Wahrheit eine weit größere Forderung als die aufgestellte vorsah. Dieser umfassende Plan wurde dem Reichstage verschwiegen, man ließ ihn in dem Glauben, daß die eingebrachte Vorlage die ganze Forderung sei, während sie doch in Wahrheit nur ein Theil derselben war. Man versicherte, diese Vorlage sei ausführbar ohne neue Steuern und die Reichstagsmajorität, in dem Glauben, ein abgeschlossenes Ganzes zu bewilligen, stimmte zu. Die Wasserpolitiker der Regierung steckten schmunzelnd das Bewilligte ein; wußten sie doch besser als der ahnungslose Reichstag, daß das dicke Ende nachkommen werde. Und es wird bald kommen, denn in dem Tirpitz-Erlasse heißt es weiter:

„Nach den bisherigen Absichten soll dem Reichstage im Winter 1904 bis 1905 eine Novelle zum Flottengesetze vorgelegt werden.

Der Inhalt der Novelle selbst wird sich zwar nur auf die zahlenmäßige Vermehrung der Auslandsschiffe erstrecken, die beizufügende Begründung aber wird

1. den Schiffsbauplan für die nächsten fünf Jahre (1906—10),
2. einen Ueberblick über die Entwicklung der Gesammtkosten der Marine innerhalb dieser Bauperiode (1906—10) geben müssen."

Daß die Marinepolitiker der Regierung diesen zweiten Theil ihres fertigen Flottenvermehrungsplanes auch nicht ohne neue Steuern glauben durchführen zu können, bewies schließlich noch der folgende Passus des Tirpitz-Erlasses:

„Falls im Winter 1904/05 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reiches dies irgendwie gestatten, wird man den Versuch machen müssen, in der vorzulegenden Begründung zur Flottennovelle die planmäßige Entwicklung der Indienstthaltungen in den Jahren 1906 bis 1910 dem wachsenden Schiffsbestand und dem zu beschaffenden Berufspersonal anzupassen und zu diesem Zweck eine ausreichende Steigerung der „fortdauernden Ausgaben" in den Berechnungen vorzusehen.

Man konnte mit Recht gespannt sein auf die parlamentarische Auseinandersetzung über diese allerneueste Marinepolitik, die den Reichstag als eine bloße Jasage-Maschine einschätzt, indem sie ihm wesentliche Dinge verschweigt. Aber der Staatssekretär des Reichsmarineamts that, als ob garnichts geschehen sei. Er gab den markanten Sätzen des Erlasses eine Deutung, als ob er, der Staatssekretär, gegenüber viel weitergehenden marinistischen Forderungen gebremst habe und spielte so den Wortlaut des Erlasses auf das übliche „Mißverständniß" hinaus. Konnte man von dem Staatssekretär, angesichts der ganzen Lage der Dinge etwas Anderes nicht wohl erwarten, so war dafür die Haltung der Reichstagsmehrheit eine um so kläglichere. Oft klagen auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien über das geringe Ansehen, welches der Reichstag genießt. Wäre es ihnen aber ernst damit, das Ansehen des Reichstags zu heben, so müßten sie sich mit Entrüstung gegen die Rolle erheben, in welche die Marinepolitiker der Regierung den Reichstag gedrängt hatten. Statt dessen halfen sie eifrig, die Regierung herauszuhauen. Selbst die allerloyalste Opposition der bürgerlichen Linken, mit einziger Ausnahme des Führers der Freisinnigen Volkspartei, glaubte dem Marineminister aufs Wort, daß sein Erlaß nur ein Beweis dafür sei, wie sehr er bei den letzten Marineforderungen „gebremst" habe. „Voll Furcht und Hoffnung, ein hohler Darm", so zeigte sich auch bei dieser Gelegenheit wieder die bürgerliche Opposition. Vollends die Nationalliberalen und das Zentrum dachten nicht daran, an den Marineminister auch nur ein Wort der Kritik zu verlieren. Sollte sich das Zentrum zum zweiten Male als der blamirte

Europäer" vorstellen? Sollte man sich vor dem Volke zum Mitwisser der Geheimnisse der Marinepolitik machen und zugeben, man habe schon 1900 gewußt, daß die laufenden Einnahmen nicht genügten und deshalb ein Steuerbouquet präsentirt werden wird? Das ging nicht an. Folglich nahm man die Regierung in Schutz und schlug Lärm wider die Sozialdemokratie. In Letzterem übernahmen die edelsten konservativen Junker die Führung. Sie schrieen über sozialdemokratischen Brief- und Aktendiebstahl und ihre Redner geberdeten sich so sittlich entrüstet als ob es nie einen Ohm und Gödsche, einen Lindenberg und Teschen gegeben habe.

Unsere Fraktion sorgte jedoch dafür, daß diese kleinen Kniffe nicht verfingen. Unsere Redner kennzeichneten den Vorgang als das was er war und geißelten das Verhalten der bürgerlichen Parteien, sodaß diese wie die geprügelten Pudel aus der Debatte hervorgingen.

Der **Kolonialetat** erfordert in diesem Jahre bei einer Gesammtsumme der Einnahmen und Ausgaben von 37 402 496 Mk. einen **Reichszuschuß** aus den Taschen der Steuerzahler von **28 961 600 Mk.** Im Etat für 1902 betragen die

	Einnahmen und Ausgaben	der Reichszuschuß
für das ostafrikanische Schutzgebiet . .	8 051 496 Mk.	4 865 200 Mk.
„ Kamerun	4 236 600 „	2 205 100 „
„ Togo	1 650 000 „	1 015 000 „
„ das südwestafrikanische Schutzgebiet .	9 458 000 „	7 634 900 „
„ Neu-Guinea	822 000 „	722 000 „
„ die Karolinen, Palauinseln und Mariannen	338 100 „	805 000 „
„ Samoa	441 400 „	170 400 „
„ Kiautschou	12 404 000 „	12 044 000 „
Summa	37 402 496 Mk.	28 961 600 Mk.

Besser als lange Ausführungen zeigen diese Zahlen die Werthlosigkeit unseres kolonialen Besitzes, der sich nicht durch seine eigenen wirthschaftlichen Hilfskräfte sondern nur durch die Zuwendungen aus den Taschen der deutschen Steuerzahler erhält. Die Kolonialpolitik, die Begleiterscheinung der Marine- und Weltpolitik, ist eine Last für das Volk, aber ein gutes Geschäft für die herrschenden Klassen. Der Reichszuschuß sichert Rhedern und Großkaufleuten profitable Lieferungen und Leistungen aller Art. Dabei riskiren sie keinen Pfennig. Im umgekehrten Verhältniß zu dem „patriotischen" Eifer, mit welchem die Mehrheitsparteien die Reichszuschüsse bald „im Interesse der Missionen", bald „im Interesse der wirthschaftlichen Erschließung unserer Schutzgebiete" verlangen, steht die weise Vorsicht, mit welcher die „patriotischen" Kapitalisten sich hüten, auch nur einen verdammten Heller aus eigener Tasche in den Kolonien anzulegen.

Auf die Länge der Zeit bewirkt der Besitz der Kolonien das Heranwachsen einer besonderen Kolonialbureaukratie, die dem deutschen Steuerzahler ebenso kostspielig zu werden verspricht wie der Kolonialmilitarismus. Für die Kolonien ist die Reichstagsmajorität außerordentlich freigebig. Hat sie in diesem Jahre doch sogar einer „Auskunftsstelle für Auswanderer", deren Verwaltung sich in den Händen der privaten und noch dazu parteipolitischen „Deutschen Kolonialgesellschaft" befindet, 30 000 Mk. erstmalig bewilligt. Diese Auskunftsstelle ist ein Werbebureau für die Auswanderung in die afrikanischen Kolonien. Nachdem nun die Reichstagsmehrheit einmal Zuschuß bewilligt hat, werden weitere Forderungen nicht auf sich warten lassen.

Für die Kolonialbureaukratie genügen bereits die Räume im Auswärtigen Amte nicht mehr. Es wurden deshalb die Grundstücke Wilhelmstraße 62

und Mauerstraße 45/46 zu Berlin, die der Fürstin Luise von Hohenzollern gehörten, angekauft, um dort die Dienstgebäude der Kolonialverwaltung einzurichten. Für diesen Zweck bewilligte der Reichstag einen Kaufpreis von $2^1/_2$ Millionen Mark (erste Rate 1 278 000 Mk.). Von unserm Redner wurde der Werth der Grundstücke auf höchstens $1^1/_2$ Millionen Mark taxirt und vor dem Kaufe gewarnt. Aber die Mehrheit bewilligte in namentlicher Abstimmung, unter braver Mitwirkung vor allem des Zentrums, der Antisemiten, Nationalliberalen und freisinnigen Vereinigung, die verlangte Summe.

Ebenso bewilligungsfroh war diese Mehrheit bei allen sonstigen Forderungen für die Kolonien. Für eine Telegraphenlinie von Dar-es-Salaam nach Tabora bewilligte sie einen Zuschuß von 168 000 Mk. und aus den Mitteln der Reichspostverwaltung als erste Rate 300 000 Mk. Dagegen fand sie sich mit allen Klagen über die Zustände in den Kolonien leicht ab. Unser Fraktionsredner konnte über grausame Mißhandlungen von Kameruner Eingeborenen berichten. Solche als Arbeiter auf Plantagen verwendete Schwarze waren wegen irgend welcher Vergehen gepfählt, ihre Hände mit Spiritus begossen und dieser darauf angezündet worden. Diese Dinge konnte der Kolonialdirektor nicht bestreiten; er verwies nur darauf, daß die betreffenden Kaufleute bestraft worden seien. Die Thatsache aber, daß solche Grausamkeiten seitens der Europäer sich immer wieder ereignen, zeigt doch am besten, von welcher Art die „Kultur" ist, die die Europäer dort drüben verbreiten.

Andrerseits verstehen sich die Eingeborenen anderer Kolonien, so z. B. Samoas, darauf, den deutschen Geldbeutel auszunutzen als ob sie waschechte ostelbische Agrarier wären. So klagte die Regierung selbst über die Begehrlichkeit der Häuptlinge, die für die Erhebung der Kopfsteuern Gehälter verlangen und „Liebesgaben und Geschenke" haben wollen. (Gouverneur Dr. Solf).

Auch an der asiatischen Küste wird der Boden von Kiautschou bearbeitet mit immer erneuten und vergrößerten Millionenopfern aus den Taschen der deutschen Steuerzahler. Dabei ist eine dauernde militärische Besatzung nöthig, um Deutschland den „kostbaren" Besitz zu erhalten.

Die Fraktion hat daher auch gegenüber der Kolonialpolitik auf ihrem alten Standpunkte verharrt: dieser kapitalistisch-militaristischen Kolonisation keinen Mann und keinen Groschen.

Die **Zölle und Verbrauchssteuern** erreichen für das Rechnungsjahr 1902 folgenden Betrag:

Zölle		483 651 000	Mk.
Tabaksteuer		12 108 000	„
Zuckersteuer		114 897 000	„
Salzsteuer		49 320 000	„
Branntweinsteuer:			
a) Maischbottichsteuer	16 863 000		
b) Verbrauchsabgabe und Zuschlag	110 592 000	127 455 000	„
Brausteuer und Uebergangsabgabe vom Bier		31 580 000	„
Aversa (Abfindungen der außerhalb der Zollgrenze liegenden Reichsgebiete)		72 690	„
Insgesammt		819 083 690	Mk.

Diese Zölle und Verbrauchsabgaben ruhen als schwere Last auf den Schultern der breiten Volksmassen. Sie vertheuern den Lebensunterhalt und tragen mit bei zur Verelendung der Arbeiterfamilien. Sie vertheuern die wesentlichsten Lebensmittel und Bedarfsartikel in folgender Weise:

1 kg Brot mit 4 Pf., 1 kg Fleisch mit 15 Pf., 1 kg Schmalz mit 10 Pf., 1 kg Speck mit 20 Pf., 1 kg Reis mit 4 Pf., 1 kg Salz mit 12 Pf., 1 kg Zucker mit 20 Pf., 1 kg Kaffee mit 40 Pf., 1 kg Gewürz mit 50 Pf., 1 kg deutschen Tabak mit 22 Pf., 1 kg ausländischen Tabak mit 85 Pf., 1 Cigarre von ausländischem Tabak mit 1 Pf., 1 Hering (je nach Größe) mit $^1/_2$—1 Pf., 1 Liter Bier mit 1 Pf., 1 Liter Branntwein mit 28 Pf., 1 Liter Petroleum mit 6 Pf.

Die unersättliche Habgier der herrschenden Klassen strebt jetzt durch die Hinauftreibung der Zölle nach einer noch höheren Belastung unserer nothwendigsten Lebensmittel. Dagegen richtete sich der Kampf unserer Fraktion, von welchem zumal die Zolltarifdebatten Zeugniß ablegen.

Die ungeheuren Opfer, die, trotz der schlechten Finanzlage, Deutschland für Militarismus und Marinismus aufbringt, bewirken, daß Jahr für Jahr neue Anleihen aufgenommen werden und damit die Summe der **Reichsschulden** sich in beständiger Steigerung befindet. Sie betrug 1880: 387 Millionen Mark, 1890: 1241 Millionen Mark, 1900: 2418 Millionen Mark, **1902: 2515 Millionen Mark.** Zu ihrer **Verzinsung** erforderte diese Reichsschuldsumme 1881: 11 Millionen Mark, 1891: 55 Millionen Mark, **1902: 93,6 Millionen Mark.**

Bei der Berathung des **Reichsjustizetats** brachte unsere Fraktion unter anderem den Fall Bredenbeck zur Sprache. Die Behandlung unseres Genossen, der, als Redakteur unseres Dortmunder Parteiorgans, gefesselt durch die Straßen Dortmunds transportirt wurde, ein Vorgang, den seine tieferschütterten Angehörigen, seine Mutter, seine Frau, seine Brüder mit ansehen mußten, hat die Aufmerksamkeit der weitesten Oeffentlichkeit wiederum auf die Art gelenkt, wie Polizei und Justiz in Deutschland mit Schriftstellern und Redakteuren verfahren, die irgend eines Preßvergehens schuldig sind. Unsere Fraktion benutzte das Vorkommniß zur Geißelung des ganzen Systems. Ihr Redner hielt demgegenüber die rücksichtsvolle Behandlung, die dem Prinzen Arenberg zu theil geworden war, und verlangte, daß endlich einmal in der Behandlung aller politischen Gefangenen eine Aenderung eintrete. Weiter erstreckte sich unsere Kritik auf die bekannte Anwendung des Erpressungsparagraphen auf die Gewerkschaften, sie verlangte den Schutz des Koalitionsrechts und eine zeitgemäße Revision des Strafgesetzbuchs. Der Staatssekretär im Reichsjustizamt erwiderte darauf in der bei ihm gewohnten Weise. Die einzelnen vorgebrachten Beschwerden gehen ihn nichts an, da sie in die Ressorts der Minister einzelner Bundesstaaten gehören. Die Nothwendigkeit der Reform des Strafvollzugs ist schon seit zwanzig Jahren bekannt. Aber diese Reform ist zu schwierig, um von heute auf morgen erledigt zu werden. Die Fesselung Bredenbecks haben die zuständigen Instanzen nicht für richtig gehalten und es steht zu hoffen, daß sich Gleiches nicht wieder ereignen wird u. s. w. Weniger dieses Verhalten der Reichsregierung als das Verhalten der bürgerlichen Parteien trägt die Schuld an solchen Vorkommnissen, wie es die Behandlung unserer Redakteure ist. Mit ein paar matten Redensarten gingen die bürgerlichen Parteien darüber hinweg und die Nationalliberalen brachten es sogar fertig, über die angeblich zu geringe Bestrafung der Beleidigungen zu lamentiren. Dies Verhalten der bürgerlichen Parteien wurde von unsern Rednern gebührend gegeißelt und darauf verwiesen, daß wir die Reform des Strafvollzugs längst hätten, wenn nur der Reichstag sie mit der nöthigen Energie fordere.

An der Spitze der **Reichspost- und Telegraphenverwaltung** stand in diesem Jahre als neuer Leiter Herr Kraetke. Herr v. Podbielski, die Hoffnung der Junker, ist in das preußische Landwirthschaftsministerium übergesiedelt, sodaß der Reichstag mit ihm nur noch hie und da als urwüchsigem

Anwalt junkerlicher Interessen zu thun bekommt. Dem neuen Postminister Herrn Kraetke kam der Reichstag nicht unfreundlich entgegen. Im Gegensatze zu seinem temperamentvollen Vorgänger bietet er vorläufig wenig Angriffspunkte, da man noch nicht weiß, wie sich unter ihm die Reichspost entwickeln wird, der Minister aber das Bestreben zeigt, beklagte Mißstände nach Möglichkeit abzustellen. Unsere Fraktion forderte Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten und Maßnahmen gegen ihr Wohnungselend. Sie wandte sich in ihrer Kritik der Postbehörden, gegen vorgekommene Fälle von Unterdrückung des Petitionsrechtes der Beamten, gegen dienstliche Ueberlastung von Unterbeamten. Ein Redner übte an der Portofreiheit, welche fürstlichen Persönlichkeiten gewährt wird, Kritik und es wurde festgestellt, daß von den Höfen auch für deren Telephongespräche keine Gebühren erhoben würden.

Das **Reichs-Eisenbahnamt** ist im Grunde nichts als eine besondere Abtheilung des preußischen Eisenbahnministeriums. Der Geist desselben schwebt auch über den Maßnahmen des Reichs-Eisenbahnamts. Die Ueberschußwirthschaft des preußischen Eisenbahnministeriums duldet im Reiche ebenso wenig die Durchführung der dringend nothwendigen Tarifreform wie in Preußen. Der Präsident des Reichs-Eisenbahnamts ließ sich auf eine Erörterung über die Tarifreform nicht ein und die von unserer Seite erhobenen wohlbegründeten Klagen über die Eisenbahnunfälle, beantwortete er mit dem Trost, daß ja die Zahl dieser Unfälle nicht zugenommen habe, denn nicht auf die Zahl der verletzten Personen komme es an, sondern auf die Zahl der Unfälle an sich. Natürlich wandte sich hiergegen unser Fraktionsredner, wie wir durch ihn auch wiederum energisch die Verbilligung der Tarife verlangten, gerade im Interesse der Arbeiterklasse, deren soziale Lage dadurch ganz wesentlich gebessert wird, daß man es ihr möglich macht, den Aufenthaltsort rasch und billig zu wechseln. Während das ausbeuterische Junkerthum, durch hohe Tarife es den Arbeitern möglichst erschweren will, der Knute des Junkers zu entfliehen und über die „Eisenbahnvagabondage" Klage führt, sind wir der Ansicht, daß unsere Bevölkerung viel zu seßhaft ist und eine durch billige Eisenbahntarife herbeigeführte größere Beweglichkeit derselben, von besserndem Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen sein wird. Unsere Fraktion wird deshalb, soweit hierzu der Reichstag überhaupt im Stande ist, stets hinwirken auf volksthümliche Reformen im Eisenbahnwesen und Bruch mit der Raubkapitalistischen Ueberschußwirthschaft.

Gesetzentwürfe.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der **Strandungsordnung** giebt der Behörde das Recht, die Beseitigung der im Fahrwasser, auf der Rhede oder im Hafen hülflos treibenden Wracks oder sonstiger auf den Grund gesunkener Gegenstände zu veranlassen. Sobald die Behörde eingeschritten ist, darf, ohne Genehmigung derselben, Niemand mehr etwas vom Wrack wegschaffen. Zur Kostendeckung der Beseitigung kann die Behörde die beseitigten Gegenstände öffentlich verkaufen, soweit nicht Sicherheit gestellt ist. — Der Gesetzentwurf bot keinen Anlaß zu Debatten und wurde angenommen. Um so lebhaftere Debatten rief die Seemannsordnung hervor. Bei dieser Gesetzesmaterie standen sich die Interessen der Rheder und der Seeleute scharf gegenüber. Man kennt die Praktiken unserer Rheder, die sich oft durch das schmierigste Leuteschinden zu Millionären herauf „arbeiten". Vor der Ausbeutung des Schiffskapitals die Seeleute nach Möglichkeit zu schützen, erachteten wir als unsere besondere Pflicht. Die **Seemannsordnung** und die mit ihr zusammenhängenden Gesetze: **Verpflichtung der Kauffahrteischiffe zur Mitnahme heimzuschaffender Seeleute, Stellenvermittelung für**

Schiffsleute, Abänderung seerechtlicher Vorschriften des Handelsgesetzbuches, war bereits in der vorigen Session in Kommissionsberathung gewesen. In dieser Session war sie wieder vorgelegt worden, ohne daß die Regierung von den damaligen Kommissionsbeschlüssen Notiz genommen hätte. Die Gesetzentwürfe blieben auch den vorigen Sommer wieder in der Kommission stecken, und wurden erst in diesem Winter aufgearbeitet. Unter unseren Gegnern waren in erster Linie die Nationalliberalen die wildesten Anwälte des Rhedererinteresses. Man sah bei dieser Gelegenheit wieder einmal, daß all das „wirthschaftlich Freiheitliche" beim Nationalliberalismus nur grobe Tünche ist und, sobald es sich um die Niederdrückung der Arbeiter handelt, der richtige Nationalliberale auch in wirthschaftlicher Hinsicht den rückständigsten Junker übertrumpft. Immer, wenn wir den Seeleuten gegenüber dem ausbeutenden Rheder den Schutz des Rechts an die Hand geben wollten, schrieen die Nationalliberalen über den Bruch der Disziplin und verkündeten den Untergang der Rhederei. Aber unsere Redner nahmen kein Blatt vor den Mund. Sie schilderten die Ausplünderung der Arbeitskraft der Seeleute, ihre oft schändliche Behandlung, ihre Rechtlosigkeit gegenüber den Kapitänen, die den Profit der Rheder immer vor Augen haben. Zahlreiche Einzelfälle führten unsere Redner zur Unterstützung ihrer Forderungen an. Von unserer Fraktion wurde beantragt, bei der Besetzung der Seemannsämter in allen Fällen einen der Schöffen aus dem Kreise der seebefahrenen Schiffsleute zu nehmen, gleichzeitig Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlung und Diätenzahlung an den Schöffen einzuführen. Ursprünglich hatte das Zentrum diesen Antrag unterstützt, das Geschrei der Rheder und das Abwinken der Regierung veranlaßte aber einen beim Zentrum üblichen Umfall und wir blieben in der Minderheit. Unser Versuch, an auswärtigen Hafenplätzen den Konsul, wenn er Mitinhaber der Rhederei ist, prinzipiell auszuschließen, mißlang, dagegen setzten wir bei einem anderen Paragraphen die Verbesserung durch, daß die Anwesenheit der gewerbsmäßigen Stellenvermittler, der „Landhaie", als Vertreter der Rheder bei der Musterung ausdrücklich verboten wurde. Weiter versuchten wir in das Gesetz, in die nothwendigen Angaben des Heuervertrages, auch die Zeit des Dienstantrittes, die Zahl der auf den Schiffen beschäftigten seebefahrenen Mannschaften und die Höhe des Ueberstundenlohnes einzuführen. Doch wurden wir niedergestimmt. Die Mehrheit ließ auch die Bestimmung stehen, wonach der Schiffsmann, der ohne genügende Entschuldigung dem Antritt oder der Fortsetzung des Dienstverhältnisses sich entzieht, von der Polizei zwangsweise und noch dazu auf seine Kosten an Bord gebracht werden kann. In Bezug auf Urlaubsbewilligung wurden nicht nur unsere Verbesserungsanträge abgelehnt, sondern es wurde sogar eine konservative Verschlechterung, die die Abhängigkeit des Seemanns vom Kapitän noch erhöht, in das Gesetz hineingebracht. Bei den Paragraphen, welche die Arbeitszeit auf den Schiffen im Hafen und auf offener See, im gemäßigten Klima und in den Tropen, sowie die Sonntagsruhe und die Entschädigung für Ueberstunden behandelt, erwarben sich die Reichsparteiler große Verdienste um den höchsten Rhederprofit. Unter ihrer Führung lief die Mehrheit sogar Sturm gegen die Kommissionsbeschlüsse und setzte durch, daß die achtstündige Arbeitszeit in den Tropen für die Stewards und die Arbeiter im Aufsichtsdienst nicht gilt. Auch die Bezahlung der Ueberstunden wurde diesen Arbeitern gestrichen. In der Mehrheit stand auch die freisinnige Vereinigung mit. Ihr Führer war Herr Freye. Die Art und Weise, wie uns die Mehrheit niederstimmte, wurde schließlich so arg, daß unsere Redner sich mit Heftigkeit dagegen auflehnten und das Rhederthum schonungslos angriffen. Die Nationalliberalen antworteten darauf mit Bemerkungen, wie „ein Vogel, der sein Nest beschmutzt". Diese Herren glauben nämlich, daß ein Abgeordneter Hamburgs ein Vertreter

des Rhedereiinteresses sein müsse, obgleich er von Arbeitern gewählt ist. Wir zeigten den Herren indessen, daß das Interesse der Wähler und das Interesse der ausbeuterischen Rheder zweierlei ist und behandelten im Uebrigen ihre Wuth mit dem gebührenden Spott.

Die Regelung der Fürsorge für den erkrankten und verletzten Seemann gelang es uns durch unsere Anregungen wenigstens etwas zu bessern. Ebenso gelang es uns bei der Regelung des Heuerbezugs in Krankheitsfällen für Angehörige der Seeleute Verbesserungen durchzusetzen. Dagegen zeigte sich wieder die ganze Rückständigkeit der Mehrheit, als das Koalitionsverbot in Frage kam. Hier fanden die Rheder vortreffliche Anwälte in den Konservativen, die das Koalitionsrecht, welches ihnen ein Scheuel und Greuel ist, aufs Heftigste bekämpften. Es kostete uns alle Mühe, im Gesetz den Ausdruck, der vom „Entlaufen" des Seemanns wie vom Entlaufen eines Hundes sprach, wenigstens in „Entweichen" abzuändern. Schließlich wurde auch noch unser Verlangen, bei Lohnstreitigkeiten für die Seeleute die Gewerbegerichte zur Instanz zu machen, mit großer Entrüstung abgelehnt, wobei es noch (in zweiter Lesung) eine Gewerbegerichtsdebatte gab, in welcher sich deutlich die ganze Feindseligkeit der Regierung und aller bürgerlichen Parteien gegen das „Laienelement" in der Rechtsprechung zeigte, welches die Mitwirkung der Arbeiter in den Gewerbegerichten darstellt.

Angesichts der geringfügigen Verbesserungen, die die Vorlage brachte, vor allem aber der Art, in welcher die Mehrheit unsere wichtigsten Anträge niederstimmte, votirte unsere Fraktion in der Schlußabstimmung gegen das Gesetz mit Nein.

Die Begleitgesetze riefen keine bemerkenswerthe Debatte hervor. Das Gesetz vom 27. Dezember 1872, welches die Kauffahrer verpflichtet, hilfsbedürftige Seeleute mitzunehmen, wurde in verschiedener Hinsicht gebessert oder geändert. Dieser Aenderungen halber erhielt das Gesetz auch einen anderen Titel: „hilfsbedürftige" wurde in „heimzuschaffende" Seeleute umgeschrieben. Neu ist an dem Gesetze u. A., daß die Kauffahrer verpflichtet sind, auch Sträflinge mit heimzunehmen. Es ist dies insofern eine Besserung, als früher, ihrer Ueberführung zur Aburtheilung in Deutschland harrende Seeleute oft lange Zeit in fremdländischen Gefängnissen als Untersuchungsgefangene hocken konnten, wenn die nach Deutschland zurückkehrenden Kauffahrer sich weigerten, sie mitzunehmen. In dem Gesetz, betr. die Stellenvermittlung, ist der weittragendste Paragraph derjenige, welcher den Rheeder zur Zahlung der Hälfte der Stellenvermittelungsgebühr verpflichtet. Es wird damit dem Unwesen der Heuerbase wirksam entgegengearbeitet werden, denn sobald die Rheder die Hälfte der Gebühren bezahlen müssen, werden sie im Interesse des eigenen Geldbeutels eine billige Stellenvermittelung schaffen und so der Ausbeutung der Seeleute durch die Heuerbase entgegenwirken. Endlich hat die Aenderung der Seemannsordnung Abänderungen der seerechtlichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches nothwendig gemacht.

Der Reichstag nahm am Schlusse der Seemannsdebatte eine Resolution an, welche die verbündeten Regierungen ersucht, dem Reichstage mit thunlichster Beschleunigung und unter Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen der Handelsmarine über Tiefgang und Ladelinie einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Frage einer behördlichen Aufsicht über Seetüchtigkeit, Tiefgang, Bemannung und Verproviantirung von Kauffahrteischiffen geregelt, für Abstellung entwaiger Mängel Sorge getragen und zu diesem Zwecke eine der Oberaufsicht des Reichs unterstehende Instanz bestimmt wird. Wir stimmten für diese Resolution, weil sie dem Zustande ein Ende machen will, daß manche Rheder „den Kasten vollpacken bis zum Ersaufen", wie der Ausspruch eines Rhebers lautete, der in der Debatte angeführt wurde. Unser Redner zeigte,

an der schrecklichen Zahl der verschollenen Schiffe, wie nothwendig es sei, hier gesetzlich Remedur zu schaffen.

Eine wichtige sozialpolitische Materie, welche den Reichstag in dieser Tagung beschäftigte, war die **Regelung der Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben.** Infolge des Verbotes der gewerblichen Beschäftigung von Kindern in Fabriken, war die Kinderausbeutung in der Hausindustrie bedeutend gestiegen. Die Unternehmer schlugen dem Gesetz ein Schnippchen, indem sie die Arbeiten, welche bisher Kinderhände in der Fabrik besorgt hatten, an die Hausindustrie gaben und durch Hungerlöhne die Eltern zwangen, ihre Kinder bei der Arbeit mitanzuspannen. Sie machten dabei überdies noch ein Profitchen, indem sie einen Theil der Produktionskosten, die sie bei der Fabrik-Kinderarbeit hatten, auf den Hausindustriellen abwälzten. So stieg die Kinderausbeutung in der Hausindustrie und mit brennenden Augen und blutendem Herzen müssen die Proletarierеltern zusehen, wie ihre Kinder frühzeitig bei unmäßiger Erwerbsarbeit ihre Gesundheit ruiniren, während für die Kinder der Reichen Frühling und Sonnenschein lachen. Zu dieser hausindustriellen Thätigkeit gesellt sich die Erwerbsarbeit der Kinder in der Landwirthschaft, in häuslichen Dienstleistungen, im Handels- und Verkehrsgewerbe, in Gastwirtschaften, als Austräger und Ausläufer. Die gewerbliche Kinderarbeit ist eines der düstersten Bilder des sozialen Elendes des Proletariats. Die Reichsstatistik von 1900 stellte 532 283 Kinder in noch nicht oder noch schulpflichtigem Alter fest, welche außerhalb der Fabriken und außerhalb Landwirthschaft und Hausindustrie thätig waren. Thatsächlich ist dies nur die unterste Grenze. In einer großen Anzahl Bundesstaaten sind nur eine Anzahl Betriebe für die Enquete herausgegriffen, die übrigen nur abgeschätzt worden. 1895 ergab die Berufszählung der in einem Hauptberuf gewerblich thätigen Kinder bereits eine weit höhere Zahl und man wird die thatsächlichen Verhältnisse ziemlich genau treffen, wenn man heute die in gewerblichen Betrieben thätigen Kinder auf eine Million, die in Landwirthschaft und Hausindustrie thätigen Kinder mit zwei Millionen abschätzt.

Gegenüber diesen Zuständen bedeutet der Gesetzentwurf nur eine schwächliche Halbheit. Er **verbietet** die Kinderarbeit überhaupt bei Bauten, Ziegeleien, Brüchen und Gruben, beim Steineklopfen, sowie in Werkstätten zur Herstellung von Schieferwaaren, Steinarbeiten, in Töpfer-, Kalkbrenner-, Spiegelbeleg-, Glasbläser-, Blei- und Zinnspielwaaren-, Metallgießerei-, Schleiferei-, Gürtler- und Bronzier-, Feilenhauerei-, Queckfilberarbeit-, Feuerwerks- und Zündholzwerkstätten, Abdeckereien, Färberei-, Lumpensortier-, Gummi-, Guttapercha- und Kautschuckwaaren-, Polsterwaaren-Werkstätten, in Roßhaarspinnereien, Werkstätten der Perlmutterverarbeitung, in der Bürsten- und Pinselmacherei, Fleischereien, Hasenhaarwäschereien, Bettfedernreinigung-, Maler- und Anstreicherwerkstätten, chemischen Waschanstalten. In allen übrigen Werkstätten, sowie im Handels- und Verkehrsgewerbe wird die Beschäftigung von Kindern **unter zwölf Jahren** verboten. Die Beschäftigung von Kindern **über** zwölf Jahren wird auf täglich drei Stunden und in den Schulferien auf vier Stunden beschränkt, darf nicht über 8 Uhr Abends dauern und vor dem Vormittagsunterrichte nicht beginnen. Bei theatralischen Aufführungen und Schaustellungen dürfen Kinder unter zwölf Jahren, sofern nicht das höhere Interesse der Kunst und Wissenschaft vorwaltet, nicht beschäftigt werden, mehr als zwölfjährige Kinder nur bis 9 Uhr Abends. In Gast- und Schankwirtschaften ist die Beschäftigung von Kindern unter zwölf Jahren verboten, die Beschäftigung von Kindern über zwölf Jahren mit der Einschränkung, daß Mädchen nicht zur Bedienung der Gäste verwendet werden dürfen. Beim Austragen und bei Botengängen erlaubt der Gesetzentwurf die Kinderarbeit bereits vom zehnten

Lebensjahre ab und giebt überdies der unteren Verwaltungsbehörde für die ersten fünf Jahre das Recht, zu gestatten, daß die Arbeit 12jähriger Kinder hier bereits von $6\frac{1}{2}$ Uhr Morgens an eine Stunde lang dauern darf. Der Gesetzentwurf verbietet weiter, mit Einschränkungen, die Sonntagsarbeit der Kinder und untersagt die Beschäftigung eigner Kinder für alle die Betriebe, in denen auch fremde Kinder nicht beschäftigt werden dürfen.

So ist hier wieder ein paragraphenreiches Gesetz geschaffen, weil die Reichssozialpolitik nicht den Muth findet, kurzweg alle Erwerbsarbeit der Kinder vor dem 14. Lebensjahre zu verbieten.

Die Gegner waren mit dem Gesetze höchlichst zufrieden und sangen Lobeshymnen auf die Thatkraft der Regierung. Namentlich die Junker schmunzelten, weil der landwirthschaftlichen Ausbeutung der Kinder in keiner Weise entgegen getreten wird und die Junker somit die billige Kinderarbeit auch fernerhin behalten werden. Ihre Anschauungen über Sozialpolitik faßte ihr Redner in den höchst kennzeichnenden Satz zusammen: „Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande hält, kann man an eine Sozialreform denken!" Unsere Redner schilderten demgegenüber die gegenwärtig herrschenden schlimmen Zustände, vor allem auch die Ausbeutung der Kinder auf dem Lande durch die Rübenjunker. Graf Posadowsky aber nannte das Rübenverziehen eine verhältnißmäßig leichte Arbeit, und bezüglich der Hütekinder verwies er schwärmerisch auf die poetische Rolle, welche der Hirtenknabe in der Dichtung spielt. Ihm sprangen die bürgerlichen Vertreter in ihrer Gesammtheit bei, Junker, Polen, Elsässer, Zentrumsleute, und den Vogel schoß Herr Stöcker ab, der salbungsvoll die Freuden der Kinder beim Kartoffelausmachen schilderte.

Der Gesetzentwurf wurde schließlich an eine Kommission verwiesen und wird im Herbst zur zweiten Berathung gelangen.

Bei dem Gesetzentwurf, der **die geschäftliche Behandlung des Zolltarifgesetzes** regelt, mußte die Regierung schweren Herzens mit ihrem Grundsatze: keine Diäten für den Reichstag, brechen. Bestimmend hierfür war, daß sich die Unmöglichkeit herausstellte, die Kommissionsberathung des Zolltarifs bis zur Reichstagsvertagung fertig zu stellen. Um die Kommission über den Sommer zusammen zu halten, wollte die Regierung jedem Mitgliede derselben einen Betrag von fest 2400 Mk., in Summa 67 200 Mk., bewilligen. Unsere Fraktion ergriff die Gelegenheit, die ganze Frage der Diätenlosigkeit des Reichstags aufs Neue aufzurollen. Unser Redner erklärte aber, daß unsere Fraktion der Diätenfrage mit großer Gemüthsruhe gegenüber stehe, da die Diätenlosigkeit unser Wachsthum in keiner Weise verhindert habe. Es falle uns auch jetzt garnicht ein, das Zustandekommen eines Gesetzes, welches dem Volke die wichtigsten Lebensmittel vertheuere, durch Diäten zu fördern. Habe doch auch die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch, die 1898 er Gewerbeordnungskommission, monatelang außerhalb der Tagung des Reichstags gesessen, ohne Entschädigung zu bekommen. Wenn nun die Vorlage ohne unseren Willen Gesetz werden sollte, so würden wir die auf unsere Fraktionsmitglieder entfallenden Kommissionsdiäten unserer Parteikasse zuführen, um damit eine noch energischere Bekämpfung der Zolltarifvorlage zu betreiben. Diese Erklärung war den Gegnern begreiflicherweise so unangenehm wie irgend möglich. Ihre brennende Sehnsucht, den Zolltarif zu fördern, ließ sie aber auch den unfreiwilligen Beitrag an unsere Parteikasse mit in den Kauf nehmen. Sie nahmen die Diäten, mit der Gesammtherabsetzung auf 56 000 Mk. und für das Kommissionsmitglied 2000 Mk., an. Wir hatten anstatt dessen allgemeine Tagegelder für die Abgeordneten überhaupt verlangt; der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt,

ebenso unser Eventualantrag, den Kommissionsmitgliedern 20 Mk. Anwesenheitsgelder pro Tag zu gewähren.

Die Diäten an sich haben bis jetzt die Thätigkeit der Zollkommission auch um keinen Schritt zu fördern vermocht.

Der **fliegende Gerichtsstand der Presse** war ein seit langen Jahren vorhandener Uebelstand, unter dem zumal unsere Parteipresse zu leiden hatte. Es war vorgekommen, daß die Redakteure unserer Blätter an Orten, wo nur einige Exemplare der Zeitung verabreicht worden waren, auf das Verlangen eines Staatsanwaltes, eines Unternehmers oder sonst wessen vor Gericht gezogen wurden, indem man diesen Verbreitungsort als den Ort der That annahm. Die zahllosen Unzuträglichkeiten, die sich daraus ergaben, sind so oft beklagt worden, daß man sie hier nicht erst zu schildern braucht. Gegenüber den Klagen hatte die Regierung stets gesagt, daß man, vor der allgemeinen Revision der Strafprozeßordnung, einzelne Materien aus dieser nicht herausgreifen dürfe. Nachdem sie sich dann aber von der Harmlosigkeit der Reform überzeugt hatte, kam sie mit einem Gesetzentwurf, der den in Frage kommenden § 7 der Strafprozeßordnung dergestalt abänderte, daß für periodische Druckschriften dasjenige Gericht als zuständig gilt, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist. Es wurde aber sofort wieder eine Durchlöcherung geschaffen durch die weitere Bestimmung, daß für die Verfolgung von Beleidigungen im Wege der Privatklage auch der Verbreitungsort zuständig sei, sofern an ihm die beleidigte Person ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt habe. Und damit der Reichstag nur ja nicht glaube, die Regierung wolle ihm zu weit entgegen kommen, gab der Staatssekretär des Reichsjustizamts der Vorlage als Geleitwort mit auf den Weg: die Vorlage sei weniger der Ausdruck der Ueberzeugung der verbündeten Regierungen als der Ausdruck des Wunsches, in dieser strittigen Frage der Forderung des Reichstags entgegen zu kommen. Sollte der Reichstag den gegenwärtigen Zustand für besser halten, als das Vorgeschlagene, so ziehe die Regierung das Gegenwärtige auch vor. Unser Redner geißelte diesen Standpunkt ganz gehörig, verlangte ein bestimmtes ausschließliches Forum für Preßdelikte und die Einbeziehung auch der nichtperiodischen Presse in die Vorlage. Im Uebrigen beantragten wir, daß, sobald der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung begründe, für alle dabei betheiligten Personen ausschließlich der Erscheinungsort als Gerichtsstand zu betrachten sei. Aber die Reichstagsmehrheit war nur mit Mühe dazu zu bewegen, aus dem Gesetz das Wort „periodisch" zu streichen und so auch die nichtperiodische Presse einzubeziehen. Auf Weiteres ließ sie sich nicht ein. Wir stimmten daher, und weil es uns nicht als eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustande erschien, gegen das Gesetz.

Eine allgemeine Ueberraschung bereitete die kaiserliche Kundgebung, welche die **Aufhebung des Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen** verkündete. Infolge derselben ging dem Reichstage alsbald ein Gesetz betreffend die Aufhebung der außerordentlichen Gewalten des Statthalters in Elsaß-Lothringen zu. Es wurden hierdurch Ausnahmegewalten beseitigt, über welche sich die elsaßlothringische Bevölkerung lange mit Recht aber vergeblich beschwert hatte. Bei dem Kampfe gegen den Diktaturparagraphen hatten wir Sozialdemokraten an der Seite der elsässischen Bevölkerung gestanden. Der Diktaturparagraph gab dem Oberpräsidenten das Recht, bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit alle Maßregeln zu ergreifen, welche er „zur Abwendung der Gefahr" für erforderlich erachtete, so namentlich zu polizeilichen Zwecken Truppen zu requiriren. Als der Gesetzentwurf im Reichstage zur Berathung stand, schwamm Alles in Wonne, und die Konservativen bewiesen durch die glatte Schwenkung, mit der sie, nach jahrelangem heftigstem Widerstande, sich

jetzt plötzlich auch für die Beseitigung aussprachen, was von den „Gründen" zu halten ist, mit denen sie stets ihren Widerspruch gegen fortschrittliche Maßregeln maskiren. Die Elsaß-Lothringer betraten nach der Reihe die Rednertribüne, um sich für die Aufhebung des Diktaturparagraphen zu bedanken, welche ein Zentrumsabgeordneter als ein „Geschenk" bezeichnete. In diesen Ton stimmte unsere Fraktion nicht ein. Wir ließen durch unsern Redner sagen, daß mit der Aufhebung nur endlich geschehen sei, was wir Sozialdemokraten jahrzehntelang gefordert hätten und wiesen im Uebrigen darauf hin, daß von dem Ausnahmezustand in den Reichslanden noch genug bestehen bliebe, was aufgehoben zu werden verdiene. Als nächst zu bestrebendes bezeichnete unser Redner ein wirkliches Wahlrecht zum Landesausschuß, ein freies Vereins- und Versammlungsrecht und die Aufhebung des jetzigen, aus der Zeit Napoleons III. stammenden, sowie endlich die Aufhebung des jetzigen und die Einführung des allgemeinen deutschen Preßgesetzes. Mit diesen Motivirungen stimmten auch wir der Aufhebung zu. Auch nach dieser Aufhebung des Diktaturparagraphen regiert in Elsaß-Lothringen der alte Polizeigeist weiter, wie das Auftreten des Staatssekretärs der Reichslande, von Köller, im Reichstage bewies.

Unter den Steuergesetzen wurde das aus der vorigen Session noch rückständige **Schaumweinsteuergesetz** nunmehr erledigt. Das Gesetz soll zur Deckung der Unkosten beitragen, die der Marinismus uns verursacht, und schon aus dem Grunde hatten wir keine Veranlassung, dafür zu stimmen. Es belastet aber auch die Industrie und drückt gerade die mittleren Sorten Schaumweine. Wollten die herrschenden Parteien mit dem Gesetz eine „Luxussteuer" schaffen, wie sie sagten, so war es ihnen ja unbenommen, endlich den Besitz durch die Einführung einer Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer kräftig zur Tragung der Lasten der kostspieligen Welt- und Marinepolitik des Reiches heranzuziehen. Da sie hieran nicht denken, so ist auch das angenommene Gesetz nur ein Palliativmittelchen, dem die Fraktion ihre Zustimmung versagte.

Die **Branntweinsteuervorlage** konnte im Mai 1901, trotz aller Bemühungen der Agrarier, nicht unter Dach und Fach gebracht werden. Es war uns bekanntlich gelungen, die Beschlußunfähigkeit zu konstatiren, wodurch den Spiritusjunkern und ihrer Spirituszentrale ein arger Possen gespielt war. Beim Wiederzusammentritt des Reichstags war nun, auf Betreiben der Spiritusleute, ein Kompromißantrag zwischen der Rechten, einigen Nationalliberalen und dem Centrum zustande gekommen, welches die im Mai des Vorjahres verkrachte Liebesgabenpolitik auf andere Weise fortsetzen sollte. Die Vorlage ging nun zunächst wieder an die Kommission zurück und in der Sucht, den Profit der Spiritusbrenner zu retten, hatte die Kommissionsmehrheit an dem Gesetz so vielgestaltige Abänderungsbestimmungen getroffen, daß ihre Beschlüsse ein ganz neues Gesetz darstellten. Diese Kommissionsarbeit wurde wiederum gegen das Ende der Tagung dem Reichstage zur dritten Lesung vorgelegt. Unsere Fraktion übte eine scharfe Kritik an den Schönheiten der Spiritusgesetzgebung. Wir forderten die Abschaffung der hohen Spiritusbesteuerung, welche die Ausbreitung der Trunksucht in keiner Weise hindere, wohl aber eine Liebesgabe von 48 Millionen Mark aus den Taschen der Trinkbranntweinkonsumenten an die Brenner möglich mache. Die Spiritusindustrie besitze an und für sich durchaus nicht die Existenzberechtigung, welche ihr die Spiritusinteressenten zuschreiben. Diese enorme Spiritusproduktion sei erst künstlich durch die unerhörten Preistreibereien der Centrale für Spiritusverwerthung erweckt worden. Der Krach werde doch einmal kommen. Nicht durch die Spiritus-Liebesgabe werde die „Gesundung des Kartoffelbaues" bewirkt werden, sondern durch den Anbau besserer Kartoffelarten, die zwar nicht die großen Erträge lieferten wie mit Hilfe der Liebesgabe die minderwerthige

Kartoffel, dafür aber der großen Masse der Bevölkerung nütze. Diese Liebesgabe nützt überdies nur den größeren Brennereien Deutschlands und nicht den mittleren und kleineren Brennereien. Wir legten Verwahrung gegen eine derartige Gesetzgebung ein.

Auf unsere Einwände erwiderte die Regierung, daß bei jeder Steuer auf die großen erwerbenden Industrieen Rücksicht genommen werden müsse und als die Spiritussteuer auf das Vierfache erhöht werden mußte, man den landwirthschaftlichen Brennereien, um sie existenzfähig zu erhalten, eine staatliche Unterstützung habe geben müssen. Das könne man doch keine Liebesgabe nennen. Und die Agrarier, die nach dem Grundsatz handeln: „Fusel brennen, das ist fein — Fusel trinken, wie gemein!" beschuldigten uns, wegen unseres Widerstandes gegen die Liebesgabenpolitik einer „latenten Sympathie für den Konsum von Spiritus." Auch die wackeren Polen halfen hier, wo es sich um agrarische Geldbeutelinteressen handelte, weidlich den preußischen Junkern gegen die sozialdemokratische Opposition.

Bei der Abstimmung suchten wir den 1889 aufgehobenen Reinigungszwang wieder einzuführen. Dies erschien uns nothwendig angesichts der Thatsache, daß gerade die kleinen Brennereien auf dem Lande stark fuselhaltigen Spiritus produziren. Ob dieser oder jener Brenner, dessen Produkt sich dann als gesundheitsschädlich herausstellt, zu Grunde geht, konnte uns gleichgültiger sein als wenn viele Trinker an dem Genuß von Fusel ihre Gesundheit total zerrütten. Natürlich war die agrarische Mehrheit hierfür nicht zu haben. Ferner verlangten wir die Aufhebung der Maischraum- und Materialsteuer, die den großen Brennereien eine versteckte Liebesgabe von fünf Millionen Mark zuführt, und verlangten an Stelle der Maischbottichsteuer eine Verbrauchsabgabe. Ferner forderten wir die Streichung der dritten Liebesgabe, der Brennsteuer. Die Brennsteuer wird nicht von den Brennern, sondern von dem konsumirenden Publikum getragen und zwar in Höhe von 11 bis 12 Millionen Mark jährlich, sodaß die Gesammt-Liebesgabe 190 Millionen Mark beträgt; 130 Millionen gehen in die Staatskasse, 60 Millionen in die Taschen der Brenner. So versuchten wir auch bei den folgenden Paragraphen der agrarischen Gesetzgebung die schlimmsten Zähne auszubrechen, scheiterten jedoch immer an dem Widerstande der Mehrheit. Wir stimmten gegen das ganze Gesetz.

Es wurde aber schließlich eine Resolution angenommen, welche den Reichskanzler ersucht, dem Reichstage baldthunlichst einen Gesetzentwurf, betr. die Aufhebung der Maischbottichsteuer und deren Ersatz durch einen Zuschlag zur Verbrauchsabgabe, vorzulegen. Ferner: dafür Sorge zu tragen, daß das Mischen der Hefe mit Stärkemehl, Kartoffelmehl und Bierhefe und das Feilhalten solcher gemischten Hefe verboten werde.

Die Abänderung des **Zuckersteuergesetzes** war durch die Brüsseler Zuckerkonvention nothwendig geworden. Die Zuckerkonvention war am 5. März d. Js. seitens der Regierungen unterzeichnet worden, nachdem endlich die deutsche Regierung ihren verzögernden Widerstand aufgegeben hatte. Nachdem die Zollpolitik der Zuckerkartelle nicht nur die Konsumenten in der schamlosesten Weise ausgeplündert, sondern auch die Zuckerindustrie durch eine schlimme Ueberproduktion schwer gefährdet hatte, waren Großbritannien, das Hauptverbrauchsland für Zucker, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Belgien, Holland, als die Hauptexportländer für Zucker, mit einziger Ausnahme Rußlands, zu einem Vertrage zusammengetreten, der eine Art Abrüstungspolitik auf dem einen Gebiete des Schutzzolles darstellte. Die Exportländer verpflichteten sich, alle direkten und indirekten Prämien auf die Erzeugung oder die Ausfuhr von Zucker bedingungslos abzuschaffen. Um zu verhindern, daß in Zukunft die Zuckerindustrie eines Landes, unter hohem Zollschutz, mit

Hilfe von Kartellen und Syndikaten den Zuckerpreis in die Höhe treibt und dadurch Vortheile zieht, die den vertraglich abgeschafften Prämien gleichkämen, wurde ferner bestimmt, daß die sog. „Surtax" (Ueberzoll), d. h. der Unterschied zwischen der Zoll- und Steuerbelastung des eingeführten ausländischen Zuckers und der Belastung des inländischen Zuckers, auf einen Höchstbetrag festgesetzt werde, der bei Rassinade und ausländischem Zucker 6 Frs. und bei rohem Zucker $5^1/_2$ Frs. für 100 kg nicht überschreiten darf. Großbritannien, das Hauptverbrauchsland für Zucker, übernahm gleichfalls die Verpflichtung, daß es Prämien nicht gewähren werde. Ferner übernahm dieses Land die Verpflichtung, während der Dauer des Vertrages, den Zucker seiner Kolonien nicht günstiger als den Zucker der Vertragsstaaten zu behandeln. Der Zucker jener Länder, die den Vertrag nicht mit unterzeichneten, soll zum Ausgleich der Prämien, die er im Ursprungslande genießt, oder der Vortheile, die sich aus einem dort bestehenden zu hohen Ueberzoll ergeben, mit einem Strafzoll belegt oder durch ein Einfuhrverbot ausgeschlossen werden. Der Vertrag wurde auf fünf Jahre geschlossen und tritt am 1. September 1903 in Kraft.

Durch die Konvention wurden den ausbeuterischen Zuckerkartellen Zügel angelegt und die Zuckeragrarier begannen deshalb gewaltigen Lärm zu schlagen. Aber der Bankerott, zu dem die Hochschutzzöllnerei in der Zuckerindustrie geführt hat, ist zu offensichtlich, als daß sich die Zuckerinteressenten der internationalen Regelung dauernd hätten entziehen können.

Der Entwurf zu einem neuen Zuckersteuergesetz paßte sich der durch die Annahme der Konvention geschaffenen Lage an.

Die Zuckerjunker übten zunächst gegen den Brüsseler Vertrag Opposition. Doch wurden sie schließlich mit derselben zu schanden. Unsere Fraktion stimmte nicht bloß für die Konvention, sondern führte dem Reichstag auch bei dieser Gelegenheit die ganze verderbliche Liebesgabenwirthschaft wieder vor Augen. Unser Redner zeigte, daß die ganze Zuckerindustrie ein künstlich aufgepäppeltes Produkt sei. Entstanden in der Zeit der napoleonischen Kontinentalsperre, da der Kolonialzucker ausgesperrt war, wurden mit Unterstützung der preußischen Regierung die ersten Fabriken gegründet, welche nach dem Rezept des Berliner Apothekers Marggraff aus der Runkelrübe Zucker gewannen. Sie brachen zusammen, als mit Aufhebung der Kolonialsperre der Kolonialzucker wieder hereinkam. Der Staat begann nun große Unterstützungen zu geben, die den Rübenzucker gegenüber dem Kolonialzucker konkurrenzfähig machen sollten und die schließlich zu dem ausgebauten System der heutigen Prämienwirthschaft führten. Die versteckte Prämie reizte die Zuckerindustrie zur immer größeren technischen Verbesserung ihrer Betriebsweise an, sodaß schließlich der Zuckerertrag der Rübe den Steuersatz weit überholt hatte. Die Zuckeragrarier machten ungeheure Profite aus der Reichs- resp. aus der Volkstasche.

Unser Redner stellte fest, daß im letzten Jahre neben den Prämien 75 Millionen Mark aus den Taschen der Steuerzahler für die Zuckerindustriellen herausgeholt worden sind; dazu kommen noch 30 Millionen Mark Zuckerprämien, das macht eine Zucker-Liebesgabe von 105 Millionen Mark.

Dem entgegen hielt unser Redner die Ausbeutung der Zuckerindustrie-Arbeiterschaft durch die Zuckerkapitalisten. 40 Prozent Dividende, aber die erbärmlichsten Arbeiterlöhne und ungesundesten Betriebsräume! Wir verlangten deshalb die Abschaffung der Ausbeutung, die das Zuckerkartell betrieben hat.

Die Zuckeragrarier hatten Alles aufgeboten, die Brüsseler Konvention kaput zu machen. Auf Bestellung des Bundes der Landwirthe mußten die interessirten Zuckerfabriken Telegramme an die Abgeordneten richten und um Ablehnung der Konvention ersuchen. Bei der schließlichen Abstimmung ergab sich jedoch eine beträchtliche Mehrheit für die Konvention.

Bei der Abstimmung über die Abänderung des Zuckersteuergesetzes fiel

zunächst die Kontingentirung, welche die Kommission wieder in die Vorlage hineingebracht hatte. Weiter wurde die Zuckersteuer, die nach dem bisherigen Gesetz 20 Mk. pro 100 kg beträgt, nach einem Antrag der freisinnigen Volkspartei auf 14 Mk. herabgesetzt. Die Regierungsvorlage hatte einen Steuersatz von 16 Mk. festgesetzt. Von unserer Seite war völlige Aufhebung der Zuckersteuer verlangt worden. Aber unser Antrag wurde niedergestimmt und der freisinnige Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Auch den ganzen Ueberzoll wollten wir beseitigen, doch wurde hier der höchste Betrag, der nach der Brüsseler Konvention zulässig ist, 4,80 Mk., angenommen. Wir stimmten gegen das ganze Gesetz; ebenso die bürgerliche Opposition. Schließlich wurde noch eine Resolution angenommen, welche die verbündeten Regierungen ersucht, „dahin zu wirken, daß in den deutschen Eisenbahntarifen die Frachtsätze für Zuckerrüben, Schnitzel und Melasse, sowie für Roh- und Kristallzucker, für letztere insbesondere auch im deutschen Binnenverkehr, thunlichst ermäßigt werden."

Eine Auseinandersetzung, die am letzten Berathungstage zwischen der freisinnigen Volkspartei und uns, aus Anlaß des angenommenen freisinnigen Zuckersteuerantrags (14 Mk.) stattfand, verdient hier noch erwähnt zu werden. Die freisinnige Volkspartei, Herr Richter voran, hat in ihrem Programm die Forderung der Abschaffung aller indirekten Steuern stehen und legt bei ihrer Agitation im Lande auf diese Forderung stets den größten Nachdruck. Hier aber steckten die Freisinnigen, unter der Führung von Richter-Hermes, ihr Programm tief in die Tasche und, anstatt für unsern Antrag auf völlige Abschaffung der Verbrauchsabgabe einzutreten, bewirkten sie mit allem Hochdruck die Annahme einer 14 Mark-Verbrauchsabgabe. Von einem unserer Redner wurde dieses Verhalten gehörig angenagelt. Die Gründe, welche Richter zur Vertheidigung seines Verhaltens anführte, waren so schwächlich, daß es der Redner wohl selbst empfand. Er suchte deshalb seine Position zu festigen durch allgemeine Angriffe auf unser parlamentarisches Verhalten. Damit hatte er aber noch weniger Glück. Unsere Genossen werden nicht verfehlen, bei der Agitation den Wählern das Verhalten der Freisinnigen gebührend vor Augen zu führen.

Das vom Reichstage angenommene **Süßstoffgesetz** ist eine Verschärfung des vor drei Jahren beschlossenen Gesetzes. Die Zuckerfabriken fürchten, daß die künstlichen Süßstoffe, welche bedeutend billiger als Zucker sind, diesem eine wachsende Konkurrenz machen, was ihre Profite einschränken würde. Wir waren Gegner dieses Gesetzes, weil einmal der Süßstoff, als Konkurrent des Zuckers, auf einen niedrigeren Preis desselben hinwirkte, zum andern, weil gerade die ärmere Bevölkerung den Süßstoff zum Würzen von Speisen an Stelle des theueren Zuckers verwendet. Die Regierungsvorlage wollte das Saccharin mit einer Verbrauchsabgabe von 80 Mk. für 1 kg belegen; die Kommission, an welche das Gesetz zunächst verwiesen war, setzte den Steuersatz auf 60 Mk. fest. Darauf wurde das Gesetz vom Plenum der Zuckersteuer-Kommission überwiesen, die einen neuen Gesetzentwurf ausarbeitete, wonach ein Verbot der Herstellung von künstlichem Süßstoff außer in staatlich konzessionirten Betrieben, der Apothekenzwang für den Verkauf von Süßstoff und die Bestrafung schon des bloßen Besitzes von mehr als 50 Gramm Saccharin festgesetzt wird. Unser Redner griff die Mehrheit, die sogar auf eine förmliche Begründung ihres Vorgehens verzichtete, heftig an. Das Gesetz aber ward von den Agrariern und ihrem Anhange, unter getreuer Mithülfe des überwiegenden Theiles des Zentrums und der Nationalliberalen, gegen unsere Stimmen und diejenigen der bürgerlichen Opposition, angenommen.

Die **kleineren Gesetzentwürfe**, welche der Reichstag in dieser Tagung annahm, betrafen die Kontrolle im Reichshaushaltsetat, den Schutz des Genfer Neutralitätszeichens (rothes Kreuz), den Gebührentarif

für den Nordostsee-Kanal, den Servistarif, die Militärdienstleistungen von Reichsangehörigen im Auslande, den Schutz der für die Landwirthschaft nützlichen Vögel durch ein Staaten-Uebereinkommen.

Interpellationen.

Die wichtigste unter allen in dieser Tagung eingebrachten Interpellationen war wohl diejenige unserer Fraktion über **die Arbeitslosigkeit und den durch die Krise hervorgerufenen Nothstand.** Die fünfjährige Prosperitätsperiode seit 1895 hatte 1900 in einem schrecklichen Zusammenbruche ihr Ende gefunden, der Zeugniß davon ablegte, wie ungesund und schwindelhaft der ganze Aufschwung gewesen war. Die seit 1895 ständig gesteigerte Möglichkeit für die kapitalistische Waarenproduktion, den Weltmarkt mit ihrem Ueberflusse zu überschwemmen, hatte speziell in den kapitalistischen Unternehmerkreisen Deutschlands ein wahres Fieber hervorgerufen, welches sich allmählig allen Zweigen des kapitalistischen Produktionslebens mittheilte. Nach einer langen Stockung schien der Weltmarkt unbegrenzte Absatzmöglichkeiten zu bieten. In Rußland begann eine rege industrielle Thätigkeit, theilweise im Zusammenhange mit dem Bau der sibirischen Bahn, Amerika verlangte in gesteigertem Maße europäische Waaren und England, als der Vermittler des Handels der ganzen Welt, vertheilte den bei uns vorhandenen Waarenüberschuß auf die entferntesten See- und Handelsplätze. Die winkenden Millionenprofite riefen bei uns eine tolle Gründerthätigkeit hervor, die bald dem Gründungsschwindel der 70 er Periode nichts nachgab. Die im Dienste des Gründerthums thätige Börsenpresse malte die tausend Gelegenheiten profitabler Kapitalanlagen in den glänzendsten Farben. Dazu gesellte sich das im Interesse des marinistischen Wettrüstens ausgegebene Schlagwort: „Weltpolitik". Die herrschenden Parteien, die offiziöse Presse wurden nicht müde, es so darzustellen, als brauche Deutschland nur seine Kriegsflotte zu vergrößern, überseeische Besitzungen zu erwerben, in die Interessenstreitigkeiten an den entferntesten Küsten sich hineinzumengen, um einen industriellen Aufschwung zum dauernden Zustande zu machen, welcher einen wahren Goldregen auf Deutschland herabziehen werde. Noch am Ende der Aufschwungsperiode, als man bereits die Flügelschläge des Pleitegeiers rauschen hörte, erschienen die Professoren der bürgerlichen Nationalökonomie in Berliner Arbeiterversammlungen, um mit der Miene der Unfehlbarkeit den Arbeitern auseinander zu setzen, wie thöricht ihr Widerstand gegen die Flottenvermehrungen sei, wie die „sozialistische Verelendungstheorie" Fiasko erlebt habe und welcher große Zukunft Deutschland im Zeichen dieses endlosen Aufschwungs entgegen gehe, der bald den letzten Proletarier zum Besitzenden gemacht haben werde. In dem so bei der Bourgeoisie erzeugten Taumel wurde jede warnende Stimme verlacht. Das Geld der großen und kleinen Kapitalisten strömte den Industriebanken zu, die mit demselben industrielle Unternehmungen aller Art finanzirten. Aktiengesellschaften schossen empor, wie Pilze nach dem Regen, die Zahl der Maschinen wurde enorm gesteigert, die Betriebe vergrößert oder neue angelegt. Vom platten Lande holte die Industrie ganze Armeen Proletarier in die Industriezentren, in denen sie den Mehrwerth für die Gründer und Schwindler zusammen schanzen mußten. Die Lage der Arbeiterklasse besserte sich dabei fast in keiner Weise. Während die Industrieunternehmungen aller Art von Jahr zu Jahr steigende Dividenden vertheilten und die kleine und große Bourgeoisie sich mühelos bereicherte, konnte man für die Arbeiterklasse durchschnittlich nur geringe Lohnsteigerungen und Verbesserungen ihrer Arbeitsweise wie ihrer Lebenshaltung konstatiren. Und auch dies wenige war nur möglich geworden durch den energischen und opferreichen Kampf den die Gewerkschaften und die Arbeiterpresse für das Arbeiterinteresse geführt hatten. Aber auch der

Mehrverdienst der Arbeiter ging großentheils wieder verloren. Die durch die Unternehmer bewirkte Anhäufung großer Arbeitermassen in den Industriestädten, rief einen von Jahr zu Jahr sich steigernden Wohnungsmangel hervor, der Grundstücksspekulanten und Hausbesitzer zu einer geradezu schamlosen Ausplünderung der Arbeitermassen benutzten. Hierzu trat die Preistreiberei den Lebensmittel und aller Artikel des Lebensbedarfs. Die großen Produzenten und Eigner derselben, Allen voran das junkerliche Agrarierthum, schröpften durch Ringbildungen aller Art die Konsumentenmasse derart, daß der Preis einzelner Artikel bald in keinem Verhältnisse mehr zu ihrem wirklichem Werthe stand. Besondere Empörung erregte hierbei in den weitesten Kreisen das Verhalten der Kohlenbarone, die durch das Kohlen- und Koksyndikat eine unerhörte Bewucherung der Konsumenten betrieben.

Die Wirkungen, welche die Vereinigungen der Rohproduzenten ausübten, zeigten sich auch bald für die Industrie in einer verhängnißvollen Weise. Während sich die Unmöglichkeit herausstellte, die Preise der Fertigfabrikate noch weiter zu steigern, wollte man nicht das Absatzgebiet verlieren, wurden die Preise der Rohprodukte immer noch in die Höhe getrieben. Die Industrie gerieth hierdurch und durch die weitere Thatsache, daß die Konsumtionsfähigkeit der Massen nicht gleichen Schritt mit der gesteigerten Waarenproduktion zu halten vermochte, in eine schlimme Lage. Es fehlte nur noch der äußere Anstoß um die Ueberfüllung des Marktes zu zeigen und die schrecklichsten Katastrophen in die Erscheinung treten zu lassen.

Dieser Anstoß kam, als der englisch-südafrikanische Krieg den Welthandel zu lähmen begann und der Ausbruch der chinesischen Wirren zeigte, wohin die „Weltpolitik" führte. Ein panischer Schrecken ergriff die Kapitalisten und führte zu der Krise auf dem Markte der Hypothekenbanken, und dem Markte der industriellen Erzeugnisse. Gleichzeitig stockte die ganze Produktion und massenhaft wurden an jedem Lohntage die Proletarier von den Unternehmern aufs Pflaster gesetzt.

Auf solche Weise wurde eine Arbeitslosigkeit erzeugt, die im vergangenen Winter Hunderttausende von Arbeitern in Mitleidenschaft zog. Aber die Reichsregierung, die dem tollen Treiben in der Prosperitätsperiode ruhig zugesehen hatte, that auch jetzt nichts, um dem namenlosen Elende der Massen zu steuern. Wir brachten deshalb im Januar eine Interpellation ein, welche die Regierung befragte, „welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den Folgen der wirthschaftlichen Krisis, die sich in Betriebseinschränkungen, Lohnkürzungen und vornehmlich in Arbeiterentlassungen bemerkbar machen, zu begegnen und dem dadurch hervorgerufenen Nothstande weiter Volksschichten entgegen zu wirken?"

Der Redner, welcher diese Interpellation begründete, entwarf ein Bild der grauenhafte Zustände, die durch die Arbeitslosigkeit erzeugt worden waren. Er beschränkte sich jedoch nicht hierauf, sondern schlug auch Maßnahmen vor, durch welche der Arbeitslosigkeit jetzt und später entgegen gewirkt werden könne. Solche Maßnahmen sind: der zehnstündige Maximalarbeitstag mit Verkürzung bis auf acht Stunden, die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes, die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetze, die Einführung einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenunterstützung. Weiter verlangt er, daß Post-, Eisenbahn- und Militärverwaltung keine Arbeiterentlassungen vornähmen, um nicht die Arbeitslosenarmee noch zu vermehren; statt dessen aber sollten sie Verkürzungen der täglichen Arbeitszeit vornehmen um mehr Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Sind wir auch davon überzeugt, daß die Arbeitslosigkeit als eine Folge der anarchischen Produktionsweise des Kapitalismus erst ihr Ende finden wird, wenn die Sozialdemokratie daran gehen kann, ihr Produktionssystem aufzurichten so lag doch auch auf der Hand, daß das Reich durch entsprechende Maßnahmen, die Wirkung der

Krisen auf die Arbeiterklasse lindern und die Arbeitslosigkeit weniger fühlbar machen kann. Unsere Vorschläge waren hierzu ein erfolgversprechender Weg.

Die Regierung und die herrschenden Parteien verzichteten jedoch von vornherein darauf, unsere Vorschläge überhaupt eingehend zu diskutiren. Die Regierung hatte durch die Bundesstaaten und die Polizeibehörden eine Erhebung über den Umfang der Arbeitslosigkeit vornehmen lassen und auf Grund der ihm zu theil gewordenen Antworten bestritt der Staatssekretär Posadowsky nun das Vorhandensein eines außergewöhnlichen Nothstandes. Er erklärte weiter, daß seitens der betheiligten Ressorts bereits Alles geschehe, der Vergrößerung der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken, daß aber das Reich keine Fürsorge für die Arbeitslosen auszuüben brauche; es sei dies vielmehr Sache der Einzelstaaten und der Kommunen. Noch nicht einmal zur einer Arbeitslosenzählung war die Regierung geneigt. Der Staatssekretär erklärte sie für die schwierigste Aufgabe, die überhaupt existiere. Im Uebrigen sah er die Lösung der Arbeitslosenfrage in einem Zurückführen der Arbeiter in die Junkergefilde, Ansiedlung der Arbeiter auf dem platten Lande und Vermeidung des Zuströmens der Bevölkerung nach den großen Industriezentren.

Die herrschenden Parteien machten sich die Erwiderung auf unsere Interpellation noch leichter. Das Zentrum hatte für die Arbeitslosen viel salbungsvolle Worte, aber eine energische Initiative zu ergreifen, fiel ihm garnicht ein. Was die Freisinnigen anführten, war mehr ein Lamento über die den kleinen Kapitalisten in der Krise verloren gegangenen Gelder, als ein Wort der Fürsorge für die Arbeitslosen. Vollends die Richterschen Freisinnigen stimmten dem Staatssekretär darin zu, daß das Reich nichts gegen die Arbeitslosigkeit thun könne. Die Nationalliberalen ließen zwar durch ihren ersten Redner ein paar bedauernde Worte über die Noth der Arbeitslosen sagen, verstatteten aber hernach dem westfälischen Bergwerksbesitzer Hilbck das Wort, der den Kohlenwucher und die Preisvertheuerungspolitik der Syndikate auf die Händler abwälzte, der Syndikatspolitik überhaupt ein begeistertes Loblied sang und schließlich gegen die Arbeitslosigkeit den Mittellandkanal empfahl, der bekanntlich noch in weiter Ferne steht. Graf Kanitz, als Redner der Junker, zog einen Unterschied zwischen Arbeitslosen und Arbeitsscheuen und ein anderer Junkerredner feierte als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit den — Zolltarif, der die Produktionsverhältnisse der Arbeitgeber besser schütze.

Gegenüber diesem Verhalten der herrschenden Parteien hatte der zweite Redner unserer Fraktion recht, als er der Mehrheit sagte, die Erfahrungen der Krise sollten den Gegnern Anlaß sein, nicht mehr über den „Zukunftsstaat" zu spotten. Wenn die herrschende Gesellschaft sich unfähig erweise, die Anarchie der Produktion zu bändigen, so müßten die Arbeiter die Wirthschaftsweise in die Hand nehmen.

So machte der Verlauf der Debatte den Arbeitern im Lande wieder einmal die Augen darüber auf, was sie von den arbeiterfreundlichen Phrasen der bürgerlichen Parteien im Ernstfalle zu halten haben.

Eine weitere von uns eingebrachte Interpellation betraf den Versuch der Beuthener Polizeibehörde, das **Beuthener Arbeitersekretariat als Gewerbebetrieb zur Anmeldung zu zwingen.** Wir sahen in dem Vorgehen der Beuthener Polizeibehörde gegen den Arbeitersekretär Genossen Dr. Winter in Beuthen, der mit Geldstrafen belegt worden war, um ihn zur Anmeldung des Arbeitersekretariates als Gewerbebetrieb zu zwingen, einen Verstoß gegen den klaren Wortlaut der Gewerbeordnung. Der Vorgang erschien uns von prinzipieller Bedeutung, weil das Beuthener Beispiel leicht auch für die von den Arbeitern begründeten Sekretariate in anderen Orten von schlimmen Folgen hätte sein können. Der Staatssekretär Posadowsky gab darauf die Erklärung ab, daß er nach den Vorgängen in Beuthen sich

sofort an den preußischen Justizminister gewandt habe. Dieser habe die Beuthener Anklagebehörde angewiesen, von einer Strafverfolgung abzusehen. Der Justizminister habe weiter unter dem 15. Januar 1902 an sämmtliche Staatsanwalte eine Anweisung dahin erlassen, daß die von den Gewerkschaftskartellen errichteten Arbeitersekretariate nicht als Gewerbebetriebe anzusehen sind und daher nicht dem Paragraphen 35 der Gewerbeordnung unterliegen.

Nach dieser befriedigenden Erklärung konnten wir von einer weiteren Besprechung der Interpellation Abstand nehmen.

In dieser Tagung brachte auch das Zentrum wieder seine bekannte Interpellation zwecks **Aufhebung des Jesuitengesetzes** ein. Obwohl das Zentrum der Regierung brav apportirt, was diese nur irgend verlangt, steht die Jesuitenfrage noch immer auf demselben Flecke. Das Zentrum ist es seinen Wählern schuldig, diesen Rest der Kulturkampfzeit immer wieder auf den Schild zu heben. Macht dies doch den Eindruck, als sei das Zentrum eine unterdrückte Partei, die für die angeblich gefährdete Sache des Katholizismus kämpft. Die Jesuitenfurcht des Bundesrathes ist noch immer groß genug, um der Rückberufung der Jesuiten zu widerstehen. Wenn sie nicht inzwischen überwunden ist! Denn vom Regierungstische wurde die Erklärung abgegeben, es sei zu erwarten, daß noch in dieser Session die verbündeten Regierungen sich zur schwebenden Frage schlüssig machen würden. Das Zentrum wird schließlich seine Jesuiten bekommen.

Unser alter Standpunkt zur Sache: nur her mit den Jesuiten, hat sich in keiner Weise geändert. Unser Redner, der diesen Standpunkt begründete, gab den Mitgliedern des Zentrums, der unentbehrlichen Bewilligungspartei der Regierung, unter stürmischer Heiterkeit des Hauses den guten Rath: sie sollten doch alle als Mitglieder in den Jesuitenorden eintreten, dann würden sie sehen, wie schnell sich die Regierung zur Aufhebung des Jesuitengesetzes entschlösse.

Eine Interpellation der Reichsparteiler Arendt u. Gen. beschäftigte sich mit der **Beihilfe für die Kriegsinvaliden.** Da sich der Reichstag alljährlich mit dieser Sache befaßt und deshalb in allen Fraktionsberichten darüber geschrieben worden ist, kann sie hier kurz behandelt werden.

Die Regierung erwiderte auf die Interpellation, welche die rechtsstehenden Parteien immer mit großem Elan unterstützen, weil sie der Stimmung in den Kriegervereinskreisen, die sie bei den Wahlen nöthig haben, Rechnung tragen müssen, daß ihr Wohlwollen seine Grenze habe in den verfügbaren Mitteln. Diese fehlten, und der Reichstag verhalte sich den Steuerplänen der Regierung gegenüber ablehnend.

Von unserem Redner wurde dem und den Agitationsreden der Gegner gegenüber wieder auf den Antrag hingewiesen, den wir schon früher gestellt hatten, den Kriegstheilnehmern die bewilligte und überdies „wegen Mangels finanzieller Mittel" zur Auszahlung verweigerte jährliche Beihülfe von 120 Mk. auf 160 Mk. zu erhöhen. Damals aber hatte die Regierung gesagt, mit 120 Mk. pro Jahr könne man ein zwar bescheidenes aber doch von der öffentlichen Wohlthätigkeit unabhängiges Leben führen. Und die Konservativen hatten gesagt, Leute mit 120 Mk. baarem Gelde würden von den kleinen Leuten auf dem Lande gern aufgenommen. Unser Standpunkt sei: Geld für die Veteranen sei genügend vorhanden, wenn der Reichstag nur die überflüssigen Ausgaben nicht bewilligen möchte.

Am 29. Januar d. J. nahm dann übrigens der Reichstag einstimmig einen von allen Parteien unterstützten Antrag an, durch welchen die Regierungen ersucht wurden, „durch einen Nachtragsetat zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1902 die Auszahlung aller auf Grund des Gesetzes vom 22. Mai 1895 bewilligten Beihilfen an Kriegstheilnehmer vom

1. Januar 1902 ab herbeizuführen." Die dergestalt im Nachtragsetat eingestellte Summe beträgt 1 300 000 Mk. (Siehe die Etatsziffern.)

Unsere Fraktion hat von jeher die Verpflichtung des Reiches anerkannt, für die invaliden Militärpersonen ausgiebiger zu sorgen, als es jetzt geschieht. Da von Seiten der Regierung erklärt wird, es seien keine Mittel vorhanden, halten wir für den gangbarsten Weg, solche aufzubringen, die Reichseinkommensteuer. Mögen die Wohlhabenden des Reiches, die für den Militarismus eintreten, auch für seine Opfer sorgen. Diesen unseren Standpunkt nahm unser Redner auch gegenüber der nationalliberalen Interpellation, betreffend die **baldige Revision der Militärpensionsgesetze** ein. Die Nationalliberalen brachten diese Interpellation mehr aus Rücksicht auf die verabschiedeten Offiziere ein, die ihnen natürlich sehr am Herzen liegen. Auch jetzt gab die Regierung wieder die Erklärung ab, der Grund, weshalb die im Kriegsministerium längst fertiggestellten Gesetze noch nicht eingebracht wären, sei, daß das Geld zur Durchführung der Reform mangele. Unser Redner erklärte, daß wir den Offizieren gönnten, was ihnen zukomme, jedoch auch verlangten, daß dieselbe Fürsorge für die Mannschaften und ihre Hinterbliebenen gelte. Uns sei es zu verdanken, wenn bei dem letzten Gesetze von 1901 wenigstens eine kleine Erhöhung der Fürsorge für die Mannschaften eingetreten sei, indessen sei der Abstand zwischen den Summen für die Offiziere und für die Mannschaften noch immer viel zu groß.

Durch eine Interpellation der Polen kamen die **Vorgänge in Wreschen** im Reichstage zur Besprechung. Das Verhalten des Reichskanzlers entsprach dabei dem Standpunkte, den er im preußischen Abgeordnetenhause als Vertreter der preußischen Regierung, wie überhaupt in der preußischen Polenpolitik, eingenommen hat. Nach einer längeren Erklärung des Inhalts, daß er sich an der Besprechung der Interpellation nicht betheiligen werde, und daß er auch fernerhin dafür sorgen werde, daß „das Deutschthum im Osten nicht unter die Räder kommt" — also die preußische Polenpolitik in hergebrachter Weise fortgesetzt wird — verließ er, an der Spitze sämmtlicher Minister, den Saal. Polen und Zentrum wetteiferten in der Fürsorge für die polnische Bevölkerung im preußischen Osten. Haben doch die Hofpolen im preußischen Abgeordnetenhause wie auch im Reichstag, und hat doch auch das Zentrum bei den Wahlen die polnische Bevölkerung nöthig. Das hindert aber weder die Polen noch das Zentrum, in allen sonstigen Fragen in der schlimmsten Weise gegen die Interessen der ausgebeuteten polnischen Arbeiterbevölkerung zu sündigen. Nur in ihrer nationalpolnischen Opposition gegen die Regierung trennen sich die Polen des Reichstags von der Rechten, weil es ihr persönliches Interesse erfordert. In allen übrigen Fragen sind sie ebenso reaktionär, wie der schlimmste preußische Junker und halten auch auf intimen gesellschaftlichen Verkehr mit diesen. Die polnische Bevölkerung bedarf daher eines anderen Anwalts, den mit der polnischen Arbeiterschaft vor allen Dingen das Klasseninteresse verbindet. Als dieser erwies sich auch in der Polendebatte wiederum die Sozialdemokratie. Unsere Fraktion sah in ihrer Kritik der Wreschener Schulprügeleien und dem was ihnen folgte, den Hausfriedensbruchsanklagen und den schweren Freiheitsstrafen, als Kern: den verurtheilenswerthen Versuch einer Majorität, einer sprachlichen Minorität ihre Sprache aufzuzwingen. Diese Art Germanisirungspolitik sei nur ein Bestandtheil der Klassenherrschaft, und wenn die bevorrechteten Klassen der polnischen Bevölkerung bei uns dieselben Herrschaftsrechte ausüben könnten wie das preußische Junkerthum oder die galizische Slachta, hätten die polnischen Proletarier von ihnen auch nicht viel Besseres zu erwarten. Wir verlangten Sprachentoleranz so gut wie Religionstoleranz, denn die Kenntniß der Muttersprache sei die **Grundlage aller Bildung.** Im Uebrigen zeigte unser Redner an den Beispielen

schwerer Verurtheilungen unserer in der Parteibewegung stehender polnischer Genossen, wie wir ganz besonders unter dem System zu leiden hätten. Unser Redner schloß mit dem Hinweise, daß die Lösung der polnischen Frage erst erreicht werde mit dem Erwachen des Klassenbewußtseins des polnischen Proletariats und seinem Anschluß an das Proletariat aller Länder. Das sei zugleich die Lösung der Nationalitätenfrage in ihrer Gesammtheit, denn für das klassenbewußte Proletariat gebe es keine Nationalität.

Diese Ausführungen begleitete der Chorus unserer „nationalen" Gegner theils mit Lärm, theils mit Hohnlachen und bewies so am Besten, wie wenig er überhaupt die Qualifikation besitzt, die Nationalitätenfrage im Osten zu lösen.

Das bekannte Duell zwischen den Lieutenants Blaskowitz und Hildebrand zu Insterburg war die Veranlassung zu der **nationalliberalen Duellinterpellation.** Der Vorgang war bekanntlich der, daß der Lieutenant Blaskowitz im Rausch den Lieutenant Hildebrand, der ihn gemeinschaftlich mit dem Lieutenant Rasmussen aus einer Thürecke, woselbst er zur Nachtzeit betrunken hockte, nach Hause brachte, im Hausflur seiner Wohnung nach einem Wortwechsel und im Trunke einen Schlag gab. Dadurch war dem Lieutenant Hildebrand eine jener Beleidigungen zugefügt, die nach dem militärischen Ehrbegriff nur „mit Blut abgewaschen" werden können. Die Folge: ein Zweikampf; Blaskowitz, der übrigens kurz vor seiner Heirath stand, blieb todt auf dem Platze. Hildebrand erhielt zwei Jahre Festung.

Dieses Duell hatte eine so allgemeine Erregung hervorgerufen, daß die bürgerlichen Parteien garnicht anders konnten, als es zum Gegenstande einer Besprechung zu machen. Unsere Fraktion nahm den einzig richtigen Standpunkt ein, indem sie den Erlaß einer kaiserlichen Verordnung verlangte, wonach der Zweikampf unter Offizieren unter allen Umständen verboten sei. Dann würden die Ehrengerichte sich wohl erst besinnen, bevor sie ein Duell für unvermeidlich erklärten. Und mit dem Duell in der Armee würde auch der Zweikampf innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft verschwinden.

Anstatt sich dem anzuschließen, führten die Gegner wieder einmal eine ihrer bekannten Duelldebatten auf, die schließlich breit und fruchtlos im Sande verlaufen.

Initiativanträge.

Entgegen den Behauptungen unserer Gegner, daß unsere parlamentarische Thätigkeit sich in einer angeblich unfruchtbaren Kritik erschöpfe, während wir praktisch nichts zu schaffen vermöchten, hat die Fraktion bei passender Gelegenheit immer aufs Neue die Initiative ergriffen, bestehende Mißstände durch ausgearbeitete Gesetzentwürfe zu beseitigen und unsere Gesetzgebung im Geiste der Zeit zu reformiren. Zwar berührt uns das Gebelfer über die angeblich „unfruchtbare Kritik" in keiner Weise. Solche Vorwürfe sind überhaupt nur möglich, weil unsere Gegner von der Vorstellung beherrscht sind, der Reichstag sei eine Art Bediensteter der Regierung, der, nach einiger „zulässiger" Kritik wacker Gesetzentwürfe anzunehmen habe und dessen Thätigkeit damit erschöpft sei. Daß der jeweilige Reichstag, als der Ausdruck des Volkswillens, über den Ministerien steht und den Forderungen des Volkes bei der Regierung Geltung zu verschaffen hat, wollen die Gegner nicht einsehen. Gerade von diesem Standpunkte aus hat die Volksvertretung eine vorwiegend kritische Thätigkeit zu entfalten; ihre Bemängelungen und Anregungen hernach in Paragraphen und Gesetzesvorlagen zu bringen, kann sie getrost den einzelnen Regierungsressorts überlassen, welche, wie einer unserer Redner einmal humorvoll bemerkte, „die Fabrikation von Gesetzentwürfen gewerbsmäßig betreiben". Nur soweit die Regierung den Anregungen nicht Folge leistet, sei es, daß sie nicht will, oder es nicht zu können glaubt, hat der Reichstag selbst durch die Vorlegung ausgearbeiteter Gesetzentwürfe die Initiative zu ergreifen.

Von diesem Gesichtspunkte aus hat unsere Fraktion stets gehandelt. **Unsere Initiativ-Anträge** sind der Ausdruck der vielen dringenden, aber bisher unerfüllt gebliebenen Forderungen des Volkes, speciell der Arbeiterklasse und wenn wir, unter allen Fraktionen, die meisten Anträge gestellt haben, erscheint dies nur als ein neuer Beweis für den Stillstand der Gesetzgebung auf den wichtigsten Gebieten.

Da diese Tagung mit der Zollvorlage und anderen wichtigen Gesetzentwürfen bepackt war, deren vorläufige oder entgültige Erledigung den Reichstag stark in Anspruch nahm, sind die Initiativanträge der Parteien, durch die Einschränkung der „Schwerinstage", sehr schlecht weggekommen. Hierunter befinden sich auch die unserigen. Einzig unser Gesetzentwurf, betr. das Verbot der gewerblichen Beschäftigung schulpflichtiger Kinder unter 14 Jahren, könnte durch den Regierungsentwurf als bedingt erledigt betrachtet werden. Unerledigt ist hingegen der von uns eingebrachte Gesetzentwurf: Errichtung eines Reichsarbeitsamts, von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. die Errichtung von Betriebsaufsichtsbehörden durch das Reich, an Stelle der einzelstaatlichen Gewerbeaufsichtsbehörden; unser Antrag betr. Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen abgeändert werden; unser Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Strafgesetzbuches (Majestätsbeleidigung); unser Gesetzentwurf betr. Schutz der Reichstagsmitglieder gegen Verhaftung während der Sitzungsperiode; unser Gesetzentwurf betr. Erweiterung des Rechts der Versammlung, Vereinigung und Koalition; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. die Feststellung eines zehnstündigen Maximalarbeitstages für alle im Gewerbe-, Industrie-, Handel- und Verkehrswesen beschäftigten Personen, der innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden zu kürzen ist; unser Gesetzentwurf betr. Erweiterung und Sicherung der Preßfreiheit; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. die Neuabgrenzung der Reichstagswahlkreise entsprechend der Zunahme der Bevölkerung; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. das Verbot der Fabrikation, Einfuhr, Ausfuhr und des Verkaufs von Zündhölzchen mit weißem Phosphor und schließlich unser Gesetzentwurf betr. die Durchführung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Auch bei der Berathung der Initiativanträge anderer Fraktionen hat sich unsere Fraktion mit Eifer betheiligt. Eine alte Forderung unserer Fraktion ist die **Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte.** Bei der jüngsten Revision des Gewerbegerichtsgesetzes haben wir zuletzt den Versuch gemacht, den Handlungsgehilfen, durch Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Arbeitsvertrage, ein Berufsgericht zu verschaffen. Wir sind damit an dem Widerstande der bürgerlichen Parteien gescheitert, die auch unsern jahrelangen Kampf um Schaffung kaufmännischer Gewerbegerichte durch ihren beharrlichen Widerstand zu einem vergeblichen gemacht haben. Ein Theil unserer Gegner ist aber, angesichts der gegenwärtigen Rechtslage der Handlungsgehilfen, von der Nothwendigkeit überzeugt, ihnen ein billiges und beschleunigtes Recht, nach Art der Gewerbegerichte, zu geben. Sie sträuben sich gegen die Angliederung an letztere nur, weil sie fürchten, bei den Gewerbegerichtswahlen würden die Handlungsgehilfen gezwungen sein, mit den gewerblichen Arbeitern zusammenzugehen und hierbei unter den Gehilfen in steigendem Maße die Sozialdemokratie Eingang finden. Deshalb stellte der Nationalliberale Bassermann wohl den Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs wegen Einführung besonderer Gerichte für Rechtsstreitigkeiten aus dem kauf-

männischen „Dienst"vertrag, verlangte jedoch deren Angliederung an die Amtsgerichte. Wir erklärten zwar durch unsern Redner, daß für uns, nachdem die einfache Ausdehnung der Gewerbegerichte einmal abgelehnt war, die Frage der Angliederung der kaufmännischen Schiedsgerichte an Gewerbegerichte oder Amtsgerichte keine prinzipielle Bedeutung habe, sondern nur eine Frage der Praxis sei, daß wir jedoch die Angliederung an die Gewerbegerichte für praktischer hielten und sie deshalb verlangen würden. Auch das Zentrum hatte bei früherer Gelegenheit die Angliederung an die Gewerbegerichte für praktischer erklärt. Der Antrag ward einer Kommission überwiesen, deren Vorsitzender nach parlamentarischem Brauche der Antragsteller, der nationalliberale Herr Bassermann, wurde. Die Regierung gab die Erklärung ab, daß ein Gesetzentwurf in Vorbereitung sei und dem Hause baldigst vorgelegt werden würde. Später wiederholte Staatssekretär Posadowsky diese Versicherung mit dem Hinzufügen, der Gesetzentwurf liege bei der Justiz und diese scheine gewillt, „die Sache auf einen breiteren Leisten zu schlagen." Kurz darauf erhob sich aus den Reihen der bürgerlichen Berufsjuristen lebhafter Widerspruch gegen die „weitere Ausdehnung der Berufsgerichte". Bald werde „jeder Stand sein eignes Gericht haben". Jedes weitere Berufsgericht bedeute „ein weiteres Eindringen des Laienelementes in die Rechtspflege" und schließlich werde es dahin kommen, daß „die Wissenschaft überhaupt aufhöre, bei der Rechtspflege mitzuwirken". Diese, der Rechtsprechung durch das Volk und speziell der Mitwirkung der Arbeiter an der Rechtsprechung, die ihre eignen Angelegenheiten betrifft, feindlichen Auslassungen haben auf die Regierung sofort Eindruck gemacht. Am 18. April äußerte bei der zweiten Berathung der Seemannsordnung Staatssekretär Posadowsky, in vielen Kreisen habe sich das Widerstreben gegen die Tendenz, einzelne Standesgerichte von der allgemeinen Rechtsprechung abzusplittern, immer mehr verstärkt. Man sehe in diesem Bestreben eine Gefahr für die allgemeine Rechtsprechung. Nach seiner, des Ministers, Ansicht wäre der geeignetste Weg, alle Ansprüche aus den Vertragsverhältnissen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, alle Lohnansprüche und was damit zusammenhänge, den Amtsgerichten zur schleunigeren und wesentlich billigeren Erledigung zu überweisen. Man könnte ein solches Verfahren für alle Lohnansprüche einführen mit Ausnahme derjenigen, die schon in den bestehenden Gewerbegerichten ihre Erledigung finden. Stelle man die ganze Frage auf diese breite Grundlage, so erreiche man mehr als wenn man fortgesetzt neue Standesgerichte fordere. Unsere Redner stellten sofort fest, daß sich diese Ausführungen offenbar gegen die im Interesse der Handlungsgehilfen geforderten Schiedsgerichte richteten, im Weiteren aber nicht bloß eine Absage an diese, sondern eine Absage an jede weitere Ausdehnung der Gewerbegerichte überhaupt seien.

Seitdem ist es bei den Nationalliberalen von den kaufmännischen Schiedsgerichten recht still geworden und es verdient hervorgehoben zu werden, daß der nationalliberale Herr Bassermann, die Schiedsgerichts-Kommission, deren Vorsitzender er ist, auch noch nicht zu einer einzigen Sitzung einberufen hat. Herr Bassermann wartet mit nationalliberaler Dauerhaftigkeit auf daß Einbringen eines Regierungsgesetzentwurfes, anstatt die Kommission, entsprechend seiner ursprünglichen Initiative, einen Gesetzentwurf fertig stellen zu lassen und ihn dem Reichstage vorzulegen. Die zaudernde Regierung wäre damit vor vollendete Thatsachen gestellt und müßte sich, so oder so, zu einem Schritte entschließen.

Bei der Berathung der Initiativanträge Rickert-Groeber auf Sicherung des Wahlgeheimnisses und Abänderung des Wahlgesetzes haben wir sowohl auf Maßnahmen hingewirkt, welche die zahlreichen ungesetzlichen Beeinflussungen und Terrorismen der Wähler unmöglich machen sollen, als

auch eine energische Kritik an den Praktiken der Wahlbeeinflussung selbst geübt. Unser Redner konnte krasse Beispiele der Beeinflussung der Wähler durch Beamte und Unternehmer aus den Akten der Wahlprüfungskommission anführen, die im Reichstage theils Heiterkeit, theils Entrüstung erregten. Nur die Junker verharrten auf ihrem Standpunkte. Der Reichsparteiler v. Tiedemann brach eine Lanze für die öffentliche Stimmabgabe und hatte allerlei Bedenken, „das geheime Wahlrecht noch geheimer zu machen." Der Konservative Oertel sah gerade in der äußerlichen Verschiedenartigkeit der Stimmzettel — die größte Klage der Arbeiterwähler in kleineren Orten — die „eigentliche Wahrung des Wahlgeheimnisses."

Die Anträge wurden schließlich gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Der Kern dieses Gesetzes zur Abänderung des jetzt gültigen Wahlgesetzes ist, daß in Farbe, Gewicht und Größe gleichmäßige Stimmzettel, sowie amtlich abgestempelte Umschläge zur Kouvertirung des Zettels durch den Wähler, eingeführt werden. Ferner ist für das Wahllokal eine Vorrichtung vorzusehen, daß der Wähler, ohne beobachtet werden zu können, an einem Nebentisch seinen Zettel kouvertiren kann.

Wie bei früheren Berathungen, so auch jetzt wieder, blieb die Bundesrathstribüne leer. Der Antrag ist also auch dieses Mal vergebens gestellt. Es würde dies sofort anders werden, wenn die Reichstagsmehrheit sich mit der nöthigen Energie zur Wehre setzte. Aber sie bescheidet sich mit der Haltung der Regierung und der Reichskanzler konnte, bei einer anderen Gelegenheit, dem Reichstag, der sich über die Ablehnung seiner Initiativanträge durch den Bundesrath beschwerte, den erbaulichen Trost mit auf den Weg geben: je öfter der Reichstag seine Anträge stelle, desto reiflicher würden sie vom Bundesrathe erwogen.

Ein Initiativantrag des Zentrums betraf den Entwurf eines Reichsgesetzes über **die Freiheit der Religionsübung (Toleranzantrag).** Dieser Antrag stammt noch aus der vorigen Tagung und entsprang den Klagen des Zentrums über Beschränkungen der katholischen Religionsübung in Mecklenburg, Braunschweig, Sachsen und einigen anderen Bundesstaaten. Der Gesetzentwurf, der bereits in voriger Tagung eine Kommission beschäftigt hat, will innerhalb des Reichsgebietes volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der religiösen Vereinigungen und der häuslichen und öffentlichen Religionsübung schaffen. Unsere Redner unterließen nicht, auf die scheinheilige Heuchelei hinzuweisen, deren sich alle bürgerlichen Parteien in der Debatte schuldig machten. Toleranz verlangen sie blos für sich; den Nicht-Kirchengläubigen sowie den Atheisten verfolgen sie, ob sie nun Lutheraner, Katholiken oder Juden seien, mit der gleichen Unduldsamkeit. Verlangten wir die absolute Freiheit der religiösen Meinung als etwas Selbstverständliches, so forderten wir aber auch gleichzeitig die Trennung der Kirche vom Staat und die Freiheit der Meinung auch für die Dissidenten. Statt dessen aber brachten in der zweiten Lesung Zentrum und Junker einen Zusatz-Antrag ein, wonach die allgemeinen landespolizeilichen Bestimmungen über Vereins- und Versammlungswesen von dem Gesetze unberührt bleiben. Dieser Zusatz wurde auch gegen unsere Stimmen angenommen. Eine nette „Toleranz", die für die anerkannten Religionsgemeinschaften die größte Bewegungsfreiheit schaffen will, diejenigen aber, die ihre Lehrsätze bekämpfen, der Polizeizensur überantwortet. Wir versuchten auch in das Gesetz eine Bestimmung über den Fortfall des Religionsunterrichts als Unterrichtsgegenstand in den Schulen hineinzubringen. Die „Toleranz" der bürgerlichen Parteien läßt aber solchen Schritt nicht zu. Mit großer Entrüstung wandten sie sich alle gegen diesen Antrag. Selbst Herr Richter lief dabei Arm in Arm mit dem Konservativen Oertel und ließ sogar einen Antrag des Freisinnigen Schrader im Stich, welcher bestimmte, daß ein Kind nicht gegen den Willen

der Eltern zu irgend einem Religionsunterrichte herangezogen werden dürfe. Er that dies, „um das Gesetz nicht zu gefährden."

Indessen enthält der Gesetzentwurf doch Verbesserungen gegen den bisherigen Zustand. Wir versagten ihm deshalb unsere Zustimmung nicht, während die Nationalliberalen, der größte Theil der Konservativen und die Reichspartei dagegen stimmten. Er wurde mit 163 gegen 60 Stimmen angenommen.

Auch die **lex Rintelen** beschäftigte den Reichstag wieder. Die Mitglieder der Kommission zur Berathung der bekannten Gesetzentwürfe Rintelen, Lenzmann, Munckel, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Strafprozeßordnung, der Zivilprozeßordnung und des Strafgesetzbuches, beantragten eine Resolution, welche der Reichstag einstimmig annahm und wonach die sogenannte lex Rintelen für erledigt erklärt, die Regierung aber ersucht wurde, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem die Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen enthalten ist. Der Staatssekretär im Reichsjustizamt gab dazu eine Erklärung ab, die weder Fisch noch Fleisch war. Er wird nach besten Kräften für die Weiterführung der Sache sorgen, aber eine Anzahl Regierungen ist gegen die Wiedereinführung der Berufung. Ob daher die Regelung sich schleunigst vollzieht, läßt sich nicht bestimmt erklären.

Ein auch von unserer Fraktion unterstützter Antrag des Reichsparteilers Arendt u. Gen.: Nachtragsetat zum Reichshaushaltsetat 1902, betreffend **Auszahlung der bewilligten Beihilfen an Kriegstheilnehmer**, ist unter „Interpellationen" behandelt.

Wahlprüfungen.

Unter den Wahlprüfungen, mit denen sich das Haus in dieser Tagung zu befassen hatte, erforderten mehrere eine Stellungnahme des Reichstags. Die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Boltz-Saarbrücken wurde wegen der Wahlbeeinflussungen kassirt. Aufs Neue aufgestellt, gelang es den Nationalliberalen, das Mandat wiederum zu erobern und den Abg. Boltz als „gewählt" in den Reichstag zu entsenden. Auch das Königreich Stumm haben die Nationalliberalen, nach des Gewaltigen Tode, durch die bekannten Wahlpraktiken für sich erobert. Hier wurde der nationalliberale Bergrath Prietze „gewählt". Gegen diese „Wahl" lagen aber so wohlbegründete Proteste vor, daß der Reichstag durch die Ungültigkeitserklärung der Wahl Prietzes zeigen wollte, daß er mit den Wahlpraktiken der Ausbeuter im Königreich Stumm nicht einverstanden sei. Es gelang den Nationalliberalen jedoch, ihren Prietze vorläufig zu retten. Sie drohten mit der Auszählung des schwachbesetzten Hauses und setzten damit den Beschluß durch, auf's Neue über einige Protestpunkte Erhebungen zu veranstalten. Auch über die Wahl eines dritten Nationalliberalen, des Abg. Sieg-Graudenz, beschloß das Haus wegen vorliegender gewichtiger Beschwerdepunkte Erhebungen zu veranstalten. Die übrigen Wahlen, die den Reichstag beschäftigten, wurden genehmigt.

Petitionen.

Wie in jedem Jahre, so nahm auch dieses Jahr die Fraktion an der Erledigung und der Erörterung der eingelaufenen Petitionen regen Antheil.

Eine Petition, welche den Erlaß eines Verbots der Herstellung von Phosphorzündhölzern wollte, wurde von unserer Fraktion dringlich befürwortet. Die Schweiz und die Niederlande haben bereits das Verbot der Verwendung weißen Phosphors ausgesprochen. Die Regierung erklärte, sie werde die Sache im Auge behalten. — Bei einer Petition, welche die Aufhebung des Impfgesetzes verlangte, wiesen unsere Redner darauf hin,

daß im Volke eine große Strömung gegen das Impfgesetz vorhanden sei, welches unter dem Einfluß der Furcht vor großen Epidemien entstanden sei. Demgegenüber wendeten Regierung und Mehrheit ein, daß die überwiegende Mehrzahl der Sachverständigen noch heute für den Impfzwang sei. Unser Verlangen, die Petition der Regierung „zur Berücksichtigung" zu überweisen, wurde darauf abgelehnt. — Andere Petitionen verlangten wieder die Prügelstrafe. Sie wurden durch frühere Beschlüsse für erledigt erklärt. — Viele Petitionen beschäftigten sich mit den Mißständen auf dem Gebiete des Wohnungswesens, mit der Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes, der Abänderung des Börsengesetzes und anderen Gesetzesmaterien. Eine Folge der Erregung, die im Volke vorherrschte über die englischen Greuelthaten in Südafrika, waren die zahlreichen Petitionen betreffend Einleitung von Friedensverhandlungen im südafrikanischen Kriege. Der größte Theil dieser Petitionen rief keine wesentliche Debatte hervor, da über das Votum, welches die Petitionskommission beantragte, keine Meinungsverschiedenheit herrschte.

Im Allgemeinen haben gerade in dieser Tagung die Petenten im Lande nur eine sehr geringe Berücksichtigung seitens des Reichstags gefunden und unsere Fraktion hat im Interesse der Petenten darüber lebhafte Klage geführt. In erster Linie ist dies zurückzuführen auf die späte Einberufung des Reichstags, die keine genügende Zeit mehr läßt zu öfterer und gründlicher Besprechung von Petitionen, die nicht im Zusammenhange mit vorliegenden Gesetzentwürfen eingereicht sind. Zum andern aber liegt die Schuld auch an den Mehrheitsparteien. Gesetze, an denen sie ein höheres Interesse haben — Branntwein, Zucker, Süßstoff u. s. w. — gehen eben vor und müssen durchgepeitscht werden. Die Petenten im Lande, die sich gegen irgend welche von ihnen empfundenen Mißstände, Abhülfe suchend an den Reichstag wenden, mögen sich in Geduld fassen. Die Besprechung der von der Kommission vorgelegten Petitionen wird immer weiter hinausgeschoben, bis dann der Schluß der Tagung sie überhaupt unmöglich macht.

Hier Abhülfe zu schaffen, wird bei sich bietender Gelegenheit die Fraktion immer bestrebt sein.

Schluß.

Die Tagung, zu welcher der Reichstag im Oktober — ein ungewöhnlich früher Einberufungstermin — zusammentritt, wird die letzte vor den allgemeinen Neuwahlen sein. Da der Regierung daran liegt, den Wuchertarif vor den Wahlen fertig zu stellen und ihre Mehrheit nicht mit diesem Bleigewicht bepackt, vor die Wähler zu schicken, wird sie seit einiger Zeit von "Verfassungsbedenken" geplagt. Sie hat die Frage aufgeworfen: wann endet die fünfjährige Legislaturperiode des Reichstags? Nach allgemeiner Anschauung, die auch bisher Gültigkeit hatte, fünf Jahre nach der Wahl des Reichstags, diesmal also am 20. Juni 1903. Die Regierung aber hat sich von Staatsrechtslehrern bescheinigen lassen, daß sie fünf Jahre nach dem Zusammentreten des Reichstags endige, also im Dezember 1903. Die Regierung rechnet also damit, daß der Wuchertarif nicht bis zur Mitte nächsten Jahres fertig ist und plant deshalb die Hinauszerrung der Reichstagstagung bis in den Dezember nächsten Jahres hinein. Die Neuwahlen würden dann erst Anfang 1904 vorgenommen werden.

Sollte man wirklich versuchen, diesen in der offiziösen Presse eifrig diskutirten Plan auszuführen, so wird unsere Fraktion alle Mittel daran setzen, ihn zu schanden machen. **Ueber den Wuchertarif muß die Wählermasse Deutschlands selbst ihr Urtheil sprechen!**

Der zielbewußte Kampf, den die Fraktion im Reichstag gegen die Regierung, die Parteien und die parlamentarischen Interessenkoalitionen der

kapitalistischen Bourgeoisie führt, wird von ihr deshalb mit solcher Freudigkeit und Siegeszuversicht geführt, weil sie sich eins weiß mit den Interessen der ganzen Volksmasse, die da leidet unter dem Ausbeutungssystem des Kapitalismus. Mit um so größerem Muthe kann unsere Fraktion kämpfen, wenn ihre parlamentarische Thätigkeit Widerhall im Lande erweckt und die Genossen anspornt zu unermüdlicher Agitation. Wir hoffen, daß dies gerade jetzt der Fall sein wird im Hinblick auf **die heranrückenden Neuwahlen.** Sie sollen ein neues Voranschreiten des klassenbewußten Proletariates sein auf der Bahn zu seiner endlichen Befreiung. Und dieser Kampf, den das Proletariat führt, wird nicht blos ihm selbst nützen, sondern der Fortentwicklung der ganzen Gesellschaft dienen. In diesem Sinne sei der Bericht geschlossen mit den ehernen Sätzen aus dem Kommunistischen Manifest: „Seit der Auflösung des uralten Gemeinbesitzes an Grund und Boden ist die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen, Kämpfen zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und herrschenden Klassen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung; dieser Kampf hat aber jetzt eine Stufe erreicht, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse, das Proletariat, sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse, der Bourgeoisie, befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien!"

Anträge.

Tagesordnung.

1. Parteigenossen in Breslau, Bremen, Kalbe-Aschersleben, des Kreises Liegnitz-Goldberg-Haynau, Berlin V und Magdeburg: In einem besonderen Punkte der Tagesordnung unsere Stellung zu den Wahlkämpfen in den Einzelstaaten und besonders zu den preußischen Landtagswahlen zu erörtern.

2. Parteigenossen in Magdeburg: Stellungnahme zu den preußischen Landtagswahlen, eventuell durch Berufung eines besonderen Parteitages für Preußen.

3. Parteigenossen in Berlin V: Den Punkt „Kommunalpolitik" eventuell wegfallen zu lassen.

4. Parteigenossen in Magdeburg: „Die Wirthschaftskrisen" auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, wenn nicht im Referat des Genossen Bebel oder in dem des Genossen Molkenbuhr diese Frage eingehend behandelt werden sollte.

5. Parteigenossen in Bremen: Bei dem Punkt „Arbeiterversicherung" der Tagesordnung sich zur reichsgesetzlichen Regelung der Arbeitslosen- und Wittwen- und Waisenversicherung zu erklären.

Vorstandsbericht.

6. Parteigenossen in Nürnberg: Den Parteivorstand ersuchen, in seinem Rechenschaftsbericht Auskunft zu geben, was er und die Reichstagsfraktion zur Durchführung der früheren Parteitagsbeschlüsse gethan haben.

7. Parteigenossen in **Wandsbeck**: beim Bericht des Parteivorstandes (Geschäftsbericht) die Frage gesondert zu behandeln: „Wie stärken wir die Finanzen unsrer Partei?"

8. Parteigenossen in **Berlin VI**: Die Delegirten zum Parteitag sind beauftragt, Protest gegen die Maßnahmen des Parteivorstandes (in Betreff der Versicherung der Partei-Angestellten) einzulegen.

9. Parteigenossen des **III. Hamburger Wahlkreises** (Distrikt Hamm): Das Ansinnen des Vereins „Arbeiterpresse", welches dahin geht, invaliden Redakteuren und Angestellten sowie deren Wittwen und Waisen, soweit die Versicherung auf Kosten der Partei oder Gewerkschaften geschehen soll, zu versichern ist abzulehnen und zwar so lange, bis wir den Zukunftsstaat erkämpft haben.

Taktik.

10. Parteigenossen des 170. Stadtbezirks **Berlin O.**: dahin zu wirken daß bei eventuellen Stichwahlen zwischen einem Kandidaten der freisinnigen Partei und einem solchen einer anderen bürgerlichen Partei die Parteigenossen des in Frage kommenden Wahlkreises sich der Stimmabgabe zu **enthalten** haben.

11. Parteigenossen in **Greifswald-Grimmen**: Die Parteigenossen werden verpflichtet, in allen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufzustellen. Im Falle einer Stichwahl, bei welcher ein Parteikandidat nicht in Frage kommt, ist mit Rücksicht auf die in letzter Zeit besonders zu Tage getretene erbärmliche Schlappheit und Wortbrüchigkeit der bisher von uns unterstützten bürgerlichen Parteien strikte Stimmenthaltung zu proklamieren und zu üben.

12. Parteigenossen in **Berlin III**: Die Sonder-Kandidaturen der Polnischen sozialdemokratischen Partei in Oberschlesien sind zu verwerfen.

13. Parteigenossen in **Breslau**: Die von der Batzdorfer Konferenz der oberschlesischen Genossen aufgestellten Reichstags-Kandidaten sind als die rechtmäßigen Kandidaten der sozialdemokratischen Partei anzuerkennen und ist der Parteivorstand zu ersuchen, diese Kandidaturen durch finanzielle Mittel nach Kräften zu unterstützen.

14. Parteigenosse **Bittau** und 27 Genossen in **Zabrze** protestiren gegen die Beschlüsse der Batzdorfer Konferenz in Bezug auf die Kandidatur im Wahlkreise Kattowitz-Zabrze und verlangen Aufhebung des bezügl. Beschlusses.

15. Parteigenosse **Lebius** in **Dresden**: Die politische und gewerkschaftliche Sonderorganisation der polnischen Sozialdemokraten ist berechtigt, weil die Polen in der **deutschen** Organisation infolge ihrer völligen oder theilweisen Unkenntniß der deutschen Sprache benachtheiligt sind. — Auch eine Sonderorganisation, die die polnischen Sozialdemokraten aus **nationalen** und nicht nur aus praktischen Gründen schaffen, dürfen wir als Vorkämpfer der internationalen Völkerverbrüderung nicht bekämpfen. Andernfalls stellte sich die deutsche Sozialdemokratie auf den Standpunkt der Schulmeister von Wreschen. Internationalität schließt Nationalität nicht aus, wie schon Liebknecht 1897 in Hamburg ausführte. — Ueberall, wo eine gemeinsame Aktion beider Nationalitäten wünschenswerth ist, z. B. bei Wahlen und Lohnkämpfen, möge eine Verständigung auf Grund der Stärkeverhältnisse beider Organisationen stattfinden.

16. Parteigenossen in **Augsburg**: Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß Polemiken von Parteigenossen, welche an Artikeln von Parteiorganen oder im Parteiverlage erscheinenden Zeitschriften oder Broschüren geknüpft werden, wiederum in Partei-Organen oder im Parteiverlage erscheinenden Zeitschriften oder Broschüren gepflogen werden.

Organisation.

17. Parteigenossen in Magdeburg: Im § 8 des Organisationsstatuts statt 4 Wochen 8 Wochen zu setzen.

18. Parteigenosse Friedrich Kölle in Nürnberg: Im Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei ist im § 2, Abs. 1 hinter die Worte „schuldig gemacht hat" der Satz anzufügen: „Gegen Parteigenossen, die aus einer Landesorganisation ausgeschlossen wurden, ist der Antrag auf Ausschluß aus der Gesamtpartei zu stellen."

19. Parteigenosse Karl Windhoff in Düsseldorf: Der § 1 des Partei-Organisationsstatuts erhält folgende Fassung: Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel oder durch anhaltende agitatorische Thätigkeit unterstützt.

20. Parteigenossen in Berlin VI, Schönhauser Vorstadt: Dem § 3 der Organisation einen zweiten Absatz zuzufügen: „In Reichstagswahlkreisen mit größerer Bevölkerungszahl sind Theilungen zulässig; jeder Theil hat, innerhalb der Parteiorganisation, die gleichen Rechte wie die Kreise".

21. Die Kreiskonferenz des Wahlkreises Calbe-Aschersleben: Die Tagesordnung des Parteitages ist früher als bisher zu veröffentlichen.

22. Parteigenosse Ernst Gloe und 12 Genossen in Neu-Weißensee bei Berlin: Es ist nicht statthaft, daß die einzelnen Wahlvereine Bestimmungen in ihren Statuten haben, wonach sämmtliche Vorstandsmitglieder auch einer gewerkschaftlichen Organisation angehören müssen.

23. Der Kreistag des Merseburg-Querfurter Wahlkreises: Der Parteitag wolle beschließen, daß Leute, die als Sozialdemokraten eine gegnerische Zeitung redigieren und in dieselbe Artikel aufnehmen, die die sozialdemokratische Partei mit Schmutz bewerfen, aus der Partei auszuschließen sind

24. Parteigenossen des II. Hamburger Wahlkreises: Auf dem Parteitag sind nur die von den Parteigenossen gewählten und mit Mandat versehenen Delegirten stimmberechtigt.

25. Parteigenossen in Bracke bei Dortmund: Der Parteivorstand wird auf ein Jahr gewählt. Nach einem Jahr darf nur die Hälfte der Personen von dem alten Vorstand wiedergewählt werden. Diejenigen Personen des alten Parteivorstandes, die zur Wahl zugelassen werden, werden durch das Los bestimmt. Die ausgeschiedenen Mitglieder des Parteivorstandes sind in den ersten zwei Jahren als Vorstandsmitglieder nicht wählbar.

26. Parteigenosse R. Halfter, VI. Wahlkreis, Berlin: Der Parteitag möge im Interesse der Realisirung unsres Parteiprogramms von einer Wiederwahl der jetzigen Mitglieder des Parteivorstandes Abstand nehmen.

27. Parteigenosse Fr. Faust-Wiesbaden: Hat die große Mehrheit der Parteigenossen in einem Wahlkreise zum Zwecke des engeren Zusammenschlusses und zur Entfaltung einer kraftvolleren Agitation als Centralorganisation einen „Kreis-Wahlverein" gegründet, so sind die übrigen Parteigenossen verpflichtet, dieser einheitlichen Organisation beizutreten. — Oertliche Wahlvereine werden neben der Centralorganisation im gleichen Wahlkreise nicht anerkannt, dieselben haben umgehend ihren Beitritt zur Central-Organisation zu bewirken. — Der jeweilige 1. Vorsitzende eines Kreis-Wahlvereins ist Kreis-Vertrauensmann. — An Stelle der Kreiskonferenz tritt die Generalversammlung des Kreis-Wahlvereins.

27a. Parteigenossen in Erfurt: Der Parteitag möge beschließen, daß, wenn in Zukunft sich Sonderorganisationen bilden (wie die der Hamburger Akkordmaurer) und die Parteiorganisation am Orte die Ausschließung beantragt, die Ausschließung vom Parteivorstand erfolgen muß.

Agitation.

28. Parteigenossen in Bromberg: Den Wahlkreis Bromberg in jeder Beziehung agitatorisch mehr als bisher zu unterstützen.

29. Parteigenossen in Solingen: Der Parteivorstand möge durch Bereitstellung von Mitteln dafür Sorge tragen, daß eine regere und wirksamere Agitation gegen das Zentrum in den Rheinlanden entfaltet werden kann.

30. Parteigenossen des II. Nassauer Wahlkreises, Wiesbaden: Der Parteivorstand möge in Gemeinschaft mit der Fraktion gleich nach dem Parteitage mit aller Energie den Wahlkampf eröffnen, besonders durch Entsendung von Rednern in die einzelnen Wahlkreise.

31. Parteigenossen in Breslau: Für die nächsten Reichstagswahlen ist eine Liste sämmtlicher sozialdemokratischer Kandidaten im Reiche herauszugeben. Dieselbe soll ungefähr drei Monate vor dem Wahltermin erscheinen und in späteren Auflagen ergänzt werden.

32. Parteigenossen in Gr.-Ottersleben: Den in der Provinz erscheinenden Parteiblättern ist von Zeit zu Zeit zur Hebung der Landagitation die Herausgabe eines den lokalen Verhältnissen angepaßten Agitationsblattes dadurch zu ermöglichen, daß ihnen auf Antrag eine materielle Unterstützung gewährt wird.

33. Parteigenossen in Köln: Der Parteivorstand wird mit der Herausgabe von Broschüren beauftragt, in denen Stellung und Haltung des Centrums, namentlich zu den indirekten Steuern und Zöllen, dem Arbeiterschutz und dem Militarismus und Marinismus in entsprechender Weise beleuchtet wird. Der Preis der Broschüren darf 10 Pf. nicht übersteigen.

34. Parteigenossen in Düsseldorf: Um den Kampf gegen das Zentrum zu fördern, wird der Parteivorstand beauftragt, den Genossen, welche in den Centrumsdomänen thätig sind, auch die nöthigen Agitationsmittel in die Hand zu geben. Durch einen geeigneten Schriftsteller sind die Flugschriften der Centrumspartei zu sammeln und hierin enthaltenen Unrichtigkeiten auf ihren wahren Sachverhalt zurückzuführen, um so den agitatorisch thätigen Genossen die Möglichkeit der Widerlegung zu geben.

35. Parteigenossen in Heidelberg: Durch aufklärende und belehrende Broschüren den Parteigenossen Mittel und Wege an die Hand zu geben, wie der Kampf gegen das Centrum zu führen ist.

Presse.

36. Parteigenossen in Elberfeld: Der Parteivorstand wird beauftragt, zur Aufklärung über das Wesen des Centrums die Herausgabe einer dem Zwecke entsprechenden Anzahl, in systematischer Reihenfolge erscheinenden Broschüren zu veranlassen, von denen jede selbständig und in sich abgeschlossen ist und die den Parteigenossen für die Agitation ev. gratis zur Verfügung gestellt werden.

37. Die Agitationskommission und der Wahlverein für die Provinz Posen: Die in polnischer Sprache in Posen erscheinende Wochenschrift „Gazeta Ludowa" aus der Parteikasse finanziell zu unterstützen.

38. Der Wahlverein Metz i. Lothringen: Es sind die Mittel flüssig zu machen zur Herausgabe einer Partei-Wochenzeitung für Lothringen, die in deutscher und französischer Sprache erscheint.

39. Parteigenossen in Karlsruhe: In Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfiehlt, für Partei-Organe in der Provinz einen den Raumverhältnissen dieser Blätter entsprechenden Reichstagsbericht von Parteiwegen herstellen zu lassen.

40. Parteigenossen in Schleswig: Der Parteitag empfiehlt der Parteipresse, der Alkoholfrage mehr als bisher Aufmerksamkeit zuzuwenden, und beständig in geeigneter Weise auf die Gefährlichkeit des Alkoholismus für die klassenbewußte Arbeiterschaft hinzuweisen.

41. Parteigenossen in Triberg: Der Parteitag empfiehlt der Parteipresse, der Alkoholfrage mehr als bisher Aufmerksamkeit zuzuwenden und beständig in geeigneter Weise auf die Gefährlichkeit des Alkoholismus für die klassenbewußte Arbeiterschaft hinzuweisen.

42. Parteigenossen Berlin IV: In unserm Partei-Organ, dem „Vorwärts", ein Fremdwörter-Verzeichniß einzurichten, um in manchen wichtigen Fragen ein leichteres Verständniß für die Leser zu erzielen.

43. Parteigenossen von Berlin VI, Elise Haubold und sechs Genossen aus Arnstadt, Karl Fritz und zwölf Genossen in Gotha, Oskar Pfau und 156 Genossen in Stuttgart, Parteigenossen in Berlin II, Felix Fränkel und 27 Genossen in Berlin, Joh. Wellmauer und 20 Genossen in Berlin, Parteigenossen in Stettin, Parteigenossen in Breslau, W. M. Miethke in Charlottenburg, Parteigenossen des I. Württembergischen Wahlkreises, Dr. med. Georg Keferstein in Steglitz bei Berlin, Parteigenossen von Metz in Lothr.: Der Parteitag empfiehlt der Parteipresse, der Alkoholfrage mehr als bisher Aufmerksamkeit zuzuwenden und beständig in geeigneter Weise auf die Gefährlichkeit des Alkoholismus für die klassenbewußte Arbeiterschaft hinzuweisen.

44. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: Den Parteivorstand zu ersuchen, die Herausgabe einer wissenschaftlichen Schrift veranlassen zu wollen, welche in eingehender Weise das Streben des katholischen Klerikalismus zur Erlangung der politischen, sozialökonomischen und allgemein geistigen Weltherrschaft behandelt.

45. Parteigenossen des I. Württembergischen Wahlkreises: Den Parteivorstand zu ersuchen, eine gute, erschöpfende Broschüre ausarbeiten zu lassen, die den Genossen Material gegen das Centrum liefert.

46. Parteigenossen in Mühlheim a. Rhein: Ueber das Verhalten der Centrumspartei in allen politischen und wirthschaftlichen Fragen eine Broschüre herauszugeben, welche den Parteigenossen in den katholischen Wahlkreisen ein Ratgeber im Wahlkampfe ist.

„Neue Zeit."

47. Parteigenossen in Hannover und Karlsruhe-Bruchsal: Die „Neue Zeit" ist wieder in eine Monatsschrift umzuwandeln und der Bezugspreis möglichst billig anzusetzen.

„Neue Welt."

48. Dieselben und die Parteigenossen in Heidelberg und Düsseldorf: Der Verlag der Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" ist anzuhalten, daß in der der „Neuen Welt" beigefügten Annoncen-Beilage nur solche Inserate Aufnahme finden, welche einen schwindelhaften Inhalt nicht haben.

49. Die Parteigenossen in Breslau: Die Inseraten-Beilage zur „Neuen Welt" ist unter strengerer Kontrolle der aufzunehmenden Annoncen auch für die Zukunft beizubehalten.

Der „Wahre Jakob."

50. Die Parteigenossen in Görlitz-Lauban: Daß der „Wahre Jacob" wieder wie in früheren Jahren mehr belehrende Artikel bringt.

Kalender.

51. Parteigenossen in Randow-Greifenhagen: Der Verkaufspreis des Arbeiter-Notizkalenders wird von 60 auf 50 Pf. ermäßigt. Der Bezugspreis für Buchhandlungen und Kolporteure von der Verlagsanstalt bleibt unverändert. — Die Inseratenblätter werden in Zukunft nicht mehr in die Mitte sondern ganz zuletzt am Schlusse des Kalenders eingeheftet.

52. Parteigenossen im III. Berliner Wahlkreis: Der Preis des „Neuen Welt-Kalenders" ist auf 30 Pf. festzusetzen.

„Maifest-Zeitung."

53. Parteigenossen von Karlsruhe-Bruchsal, Heidelberg des I. Württembergischen Reichstags-Wahlkreises und die Parteigenossen zu Höppersdorf: Es sei in Zukunft für bessere künstlerische Ausgestaltung der „Maifest-Zeitung" Sorge zu tragen.

54. Die Parteigenossen des III. Hamburger Wahlkreises erheben Protest gegen die illustrative und textliche Ausgestaltung der diesjährigen „Mai-Zeitung", die nicht den Erwartungen entsprach, welche mit Recht an einer „Mai-Zeitung" mit solcher Massenauflage gesetzt werden darf. Die Mitglieder wollen, daß durch die „Mai-Zeitung" in Bezug auf Illustration und Text das Beste geboten wird, was zu erreichen ist.

55. Die Parteigenossen in Kaiserslautern: Der künstlerischen Ausstaltung der „Mai-Zeitung", „März-Zeitung", Neujahrsnummer u. s. w. eine größere Aufmerksamkeit zu widmen, um zu verhindern, daß künstlerisch minderwerthige Erzeugnisse wie sie in jüngster Zeit herausgegeben wurden, mit dem Grundsatze: „für die Arbeiter ist das Beste gerade gut genug" fernerhin in Kollision gerathen.

Broschüren und Flugblätter.

56. Parteigenossen in München: Es sei baldmöglichst die Herausgabe einer Broschüre zu besorgen, in welcher die Landtags-Wahlgesetze der verschiedenen deutschen Bundesstaaten, einschließlich der Reichslande und Hansestädte, enthalten sind. Desgleichen soll an der Hand von praktischen Beispielen das Wahlverfahren in den einzelnen Staaten geschildert werden; sowie die verschiedenen Abänderungsanträge bezüglich der Wahlgesetze, wie sie von unseren Genossen eingebracht wurden, angefügt sein. Zum Schluß soll in gedrängter Form das System der Proportionalwahl, wie wir es in unserm Punkt I unseres Programms fordern, dargelegt werden.

57. Parteigenossen in Striegau: Noch in diesem Jahre ein Flugblatt für ganz Deutschland herauszugeben, in welchem die Thätigkeit der Fraktion im Reichstage in einer für die Landbevölkerung leicht verständlichen Weise geschildert wird.

58. Parteigenossen in Karlsruhe-Bruchsal: Es ist die Herausgabe einer Schrift zu veranlassen, in welcher die wichtigsten Forderungen der Sozialdemokratie an die Gemeinde behandelt werden. Dieser Schrift sind als Anhang die bestehenden sozialdemokratischen Kommunalprogramme für die Einzelstaaten beizufügen.

58a. Parteigenossen in Erfurt: Die außerordentlich hohen Zuschüsse für die einzelnen Parteiblätter haben zu unterbleiben.

58b. Parteigenossen in Erfurt: Um die Provinzpresse zu entlasten, wird der Parteivorstand verpflichtet, die Geschäftsleitung des Vorwärts zu veranlassen, den Geschäftsbericht des Vorstandes und den Thätigkeitsbericht der Fraktion den Parteiblättern, welche denselben verlangen, als Beilage zum Selbstkostenpreise abzugeben.

58c. Parteigenossen des 7. sächsischen Wahlkreises: Der Parteivorstand erhält den Auftrag, eine periodische wissenschaftliche Beilage herstellen zu lassen, in der volksverständliche Artikel über die Grundideen des Sozialismus und wichtige Zahlen über wirthschaftliche und handelspolitische Fragen veröffentlicht werden. Die Beilage soll allen Parteizeitungen beigegeben werden. Wo die Ausgaben hierfür vom Verlage der Zeitung oder durch Erhöhung des Abonnementsgeldes nicht gedeckt werden können, soll sie vom Parteivorstande unentgeltlich geliefert werden.

Maifeier.

59. Parteigenossen in Düsseldorf: Die Parteigenossen des ganzen Reiches sind verpflichtet, energischer als wie bisher für die allgemeine Arbeitsruhe am Tage des 1. Mai einzutreten.

Parlamentarisches.

60. Parteigenossen in Magdeburg vermissen im Berichte der Fraktion ein Eingehen auf die so brennend gewordene Wohnungsfrage, speziell eines Reichs-Wohnungsgesetzes, und erwarten in der nächsten Tagung ein energisches Eingreifen.

61. Parteigenossen des I. Württembergischen Wahlkreises Die sozialdemokratische Fraktion wird beauftragt, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß dieselbe ihr Versprechen, dem Reichstage eine Aenderung und Verbesserung des Krankenversicherungs-Gesetzes in Vorlage zu bringen, endlich erfüllt. Ferner wolle die Fraktion dahin wirken, daß bei der vorzunehmenden Aenderung des Krankenversicherungs-Gesetzes eine Vereinheitlichung und Erweiterung der Krankenversicherung stattfindet und eine Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf alle Lohnarbeiter einschließlich der Hausgewerbetreibenden sowie der land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten erfolgt.

62. Parteigenossen des II. Hamburger Wahlkreises erwarten, daß die Fraktion bei Beratung der Arbeiterversicherungs-Gesetze dafür eintritt, daß alle Personen, welche gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind, der Versicherungspflicht unterliegen, wenn der Verdienst 2000 Mk. pro Jahr nicht übersteigt.

63. Die Kreiskonferenz des VII. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags wird beauftragt, bei der Beratung des Marine-Etats die Reichsregierung über die von ihr geübte Auslegung des § 616 des B. G.-B. in den Reichs-Werftbetrieben zu interpellieren und die Durchführung der betreffenden Bestimmungen des § 616 zu fordern.

64. Parteigenossen in Solingen: Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion möge in der nächsten Legislaturperiode ernstlich daran gehen, einen Gesetzentwurf zur gesetzlichen Festlegung des achtstündigen Arbeitstages auszuarbeiten und im Reichstage zur Besprechung und Annahme vorzulegen. Es wäre empfehlenswerth, als Grundlage des Entwurfs die im „Vorwärts" veröffentlichten Vorschläge des Genossen Parvus-München zu benutzen.

65. Parteigenossen des IV. Berliner Reichstags-Wahlkreises: Es sind im Reichstage und in den Landtagen Anträge zu stellen

auf die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für sämmtliche Staatsbetriebe, und dieselben eingehend zu begründen.

66. Parteigenossen des V. Berliner Wahlkreises: Es ist ein Initiativantrag auf Einführung des Achtstundentages für alle Arbeiter einzubringen.

66a. Parteigenossen in Erfurt: Die Fraktion wird beauftragt, in der nächsten Legislaturperiode im Reichstag auf sofortige Einführung der achtstündigen Arbeitszeit einen Gesetzentwurf einzubringen.

Parlamentarisches Handbuch.

67. Parteigenossen in Köln a. Rh. und Görlitz: Vor den nächstjährigen Reichstagswahlen rechtzeitig ein kleines handliches A-B-C-Büchelchen herauszugeben. In dem Büchelchen sollen nur die für den Kleinkampf (z. B. bei der Agitation am Biertisch und der Flugblattverbreitung ꝛc.) nothwendigsten Zahlen, Daten und Citate nach die Materie leicht faßlich kennzeichnenden Stichworten alphabetisch geordnet enthalten sein. Der Preis des Büchelchen soll bei Massenbezug 30 Pf. nicht übersteigen.

68. Parteigenossen in Düsseldorf: Zur nächstjährigen Reichstagswahl wieder ein Handbuch für Reichstagswähler analog dem 1898 erschienenen herauszugeben, unter besonderer Berücksichtigung des Centrums.

69. Parteigenossen in Iserlohn: Wiederum ein Handbuch für sozialdemokratische Wähler herauszugeben, wie bei den Reichstags-Wahlen 1898, wovon jeder Ort 9 Exemplare gratis erhält.

70. Parteigenossen in Lübeck: Das Handbuch für sozialdemokratische Wähler zur nächsten Reichstagswahl so frühzeitig herauszugeben, daß es Genossen, welche agitatorisch wirken, ermöglicht wird, genügende Einsicht in dasselbe zu nehmen, um es bei der Reichstagswahl auch in wirksamer Weise verwerthen zu können.

71. Parteigenosse Karl Meist, Köln: Ein parlamentarisches Handbuch zur besonderen Benutzung bei der bevorstehenden Reichstagswahl herzustellen. Dasselbe ist zu einem möglichst billigen Preise abzugeben.

Parteitag.

72. Parteigenossen in Kottbus: Den Parteitag 1903 in Kottbus abzuhalten.

73. Parteigenossen in Stettin, Randow-Greifenhagen, Greifswald-Grimmen: Der nächstjährige Parteitag möge in Stettin stattfinden.

74. Parteigenossen in Bremen: Den nächsten Parteitag in Bremen stattfinden zu lassen.

75. Parteigenossen in Mannheim: Den nächsten Parteitag in Mannheim abzuhalten.

76. Parteigenossen in Dresden: Den nächsten Parteitag in Dresden abzuhalten.

77. Parteigenossen in Stettin; Joh. Wellemauer und zwanzig Genossen in Berlin; Oskar Koselowski-Berlin; Felix Fränkel und siebenundzwanzig Genossen in Berlin; Wilhelm Giehm und sechzehn Genossen in Berlin; Parteigenossen in Breslau; Elise Haubold und sechs Genossen in Arnstadt; Karl Fritz und zwölf Genossen in Gotha; Dr. med. Keferstein in Steglitz bei Berlin: der Parteivorstand möge auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages als Verhandlungsgegenstand setzen: „Muß die Sozialdemokratie zur Alkoholfrage Stellung nehmen?“

78. Parteigenossen in Schleswig: Der Parteivorstand möge auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages als Verhandlungsgegenstand setzen: „Muß die Sozialdemokratie zur Alkoholfrage Stellung nehmen?"

79. Parteigenossen in Triberg: Der Parteivorstand möge auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages als Verhandlungsgegenstand setzen: „Muß die Sozialdemokratie zur Alkoholfrage Stellung nehmen?"

80. Parteigenossen in Braunschweig: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Verstaatlichung des gesammten Schulwesens."

81. Parteigenossen in Dresden: Am Schlusse des Protokolls vom Parteitage sind die auf demselben angenommenen Beschlüsse und Resolutionen wiederzugeben.

82. Parteigenossen in Lechhausen: Der Preis für das Parteitags-Protokoll darf 30 Pf. nicht übersteigen.

83. Parteigenossen in Elberfeld: Gleich nach den Reichstagswahlen ist ein Parteitag der preußischen Genossen zu berufen, durch welchen möglichst einheitliche Grundsätze für die Taktik und besonders auch für die Agitation bei den preußischen Landtagswahlen geschaffen werden.

83a. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow Charlottenburg: Den Parteitag des nächsten Jahres in Mittel-Deutschland abzuhalten. (Beschluß der General-Versammlung vom 10. August 1902.)

Resolutionen.

84. Parteigenossen in München: Angesichts der horrenden Vertheuerung der Lebensmittel und insbesondere des Fleisches, wie sie jetzt aus einer Anzahl deutscher Städte, so auch aus München gemeldet wird, regt die heutige Versammlung an, daß der Parteitag Stellung nehmen möge, wie aufs Neue und in eingehenderer Weise noch wie bisher, durch eine nachtvolle Agitation dem volksverwüstenden Treiben der Lebensmittelvertheuerer Einhalt zu gebieten versucht werden kann.

85. Parteigenossen in Oberschlesien: Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie drückt seine Sympathie aus dem russischen Proletariat, das im schweren Kampfe gegen Selbstherrscherthum und wirthschaftliche Ausbeutung steht und sendet ihm brüderliche Grüße. Gleichzeitig giebt er seiner Entrüstung über die Dienste Ausdruck, die den russischen Schergen von oberschlesischen Polizei-Organen geleistet werden und verlangt von der deutschen Reichsregierung, daß sie diesem eines Kulturstaates unwürdigen Zustande schleunigst ein Ende bereitet.

86. Parteigenossen in Braunschweig: Der Parteitag erklärt sich da die heutige Organisation des Schulwesens der Weiterentwickelung desselben nicht förderlich ist, für die Uebernahme der Kosten des Schulwesens durch das Reich. Die Verwaltung der Schulen obliegt den Kommunalbehörden.

87. Parteigenosse John Erb, Hamburg: Zur Hebung der sanitären Verhältnisse des Deutschen Reiches erklärt der diesjährige Parteitag es für eine absolute Nothwendigkeit, daß folgende Forderungen durch reichsgesetzliche Bestimmungen nach einheitlichen Plänen geregelt werden:

1. Das Bau- und Wohnungswesen.
2. Die Reinhaltung der Wasserstraßen (Flüsse usw.).
3. Die Nutzbarmachung der Abwässer, Cloaken, zum Vortheile der Landwirthschaft, insbesondere des Waldbestandes.
4. Die Errichtung einheitlicher Sanatorien (Krankenhäuser).
5. Diese Sanatorien sollen Abtheilungen erhalten:
   a) für alle vorkommenden Krankheiten;
   b) besonders für Nervenkranke unter successivem Wegfall der Irrenanstalten;

c) Abtheilungen, um in erster Linie durch die Naturkräfte (Sonnenlicht, Luft, Bäder, Wahl der Diät), in zweiter Linie durch die technischen Hilfskräfte (Chirurgie, Orthopädie, Elektrizität, Gymnastik, Massage) zweckentsprechende Heilerfolge zu erzielen;

d) Bevorzugung derjenigen Aerzte, welche sich dem besonderen Studium der kombinirten Heilanwendung der angeführten Heilfaktoren widmen und Gegner von zweck- und nutzlosen Experimenten (Vivisektion, Impfzwang) sind;

e) In jedem Sanatorium ist die Vorkehrung zu treffen, daß jedweder Kranke jeder Zeit mit seinen Angehörigen brieflich verkehren kann, daß das Briefgeheimniß gegenüber kranken Personen gewahrt wird.

6. Jede Gemeinde ist verpflichtet, eine Jury einzusetzen von drei oder mehreren vorurtheilslosen Personen aus dem Volke, welche als Rechtsbeistand eines jeden Kranken fungiren und demgemäß alle Klagen, Beschwerden des Kranken und seiner Angehörigen prüfen und soweit angängig Abhilfe schaffen.

In jedem Falle muß die Person des Kranken respektirt werden und sein Wille nach Möglichkeit Berücksichtigung finden.

7. Jede Gemeinde ist ferner verpflichtet, für die in dem Gemeindebezirk geborenen oder seßhaften Krüppel und schwer Nervenkranke insofern zu sorgen, daß selbige einer sofortigen Heilung entgegengeführt werden, daß ferner für Krüppel, wenn nothwendig, die praktischen künstlichen Glieder usw. durch die Gemeinde angeschafft werden.

8. Die Korrigirung, Erneuerung solcher Apparate bestimmt das Aerztekollegium des vorhandenen Sanatoriums; ist eine Gemeinde zu arm, so ist Zuschuß vom Reiche zu gewähren.

88. Parteigenossen von Rathenow: Der Parteitag erklärt:

1. Es ist Pflicht unserer Gemeindevertreter, dafür einzutreten, daß alle kommunalen Unternehmen in eigner Regie ausgeführt werden;
2. daß die Wasserentnahme bei städtischen Wasserwerken kostenlos erfolgt, außer zu gewerblichen Zwecken;
3. daß unsere Vertreter einzutreten haben für die Einführung einer Grundwerthsteuer, wodurch die in die Bebauungszone einbezogenen Grundstücke nach ihrem wirklichen Werthe versteuert werden, um den durch die Gemeinde bedingten Werthzuwachs wenigstens zum Theil auch dieser zuzueignen;
4. daß die Bewilligung von Mitteln für höhere Lehranstalten so lange nicht ohne weiteres zu bewilligen sind, bis die Volksschule den gerechten Anforderungen genügt;
5. daß die Bewilligung von Mitteln für Kirchen, Denkmäler usw., sowohl zur Herstellung als zur Restaurirung, aus Gemeindemitteln abzulehnen ist, wenn damit religiöse oder dynastische Zwecke verfolgt werden oder dieselben zur Verherrlichung des Krieges dienen.

*88a. Parteigenossen in Blankenese: In der Erkenntniß, daß der Alkohol die Gesundheit der Arbeiter schädigt, die Berufskrankheiten der Arbeiter fördern hilft, und daß der Alkoholismus unser politisches und gewerkschaftliches Leben hemmt, möge der Parteitag der Parteipresse empfehlen, der Alkoholfrage mehr als bisher Aufmerksamkeit zuzuwenden und beständig in geeigneter Weise auf die Gefährlichkeit des Alkohols für die klassenbewußte Arbeiterschaft hinzuweisen.

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlungen gestellte Anträge.

Resolutionen.

89. Parteigenossen von Reuß ä. L.: Daß für Reuß ä. L. die Sonntags-Beilage „Neue Welt" vom 1. Januar 1903 beigefügt wird und der „Gesellschafter" in Wegfall kommt, da er uns das nicht leisten kann, was wir von der „Neuen Welt" erwarten. Die Parteikasse möge uns, wenn nöthig, unterstützen.

90. Die Sektion Süden des sozialdemokratischen Vereins München: Welche Schritte können unternommen werden, um die Staatsangehörigkeit in den verschiedenen Staaten Deutschlands zu erleichtern.

91. Luxemburg und 22 Genossen: Da die ökonomischen und politischen Interessen des polnischen wie des deutschen Proletariats im Deutschen Reiche die gleichen sind,

da ferner die Sozialdemokratie es für ihre Pflicht erachtet, die polnische Arbeiterklasse auch gegen die Unterdrückung ihrer Nationalität zu schützen und dieser Pflicht stets nach Kräften nachgekommen ist,

da endlich die Sozialdemokratie ihre deutschen und polnischen Mitglieder stets als vollkommen gleichberechtigt betrachtet und behandelt und die Agitation unter dem polnischen Proletariat materiell und moralisch in kräftigster Weise unterstützt,

so muß die Absonderung einer polnischen Gruppe, der „Polnischen Sozialistischen Partei" von der Gesammtpartei als gänzlich ungerechtfertigtes Vorgehen erscheinen, das durch separatistische Tendenzen hervorgerufen wurde, die mit den Aufgaben der Sozialdemokratie nichts zu thun haben.

Der Parteitag verurtheilt scharf die von der Gruppe „Polnische Soz. Partei" provozirten Doppelkandidaturen in Oberschlesien und fordert die polnischen Parteigenossen, die auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen, auf, dieser demoralisirenden Sonderbündelei baldmöglichst ein Ende zu bereiten.

Die Gegenkandidaten der „Poln. Soz. Partei" kommen von nun an als Parteikandidaten nicht mehr in Betracht. Damit sind die Anträge 12 und 13 als erledigt zu betrachten. Ueber die Anträge 14 und 15 geht der Parteitag zur Tagesordnung über.

92. Weinschild-Offenbach. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, den Bundesrath zu ersuchen, baldigst eine besondere Vorschrift zu erlassen, wonach alle in der Heimindustrie beschäftigten Portefeuilles-Arbeiter dem Alters- und Invaliden- als auch Unfallversicherungsgesetze unterworfen werden.

93. W. Kowald und 19 Genossen: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird ersucht, dahin zu wirken, daß alle Heimarbeiter, die nur gegen Lohn beschäftigt werden, dieselben Vortheile der Gewerbenovelle wie die Fabrikarbeiter genießen.

94. L. Emmel und 20 Genossen: „Die Genossen in Mülhausen i. Els. sind, in Wahrung der gemeinsamen Interessen des Parteiverbandes, bei der Wiederherausgabe der im März 1894 auf Grund des Diktaturparagraphen unterdrückten Mülhauser Volkszeitung zu unterstützen. Da das Gesetz über die Presse für Elsaß-Lothringen vom 8. August 1898, unter Aufrechterhaltung der bezüglichen Artikel des Napoleonischen Dekrets über die Presse vom 17. Februar 1852, das Wiedererscheinen des Blattes als Tageblatt von der vorgängigen Hinterlegung einer Kaution von 20 000 Mk., verzinslich zu 3 pCt., abhängig

macht, so beauftragt der Parteitag die Parteileitung, diese Kautionssumme mit Anwendung der üblichen Sicherheitsbürgschaften zu stellen.

95. Bebel: Die letzten drei Absätze der Resolution Luxemburg und Genossen durch folgenden Wortlaut zu ersetzen:

„so muß die Absonderung einer polnischen Gruppe, der „Polnischen Sozialistischen Partei", die sich in einen Gegensatz zur Gesammtpartei gestellt hat, als ein ungerechtfertigtes Vorgehen angesehen werden.

Der Parteitag verurtheilt scharf die von der Gruppe „Polnische Soz. Partei" provozirten Doppelkandidaturen in Oberschlesien und ersucht den Parteivorstand, nochmals den Versuch zu machen, eine Verständigung zwischen den streitenden Parteien herbeizuführen, die im Interesse der gesammten Sozialdemokratie liegt.

96. Paul Hoffmann, Hamburg: In Erwägung, daß sich in letzter Zeit das Bestreben kund giebt, die Genossen zu allerhand Vergnügungs- und Unterhaltungsklubs heranzuziehen, dadurch aber den Gewerkschaften, sowie der Partei die Mittel entzogen werden, spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die Genossen allerorts sich derartiger Bestrebungen, bezw. Theilnahme daran enthalten.

97. Parteitag der „Provinz Ostpreußen": Daß der allgemeine Parteitag in Zukunft nicht mehr im September, sondern wie das in früheren Jahren war, erst im Monat Oktober stattfinden soll.

98. A. Hoffmann, Berlin. Finanzielle Verpflichtungen, welche von der bestehenden oder neuzugründenden Parteipresse ohne Zustimmungen des Parteivorstandes eingegangen werden, sind von letzterem unter keinen Umständen ganz oder theilweise zu übernehmen.

99. Louise Zietz (Resolution): Durch das Organisationsstatut, welches der Parteitag zu Mainz der sozialdemokratischen Partei gegeben hat, wird in keiner Weise das vom Parteitag zu Gotha den Frauen zuerkannte Recht berührt, zur Betreibung einer einheitlichen und planmäßigen Agitation unter den proletarischen Frauen eigene Vertrauenspersonen zu wählen.

100. Klara Weyl (Resolution): Die Genossen zu verpflichten, im ganzen Lande Volksversammlungen abzuhalten, welche sich mit dem Fleischwucher beschäftigen und gegen die Politik der Lebensmittelvertheuerung zu protestiren haben.

Ferner:

die sozialdemokratische Fraktion zu ersuchen, bei Eröffnung des Reichstags eine Interpellation über die Fleischnoth und Viehsperre an die Regierung zu richten; des Weiteren die sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu ersuchen, die Abschaffung bezw. Sistirung des Octroi auf Fleisch und Fleischwaren zu beantragen.

101. Resolution **Bebel** zu Punkt 4 der Tagesordnung (Reichstagswahl): Der Parteitag verpflichtet die Parteigenossen, wie bei den bisherigen, so auch bei der künftigen allgemeinen Reichstagswahl in allen Wahlkreisen, in denen Parteigenossen sich befinden, eigene Kandidaten aufzustellen; dort, wo es noch nöthig erscheint, schleunigst die Organisation in den Wahlkreisen auszubauen und vor allem auch auf die Beschaffung der nöthigen Geldmittel bedacht zu sein.

Kommen die Parteigenossen in die Lage, bei der engeren Wahl zwischen gegnerischen Kandidaten sich betheiligen zu müssen, so dürfen sie nur für denjenigen Kandidaten stimmen, der sich bereit erklärt, im Falle seiner Wahl

1. für uneingeschränkte Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts,
2. gegen die Erhöhung der bestehenden Zölle auf Lebensmittel,

3. gegen jede neue indirekte Steuer oder eine Erhöhung der bestehenden auf Konsumartikel der großen Masse der Bevölkerung,
4. gegen jede Ausnahmegesetzgebung und gegen jede Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes,
5. gegen jede neue Militär- und Marinevorlage, die höhere Lasten erfordert,

einzutreten.

Ist kein Kandidat vorhanden, der bereit ist, diese Bedingungen anzunehmen, so ist strenge Wahlenthaltung zu verkünden.

102. Resolution Singer zu Punkt 7 der Tagesordnung (Internationaler Arbeiterkongreß 1903): Der Parteitag fordert die deutschen Genossen auf, den im Jahre 1903 zu Amsterdam stattfindenden internationalen sozialistischen Arbeiterkongreß zur Bekundung des internationalen Solidaritätsgefühls möglichst zahlreich zu beschicken.

103. H. Schubert und 47 Genossen: Die Fraktion wird beauftragt, in nächster Zeit einen Gesetzentwurf über die Einführung des 8stündigen Normalarbeitstags dem Reichstage vorzulegen.

Es sollen ferner besondere Anträge auf Einführung des 8stündigen Normalarbeitstags in den Staats- und Kommunal-Betrieben in allen geeigneten Körperschaften eingebracht werden.

104. Parteigenossen von Bielefeld: Den nächsten Parteitag in Bielefeld abzuhalten.

105. Sozialdemokratischer Wahlverein Ober-Schöneweide: Daß die Partei als solche Stellung zur Alkoholfrage nehme.

106. Resolution Molkenbuhr zu Punkt 5 der Tagesordnung (Arbeiterversicherung): Die Versicherungsgesetze des deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, die Armenkassen vor Ueberlastung und die Unternehmer vor Schadenersatz zu bewahren, entsprechen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse. Jedoch ist durch die Erfahrung der Beweis erbracht, daß mit der Versicherung allgemeine Uebelstände bekämpft und deren schlimmste wirthschaftliche Folgen gemildert werden können.

Deshalb fordert der Parteitag:

1. Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter und diesen wirthschaftlich gleichstehenden Personen;
2. Vereinheitlichung der Versicherung;
3. volle Selbstverwaltung durch die Versicherten;
4. Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten;
5. Bekämpfung von Volkskrankheiten durch die Krankenversicherung;
6. weiterer Ausbau der Unfallverhütungsvorschriften und der Vorschriften zur Verhütung von Berufskrankheiten, sowie voller Schadenersatz der Verletzten und deren Hinterbliebenen;
7. Einführung der Arbeitslosenversicherung;
8. Einführung der Wittwen- und Waisenversorgung.

107. Sozialdemokratischer Verein Fürth-Erlangen-Hersbruck: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags „Die Alkoholfrage" zu setzen.

108. Abänderungs-Antrag Hoch mit 19 Genossen zu Nr. 106: Unter Ziffer 4 statt der Worte: „Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten" zu setzen „Deckung der Kosten durch eine progressive Einkommensteuer"; unter Ziffer 5 auf der ersten Zeile statt des Wortes: „Krankenversicherung" zu setzen „Arbeiterversicherung".

109. C. Windhoff, Düsseldorf. Der Vortrag des Genossen Molkenbuhr über Arbeiterversicherung ist wenn möglich als Agitationsschrift

zur Massenverbreitung geeignet herauszugeben und zu möglichst billigem Preise an die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen abzugeben.

110. Resolution **Lindemann** zu Punkt 6 der Tagesordnung (Kommunalpolitik).

1. Die Stellung der Gemeinde im heutigen Staate ist eine doppelte: Sie ist ein lokaler Verwaltungskörper, der den wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen einer an eine begrenzte Lokalität gebundenen Bevölkerung dient, und sie ist ein Hilfsorgan staatlicher Verwaltungs- und Herrschaftsthätigkeit. In beiden Eigenschaften unterliegt sie der aus der Klassenorganisation unseres Staats- und Gesellschaftslebens sich ergebenden Tendenz, die Verwaltungsthätigkeit nach den Interessen der herrschenden Klasse zu gestalten.

2. Gemäß ihrer Grundanschauung, daß nur durch die Aufhebung der Klassenherrschaft die Bahn für eine rationelle, allen Gliedern des Staatswesens dienende Verwaltungsthätigkeit frei gemacht werden kann, verlangt daher die Sozialdemokratie:

Neugestaltung des gesammten Kommunalverwaltungswesens nach dem Grundsatze, daß alle Lokalverwaltung zugleich Staatsverwaltung ist und als solche nur dem Gesetze und dem Gerichte unterworfen sein darf, durch

a) Bildung der Gemeindevertretung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen; Durchführung des Prinzipes der Einwohnergemeinde; Aufhebung aller Besitzprivilegien,

b) Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechtes auf das Recht der Kenntnißnahme der kommunalen Verwaltungsthätigkeit; Aufhebung der administrativen Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Lokalverwaltungskörpern,

c) Staatliche Regelung des Kommunalsteuerwesens. Aufhebung aller kommunalen Abgaben auf Lebensmittel. Deckung des kommunalen Bedarfes durch Zuschüsse des Staates für die Aufgaben der Volkshygiene, des Schulwesens und der Armenpflege, durch Zuschläge zu den staatlichen Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, sowie durch besondere kommunale Grund- und Gebäudesteuern, die vor allem die Werthsteigerung des Grund und Bodens erfassen.

3. Hauptgebiete der kommunalen Thätigkeit sind: Volkshygiene, Städtebau und Wohnungswesen, Sozialpolitik und Armenpflege, Volksbildung und -Unterhaltung, Wirthschaftspflege.

Für ihre Verwaltung sind folgende Grundsätze aufzustellen:

a) Die Einrichtung und der Betrieb der für die Erfüllung ihrer Aufgaben nothwendigen Institute soll in eigener Regie der Gemeinden erfolgen.

b) Die Gebührenfestsetzung für die Benutzung kommunaler Anstalten soll, soweit Gebühren zur Erhebung kommen, nach dem Grundsatz der Kostendeckung des Betriebes erfolgen.

4. Im Einzelnen sind folgende Forderungen zu stellen:

A. Oeffentliche Gesundheitspflege.

1. Erhaltung und Pflege der Volksgesundheit. Kommunaler Betrieb der Kanalisation, Fäkalienabfuhr, Straßenreinigung, Haus- und Kehrichtabfuhr, öffentliche Bedürfnißanstalten und Abdeckereien.

Fürsorge für Ernährung durch die Kontrolle und Regelung des Nahrungsmittelverkehrs (Markthallen, Märkte, Vieh- und Schlachthöfe, Untersuchungsanstalten), sowie durch die Uebernahme der Produktion und des Verkehrs (Milchversorgung, Brodbäckerei, Schlächterei, Brauerei und Schankgewerbe.

Förderung der Körperpflege durch die Einrichtung öffentlicher Bäder, Spiel- und Turnplätze, Parks ꝛc.

2. Bekämpfung der Krankheiten durch den Bau von Krankenhäusern, Heimstätten für Lungenkranke, Irrenanstalten, Rekonvaleszentenanstalten, Anstalten für Wöchnerinnen- und Säuglingspflege, Desinfektionsanstalten, Unfallstationen, Gemeindeapotheken ꝛc.
3. Uebernahme des Bestattungswesens in den Gemeindebetrieb, obligatorische Einrichtung und Benutzung der Leichenhäuser, unentgeltliche und gleiche Bestattung aller Gemeindeangehörigen.

B. Städtebau und Wohnungswesen.

1. Förderung einer gesunden Bodenpolitik durch den Erwerb von Grund und Boden seitens der Gemeinden, durch die Umgestaltung und Ausbildung der Bebauungspläne und Bauordnungen, welche die Beschränkung der Bodenausnutzung, die Bekämpfung der Miethskasernen und die Förderung des Kleinbaues anstreben, und durch den Ausbau und Betrieb kommunaler Straßenbahnnetze.
2. Errichtung von Wohnungsämtern mit den Aufgaben der Wohnungsinspektion, der Wohnungsstatistik und des Wohnungsnachweises.
3. Bau von Wohnungen und Verwerthung derselben zu Miethspreisen, durch welche nur die Herstellungs- und Erhaltungskosten, sowie die Amortisation des Anlagekapitals gedeckt werden.

C. Volksbildung.

1. Einheitsschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel; Bau, Ausstattung und Unterhaltung der Schulhäuser, Festsetzung der Klassenfrequenz, der Unterrichtszeit der Schüler und Lehrer ausschließlich nach den Grundsätzen der Schulhygiene und Pädagogik; Einrichtung von Hilfsklassen für Minderbegabte; Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Schüler durch Schulärzte, Verpflegung der Schulkinder. Oeffnung der höheren Schulen für die befähigten Kinder des Proletariats.
2. Einrichtung und Betrieb von Volksbibliotheken und Lesehallen sowie von Instituten für Volksunterhaltung (Volkshäuser, Volkstheater und Musikhallen).

D. Wirthschaftspflege.

Kommunale Regie von Wasserwerken, Licht-, Kraft- und Wärmezentralen, von Straßenbahnen, Dampfschiffen, Hafenanlagen, Lagerhäusern ꝛc., sowie von Publikationseinrichtungen (Plakatsäulen, Annoncenblättern ꝛc.).

E. Sozialpolitik.

1. Allgemeine Sozialpolitik. Ausbau des Arbeiterschutzes; Errichtung von Arbeitsämtern als Centralstellen kommunaler Arbeiterpolitik mit den Aufgaben der Arbeiterstatistik, des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenfürsorge, der Auskunftsertheilung und der Ueberwachung der sozialpolitischen Gebahrung der Gemeindeverwaltung; Regelung des Submissionswesens durch Einführung der sogenannten Lohnklausel bei Arbeits- und Lieferungsverträgen der Gemeinden, sowie der von ihnen konzessionirten Privatunternehmungen; Ablehnung der Streikklausel; Verbot der Uebertragung von Gemeindearbeiten und -Lieferungen an Gemeindevertreter, sowie deren Betheiligung an gewerblichen Unternehmungen, die im Vertragsverhältniß zur Gemeinde stehen.
2. Spezielle Sozialpolitik. Einsetzung von Arbeiterausschüssen zur Vertretung der Interessen der Gemeindearbeiter; Feststellung der Arbeits-

ordnungen und Arbeitsbedingungen unter Heranziehung der Arbeiterausschüsse und der gewerkschaftlichen Organisation der Gemeindearbeiter; Festsetzung der Löhne nach Gewerkschaftssätzen; Lohnskala nach Dienstzeitdauer; 8-Stunden-Tag; Ferienurlaub mit Fortdauer der Lohnzahlung; Gründung von Pensions-, Wittwen- und Waisenkassen, an die klagbare Rechte gegeben werden, sowie Ausdehnung der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung auf alle Gemeindearbeiter und Angestellten.

F. Armenpflege.

Weltlichkeit der Armenpflege; weitgehendste Heranziehung ehrenamtlicher Elemente insbesondere der Frauen; offene Armenpflege mit ausreichenden Unterstützungssätzen; geschlossene Armenpflege in Versorgungshäusern für die körperlich hilfsbedürftigen Armen; Errichtung von Obdachasylen und Wärmehallen ohne polizeiliche Kontrolle; Waisen- und Haltekinderpflege nach hygienischen und pädagogischen Grundsätzen.

111. Ed. Bernstein: Die Resolution 106, Absatz 1, so zu fassen: Die Versicherungsgesetze des Deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, die Armenkassen vor Ueberlastung zu bewahren und die den Unternehmern zufallende Schadenersatzpflicht zu mindern, genügen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse. Jedoch ist durch die Erfahrung der Beweis erbracht, daß mit der Versicherung allgemeine Uebelstände bekämpft und deren schlimmste wirthschaftliche Folgen gemildert werden können.

112. Arons: Vor Punkt 7 der Resolution Molkenbuhr einzuschalten „Organisation des Arbeitsmarkts".

113. A. v. Elm: In Bezug auf Punkt 7 (Arbeitslosenversicherung) schließt sich der Parteitag den von dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß angenommenen Grundsätzen an.

114. Abänderungs-Antrag Bömelburg und 22 Genossen zu Nr. 106, Ziffer 6 folgende Fassung zu geben: 6. weiterer Ausbau der Unfallverhütung, insbesondere zu diesem Zweck Einführung einer Kontrolle durch seitens der versicherten Arbeiter gewählte und aus Reichsmitteln besoldete Beamte; Verbesserung der Maßnahmen zur Verhütung von Berufskrankheiten voller Schadenersatz der Verletzten und deren Hinterbliebenen.

115. Amendement Zietz zur Resolution Molkenbuhr: 6. Verbot der Beschäftigung von Schwangeren und Wöchnerinnen 4 Wochen vor und 6 resp. 8 Wochen nach der Entbindung, sowie Zubilligung eines Krankengeldes in Höhe des ortsüblichen Tagelohnes.

116. Resolution Schmidt, Frankfurt. Da unser Partei-Programm mit in erster Linie auch die Einführung des Proportional-Wahlsystems für alle Wahlen fordert, so ist es Pflicht aller Parteigenossen

für die baldige Durchführung dieses Systems für alle Wahlen in Reich, Staat und Gemeinde nach Möglichkeit zu wirken. Unter keinen Umständen aber ist es zulässig, sich der allgemeinen Einführung dieses Systems zu widersetzen.

117. Grunwald mit 19 Genossen: Den nächstjährigen Parteitag in Jena abzuhalten.

118. Rudolph und 22 Genossen: Die Berichterstatter über die einzelnen Punkte der Tagesordnung des Parteitags haben Resolutionen und Anträge, die sie dem Parteitag zur Annahme vorzuschlagen beabsichtigen, dem Parteivorstand so zeitig einzureichen, daß sie gleichzeitig mit den übrigen Anträgen schon vor dem Parteitag veröffentlicht werden können.

119. Paul Hoffmann, Hamburg: In denjenigen Theil der Resolution Lindemann, der von der Sozialpolitik handelt, anstatt „Regelung

des Submissionswesens ꝛc." zu sagen: Beseitigung des Submissionswesens und Uebernahme aller Arbeiten in eigener Regie.

120. Resolution **Heinr. Mahlke**: „In Erwägung der Thatsache, daß neben den sozialen Quellen des Alkoholismus auch die Trinksitten und die mangelhafte Aufklärung der Massen über die Wirkung der geistigen Getränke als Ursachen derselben anzusehen sind, empfiehlt der Parteitag der Parteipresse und den Parteigenossen das Studium der Alkoholfrage und besonders der neueren medizinischen Forschungen über die Alkoholwirkungen. Der Parteitag geht dabei von der Ueberzeugung aus, daß jede schon heute mögliche Zurückdämmung des Alkoholismus eine Stärkung der Kampfesfähigkeit des Proletariats in sich schließt."

121. Resolution **Fischer**-Berlin, zu den Anträgen betr. Alkoholfrage: Der Parteitag erkennt rückhaltlos die Gefahren an, die aus einem **übermäßigen** Genuß alkoholischer Getränke für den Kampf um die politische und wirthschaftliche und damit die physische und geistige Befreiung der Arbeiterklasse entspringen;

der Parteitag ist aber nicht in der Lage, die Agitation für **die völlige Abstinenz** von alkoholischen Getränken als eine der Aufgaben der Partei oder die Verpflichtung zur Abstinenz als Voraussetzung für die Parteizugehörigkeit zu erklären;

die deutsche Sozialdemokratie ist eine politische Partei, die ihre politischen und wirthschaftlichen Grundsätze in ihrem Programm niedergelegt hat, daher muß es der Parteitag ablehnen, über Fragen ein Urtheil zu fällen, die, wie die Frage der absoluten oder relativen Schädlichkeit des Alkohols, in das Gebiet der Spezialwissenschaften gehören.

In der Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie es von jeher als ihre Aufgabe betrachtet hat, die Arbeiterklasse nicht blos körperlich, sondern auch geistig und sittlich zu heben und sie so zur Führung ihres Befreiungskampfes immer mehr zu befähigen, erklärt der Parteitag die Anträge betreffend die Alkoholfrage für erledigt.

122. **Vorschlag der Redaktions-Kommission** betr. Resolution **Molkenbuhr** 106 zu Punkt 5 der Tagesordnung (Arbeiterversicherung): Die Versicherungsgesetze des deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, die Armenkassen vor Ueberlastung und die Unternehmer vor Schadenersatz zu bewahren, entsprechen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse. Jedoch ist durch die Erfahrung der Beweis erbracht, daß mit der Versicherung allgemeine Uebelstände bekämpft und deren schlimmste wirthschaftliche Folgen gemildert werden können.

Deshalb fordert der Parteitag:

1. Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter und diesen wirthschaftlich gleichstehenden Personen;
2. Vereinheitlichung der Versicherung;
3. Volle Selbstverwaltung durch die Versicherten;
4. Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten;
5. Bekämpfung von Volkskrankheiten durch die Arbeiterversicherung;
6. weiterer Ausbau der Unfallversicherung und der Maßnahmen zur Verhütung von Berufskrankheiten insbesondere zu diesem Zweck: Einsetzung von Vertrauenspersonen behufs Kontrolle der Betriebe. Die Vertrauenspersonen sind von den Versicherten aus ihren Kreisen zu wählen und aus öffentlichen Mitteln zu besolden; voller Schadenersatz der Verletzten und deren Hinterbliebenen.
7. Unterstützung von Schwangeren, sobald gegen das Ende der Schwangerschaft durch den normalen Schwangerschaftszustand bedingte Anzeichen sich geltend machen, welche die Arbeit erschweren und von Wöchnerinnen

für die Dauer von wenigstens 6 Wochen vom Tage nach der Einbindung an.

8. Organisation des Arbeitsmarktes.
9. Einführung der Arbeitslosenversicherung;
10. Einführung der Wittwen- und Waisenversorgung.

123. Vorschlagsliste für die Wahlen: Vorsitzende: Bebel Singer. Kassirer: Gerisch. Sekretäre: Auer, Pfannkuch. Kontrolleure: W. Bock, Fr. Brühne, E. David, F. Ehrhart, v. Elm Ad. Geck, Aug. Kaden, H. Koenen, H. Meister, Joh. Pfarr, v. Vollmar, Klara Zetkin.

124. Lily Braun und 20 Genossen: Daß in der Regel, ebenso wie der Geschäftsbericht des Parteivorstandes und der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit bereits 4 Wochen vor dem Parteitag gedruckt vorliegt, auch die Referate über die übrigen Punkte der Tagesordnung, soweit sie prinzipielle oder organisatorische Fragen von dauernder Bedeutung betreffen, vorher erscheinen, damit die Delegirten sich genügend orientiren und vorbereiten können, und der Diskussion breiterer Raum bleibt.

125. Freythaler, Berlin und Genossen: Den Beschluß des Parteitages in Erfurt vom 21. Oktober 1891, soweit er sich auf Herrn Wildberger bezieht, außer Wirksamkeit zu setzen.

126. Singer und 20 Genossen: Daß von den Organisationen, Vertrauenspersonen u. s. w. alle Wahlflugblätter, bemerkenswerthe Artikel, Flugschriften der Gegner dem Centralorgan zugesandt werden, damit von ihm, eventuell durch eine besondere Wahlkorrespondenz, die feindlichen Wahllügen in möglichster Vollständigkeit gesammelt und widerlegt werden können.

127. Resolution Kimmel, Hamburg III und 24 Genossen: Im Anschluß an die vom Parteitag in Mainz angenommene Resolution 72, die von Berliner Genossinnen gestellt war und bezweckte, daß die bisherige Organisation der weiblichen Vertrauenspersonen in den Staaten aufrecht erhalten werden solle, in denen den Frauen die öffentliche Theilnahme an der politischen Thätigkeit versagt ist, erklärt der Parteitag, daß mit der Annahme der oben erwähnten Resolution die Beibehaltung der Organisation der Genossinnen unter eigenen Vertrauenspersonen neben den allgemeinen Parteiorganisationen in den Bundesstaaten, in denen der Mitgliedschaft der Frauen an den bestehenden Parteiorganisationen gesetzlich nichts im Wege steht, keine Berechtigung mehr hat. Den Genossinnen wird vielmehr recht rege Betheiligung an letzterer empfohlen.

128. Luxemburg und 20 Genossen: Der Parteitag verurtheilt auf's Schärfste die Dienste, die dem russischen Zarismus von deutscher Seite in neuester Zeit geleistet werden und Deutschland in ein unwürdiges Verhältniß zu der zarischen Reaktion stellen.

Der Parteitag spricht zugleich den unter den schwierigsten Verhältnissen ringenden russischen Genossen die wärmsten Sympathien und die aufrichtigste Bewunderung zu ihrem heldenmüthigen Kampfe aus. Der Parteiteg erwartet, daß sich zu diesem Kampfe um die Niederwerfung der asiatischen Despotie das Proletariat aller Nationen, die unter dem Joche des Absolutismus schmachten, wie ein Mann erheben wird, um für das gesammte russische Reich demokratische Freiheiten zu erringen und zugleich die Kulturwelt endlich von dem größten Hort der Reaktion zu befreien, auf den die sehnsüchtigen Blicke aller kapitalistischen Regierungen gerichtet sind.

129. Rich. Beyer, Leipzig: Den nächsten Parteitag in Leipzig abzuhalten.

Protokoll.

Vorversammlung

am Sonntag, den 14. September 1902, Abends 7 Uhr.

Das Kongreßlokal, die „Schwabinger Brauerei", liegt in Schwabing, einer Vorstadt Münchens. Der Garten der Brauerei, über deren Pforte ein rotes mit roten Fähnchen in den Landesfarben geschmücktes Schild den Delegierten: Willkommen, Vertreter der Arbeit! zuruft, ist ebenso wie die inneren Räumlichkeiten des großen Lokals überfüllt. Zu Tausenden sind die Münchener Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengeströmt, um an der Eröffnung des Parteitages teilnehmen zu können. Der große Nebensaal, der an den Kongreßsaal stößt, bietet mit der tiefen Mittelgalerie zwischen den beiden Sälen nicht genügend bietet mit der tiefen Mittel-Galerie zwischen den beiden Sälen nicht genügend Raum für die Kopf an Kopf gedrängt stehenden Massen. Uebervoll ist auch der prächtige Kongreßsaal, an dessen vier Längstafeln die Delegierten Platz genommen haben. Tannenreisig und Tannenguirlanden schmücken die Säulen und Wände, Schilder erinnern an die früheren Parteitage der Gesamtpartei und der bayrischen Sozialdemokratie, herrliche Seidenfahnen hängen herab: die Banner aller pfälzischen Arbeitervereine. Eine Kolossalbüste der Freiheit, wie sie zuerst im Kongreßsaal zu Hannover die Vertreter der Partei begrüßte, sieht aus einem Hain immergrüner Pflanzen neben der breiten Tribüne, auf der das Präsidium sitzen wird, auf die Delegierten herab.

Gesang der Münchener Arbeitergesangvereine „Echo", „Nordwest" und „Vorwärts" ging der Eröffnung des Parteitages voran. Gewählt war ein Lied, dessen Text von unserem verstorbenen Genossen Max Kegel gedichtet ist: Saat und Ernte.

Kurz nach 7 Uhr betritt unser alter Münchener Genosse **Birk** das Rednerpult und begrüßt namens der Münchener Parteigenossen die erschienenen Vertreter. Nicht mit Glockenklang und Kanonendonner, sondern mit einem schlichten, kernigen Proletarierliede haben wir den Parteitag willkommen geheißen. Wenn in München auch historische Thaten nicht verrichtet wurden, so haben doch die Münchener Parteigenossen in harten Stürmen mitgekämpft und manchen unserer alten Mitkämpfer finden Sie heute in Ihren Reihen. Gar manche aber dieser alten Mitkämpfer sind uns entrissen, und auch ihrer wollen wir heute freundlich gedenken. Unter volksfeindlichen Verhältnissen, wie sie heute herrschen, unter dem Zeichen des Brotwuchers, muß der Kampf für das Proletariat immer ernster und schwerer werden. In diesem Saale, der unsere Waffenschmiede sein soll, wird in den nächsten Tage manch Funken fliegen. Aber die Gegner werden nicht die Freude haben, sie Feuer fangen zu sehen. (Bravorufe.) In unserer schönen, gemütlichen Stadt, die so reich an Kunstschätzen ist, heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf ergreift namens des Parteivorstandes das Wort

Auer: Ich glaube wohl, im Namen aller Delegierten zu sprechen, wenn ich zunächst meinem Vorredner für die freundlichen Begrüßungsworte herzlichst danke. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist der erste Kongreß, den die sozialdemokratische Partei Deutschlands in Bayern abhält. Die Gestaltung des Vereinsgesetzes hat uns bisher daran verhindert. Diese Hindernisse sind nun gefallen, und allgemein herrschte das Bestreben, in diesem Jahre nach München zu kommen. Jetzt sind wir hier und wir sind überzeugt, daß sich dieser Parteitag würdig seinen Vorgängern anreihen wird. Wichtige Aufgaben haben wir zu erledigen. Wir haben uns vor allem mit der nächsten Reichstagswahl zu befassen. Mit Ernst und Sachkenntnis — das darf ich wohl aussprechen —, gestützt auf frühere Erfahrungen, wird auch diesmal die Tagesordnung erledigt werden. Gewiß, es werden Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck kommen, aber sie werden in einer Art und Weise zum Austrag gebracht werden, wie sie sich unter Genossen, unter Freunden, unter Personen, die denselben Zielen zustreben, geziemt. Und dem gleichen Ziele, der Emancipation der Arbeiterklasse, streben wir ja alle zu, wenn auch der eine oder der andere in konkretem Falle, in einem bestimmten Punkte anderer Meinung sein kann. In der Erwartung, daß die Verhandlungen des Parteitages ebenso erfolgreich für unser Parteileben, für die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland sein mögen wie die seiner Vorgänger, erkläre ich im Namen des Parteivorstandes den Parteitag für eröffnet. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt nun zunächst die **Wahl des Bureaus.** Auf Vorschlag **Molkenbuhrs** werden **Singer** und **Vollmar** zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten einstimmig gewählt.

Singer übernimmt den Vorsitz und dankt zugleich im Namen Vollmars herzlich für die ihnen erwiesene Ehre. Wir hoffen, daß uns in unserer Leitung der Verhandlungen die Unterstützung der Delegierten nicht fehlen wird und daß, wenn wir auch nicht gewohnt sind, miteinander durch die Blume zu sprechen (Redner weist dabei auf den vor ihm stehenden großen Blumenstrauß — Heiterkeit), doch dieser Strauß ein schönes Zeichen dafür sein wird, daß unser Parteitag nach wie vor die Einigkeit der Partei konstatiert, und daß wir später mit dem Bewußtsein auseinandergehen können, ein gut Stück Arbeit für den Fortschritt der deutschen Sozialdemokratie geleistet zu haben. (Lebhafter Beifall.)

Zu **Schriftführern** werden gewählt: **Burkhardt**-Zittau, **Ernst**-Berlin, Frau **Greifenberg**-Augsburg, **Keil**-Stuttgart, **Meist**-Köln, **Rau**-Mühlheim, **Stubbe**-Hamburg, **Thomas**-Altona, **Witti**-München.

Zu Mitgliedern der **Mandatsprüfungs-Kommission**, die zugleich Kommission zur Vorberatung der dem Parteitag zugehenden Beschwerden ist, werden gewählt: **Böhle**-Straßburg, **Ebert**-Bremen, **Hengsbach**-Köln, **Säckler**-Augsburg, **Schöpflin**-Leipzig, **Stückle**-Altenburg, Frau **Thiel**-Tempelhof, **Vetters**-Gießen, **Wolderski**-Berlin.

Der Parteitag giebt sich hierauf eine **Geschäftsordnung.** Der vorliegende Entwurf der Geschäftsordnung, der derselbe ist wie bei allen bisherigen Parteitagen, wird debattelos angenommen.

Als tägliche **Tagungsdauer** des Parteitages wird die Zeit von $^1/_2$9—12 und $^1/_2$3—7 Uhr festgesetzt.

Der Parteitag schreitet nunmehr zur **Festsetzung der Tagesordnung.**

Hierzu liegen außer der vom Parteivorstande vorgeschlagenen provisorischen Tagesordnung die Anträge 1—5 vor.

Singer: Ich glaube zur Abkürzung der Verhandlungen beizutragen, wenn ich Ihnen mitteile, daß im Parteivorstand die Absicht herrscht, zu geeigneter Zeit eine preußische Konferenz zur Beratung unserer Taktik bei den preußischen Landtagswahlen einzuberufen. Dadurch erübrigen sich vielleicht, wenn der Parteitag derselben Meinung ist wie ich, die beiden Anträge 1 und 2.

Bacthge-Magdeburg zieht infolge dieser Erklärung den Antrag 2 zurück.

Die Anträge 1 und 3 wurden nicht genügend unterstützt, ebensowenig ein versehentlich nicht in die Vorlage aufgenommener Antrag Brandenburg-Westhavelland, die Punkte 1—3 der provisorischen Tagesordnung an den Schluß zu setzen, sowie ein gleichfalls nicht abgedruckter Antrag der Genossen aus Höchst, die Stellungnahme der Partei zum Centrum näher zu präzisieren.

Zum Antrag 4 bemerkt

Singer: Es handelt sich hier um einen Eventualantrag, den wir in dieser Form gar nicht akzeptieren können. Oder ist der Antrag vielleicht so zu verstehen, daß die Wirtschaftskrisen einen besonderen Punkt der Tagesordnung bilden sollen? (Rufe: Nein!) Dann darf ich wohl annehmen, daß der Antrag erledigt ist. (Allseitige Zustimmung.) — Ferner gebe ich den Genossen aus Bremen, die den Antrag 5 eingereicht haben, den Rat, bei der Diskussion über das Referat über Arbeiterversicherung eine entsprechende Resolution zu beantragen. (Zustimmung.) Damit ist also auch dieser Antrag erledigt.

Weitere auf die Tagesordnung bezügliche Anträge liegen nicht vor.

Der Parteitag genehmigt die provisorische Tagesordnung. Dieselbe lautet:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
2. Bericht der Kontrolleure.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.
4. Die bevorstehende Reichstagswahl.
5. Arbeiterversicherung.
6. Kommunalpolitik.
7. Der internationale Arbeiterkongreß 1903.
8. Maifeier.
9. Anträge zum Programm und zur Organisation.
10. Sonstige Anträge.
11. Wahl des Vorstandes und der Kontrolleure.

Damit ist die Tagesordnung der Vorversammlung erledigt.

Schluß 8 Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 15. September. — Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr eröffnet der Vorsitzende Singer die Verhandlungen.

Singer: Genossen, wir haben, wie stets auf unseren Parteitagen, auch diesmal die Freude, eine Anzahl Delegierter der auswärtigen Bruderparteien unter uns zu sehen. Es sind der Vertreter der österreichischen Parteileitung Genosse Seliger, für die parlamentarische Fraktion Oesterreichs Dr. Adler, Pernerstorfer und Seitz, ferner die Genossinnen Popp, Pohl und Schlesinger als Vertreterinnen der österreichischen Genossinnen. Weiter sind aus Oesterreich anwesend die Genossen Abram, Zelger und Filzer und Haas für die Tiroler Landesorganisation und für die czechische Partei Genosse Nemec. Wir sehen außerdem unter uns den Genossen Askew aus London für die sozialdemokratische Föderation, Vanderbelde aus Brüssel für die belgische Sozialdemokratie und Giovanni Lerda aus Genua als Vertreter der italienischen Bruder-

partei. Für den Landesvorstand der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie in der Schweiz erschienen die Genossen Ludwig Witt und Aug. Müller aus Zürich. Ich heiße diese Genossen und Genossinnen namens der Partei herzlich und brüderlich willkommen. Die Sozialdemokratie Deutschlands ist sich stets bewußt gewesen, welche Pflichten sie gegen die internationale Partei hat. Wir rechnen es uns zur Ehre an, auf unseren Parteitagen eine so reiche Vertretung der ausländischen Bruderparteien zu sehen. Wir werden in Deutschland nie vergessen, das Gefühl der Solidarität und das Band der Internationalität, das das Proletariat aller Länder umschlingt, nach Kräften zu stärken, wissen wir doch, daß gleichviel wo Erfolge errungen werden, es die Erfolge der gesamten internationalen Partei sind, und daß auch bei Mißerfolgen die gesamte internationale Sozialdemokratie mit denen fühlt, die diese Mißerfolge erleiden. Aber auch durch Mißerfolge lassen wir uns nicht entmutigen, sie erheben uns im Gegenteil zu neuer Kraftanstrengung, bis uns endlich der Sieg beschieden sein wird. Ich heiße nochmals die auswärtigen Genossen herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Seliger-Teplitz: Zunächst herzlichen Dank für die freundlichen Worte Singers. Die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs bringt Ihnen brüderliche Grüße und wünscht Ihren Verhandlungen besten Erfolg. Ich brauche wohl nicht zu betonen, wie eng die Bande sind, die uns verknüpfen. Wer immer, wenn die deutsche Sozialdemokratie etwas unternimmt, so sind auch diesmal unsere Augen auf Euch gerichtet. Dieser Parteitag erregt in ganz hervorragendem Maße das Interesse der österreichischen Genossen. Sie stehen im Kampfe gegen den Brotwucher und werden Gelegenheit nehmen, hier die Waffen zu schmieden, um die zu Boden zu schlagen, die die Interessen des arbeitenden Volkes verletzen. Das hat auch für uns große Bedeutung, denn der deutsche Zolltarif hat sein Echo bei uns gefunden. Es ist zwischen Oesterreich und Ungarn ein Zolltarif gegen das Ausland vereinbart, dessen Sätze an Höhe dem des deutschen Entwurfs gleichkommen. In Deutschland wird die Entscheidung fallen über den österreichischen Wuchertarif. Das österreichische Proletariat hat nicht die Waffen, die Sie im allgemeinen Wahlrecht besitzen, es kann nicht so wie Sie den Brotwucher bekämpfen. Wenn Sie in den Kampf ziehen, dann werden Sie die besten Wünsche für Ihren Erfolg begleiten, denn der Kampf, den Sie gegen die Agrarier führen, kommt auch uns zu gute. Das österreichische Agrariertum ist noch viel mächtiger und besitzt einen größeren Einfluß als das deutsche; deshalb haben wir auch ein besonderes Interesse für den deutschen Parteitag und wünschen Ihnen schon aus diesem Grunde den besten Erfolg. Sie werden in die kommende Wahlschlacht ziehen, wir sind überzeugt, daß Sie den Sieg glänzend erfechten werden und dieser Sieg wird auch ein Sieg sein für das österreichische Proletariat. Deshalb nochmals: Besten Erfolg! (Lebhafter Beifall.)

Nemec-Prag: Namens der czechischen Sozialdemokratie begrüße ich den deutschen Parteitag und spreche die Hoffnung aus, daß dieser ein Markstein sein möge in der weiteren Entwicklung der proletarischen Bewegung. Wenn wir auch einer anderen Nation angehören und eine andere Sprache sprechen, so sind doch unsere Bestrebungen die gleichen. Euer Kampf ist unser Kampf. Hoch die internationale revolutionäre Sozialdemokratie. (Beifall und Händeklatschen.)

Askew-London überbringt die Grüße der Sozialdemokratischen Föderation: Das englische Proletariat bringe dem tapferen Boerenvolke seine volle Sympathie entgegen und blicke mit Abscheu auf die Niedermetzelung der Frauen und Kinder durch die Engländer. (Beifall.) Die Sozialdemokratie wolle nichts von dem Imperialismus wissen. Zwanzig Jahre Propaganda bei den Gewerkschaften hätten nicht so viel vermocht wie die Weltmachtspolitik der herrschenden Klassen

und die damit verbundene Reaktion. Er wünsche den Verhandlungen besten Erfolg. (Beifall.)

Vandervelde-Brüssel, dessen französische Ansprache von Gen. Zetkin übersetzt wird, dankt für die Begrüßungsworte Singers nicht nur als Vertreter der belgischen Partei, sondern auch der Sozialisten französischer Zunge überhaupt. Ich bedauere, daß ich nicht in deutscher Sprache auf die Bewillkommnung des Vorsitzenden antworten kann. Die Sprachunterschiede bilden leider vielfach ein Hindernis, das sich der Verständigung der Sozialisten aller Länder entgegenstellt. Ich bin hierher gekommen, um eine Pflicht der Dankbarkeit zu erfüllen, die ich als Vertreter der belgischen Sozialdemokratie gegenüber der deutschen Sozialdemokratie empfinde. Vor wenigen Monaten hat die belgische sozialdemokratische Partei einen ihrer schmerzlichsten, furchtbarsten Augenblicke erlebt. Die Partei stand in einem schweren Kampfe um die Eroberung des gleichen Wahlrechts. Dieser Kampf richtete sich nicht bloß gegen die klerikale Reaktion, sondern auch gegen den belgischen Liberalismus. Die Anhänger der Partei stürzten auf den Straßen, die Gefängnisse füllten sich mit Opfern, Hilfe war dringend nötig. Wenn heute die Witwen der Gemordeten nicht Not leiden, wenn die Familien der Eingekerkerten gegen die bitterste Not geschützt sind, so ist das wesentlich der thatkräftigen Unterstützung der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie zu danken. Der Kampf um die Eroberung der politischen Gleichberechtigung des Proletariats ist zwar vorläufig unterbrochen, aber nicht beendet, und wird von der sozialistischen Partei Belgiens mit aller Energie und allem Opfermut bis zum endgültigen Siege durchgefochten werden. Auch nach der Niederlage steht die belgische Partei einheitlich und zielklar da. An die Niederlage wurden von den Gegnern überschwengliche Hoffnungen auf eine Zersplitterung geknüpft. Die belgischen Genossen sind aber mit der gleichen leidenschaftlichen Begeisterung wie früher in den Wahlkampf eingetreten. Nicht ein Sonntag ist verflossen, an dem nicht ein Volkshaus eröffnet worden ist. Wenn auf dem bald darauf stattgehabten Kongreß auch Meinungsverschiedenheiten über die Taktik des Kampfes hervorgetreten sind, so war man doch darüber einig, daß der Kampf bis ans Ende durchgeführt werden müsse. Es hat mich überrascht, hier von Genossen Kautsky zu hören, es habe sich innerhalb der belgischen Partei eine Spaltung vollzogen. Diese „Spaltung", von der in den Zeitungen die Rede gewesen ist, bestand nur in einer kleinen lokalen Zersplitterung im Vorinage, die dadurch entstanden ist, daß ein Mann die Situation ausnützte, der bereits vor zwei Jahren aus der Partei ausgeschlossen worden ist. Solche falschen Preßnachrichten können das belgische Proletarit nur schädigen und kompromittieren. Meinungsverschiedenheiten giebt es auch, wie gestern Auer hervorhob, in der deutschen Partei, aber trotz aller Auseinandersetzungen giebt uns die deutsche Partei ein Beispiel der Einigkeit im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind. Wir alle kämpfen unermüdlich für das große Endziel, die Befreiung der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.)

Giovanni Lerda begrüßt in italienischer Sprache (übersetzt von Genossin **Zetkin**) den Kongreß als Vertreter der jungen italienischen Partei, die eben eine Krisis durchgemacht hat, von der sich vielleicht noch Nachwehen bemerkbar machen werden. Aber es hat sich herausgestellt, daß die Differenzen vielmehr formeller als thatsächlicher Natur waren. Die bürgerliche Presse hat außerordentlich übertrieben. Der Kongreß von Imola hat ergeben, daß keine ernstlichen Differenzen in den ausschlaggebenden Grundsätzen vorhanden sind, sondern daß es sich im wesentlichen nur um Unterschiede in der Beurteilung der taktischen Fragen gehandelt habe, in welchem Umfange die Regierung die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei haben kann. In Deutschland freilich hat es vielfach geschienen, als ob der Kongreß zu Imola nicht eine

Stätte der Beratungen, sondern eine Stätte wüsten Parteihaders gewesen wäre. So hat die „Frankfurter Zeitung", die in Italien einen großen Ruf genießt, Nachrichten gebracht, als wären die Sozialisten in Imola unter einander handgemein geworden. Das ist natürlich unwahr. Derartige Meldungen bezeugen nur, welche tiefe Schadenfreude die bürgerliche Welt empfinden würde, wenn thatsächlich unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten die Sozialisten auseinanderreißen würden. Als Vertreter der einigen sozialistischen Partei Italiens kann ich der deutschen Sozialdemokratie unsren Gruß entbieten, und die junge italienische Partei bedarf, gerade weil sie jung ist, um so mehr der moralischen Unterstützung der internationalen Bruderparteien. Hoffentlich wird auch der Münchener Parteitag die Sache des internationalen Proletariats und seines Befreiungskampfes fördern. (Lebhafter Beifall.)

Müller-Zürich: Ich bin zwar ein Deutscher, kann aber wohl behaupten, daß ich der internationalste Vertreter hier bin. (Heiterkeit.) Ich habe Sie zu begrüßen im Namen des Landesausschusses der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten in der Schweiz. In dieser Organisation sind aber nicht nur deutsche und österreichische Sozialdemokraten vertreten, sondern auch Ungarn, Böhmen, Rumänen ꝛc. In der Schweiz behandelt man die Ausländer etwas anders als in Deutschland. Wenn sie auch nicht zur Wahlurne gehen dürfen, so macht man ihnen doch wenigstens keine Schwierigkeiten, wenn sie sich an der politischen Bewegung beteiligen, man weist sie deshalb nicht aus (Rufe: Na, na!) Wir haben vierzig Vereine, die über die ganze Schweiz verteilt sind, die sich die Aufgabe gestellt haben, dem gehetzten Edelwild, das das Asylrecht in Anspruch nehmen muß, unter die Arme zu greifen. Leider versagt dieses Asylrecht mitunter gerade dann, wenn man es am nötigsten braucht. Zur Unterstützung dieser gehetzten Leute haben wir einen eignen Fonds gebildet. Unser Parteileben, an dem sich die in der Schweiz wohnenden deutschen Parteigenossen eifrig beteiligen, bietet ein getreues Spiegelbild der deutschen Bewegung. So erklärt sich auch das rege Interesse, das die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten in der Schweiz dem gegenwärtigen Parteitag entgegenbringen. Neben vielen Alten, die schon seit langen Jahren für uns gekämpft haben, kämpfen bei uns auch viele Jüngere, die meist nur vorübergehend bei uns sind. Sie haben da Gelegenheit, die Demokratie kennen zu lernen, sie sehen, wie bei uns der Kapitalismus genau so brutal ist wie in Deutschland, und daß es gleichgültig ist, ob er sich als Absolutismus oder Demokratie geberdet. Während man früher in der Schweiz das Hauptgewicht auf die demokratische Bewegung legte, ist das jetzt anders geworden. Jetzt sind auch bei uns die „Revisionäre" an der Arbeit. (Heiterkeit.) Aber sie wollen, im Gegensatz zu den deutschen Revisionisten, die Trennung von den bürgerlichen Parteien. Die schweizerische Sozialdemokratie ist selbständig geworden und der Erfolg sind die Siege, die wir in den letzten Wochen errungen haben. Weitere Erfolge werden Sie sehen, wenn in zwei Monaten die Schweizer an die Wahlurne schreiten, um ihre Nationalräte zu wählen. Man hat erkannt, daß die demokratischen Ziele den sozialen koordiniert sein müssen und daß der demokratische Gedanke unauflöslich verknüpft sein muß dem sozialen Gedanken. Im nächsten Jahre werden sie in Deutschland zur Wahlurne schreiten und Sie können sich versichert halten, daß Sie dabei die Sympathien der schweizerischen deutschen und österreichischen Sozialdemokraten begleiten. Aber auch mit thatkräftiger Hilfe wollen wir Ihnen beistehen. Deshalb kann ich Ihnen als besten Gruß denjenigen übermitteln, daß wir entschlossen sind, Ihnen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu helfen in dem schweren Kampfe, dem Sie entgegen gehen. In diesem Sinne entbiete ich Ihnen den Gruß der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten in der Schweiz und des Arbeiter-Bildungsvereins in Zürich. (Lebhafter Beifall.)

Zahlreiche Begrüßungs-Telegramme sind eingelaufen, unter anderm vom deutschen sozialistischen Arbeiterverein „Vorwärts" in Kopenhagen, von der sozialdemokratischen Partei Dänemarks, von der parti ouvrier français (französische Arbeiterpartei), von Plechanow und Axelrod für die russische revolutionäre Sozialdemokratie, von der sozialdemokratischen Partei Frankreichs, von der ungarländischen sozialdemokratischen Partei, vom Centralausschuß des interföderalen Komitees.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingetreten.

Erster Punkt derselben ist der

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Hierzu liegen folgende Anträge vor: 6, 7, 8, 9, 58a und 58b.

Die Anträge 6, 58a und 58b werden genügend unterstützt. Antrag 7 wird nicht unterstützt. Antrag 8 erledigt sich dadurch, daß Singer erklärt, es handle sich hier nur um einen Auftrag, der den Delegierten erteilt sei. Antrag 9, dessen Verlesung große Heiterkeit hervorruft, wird nicht unterstützt. — Es stehen also nun die Anträge 6, 58a und 58b mit zur Debatte. Den Bericht erstattet

Auer: Der Inhalt des vom Parteivorstande erstatteten schriftlichen Berichts ist Ihnen bereits bekannt. Ich brauche also nicht mehr in alle Details einzugehen. Bekanntlich sind, besonders im „Vorwärts", Zweifel darüber aufgetaucht, ob die vom Parteivorstand vorgeschlagene provisorische Tagesordnung zweckmäßig sei. Der Parteivorstand hatte sich aber bei der Aufstellung der Tagesordnung an Beschlüsse zu halten, die auf dem vorjährigen Parteitage gefaßt worden sind. Damit waren die Punkte „Arbeiterversicherung" und „Kommunalpolitik" bereits fest gegeben. Ich möchte Sie ersuchen, zu erwägen, ob diese Praxis, daß ein Parteitag immer bereits die Themata für den folgenden vorschreibt, die richtige ist. Für falsch aber halte ich, wenn jetzt schon die Gegenstände für die nächste Tagesordnung fixiert werden. (Sehr richtig!) Wir legen uns dadurch Fesseln auf, die mir durchaus überflüssig erscheinen. Allerdings halte ich die diesmal gemachten Vorschläge für eine Aenderung der Tagesordnung nicht für besonders glücklich. Ich meine, daß die Punkte der provisorischen Tagesordnung glücklicher gewählt sind, als die zum Ersatz vorgeschlagenen Punkte. Der Parteitag hat ja durch seinen gestrigen Beschluß bezeugt, daß er derselben Meinung ist. Wie soll es möglich sein, wenn der Parteivorstand an eine bestimmte Tagesordnung gebunden ist, nach Bekanntmachung dieser Tagesordnung noch neuen Anregungen zu folgen? Es scheint mir richtiger zu sein, daß in Zukunft die Parteipresse rechtzeitig gebührende Aufmerksamkeit auf die Tagesordnung wendet und die aufgetretenen Vorschläge diskutiert.

Ein weiterer Vorschlag ging dahin, daß ein besonderer preußischer Parteitag abgehalten werde, der sich speciell mit den nächstjährigen preußischen Landtagswahlen beschäftigen solle. Dieser Vorschlag ist ja bereits durch unsren gestrigen Beschluß erledigt. Die Frage, ob dies zu geschehen hat, muß offen gehalten werden. Sie ist vor allem eine Frage der preußischen Parteigenossen. Es erscheint uns unangebracht, wenn der allgemeine deutsche Parteitag den preußischen Genossen Vorschriften darüber machen wollte, ob sie für sich einen Landesparteitag, eine Landesdelegierten-Konferenz einberufen sollen oder nicht. Der allgemeine Parteitag muß gegenüber den preußischen Genossen denselben Standpunkt einnehmen, den er den Genossen aller übrigen deutschen Staaten einräumt. Wir müssen auch hier das Recht der Selbstwahrnehmung der Interessen anerkennen.

Es sind dem Parteivorstand weiter Monita darüber erteilt, daß das Ausschreiben des Parteitages dieses Mal etwas zu spät erfolgt sei. Ich kann diesen Einwurf nicht für unberechtigt erklären. Ein Zusammentreffen verschiedener Umstände hat es diemal mit sich gebracht, daß die Einberufung erst kurz vor dem letzten vorgeschriebenen Termin erfolgte. Es kommt hinzu, daß der Parteitag in diesem Jahre etwas früher als sonst abgehalten wird. Dadurch ist hier und da die Empfindung hervorgerufen worden, als mache sich eine Aenderung der Organisation notwendig, um solche Vorkommnisse künftig auszuschließen. Die Magdeburger Genossen haben deshalb beantragt, daß die Einberufung des Parteitages nicht wie bisher spätestens vier Wochen, sondern acht Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben erfolgen muß. Ich glaube nicht, daß sich dieser Antrag, der aus einem vereinzelten Falle heraus entstanden ist, empfiehlt. Der Termin zwischen Einberufung und Zusammentritt des Parteitages muß möglichst kurz sein, damit im Notfalle rasche Entscheidungen von der Partei getroffen werden können. Die Nürnberger stellen den Antrag, daß der Vorstand in seinem Berichte Auskunft zu geben hat, was er und die Fraktion zur Durchführung der früheren Parteitags-Beschlüsse gethan haben. Ich muß gestehen, daß mir der Antrag in der vorliegenden Form nicht klar genug gefaßt zu sein scheint. Soll der Vorstand Auskunft geben über alle Parteitags-Beschlüsse, die im Laufe der langen Jahre schon gefaßt worden sind? Das ist doch ganz ausgeschlossen. Es kann sich also wohl immer nur um die Beschlüsse des vorhergehenden Parteitages handeln. Darüber geben aber die Berichte des Vorstandes und der Fraktion genügend Auskunft. Und ist das nicht der Fall, so können in der Diskussion des Vorstands- und des Fraktionsberichtes die Mängel gerügt werden. Im übrigen trifft für die Parteitags-Beschlüsse dasselbe zu, wie für alles Menschenwerk. Es kann nicht nur einer viel fragen, was auch viele nicht beantworten können, es können auch viele manches beschließen, was die wenigen nicht auszuführen vermögen. (Heiterkeit.) Nicht jeder Parteitagsbeschluß ist der Inbegriff höchster Weisheit und Vollkommenheit. Ich gebe zu, daß über viele dieser Beschlüsse in den Berichten keine Auskunft gegeben ist, und daß viele dieser Beschlüsse zu den Akten gelegt wurden und man sich ihrer später nicht mehr erinnert hat, sie sind eben abgelöst worden durch neue Aktionen, die sich notwendig machten. Ich glaube nicht, daß im großen und ganzen etwas wesentliches dabei verloren gegangen ist. Was wirklich Bedeutung hatte, ist erledigt worden, wenn das vielleicht auch nicht immer in den Berichten erwähnt ist.

Es ist ferner angeregt, den Kampf gegen das Centrum besonders auf die Tagesordnung zu setzen. Die Genossen empfinden das Bedürfnis nach Agitationsmaterial zum Kampfe gegen das Centrum. Dies Bedürfnis wird nirgends mehr anerkannt als im Parteivorstand selbst, aber nicht bloß das Bedürfnis zum Kampfe gegen das Centrum, sondern zum Kampfe gegen alle uns feindlich gegenüberstehenden Parteien. Persönlich wundere ich mich geradezu darüber, wie das Verlangen nach Material gegen das Centrum jetzt auf einmal so in den Vordergrund tritt. Ich bin der Ansicht, daß, wenn gegen irgend eine Partei Material im Ueberfluß vorhanden ist, dann gerade gegen das Centrum. (Sehr richtig!) Diese Partei, die in den letzten Jahren eine völlige Schwenkung gemacht und den Charakter als Volkspartei aufgegeben hat, die den Zoll- und Lebensmittelwucher in einer nie gekannten Weise unterstützt, die heute die Trägerin des Militarismus und der Flotte ist, diese Partei, die noch heute genau so rückständig, wie jemals zuvor ist, wenn es heute gegen diese Partei noch immer nicht genügend Material geben soll, so habe ich die Ueberzeugung, nicht der Mangel an Material ist es, der konstatiert werden muß, sondern der Mangel an Fähigkeit, das vorhandene Material zu benutzen bei denjenigen, die das Centrum bekämpfen sollen. (Sehr richtig!) Das Centrum besitzt gewiß eine ausgezeichnete Organisation, und auch im entferntesten Dorfe hat es einen be-

zahlten Agitator in dem Geistlichen. Das Centrum kann sich auch auf eine Macht stützen, von der schon der Dichter sagt, daß selbst Götter gegen sie vergeblich kämpfen. (Heiterkeit.)

Aber dafür, daß die Macht des Centrums nicht absolut unüberwindlich ist, dafür liefert gerade München-Schwabing und der zweite Münchener Wahlkreis einen klassischen Beweis. (Sehr richtig!) Hier war der Einfluß der Centrumspartei allmächtig, und in diesem Centrums-Eldorado, in diesem stockkatholischen München und seiner Umgebung ist ein Bollwerk der Sozialdemokratie aufgerichtet worden. Was die Münchener fertig gekriegt haben, das müssen auch andre machen. Erreicht werden solche Erfolge aber nicht durch Beschlüsse des Parteitages, wie sie von verschiedenen Seiten vorgeschlagen werden, es sollen so und so viel Broschüren und Flugblätter herausgegeben werden, mit andern Worten, es soll ein Nürnberger Trichter zur Belehrung des ganzen Volkes geschaffen werden. (Heiterkeit.) Solche Beschlüsse können gefaßt werden, obgleich ich keinen dieser Anträge unterstützen werde. Aber was helfen diese Beschlüsse? Brauchbare Broschüren nimmt der Parteivorstand stets mit Handkuß entgegen und läßt sie erscheinen. Aber es besteht eben die Schwierigkeit, solche allen Anforderungen entsprechende geistige Arbeiten auch zu produzieren. Ich will damit nicht sagen, daß uns nicht vielleicht das nächste Jahr schon derartge Produkte bringen wird. Aber das Centrum ist nicht überall dasselbe in seiner Stellung uns gegenüber. Das Centrum in Schlesien, das ganz und gar dem Großgrundbesitz und der Großindustrie unterstellt ist, ist ein ganz andres, als das bayrische Centrum, das sich stützt auf einen rückständigen Bauernstand, auf ein rückständiges Handwerkertum und auf die Einwohnerschaft kleiner Städte, die durch die wirtschaftliche Entwicklung in eine teilweise Vernichtung ihrer Existenz hineingetrieben worden ist. Ganz anders ist es wieder in den rheinischen Industriebezirken mit ausschließlich katholischer Bevölkerung. Broschüren, die hier in Bayern ausgezeichnet wirken, sind absolut unbrauchbar zur Agitation in der katholischen Bevölkerung Schlesiens oder der rheinischen Industriebezirke. Wir haben ja auch bei der Agitation gegen das Junkertum gesehen, daß eines nicht für alle paßt. Das Flugblatt „Was kosten uns die Junker?", das rechts der Elbe ausgezeichnet eingeschlagen hat, hat in Süd- und Westdeutschland, wo ganz andre agrarische Verhältnisse sind, gar keine Wirkung gethan. Für die Beschaffung des notwendigen Agitationsmaterials ist mit Parteitags-Beschlüssen nichts gethan. Im Gegenteil, es ist ungemein billig, das eigne Pflichtgefühl dadurch zu beruhigen, daß man die Ausführung einer für notwendig erachteten Arbeit andren überträgt; der Parteitag beschließt: „Der Parteivorstand hat das und das zu machen". Sieh zu, Parteivorstand, wo du bleibst (Heiterkeit), wir Delegierten des Parteitages haben unsre Pflicht gethan, indem wir einen Arm oder, wenn es nötig ist, auch alle beide Arme hochheben. Ich bin eigentlich etwas überrascht und geärgert durch das Echo, das die Anregung, den Kampf gegen das Centrum auf die Tagesordnung zu stellen, gefunden hat. Es war vielleicht taktisch nicht besonders klug, daß man im offiziellen Organ der Partei diese Anregung gegeben hat. Wir dürfen nicht vergessen: im Centrum rumort es, es ist durch eine gewaltige Frontveränderung aus einer Oppositionspartei zur Regierungspartei geworden und hat seine ganze Vergangenheit desavouiert. Die Aeußerungen des Reichstags-Abgeordneten Dr. Schaedler auf dem Katholikentag in Mannheim: die Regierung — was hat sie für das Volk? Kanonen und Steuerzettel! — waren alter Centrumstradition entsprungen. Viele Mitglieder des Centrums wünschen wohl, daß Dr. Schaedler dies Wort nicht gesprochen hätte oder ihm eine abschwächende Bedeutung geben möge. Alle diese Vorgänge zeigen doch, wie es im Centrum selbst rumort. Ich erinnere ferner an die Animosität der katholischen Arbeiter im Rheinland gegen die Haltung des Centrums in der Zollfrage. Das beweist, daß es der Partei nicht so wohl ist in

ihrer Haut, wie sie nach außen den Anschein nicht zu erwecken versucht, sondern auch nötig hat. Und in dieser Zeit der inneren Krisis des Centrums wird nun mit einem Male gewissermaßen offiziell von uns proklamiert, daß diese Partei der starke gewaltige Turm ist, gegen den sich unsre ganze Kraft zu richten habe. Was hat dieser Vorstoß zur Folge gehabt? Doch nur, daß das Centrum sich mit einem Male wieder bläht und sagt: „Seht Ihr, welche Bedeutung wir haben?“ (Sehr richtig!) Wir sind der Turm; wir sind noch der einzige Stützpunkt der ganzen bürgerlichen Gesellschaft! Täuschen wir uns nicht! Wenn dem Centrum jemals ein Gefallen erwiesen wurde, so war es durch diese Anregung. (Sehr richtig!) Damit soll kein Vorwurf ausgesprochen sein (Heiterkeit), aber es ist meine persönliche Ueberzeugung, daß wenn wieder einmal derartige wichtige taktische Fragen von offizieller Seite angeregt werden, man das nicht auf eigne Faust thun, sondern sich vorher mit den Kreisen in Verbindung setzen soll, die nach Lage der Dinge nun einmal die Verantwortung zu tragen haben. (Sehr gut.)

Ich komme nun zu dem Kapitel Presse.

Ueber die finanzielle Seite dieser Frage wird Genosse Gerisch, der ja der finanzielle Mittelpunkt in unsrer Partei ist, noch besondere Mitteilungen machen. Ich will vorausschicken, daß sich die wirtschaftliche Krisis auch gegenüber unsrer Presse bemerkbar gemacht hat. Es ist zwar nicht ein umfangreicher Rückgang eingetreten, aber immerhin ist es doch so, daß ein Stillstand in der Entwicklung konstatiert werden muß. Nun liegen Anträge vor (Nr. 37 und 38), in denen verlangt wird, der Parteivorstand solle besondere Parteiblätter für die polnischen Bezirke und die Reichslande herausgeben. Dieser Wunsch ist begreiflich und es liegt mir ferne, dagegen von vornherein eine ablehnende Haltung einzunehmen. Aber es ist nötig, daß der Parteitag bei derartigen Beschlüssen nicht sich lediglich vom Gefühl bestimmen läßt, denn dem Beschluß muß dann auch die That folgen, und die kostet Geld, hat also finanzielle Folgen. Zum Beweise dafür will ich einige Zahlen geben. Auf dem Parteitag in Halle wurde der Beschluß gefaßt, ein polnisches Parteiblatt herauszugeben. Diesem Beschluß wurde entsprochen und die „Gazeta Robotnicza“, ein Wochenblatt, mußte 11 Jahre lang von uns unterstützt werden. Für diesen Zweck mußten wir im Laufe der elf Jahre die Summe von 29 441 M. bezahlen; es soll kein Wort über diese Ausgabe gesagt werden, wir wollen uns auch darauf nichts zu gute thun, es war unser eigner freier Wille, der uns zu unsrem Beschlusse bestimmte, diktiert von der Absicht, auch das polnische Proletariat in die Bewegung hereinzuziehen. Nun verlangen die Agitationskommission und der Wahlverein für die Provinz Posen, die in polnischer Sprache in Posen erscheinende Wochenschrift „Gazeta Ludowa“ aus der Parteikasse finanziell zu unterstützen. Ein solcher Wunsch kann uns in sehr große finanzielle Verpflichtungen führen. Sind wir nun in der Lage, derartige Ausgaben auf uns nehmen zu können? Unsre Finanzen sind nicht so besonders; wie in den Finanzbudgets der Staaten wechseln auch bei uns die fetten mit den mageren Jahren, im Laufe des letzten Jahres haben wir monatelang ein Deficit von 75 000 M. gehabt, und wenn wir am Schluß des Jahres doch noch bilanciert haben, so ist das nur einer Reihe günstiger Umstände zu danken. Alle Jahre stirbt nicht ein Rentier Schmidt und nicht jeder Rentier Schmidt hinterläßt uns 38 000 M.; außerdem sind wir in einem Cirkular an die Genossen mit der Pistole in der Hand herangetreten und haben sie erinnert, daß es nicht genügt, Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie zu rufen, sondern daß man auch ab und zu seinen Obolus abliefern muß. (Heiterkeit.) Im letzten Jahre hatten wir ein normales Geschäftsjahr, im nächsten Jahre aber stehen uns Wahlkämpfe bevor, die viel höhere Ausgaben erfordern werden, als je vorher. Nun glaube ich ja, daß der Krieg den Krieg ernähren muß und daß im Wahlkampfe, wo sich jede Fiber

der sozialistischen Arbeiter anspannt, größere Opfer als sonst gebracht werden, aber die Zeit der Krisis, in der wir leben, fesselt diese Opferfreudigkeit, und deshalb ist bei allen Ausgaben Vorsicht geboten. Dazu kommt noch eins: In der polnischen Bewegung spielen sich Dinge ab, die wir alle nur bedauern können. Es bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen der polnischen Parteileitung und uns. Wir haben es für durchaus nützlich gehalten, daß sich die Polen eine eigne Leitung gegeben haben, und wir sind lange gut mit ihr ausgekommen. Ständig waren wir in Verbindung. Außer den 30 000 M. für die „Gazeta Robotnicza" haben wir manches 1000 zur Förderung der polnischen Agitation hergegeben. Wir wußten, wenn die polnischen Führer zu uns zu Besuch kamen, daß es Geld kostet (Heiterkeit), aber wir gaben es gerne, es war Geld für die so notwendige polnische Agitation, notwendig schon, um das Streikbrecherbecken zu verstopfen.

So lange es sich nur um die Einführung des Sozialismus in diese Kreise handelte, waren wir immer einig, aber augenblicklich haben wir es mit einer Bewegung zu thun, die mit den Emancipationsbestrebungen des Proletariats in unserm Sinne nichts gemein hat. In Polen hat sich eine nationale Bewegung entwickelt, die geradezu überraschend ist, und diese Bewegung hat nicht nur die polnische sogenannte bessere Gesellschaft erfaßt, sondern auch das polnische Proletariat. Durch die brutalen, rücksichtslosen Angriffe auf Sprache, Sitte und Religion wurde das Gefühl der Polen verletzt und das hat auch auf ihr Verhältnis zu uns zurückgewirkt. Das Empfinden, daß man die nationale Eigenart gegenüber brutalen Angriffen zu schützen habe, ist auch in proletarische Kreise eingedrungen. Aus diesem Gegensatz zwischen Polentum und offiziellem Deutschtum sind uns Unannehmlichkeiten erwachsen, es ist der Gedanke der Zusammengehörigkeit des polnischen Volkes Oesterreichs, Rußlands, Deutschlands wieder aufgetaucht, und so entstand auch bei unsren polnischen Genossen der Trieb zur Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Begreifen kann ich diese Erscheinung, billigen kann ich sie nicht. Wir können nicht auf die Forderungen eingehen, die von diesen Bestrebungen der Polen heraus an uns gestellt werden. Es herrscht das Verlangen nach vollständiger Selbständigkeit, das Verlangen, in den preußischen Provinzen Posen und Oberschlesien eine selbständige polnisch-sozialistische Partei zu bilden, vollständig unabhängig von den dort wohnenden deutschen Genossen, zu denen die Polen nur in demselben Verhältnis stehen wollen wie etwa die Schweizer zu den dort lebenden Deutschen. Die Polen wollen selbst entscheiden, die Aufstellung von Kandidaten u. dgl. soll ihre Sache sein, die Deutschen dürfen sie unterstützen, sie dürfen für sie arbeiten, aber sie haben nichts zu sagen. Der deutsche Arbeiter soll den Polen gegenüber Ausländer sein. Die Auffassung konnten wir nicht billigen, wir wollten aber auch den Streit vermeiden. Es kam zu Auseinandersetzungen, besonders infolge der Vorgänge in Posen. Seitdem dort deutsche Genossen, teilweise mit polnischen Namen, die Bewegung leiten, haben wir einen starken Aufschwung, besonders ein stark entwickeltes Gewerkschaftsleben in Posen zu verzeichnen. Wir freuen uns um so mehr darüber, weil dort nur sehr schwer etwas zu machen ist. Nun wurde gelegentlich einer Nachwahl der Genosse Kasprzak als Kandidat unsrer Partei öffentlich proklamiert. Von seiten der polnischen Genossen wurde gegen diese Kandidatur lebhafter Widerspruch erhoben, es wurden dem Kasprzak Fehltritte, die er sich früher sollte haben zu Schulden kommen lassen, zum Vorwurf gemacht. Man ist uns jeden Beweis für diese Anschuldigungen schuldig geblieben; der einzige Beweis war die Mitteilung, die polnische Partei in Warschau habe ihn seiner Zeit ausgeschlossen. Das konnte aber für uns nicht genügen. Die polnischen Genossen ließen sogar ein Flugblatt erscheinen, in dem sie in rücksichtslosester Weise Verdächtigungen gegen Kasprzak erhoben; es wurde ihm Veruntreuung von Parteigeldern vorgeworfen, er führe ein Parasitenleben

und unterhalte Beziehungen zur Polizei. Dieses Cirkular wurde der polnischen Bourgeoispresse zur Verfügung gestellt und von ihr abgedruckt. Wir selbst konnten über Wahrheit oder Unwahrheit aller dieser Vorwürfe kein endgültiges Urteil fällen, Beweise wurden uns nicht erbracht. Es war der erste größere Versuch für unsre Partei, in jener Gegend Stimmen zu gewinnen, da kam die uns befreundete polnische Parteileitung und warf uns in dieser Weise Knüppel zwischen die Beine. Das war ein ganz unrichtiges Vorgehen, das ist auch taktisch völlig falsch. Derartige Fälle haben sich wiederholt und wir sind deshalb dazu gekommen, daß wir den polnischen Genossen erklärten: Wir billigen Eure Auffassung nicht und können sie auch vor den Parteigenossen nicht verantworten. Wir wollen alles thun, um eine Verständigung herbeizuführen, aber unterstützen können wir diese Bewegung nicht mehr. Deshalb wurde die Unterstützung für die „Gazeta Robotnicza" gestrichen.

Es muß weiter zur Erwägung gegeben werden, daß, soll ein Blatt in der polnischen Bevölkerung für die Partei wirken, es in Oberschlesien erscheinen muß. Kommen wir nun mit einem zweiten Blatt, der „Gazeta Ludowa", so ist das natürlich eine Konkurrenz für die „Gazeta Robotnicza". So lange wir aber auf dem Standpunkte stehen, daß noch eine Verständigung mit den polnischen Genossen herbeigeführt werden kann, so lange können wir kein Konkurrenzblatt gründen. Der Ueberzeugung sind wir noch immer, daß der Zwist nur eine vorübergehende Erscheinung sein wird, und daß die polnischen Genossen mit uns das Bestreben haben müssen, daß zwischen den deutschen und den polnisch sprechenden Genossen in den deutsch-polnischen Provinzen nicht ein dauernder Gegensatz bestehen darf. Die Auffassung aber halten wir für absolut falsch, daß die Polen die Herren der Provinz seien, denen sich die Deutschen bedingungslos zu fügen hätten. Die Deutschen haben natürlich auf einen Schelm anderthalbe gesetzt, und so stehen wir jetzt vor der Thatsache, daß wir in der Provinz zwei Kandidatenlisten haben, eine deutsche und eine polnische. Ich hoffe bestimmt, daß auf Grund neuer Unterhandlungen die deutschen und die polnischen Genossen sich auf eine gemeinsame Liste einigen. Wir sind bereit, in unsrer Nachgiebigkeit bis an die äußerste Grenze zu gehen und wir befinden uns dabei in der Rolle des älteren Bruders und erfahrenen Freundes. Aber unmöglich können wir dulden, daß innerhalb der deutschen Grenzen eine eigne selbständige Partei völlig unabhängig und ohne Rücksicht auf die deutsche Bewegung sich etabliert — das geht nicht. Es ist auch nicht wahr, daß wir, die von manchen Leuten behauptet wird, von der modernen chauvinistischen Strömung angekränkelt sind. Wie weit sich bei den polnischen Genossen dieses Vorurteil festgesetzt hat, kann ich Ihnen durch eine Stelle aus dem Briefe eines hervorragenden polnischen Arbeiterführers beweisen. Da heißt es: „Ich kann nicht glauben, daß die deutsche Sozialdemokratie als Partei germanisatorisch auftreten oder daß ihr die Traditionen der Hohenzollernschen Politik sympathisch sind ..." Ja, wenn hervorragende Führer so schreiben, was soll man dann von den polnischen Arbeitern erwarten? Ich meine, bei aller Anerkennung und aller Rücksicht, die wir den Polen schuldig sind, müssen wir uns darüber klar sein, daß die Polen, so weit sie sich innerhalb der deutschen Grenzen aufhalten, nicht ein von der Gesamtpartei unabhängiger selbständiger Organismus sein können, sie müssen ein Glied von uns sein. Wir müssen daran festhalten: wollen die Polen mit uns zusammen arbeiten, sind sie uns stets willkommen; wollen sie es getrennt auf eigne Faust versuchen, wünschen wir ihnen bestes Glück und legen ihnen nichts in den Weg, aber wir müssen verlangen, daß sie, wenn sie sich uns anschließen, nicht uns in der Weise entgegenarbeiten, wie in dem geschilderten Falle.

Solche Schwierigkeiten kommen naturgemäß für ein französisches Parteiblatt nicht in Betracht. Dort entsteht nur die Frage, ob ein solches Blatt auch

Abonnenten finden wird. (Heiterkeit.) In Elsaß-Lothringen hat jahrelang ein Partei-Organ mit Subvention aus der Parteikasse bestanden. Jetzt erscheinen dort zwei Parteiblätter ohne Subvention. Der Versuch, durch Subventionierung in Elsaß-Lothringen ein Partei-Organ aufrecht zu erhalten, hat uns große Opfer auferlegt. Die Subvention für das erst in Mülhausen, dann in Straßburg erschienene Organ haben der Parteikasse in 11 Jahren 88 942 M. gekostet, trotzdem hat das so subventionierte Blatt niemals rechten Einfluß gewinnen können. Auf dem vorjährigen elsaß-lothringischen Parteitage wurde dann seitens des Parteivorstandes offiziell erklärt, daß die Subventionen aufhören müßten. An Stelle des einen subventionierten Blattes werden nun zwei Zeitungen herausgegeben, die nicht subventioniert werden: das Straßburger Blatt erscheint weiter, die Mülhausener haben sich ein eignes gegründet. Die Vertreter dieses Blattes haben zwar stolz erklärt, sie brauchten die Partei nicht. Sie haben aber doch einen Brief an den Parteivorstand geschrieben mit dem Ersuchen, 20 000 M. als Kaution für das Blatt zur Verfügung zu stellen; das wäre gewiß keine Subventionierung, aber doch der erste Schritt dazu, da die Kaution den Staatsbehörden gegenüber auch als Garantie für etwaige Prozeßkosten usw. dient. Daß im offiziellen Bericht des Vorstandes die Mülhausener „Freie Presse" nicht aufgeführt ist, beruht auf einem Versehen bei der Abfassung des Berichtes.

Auch die Düsseldorfer Genossen sind mit der Stellung des Parteivorstandes bezüglich der Unterstützung ihrer Presse nicht einverstanden. Der vorige Parteitag hat die Unterstützung abgelehnt und der Vorstand ist diesem Beschluß nachgekommen. Ich gebe zu, daß die Düsseldorfer Genossen Anspruch auf ein eignes Organ haben, aber Zeitungen, die nicht aus sich selbst heraus existieren können, sind immer ein sehr kostspieliges Unternehmen. Die Genossen in Bochum sind gleichfalls sehr unzufrieden. Die Verhältnisse sind dort sehr eigenartig, seit Jahren unterstützt die Partei mit sehr bedeutenden Mitteln die Unternehmungen, die im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ins Leben gerufen sind. Es erscheint in Dortmund die „Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung" mit Kopfblättern für Essen, Bochum und andre Orte. Das Blatt in Dortmund deckt sich jetzt selbst, dagegen macht das Bochumer Blatt Jahr für Jahr bedeutende Zuschüsse notwendig, im letzten Jahre allein 5200 M. Der Parteivorstand ist nun nach vielen Besprechungen mit den Genossen aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk zu dem Entschluß gekommen, in Dortmund ein einziges großes gut geleitetes und gut ausgerüstetes Centralorgan zu schaffen, das unter Fortfall der Kopfblätter für die Genossen des ganzen Bezirkes gelten soll. Die Bochumer Genossen haben diesen Entschluß gebilligt, aber nachdem die gewaltigen Ausgaben für die Einrichtung der neuen Druckerei gemacht waren, kommen sie mit einem Male und sagen: wir thun nicht mit, wir behalten unser Blatt bei, es hat sich zwar bisher nicht rentiert, aber jetzt gründen wir eine neue Druckerei, und da wird es sich schon rentieren. (Heiterkeit.) Ich wünsche, daß sich diese Hoffnung erfüllt, aber man muß es begreifen, wenn der Vorstand die Unterstützung verweigert, zumal da die Genossen ihre alten Verpflichtungen noch nicht erfüllt haben; für das Bochumer Blatt mußten wir noch 5200 M. nach Dortmund zahlen, und dieselben Genossen, die ihre Schulden in Dortmund nicht beglichen haben, richten sich jetzt eine eigne Druckerei ein und lassen andre die Schulden für sich bezahlen. Das sind interne Dinge, die ich am liebsten in geschlossener Sitzung vorgetragen hätte; da der Parteitag aber eine so starke Abneigung gegen die geschlossenen Sitzungen an den Tag gelegt hat, so müssen wir uns über diese Dinge in aller Oeffentlichkeit aussprechen, derartige Zustände können nicht weiter so bleiben, die allgemeinen Verhältnisse dürfen doch nicht so aus dem Auge gelassen werden; einen Stein, den man nicht heben kann, den läßt man liegen. Ist der Parteitag darin andrer Meinung, dann möge er auch dem

Vorstand mitteilen, wo die Mittel hergenommen werden sollen, um die Extravaganzen einzelner Genossen zu befriedigen. (Sehr richtig.)

Nun zu einem andern Gegenstand, zum Verein „Arbeiterpresse". Sie haben dem ungeschicktesten Antrag zu dieser Frage ihre Unterstützung versagt und ich brauche darauf nicht einzugehen. Dieser Verein „Arbeiterpresse" ist eine durchaus selbständige Schöpfung der beteiligten Kreise der Parteibeamten. Im Vorstand herrscht seit langen Jahren die Empfindung, daß auf diesem Gebiete etwas geschehen muß. Auch wir Sozialdemokraten sind dem allgemein menschlichen Gesetze des Kraftverbrauchs unterworfen. Die Fälle mehren sich, wo Genossen, die ihre Kräfte im Dienste der Partei verbraucht haben und aus dem Leben scheiden, ihre Familie in den kärglichsten Verhältnissen zurücklassen. Für die Partei besteht eine gewisse moralische und materielle Verpflichtung, für die Familie einzutreten, den invaliden Genossen zu unterstützen. Es ist auch bisher unterstützt worden, aber es bleibt immer ein unangenehmes Gefühl, in jedem einzelnen Falle zu entscheiden. Der Einfluß, das Ansehen, die Liebe, die der einzelne Genosse genießt, sind sehr verschieden. Es giebt ungemein brave Genossen, die ihre Schuldigkeit in vollem Umfange thun und doch der breiten Oeffentlichkeit nicht bekannt sind. Für sie, wenn sie invalide werden, eine Unterstützung zu bewilligen, ist immer schwieriger, als für bekannte Genossen. Auch fehlen die festen Normen; eigentlich darf der Vorstand nur für ein Jahr bewilligen, er läuft immer Gefahr, daß die Kontrolleure andrer Meinung sind. Wie unangenehm für die betreffende Familie, wenn dann der Fall öffentlich behandelt wird. Weil dem so ist und weil derartige Unterstützungen sich immer mehr notwendig machen, ist der Vorstand schon vor Jahren dem Gedanken näher getreten, daß hier etwas geschehen müsse, daß die Beteiligten selber eingreifen müßten, daß aber die Partei gewisse Zuschüsse dazu geben müsse. Wir haben es mit Freuden begrüßt, daß die Beteiligten selber die Angelegenheit in die Hand genommen haben. Es handelt sich dabei nicht um einen Streikverein der sozialdemokratischen Redacteure, wie wohl hier und da im Uebermut einmal gesagt ist, sondern um das Unterstützungswesen für die invalide gewordenen Parteibeamten und die Angehörigen verstorbener Parteibeamten. Wir haben von vornherein erklärt: Gelingt es, eine solche Unterstützungskasse zu gründen, so werden wir, soweit es auf uns ankommt, eine Unterstützung aus der Parteikasse ganz gewiß bewilligen. Der Verein „Arbeiterpresse" hat nun einen Ausweg damit gefunden, daß er auf eine Generalsubvention verzichtet und nur einen persönlichen Zuschußbeitrag vorschlägt, dessen Höhe genau der Summe der Beiträge entspricht, welche die Mitglieder des Vereins an die Unterstützungskasse zu zahlen haben. Das macht 6 M. pro Monat. Es werden also die einzelnen Parteigeschäfte ersucht, ebenfalls 6 M. pro Monat für jedes Vereinsmitglied an die gemeinsame Unterstützungskasse zu zahlen. Diesem Verlangen hat der Parteivorstand keinen Widerspruch entgegengesetzt, und wir haben, soweit die Parteigeschäfte im engeren Sinne, der „Vorwärts", die „Neue Zeit", der „Wahre Jakob", das „Hamburger Echo" und die „Bremer Bürgerzeitung" in Betracht kommen und falls die sonst noch vorhandenen Instanzen zustimmen, unsre Bereitwilligkeit zur Zahlung von Beiträgen erklärt. Für den „Vorwärts" und das „Hamburger Echo" wird dieser Beitrag genau in der Höhe der Mitgliederbeiträge zur Unterstützungskasse aus dem Geschäft bezahlt. In Bremen hat die Preßkommission einen bezüglichen endgültigen Beschluß noch ausgesetzt. Nun ist der Vorwurf erhoben worden, wenn für die Herren Redacteure derartiges gethan wird, müssen alle Arbeiter in derselben Weise behandelt werden, besonders in Berlin wurde betont, daß derselbe Beitrag dann für alle in der Parteipresse angestellten Arbeiter bis zum Laufburschen gezahlt werden müsse. Wir haben darüber nicht zu entscheiden. Die Meinung ist aber durchaus falsch, daß bei den Parteiorganen ein Unterschied zwischen Arbeitern und den Partei-

beamten gemacht werde. Schon bisher ist in allen unseren offiziellen Parteigeschäften — für die Provinzpresse kann ich die Verantwortung nicht übernehmen — für alle Arbeiter, die in der Invalidenversicherung sind, der volle Beitrag aus dem Parteigeschäft bezahlt worden, das sind immerhin auch Summen, es macht in Bremen etwa 600 Mark, beim „Hamburger Echo" gewiß zwei- bis dreimal soviel und beim „Vorwärts" noch mehr. Für seine Parteibeamten bezahlt der „Vorwärts" jetzt einen Zuschuß an die Unterstützungskasse des Vereins „Arbeiterpresse" von 90 Mark monatlich, das ist etwas über 1000 Mark im Jahre. Wenn die Dinge so liegen und mit unsrer Zustimmung solche Summen für die Arbeiter bezahlt werden, dann kann kein Vorwurf erhoben werden, wenn für die Angestellten, die der gesetzlichen Versicherung nicht unterstehen, ebenfalls Beiträge zu einer Versicherung gezahlt werden. Unsere Angestellten wollen sich ein Recht sichern und wenn wir sie darin unterstützen, so glauben wir damit nichts Unrechtes gethan zu haben.

Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß wurde eine Behauptung aufgestellt, die nicht widersprochen bleiben darf, ein hervorragender Gewerkschaftsführer behauptete, daß man sich in der Partei gegen hohe Gewerkschaftsbeiträge ausgesprochen habe, weil man darin eine Konkurrenz gegenüber der Partei erblicke. Diese Behauptung stützt sich auf eine angebliche Aeußerung, die auf dem ersten Gewerkschaftskongreß in Halberstadt gefallen sein soll. Obwohl schon früher dementiert, kehrt sie immer wieder. Ich konstatiere hier öffentlich, daß niemals von offizieller Seite mit Rücksicht auf die Partei-Einnahmen geraten und verlangt worden ist, die gewerkschaftlichen Beiträge möglichst niedrig zu halten, eine derartige Aeußerung von maßgebender Seite ist niemals in der Partei gefallen; ob es einzelne Genossen giebt, die dieser Anschauung huldigen, und ob hier und da auch eine derartige Aeußerung privatim oder öffentlich gethan ist, das muß ich dahingestellt sein lassen. Ich bin genau der entgegengesetzten Meinung; wenn die Gewerkschaften etwas erreichen wollen, dann müssen die Mitglieder auch Opfer bringen. (Lebhafte Zustimmung.) Daß im Namen der Partei jemals eine solche Meinung geäußert worden sei, ist absolut falsch und ich weise solche Behauptungen entschieden zurück.

Eine andre unrichtige Behauptung bezieht sich auf die Konsumvereine. Es wird gesagt, der Partei sei es unangenehm, daß die Konsumvereins-Bewegung hohe Anforderungen an die Partei-Intelligenz stelle und dadurch zu viele Kräfte der Partei entziehe. Ob die großen Erwartungen, die man an diese Bewegung knüpft, sich erfüllen werden, darüber brauchen wir uns heute nicht zu äußern. Aber daß jemals die Partei sich geäußert hätte, diese Bewegung absorbiere zu viele Kräfte und Intelligenzen, das ist ganz unrichtig; einen derartigen Standpunkt halte ich für reaktionär und durchaus unhaltbar, wir können ihn unter keinen Umständen vertreten. (Sehr richtig!)

Ich komme nun noch zu einer organisatorischen Angelegenheit. In Nürnberg sind Parteigenossen aus der Lokalorganisation ausgeschlossen worden. Damit ist noch nicht gesagt, daß die betreffenden keine Parteigenossen mehr sind. Sollten sie aus der Partei ausgeschlossen werden, so tritt die Bestimmung des Organisationsstatuts in Kraft. Nun sind die in Nürnberg Ausgeschlossenen an andern Orten Mitglieder geworden, einer hat sogar die Geschmacklosigkeit gehabt, sich als Reichstags-Kandidat aufstellen zu lassen. Die Kandidatur ist inzwischen zurückgezogen worden, so daß diese Sache für uns erledigt ist. Die Nürnberger erblickten eine Ungeheuerlichkeit darin, daß die betreffenden in einem andern Orte Mitglied wurden, die Angelegenheit kam auf dem Ludwigshafener Parteitag zur Sprache und dort wurde beschlossen, daß ein in einem Orte in Bayern aus dem Wahlverein ausgeschlossener Genosse nicht mehr Mitglied eines andern sozialdemokratischen Vereins in Bayern werden kann. Diesen Beschluß halten wir für falsch. Haben die bayrischen Genossen die Ueber-

zeugung, daß die Betreffenden nicht mehr würdig sind, der Partei anzugehören, so sind sie verpflichtet, den Ausschluß aus der Gesamtpartei zu beantragen. Geschieht das, dann wird den Betreffenden auch die Möglichkeit gegeben, die Einsetzung eines Schiedsgerichts beim Parteivorstand zu beantragen und weiterhin an den Parteitag zu appellieren. Aber nach der Maxime der bayrischen Genossen bleibt der Betreffende nach wie vor Parteigenosse, seine allgemeine deutsche Parteizugehörigkeit wird nicht bestritten, aber eine parteigenössische Thätigkeit vermag er in Bayern nicht auszuüben. In Betracht kommt noch, daß es für die Genossen, die nach dem bayrischen Organisationsstatut ausgeschlossen werden, nicht die Rekursinstanzen giebt, die in unsrem allgemeinen Organisationsstatut vorgesehen sind. Durch den Ludwigshafener Beschluß ist eine grundlegende Bestimmung unsres für die ganze Partei geltenden Organisationsstatuts ignoriert worden. Würde das maßgebend sein, was dort geschehen ist, so würde unser allgemeines Organisationsstatut hinfällig werden. Das ist bedenklich; dem läßt sich aber leicht abhelfen, wenn die bayrischen Genossen das thun, was die Genossen im übrigen Deutschland thun, wenn sie sich nämlich an unser allgemeines Organisationsstatut halten. Die Lokal- und Landesstatuten dürfen nicht im Widerspruch zu dem Gesamtstatut stehen. Glaubt man, das Organisationsstatut sei mangelhaft, so stelle man Abänderungsanträge, so lange es aber besteht, gilt es für uns alle, gleichviel ob diesseits oder jenseits der blauweißen Grenze. Es darf nicht die Praxis einreißen, daß die allgemeinen Bestimmungen der Partei-Organisation einfach umgangen werden. Es gilt auch, das Recht des Einzelnen zu schützen, und dem Einzelnen ist hier, wenn auch ohne Absicht, Unrecht geschehen; man sagt sich: Für ganz Bayern taugt der Kerl nichts, aber für die Preußen ist er gut genug. (Stürmische Heiterkeit.) Ob eine Aenderung des Organisationsstatuts notwendig ist, lasse ich dahingestellt, ich bin überzeugt, wir werden uns verständigen. Ich bin am Schluß. Jetzt ist es an Ihnen, Kritik zu üben. Machen Sie es gnädig, denn auch für uns gilt der Satz: Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Eine Reihe Begrüßungsschreiben sind eingelaufen. Darunter eines von der „Iskra" und „Sarja" im Namen der „Liga der russischen revolutionären Sozialdemokratie", des „Petersburger Komitees der russischen Sozialdemokratie" und des „nördlichen Arbeiterbundes" (Föderation der Arbeiterorganisationen in den Gouvernements Wladimir, Kostroma und Jaroslaff).

Schluß 12¼ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

2¾ Uhr. Den Vorsitz führt **Singer**.

Eingegangen sind wieder verschiedene Begrüßungstelegramme, darunter ein solches vom Sekretariat des internationalen Komitees durch Sekretär Servy.

Den **Kassenbericht** erstattet nunmehr

Gerisch: Die Zahlen des Kassenberichts liegen Ihnen im Bericht des Parteivorstandes vor. Des Grundes, warum wir noch einen verhältnismäßig guten Abschluß erzielt haben, hat Auer schon gedacht. Die wirtschaftliche Krise muß naturgemäß auf die Beitragsleistung ungünstig einwirken. Die nur auf freiwillige Beiträge angewiesene Partei befindet sich in weit weniger vorteilhafter Lage als die Gewerkschaften mit ihrer festen Organisation. Zu den Beiträgen kommen die Erträge der Parteiunternehmungen. Diese Einnahmequellen dürfen unter keinen Umständen verstopft werden. Ich bedaure deshalb, daß selbst Berliner Genossen in ihrem Antrag 52 vorschlagen, kurzer Hand zu dekretieren, daß der Neue Welt-Kalender für 30 Pf. verkauft werden solle. Wenn auch dieser

Kalender nur eine kleine Einnahmequelle bildet, so sollte doch auch diese nicht in ihrem Ertrag vermindert werden. Weiter lag vor der Antrag der Wandsbecker Genossen, die selbst ihre Verpflichtungen gegenüber der Partei sehr prompt erfüllt haben, die Frage gesondert zu behandeln: „Wie stärken wir die Finanzen unsrer Partei?" Wenn auch nach unserm gestrigen Beschluß diese Frage nicht als besonderes Thema behandelt werden soll, so muß sie doch natürlich von uns erörtert werden. Bereits in Lübeck ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß der „Wahre Jakob", die „Neue Zeit" und die „Gleichheit" nunmehr völlig auf Rechnung der Gesamtpartei hergestellt und vertrieben werden. Der „Wahre Jakob" hat im Rechnungsjahr 1901 einen Reinüberschuß von 20 023,45 M. ergeben, gewiß ein erfreuliches, wenn auch noch steigerungsfähiges Resultat. Aber der „Wahre Jakob" hat von jeher zwei Geschwister gehabt, die sich rechts und links liebend an ihn gehängt haben. Diesen ist er von jeher eine Stütze gewesen. Das hat sich auch jetzt nicht geändert. Durch diese beiden Schwestern wird der Reinertrag des „Wahren Jakob" wesentlich vermindert.

Die „Neue Zeit" hat mit einem Deficit von 10 305 M. abgeschlossen (Hört! Hört!), die „Gleichheit" mit einem Deficit von 4480 M. Es ergiebt sich also nach Abzug weiterer Ausgaben für Prozeßkosten ꝛc. nur ein Reinüberschuß von einigen tausend Mark aus diesen drei Blättern. Nun ist es ja klar, daß wir bei der wissenschaftlichen Revue noch auf absehbare Zeit mit Zuschuß zu rechnen haben werden. Aber das Deficit kann verringert werden, einmal durch eine Vermehrung der Abonnentenzahl, und zweitens dadurch, daß die Parteikolporteure und die Expedienten in Parteigeschäften die Abbestellungen rechtzeitig beim Verlag anmelden, damit dieser nicht so unendlich viel Hefte zurück bekommt. Bei der verhältnismäßig niedrigen Auflage der „Neuen Zeit" beträgt die Zahl der zurückgesandten Hefte im letzten Jahre nicht weniger als 17 770. Diese Zahl könnte bei allseitigem guten Willen wesentlich herabgemindert werden. Es ist doch eine Unvernunft sondergleichen, wenn wir erst das teure Papier, Druck und Buchbinderarbeit bezahlen und hinterher Zehntausende von Heften als Makulatur fortwerfen müssen. Bezüglich der „Gleichheit" würde uns eine verhältnißmäßig geringe Steigerung der Abonnentenziffer schon über den Berg hinweghelfen. Von unsrer Genossin Zetkin kann nicht mehr verlangt werden, als sie schon leistet, sie thut das menschenmögliche, und was noch zu thun übrig bleibt, müssen die Genossen selbst thun. Ich habe eine weitere Anregung zu geben: Der „Vorwärts" veröffentlicht allmonatlich eine Parteiquittung, den Fleißigen zur Ehre und den Faulen zur Nachahmung. Nun lesen aber nicht alle Parteigenossen den „Vorwärts", die große Masse ist vielmehr auf die Provinz-Parteipresse angewiesen. Nun habe ich die Bemerkung gemacht, daß sich eine Anzahl dieser Blätter anscheinend zu vornehm dünkt, um die Quittungen zu veröffentlichen. Diese bleiben 8 bis 14 Tage liegen und werden schließlich in einem verhunzten Auszug von wenigen Zeilen gebracht. Auf diese Weise werden die Parteigenossen nicht angeeifert, Beiträge zu leisten. Und sehen Sie sich nur die verschiedenen Anträge an, die populäre Flugblätter und Schriften für die Agitation verlangen. Aber diese Sachen kosten doch Geld, und deshalb sollte die Presse dazu beitragen, indem sie die Quittungen in vollem Umfange abdruckt, die Genossen anzueifern, damit sie sich alle an den Beiträgen für die Parteikasse beteiligen. Ganz besonders unangenehm war das Verhalten verschiedener Blätter bei der belgischen Sammlung. Hier war es ihnen besonders leicht gemacht, indem die Quittung die Beiträge aus Berlin und die aus der Provinz getrennt auswies. Nicht einmal den Auszug über die Provinzbeiträge hat man da gebracht, und die Folge war, daß wir mit einer Flut von Anfragen überschüttet wurden von den Genossen, die wissen wollten, ob ihre Beiträge an die richtige Stelle gelangt seien. Die Parteipresse sollte immer und immer wieder anfeuern, die Parteifinanzen zu stärken.

Eine genaue Uebersicht über den Stand der Parteipresse kann ich leider nicht geben. Es sind diesmal so viele Verlage mit der eingeforderten Auskunft zurückgeblieben, daß ich keine Statistik aufstellen konnte. Nur die allgemeine Tendenz läßt sich feststellen, und die ist nicht erfreulich. Die Einnahme aus Abonnements und Inseraten sind zurückgegangen. 6 Tageblätter haben ihren Besitzstand an Abonnenten behaupten können, 16 Blätter haben die winzige Ziffer von 6130 Abonnenten hinzugewonnen, 15 Blätter aber haben 5800 Abonnenten verloren. Im verflossenen Jahre hat die Parteipresse neues Terrain also nicht erobert. Die Wirkung der Krisis auf eine Reihe von Parteigeschäften war ebenso unerfreulich. In guten Jahren neigen die Genossen leicht zu Gründungen. Wie so manches andre ist auch die Art, wie Geschäfte gegründet werden, nicht besser geworden. Die älteren Genossen werden sich noch erinnern, wie es früher war. Da genügte eine Handquetsche, ein Mann repräsentierte in seiner Person das gesamte Setzer-, Drucker- und Expeditionspersonal. So ärmlich diese Geschäfte aussahen, so kerngesund war ihre Grundlage. Sie konnten sich organisch entwickeln, nie waren sie der Partei eine Last und ein Gegenstand der Sorge. Es war eine Freude zu sehen, wie diese Geschäfte sich nach und nach zu rechten Stützpunkten der Partei entwickelten. Nun hat die Partei mit ihrer Ausdehnung auch großen geschäftlichen Kredit gewonnen und damit ist die Unternehmungslust der Genossen so gestiegen, daß sie häufig alle geschäftliche Vorsicht außer acht lassen. Daher haben eine Anzahl von Blättern eine Schuldenlast aufgehäuft, an deren Deckung aus eignen Mitteln in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Man ist damit der Entwicklung bedeutend vorausgeeilt. Dann wendet man sich am letzten Ende immer wieder an die Partei. Dafür bietet der Kassenbericht viele Beispiele. Es sind nun aber manche Geldquellen, die Jahr für Jahr geflossen sind, mit einem Male versiegt. Aufmerksamen Parteigenossen ist diese Thatsache nicht entgangen. Bei andren Genossen hat sich eine eigenartige, romantische Vorstellung vom „Rentamt" herausgebildet; sie meinen, man brauche in die Kasse nur ein paar Pfennige hineinzuthun und könne doch wie beim „Esel streck' dich" die Goldstücke nur herausholen. Ich stehe nicht an, auszusprechen, daß, wenn immer nur der glühende Wunsch maßgebend ist, das Ziel möglichst schnell zu erreichen, wenn weiter einzelne Parteiorte sich in der bisherigen Weise engagieren sollten, immer in so unverhältnismäßiger Weise, über die verfügbaren Mittel hinaus, daß dann allerdings sehr leicht einmal für eine spätere Parteileitung die Frage entstehen kann, ob sie das gesamte Parteivermögen bis zum letzten Pfennig daran setzen, oder einen großen wirtschaftlichen Krach in der Partei heraubeschwören will, der jedenfalls von sehr schlimmen Folgen sein müßte. Ich male nicht zu schwarz. Es ist in der That bei solchen Gründungen ein geschäftlicher Optimismus in der Partei vorhanden, der uns sehr leicht in eine sehr unangenehme Situation bringen könnte. Ich würde es für eine Pflichtverletzung halten, wenn ich nicht die Parteigenossen, die an solchen Gründungen teilnehmen, eindringlich darauf hinweisen wollte, daß sie stets auf die Verantwortlichkeit vor der Gesamtpartei Rücksicht nehmen. Ich habe diese Ausführungen ganz besonders mit Rücksicht auf die vielen Anträge gemacht, die eine Unterstützung von Preßunternehmungen bezwecken. Ich wiederhole: ich male nicht zu schwarz, sondern wünsche nur, daß die Partei vor Schaden bewahrt wird. (Beifall.)

Den **Bericht der Kontrolleure** erstattet

Meister: Wir haben uns mit verschiedenen Beschwerden beschäftigt. Zunächst mit der des Korrektors am „Vorwärts", Vieth, der eine Gehaltsnachzahlung von drei Wochen verlangte. Nach genauer Prüfung mußten wir die Beschwerde zurückweisen. Vieth wollte eine neue, näher begründete Beschwerde diesem Parteitag unterbreiten, hat mir aber seiner Zeit geschrieben, daß er davon Abstand nehme. Dann hatten wir uns zu befassen mit dem recht

unangenehmen Zwist im sechsten Berliner Wahlkreise. Leider hatten die Berliner Genossen keine Neigung, sich unsrer Entscheidung zu fügen. Als es zu einer Katastrophe zu kommen schien, wurde die Angelegenheit glücklicherweise durch eine freie Kommission aus Berliner Genossen und Genossinnen, dem Parteivorstand, der Fraktion und den Kontrolleuren beigelegt. Die Berliner Delegierten lächeln mir zu; ich hoffe, daß es über Nacht nicht wieder anders geworden ist. (Heiterkeit.) Eine weitere Beschwerde ging von dem Genossen Jahn-Berlin aus. Er war Berichterstatter am „Vorwärts"; aus gewissen Gründen waren Preßkommission und Redaktion sich darüber einig, daß er seine Thätigkeit einstellen müsse. Die Gründe, die geltend gemacht wurden, waren auch für uns maßgebend; wir waren nicht in der Lage, dem Wunsche von Jahn Rechnung zu tragen. Eine Beschwerde der Genossen Eitzinger und Herrmann in Nürnberg richtete sich dagegen, daß die Einberufung eines von ihnen gewünschten Schiedsgerichts abgelehnt wurde. Die beiden Genossen waren seiner Zeit in Nürnberg aus dem Verein ausgeschlossen worden und in einen andern Verein eingetreten. Der Parteivorstand hat selbst Stellung zu dieser Frage genommen und ihnen brieflich mitgeteilt, daß beide noch Mitglieder der Partei seien, wenn sie selbst sich als solche bethätigen. Die Kontrolleure mußten diese Auffassung teilen und sind der Ansicht, daß sich die beiden Beschwerdeführer noch als Parteigenossen zu betrachten hatten.

Die Redaktion der „Sarja" beschwerte sich, weil die Redaktion des „Vorwärts" ihr angeblich nicht den gewünschten Raum zur Verfügung stellte. Wir stellten nun zunächst fest, daß die „Vorwärts"-Redaktion bei der Sache ganz unbeteiligt war. Die betreffenden Anordnungen waren vom Parteivorstand getroffen worden. Was diese Anordnungen selbst betrifft, so sind wir der Ansicht gewesen, daß die Genossen der „Sarja" mit dem ihnen zur Verfügung gestellten Raum recht wohl zufrieden sein konnten. Außerdem ging die Beschwerde so verspätet ein, daß sie schon aus diesem Grunde hinfällig war.

Ferner lag eine Beschwerde vor von den Genossen in Bochum. Ein dortiger, in Notlage befindlicher Genosse hat vom Parteivorstand eine zweimalige Unterstützung von 150 und 100 M. erhalten. Der betreffende Genosse hat dann eine Stellung erhalten; es ergaben sich jedoch Mißhelligkeiten, so daß von beiden Teilen der Wunsch ausgesprochen wurde, er möge aus dieser Stellung wieder austreten. Die Genossen in Bochum waren nun der Ansicht, daß sich der Parteivorstand verfehlt habe, indem er sie vor Bewilligung der Unterstützungen nicht befragt hat. Die Kontrolleure haben aber die Beschwerde zurückgewiesen, da sie den Vorstand nicht für verpflichtet halten, solche Erkundigungen einzuziehen, wenn, wie in diesem Falle, ihm die Sachlage und die Person genau bekannt ist. Die Bochumer glaubten, solche Erkundigung habe unter allen Umständen zu erfolgen. Das ist ein Irrtum. Wenn dem Vorstand die Verhältnisse nicht genau bekannt sind, holt er sich stets Auskünfte ein. Aber in diesem Falle handelte es sich um einen alten Genossen, der dem Vorstand sehr genau bekannt war, und infolgedessen wiesen wir die Beschwerde zurück. Die Bochumer gaben sich damit aber nicht zufrieden und unterbreiteten uns ihre Beschwerde nochmals. Kurz vor dem Parteitag erhielten wir noch einmal genau denselben Brief, den wir bis heute aus Mangel an Zeit noch nicht erledigen konnten.

Eine weitere Beschwerde lag von den Genossen in Mülhausen vor. Sie hatten vom Vorstande vergebens die Stellung einer Kaution zur Herausgabe einer Tageszeitung — 20 000 M. — verlangt. Auer hat die Sache schon eingehend behandelt. Der Standpunkt der Kontrolleure deckt sich mit dem des Vorstandes. Der Vorstand ist nicht berechtigt, und die Kontrolleure erst recht nicht, solch ungeheure Summen für einzelne Bezirke festzulegen. Parteigeld ist Pulver, das jeden Augenblick zur Hand sein muß. Für Elsaß-Lothringen ist außerordentlich viel und gern gethan worden, weil man der besonderen Situation

dort Rechnung getragen hat. 19 000 M. sind hergegeben worden in der Hoffnung, daß nun nichts weiter gefordert, sondern das Kapital verzinst werden würde. Für Straßburg sind zu einer Kaution 12 000 M. gegeben worden, jetzt verlangen die Straßburger weiter 8000 M., weil sie das Blatt nach der Stadt verlegen wollen. Würden den Mülhausern die 20 000 M. gegeben, dann wären 40 000 M. allein in Elsaß-Lothringen festgelegt. Das geht nicht, so wünschenswert es auch sein mag. Man muß sich einschränken und warten, bis die eigne Kraft so weit reicht. Die Kontrollkommission hat gestern die Beschwerde der Mülhauser abgelehnt.

Dann hat sich die Kontrollkommission noch mit einer Beschwerde des Gauvorstandes für Nordbayern zu beschäftigen gehabt. Der Gauvorstand ist der Ansicht, daß in der Kassenführung des früheren Gaukassierers Roßkopf Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Beweise dafür aber hat er nicht anführen können. Ein Vermittelungsversuch ist vergeblich geblieben. Roßkopf will die Bücher nicht ausliefern, was ihm als großes Vergehen angerechnet wird. Er erklärt, daß er, einem alten Gebrauch folgend, nachdem die Gaukonferenz stattgefunden, Bücher und Belege verbrannt habe. Die Revisoren bestreiten, daß dies Usus gewesen sei. Jetzt sind Rechnungen präsentiert, zu denen die Belege fehlen sollen. In einem uns weiter zugegangenen Schreiben wird uns mitgeteilt, daß bei Uebergabe der Bücher an den neuen Gauvorstand auch ein Sparkassenbuch mit übergeben wurde. Gelegentlich der Erhebung von Geld wurde dem Gaukassierer eine Quittung vorgelegt, laut welcher Roßkopf unter dem 7. Januar 200 M. Geld erhob, das weder im Sparkassenbuch als erhoben bezeichnet, noch in den sonstigen Büchern in Einnahmen oder Ausgaben zu finden ist. Nach persönlichen Vorstellungen bei Roßkopf gab dieser zu, die genannte Summe erhoben zu haben und versprach, das Geld zurückzuerstatten, was inzwischen auch bereits erfolgte. Darauf haben wir den Genossen in Nürnberg den Rat gegeben, den erforderlichen Instanzenweg zu benutzen und das Weitere selbst zu veranlassen.

Nun hat uns noch beschäftigt der Cigarrenarbeiter Kerl in Delmenhorst, der seine Wiederaufnahme beantragt. Kerl, der seiner Zeit ausgeschlossen worden war, war Redacteur des in Delmenhorst erscheinenden Blattes gewesen. Die Parteigenossen glaubten, er habe eigenmächtig, die bei seiner Entlassung strittige Geldfrage geregelt. Kerl hatte früher niemals gegen seine Ausschließung protestiert. Er giebt an, es sei ihm eine zweite Verhandlung, nachdem er an der ersten nicht habe teilnehmen können, verweigert worden. Wir haben uns für inkompetent erklärt, jemanden, der gegen seine Ausschließung überhaupt keine Einwendungen erhoben hat, wieder aufzunehmen. Wir haben ihn darauf verwiesen, sich in Delmenhorst zur Wiederaufnahme zu melden. Werde ihm diese verweigert, könne er die Partei-Instanzen in Anspruch nehmen.

Endlich hat uns der bereits erwähnte Herr Vieth kurz vor dem Parteitage noch eine sehr umfangreiche Beschwerde eingereicht, weil es notwendig geworden war, ihm seine Stellung zu kündigen. Er protestiert gegen diese Kündigung, die er als Resultat von allerlei Machinationen ansieht. Mit dieser Beschwerde sind wir gestern nicht fertig geworden, ich werde Ihnen später darüber berichten.

Die Revisionen der Parteikasse, der Buchhandlung und des Partei-Organs „Vorwärts“ usw. haben nie zu Monitas Veranlassung gegeben. Ich beantrage Decharge.

Zum Schluß muß ich mein tiefstes Bedauern zum Ausdruck bringen über den schweren Verlust, den die Partei und im besonderen die Berliner Genossen erlitten haben durch den Tod unseres Veteranen Metzner. (Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.) Wir, die wir die Kleinarbeit der Kontrolleure mit ihm zu erledigen gehabt haben, wissen am besten, welchen treuen und braven

Genossen wir an ihm verloren haben. Die Partei wird sein Andenken ehren. (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet.

Singer bittet, auf die auf die Presse, auf Agitation und auf Taktik bezüglichen Anträge, die doch noch gesondert zur Verhandlung kommen, möglichst wenig einzugehen und über die Polenfrage besonders zu debattieren.

Der Parteitag ist mit diesem Vorschlage einverstanden.

Agster-Pforzheim will eine sich auf die Einberufung eines besonderen preußischen Landtages beziehende Resolution befürworten, wird aber von Singer darauf aufmerksam gemacht, daß der Parteitag sich bereits gestern abend dahin entschieden habe, diese Frage den preußischen Genossen zu überlassen.

Wolf-Bochum: Wir Bochumer waren mit den Beschlüssen bezüglich der Gründung eines Centralorgans für Rheinland und Westfalen keineswegs einverstanden, wir wurden erst zur Beratung hinzugezogen, als die Sache schon perfekt war, und da erklärte ich ausdrücklich, daß wir es dem Parteivorstande nicht verdenken können, wenn er unter solchen Umständen seine früheren Versprechungen uns gegenüber nicht aufrecht erhält. Die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit eines besonderen Blattes für Bochum hat auch der Parteivorstand anerkannt. Es ist richtig, daß der Parteivorstand für uns große Zuschüsse geleistet hat, aber wir haben die Schulden, die sonst das Dortmunder Blatt gemacht hatte, auf unser Conto übernommen. Jetzt haben unsre Genossen sich dahin entschieden, daß sie ihr Blatt aus eigner Kraft halten und sich nicht auf den Parteivorstand verlassen wollen. Unsren Verbindlichkeiten werden wir später nachkommen. Wir haben es gewagt, das Blatt zu gründen, weil sich das für unsren Wahlkreis als notwendig herausstellte. Die Einnahmen im Kreise sind schon erheblich gestiegen, und wir haben Hoffnung, das Deficit in einigen Jahren zu decken. Was die Beschwerde aus Bochum betrifft, so wurde die betreffende Stellung ausdrücklich nur auf eine bestimmte Zeit vergeben. Der Genosse wußte das, als er die Stellung annahm; wir hielten ihn einer Unterstützung nicht für würdig. Der Parteivorstand war nicht genügend informiert.

Kiesel-Berlin VI: Meister hat erwähnt, daß die Kontrolleure auch mit den Genossen des 6. Berliner Wahlkreises zu thun gehabt haben. Er hat aber nicht gesagt, daß es sich nur um einen Teil der Genossen dieses Wahlkreises handelte. Die übergroße Mehrzahl der Genossen hat sich dem Schiedsspruch der Kontrolleure gern angeschlossen. Der hierzu vorliegende Antrag ist hinter dem Rücken der Organisation an den Parteitag gebracht worden. Bei dem Antrage 8, der Protest einlegt gegen die Versicherung der Partei-Angestellten durch den Vorstand, sind die Antragsteller, Parteigenossen in Berlin VI, von durchaus idealen Gründen geleitet worden. Sie glauben, daß die Partei als solche eine Einbuße durch solche Beitragsleistungen für den Verein „Arbeiterpresse" erleiden kann. Der Genosse Kröhn, der diesen Antrag befürwortete, wollte mit seinem Antrag nur der Partei dienen. Er befürchtete, daß es eine Schraube ohne Ende werden würde, wenn Parteigelder zu solchen Zwecken verwendet würden. Das Gefühl der Empörung hat dann die Parteigenossen dazu bestimmt, dem Antrage ohne weiteres zuzustimmen. Man war der Anschauung, daß den im Dienste der Partei thätigen Genossen, die alle Abend erst um 2 bis 3 Uhr spät von Versammlungen usw. nach Hause kommen, die auch einmal in die Hände des Staatsanwalts geraten können und durch ihre Reden, die sie nicht so kontrollieren können wie ein Redacteur, mindestens dasselbe Recht zustehe. Man hält derartige Einrichtungen für durchaus nicht notwendig innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Sie stehen mit dem alten Geist der Partei in Widerspruch.

Frohme-Hamburg: Der Bericht des Parteivorstandes befriedigt mich in manchen wichtigen Punkten nicht. Das ist allerdings nicht die Schuld des Vor-

standes, die Schuld liegt vielmehr bei andern Stellen. Es ist wohl mit Recht zu verlangen, daß die Vorstandsberichte ein eingehendes und erschöpfendes Bild von der ganzen Parteibewegung geben. Das war bei den Berichten nicht der Fall. Was besonders fehlt, sind Angaben über die Stärke der einzelnen sozialdemokratischen Organisationen. Nichts ist wichtiger als eine solche Statistik. Sie soll nicht nur uns, sondern auch der Oeffentlichkeit zeigen, wie mächtig die Organisation, wie weit die innere Erstarkung der Partei vorgeschritten ist. Ich weiß wohl, daß sich der Vorstand die erdenklichste Mühe gab, solche Angaben zu erhalten. Diese Mühe war aber umsonst. Es ist doch unerhört, daß solche Anregungen nicht besser befolgt werden. Auch auf finanziellem Gebiet kann es nicht so weiter gehen, wie bisher. Wir müssen leider die Beobachtung machen, wie das Gros der Parteignossen die finanziellen Leistungen an die Partei als etwas recht Nebensächliches betrachten. Es ist gewiß nichts dagegen zu sagen, wenn die Gewerkschaften immer höhere finanzielle Anforderungen an ihre Mitglieder stellen. Wenn sich aber Genossen unter Berufung darauf von ihren Verpflichtungen gegen die Partei drücken, so ist das nicht recht. Sehr zu tadeln ist auch die große Masse kleiner Vereine und die Vereinsmeierei, die unter den Parteigenossen eingerissen ist. Wir müssen dahin wirken, daß die einzelnen Organisationen in entsprechender Weise ihrer moralischen Vereinspflicht nachkommen. Leider wird sich wohl ein Modus nicht finden lassen, der es erlaubt, die Organisationen nach Maßgabe ihrer Stärke zu Leistungen an die Parteikasse heranzuziehen. Aber ihrer moralischen Pflicht sollten sich alle Genossen bewußt sein. Der Wahlkreis Altona gehört gewiß nicht zu den flauen Zahlern. Wir sind aber doch zu dem Entschluß gekommen, die Beiträge zu erhöhen, um Mittel zu gewinnen, daß wir größere Beiträge an die Partei abliefern können. Wir müssen bedenken, daß wir außer durch die bevorstehenden Wahlen auch noch in andrer Weise in Zukunft belastet werden. Es kommen Landtags- und Kommunalwahlen ꝛc. und wenn wir da nicht rechtzeitig für die Parteikasse sorgen, werden alle Gelder für diese Zwecke verwendet. Es giebt eine ganze Anzahl von Wahlkreisen, die Vertreter in den Reichstag schicken, aber nicht einmal so viel Beiträge an die Parteikasse abliefern, als diese Abgeordneten an Entschädigungen erhalten. Dieser Zustand ist abzustellen, wenn nur der nötige gute Wille vorhanden ist. Ich richte die Aufforderung an die versammelten Delegierten, in diesem Sinne in ihren Kreisen zu wirken. (Sehr richtig!)

Adolf Braun-Nürnberg begründet den Antrag Nürnberg betreffend die Auskunft des Vorstandes über die Durchführung früherer Parteitagsbeschlüsse. Wir sind nicht so unbescheiden, Auskunft über alle bisher gefaßten Beschlüsse zu verlangen, obwohl auch das sehr wünschenswert wäre, sondern wir wollen nur alljährlich wissen, was aus den Beschlüssen des letzten Parteitages geworden ist. Wir gehen von dem Gedanken aus, daß viele Beschlüsse auf Parteitagen gefaßt werden, nur, um nicht gehalten zu werden, wie ein boshafter Mann einmal sagte. Das wird aufhören, wenn in Zukunft immer gezeigt wird, wie leicht Beschlüsse gefaßt und wie schwer sie ausgeführt werden. Unausführbare Beschlüsse wird man dann verhindern, und die Anträge werden auch ernster bekämpft werden, wenn man weiß, daß im nächsten Jahre der Parteivorstand mitteilt, daß wieder ein Dutzend Beschlüsse gefaßt wurden, die unausführbar sind. Auer sagt, vieles bleibt unerledigt, vieles wird ad acta gelegt. Das ist ja nicht sehr schmeichelhaft für den Parteitag, es wird aber sehr lehrreich sein, wenn man das schwarz auf weiß zu lesen bekommt. Wenn unser Antrag angenommen wird, und wenn ferner, wie es die Dresdener Genossen wünschen, am Schlusse des Protokolls die auf dem Parteitag angenommenen Beschlüsse und Resolutionen veröffentlicht werden, dann haben unsre Protokolle einen erheblich höheren Wert, und unsre agitatorisch thätigen Genossen, Journalisten und dergleichen können sich dann viel leichter als heute orientieren. Was wir wünschen, ist eine rein

formale Sache, der jede Spitze gegen den Parteivorstand fehlt. Es liegt im Interesse der Partei, daß der Antrag angenommen, nicht ad acta gelegt, sondern auch durchgeführt wird. (Heiterkeit.) Ein andrer Wunsch, den ich vorzubringen habe, könnte vielleicht kleinlich erscheinen, ich wünsche, daß der Parteivorstand sich einen Kautschukstempel anschafft. (Heiterkeit.) Es giebt nämlich Briefe, die aus der Kreuzbergstraße 30 an die Redaktionen kommen, aus denen man absolut nicht erkennen kann, ob es Briefe des Parteivorstandes oder private Mitteilungen eines sehr geschätzten Parteisekretärs sind. Diese Entscheidung ist aber für unsre Redacteure sehr wichtig. Auf Grund des Organisationsstatuts hat der Parteivorstand die Pflicht, die Presse zu überwachen, und die Redacteure, wenigstens so schlechte wie ich, bekommen von Zeit zu Zeit solche Briefe zugeschickt. Wir wissen aber nicht, ob es sich da um Briefe handelt, die auf Grund des Organisationsstatuts vom Parteivorstande gesandt werden, oder nur um freundliche Rippenstöße eines nicht ganz unbekannten Parteisekretärs. (Heiterkeit.) Mein Vorgänger in der „Fränkischen Tagespost" bekam mal solchen freundlichen Brief, weil er sich in einem Artikel gegen die Stellung Bernsteins zur Kolonialpolitik wandte. Es hieß in dem Brief, unser Standpunkt zur Kolonialpolitik sei veraltet. Ich bekam, als ich den Stuttgarter „Beobachter", der uns wegen der Verelendungstheorie angriff, anulkte, einen Brief, in dem gesagt war: ach, mit der Verelendungstheorie, das ist ja Unsinn! (Hört! hört!) Ein andermal bekam ich einen Brief aus der Kreuzbergstraße 30, weil ich nach dem Rücktritt Millerands einen Artikel veröffentlicht hatte, der nicht gerade von Lob gegen Millerand überfloß. In diesem Briefe wurde auseinandergesetzt, Millerand habe doch seine großen Verdienste usw. (Hört! hört!) Es wäre doch interessant, wenn man bei diesen Briefen, die ich gar nicht missen möchte, und die desto schöner, je gröber sie sind (Heiterkeit), unterscheiden könnte zwischen solchen, die vom Parteivorstand und solchen, die von dem Genossen Auer ausgehen. (Heiterkeit.)

Windhoff-Düsseldorf: Wir haben durchaus keinen Bock geschossen, als wir ein eignes Blatt gegründet haben. Das Kopfblatt hatte 1700—1800 Abonnenten, das eigne Blatt hat 3700—3800 Abonnenten, trotz Zank und Streit in den eignen Reihen. Vom Vorstand haben wir noch keinen Pfifferling bekommen. Während wir in der ersten Woche bei dem eignen Blatt ein Deficit von 1400 M. hatten, ist dies Deficit auf 50—60 wöchentlich heruntergemindert worden. Würde der Vorstand uns Hilfe leisten, würden wir rasch weiter kommen. Im Vorstand aber herrschte die Meinung, da mit der Fertigstellung der Düsseldorfer Ausstellung, wofür 12 000 Arbeiter thätig waren, die Abonnentenzahl sich um 2000 vermindern würde. Das ist nun durchaus nicht richtig gewesen. Durch die Parteipresse lief die Nachricht, daß der Parteigenosse Wasser in Düsseldorf sich das Eigentum der Düsseldorfer Genossen anzueignen versucht habe. Die „Düsseldorfer Volkszeitung" brachte die Notiz zuerst, wie ich annehme, in gutem Glauben. Dann übernahm sie der „Vorwärts". Ich konstatiere hier, daß an der Nachricht kein wahres Wort ist. Genosse Wasser wäre ja verrückt, wenn er sich dieses Eigentum aneignen wollte, das aus einigen Tausend Mark Schulden besteht. (Heiterkeit.)

Bömelburg-Hamburg: Das bedauerlichste Vorkommnis in der Parteibewegung ist wohl das, das sich in der letzten Zeit in Bochum zugetragen hat. Genosse Wolf, der den Standpunkt der Bochumer Genossen verteidigt hat, erklärte, daß eine Vereinbarung mit dem Parteivorstande sich nicht habe treffen lassen. Man ist in Bochum der Absicht des Parteivorstandes nicht gefolgt, der in Dortmund ein Centralorgan für die drei Wahlkreise Dortmund, Essen und Bochum wünscht. Dies Verhalten der Bochumer Genossen ist auf jeden Fall tief zu bedauern. Die Partei hat dort ungeheure Opfer gebracht, es ist ein großer Neubau, neue Schrift, neue Maschinen usw. angeschafft worden. Die

großen Summen sind aus allgemeinen Parteimitteln geflossen. Die Bochumer Genossen hätten also die Pflicht, diesen Opfern der Partei durch Unterstützung des Dortmunder Centralorgans Rechnung zu tragen. Wenn sich später herausgestellt hätte, daß in diesem Centralorgan die speciellen Interessen Bochums nicht genügend berücksichtigt werden könnten, so hätten die Bochumer Genossen auf dem nächsten Parteitag mit ihren Beschwerden kommen können. Die drei Wahlkreise Dortmund, Bochum und Essen sind gewissermaßen als ein einziger Ort zu betrachten, wir haben es dort mit einer rein industriellen Arbeiterbevölkerung zu thun, die politisch und wirtschaftlich die gleichen Interessen hat. Ich halte es für ausgeschlossen, daß ein besonderes Bochumer Blatt existenzfähig sein könne. Aber selbst, wenn das Blatt notdürftig über Wasser gehalten werden könnte, so würde doch keineswegs eine gute Zeitung dort hergerichtet werden können. Der einzige Redacteur, den man anstellen kann, kann doch nur mit der Schere arbeiten. Bei einem Centralorgan könnte man ganz ohne einen Zuschuß der Gesamtpartei auskommen und einen ausreichenden Redaktionsstab anstellen. Das Bochumer Vorgehen kann dahin führen, daß in diesem Bezirke zwei Parteiblätter sich gegenseitig Konkurrenz machen. Das Verhalten der Bochumer Genossen ist ein derartiges, daß sie keine Unterstützung der Gesamtpartei für ihre Interessen beanspruchen können.

Grunwald-Erfurt: Die Anträge der Erfurter Genossen betreffend die Einstellung der hohen Zuschüsse an einzelne Parteiblätter und Hergabe der Berichte des Vorstandes und der Fraktion als Beilagen zu den Parteiblättern bitte ich in dieser Art abzulehnen. Beide Anträge haben materielle Berechtigung, sind aber in der Form unpassierbar. Der zweite Antrag könnte erledigt werden durch die Protokolle, die wir natürlich nicht zu dem Selbstkostenpreis abgeben können, weil wir ja damit ein Geschäft machen müssen. Den zweiten Antrag bitte ich wenigstens dem Vorstand zur Erwägung zu überweisen. Die Reichstagswahlen haben ja nicht nur den Nachteil, daß sie die Centralkasse leeren, sondern auch den Vorzug, daß sie die Lokalkassen vorher ungewöhnlich füllen. Es giebt eine große Zahl von Wahlkreisen, die es mit ihrer Ehre nicht vereinbar halten, sich für die Wahlen von der Centralkasse einen Zuschuß geben zu lassen. Deshalb sind ihre Kassen gefüllt und sie können auch für ihre Kreise was thun. Außer der im Vorstandsbericht schon beklagten Zersplitterung der Vereine giebt es auch noch eine bedauerliche Zersplitterung der Litteratur und man kauft ohne positiven Nutzen leider auch Erzeugnisse, die durch die rote Farbe ihres Umschlages das zu ersetzen suchen, was ihnen vielleicht innerlich an echter roter Farbe fehlen mag. — Eine Bitte, die ich an den Parteivorstand zu stellen habe, geht dahin, es möge in Zukunft die Tagesordnung nicht schon gleich nach Schluß der parlamentarischen Arbeit, sondern erst kurz vor der öffentlichen Einberufung des Parteitages aufgestellt werden. Das ist schon nötig mit Rücksicht auf die oft recht schnell wechselnde politische Lage. Die Konferenz für die preußischen Landtagswahlen bitte ich möglichst frühzeitig einzuberufen, damit wir dann Zeit haben, uns auf die schwierige Technik der Wahlen gleichmäßig vorzubereiten. Noch auf einen Gesichtspunkt möchte ich hinweisen: Auer hat heute sehr richtig nachgewiesen, daß das Centrum ein ungeheures Maß von Sünden auf sich geladen hat. Das Material zur Bekämpfung dieser Partei ist also de facto vorhanden; aber die kleinen Agitatoren, die für die Partei so ungemein wichtig sind und auf die wir so stolz sein dürfen, wissen oft nicht, wo sie dieses Material zu suchen haben. Diese Genossen müssen deshalb aufgefordert werden, sich wichtige Artikel und Notizen auszuschneiden und für die Agitation aufzuheben. Ich schließe, indem ich nochmals betone, daß ich die Erfurter Anträge materiell für berechtigt halte, wenn sie auch wegen der Form nicht passieren können.

Adolf Hoffmann-Berlin: Auf jedem Parteitage hören wir Klagen über den ungeheuren Zuschuß für die Presse, auf jedem Parteitage wird gewarnt vor

unüberlegten Neugründungen. Das hat aber alles nichts genutzt. Deshalb empfiehlt sich vielleicht ein energischeres Mittel. Ich schlage vor, daß alljährlich auf dem Parteitage ein Ausschuß gewählt wird, der prüft, welche Blätter unterstützt werden sollen, und daß der Parteitag die Unterstützungen beschließt. Auer hat recht: die Genossen sagen sich eben, wenn wir festsitzen, setzen wir dem Vorstand die Pistole auf die Brust, dann muß er bewilligen. Es thut aber gar nichts, wenn ein Blatt, das nicht lebensfähig ist, schon im ersten Jahre zu Grunde geht, als daß es fortgesetzt unterstützt wird. (Sehr richtig!) Gerisch hat auch auf die 10 000 M. Deficit der „Neuen Zeit" hingewiesen. Ich glaube doch, daß sich dieses Deficit bei reger Agitation beseitigen läßt. Aber da stoßen wir auf einen alten Fehler. Wo eine Zeitung lebensfähig ist, da werden zwei und drei gegründet. Genau dasselbe gilt von der „Neuen Zeit" und dem andern Blatt. Bei diesem aber handelt es sich nicht um eine Parteigründung, sondern um ein Privatunternehmen. Da sollte aber für jeden Genossen nicht maßgebend sein zu sagen: Ich mag nicht für die „Neue Zeit" schreiben, sie gefällt mir nicht. Bringen Sie doch hier vor, was Sie an Aenderungen wünschen. (Sehr richtig!) Aber sorgen Sie nicht zu Gunsten eines Privatunternehmens dafür, daß das Deficit eines Partei-Organs größer wird. (Sehr richtig!) Ein großer Teil der Berliner Genossen steht auf dem Standpunkt von Berlin VI. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen, die die schwierige und gefährliche Kleinarbeit unentgeltlich leisten, besteht kein Unterstützungsfonds wie für die nicht ganz schlecht gestellten Angestellten der Partei-Unternehmungen, die die Versicherung schließlich selbst bezahlen können. (Sehr richtig!)

Lipinski-Leipzig: Die Unterstützungsgenossenschaft soll den gesamten Angestellten der Partei und Gewerkschaften zu gute kommen, es ist ein Einverständnis mit der Generalkommission der Gewerkschaften erzielt worden. Von den Beiträgen in Höhe von 6 M. monatlich zahlen die Gewerkschaften die Hälfte, einige zahlen den ganzen Beitrag. Nun ist gesagt, die Agitatoren sind ausgeschlossen. Aber die Genossenschaft ist doch gegründet worden auf Grundlage der Selbstversicherung der Mitglieder, es ist niemand ausgeschlossen, der in der Partei thätig ist, aber in irgend einem finanziellen Zusammenhang zur Partei muß der Betreffende doch stehen. Die Verwaltung hat gegen die Erweiterung des Rahmens der Genossenschaft gewiß nichts einzuwenden. Vor allem mußte jedoch einmal etwas geschaffen werden; wie notwendig das war, ersehen Sie aus der Thatsache, daß im Laufe eines einzigen Jahres sechs Genossen gestorben sind, für deren Witwen aus Vereinsmitteln über 2000 M. Sterbegeld gewährt sind. Wir sind mit dem Verlangen an die Parteiverlage herangetreten, Beiträge zu leisten, und in dankenswerter Weise ist diesem Verlangen Rechnung getragen durch Zuschüsse oder dadurch, daß man einen Teil der Beiträge leistete. Das liegt im Interesse der Partei selbst, die dadurch nur entlastet wird.

Singer: Ich habe den Vorredner nicht unterbrochen, da er sich auf Aeußerungen des Berichterstatters bezogen hat. Ich bitte aber dringend, die jetzige Debatte nicht dazu zu benutzen, um über alle vorliegenden Anträge zu verhandeln. Ein gewisser formeller Zusammenhang ist ja nicht zu leugnen; wenn wir aber alle Anträge jetzt debattieren, so entsteht eine Verwirrung, aus der sich kein Mensch mehr herausfinden kann. Es erscheint mir richtiger, die Bemerkungen bis zur Verhandlung der einzelnen Anträge aufzusparen; es ist ja nicht möglich, die Genossen zu hindern, über die Frage zu sprechen, ob Parteigenossen nur für Parteiblätter schreiben sollen. Aber die Frage der Umwandlung der „Neuen Zeit" muß auf alle Fälle aus dieser Debatte ausscheiden.

Zubeil-Berlin: Es ist jetzt und in Zukunft nicht mehr möglich, in dem Maße wie früher die eingegangenen Mittel in der Parteikasse anwachsen zu lassen. Die Anforderungen an die Partei sind von Jahr zu Jahr vermehrt

werden. Die kommunale Thätigkeit verzehrt einen großen Teil aller von den Parteigenossen aufgebrachten Mittel. Zu dieser Thätigkeit müssen erhöhte Mittel aufgewendet werden. Wir brauchen Mittel, um vorübergehende Hausbesitzer zu schaffen usw. Auch die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen wird die finanzielle Kraft der Partei stark in Anspruch nehmen. Auer hat mit Recht Verwahrung dagegen eingelegt, daß vom Parteivorstande der Gewerkschaftsbewegung irgendwelche Hindernisse in den Weg gelegt würden. Die heutige Gewerkschaftsbewegung nimmt einen großen Theil der Mittel in Anspruch, die früher an die Partei abgeliefert werden konnten. Die Gewerkschaftsbewegung hat vor allen Dingen ihre Teilnehmer in wirtschaftlicher Beziehung sicherzustellen, um dadurch erst die Teilnahme der Arbeiterschaft an dem politischen Kampf zu unterstützen. Die von Berlin, Hamburg und den andren großen Centren aufgebrachten Mittel müssen natürlich, wo es not thut, auch den Genossen in den kleinen Orten zu gute kommen, aber der Parteivorstand darf unter keinen Umständen Mittel für solche Unternehmungen ausgeben, wie wir es leider heute wieder durch den Bericht des Parteivorstandes zu hören bekommen haben. Wenn Bochum recht haben soll, hätten wir dasselbe Recht für die ländlichen Kreise um Berlin, für die auch der „Vorwärts" nicht das ausschlaggebende Organ ist. Auch dort müssen wir den Wahlkampf mit Broschüren, Flugblättern usw. führen, ohne besondere Vorortzeitungen zu besitzen. Wir sind aber trotzdem mit dem „Vorwärts" zufrieden, der ja in erster Linie in Berlin dominierend ist. Man kommt jetzt dahin, daß man den Wahlkampf an keinem Orte führen zu können erklärt, wo wir nicht ein eignes Partei-Organ besitzen. Ich bitte unsern Parteivorstand und speciell unsern Finanzminister (Heiterkeit), noch weit mehr als bisher in dieser Beziehung die Hand auf die Kasse zu legen. Noch eins. Es berührt schmerzlich, wenn man sehen muß — Sie sehen die roten Hefte dort auf dem Tisch —, daß selbst derjenige Parteigenosse, der in seinem Vorstandsbericht Klage darüber führte, daß die „Neue Zeit" ein Deficit habe, an der Spitze des neuesten Heftes dieser Zeitschrift seine geistige Arbeit niederlegt. Man zwingt uns, wenn wir heute die geistige Arbeit vieler gebildeter Parteigenossen, die schriftstellerisch thätig sind, kennen lernen wollen, Privatunternehmungen zu unterstützen und damit Partei-Unternehmungen willig oder widerwillig untergraben zu helfen. Ob etwas Derartiges von leitender Stelle richtig ist, das mögen die Parteigenossen selbst beurteilen.

Singer: Nachdem die Diskussion den Verlauf genommen hat, daß über Mitarbeit an nicht-sozialdemokratischen Organen gesprochen wird, halte ich es für richtig, den Antrag 16 Augsburg mit zur Diskussion zu stellen, worin die Erwartung ausgesprochen wird, daß Polemiken von Parteigenossen, die an Artikeln von Partei-Organen oder im Parteiverlage erscheinenden Zeitschriften oder Broschüren geknüpft werden, wiederum in Partei-Organen usw. gepflogen werden. — Der Antrag wird genügend unterstützt. Die Umwandlung der „Neuen Zeit" ist einer besonderen Diskussion vorbehalten.

Richard Fischer-Berlin: Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um auf einige Aeußerungen von Braun zu erwidern. Braun meint, die Tendenz des Antrages Nürnberg ginge nur dahin, den Genossen eine Uebersicht darüber zu geben, wie viel unnötige und unmögliche Anträge gestellt werden; und er hat sich auf den Wunsch der Dresdener Genossen berufen, daß jeweils am Schluß der Protokolle eine Zusammenstellung der angenommenen Anträge erfolgen solle. Es wäre vielleicht kein Unglück, wenn die Genossen, die solche Anregungen geben, mal ab und zu die Protokolle anschauen (Sehr gut!), sie werden dann finden, daß diese Anregungen bereits seit 1893 zur Thatsache geworden sind. Es findet sich am Schluß nicht nur eine Zusammenstellung der angenommenen Anträge, sondern es wird auch Auskunft über das Schicksal jedes einzelnen Antrages ertheilt.

W. Heine-Berlin: Ich würde das Wort nicht ergriffen haben, wenn mich nicht Hoffmann mit seinem Vorstoß dazu genötigt hätte. Er findet, daß die „Sozialistischen Monatshefte", deren Mitarbeiter ich ja auch bin, der Parteilitteratur Konkurrenz machen. Mag sein, aber ob gerade Hoffmann geeignet ist, das zu rügen, das erscheint mir zweifelhaft. Ich möchte ihm doch ins Gedächtnis rufen, daß er seit 10 Jahren einen höchst lukrativen Verlag betreibt, der der Parteilitteratur ganz erhebliche Konkurrenz macht. (Sehr gut.) Ich mache ihm das nicht zum Vorwurf, das ist sein gutes Recht, aber das Recht, das er persönlich für sich in Anspruch nimmt, muß er auch andren lassen. Zubeil hat sich zum Sprachrohr der Angriffe gegen Auer gemacht, die in verschiedenen Blättern erschienen sind. Ein Blatt hat geschrieben, es wäre ja interessant, daß dem Parteisekretär Auer die Mitarbeit in der „Neuen Zeit" nicht viel wert sei. Wir wollen doch mal die Sache umdrehen. Wie viel ist denn der „Neuen Zeit" die Mitarbeit der Genossen wert, die jetzt in den „Monatsheften" schreiben? Glauben Sie denn, daß wir, die wir für die „Monatshefte" schreiben, so darauf versessen sind, unsre Artikel irgendwo abzuladen? Glauben Sie denn, ich gehe zu Bloch, und bitte ihn um Gotteswillen, einen Artikel von mir aufzunehmen? Nein, umgekehrt, wir alle schreiben nur, wenn uns dieser unausstehliche Redacteur der „Monatshefte" das Haus einläuft und sagt: Hier ist eine wichtige Frage; darüber müssen Sie schreiben! Dann läßt man sich schließlich breit schlagen. (Gelächter.) Ja, so ist es. So verfährt eine gute Redaktion, und wenn die Redaktion der „Neuen Zeit" die Mitarbeit von Genossen haben will, so mag sie sich darum bemühen. (Widerspruch.) Der Antrag Augsburg richtet sich direkt gegen Bernstein, der die im Verlage des „Vorwärts" erschienenen Broschüren von Kautsky in den „Monatsheften" kritisiert hat. Ich finde das ungerecht, der ganze Streit zwischen Bernstein und Kautsky hört am besten auf. Aber in *diesem* Fall war Bernstein der Angegriffene, denn diese Kautsky'schen Broschüren sind ja gar nicht zur Agitation gegen den äußeren Feind geschrieben, sondern sie dienen zu neun Zehnteln der Agitation gegen den inneren Feind, der Widerlegung sogenannter Irrlehren, sie sind so halbe Enchyklika, halb Walderseebüchlein zur Einpaukung guter und Unterdrückung schlechter Gesinnung. Das Deficit der „Neuen Zeit" bedauere ich, ich erkenne an, daß das offizielle Organ gewisse Rücksichten zu nehmen hat und daß dadurch die Stellung der Redaktion erschwert wird. Aber zu den Rücksichten, die genommen werden müssen, gehört auch die auf die Einheit der Partei. Nach meiner Meinung nimmt Kautsky mehr Rücksicht auf die Einheitlichkeit der Anschauungen, er treibt es sogar bis zur Einseitigkeit, und darunter leidet allerdings die Aktionseinheit der Partei. Die Redaktion der „Neuen Zeit" geht offenbar immer davon aus, daß es nur eine richtige Ansicht giebt, alle andern Ansichten seien falsch, die richtige müsse propagiert, die falsche bekämpft werden. Wenn der Redaktion der „Neuen Zeit" etwas zugesandt wird, was ihr nicht ganz richtig erscheint, so wird sofort das Schwänzchen, die Meinung der Redaktion, angehängt. Das paßt nicht jedem. Mir persönlich ist es allerdings noch nie passiert. Ich schicke das voraus, um jeden Einwand nach der Richtung hin abzuschneiden. Wir haben gehofft, es würde eine Aenderung eintreten. Nun, die Form der „Neuen Zeit" hat sich ja auch geändert, aber daß sich die Einseitigkeit nicht ändern würde, das haben wir gewußt, seitdem Kautsky in Lübeck die Zumutung, mehrere Richtungen zu Worte kommen zu lassen, zurückgewiesen hat mit der höhnischen Bemerkung, das wäre litterarisches Ueberbrettltum. Mich persönlich berührt das ja nicht. Wenn ich die „Neue Zeit" für einen geeigneten Resonanzboden hielte, so würde ich auch dafür schreiben, denn mich läßt auch die ganze papierne Fehde gegen einen künstlich zurecht gemachten Revisionismus kalt. Indeß, denen, die in der „Neuen Zeit" persönlich angegriffen sind, kann man es nicht verdenken, wenn sie nicht dafür schreiben wollen, und es ist eine ungehörige Zumutung, sie dazu

zwingen zu wollen. Ebenso ungehörig ist es, ihnen zu verbieten, für ein andres Blatt zu schreiben, das von Sozialdemokraten gegründet ist, von Sozialdemokraten redigiert und geschrieben wird, sofern es ein anständiges Blatt ist. Noch weiter geht der Antrag, daß man Schriften, die im Parteiverlag erschienen sind, nur in offiziellen Parteiblättern kritisieren dürfe. Das ist doch ein reines Maulkorbgesetz im Interesse des Parteibuchhandels und der offiziellen Parteilehren. (Zustimmung und Widerspruch.) Wohin soll denn das führen? Ueberhaupt geht mir diese Sanktion von allem, was parteioffiziell ist, denn doch zu weit. Das ist nichts als eine bureaukratische Engherzigkeit, abgeguckt unsren schlimmsten Feinden. Wäre der Antrag von nordwärts der Mainlinie gekommen, so würde jeder denken: das ist so der preußische Bureaukratismus, der sich da breit macht. Nun stammt er von südlich der Mainlinie; es scheint, die Verpreußung Bayerns hat schon ganz erhebliche Fortschritte gemacht. (Sehr gut und Heiterkeit). Wollen die Bureaukraten die freie Kritik beschränken, so ist das ihre Sache; für uns bedeutet solche Censur ein Verkennen der Art der geistigen Arbeit, eine Geringschätzung der Freiheit der geistigen Arbeit. Als Zeugen dafür kann ich Kautsky selbst anführen.

Kautsky erörtert in seiner Broschüre „Am Tage nach der sozialen Revolution" S. 42, 43 die Frage, wie in der sozialistischen Gesellschaft der Zeitungsbetrieb möglich sei. Er bemerkt, daß die kapitalistische Seite des heutigen Zeitungsbetriebes nur durch Staatsbetrieb ersetzt werden könnte, und weist dann auf die Gefahren hin, die mit einer solchen Verstaatlichung verbunden sein würden. Er sagt: „Muß dann nicht die staatliche Centralisation eines so großen und wichtigen Teiles des geistigen Lebens es mit dem schlimmsten bedrohen, was ihm passieren kann, mit Einförmigkeit und Stagnation?" Man sieht, unser Freund kennt sich aus, er redet aus eigner Erfahrung. (Heiterkeit.) Er fährt fort: „Kann man das geistige Leben von Majoritätsbeschlüssen abhängig machen? Wurde nicht jede neue Wahrheit zuerst nur von einer Minorität erfaßt und verfochten?" Kautsky meint: „Hier liegt wohl ein ernsthaftes Problem vor, aber kein unlösbares." Und als Lösung erscheint ihm die Thätigkeit freier Vereinigungen, die der Wissenschaft und dem öffentlichen Leben dienen und Produktionen auf diesen Gebieten fördern wollen. Also, Kautsky denkt nicht daran, daß man Schriftstellern in der zukünftigen Gesellschaft verbieten könnte, in andern als den offiziellen Staats-Zeitschriften ihre Arbeiten zu veröffentlichen. Aber ich meine, die geistige Freiheit, die wir in der Zukunft haben wollen, wollen wir auch in der Gegenwart für uns beanspruchen. Die „Soz. Monatshefte" sind seiner Zeit gegründet worden aus diesem Gesichtspunkt heraus, lediglich um für freie Diskussion über alle Fragen des Sozialismus einen Boden zu schaffen, der nicht durch offizielle Rücksichten eingeengt wird; sie sind von den jungen Leuten mit großen Opfern erhalten worden, sie haben nach und nach eine gewisse Bedeutung erlangt, und Sie können niemand zumuten, daß man ein solches Unternehmen lediglich der offiziellen Partei-Organisation zuliebe einstellt. Das würde heißen, die Partei geistig verarmen. (Beifall und Zischen.)

Schmidt-Düsseldorf: Ich hatte nicht die Absicht, die leidigen Düsseldorfer Preßverhältnisse zu erörtern. Aber die Sache ist von Auer berührt worden und deshalb muß ich darauf zurückkommen. Unser sehr gut fundiertes Kopfblatt ist unter gewissen Umständen in ein täglich am Orte erscheinendes Organ umgewandelt worden. Wir haben das größte Elend deshalb durchkosten müssen und sahen uns nun veranlaßt, da wir eines der beiden Unternehmen aufgeben mußten, die Buchhandlung aufzulösen. Ich möchte nun noch den Ausführungen des Genossen Windhoff aus Düsseldorf entgegentreten betreffs der Angelegenheit des Verlegers Wasser. Wasser hat sich in der That der Einwirkung der Preßkommission entzogen, wodurch nicht nur allein wir, sondern auch eine ganze

Anzahl Gläubiger geschädigt worden sind. Eine Wiederherbeiführung der früheren Verhältnisse wäre für uns ein Rückschlag von 1000 bis 1500 Abonnenten. Wir würden dann auch mit einem demokratischen Konkurrenzorgan zu rechnen haben. Da der Parteivorstand den Düsseldorfer Wahlkreis selbst für sehr wichtig hält, so soll er uns auch die Waffen nicht entziehen, die wir haben müssen, um ihn zu halten.

Bernstein-Berlin: Ich will die Debatte nicht auf das Gebiet des Persönlichen ausarten lassen, sondern nur allgemeine Gesichtspunkte beleuchten. Schon Genosse Grunwald hat es für nötig gehalten, von einer Zeitschrift zu reden, die nur äußerlich mit der Partei zusammenhänge und unter der äußeren Hülle ihres roten Umschlages verdeckt, was ihr an innerer Gesinnung abgehe. Es ist ganz klar, daß damit kein andres Blatt gemeint war als die „Sozialistischen Monatshefte". Dagegen protestiere ich ganz entschieden. Die „Sozialistischen Monatshefte" werden redigiert von einem Parteimitglied, von einem enragierten Parteigenossen dem Genossen Bloch, der seit Jahren der Partei angehört und so selbstlos für die Partei wirkt, wie es nach seiner besten Ueberzeugung überhaupt nur der Fall sein kann. Das sollte Grunwald bekannt sein. Die „Soz. Monatshefte" werden von einem Parteigenossen redigiert, und es schreiben für diese Zeitschrift nur Sozialisten, die der Sozialdemokratie angehören. Hoffmann hat davon gesprochen, die „Neue Zeit" sei das Partei-Organ, die „Soz. Monatshefte" ein Privatorgan. Ist nun die „Neue Zeit" in der That das Partei-Organ? Die „Neue Zeit" ist von der Partei als wissenschaftliche Revue anerkannt, das ist richtig. Die Partei kommt, was ihr nur zur Ehre gereicht, für das Deficit der „Neuen Zeit" auf. Aber wird die „Neue Zeit" als Partei-Organ, als Organ der Partei redigiert? Ganz selbstverständlich wird die „Neue Zeit" so redigiert, wie es ihrem Redacteur im Partei-Interesse am besten zu sein scheint. An seiner Ehrlichkeit der Gesinnung will ich nicht den geringsten Zweifel erheben. Aber wie weit ist sein Gesichtskreis? Ist sein Gesichtskreis so weit, wie derjenige des Redacteurs eines Organs einer so großen Partei sein muß? Ich sage nicht, daß die „Neue Zeit" darin unrecht hat, daß sie Ansichten kritisiert, die dem Redacteur falsch zu sein scheinen, das ist ihr Recht und ihre Pflicht. Es werden aber in der „Neuen Zeit" immer und immer wieder eine Anzahl von Parteigenossen angegriffen, die einen Standpunkt vertreten, der in der Sozialdemokratie insofern ein anerkannter ist, als diese Parteigenossen seit Jahrzehnten viele seit einem Menschenalter in der Partei wirken, als sie Vertrauensposten innerhalb der Partei ausfüllen. Wenn jemand nur die „Neue Zeit" läse, so müßte er bestimmte Vertreter der Partei für ganz falsche und elende Kerle halten. (Lebhafte Zurufe: Oho! Beweise, Beweise!) Also der Beweis! Ich mache dem Redacteur der „Neuen Zeit" als Menschen durchaus keinen Vorwurf. Aber was bedeutet es, wenn dort in höhnender, spottender Weise mit dem Worte „Revisionismus" operiert wird? Was wird darunter verstanden? In der letzten Nummer der „Neuen Zeit", in der Parteitagsnummer, werden Sie einen Artikel finden: „Die neue Methode", von einem jungen Mann, einem Parteigenossen geschrieben, dessen hervorragendste Eigenschaft bisher die gewesen ist, daß er der Erbe eines großen Namens ist. Mit einer Hochmütigkeit, wie man sie einem jungen Burschen allenfalls verzeihen kann, mit einer Anmaßung, in hochtrabender Weise, die vielleicht jemand, der sehr viel geleistet hat, zusteht, wird da von oben auf den „revisionistischen Aufkläricht" geschimpft. (Große Unruhe.) Der Artikel stammt von dem Genossen Karl Liebknecht und richtet sich gegen Jaurès und mit ihm gegen die ganze revisionistische Richtung. (Zuruf: das ist Ihr Standpunkt!) Wenn Genosse Karl Liebknecht irgend eine bestimmte Auffassung, eine Theorie bekämpft, mag er es thun mit so scharfen Worten wie er nur will, aber eine ganze Anzahl von Parteigenossen so von oben herab abzufertigen, Parteigenossen, die weit länger als er im Dienste der Partei stehen,

das steht ihm nicht zu. (Zurufe: Preßfreiheit!) Ich höre das Wort „Preßfreiheit". Wenn Genosse K. Liebknecht ein eignes Organ gründete, so wäre nichts dagegen zu sagen; aber wenn die „Neue Zeit" das Organ der Partei sein will, muß es einen gewissen Takt innerhalb der Partei wahren (Große Unruhe), eine solche Form der Diskussion innehalten, daß man noch als Mensch zu Menschen, als Genosse zu Genossen mit einander verkehren kann. Das ist aber bei einer solchen Art der Diskussion nicht möglich. Wir sind alle der Kritik unterworfen, aber wohin sollen solche Diskussionen führen? Ich könnte noch andre Beispiele anführen. Der Genosse Rollwagen-Augsburg ist zu seinem Antrage veranlaßt worden offenbar durch den Artikel „Hie Kautsky, hie Bernstein", der durch eine ganze Reihe von Parteiblätter gegangen ist. Es handelt sich dabei um meine Kritik von Kautskys Schrift in den „Sozialistischen Monatsheften". Ich bin in dieser Sache nicht angeklagt, sondern der Ankläger. Daß Kautsky die Broschüren geschrieben hat, wird ihm natürlich, wie sie auch sein mögen, niemand verübeln können. Kautsky ist offenbar von der Meinung ausgegangen, daß seine eine Broschüre bis zu einem gewissen Punkte neue Ansichten über die Auffassung der Revolution entwickle. Das ist sein gutes Recht, das ist sogar ein Verdienst. Das macht seine Broschüre im ganzen zu einer Aufklärungsschrift innerhalb der Partei, aber nicht zu einer propagandistischen Broschüre zur Vertretung von Partei-Interessen. Es handelt sich darum, wie sich Kautsky die Entwicklung vorstellt. Ich habe nichts dagegen, daß solche Broschüren geschrieben werden. Aber Kautsky hat unzweifelhaft in der Broschüre indirekt, aber doch ziemlich verständlich gegen eine Richtung polemisiert — (lebhafte Zurufe: Das war sein Recht!) — selbstverständlich war das sein gutes Recht — er hat theilweise gegen mich polemisiert. Also die Broschüre entwickelt erstens neue Ansichten und zweitens war sie polemisch gerichtet. Das hat auch die „Leipziger Volkszeitung" bestätigt in einem Artikel, der unzweifelhaft von einer Person, die Kautsky sehr nahe steht, herrührt, von der Genossin Rosa Luxemburg. Darin ist von dem „Gefackel und Gewackel der Revisionisten" die Rede, und es wird gesagt, daß die Kautsky'sche Broschüre wie ein frischer Wind in den Nebel des Revisionismus hineinfahre. Da war doch eine Provokation vorhanden, darauf zu antworten. Darauf habe ich geantwortet in der Zeitschrift, an der ich gewöhnlich arbeite, seitdem ich aus der „Neuen Zeit" ausgetreten bin. Warum ich Letzteres that, widerstrebt mir, auseinanderzusetzen; es waren Meinungsverschiedenheiten da, ich mußte herausgehen. Ich habe also meine Ansichten in den „Sozialistischen Monatsheften" entwickelt. Der Artikel ist zwar scharf, aber nirgends werden die Motive und die Ehrlichkeit Kautsky's verdächtigt. Was dann vom „Offenbacher Abendblatt" geschrieben wurde, ist die reine Verdrehung der Thatsachen. Trotzdem haben zahlreiche Parteiblätter den Artikel abgedruckt, einzelne offenbar, ohne meinen Artikel zu kennen. Ich bin stets für Freiheit der Diskussion eingetreten, und ich muß entschieden dagegen protestieren, daß irgend ein Versuch gemacht wird, in dieser Weise, weil vielleicht ein paar gegnerische Blätter davon Notiz genommen haben, einer Diskussion, die durchaus sachlich geführt wurde, ein Ende zu bieten. (Beifall und Zischen.)

Bebel: Ich bin mit Bernstein ganz darin einverstanden, daß nicht nur er, sondern wir alle auf das Energischste dagegen zu protestieren hätten, wenn irgendwo in der Partei der Versuch gemacht würde, freie Meinungsäußerungen zu verhindern. (Sehr gut!) Die Dinge werden heute so dargestellt, als sei in der Partei eine Richtung vorhanden, die irgend eine andere Richtung oder eine Minorität unterdrücken wolle. Das ist nach meiner Ueberzeugung das bitterste Unrecht, das man gegen die Partei in ihrer Gesamtheit schleudert (Sehr richtig!) Denn dieser Vorwurf würde sich nicht gegen einzelne Personen in ihrer Eigenschaft als Redakteure richten, sondern gegen die Gesamtpartei;

speziell gegen die Parteitage, die ja dann ein derartiges Treiben, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, gebilligt hätten. Das ist aber nicht geschehen, und insofern Jemand Ursache zu haben glaubt, sich über eine Person, also im vorliegenden Falle über den Redakteur der „Neuen Zeit" beschweren zu müssen, weil er sich zurückgesetzt fühlt, so giebt es in der Partei Instanzen, an die diese Beschwerden zu richten sind. (Sehr richtig!) Die letzte Instanz ist der Parteitag. Ich bin weit entfernt, das Verfahren von Kautsky als Redakteur ohne Weiteres zu billigen, ich erinnere an meinen nach dem Lübecker Parteitag in der „Neuen Zeit" erschienenen Artikel, worin ich das ausdrücklich ausgesprochen und hinzugefügt habe, wer Ursache zu haben glaubt, sich über den Redakteur eines offiziellen Blattes zu beschweren, der weiß auch die Stellen, an die er sich zu wenden hat. Bisher sind an die betreffenden Organe, in erster Linie an den Parteivorstand, keinerlei Beschwerden gekommen (Hört! hört!) und ich konstatiere, daß auch auf dem Parteitag wohl Klagen laut geworden, aber keine Beschwerden vorgebracht sind. Wie stehen wir nun zu der Presse im Allgemeinen? Es giebt keinen einzigen Genossen, der die Meinungsfreiheit in der Partei beschränken will. (Sehr richtig!) Es giebt keine Partei unter allen, die existiren, in der die Meinungsfreiheit so ungehindert zum Ausdruck kommen kann, wie in der Sozialdemokratie. Aber Bedingung ist, daß die Presse, die im Dienste der Partei steht, auch der Kontrolle der Funktionäre unterstellt ist. Das ist klar im Organisationsstatut ausgesprochen. Nach dieser Richtung hin stehen die „Sozialistischen Monatshefte" außerhalb der Partei. Als seiner Zeit die Herausgeber des Vorgängers der „Sozialistischen Monatshefte", des „Soz. Akademikers", an den Parteivorstand den Antrag stellten, den „Sozialistischen Akademiker" als Partei-Organ anzuerkennen und in das Verzeichniß der Parteiblätter aufzunehmen, da lehnte der Parteivorstand diesen Antrag einstimmig ab. (Hört! Hört!) Nun ist die „Neue Zeit" offiziell anerkanntes Partei-Organ, das Blatt ist aus Parteimitteln direkt und indirekt unterstützt, denn die ganzen Opfer, die die „Neue Zeit" erfordert hat, wären, wenn sie nicht hierfür gebracht wären, sonst in andrer Weise der Partei zu gute gekommen. (Sehr wahr!) Nachdem nun seit drei Jahren das Blatt offiziell in das Eigenthum der Partei übergegangen ist, hat sich der Parteivorstand veranlaßt gesehen, nachdrücklichst die Genossen aufzufordern, für die Verbreitung einzutreten. Ja, wenn ein derartiger Erlaß vom Parteivorstand kommt, und auf der anderen Seite die berufensten Angehörigen der Parteivertretung sich freiwillig außerhalb des Organs stellen und selbst die wiederholten Aufforderungen des Redakteurs der „Neuen Zeit" zur Mitarbeit unbeachtet lassen, so lasse ich es dahingestellt, wie man ein solches Verfahren zu beurtheilen hat. Die Personen, die Heine gemeint hat, sind alle wiederholt von dem Redakteur der „Neuen Zeit" bis in die letzten Monate aufgefordert, zu schreiben, sie haben es nicht gethan. (Hört! hört!) Darüber, daß ein solches Verhalten der betreffenden Personen notwendigerweise demoralisirend wirken muß, kann doch kein Zweifel sein. Wenn ein außerhalb der Partei stehendes Organ in so provokatorischer Weise von sehr hervorragenden Genossen unterstützt wird, was muß das für einen Eindruck machen, und was hat es denn auf der anderen Seite für einen Sinn, die Parteigenossen zur Unterstützung der „Neuen Zeit" aufzufordern, damit das Defizit aufhört? Heine meint, es sei im Interesse der Vermeidung der Stagnation notwendig, solch' Blatt zu haben. Das heißt also, daß bis zu dem Augenblick, wo die „Sozialistischen Monatshefte" gegründet sind, eine Stagnation in der Partei herrschte. (Heine: Das heißt es nicht!) Das wird doch im Ernst kein Mensch behaupten wollen. Sollte der Versuch gemacht werden, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, so wären die im Organisationsstatut vorgesehenen Instanzen da, um einzugreifen. Die „Sozialistischen Monatshefte" aber stehen außerhalb der Partei, sie haben außerhalb der Partei stehen wollen, sie haben

nicht den Versuch gemacht, sich in den Parteirahmen einzufügen. Ich mache ihnen daraus keinen Vorwurf, aber das muß klargestellt werden, um einmal die Grenzen für das, was als Parteipresse angesehen werden kann, zu ziehen. Heine sagt, die „Sozialistischen Monatshefte" seien gegründet worden, um die Diskussionsfreiheit in der Partei zu ermöglichen. Das heißt wieder, daß dieselbe irgendwo beschränkt ist, und bis zum Beweis des Gegentheils bestreite ich das auf das Entschiedenste.

Nun sind die Dinge soweit gediehen, daß Bernstein das Wort Revisionismus schon als eine Verhöhnung auffaßt. (Widerspruch von Bernstein.) Ja, erlaube mal, mein lieber Bernstein, das Wort Revisionismus ist nicht von den Dogmatikern erfunden worden, das Wort habt Ihr ja selbst erfunden. (Zuruf: Schoenlank!) Ich habe das Wort in Eurer Presse zuerst gelesen, und wie es eine Beleidigung sein soll, wenn man eine bestimmte Richtung — und eine solche ist es doch (Bernstein: Nein!) — als Revisionismus bezeichnet, das kann ich nicht verstehen. Geschieht denn nicht bei Euch dasselbe? Wollt Ihr behaupten, daß Ihr in Eurer Presse uns nicht angreift? Sind wir nicht die Dogmatiker, sind wir nicht die Prinzipienreiter? Bin ich nicht in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte" persönlich angegriffen worden? Ich habe nichts dagegen einzuwenden, denn es ist doch selbstverständlich, daß bei Meinungsverschiedenheiten ein Schießen herüber und hinüber stattfindet. Man ist weiter dazu übergegangen, von den Kautsky'schen Broschüren zu behaupten, sie seien aufklärend, aber nicht propagandistisch. Was ist das für eine Tüftelei? Jede aufklärende Schrift wirkt propagandistisch, aber einerlei, was die Kautsky'sche Schrift ist, ob nur aufklärend und nicht propagandistisch oder beides, das ist ja ganz gleichgültig. Es sind zwei durchaus sachlich gehaltene Broschüren, in denen auch nicht in einer einzigen Zeile irgend eine Bemerkung enthalten ist, die man wirklich als beleidigend ansehen kann, man müßte denn eine sehr feine Haut haben. Wenn solche Broschüren von der anderen Seite auf den Index gesetzt werden, kann man doch nicht fernerhin von Preßfreiheit reden. Denn wenn Ihr ein Recht habt, Eure Meinung vorzutragen, hat auch die andere Richtung das Recht, und nur das ist in der Kautsky'schen Broschüre geschehen.

Im höchsten Grade bin ich überrascht, wie der Artikel von Karl Liebknecht eine Kritik finden konnte, wie sie ihm Bernstein hat widerfahren lassen. Ich habe den Artikel mit großem Interesse gelesen, es war eine der ersten Arbeiten, die ich von Karl Liebknecht gelesen habe, ich habe gefunden, daß der junge Mann eine schneidige Feder führt, und das hat mich gefreut. Aber ich bestreite entschieden und bitte den Beweis zu führen, daß darin auch nur eine beleidigende Zeile ist. Wie ist der Artikel entstanden? Jaurès hat aus der Veröffentlichung des Nachlasses von Liebknecht im „Vorwärts" versucht, diesen für die revisionistische Richtung auszuschlachten. Und dagegen wehrt sich der Sohn, der auf dem Standpunkt seines Vaters steht; er sagt: Hände weg, der Alte ist mein Vater, der gehört nicht zu Euch. Und darin hat er vollständig recht. (Stürmischer Beifall.) Wenn also der Sohn Liebknecht's den Vater, der leider nicht mehr antworten kann — und ich sage, wenn er antworten könnte, die Antwort des Alten würde noch ganz anders geklungen haben (Lebhafte Zustimmung), darauf könnt Ihr Euch verlassen — wenn der Sohn den Vater in Schutz nimmt, so ist das etwas ganz Selbstverständliches. Noch einmal: es ist keine Zeile in dem Artikel, die die Gegner als Beleidigung, als Verhöhnung, als Herabsetzung ansehen könnten. Man hat also keine Ursache, sich in dieser Beziehung zu beschweren.

Es ist ja außerordentlich bedauerlich, daß wir eine solche Debatte haben, die vor einigen Jahren einfach unmöglich gewesen wäre. (Sehr richtig!) Mit den Gegensätzen innerhalb der Partei, die nun einmal vorhanden sind und mit denen wir zu rechnen haben — darüber wird sich Keiner täuschen —, ist erst

diese Art der Polemik in die Partei hineingekommen. Hüben und drüben sind Fehler gemacht worden, und wenn die Diskussion den Erfolg hätte, daß man sich auf beiden Seiten vergegenwärtigte, daß wir Genossen einer und derselben Partei sind, daß wir deshalb auch nothwendigerweise gewisse Rücksichten zu nehmen haben, so wäre das ein großer Vortheil.

Auf der anderen Seite ist es bedauerlich, daß die Dinge dahin kommen konnten, daß ein ganzer Theil hervorragender Parteigenossen, ohne von dem ihnen zustehenden Beschwerderecht genügend Gebrauch zu machen, sich ohne weiteres in ein außerhalb der Partei stehendes Organ geflüchtet hat und dort schreibt zum Gaudium der bürgerlichen Presse (Widerspruch und Zustimmung), die unausgesetzt aus dieser Thatsache Kapital gegen die Partei schlägt. Nach dieser Richtung hin Wandel zu schaffen, sollte sich jeder Parteigenosse angelegen sein lassen. Ich wünsche nicht, daß wir ein zweites Mal nöthig haben, eine ähnliche Diskussion, die dann eine sehr viel schlimmere Gestalt annehmen würde, auf einem Parteitage führen zu müssen. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

Dr. David-Mainz: Bebel hat wiederholt erklärt, es sei niemand mundtodt gemacht worden in der „Neuen Zeit", es sei für die Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte" nicht nothwendig gewesen, aus der „Neuen Zeit" zu flüchten. Bebel irrt in dieser Beziehung. Es haben in der That Mundtodtmachungen stattgefunden. Ich bitte dies zunächst als Thatsache anerkennen zu wollen. (Zuruf: Ohne Beweis nicht!) Den Beweis hat ja Bernstein für sich geführt, ich will ihn, da Sie es provoziren, für meine Person auch führen. Ich habe seiner Zeit anläßlich der Agrardiskussion, die mich wiederholt in Gegensatz zu Kautsky gebracht hat, der „Neuen Zeit" nach dem Erscheinen des Kautskyschen Buches über die Agrarfrage im Februar eine aktuelle Kritik des Buches zugesandt. Die „Neue Zeit" hat wegen Raummangels diese Kritik erst im Oktober desselben Jahres gebracht. (Zuruf: Na also!) Unmittelbar nach der Drucklegung meiner Kritik erfolgte die Antwort des Genossen Kautsky. Als ich auf diese Replik, die sehr scharfe persönliche Ausfälle enthielt, erwiderte, bekam ich die Mitteilung, meine Erwiderung würde aufgenommen werden, ich möge mich aber noch längere Zeit gedulden. (Zuruf: Beschwerde-Instanz!) Beschwerde-Instanz — mit diesem Argument hat ja auch Bebel seinen Vorwurf weiter zu begründen gesucht. Man konnte aber damals wohl selbst formell noch keine Beschwerde beim Parteivorstand einreichen, denn der Redakteur der „Neuen Zeit" stand durchaus nicht in dem Verhältniß zum Parteivorstand, daß letzterer ein Eingriffsrecht oder die Oberaufsicht über seine redaktionelle Thätigkeit hätte ausüben können. (Sehr richtig!) Eine solche Oberaufsicht ist auch gar nicht möglich. Sie werden es aber doch begreifen, daß einem auf diese Weise das Gefühl beigebracht wird, daß die Mitarbeit an der „Neuen Zeit" nicht sehr gern gesehen wird, wenn man auf diese Weise gewissermaßen hinausgegrault wird. Man kann einem gewiß keinen Vorwurf daraus machen, wenn man nun seine Meinung an andrer Stelle zum Ausdruck zu bringen sich anschickt. Die „Sozialistischen Monatshefte" sind seiner Zeit gegründet worden, um in den Kreisen der Studenten Propaganda zu machen; das Blatt ist gewissermaßen hervorgegangen aus dem „Sozialistischen Studenten" und ist damals mit großen Opfern gehalten worden. Auch an den „Sozialistischen Monatsheften" ist die Mitarbeit lange Zeit hindurch unentgeltlich gewesen, auch heute noch werden mit diesem Blatte Geschäfte in keiner Weise gemacht, es bedeutet auch heute noch ein finanzielles Opfer. Wenn man die Sache von der finanziellen Seite nimmt, wie es Hoffmann gethan hat, und behauptet, die „Sozialistischen Monatshefte" seien schuld daran, daß die „Neue Zeit" nicht florire, so ist das ganz hinfällig. Man müßte dann in die Finanzfrage der „Neuen Zeit" einmal eintreten. Dann würde vielleicht die Thatsache, daß die „Neue Zeit" finanziell nicht so florirt, wie sie wohl könnte, doch ein anderes Gesicht gewinnen. Jedenfalls erfordern

die „Sozialistischen Monatshefte" nicht annähernd die Ausgaben wie die „Neue Zeit". Dieses Blatt war nothwendig; seine Bedeutung hat sich ganz natürlich daraus entwickelt, daß diejenigen, die die unter dem Namen Revisionismus zusammengefaßten Anschauungen vertreten, sich ein Organ schaffen mußten, in dem sie ihre Meinung ungehindert niederlegen konnten. Dies Organ hat auch jeder Zeit unter der Kontrolle der Partei gestanden; das Argument Bebels, die „Sozialistischen Monatshefte" ständen außerhalb der Parteikontrolle, ist rein formell. Jeder, der für die „Sozialistischen Monatshefte schreibt und ein Parteigenosse ist, steht mit allen seinen dort entwickelten Anschauungen unter der Kontrolle der Gesammtpartei. (Sehr richtig!) Bebel hat die Ausführungen Bernsteins über die letzte Kautskysche Broschüre in ihrem Kernpunkt nicht erfaßt. Diese Broschüren waren Angriffsbroschüren gegen Bernstein und andere, worauf Bernstein das gute Recht der Abwehr hatte. Niemand aber hatte nachher das Recht, die Sache so zu drehen, als ob sich hier der gute Kautsky, der absolut Frieden haben will (Unruhe) und der böse Bernstein stritten, der jenem durchaus in die Waden beißen wollte. An den „Sozialistischen Monatsheften" hat früher auch der alte Liebknecht mitgearbeitet (Zuruf: Wann?), ferner Ledebour und Rosa Luxemburg. Früher war das also offenbar gestattet; warum soll es heute verboten sein? Wenn sich die erhobenen Angriffe in das finanzielle Gewand kleiden, so kann ich das nur für einen Vorwand halten. Was gemeint ist, ist, daß gewissen Genossen die in den „Sozialistischen Monatsheften" niedergelegte geistige Arbeit unbequem ist. (Widerspruch und Zustimmung.) Es pulsirt in den „Sozialistischen Monatsheften" ein reiches geistiges Leben. (Ruf: Donnerwetter! Heiterkeit.) Der reiche Inhalt, der vollständige Ueberblick über das wirthschaftliche und politische Leben machen die „Sozialistischen Monatshefte" zu einer außerordentlich werthvollen sozialdemokratischen Zeitschrift (Sehr gut! Widerspruch), die man jetzt von Seiten der Richtung, die das nicht gern sieht, niederdrücken möchte. Dazu nimmt man dann solche Vorwände. Bebel hat wiederholt erklärt, kein Mensch in der Partei wolle den freien Meinungsaustausch unterdrücken. Ich bezweifle nicht die Ehrlichkeit dieser Ueberzeugung (Zuruf: Das ist sehr nett von Ihnen!) — — ich meine das ganz ernsthaft (Ja! ja!) und schicke es nur voraus, um etwaigen falschen Auffassungen von vornherein die Spitze abzubrechen —: Ich habe diese Ueberzeugung nicht, ich stehe unter dem Eindruck, daß man versucht, den freien Meinungsaustausch hinten herum einzuschränken. (Lebhafter Widerspruch und Zustimmung.) Diese Ueberzeugung stelle ich der Bebels gegenüber. Nach allen Beobachtungen der letzten Jahre giebt es in der That Leute, die es gern sehen, wenn gewisse Anschauungen möglichst schwer an die Ohren und den Geist der Parteigenossen herankommen. Von diesem Standpunkt aus fasse ich den ganzen Angriff auf. Ich stimme mit Bebel darin völlig überein, daß es unserer Partei unwürdig wäre, wenn dieser Versuch zu einem Erfolge führte. Die Annahme des Antrages Augsburg, die ich für ganz undenkbar halte, träfe ja auch zahlreiche andere Organe, wie das „Archiv", die „Kommunale Praxis"; sie träfe die ganze Gewerkschaftspresse (Widerspruch) und die Genossenschaftspresse. (Erneuter Widerspruch.) Es entspräche nicht der Würde der Partei, wenn die freie wissenschaftliche Bethätigung ihrer Mitglieder irgendwie erschwert würde. Ich bin daher über das Schicksal dieses Angriffs ganz beruhigt und hoffe, daß er der Entwickelung der Partei und auch der „Sozialistischen Monatshefte" nicht den geringsten Abbruch thun wird. (Beifall und Zischen.)

Emmel-Mülhausen: Mich hat nicht der Streit der Literaten hier hingeführt, sondern das sachverständige Urtheil Hoffmanns über die elsaß-lothringischen Preßverhältnisse. (Hoffmann hatte darauf hingewiesen, daß in Elsaß-Lothringen ein zweites Blatt in Mülhausen herausgegeben werde, während das Blatt in Straßburg noch Zuschuß kostet.) Ich will ihm sagen,

wie die Dinge liegen. Am 20. September v. J. erhielten wir die Mittheilung aus Straßburg, daß uns vom 1. Januar ab von dort keine Zeitung mehr geliefert werde, weil der Parteivorstand einen weiteren Zuschuß für das Mülhausener Kopfblatt nicht mehr leisten werde. Was sollten wir thun? Bei diesem Bescheide konnten wir uns doch nicht beruhigen. Wir mußten dafür sorgen, daß wir vom 1. Januar ab ein anderes Blatt hatten. Mit Hilfe der Frankfurter Genossen konnten wir aus Frankfurt a. M. ein Kopfblatt für die oberelsässischen Kreise beziehen. Wenn Hoffmann das nicht weiß, sollte er sich doch vorher erkundigen. Auer und Gerisch haben auf die großen Summen hingewiesen, die für die elsässische Presse vom Vorstand ausgegeben worden sind. Daran trägt auch der Vorstand mit die Schuld. Auf seine Empfehlung wurde für die „Elsaß-Lothringische Volkszeitung" ein Geschäftsführer angestellt, der ungeeignet war.

Die weitere Diskussion wird — mit Rücksicht auf das Fest im Hackerkeller auf morgen vertagt.

Persönlich bemerkt **Adolf Hoffmann**: Wenn morgen andere elsässische Genossen sprechen werden, wird man sehen, daß ich recht habe mit meinen Anschuldigungen der Mülhauser. Heine hat hier mein persönliches Geschäft, meinen Broterwerb als Buchhändler hineingezogen. Ich habe mich in meiner Rede befleißigt, überhaupt keine Personen in die Debatte zu ziehen. Ich hätte gewünscht, Heine hätte sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. Ich habe seit zehn Jahren überhaupt keine Parteibroschüre mehr in meinem Verlage verlegt, sondern ein ganz anderes Gebiet, das der Theaterliteratur, betreten. Ich habe der Partei nie Konkurrenz gemacht. Ich habe auch Herrn Bloch nicht vorgeworfen, daß er die „Monatshefte" herausgiebt, sondern einen Vorwurf nur den Genossen gemacht, die durch ihre Mitarbeit ein solches Blatt hochbringen, während das andere Blatt niedergedrückt wird. Heine's Argumentation verdient, daß ich ihm das Wort zurufe, das er mir einmal in einer Berliner Versammlung zurief: Rabulist!

Heine: Ich will nur konstatieren, daß ich gerade Hoffmann keinen Vorwurf daraus gemacht habe, daß er Buchhändler ist, sondern sein gutes Recht ausdrücklich betont habe, einen solchen Verlag zu haben. Ob die „Zehn Gebote" vor 12 Jahren erschienen sind, ist ganz gleichgültig. Sie erscheinen auch jetzt weiter und sind eine unserer wirkungsvollsten Agitationsbroschüren.

Hoffmann: Diese letzte Bemerkung beschämt mich. (Heiterkeit.) Aber widerlegt hat mich Heine nicht. Er hat mir als Buchhändler das Recht abgesprochen, in dieser Frage Kritik zu üben. Aus der Art und Weise, wie ich mir mein Brot recht und schlecht verdiene, darf er mir aber keinen Vorwurf machen. Ich nehme ihm ja auch seinen Beruf nicht übel.

Heine: Ich habe Hoffmann nicht das Recht der Kritik abgesprochen, sondern nur sein Argument, man dürfe der Partei keine Konkurrenz machen, durch seine eigne Person widerlegt.

Schluß 6½ Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 16. September. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 9 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Der Vorsitzende theilt mit, daß als Vertreter der Landesorganisation der deutschen und österreichisch-ungarländischen Sozialdemokraten in der Schweiz auch Genosse Ludwig Witt aus Zürich als Gast anwesend ist.

Zunächst erstattet den

Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission

Böhle-Straßburg: Auf dem Parteitage sind anwesend 205 Delegirte mit 250 Mandaten, 37 Reichstags-Abgeordnete, die Mitglieder des Parteivorstandes, die Kontrolleure, 4 Genossen, welche auf Grund ihrer Stellung zur Parteipresse zur Theilnahme berechtigt sind, der Genosse Löwenstein-Nürnberg als Landtags-Abgeordneter, ferner 12 auswärtige Gäste, deren Namen vom Präsidium des Parteitages schon bekannt gegeben wurden. Einige Reichstags-Abgeordnete sind mit Mandaten versehen und deshalb als Delegierte aufgeführt. Die Kommission beantragt, diese sämtlichen Mandate, soweit sie im Sinne des Organisationsstatuts als Mandate angesehen werden können, für gültig zu erklären.

Der Parteitag erhebt debattelos diesen Antrag zum Beschluß.

Böhle-Straßburg: Ein Protest liegt vor gegen das Mandat des Genossen Krolik-Chemnitz, dieser wurde in einer regelrecht einberufenen Parteiversammlung als Delegierter gewählt, auf einer späteren Konferenz wurde allerdings von den Chemnitzer Genossen der Wunsch geäußert, der Genosse Krolik solle sein Mandat wieder abgeben, was er jedoch nicht that. In dem Protest wird selbst zugegeben, daß Genosse Krolik zu Recht gewählt ist, und deshalb beantragt die Kommission, dem Protest des Vorstandes des sozialdemokratischen Vereins in Chemnitz nicht stattzugeben und das Mandat für gültig zu erklären.

Dieser Antrag wird ebenfalls ohne Debatte angenommen.

Böhle-Straßburg fährt fort: Gegen das Mandat des Genossen Windhoff-Düsseldorf liegt ein Protest vor vom Vorstand des Arbeiter-Bildungsvereins in Ratingen und anderen Genossen. Windhoff sei nicht zu Recht gewählt worden, er habe, nachdem er in einer öffentlichen Parteiversammlung bei der Wahl unterlag, eine Kreiskonferenz einberufen und sich dort wählen lassen. In der Kommission ist festgestellt worden, daß die dortige Neu-Organisation bereits in Kraft getreten und Windhoff von der Kreiskonferenz mit Recht gewählt ist. Es wird beantragt, das Mandat für gültig zu erklären.

Windhoff-Düsseldorf führt aus, daß die Einberufung einer Kreiskonferenz zu Recht erfolgte. Diejenigen Personen, die jetzt gegen mein Mandat protestieren, haben auf der Kreiskonferenz kein Wort gegen mich gesprochen.

Das Mandat wird für gültig erklärt.

Böhle-Straßburg: Das Mandat der Frau Weiß als Vertreterin der Frauen und Mädchen der sozialdemokratischen Partei des Wahlkreises Düsseldorf liegt nicht im Original vor, sie bringt nun die Abschrift eines von einigen Frauen unterschriebenen Mandats zum Parteitag, die lediglich von Windhoff bestätigt wurde, obwohl ihm, wie er zugiebt, das Original nicht zu Gesicht gekommen ist. Die Behauptung, daß eine öffentliche Versammlung nicht mehr möglich war, ist schon dadurch widerlegt, daß das Mandat bereits am 13. August ausgestellt wurde. Die Kommission hat dieses Mandat für ungültig erklärt, weil sie auch die Ueberzeugung gewonnen hat, daß man in Düsseldorf in den weitesten Kreisen von dieser Delegation nichts weiß.

Frau **Weiß**-Düsseldorf: Ich wurde von den sozialdemokratischen Frauen in Düsseldorf zur Frauenkonferenz gesandt. Durch die Chikanen der Behörden wurde es uns aber unmöglich gemacht, der öffentlichen Parteiversammlung beizuwohnen, wo die Delegierten zum Parteitage selbst gewählt werden sollten; es wurde nun zwar eine neue Versammlung einberufen, da wir aber der Ansicht waren, daß wir auch das zweite Mal ausgewiesen würden, sind wir gar nicht hingegangen. Nun haben wir zwar einen Frauenverein, in dem wir jedoch keine Politik treiben dürfen. Wir haben deshalb, um die Delegation einer Frau

zu ermöglichen, auf einer Liste die Unterschriften gesammelt, durch Nachlässigkeit ist diese Originalliste verloren gegangen, sie wurde von einem Genossen seiner Frau übergeben, die sie mir übermitteln sollte. Ich bitte, das Mandat nicht zu kassiren, damit die Düsseldorfer Frauen hier vertreten sind.

Ebert-Bremen ersucht, dem Antrag der Kommission beizutreten. Frau Weiß wurde schon Mitte August als Vertreterin zur Frauenkonferenz gewählt, aber ohne Delegation für den Parteitag selbst. Durch Befragen des Genossen Ludwig Schmid, der Oekonom des Düsseldorfer Gewerkschaftshauses ist, haben wir festgestellt, daß es sehr wohl möglich gewesen wäre, noch eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Wenn wir nicht so verfahren, dann bekommen wir so viele Mandate von Frauen, daß es Aufsehen erregen muß.

Das Mandat der Frau Weiß wird kassirt, doch wird sie als Gast gern zu den weiteren Verhandlungen zugelassen.

Darauf wird die Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes fortgesetzt.

Vorläufig ausgeschlossen ist dabei die Polenfrage.

Eingegangen sind die Anträge 93, 95 und 98a, die, genügend unterstützt, zur Debatte gestellt werden.

Böhle-Straßburg: Es ist gestern ausführlich auf die elsaß-lothringischen Preßverhältnisse Bezug genommen worden. 1894 wurde das erste in Straßburg gegründete Blatt, die „Elsaß-Lothringische Volkszeitung", mit einem Abonnentenstand von 5000 Abonnenten von der Regierung unterdrückt. Einige von außerhalb der Reichslande eingeführte Blätter fielen dem Diktatur-Paragraphen zum Opfer. 1898 wurde ein Fonds zur Gründung eines neuen Blattes aufgebracht. Ein Fehler war es, daß man das Blatt statt in Straßburg in einem Dorfe bei Straßburg erscheinen ließ, um die hohe Kaution zu ersparen. Auch reichten die von den Parteigenossen aufgebrachten Mittel für ein Centralblatt Elsaß-Lothringens nicht aus. Es haben sich nun zwischen Straßburg und Mülhausen Dinge zugetragen, die ein weiteres Zusammenarbeiten der Genossen an diesen beiden Orten unmöglich machten. — Wir bekamen durch Mülhausener Korrespondenzen verschiedene Prozesse, deren Kosten wir Straßburger nicht allein übernehmen konnten; nachdem uns nun der Parteivorstand den Zuschuß gestrichen hatte, konnten wir den Mülhausenern das Blatt nicht mehr in der bisherigen Weise liefern, wir konnten uns durch die Mülhausener nicht ruinieren lassen, zumal Letztere einen eigenen Fonds für ein eigenes Blatt gegründet hatten. Die Straßburger haben nun ein Lokalblatt gegründet, das, seitdem wir die Mülhausener los sind, ganz gute Fortschritte gemacht hat. Wir sind herzlich froh, daß wir die Mülhausener los sind. (Heiterkeit.)

Leyendecker-Höchst: Zunächst muß ich bedauern, daß gestern wieder eine Bernstein-Debatte heraufbeschworen ist. Die Genossen haben keine Lust, sich auch diesmal wieder mit der bewußten Frage zu befassen. (Sehr richtig!) Sie wollen praktisch arbeiten. Die Akademiker sind es, die die Debatte begonnen haben. (Widerspruch und Zuruf: Hoffmann, Zubeil!) Vielleicht wäre es rathsam, wenn die Akademiker zwei oder drei Tage vor dem allgemeinen Parteitag ihren besonderen Parteitag abhalten. (Heiterkeit.) Der Streit um die „Soz. Monatshefte" ist nicht so erheblicher Natur. Die Artikel, die Auer und Andere dafür geschrieben haben, werden von den Arbeitern besser verstanden, als die Artikel in der „Neuen Zeit", die zu theoretisch sind. Wenn das Wissen des Arbeiters bereichert wird, so kann es uns ganz gleichgültig sein, ob das durch die „Neue Zeit" oder durch die „Sozialistischen Monatshefte" geschieht. Wo das Belehrende herkommt, sollen wir es nehmen. Der Streit zwischen „Monatshefte" und „Neue Zeit" wäre am besten dadurch aus der Welt zu schaffen, daß Bloch die Redaktion der „Neuen Zeit" und Kautsky die Redaktion der „Monatshefte" übernimmt. (Große Heiterkeit.)

Doch nun zurück zum Bericht des Parteivorstandes! Die Genossen, die mich delegiert haben, sind der Meinung, daß die Preßunterstützungen zu sehr angewachsen sind. Wo Aufklärung nothwendig ist, soll der Parteivorstand die Presse des betreffenden Bezirkes nach Kräften unterstützen, aber verpulvern dürfen wir das Geld nicht. Mit Neugründungen haben wir schlechte Erfahrungen gemacht; da muß man vorsichtig sein. Vielleicht empfiehlt es sich, verschiedene Blätter zu verschmelzen. Wir hatten die Absicht, das Frankfurter mit dem Mainzer Organ zu vereinigen, um das Defizit des letzteren zu verringern, aber die Verhandlungen sind gescheitert. Weiter empfiehlt es sich, die Zeitungen zu verstaatlichen. Der alljährlich wiederkehrenden finanziellen Klage von Gerisch könnte dadurch abgeholfen werden, daß die Genossen nicht so viel Vergnügungsvereinen beitreten. Auch sollte man den gut situierten Genossen einmal näher auf den Pelz rücken und ihnen klar machen, daß es nicht genügt, den Stimmzettel für uns abzugeben, sondern daß es auch finanzieller Opfer bedarf. Den jüngeren agitatorisch thätigen Genossen sollte mehr Agitationsmaterial für die Kleinarbeit geliefert werden. Dem Vorschlag von Frohme, daß der Vorstand in seinem Bericht eine genauere Uebersicht über den Stand der Organisation geben soll, schließe ich mich an.

Kolb-Karlsruhe: Eine Reform der Parteifinanzen ist dringend nothwendig. Dem Vorstand werden alle möglichen Verpflichtungen aufgebürdet, aber er hat keine Mittel, die Genossen zu materiellen Beiträgen zu zwingen. Er ist, von dem Ertrag der Partei-Unternehmungen abgesehen, durchaus auf freiwillige Beiträge angewiesen. In Stuttgart wurde beschlossen, daß die Organisationen und Vertrauensleute 10 Prozent ihrer Einnahmen an den Vorstand abzuliefern haben. Dieser Beschluß ist aber nicht durchgeführt worden, weil der Vorstand niemand zur Beachtung des Beschlusses zwingen konnte. Die alte Organisationsform genügt nicht mehr. Der Vorstand sollte mit der Reichstagsfraktion und den Landesvorständen zusammen berathen, wie eine festere Form gefunden und Remedur geschaffen werden kann. Die Organisationen sollten höhere Beiträge nehmen. Die Arbeiter-Gesangvereine, die Arbeiter-Radfahrervereine erheben höhere Beiträge als die Partei. Der Vereinsmeierei muß entgegengetreten werden. Es wird in diesen Vergnügungsvereinen gelegentlich bei den Festen eine schlimme Beutelschneiderei getrieben. Auch sollten jetzt schon Extrabeiträge für die Wahlen erhoben werden, sonst muß der Vorstand wieder ungeheuere Summen an die Wahlkreise geben. Der Streit um die „Soz. Monatshefte" ist ganz überflüssigerweise vom Zaun gebrochen worden, bei dieser Debatte kommt für die Partei absolut nichts heraus und die Genossen im Lande ärgern sich nur darüber. Ist es denn für die Partei ein Schaden, daß die „Sozialistischen Monatshefte" erscheinen? Die „Monatshefte" kommen einem Bedürfniß entgegen und haben sich entwickelt. Die „Neue Zeit" geht zurück. Die Ursache ist nicht bei denen zu suchen, die für die „Sozialistischen Monatshefte" schreiben, sondern in der Organisation und Redaktion der „Neuen Zeit". Wir haben nicht das Recht, den Genossen vorzuschreiben: in dieser Zeitschrift mußt du schreiben, in jener nicht. Die Hauptsache ist, daß ihre Artikel mit den Parteigrundsätzen in Uebereinstimmung bleiben. Die Entwicklung der „Neuen Zeit" wird nicht nur durch die „Monatshefte" gestört. Tausende von Abonnenten könnten noch für die „Neue Zeit" und für die „Sozialistischen Monatshefte" gewonnen werden. Die Hauptsache ist, daß agitiert wird und daß man gegenseitig Toleranz übt und sich nicht fortwährend herunterreißt. Aber die „Neue Zeit" kostet, seit sie wöchentlich erscheint, 1 M. monatlich, und das können sich viele nicht leisten. Die Mitarbeiter sind der „Neuen Zeit" doch nicht durch Zufall verloren gegangen; sie hat nur noch ein paar Mitarbeiter. Bebel sagt: es wird Keiner mundtodt gemacht. Aber man versteht es doch, Einen mundtodt zu machen, wenn er unbequem ist

Rollwagen-Augsburg: Der Augsburger Antrag ist lediglich aus dem Bestreben hervorgegangen, verschiedene hervorragende Parteigenossen an ihre Pflicht gegenüber den Partei-Organen zu erinnern. (Sehr richtig!) Wir finden im Vorstandsbericht eine Position: Minderumsatz bei der Buchhandlung Vorwärts 7536 Mark. Das hängt gewiß mit der wirthschaftlichen Depression zusammen, aber auch die Abstinenz verschiedener Parteigenossen gegenüber der „Neuen Zeit" hat dies Resultat mit herbeiführen können. An der „Neuen Zeit" arbeiten verschwindend wenige Reichstags-Abgeordnete mit, fast sämtliche Reichstags-Abgeordnete der Partei laden ihre Elaborate in den „Sozialistischen Monatsheften" ab, in einem Organ, das nicht im Parteiverlag erscheint. Wir haben einen kleinen Buchhandel und wissen, daß es der Arbeiterschaft ungeheure Opfer kostet, beide Zeitschriften kennen zu lernen. Sie müssen aber heute beide halten. Die „Neue Zeit" muß nicht nur für Theoretiker, sondern auch für die breite Masse der Arbeiter geschrieben werden, unsere Agitatoren sollen daraus Kenntniß schöpfen. Die Kontroverse Bernstein-Kautsky ist nur dazu angethan, unseren Antrag zu stützen. Die Arbeiterschaft wird es in der gegenwärtigen ernsten Zeit nicht verstehen, wenn innerhalb der Sozialdemokratie fortgesetzt derartige Meinungsverschiedenheiten eine Rolle spielen. Wenn wirklich die Meinungsfreiheit unterdrückt worden ist, muß Remedur eintreten. Taugt die Redaktion nichts, dann weg damit, dann müssen die Betreffenden aber mit einem Antrag hervortreten. Besonders auffallend ist, daß auch ein Mitglied des Parteivorstandes seine Elaborate bei den „Sozialistischen Monatsheften" ablädt. Der Parteivorstand sollte in erster Linie die Organe interessant gestalten, die er selbst den Genossen zur Verbreitung empfiehlt. So aber gestaltet er gerade die „Monatshefte" interessant. (Heiterkeit.) Unser Antrag will, daß Polemiken gegen Artikel in der „Neuen Zeit" wieder in Organen des Parteiverlages erscheinen. Das ist das Mindeste, was man verlangen kann; es muß sich ja in den Köpfen der Genossen der Eindruck festsetzen, daß es zwei Lager innerhalb der Partei gibt. Wir sind aber die einige Partei. Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen. (Bravo!)

Braun-Nürnberg: Ich bin ein ganz netter Kerl (Rufe: Na, na!), ich will nicht von den „Monatsheften" und der „Neuen Zeit" sprechen, sondern den Antrag von Nürnberg nochmals erläutern. Fischer hat diesen Antrag nicht begriffen, er hat auf das Protokoll hingewiesen, das über das Schicksal der gefaßten Beschlüsse Auskunft ertheile. Nein, wir wollen, daß auf dem nächsten Parteitage mitgetheilt werde, was der Parteivorstand und die Fraktion gethan haben, um die in München gefaßten Beschlüsse durchzusetzen. Das ist etwas ganz Anderes, als was Fischer dem Parteitage weiß macht.

Kautsky: Ich bin nicht in der Lage, so nett zu sein wie mein Freund Braun, ich muß von der „Neuen Zeit" sprechen. Ich habe diese Diskussion nicht gesucht und auch nicht gewünscht. Wie wenig ich wünsche, daß die Bernstein-Debatte wieder aufgenommen wird, habe ich dadurch bewiesen, daß ich auf die wiederholten Angriffe von Bernstein noch in den letzten Monaten, die mitunter sehr stark waren, keine Silbe erwidert habe. Habe ich aber die Diskussion nicht gewünscht, so habe ich auch gar keinen Grund, mich über sie zu beklagen. Im Gegentheil: es ist mir dadurch eine sehr angenehme Ueberraschung bereitet worden. In den letzten Jahren wurden in der Partei allerhand Gerüchte kolportirt über das schwarze Schreckensregiment, das der Großinquisitor führt, der jede Meinungsäußerung, die ihm nicht paßt, gewaltsam unterdrückt. Und was haben wir gestern und heute hier gehört? Nichts als Lappalien. Gewiß bedauere ich es, daß die „Neue Zeit" eine Reihe von Mitarbeitern verloren hat, aber glauben Sie nicht, daß die „Neue Zeit" dadurch in Verlegenheit gerathen ist. Ich veröffentliche viele Artikel von ganz unbekannten Leuten, aber nicht aus Mangel an glänzenden Namen, sondern weil ich bestrebt bin, aus der

„Neuen Zeit", wenn es auch eine wissenschaftliche Zeitschrift sein soll, nicht eine ausschließlich akademische Zeitschrift zu machen, sondern eine Zeitschrift, in der das proletarische Element ausgiebig zu Worte kommt. Es ist ein Organ des proletarischen Klassenkampfes, und auf diesem Gebiete können wir alle von Proletariern lernen. Sind auch die Artikel mitunter uninteressant, so bilden sie doch einen der wichtigsten Theile der „Neuen Zeit". Wenn ich Mitarbeiter verloren habe, so bedauere ich das nicht als Redakteur, sondern als Parteigenosse. Welches sind denn die Ursachen, die eine Reihe von Genossen von der Mitarbeit an der „Neuen Zeit" zurückhalten? Einmal soll ich nicht zudringlich genug sein, ich soll den Leuten nicht immer auf der Pelle sitzen, sie nicht maltraitiren können, und zweitens soll ich die Leute schlecht behandeln und sie durch alle möglichen, mehr oder minder unanständige Methoden hinausgraulen. Was Zudringlichkeit anbelangt, ja, in der Beziehung bin ich allerdings nicht gut beschlagen; da kann ich die Konkurrenz nach keiner Seite hin aufnehmen, da muß ich den Kampf aufgeben. (Sehr gut!) Wodurch aber habe ich die Genossen aus der „Neuen Zeit" vertrieben? Ich soll sie dadurch vertrieben haben, daß ich zu jedem Artikel, der mir nicht paßte, eine Redaktionsnote gemacht habe. Nun, das liegt längere Zeit zurück, in der letzten Zeit ist das nicht mehr geschehen; und ich habe die Noten nicht gemacht, um die Genossen zu degradiren, sondern weil ich gefaßt sein muß, daß jeder Artikel, der in der „Neuen Zeit" erscheint, von den Gegnern gegen uns ausgenützt würde, sobald er eine Handhabe dazu bietet. Es erscheinen eine Menge Artikel, mit denen ich nicht einverstanden bin, die ich aber trotzdem aufnehme, weil ich sie für nützlich halte, und von denen ich jedoch fürchte, daß sie gegen uns ausgenützt werden könnten; dem beuge ich dadurch vor, daß ich darauf hinweise, daß einzig und allein der Autor für den betreffenden Artikel verantwortlich ist. Nun kann man über diese Frage denken, wie man will, jedenfalls habe ich diese Taktik vor längeren Jahren eingeschlagen und, merkwürdigerweise! damals haben die Genossen für die „Neue Zeit" gearbeitet, seitdem wir keine Fußnoten mehr bringen, arbeiten sie nicht mehr für uns. (Rufe: Hört! hört!) Dann aber soll ich Mitarbeiter vertrieben haben durch unseren schlechten Ton. Vor dem schlechten Ton habe ich keine solche Angst, es ist das ein Zeichen einer gewissen Dekadenz, einer gewissen Greisenhaftigkeit, wenn man immer so großes Gewicht auf den guten Ton legt. (Sehr richtig!) Früher war es bei uns Mode, daß Jeder von der Leber frei weg sprach, wie ihm der Schnabel gewachsen war. So hat es auch die Bourgeoisie in ihren guten Zeiten gemacht, erst als sie konservativ wurde, hat sie die Rücksicht auf den guten Ton in ihren politischen Kämpfen in den Vordergrund gestellt. Und das sollen wir jetzt plötzlich auch machen? Ich würde es für ein trauriges Zeichen halten, wenn wir so viel Werth auf den guten Ton legen. Trotzdem aber war ich in den letzten Jahren ängstlich bemüht, jedes Wort zu vermeiden, das irgend eine Prinzessin auf der Erbse verletzen und ihre zarte Haut drücken könnte. Ich habe immer gedacht, daß die Genossen das Wort Revisionisten als Ehre ansehen; statt dessen halten sie das für eine Beschimpfung; es scheint, daß die Genossen, die sich als die kritischen Genossen bezeichnen, das Recht für sich in Anspruch nehmen, Alles zu kritisiren, daß sie selbst aber keine Kritik vertragen können. (Sehr richtig! Ruf: Hysterische Jungfrauen!) Aber gehen etwa die Genossen, die so empfindlich sind in Bezug auf den guten Ton, uns in gutem Ton voran? Gerade in der sogenannten Revisionspresse — entschuldigen Sie, daß ich das Wort gebrauche (Heiterkeit) — findet man nicht immer den guten Ton. Ich weise nur auf die Artikel von Isegrim hin, in denen Genossen, die für unsere Programmforderung, das Milizheer, eintreten, als Idioten hingestellt werden. Nennen Sie mir einen einzigen Artikel der „Neuen Zeit", in dem in dieser Weise gegen Genossen polemisirt wird. Dieselben Leute, die sich schon gekränkt fühlen, wenn man sie Revisionisten nennt,

haben plötzlich ein mangelhaftes Empfindungsvermögen, wenn andere Genossen als Idioten hingestellt werden. Bernstein fühlt sich beleidigt durch den erfrischend geschriebenen Artikel von Karl Liebknecht. Nun, Liebknecht hat auf eine Provokation hin geschrieben, Isegrim ohne jede Provokation. Die Revisionisten werden von uns niemals ohne Provokation angegriffen, aber sie verlangen, daß wir zu allen Angriffen schweigen! Nun soll ich auch dadurch Genossen hinausgegrault haben, daß ich Artikel, die mir nicht paßten, einfach hinausschob und den Leuten auf diese Weise das Mitarbeiten verekelte. Zum Beweis wurde nun ein einziger Fall, der Fall David, vorgebracht. In Wirklichkeit ist dieser Fall nicht vereinzelt, wir leiden so an Raummangel, daß wir ununterbrochen nicht aktuelle Artikel zurückstellen müssen, nicht nur von Revisionisten, sondern auch von Marxisten. Ich habe in den letzten Jahren sogar etwa zwanzig gegen Bernstein gerichtete Artikel überhaupt zurückgewiesen. Nach der David'schen Logik wären also die Gegner Bernstein's in der „Neuen Zeit" vollständig mundtodt gemacht. Wie verhält es sich nun mit David? Er hat im Februar einen Artikel geschrieben, der im Oktober abgedruckt wurde. Der Artikel wurde mir zu derselben Zeit eingeschickt, als eben die Broschüre von Bernstein erschienen war. Ich schrieb an David: „Ihr Artikel vermöbelt mich zwar sehr, aber das ist für mich kein Grund, ihn abzulehnen; ich will ihn gerne bringen, jedoch können wir nicht zwei Polemiken neben einander führen. Eben ist das Buch von Bernstein erschienen, womit sich die ganze bürgerliche Presse beschäftigt, während sich mit der Agrarfrage momentan kaum Jemand beschäftigt; gestatten Sie daher, daß ich Ihren Artikel zurückstelle, bis die Diskussion über Bernstein erledigt ist." Ich habe also David nicht mundtodt gemacht, sondern nur seinen Artikel zurückgestellt zu Gunsten von Bernstein. Ich habe diesem den Vortritt vor David gelassen. Das ist die Mundtodtmachung der Revisionisten! Die Bernstein-Debatte zog sich allerdings über den ganzen Sommer hin, aber ich habe sofort, nachdem sie beendet war, David's Artikel gebracht; er schickte mir dann wieder einen Artikel, ich schrieb ihm, ich würde denselben bringen, er sei aber viel zu lang, ich würde ihn früher veröffentlichen können, wenn er ihn etwas kürzen wolle. David erwiderte, ich möchte ihm das Manuskript zurückschicken, er wolle sehen, ob er ihn kürzen könne; ich schickte ihm das Manuskript, aber Roß und Reiter sah man niemals wieder. (Hört! hört!) David hat sich darüber weder bei einer höheren Instanz noch bei mir beschwert, ich wußte gar nicht, daß er sich verletzt fühlte, und jetzt sagt er, seine Würde erlaube ihm nicht mehr, für die „Neue Zeit" zu schreiben. Wenn man so empfindlich ist, dann hört allerdings Alles auf. Ferner soll ich Bernstein herausgegrault haben. Auch das ist nicht richtig; die Mitarbeiterschaft an der „Neuen Zeit" habe ich ihm nicht verleidet, aber er war gewissermaßen mein Mitredakteur und unser persönliches Verhältniß wurde durch den Kampf ein unerträgliches, dadurch wurde auch unser Zusammenarbeiten unerträglich. Sie werden das begreiflich finden. Sollte etwa Jemand verlangen, daß Heine oder Vollmar mit Rosa Luxemburg zusammen ein Blatt redigiren soll (Heiterkeit), ich glaube, Heine und Vollmar würden das entschieden ablehnen, ob aber dann David als Vertheidiger von Rosa Luxemburg auftreten und verlangen würde, daß man sie mit Vollmar zusammenspannt, das glaube ich nicht. (Heiterkeit.) Gegen die Mitarbeiterschaft Bernstein's habe ich nie etwas einzuwenden gehabt, ich habe ihn sogar nach Schluß des Lübecker Parteitages aufgefordert, für die „Neue Zeit" zu schreiben. (Hört! hört!) — Ich hätte noch viel zu sagen, aber meine Redezeit ist abgelaufen. Also nur noch eins: Fassen Sie die Sache nicht persönlich auf. Ich mußte wider meinen Willen persönlich werden, aber täuschen wir uns nicht: Es handelt sich um tiefgehende sachliche Meinungsverschiedenheiten, um Meinungsverschiedenheiten, die eben noch die italienischen Genossen auf's tiefste erregt und die die französischen Genossen vollständig auseinandergetrieben

haben! Seien Sie froh, daß wir einig geblieben sind und daß bloß eine gewisse Reizbarkeit das einzige Resultat all' dieser Debatten ist. Ich hoffe, daß auch diese Reizbarkeit in Kurzem verschwinden wird. Wir stehen vor großen Entscheidungen. Die Reichstagswahlen werden uns zusammenschweißen und der letzte Rest von Erbitterung wird dadurch beseitigt werden, ich erwarte davon einen großen Triumph, der bei der Bourgeoisie wieder den sozialistischen Schrecken hervorrufen wird, und dieser sozialistische Schrecken wird noch durch die amerikanische Krisis vermehrt werden. Die Reichstagswahlen, der Kampf um den Zolltarif, sie bedeuten nicht das Ende des Kampfes, sie sind der Anfang des großen Kampfes. In diesem Kampfe wird der Rest von revisionistischen Nebeln zerstört werden (Widerspruch und Zustimmung) und wir werden wieder unsere Endziele in den Vordergrund stellen. (Bravorufe.) Dann werden wir Alle wieder einig sein in dem Ruf: Nieder mit dem Kapitalismus, es lebe die Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall.)

Singer: Es ist ein Antrag eingegangen auf Schluß der Debatte über die Mitarbeit der Parteigenossen an den „Sozialistischen Monatsheften", sowie über den Revisionismus. (Heiterkeit.) Das scheint mir ein sehr eigenthümlicher Antrag zu sein. Ich kann einen Antrag verstehen, der die Diskussion schließen will, aber einen Antrag, der einen Teil der Fragen ausschließen will, scheint mir kaum zulässlich. — Der Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Stadthagen: Auer erwähnte, daß der Verein „Arbeiterpresse" in übermüthiger Laune einmal „Streikverein" genannt worden sei. Der Grund, weswegen ein großer Teil der Genossen gegen die Versicherung, für die ich durchaus bin, ist, liegt nicht darin, daß der Verein einmal übermüthigerweise als Streikverein bezeichnet worden ist, sondern daß das leider bei der Gründung von Mitgliedern des Vereins „Arbeiterpresse" ausgeführt worden ist, man dürfe in die Statuten nichts hineinnehmen, was einen Streik hindert, man müsse einen Streik als letztes Mittel gegen die Organe der Partei reserviren. (Hört! hört!) Ich freue mich, daß im Laufe der Entwickelung des Vereins „Arbeiterpresse" diese Richtung gleich Null geworden ist. Wäre das nicht so, so müßte der Verein zweifellos auf das schärfste bekämpft werden. Ein Vorwurf ist also nur zu erheben gegen diejenigen Mitglieder des Vereins, die in der That einen Streikverein daraus machen wollten. Was die Frage der „Sozialistischen Monatshefte" anlangt, so habe ich selten so viel Unrichtigkeiten aneinandergehäuft gefunden wie gestern. David sagte, es seien die „Sozialistischen Monatshefte" unter großen Opfern selbstlos ins Leben getreten. Die Thatsachen sind absolut andere. Der „Sozialistische Akademiker" ist im Jahre 1895 nicht von den jetzigen Mitarbeitern der „Monatshefte" gegründet worden, sondern von anderen (Sehr richtig!) unter persönlichen Opfern und schweren Geldstrafen. Damit sollte nicht ein sozialdemokratisches Organ — das ist es auch heute noch nicht — gegründet werden, sondern ein sozialistisches Organ, das allen Richtungen des Sozialismus Raum giebt. Ich habe die Schriftstücke und die Aufrufe hier. 1897 ist das Blatt umgewandelt in die „Sozialistischen Monatshefte". Das Programm ist dasselbe geblieben, es sollte ein Organ sein, das alle sozialistischen Richtungen, also auch die katheder-sozialistischen, die liberal-sozialistischen und so weiter umfaßt. Die damaligen Gründer haben sich zum großen Teil zurückgezogen, als das Blatt in den Verlag von Edelheim überging. Einige von den Gründern hatten für die Unterstützung des Blattes über 500 M. jährlich beigesteuert. Selbstverständlich brauchte ihnen Edelheim diese Opfer nicht zu erstatten; die Betreffenden hätten das wohl auch kaum angenommen. Es ist nichts dagegen zu sagen, wenn ein Sozialdemokrat unter Hervorhebung seines Namens in irgend einem bürgerlichen oder antisozialdemokratischen Blatte schreibt. Wenn aber von einem Blatt, wie die „Sozialistischen Monatshefte", ausdrücklich erklärt wird, daß sie kein sozialdemokratisches Blatt sind, sondern

ihre Spalten allen sozialistischen Strömungen öffnen: so soll man nicht damit kommen und unter der Flagge, daß es ein Partei-Organ sei, Reklame machen in einer Art und Weise, daß Scherl und Wertheim die reinen Waisenkinder dagegen sind (sehr gut! Große Heiterkeit.) Von allen diesen Dingen haben die Herren Mitarbeiter wahrscheinlich gar keine Ahnung. Die „Sozialistischen Monatshefte" wollen einen Keil treiben zwischen die Gewerkschaften und die Partei, ein Versuch, der auf das allerschärfste bekämpft werden muß. Der Redakteur ist ja ein Sozialdemokrat. Ich kenne Herrn Bloch und weiß, daß er sich als einen Sozialdemokrat achtet. Aber noch im vergangenen Jahre war er der Meinung, daß Dr. Franz Oppenheimer nie für andere Parteien als die sozialdemokratische eingetreten sei. Von einem so gewandten Redakteur sollte man annehmen, daß er wenigstens die Stellung von Leuten wie Oppenheimer kenne, der nie aus seiner Ansicht ein Hehl gemacht hat; Oppenheimer ist nie Sozialdemokrat gewesen, er schrieb noch im Oktober 1901 in der „Welt am Montag" in einem Artikel über Rudolf Virchow: „Wir, die wir nach wie vor unerschüttert auf dem Standpunkt stehen, daß nur der Liberalismus im alten echten Sinne die Welt erlösen kann, die wir die Ueberzeugung von der psychologischen Unmöglichkeit der sozialistischen Erwartungen teilen u. s. w." (Hört! hört!) Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe von Fällen anführen. Also der zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie, zwischen Anarchismus und Sozialdemokratie den Unterschied nicht herauskennen kann, der auf Anfrage von wirklichen Sozialdemokraten erwidert hat: „selbstverständlich sind Anarchisten und Oppenheimer u. s. w. alles Sozialdemokraten!" (Bloch-Berlin ruft: Das ist alles gelogen!) Wenn Sie, Herr Bloch, auch einen solchen Ton in Ihrem Organ, den „Sozialistischen Monatsheften", haben, so haben Sie doch kein Recht, hier eine derartige unverschämte Redewendung zu gebrauchen. (Große Unruhe. Hört! hört!)

Singer (unterbrechend): Ich habe den Zwischenruf nicht gehört; würde ich ihn gehört haben, so würde ich ihn mit derselben Entschiedenheit wie Stadthagen gerügt haben. — Ich muß sagen, daß es ein Mißbrauch des Gastrechtes ist, wenn jemand, der nicht Mitglied des Parteitages ist, sich herausnimmt, in einer solchen Weise die Verhandlungen des Parteitages zu stören. Ich hoffe, daß das nicht wieder vorkommt, sonst müßte man entsprechende Maßregeln ergreifen.

Stadthagen (fortfahrend): Die „Sozialistischen Monatshefte" sind keineswegs ein sozialdemokratisches Organ, so viel Sozialdemokraten auch daran mitarbeiten mögen. Im übrigen bemüht sich der Redakteur, wie uns ja gestern erzählt ist, mit solcher Liebenswürdigkeit bei seinen Mitarbeitern um Artikel, daß man sich vor dem Mann gar nicht retten kann, wie man sich vor einem Reisenden nicht retten kann. Nach den Mitteilungen, die mir vom Genossen Julian Borchardt-Königsberg geworden sind, liegt seit dem Jahre 1900, d. h. seitdem das privatkapitalistische Unternehmen Edelheim dahinter steht, System darin, daß nur diejenigen zur Mitarbeit aufgefordert werden, die sich Revisionisten nennen und dann nachher sich darüber beklagen, daß sie Revisionisten genannt werden. (Sehr gut.) Mir ist von Julian Borchardt, der früher von Bloch zur Mitarbeit aufgefordert wurde, im vorigen Jahre ein Brief zugegangen, in dem dargelegt wird: Borchardt hatte in der Leipziger Buchdruckerei-Affaire einen Gegenartikel geschrieben, Bloch erklärte, er könne ihn nicht aufnehmen, aber nicht wegen des Inhalts, sondern wegen Raummangels, die Sache sei allerdings aktuell, sie könne ja aber noch 4—5 Monate lagern. Bloch fuhr dann fort: „Ich mache Ihnen folgenden Vorschlag: Sie lassen Ihren Artikel zunächst einmal ruhig liegen. Sowie ich nur irgend Raum erübrigen kann, theile ich es Ihnen mit, und Sie senden mir das Manuskript wieder ein, allerdings etwas umgeändert. Der aktuelle Fall ist dann vermuthlich nicht mehr von Interesse u. s. w." (Große Unruhe.) Genosse David, das ist Ihr Redakteur?

(Sehr gut!)' Aus dem Zirkular, das der Verlag der „Sozialistischen Monatshefte" gegenüber dem Preßzirkular des Parteivorstandes erlassen hat, möchte ich Ihnen gleich einige Stellen vorlesen. Für den „guten Ton" gewisser Partei-Organe will ich zuvor nur noch eine mir vorliegende Zeitungsäußerung zitiren, wo davon die Rede ist, daß der Sozialdemokratie auf ihrem Parteitage von den Uebertheoretikern, den Ueberdoktrinären, den Alles oder nichts- und Mit dem Kopf durch die Wand-Politikern aus unseren Reihen Knüppel zwischen die Beine geworfen werden, daß diese Männer versuchen werden, den Parteitag auf das Niveau ihrer Gescheitheit herabzudrücken. (Hört! hört! Große Unruhe.) Das ist der gute Ton! Ich bezweifle nicht, daß Sie einen guten Ton haben, nur behalten Sie ihn bei sich. (Große Heiterkeit und Unruhe.) Der Verlag der „Sozialistischen Monatshefte" wendet sich an die Gewerkschaftsführer und bittet, die „Sozialistischen Moonatshefte" doch unter allen Umständen abonniren zu wollen. Es heißt in dem Zirkular: „Wir wissen zwar, daß die jetzige Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit es vielen Genossen fast unmöglich macht, selbst den geringen Abonnementspreis der „Sozialistischen Monatshefte" aufzutreiben. Andererseits glauben wir, daß die „Sozialistischen Monatshefte" so viel Wertvolles bieten, daß niemand, der nicht durch Noth direkt dazu gezwungen ist, auf ihre Lektüre verzichten sollte." Weiter wird gesagt, daß die „Sozialistischen Monatshefte" alles bieten; schließlich wird ausgeführt: „Wir werden Ihnen zunächst vorschlagen, daß Ihre Organisation als solche auf ein Exemplar der Zeitschrift abonnirt. Ferner wäre es sehr zweckmäßig, wenn Sie dieses Schreiben in Ihrer nächsten Versammlung vorlesen und daselbst zum Abonnement der Zeitschrift auffordern wollten. Als Gegenleistung für die damit verbundene Mühe erbieten wir uns, für jeden Abonnenten, den Sie uns auf der Liste angeben, an die Kasse der Organisation den Betrag von 50 Pf. zu zahlen. " (Hört! hört! Große Unruhe.) Mit solchen Mitteln kann allerdings ein Partei-Organ nicht vorgehen. Die „Sozialistischen Monatshefte" sind auf dem Gebiet der periodisch erscheinenden Zeitschriften genau das, was der „Lokal-Anzeiger" und die übrige „Generalanzeiger"-Presse unseren Parteizeitungen gegenüber sind. Wir müssen verlangen, daß nicht ein Organ sich bildet, wie es die Redaktion zweifellos thut durch einseitige Duldung eines Standpunktes, das lediglich gegen die Partei Front macht, so daß wir im Reichstage in jeder Session gegen die „Sozialistischen Monatshefte" haben auftreten müssen. Auch in dieser Session haben wir in der Alkoholfrage die „Sozialistischen Monatshefte" wieder von den Rockschößen abschütteln müssen. Das ist kein sozialdemokratisches Organ. Arbeiter, die noch einen Rest von selbständigem Denken sich bewahrt haben, sollten nicht auf die Autoritätsdusselei hineinfallen, von der dies Blatt allerdings voll ist. (Lebhafter Beifall und Unruhe.)

Vollmar: Ich bin der Meinung, daß man in solchen Dingen nicht an die Leidenschaft, die gewöhnlich blind ist, sondern einfach an den Verstand appelliren soll. Ich bin persönlich eigentlich recht wenig in der Frage interessirt, ich habe ein einfaches, schlichtes Gemüth (Heiterkeit), das nicht sehr schriftstellerisch veranlagt ist, und ich empfinde wenig das Bedürfniß, jeden Gedanken, der mir kommt, augenblicklich auch anderen Leuten aufdrängen zu wollen. Ich habe mich an der Diskussion über den ganzen Komplex von Fragen, um die es sich hier dreht, wenig oder eigentlich gar nicht beteiligt. Pflichtgemäß habe ich vor den Versammlungen der Parteitage die verschiedenen Streitakten der letzten Jahre wieder nachgelesen, und ich habe mich gefreut, daß ich recht daran gethan habe, mich nicht zu betheiligen. Nach genauer Einsicht habe ich mir sagen müssen, daß nach meiner Auffassung neun Zehntel alles Gesagten hätte unterbleiben können (Sehr richtig!), ohne daß die Partei dabei etwas verloren hätte. Ich werde mich also nicht weiter, als nothwendig ist, auf die Sache einlassen. Die Thatsache steht fest: es wird darüber geklagt, daß die „Neue Zeit" fort-

während zurückgeht. (Zurufe.) Ich denke: ein Blatt, das 10 000 M. Defizit macht, wird wohl zurückgehen. (Zuruf: Das war immer so!) So, dann ist es immer zurückgegangen. (Große Heiterkeit.) Das Blatt steht schlecht, macht Defizit, trotz der Autorität der Partei, während andererseits die „Sozialistischen Monatshefte", wie man über sie auch denken mag, fortwährend in die Höhe gegangen sind und gegenwärtig eine Verbreitung erreicht haben, die anderen Blättern ganz angenehm sein würde. Ueber diese Thatsache ist zunächst weiter nicht zu reden. Ich bestreite durchaus nicht, daß das nicht angenehm für die Partei ist und daß es kein regelmäßiger Zustand ist, während die andere Zeitschrift, die sehr lange kein Partei-Organ war und erst seit einigen Jahren in Wirklichkeit diesen Titel verdient, sich so weiten Einfluß verschafft hat. Es scheint mir aber doch höchst merkwürdig, daß unter so vielen klugen Männern, die über diese Dinge gesprochen haben, keiner den Grund, der die Lage verursacht hat, klar erkannt hat. Mir scheint es das Einfachste von der Welt, daß die Ursache zunächst da zu suchen ist, wo sie vernünftigerweise zu suchen ist, das ist bei der Redaktion. Alles spräche doch dafür, daß ein Blatt, das die Autorität und den Geldbeutel der Partei hinter sich hat, einen außerordentlichen Einfluß erreichte und in die Höhe kommen müßte. Wenn es das nicht gethan hat, so kann das nur an der Redaktion liegen. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, bin ich der Ueberzeugung: Sie können beschließen, was sie wollen, eine Aenderung tritt so lange nicht ein, als nicht andere Redaktionsprinzipien eintreten. Kautsky hat, wie früher, die Sache ja sehr hübsch dargestellt; er hat gesagt: „Was macht man mir eigentlich zum Vorwurf? Das sind ja Lappalien!" Für mich steht aber die Sache einfach so: In Kautsky, über dessen Verdienste und Fähigkeiten ich ihm keine Komplimente zu machen brauche — die stehen fest — lebt ein Geist der Einseitigkeit, der Engbrüstigkeit, der Unduldsamkeit gegenüber anderen Meinungen, wie es in unserer Partei kaum bei einem anderen hervorragenden Parteigenossen der Fall ist. Daß das nicht bestritten werden kann, hat uns Kautsky ja selbst auf dem Parteitage im vorigen Jahre gesagt, als ihm dort persönliche Vorwürfe gemacht wurden und als man von der Denkfreiheit sprach, die wir gegenüber den bürgerlichen Parteien forderten, hat er es als einfach lächerlich bezeichnet, die gleichen Anforderungen an die Denkfreiheit innerhalb unserer Partei zu stellen. Denn die bürgerliche Gesellschaft sei ein Zwangsinstitut, aber der Eintritt in unsere Partei sei etwas Freiwilliges, infolgedessen könne man diese Forderung nicht stellen. Er hat hinzugefügt, er betrachte als Erstes die Einheitlichkeit der Partei. Es geht ihm damit so, wie Goethe sagt: „Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist der Herren eigner Geist". Die Einheitlichkeit der Partei, das ist für Euch die Einheitlichkeit, die Eure Grundsätze, Eure spezielle Meinung bedeutet. Andere Ansichten werden als falsch betrachtet, sie werden nicht literarisch bekämpft, sondern man sucht sie auf jede Weise niederzuzwingen. Das ist der Unterschied, der zwischen der „Neuen Zeit" und den „Sozialistischen Monatsheften" besteht. Was der Verleger der „Monatshefte" macht, davon weiß ich nichts, das geht mich auch zunächst nichts an. Es handelt sich um den literarischen Inhalt. Jeder einzelne Parteigenosse, der dort schreibt, tritt mit seinem Namen auf, deckt seine Ansichten verantwortlich, und es wird einfach der Meinung der Leser überlassen, ihr Fazit zu ziehen. Das will aber gerade Kautsky nicht, er hat erklärt, daß sein Organ nicht dazu da sei, verschiedene Meinungen zu vertreten, sondern die Einheitlichkeit der Partei soll darin verteidigt werden. Er sagt nun: das sind Lappalien. Ich möchte einen Vergleich ziehen: ich gehe nicht gern in eine Versammlung, in der ein erblicher, d. h. immer der gleiche Vorsitzende vorhanden ist, der mir in der Debatte nur mit Mißtrauen entgegentritt und mir bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ins Wort fällt, der mich meine eigenen Gedanken nicht einmal richtig ausführen läßt und dann hinterher bei jeder Gelegenheit mit dem schwersten

Geschütz auffährt. Das ist nicht nur Einem, das ist Vielen geschehen. Es ist heute gefragt worden, was denn eigentlich so Schlimmes gewesen sei. Haben Sie denn die Debatten der letzten Jahre vergessen? Erinnern Sie sich nicht, daß einer Reihe von Genossen, mich nehme ich aus — mir ist es Wurst (Heiterkeit) — sehr schlimme Dinge vorgeworfen worden sind, daß sie lächerlich gemacht sind? Die Vorwürfe, ihr Thun sei geeignet, die Partei zu sprengen, sie seien auf dem Wege ins bürgerliche Lager hinüber, sind doch unter Sozialdemokraten keine Kleinigkeiten. Im vorigen Jahre hat sich selbst Adler veranlaßt gesehen, dem Kautsky einen kleinen Stammbuchvers zu schreiben. Damals hat es geheißen: Wir haben uns geschlagen und werden uns wieder vertragen, und es ist auch schon eine gewisse Besserung eingetreten. Aber es scheint auch das Aeußerste zu sein, was Kautsky überhaupt zu leisten vermag. Ich halte es nicht für recht, wenn die Redaktion über alles, was in der deutschen und ausländischen Sozialdemokratie geschieht, von oben herab urtheilt, wenn Jaurès, der Mann, der an der Spitze der größten Bruderpartei in Frankreich steht, der „große Parteiverderber" genannt wird, der nicht schnell genug verschwinden könne. Und wie unhöflich, um nicht mehr zu sagen, hat man dem Genossen Vandervelde erwidert, als er seinen Brief veröffentlicht hatte. Das erachte ich als eine Taktlosigkeit, das kann vielleicht in einem freien Organ geschehen, aber in einem Organ, das sich anmaßt, das wissenschaftliche Organ der Partei zu sein, muß der Redakteur sich jeden Augenblick der Verantwortung, die er trägt, bewußt sein. Nun wird gesagt, man könne sich ja beschweren. Das antworten uns auch die Minister jedesmal auf unsere Anklagen. (Heiterkeit.) Es heißt dann, wo sind denn die Beschwerden? Nicht wahr, Herr Geheimrath, es sind keine da? (Erneute Heiterkeit.) Wer würde sich auch gerne beschweren über einen Redakteur wie Kautsky. Ich glaube ihn genau zu kennen, um zu wissen, daß Beschwerden gar nichts ändern würden. Kautsky muß so genossen werden, wie er ist (Heiterkeit), er wird sich nicht ändern oder höchstens nur noch einseitiger werden, als er schon ist. (Heiterkeit.) Bebel hat schon in einem Artikel, den er im vorigen Jahre auf eine Aeußerung von mir in einer hiesigen Parteiversammlung geschrieben hat, den Einwand gemacht: warum beschwert man sich nicht? Ich stelle die Gegenfrage: wenn wirklich die Partei-Instanzen und der Vorstand so leicht bei der Hand sind, hier Remedur eintreten zu lassen, warum haben wir dann bei den zahlreichen unerhörten Dingen, die in der „Neuen Zeit" vorgekommen sind, nie etwas von einem Eingreifen des Parteivorstandes gehört? (Pfannkuch ruft: doch!) Ja, hinterher wie es gedruckt war. Auf den ersten Artikel der Serie über die Opportunisten hättet Ihr schon genau sehen können, worauf die Sache hinausgeht, und sagen können: in der Weise verfährt man nicht gegen Parteigenossen. Aber nichts habt Ihr gethan. Ihr habt es hinausgehen lassen und die Betreffenden haben sich damit abfinden müssen. Also damit kann man mir nicht kommen. Der Geist, der in der Redaktion der „Neuen Zeit" herrscht, ist eben derartig, daß die Leute weggegangen sind. Welchen vernünftigen Grund könnt Ihr denn dafür angeben, daß bekannte Parteigenossen, Reichstags-Abgeordnete, für die Mitarbeit der „Neuen Zeit verloren gegangen sind? Wollt Ihr etwa die Theorie aufstellen, ein Komplott sei im Gange, um die Partei zu sprengen oder ins bürgerliche Lager zu führen? Das wäre doch lächerlich, es muß doch ein Grund vorhanden sein. Und das ist der: Sie haben sich abgestoßen gefühlt durch den Geist, der in der Redaktion der „Neuen Zeit" herrscht, der ihnen nicht den nötigen Ellenbogenraum läßt, und deshalb sind sie zu dem anderen Organ gegangen. Wenn eine Aenderung in der „Neuen Zeit" möglich wäre, würde ich mich am meisten darüber freuen. Ich erkläre aber, daß ich das für gänzlich ausgeschlossen halte. Es ist der ewige Geist der Kontrolle, der Geist der Disziplin — einer falschen Disziplin — der Disziplin des Kasernenhofes, gegen

den man sich wendet; denken Sie doch daran, daß Sie es mit selbstständigen Menschen zu thun haben. Lassen Sie sie sich doch aussprechen und die Partei entscheiden, es ist ein Gefühl der Schwäche, wenn man das verhindern will. (Sehr richtig!) Der Antrag Augsburg ist nach meiner Meinung geradezu grotesk. (Heiterkeit.) Ich habe geglaubt, als ich den Antrag las, die Augsburger hätten sich in der Adresse geirrt, es sei ein Antrag für die Zentrumspartei, für die Kirchenorgane mit dem Zensor obenan, wo nur eine Meinung recht ist. Ich spreche weiter nicht gegen den Antrag, zumal der Antragsteller schon selber so glänzend gegen den eigenen Antrag gesprochen hat. (Heiterkeit.) Lassen Sie ruhig alle Meinungen frei aussprechen, sobald es in ehrlicher und loyaler (Ruf: loyaler!) Weise geschieht. Lassen Sie keine Zwangsmaßregeln eintreten! Bebel meinte gestern, von einer Einschränkung der Meinungsfreiheit sei keine Rede. Aber der Antrag Augsburg bedeutet das (Bebel: Ich bin nicht für ihn!) — ja, aber außer Dir sind noch andere Leute im Saale. Es wird in dem Antrag gefordert, daß Polemiken nur in Parteiblättern ausgefochten werden dürfen. Das heißt doch nichts weiter als: Wenn es dem Parteiverlag nicht gefällt, den Artikel aufzunehmen, dann sind die Leute mundtodt. (Sehr richtig!) Sobald die Parteignossen versuchen, Artikel zu verhindern, denen sie weiter nichts vorwerfen können, als daß sie in einer Zeitschrift erscheinen, die nicht im Parteiverband steht, dann handelt es sich um einen Meinungsdruck, dann will man die Meinungsfreiheit unterdrücken. Ich glaube nicht, daß Sie das thun werden, schon deshalb nicht, weil es keinen praktischen Erfolg hätte. Das Einzige, was geschehen könnte, wäre, daß das blühende Leben, das sich in den „Sozialistischen Monatsheften" entwickelt, erstickt würde, ohne daß damit der „Neuen Zeit" geholfen wäre. Wenn Sie glauben, daß sich dann die betreffenden Genossen dem Zensorstift Kautskys unterwerfen werden, dann täuschen Sie sich, sie würden es einfach unterlassen, überhaupt zu schreiben und nichts würde an die Stelle treten. Wenn der Versuch unternommen würde, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, dann wäre der kein echter Sozialdemokrat, der es fertig bekäme, sich einer solchen Zensur zu unterwerfen. Das wäre wahrhaftig nicht der Mühe werth, zur Sozialdemokratie zu gehen und die alten Unfreiheiten los zu werden, nur um sie mit einer neuen zu vertauschen. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Zetkin**: Ich stimme in vielen Beziehungen mit der Kritik überein, die an der „Neuen Zeit" geübt worden ist. Es ist kein Zweifel, daß die „Neue Zeit" vielfach der Aktualität entbehrt, kein Zweifel auch, daß es ihr nicht immer gelungen ist, in dem gleichen Maße wie die „Sozialistischen Monatshefte" neue Kräfte zur Mitarbeit heranzuziehen. Niemand, glaube ich, ist unter uns, der diesen Mangel mehr empfindet als Kautsky selbst. Aber diese Mängel sind zum Theil sehr erklärlich, es verbindet eben nicht jeder Redakteur die Eigenschaft eines betriebsamen Geschäftsreisenden zugleich mit der Gepflogenheit, sich zur Vorderthür hinauswerfen zu lassen und zur hinteren Thür wieder hereinkommen. (Sehr gut!) Vielleicht werden die Anregungen, die Kautsky heute empfing, dazu beitragen, daß er sich mehr und mehr jenem Ideal des Redakteurs nähert, das Heine gestern aufgestellt hat, und daß er auch ein solcher unausstehlicher Redakteur wird (Heiterkeit), der es lernt, die Leute breit zu schlagen, denen, wie Heine sich ausdrückt, gar nicht viel an der Mitarbeiterschaft gelegen ist. Was die Heranziehung weiterer Kreise anbetrifft, auch solcher, deren Entwickelungsgang noch nicht abgeschlossen ist, so kann man ganz gut die Bedenken begreifen, die Kautsky davon abgehalten haben, solchen Kräften einen breiten Spielraum in der „Neuen Zeit" einzuräumen. Es ist das Verantwortlichkeitsgefühl, das er als Leiter des offiziellen Organs der Sozialdemokratie, der Gesammtpartei und seinem eigenen Gewissen gegenüber hat, es ist die Erkenntniß, daß die „Neue Zeit" in Kreise dringt, wo der einzelne

Leser nicht alles so nachprüfen kann, wie es Vollmar als Ideal hingestellt hat, ein Ideal, das wir heute noch nicht verwirklicht sehen. Gerade in den letzten Jahren ist es gelungen, neue Kräfte heranzuziehen, und erfreulicherweise aus dem Proletariat selbst. Sie dürfen nicht die einzelne Nummer der „Neuen Zeit" mit der einzelnen Nummer der „Monatshefte" vergleichen. Bedenken Sie, daß das eine ein Monatsblatt, das andere ein Wochenblatt ist. Man hat als einen der wichtigsten Gründe, weshalb es so vielen Genossen verekelt worden ist, an der „Neuen Zeit" mitzuarbeiten, den Ton derselben angeführt. Es ist darüber schon manches Wort hier gesagt worden, ich will nur das eine hinzufügen: wenn die Revisionisten sich durch das Wort Revisionist beleidigt fühlen, könnten wir uns nicht mit demselben Recht beleidigt fühlen, wenn man uns fortwährend Revolutionäre mit dem vierfachen r nennt, oder die Unentwegten, die Zielbewußten u. s. w.? In dieser Beziehung ist, wie schon in Lübeck gesagt wurde, gesündigt worden in und außerhalb Ilions, und wir haben uns da gegenseitig nichts vorzuwerfen. Kautsky ist der Vorwurf der Einseitigkeit gemacht, aber das Material, das zum Beweis dafür angeführt wird, reicht nicht aus. Der Redakteur derjenigen Zeitschrift, die sich nicht nur anmaßt, das wissenschaftliche Organ der Partei zu sein, sondern die es thatsächlich ist, es von Anfang an auch gewesen ist, wenngleich aus bestimmten, in der damaligen politischen Situation liegenden Gründen vielleicht die offizielle Anerkennung gefehlt hat, ist zu einer gewissen Reserve gezwungen, die sich ein außerhalb der Kontrolle der Partei-Instanzen stehendes Organ nicht aufzuerlegen braucht. Kautsky hat schon darauf hingewiesen, welche Rücksichten zu nehmen er gezwungen ist. Aber es kommt noch ein anderes hinzu: als Redakteur der wissenschaftlichen Zeitschrift der Sozialdemokratie hat er auch darüber zu wachen, daß die Ansichten sich immer mehr klären und immer weiter entwickelt werden. Da ist er der Partei wie seinem Gewissen dafür verantwortlich, daß solche Meinungen zum Ausdruck kommen, die seiner eigensten festen Ueberzeugung nach im Interesse der Gesammtpartei, im Interesse des gewaltigen proletarischen Klassenkampfes liegen, und durch dies Verantwortlichkeitsgefühl ist er ohne Zweifel verpflichtet, manchmal dem oder jenem Artikel eine Fußnote oder das von David bemängelte Schwänzchen anzuhängen. Wenn David darin schon eine Beschränkung der Meinungsfreiheit und der Kritik erblickt, so bedauere ich ungemein, daß wir nicht die ungeschriebenen Artikel oder die ungehaltenen Reden von David hören beziehungsweise lesen können, worin er sich entschieden verwahrt hätte gegen die Aufforderung des „Karlsruher Volksfreundes", der Genossin Luxemburg den Parteimaulkorb anzulegen. Wenn wir die ganzen Vorwürfe, die heute erhoben worden sind, betrachten, so sieht es mit den beiden Theilen so aus: man erkennt wohl das Recht an, die alte Richtung, um sich so auszudrücken, mit aller Schärfe zu kritisieren und auch im schärfsten Tone zu bekämpfen, man verwahrt sich aber mit allem Nachdruck gegen die Pflicht, selbst jeden scharfen Ton zu vermeiden, man fordert die weiteste Meinungs- und Bewegungsfreiheit für die eigenen Ansichten, ist aber empört, wenn auf die Kritik die Gegenkritik mit derselben Freiheit antwortet. Man bekennt eine souveräne Verachtung jeglichem alten Dogma, verlangt aber auf der anderen Seite den unbegrenzten Respekt vor dem eigenen neuen Dogma! Wenn die „Neue Zeit" vielleicht manchmal bezüglich des Tones wie auch der Tendenz und der Bekämpfung anderer Tendenzen im Uebereifer gesündigt haben mag, so wird das begreiflich durch die geschichtlichen Bedingungen, unter denen sie ins Leben getreten ist. Was ist denn die „Neue Zeit" für die Partei gewesen? Sie war thatsächlich ein Bindeglied, welches das große wissenschaftliche Erbe unserer Meister Marx, Engels, Lassalle ꝛc. zubereitet und nutzbar gemacht hat der Tagespresse, der praktischen Tagesarbeit, dem praktischen politischen Kampf. Und dieser hohen Aufgabe mußte sie nicht nur gerecht werden, indem sie die

Grundsätze, auf denen unser Programm und unsere Taktik fußt, in ruhigen sachlichen Artikeln entwickelte, nein, sie hatte auf der anderen Seite auch die Aufgabe, alle jene bürgerlichen Krethi und Plethi abzuwehren, die den Sozialismus verfälschen und sich an die Rockschöße des Proletariats anhängen wollten. Sie hat den wissenschaftlichen Sozialismus gleichsam in die Partei einführen müssen in stetem Kampf mit dem Pseudo-Sozialismus. Das Waffenhandwerk ist ein rauhes Handwerk, und wer sich fortwährend mit den Gegnern herumschlagen muß, der schlägt unwillkürlich auch mal im Kampfe mit den Genossen einen scharfen Ton an, der besser vermieden wäre. Soll die „Neue Zeit" der Aufgabe getreu bleiben, die sie bis jetzt erfüllt hat, ich darf wohl sagen, glänzend erfüllt hat, so ist es notwendig, daß alle Parteigenossen, die dazu fähig sind und sich berufen fühlen, in rückhaltloser Weise für die „Neue Zeit" zu arbeiten. Das ist möglich. So gut wie sich die beiden Tendenzen im praktischen Tageskampf der Partei, auf den Parteitagen trotz scharfer Auseinandersetzungen doch stets friedlich und schiedlich mit einander vertragen haben, so gut muß und kann das auch in dem Organ der Sozialdemokratie, in der „Neuen Zeit", der Fall sein. Nur wenn das eintritt, werden uns jene Kräfte wieder zuströmen, die jetzt verärgert und verbittert bei Seite stehen. Nur dann kann die „Neue Zeit" sein, was sie sein soll und sie auch zu sein im Stande ist. Daß sie aber das ist, ist nicht nur nothwendig im Hinblick auf die bevorstehenden Kämpfe, von denen Kautsky gesprochen hat, sondern auch im Hinblick auf die kleine Tagesarbeit, die wir zu leisten haben. Je mehr neue Elemente in den Vordergrund geschoben werden, um so nothwendiger haben wir eine Stelle, die theoretisch leitend, führend, berathend, die Einheitlichkeit bethätigend und fördernd ihr zur Seite steht, mit Rücksicht auf das gemeinsame Ziel, und das im Grunde nur gerichtet ist gegen den gemeinsamen Feind und für die Erkämpfung der gemeinsamen Freiheit. (Lebhafter Beifall.)

Ein **Schlußantrag** wird, nachdem ihn Mittag-Halle begründet, Ulrich-Offenbach ihn bekämpft hat, **abgelehnt.**

Ulrich-Offenbach: Ich bin weder bei der „Neuen Zeit" noch bei den „Monatsheften" irgendwie betheiligt, ich habe also gewiß ein Recht zu sagen, daß ich nicht durch irgend eines Gedankens Blässe angekränkelt bin, und ich bin in meiner Stellungnahme durch keinerlei persönliche Rücksichten beeinflußt. Ich meine, eine Thatsache sollte man doch beachten, daß seit den Debatten im letzten Jahre eine Aenderung der Situation nicht bemerkt wurde. Wir müssen uns klar darüber werden, welches die Ursachen sind, daß ein großer Theil von Parteigenossen an einem Blatt mitarbeitet, das nicht offiziell anerkannt ist. Ich komme zu derselben Ueberzeugung, die schon Vollmar ausgesprochen hat: die „Neue Zeit" hat sich viel zu einseitig gehalten und viel zu wenig dem Rechnung getragen, was im vorigen Jahre schon ausgesprochen wurde. Die Redaktion der „Neuen Zeit" thut nicht gut, wenn sie in so einseitiger Weise ihren Standpunkt als den ansieht, der nur allein zur Geltung kommen kann. Aus Kautsky's Aeußerung, es sei ihm das persönliche Zusammenarbeiten mit Bernstein unmöglich, geht hervor, daß Kautsky selbst die Berechtigung der „Monatshefte" anerkannte. Das, was die „Monatshefte" bringen, könnte auch die „Neue Zeit" bringen. Es ist behauptet worden, man sei auf dem Wege der Besserung, und wenn ich den „Sammelruf" Kautsky's höre, dann scheint mir das allerdings das Mittel zu sein, das zur Ueberbrückung der Differenzen führt. Wir müssen aber bitten, daß die beiden Seiten ihre Empfindlichkeit fallen lassen und sich nicht fortwährend über den Ton beklagen. Die Spintisirerei der einzelnen Genossen findet bei der breiten Masse keinen Resonanzboden. Wenn die Autoren, die da meinen, Artikel von welterschütternder Bedeutung geschrieben zu haben, hören könnten, wie die Massen darüber denken, so würden sie von ihrer Bedeutung nicht mehr so fest überzeugt sein. (Lebhafte Zustimmung.) Laßt doch Eure

talmudistische Wortklauberei sein. (Zurufe: Das geht auf Bernstein!) Es fällt mir gar nicht ein, Bernstein oder Kautsky herauszustreichen; die haben es alle Beide nöthig, einen Theil von ihrer Empfindlichkeit abzustreifen. Angesichts der jetzigen Situation, angesichts des Brotwuchers, sollte man sich nicht fortwährend in die Haare fahren. Wir in der Provinz haben darunter ganz besonders und mehr zu leiden, als die Theoretiker oben im Olymp (Lebhafte Zurufe: Sehr richtig!), und uns, die wir draußen im Lande die Agitation zu betreiben haben, kommt es dann bisweilen vor, daß uns der eine Gegner den Kautsky vorreitet und der andere den Bernstein. Wir haben die Pflicht, das Proletariat aufzuklären, daß der Kapitalismus bekämpft werden muß. Wenn wir aber mit solchen Streitigkeiten uns abgeben müssen, dann können wir nicht arbeiten und deswegen sollten die Polemiken eingestellt werden. Man sollte einfach alle Theoretiker gemeinsam einsperren, bis sie sich gegenseitig aufgefressen haben. (Zustimmung. Ledebour: Dann würde die Partei versimpeln!) Das ist nicht wahr! Die Partei hat so viel gesunde Lebenskraft, daß sie trotz der Theoretiker nicht versimpelt ist. (Rufe: Sehr richtig!) Die wissen oft selber nicht, was sie wollen! (Sehr richtig!) Oft fragt man sich, wenn man Artikel von Bernstein oder Kautsky gelesen hat, was sie denn eigentlich gemeint haben; wenn man sie dann fragt, halten sie uns lange Vorlesungen und an deren Ende weiß man erst recht nicht, was sie denn eigentlich wollten. Im übrigen ist die große Masse der Parteigenossen besser über den Marxismus unterrichtet, als sich die Herren denken. Das Klassenbewußtsein wird in den Massen immer stärker und bewahrt uns vor Dingen, wie wir sie in Frankreich sehen. Nun noch ein Wort zu dem von Leydecker angeführten Fall. Ich bin der Meinung, es geht doch nicht, Mainz und Frankfurt, wo so verschiedene politische Verhältnisse herrschen, als das Muster eines Gespannes vorzuführen.

Heine: Der scharfe Ton, der in der Debatte gegen die Akademiker angeschlagen worden ist, ist nicht unverdient. Schon 1898 habe ich in der ersten Bernstein-Debatte gesagt: Wenn man mehr das Verbindende und weniger das Trennende betonen wollte, dann würde sich dieser ganze Streit nicht so entsetzlich ausgewachsen haben. Im Praktischen sind wir ja Alle einig, aber die Lust am Theoretischen liegt den Deutschen einmal im Blute, und dieser alte Fehler wird nicht so bald überwunden werden. Einen Vorwurf jedoch verdienen die Akademiker nicht, nicht sie haben diese Debatte in Gang gebracht, sondern Genosse Adolf Hoffmann war es, der es sehr übel nehmen würde, wollte man ihn zu den Akademikern zählen. (Heiterkeit.) In der ganzen Diskussion scheint mir ein Punkt, und zwar der Hauptpunkt, noch nicht berührt zu sein. Unsere Mitarbeit an den „Monatsheften" soll der „Neuen Zeit" schaden. Der Schaden wird im Defizit der „Neuen Zeit" gesehen. Wie wir dem Defizit der „Neuen Zeit" aber durch unsere Mitarbeit an der „Neuen Zeit" abhelfen sollen, das begreife ich nicht. Die „Neue Zeit" hat ja jetzt nicht genügend Raum, wenn wir nun noch Alle mit unseren Elaboraten, wie sie ein Redner genannt hat, in die „Neue Zeit" gehen würden, wo sollte das hin? Das Defizit der „Neuen Zeit" erklärt sich daraus, daß sie einen viel zu hohen Redaktionsetat hat, nachdem sie Wochenschrift geworden ist, daß sie sich mit ständigen Mitarbeitern belastet hat, die, was ich für selbstverständlich halte, anständig bezahlt werden. Die Existenz der „Sozialistischen Monatshefte" ist an dem Defizit der „Neuen Zeit" ganz unschuldig. Frau Zetkin hat gesagt, daß die „Neue Zeit" sich in der Aufnahme von Artikeln eine gewisse Reserve auferlegen müsse. Ich stimme ihr darin bei, ein offizielles Blatt hat in der That gewisse Rücksichten zu nehmen, an die ein nicht offizielles Blatt nicht gebunden ist. Um so nöthiger halte ich die Existenz eines nicht offiziellen Blattes. Allerdings meine ich nicht wie Frau Zetkin, daß ein offizielles Parteiblatt zu jeder abweichenden und neuen Auslassung sogleich einen Hinweis auf die offizielle Auffassung fügen müßte. Ich glaube, man sollte

auch dem selbständigen Denken der Genossen etwas zutrauen und ihnen nicht Alles vorkauen, sonst wären wir auch nicht anders als die autoritären Parteien. Aber ein unabhängiges Blatt kann schreiben, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, und darin liegt ein Vorzug. Bebel verweist uns an die Beschwerde-Instanz. Das zeigt aber nur, daß er sich in einem Irrthum über das Wesen der geistigen Arbeit befindet. Wenn ich mich erst beschweren, wenn ich mir erst einen Platz für meinen Artikel erkämpfen soll, dann freut mich die ganze Sache nicht mehr, ei, dann rühre ich nicht erst die Feder an. Bebel sagt, es seien Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" erschienen zum Gaudium unserer Gegner. Ich möchte wissen, wann das geschehen ist. Wenn unsere Gegner sich über etwas gaudiren werden, dann über den Augsburger Antrag und die Debatte über die Mitarbeit an den „Monatsheften". Sollte es unsere Gegner gelüsten, die alte Mühle vom Zuchthausstaat der Sozialdemokratie wieder in Bewegung zu setzen, dann haben ihnen die Antragsteller gründlich Wasser geliefert. (Zustimmung und Widerspruch.) Mir hat Ulrich mit seiner Mahnung zur Einstellung des theoretischen Streites ganz aus der Seele gesprochen. Möge sie beherzigt werden von allen Seiten. Ich persönlich lege nicht sehr viel Werth auf diese theoretischen Diskussionen. Die „Sozialistischen Monatshefte" verdanken ihr Emporblühen dem Umstande, daß sie sehr viel konkrete Artikel über wichtige Tagesfragen bringen, die nicht kommen würden, wenn sich Niemand an die richtigen Kräfte wendete. So soll auch die Redaktion der „Neuen Zeit" verfahren, so soll sie das Blatt interessant machen. Sie möge es versuchen.

Koenen-Hamburg: Ich habe schon auf einem früheren Parteitage eine ernste Mahnung an die Schriftsteller gerichtet. Heute will ich sie an die Theoretiker richten. Ich würde mit ihnen verfahren, wie ein Vater mit seinen ungehorsamen Söhnen. (Heiterkeit.) Wenn man weiß, daß die „Neue Zeit" ein solches Defizit hat, sollte man seine geistigen Produkte nicht in den „Soz. Monatsheften" ablegen. Spricht man von der Engbrüstigkeit der Redaktion der „Neuen Zeit", dann sollte man doch nicht mit seinem Namen von und zu auf der Mitarbeiterliste der „Neuen Zeit" prangen. Die Genossen im Lande werden sich sehr über das mangelhafte Solidaritätsgefühl der Genossen wundern, die in den „Sozialistischen Monatsheften" schreiben. Man kann ja dafür sorgen, daß die „Neue Zeit" nicht so einseitig ist.

Meist-Köln: Es ist gut, daß die Frage der „Neuen Zeit" und der „Soz. Monatshefte" hier einmal aufgerollt worden ist. So können die Dinge nicht weiter gehen. Die Gesamtpartei ist mit 10 000 M. jährlich an der „Neuen Zeit" interessirt, sie muß Remedur schaffen und der gegenwärtigen Demoralisation ein Ende machen. Der Inhalt unserer geistigen Revue muß den Grundauffassungen unserer Partei entsprechen. Die Tifteleien und Silbenstechereien der Leute, die Marx meistern und sich auf eine Pyramide stellen möchten, damit sie nur sichtbar sind, finden bei der großen Masse, die doch dereinst den Sozialismus zur That machen soll, kein Verständniß. Appelliren wir nicht an die geistige, wohl aber an die demokratische Disziplin unserer hervorragenden Parteigenossen. Ich finde es bedauerlich, daß Auer seinen Artikel über den Parteitag in den „Monatsheften" niedergelegt hat. Da muß eine Radikalkur eintreten. Ich schätze die Arbeit Kautsky's sehr hoch, und ich bin überzeugt, auch wenn er nicht mehr an der Stelle stünde, wo er jetzt steht, würde er der Partei nach wie vor mit allen Kräften dienen.

Bernstein: Ich muß zunächst den Vorwurf der Ueberempfindlichkeit zurückweisen. Aber es gibt Dinge, für die ich ewig empfindlich bleiben werde. Das sind die Fragen, wo es sich um die Gesinnung handelt, um die Ueberzeugungstreue. Gegen den Ausdruck „Revisionismus" habe ich mich gar nicht gewendet. Das Wort stammt nicht von mir, sondern von Schoenlank, und in neuerer Zeit

ist ein Buch erschienen von einem Manne, der außerhalb des Rahmens der Partei steht und seine eigenen Wege geht, der allerdings ein Sozialist ist. In diesem Buche über die Revision des Sozialismus steckt viel Arbeit und viel Geist, es ist von David und mir kritisirt worden und wir haben ausgeführt, daß eine Revision des Sozialismus sich unter keinen Umständen in der Richtung bewegen wird, die dieser Schriftsteller annimmt. Wenn trotzdem auf mich und Andere das Wort Revisionäre angewendet wird, so habe ich nichts dagegen, wohl aber müssen wir uns dagegen wenden, als ob die Revisionisten quasi halb und halb Verräther an der Partei seien. Es ist nicht wahr, daß wir fort und fort die Vertreter der anderen Richtung angreifen. Ich selbst habe die Broschüre von Kautsky über die Handelspolitik, eine wirkliche Agitationsbroschüre, kritisirt und ihren Werth rückhaltlos anerkannt. Wo es sich also um die Wahrung gemeinsamer Grundsätze der Partei handelt, gehen wir solidarisch zusammen. Ich habe ferner, als Kautsky's Broschüre über die soziale Revolution erschien und der bekannte Lorenz die Gelegenheit ergriff, Kautsky in verschiedenen Scharfmacherorganen zu denunziren, sofort im „Vorwärts" zwei Artikel veröffentlicht, in denen ich für Kautsky eingetreten bin. Im wirklichen Kampfe werden wir uns nie in die Haare fallen. An dem Artikel von Liebknecht habe ich nur ausgesetzt, daß er von dem AufklärichT des Revisionismus spricht. Das zu schreiben stand dem jungen Manne nicht an. Ich will nicht untersuchen, ob Jaurès ein Recht hat, sich auf den alten Liebknecht zu berufen. Liebknecht hat auch verschiedene Standpunkte zu verschiedenen Zeiten gehabt. Aber andererseits hat man so gethan, als ob Jaurès, die Zierde des internationalen Sozialismus, ganz außerhalb der Partei stehe; gewiß kann auch Jaurès in einem bestimmten Punkte Unrecht haben, er kann kritisirt werden, aber nicht wie man Parteiverräther kritisirt. In dem Artikel im „Offenbacher Abendblatt" hieß es, nachdem die Bourgeoispresse durch die Kautsky'schen Broschüren zur Wuth emporgepeitscht war, hätte ich den Gegnern zur Freude geschrieben. Das ist falsch. Die „Post" hat sogar gesagt, Bernstein's Standpunkt sei noch viel gefährlicher als der Kautsky's. Ich habe nicht eine ganze Richtung, sondern lediglich das Buch von Kautsky kritisirt, und die Kritik enthält nichts Verletzendes, ich bitte Euch, Genossen, seid doch nicht so überaus nervös. (Große Heiterkeit.) Laßt uns doch das Recht der Kritik. Ich habe erst vor ein paar Tagen in einer großen Versammlung zu Frankfurt a. M. unter allgemeinem Beifall ausgeführt, daß immer Meinungsverschiedenheiten in der Partei bestehen werden, daß ich nicht den Tag herbeisehne, an dem diese geistigen Kämpfe aufhören, denn sie bedeuten unser geistiges Leben. Nun ist mir in der „Weltpolitischen Korrespondenz" — und die „Leipziger Volkszeitung" hat das ohne Protest abgedruckt — vorgeworfen worden, ich hätte mich über die Lübecker Resolution hinweggesetzt, es hätte gar keinen Zweck, Resolutionen in Bezug auf mich anzunehmen. Ich habe mich in Lübeck zwar gegen die Resolution Bebel gewandt, weil sie etwas Falsches über mich enthielt, aber im Innersten meines Herzens habe ich sie der von Heine vorgezogen, weil sie noch viel energischer als diese das Recht und die Nothwendigkeit der freien Kritik betonte. Ich habe dann die Resolution Bebel gegen die Angriffe der gegnerischen Presse vertheidigt und nun, nachdem ich nach einem ganzen Jahre agitatorischer Thätigkeit für die Partei, einmal gegen eine Broschüre von Kautsky polemisire, kommt ein Blatt und sagt, ich kümmere mich nicht um Resolutionen. Ich glaube die Resolution so loyal wie nur möglich gehalten zu haben. Bebel nickt mir zu, ich freue mich, daß er derselben Ansicht ist. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Nur noch ein Wort: Nach meiner Ansicht gehören „Sozialistische Monatshefte" und „Neue Zeit" zur Partei, sie ergänzen sich einander. (Zustimmung und Widerspruch.) Die Partei kann stolz darauf sein, daß sie zwei solche Organe besitzt. (Beifall und Zischen.)

Auf Antrag von Rudolph-Nürnberg wird die Debatte geschlossen, nachdem Kiesel-Berlin sich gegen den Schlußantrag ausgesprochen hat.

Singer theilt mit, daß der Antrag 16 zurückgezogen ist; der Antragsteller (Rollwagen) hoffe, daß die Diskussion zur Verbesserung der Verhältnisse genüge. (Heiterkeit.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Kautsky: Den Vorwurf Vollmar's, daß ich die „Neue Zeit" gewissermaßen nicht als Partei-Organ betrachte, sondern als mein persönliches Organ, muß ich entschieden zurückweisen. Allerdings habe ich es in Lübeck als meine Aufgabe bezeichnet, in der „Neuen Zeit" und durch sie für die Einheitlichkeit der Partei einzutreten. Aber ich verstehe diese Einheitlichkeit so, daß ich in der „Neuen Zeit" das Organ aller Derer erblicke, die auf dem gemeinsamen Boden des Parteiprogramms stehen und daß ich von der Partei alle jene Marodeure fernzuhalten suche, die die Grenze zwischen sich und der Partei zu verwischen streben. Ich kann also die Vollmar'sche Bemerkung nicht anerkennen und muß seine Konsequenzen zurückweisen.

Emmel-Mülhausen bemerkt Böhle gegenüber, daß er nicht den Standpunkt eingenommen habe, daß in einem bestimmten Falle die Prozeßkosten nicht bezahlt werden sollen. Die Landeskonferenz habe einen Antrag Böhle, diese Kosten zu zahlen, abgelehnt, aber die Mülhausener Genossen hätten später freiwillig den Betrag gedeckt.

David: Frau Zetkin hat mir vorgeworfen, ich hätte aus Ueberempfindlichkeit mich gegen die Methode der Fußnoten gewandt; sie hat sich in der Adresse geirrt, das ist von anderer Seite geschehen; ich habe mich ausschließlich gegen diejenigen liebenswürdigen Mittel gewandt, durch die man mir das Mitarbeiten unmöglich gemacht hatte, daß man sagte, es ist kein Raum oder es muß gekürzt werden und dergleichen. Wenn Kautsky sagte, ich hätte ihm zugemuthet, mitten in einer Diskussion über die Bernsteinfrage auch die Polemik über die Agrarfrage aufzunehmen, so weise ich darauf hin, daß mein Artikel eine Kritik eines Buches über die Agrarfrage war, also ein durchaus aktuelles Thema behandelte. Daß er dieses Bestreben vereitelte, war für mich ein berechtigter Grund, mich innerlich gegen dieses Verfahren zu wehren. Dadurch, daß es sich um die Kritik eines Buches des Redakteurs handelte, erhielt das Verfahren von Kautsky noch einen ganz besonderen Beigeschmack, der es mir unmöglich machte, die Partei-Instanzen anzurufen.

Vollmar: Es ist mir nicht eingefallen zu sagen, daß Kautsky die „Neue Zeit" als sein persönliches Organ betrachte. Ich habe lediglich seine eigene Aeußerung vom vorigen Parteitage verlesen, worin er sagt, es könne nicht Aufgabe der „Neuen Zeit" sein, alle möglichen Meinungen zu Wort kommen zu lassen, sondern er habe die Einheitlichkeit der Partei zu wahren und zu schützen. Meiner Meinung nach ist Kautsky einer der Geister, die sich gar nicht denken können, daß auch ein Anderer recht hat.

Böhle-Straßburg versucht in einer persönlichen Bemerkung auf die Vorgänge bei der Landeskonferenz in Elsaß-Lothringen einzugehen, wird aber von Singer daran verhindert. Redner bemerkt sodann, Emmel habe erklärt, je eher das Straßburger Blatt eingehe, desto besser für uns. (Hört! hört!)

Frau Zetkin: Auf Grund der Mittheilungen von David revozire ich meine Aeußerung, soweit sie sich auf die Person von David bezieht, halte sie aber sachlich aufrecht und dedizire sie kameradschaftlich dem Genossen Heine. (Große Heiterkeit.)

Singer theilt mit, daß ein Begrüßungstelegramm der Genossen aus Lothringen eingetroffen ist.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Schluß 12½ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

½3 Uhr. **Singer** führt den Vorsitz.

In die Mandatsprüfungs-Kommission ist an Stelle von Pape-Lübeck Welters-Gießen eingetreten.

Die Diskussion über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt mit der Besprechung der Polenfrage und der dazu vorliegenden bereits mitgetheilten Anträge.

Gogowski-Posen: Die Vorwürfe, die von den nationalistischen Polen bei der bereits von Auer erwähnten Reichstagswahl gegen unsere Kandidaten aufgestellt sind, verdienen kaum eine besondere Beachtung. Die Sondergruppe der Polen ist ja, wie Auer ausführte, elf Jahre lang von der Partei unterstützt worden. Erst dann hat man eingesehen, daß die „Gazeta Robotnicza" nicht den Sozialismus, sondern den Nationalismus unter den Polen gefördert hat. Nun stehen die neuen Reichstagswahlen vor der Thür, und es muß etwas geschehen. Mit der Doppelorganisation muß endlich einmal tabula rasa gemacht werden. Wir haben ja nun in Posen auch eine neue Zeitung herausgegeben, die „Gazeta Ludowa", und beim Parteivorstand eine Unterstützung dafür beantragt, die bisher leider abgelehnt ist. Ich ersuche Sie, die Resolution Luxemburg anzunehmen. Dagegen möchte ich Bebel ersuchen, seinen Abänderungs-Antrag zurückzuziehen. Auf dem Parteisekretariat hat man sich alle Mühe gegeben, es zu einer Einigung kommen zu lassen. Was nützen aber alle Einigungsversuche, wenn die Polen im gegebenen Falle doch der Parole, die von London, wo sie ihre Spitze haben, ausgegeben wird, folgen? Man geht doch wieder resultatlos auseinander. Ich bitte, dem Antrag 15 Lebius-Dresden nicht stattzugeben. Ledebour hat auf dem vorigen Parteitag gefordert, man solle die Polen nicht unterdrücken. Ja, wollen wir denn das? Wir wollen nur keine Sonderorganisation. Ledebour, der von der Polenfrage nichts versteht, spielt sich auf den Parteitagen als Schützer der polnischen Nation auf, aber auf unsere Landeskongresse, wohin wir ihn laden, kommt er nicht. (Heiterkeit.)

Heymann-Breslau tritt der Behauptung entgegen, die auch in Parteiblättern aufgetaucht ist, als suchten die deutschen Sozialdemokraten Schlesiens die polnischen Sozialdemokraten Oberschlesiens zu unterdrücken. In den Monatsheften tritt Genosse Daszinsky für die Gleichberechtigung der Polen ein. Ja, wer hat denn diese Gleichberechtigung bedroht? Die Polen sind es, die erklären, wir hätten nichts bei ihnen zu suchen; Oberschlesien gehöre ihnen. In Oswiecim haben 4—5 polnische Genossen die Reichstagskandidaten für Oberschlesien aufgestellt, ohne Organisationen hinter sich zu haben. Wer hat also unterdrückt? Nur die Nationalpolen! Die deutsche Sozialdemokratie hat die Agitation für die Partei und die Gewerkschaften nach Oberschlesien getragen. Deshalb beanspruchen wir aber keine Priorität. Wie steht es nun mit der Bedeutung der polnischen Sprache für Oberschlesien? es ist nicht unbedingt nothwendig, daß polnisch agitiert wird. Wenn der Pole sich auch angeheimelt fühlt, wenn in seiner Muttersprache zu ihm geredet wird, so steht doch leider fest, daß die polnischen Arbeiter nur selten polnisch lesen und schreiben können. Ich ersuche, dem Antrag Bebel nicht Folge zu geben. Wie oft schon ist eine Versöhnung angebahnt worden, aber wir haben es mit so unzuverlässigen Elementen zu thun, daß ich ihnen nicht glaube, wenn sie von Versöhnung sprechen. Für die P. P. S. ist der Klassenkampf Nebensache. Wenn wir nicht Verhältnisse bekommen sollen, wie in Mülhausen, wo wir die französischen Protestler groß gezogen haben, müssen wir die Resolution Luxemburg annehmen. Die Sache der Polen ist in unseren Händen gut aufgehoben.

Dr. **Winter**-Beuthen giebt als Leiter der oberschlesischen sozialdemokratischen Angelegenheiten eine kurze Darstellung der Entwickelung des Streitfalles. Die selbstständige polnische Partei wurde vom Parteivorstand zuerst als eine Art Agitationskommission aufgefaßt. Bis zu den Jahren 1897 und 1898 herrschte in Oberschlesien Freundschaft zwischen Deutschen und Polen. Im Jahre 1897 ging ich als freier Schriftsteller nach Oberschlesien und übernahm noch in demselben Jahre die Leitung der oberschlesischen Parteigeschäfte. Den Ursprung der ganzen Affaire gegen mich bildeten einige Zeilen von mir in der „Sächsischen Arbeiterzeitung", die mir als Aeußerungen von Germanisirungsgedanken ausgelegt wurden. Ich wurde sogar als Sozial-Hakatist bezeichnet und für unfähig zum sozialdemokratischen Agitator erklärt. Seit jener Zeit begannen die Zwistigkeiten und Gehässigkeiten immer wieder von Neuem. Der Machtbreich der polnisch-sozialistischen Partei erstreckt sich höchstens auf Kattowitz und seine nächste Umgebung. Wir haben die Zwistigkeiten auf einer Konferenz in Berlin beizulegen versucht. Es wurde damals eine Art fauler Friede geschlossen. Nun trat der Gedanke auf, die polnische Agitation durch Verlegung der „Gazeta Robotnicza" nach Oberschlesien zu stärken. Auch ich bin dafür eingetreten. Die Ansichten von der Feindschaft der polnischen Arbeiter gegen uns sind falsch; eine solche Feindschaft der polnischen Arbeiter, wenn sie nicht gerade jetzt zum aufgehetzten Theil gehören, existirt nicht; es ist Unsinn, daß die oberschlesischen Polen nur von polnischen Genossen berathen sein wollten. Wir deutschen Genossen haben dort ganz gute Arbeit geleistet. Nach 1898 und der Berliner Konferenz kam es zu weiteren Zwistigkeiten, insbesondere, als dann einige Personen an die Leitung der polnischen Partei herantraten, die besonders stark nationalistisch gesinnt waren und deren Ansichten heute noch die polnische Partei Oberschlesiens beherrschen. Der letzte Hauptschlag, der gegen uns geführt wurde, war die Konferenz von Oswiecim, von der unseren deutschen Genossen vorher kein Wort gesagt wurde. Wir haben auf die Konferenz von Oswiecim mit der Konferenz in Batzdorf geantwortet. Ob den bedenklichen Zuständen durch die Annahme der Resolution Luxemburg mit dem Amendement Bebel ein Ende gemacht werden könne, scheint uns außerordentlich fraglich. Die That von Oswiecim wurde übrigens von zahlreichen polnischen Genossen nicht gebilligt, sie kamen zu uns ins Bureau und sagten, das geht doch nicht, wir haben immer zusammengehalten. Ich bin trotzdem für diese Resolution, ich habe schon in Batzdorf erklärt, daß noch ein Versuch zu einer Einigung gemacht werden muß. Ich bitte also die Resolution Luxemburg anzunehmen, es kommt in der Hauptsache ja selbstverständlich nicht darauf an, was wir beschließen werden, sondern auf das, was wir in Oberschlesien thun. (Heiterkeit.) Auch die Anträge 12 und 13 empfehle ich anzunehmen, dagegen bitte ich, die Anträge 14 und 15 abzulehnen. Der letztere billigt ja auch die gewerkschaftliche Absonderung der polnischen Genossen, die noch schlimmer ist, als die Spaltung der politischen Partei in den polnischen Bezirken.

Rosa Luxemburg: Hoffentlich wird die heutige Polendebatte die letzte sein, die einen deutschen Parteitag beschäftigt. Ich hoffe, es wird uns gelingen, entweder die Ursache dieser ewigen Zwistigkeiten aus der Welt zu schaffen oder mindestens dem Heraustragen derselben auf deutsche Parteitage einen Riegel vorzuschieben. Es ist auch höchste Zeit, denn die Verhältnisse haben sich bereits so abnorm gestaltet, daß Abhilfe dringend nothwendig ist. Das Vorgehen der polnischen Sonderbündler läuft darauf hinaus, daß die deutschen Genossen Oberschlesiens, welche selbstverständlich nicht zur polnisch-sozialistischen Sonderorganisation gehören können, und die polnischen Genossen, die nicht dazu gehören wollen, ihres Wahlrechtes beraubt oder gezwungen werden, für die ihnen aufoktroyirten Kandidaten zu stimmen, an deren Aufstellung sie nicht theilnehmen durften. Wir sind es gewohnt, daß die Gegner der Arbeiterklasse

nach einer Beschränkung des Wahlrechts trachten. Daß aber eine Gruppe von Leuten, welche Anspruch auf den Namen Sozialdemokraten macht, das gleiche thut, das ist eine neue Erscheinung. Es handelt sich hier nicht etwa um einen Nationalitätenkampf innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, die polnischen Genossen in Deutschland arbeiten in ihrer überwiegenden Mehrheit Hand in Hand mit den deutschen und gehören zur Gesammtpartei. In der ganzen Provinz Posen hat es die Sondergruppe polnischer Sozialisten nicht gewagt, eigene Kandidaten aufzustellen, ausgenommen einen Wahlkreis, den wir unbesetzt gelassen haben. Die polnischen Arbeiter Posens, soweit sie auf sozialdemokratischem Boden stehen, marschiren in Reih und Glied mit den deutschen Genossen. Es handelt sich vor allem um eine Meinungsverschiedenheit, um eine Spaltung innerhalb der polnischen Sozialdemokratie. Der Kampf wird nicht geführt zwischen polnischen und deutschen Sozialdemokraten, sondern zwischen einer kleinen Gruppe von Sonderbündlern und der Gesammtpartei. Wir haben uns alle Mühe gegeben, eine Verständigung mit der Sondergruppe herbeizuführen, aber sie scheiterte an dem einseitig-nationalistischen Standpunkte dieser Gruppe. Man sollte meinen, daß, wenn man unter der Herrschaft desselben Kapitalismus, unter dem Druck desselben Klassenstaates, unter der Fuchtel derselben Polizei und Klassenjustiz steht, man auch dieselben Interessen hätte und eine gemeinsame Partei zur Wahrung dieser Interessen bilden müßte. Diese Wahrheit sollte sogar sozialdemokratischen Säuglingen geläufig sein. (Heiterkeit.) Aber die polnischen Sonderbündler nehmen für sich das Recht in Anspruch, eine eigene Partei zu bilden und keine Macht der Welt wird ihnen die einfache Thatsache beibringen, daß wir nicht als Polen oder Deutsche, sondern als Arbeiter zur Partei gehören. Auch in der Form der Aufstellung der Reichstagskandidaturen begreifen diese Leute es nicht, daß wir nicht als Polen oder Deutsche, sondern als Sozialdemokraten die Kandidaten aufstellen. Die polnischen Sonderbündler sind die allerletzten, die das Recht haben, sich über Mangel an organisatorischer Selbständigkeit zu beklagen; so lange sie zur Gesammtpartei gehörten, genossen sie die größte Freiheit und Selbstständigkeit. Die Ansicht, daß sich das Vorgehen der Sonderbündler durch die brutale Unterdrückung der polnischen Nation rechtfertigen lasse, ist auch nicht stichhaltig. Nicht durch Absonderung von den deutschen Genossen, sondern im engsten Anschluß an sie können die Interessen der Polen am besten vertreten werden und die deutsche Sozialdemokratie — das müssen wir als Polen offen aussprechen — hat sich gegenüber dem polnischen Proletariat stets auf der Höhe seiner Aufgabe gezeigt. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die nachdrücklich und aufrichtig das polnische Volk gegen die Hakatisten schützt und diese als eine Theilerscheinung der Reaktion mit aller Macht bekämpft. Trotzdem haben sich die Sonderbündler von der Gesammtpartei losgelöst und ihr Vertreter hat auf unserem schlesischen Provinzial-Parteitag sogar erklärt, er pfeife auf die Beschlüsse der deutschen Sozialdemokratie. Den polnischen Sonderbündlern kommt es nur auf die Wiederherstellung des polnischen Nationalstaates an. Man sollte meinen, daß man mitten in den herrlichen Gefilden der preußischen Politik dringendere Aufgaben zu lösen hätte, als um den Bart des Königs dieser nicht existirenden polnischen Staaten zu streiten. Dieser separatistische Standpunkt hat die Sonderbündler dazu verführt, vor allem die deutsche Sozialdemokratie zu bekämpfen und die Befreiung der polnischen Arbeiter von der deutschen Sozialdemokratie zu beginnen. Außerdem haben sich die Sonderbündler mit Haut und Haar allerhand studentischen Komitees in London, Paris ꝛc. ausgeliefert, auf die wir keinen Einfluß haben. Ich bin immer für die Verständigung gewesen, aber diese müßte eine endgültige und der Friede ein definitiver sein. Es käme für uns nicht darauf an, einzelne Reichstagskandidaturen auszutauschen, sondern die polnischen Sonderbündler müssen sich in Reih und Glied mit uns stellen. Ich akzeptire das Amendement

Bebel. Nicht als ob ich besondere Hoffnungen auf diese Verständigung habe, aber der Vernünftige muß immer ein Uebriges thun, und wir wollen auch hier die Vernünftigen sein. (Lebhafter Beifall.)

Ledebour-Berlin: Der Genosse Gogowski hat mir das Recht bestritten, hier mitzureden. Weshalb? Weil ich auf eine Anfrage, ob ich in Posen einen Vortrag halten wolle, eine ablehnende Antwort gegeben habe. Wenn jeder Parteigenosse, der einmal genöthigt war, einen Vortrag abzulehnen, deshalb nicht mehr mitreden dürfte, ja dann würden nicht mehr viel Redner übrig bleiben. (Heiterkeit.) Nun zur Sache. Als Auer seine Rede hielt, war ich sehr erfreut und dachte, daß wir über eine Polendebatte ganz hinwegkommen würden. Aus Auer's Rede ging hervor, daß der Vorstand entschlossen ist, was ich durchaus billige, alles Mögliche zu thun, um die Verbindung mit den polnischen Sozialdemokraten aufrecht zu erhalten und neue Fäden wieder anzuknüpfen. Da aber kam zu meinem Bedauern der Antrag Luxemburg, der wie Scheidewasser wirken muß. Das Bebel'sche Amendement modifizirt ihn glücklicherweise und nimmt ihm das Schlimmste. Wenn der Antrag Luxemburg unverändert angenommen würde, hätten wir den offenen Kampf zwischen unserer Partei und den selbständig organisirten polnischen Genossen. Leider hat Bebel den Antrag Luxemburg nicht vollständig verworfen. Ich kann mich nur für den letzten Passus im Antrag Bebel erklären, der über die Doppelkandidaturen in Oberschlesien spricht. Die sind zweifellos ein schwerer Fehler. Daß aber eine Erklärung über die prinzipielle Stellung der deutschen zu den polnischen Sozialdemokraten jetzt abgegeben wird, die nothwendig zu Differenzen führen muß, erscheint mir überflüssig. Frau Luxemburg hat mit der Empfehlung des Friedens geschlossen, aber vorher hat sie Alles gethan, um die polnischen Sozialdemokraten aufzubringen. Mit welchen Mitteln hat sie dabei gearbeitet? Ein Beispiel wird genügen. Unter den Unthaten der Polen nannte sie, daß auf der Konferenz gerufen worden sei: Wir pfeifen auf die Beschlüsse des deutschen Parteitages. Wer hat das Wort gesprochen? Ein junger Mann, Georg Haase, der bis zu seinem 21. Jhre Handlungskommis in Dresden war, nach erreichter Volljährigkeit bemüht war, politisch thätig zu sein, eine Redakteurstellung zu bekommen, dann nach Westfalen ging, unter den Polen agitirte und als rabiater polnischer Genosse zurückkam. Nun mögen Sie gegen die polnischen Genossen viel haben, aber Sie werden die polnischen Genossen nicht verantwortlich machen wollen für die Aeußerung dieses Jünglings. Es ist unverantwortlich von Frau Luxemburg, daß sie, die Haase kennt, die Angelegenheit dargestellt hat, ohne seinen Namen zu nennen, als wenn er der berufenste Vertreter der polnischen Partei wäre. Was zum Bruche geführt hat, ist eine Kette von Vorgängen, in denen Fehler von beiden Seiten gemacht worden sind. Was zuerst das anfänglich gute Verhältniß gestört hat und das Schlimmste war, das war die Aufstellung der Kandidatur Kasprzak. Das war entscheidend für die Rebellion der polnischen Genossen. Kasprzak war, bevor er nach Deutschland kam, in Russisch-Polen thätig. Auf Grund seiner Thätigkeit ist er von den polnischen Genossen aus der Partei ausgeschlossen worden. Proklamirt ist der Ausschluß in London. Die Genossen in Russisch-Polen leben unter Ausnahmezuständen, wie wir zur Zeit des Sozialistengesetzes. Eine öffentliche Parteithätigkeit ist nicht möglich. Das schlimmste Spitzelwesen herrscht. Ob Kasprzak mit Recht oder Unrecht ausgeschlossen worden ist, will ich nicht untersuchen. Die Thatsache steht fest, daß er für unwürdig erklärt worden ist, eine öffentliche Thätigkeit auszuüben. Ohne daß dieser Bann aufgehoben war, ist er als Reichstags-Kandidat aufgestellt worden. Stellen Sie sich vor, daß ein zur Zeit des deutschen Sozialistengesetzes von uns verfehmter Genosse etwa jetzt ohne Weiteres von der österreichischen Partei als Reichsraths-Kandidat aufgestellt würde, welcher Schrei der Entrüstung würde da ertönen. Gerade Genossin Luxemburg hat die Aufstellung

Kasprzak's herbeigeführt. Deshalb die Empörung. (Zustimmung.) (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Bebel: Die Annahme meines Amendements zur Resolution Luxemburg scheint mir die einzige mögliche Lösung der schwebenden Fragen zu bieten. Ob diese Annahme freilich von dem erwünschten Erfolge begleitet sein wird, weiß ich nicht. Genosse Ledebour hat bedauert, daß ich überhaupt einige Sätze des Antrages Luxemburg akzeptirt hätte. Ich habe nur das akzeptirt, was völlig der historischen Wahrheit entspricht, wie sie sich bei uns gestaltet hat. Obgleich heute die Genossin Luxemburg in ihren Ausführungen vollständig die Grenzen innegehalten hat, die meines Erachtens innengehalten werden müssen, so muß ich doch meinen abweichenden Standpunkt ihr gegenüber in der Polenfrage kurz charakterisiren. Mit Rücksicht darauf, daß diese Verhandlungen weit über Deutschland hinaus und namentlich bei den österreichischen Genossen mit dem größten Interesse verfolgt werden, will ich hier in aller Kürze historisch entwickeln, welche Vorgänge sich zwischen uns und unseren polnischen Genossen abgespielt haben. Es waren nicht polnische Genossen, die zunächst die Anregung gaben, daß überhaupt ein polnisches sozialdemokratisches Parteiblatt gegründet wurde, sondern das ging von unserer Seite aus. Ich habe auf dem Parteitage in Halle ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es nothwendig sei, das polnische Proletariat mit sozialistischem Geiste zu erfüllen, die polnischen Arbeiter für die Sozialdemokratie zu erobern und sie den allgemeinen Interessen des Proletariats dienstbar zu machen. Dann ist von polnischer Seite die Anregung gekommen, ein solches Blatt zu gründen. Es bestand denn auch in der Parteileitung nicht der geringste Zweifel, daß ein solches Blatt mit Parteimitteln zu unterstützen sei. Wir haben dann in 10 Jahren 30 000 M. auf die Unterhaltung dieses Blattes gewandt, wir haben fast die gesammten Kosten des Blattes bezahlt, weil die polnischen Genossen völlig mittellos dastanden. Wir haben, als dann die Verfolgungen der deutschen Behörden gegen die polnischen Genossen auf's neue und viel schärfer einsetzten, ohne Ausnahme alle daraus erwachsenen Kosten bis auf den letzten Pfennig bestritten. Die deutsche Partei hat in 9—10 Jahren allermindestens 45 000 M. in selbstlosester Weise für die polnischen Genossen aufgewandt. Als dann aus den Reihen der polnischen Genossen der Wunsch laut wurde, sie möchten eine besondere polnische Organisation haben, die bei den sprachlichen Verhältnissen eine absolute Nothwendigkeit sei, sind wir auch diesem Wunsche entgegengekommen. Wir haben gesagt: Gründet Euren Parteivorstand. Wir haben dann — darin hat Genossin Luxemburg vollständig recht — nie das Geringste in die Angelegenheiten des Parteivorstandes hineingeredet. Die finanziellen Wünsche der polnischen Parteigenossen sind vom ersten bis zum letzten ohne jede Widerrede erfüllt worden. (Sehr richtig!) Wir waren also der Ansicht: die polnischen Genossen müssen ihre besondere Organisation haben; wir sind allerdings auch der Meinung gewesen, daß genau so wie innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie die Polen zwar eine besondere Organisation haben, die sich aber doch in die Gesammtorganisation der österreichischen Sozialdemokratie einfügt, das gleiche Verhältniß zwischen den Polen in Deutschland und der gesammten sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestehen und daß der deutsche Parteitag als oberste Instanz und Entscheidungsbehörde auch von Seiten der polnischen Genossen anerkannt werden muß. Das ist in den letzten Jahren nicht mehr geschehen, und die Dinge haben einen Charakter angenommen, daß wir leider genöthigt waren, das Tischtuch zwischen ihnen und uns zu zerschneiden. Wir haben namentlich in Bezug auf die „Gazeta Robotnicza" uns gesagt, daß in diesem Blatte die sozialdemokratischen Tendenzen immer mehr zurückträten. Wir haben daraufhin den polnischen Parteivorstand nach Berlin eingeladen auf unser Bureau, wir haben auch die Gegenseite eingeladen und zweitägige Verhandlungen der gründlichsten Art gepflogen. Wir sind nach den

uns übersetzten betreffenden Stellen und den weiteren Erklärungen des polnischen Parteivorstandes allerdings zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir als Parteileitung der gesammten deutschen Sozialdemokratie nicht mehr in der Lage seien, die Parteimittel der deutschen Sozialdemokratie für dieses Blatt herzugeben. Wenn an der Spitze der deutschen Polen ein Mann von der Intelligenz Daszynsky's stände, wären die Dinge gewiß nicht so weit gekommen. Wir haben weiter die Erfahrung gemacht, daß die polnische Parteileitung nicht in der Lage war, auch nur die einfachsten Erklärungen, die wir ihr gaben, zu verstehen. Diese Situation wurde auf die Dauer unerträglich und unhaltbar. In der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte" hat Genosse Daszynsky einen Artikel: Nationalität und Sozialismus mit Bezug auf die Polen in Deutschland geschrieben, der den Eindruck erwecken konnte, als sei von unserer Seite den deutschen Polen nicht das ihnen gebührende Recht als Angehörige der polnischen Nation gewährt worden. Es wird dort die Forderung der formellen Gleichheit der beiden Parteien erhoben. Diese formelle Gleichheit haben wir gegeben. Wir haben sogar manche Uebergriffe den Polen in Anbetracht ihrer unterdrückten Lage nicht nachgetragen, aber Alles hat einmal eine Grenze. Wir mußten uns sagen, daß insbesondere die Art und Weise der nationalen Propaganda, wie sie in der „Gazeta Robotnicza" betrieben wurde, uns eines Tages eine solche Verantwortung gegen eine dritte Seite auferlegen könnte, daß wir diese Verantwortung nicht mehr tragen könnten. Gewiß, es kann uns durchaus nicht gleichgültig sein, wie die polnischen Arbeitermassen in Deutschland denken und fühlen, nicht bloß bei Wahlen, sondern auch bei Streiks gegenüber dem Unternehmerthum. Es sind Hunderttausende von polnischen Arbeitern in der Diaspora vertheilt, wir haben sie im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier in einer Kopfzahl von weit über 60 000, die meist Reichstagswähler sind. Es liegt auf der Hand, von wie außerordentlicher Wichtigkeit ein Handinhandgehen der deutschen und polnischen Genossen ist. Die polnischen Genossen hätten Alles thun müssen, um mit uns in Eintracht zu leben und zu handeln. Das ist leider nicht von jener Stelle geschehen, wie es hätte geschehen müssen. Das ist um so bedauerlicher, als namentlich die letzte Handlungsweise, die selbständige Aufstellung der polnischen Kandidaturen, uns als deutschen Reichstags-Abgeordneten unsere Position im Reichstage bei dem schweren Kampfe gegen die preußische Regierung ganz wesentlich erschwert hat. Unsere Stellung, die wir die besten Bundesgenossen der polnischen Genossen sind und dies auch in Zukunft für unsere Pflicht erachten werden, wird unseren Gegnern gegenüber durch das Verhalten der Polen nicht verbessert, im Gegentheil giebt dies Verhalten unseren Gegnern nur neue Waffen in die Hände. Es besteht ein sehr wesentlicher Unterschied in der Stellung der Polen bei uns in Deutschland und in Oesterreich. In Oesterreich bilden die Polen einen geschlossenen Staat, Galizien. Die Taktik der polnischen Genossen in Oesterreich kann und muß eine ganz andere sein als bei uns in Deutschland. Bei uns bildet die polnische Bevölkerung nicht einmal eine selbständige Provinz, wie schon daraus hervorgeht, daß Oberschlesien, das jetzt der Hauptzankapfel zwischen den deutschen und polnischen Genossen bildet, nie zum alten Polen gehört hat. Das Verhalten, das in dieser Angelegenheit von Seiten der polnischen Genossen geübt worden ist, muß als ein außerordentlich bedauerliches angesehen werden. Trotz alle und alledem aber meine ich, muß von uns noch einmal die Hand zur Versöhnung geboten werden. Genossin Luxemburg meinte vorhin privatim zu mir, wenn ich doch nicht mit ihren Ansichten einverstanden wäre, dann wäre es am Ende gar nicht nöthig gewesen, daß man von ihrer Seite einmal vernünftig gewesen sei. (Heiterkeit.) — Zwischenruf der Genossin Luxemburg.) Ich will damit kein Zerwürfniß zwischen uns tragen, es versteht sich ganz von selber, daß wir den Interessen der deutschen Sozialdemokratie bei der Verständigung, die wir herbeizuführen suchen, nicht das Ge-

ringste vergeben werden, es versteht sich aber auch von selbst, daß wir Allem, was die Polen berechtigterweise verlangen können, gerecht werden. Ich muß allerdings die Meinung der Genossin Luxemburg, daß in diesem Falle nicht auf beiden Seiten Fehler gemacht worden seien, leider als nicht ganz richtig bezeichnen. Ich will auch keine Wunden hier aufreißen, aber es sind auch von unserer Seite, von den deutschen Genossen, Fehler gemacht worden. Die Aeußerung des Genossen Winter, daß abgesehen von allen Parteitagsbeschlüssen es darauf ankomme, was sie in Oberschlesien machten, nehme ich durchaus nicht tragisch. Mit der Annahme des Amendements thut die deutsche Parteivertretung kund, daß sie einer Verständigung nach Möglichkeit die Wege ebnen will, und ich nehme an, daß dann auch die deutschen Parteigenossen in Oberschlesien den Polen nach Möglichkeit entgegenkommen. Es mag ja schwer sein, unter den schwierigen Verhältnissen, in denen sie sich in Oberschlesien befinden, immer die Grenzen inne zu halten. Ich habe stets meine hohe Anerkennung darüber ausgesprochen, daß ein Mann von der wissenschaftlichen Bildung und der sozialen Stellung des Genossen Winter es freiwillig auf sich genommen hat, nach Oberschlesien zu gehen und dort seine so außerordentlich befruchtende Stellung auszuüben. Es gibt kein deutsches Arbeitersekretariat, das unter so schwierigen Verhältnissen arbeitete, wie das von ihm eingerichtete. Die Berichte über die Wirksamkeit seines Arbeitersekretariats habe ich nicht nur mit voller Anerkennung, sondern mit Bewunderung gelesen. Lob, wo Lob am Platze ist, aber auch Tadel, wo er meiner Meinung nach gerechtfertigt ist. Ich hoffe, daß es trotz allem gelingt, eine Verständigung und Versöhnung herbeizuführen. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Persönlich bemerkt

Rosa Luxemburg: So fleißig ich auch bei der Rede Bebel's zugehört habe, so habe ich doch die von ihm versprochene Erklärung seines abweichenden Standpunktes nicht heraushören können. Es wundert mich auch, daß Bebel hier öffentlich von der Tribüne aus einen Scherz erwähnt hat, den ich vorhin muthwilligerweise ihm gegenüber gemacht habe. Bebel nimmt doch wohl nicht im Ernste an, daß ich solche Veranlassungen brauche, um vernünftig zu sein, um so mehr, als mich das gar keine große Anstrengung kostet. (Große Heiterkeit.) Ledebour muß ich auf den Passus, in dem er mir eine demagogische Erwähnung der Haase'schen Aeußerung vorgeworfen hat, erwidern, daß die von Ledebourski (Große Heiterkeit) beschützten Polen sich wirklich sagen müssen: Gott beschütze uns vor unseren Vertheidigern! Denn er hat einen von Ihnen als würdigen und offiziellen Vertreter anerkannten Genossen als grünen Jungen bezeichnet. (Große Heiterkeit.) Ledebour meinte, Haase könne als ein Jüngling für seine Thaten nicht verantwortlich gemacht werden. Ich glaube, ebenso wenig wie Jugend als ein Entschuldigungsgrund für politische Naivetät gelten kann, schützt ein viel vorgerückteres Alter vor Thorheit. (Heiterkeit.)

Bebel erklärt persönlich, die Genossin Luxemburg habe ihn mißverstanden.

Ledebour: Ich würde den Witz der Genossin Luxemburg über meinen Namen anerkennen können, wenn er in ihrem eigenen Kopfe entstanden wäre. Sie hat aber damit eine Anleihe bei dem Knuten-Oertel gemacht, der mich im Reichstage Ledebourski geschimpft hat, um dadurch auszudrücken, daß ich eigentlich kein Deutscher, sondern ein Pole sei. Die Uebernahme dieses Witzes seitens der Genossin Luxemburg berührt sehr eigenthümlich, da sie selber in Polen geboren und erzogen ist und versucht hat, in der polnischen Bewegung thätig zu sein.

Rosa Luxemburg: Ich habe gar keine Ahnung davon gehabt, daß der Name Ledebourski von dem Knuten-Oertel stammte. Ich habe ihn hier von Delegirten des Ledebour'schen Wahlkreises gehört. (Heiterkeit.) Ledebour, der die

polnischen Verhältnisse nicht kennt, sollte hier nicht als besonderer Sachverständiger in polnischen Dingen auftreten.

Ledebour: Meine Parteigenossen im 6. Berliner Wahlkreise lehnen die Ehre, die ihnen Genossin Luxemburg zuweist, ab. Genossin Luxemburg hätte allen Grund gehabt, den Fall Kasprzak klarzustellen. Das hat sie nicht gethan. Was meine Sachkenntniß anlangt, so habe ich mich seit Jahren mit diesen Fragen beschäftigt und glaube darüber genau unterrichtet zu sein.

Gogowski-Posen: Ledebour hat mir etwas unterstellt, was ich nicht gesagt habe. Ich habe gesagt: ebenso gut wie Ledebour in seinem Wahlkreise für Einigkeit eintritt, müßte er das auch für die Polen thun. (Ledebour ruft: Ich bin ja für Einigkeit!) Statt dessen hat er den Kasprzak mit Schmutz beworfen.

Ledebour: Ich habe den Mann nicht mit Schmutz beworfen, sondern nur Thatsachen mitgetheilt.

Singer: Es ist ein Antrag von Elm eingegangen, im nächstjährigen Parteibericht eine specifizirte Abrechnung über die „Neue Zeit" zu geben nach Art der über den „Vorwärts" gegebenen. Ferner stellt eine Anzahl von Mitgliedern folgende Anfragen: „1. Durch welche Instanzen wird die ständige Kontrolle über den geistigen Inhalt der „Neuen Zeit" ausgeübt? Besteht eine Preßkommission? 2. Wer stellt die Redakteure an? 3. Wie werden dieselben sowie die ständigen Mitarbeiter honorirt? 4. Wer übt die finanzielle Kontrolle über die Einnahmen und Ausgaben der „Neuen Zeit"? 5. Weshalb wird im Parteiberichte keine spezielle Abrechnung über die „Neue Zeit" gegeben?" — Ich kann es nur dem Referenten anheimgeben, ob er es für wünschenswerth hält und geneigt ist, diese Frage in seinem Schlußworte zu beantworten. Zu verheimlichen ist nichts. Ein Theil dieser Fragen ist übrigens vom Referenten bereits beantwortet worden, die anderen Antworten sind durch unser Organisationsstatut gegeben. Es ist durch die Thatsache, daß die „Neue Zeit" jetzt von der Partei aus geleitet und geführt wird, übrigens selbstverständlich, daß die berufenen Instanzen der Partei, in erster Linie der Parteivorstand, Alles das thun, wonach sich die Fragesteller erkundigen. So alte Genossen wie die Fragesteller hätten sich das selbst sagen können. (Zuruf: Wer sind die Fragesteller?) — Das ist nicht nöthig zu wissen.

Bebel (zur Geschäftsordnung): Der Referent ist nicht verpflichtet, auf anonyme Fragen zu antworten. Aber der Parteitag hat ein Recht, zu wissen, wer die Fragesteller sind. Ich verlange, daß die Namen genannt werden. (Sehr gut!)

Singer: Es ist ein genügend unterstützter Antrag über diesen Punkt eingegangen. Würde das nicht der Fall sein, so hätte ich den Antrag nicht mitgetheilt, sondern ich hätte die Unterstützung gestellt. Wenn hier die Namen der Antragsteller gewünscht werden, so habe ich keinen Grund, damit zurückzuhalten. Es sind eine Reihe von Mitarbeitern der „Sozialistischen Monatshefte". (Aha! — Große Unruhe. — Zurufe: Namen nennen!) Ja, ja, die Namen lauten: v. Elm, Paul Müller und Dr. Südekum. (Wiederholte Aha-Rufe. Erneute Bewegung.)

Nunmehr erhält das Schlußwort

Auer: Zunächst bemerke ich, um eine Aeußerung von mir richtig zu stellen, daß wir auf das Verhältniß der Parteiangestellten zum Verein Arbeiterpresse nur bezüglich des „Vorwärts" in unsrer Eigenschaft als Parteivorstand eingewirkt haben; bezüglich des „Hamburger Echo" haben wir das nicht als Vorstand, sondern als Firmenträger gethan. Sodann konstatire ich, daß die Mittheilung der „Münchener Neuesten Nachrichten", ich hätte gesagt, die Gewerkschaftsbeiträge müßten im Interesse der Partei möglichst niedrig sein, auf Irrthum beruht. Genau das Gegentheil habe ich gesagt. (Allseitige Zustimmung.) Was die Gründung von Parteiblättern betrifft, so bin ich nicht der Ansicht, daß kein

Bedürfniß nach neuen Blättern vorliegt, wohl aber muß zwischen der Befriedigung des Bedürfnisses und den zur Verfügung stehenden Mitteln ein richtiges Verhältniß bestehen. Wir warnen nur deshalb vor Neugründungen, um leichtfertige Gründungen, die zusammenbrechen müssen, zu verhindern. Ueber den Verein Arbeiterpresse sind Ausführungen gemacht, die, wenn sie auf bürgerlichen Kongressen fielen, einstimmig von uns verurtheilt würden. Es würde da sicher gesagt werden: Da seht mal diese reaktionäre Bande (Sehr richtig!), die die Leute ausnutzt und sie dann wie eine ausgepreßte Zitrone bei Seite wirft. Finanziell überanstrengt wird die Parteikasse durch die bewilligten Zuschüsse zur Versicherung sicher nicht. Ich bin überzeugt, der Parteitag würde in jedem einzelnen Falle, wo wir ihn ersuchen, für Hinterbliebene der Parteiangestellten etwas zu thun, einstimmig unsere Forderungen bewilligen. Da kann doch die Gewährung von Zuschüssen kein Verbrechen sein. Nun zur Polenfrage! Ich kann mich nur dem anschließen, was Bebel gesagt hat. Wir wollen die Hand zur Verständigung bieten, wir erkennen die Gleichberechtigung unserer polnischen Genossen rückhaltslos an, und weil wir das thun, kann ich auch den Standpunkt von Gogowski nicht billigen. Sein Standpunkt ist der aller derer, die sich mächtig und stark fühlen; dieselbe Erklärung, wie er abgegeben hat, hören wir ja auch stets von der katholischen Kirche den Protestanten gegenüber. Nein, die polnischen Genossen sollen nicht durch das kaudinische Joch gehen, sondern wir wollen uns mit ihnen verständigen auf der von Bebel bezeichneten Basis. Rosa Luxemburg hat die Aeußerung eines polnischen Genossen zitirt, wir pfeifen auf die Beschlüsse der deutschen Genossen. Diese Aeußerung ist nicht in der schroffen Form und nur bedingt gethan worden.

Genosse Haase, der ja jetzt vom Schicksal schwer geprüft ist — er hat eine mehrmonatige Gefängnißstrafe abzubüßen — hat eine Recht darauf, daß seine Aeußerung richtig wiedergegeben wird. Ich habe von ihm eine Erklärung hier, in der er die betreffende Stelle seiner Rede wie folgt wiedergiebt: „Ich bin allerdings der Meinung, daß auch der Lübecker Parteitag nicht das mindeste Recht hat, darüber zu befinden, ob wir als selbstständige Organisation bestehen sollen oder nicht. Darüber zu beschließen sind wir allein berechtigt. Im Interesse der internationalen Solidarität darf man auch erwarten, daß der Lübecker Parteitag keine Beschlüsse fassen wird, die das als programmmäßig garantirte und von der deutschen Sozialdemokratie stets mit Nachdruck betonte und bethätigte Prinzip des „Selbstbestimmungsrechts" aller Völker verletzen würden. Sollte aber der Parteitag allen Traditionen der deutschen Sozialdemokratie entgegen Beschlüsse fassen, die in unsere Selbstständigkeit und in unser Selbstbestimmungsrecht hineingreifen, so würden wir auf derartige Beschlüsse pfeifen."

Es liegt mir durchaus fern, etwa den hier entwickelten Anschauungen Haases beizutreten, aber ich muß ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen, damit nicht die Herren, die Zwietracht säen wollen, aus diesem einen Satz neues Werkzeug für ihr trauriges Handwerk holen. Ich wollte mich in dieser Sache kurz fassen, da ich ja, wie Sie verstehen werden, noch einige persönliche Angelegenheiten zu besprechen habe. (Heiterkeit.) Aber ich werde ersucht, noch über den Fall Kasprzak zu reden. K. wurde vor etwa zehn Jahren aus einer polnischen Organisation ausgeschlossen. Sie wissen, daß es sich um eine geheime Bewegung handelt, die vom Ausland aus geleitet werden muß. Und welche ungeheueren Schwierigkeiten damit verknüpft sind, brauche ich nicht erst auszuführen. Ebenso ist uns allen bekannt, wie gerade in der Emigration Irrthümer mitunter beim besten Willen unterlaufen; es sind da schon Personen in schwerster Weise verdächtigt worden, und die Anschuldigungen haben sich nachher als vollständig unrichtig herausgestellt. Seit jenem Beschluß sind zehn Jahre ins Land gegangen, und nichts ist gegen Kasprzak bewiesen worden außer der einen Thatsache, daß er mal irgendwo aus der polnischen Bewegung ausgeschlossen

worden ist. Die Genossin Luxemburg mag entschuldigen, wenn ich sie als Beispiel dafür anführe, wie schwer es ist, derartige Anschuldigungen zu widerlegen. Irre ich nicht, so ist Rosa Luxemburg aus irgend einer x-beliebigen landsmännischen polnischen Organisation auch mal ausgeschlossen. Auf dem Züricher internationalen Kongreß soll darüber geredet sein. Wenn nun aus diesem Grunde irgendwo die Behauptung aufgestellt wird, die Rosa sei nicht ganz koscher (Große Heiterkeit), so beweist das doch nichts. Es beweist das doch höchstens, wie unmöglich es ist, auf Grund derartiger vagen Anschuldigungen gegen Genossen in der Weise vorzugehen, wie wir gegen Kasprzak vorgehen sollten.

Genosse Braun hat, da er zur Begründung seines Antrages nicht viel zu sagen wußte, Veranlassung genommen, Ihnen mitzutheilen, daß aus dem Parteibureau Briefe geschrieben werden. Das kommt thatsächlich vor. (Heiterkeit.) Im Laufe des Jahres werden sogar etliche Tausende von Briefen geschrieben. Nur sind dieselben in der Regel nicht so holperig stilisirt, wie Braun, der spricht, wie er schreibt (Heiterkeit), ihren Inhalt hier vorgetragen hat. Stilistisch so ungeschickte Briefe schreiben wir nicht; inhaltlich mögen ja die Angaben stimmen. Durch die Ausführungen von Braun ist mir eines klar geworden; er hat meine diesjährigen Sommerferien dadurch gestört, daß er mir Artikel von sich zugeschickt hat. (Heiterkeit.) Ich konnte mir nicht erklären, was das zu bedeuten hat, bei aller Freundschaft, die uns beide verbindet (Heiterkeit), konnte ich keinen vernünftigen Grund für diese Aufmerksamkeit finden. Jetzt ist es mir klar. Braun wußte damals schon, daß er hier die Rede halten würde, in der er die Anschaffung eines Kautschukstempels für das Parteisekretariat empfiehlt, und um Material für diese Rede zu gewinnen, hat er mir seine Leitartikel geschickt. (Erneute Heiterkeit.) Ich sollte mich darüber äußern. Der Zweck ist nicht erreicht worden, über dem Lesen der Artikel bin ich eingeschlafen. (Große Heiterkeit.) Dann habe ich vergessen, zu antworten, und so hat er seinen Zweck nicht erreicht. Damit ist diese Frage erledigt. Ob der Vorstand Kautschukstempel anschaffen wird oder nicht, weiß ich nicht. Ich bin mit Unterbrechungen länger als 25 Jahre in der Parteileitung thätig, wir haben nie einen Stempel gehabt, und es ist auch so gegangen. Sollte er später gebraucht werden, Gott, das bißchen Mühe kriegen wir auch noch fertig.

Nun zu einer ernsteren Angelegenheit! Der Parteibeamte, von dem bei der Frage der Mitarbeit an den „Sozialistischen Monatsheften" die Rede war, bin ich. (Ruf: Leider!) Ich habe keinen Anlaß, das zu bemänteln, außerdem waren ja einzelne Genossen offen genug, meinen Namen zu nennen. Daß ich Parteibeamter bin, weiß ich. Ich bin mir auch meiner subalternen Stellung gegenüber der Volkssouveränität, die Sie repräsentiren, durchaus bewußt. Ich weiß, daß diese meine Stellung als Parteibeamter mir Pflichten auferlegt, die ich, soweit meine Kräfte reichen, auch erfüllt zu haben glaube. Aber recht angenehm ist das ewige Erinnern daran, daß man Parteibeamter ist, wo doch zwischen den Zeilen immer das Wort „besoldet" steckt, gewiß nicht. Jemanden gewissermaßen mit Stockschlägen auf den Magen an seine Parteipflicht zu erinnern, hat immer etwas Mißliches. Ich bin überzeugt, viele haben nicht daran gedacht, aber manche haben daran gedacht. Ich muß mich schuldig bekennen, an den „Sozialistischen Monatsheften" mitgearbeitet zu haben. Ich habe für die „Neue Zeit", so lange sie besteht, bisher nur einen Artikel, für die „Sozialistischen Monatshefte" vielleicht ein halbes Dutzend geschrieben, aber mehr sicher nicht. Das hängt ganz eigenthümlich zusammen, ich gehöre von Haus aus nicht — entschuldigen Sie den Ausdruck — zum Federvieh, meine Sache ist es nicht, literarisch thätig zu sein. Allerdings hat es eine Zeit gegeben, wo ich des lieben Brotes willen versuchte, literarisch thätig zu sein, die angenehmste Zeit meines Lebens war das nicht. Auch heute noch habe ich sehr selten das Bedürfniß, mich

schriftstellerisch zu äußern, an der Tinteritis leide ich nicht. Leute wie ich bedürfen der Anregung, wenn sie mal zur Feder greifen sollen. Und da zeigt sich allerdings der Unterschied zwischen der Redaktion der „Sozialistischen Monatshefte" und der der „Neuen Zeit". Mag sein, daß das daher kommt, weil an der Spitze der „Sozialistischen Monatshefte" ein Vertreter steht, der seiner Stammeseigenschaften nach zu dem beweglichen Element gehört, während das an der „Neuen Zeit" nicht der Fall ist. (Heiterkeit.) Thatsächlich bin ich von der Redaktion der „Neuen Zeit" nur zweimal aufgefordert worden, über einen bestimmten Gegenstand zu schreiben, das erste Mal vor langen Jahren durch Dietz, der von mir einen Artikel über das Schnapsmonopol wünschte. Ich war verwegen genug, ihn zu schreiben, er hat nichts getaugt (Heiterkeit), meine Sachkenntniß reichte dazu nicht aus, aber geschrieben habe ich ihn. Später hat mich Kautsky aufgefordert, den Nekrolog für Liebknecht zu schreiben, und da habe ich in der Freundschaft, in der Kautsky und ich zu einander stehen und hoffentlich bis ans Ende unseres Lebens stehen werden, ihm gesagt: Lieber Karl, das ist keine Aufgabe für mich, der bin ich nicht gewachsen. Zu einem Nekrolog für Liebknecht mußt Du Dir eine andere Feder suchen. Bei anderer Gelegenheit bin ich bereit, Dir entgegenzukommen. Ich habe auch noch andere Gründe privater Natur angeführt. Von einem Ablehnen der Mitarbeit an der „Neuen Zeit" überhaupt kann keine Rede sein. Freiwillig habe ich auch für die „Sozialistischen Monatshefte" nichts geschrieben. Aber Bloch sitzt einem im Nacken wie der Teufel einer armen Seele (Heiterkeit), er läuft und rennt und schreibt, daß man schon, um ihn endlich los zu werden, sagt: Na, in drei Teufels Namen, ich thu' es. Und so ist es denn gekommen, daß ich etwa sechs Artikel für die „Sozialistischen Monatshefte" geschrieben habe. Das reut mich nicht, wenn auch schlechte Artikel darunter sind. Speziell Bebel weiß ja, daß er mir in aller Liebe und Freundschaft sagte: Weißt Du, der Artikel, den Du jetzt geschrieben hast, ist herzlich schlecht. (Heiterkeit.) Das war der Dank dafür, daß ich ihn vorher in einem Artikel zu seinem 60. Geburtstage ganz ordentlich gelobt hatte. (Erneute Heiterkeit.) Aber darauf mache ich aufmerksam, daß ich über alle die Partei bewegenden theoretischen Fragen auch keine Zeile geschrieben habe, ich werde mich hüten, mich in den Streit unserer Kirchenväter einzumischen. (Heiterkeit.) Nein, dazu bin ich ein viel zu alter und schlauer Fuchs (Große Heiterkeit), als daß ich derart unproduktive Arbeit leistete. Ich habe da meine Meinung, wenn ich gepreßt werde, äußere ich mich auch über diese Frage, im Großen und Ganzen aber stehe ich auf dem Standpunkt, daß man in Fragen, über die man nicht völlig beschlagen ist, auch nicht in die Diskussion eingreifen soll. Zu meinem letzten Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" über den Parteitag bin ich ebenfalls gedrängt worden, ich habe ihn geschrieben und es thut mir nicht leid. In der Parteipresse ist er ohne Kritik abgedruckt worden, ich darf daher wohl annehmen, daß die Redaktionen geglaubt haben, durch seine Wiedergabe den Genossen einen gewissen Genuß zu bereiten. (Heiterkeit.) Daß nun die Parteigenossen, die den Genuß gehabt haben, mich nun auszanken, begreife ich nicht. (Heiterkeit.) Ich gestehe, daß ich diesen Artikel viel lieber schrieb, als alle früheren, mit Ausnahme desjenigen zu Bebels Geburtstag, denn über die Dinge, die ich darin behandelt habe, darf ich mir, gestützt auf meine langjährige Parteithätigkeit, ein gewisses Urtheil erlauben. Wäre die Aufforderung, mich über diese Dinge zu äußern, von der Redaktion der „Neuen Zeit" gekommen, nicht einen Augenblick hätte ich geschwankt, sondern Ja gesagt. Diese Aufforderung ist nicht gekommen, und ich mache Kautsky nicht den geringsten Vorwurf daraus, denn er hat für den Parteitagsartikel seinen langjährigen, selbstverständlichen Mitarbeiter in der Person von Bebel, der auch diesmal den betreffenden Artikel geschrieben hat. Es konnte mir gar nicht einfallen, mich aufzudrängen und von der „Neuen Zeit" zu verlangen, daß sie von mir noch

extra einen Artikel bringt. Ich hätte das schon deshalb nicht gethan, weil ich ja sonst fürchten mußte, das Defizit noch zu vergrößern. (Heiterkeit.) Wünscht aber Kautsky, daß ich für den nächsten Parteitag, wenn wir noch leben und gesund sein sollten, den Artikel schreibe, mit Kußhand! Die Aufregung einzelner Genossen, als ob wer weiß was in der Partei geschehen wäre, den immer sich wiederholenden Hinweis auf den Parteibeamten Auer, der sich dieses Verbrechens schuldig gemacht hat, begreife ich ja. Die Zahl derer, die vom Entstehen der „Monatshefte" und ihres Vorgängers, des „Akademikers", an sich zur Mitarbeit bereit erklärt haben, ist eine sehr große, und die besten Namen, die die Partei aufzuweisen hat, befinden sich darunter. Der Name Auer fehlt allerdings in den ersten Listen der Mitarbeiter, nicht etwa, weil ich ein Feind derartiger Unternehmungen wäre in dem Sinne, daß ich der freien Meinungsäußerung, wenn sie sich nicht innerhalb der Schablone der Parteiorganisation vollzieht, die Möglichkeit der Existenz absprechen will, sondern weil ich bei der Gründung des „Sozialistischen Akademikers" gar nicht gefragt bin, ob ich mitarbeiten will. Meine schriftstellerischen Fähigkeiten sind von den Gründern mit Fug und Recht so gering eingeschätzt worden, daß sie sich sagten: Ach, den Auer brauchen wir nicht erst zu fragen, der versteht davon doch nichts. (Heiterkeit.) Ich bin auch als erster im Parteivorstand gegen die Aufnahme des „Sozialistischen Akademikers" in die Liste der offiziellen Parteiorgane gewesen, und zwar weil ich mir sagte, wenn der „Sozialistische Akademiker" seinem Programm entsprechend gehalten werden soll, so müssen mit innerer Nothwendigkeit Reibereien in der Partei entstehen insofern, als die einen oder anderen sagen: Das können wir nicht billigen, das sind Meinungen, die offiziell von der Partei nicht gedeckt werden können. Das habe ich im Parteivorstand geltend gemacht, und daraufhin haben wir einstimmig beschlossen, das Blatt nicht in die Liste aufzunehmen. Man hat damals diese meine Stellungnahme in den Kreisen der Akademiker sehr ungünstig beurtheilt. Mit Unrecht, denn nie war ich ein Gegner derartiger Unternehmungen. Aber die offizielle Verantwortung dafür durch Aufnahme in die offizielle Liste hielt ich damals für falsch, und würden die „Sozialistischen Monatshefte" heute die Aufnahme beantragen unter der Bedingung, daß sie ihre bisherige Haltung weiter beobachten wollen, so würde ich auch heute wieder erklären: Nein, das können wir nicht. Ich bin ein ganz entschiedener Anhänger der freien Meinungsäußerung. Mir stehen nicht die glänzenden Worte zur Verfügung und der feierliche Ernst, mit dem wir gestern einen Lobgesang auf das Recht der freien Meinungsäußerung in und außerhalb der Partei zu hören bekommen haben, sachlich aber bin ich einer der entschiedensten Vertreter des Rechtes der freien Meinungsäußerung, und ich wünsche nur, daß man bei den Diskussionen diejenigen Formen und Normen wahren möge, die für den Verkehr unter Genossen angebracht sind. Aber den Folgerungen, die nach der glänzendsten Rede für das Recht der freien Meinungsäußerung hier noch immer gezogen worden sind, kann ich mich nicht anschließen. Ich bin bei diesen Plaidoyers den Eindruck nicht losgeworden: Ganz sauber ist die Sache nicht, es steckt etwas dahinter. Ja, die freie Meinungsäußerung für die Sache, der man selbst angehört, die verlangen alle, auch die Stockkonservativen. Eine derartige Forderung soweit zu erheben, als man sie selber braucht, das ist noch keine Anerkennung des Rechtes der freien Meinungsäußerung. Dies Recht muß in vollem Umfange auch für die Kritik des Gegners anerkannt werden. Nun frage ich Sie, wo kommen wir hin, wenn der Grundsatz gelten soll, der früher nie in der Partei gegolten hat, daß derartige freie litterarische Organe, wie die „Soz. Monatshefte" es sind oder die „Deutschen Worte" des Genossen Pernerstorfer, oder wie es vor dem Sozialistengesetze die neben dem offiziellen, wissenschaftlichen Organ: „Die Zukunft" bestehende „Neue Gesellschaft" war, von Parteischriftstellern nicht mehr benutzt werden dürfen? Wo kämen wir hin, wenn der

Grundsatz gälte: „Meinungsfreiheit in vollem Umfange, aber die Blätter werden ausgesucht, in die du schreiben darfst?" (Heiterkeit.) Das rothe Heft wird boykottirt, für die „Sozialistischen Monatshefte" darf nicht geschrieben werden. Da fällt mir jener Wiener Censor ein, bei dem sich ein Schriftsteller beklagte: Wissen Sie, man verliert ja alle Lust zu schreiben unter solchen Verhältnissen. Und da antwortete der Censor: Aber ich bitte, Herr Doktor, Sie befinden sich in einem schweren Irrthum; Sie können schreiben, was Sie wollen, nur für's Drucken lassen brauchen Sie unsere Erlaubniß. (Große Heiterkeit.) In dieselbe Lage kämen wir, wenn wir einen solchen Grundsatz gelten lassen wollten. Also man schickt die Artikel nur noch an Kautsky, der untersucht sie auf die Doktrin, auf die Tendenz, stellt fest, daß die Einheit der Bewegung gestört wird, daß die Anschauung unzulässig ist, und wenn ich den günstigsten Fall rechne, dann hängt er ein Schwänzchen an, im ungünstigsten Falle aber sagt er, das ist ganz unwissenschaftlich gedacht, das veröffentliche ich überhaupt nicht. Ich begreife durchaus die außerordentliche Schwierigkeit, die die Redaktion eines offiziellen wissenschaftlichen Organs bietet; aber eben, weil ich sie anerkenne, halte ich auch Unternehmungen und Blätter für nothwendig, wie wir sie in den „Monatsheften" haben. (Sehr wahr!) Die ganze große Aufregung aus den Kreisen der Genossen ist, die Empfindung habe ich, besonders hervorgerufen worden durch die Mittheilung über das Defizit der „Neuen Zeit". Einzelne Redner nannten es geradezu ungeheuerlich, daß man, wo die „Neue Zeit" Tausende von Mark an Defizit kostet, Konkurrenzunternehmungen unterstützen könne. Das Defizit hat es Ihnen angethan, und Vollmar hat den Schluß daraus gezogen, daß die „Neue Zeit" in der Deroute sei. Ich wundere mich, daß von anderer Seite kein Wort der Aufklärung gekommen ist. So bin ich es den Genossen schuldig. Das Defizit der „Neuen Zeit" ist keine neue Erscheinung, auch nicht in der mitgetheilten Höhe. Die „Neue Zeit" hat seit der ersten Stunde ihres Erscheinens bis heute noch keinen Jahrgang gehabt, in dem sie nicht Defizit gemacht hätte, und ich fürchte, das wird auch noch in der Zukunft so bleiben. Die Höhe des Defizits hat differirt, im ersten Jahre betrug es mit den Einführungskosten 16 000 M., der niedrigste Betrag war 7000 M. Wir Jahre mit 12, 11, 10, 9000 M. Defizit gehabt. 10 000 M., das wäre so die Mittellinie. Deshalb ist es ganz falsch, von einem Rückgang der „Neuen Zeit" zu sprechen. Der Abonnentenstand der „Neuen Zeit" ist gewiß heute nicht so hoch, wie er gewesen ist. Aber es dreht sich dabei um wenige Hundert Abonnenten. Ihr Abonnentenstand beträgt heute 3400 (Gerisch: 3200), aber über 4000 ist sie noch nie weit hinausgekommen. Ein Nachweis dafür, daß seit dem Bestehen der „Sozialistischen Monatshefte" die „Neue Zeit" wesentlich gelitten habe, läßt sich absolut nicht führen. Noch in keinem Jahre hat die „Neue Zeit" ihr Papier, ihren Druck und Satz aus den Erträgnissen bezahlt, auch in der Glanzperiode nicht. Redaktion und Mitarbeiter werden durch die Einnahmen aus dem Abonnement gedeckt. Auch die frühere Gesellschaft mit Dietz zusammen hat immer Zuschüsse geleistet. Aber auch damals war die „Neue Zeit" de facto im Partei-Eigenthum, nun ist sie es auch de jure.

Ich hoffe, daß diese Darstellung doch den einen oder anderen Delegirten beruhigen wird. Wenn Sie das Defizit jetzt schon in Aufregung setzt, was würde erst geschehen, wenn die „Sozialistischen Monatshefte" nicht mehr benutzt werden dürfen, und alle die zahlreichen Mitarbeiter ihre manches Mal recht langen, ich sage nicht langweiligen Artikel, nicht mehr in den „Monatsheften" abdrucken dürften, wenn dieser ganze Anprall von Manuskripten die „Neue Zeit" träfe. Das Verdoppeln des Umfanges reichte nicht aus, und für das Bezahlen einer theueren Revue fehlen unseren Arbeitern die Mittel. Das Defizit würde mindestens auf die doppelte Höhe steigen. (Hoffmann: Die „Neue Zeit" soll nur nicht boykottirt werden!)

Es ist auch nicht überraschend, daß die „Neue Zeit" sich in dieser Lage heute noch so wie am ersten Tage befindet. Das ist das Schicksal aller Revuen, die nur für bestimmte Zwecke erscheinen und nicht auf das Sensationsbedürfniß einer großen Leserzahl berechnet sind. Sie theilt das Schicksal mit allen ihren Kolleginnen, die „Sozialistischen Monatshefte" nicht ausgeschlossen. Ich stehe der Firma Edelheim und den Herausgebern der „Monatshefte" nicht so nahe, um zu wissen, wie es in ihren Büchern aussieht; aber Gerüchte laufen doch um, die die Meinung, Edelheim habe die Partei mit seinen Büchern überschwemmt und mache Riesengeschäfte, als recht falsch erscheinen lassen dürften. Ohne in die Details eingeweiht zu sein, bin ich überzeugt, daß die Firma Edelheim sehr froh wäre, wenn sie das Defizit für die „Sozialistischen Monatshefte" nur in dem Maße zu decken hätte, wie wir das Defizit für die „Neue Zeit" decken.

Als alter Kampfgenosse möchte ich zum Schluß noch einige Worte an Sie richten. Es ist sentimental, aber wenn es mich drückt, muß es heraus. Ich kann nicht verschweigen, daß es mich schmerzlich berührt, wenn auch diesmal wieder, wenn auch nicht in der Schärfe wie auf dem Parteitage in Hannover, von der Richtung, die von den anderen als die besonders zielbewußte und „unentwegte" hingestellt wird, immer wieder direkt oder indirekt der Ton angeschlagen wird: „Wenn es nicht anders ist, dann muß der Bruch eintreten, dann müssen wir auseinandergehen, dann mag es heißen: hie rechts, hie links, so kann es nicht weitergehen." (Lebhafte Zustimmung von allen Seiten der Versammlung.) Ich stehe seit 30 Jahren in der Partei, ich nehme für mich in Anspruch, so gut und so weit meine Kräfte reichten, im Dienste der Partei zu allen Zeiten und unter allen Verhältnissen meine Pflicht erfüllt zu haben, so gut wie alle Anderen. Da thut es weh, wenn einem immer wieder, wenn auch nur durch die Blume, zu verstehen gegeben wird: Ihr könnt nicht mehr mit, das ist eine andere Richtung. Ich meine, für die Beurtheilung des Mannes kommt doch vor allen Dingen in Betracht, wie er in Zeiten der Gefahr, wo es auf den Mann ankam, sich bewährt hat. Da möchte ich doch an meine alte Kampfgenossen einmal die Frage stellen, an diejenigen, die mit solchen Drohungen immer spielen: wann und wo seid Ihr in die Bresche gestanden, um mit Aufgebot der letzten Kraft die Partei und ihre Interessen zu vertreten, und ich war nicht in Euerer Mitte? (Wiederholte lebhafte Zurufe.) Wann und wo hat es Wunden im Kampfe gegeben, in dem mein Blut sich mit Euerem Blut nicht gemischt hätte? Was ich hier für mich ausspreche, spreche ich auch für viele Andere aus. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Art und Weise, immer mit solchen Drohungen zu kommen, das ist nicht wohlgethan. Ich für mich würde sie vielleicht nicht besonders ernst und tragisch nehmen, ich für mich empfinde sie zwar unangenehm, aber ich würde sie ertragen, wie wir alle miteinander eben uns gegenseitig ertragen müssen, aber derartige Dinge führen zu Mißverständnissen nach außen und sind deßhalb für Parteigenossen nicht wohl angebracht. (Sehr richtig!) Ich sage: ich nehme diese Drohungen nicht so tragisch, ich glaube nicht daran. Ich befinde mich da — und damit will ich schließen — in der Situation des Burschen, dem sein Deandl die Liebe kündigt und der ihr aus diesem Anlasse zuruft:

Auf oamal auseinanda,
Deandl, dös mueßt net thoa,
Bleiben wir weita bei einanda,
Schau, was thatst denn alloa?

(Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Rosa Luxemburg: Ich bin nicht aus einer polnischen Organisation ausgeschlossen, sondern eben nur von jener Sondergruppe, der ich aber nie angehört habe. Weiter möchte ich als Vertreterin der Stadt Rawitsch dem Ge-

nossen Auer sagen, daß man sich dort mit der Absicht trägt, ihn zum Ehrenbürger von Rawitsch zu ernennen. (Heiterkeit und Bravo!)

Kautsky: Auer wird mir zugeben, daß ich wiederholt den Wunsch ausgesprochen habe, er möge mitarbeiten, aber jedesmal glaubte ich aus seinen Bemerkungen herauszuhören, daß er mir keine Gegenliebe schenkt. Immer sagte er, er sei kein Schriftsteller, er passe nicht unter die Kirchenväter. Die Antwort mag scherzhaft gewesen sein, ich habe sie aber ernst genommen. Nach seinen heutigen Erklärungen muß ich sagen, daß ich ihn mißverstanden habe. Ich nehme ihn beim Wort, und er kann sicher sein, daß er von uns jetzt so getreten wird, daß ihm Hören und Sehen vergeht. (Heiterkeit.)

Adolf Hoffmann-Berlin: Ich habe nicht gesagt, daß ich die Meinungsäußerung einschränken will, sondern mich nur gegen einen Boykott der „Neuen Zeit" durch die Genossen gewandt. (Allseitige Zustimmung.)

Adolf Braun-Nürnberg: Gegen die Summe persönlicher Bemerkungen, die Auer mir freundschaftlich gewidmet hat, mich zu wenden, ist mir unmöglich. Ich nehme nur eine heraus. Die von mir an Auer gesandte einzige Zeitungsnummer enthält einen Artikel, der die Antwort auf seinen Brief war. Wer mit Auer hackeln will, muß gefaßt sein, ein Opfer seines laugenscharfen Witzes zu werden. Ich habe mitgelacht, mehr wie irgend einer auf dem Parteitag.

Gerisch erhält das Schlußwort zur Debatte über den Kassenbericht: Ich werde Sie nicht lange in Anspruch nehmen, sondern habe nur einige thatsächliche Richtigstellungen zu machen. Es ist vom Genossen Wolff bestritten worden, daß die Bochumer Genossen früher mit der Gründung eines Zentralblattes einverstanden waren. Die Sache ist so, daß den Bochumer Genossen vom Parteivorstand mitgetheilt wurde, daß der jetzige Zustand nicht mehr länger aufrecht erhalten werden könne. Sie waren damit auch einverstanden, äußerten sich auch nicht dagegen, und erst in letzter Zeit haben sie dagegen Einspruch erhoben. Richtig zu stellen ist ferner in der Bochumer Unterstützungsangelegenheit, die auch den Kontrolleuren vorlag, daß der betreffende Genosse zu der Zeit, da er die Unterstützung empfing, ihrer nicht unwürdig war. Auch die Bochumer Genossen sind erst später zu einer anderen Auffassung gekommen. Was den Vorschlag Frohme's betrifft, so halte auch ich es für wünschenswerth, daß festgestellt wird, wie viel organisirte Parteigenossen wir in Deutschland haben. Aber eine solche Statistik werden wir in zehn Jahren noch nicht komplett haben. War es doch nicht einmal möglich, wie ich schon ausführte, von den wenigen Parteiverlegern Angaben über die Auflage der Parteipresse zu erhalten. Was soll da erst geschehen, wenn wir uns an Tausende von Leuten zu wenden haben. Es sollte mich sehr freuen, wenn wir eine solche Statistik bekämen, aber die Erfüllung dieses Wunsches können wir noch lange Zeit vertagen. Den Antrag 94 des Genossen Emmel, betreffend die Kaution für die „Mülhauser Volkszeitung", bitte ich dringend abzulehnen. Es handelt sich da nicht bloß um die Genehmigung der Kaution von 20 000 M. Wenn das Blatt bisher bestehen konnte, so doch nur, weil es ein Kopfblatt ist und die Herstellungskosten sehr niedrig sind. Wenn das aufhört, werden auch die Kosten höher. Den Antrag 98 des Genossen A. Hoffmann bitte ich dagegen anzunehmen. Es ist nöthig, daß auch der Parteitag dem Vorstand einen Rückhalt gibt, wenn er genöthigt ist, sich gegenüber unüberlegten Gründungen ablehnend zu verhalten. Nun noch einige Worte zu dem Antrage, wonach für die nächste Zeit genaue Abrechnungen über die „Neue Zeit" im Berichte des Vorstandes aufzunehmen sind. Das sollte eigentlich schon in diesem Jahre geschehen. Als aber über diese Frage entschieden werden sollte, waren nicht alle Mitglieder des Vorstandes beisammen und da Meinungsverschiedenheiten bestanden, so unterblieb diesmal noch die Aufnahme. Nächstes Jahr wird der Vorstandsbericht genaue Nachweisungen über die „Neue Zeit", die „Gleichheit" und den „Wahren Jakob" ebenso enthalten, wie bisher über den

„Vorwärts". Ich kann aber heute schon bekannt geben, daß im Rechnungsjahre 1901/1902 für die Redaktion der „Neuen Zeit" 17 500 M. aufgewendet wurden. Davon entfielen 10 000 M. auf die Redaktion, die natürlich aus mehreren Personen besteht, und 7000 M. auf die Mitarbeiter. Was über die früheren Defizite zu sagen ist, hat Auer schon ausgeführt.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

v. Elm zieht seinen Antrag infolge des von Gerisch gegebenen Aufschlusses zurück.

Zunächst wird den Partei-Instanzen auf Antrag der Kontrollkommission einstimmig Decharge für die Geschäftsführung des letzten Jahres ertheilt.

Der Antrag 98 wird angenommen, Antrag 58a abgelehnt. Antrag 58b dem Vorstand zur Erwägung überwiesen, Antrag 6 (Nürnberg) abgelehnt.

Von den Anträgen zur Polenfrage gelangt die Resolution der Genossin Luxemburg (91) in Verbindung mit dem Amendement Bebel (95) zur Annahme.

Die Anträge 12, 13, 14 und 15 sind dadurch erledigt.

Auf Vorschlag von Singer wird der vorgerückten Zeit wegen der nächste Punkt der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Thätigkeit, nicht mehr in Angriff genommen, sondern werden noch einige kleinere Angelegenheiten erledigt

Ebert-Bremen erstattet den Bericht der Beschwerdekommission, der die Beschwerde des Genossen Jahn-Berlin überwiesen wurde. Jahn war als Berichterstatter für den „Vorwärts" und auch rednerisch für die Partei thätig. Er erkrankte später und es war ihm nicht mehr möglich, seinen Verpflichtungen zur Zufriedenheit der Parteigenossen nachzukommen, so daß er seines Postens als Berichterstatter für den „Vorwärts" enthoben wurde. Er hat sich später beschwerdeführend an den Wahlverein des 3. Wahlkreises gewendet, der jedoch die Entscheidung der Preßkommission mit Rücksicht auf die moralischen Qualitäten Jahn's billigte. Gegen diese Entscheidung wurde Beschwerde beim Parteivorstand erhoben; dieser hat die Entscheidung bestätigt. Darauf hat sich Jahn an die Kontrolleure gewendet, die ihn jedoch ebenfalls abwiesen. Nun ist er an den Parteitag gekommen. Was die Beschwerdeschrift an sich betrifft, so ist sie in einer Form gehalten, daß sie schon deswegen nicht geeignet wäre, berücksichtigt zu werden. Wir haben uns aber daran natürlich nicht gestoßen. Aus dem Material jedoch, das uns Pfannkuch für den Vorstand und Meister als Vertreter der Kontrolleure vorlegten, sind wir zu der Entscheidung gekommen, der Beschwerde nicht stattzugeben. Die Entscheidungen der Partei-Instanzen sind durchaus gerechtfertigt und es muß gesagt werden, daß sich der Vorstand gegen Jahn durchaus nobel benommen hat. Ich beantrage, die Beschwerde zu verwerfen.

Pfannkuch-Berlin: Jahn bedurfte unseres Erachtens dringend der Erholung. Sein nervöser Krankheitszustand ging jedoch nicht so weit, daß ihm irgend eine Partei-Instanz die Parteithätigkeit untersagt hätte. Die Sache ist so: Die Berliner lehnen es ab, die Verantwortung für die agitatorische Thätigkeit Jahn's zu übernehmen, und soweit wir uns aus eigener Wahrnehmung ein Urtheil bilden konnten, ging dieses dahin, daß die Partei die Verantwortung für die fernere Thätigkeit Jahn's nicht mehr übernehmen kann. Seine moralischen Verpflichtungen für das fernere Fortkommen Jahn's hat der Parteivorstand bis zum Uebermaß erfüllt und ich empfehle den Antrag der Beschwerdekommission.

Die Beschwerde Jahn's wird dem Antrage der Kommission entsprechend als unbegründet verworfen,

Singer schlägt nun vor, den Punkt **Maifeier** noch zu erledigen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Verhandlungen heute etwas länger dauern.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Hierzu gehört der Antrag 59.

Richard Fischer-Berlin: Ich glaube, der Gegenstand, der uns hier beschäftigt, rechtfertigt es, wenn ich — ohne weitere Begründung — Sie einfach bitte, unsere vorjährige Resolution einstimmig anzunehmen. In unserer Stellung zur Maifeier hat sich seit dem letzten Jahre ohnehin nichts geändert. Ich schlage Ihnen daher folgende Resolution vor:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weihefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen."

Ich bitte, dieser Resolution Ihre Zustimmung geben zu wollen.

Die Diskussion hierüber wird eröffnet.

Windhoff-Düsseldorf begründet den Antrag 59. Die Maifeier hat auf den Parteitagen immer die wenigste Zeit in Anspruch genommen. Ich bin nun der Meinung, daß der Parteitag mit der Durchführung seiner Beschlüsse Ernst machen muß. Es genügt nicht, Versammlungen zu halten und Feste zu feiern. Um Remedur zu schaffen, ist es angebracht, daß von den Genossen in den einzelnen Orten mehr geschieht. In manchen Orten Westfalens ist von einer Maifeier gar nichts zu spüren. Würden die Genossen energisch eingreifen, dann müßte die größte Mehrzahl der Arbeiter, die bei den Wahlen für die Sozialdemokratie stimmen, auch für die Arbeitsruhe eintreten. Resolutionen sind oft weiter nichts als Beschlüsse, die auf dem Papier stehen.

Müller-Görlitz ist ebenfalls mit der Art, wie die Maifeier jetzt in vielen Städten begangen wird, nicht einverstanden. Er nimmt aber nicht den Standpunkt der Düsseldorfer ein, sondern ist entgegengesetzter Meinung. Durch die Annahme noch so vieler scharfer Resolutionen werden wir keinen Schritt weiter kommen.. Speziell wir in Schlesien können von unseren Gewerkschaftsorganisationen nicht verlangen, daß sie auf Einführung der Arbeitsruhe am 1. Mai drängen. In der Mitte der 90er Jahre wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Maifeier durch die Schaffung starker gewerkschaftlicher Organisationen zu ermöglichen sei. Die Organisationen sind inzwischen immer stärker geworden, aber gerade das Gegentheil der gehegten Erwartung ist eingetroffen. In Breslau hat Bebel gesagt, daß die Berliner Genossen die Durchführung der Maifeier den Gewerkschaften überlassen. Ich halte das für richtig und würde deshalb empfehlen, den letzten Theil der Resolution Fischer wegzulassen und es den Gewerkschaften zu überlassen, ob sie die Arbeitsruhe einführen wollen. Wenn das geschieht, so bin ich überzeugt, daß wir in einigen Jahren die Maifeier nicht mehr durch Arbeitsruhe begehen werden. Ich schließe mich der Meinung Mehring's an, daß unser bestes Demonstrationsmittel die Wahlen sind.

Pfannkuch: Da es der Referent unterlassen hat, auf den Antrag 59 einzugehen, will ich einige Worte dazu sagen. Ich bitte, diesen Antrag abzulehnen und schließe mich dem Gedankengange des Vorredners an. Die Maifeier wurde durch einen internationalen Beschluß festgesetzt. Wir Deutsche rechnen es uns als besonderes Verdienst an, daß wir die Maifeier in einer Weise zur Durchführung gebracht haben, wie sie unserer Arbeiterbewegung würdig ist; wir marschiren in dieser Beziehung an der Spitze aller Nationen. An den Be-

schlüssen zu rütteln halte ich für zwecklos. Aber ich meine, wir sollen auch nicht weiter gehen, als es die wirthschaftlichen Verhältnisse erlauben, mit denen wir im Augenblick sehr zu rechnen haben. Immerhin ist es gut, wenn auch der ideale Standpunkt zum Ausdruck gebracht wird und deshalb empfehle ich die Annahme der vorgeschlagenen Resolution.

Paul Hoffmann-Hamburg bittet ebenfalls den Antrag 59 im Interesse des Ansehens der Maifeier abzulehnen. Alle Ermahnungen nützen nichts, so lange nicht die wirthschaftlichen Verhältnisse die Arbeitsruhe erlauben. Sogar bei uns in Hamburg ist es vorgekommen, daß einzelne Gewerkschaften in Folge der schlechten Verhältnisse die Arbeitsruhe nicht durchzuführen empfahlen.

Beyer-Leipzig bittet um Zustimmung zu der Resolution. Die Maifeier soll auch in Zukunft so begangen werden, wie es die Partei bisher gethan hat. Man hat ja schon hören müssen, die Partei werde schließlich froh sein und es werde ihr ein Stein vom Herzen fallen, wenn sie die Maifeier auf die Gewerkschaften abwälzen könne und nicht mehr durchzuführen brauche. Pfannkuch hat ganz recht, wenn er verlangt, daß die idealen Zwecke festgehalten werden müssen. Ich stimme dem Genossen Müller zu, daß die Maifeier in Schlesien selbstverständlich zur Zeit nicht durch Arbeitsruhe zu begehen ist; aber das beweist doch nichts gegen die großen Industriezentren.

Kolb-Karlsruhe: Die heutigen Reden zeigen, daß es mit der Maifeier vielfach nicht mehr so genau genommen wird, wie früher. Daran können auch die leidenschaftlichsten Reden nichts ändern, sie scheitern an den wirthschaftlichen Verhältnissen. Es kommt darauf an, möglichst imposante Demonstrationen zu veranstalten und daß am Abend wenigstens ordentliche Versammlungen veranstaltet werden, als wenn die Feier, wie es vielfach der Fall ist, in ein ganz gewöhnliches Vergnügen ausartet. Die Sache sollte auf dem internationalen Kongreß besprochen werden.

Wels-Berlin: Tausende von agitatorisch thätigen Personen sind mit mir der Ueberzeugung, daß es so nicht weiter gehen kann. Ich begrüße es mit Freuden, daß hier zum ersten Mal auf einem Parteitag die Diskussion darüber angeschnitten wurde. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, die Wege zu ebnen, daß die Gewerkschaften die Sache in die Hand nehmen. Es muß aufhören, daß die Gewerkschaften die Konsequenzen der Auslegung dieses Parteitagsbeschlusses durch den Einzelnen ziehen müssen und gezwungen sind, jährlich Tausende Mark auszugeben, die für den Lohnkampf weit besser zu gebrauchen sind. In England kümmert sich kein Mensch darum, und wir brauchen uns nicht zu schämen, wenn wir die Thatsachen offen besprechen.

Fischer-Berlin erhält das Schlußwort: Der Düsseldorfer Antrag ist unannehmbar, weil er in sich den Gedanken birgt, als ob unsere Resolution nur platonische Bedeutung hätte und es uns mit dem Gedanken der Arbeitsruhe gar nicht ernst sei. Wie die Dinge heute liegen und namentlich wie hier der Gedanke begründet wird, müssen wir uns auch dagegen wenden, daß die Maifeier-Veranstaltung einfach den Gewerkschaften überlassen werde. Die Maidemonstration ist durch die internationalen Kongreßbeschlüsse mit unserer Zustimmung beschlossen worden; es ist daher für uns ein Gebot der Pflicht gegenüber der internationalen Solidarität, an diesem Akt der Solidarität theilzunehmen. Und wenn jetzt Einzelne die Form der Arbeitsruhe beseitigen wollen, so können wir das nicht durch einen Beschluß des Parteitages, sondern dann müssen wir nächstes Jahr einen solchen Antrag an den internationalen Kongreß in Amsterdam richten. Denn die Erstrebung der Arbeitsruhe und die Unterstützung der Versuche dazu ist 1893 durch den Internationalen Kongreß in Zürich ausdrücklich beschlossen worden. Genosse Wels ist auch im Irrthum, wenn er gegen die Arbeitsruhe sich ausspricht, weil sie durch den Zusatz: „soweit es ohne Opfer möglich ist“ ohnehin unwirksam gemacht sei. Dieser Passus ist in der

Resolution gar nicht enthalten, weil wir von jeher den Standpunkt vertraten, die Maifeierdemonstration müsse durchgeführt werden, auch wenn sie Opfer verlange; nur zu einer Kraftprobe zwischen wirthschaftlicher Macht der Unternehmer und der Arbeiterklasse wollen wir sie nicht werden lassen. Im Uebrigen aber wollen wir die Maifeier mit der Kraft und Entschiedenheit begehen, wie es der Bedeutung unserer Partei im Reiche und unserer Verpflichtung gegen die internationale Solidarität entspricht. Ich bitte Sie daher, die Resolution anzunehmen.

Die Resolution wird mit großer Majorität angenommen, der Antrag 59 dagegen abgelehnt.

Die Versammlung vertagt sich auf Mittwoch. Schluß 7 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 17. September. — Vormittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Vollmar.

Eingegangen ist ein Glückwunschtelegramm von dem Internationalen Freidenker-Verband in Genf.

Frau Weiß-Düsseldorf, deren Mandat vom Parteitag nicht anerkannt worden ist, hat das Original des Schriftstückes, durch das sie delegirt worden ist, dem Bureau vorgelegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung giebt

Metzger-Hamburg folgende Erklärung ab:

Die Aeußerung Auer's vom Montag über das Verhältniß der Partei zu den Gewerkschaften ist mir erst nachträglich aus der „Münchener Post" bekannt geworden. Es handelt sich dabei um meine Person. Die betreffende Aeußerung, die mir von dem von Auer erwähnten hervorragenden Gewerkschaftsführer unterschoben worden ist, beruht auf Unwahrheit. Dieser hervorragende Gewerkschaftsführer — es ist der Leiter des Buchdruckerverbandes, Döblin — ließ mich auf dem Halberstädter Kongreß sagen, daß ich meinen Widerspruch gegen die fortgesetzte Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge ausdrücklich als im Namen der Fraktion abgegeben bezeichnet hätte. Ich habe weder behauptet, daß ich im Namen der Fraktion spräche, noch habe ich meinen Widerspruch begründet mit dem Hinweis auf die Schädigung der Parteikasse. Döblin hat aber seine Aeußerungen nicht, wie Auer meinte, auf dem allgemeinen Gewerkschaftskongreß gethan, sondern auf der Generalversammlung des Buchdruckerverbandes. Ich habe sofort schriftlich gegen die Behauptung Döblins protestirt. Döblin hat dann seine Behauptung eingeschränkt und nur aufrecht erhalten, ich hätte im Namen der Fraktion gesprochen. Mein Widerspruch war aber ein rein persönlicher. Ich habe nie die Reichstagsfraktion für meine persönliche Auffassung verantwortlich gemacht.

Es folgt nun Punkt 3 der Tagesordnung: **Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.**

Dazu liegen vor die Anträge 57, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 66a, 92, 93 und 103. Alle Anträge sind genügend unterstützt.

Berichterstatter **Rosenow**: Dem Parteitag liegt ebenso wie in früheren Jahren der Rechenschaftsbericht der Fraktion bereits gedruckt vor und ich glaube mich deshalb kurz fassen zu können, doch halte ich es für nothwendig, einen Punkt besonders hervorzuheben. Es ist das jene Vorlage, die in der verflossenen Session des Reichstages die wichtigste gewesen ist und die auch bei den kommenden Wahlen im Vordergrunde stehen wird; es ist die Zolltarif-Vorlage. Von der offiziösen und der bürgerlichen Presse ist uns der Vorwurf gemacht worden, unsere Fraktion habe sich bemüht, auf die Verschleppung der Verhandlungen über den Zolltarif hinzuwirken. Ich muß da gleich sagen: Wenn wir wirklich

so gehandelt hätten, so wäre es lediglich im Interesse der Wähler geschehen. Wir halten es für eine Mißachtung der breiten Massen des Volkes, wenn die Regierung in einseitiger Weise solche wichtige Beschlüsse fassen läßt, ohne die Wähler zu befragen. Dennoch haben wir bisher keine Obstruktion getrieben, nicht weil wir das nicht wollen, sondern weil wir es nicht brauchen. Zur Verschleppung der Verhandlungen haben die Mehrheitsparteien selbst am meisten beigetragen. Wenn gesagt wird, wir als Minoritätspartei hätten die Pflicht gehabt, uns in unseren Reden auf das Mindestmaß zu beschränken, so ist darauf zu erwidern, daß wir gar keine Ursache haben, uns unsere Redefreiheit auch nur im Geringsten beschränken zu lassen. Wir haben uns denn auch in keiner Weise abhalten lassen, von der Freiheit, Anträge zu stellen und sie zu begründen, Gebrauch zu machen und haben versucht, durch unsere Anträge dem Tarif eine ganz andere Form zu geben.

Was bisher in der Komission durch unsere Vertreter geschehen ist, war nur eine oberflächliche Prüfung, die eingehende Prüfung jeder einzelnen Position behalten wir uns für das Plenum vor. Wenn die Regierung solche Angst hat, der Tarif könne nicht rechtzeitig zu Stande kommen, ja, warum hat sie denn mit der Einbringung desselben so lange gezögert? Jahrelang befragte sie alle möglichen kapitalistischen Interessentengruppen, aber die Arbeiter wurden im Wirthschaftlichen Ausschuß nicht gehört. Von Anfang an wurden die Agrarier umschmeichelt, niemals hat die Regierung die agrarischen Forderungen ernsthaft bekämpft. Hat sie doch sogar zu dem in der Manege des Zirkus Busch verlangten 15 Mark-Zoll geschwiegen! So gerieth die Regierung in eine Zwickmühle, den Agrariern sind die Zölle zu niedrig, den Konsumenten zu hoch. Daher das lange Zögern; erst infolge der Verhökerung des Tarifs über London sah sich die Regierung endlich veranlaßt, mit ihrem Entwurf hervorzutreten. Und nun sollen wir gewissermaßen im Rausch den ganzen Tarif annehmen! Nein, angesichts der Wucherpläne ist eine scharfe Opposition am Platze, zumal, da die Kommission Beschlüsse gefaßt hat, die auf eine noch weitere Vertheuerung der Lebensmittel hinauslaufen. Diese Beschlüsse, welche Preissteigerungen des Fleisches, des Gemüses, des Viehes, der Wurst, der Kartoffeln bewirken sollen und denen sich die Erhöhungen der Zölle auf Industrieprodukte anschließen, müssen eine solche Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse herbeiführen und zwar lediglich im Interesse nur einer kleinen Clique innerhalb der herrschenden Klasse, daß unser Standpunkt dem Zolltarif gegenüber nur derselbe bleiben kann, den unser Fraktionsredner bei der ersten Lesung ausgedrückt hat mit den Worten: In die Grube mit diesem Entwurf. (Bravo!) Außer ihrem Interesse am Brotwucher haben die herrschenden Klassen für nichts mehr Interesse gezeigt, natürlich auch nicht für die Sozialpolitik. Das zeigte sich schon bei unserer Nothstandsinterpellation. Mit völlig leeren Händen stand man uns gegenüber. Die einzigen sozialpolitischen Schritte, die man in dieser Session gethan hat, sind das Seemannsgesetz und das Gesetz über die Kinderarbeit. Die Seemannsordnung ist dabei aus den vorigen Sessionen herübergenommen und jetzt nur abgeschlossen worden. Dabei zeigt sie einen durchaus reaktionären Charakter. Niemals sind unsere Anträge so brutal niedergestimmt worden, wie hier. Wir stimmten deshalb auch in der Schlußabstimmung dagegen. Das Kinderarbeits-Gesetz ist in dieser Session überhaupt nicht weiter berathen worden. Es zeigt dabei große Unvollkommenheiten und Unzulänglichkeiten. Die Bekämpfung der Kinderarbeit besteht nicht bloß im Verbot der Kinderarbeit, sondern in der Verbesserung der Lage der erwachsenen Arbeiter, besonders in der Hausindustrie. Im Reichsamt des Innern scheint man sich einzubilden, die Arbeiter schickten aus reinem Uebermuth ihre Kinder zur Erwerbsarbeit. Es ist aber nur die bittere Noth, die die Eltern dazu drängt. Eine Verbesserung der sozialen Lage der Eltern ist eine der wirksamsten Bekämpfungen

der Kinderarbeit. Die Regierung hat die Landwirthschaft bei der Einschränkung der Kinderarbeit in diesem Gesetz vollständig ausgeschlossen. Stöcker schwärmte damals im Reichstage von der Poesie der ländlichen Arbeit und sprach von den Freuden des Kartoffelausmachens. Ich weiß nicht, ob die um Stöcker jemals Kartoffeln ausgemacht haben. Wenn es geschehen sein sollte, so werden es wohl die dicksten Kartoffeln gewesen sein. (Heiterkeit.) Es ist der Regierung offenbar gar nicht um eine wirkliche Bekämpfung der Kinderarbeit zu thun gewesen, sie hat nur wieder einmal den Anschein erwecken wollen, daß etwas geschehe, während in Wirklichkeit nichts geschehen ist.

Von unserer Seite hat es an Anträgen in sozialpolitischer Beziehung, an sozialpolitischen Anregungen nicht gefehlt. Die Magdeburger Genossen vermissen in ihrem Antrage 60 im Fraktionsbericht ein Eingehen auf die Wohnungsfrage. Wir haben aber bei jeder Gelegenheit Vorschläge zur Lösung der Wohnungsfrage gemacht. Wir wissen, daß, wenn die Wohnungsfrage gelöst werden könnte, damit ein höchst wichtiger Theil der sozialen Frage überhaupt gelöst worden wäre. Die Wohnungsfrage hat im vorjährigen Bericht eine detaillirte Besprechung gefunden. Alles, was wir in diesem Jahre haben thun können, war die Erwähnung der Wohnungsfrage bei der Etatsberathung und bei der Besprechung der Nothstandsinterpellation. Im Uebrigen wird natürlich die Fraktion beständig diese wichtige Frage im Auge behalten.

Der Antrag 61 verlangt, die Fraktion solle dahin wirken, daß dieselbe ihr Versprechen einer Aenderung des Krankenversicherungs-Gesetzes endlich erfüllt. Wir haben wiederholt bei der Regierung angefragt, wie es mit der Materie steht, der Staatssekretär hat geantwortet, daß die Erhebungen in den Einzelstaaten noch nicht abgeschlossen sind. Auch in Zukunft werden wir keine Gelegenheit verabsäumen, nach dieser Richtung hin anfeuernd auf die Regierung einzuwirken. Die Vereinheitlichung der Versicherung halten wir gleichfalls für eine nothwendige Reform, und wir sind auch stets dafür eingetreten. Ebenso haben wir das, was die Hamburger Genossen beantragen, schon verlangt, ja, wir sind dafür eingetreten, daß alle Heimarbeiter der Versicherungspflicht unterliegen; zuletzt haben wir diese Forderung noch bei der Revision der Unfallgesetze gestellt. Nach meiner Meinung sollten Sie alle diese Anträge der Fraktion zur Berücksichtigung überweisen. Der Antrag 63 will, daß wir die Regierung bei der Berathung des Marine-Etats über ihre Auslegung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches in den Reichs-Werftbetrieben interpelliren sollen. Die Sache ist wiederholt zur Sprache gekommen, soweit uns die Etatsberathungen die Möglichkeit dazu boten, und auch ohne den Antrag wird das in Zukunft geschehen. Doch können Sie ja den Antrag ruhig annehmen.

Die Anträge 64, 65, 66 und 66a beschäftigen sich mit einer Materie, die schon in der Parteipresse im Wesentlichen besprochen worden ist, mit dem Achtstundentag. So wird von den Genossen des IV. Berliner Wahlkreises verlangt, daß wir die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für die in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter beantragen sollen. Ich bin nun der Meinung, daß, wenn wir schon den Achtstundentag fordern, dies dann für sämmtliche Arbeiter und nicht lediglich für einzelne Kategorien geschehen muß; das ist auch taktisch entschieden das Richtigere. Die Genossen im V. Berliner Wahlkreis und in Erfurt wünschen einen Initiativantrag auf sofortige Einführung des Achtstundentages und die gleiche Materie betrifft der Antrag Schubert. Aus dem im Rechenschaftsbericht enthaltenen Verzeichniß können Sie ersehen, daß gegenwärtig noch dem Reichstage ein von uns eingebrachter Gesetzentwurf vorliegt betreffend die Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages für alle im Gewerbe-, Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen, der innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden zu kürzen ist. Ich kann mich in Bezug auf diesen Punkt darauf be-

schränken, daß ich auf das verweise, was auf unserem vorjährigen Parteitage darüber ausgeführt wurde. Eines muß ich aber doch bemerken: ob wir nun die sofortige Einführung des Achtstundentages verlangen oder einen Zehnstundentag, der allmählich auf acht Stunden herabzumindern ist, das ist doch nur ein Streit um Worte. Denn den Maximalarbeitstag werden wir doch erst dann bekommen, wenn wir die parlamentarische Macht besitzen, ihn zu erzwingen. Indessen will ich noch darauf verweisen, daß wir bei allen Gelegenheiten, wo es möglich war, für den Achtstundentag einzutreten, dies auch gethan haben. Gerade bei den Debatten über die Krise und den Nothstand haben unsere Fraktionsredner den Achtstundentag in den Vordergrund gerückt. So wird die Fraktion auch in Zukunft handeln.

Die ganze sozialpolitische Arbeit des Reichstages war also gleich Null. Der sozialpolitische Stillstand hat sich dann auch gezeigt bei der Frage der kaufmännischen Schiedsgerichte. Der Gesetzentwurf sollte zwar schon bei dem Justizministerium liegen; in letzter Stunde aber ist es der Opposition bürgerlicher Juristen gelungen, die Sache aufzuhalten. Nun hat es ganz den Anschein, als sollte die Angelegenheit dauernd verschleppt werden, auch ein Zeichen für die geringe Energie der Reichs-Sozialpolitik, der sich noch die reaktionäre Rückständigkeit Preußens zugesellt.

Verdienstvoll war es, daß auch in diesem Jahre die Mißstände in den Krankenhäusern von einem Fraktionsredner wieder zur Sprache gebracht worden sind. Indessen bedarf es bei der Bekämpfung dieser Mißstände der wesentlichen Mitarbeit der Genossen im Lande, besonders der in den Kommunen thätigen. Es handelt sich hier um die Besserung der Lage der elendesten, der leidenden Proletarier.

Ich glaube, daß der Parteitag zu dem Schluß kommen wird, daß die Fraktion ihre Pflicht gethan habe. Die Fraktion wird diese Pflicht auch in Zukunft um so freudiger erfüllen, je mehr diese Thätigkeit Widerhall im Lande findet.

Die Fraktion wird besonders dankbar sein, wenn die Gewerkschaften die Fraktion mehr als bisher mit statistischem ꝛc. Material versorgen wollen. Ich schließe mit den Worten: Vorwärts, vorwärts und immer wieder vorwärts müssen wir streben, damit auch dem ärmsten Proletarier endlich die Stunde der Erlösung schlage! (Lebhafter Beifall.)

Paul Müller-Hamburg: Die Seemannsordnung und ihre Nebengesetze, die auf ein fast zehnjähriges parlamentarisches Leben zurückblicken, sind von dem Referenten als reaktionär bezeichnet worden, als Vorlagen, die nicht annähernd den berechtigten Ansprüchen der Seeleute genügen. Wenn ich die Gesetze auch nicht als reaktionär bezeichnen will, so muß ich doch sagen, daß sie an sozialer Rückständigkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Wenn die Reichstagsfraktion aus diesem Grunde gegen die Vorlage gestimmt hat, so hat sie nach meiner Auffassung und derjenigen vieler Tausender deutscher Seeleute damit vollständig recht und korrekt gehandelt. In der bürgerlichen Presse sind der Fraktion wegen ihrer ablehnenden Haltung schwere Vorwürfe gemacht, es ist ihr unterstellt, daß sie aus agitatorischen Gründen dagegen gestimmt habe, obwohl die Vorlage in einzelnen Paragraphen Verbesserungen enthält. Gewiß, einzelne Fortschritte sind darin; aber ihnen stehen reaktionäre Maßnahmen, vor allem die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruches, gegenüber. Schon das war Grund genug, die Vorlage abzulehnen. Dazu kommt, daß das Verlangen der Seeleute, ihnen das unbedingte Koalitionsrecht einzuräumen, nicht erfüllt ist. Die bezüglichen Anträge der Sozialdemokraten hat die Mehrheit niedergestimmt. Nach Ansicht der Seeleute durfte die Fraktion einem solchen Gesetz nicht zustimmen und wir haben ihre Haltung mit Freuden begrüßt. Das Gesetz enthält noch eine weitere Reihe von Ausnahmebestimmungen, Tausende deutscher Seeleute genießen nicht

den Schutz des Gesetzes und sind der Willkür der Rheder ausgesetzt. Das deutsche seemännische Proletariat ohne Ausnahme dankt der Fraktion für ihre Stellungnahme; die Seeleute haben sich überall in großen Versammlungen mit ihrer Taktik einverstanden erklärt. Das betone ich namentlich gegenüber den Ausführungen von Professor Franke in der „Sozialen Praxis".

Paul Hoffmann-Hamburg vertritt den Antrag 62. Der Referent hat bereits erklärt, daß die Fraktion diese Forderung erhoben hat und auch in Zukunft erheben wird. Aber es schadet nichts, wenn sie wieder daran erinnert wird, zumal wir Hamburger uns sonst große Zurückhaltung im Stellen von Anträgen und im Reden auferlegen. (Heiterkeit.) Das Hamburger Landgericht hat jüngst erklärt, daß alle Angestellten der Konsumvereine der Versicherungspflicht nicht unterworfen seien. Es sagt in einem Urtheil, bei dem es sich um die Frage der Versicherung von Angestellten eines Konsumvereins gegen Krankheit handelt, folgendes: Nach dem Gesetz sind die Personen versicherungspflichtig, welche gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind im Handelsgewerbe, im Handwerk oder in sonstigen stehenden Gewerbebetrieben. Der Gewerbebetrieb, das Handelsgewerbe erfordern eine wirthschaftliche Thätigkeit in der Absicht des Erwerbes; es muß aus der Thätigkeit eine Quelle des Erwerbes gemacht werden. Ein solcher Fall liegt nicht vor, wenn eine Thätigkeit lediglich Kostenverminderung bezweckt, wie es hier geschieht. Die Klägerin macht aus dem Handelsbetrieb keine Erwerbsquelle, sondern setzt die eingekauften Waaren zum Selbstkostenpreise einschließlich der Verwaltungskosten an die Mitglieder ab ... Liegt aber bei der Klägerin ein Gewerbebetrieb nicht vor, so besteht für ihre Angestellten auch kein Versicherungszwang! Unter einem ähnlichen Verhältniß stehen die Seeleute. Auch sie sollten durch Gesetz der Krankenversicherung unterworfen werden. Auch bei der Unfallversicherung sehen wir schon, daß sich die Berufsgenossenschaften gern um ihre Verpflichtungen drücken. Als ein Maschinist, ein sogenannter Gastrollengeber, verunglückte, lehnte die See-Berufsgenossenschaft die Entschädigung ab, weil der Mann nicht angemustert gewesen sei. Später hat sie die Verpflichtung allerdings anerkannt und es besteht jetzt die Praxis, auch in solchen Fällen zu entschädigen. Aber Lücken klaffen noch immer. Ein alter Kapitän baut sich eine kleine Galliotte und nahm zur Ueberwachung des Baues einen Steuermann für kleine Fahrt, einen Bestmann an. Beim Uebernehmen der Anker und Ketten verunglückte der Steuermann. Die See-Berufsgenossenschaft lehnte die Entschädigung ab, weil das Schiff noch auf den Helgen lag. Die Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft lehnte gleichfalls ab und jetzt schwebt der Prozeß, der um so langwieriger ist, als der Seemann nicht häufig auf festem Lande ist. Ich weiß nicht, ob unsere Parteijuristen sich auch so darauf verstehen, den einen Tag schwarz zu nennen, was sie am Tage vorher weiß nannten. (Heiterkeit.) Aber bei den anderen ist das so. Und deshalb dürfen nicht die Tüfteleien der Juristen maßgebend sein, sondern das Gesetz, das entsprechend umgestaltet werden muß. Ich habe das Material beigebracht, an dessen Hand die Fraktion vorgehen kann. — Die Seemannsordnung trägt ja einen reaktionären Charakter, aber einzelne ihrer Bestimmungen stellen doch kleine Verbesserungen gegen den bisherigen Zustand dar, das Erreichte steht allerdings in keinem Verhältniß zu der außerordentlichen Mühe, die die Organisation der Seeleute und unsere Fraktion sich gegeben haben. Eine erneute Revision der Seemannsordnung muß heute schon in's Auge gefaßt werden. Im Uebrigen ist der zweite Hamburger Wahlkreis mit der Haltung der Fraktion völlig einverstanden.

Wels-Berlin: Namens der Parteigenossen in Solingen, des IV. und des V. Berliner Wahlkreises ziehe ich hiermit die Anträge 64, 65 und 66 zu Gunsten des Antrages Schubert zurück. Der Achtstundentag darf nicht nur für die Arbeiter in staatlichen Betrieben gefordert werden, sondern muß für alle Arbeiter

verlangt werden. Es ist fraglich, ob die Einbringung des im Reichstage in dieser Session gestellten Initiativantrages auf Einführung des Zehnstundentages, von dem aus stufenweise der Achtstundentag zu erreichen wäre, zweckmäßig war. Die Gewerkschaften würden in ihren Bestrebungen für den Achtstundentag durch die Einbringung eines entsprechenden Antrages im Reichstage außerordentlich unterstützt werden. Solche Anträge müssen eingebracht werden, weil wir internationale Verpflichtungen haben, weil wir seit langen Jahren das gesamte Proletariat der Welt führen zu Gunsten des Achtstundentages, nicht der Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn und neun Stunden. Wir müssen dies Menschenrecht erkämpfen, damit der Haufen zerrissener Menschenleiber, der in den Fabriken bereits aufgethürmt ist in Folge Uebermüdung der überanstrengten Arbeiter, nicht immer neuen Zuwachs erhalte. Ich bitte Sie, dem zahlreich unterstützten Antrag Schubert zuzustimmen. Seine Annahme bedeutet kein Mißtrauensvotum gegen die Reichstagsfraktion, die unser Aller Vertrauen in höchstem Grade genießt, aber wir sind dazu verpflichtet durch die Verpflichtungen, die wir auf den internationalen Kongressen eingegangen sind.

Weinschild-Offenbach: Wir haben uns erlaubt, die Zeit des Parteitages in Anspruch zu nehmen für einen Theil der Arbeiter, die zu den am schlechtesten gestellten in Deutschland gehören, für die Heimarbeiter. Durch den Antrag 93 soll der Fraktion keineswegs ein Vorwurf gemacht werden, wir erkennen vielmehr an, daß sie bei jeder Gelegenheit für die in der Heimindustrie beschäftigten Arbeiter und deren gesetzlichen Schutz eingetreten ist. Das kann uns aber nicht abhalten, immer und immer wieder auf die schlechte Lage dieser Arbeiter aufmerksam zu machen. Wir haben vor kurzer Zeit z. B. versucht, den Rechtsanspruch der Heimarbeiter auf eine Kündigungsfrist vor dem Offenbacher Gewerbegericht feststellen zu lassen, aber dieses sucht sich immer um die Sache herumzudrücken, damit es kein Urtheil fällen muß. Wir haben dazu den Syndikus der Handelskammer geladen, der uns sagte, er bemühe sich schon seit 15 Jahren, die Grenze zwischen Heimarbeitern und Gewerbetreibenden zu ziehen, das sei aber sehr schwer. Damit in dieser Frage nun einmal Klarheit geschaffen werde, haben wir den Antrag gestellt. Der Antrag 92 will den Heimarbeitern in der Portefeuille-Industrie eine Ausnahmestellung einräumen. Wir gehen von der Ansicht aus, daß es noch nicht so bald möglich sein wird, die Wünsche der Heimarbeiter zu erfüllen. Nachdem nun der Bundesrat bereits für einzelne Gewerbe besondere Vorschriften erlassen hat, sollte unsere Fraktion den Versuch machen, auch für die Heimarbeiter in der Portefeuille-Industrie den Erlaß einer Sonderbestimmung zu erreichen. Von den Vorteilen, welche die Invaliden- und Altersversicherung doch immerhin bietet, sind unsere Heimarbeiter ausgeschlossen, ebenso in der Regel von der Krankenversicherung. Hinsichtlich der letzteren verweise ich auf die verschiedene Regelung zwischen Berlin und dessen Vororten hin. Sehr ungünstig für die Portefeuille-Industrie ist auch die jetzige schlechte wirtschaftliche Situation, es wurde durch eine amtliche Statistik festgestellt, daß der Export von Lederwaaren um 60 Prozent abgenommen hat. Die Folge ist, daß sehr viele Kollegen bereits arbeitslos werden und dann in der Hausindustrie thätig sind. Dadurch werden aber die Löhne ungemein gedrückt. Da in den ungünstigen Verhältnissen der Hausindustrie auch Frauen und Kinder beschäftigt sind, so sollte doch die Fabrikinspektion veranlaßt werden, einzugreifen. Die Heimarbeiter sind ferner auch von der Unfallversicherung ausgeschlossen, trotzdem mitunter bedenkliche Unfälle vorkommen. Die Fabrikanten trachten danach, die Heimindustrie immer mehr auszudehnen, diesem Bestreben soll durch unseren Antrag entgegengetreten werden.

Edmund Fischer-Briesnitz: Nur einige Worte über den Antrag, der die Fraktion beauftragt, die Einführung des Achtstundentages zu beantragen. In der Fraktion ist niemand, der nicht Anhänger des Achtstundentages ist, aber ob

wir solchen Antrag jetzt noch einbringen oder nicht, ist belanglos, denn zur Verhandlung kommt er in dieser Session doch nicht. Wir haben in dieser Session aus taktischen Gründen den Zehnstundentag gefordert, unser Antrag wurde zu dem Initiativantrag des Centrums auf Einführung eines Maximalarbeitstages für Frauen gestellt. Er ist bisher noch nicht verhandelt worden, da erst wenig Schwerinstage abgehalten sind. Es wäre ein Fehler, wollten wir unseren Antrag jetzt zu Gunsten eines Antrags auf Einführung des Achtstundentages zurückziehen. Gefordert haben wir den Achtstundentag stets bei jeder Gelegenheit, und das werden wir auch für die Folgezeit nicht unterlassen. Unser Antrag auf Einführung des Zehnstundentages ist die Probe darauf, ob es den Gegnern mit der Verkürzung der Arbeitszeit wirklich ernst ist. Wir haben uns nicht von opportunistischen Erwägungen, sondern lediglich von taktischen Gründen leiten lassen.

Birnkammer-München: Die energische Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber dem Zolltarif hat bei allen Genossen im Lande volle Zustimmung gefunden. Auch in den Kreisen der Zentrumswähler beginnt man gegenüber dem Zollwucher mißtrauisch zu werden. Dem Antrage 92 zu Gunsten der in der Heimindustrie beschäftigten Portefeuille-Arbeiter kann ich nur vollständig beipflichten. Gerade in der Heimindustrie fordert die Proletarierkrankheit zahlreiche Opfer. Die Forderung des Achtstundentages darf nicht außer acht gelassen werden. Die wirthschaftliche Krise hat bewirkt, daß auch in Zentrumskreisen unsere Forderungen Anhang gewinnen. Bei der Arbeitslosigkeit muß der Zentrumsmann ebensogut feiern wie wir. Der Achtstundentag muß endlich für das Volk errungen werden.

Poller-Kiel: Der Antrag 63 ist von kaiserlichen Arbeitern, die das Glück genießen, einer „Musterwerkstatt" anzugehören, ausgegangen. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, um den es sich dabei handelt, sagt bekanntlich, daß die Arbeiter für unverschuldete Zeitversäumniß den Lohn erhalten müssen, allerdings mit der Einschränkungsklausel, daß die Unternehmer sich diesen Verpflichtungen durch besondere Verträge entziehen können. Von einer Musteranstalt sollte man aber besonders erwarten, daß sie allen Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern aufs peinlichste nachkäme. Daß dies nicht der Fall ist, beweist die Einbringung dieses Antrages. Es giebt auf der Werft einen großen Theil von unteren und selbst hochgestellten Beamten, die überhaupt diesen § 616 nicht kennen. Das gilt selbst vom Oberwerftdirektor, der bekanntlich ein aktiver Marine-Offizier ist; es ist die Vorstufe zum Admiral. Dessen ungeachtet sollte man annehmen, daß ein solcher Mann auch vom Erwerbsleben eine Ahnung haben müßte. Ein Arbeiter, der persönlich beim Oberwerftdirektor vorstellig geworden ist, ist von diesem abgewiesen worden mit der Begründung, daß ja in der Arbeitsordnung stehe: „Lohn wird nur gewährt für wirklich geleistete Arbeit." Diese Arbeitsordnung ist aber mehrere Jahre älter als das Bürgerliche Gesetzbuch; außerdem kann doch ein derartiger Passus nicht als Nebenvertrag gelten, der jene Entschädigungspflicht ausschließt. In verschiedenen Fällen sind Arbeiter zu der sogenannten Vormundschaftspflicht herangezogen worden, was eine unverschuldete Arbeitsversäumniß mit sich brachte. In anderen Fällen ist Arbeitsversäumniß entstanden durch die Feuerwehrpflicht von Arbeitern, die in kleinen Nachbarorten Kiels wohnen. Es ist dann überhaupt keine Entschädigung gezahlt worden. So ist man in derartigen „Musteranstalten" gewohnt, solche gesetzliche Bestimmungen auszulegen. Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen und hoffe, daß die Fraktion durch ihr Vorgehen Abhilfe schafft.

Eichhorn-Mannheim: Ich zolle der Thätigkeit unserer Fraktion volle Anerkennung, wünsche aber, daß unseren Initiativanträgen größere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Bei der schwachen Besetzung des Reichstages ist unser Einfluß groß genug, daß es wohl möglich ist, daß unsere Initiativanträge doch zur

Verhandlung gebracht werden. Die Etatsdebatten brauchen ja nicht immer zwölf Tage zu dauern. Früher haben wir die Majestätsbeleidigungen, den Groben Unfug-Paragraphen, die Arbeitskammer und andere Fragen angeschnitten. In dieser Session ist in der Beziehung nichts geschehen. (Oho!) Nebenbei bemerkt, sollte sich auch der Parteitag mit der Frage der Arbeitskammern befassen. Die Fraktion muß Werth darauf legen, daß unsere Initiativanträge mehr zur Geltung kommen. Der Widerstand, jetzt einen solchen Gesetzentwurf einzubringen, ist unberechtigt, die Gründe, die Fischer dagegen vorgebracht hat, sind nicht durchschlagend. Wozu feiern wir denn den 1. Mai? Bloßes Demonstriren nützt nichts, wir müssen auch zeigen, daß es uns Ernst ist. Die Arbeiter sind der Fraktion in dieser Beziehung vorausgeeilt und haben vielfach auch ohne Reichstagsfraktion eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht. Ein Mißtrauen gegen die Fraktion bedeutet der Antrag nicht, aber wir glauben, daß gerade die jetzige Krisis, wo viele Unternehmer freiwillig die Arbeitszeit verkürzen, der geeignetste Moment ist, den Achtstundentag zu fordern.

Schubert-Berlin: Die Ausführungen Eichhorns überheben mich der Verpflichtung, den ersten Theil meines Antrages zu begründen. Ich kann mich deshalb darauf beschränken, zu dem zweiten Theil einige Worte zu sagen. Die Forderung, daß in allen Körperschaften für die Einführung des Achtstundentages zu wirken ist, ist sehr wesentlich. In den Gemeinden sehen wir sehr oft, daß Arbeiter, die doch Bürger sind, in einer Weise behandelt werden, die jeder Beschreibung spottet. Zur Verringerung der Armenlasten werden diese Leute von den Gemeinden vielfach als Abeiter eingestellt. Da nun aber die Kommunen gesetzlich nicht verpflichtet sind, Arbeitsordnungen aufzustellen, so thun sie das auch nicht, und so kommt es, daß die oberen und unteren Beamten die Arbeitszeit nach ihrem Belieben festsetzen. Arbeitsordnungen und Arbeiterausschüsse in den städtischen Betrieben sind durchaus nothwendig, um die Lage der städtischen Arbeiter zu verbessern. Wir sind verpflichtet, für die städtischen Arbeiter einzutreten und für sie den Achtstundentag zu verlangen. Es ist deshalb nothwendig, meinem Antrage zuzustimmen. Ebenso halte ich die Annahme des Antrages 63 für nöthig, denn wenn die Reichsbehörden die Wirkung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches ausschalten, so ahmen die Gemeinden dies Beispiel nach. Wir müssen Alles dransetzen, um den Achtstundentag zu erringen. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte wird mit Rücksicht auf die Rundfahrt auf dem Starnberger See vertagt.

v. Vollmar theilt mit, daß von Ullrich-Stuttgart ein Schreiben eingegangen ist, wonach er vom zweiten württembergischen Wahlkreis ein Mandat hat, aber durch Erkrankung in seiner Familie an der Theilnahme verhindert ist.

Schluß 11 Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 18. September. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 8¾ Uhr. Den Vorsitz hat Genosse Vollmar.

Es sind wieder eine große Anzahl von Beglückwünschungs-Telegrammen und -Schreiben eingegangen; darunter Telegramme aus Amsterdam von der dortigen Partei, unterzeichnet vom Parteisekretär, und aus Bournemouth von der Redaktion der russischen sozialdemokratischen Zeitschrift „Schisn Posze".

Die Diskussion über Punkt 3 der Tagesordnung: **Bericht über die parlamentarische Thätigkeit** wird fortgesetzt.

Leutert-Apolda: Mit einer großen Anzahl von Delegirten habe ich Rücksprache genommen über die gestrigen Ausführungen des Genossen Eichhorn-

Mannheim, der die Fraktion beschuldigte, sie habe es in der verflossenen Session an der Einreichung von Anträgen fehlen lassen. Ich habe zu erklären, daß die anwesenden Delegirten und ihre Mandatgeber im Gegentheil höchlichst befriedigt sind von dem, was die Fraktion geleistet hat. Das Ziel der Vorwürfe müssen unsere Gegner, nicht aber die Fraktion sein. Wir sind der Meinung, daß von letzterer z. B. in der Zolltariffrage das Bestmöglichste geleistet wurde, die Fraktion hat da Alles gethan, um sich bei den Interessenten durch deren Befragung zu informiren und diese wieder durch ihre Berichterstattung auf dem Laufenden zu erhalten. Wenn trotzdem noch Vorwürfe gegen die Fraktion erhoben werden, so ist das eine Entgleisung. Für einen Ausbau des Arbeiterschutzes ist sie allezeit eingetreten und hat Anträge gestellt, aber die Regierung und die herrschenden Klassen hatten keine Zeit dazu. Man muß doch auch die Geschäftsordnung des Reichstages, nicht bloß die des badischen Landtages einigermaßen kennen und sich bemühen, sie frühzeitig kennen zu lernen. (Heiterkeit.) Ich bin ja auch nicht Mitglied des Reichstages, aber ich habe dessen Geschäftsordnung doch sehr gut durch unseren Großglockner kennen gelernt. (Heiterkeit.) Es ist nothwendig, daß die Fraktion durch unsere Mitarbeit unterstützt werde, es muß ihr brauchbares Material geliefert werden, alle Arbeiterkreise sind verpflichtet, Material zu beschaffen, und zwar solches Material, das von der Regierung und den herrschenden Parteien nicht wieder vernichtet werden kann, gegen das sich kein Einwand erheben läßt. Dazu müssen die Arbeitersekretariate, die Kartelle ꝛc. mitwirken, auch die Rentenprüfungsstellen, Gewerbegerichts-Beisitzer und namentlich die Vertrauenspersonen in den kleinen Orten haben sich daran zu betheiligen; gerade in den kleinen Orten ist der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei das Sprachrohr der kleinen Leute und kein Anderer. Wir haben die Pflicht, die Arbeiten gemeinsam zu verrichten und sie nicht der Fraktion allein zu überlassen. (Zustimmung.)

Frau Zietz-Hamburg: Die Anträge, die für unsere Forderungen bezüglich des Arbeiterschutzes, des Achtstundentages eintreten, sind keineswegs von dem Gesichtspunkte aus gestellt worden, um unserer Reichstagsfraktion einen Tadel zu ertheilen, sondern diese Anträge sind veranlaßt durch ganz bestimmte Vorkommnisse im wirthschaftlichen und politischen Leben, unter denen die herrschende wirthschaftliche Krise die Hauptrolle spielt. Die Arbeitsleistung steht nicht nur ihrer Qualität, sondern auch ihrer Quantität nach im umgekehrten Verhältniß zur Arbeitszeit. Es ist sehr wohl möglich, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit das Unternehmerthum die Intensität der Arbeit so steigern kann, daß in der kürzeren Arbeitszeit mehr geleistet wird als in der längeren. Aber nicht allein von diesem Gesichtspunkte aus sind wir eingetreten für die Durchführung des Achtstundentages, sondern auch von der Erwägung aus, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit das Proletariat gestärkt werden soll in seinem Kampfe um die wirthschaftliche Emanzipation. Ferner sind die Anträge speziell im Hinblick auf den Ausbau des Arbeiterinnenschutzes durch politische Erwägungen veranlaßt. Die vom Reichsamt des Innern angeordnete Enquete bedeutet geradezu eine Verschleppung der Durchführung unserer Forderungen bezüglich des Arbeiter- und des Arbeiterinnenschutzes. Bei den Erhebungen des Jahres 1899 über den Umfang der Frauenarbeit in den Fabriken ist nachgewiesen worden, daß die Industrie nicht nur geschädigt wird, sondern daß es sogar in ihrem Interesse liegt, wenn die Arbeitszeit für Arbeiterinnen von 10 auf 11 Stunden verkürzt wird. Das ist selbst von königlich sächsischen Fabrikinspektoren und denen der übrigen Bundesstaaten bestätigt worden. Trotzdem werden immer wieder auf's Neue Erhebungen und nur Erhebungen veranstaltet. Andererseits ist das Scharfmacherthum an der Arbeit, um selbst gegenüber den geringsten sozialpolitischen Reformen Gegenaktionen in's Leben zu rufen. Als durch die Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz, durch die Novelle zum Gewerbegerichts-

Gesetz kleine Verbesserungen für die Arbeiter geschaffen werden sollten, da waren es dieselben Leute, die selbst diese kleinen Reformen mit aller Kraft zu hintertreiben gesucht haben. Angesichts der Lauheit der Regierung und andererseits gegenüber dem Vorgehen des Scharfmacherthums ist der Parteitag derjenige Ort, wo die Arbeiterschaft mit allem Nachdruck, aller Präzision und aller Schärfe die Forderungen unsererseits bezüglich des Arbeiter- und Arbeiterinnenschutzes vertreten muß. Ganz irrig ist die von verschiedener Seite hervorgetretene Ansicht, besonders von Seiten der bürgerlichen Sozialreformer aus, daß, wenn der Arbeiterschutz in erster Linie ausgebaut würde, dann die Frauen von den Arbeitsstätten verdrängt und durch männliche Arbeiter ersetzt würden. Wir wissen, daß der Ausbau des Arbeiterschutzes für die männlichen Arbeiter vielmehr Verbesserungen auch für die weiblichen Arbeiter zur Folge haben würde. Aus allen diesen Erwägungen heraus sind die betreffenden Anträge gestellt. Gegenüber der Flauheit der Regierung und den reaktionären Bestrebungen des Unternehmerthums müssen wir unsere Forderungen klar und präzise zum Ausdruck bringen. Das wird auch die Agitation im Lande für diese Forderungen in ein schnelleres Tempo bringen. Ich bitte deshalb, den Berliner Anträgen zuzustimmen.

Leber-Jena: Auch ich bin mit der Thätigkeit der Fraktion im letzten Jahre einverstanden, wünsche aber, daß sie mit allem Nachdruck den Achtstundentag fordert. Wir sehen, daß das Unternehmerthum trotz der wirthschaftlichen Krisis die Arbeitszeit nicht verkürzt, sondern sogar verlängert und Arbeiter entläßt oder die Löhne reduzirt. Ich habe in meiner Thätigkeit in der optischen Werkstätte von Zeiß den Segen des Achtstundentages aus eigener Erfahrung kennen gelernt.

Frau **Kähler**-Dresden: Der Antrag 92, der die Fraktion auffordert, dafür zu sorgen, daß die in der Heimindustrie beschäftigten Portefeuillearbeiter den Versicherungsgesetzen unterstellt werden, geht nicht weit genug. Wir müssen das Gleiche für die Heimarbeiter aller Berufe verlangen. Denn die Heimarbeit ist gleichbedeutend mit Arbeiterinnenelend. Hier muß endlich die Gesetzgebung eingreifen, die Heimarbeit macht sich wie ein eitriges Geschwür am Volkskörper bemerkbar. Nach Einführung der Arbeiterschutz-Gesetze bemühten sich die Arbeitgeber, die Lasten, die ihnen die Gesetzgebung auferlegte, von sich abzuwälzen, indem sie so viel wie möglich ihre Produkte in der Heimarbeit fertigstellen lassen. In Folge dessen hat die Heimarbeit einen ganz gewaltigen Umfang angenommen, sie ist heute ein Hemmschuh jedes kulturellen Fortschritts, sie bringt nicht nur für die Produzenten, sondern auch für die Konsumenten enorme Nachtheile. Es ist an der Zeit, mit diesem schädlichen System zu brechen. (Beifall.)

Frau **Zetkin**-Stuttgart: Ich möchte Ihnen mit allem Nachdruck die Annahme des Antrages unserer Berliner Freunde empfehlen, der sich auf die Forderung der Einführung des Achtstundentages bezieht, aber nicht etwa von dem Gesichtspunkte aus, daß ich der Stellung und Annahme desselben irgendwo den Beigeschmack eines Mißtrauensvotums oder auch nur eines leisen Tadels gegen die verflossene Thätigkeit unserer parlamentarischen Vertreter geben möchte. Ich erblicke vielmehr in der verhältnißmäßig großen Zahl von Anträgen, welche sich auf die Einführung des Achtstundentages beziehen, einen kräftigen Vorstoß zum Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes, überhaupt einen Ausdruck des dringenden Bedürfnisses und des zielklaren Wollens der proletarischen Klasse. Wenn in den letzten Jahren vielleicht auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes weniger energisch und nachdrücklich nach vorwärts gedrängt ist wie in manchen anderen Zeiten, so erklärt sich das zum großen Theil daraus, daß die Zeit der Hochkonjunktur den proletarischen Massen die Reformnothwendigkeit weniger zum Bewußtsein gebracht hat. Das ist anders geworden durch das Gespenst der Krisis, das sich riesengroß vor dem Proletariat aufgerichtet hat. Die Krisis mit ihren Folgen legt gerade auch dem politisch kämpfenden Proletariat gegenüber den Gewerkschaften eine edle Pflicht auf. Kein Zweifel, wir

Alle sind von Sympathie gegen die Gewerkschaftsbewegung erfüllt, die Bethätigung dieser Sympathie sind keine leeren Worte. Nur zu gut wissen wir, daß politische und gewerkschaftliche Bewegung einander ergänzen und zu einander gehören, aber durch die Krisis werden gerade gegenwärtig die gewerkschaftlichen Kämpfe sehr erschwert und deshalb ist es erwünscht, die Gewerkschaften durch den Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes zu entlasten. Aber auch noch andere Gründe zwingen uns, den Kampf um die gesetzliche Verbesserung des Arbeitsverhältnisses in den Vordergrund zu schieben. Ich erinnere an den Zolltarif und den schmählichen Verrath des Centrums an den Arbeitern durch seine Stellung dazu. Mehr als je ist das Centrum dadurch in die Nothwendigkeit versetzt, wenigstens etwas zur Förderung wirklicher sozialer Reformarbeit zu thun oder aber durch die Unterlassungssünden auf diesem Gebiete den Nimbus der Arbeiterfreundlichkeit noch schneller zu zerstören, als es ohnehin der Fall ist. Auf die eine oder die andere Weise muß das politisch kämpfende Proletariat die Früchte der Situation ernten, sei es in Gestalt eines kräftigen Eintretens des Centrums für Reformen, sei es in Gestalt einer Diskreditirung des Centrums bis auf die Knochen. Und noch ein Anderes! Der Zollwucher wird ohne Zweifel bei den nächsten Wahlen zu einem so glänzenden Siege der Sozialdemokratie führen, daß das Lager der bürgerlichen Politiker dadurch von jener heiligen Furcht erfüllt sein wird, die die alleinige Quelle gelegentlicher Reformarbeiten der Bourgeoisie ist. Wir wissen genau, daß der Knüppel beim Hunde liegt und daß die bürgerlichen Parteien auch nicht zu einem Jota mehr an Reformen sich verleiten lassen, als ihnen die Furcht vor dem kämpfenden Proletariat abknöpft. Wie einmal zu den Scharfmachern das Wort gesprochen ist: Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie! so wird die Sozialdemokratie nach den Wahlen in der Lage sein, den gegnerischen Scharfmachern zu sagen: Sie haben nur für uns gearbeitet. Diese Situation wird uns erlauben, einen energischen Druck auf das Parlament von außen auszuüben. Der ständige Berliner Briefschreiber der „Neuen Zeit", dessen Leitartikel allein schon zur ständigen Lektüre des Blattes veranlassen sollten (Sehr richtig!), Genosse Mehring, hat sehr richtig darauf hingewiesen, daß der Zollwucher eine so außerordentlich günstige Situation für die außerparlamentarische Aktion der Massen schaffen würde, daß sie zu sozialpolitischen Fortschritten ausgenützt werden könne. Das ist aber auch nicht die Hauptsache. Die Situation bringt auch einen großen Fortschritt für die Entwickelung unserer Partei. (Sehr richtig!) Wieder wird sich in unserer Partei eine richtigere Schätzung der parlamentarischen Arbeit und der außerparlamentarischen Aktion des Proletariats einstellen. (Sehr richtig!) In dieser Verschiebung der Werthschätzung zu Gunsten der außerparlamentarischen Aktion sehe ich einen außerordentlichen Vortheil für die Entwickelung des politischen Klassenkampfes. Es scheint fast so, als ob alle Anträge, die hier gestellt sind, an einer Ueberschätzung dessen kranken, was die parlamentarische Arbeit leisten kann, und an einer Unterschätzung dessen, was die außerparlamentarische politische Aktion des Proletariats leisten muß. Diese Werthung tritt vor allem auch in den bekannten Artikeln von Parvus zu Tage. Wie schätzenswerth, wie unentbehrlich die Aktion unserer parlamentarischen Vertreter auch sein mag, sie mögen mit Menschen- und mit Engelszungen reden, sie mögen die triftigsten Gründe haben, so würden sie doch bei den herrschenden Klassen nichts ausrichten, wenn nicht von außen der Druck eines erkenntnißreichen, eines geschulten, eines organisirten Proletariats hinzukäme. Deshalb begreife ich das Vorgehen der Fraktion, das den Anstoß zur kräftigen Agitation, zur Förderung der Aktion außerhalb des Parlaments geben muß. Wie der Riese Antaeus immer wieder Kraft gewann, wenn seine Schultern den mütterlichen Boden der Erde berührten, so wachsen, so erweiterten sich die Kräfte der Sozialdemokratie, wenn sie die rechte, innige Berührung mit den Massen hat. (Bravo!)

Timm-München: Ich möchte die Aufmerksamkeit der Fraktion auf die Rechtslage der Arbeitersekretariate lenken. Trotz der klaren Erklärungen des Grafen Posadowsky, die meines Erachtens ohne Silbenstechereien abgegeben wurden, hat das Breslauer Oberlandesgericht doch wieder ein Urtheil gegen ein Sekretariat gefällt und zu einer silbenstecherischen Auslegung der Worte „gewerbsmäßig" und „geschäftsmäßig" gegriffen. Das steht in Widerspruch zu der klaren Erklärung der Regierung im Reichstage. Daher sollte die Fraktion in dieser Beziehung eine Interpellation einbringen; in dieser soll bekannt werden, daß die Sekretariate mit großen Mitteln gegründet werden und daß jede Rechtsunsicherheit eine Schädigung für sie bedeute. Weiter ist zu wünschen, daß ein Druck dahin ausgeübt wird, daß sobald als möglich eine neue Krankenversicherungs-Gesetzgebung durchgeführt und diese Organisation so weit ausgebaut wird, als es das vorhandene Bedürfniß nothwendig macht. Im allgemeinen habe ich den Eindruck und diesen gewinnt man immer mehr und mehr, wenn wir alles das verarbeiten wollen, was an Material unterbreitet wird, wenn wir die nöthige Fühlung mit den breiten Massen herstellen und erhalten wollen, dann müssen wir früher oder später dazu kommen, daß eine eigene Instanz geschaffen wird, die planmäßig das Material vorbereitet. Diese Instanz soll im innigsten Kontakt mit dem Parteivorstand stehen, sie soll eine Art Nebenministerium sein, über das der Vorstand die Aufsicht und oberste Leitung behält. Je mehr wir uns ausbreiten, desto schwerer werden die Aufgaben des Vorstandes und seine Kräfte werden so viel in Anspruch genommen, daß beim besten Willen und den fähigsten Personen doch auf die Dauer die großen Aktionen leiden müssen, wenn wir uns nicht dazu aufschwingen, die nöthigen Instanzen zu schaffen. Wir haben eine ganze Reihe von Personen — Bernstein zum Beispiel —, die wir ganz gut auf einem anderen Platz verwenden könnten, wo sie die verschiedenartigen Forderungen, die namentlich von den Gewerkschaften an uns kommen, ich erinnere an den Bauarbeiterschutz, vorarbeiten und den Verkehr mit den Massen aufrecht erhalten. Obwohl zum Beispiel die Aktion gegen den Zolltarif gut einsetzte, so habe ich doch das Gefühl, daß in jenen Gegenden, wo die katholische Arbeiterschaft ausschlaggebend ist, noch mehr geschehen konnte, und das hätte von einer Zentralinstanz aus geleitet werden müssen. Wenn eine solche Instanz geschaffen ist, dann werden dem Parteitage nicht immer so viele Spezialanträge vorliegen. Ich bin weit entfernt davon, zu glauben, daß wir schon im jetzigen Augenblick dazu kommen werden, meinen Vorschlag durchzuführen; es bestehen da verschiedene Hindernisse und namentlich wird das Gefühl obwalten, daß man nicht noch mehr bezahlte Posten schaffen will. Aber wir dürfen uns dadurch nicht abhalten lassen, und wenn diese meine Anregung erfüllt ist, wird es möglich sein, alle die Aufgaben zu erfüllen, die Genossin Zetkin eben so anregend schilderte.

Eitzerodt-Krefeld: Die Agitation für den Achtstundentag hat bei manchen Arbeitern, besonders den gewerkschaftlichen, früher vielfach ein gewisses Lächeln hervorgerufen. Das ist heute anders geworden, heute haben die Arbeiter eingesehen, daß der Achtstundentag eine sehr wohl zu realisirende Forderung ist und auch in bürgerlichen Kreisen wagt man es nicht mehr, diese Forderung mit Hohnlachen zu beantworten. Wir können deshalb den bezüglichen Anträgen sehr wohl zustimmen. Die Fraktion wolle zunächst ihr Augenmerk darauf richten, daß in den staatlichen Betrieben der Achtstundentag eingeführt wird. Das wird wenigstens die Behörden zwingen, wenn auch nicht sofort den achtstündigen Arbeitstag einzuführen, so doch die Arbeitszeit ganz wesentlich zu reduziren. Die staatlichen Betriebe müssen dann die privaten industriellen Betriebe nach sich ziehen. Neuerdings gehen die fiskalischen Werkstätten des Kriegsministeriums in Spandau daran, den Arbeitern einen Sommerurlaub zu geben.

So sehen selbst die Behörden allmälig die Berechtigung unserer Forderungen ein. Wir müssen doch einen gewissen Druck auf die Fraktion ausüben durch Annahme dieser Anträge. Andererseits muß ich mein Befremden darüber ausdrücken, daß Arbeiter der staatlichen Betriebe wie der kaiserlichen Werften es vielfach ablehnen, die berufenen Vertreter unserer Partei, die Mitglieder der Reichstagsfraktion, mit dem genügenden statistischen Material zu versorgen. Der Anregung des Genossen Timm, betreffend die Schaffung einer speziellen Kommission für die Sammlung und Verarbeitung von sozialpolitischem Material, stehe ich sympathisch gegenüber, das würde für den Parteivorstand eine wesentliche Entlastung bedeuten.

Lehendecker-Höchst: Ich möchte die Reichstagsfraktion bitten, sich der Arbeiter der chemischen Industrien in besonderem Maße anzunehmen. Welchen Gefahren diese Arbeiter ausgesetzt sind, hat das furchtbare Unglück von Griesheim gezeigt; der Durchführung der Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung muß mehr Aufmerksamkeit als bisher gewidmet werden. In Höchst ist das Krankenhaus überfüllt von verunglückten Arbeitern der Farbenindustrie. In der nächsten Session sollte nochmals eine Interpellation eingebracht werden, die Aufklärung über die Ursache des Griesheimer Unglücks und Bestrafung der Schuldigen fordert. Den Antrag 57 halte ich für kaum durchführbar, man kann kein derartiges Flugblatt in einem solchen Umfang herausgeben, weil es von der Landbevölkerung nicht verstanden würde. Man sollte Auszüge aus dem Thätigkeitsberichte der Reichstagsfraktion, vielleicht mit einem den Landesverhältnissen entsprechenden Flugblatt, unter der Landbevölkerung vertheilen. Entlegene Landkreise, die nicht die Mittel zur Vertheilung der Flugblätter haben, müßten unterstützt werden.

Edmund Fischer-Briesnitz: Genosse Eichhorn hat gegen die Fraktion ganz ähnliche Vorwürfe erhoben, wie sie seit Jahren von allen bürgerlichen Parteien, von den Freisinnigen, dem Zentrum und den Konservativen gegen die Sozialdemokratie erhoben werden. Er hat gesagt, daß auch die sozialdemokratischen Abgeordneten zu viel schwatzen und nicht genug praktische Arbeit verrichten. (Widerspruch.) Genosse Eichhorn, den Vorwurf hast Du erhoben! (Eichhorn ruft: Das ist nicht wahr!) Wenn Eichhorn nächstes Jahr in den Reichstag kommt, könnte er vielleicht die Aufnahme einer Bestimmung in die Geschäftsordnung herbeiführen, wonach alle sozialdemokratischen Initiativanträge zur Berathung kommen und alles andere zurückgestellt würde. (Heiterkeit.) Nur dann könnte er seine Forderungen praktisch durchführen. Es ist nicht richtig, daß die Fraktion zu wenig praktische Arbeit geleistet habe. Unsere ganze Thätigkeit neben der Kritik bestand doch in praktischer Arbeit. Ein praktischer Antrag war der auf Einführung des Zehnstundentages. Wenn der Antrag der Berliner angenommen wird, so wird die Fraktion mit einer Aufgabe betraut, die sie in diesem Winter nicht mehr ausführen kann. Es wäre doch richtiger, den Antrag auf dem nächsten Parteitag für die nächste Reichstagsfraktion wieder einzubringen.

Hoch-Hanau: Ich habe Eichhorn's Bemerkungen nicht so tragisch genommen wie Kollege Fischer. Ich habe seine Worte nur so aufgefaßt, daß er meinte, wir sollten neben der pflichtgemäßen Erledigung der Etatsdebatten mehr Zeit zur Begründung der Initiativanträge zu gewinnen suchen. Das ist ein Irrthum Eichhorn's, der sich aus dem Mangel näherer Kenntniß der Geschäftsordnung ergiebt. Es geht thatsächlich nicht gut, die Verhandlung von mehr Anträgen zu erzwingen, als jetzt schon geschieht. Dabei halte ich den Antrag für den Achtstundentag für eine dankenswerthe Anregung; gerade bei der Situation, in der wir uns befinden, ist eine recht ausgedehnte Betheiligung an den Etatsdebatten für uns die einzige Möglichkeit, um alle Anregungen, die uns vom Parteitag und von den Gewerkschaftskongressen gegeben werden, zum Ausdruck zu bringen. Dazu kommt noch eins: es ist Praxis, daß die Re-

gierung bei Berathung von Initiativanträgen nicht erscheint und keine Antwort giebt. Bei den Etatsdebatten aber muß sie anwesend sein, muß sie antworten. Timm hat mit Recht auf die Bedeutung guten Materials für die Fraktion hingewiesen, aber sein Vorschlag hat zur Voraussetzung, daß die Gewerkschaften in erster Linie die Sache in die Hand nehmen und viel mehr Material als bisher zur Verfügung stellen.

Zubeil-Berlin: Parvus hat mich außerordentlich scharf angegriffen, weil ich in der Rede, mit der ich im Auftrage der Fraktion unsere Nothstandsinterpellation begründete, nicht sofort den Achtstundentag gefordert habe. Diese Angriffe sind ganz unberechtigt, ich bin nur der bisherigen Praxis gefolgt, als ich den Zehnstundentag und die stufenweise Einführung des Achtstundentages gefordert habe. Was dann weiter den Vorwurf betrifft, es werde zu viel beim Etat geredet, so will ich nur erwidern, daß meine Kollegen und ich sich auf die Zeit freuen, wo die Etatsdebatten wieder beginnen, da sie die einzige Gelegenheit bieten, die tiefgehenden Schäden der bürgerlichen Gesellschaft aufzudecken. (Sehr richtig!) An dieser Thatsache kann auch Eichhorn's Unzufriedenheit nichts ändern. Bei den Etatsdebatten kann auch allein die so nothwendige Kritik an den Militär- und Marinewerkstätten geübt werden. Auch darf nicht vergessen werden, daß die Session nicht geschlossen, sondern nur vertagt worden ist. Der größte Theil unserer Initiativanträge ist noch nicht zur Berathung gelangt. Jeder Antrag, der jetzt gestellt wird, wäre eine ganz zwecklose Arbeit, weil er nicht zur Berathung kommt. Bis zum Schluß dieser Legislaturperiode sind kaum mehr als ein oder zwei Schwerintage zu erwarten. Die Regierung und die Mehrheitsparteien legen das Schwergewicht auf den Zolltarif; wir wollen aber, daß er nicht Gesetzeskraft erhält, während jene anderen ihn so schnell als möglich unter Dach und Fach bringen wollen. Deshalb sollen wir jetzt nicht solche Anträge, die doch nicht zur Berathung kommen, stellen. Sie würden uns dadurch nur, die wir jetzt vor dem schwersten politischen Kampf stehen, hindernd in den Weg treten. Der Antrag kann ja beim nächsten Parteitag wieder gestellt werden.

Eichhorn-Mannheim: Ich habe nur wenig auf die ganzen Angriffe zu erwidern, die zum guten Theil auf völlig falschen Voraussetzungen beruhten. So hat Genosse Leutert gegen Ausführungen polemisirt, die ich gar nicht gemacht habe; er hat mir unterstellt, ich hätte gesagt, unsere Fraktion thue nichts. Ich weiß nicht, ob er mich nicht verstehen konnte oder wollte, ich habe im Gegentheil gesagt, daß tüchtig gearbeitet wurde und daß wir sehr mit der Fraktion zufrieden sein können. Das hindert aber doch nicht, eine kleine Frontveränderung zu fordern; ich habe nur gewünscht, daß die Etatsdebatten, an deren Ausdehnung doch auch die anderen Parteien betheiligt sind, etwas eingeschränkt und daß durch parlamentarische Mittel, die ich im einzelnen nicht angeben kann, weil mir die Reichstags-Erfahrung mangelt, unsere Initiativanträge mehr in den Vordergrund gerückt werden sollen. Unsere Abgeordneten sitzen doch nicht bloß deshalb im Reichstage, um den Etat und die Vorlagen der Regierung zu berathen, sondern sie sind da, um auch Vorstöße in der Richtung unserer Programmforderungen zu machen. Dem Genossen Fischer muß der tendenziöse Bericht der „Münchener Neuesten Nachrichten" allein vorgelegen haben, ich habe ausdrücklich betont, daß wir die Bezeichnung des Reichstags als Schwatzparlament verurtheilen. Ich habe auch mit keinem Wort davon gesprochen, daß unsere Fraktion zu viel rede; unsere Berichte enthalten nichts darüber. Ich bin schon zufrieden, daß durch meine Bemerkungen die ganze Frage hier zur Debatte gekommen ist.

Das Schlußwort erhält

Rosenow: Ich habe nur nöthig, auf die Frage des Achtstundentages einzugehen, die in der Debatte die Hauptrolle gespielt hat. Die Anträge auf Ver-

kürzung der Arbeitszeit sind durchaus verständlich angesichts der wirthschaftlichen Krisis und der Arbeitslosigkeit. Die Fraktion hat aber bei den Etatsdebatten und bei der Besprechung der Interpellation über die Arbeitslosigkeit stets die Forderung auf Einführung des Achtstundentages in den Vordergrund gestellt, und ich bin überzeugt, daß der nächste Antrag, den wir einbringen werden, den Achtstundentag betreffen wird. Für uns ist natürlich der Wille des Parteitages oberstes Gesetz; da jedoch ein Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit bereits im Reichstage von uns eingebracht ist, so käme die Fraktion in eine üble Lage, wenn Sie sie zwingen würden, diesen Antrag zu Gunsten eines anderen zurückzuziehen, der doch nicht mehr zur Berathung kommt. Sie würden dadurch die Fraktion zwingen, sich eine Ohrfeige zu versetzen, die sie gar nicht verdient. Wir haben uns von der Erwägung leiten lassen, daß wir etwas Praktisches fordern müssen, und deshalb haben wir zunächst den Zehnstundentag verlangt. Glauben Sie etwa, daß die Stellung eines Antrages auf Einführung des Achtstundentages schon seine Annahme durch den Reichstag bedeutet? (Nein!) Die reaktionäre Mehrheit würde ihn ohne Weiteres ablehnen; den Zehnstundentag haben unsere Gegner für möglich erklärt, und deshalb ist es nöthig, die Probe darauf zu machen, ob es ihnen wirklich Ernst damit ist. In Bayern haben ja unsere Genossen durch die wiederholten Anträge auch bereits erreicht, daß in Staatsbetrieben die Arbeitszeit von 11 auf 9½ Stunden herabgesetzt ist. Ich würde Sie bitten, die den Achtstundentag betreffenden Anträge der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. Eichhorn gegenüber möchte ich nochmals konstatiren, daß wir gar keine Möglichkeit haben, öfter Initiativanträge im Plenum zur Berathung zu bringen. Eine Aenderung der Geschäftsordnung wäre ganz aussichtslos, denn die Mehrheit des Reichstages betrachtet das Parlament als eine Gesetzgebungs-Fabrikationsmaschine für die Regierungen, die von den Ministern in Bewegung gesetzt wird und nur so lange zu arbeiten hat, als sie von dort Dampf bekommt; für alles andere haben sie nur ein minimales Interesse. In der That hat Eichhorn gestern gesagt, daß das Reden bei der Etatsberathung eingeschränkt werden solle; aber die Etatsberathung ist die einzige Gelegenheit, gewisse Dinge zur Sprache zu bringen, und wir sollten eher noch einen ausgiebigeren Gebrauch davon machen, beim Etat unsere Wünsche zu äußern. Gerade dieser Achtstundenantrag bedeutet in der Praxis doch nichts anderes als den Wunsch der Parteigenossen, wir sollen zunächst durch Reden im Reichstage den Gedanken des Achtstundentages immer wieder propagiren. Ich glaube aus der ganzen Debatte entnehmen zu können, daß der Parteitag mit der Thätigkeit der Fraktion einverstanden ist. Die beiden noch vorliegenden Anträge 66a und 103 würde ich vorschlagen, der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Anträge 66a und 103 werden der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen. Antrag 57 wird abgelehnt, Antrag 60 wird zurückgezogen, nachdem der Parteitag durch Verlesung von ihm Kenntniß genommen hat. Antrag 61 wird angenommen, Antrag 62 zurückgezogen, da er durch die Abstimmung über Antrag 61 erledigt sei. Antrag 63 wird angenommen. Auch die Anträge 92 und 93 werden angenommen.

Punkt 4 der Tagesordnung: „Die bevorstehende Reichstagswahl" wird auf Freitag verschoben, da der Berichterstatter Bebel gesundheitlich nicht in der Lage ist, heute das Referat zu erstatten.

Es folgt daher Punkt 5 der Tagesordnung: **Arbeiterversicherung.**

Dazu liegt Resolution 106 vor.

Berichterstatter **Molkenbuhr**: Die Sozialdemokratie hat bisher so gut wie keine Stellung zur Arbeiterversicherung genommen. Die einzige Aeußerung der Partei findet sich in Punkt 5 des Programms: „Uebernahme der gesammten

Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung." Es sind zwei große Unklarheiten in diesen Sätzen enthalten; wir sagen nicht, welchen Ausbau wir wollen, und wir sagen nicht, was wir unter der maßgebenden Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung verstehen. Die Unklarheiten bedürfen der Aufklärung. Auch ist es nothwendig, daß sich die Partei mehr mit der Frage beschäftigt, damit die Genossen im Reichstage wissen, ob sie in ihrer Haltung die Partei hinter sich haben. Zu den ersten Versicherungsgesetzen zur Zeit des Sozialistengesetzes konnte die Partei keine Stellung nehmen, da keine Parteitage stattfanden. Jetzt ist das anders geworden, jetzt müssen die Genossen der Fraktion eine bestimmte Richtschnur geben, an die sie sich halten kann. Die Stellung der Fraktion ist eine viel angenehmere, wenn sie weiß, daß sie die Partei hinter sich hat. Wiederholt haben die offiziellen Vertreter des Reiches auf internationalen Versicherungskongressen ausgesprochen, daß man geneigt ist, auf dem Gebiete der Versicherungsgesetzgebung weiter zu gehen, vorausgesetzt, daß die anderen Staaten, die mit unserer Industrie konkurriren, unserem Beispiel folgen.

Bevor ich nun untersuche, in welcher Richtung die Ausdehnung der Versicherungsgesetzgebung sich bewegen soll, möchte ich Eines vorausschicken. Durch verschiedene Gesetze ist ausgesprochen, daß der Mensch ein Existenzminimum haben muß. So wird z. B. durch das Gesetz über die Beschlagnahme des Arbeitslohnes indirekt anerkannt, daß jeder Mensch mindestens 1500 M. Einkommen haben muß. Dadurch ferner, daß eine ganze Reihe von Gegenständen unpfändbar sind, daß der Kreis der unpfändbaren Gegenstände noch erweitert ist, wird zugegeben, daß Demjenigen, der etwas hat, nicht das Letzte genommen werden darf. Warum geht man nun nicht weiter und sucht einen Weg, um Demjenigen, der das Existenzminimum nicht hat, dasselbe zu verschaffen? Wir haben zwar die Armengesetzgebung, aber diese setzt nicht da ein, wo das Minimum nicht vorhanden ist, das die anderen Gesetze voraussetzen, sondern sie läßt den Menschen erst verkommen, ehe sie eingreift; sie raubt dazu noch dem Armen die politischen Rechte; für das bischen Brot, das ihn vor dem Verhungern schützen soll, wird ihm sein politisches Recht genommen. Trotzdem hat die Armengesetzgebung den Gemeinden erhebliche Lasten aufgebürdet. Früher bestand in zahlreichen Gemeinden die Vorschrift, daß jeder fremde Geselle, der in der Stadt arbeitet, mindestens gegen Krankheit versichert sein müßte; man erblickte darin keine soziale Großthat, sondern gab zu, daß diese Vorschrift nur eine Schonung der Armenkasse bedeute. Aehnliche Schonungen der Armenkasse liegen auch im Strafgesetz, wonach Diejenigen bestraft werden, die es versäumen, ihre Angehörigen, zu deren Unterhalt sie verpflichtet sind, zu unterhalten. Ein anderer Grundsatz, der hierbei mit in Betracht kommt, ist der des Schadenersatzes. Aber solche allgemeine Grundsätze versagen sehr oft in dem Augenblick, wo sie auf die Arbeiter Anwendung finden sollen. Ich will nur auf den Gedanken hinweisen, der im preußischen Eisenbahngesetz zum Ausdruck kommt, es heißt da, daß die Eisenbahnverwaltungen verpflichtet sind, jeden Schaden zu ersetzen, der durch den Betrieb herbeigeführt wird, es sei denn, daß sie den Nachweis führen können, daß der Schaden durch höhere Gewalt verursacht ist. Dieser gesunde Grundgedanke wurde im Haftpflicht-Gesetz aus dem Anfang der siebziger Jahre zu einer vollständigen Karrikatur. Man schob da dem Geschädigten den Beweis dafür zu, daß ein Verschulden des Unternehmers vorliegt, ein Beweis, der in den allermeisten Fällen so gut wie ausgeschlossen ist, denn vielfach führt der Unfall den Tod des Beschädigten herbei; andererseits befinden sich die Zeugen in Abhängigkeit vom Unternehmer und gerathen durch ihre Aussage zu Gunsten der Geschädigten in die Gefahr, arbeitslos zu werden.

Gesunde Grundgedanken sind in der allgemeinen Gesetzgebung bereits zum Ausdruck gebracht worden, und da fragt es sich, ob diese nicht auf irgend einem

anderen Wege weiter ausgebaut werden können. Ich habe bereits früher einmal, auf dem letzten internationalen Kongreß in Paris, wo die Frage des Minimallohnes auftauchte, gesagt, es zieme eigentlich den Sozialdemokraten nicht, zu verlangen, daß nur die Leute, die Arbeit haben, ein Existenzminimum haben; als Sozialdemokrat müsse man dafür eintreten, daß jeder Mensch ein Existenzminimum haben soll, wenn er unverschuldet in Armuth gerathen sollte. Nun ist man ja im offiziellen Deutschland recht großsprecherisch mit den erzielten Erfolgen. Auf der Pariser Weltausstellung war ja der bekannte Obelisk aufgestellt; man sagte, ein Obelisk aus gemünztem Golde, der 961·000 Kilogramm wiegt, würde darstellen, wie viel in Deutschland für die Arbeiterversicherung ausgegeben ist. Der Obelisk müßte 7,4 Quadratmeter Grundfläche haben und 14,9 Meter hoch sein, um das Verausgabte als Goldmasse darzustellen. Derartige Reklame-Ausstellungen sind nicht dazu geeignet, das Ausland zur Nachahmung anzureizen, sondern vielmehr es abzuschrecken. Ich habe bereits im Reichstage gesagt, daß man das Ausland viel eher zur Nachahmung angespornt hätte, wenn man in gemünztem Kupfer ausstellte, was an einem Tage der Arbeitgeber für einen Arbeiter geleistet hat; dann hätte man nämlich mit 6 kupfernen Reichspfennigen auskommen können.

Es wird immer fälschlich so dargestellt, als sei diese Versicherung eine rein Bismärckische Erfindung, als habe die kaiserliche Botschaft von 1881 den Anstoß dazu gegeben. Man erwähnt dabei nicht, daß zu Anfang dieser Botschaft neue indirekte Steuern und das Tabakmonopol gefordert wurden. Bismarck wollte sich nur darum herumdrücken, offen zu erklären, zu welchem Zwecke er das Geld haben wollte. Das war die einzige Ursache. Lange vor der Reichs-Krankenversicherung hatten viele Gemeinden bereits eine Zwangs-Krankenversicherung, ohne daß es ihnen eingefallen wäre, von Sozialreform zu reden. Noch ein anderer Zug machte sich bemerkbar. Die Industrie leerte bei ihrer rapiden Entwickelung das Menschenreservoir des platten Landes und schob die Invaliden, die Verletzten, die Krüppel dann wieder auf das Land zurück; hier fielen sie der Armenkasse zur Last. (Sehr richtig.) Deshalb regte sich überall in den Landgemeinden die Forderung, das Unterstützungswohnsitz-Gesetz zu ändern, man verlangte, daß die Verletzten an dem Orte unterstützt werden sollten, wo sie verunglückt waren. Das ging aber auch nicht, weil die neu aufstrebenden Industriegemeinden bereits überlastet und verschuldet waren. Andererseits wurde wieder eine Aenderung des Haftpflichtgesetzes vorgeschlagen, die den Industriellen nicht paßte. So kam es, daß 1879 der Zentralverband deutscher Industrieller die Unfallversicherung forderte, in der Absicht, vor der drohenden Aenderung des Haftpflichtgesetzes geschützt zu sein (Sehr richtig), das ihnen erheblich höhere Lasten aufgelegt hätte als eine allgemeine Unfallversicherung. Ein Mann, der nicht gerade bekannt ist wegen übergroßer Arbeiterfreundlichkeit, sondern als Schienenflicker und Steuerhinterzieher bekannt ist, Kommerzienrath Baare, legte 1880 dem Reichstage einen vollständigen Entwurf einer Unfallversicherung vor. Im März 1881 ging dem Reichstage dann ein Regierungsentwurf über die Unfallversicherung zu, der im Laufe des Sommers verabschiedet wurde. Aber das Zentrum brachte das Gesetz zu Fall; auf Betreiben Windthorst's war eine Resolution beschlossen worden, die die Regierung aufforderte, die bestehenden Haftpflicht-Versicherungsgesellschaften zu entschädigen. Das ganze Gesetz wurde deshalb vom Bundesrath abgelehnt. Dann kam am 17. November die kaiserliche Botschaft, die jetzt noch einmal erfand, womit die Gesetzgebung sich schon lange beschäftigt hatte. Sie soll den Anstoß zur Sozialreform gegeben haben, aber bereits 1867 forderten die Abgeordneten von Diest-Daber und Brauchitsch in einer Resolution die Versicherung der Industriearbeiter; im selben Jahre Friedenthal ein Hilfskassen-Gesetz, 1869 traten Lasker, 1870 Hirsch, 1871 wieder Lasker, Hammacher, Bernuth und Richter, 1873 Schulze-Delitzsch und

Stumm mit ähnlichen Anregungen hervor. Da ist es etwas dreist, von dem ersten Anstoß durch die kaiserliche Botschaft zu reden. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenden wir uns nun von der historischen Entstehung der sozialen Gesetzgebung zu ihrem Sinn und Inhalt. Da ist zunächst die Krankenkassen-Versicherung. Ihr Grundzug war der Schutz der Armenkassen, nicht der Schutz der Arbeiter vor der Noth. Die Kranken-Unterstützung wurde auf die Hälfte des Tagelohnes, bei der Gemeinde-Krankenversicherung sogar nur auf die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes bemessen, der an sich schon unter dem thatsächlichen Verdienst zurückbleibt, und die Hälfte davon reicht natürlich nicht aus, um die Familie mit einem Kranken zu erhalten. Nur 13 Wochen wird die Unterstützung gewährt. Die Organisation zeigte die ärgste Zersplitterung, kein einheitlicher Plan lag der Sache zu Grunde, sondern man suchte das Bestehende weiter zu erhalten. So haben wir in bunter Zahl Gemeinde-, Bau-, Knappschafts-, Betriebs-, Orts-Krankenkassen und Freie Hilfskassen. Durch die Zersplitterung wurde die Versicherung zum Theil ganz lahmgelegt, die großen Ziele konnten nicht durchgeführt werden. Die Versicherung gegen die Krankheit wurde auch nicht auf alle Arbeiter, sondern lediglich auf die Industrie-Arbeiter erstreckt, die Dienstboten und die Landarbeiter ließ man heraus. Wenn die Versicherung aber eine Wohlthat ist, weshalb ließ man sie denn nicht den Landarbeitern zu theil werden? Es zeigt sich auch hier, daß es sich gar nicht um eine Wohlthat für die Arbeiter, sondern um die Entlastung der städtischen Armenpflege handelt. 1892 kam die Reform und die Ausdehnung der Versicherung auf weitere Kreise. Es wurde bestimmt, daß Arzt und Medizin in natura zu liefern seien und das Verhältniß zur Berufsgenossenschaft wurde geregelt, aber die Versicherung wurde nicht auf alle Arbeiter ausgedehnt. 1895 waren 15 641 000 Arbeiter vorhanden, aber nur 7 525 524, also weniger als die Hälfte, gegen Krankheit versichert.

Nun soll eine neue Reform eingebracht werden. Da ist es nöthig, auf einen Umstand aufmerksam zu machen. Es giebt Kreise, die für diese Reform bestimmte Ziele aufstellen, ohne daß sie selbst versichert sind oder je versichert sein werden. Es sind die Aerzte; in fast jeder ihrer Zusammenkünfte beschäftigen sie sich mit der Frage der Arbeiterversicherung; die Augsburger Aerzte haben sogar ein dickes Buch darüber herausgegeben, das in dem Satze gipfelt: die Versicherung demoralisiert die Arbeiter und untergräbt die Existenz der Aerzte. Dem Sinne nach hört man dasselbe sehr oft von Aerzten, immer wird es so dargestellt, als sei die Existenz der Aerzte durch die Krankenversicherung vernichtet. Es ist eigenthümlich, daß sich gerade die Ausgburger Aerzte da so hineinlegen, sie kennen die Kassen mit Selbstverwaltung doch nur vom Hörensagen. In Bayern waren unter den 4832 Kassen 4127 Gemeindekassen, 602 Betriebskassen und 3 Baukassen. Die eigentliche Krankenversicherung kennen also die Augsburger Aerzte aus eigener Erfahrung nicht. Sehen wir uns nun einmal die Statistik an. Seit 1894 ist die Zahl der Versicherten von 7 282 609 auf 9 520 763, also um 30,73 Prozent, gestiegen, die Zahl der Krankentage von 43 686 440 auf 64 916 827, also um 48,59 Prozent, das Arzthonorar von 22 209 891 M. auf 34 331 368 M., also um 54,58 Prozent, gestiegen. (Hört! hört!) 1894 erhielten die Aerzte für jeden Krankentag 50,8 Pf. Honorar, 1900 52,9 Pf. Da nicht für jeden Krankentag ein Arztbesuch anzunehmen ist, so muß man sagen, daß durchschnittlich soviel gezahlt wird, als die Aerzte sonst bei freier Praxis für die Behandlung derselben erhalten würden. Zumal wenn man bedenkt, daß ein großer Theil der Kranken ohne Krankenversicherung in Armenpraxis behandelt werden müßte. Allerdings ist eine erhebliche Nothlage in den Kreisen der Aerzte vorhanden, die Bevölkerung ist seit 1876 um 31 Prozent, also von 43 auf 56 Millionen gestiegen, die Zahl der Aerzte aber

von 13 728 auf 28 174, also um 105 Prozent gestiegen (Hört! hört!), da ist es begreiflich, weshalb sie immer mehr verproletarisiren. Aber es liegt keine Ursache vor, die Krankenversicherung so zu reformiren, daß sie zu einem Institut gegen die Proletarisierung der Aerzte wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun habe ich bereits erwähnt, daß speziell die Gemeindeversicherung immerhin einen wunden Punkt im Krankenversicherungs-Gesetz bildet. Durch die Gemeindeversicherung werden die betreffenden Versicherten auf dem gesetzlich zulässigen Minimum gehalten; die in den Gemeindeversicherungen zusammengeschlossenen Arbeiter haben selbst keinen Einfluß auf die Verwendung der Beiträge und sind ausgeschlossen vom Einfluß auf die anderen Versicherungsgesetze. Ich will hier einen kurzen Ueberblick geben über das eigenartige Wahlrecht, das dazu führt, daß ein Arbeiter mit im Reichsversicherungsamt sitzt, mit berath und an den Beschlüssen theilnimmt; es ist vielen Arbeitern unbekannt. Zu den Generalversammlungen der zur Wahl zugelassenen Kassen — das sind alle Zwangskassen und alle über den Wahlbezirk nicht hinausgreifenden Freien Hilfskassen — wählen die Mitglieder Vertreter. Diese Vertreter wählen einen Vorstand (Gemeinde-Krankenversicherungen haben keinen Vorstand und keine Generalversammlung); dieser Vorstand und Personen, welche für die in den Gemeindekassen versicherten Arbeiter von den unteren Verwaltungsbehörden ernannt worden sind, wählen Vertreter, welche bei den unteren Verwaltungsbehörden, soweit sie bei der Durchführung der Invaliditätsversicherung mitzuwirken haben oder als Beisitzer bei den Rentenstellen zu fungiren haben. Diese Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden oder Beisitzer der Rentenstellen sind es, die den Arbeitervertreter in den Ausschuß der Invaliditätsversicherung, die die Beisitzer zu den Schiedsgerichten für die Arbeiterversicherung wählen, und endlich die Beisitzer bei diesen Schiedsgerichten wählen jene Vertreter beim Reichs-Versicherungsamt. Aber sie sind siebenmal gesiebt, bis sie schließlich bis in das Reichs-Versicherungsamt vordringen. Ich habe bereits gesagt, daß der Einfluß der Arbeiter für die Versicherten immerhin einen Vortheil hat, und zwar weil die Invaliditätsversicherung sich auch mit anderen Dingen als lediglich mit Rentenzahlen zu befassen hat und vielfach auf das Gebiet der Krankenversicherung übergreift. Wir sehen, daß im Allgemeinen da eine besondere Rückständigkeit vorhanden ist, wo das Krankenkassenwesen wenig ausgebildet ist. Wir sind ja gewohnt, zunächst nach Osten zu blicken, wenn wir die Erscheinungen besonderer Rückständigkeit suchen. In Ostpreußen wird wenig geleistet in Bezug auf Heilverfahren, Bekämpfung der Tuberkulose usw.; Ostpreußen hat wenig selbständige Krankenkassen und eine große Anzahl nicht versicherter Arbeiter, für die die unteren Verwaltungsbehörden die Ausschußmitglieder ernennen. Ich habe bei meinen Berechnungen als Einheit 100 000 gezahlte Wochenbeiträge genommen. In den Hansestädten werden 3408 M. für 100 000 wöchentliche Beiträge ausgegeben, in Ostpreußen nur 614 M., das Königreich Bayern hat aber noch weniger, nämlich nur 558 M. für 100 000 gezahlte Beiträge ausgegeben, es bleibt also noch 56 M. hinter Ostpreußen zurück. Nun sind zwei Versicherungsanstalten in Bayern, die mehr leisten, nämlich Oberbayern und Mittelfranken. Hinter Bayern bleibt schließlich noch Westpreußen zurück, das nur 463 M. zahlt. Aber dieser reaktionärste Bezirk Preußens ist noch geradezu verschwenderisch gegenüber Niederbayern, das nur 30 Mark 22 Pfennige zahlt (Hört! hört). Es fragt sich, ob nicht gerade die Gemeinde-Krankenversicherung in erster Linie beseitigt werden muß, und da habe ich aus ziemlich sicherer Quelle gehört, daß während man in Preußen mit der Gemeindeversicherung tabula rasa machen will, daß Bayern die Gemeindeversicherung als Reservatrecht betrachtet, und daß das einer der Hauptgründe sein soll, weshalb jene seit Jahren versprochene Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes immer noch aussteht.

Nun haben wir weiter die Unfallversicherungs-Gesetze, das Gewerbe-, das Bau-Unfallversicherungs-Gesetz, das Unfallversicherungs-Gesetz für die Landwirthschaft, das See-Unfallversicherungs-Gesetz. Ich will lediglich den Grundgedanken dieser Versicherungen hervorheben, der allgemein immer als ein so „humaner" Gedanke gepriesen wird. Auf dem letzten internationalen Versicherungskongreß wurde wieder einmal mit diesem besonders „humanen" Gedanken geprotzt, daß ein Unfall auch dann entschädigt wird, wenn er durch Verschulden der Arbeiter herbeigeführt ist; nur die direkt absichtlich herbeigeführten Unfälle sind ausgeschlossen, ebenso die Unfälle, die bei Begehung strafbarer Handlungen erfolgt sind. Außerdem hat die Rechtsprechung noch einen anderen Ausweg gefunden, den des „sich außer Betrieb befindens". Aber es steht diesen humanen Grundgedanken gegenüber die Thatsache, daß man den betreffenden Verletzten keineswegs den vollen Schadenersatz, sondern nur angeblich 66⅔ Prozent gewährt, in Wirklichkeit werden aber auch nicht immer diese 66⅔ Prozent des Schadens ersetzt. Sobald zum Beispiel der Verdienst 1500 Mark übersteigt, erreicht der Schadensersatz diesen Prozentsatz nicht. Bei den ländlichen Arbeitern wird der anzurechnende Arbeitsverdienst von den unteren Verwaltungsbehörden festgesetzt, wobei derselbe ganz außerordentlich gering angenommen wird. Aber selbst wenn die 66⅔ Prozent erreicht werden, so kann man doch nicht annehmen, daß 33⅓ Prozent sämmtlicher Unfälle durch das Verschulden der Arbeiter herbeigeführt werden. So werden sämmtliche Unfälle zunächst einmal entschädigt auf Kosten Derjenigen, die zum Verschulden nicht beigetragen haben. Also nicht etwa die Unternehmer sind es, sondern die Krüppel, die Wittwen und Waisen, die hier entbehren müssen, was man Anderen zuwendet. Nun wird freilich mit dem Selbstverschulden ein eigenartiges Spiel getrieben. Alle zehn Jahre wird eine Zusammenstellung gemacht, in der sich eine ganze Reihe selbstverschuldeter Unfälle befindet. Unter ihnen ist Ungeschicklichkeit und Unachtsamkeit als Hauptursache mit 20 Prozent unter den 29 Prozent sogenannter selbstverschuldeter Unfälle zu bezeichnen. Unter den ungeschickten Arbeitern spielen merkwürdigerweise die Greise von über 60 Jahren eine erhebliche Rolle. Betrachten wir nun die Unfälle nach ihrer geographischen Vertheilung, so ergiebt sich die eigenartige Erscheinung, daß die meisten Unfälle nicht etwa in industriellen Bezirken vorkommen. An der Spitze stehen vielmehr die Regierungsbezirke Gumbinnen und Niederbayern (Hört! hört!), während das industrielle Rheinland einen sehr niedrigen Satz aufweist. Wir dürfen also wohl sagen, daß diese Unfälle auf den niedrigen Kulturzustand der betreffenden Gegenden zurückzuführen sind. Und da die Arbeiter an diesem niedrigen Kulturzustand keine Schuld haben, so kann man nicht von Selbstverschulden reden. Man braucht den Ausdruck nur, um es zu rechtfertigen, daß man dem Verletzten keinen vollen Ersatz für das giebt, was ihm an Lohn entgeht.

Ferner macht man immer einen Gegensatz zwischen Unfall und Berufskrankheit. Ich halte die Berufskrankheiten für Betriebsunfälle und stehe mit dieser Anschauung nicht allein, ein namhafter Gelehrter, Professor Levin, bringt in einem Artikel „Die Vergiftung in den Betrieben und das Unfallversicherungs-Gesetz" den Nachweis, daß die Gewerbekrankheiten nichts anderes sind, als eine häufige Wiederholung fortwährender Betriebsunfälle. (Sehr richtig!) Diese Art Betriebsunfälle gehören mit in die Unfallversicherung hinein, und den Hinterbliebenen Derer, die an einer solchen Reihe von Unfällen zu Grunde gegangen sind, gebührt mit Fug und Recht die Unfallrente.

Wenn nun auf der einen Seite von den kolossalen Entschädigungen gesprochen wird, welche das Unfallversicherungs-Gesetz den Arbeitern gebracht hat — es sind 1885—1900 insgesammt 592 740 000 M. an Entschädigungsgeldern ausgezahlt — so muß man doch auf der anderen Seite fragen, was demgegenüber auf dem Schlachtfeld der Arbeit von Arbeitern an Leben und Ge-

fundheit eingebüßt ist, und da sehen wir, daß diese 592 Millionen bezahlt wurden für 90 333 Todesfälle, für 30 566 dauernd und völlig erwerbsunfähig Gewordene, für 477 447 theilweise und dauernd erwerbsunfähig und für 317 619 vorübergehend erwerbsunfähig Gewordene. Die Verletzungen, die in den ersten 13 Wochen geheilt wurden, sind hier nicht mit eingerechnet, ebenso wenig diejenigen Todesfälle, wo die See-Berufsgenossenschaften kein Sterbegeld zahlten, weil der Betreffende über Bord fiel und infolge dessen nicht beerdigt wurde. Also, auf der einen Seite kolossale Opfer an Leben und Gesundheit, auf der anderen Seite als Entschädigung nur einen Bruchtheil des entgangenen Arbeitsverdienstes.

Bei der Invaliditäts- und Altersversicherung wird wieder ein anderes Verfahren eingeschlagen. Sie sehen daraus, wie buntscheckig die ganze Gesetzgebung ist. Die Krankenversicherung hat einen anderen Kreis Versicherter als die Unfallversicherung, und doch geht das Unfallgesetz von der Voraussetzung aus, daß jeder gegen Krankheit versichert ist. Viele Arbeiter sind gegen Krankheit und nicht gegen Unfall, andere gegen Unfall, aber nicht gegen Krankheit versichert. Statt eine Einheitlichkeit in die Versicherung hineinzubringen, experimentierte man fortwährend herum, und überall zeigt sich die Buntscheckigkeit. Zum Unfallversicherungs-Gesetz steigen die Verpflichtungen von Jahr zu Jahr, und als bei der letzten Reform eine Stärkung des Reservefonds beschlossen wurde, da liefen die Unternehmer dagegen Sturm, weil sie lieber die Zukunft auf Kosten der Gegenwart belasten wollten. Bei der Invaliditätsversicherung, wo das Prämienverfahren besteht, hat sich in den letzten zehn Jahren bereits die Summe von 847 Millionen angesammelt, so daß da nicht nur Deckung für die laufenden Verpflichtungen, sondern sogar eine reichliche Ueberdeckung vorhanden ist. Nun fragt es sich, was zu thun ist. Als vor der letzten Reform des Unfallversicherungs-Gesetzes diese Frage im Zentralverbande deutscher Industrieller diskutirt wurde, da war es Herr Jenke, der den Ausspruch that: Ja, wenn wir tabula rasa (freien Tisch) hätten, würden wir vieles anders machen. Ja, wenn selbst Herr Jenke einsieht, daß es viel besser gemacht werden kann, was hindert ihn denn dann, es besser zu machen? Die Krankenkassen haben für ihre laufenden Verpflichtungen vollauf Deckung, ebenso die Invaliditätsversicherung, nicht aber die Unfallversicherung. Nach meiner Meinung muß das Zahlen für die Unfallversicherung lediglich Sache des Betriebes sein, weil die Kosten des Betriebsunfalles unzweifelhaft zu den Betriebsunkosten mit hinzugerechnet werden müssen. Man könnte also die Unfallversicherung vorläufig aus der anderen herauslassen und darauf dringen, daß sie Deckung für ihre Verpflichtungen schafft und daß den Versicherten ein größeres Maß von Selbstverwaltung eingeräumt wird. Im übrigen aber ist eine Vereinheitlichung der Versicherung anzustreben, weil ja eine Versicherung an sich die andere anschließt. Zunächst müßte die Krankenversicherung verallgemeinert werden, insofern, als sämmtliche Arbeiter und die ihnen gleichstehenden Personen ihr unterworfen werden. Die Leistungen müßten höher werden als heute, diese Mehrbelastungen sind sehr wohl zu tragen, und sie müßten getragen werden, weil sie nothwendig sind, denn es trägt doch nicht zur Genesung eines Kranken bei, wenn er während der Krankheit hungert und darbt; das muß er aber bei den gegenwärtigen Unterstützungsbeiträgen oder aber, wenn es wirklich gelingt, durch Schuldenmachen über die schwerste Zeit hinauszukommen, so ist der Rekonvalescent gewöhnlich zu der Zeit, wo er sich auf ärztlichen Rath schonen soll, gezwungen, Ueberstunden zu machen, um Schulden zu decken. Von einer selbstständigen Wöchnerinnen-Versicherung, wie sie auf der Frauenkonferenz angeregt wurde, möchte ich abraten, weil wir schon zu viel Versicherungen haben. Wird die Wöchnerin nicht ausreichend gepflegt, so ist das ein Mangel des Krankenversicherungs-Gesetzes. Der Wöchnerin müßte eine ausgiebigere Unter-

stützung als jetzt zu Theil werden. Man glaube nicht, daß sich durch die Erhöhung des Krankengeldes in demselben Maße auch die Lasten steigern. Nur vielfach schreitet der Gesundungsprozeß viel schneller vorwärts, wenn der Arbeiter während seiner Krankheit ausreichend zu leben hat, als wenn er darben muß, und darum wird eine Erhöhung des Krankengeldes vielfach eine Kürzung der Krankheitszeit zu Folge haben. Wenn die Versicherung einheitlich ist, wenn die Krankenversicherung in größeren Verbänden über weitere Kreise zusammengeschlossen ist, kann sie auch viel mehr zur Verhütung von Krankheiten thun.

Ebenso wie die Berufsgenossenschaften das Recht haben, Unfallverhütungs-Vorschriften zu erlassen, sollte man auch den Krankenkassen das Recht geben, Krankheitsverhütungs-Vorschriften zu erlassen. (Sehr richtig!) Denn das Verhindern von Krankheiten ist viel billiger als das Heilen. (Sehr wahr!) Die Krankenversicherung könnte sehr viel zur Verhinderung der öffentlichen Gesundheitspflege beitragen, und in Ausübung dieses Zieles könnte auch den Aerzten eine standesgemäße Stellung eingeräumt werden. Man fürchtet vielfach von dem Ausbau der Versicherung eine Stärkung des bureaukratischen Elements. Demgegenüber erinnere ich daran, daß einer der Zwecke des Ausbaues der Versicherungs-Gesetze die Bekämpfung der Sozialdemokratie war und trotzdem konnte Bismarck nicht umhin, gerade in dem Gesetz, wo am meisten zu thun ist, beim Krankenversicherungs-Gesetz, der Selbstverwaltung einen recht breiten Spielraum einzuräumen. Ja, warum haben Bismarck und Konsorten damals nicht den großen bureaukratischen Apparat geschaffen, dessen Einführung man heute fürchtet? Doch nicht, weil es ihnen an böser Absicht gefehlt hat, sondern lediglich, weil sie sich bewußt waren, daß eine solche Versicherung ohne Mitwirkung der Versicherten gar nicht durchzuführen ist. Je größere Gebiete man der Versicherung überweist, desto mehr Spielraum muß man der Selbstverwaltung lassen. Sahen wir doch, daß diejenigen Versicherungsorganisationen, von denen die Arbeiter möglichst ausgeschlossen sind, und wo man es mit dem bureaukratischen Apparat versucht, viel theurer arbeiten und nur nothdürftig das gewähren können, was das Gesetz vorschreibt. Und als wir seiner Zeit bei der Beratung des Unfallversicherungs-Gesetzes verlangten, daß von vornherein die Berufsgenossenschaften einzugreifen haben, da waren es gerade die größten Verehrer der berufsgenossenschaftlichen Organisation, die sagten, das geht nicht, das muß den Krankenkassen überlassen bleiben, die beweglicher sind. Bei der Invaliditätsversicherung glaubt man sogar, daß der Organismus selbst nach dreizehnwöchentlicher Krankheit noch nicht eingreifen kann, weil er zu schwerfällig ist. Wenn er aber schon schwerfällig ist, so sollte man wenigstens vermeinen, daß er billig ist. Aber umgekehrt, die Verwaltungskosten sind ausnahmsweise hoch. Die Unfallversicherung verbraucht 13½ Millionen, die Invaliditätsversicherung elf Millionen, aber die Krankenversicherung nur zehn Millionen, obwohl die Krankenversicherung noch in ganz anderen Fällen einzugreifen hat. Ich weise nur darauf hin, daß sie nicht, wie die Unfallversicherung, ihre Renten durch die Post auszahlen läßt. Mißt man ferner die Verwaltungsunkosten an den Entschädigungsbeiträgen, so findet man, daß die Krankenversierung 5,8, die Unfallversicherung 15,5 und die Invalidenversicherung 12,1 Prozent der Entschädigungsbeiträge als Verwaltungskosten verbraucht. Oder rechnet man nach Entschädigungsfällen, so kommt ein einziger Fall in der Krankenversicherung auf 2,51; in der Unfallversicherung auf 19,19; in der Invalidenversicherung auf 12,64 M. Also schon von rein kalkulatorischem Standpunkte aus, hat man auf die Selbstverwaltung beruhende Form zu wählen, weil sie die billigste ist; aber auch aus idealen Rücksichten, damit der beabsichtigte Zweck erreicht werden kann.

Soll aber die Versicherung auf voller Selbstverwaltung beruhen, so fragt es sich, ob man dann den anderen Gesellschaftsklassen noch zumuthen kann, Bei-

träge zu zahlen. Mit dem Beitragszahlen der anderen Klassen ist es eine eigenthümliche Sache. Diese Unternehmerbeiträge, mit denen man so protzt, was sind sie? Zahlen die Unternehmer sie aus ihrer eigenen Tasche? Die Unternehmer klagen sehr oft über die hohen Kosten der Versicherungsgesetze, aber diese hohen Kosten haben die deutsche Industrie nicht heruntergebracht, im Gegentheil, gerade Bödicker hat auf dem letzten internationalen Versicherungskongreß darauf hingewiesen, daß seit Inkrafttreten der Versicherungsgesetze auch der große Aufschwung der Industrie einsetzte und daß dieser große Aufschwung nicht trotz, sondern wegen der Versicherungsgesetze eingetreten sei. Nicht mit Unrecht nannte er die Unternehmerbeiträge den feststehenden Theil des Lohnes. Bei einer auf Selbstverwaltung aufgebauten Versicherung werden die Arbeiter recht vorsichtig zu Werke gehen; es besteht doch jetzt schon oft eine große Neigung unter ihnen, da, wo wirkliche Kranke vorhanden sind, Simulanten zu suchen. (Sehr richtig!) Man wird den Arbeitern ohne Schädigung der Gesammtheit volle Selbstverwaltung gewähren können.

Es fragt sich weiter, ob die Versicherung auf weitere Gebiete auszudehnen ist. Wie ich schon in der Einleitung hervorgehoben habe, hat die Gesetzgebung schon theilweise das Existenzminimum anerkannt. Ferner ist es eine alte Erfahrung, daß je theurer gewisse Uebelstände den Menschen werden, sie umsomehr darauf versessen sind, dieselben aus der Welt zu schaffen. Eine ganze Reihe von Unfallverhütungs-Vorschriften wäre heute noch nicht erlassen, wenn wir nicht die Unfallversicherungsgesetze hätten. Verschiedene Vorschriften gegen die Feuersgefahr wären nicht da, wenn nicht die Feuerversicherung bestände. Darum eignen sich meiner Meinung nach gerade diejenigen Gegenstände, die man mildern, die man theilweise verhindern kann, am meisten zum Zwecke der Versicherung, und deshalb sollte die Kranken- und Unfallversicherung viel mehr ausgebaut werden zu einer Institution zur Verhinderung von Krankheit und Unfall. Wenn sich aber das Uebel nicht verhindern läßt, soll dem davon betroffenen wenigstens ausreichende Hilfe gewährt werden, damit er nicht nebenbei noch in Hunger und Armuth verfällt.

Fragt man sich nun, auf welche Zweige die Versicherung ausgedehnt werden soll, so steht obenan die Arbeitslosigkeit, ein Uebel, das die Armenkassen erheblich belastet, das ebenso schlimm wirkt, wie Krankheit und Invalidität, ja sehr oft Krankheiten verursacht. Ich habe bereits in der „Neuen Zeit" nachgewiesen, daß, wenn das Jahr 1895, in dem wir eine Arbeitslosenzählung hatten, ein Durchschnittsjahr der Arbeitslosigkeit war, man an jeden Arbeitslosen pro Tag der Arbeitslosigkeit 2 M. zu zahlen hätte. Dazu würde eine Summe von etwa 220 Millionen erforderlich sein. Würde man nun $^1/_3$ der Beiträge auf das Reich übernehmen, $^1/_3$ auf die Arbeiter und $^1/_3$ auf die Arbeitgeber, so hätten wir einen Beitrag zu erheben, der nur 15 Proz. höher wäre, als der zur Invaliditäts- und Altersversicherung. An der Finanzfrage würde also das Problem der Arbeitslosenunterstützung nicht scheitern. Dann aber wäre es auch möglich, daß wie die anderen Versicherungen als Hauptzweck den der Verhinderung haben, daß auch hier, sei es durch Inangriffnahme von Kulturarbeiten, sei es durch Verkürzung der Arbeitszeit, auf eine Verminderung der Arbeitslosigkeit hingewirkt werden könnte.

Ist nun eine solche Institution wünschenswerth, und zwar zunächst vom Standpunkte der Arbeiter? Nach meiner Meinung liegt sie im Interesse der Arbeiter, weil diese durch nichts mehr geschädigt werden als durch Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit bringt die Arbeiter körperlich und geistig herunter, ein großer Theil der Vagabunden und der Leute, die buchstäblich im Kote der Landstraße umkommen, würden nicht so weit gesunken sein, wenn rechtzeitig vorgebeugt wäre. Aber auch als Klasse werden die Arbeiter durch die Arbeitslosigkeit geschädigt, sie hat eine chronische Lohndrückerei zur Folge, in vielen Unternehmungen sind

am Schlusse einer Krisis die Löhne ganz erheblich gesunken, obwohl keine plötzliche Lohnreduzierung stattgefunden hat, sondern einzig und allein durch die fortgesetzte Einstellung billigerer Arbeitskräfte (Sehr richtig); diese chronische Lohndrückerei könnte verhindert werden und es würden dann auch den Gewerkschaften manche Kämpfe erspart werden, durch die sie das zurückerobern müssen, was ihnen hierdurch entrissen worden ist. (Sehr wahr.) Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liegt aber auch im Interesse der Gesammtheit. Als im England beim Streit um den Zehnstundentag gesagt wurde, daß in anderen Ländern die Leute länger arbeiten würden, hielt Macaulay dem entgegen: Die Länder mit der langen Arbeitszeit brauche man nicht zu fürchten, sie würden England nicht schaden; sollte England einmal von dem ersten Platz der Industrie verdrängt werden, so könne das nur geschehen durch ein Land mit einem kräftigeren und intelligenteren Arbeiterstande. Gerade durch die lange Arbeitszeit würden die Arbeiter entkräftet. Genau dasselbe gilt für die Arbeitslosigkeit, sie entkräftet den Arbeiter und bringt ihn körperlich und moralisch herunter. Wie geht man gegenwärtig mit der Arbeiterklasse um! Auf keinem Gebiet wird ein solcher Raubbau getrieben! (Sehr richtig!) Die Arbeitskräfte lassen sich ja leicht ersetzen. Würden die Großgrundbesitzer, die heute so verwegene Vorschläge, wie die Aufhebung der Freizügigkeit machen, einmal die Ursache der Landflucht untersuchen, so werden sie finden, daß es den Landarbeitern an dauernder Arbeit fehlt. Je mehr die Maschinen eingeführt werden, desto länger werden die Perioden der Arbeitslosigkeit. Will man dem entgegenwirken, so gebe man den Arbeitern wenigstens für diese Zeit ein Existenzminimum.

Für wesentlich halte ich es nun, daß die Versicherung selbst die Ursache zu wirthschaftlichen Reformen werden kann. Wir haben uns allerdings daran gewöhnt, daß wir England sklavisch nachahmen. England hat zuerst das Gebiet der Arbeitergesetzgebung betreten und man glaubt, genau so wie in England müsse es auch anderswo gemacht werden. Aber wer weiß, ob die Engländer, wenn sie die Arbeitergesetze noch einmal schafften, wieder in derselben Weise vorgehen würden? Doch sei dem, wie ihm wolle, eine derartige Ausbreitung der Versicherung könnte der Ausgangspunkt zu wirtschaftlichen Reformen sein. So lange die Arbeiter allein die Lasten der Arbeitslosigkeit zu tragen haben, wird man sich allerdings schwerlich entschließen, ernsthafte Reformen in Angriff zu nehmen. Dann dürfen wir auch nicht außer Acht lassen, wofür Neigung vorhanden ist. Wir müssen als Taktiker jede sich bietende Situation ausnutzen. Bei uns ist nun einmal die Versicherungs-Gesetzgebung ein Paradepferd gegenüber dem Auslande geworden. Hier ist der Widerstand der Bureaukraten keineswegs so stark wie auf anderen Gebieten und deshalb sollten wir mit auf diesem Wege versuchen, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden oder noch darüber hinaus zu erreichen. Haben wir zunächst als Basis eine Organisation, die alle Arbeiter umfaßt, so können sich nicht gut so mißliche Zustände wie in England entwickeln, wo leider die Arbeiter in zwei Theile gespalten sind, eine Aristokratie und eine an der Grenze des Lumpenproletariats stehende. Wir haben hier Maßnahmen zu ergreifen für die gesammte Arbeiterschaft. Da nun aber speziell für die Versicherung eine gewisse Neigung vorhanden ist, so müssen wir der Rechnung tragen. Glauben Sie nicht, daß bei der Vornahme der Arbeitslosenzählung auch die Ausdehnung der Versicherung auf dieses Gebiet bereits miterwogen worden ist? Ich sprach mit dem Direktor des statistischen Amts von Scheele darüber, ob es nicht möglich sei, einmal eine allgemeine Lohnstatistik aufzunehmen. Da sagte er, möglich wäre das schon, aber das Reich könne doch nicht umhin, wenn schreiende Mißstände ermittelt werden, einzugreifen, und was solle das Reich dann thun? (Heiterkeit.) Da sehen Sie also, aus welchem Grunde man vor Ermittelungen zurückscheut. Eine Arbeitslosenstatistik dagegen hat man veranstaltet und deshalb sollte man auch hier vorwärts drängen.

Allerdings giebt es Leute, die einer Arbeitslosenversicherung sehr abgeneigt sind. Der freisinnige Abgeordnete Lenzmann hat sie als „Prämie für Faulenzerei" bezeichnet. (Hört! Hört!) So denkt ein Freisinniger über Arbeiter. Warum nennt er denn nicht auch die Feuerversicherung eine Prämie für die Brandstiftung? (Heiterkeit.) Mißbräuchen bei der Arbeitslosenversicherung könnte man leicht vorbeugen. Auch von einem Zwang zum Streikbruch kann keine Rede sein; das Höchste, was man am Ende thun könnte, wäre die Entziehung der Unterstützung und dann wäre der Versicherte gerade so weit, wie er jetzt ohne Versicherung ist. Weiter wird befürchtet, daß durch eine derartige Ausdehnung der Gesetzgebung auf andere Gebiete, die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Entwickelung gehindert werden könnte. Diese Befürchtung ist ungerechtfertigt; ich will lediglich darauf hinweisen, daß doch die Kranken- und Invalidenversicherung es keineswegs gehindert hat, daß die bestorganisierte Gewerkschaft in Deutschland, die der Buchdrucker, erhebliche Summen für die Kranken- und Invaliditätsversicherung ausgegeben hat. Noch ein anderes Beispiel: zu den Zielen der Gewerkschaften gehört ja nicht allein die Arbeitslosen-Unterstützung, sondern auch Einflußnahme auf die Regelung der Arbeitszeit. Glaubt man nun etwa, daß durch den Erlaß der Bäckereiverordnung, die eine gewisse Abkürzung der Arbeitszeit für die Bäcker mit sich brachte, die Gewerkschaftsbewegung der Bäcker gelitten hat? Nein, im Gegentheil, dadurch ist sie erst recht in Fluß gekommen. (Zustimmung.) Es wird immer für die Gewerkschaften ein Ansporn bestehen, ihren Mitgliedern mehr zu bieten, als durch die Gesetzgebung gegeben wird. Anders wäre es, wenn die eine Versicherung die andere ausschließen sollte, wenn die öffentlich rechtlich Versicherten nicht in privaten Versicherungen sein dürften und umgekehrt, dann würde allerdings eine Konkurrenz entstehen, die unter Umständen verhängnißvoll werden könnte.

Ich komme noch auf ein Gebiet der Versicherung, das in letzter Zeit viel diskutiert worden ist, und das jetzt von der Zentrumsfraktion benutzt werden soll, gewissermaßen als Feigenblatt zu dienen für die Sünden, die das Zentrum am Zolltarif gegen das Volk begeht, nämlich die Wittwen- und Waisenversicherung. Diese Versicherung ist keine Erfindung des Zentrums. Früher hat bereits Stumm sehr auf die Einführung einer solchen Versicherung gedrungen und es ist wiederholt in Reichstagsresolutionen in diesem Sinne beschlossen worden. Ganz gewiß ist es ungerechtfertigt, wenn die Wittwe eines Arbeiters, der an einer Krankheit, die er im Arbeitsprozeß erworben hat, zu Grunde gegangen ist, jetzt nach dem Tode ihres Mannes nichts mehr erhalten soll. Aber ich habe bereits vorhin gesagt, daß man die Erwerbskrankheiten ruhig der Unfallversicherung zuschreiben soll; es ist auch die Nothwendigkeit vorhanden, eine weitere Wittwen- und Waisenunterstützung einzuleiten Jedoch wäre ich geneigt, den Namen umzudrehen und lieber von Waisen- und Wittwen-Versicherungen zu sprechen, weil die Waisen nach meiner Meinung in erster Linie berücksichtigt werden müssen. Hier zeigt sich das Zentrum wieder einmal in seiner vollen Glorie. Nach Trimborns Vorschlag sollte die Wittwe 100 M., jede Waise 33 M. erhalten. Wie sollen von einem so winzigen Betrage die Waisen leben? Würde man wenigstens das geben, was bei dem Tode eines Arbeiters durch einen Unfall jährlich gewährt werden muß. Wenn ein Jahresverdienst von 600 M. vorhanden war, so würden das 360 M. sein; es wären dann sofort 368 Millionen M. jährlich nöthig. In der Versicherung darf man — und darin sehe ich ihren Vorzug gegen die Armenpflege — niemals die Bedürftigkeit in den Vordergrund stellen, sondern ein anderes erkennbares Moment. Es ist nun nicht gerechtfertigt, eine Wittwe anders zu stellen als eine andere Frau; nehmen wir an, zwei Frauen von demselben Alter arbeiten zu demselben Lohn in derselben Fabrik; nun ist die eine Wittwe und die andere war nie verheiratet, weshalb soll nun die eine aus dem Grunde, weil sie Wittwe ist, eine Unterstützung erhalten? Nicht die Wittwen-,

die Waisen- und Kinderversicherung ist die Hauptsache. Wenn der gesetzliche Ernährer des Kindes, auch des unehelichen Kindes, stirbt, muß für die Waisen gesorgt werden. So kann auch der Kinderarbeit entgegengewirkt werden. Wittwen mit zahlreichen Kindern werden durch die Waisenversicherung ja an sich schon besser gestellt. Wenn Arbeitsunfähigkeit bei einer alleinstehenden Wittwe eintritt, dann muß die Invalidenversicherung entsprechend ausgebaut werden, weil sie hier einzutreten hätte. Während das Zentrum die Waisenversicherung in den Hintergrund schiebt, haben wir alle Ursache, sie besonders zu betonen, um so zu erträglichen Zuständen zu gelangen.

Wenn eine allgemeine Arbeiterversicherungs-Organisation über das ganze Reich geschaffen wäre, so hätte man sich nicht darauf zu beschränken, sie nur den Buchstaben des Gesetzes ausführen zu lassen, sie müßte vielmehr weiter mitarbeiten an dem Ausbau des ganzen Versicherungswesens. So wie den Ortskassen eine gewisse Latitude eingeräumt ist, so muß auch dieser allgemeinen Organisation die besondere Berücksichtigung örtlicher und gewerblicher Verhältnisse überlassen bleiben, ebenso die Sorge, neue Gebiete dem Versicherungswesen zuzuführen.

Ich habe Ihnen eine Resolution vorgeschlagen, die die Ausdehnung der Versicherung auf alle Kreise, die die Versicherung nöthig haben, vorschlägt und ihre Ausdehnung auf alle Gebiete anregt, wo durch die Versicherung überhaupt etwas geholfen werden kann, die schließliche volle Selbstverwaltung für die Versicherten fordert. Ich bitte Sie, diese Resolution anzunehmen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall)

Die Mittagspause tritt ein. Schluß ½1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

2¼ Uhr. Den Vorsitz führt Vollmar.

Die Versammlung tritt in die Diskussion ein über Punkt 5 der Tagesordnung: **„Arbeiterversicherung"**. Zur Debatte stehen außer der Resolution Molkenbuhr (106) die dazu gestellten Abänderungsanträge Hoch (108), Bernstein (111), Arons (112) und Elm (113), ferner der Antrag Windhoff (109). Alle Anträge sind genügend unterstützt.

Das Wort erhält

Hoch-Hanau: Zunächst eine Bemerkung zum Antrag Elm. Ich meine, die Frage der Arbeitslosenversicherung ist zur Zeit noch so wenig geklärt, daß der Parteitag dazu jetzt noch nicht Stellung nehmen kann. Weiter möchte ich bemerken, daß in Zukunft die Resolution über eine derartige Frage nicht erst im letzten Augenblick, sondern schon früher vertheilt werden sollte, damit die Delegirten auch die Zeit haben, sich die Sache gründlich zu überlegen. Nun zu meinen Abänderungsvorschlägen. Davon bezieht sich der eine auf Ziffer 5 der Resolution und will an Stelle des Wortes Krankenversicherung setzen: Arbeiterversicherung. Ich kann nicht recht verstehen, warum man dieses Wort gewählt hat. Die Bekämpfung der Volkskrankheiten, der Tuberkulose z. B. erfolgt doch durch andere Arten der Arbeiterversicherung und deshalb ist es auch zweckmäßig zu sagen: Bekämpfung der Volkskrankheiten durch die Arbeiterversicherung. Bedenklicher erscheint mir aber die Fassung der Ziffer 4 der Resolution Molkenbuhr: Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten. Diese Fassung sagt durchaus nicht, in welcher Weise die verschiedenen Klassen herangezogen werden sollen. Daraus könte man schließen, daß die Arbeiterklasse herangezogen werden solle und das würde damit gerechtfertigt, daß man sagte, wenn die Arbeiter an der Verwaltung theilnehmen wollen, sollen sie auch Beiträge zahlen. Diese Anschauung hat schon Molkenbuhr völlig widerlegt. Deshalb muß man also auch genauer hinschreiben, wie die Sache zu regeln ist. Wenn wir den Unternehmern die ganze Last auferlegen, so werden diese selbstverständlich bemüht sein, sie

auf die Arbeiter abzuwälzen; wie weit ihnen das möglich ist, das hängt von den wirtschaftlichen Verhältnissen ab. Wenn aber der Staat dazwischen tritt, dann werden die Verhältnisse verschoben und die Arbeiter benachtheiligt. Dazu kommt, daß auch die Formulirung des Molkenbuhr'schen Vorschlages gar keine Richtschnur geben kann für die parlamentarische Stellung unserer Fraktion; es empfiehlt sich deshalb eine ganz klare und präzise Fassung und wir schlagen vor, daß die Kosten aufgebracht werden sollen durch eine progressive Einkommensteuer. Molkenbuhr hat ja die Auffassung vertreten, daß die Beiträge des Unternehmers ein Theil des Lohnes sind. Daraus ergiebt sich, daß jeder in demselben Maße zu den Kosten der Arbeiterversicherung beiträgt, als er Vortheile aus dem Erwerbsleben zieht, und das wird nur möglich durch die progressive Einkommensteuer. Ich bitte also meine Anträge anzunehmen und bemerke noch, daß ich genöthigt wäre, gegen die ganze Resolution zu stimmen, wenn die Molkenbuhr'sche Fassung der Ziffer 4 stehen bleibt.

Zubeil-Berlin: Die Genossen, die die Absetzung des Punktes Arbeiterversicherung von der Tagesordnung beantragt hatten, werden jetzt wohl von ihrer Ansicht abgekommen sein. Besonders wichtig ist die Arbeitslosen-Versicherung. Da stehen sich zwei Ansichten gegenüber. Die einen wollen die Arbeitslosenversicherung dem Reich überweisen, die andern sagen, das ist Sache der Gewerkschaften und verlangen nur eine Subvention vom Reich oder der Gemeinde. Ich kann die letztere Ansicht nicht billigen. Wenn es richtig wäre, daß durch Uebernahme der Arbeitslosen-Versicherung durch das Reich der Gewerkschaftsbewegung ein großes Feld ihrer Thätigkeit entzogen würde, so würde es schlecht um sie stehen. Die Gewerkschaften werden trotzdem noch genug zu thun haben, und wenn man glaubt, daß die Arbeitslosen-Versicherung durch das Reich den Behörden Zwangsmaßregeln gegen die Arbeitslosen geben würde, so übersieht man den Einfluß unserer parlamentarischen Vertreter, deren Kritik die Regierungen zwingt, die Versicherungsgesetze besser zu gestalten. Ist doch auch die Reform der bisherigen Gesetze auf die Sozialdemokraten zurückzuführen! Ebenso wird es uns auch gelingen, in der Frage der Arbeitslosen-Versicherung den Forderungen der Arbeiter Geltung zu verschaffen. Vergessen Sie nicht, daß das Reich die Verpflichtung hat, für die Arbeitslosen einzutreten!

Raab-Pfungstadt: Molkenbuhr hat sich mit Recht auf den Standpunkt gestellt, daß die Berufskrankheiten eigentlich Betriebsunfälle seien. Das gilt in ganz besonderem Maße von den Zündholzarbeitern der Phosphorindustrie. In meiner Heimat Pfungstadt kann man eine große Anzahl von Arbeitern sehen, denen infolge der Phosphornekrose die Kinnladen herausgenommen werden mußten und die dadurch schrecklich entstellt sind. Leider hat auch die neue Unfallversicherungsnovelle immer noch nicht die Phosphornekrose als einen zu entschädigenden Betriebsunfall anerkannt. Die Betreffenden erhalten keine Entschädigung. Nun setzen die Betreffenden ihre Hoffnung auf die bevorstehende Revision des Krankenversicherungs-Gesetzes. Ich möchte unserer Fraktion einen Hinweis geben, doch bei dieser Revision in dieser Richtung zu wirken. Im Uebrigen erkläre ich mich gern einverstanden mit dem Antrag 109 (Windhoff).

Frau **Lily Braun**-Berlin: Nicht um die vortrefflichen Ausführungen Molkenbuhr's zu bekämpfen, sondern um sie zu ergänzen, nehme ich das Wort. Es wird Ihnen bekannt sein, daß die Frauenkonferenz den Beschluß gefaßt hat, für die Erweiterung der Versicherung der Wöchnerinnen in der Weise einzutreten, daß nicht nur Wöchnerinnen, sondern auch Schwangere in einer gewissen Zeit vor der Entbindung eine Unterstützung in der vollen Höhe des ortsüblichen Lohnes erhalten sollen. Aber auch dies scheint mir noch nicht vollständig dem zu entsprechen, was wir zu wünschen haben. Meiner Ansicht nach sollte in der Wöchnerinnen- und Schwangeren-Versicherung — die wir zusammen mit dem allgemeinen Namen „Mutterschafts-Versicherung" bezeichnen können — noch mehr

inbegriffen sein. Aufgabe der Versicherung müßte es vor allen Dingen sein, Wöchnerinnen-Asyle, Säuglingsheime und dergleichen zu schaffen und auch eine Hauspflege der im Hause bleibenden Wöchnerinnen zu ermöglichen. Alle diese Dinge werden augenblicklich in ganz unzureichender Weise von Wohlthätigkeitsinstituten aller Art übernommen. Wir müssen, wenn wir die Frauen für unsere Ideen gewinnen wollen, nicht nur eine Unterstützung der Frauen von Reichswegen herbeizuführen suchen, sondern wir müssen auch jede Gelegenheit wahrnehmen, um dem entgegenzuarbeiten, daß diese Frauen den privaten Wohlthätigkeitsinstituten in die Hände fallen. Das ist besonders wichtig in allen solchen Gegenden, wo diese Wohlthätigkeitsinstitute in den Händen der Kirche, der Ultramontanen sind. Dort sind die Frauen am leichtesten allem von dieser Seite Gebotenen zugänglich, auf diese Weise wird das Selbstständigkeitsgefühl in ihnen erstickt und unsere Arbeit außerordentlich erschwert. Ich möchte deshalb bitten, daß eine Ergänzung in dieser Richtung von uns befürwortet werde. Es soll aber auch nicht den Gemeinden überlassen werden, solche Wöchnerinnenheime usw. einzurichten. Ich kenne eine deutsche Universitätsstadt, in der die Proletarierkinder im Säuglingsheim gewissermaßen die Versuchskaninchen für die ärztlichen Anfänger bilden. Das dürfen wir uns im Interesse unserer Kinder nicht gefallen lassen. Die Errichtung und Verwaltung dieser Asyle muß von der in diesem Sinne reorganisirten Krankenversicherung in die Hände genommen werden. Die bestehende Gesellschaft, die doch auch ein Interesse an einem gesunden, kriegstüchtigen, arbeitskräftigen Nachwuchs hat, würde sich wohl auch zu einer Mutterschafts-Versicherung bereit finden. Das größte Interesse aber haben daran natürlich wir selbst, denn unsere Kinder, die Kinder der Proletarier, sind diejenigen, die unsere Zukunft zu schaffen haben. Ich brauche wohl keinen besonderen Antrag zu formuliren, sondern es genügt wohl, wenn unsere Wünsche, in denen ich mich eins weiß mit den Genossinnen, der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen werden. (Lebhafter Beifall.)

Wolf-Bochum: Bei den Krankenkassen ist leider die Tendenz vorhanden, auf die Aerzte einzuwirken, den Kranken vorzeitig gesund zu schreiben, wenn seine Krankheit der Kasse zu lange währt. Das ist recht kurzsichtig und rächt sich später an den Kassen selber, denen der schlecht kurierte Arbeiter dann häufiger zur Last fällt. Das geht auch hervor aus einem Bericht über die Thätigkeit des Knappschaftsvereins zu Bochum. Da sind auch die Grubenbeamten mit gegen Krankheit versichert. Auf je 100 Beamte fallen 8—9 Erkrankungen, aber 21 bis 30 Krankheitstage für den einzelnen Fall; auf 100 Arbeiter aber kommen 48—51 Erkrankungen mit nur 14 bis 18 Krankheitstagen. Obwohl die Beamten höheres Krankengeld erhalten, sind die Kosten, die sie der Kasse verursachen, um $^1/_4$—$^1/_3$ geringer als für kranke Arbeiter. Das vorzeitige Gesundschreiben bedeutet für den Arbeiter ein längeres Siechthum, das wieder auf die Kasse zurückfällt. Immer brennender wird die Aerztefrage, besonders im Kohlenrevier, wo die Knappschaftsärzte sich überhaupt nicht mehr herbeilassen, Gutachten gegen ein Urtheil der Vertrauensärzte abzugeben. Die staatliche Arbeitslosenversicherung wird von den Gewerkschaften nicht bekämpft, weil sie meinen, das Feld gehöre ihnen, sie sträuben sich, weil sie befürchten, daß der Staat eine solche Leistung nur unter Bedingungen übernehmen wird, die die gewerkschaftliche Thätigkeit bei Streiks und Aussperrungen lahm legen würden. Diese Bedenken sind durch Molkenbuhr nicht zerstreut worden. Immer heißt es: Zuckerbrot und Peitsche.

Vollmar: Es ist folgende Resolution **Eitzerodt-Krefeld** eingegangen: „In Anbetracht des Umstandes, daß innerhalb der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Deutschlands die Ansichten über die Art und Weise der Einführung der Arbeitslosen-Versicherung völlig getheilt sind, beschließt der Parteitag, diesen Punkt auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages

zu setzen, in der Gewißheit, daß sich bis dahin die Meinungen geklärt haben werden." Die Resolution will meiner Meinung nach, daß Punkt 7 der Molkenbuhr'schen Resolution gestrichen wird.

Grünwald-Hamburg: In der Arbeitslosen-Versicherung haben wir es nicht nöthig, uns festzulegen; wir müssen den Reichstags-Abgeordneten freie Hand lassen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag Elm abzulehnen. In der Fraktion sind ja alle Ansichten vertreten, es wird da schon das Richtige getroffen werden. Nachtheile für die Gewerkschaften durch die Reichs-Arbeitslosenunterstützung fürchte ich nicht, sie werden trotzdem ihre Bedeutung behalten. Was die Krankenversicherung betrifft, so ist in letzter Zeit gegen die freien Hilfskassen Stimmung gemacht; meiner Meinung nach sind die freien Hülfskassen heute noch ebenso nöthig, wie früher, da die anderen Kassen zu wenig leisten. Die Hülfskassen haben nach einer Statistik aus dem Jahre 1900 die höchsten Leistungen, sie zahlen durchschnittlich 34,6 Wochen, die Ortskrankenkassen 20 und die Gemeindekassen nur 13 Wochen. Die Durchschnittszahlung betrug bei ihnen 18, bei den andern 15 bezw. 8 M. Wenn die Orts-Krankenkassen die einzigen Träger der Versicherung sein sollen, so müßte man sie in verschiedene Gefahrenklassen eintheilen, damit die Arbeiter aus minder gefährlichen Betrieben nicht zu sehr belastet werden. Die Selbstverwaltung müßte so gestaltet werden, daß über Leistung und Gegenleistung die Arbeiter zu entscheiden hätten. Die einseitige Hetze gegen die freien Hülfskassen dürfen wir nicht mitmachen, wir sollten lieber den Fabrik-Krankenkassen, Knappschaftskassen u. dergl. unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

v. Elm-Hamburg: Es ist gesagt worden, der Parteitag solle sich bezüglich der Arbeitslosenunterstützung nicht binden. Wir hätten unseren Antrag nicht eingebracht, wenn nicht Molkenbuhr uns gegenüber bestimmt erklärt hätte, daß er mit seiner Resolution zum Ausdruck bringen will, daß eine einheitliche Reichsarbeitslosenversicherung eingeführt werden soll. Wenn Sie aber die Resolution Molkenbuhr auch bezüglich des Punktes Arbeitslosenversicherung annehmen, so haben Sie sich gebunden und sich in direkten Gegensatz zu dem Beschluß des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses gesetzt. (Sehr richtig!) Nur deshalb, weil wir diese Bindung nach der Anschauung von Molkenbuhr, die von den Vertretern der organisirten Arbeitern bekämpft wird, nicht wollen, haben wir unseren Antrag gestellt. Es ist ferner beantragt, die Entscheidung dem nächsten Parteitag zu überlassen, aber auch im nächsten Jahre werden wir in dieser Frage noch genau so weit auseinandergehen wie in diesem Jahre. Eine volle Klärung wird auch dann noch nicht vorhanden sein und die Gewerkschaften würden es höchst erstaunlich finden, wenn sich der Parteitag in direkten Gegensatz zu ihrem Beschluß setzen würde. Eigentlich bin ich erstaunt, daß Molkenbuhr, der doch sonst kein so großer Optimist ist, bezüglich der Ausgestaltung des Versicherungswesens solchen Optimismus zur Schau trägt. Er glaubt, daß man die Selbstverwaltung gewähren werde, weil man ohne dieselbe nicht auskommen könne, und er hat auf die Krankenversicherung hingewiesen, wo auch ein gewisses Maß von Selbstverwaltung eingeführt worden sei. Das stimmt ja, aber um dies Maß der Selbstverwaltung handelt es sich doch vor allen Dingen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter legen ganz besonderen Werth darauf, daß ihnen bei der Arbeitslosenversicherung die volle Selbstverwaltung eingeräumt werde. Bei einer Reichs-Arbeitslosenunterstützung aber würde diese Selbstverwaltung unter keinen Umständen gewährt werden. Schon aus diesem Grunde sind die Gewerkschaften Gegner einer Reichs-Arbeitslosenversicherung. Molkenbuhr will ein Drittel der Beiträge vom Reich, ein Drittel von den Arbeitgebern und ein Drittel von den Arbeitern bezahlt wissen. Nach dem in der bürgerlichen Gesellschaft geltenden Grundsatz, entsprechend dem Maß der Beiträge auch das Maß der Selbstverwaltung zu bestimmen, würde zweifellos die Regierung sich auf den Stand-

punkt stellen, daß, wenn Reich und Arbeitgeber zusammen zwei Drittel der Beiträge zahlen, sie auch zwei Drittel der Verwaltung ausüben, während den Arbeitern nur ein Drittel zukommt. Diesen Grundsatz würde man selbstverständlich in die Vorlage hineinbringen, die eventuell später einmal kommen wird. Wann sie kommen wird, darüber gebe ich mich nicht irgendwelchen Täuschungen hin, ich bin nicht so optimistisch wie Molkenbuhr. Ich glaube nicht, daß man so bald eine Arbeitslosen-Versicherung einführen wird, wenn auch die Reichsregierung gerade zu diesem Punkte der Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses einen Vertreter entsandt hatte. Wir haben noch sehr lange Zeit, uns mit dieser Frage zu beschäftigen. Für unsere endgültige Stellungnahme wird immer noch Zeit sein, wenn die Vorlage selbst vorliegt. Wir sollten aber jetzt doch den Grundsätzen zustimmen, die die Vertreter der Arbeiter selbst aufgestellt haben. Es ist doch darüber geredet worden, daß die Arbeiter selbst zur praktischen Arbeit, zur Lieferung des statistischen Materials usw. mit herangezogen werden sollten. Hier, wo die Arbeiter in einer so wichtigen Frage einmal einen Beschluß gefaßt haben, will sich der Parteitag von vornherein in Gegensatz zu dem gefaßten Beschluß stellen. Das würde von den Arbeitern einfach nicht verstanden werden. Wenn das Reich eine Arbeitslosen-Versicherung einführte, würde gewiß eine ganze Reihe von Bedingungen dabei gestellt werden. Wir fürchten besonders, daß bei Streiks, Sperren, Arbeitsnachweis usw. derartige Bedingungen aufgestellt werden würden, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter diese unter keinen Umständen annehmen könnten. Weil wir darin eine Gefahr für die Gewerkschaften sehen, deshalb sind wir konsequent und sagen: die Gewerkschaften müssen die Träger der Arbeitslosen-Versicherung sein, anders geht die Sachlage unter keinen Umständen. Auch wir wollen, genau wie Molkenbuhr, die Arbeitslosen-Versicherung für alle Arbeiter. Nur wollen wir das nicht plötzlich herbeiführen, sondern wir halten es zunächst einmal für richtig, daß das Reich sich an die Versicherung der Gewerkschaften anschließt und den Gewerkschaften zunächst einmal Zuschüsse zu der Arbeitslosen-Versicherung bezahlt. Durch diese Zuschüsse würden die Gewerkschaften gestärkt werden, und allmählich würde die allgemeine Basis für eine alle Arbeiter umfassende Versicherung geschaffen werden. Molkenbuhr meint, die Gewerkschaften könnten sich einer Reichs-Versicherung anpassen. Auch die Kranken-Versicherung habe die gewerkschaftliche Bewegung nicht gehemmt. Die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter sind zu einem großen Theil vollständig anderer Meinung; sie glauben allerdings, daß durch diese Zwangs-Krankenversicherung die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung wohl gehemmt worden ist. Dadurch wurde den Gewerkschaften ein Zweig der Unterstützung genommen, der damals schon von ihnen ausgebaut worden war. Wenn die Gewerkschaften heute auch ziemlich stark dastehen, so wäre ihre Entwicklung ohne die ständigen Unterbrechungen einerseits durch die Zwangs-Versicherung, andrerseits durch das Sozialistengesetz doch noch eine ganz andere gewesen Die Buchdrucker, die älteste Organisation, können nicht als Beispiel gelten. Jetzt beginnen gerade die Gewerkschaften die Arbeitslosen-Unterstützung einzuführen, so die Metallarbeiter und die Holzarbeiter. Welche Störung würde es wieder sein, wenn nun das Reich die Sache in die Hand nehmen würde! Molkenbuhr will hier das Pferd beim Schwanze aufzäumen, er will durch die Reichs-Arbeitslosenunterstützung die achtstündige Arbeitszeit und das Koalitionsrecht für die ländlichen Arbeiter erringen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Erst einmal das Koalitionsrecht für alle Arbeiter! Die Erziehung der Arbeiter zu selbstbewußt handelnden Menschen muß die Hauptsache sein, nicht eine Versicherungsart, bei der die Arbeiter doch das fünfte Rad am Wagen sein würden. Auch eine Korrumpirung der Gewerkschaften durch Reichs-Subventionirung ist nicht zu befürchten; sie können diese Unterstützung ja ablehnen, wenn sie ihnen nicht paßt. Wird ein Reichsgesetz geschaffen, so müssen sich die Gewerkschaften fügen, während

sie bei einem staatlichen Zuschuß es immer in der Hand haben, ihn abzulehnen. Eine Aristokratie der Arbeiterklasse will Molkenbuhr nicht. Die wollen auch wir nicht. Auch wir wollen nicht sklavisch nachahmen, was sich in England entwickelt hat — schon deshalb nicht, weil es ganz unmöglich wäre, dieselben Bahnen wie in England zu beschreiten. Es ist schon deshalb undenkbar, weil wir in Deutschland eine große selbstständige sozialdemokratische Arbeiterpartei haben und weil ein inniger Zusammenhang zwischen der Partei und den Gewerkschaftsorganisationen besteht. Im Interesse dieses Zusammenhanges bitte ich Sie: Setzen Sie sich nicht in Gegensatz zu den Beschlüssen des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses. (Bravo!)

Diehl-Frankfurt: Mit dem Referat Molkenbuhrs bin ich einverstanden bis auf seinen Vorschlag über die Arbeitslosenversicherung; ich meine, einem derartigen Vorschlage können wir nie unsere Zustimmung geben. Alles, was die Regierung zur Revision der sozialen Gesetzgebung thut, geschieht im Sinne und Interesse des Unternehmerthums. Wir sehen ja z. B., daß die Behörden immer sofort bei der Hand sind, neugebildeten Innungen die Errichtung von Krankenkassen zu genehmigen, obwohl diese meist gar nicht lebensfähig sind. Auch in das Loblied, das der Genosse aus Hamburg sang, können wir nicht einstimmen; im Gegentheil ist es nöthig, die Orts-Krankenkassen zu unterstützen, in denen auch die Dienstboten und die Hausindustrie versichert werden müßten. Auch bei der Unfallversicherung sehen wir, daß die Arbeiter dort nicht die nöthigen Rechte und den nöthigen Einfluß haben. Diesen Mißständen muß die Fraktion entgegenwirken, namentlich denen im Reichs-Versicherungsamt. Insbesondere aber ist das System der Vertrauensärzte, das auf das schärfste bekämpft werden muß, ebenso die Rentenquetschen, da den Arbeitern die Renten entzogen werden, wenn sie entgegen dem Willen der Berufsgenossenschaft nicht in diesen Anstalten verbleiben. Endlich ist noch darauf hinzuweisen, daß in der Alters- und Invalidenversicherung die Arbeiter nicht den geringsten Einfluß haben.

Einen Geschäftsordnungs-Antrag Rudolph und Genossen, die Resolution Molkenbuhr und alle dazu gestellten Anträge einer sofort zu wählenden Redaktionskommission zu überweisen, begründet **Rudolph-Nürnberg:** Ich bedauere, daß die Resolution Molkenbuhr uns erst so spät zugegangen ist. Es besteht infolgedessen die Gefahr, daß bei der Abstimmung Zufallsmajoritäten zu stande kommen. Deshalb empfiehlt sich die Einsetzung einer Redaktionskommission, in die ja auch eine Anzahl hier anwesender Gewerkschaftler gewählt werden können.

Singer: Ich möchte im Interesse der Zeit des Parteitages von der Annahme des Antrages Rudolph abrathen. Wir erreichen damit thatsächlich nur, daß die Diskussion, die jetzt bereits über einen halben Tag währt, nach Eintreffen der neuen Resolution von Neuem beginnt. (Sehr wahr!) Wesentliche Meinungsverschiedenheiten haben sich bisher nur über Punkt 7 ergeben, alles Andere sind mehr oder weniger redaktionelle Aenderungen. Wollen Sie eine Redaktionskommission einsetzen, so thun Sie es, nachdem Sie materiell beschlossen haben, was der Parteitag will, und übertragen Sie der Kommission die Redigirung dieser Beschlüsse. Die Kommission, die Rudolph will, ist nichts weiter als eine Kommission zur Vorberathung einer neuen Resolution, die dann wieder verhandelt werden muß.

Rudolph: Die Ansicht von Singer ist falsch. Es handelt sich nicht nur um formelle, sondern auch um wichtige sachliche Bedenken, und die soll die Kommission berücksichtigen.

Der Antrag Rudolph wird hierauf abgelehnt.

Ed. Bernstein: Mein Amendement (111) hat rein redaktionelle Bedeutung und ist nur gestellt, um jeden berechtigten Einwand zu beseitigen. Molkenbuhr hat dieses Amendement akzeptirt, das ich anzunehmen bitte. In die andere Debatte

will ich nicht mit eintreten. Der Antrag Molkenbuhr drückt nach meiner Auffassung nur ganz im Allgemeinen ein Prinzip aus, daß die Arbeitslosen-Versicherung durch die Gewerkschaften nicht ausschließt. Ich kann mir keine Arbeitslosen-Versicherung ohne starke Heranziehung der Gewerkschaften denken. (Sehr richtig!) Ich kann mir auch keine ausreichende Arbeitslosen-Versicherung denken ohne das Eingreifen von Staat und Gemeinde. In der Resolution Molkenbuhrs wird nur das allgemeine Prinzip ausgesprochen, dem wir uns, vorbehaltlich aller Meinungsverschiedenheiten, anschließen können.

Dr. **Arons**-Berlin: Unter 112 haben wir vorgeschlagen, die „Organisation des Arbeitsmarktes" als Forderung in die Molkenbuhrsche Resolution mit aufzunehmen. Es würde zu weit führen, den engen Zusammenhang einer Organisation des Arbeitsmarktes mit der Kranken- und Invalidenversicherung ausführlich darzulegen. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Organisation des Arbeitsmarktes die nothwendige Vorbedingung für die Einführung der Arbeitslosen-Versicherung ist. Württemberg, Baden und Bayern sind in der Organisation des Arbeitsmarktes vorgeschritten; sie haben bereits Landesämter für den Arbeitsmarkt geschaffen. In Norddeutschland existiren meines Wissens nur in der Rheinprovinz Ansätze zu einer Zusammenfassung der Arbeitsvermittelung. Nothwendig ist es also sehr, daß der Parteitag sich dahin ausspricht, daß eine Arbeitsmarkt-Organisation eingeführt wird als Grundlage für die Arbeitslosen-Versicherung. In Bezug auf die Resolution Molkenbuhr kann ich mich Bernsteins Ausführungen vollkommen anschließen. Molkenbuhr meint nicht, daß ausschließlich eine Reichsversicherung Platz greifen soll. Es ist ein Vorzug seiner Resolution, daß sie nur den Zielpunkt: die Arbeitslosen-Versicherung, nicht aber den Weg dazu angiebt. Der Weg hängt nicht von uns allein ab. Jedenfalls wird die Fraktion unter der Mitwirkung der Gesammtpartei alles ausnutzen, was sich irgendwie bietet, um die Frage der Arbeitslosen-Versicherung in Fluß zu bringen.

Schrader-Bramsche: Darin sind wir, so sehr auch sonst die Ansichten auseinandergehen mögen, alle einig: Die Einführung der Arbeitslosen-Versicherung ist eine unbedingte Nothwendigkeit. Ich bin anderer Ansicht als v. Elm. Wir legen uns nicht fest, wenn wir die Resolution Molkenbuhr annehmen. Damit unterschreiben wir durchaus nicht alles, was Molkenbuhr gesagt hat. Der Erörterung ist ein weiter Spielraum noch gelassen. Dagegen hätte Elm vor den Gewerkschaftskongreß treten und ihn veranlassen sollen, sich nicht in dieser Frage festzulegen. Denn das hat der Stuttgarter Kongreß gethan. Den Standpunkt, den Dr. Borchardt in der „Neuen Zeit" eingenomen hat, daß bestimmte Richtungen in der Gewerkschaftsbewegung vom Reichszuschuß ausgeschlossen bleiben sollen, verstehe ich nicht. (Sehr richtig!) Von gewerkschaftlicher Seite wird immer gesagt: Wir erstreben zuerst die volle Koalitionsfreiheit. Ist dann das Gros organisirt, so wird allen die Arbeitslosen-Versicherung zu theil. Wenn wir aber erst einmal so erstarkt sind, dann brauchen wir uns mit solchen Fragen überhaupt nicht mehr zu befassen. Dann können wir die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aus eigener Kraft regeln. (Sehr richtig!)

Dr. **Borchardt**-Charlottenburg: Ihrem Wortlaute nach bedeutet die Resolution Molkenbuhr allerdings keine Bindung, aber in seinem Referat hat er sich ausdrücklich auf unsere Programmforderung, Uebernahme der Versicherung auf das Reich, berufen. Das bedeutet doch eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosen-Versicherung. Allerdings ist das eine unserer programmatischen Forderungen, aber ein anderer Satz unseres Programms lautet, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. Eine Arbeitslosen-Versicherung unter Umgehung der Gewerkschaften ist ganz unmöglich. Molkenbuhr glaubt, daß das Reich die Arbeitslosen-Zählung in der Absicht vorgenommen hat, der Frage der Versicherung näher zu treten, aber

daraus, daß das Reich 1900 die Verbindung einer Arbeitslosen-Zählung mit der allgemeinen Volkszählung abgelehnt hat, kann man im Gegentheil schließen, daß die maßgebenden Behörden des Reiches nicht gesonnen sind, dieser Frage näher zu treten. Die gewerkschaftliche Arbeiterversicherung kann sehr wohl alle Arbeiter umfassen, man muß nur mit dem Koalitionsrecht anfangen. Ich kann Ihnen also den Zusatz Elm nur empfehlen. Was meinen Artikel in der „Neuen Zeit" betrifft, so habe ich der Vermuthung Raum gegeben, gedrängt durch die Zeitumstände würden die Behörden der Frage der Arbeitslosen-Versicherung näher treten müssen, und zwar erwarte ich den Anstoß dazu nicht vom Reich, sondern von den Kommunen, schon weil ihr Armenetat dadurch wesentlich entlastet wird. Als etwas ganz Selbstverständliches habe ich es hingestellt, daß die Kommunen allerdings diese Unterstützung nicht den politischen Organisationen geben können, sondern nur den rein gewerkschaftlichen. Eine Organisation aber, die ihre Mitglieder auf ein bestimmtes Glaubensbekenntniß verpflichtet, ist keine rein gewerkschaftliche und muß ausgeschlossen bleiben.

Frau Zietz-Hamburg: Heute morgen hat Molkenbuhr betont, er halte es nicht für richtig, wenn der Anregung der Frauenkonferenz bezüglich einer allgemeinen Mutterschaftsversicherung Folge gegeben werde. Die Konferenz hat einer solchen Anregung aber ebenfalls keine Folge gegeben, sondern ihre Ansichten in einer Resolution niedergelegt, die sich mit dem deckt, was Molkenbuhr heute hier vorgetragen hat. Auf der Konferenz wurde allgemein anerkannt, daß die Erreichung dieses Zieles wünschenswerth sei, daß es sich um die Verwirklichung des Gedankens der menschlichen Solidarität in seiner weitesten Form handelt. Allein in der heutigen Gesellschaft, die die Dienste, die ihnen die Frauen durch die Mutterschaft leisten, nicht zu würdigen versteht, ist an die Einführung der allgemeinen Mutterschaftsversicherung natürlich nicht zu denken. Wir beantragen nun, als Punkt 6 in die Resolution einzuschalten: „Verbot der Beschäftigung von Schwangeren und Wöchnerinnen vier Wochen vor und resp. sechs Wochen nach der Entbindung, sowie Zubilligung eines Krankengeldes für sie in dieser Zeit in der Höhe des ortsüblichen Tagelohnes." Damit wäre dem Ausdruck gegeben, was wir von der Krankenversicherung vorläufig fordern. Wir müssen das jetzt festlegen, weil eine Revision des Krankenversicherungs-Gesetzes in Aussicht steht, und wir haben nicht mehr verlangt, als was uns jetzt schon bewilligt werden kann. Während der Bourgeoisfrau während ihrer Schwangerschaft jedes Steinchen aus dem Wege geräumt wird, muß die Proletarierin, durch die Noth gezwungen, bis zum letzten Augenblick arbeiten. Gleich nach der Entbindung müssen die Arbeiterinnen wieder zur Arbeit gehen, und wenn sie dabei auch ihre Gesundheit zu Grunde richten. Wir halten es für eine Pflicht der Gesellschaft, die die Proletarierin so rücksichtslos ausnutzt, daß sie ihr wenigstens so viel giebt, wie sie zu ihrer nackten physischen Existenz braucht. Da die Arbeiterinnen in den Krankenkassen, wenigstens in den Fabrikkassen keine Vertretung ihrer Interessen haben, so muß bei der Revision des Krankenversicherungs-Gesetzes dahin gewirkt werden, daß in dieser Richtung eine Aenderung eintritt. Wir verlangen, daß die Arbeiterin in der nächsten Zeit nach der Entbindung, wo sie so sehr der Schonung bedarf, nicht sofort wieder zur Arbeit hinaus muß und dadurch ihre Gesundheit ruinirt. Dadurch wird auch eine außerordentliche Entlastung der Krankenkassen eintreten, da viele nachträgliche Erkrankungen vermieden werden. Wir verlangen, daß die Gesundheit der proletarischen Mutter und des proletarischen Kindes geschützt werde. (Beifall.)

Zur Geschäftsordnung erklärt

Molkenbuhr: Ich glaube zur Abkürzung der Debatte beizutragen, wenn ich erkläre, daß meine Resolution nur die Einführung der Arbeitslosen-Versicherung verlangt, aber die Frage über die Form offen läßt. Mit Ausführungen,

die ich außerhalb des Parteitages gemacht habe, hat die Resolution nichts zu thun.

v. Elm zieht in Folge dieser Erklärung seinen Antrag zurück, ebenso **Eitzerodt** (Krefeld) seine Resolution (Siehe S. 193).

Bömelburg-Hamburg: Im Punkt 6 seiner Resolution verlangt Molkenbuhr den weiteren Ausbau der Unfallverhütungs-Vorschriften. Das brauchen wir nicht zu fordern, die Berufsgenossenschaften, die heutigen Träger der Unfallversicherung, arbeiten schon seit Jahren an einer Verbesserung der Vorschriften, und thatsächlich haben sie mit der Zeit schon eine wesentliche Verbesserung erfahren. Es kommt nicht darauf an, ob wir gute Vorschriften haben, sondern im wesentlichen darauf, ob diese Vorschriften befolgt werden. Würden die heute schon bestehenden Vorschriften befolgt, so würde die Zahl der Unfälle weit kleiner sein. Die Vorschriften werden von den Unternehmern aber nur dann befolgt werden, wenn durch die Gesetzgebung Einrichtungen geschaffen sind, die uns ihre Durchführung garantiren. Wir haben heute Fabrikinspektoren, wir haben für das Baugewerbe in einer ganzen Anzahl von Orten Polizeivorschriften, aber alles steht nur auf dem Papier. Das einzige Mittel, das in Wirklichkeit die Verhütung von Unfällen garantirt, besteht darin, daß es durch die Gesetzgebung den Arbeitern ermöglicht wird, sich selbst an der Kontrolle zu betheiligen. (Sehr richtig!) Würden die Arbeiter an der Kontrolle der Fabriken betheiligt sein, so wäre es nicht möglich, daß die Inspektoren sich vorher anmelden, damit alles hübsch in Ordnung ist, während nachher diese Vorkehrungen beseitigt werden, weil sie beim Betriebe hinderlich sind. Insbesondere ist die Einführung von Arbeiter-Kontrolleuren im Baugewerbe nöthig. Wir müssen vor allem fordern, daß den Arbeitern die Möglichkeit gegeben ist, die Innehaltung der Vorschriften zu kontrolliren. Das ist für mich der springende Punkt, so lange das nicht geschieht, ist eine Besserung völlig ausgeschlossen. Ich erinnere daran, daß man gerade in Bayern mit den Arbeiter-Kontrolleuren die besten Erfolge erzielt hat. (Hört! hört!) Ich schlage Ihnen deshalb folgende Fassung (Antrag 114) des Punktes 6 der Resolution Molkenbuhr vor:

> 6. weiterer Ausbau der Unfallverhütung, insbesondere zu diesem Zweck, Einführung einer Kontrolle durch seitens der versicherten Arbeiter gewählte und aus Reichsmitteln besoldete Beamte; Verbesserung der Maßnahmen zur Verhütung von Berufskrankheiten; voller Schadenersatz der Verletzten und der Hinterbliebenen.

Ich bitte Sie, dieser Aenderung zuzustimmen, Sie schließen sich damit den Forderungen an, die der Bauarbeiterschutz-Kongreß schon vor vier Jahren erhoben hat. Das Unternehmerthum ärgert sich über nichts mehr wie darüber, daß wir die Hinzuziehung von Arbeiter-Kontrolleuren fordern, weil es weiß, daß dann die bisherige Schlamperei ein Ende hat. (Beifall.)

Windhoff-Düsseldorf begründet seinen Antrag 109. Wir haben ein großes Interesse daran, daß die vorzüglichen Ausführungen Molkenbuhr's der ganzen Arbeiterschaft bekannt werden. Die Broschüre muß so billig sein, daß die Gewerkschaften sie in großen Massen erwerben und verbreiten können.

Stubbe-Hamburg: Ich hätte nicht erwartet, daß die Freien Hülfskassen bei diesem Punkte der Tagesordnung so herausgerissen werden würden, wie es hier geschehen ist. Es ist aber nicht bewiesen worden, daß die Freien Hülfskassen mehr leisteten als die Zwangskassen. Den Arbeitern sind in den Freien Hülfskassen eine ganze Reihe von Rechten genommen. Wir haben keine Ursache, uns besonders für die freien Hülfskassen ins Zeug zu legen. Meiner Meinung nach wäre es das Beste, wenn die Freien Hülfskassen mit den Gewerkschaften vereinigt würden. Betreffs der Arbeitslosen-Versicherung bin ich der Meinung, daß wir uns mit den Beschlüssen der Gewerkschaftskonferenz nicht ohne weiteres einverstanden erklären können. Diese Frage ist noch nicht genügend geklärt. Man hätte

Punkt 7 der Resolutoin streichen und die ganze Frage einem späteren Parteitage vorbehalten sollen. Ich kann mich nicht mit dem Gedanken befreunden, daß das Reich nur für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Zuschüsse zahlen soll. Man sollte diese Frage vorläufig vertagen. Ich glaube auch nicht, daß eine Reichs-Arbeitslosen-Versicherung eine Verwirrung bei den Gewerkschaften hervorrufen könnte. Beide Arten von Arbeitslosen-Versicherung könnte neben einander bestehen; neben der Reichsversicherung könnten Zuschußkassen der Gewerkschaften bestehen. Ich möchte Molkenbuhr anheim geben, Punkt 7 zurückzuziehen und die Frage einem späteren Parteitage vorzubehalten.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, von Heine befürwortet, von Dr. Rothe-Luckenwalde bekämpft mit dem Hinweis darauf, daß das Zietz'sche Amendement in seinem vorliegenden Wortlaut nicht angenommen werden könne, wird angenommen.

Das Schlußwort erhält

Molkenbuhr: Ich habe nur sehr wenige Einwendungen zu machen, nachdem der Hauptdifferenzpunkt ausgeschieden ist. Ich gebe Hoch darin recht, daß es passend ist, anstatt „Krankenversicherung" in Punkt 5 zu sagen „durch die Arbeiterversicherung". Wenn man die Vereinheitlichung der Versicherung hat, wird man ja allerdings nicht mehr verschiedene Zweige der Versicherung zu unterscheiden haben. Aber die Krankenversicherung muß dasselbe Recht haben wie die Unfallversicherung. Ich wollte ferner hervorheben, daß die Kranken-Versicherung sich viel besser dazu eignet als die Unfallversicherung. Ob man besser sagt: die Beiträge müssen durch eine progressive Einkommensteuer aufgebracht werden, oder: „Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten", ist meiner Meinung nach vollständig unentschieden. Gewiß müssen in irgend einer Form alle Klassen herangezogen werden. Die progressive Einkommensteuer ist ja die vollendetste Steuererhebung, die wir bisher kennen. Will aber Hoch auch so weit gehen, die Versicherung auf die gesammte Bevölkerung auszudehnen, sodaß also auch der Millionär ein Recht auf Krankenversicherung hätte? Was die Einwendungen Grünwalds anlangt, denen von Stubbe widersprochen worden ist, so stehe ich mehr auf dem Standpunkt Grünwalds. Ich erkenne an, daß, wenn die vollständige Vereinheitlichung der Krankenversicherung durchzuführen ist, in diesem Fall auch die eingeschriebenen Hülfskassen von der Bildfläche verschwinden werden. Die Betriebskassen, die Baukassen führen sehr oft zu Schädigungen der betreffenden Arbeiter, weil sie häufig ein Hinderniß sind, daß ein gesundheitlich nicht recht fester Arbeiter Arbeit findet. Die Innungskassen sind hauptsächlich nur aufrecht erhalten worden, um die Innungen zu stützen. Die Gemeindekassen sind nicht allein nur überflüssig, sondern haben am allerersten von der Bildfläche zu verschwinden. Aus diesem Grunde muß die Vereinheitlichung der Versicherung durchgeführt werden. Nun sind die Regierungen geneigt, die Gemeindekassen und die Freien Hülfskassen zu beseitigen. So lange die Betriebskassen bestehen, sind aber die Freien Hülfskassen eine Nothwendigkeit. Sie können schließlich mit als Handelsobjekt benutzt werden, um dann in denselben Sarg wie die Freien Hülfskassen auch die Betriebs-, Bau- und Innungskassen einzusargen. — Auf die verschiedenen Ausführungen von Elm's brauche ich nicht einzugehen, weil ja die Anträge, zu deren Begründung er gesprochen hat, nicht mehr vorliegen. Was die Anregung Bernsteins betrifft, so habe ich mich nach flüchtiger Lesung seines Amendements allerdings damit einverstanden erklärt. Seine Aenderung ist aber doch nicht lediglich redaktioneller, sondern auch sachlicher Natur. Es giebt doch zahlreiche Fälle, wo eine Schadenersatzpflicht des Unternehmers garnicht in Betracht kommt, wo eine Unfallrente garnicht gewährt wird. So haben die Ascendenten z. B. nur dann einen Anspruch auf Rente, wenn der beim Unfall Verstorbene die Ascendenten ganz oder theilweise ernährt hat. Es ist also doch besser, zum Ausdruck zu bringen, daß ein Schadenersatz nicht geleistet wird, sondern

daß lediglich durch die Versicherungsbeiträge eine Ablösung des Schadenersatzes stattfindet. Was den Antrag Arons anlangt, so gebe ich zwar zu, daß die Organisation des Arbeitsmarktes in einem recht engen Zusammenhang mit der Arbeiterversicherung steht, aber sie bildet doch nicht eigentlich einen organischen Theil derselben. Die Organisation des Arbeitsmarktes könnte auch in einem anderen Gesetz untergebracht werden. Allerdings kann die Organisation des Arbeitsmarktes ein Theil der Arbeitslosen-Versicherung sein. Aber ich weiß doch nicht, ob es gerade passend ist, sie in dieser Resolution mit unterzubringen. Dem Genossen Bömelburg stimme ich darin zu, daß wir statt Unfallverhütungs-Vorschriften Unfallverhütung und entsprechend auch Krankheitsverhütung sagen können. Dagegen habe ich Bedenken, ob es praktisch ist, wie er vorschlägt, hier auf nähere Einzelheiten einzugehen. Die Betheiligung der Arbeiter an der Ueberwachung der Betriebe haben wir wiederholt bei verschiedenen Gelegenheiten gefordert. Für den Ausbau der Unfallverhütung aber kommen noch andere Einzelheiten in Betracht, die Bömelburg nicht erwähnt. Wenn wir nun nur einzelne Forderungen namhaft machen, kann es den Anschein erwecken, als ob wir andere ebenso wichtige nicht erheben. Der Antrag der Frau Zietz gehört nach meiner Meinung weniger in das Versicherungsgesetz als in die Gewerbe-Ordnung. Gegenwärtig haben wir ja in der Gewerbe-Ordnung ähnliche Bestimmungen. Das Verbot für Schwindsüchtige, in gewissen Betrieben zu arbeiten, steht nicht im Krankenversicherungs-Gesetz, sondern in der Gewerbe-Ordnung. Ob die Forderungen im Amendement der Frau Zietz praktisch durchführbar sind, erscheint mir zweifelhaft. Ein bestimmter Zeitraum vor dem Eintritt der Entbindung läßt sich schwer festsetzen. Dagegen sollten wir bei der Reform der Kranken-Versicherung fordern, daß in dem Augenblick, wo die Schwangere in Folge ihres Zustandes die Arbeit nicht mehr verrichten kann, sie Anspruch auf Unterstützung hat, unbeschadet, ob das nun vier, sechs oder acht Wochen vor der Entbindung ist. Die einen sind noch unmittelbar vor der Entbindung arbeitsfähig, die andern nicht. Es wäre vielleicht wünschenswert, daß über den materiellen Inhalt der einzelnen Anträge abgestimmt und dann versucht würde, das Resultat in die Resolution hineinzuarbeiten; eine Schlußabstimmung über diese veränderte Resolution müßte natürlich noch erfolgen. (Beifall.)

Rudolph-Nürnberg schlägt vor, nach der materiellen Abstimmung über die einzelnen Anträge eine Redaktionskommission zu wählen.

Dieser Antrag wird angenommen.

In der Abstimmung wird das Amendement Bernstein (111) abgelehnt und der erste Absatz der Resolution Molkenbuhr unverändert angenommen. Die Ziffern 1, 2 und 3 der in der Resolution erhobenen Forderungen sind nicht bestritten und werden angenommen. Zu Ziffer 4 wird der Antrag Hoch (108) abgelehnt und Ziffer 4 unverändert angenommen. Dagegen wird in Nummer 5 auf Antrag Hoch's das Wort „Kranken-Versicherung" durch „Arbeiter-Versicherung" ersetzt. Zu Nummer 6 wird der Antrag Bömelburg (114) angenommen, ebenso das Amendement Zietz (115), das dahin geändert ist, daß hinter dem Wort „vor" eingefügt ist „der wahrscheinlichen Entbindung". Der so veränderte Punkt 6 wird genehmigt. Als Punkt 7 wird durch Annahme des Antrags Arons (112) eingefügt: „Organistion des Arbeitsmarkts", Punkt 7 der Resolution Molkenbuhr wird als Punkt 8 angenommen, ebenso Punkt 8 als Punkt 9.

Angenommen wird schließlich der Antrag Windhoff mit einem Amendement Singer, wonach die ganzen Verhandlungen in Form einer Agitationsbroschüre erscheinen sollen.

Singer hatte begründend darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften, die bei dem Massenabsatz der Agitationsbroschüre in Frage kommen, ein bedeutendes Interesse daran haben, zu erfahren, was ihre Vertreter gesagt haben.

In die Redaktionskommission werden auf Antrag Hoffmann-Berlin gewählt: Segitz, Bömelburg, Molkenbuhr, Dr. Rothe und Frau Zietz. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Als nächster Punkt wird der internationale Arbeiterkongreß 1903 vorweg genommen.

Berichterstatter Singer: Die deutsche Partei hat ihre internationale Solidarität so oft bewiesen, daß ich mir nicht denken kann, daß irgend ein Zweifel darüber besteht, ob wir den nächsten internationalen Kongreß beschicken sollen. Unsere Stellung ist festgelegt in den Sätzen unseres Programms:

„Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiter ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder."

Dieser Satz unseres Programms beweist, daß wir den internationalen Kongressen die größte Aufmerksamkeit zu schenken haben, weil auf denselben sowohl Fragen für das internationale Proletariat als auch für das Proletariat der einzelnen Ländern berathen werden. Entsprechend ihrer programmmäßigen Aufgabe hat die deutsche Sozialdemokratie bisher alle internationalen Kongresse beschickt. Der vorige Kongreß in Paris hat beschlossen, den nächsten Kongreß im Jahre 1903 in Amsterdam abzuhalten. In Paris ist eine neue Einrichtung für die Arbeiter aller Länder geschaffen, das internationale Bureau, und ohne dem von dem Sekretariat zu erstattenden Bericht vorzugreifen, kann ich doch heute schon konstatiren, daß diese Gründung keine vergebliche gewesen ist. Das internationale Bureau hat außerordentlich fleißig gearbeitet, es haben Konferenzen stattgefunden, auf denen eine Reihe von Fragen für den nächsten Kongreß vorbereitet sind. In diesem Jahre wird noch eine Konferenz zur Vorberatung des nächsten internationalen Kongresses stattfinden, und die Arbeiter aller Länder werden Kenntniß bekommen von den Vorschlägen, die ihnen das internationale Bureau als Verhandlungsgegenstände empfiehlt. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß die Arbeiter der einzelnen Länder ihrerseits Vorschläge für die Tagesordnung machen können. Ich glaube damit die Notwendigkeit und Nützlichkeit der internationalen Kongresse nachgewiesen zu haben. Ich würde es als Zeichen der Schwäche ansehen, wenn man es in diesem Saal für notwendig erachtete, über die Beschickung des nächsten internationalen Kongresses lange zu debattieren. Die wirthschaftliche und politische Weltlage erfordert mehr denn je ein festes Zusammenschließen der Arbeiter aller Länder, den politischen Bündnissen, welche die Regierungen, die die Interessen der Bourgeoisie wahrzunehmen haben und die hinauslaufen auf militaristische, marinistische eroberungssüchtige Pläne, Bestrebungen, welche die Regierungen als Vertreter der Bourgeoisie gegen die Vertreter der Arbeiterklasse planen — ich brauche blos an die Verfolgung unserer russischen Brüder zu erinnern, Verfolgungen, bei denen die preußische Regierung sich dazu hergiebt, Opfer des Zarismus an die russische Regierung auszuliefern — ich sage, die politische Weltlage erfordert mehr denn je, daß so, wie die Bourgeoisie sich zusammenfindet in ihren Regierungen, auch die Arbeiter sich zusammenfinden auf internationalen Kongressen, um den Bündnissen der herrschenden Klasse das eine große Bündniß der Arbeiter aller Länder entgegenzusetzen. Diesen Gedanken zu pflegen, die praktischen Konsequenzen zu ziehen,

die sich aus diesem Bündniß ergeben, ist die Aufgabe der internationalen Kongresse. Sind auch vielleicht nicht alle befriedigt von den Erfolgen der bisherigen Kongresse, so soll und darf uns das nicht abhalten, wie bisher so auch in Zukunft zu zeigen, daß die deutsche Sozialdemokratie bereit und gewillt ist, alles zu thun, um das internationale Proletariat zu einheitlicher und einiger Arbeit aufzufordern und es darin zu unterstützen. (Beifall.) Immer besser werden sich die internationalen Kongresse ausgestalten, immer mehr werden auch dort die praktischen Forderungen zur Geltung kommen. Deshalb sollten wir im nächsten Jahre so zahlreich als möglich nach Amsterdam gehen, um dort im Verein mit den Arbeitern aller Länder aufs Neue unsere Ansichten zu klären und dafür zu sorgen, daß auch von dort aus der Ruf in die Welt dringt, daß die Sozialdemokratie, so wie sie national einig ist, auch international einig ist zur Befreiung des Proletariats, zur Befreiung der Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.) Ich empfehle Ihnen daher die Annahme der Resolution: „Der Parteitag fordert die deutschen Genossen auf, den im Jahre 1903 zu Amsterdam stattfindenden internationalen sozialistischen Arbeiterkongreß zur Bekundung des internationalen Solidaritätsgefühls möglichst zahlreich zu beschicken." Durch einstimmige Annahme dieser Resolution werden Sie aufs Neue vor aller Welt und unsern Brüdern im Auslande bekunden, daß da, wo es dem Kampfe für das Proletariat gilt, die deutsche Sozialdemokratie immer ihren Mann stellt. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

Ohne Debatte gelangt die Resolution Singer einstimmig zur Annahme.

Vollmar schlägt vor, nunmehr in die Berathung des Punktes „**Kommunalpolitik**" in Verbindung mit den Anträgen 58, 86, 88 und der Resolution 110 zu treten.

Zur Geschäftsordnung beantragt

Heine-Berlin die Vertagung dieses Punktes bis morgen, da das Referat zu wichtig sei, um jetzt noch, im Zustande der geistigen Ermüdung, angehört zu werden.

Singer: Ich weiß nicht, ob Heine den geistigen Zustand der Versammlung richtig taxirt. (Heiterkeit.) Ich habe die Empfindung, daß der Parteitag noch recht gut in der Lage ist, das Referat zu hören. Wenn die Genossen sich dann bis morgen an der Hand des Gehörten und der Resolution Klarheit zu verschaffen suchen, so wird das wesentlich zur Förderung unserer Verhandlungen beitragen. Ich bitte Heine, seinen Widerspruch zurückzuziehen.

Da **Heine** den Widerspruch aufrecht erhält, muß über seinen Vorschlag abgestimmt. Derselbe wird abgelehnt und das Wort erhält

Dr. **Lindemann**-Stuttgart: Ich will mich darauf beschränken, eine Reihe von Punkten zu behandeln, die strittiger Natur sind und die bisher in unserem Kommunalprogramm und in unserer Presse eine stiefmütterliche Behandlung erfahren haben. Vorher wird aber es nöthig sein, daß wir uns über die Grenzen unserer Kommunalpolitik klar werden, über die Grenzen, die dadurch gezogen sind, daß die Gemeinde als ein kleiner Gebietskörper in den großen Rahmen des Staates eingefügt ist und als solcher durch tausend Fäden mit den übrigen Gemeinden und dem gesammten Staatskörper zusammenhängt. Jeder Fortschritt auf kommunalem Gebiete ist sowohl in wirthschaftlicher als politischer Beziehung bedingt durch die Zustände, wie sie sich innerhalb des Staatswesens finden. Es liegt auf der Hand, daß wir Gewerbe und Betriebe nicht munizipalisiren können, falls sie in ihrer privatkapitalistischen Organisation noch nicht reif dafür sind. Die einzelne Gemeinde ist abhängig von der wirthschaftlichen Konstruktion des Staatswesens, nicht allein die Machtverhältnisse innerhalb der Gemeinde sind für den Fortschritt entscheidend, sondern auch die Machtvertheilung der Klassen innerhalb des gesammten Staatswesens. So wenig wie wir eine kommunistische Kolonie gründen können, können wir

eine kommunistische Gemeindeverwaltung innerhalb unseres heutigen Staatswesens haben, Regierung und Gesetzgebung würden derartigen Experimenten sehr schnell ein Ende machen. Wie in der Staatsverfassung und -Verwaltung die Machtverhältnisse der Klassen sich ausprägen, so prägen sie sich auch aus in der Gemeindeverfassung und -Verwaltung. Beide werden benutzt nach den Interessen der herrschenden Klassen und deren Zwecken gemäß gestaltet. Es kann daher der Fortschritt der Gemeindeverfassung und -Verwaltung kein schnellerer sein als der des staatlichen und wirthschaftlichen Lebens, sie kann beiden niemals um ein bedeutendes Stück voraus sein, und so erscheint denn die staatliche Organisation und Verwaltung in vieler Beziehung als ein Hemmschuh des kommunalen Fortschritts. Aber wie der Staat auf die Gemeinde wirkt, so wirkt auch andererseits die Gemeindeverwaltung auf den Staat zurück. Den Fortschritten auf den verschiedensten Gebieten, die sich innerhalb der Gemeinde vollziehen, kann sich auf die Dauer auch der Staat nicht entziehen, alle staatlichen und wirthschaftlichen Neu-Organisationen können sich eben nur von unten auf, von den Zellen, wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf, vollziehen. Die Geschichte berichtet von Versuchen, wirthschaftliche und staatliche Organisationen zentralistisch zu dekretiren. Aber diese Gesetze sind immer auf dem Papier stehen geblieben. An Beispielen dafür fehlt es nicht. Wir brauchen nur die Wohnungsgesetze anzusehen, die Wohnungserlasse der preußischen Regierung, die Wohnungs-Verordnungen der württembergischen Regierung ꝛc. Alle diese Verordnungen sind sehr schön, aber zu einer Ausführung ist es nicht gekommen. Ist dagegen der Boden in den kleinsten Zellen, in denen sich das öffentliche und Verwaltungsleben abspielt, bereitet, dann wird die Saat, die von der staatlichen Gesetzgebung gestreut ist, auch aufgehen und Früchte tragen. Wenn wir in den Gemeinden die Aufklärungsarbeit gethan haben, so kann sich den Forderungen nach Fortschritten der Staat auf die Dauer nicht entziehen. Auch das beweist die Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte.

Unter diesen Gesichtspunkten ist die intensivste Theilnahme unserer Partei an der Kommunalverwaltung nothwendig und diese Theilnahme ist direkt wirkungsvoller und trägt direktere Früchte als die Theilnahme an der staatlichen Gesetzgebung. Die Gemeinde steht ihrer Verwaltung viel näher, als das in dem Staat der Fall ist, der Angriffspunkt liegt in nächster Nähe, während bei der Staatsverwaltung sich die staatliche Bureaukratie dazwischen schiebt und den Stoß schwächt. Ganz anders bei den Gemeinden, wo die Wahlen sich innerhalb kurzer Perioden wiederholen, wo die Gemeinde-Angehörigen durch die Presse auf ihre Vertreter einwirken, rückschrittliche Handlungen derselben korrigiren und sie zu sozialpolitischen Fortschritten zwingen können. Die wesentliche Vorbedingung einer solchen direkten Einwirkung auf die Gemeindevertreter aber ist, daß sich innerhalb der Gemeinden keine kommunale Bureaukratie entwickelt, denn sonst wird die direkte Einwendung, unter der die Gemeindevertretung steht, ganz bedeutend abgeschwächt.

Unser öffentliches Recht quält sich damit ab, den Gegensatz zwischen Staats- und Gemeindeverwaltung festzustellen, es sucht da Unterschiede zu konstruiren, die thatsächlich nicht vorhanden sind. In der That lassen sich diese beiden Gebiete nicht von einander abgrenzen, und der Unterschied, der da von der offiziellen Staatswissenschaft gemacht wird, muß von Tag zu Tag um so lächerlicher werden, je mehr der Staat staatliche Aufgaben von sich auf die Gemeinden abwälzt und die Gemeinden direkt zur Staatsverwaltung heranzieht, je mehr sich herausstellt, daß der Staat ohne die Kommune hilflos wäre und die gesammte öffentliche Verwaltung kläglich bankerott machen müßte. Diese Unterscheidung ist noch ein Rest aus der Zeit des absoluten Polizeistaates. Historisch läßt sie sich sehr schön erklären, aber sie wird dadurch nicht sinnreicher und werthvoller für das öffentliche Leben. Das offizielle Staatsrecht

hält immer noch fest an den staatlichen Hoheitsrechten, die dem Staat eigen sind und die, wenn sie auch auf die Gemeinden übertragen werden, doch staatliche Hoheitsrechte bleiben. Sehr klar tritt die Absurdität dieser Unterscheidung in der württembergischen Gemeindeverfassung hervor, wo den Gemeinden durch Gesetz verboten ist, die Verwaltung der Polizei an eine staatliche Behörde zu übertragen, wo aber andererseits der Gemeindevorsteher die örtliche Polizei ausschließlich im Auftrage des Staates ausübt und nicht der Gemeindevertretung, sondern nur den staatlichen Behörden verantwortlich ist. Auch politisch läßt sich diese Unterscheidung sehr leicht erklären. Sie bietet ja eine Handhabe, die Selbstverwaltung der staatlichen Behörde zu unterwerfen, die da mit einer Hand nimmt, was sie mit der anderen nur widerwillig den Gemeinden gegeben hat. Diese ganze Unterscheidung zwischen dem übertragenen und dem eigenen Wirkungskreis der Gemeinden ist nur ein politisches Machtmittel der staatlichen Bureaukratie. Man geht aus von den Verwaltungsorganen, statt von der Natur der Verwaltungsgebiete. Statt das man das Wesen des einzelnen Verwaltungsgebietes erforscht und daraus die nöthigen Folgerungen zieht, ob die Verwaltung der zentralen Bureaukratie oder dem Verwaltungskörper zu übertragen sei, hält man sich an die Thatsache, daß einzelne Gebiete von staatlichen Organen, andere von lokalen Körperschaften verwaltet werden und benutzt diesen Gegensatz, um die Autorität der Gemeinden in der weitgehendsten Weise zu beschränken. Gegenüber diesem Unterschiede stellen wir nun die Forderung auf, daß *kein Gegensatz* zwischen staatlicher und kommunaler Verwaltung *existiren soll*. Es soll infolgedessen auch kein Rangunterschied zwischen Staat und Gemeinde bestehen, es soll nicht die Gemeindeverwaltung der Staatsverwaltung subordinirt sein, wie es heutzutage in allen unseren Gemeindegesetzen ausgesprochen ist. Ob eine Verwaltungsfunktion von staatlichen oder kommunalen Beamten ausgeübt wird, ist ohne Einfluß auf die Funktion oder ihr Wesen selbst. Dagegen fließt aus dem lokalen oder dem über die engere Lokalität hinausgreifenden Wesen einer Verwaltungsfunktion die Entscheidung, ob sie der staatlichen oder der kommunalen Behörde zur Verwaltung zu übertragen ist. Daraus fließt ferner der ebenso wichtige Satz, den wir unserem ganzen Programm zu Grunde legen müssen, daß die Gemeinden a priori ein Recht auf die Verwaltung ihrer gesammten öffentlichen Angelegenheiten haben. Diesem aprioristischen Recht der Gemeinden gegenüber muß die Zuständigkeit der staatlichen zentralistischen Bureaukratie stets durch ein besonderes Gesetz begründet werden. Sprechen wir den Gemeinden dies Recht auf die Verwaltung aller öffentlichen Angelegenheiten zu, so folgt daraus ferner, daß diese Verwaltung in eigener Zuständigkeit geschieht und ihnen nicht erst übertragen zu werden brauche. Während im absolutistischen Polizei- und Beamtenstaat, von dem sich ja ein ganz bedeutendes Stück in unseren konstitutionellen Staat hinübergerettet hat, die eigentlich staatliche und die lokale Verwaltung in den Händen der Bureaukratie liegt, müssen sich die Verhältnisse mit der Entwickelung der kapitalistischen Produktion radikal ändern. Die stets komplizirter werdenden Aufgaben der öffentlichen Verwaltung gehen über die Kräfte der staatlichen Bureaukratie hinaus; die Folge ist, daß die gesammte öffentliche Verwaltung eines Staates verkommt und hoffnungslos dahin stagnirt. So haben wir zu Anfang des vorigen Jahrhunderts den vollständigen Bankerott der staatlichen Bureaukratie in Preußen, der sich 1806 in so plötzlicher Weise manifestirt hat; wir haben diesen Bankerott ausgedrückt in der Städte-Ordnung von 1808 in der jede Zeile nach Selbstverwaltung schreit. Aber nicht nur das, die wirthschaftlich erstarkte Bourgeoisie will herrschen und regieren, es entwickelt sich die Finanzkontrolle in den Parlamenten und parallel damit die kommunale Selbstverwaltung durch die in den lokalen Körperschaften herrschende Bourgeoisie. In England wurde der Kampf um die lokale öffentliche Verwaltung von dem Grundbesitzer geführt, der dann

von der Bourgeoisie und zum Theil auch von der Arbeiterklasse abgelöst wurde. In Deutschland hat es die Bourgeoisie nur zu einem lahmen Kompromiß mit Königthum und Staatsbureaukratie gebracht, wobei alle Macht bei dieser und dem Königthum geblieben ist. Es ist für die deutschen Zustände charakteristisch, daß die Bourgeoisie zwar herrschen, aber die Regierungsarbeit nicht selbst leisten will aus Furcht vor der Demokratie und der Arbeiterschaft. Der doppelte Verwaltungskörper, in dem der Magistrat die thatsächliche Uebermacht hat, die Stellung der Bürgermeister, das Bestätigungsrecht der Regierungen, ihr Aufsichtsrecht nicht nur über die Gesetzmäßigkeit, sondern auch über die Zweckmäßigkeit kommunaler Akte, die Disziplinargewalt des Staates — all das beweist, daß die Bourgeoisie auf das Regieren verzichtet hat, soweit sie das kann, ohne ihre Existenz zu negieren.

Unsere Aufgabe muß es nun sein, die Grundsätze der Demokratie zur Durchführung zu bringen auch in einer Neugestaltung der Gemeindeverfassung. Zu diesem Zweck stellen wir an die Spitze unserer Forderungen, die wir auf dem Gebiete des Gemeindeverfassungswesens erheben, die Forderung nach dem Rechte der Selbstverwaltung, d. h. die Führung der gesammten öffentlichen Verwaltung einer Gebietskörperschaft durch eine Vertretung, die von der Einwohnerschaft gewählt wird. Damit wird die Gemeindevertretung zur Trägerin der gesammten lokalen Verwaltung, mag dieselbe ihr durch spezielle Gesetze übertragen werden oder freiwillig von ihr übernommen sein durch Ueberführung von privaten Betrieben oder ihr zustehen, nach dem Satze, daß alle lokale Verwaltung ihr aus eignem Rechte zukommt. Das ist eine außerordentlich wichtige Forderung. Heutzutage wird in den meisten Gemeindeverfassungs-Gesetzen nur der eigentliche Wirkungskreis dem Bürgermeister und den Stadtverordneten oder dem Magistrat und den Stadtverordneten übertragen, während der sogenannte übertragene staatliche Wirkungskreis der Gemeinden nicht von den Gemeinden oder der Gemeindevertretung, sondern von kommunalen Beamten im Auftrage des Staates ausgefüllt wird. Das sind je nach den verschiedenen Bundesstaaten die Bürgermeister oder die Magistrate. Es liegt auf der Hand, daß diese kommunalen Beamten durch eine derartige eigenthümliche Gestaltung ihrer Stellung in einen Konflikt kommen. Sie bekleiden die doppelte Stellung von Gemeindebeamten und Staatsbeamten, und wenn der Bürgermeister auf der einen Seite als der Verwalter der Ortspolizei jeden Befehl seiner vorgesetzten staatlichen Behörde nachzukommen hat, so hat er auf der anderen Seite als der oberste Beamte der kommunalen Verwaltung in Konflikten zwischen der Gemeinde und der staatlichen Behörde die Rechte der Gemeinde zu wahren. Die Menschen müssen aber erst noch gefunden werden, die eine derartige Doppelstellung in befriedigender Weise bekleiden können. Das Resultat ist dann auch immer das, daß der kommunale Beamte die Aufträge der staatlichen Behörde in erster Linie ausführt, weil er eben unter dem direkten Disziplinarrecht und der Disziplinarbefugniß der staatlichen Behörde steht, während er erst in zweiter Linie daran denkt, die Rechte und Kompetenzen der Gemeinde gegenüber den staatlichen Behörden zu wahren.

Bezüglich des Wahlrechts stellen wir weiter die Forderung auf, daß die Einwohnerschaft einer Gemeinde zugleich die Wählerschaft sein soll, daß die Einwohner einer Gemeinde, soweit sie mündig sind, das aktive und passive Wahlrecht besitzen sollen ohne Unterschied des Geschlechts, der Steuerleistung und der Staatszugehörigkeit. Wir erklären uns also hiermit gegen das Prinzip der Bürgergemeinde, wie es noch in einer Reihe von deutschen Gemeindeverfassungs-Gesetzen enthalten ist, und zwar erklären wir uns deshalb gegen die Bürgergemeinden und stellen uns auf den Boden des Prinzips der Einwohnergemeinde, weil die Entwickelung der Industrie die Ansässigkeit der Gemeindebürger zerstört hat, weil ein großer Theil der früheren Gemeinde-

bürger die Ansässigkeit verloren hat und durch die Bedürfnisse der Großindustrie bald hierhin, bald dorthin auf längere oder kürzere Zeit verschlagen wird. Ist einmal durch die Entwickelung der Industrie diese Stabilität der Gemeindebürger zerstört, so müssen wir auch aus dieser wirthschaftlichen Thatsache die Konsequenz für unsere Gemeindeverfassung ziehen und die Bürgergemeinde durch die Einwohnergemeinde ersetzen. Die nothwendige Folgerung ist dann, daß alle Bürgerrechtsgebühren fortfallen und daß das Institut der Bürgernutzungen ebenfalls aufgehoben wird und diese Bürgernutzungen in die allgemeine Gemeindekasse übergeführt werden. Wenn wir sagen, daß die mündige Einwohnerschaft das aktive und passive Wahlrecht besitzen soll, so versteht es sich von selbst, daß auch die Frauen in gleicher Weise aktiv wie passiv wahlberechtigt sein sollen, ebenso daß sämmtliche Privilegien, die sich auf einem gewissen Zensus oder auf dem Hausbesitz aufbauen, aus der Gemeindeverfassung heraus sollen. Wir haben, wenn wir diese Forderung durchgeführt haben, ein sehr weitgehendes Wahlrecht. Die einzige einschränkende Bestimmung wäre die, daß eine gewisse Aufenthaltsdauer innerhalb der Gemeinde vorgeschrieben werden muß. Die wirthschaftliche Entwickelung hat es ja dahin gebracht, besonders in den Betrieben, die auf Wanderarbeiter angewiesen sind, daß große Massen von Arbeitern auf ganz kurze Zeit sich in anderen Gemeinden ansiedeln müssen und dort ihren Wohnsitz für Perioden von vier, drei und weniger Monaten nehmen. Es liegt auf der Hand, daß wir einer solchen zugewanderten Arbeiterschaft niemals das Wahlrecht in der Gemeinde ihrer Zuwanderung geben können. Deshalb werden wir eine bestimmte Aufenthaltsdauer festsetzen müssen.

Als weitere Forderung ist zu erheben die Forderung eines Proportional-Wahlrechtes. Diese Forderung ist ja schon in dem neuen Entwurf einer Gemeinde-Ordnung, der jetzt in Württemberg auf der Tagesordnung steht, aufgestellt worden. Da ist die Proportional-Vertretung für die größeren Stadtgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern bereits aufgenommen. Dies Proportional-Wahlrecht hat natürlich nicht nur für die Gemeinde-Vertretungen selber, sondern auch für die von diesen Gemeinde-Vertretungskörpern gewählten Deputationen zu gelten.

Was die Organisation der Gemeindekollegien angeht, so so haben wir ja in Deutschland zwei große Gruppen nebeneinander. Die eine ist die Gruppe der Gemeinden mit Magistrats-Verfassung, die andere die Gruppe der Gemeinden mit Bürgermeisterei-Verfassung. Bei der Magistrats-Verfassung gehen die Stadtverordneten aus direkten Wahlen hervor, während der Magistrat aus indirekten Wahlen hervorgeht, d. h. vom Stadtverordneten-Kollegium gewählt wird. Die Stadtverordneten sind nur ein Beschluß- und Kontrollorgan, während die eigentliche Verwaltung in den Händen des Magistrats liegt. Der Magistrat ist dann zugleich auch der Ortsvorstand und untersteht als solcher der Disziplinargewalt der Regierungsbehörden. Die Bürgermeisterei-Verfassung unterscheidet sich von der Magistrats-Verfassung dadurch, daß in der ersteren der Bürgermeister alle Funktionen hat, die der Magistrat in der anderen Gruppe besitzt. Durch diese Häufung von Funktionen in den Händen des Bürgermeisters erhält derselbe ein so weitgehendes Uebergewicht, daß diese Bürgermeisterei-Verfassung an das schlimmste französische Präfektensystem erinnert. Für das Zweikammer-System, eben die Magistratsfassung, ist es charakteristisch, daß zwei Organe neben einander bestehen, von denen das eine Beschluß- und Kontrollorgan ist, während das andere, der Magistrat, Beschluß- und Verwaltungsorgan ist. Die Folge des Nebeneinanderarbeitens der beiden Organe ist die, daß sich zwischen beiden fortgesetzt Konflikte und Reibungen ergeben. Die Geschichte preußischer kommunaler Körperschaften liefert dafür ein reichhaltiges Material. Eine weitere Folge des Zweikammer-Systems ist der schwerfällige Geschäftsgang in der Gemeindeverwaltung. Dieser schwerfällige Instanzenzug,

der von den Deputationen zum Magistrat und vom Magistrat zur Stadtverordneten-Versammlung geht, muß sich besonders lästig bemerkbar machen, wo es sich um die Verwaltung von wirthschaftlichen Instituten handelt. Da nun unser Ziel und unsere Aufgabe dahin geht, die weitgehende Uebertragung wirthschaftlicher Funktionen auf die Gemeinde zu erreichen, so haben auch wir das größte Interesse daran, dies Zweikammersystem zu ersetzen durch ein Einkammersystem. Durch Auftheilung der gesammten Verwaltungsarbeit unter die Deputationen läßt sich die Gemeindeverwaltung in einfacherer Art und Weise führen, als wenn die einzelnen Deputationen nun wieder dem Magistrat verantwortlich sind und der Magistrat seinerseits der Kontrolle des Stadtverordneten-Kollegiums unterstellt ist. Das Einkammersystem hat den großen Vorzug, diesen Instanzenweg innerhalb der Gemeindeverwaltung abzukürzen und in Verbindung mit dem System der Kommissionen hat es den weiteren Vorzug, daß es sich den Bedürfnissen der Gemeinden, der großen wie der kleinen Gemeinden, in der vorzüglichsten Weise anschmiegt.

Von nicht minderer Bedeutung ist ferner die Regelung des *Verhältnisses zwischen Gemeinde und Staat*. Die staatliche Macht kommt zum Ausdruck in dem Aufsichtsrecht und in dem Bestätigungsrecht, welch letzteres von den staatlichen Behörden rein nach ihrem Ermessen ausgeübt wird. Nur in Württemberg besteht die Bestimmung, daß die staatliche Bestätigung der gerichtlichen Entscheidung in gewissen Fällen unterworfen werden darf. In allen übrigen Staaten entscheidet die Regierung ohne Angabe von Gründen nach Willkür. Die Forderung der Beseitigung des Bestätigungsrechtes ist nur eine Folge unserer Auffassung der Gemeinde als einer selbstverwalteten Gebietskörperschaft. Was das Aufsichtsrecht des Staates anlangt, so ist die Gemeinde eingegliedert in den Staat; ihre Thätigkeit unterliegt der staatlichen Gesetzgebung. Daraus folgt, daß dafür gesorgt werden muß, daß die Gemeinden die Gesetze beobachten. Um diese Gesetzmäßigkeit zu garantieren, genügt das Recht der Kenntnißnahme der kommunalen Akte, das Recht der Inspektion. In allen diesen Fällen, wo es sich um die Prüfung der Gesetzmäßigkeit handelt, ist eine gerichtliche Nachprüfung möglich. Dagegen ist nichts einzuwenden. Anders steht es bei der staatlichen Aufsicht über die Zweckmäßigkeit kommunaler Verwaltungsakte. Hier steht das reine Ermessen der staatlichen Behörde, d. h. der höheren Selbstverwaltungsbehörde gegenüber dem Gemeindebeschluß. Die heutige Gesetzgebung geht aus von einem Subordinations-Verhältniß, das zwischen Staat und Gemeinde bestehen soll. Das ist ein Irrthum. Zwischen Gebietskörperschaften, von denen die eine der anderen eingegliedert ist, kann es selbstverständlich kein Subordinations-Verhältniß geben. Subordination ist nur möglich in einem Beamtenkörper. Zwischen Staat und Gemeinde kann es sich nur um die Abgrenzung von Kompetenzen und um die Aufsicht der größeren Gebietskörperschaften über die kleineren rücksichtlich der Gesetzmäßigkeit ihrer Akte handeln.

Erst auf diese Art und Weise gewinnen die Gemeinden die Autonomie, die heute in Deutschland nur auf dem Papier steht, von den Regierungen aber im Munde geführt wird, während sie ebenso oft auf sie Attentate machen.

Ich komme nunmehr zu der nicht minder wichtigen Frage nach den *Mitteln und Wegen, auf denen die Gemeinde ihre Aufgaben erfüllen kann*. Wir müssen der Gemeinde die nothwendigen Mittel liefern. Das erste Mittel hierzu ist die Bildung leistungsfähiger Gemeinden, der Zusammenschluß der zahllosen Zwerg-Gemeinden, die es in Deutschland giebt, zu Großgemeinden für bestimmte Verwaltungszwecke. Die Wohnungs-Inspektion kann z. B. kleinen Gemeinden gar nicht übertragen werden, weil hier nicht die Männer gefunden werden können, die eine erfolgreiche Inspektion vornehmen können. Dann stehen der Gemeinde zur Verfügung als finanzielle Mittel die Erträgnisse des Gemeindevermögens, ihrer wirthschaftlichen Unter-

nehmungen, die Gebühren für die Benutzung einer Reihe von Gemeinde-Einrichtungen, die Zuschüsse des Staates und die Steuern. Betrachten wir die Einnahmen der Gemeinden aus den wirthschaftlichen Unternehmungen, so müssen wir untersuchen, ob die Gemeinden ihre Betriebe so betreiben sollen, daß sie Ueberschüsse abwerfen, oder ob die gesammten Ueberschüsse in Preisreduktionen den Konsumeten, den Einwohnern, zu gute kommen sollen, wobei selbstverständlich Rücklagen für die Amortisation des aufgewendeten Kapitals mit in Rechnung zu stellen sind. Durch die Munizipalisirung gewerblicher Betriebe wird an ihrem kapitalistischen Charakter an und für sich nichts geändert. Dazu wäre es nöthig, daß der Profit, den sie abwerfen, aus der Welt geschafft wird. Die Gemeinden sollen nach unserer Auffassung nicht nach dem Grundsatz verfahren, den größten Betrieb aus ihren Betrieben herauszuschlagen, sondern sie sollen die Leistung von Diensten und die Produktion von Waren durch die Regieübernahme aus dem Gesammtgebiet der kapitalistischen Produktion herausheben und zu einem Theil der öffentlichen Leistungen umgestalten. Damit ist eine Profitwirthschaft natürlich nicht vereinbar. Wir müssen nun untersuchen, welche Wirkungen die im Interesse eines Ueberschusses höher eingesetzten Preise ausüben, ob es gerecht ist, die Ueberschüsse zur Steuererleichterung oder zur Deckung des Defizits anderer Anstalten zu verwenden. Sehr interessant ist in dieser Beziehung die Frage der Ueberschüsse der Gas- und Elektrizitätswerke. Zu den Gaskonsumenten gehören zahlreiche kleine Handwerker und Beamte, zu den Elektrizitätskonsumenten sehr kapitalkräftige Leute. Wir stehen vor der Thatsache, daß beim Profitbetrieb die kleinen Gaskonsumenten für das Defizit zahlreicher Elektrizitätswerke aufkommen oder, wenn die Elektrizitätswerke Ueberschüsse abwerfen, in den Ueberschüssen der Gaswerke die reichen Leute vor höherer Steuerbelastung schützen müssen. Die Gasautomatenbesitzer gehören ohne Zweifel nicht zur besitzenden Klasse. Der durchschnittliche Verbrauch eines Gasautomaten ist auf 275 Kubikmeter im Jahre anzunehmen. Es giebt nun Städte, die 8,5 Pf. Ueberschuß pro Kubikmeter aus dem Gas herauswirthschaften. Das bedeutet also für den Gasautomatenbesitzer eine jährliche Belastung von 24 M. Diese kommunale Ueberschußwirthschaft bedrückt die nichtbesitzenden Klassen. Die angeblichen Gründe für die Ueberschußwirthschaft sind erstens die Möglichkeit, Profit zu machen, die als Ansporn der Direktion dienen soll, zweitens die Entschädigung für das Risiko, das aber von den Konsumenten getragen wird. Das Geheimniß der Ueberschußwirthschaft ist aber thatsächlich das gleiche wie bei den indirekten Steuern. Zahlreiche neue Bedürfnisse entstehen in den Städten, die Geld kosten. Die Kommunen scheuen sich, ihre reichen Einwohner stärker heranzuziehen.

Die Hauptsache für uns ist die sozialpolitische Gestaltung der Tarife. Bei Einrichtungen der Volkshygiene muß der Tarif die Benutzung durch das Publikum sichern, bei solchen der Wirthschaftspflege die kleinen Konsumenten mindestens nicht schlechter stellen als die großen Konsumenten. Heute aber wird bei den Wasserwerken den großen Abnehmern manchmal ein Rabatt bis zu 50 Proz. gewährt. Wir müssen mit dieser Rabattwirthschaft aufräumen, denn der Einwurf, daß sie nothwendig sei, um die großen Konsumenten von der eigenen Herstellung abzuhalten, ist hinfällig: zahlreiche Städte besitzen einen Einheitstarif, ohne daß diese Folge bei den großen Konsumenten eingetreten wäre.

Bei der Regelung des kommunalen Steuerwesens werfen sich eine ganze Reihe wichtiger Fragen auf. So entsteht zunächst die Frage, ob die absolute Steuerautonomie der Gemeinde richtig ist oder die staatliche Regelung des kommunalen Steuerwesens. In der Resolution treten wir für die zweite Regelung ein. Die Erfahrungen, die sächsische Städte mit der Finanzautonomie bieten, sprechen nicht für den Grundsatz der absoluten Gemeinde-Autonomie.

Die zweite wichtige Frage ist, ob die kommunale Steuerleistung nach der Leistungsfähigkeit oder nach dem Interesse erfolgen solle. Die Resolution stellt

die Steuerleistung nach der Leistungsfähigkeit voran. Es handelt sich dabei um die Einkommen-, Vermögens- und Erwerbssteuer. Die Besteuerung nach dem Interesse ist aber als Ergänzung nothwendig, vor allem, wo es sich um die Werthsteigerung des Grund und Bodens handelt, die für die Gemeinden abgefangen werden muß. Die bürgerlichen Kommunalsteuer-Reformer haben eine große Reihe von Vorschlägen gemacht, die sich mit der Abfangung dieser Werthsteigerung beschäftigen. Sie haben Steuern auf den gemeinen Werth des Grund und Bodens, die Bauplatzsteuer und die Immobilar-Umsatzsteuer, vorgeschlagen. Leider ist es mir nicht möglich, im einzelnen auf alle diese Steuern einzugehen. Den größten Vorzug räume ich der Immobiliar-Umsatzsteuer ein, sobald sie freigemacht ist von den fiskalischen Beschränkungen, proportional dem Werthzuwachs bemessen wird und nicht nur die onerosen Geschäfte, sondern auch den Besitzwechsel durch Erbgang trifft. Diese Steuer hat den großen Vorzug, daß sie nicht abgewälzt werden kann, da sie nicht alle Grundstücke gleichmäßig proportional dem Werthe trifft, sondern ein Grundstück so oder so nach dem Werthzuwachs. Die Grundstücke haben eine bestimmten Marktwerth, der sich nicht individuell bei den einzelnen Grundstücken um die Höhe der Steuern steigern läßt. Mit den Steuern und Ueberschüssen der gewerblichen Unternehmungen allein ist es der Gemeinde nicht möglich, alle ihre Aufgaben zu erfüllen. Es ist nothwendig, daß der Staat mit seinen reicheren Mitteln eingreift und Zuschüsse gewährt. Dabei wird es sich vor allem um die Gebiete handeln, die mit dem allgemeinen staatlichen Interesse in einer gewissen Beziehung stehen, also um die Volkshygiene, um das Schulwesen, um die Armenpflege.

Sollen die staatlichen Zuschüsse nun allen oder nur den bedürftigen Gemeinden zugewendet werden? Auf jeden Fall muß das Ermessen der Regierungsbehörde ausgeschlossen werden. Es müssen gesetzliche Normen für die Fälle der Bedürftigkeit der Gemeinden festgelegt werden. Weiter müßte Fürsorge getroffen werden, um die Selbstständigkeit der Kommunen gegenüber der staatlichen Aufsicht bei der Verwendung staatlicher Zuschüsse zu sichern. Die Zuschüsse müssen den Gemeinden zur freien Verwendung übergeben werden nach den gesetzlichen Vorschriften. Bei ungesetzlicher Verwendung müßte der Staat auf Rückzahlung klagen. Die Bedeutung der staatlichen Zuschüsse liegt darin, daß sie der einzige Weg sind, den leistungsunfähigen Gemeinden die nothwendige Hülfe zu gewähren. Diese Leistungsunfähigkeit der Gemeinden hat ja zu der Forderung geführt, das Schulwesen, die Armenpflege zu verstaatlichen. Gewähren wir den leistungsunfähigen Gemeinden Staatszuschüsse, so entfällt damit einer der Hauptgründe, den Gemeinden die Verwaltung dieser wichtigen Gebiete zu nehmen.

Ich komme nun zur Besprechung einer Reihe von Einzelpunkten, die ich herausgreifen will aus dem gesammten Abschnitt, der die einzelnen Forderungen enthält, die wir an die Gemeinden stellen. In der Resolution wird den Gemeinden die Fürsorge für die Ernährung überwiesen. Die Gemeinden sollten so weit als möglich die Käufer vor Uebervortheilung schützen, dem Lebensmittelverkehr geregeltere Bahnen anweisen und so dafür sorgen, daß die Ströme des Verkehrs in ausreichender Stärke die einzelnen Theile des Gemeinwesens durchfluthen; sie sollen aber noch weiter gehen und selbst in die Produktion der Lebensmittel eingreifen. Dafür spricht einmal die Rücksicht auf die Volksgesundheit. Trotz der Nahrungsmittel-Aemter in den einzelnen Gemeinden, ist das Publikum Fälschungen gegenüber hülflos. So hat z. B. die städtische Milchkontrolle einen vollständigen Bankerott erlitten. Ein zweiter Grund ist die Billigkeit der Produkte. Diese werden theils in monopolistischen Riesenbetrieben hergestellt, theils in Kleinbetrieben. Befindet sich das Publikum bei ersteren geradezu Monopolen gegenüber, so werden bei den Kleinbetrieben die Produkte in Folge der Zünfte vertheuert und verschlechtert. Dazu kommt, daß sich in den letzten Jahrzenten der Kampf zwischen Stadt und Land in einer Weise ausgebildet hat,

wie nie zuvor. Die Städte sehen sich agrarischen Ringen gegenüber, die nicht nur bei den Regierungen, sondern auch bei den Kleinhändlern der Städte selbst Unterstützung finden. Nicht überall liegen die Verhältnisse so wie in Berlin, wo die Milchhändler sich im eigenen Interesse gegen die Monopolbestrebungen des agrarischen Ringes wehren. In anderen Städten haben wir beobachten können, daß die Kleinhändler mit den Monopolisten zusammen die Preise verteuern. Gegen derartige Bestrebungen müssen die Gemeindeverwaltungen einschreiten, um ihr Bürger zu schützen. Dadurch wird die Thätigkeit der Gemeinden zu einer wirthschaftlich organisatorischen. Aber gerade wegen dieses Charakters stößt sie auf die größten Hindernisse und Schwierigkeiten. Die Produktion der Lebensmittel und der Verkehr mit ihnen sind so in den kapitalistischen wirthschaftlichen Mechanismus hineingewachsen und so sehr Bestandtheile desselben geworden, daß jeder Versuch, sie stückweise herauszuheben aus dem schädlichen Boden, auf die erbitterste Feindschaft der Interessenten stößt. Bei diesem Kampf vergißt selbst das Kleinhändlerthum in den Reihen unserer Partei sehr oft die Zusammengehörigkeit mit der Gesammtpartei. In welcher Weise die Gemeinden die Privatwirthschaft zu ersetzen vermögen, ist eine Frage, die einer speziellen Untersuchung bedarf. Es sei nur betont, daß die Gemeinden sich auf die Produktion der Massengüter beschränken müssen, d. h. von Waren, die in ziemlich gleichbleibenden Quantitäten und in wenigen Qualitäten in großer Masse von der Bevölkerung konsumirt werden, wie Milch, Brot, Fleisch und Bier.

Wegen der vorgerückten Zeit bricht Redner sein Referat ab, um es in der nächsten Sitzung fortzusetzen. Begrüßungs-Telegramme sind eingesandt vom Deutschen sozialistischen Leseklub in Paris und vom Verband der Hafenarbeiter, Mitgliedschaft Schauerleute, Altona. Schluß 7 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 19. September. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 8¾ Uhr. Den Vorsitz führt Genosse Vollmar.

Eingegangen ist ein Begrüßungstelegramm vom Kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein London.

Dr. Lindemann fährt in seinem Referat über Punkt 6 der Tagesordnung: **Kommunalpolitik** fort:

Mit dem nächsten Punkt, den ich zu behandeln habe, dem Städtebau und Wohnungswesen, hat sich bereits der vorjährige Parteitag beschäftigt, so daß ich nicht nothwendig habe, auf die große Frage des Städtebauwesens und des Wohnungswesens in allen Einzelheiten einzugehen. Ich beschränke mich daher darauf, einige strittige Punkte einer kürzeren Besprechung zu unterziehen. Die Resolution beginnt mit der Forderung einer gesunden Bodenpolitik durch die Gemeinden und sie empfiehlt als die wesentlichsten Mittel für ihre Durchführung die Erwerbung von Grund und Boden seitens der Gemeinden, die Umgestaltung und Ausbildung der Bebauungspläne und Bauordnungen und endlich den Ausbau und Betrieb kommunaler Straßenbahnnetze. Das sind ja nur Palliativmittel; es kann wohl etwas damit erreicht werden, aber nicht alles. Das große Mittel, die Enteignung von Grund und Boden, wird den Gemeindeverwaltungen sobald nicht in den Schoß fallen, und so lange dieses Mittel fehlt, muß versucht werden auf anderem Wege dem Ziele näher zu kommen. Dazu dient in erster Linie der Ankauf von Grund und Boden durch die Gemeinde. Die Gemeinden müssen da selber auf dem Markt als Spekulanten erscheinen und sich in den Besitz möglichst zahlreicher Terrains setzen. Sie müssen durch besondere Maßregeln den Preis des Grund und Bodens möglichst niedrig zu halten suchen. Hier ist es vor allem der Bebauungs

plan und die Bauordnung, durch die es möglich ist, die Bodenausnützung zu beschränken, die Miethskaserne, dieses scheußlichste Produkt des Städtebaues, zu bekämpfen und den Kleinbau zu fördern. Bei der Festlegung von Bebauungsplänen und dem Erlaß von Bauordnungen drängt sich zunächst die sehr wichtige Frage auf, inwiefern eine weiträumige Bebauung des Gemeindegebietes stattfinden soll, und hier begegnen wir in den Reihen, nicht nur der deutschen, sondern auch der ausländischen Sozialdemokratie einer Meinungsverschiedenheit. Die einen wenden sich gegen eine weiträumige Bebauung, weil sie der Ansicht sind, daß dadurch die Miethspreise gesteigert werden, sie treten ein für hohe Häuser, ja sogar Dachwohnungen. Vom volkshygienischen Standpunkt aus müssen wir die Miethskasernen ohne weiteres verwerfen. Wir trachten danach, daß nicht nur die oberen Zehntausend, sondern auch die Arbeiter dessen theilhaftig werden, was die moderne Bautechnik den Reichen zur Verfügung stellt. Es kann doch nicht unser Grundsatz sein, für die Herren die Villen, für die Arbeiter die Miethskasernen zu schaffen. Von dem Bauunternehmerthum, von dem Hausbesitz wird die Verbilligung der Miethen ins Feld geschickt, um dahinter durch große Bodenausnützung und den Bau von Miethskasernen die Grundrente in die Höhe zu treiben und als Folge davon die Miethen zu steigern. Die fingirte Arbeiterfreundlichkeit der Bauunternehmer und Bodenbesitzer tritt ein für die Miethskasernen, weil sie angeblich der Arbeiterklasse ein zentraleres und billigeres Wohnen gestatte. Wir dürfen uns durch diese fingirte Arbeiterfreundlichkeit nicht täuschen lassen. Es ist durchaus nicht wahr, daß die Wohnungen in den Miethskasernen billiger sind als in den kleinen Häusern. Wenn wir die Miethspreise solcher Städte, in denen die Miethskaserne vorherrscht, vergleichen mit den Miethspreisen solcher Städte, in denen das kleine Wohnhaus vorherrscht, so liegt der Vortheil durchaus auf seiten der Städte mit Miethskasernen. In London entfallen auf ein Wohnhaus im Durchschnitt 8 Personen, in London muß eine Familie durchschnittlich $^1/_{10}$—$^1/_8$ ihres Einkommens für die Miethe aufwenden. In Berlin, wo auf ein Haus etwa die sechsfache Bewohnerzahl entfällt, steigt der Theil des Einkommens, der für die Miethe aufgewendet werden muß, auf ein $^1/_4$—$^1/_3$. Es ist also durchaus nicht wahr, daß die Miethskaserne die Preise verbilligt. Damit entfällt das wichtigste Moment, das für eine enge, geschlossene Bebauung des Städtegebietes spricht. Wahr ist nur, daß da, wo einmal die Miethskaserne die herrschende Wohnform ist, wo die gesammte Bauordnung auf die Miethskaserne zugeschnitten ist, natürlich der Kleinhäuserbau konkurrenzunfähig ist, weil eben der Grund und Boden für die Errichtung von kleinen Häusern zu theuer wird. Um nun den Kleinbau, unter dem man sich nicht ausschließlich den Bau von Einfamilienhäusern zu denken braucht, wieder konkurrenzfähig zu machen, muß auf gesetzgeberischem Wege eingegriffen werden. Es muß der Grad der Bodenausnützung durch Ortsstatute beschränkt werden durch Vorschriften, die die hygienisch vortheilhafte weiträumige Art der Bebauung vorschreiben und die Miethskasernen einschränkende Bestimmungen enthalten. Selbst wenn durch derartige Beschränkungen der Bodenausnützung die Miethen nicht billiger würden, so würden die Arbeiter doch gesünder und besser wohnen als in den Miethskasernen, wie sie sich heute in den modernen Großstädten bis auf weit hinaus in die Vororte aufthürmen. Ueber die Frage der Wohnungsämter kann ich wohl hinweggehen, da über die Einrichtung, die Aufgaben, die solchen Wohnungsämtern zuzuweisen sind, keine Meinungsverschiedenheiten in unserer Partei bestehen. Dagegen will ich noch mit einigen Worten auf die Frage der Baugenossenschaften und speziell der Unterstützung derselben durch die Gemeinden eingehen. Der Lübecker Parteitag hat in seiner Resolution über die Wohnungsfrage sich gleichfalls mit den Baugenossenschaften beschäftigt und hat eine qualifizirte Empfehlung derselben gegeben. Ueber die Frage, ob wir für eine

finanzielle Unterstützung der Baugenossenschaften einzutreten haben, hat sich der Lübecker Parteitag nicht ausgesprochen. In dieser Frage stehen sich bei unseren Genossen zwei Ansichten gegenüber, von denen die eine sich gegenüber dem gesammten Baugenossenschaftswesen ablehnend verhält, während die andere, zahlreicher vertretene, sich für eine finanzielle Unterstützung derselben durch die Gemeindeverwaltungen ausspricht. Die Programme von Braunschweig, Schleswig-Holstein, Hessen u. s. w. fordern alle eine Unterstützung des Baugenossenschaftswesens durch die Gemeinden. Die Ansicht, die jede Unterstützung von Baugenossenschaften ablehnt, geht doch wohl zu weit, es kommt auf den einzelnen Fall an; immer wird zu untersuchen sein, aus welchem Personenkreis sich eine solche Genossenschaft zusammensetzt, wie die Eintrittsbedingungen, die Beiträge sind, ob das Prinzip des Gesammteigenthums gewahrt bleibt. Vor allem ist zu fragen: wie stellt sich die Baugenossenschaft zu dem Grundsatz, daß die Miethen prinzipiell so zu bemessen sind, daß sie nur die Kosten und die Amortisation decken. Nach Beantwortung dieser Fragen ist unsere Stellung zu bemessen.

Wir kommen nun zur Volksbildung. Ich beginne mit einer Besprechung der Forderung, welcher wir in sehr vielen Kommunalprogrammen begegnen und ein beliebtes Schlagwort auch in unserer Landtagspolitik ist, der Forderung nach der Verstaatlichung der Volksschule. Was ist damit gemeint? Soll damit gemeint sein, daß die Volksschule nicht von Privatunternehmern, sondern von öffentlichen Gebiets-Korporationen verwaltet werden soll? Nein, man versteht unter dieser Forderung die Uebernahme der Lasten des Volksschulwesens auf den Staat, die Uebertragung der Verwaltung des gesammten Volksschulwesens auf eine staatliche Bureaukratie. Diese beiden Dinge lassen sich nicht trennen. Die Uebernahme der Kosten bedingt auch die Uebernahme der Verwaltung. Der Staat würde sich die Verwaltung oder doch wenigstens eine weitgehende Beaufsichtigung der Volksschule ausbedingen. Können wir dafür eintreten? Der leitende Gedanke muß immer der sein, daß die Gemeinde von vornherein das Recht auf die Führung der lokalen Verwaltung hat. Ist nun das Volksschulwesen eine solche lokale Angelegenheit? Ohne Zweifel! Allerdings hat der Staat ein großes Interesse an dem guten Zustande des Schulwesens in den Gemeinden, das kommt zum Ausdruck im Schulgesetz und im Aufsichtsrecht. Das Hauptinteresse am Schulwesen aber hat doch die Einwohnerschaft eines Ortes. Zwischen ihr und der Volksschule laufen so enge Fäden, daß wir sie nicht ohne weiteres durch Uebertragung an eine staatliche Bureaukratie zerschneiden wollen. Auch im Wesen der Volksschule ist diese Uebertragung nicht begründet. Der Bau von Volksschulen, die Einrichtung von Turnhallen, Spielplätzen, Brausebädern kann die Gemeinde ebenso gut vornehmen wie der Staat. Fortschritte, wie die Anstellung von Schulärzten, sind viel eher von der Gemeinde zu erwarten, als von der staatlichen Bureaukratie, die das „Ruhende nicht bewegen" will. Zudem ist noch die Zustimmung des Landtages erforderlich, und wie da die Majoritäten beschaffen sind, wissen wir. Wie es mit der staatlichen Verwaltung aussieht, kennen wir bei der Ortspolizei. Der Hauptgrund, der für die „Entkommunalisirung" der Volksschule angeführt wird, ist: daß sie unter staatlicher Verwaltung außerordentliche Fortschritte machen würde. Das wage ich zu bezweifeln, der Staat betreibt seine Verwaltung nach dem Grundsatz der geringsten Kosten. Vielleicht würde etwas gebessert werden bei den Landschulen, aber nur soviel, als die leitenden Gewalten auf dem Lande, die Junker, gestatten, und das ist sehr wenig. Dagegen würden die Volksschulen der großen Städte leiden, eine Stagnation würde eintreten. Schon im Interesse unserer Partei, deren Kerntruppe doch das Proletariat der großen Städte ist, haben wir hier den kulturellen Fortschritt der Entwickelung des Volksschulwesens zu fördern. Man könnte mir entgegenhalten, daß z. B. Berlin von den staatlichen Behörden zur Einführung der achten Schulklasse gezwungen werden

mußte. Drehen wir einmal die Sache um und fragen wir: Hätte der Staat, wenn er das gesammte Schulwesen verwaltet, das achte Schuljahr eingeführt? Darauf werden wir alle nur mit Nein antworten können. Wichtig ist auch noch der politische Grund, der uns abhalten muß, eine neue Bureaukratie zu schaffen Die Bureaukratie ist der hartnäckige Gegner unserer Bestrebungen, wir haben sie nicht zu stärken. Weist man all demgegenüber auf die mangelnde Leistungsfähigkeit und die Rückständigkeit vieler Gemeinden hin, so sagen wir: die mangelnde Leistungsfähigkeit beseitigen wir durch staatliche Zuschüsse, die Rückständigkeit der Gemeinde aber bekämpfen wir durch die Aufklärung und Agitation, die von unserer Partei ausgeht.

Alles, was ich eben gegen die Verstaatlichung des Volksschulwesens ausgeführt habe, gilt auch gegen die Verstaatlichung der Armenpflege. Hier kommt noch der neue Einwand hinzu: Wie will die staatliche Verwaltung diejenige Individualisirung durchführen, die doch das charakteristische Kennzeichen der Armenpflege ist? Es würde dazu ein so ungeheures Beamtenheer nothwendig sein, daß die Kosten sich vielleicht auf das Doppelte und Dreifache belaufen würden, und das Resultat würde doch ein unbefriedigendes sein. In kleinen Gemeinden müßte der Staat doch auf die Gemeindebeamten zurückgreifen. Da ist es schon richtiger, die Armenpflege den Gemeinden zu übertragen und dafür zu sorgen, daß diese leistungsfähig werden für die Ausführung ihrer Aufgaben, dafür zu sorgen, daß ihre Thätigkeit von sozialpolitischen Gedanken durchtränkt wird, statt ihnen ohne weiteres ein großes, wichtiges, aufs engste mit der Lokalität verbundenes Arbeitsgebiet zu nehmen und auf staatliche Behörden zu übertragen, die durchaus nicht geeignet dafür sind.

Ein anderer Punkt, über den unter den Parteigenossen Meinungsverschiedenheiten herrschen, das ist unsere Stellung zum höheren Schulwesen. Die Programme von Brandenburg und Sachsen fordern im Anschluß an unser allgemeines Programm die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler der Volksschule, die zu weiterer Ausbildung fähig sind. Dagegen forderte der Braunschweiger Programm-Entwurf die Abschaffung aller Aufwendungen für höhere Bildungsanstalten, die dem Volksschüler eine solche Ausbildung nicht ermöglichen. Da dies heutzutage noch nirgends der Fall ist, so wäre die Konsequenz, daß unsere Braunschweiger Vertreter die Etats der höheren Schulen in den Gemeinden abzulehnen hätten. Diese Stellungnahme ist ja eine sehr einfache und bequeme, aber sie ist höchst bildungsfeindlich. (Sehr richtig!) Derselben Art sind auch die Bestrebungen, die dahin gehen, das Schulgeld für die höheren Schulen zu vertheuern aus dem Grunde, weil die Gemeinden für höhere Schulen pro Kopf und Schüler mehr aufwenden als für die Volksschulen. Was wird aber dadurch erreicht, daß wir die Etats der höheren Schulen ablehnen oder das Schulgeld noch mehr in die Höhe treiben? Dadurch wird thatsächlich nur das Privileg der besitzenden Klassen vergrößert, und es ist eine eigenthümliche Logik, die höheren Schulen ihres Klassencharakters wegen anzugreifen, andererseits aber selbst dafür zu sorgen, daß dieser Klassencharakter noch verschärft und über alles Maß hinaus gesteigert wird. (Sehr wahr!) Durch die Erhöhung des Schulgeldes wird ferner den Talenten der weniger besitzenden Klassen, des Kleinbeamtenthums, der kleinen Kaufleute und auch der Arbeiter der Zugang zu den höheren Schulen versperrt. Die Plätze werden für die Mittelmäßigkeit und Unfähigkeit der Reichen reservirt. Das Resultat ist, daß das Niveau aller der Berufsstände, die sich aus den höheren Klassen rekrutiren, herabgedrückt wird, und daß in diesen Kreisen die geistige Stagnation noch wächst, daß der politische Gegensatz zwischen den Massen ein noch schärferer wird, und daß die regierenden Kreise, die sich aus den höheren Schulen rekrutiren, jedes sozialpolitische Verständniß verlieren. Unser Ziel ist ja, daß nicht der Geldbeutel der Eltern, sondern die Befähigung

der Kinder für den Besuch der höheren Schulen entscheidend sein soll. Es wird allerdings noch lange dauern, ehe wir den Ausschluß der unfähigen Schulkinder von reichen Eltern durchsetzen können. Mit um so größerer Energie müssen wir aber dem anderen Theil unseres Zieles zustreben: den Zugang zu den höheren Schulen den Befähigten zu eröffnen, ohne jede Rücksicht auf das Einkommen der Eltern. Ein Mittel dazu wäre die Abstufung der Schulgelder nach der Höhe des Einkommens, wie es in einigen deutschen Städten schon der Fall ist. Werden die Minimalsätze niedrig genug gegriffen, so eröffnen wir den Zugang einer weiten, heute ausgeschlossenen Schicht. Aber selbst mit der Aufhebung des Schulgeldes und Gewährung freier Lehrmittel ist den Kindern der Arbeiterklasse noch nicht geholfen, es muß auch der Unterhalt der die höheren Schulen besuchenden Kinder des Volkes seitens der Gemeinde gedeckt werden. Deshalb muß das Stipendienwesen so umgestaltet werden, daß einmal die Stipendien erhöht und daß zweitens die Vergebung von Freistellen nicht, wie heute, nach Willkür und Laune erfolgt, sondern daß in einem freien Wettbewerb den Besten und Fähigsten der Besuch der höheren Schulen ermöglicht wird. An die Freistellen für höhere Schulen hätten sich dann solche für die Universitäten anzuschließen. Auf diese Weise hätten wir eine Leiter gebaut, die von den Volksschulen über die höheren zur Universität reicht, mit der es möglich ist, die befähigten Kinder des Volkes theilnehmen zu lassen an den Gütern der Wissenschaft und Kultur, die bisher nur für die besitzenden Klassen reservirt waren.

Ich brauche mich hier auf einem sozialdemokratischen Parteitag nicht in längeren Ausführungen darüber zu ergehen, daß wir die kommunale Regie von Wasserwerken, Licht-, Kraft- und Wärmezentralen, sowie von Straßenbahnen aller Orten fordern. Darüber herrscht bei uns volle Uebereinstimmung; ich wende mich deshalb sofort zu dem Kapitel Sozialpolitik. Die Resolution theilt die Forderungen in zwei Theile, in Forderungen für die gesammte Arbeiterschaft der Gemeinde und in solche für die im Lohnverhältniß zu der Gemeinde stehenden Arbeiter. An die Spitze unserer allgemeinen sozialpolitischen Forderungen wäre die Errichtung von Arbeitsämtern zu stellen. Heute haben wir bereits in einer Reihe von Städten Arbeitsämter, aber sie sind thatsächlich nichts weiter als Arbeitsnachweise. Die Vorgänge des letzten Winters, die Arbeitslosenzählungen, die in einzelnen Städten vorgenommen wurden, theils von Gewerkschaften, theils von kommunalen statistischen Aemtern, haben die Nothwendigkeit bewiesen, die heutigen Arbeitsnachweise weiter auszubauen und zu Zentralstellen der kommunalen Arbeiterpolitik auszubilden. Diesen Arbeitsämtern, die Theile der kommunalen Verwaltung sind, zu denen aber Beisitzer aus den Kreisen der Arbeiterschaft und des Unternehmerthums hinzuzuziehen wären, ist zuzuweisen das gesammte Gebiet der Arbeiterstatistik, die Ausarbeitung sozialpolitischer Gutachten, der Arbeitsnachweis, die Arbeitslosen-Fürsorge und die Ueberwachung der sozialpolitischen Gebahrung der gesammten kommunalen Verwaltung. Die Forderung kommunaler Arbeitsämter steht durchaus nicht im Widerspruch mit der unseres allgemeinen Programms, der Errichtung von Reichs-Arbeitsämtern, denn selbst wenn wir ein Reichs-Arbeitsamt schaffen, müssen doch unter dieser zentralen Behörde lokale Arbeitsämter vorhanden sein, und diese werden ohne Zweifel am besten angeschlossen an die Gemeinde-Verwaltungen. In einigen Programmen wird den Arbeitsämtern ferner das Gebiet der Auskunftsertheilung überwiesen, also eine Aufgabe, die bisher die Arbeiter-Sekretariate erfüllten. Die Arbeiter-Sekretariate sollten als Schöpfung der organisirten Arbeiterschaft in erster Linie den organisirten Arbeitern zu gute kommen. Im Laufe der Zeit haben auch die nichtorganisierten Arbeiter dieselben benutzt und häufig sogar in größerer Ausdehnung als die organisirten Arbeiter. In Folge dessen haben die Kosten ihrer Verwaltung sich gesteigert und sind für die Gewerkschaften eine schwere finanzielle Last geworden. Es sind in Folge dessen aus Kreisen der Ge-

werkschaften ja auch Forderungen an die Gemeindeverwaltungen gestellt worden, es sind Subventionen für die Arbeiter-Sekretariate gefordert worden, es ist sogar ferner erörtert worden und es wird in den Programmen gefordert, daß diese Arbeiter-Sekretariate in die kommunale Verwaltung übergehen sollen. Das wäre allerdings der einfachste Ausweg, um den Gewerkschaften diese Last abzunehmen, aber es scheint mir zweifelhaft, ob er auch der beste ist. Die Thätigkeit der Arbeiter-Sekretariate beschränkt sich ja nicht nur auf die Auskunftsertheilung, ihr Einfluß geht viel weiter, sie gewinnen die nicht organisirten Arbeiter für die Gewerkschaften, führen sie den Gewerkschaften zu. Diese Thätigkeit würde durch die Ueberführung der Arbeiter-Sekretariate in kommunale Verwaltung ohne weiteres aufhören. Ein besserer Ausweg scheint mir zu sein, daß wir eine Theilung der Zuständigkeit nach der Art der Auskünfte vornehmen. Ein großer Theil der Auskünfte beschäftigt sich nicht mit den Fragen des speziellen Arbeiterrechts, sondern betrifft das Gebiet des allgemeinen Rechts, des Bürgerlichen Gesetzbuches usw. Nach dem letzten Jahresbericht des Stuttgarter Sekretariats betrafen von 8408 Auskünften 3076 nicht das spezielle Arbeiterrecht, sondern das Eherecht, das Familienrecht im allgemeinen usw. Wenn wir nun die spezifisch arbeiterrechtlichen Auskünfte den Arbeiter-Sekretariaten vorbehalten und die Auskunftsertheilung über andere Gebiete den städtischen Arbeitsämtern zuweisen, so nehmen wir damit eine Scheidung vor, die nur im Interesse der Arbeiter-Sekretariate liegt. Es wird ihnen dadurch eine ungeheure Arbeitsleistung abgenommen, sie werden frei für andere, wichtigere Aufgaben. Mit der Einrichtung solcher Arbeitsämter wurden natürlich die sozialen Kommissionen, die in einer Reihe von Städten vorhanden sind, überflüssig; sie führen ja auch heute schon ein recht beschauliches Dasein; von ihrer Thätigkeit merkt man nur sehr wenig.

Eine wichtige Forderung, der in sehr vielen Programmen ein fast ungebührlicher Platz eingeräumt ist, ist die Regelung des Submissionswesens. Wir können da zwei Gruppen von Forderungen unterscheiden. Die eine Gruppe dient den Interessen der Arbeiterschaft, die andere, mag das nun den Verfassern der betreffenden Programme bewußt oder nicht bewußt gewesen sein, den Interessen des Kleinhandwerks und des Mittelstandes, und zwar direkt im Gegensatz zu den Interessen der Arbeiter. Die Hauptforderung, die wir auf diesem Gebiete im Interesse der Arbeiterschaft erheben müssen, ist die Einführung der sogenannten anständigen Lohnklausel, d. h. einer Bestimmung, wonach in den Verträgen der Gemeinde, mögen es nun Arbeits- oder Waarenlieferungs-Verträge sein, den Unternehmern die Einhaltung der Arbeitsbedingungen auferlegt wird, welche die Gewerkschaften festsetzen. Es handelt sich bei der Lohnklausel nicht ausschließlich um die Festsetzung von Minimal- oder Gewerkschaftslöhnen, sondern ebenso sehr um die Festsetzung der anderen Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit, um die Sicherstellung des Lohnes durch Kautionen, um die Ausstattung der Arbeitsplätze, um den Schutz der Arbeiter bei der Weitervergebung von Verträgen, ferner um die Streikklausel und um die Anerkennung der Arbeiterorganisation. Die „anständige Lohnklausel" umfaßt also ein sehr weites Gebiet, das ganze Gebiet der Arbeiterpolitik. Gelingt es, die Lohnklausel in allen Gemeinden in diesem Umfange durchzuführen, dann dürfte ein sehr großes Stück Arbeiterpolitik geschafft sein. Ein Theil der Bestimmungen der Lohnklausel ist ja schon in die Submissionsbedingungen auch der deutschen Städte aufgenommen worden. Der Schutz der Arbeiter gegen nicht zahlende Unternehmer ist in den meisten Submissionsbedingungen großer Städte enthalten. Ebenso trifft das zu auf die Sorge für das Unterkommen der Arbeiter, auf die Sicherung der Krankenversicherungs-Beiträge u. s. w. Am mangelhaftesten sind die städtischen Submissionsbedingungen, soweit es sich um die Sicherung der gewerkschaftlichen Arbeitszeit und der gewerkschaftlichen Ar-

beitslöhne handelt. In diesen beiden Punkten sind die deutschen Städteverwaltungen gegenüber den Städteverwaltungen Frankreichs, Englands und Hollands ganz außerordentlich zurückgeblieben. Ich kenne nur eine deutsche Stadt, Wiesbaden, die in dieser Beziehung unseren Forderungen entspricht. Eine Reihe von anderen Städten erkennt zwar den Lohntarif der Buchdrucker an, während die übrige Arbeiterschaft solcher Schutzbestimmungen noch entbehrt. Der leitende Gedanke bei dieser Lohn- oder besser Arbeitsklausel ist der, daß die Veränderlichkeit der Löhne und der Arbeitsbedingungen beschränkt werden soll. Es soll eine feste Grenze für alle von der Stadt indirekt beschäftigten Arbeiter nach unten hin gezogen werden, um zu verhindern, daß die Arbeitslöhne und die Arbeitsbedingungen unter das gewerkschaftliche Niveau herabgedrückt werden. Thatsächlich vollzieht sich der Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmern, und speziell der Konkurrenzkampf zwischen dem Groß- und Kleinbetrieb, zum guten Theil auf Kosten der Arbeitslöhne und der Arbeitsbedingungen, besonders der Kleinbetrieb sucht durch Drücken der Löhne, durch Vernachlässigung der Arbeitsplätze seine technische und wirthschaftliche Rückständigkeit im Konkurrenzkampf gegenüber dem Großunternehmerthum wettzumachen. Durch die Lohnklausel werden die Arbeiter gegen eine derartige Ausbeutung geschützt. Es wird dadurch allerdings der technisch rückständige und wirthschaftlich unterlegene Kleinbetrieb schwer belastet, und es wird ihm das Hauptmittel, konkurrenzfähig zu bleiben, genommen. Zu der Lohnklausel stehen in einem ganz merkwürdigen Gegensatz die Forderungen, deren Ziel gerade die Erhaltung des Kleinhandwerks, des Mittelstandes ist. Die ganze Musterkarte der Mittelstandsforderungen auf dem Gebiete des Submissionswesens hat z. B. das Braunschweiger Programm aufgenommen. Gegen die öffentliche Ausschreibung des Submissionswesens ist ja nicht sehr viel einzuwenden. Weitere dieser mittelstandsretterischen Forderungen betreffen die Vergebung nicht ausschließlich an den Mindestfordernden, einen abgestuften Mittelpreis, die turnusmäßige Vergebung der Lieferung an Kleingewerbetreibende und so weiter. Bei einer Durchführung der Lohnklausel in dem von mir skizzirten Umfange hat aber die sozialdemokratische Partei gar keinen Anlaß, von dem Prinzip des Mindestfordernden abzugehen. (Sehr richtig!) Gegen eine Drückung der Arbeitslöhne sind die Arbeiter ja dann geschützt durch die Lohnklausel. Alle jene Klagen sind im ganzen nichts anderes als die Klagen des Kleingewerbes gegen die technische und wirthschaftliche Ueberlegenheit des Großbetriebes; wir wollen aber den technischen Fortschritt nicht aufhalten, und wir wollen die Konkurrenz nicht bekämpfen durch Rückfall in das Zünftlerthum, sondern durch den Fortschritt zum Sozialismus. Das Verlangen aber, den Mindestfordernden immer auszuschließen, wie es z. B. bei dem Mittelpreisverfahren der Fall ist, läuft im Grunde auf eine Prämiirung der technischen Rückständigkeit hinaus. Gerade in diesem Mittelpreisverfahren kommt die Mittelstandsretterei am schärfsten zum Ausdruck. Die höchsten und die niedrigsten Gebote werden abgelehnt, und es wird ein Durchschnitt gezogen, der über die technische Fähigkeit der Unternehmer auch nicht den geringsten Aufschluß giebt. Sicher ist dabei nur, daß die technisch überlegenen Betriebe zurückgestellt und die Lieferungen für die Gemeinden bedeutend vertheuert werden. Ebenso schädlich ist die turnusmäßige Vergebung an Handwerker der Gemeinde. Die Stadt ist dadurch an unfähige Handwerker gebunden und es resultirt daraus nichts anderes als eine Vertheuerung der Preise, vor allem, da die Einheitspreise in Verbindung mit den Meistern festgesetzt werden sollen. Es wird ferner durch diese Vergebung im Turnus an die ansässigen Meister des Ortes die auswärtige Konkurrenz ausgeschlossen. Es wird eine Mauer um die einzelnen Gemeinden aufgebaut. Die Stadt soll doch kein Objekt sein, das von den ansässigen Handwerkern ausgebeutet wird, ebenso wenig wie wir zugeben, daß die Gemeinden

vom Großunternehmerthum ausgebeutet werden. Wir können nicht dafür eintreten, daß dem kleinen Handwerkerthum, ohne Rücksicht auf die Kosten, die Arbeiten übertragen werden, daß wir den Großbetrieb ausschalten, nur weil der kleine Handwerker in der Stadt ansässig und eben Kleinhandwerker ist. Gegen diese mittelstandsretterischen Forderungen, gegen die Vertheuerung gewährt das Submissionswesen allein Schutz, und soweit nicht die eigene Regie, die wir ja prinzipiell fordern, durchgeführt wird, müssen wir an den Submissionen und an der Ertheilung an die Mindestfordernden festhalten. Voraussetzung ist dabei allerdings, daß die Lohnklausel in dem weiten Umfang, wie wir sie verstehen, in den Gemeinden zur Durchführung gelangt ist.

In engem Zusammenhang mit dem Submissionswesen steht die Forderung, daß es den Gemeindevertretern verboten sein soll, Gemeinde-Arbeiten und Lieferungen zu übernehmen oder sich an gewerblichen Unternehmungen zu betheiligen, die im Vertragsverhältniß zu den Gemeinden stehen. Es wird eingewendet werden, daß besonders in kleinen Gemeinden fähige Parteigenossen dadurch ausgeschlossen werden von der Theilnahme an der Verwaltung und es wird ferner angeführt, daß es doch etwas merkwürdig ist, den Männern, denen wir durch unsere Wahl unser Vertrauen ausdrücken, zugleich durch unsere Forderung das tiefste Mißtrauen auszusprechen. Diese beiden Einwendungen haben etwas Richtiges, aber trotzdem müssen wir unsere Forderung festhalten, denn wir wollen vermeiden, daß die Gemeindevertreter in Abhängigkeit von der Verwaltung geraten. Das gilt besonders da, wo wir eine Magistratsverfassung haben und wo der Magistrat über die Vergebung von Submissionen entscheidet. Ein Gemeindevertreter, der auf die Uebernahme von Gemeinde-Lieferungen reflektirt, kann natürlich nicht in derselben Weise Opposition machen gegenüber dem Magistrat und der leitenden Partei, er wird versuchen, sich durch sein Wohlverhalten die Berücksichtigung zu erkaufen. Freilich kann die öffentliche Kontrolle sehr viel machen, aber selbst in Ländern, wo die gesammte Gemeindeverwaltung sich auf dem vollen Boden der Oeffentlichkeit vollzieht, hat es sich als nothwendig herausgestellt, unsere Forderungen mit aller Schärfe durchzuführen. In englischen Städten ist in den letzten Jahren ein außerordentlich heißer Kampf gegen das Korruptionswesen in Folge der Theilnahme von Gemeindevertretern an Lieferungen geführt worden, und eine Anzahl von Gemeinden hat Beschlüsse gefaßt, die noch weit über unsere Vorschläge hinausgehen. Hinter den bürgerlichen Parteien aber können wir doch unter einen Umständen zurückstehen. (Sehr richtig!)

Ueber unsere Forderungen auf dem Gebiete der speziellen Sozialpolitik besteht wohl keine Meinungsverschiedenheit. Was schließlich die Armenpflege betrifft, so habe ich einen Theil unserer Forderungen schon bei der Verwaltung des Volksschulwesens mit besprochen und die übrigen Punkte dürften keinen Widerspruch finden. Ich bin also am Ende meiner Ausführungen und kann Ihnen zum Schluß nur noch die von mir vorgeschlagene Resolution zur wohlwollenden Prüfung empfehlen. Ich hatte mir das Ziel gesteckt, einmal die große gewaltige Bedeutung der Kommunalpolitik zu zeigen und ferner hervorzuheben, daß über einzelne Punkte zahlreiche Meinungsverschiedenheiten in der Partei vorhanden sind, deren Beseitigung unbedingt erforderlich ist. Auf keinem anderen Gebiet unserer Parteithätigkeit ist die Gefahr größer, daß die großen demokratischen und sozialistischen Grundlinien unserer Politik verschüttet werden unter der kleinen Detailarbeit. Um so wichtiger ist es, daß wir über die Grundlinien und die Art ihrer Durchführung in der Kommunalpolitik zur Klarheit kommen, denn nur aus der Klarheit wird die Einheit der praktischen Aktion geboren, deren wir im Kampfe um die Kommunalverwaltung ebenso dringend bedürfen wie im Kampfe um die Staatsgewalt. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte wird eröffnet. Außer der Resolution und den Anträgen 58, 86, 88 werden noch folgende Amendements mit zur Diskussion gestellt: 1. Amendement Zetkin, den Punkt 2a folgendermaßen zu fassen: Durchführung des Prinzips der Einwohnergemeinde mit allgemeinem, gleichem direkten und geheimem Wahlrecht für die mündigen Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts. Aufhebung aller Besitzprivilegien. 2. Amendement Hoffmann-Hamburg: Unter e) 1 statt Regelung des Submissionswesens zu sagen: Beseitigung des Submissionswesens und Uebernahme aller Arbeiten in eigene Regie. 3. Amendement Schubert-Berlin: Unter e) 2 hinter spezielle Sozialpolitik einzufügen: Volle Koalitionsfreiheit für die städtischen Arbeiter und Beamten. 4. Amendement Schulz-Magdeburg: Unter c) 1 statt Einheitsschule zu sagen: Staatliche Einheitsschule, Besoldung der Lehrer durch den Staat.

Frohme-Hamburg: Im Anschluß an die Ausführungen des Referenten gestatte ich mir, einiges über die Stellung unserer Partei zur Kommunalpolitik zu bemerken. Es herrschen darüber ganz falsche Vorstellungen. Wir haben es in letzter Zeit erlebt, daß ein bürgerlicher Sozialpolitiker uns in seinem Buch „Die Arbeiterfrage" vorhielt, die deutsche Sozialdemokratie habe sich herzlich wenig um die Gemeinde bekümmert, sie begnüge sich damit, in ihrem Programm die sozial bedeutungsvollen Aufgaben der Gemeinde, wie Schul- und Armenwesen, einfach dem Staate zu überantworten; noch kein Parteitag der Gesammtpartei habe sich mit einer Erörterung darüber befaßt, welche Stellung die Sozialdemokratie in den kommunalen Fragen einnehmen solle; erst seit den von der englischen und französischen Arbeiterbewegung erzielten Erfolgen sei ein Wandel eingetreten. Wir wissen nun sehr wohl, daß in den letzten Jahren die bürgerlichen Sozialpolitiker an die Frage der Sozialpolitik herangetreten sind, um der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen. In Deutschland beschäftigt sich aber seit neuerer Zeit, wenn auch nicht durchaus, so doch an vielen Orten die Partei sehr eingehend damit; daß dies nicht schon früher geschah, liegt an der Entwickelung, die die Sozialdemokratie als eine Kampfpartei genommen hat. Erst in neuer Zeit trat in Folge der organischen Entwickelung die Bedeutung der Gemeindepolitik mehr und mehr in den Vordergrund. Ohne daß ein Parteitag die Direktiven dazu gab, sind die Genossen in den einzelnen Orten nach und nach in die Kommunalpolitik eingetreten und haben dabei ganz respektable Erfolge erzielt. Es ist kein Fehler, daß diese Entwickelung ohne Mitwirkung eines Parteitages gekommen ist. Es ist richtig, daß in verschiedenen Gemeindeprogrammen einzelne Forderungen nicht mit unseren allgemeinen Prinzipien übereinstimmen; aber das ist nach und nach beseitigt worden und jetzt ist uns kein Programm mehr bekannt, das sich nicht mit unseren Grundsätzen deckt. Es ist nun in den Kreisen der Parteigenossen hier und da die leise Befürchtung ausgesprochen worden, daß die allgemeine Betheiligung der Partei an der Kommunalpolitik unsere allgemeine große Parteibewegung schädigen könne. Ich habe aber die Ueberzeugung, daß dem nicht so ist. Es ist ferner in weiteren Kreisen schmerzlich empfunden worden, daß noch nicht ein früherer Parteitag Direktiven auf diesem Gebiete gegeben hat, nicht etwa, weil das an sich besonders nöthig ist, sondern weil die Gegner vielfach behaupten, die Partei sei gleichgültig in Bezug auf die Kommunalpolitik, und es empfiehlt sich deshalb aus taktischen Rücksichten, daß der Parteitag eine Deklaration der bedeutenden Grundsätze und Forderungen der sozialdemokratischen Gemeindepolitik im Zusammenhange mit dem Parteiprogramm giebt. Unter diesem Gesichtspunkte ist es zu begrüßen, daß sich der Parteitag jetzt anschickt, bindende Stellung zu nehmen; dabei hätte ich allerdings gewünscht, daß uns eine weniger umfangreiche Resolution vorgelegt worden wäre, wenn auch anzuerkennen ist, daß der Referent vom besten Willen beseelt

war. Die einzelnen Punkte der Resolution kann man gelten lassen unter Voraussetzung, daß es sich im allgemeinen nur um eine Richtschnur handelt. (Sehr richtig!) Nicht alle Punkte sind ohne weiteres für jedes Kommunalprogramm verwendbar, man muß Rücksicht darauf nehmen, daß ein Unterschied zu machen ist zwischen großen und kleinen Orten, zwischen den Gemeinden, die unter der Städte-Ordnung, und denen, die unter der Landgemeinde-Ordnung stehen; doch brauchen wir darüber keinen großen Streit entbrennen zu lassen. Mit allem Ernst und allem Nachdruck aber müssen wir die Frage der Kommunalpolitik selbst behandeln, da uns sonst die bürgerlichen Sozialpolitiker viel Wind aus den Segeln nehmen würden. Es kommt weniger auf die Form an sondern darauf, daß wir der Sache selbst genügen, und dazu wird beitragen, daß sich die Partei mehr als bisher diesem Gebiete zuwendet. Es ist eine Wahrheit, die Dr. Sinzheimer in München ausgesprochen hat, daß die Gemeinden in ganz hervorragendem Maße an der Umgestaltung der ganzen sozialpolitischen Verhältnisse mitwirken und einen ganz neuen sozialpolitischen Organismus schaffen können, und die kommunale Selbstverwaltung ist ein Mittel, das zur Begründung einer neuen Gesellschaftsordnung mitwirkt. (Bravo!)

Hoffmann-Hamburg vertritt seinen Antrag, statt Regelung zu sagen: Beseitigung des Submissionswesens und Uebernahme aller Arbeiten in eigne Regie. Seit annähernd sechs Jahren betheiligen sich auch die Hamburger Genossen auf Grund eines Aktionsprogramms am Gemeindeleben. Dieses Programm ist im allgemeinen in Uebereinstimmung mit der Resolution, die einen Leitfaden für die Arbeit unserer kommunalen Vertreter darstellen soll. Es kann sich nicht darum handeln, das Submissionswesen zu regeln, sondern zu beseitigen. Redner verweist auf die großen Differenzen zwischen Mindest- und Höchstgebot. Der Kleinunternehmer kann seine Arbeiten oft nicht berechnen, die Folge ist, daß der Unternehmer bei hohem Zuschlag einen großen Rebbach macht oder daß bei niedrigem Zuschlag alles auf die Arbeiter abgewälzt wird, schlimmste Lohndrückerei ist die Folge; dazu kommen die anderen Schäden, Hintergehung der Gemeinden usw. In München liefern die Schlächter der Garnison das Fleisch für 46 Pf., sie erhält das Fleisch, das das Publikum nicht mehr nehmen will, aber für Militärlieferungen noch gut ist. In Hamburg ist das Gaswerk in eigener Regie, die Kohlen aber werden nicht direkt, sondern durch einen Vermittler, den liberalen Bürgerschaftsvertreter Paradon Müller bezogen; natürlich sind die da theurer. Es ist richtig, daß kleinere Gemeinden nicht in eigener Regie herstellen können, aber die Zielpunkte müssen doch klar ausgesprochen werden. Die Stadt ist kein Objekt, um von den Großunternehmern tributpflichtig gemacht zu werden, und auch nicht dazu da, die kleinen Unternehmer auf Kosten der Arbeiter zu erhalten.

v. Vollmar: Es sind zwei weitere Anträge eingelaufen:

Leutert beantragt unter Punkt f) Armenpflege mit aufzunehmen: ohne Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts.

Eichhorn beantragt, Punkt 2b) zu fassen: „Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechtes" und die weiteren Sätze dieses Punktes zu streichen.

Stolle-Gesau vermißt eine Forderung in der Resolution, die zu verschiedensten Malen von uns aufgestellt worden ist. Es heißt in der Resolution: 3. Bau von Wohnungen und Verwerthung derselben zu Miethpreisen, durch welche nur die Herstellungs- und Erhaltungskosten, sowie die Amortisation des Anlagekapitals gedeckt wird. Wir haben gar keinen Anlaß, diese Amortisation zu fordern und die Gegenwart zu Gunsten der Zukunft zu belasten. Die Haupteinwendungen aber richten sich gegen die Aufstellungen der Resolution in der Schulfrage. Ich bin erstaunt, den Referenten hier reaktionäre Anschauungen vertheidigen zu hören, wie sie aus dem Munde der Ackermann und Mehnert gekommen sind. Genau dieselben Gründe machen auch diese Herren gegen die

Verstaatlichung der Volksschule geltend. Der Referent erhebt auch nicht die Forderung des obligatorischen Fortbildungsunterrichts, die ein Dorn im Auge unserer Reaktionäre ist. Um so weniger dürften wir darauf verzichten. Weshalb hat der Referent nicht Schulforderungen unseres sächsischen Kommunalprogramms übernommen? Sie lauten: Gefordert wird vom Staate: 1. Weltlichkeit der Schulen, 2. Einheitlichkeit der Volksschule, 3. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler der Volksschulen, die Kraft ihrer Fähigkeiten zu weiterer Ausbildung geeignet erachtet werden, 4. obligatorischer dreijähriger Fortbildungsunterricht für beide Geschlechter. Was Referent diesen Forderungen entgegengestellt hat, ist nicht sehr stichhaltig, er sprach genau wie unsere Reaktionäre von den engen Beziehungen zwischen Gemeinde und Schule. Der Staat hat auch, wenn er Zuschüsse zahlt, nach unserer Auffassung nicht das Recht zu Eingriffen und Beschränkungen der Selbstständigkeit der Gemeinden. Wer ein Freund der Volksschule und der Lehrer ist, muß für ihre Verstaatlichung eintreten. (Sehr richtig!) Erhalten die Lehrer ihren Gehalt von den Gemeinden, so gerathen sie in unwürdige Abhängigkeit von den kleinlichen Ränkereien der Spießbürger. Können denn die armen Gemeinden unsere Forderungen nach einer guten geläuterten Volksschule überhaupt erfüllen? Wir müssen aber für den Fortschritt nicht nur in den großen, sondern auch in den tausenden von kleinen Gemeinden eintreten. Ich bin weiter erstaunt, daß der Referent die Unentgeltlichkeit des Unterrichts an höheren Schulen nicht verlangt hat. Ich beantrage folgende Fassung des Punktes über die Volksbildung: 1. Einheitlichkeit der Volksschule, Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler der Volksschulen, die Kraft ihrer Fähigkeiten zu weiterer Ausbildung für geeignet erachtet werden. 2. Festsetzung der Massenfrequenz, der Unterrichtszeit der Schüler und Lehrer ausschließlich nach den Grundsätzen der Schulhygiene und Pädagogik. 3. Obligatorischer dreijähriger Fortbildungsunterricht für beide Geschlechter. 4. Aerztliche Beaufsichtigung des Schulwesens. 5. Verbot jeder Erwerbsthätigkeit schulpflichtiger Kinder; an deren Stelle tritt Handfertigkeitsunterricht zu erzieherischen Zwecken. In der Armenpflege vermisse ich in der Resolution die „Uebernahme der Armenlasten durch den Staat". Wie können die armen Gemeinden die ausreichenden Unterstützungen zahlen, wie wir sie fordern, zumal in den Tagen des Brotwuchers.

Singer: Es wäre für mich sehr verlockend, in eine Diskussion der einzelnen Forderungen der Resolution einzutreten. Ich möchte aber für mein Theil sagen: Die Hauptbedeutung dieser Diskussion liegt darin, daß wir endlich einmal für die Gesammtpartei Deutschlands die Kommunalpolitik als einen Gegenstand erklären, der ebenso wie alles andere seine Direktive von der Gesammtpartei erhalten hat. Es hat in seinem prinzipiellen Theil die Stellung eingenommen, die nach meiner Meinung ganz unanfechtbar ist. Was die Einzelforderungen anlangt, so möchte ich hervorheben, wie auch der Referent bereits gethan hat, daß es keine schwierigere Aufgabe giebt als eine programmatische Zusammenfassung der Forderungen für die Gemeindepolitik. Die Vielgestaltigkeit des Gemeindelebens, die kolossale Verschiedenheit der materiellen und intellektuellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden, der großen, der mittleren, der kleinen Städte, der Dorfgemeinden, läßt es als fast ausgeschlossen erscheinen, für Alle gültige Programmforderungen aufzustellen. Das entbindet uns aber nicht von der Pflicht, unsere Grundsätze auch bei dem Gemeindeprogramm zur Geltung zu bringen, wobei es selbstverständlich ist, daß diejenigen Gemeinden, die entweder die einzelnen Einrichtungen für sich nicht brauchen können oder materiell nicht in der Lage sind, sie einzurichten, nur insoweit von dem Programm Gebrauch machen, als es ihrem Bedürfnisse entspricht, um alles, was sie thun, in dem

Geiste und dem Sinne dieses Programms zu thun. Wir wollen durch die Aufstellung des Programms veranlassen, daß unsere Genossen in den Gemeindevertretungen sich immer wieder bewußt sind, daß sie als Sozialdemokraten in diesen Gemeindevertretungen sitzen. Der Referent hat ja richtig darauf hingewiesen, daß bei diesen Gemeindevertretern die Gefahr besteht, von der Kleinarbeit erdrückt zu werden. Deshalb will das Kommunalprogramm als ihr Leitstern sie immer wieder darauf hinweisen, welche Pflichten sie gegenüber der Partei zu erfüllen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Es kommt also viel weniger darauf an, jede einzelne Forderung in das Programm hineinzubringen, als die Grundsätze aufzustellen, nach denen die Kommunalpolitik geleitet werden muß. Dabei ist selbstverständlich, daß man auch für die einzelnen Gebiete der Gemeindethätigkeit, wie es in der Resolution geschehen ist, Forderungen aufstellt. — Die Klage der Genossen darüber, daß das Programm ihnen etwas spät in die Hände gekommen ist, muß ich als berechtigt anerkennen. Diese Thatsache sowohl wie die zahlreichen eingegangenen Anträge, die Reihe von Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Zusätze und Streichungen — es sind noch 23 Redner zum Worte gemeldet — müssen uns zum Bewußtsein bringen, daß wir diese für die Partei überaus wichtige Frage im gegenwärtigen Stadium unserer Verhandlungen nicht zu Ende bringen können. (Vielfaches sehr richtig!) Diese Fragen sind viel zu wichtig, als daß man sie, um ein Programm zu haben, über das Knie brechen könnte. Sind wir so lange ausgekommen, so kommen wir auch ein oder zwei Jahre länger aus. (Zustimmung!) Wir müssen uns vertraut machen mit dem Gedanken, daß wir die Sache heute nicht zum Abschluß bringen können, und deswegen gestatte ich mir folgenden Antrag einzubringen. Ich bin der Meinung, daß das außerordentlich anregende, lichtvolle Referat für die spätere Bearbeitung dieser Frage von großem Werthe sein wird, und beantrage ich folgende Resolution, die ich als einen Geschäftsordnungs-Antrag einbringe:

„In Erwägung, daß die Einzelberathung der vorliegenden Resolution zur Zeit unthunlich erscheint, beschließt der Parteitag, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen,

nicht über den Gegenstand zur Tagesordnung überzugehen, dazu ist er doch zu wichtig,

und beauftragt den Parteivorstand, das Referat, die Resolution und die eingelaufenen Anträge, sowie das in dem bereits vorhandenen Kommunalprogramm enthaltene Material zur Ausarbeitung von Forderungen für die sozialdemokratische Gemeindepolitik zu verwenden und einem der nächsten Parteitage zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Diese Vorlage ist so zeitig zu veröffentlichen, daß vor dem Beschlusse des Parteitages eine ausreichende Diskussion innerhalb der Partei erfolgen kann."

Wenn diese Resolution angenommen wird und der Gegenstand damit für heute von der Tagesordnung abgesetzt wird, dann wird erreicht, was eigentlich erst einmal in der Berathung eines solchen Gegenstandes erreicht werden kann, d. h. die Partei ist eingetreten in die Vorberathung eines für die Gesammtpartei gültigen Kommunalprogramms; und wenn ich mir gestattet habe, für den Vorstand nicht die Verpflichtung auszusprechen, daß er die Vorlage bereits dem nächsten Parteitage bringen wolle, so hat das darin seinen Grund, daß wir einem sehr arbeitsreichen Jahre entgegengehen und es vielleicht nicht möglich ist, diese Aufgabe zu erfüllen, weil anderweitige Interessen der Partei zunächst gewahrt werden müssen. Ich möchte bitten, die Resolution anzunehmen und sich auch damit einverstanden zu erklären, daß die Veröffentlichung so zeitig erfolgt, daß eine ausgedehnte Diskussion möglich ist. (Sehr richtig!) Noch ein paar Worte, wie ich mir die Ausführung dieser Bestimmung denke. Der Parteivorstand ist durchaus nicht der Meinung, daß er in seinen Mitgliedern die unergründliche Weisheit alle[r] zu können, in sich schließt. (Heiterkeit.) Nach

meiner Meinung soll, wie bei allen anderen Fragen, auch hier der Parteivorstand nur diejenige Stelle sein, von der die Sache ausgeht, gefördert und gewahrt wird. Ich denke mir, daß diejenigen, die schließlich an die Arbeit gehen, sich zusammensetzen aus Genossen möglichst aller Landestheile, selbstverständlich dem Referenten, einer Reihe in praktischer Arbeit bewährter Genossen, namentlich aber auch Genossen aus den verschiedenartigsten Gemeinden in Bezug auf großer und materieller Leistungsfähigkeit. Wenn diese zusammenarbeiten, und das Ergebniß ihrer Arbeit einige Monate lang in der Presse und in den Versammlungen diskutirt wird, dann kommen wir zu einer Vorlage, die ermöglicht, ein für alle Theile gültiges, theoretisch und praktisch brauchbares Kommunalprogramm zu schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Eingegangen ist noch ein Antrag **Auer-München**: In dem Abschnitt „Sozialpolitik" unter Ziffer 1 der Resolution folgenden Passus zu streichen: „Verbot der Uebertragung von Gemeinde-Arbeiten und Lieferungen an Gemeindevertreter ꝛc."

Der Geschäftsordnungs-Antrag Singer, der präjudizieller Natur ist, und alle übrigen Anträge, sowie die ganze weitere Debatte und das Schlußwort des Referenten erledigt, wird mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität angenommen.

Damit ist Punkt „Kommunalpolitik" erledigt.

Es folgt nunmehr seitens der Kontrolleure die Berichterstattung über die Beschwerde des Korrektors Vieth vom „Vorwärts".

Meister: Ich habe bereits mitgetheilt, daß kurz vor dem Zusammentritt des Parteitages noch eine Beschwerde des Korrektors Vieth einging, weil ihm seine Stellung seitens der Betriebsleitung gekündigt wurde. Die Kontrolleure haben die Sache untersucht und können nur ihr Bedauern aussprechen, daß die Kündigung nicht schon vor 5—6 Jahren erfolgte. Andererseits müssen sie aussprechen, daß die Kündigung im allgemeinen Interesse unbedingt erfolgen mußte, da das Verhältniß Vieths zu seinen Kollegen und zur Betriebsleitung ein völlig unhaltbares war. Vieth hatte auch keinerlei Ursache, sich irgendwie zu beschweren, denn die Betriebsleitung hat eine Langmuth gegen ihn bewiesen, wie sie wohl selten vorkommen wird, und auch in materieller Beziehung ist mehr geschehen, als er erwarten durfte. Ich bitte deshalb, die Beschwerde zurückzuweisen.

Der Antrag der Kontrollkommission wird ohne Debatte genehmigt.

Es wird sodann in die Behandlung des 4. Punktes der Tagesordnung: **Die bevorstehende Reichstagswahl** eingetreten. Außer der Resolution Bebel (101) sind hierzu einschlägig die Anträge 10 und 11.

Singer giebt zu bedenken, daß für das Verhalten bei Stichwahlen die Resolution Bebel schon Direktiven giebt, er stellt es deshalb den Antragstellern frei, sich der Resolution anzuschließen und ihre Anträge zurückzuziehen; anderenfalls würden diese als Amendements zu behandeln sein.

Die Anträge 10 und 11 werden nicht hinreichend unterstützt, so daß nur die Resolution Bebel zur Debatte steht.

Den Bericht erstattet

Bebel: Die laufende Legislaturperiode des Reichstags hat am 16. Juni nächsten Jahres ihr Ende erreicht. In der bürgerlichen Presse ist die Frage aufgetaucht, ob dieser Schlußtermin, der 16. Juni, nach dem Wortlaut der Verfassung als der richtige angesehen werden kann, man hat in Rücksicht auf gewisse Pläne die Behauptung aufgestellt, daß die Legislaturperiode des alten Reichstags an dem Tage ende, an dem der neue Reichstag in seine erste Session eintrete. Aus den Erklärungen der offiziösen Presse aber geht hervor, daß die maßgebenden Kreise anderer Ansicht sind und an der bisherigen Auffassung fest-

halten, daß die neue Legislaturperiode mit dem Wahltage beginnt und nach fünf Jahren schließt. Nur das ist zweifelhaft, ob die Wahlen unmittelbar am 16. Juni 1903 stattfinden werden oder an einem späteren Termin. Welche Gründe die Regierung schließlich bestimmen werden bei der Festsetzung des Wahltages, kann niemand sagen, doch scheint es mir bei der Situation in der gesammten Kulturwelt äußerst wahrscheinlich, daß kaum eine sich die Dinge einigermaßen überlegende Regierung die Verantwortung übernehmen wird, längere Zeit vergehen zu lassen zwischen dem Ende der Legislaturperiode und dem Wahltage eines neuen Reichstages; man kann nie wissen in diesem Zeitalter der Plötzlichkeiten, was hereinschneit an Ereignissen, die die sofortige Einberufung des Reichstages nöthig machen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube also, wir können damit rechnen, daß im Juni die allgemeinen Wahlen sein werden, wenn nicht, was nach gewissen Vorgängen der letzten Tage nicht ganz ausgeschlossen erscheint, sogar noch früher infolge einer Reichstags-Auflösung Neuwahlen nothwendig sein sollten.

Als der Kartell-Reichstag 1887 die Verlängerung der Legislaturperioden beschloß, da führten die Antragsteller als Grund an, man solle das Volk so wenig wie möglich an die Wahlurne rufen, das Volk sei müde, es wolle nicht so oft die Aufregung der Wahl. Die Antragsteller verwechselten offenbar ihre eigenen Bedürfnisse mit denen der Wähler, denn je seltener das Volk an die Urne gerufen wird, desto besser für die Gewählten. Je länger die Legislaturperiode dauert, desto leichter werden die Versprechungen vergessen, die man während der Wahlkampagne zu machen sich genöthigt sah. Selbstverständlich werden alle bürgerlichen Parteien sich bei Eintritt einer Wahl nach Möglichkeit hüten, daß dabei Fragen auftauchen, die geeignet wären, die Massen in ganz besondere Aufregung zu versetzen. Anders ist es, wenn die Regierung sich genöthigt sieht, den Reichstag nach Hause schicken. Nun besteht darüber kein Zweifel, daß der Zolltarif eine Frage ist, die im höchsten Maße geeignet ist, die ganze Bevölkerung, nicht nur eine einzelne Klasse, in Aufregung zu versetzen. Es werden durch diesen Entwurf die Interessengegensätze innerhalb der verschiedenen Klassen in einer Weise gegen einander wachgerufen, wie es bisher, so lange das Reich existirt, nicht der Fall war. Daher ist es verständlich, wenn die große Mehrheit des Reichstags den allerdringendsten Wunsch hat, eine solche Frage vor den nächsten Wahlen aus der Welt zu schaffen. Diese Auffassung hat den ganzen Sommer hindurch bei den maßgebenden Parteien bestanden. Aber es scheint, daß den Majoritätsparteien von einem großen Theil ihrer Wähler wider Erwarten ein Strich durch die Rechnung gemacht wird. Hier zeigt es sich einmal so klassisch, wie nie zuvor, wie recht die Sozialdemokratie mit ihrer Auffassung hat, daß es in erster Linie die materiellen Fragen sind, die die Basis des ganzen öffentlichen Lebens bilden. Die materiellen Fragen, die bei dem Zollgesetz-Entwurf alle Schichten der Bevölkerung, die einen in dieser, die anderen in jener Weise berühren, haben es thatsächlich zuwege gebracht, daß namentlich auch von agrarischer Seite eine Agitation ins Werk gesetzt worden ist, die bis in die kleinsten Bauerndörfer, bis in die entferntesten Gebirgshöfe gedrungen ist und dort den Gedanken erweckt hat, jetzt sei es an der Zeit, daß das Reich durch große Maßnahmen die Landwirthschaft aus ihrer sogenannten Nothlage befreie. Ich will diese Noth der Landwirthschaft bis zu einem gewissen Grade nicht bestreiten, aber in dem Maße, wie sie behauptet wird, ist sie unter keinen Umständen vorhanden. (Sehr richtig.) Doch das hier nachzuweisen, ist nicht meine Aufgabe, darüber haben wir wiederholt gesprochen, wir werden bei Zusammentritt des Reichstages darüber sprechen, und ich hoffe, das letzte Wort werden die Wähler zu sprechen haben. (Sehr gut!) Ein großer Theil der Majoritätsparteien scheint jetzt selbst auf eine solche Gestaltung der Dinge hinzuarbeiten, daß die allgemeinen Wahlen über die Zoll-

frage zu entscheiden haben. Mit vollem Recht hat Auer neulich darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen die maßgebendste Partei, das Zentrum, nicht so einfach ist, wie sich das mancher unter uns vorstellt. Das Zentrum ist aus verschiedenen sehr heterogenen Elementen zusammengesetzt. Es ist in Oberschlesien ganz anders als am Rhein und in Süddeutschland. Ganz recht. Aber der eigentliche Stamm der Zentrumsanhänger, das Bauernthum, die landwirthschaftlichen Berufsschichten sind sich über die Frage des Zolltarifs in ganz Deutschland vollkommen einig. Ob schlesischer Magnat oder polnischer Schlachzize, westpreußischer Bauer oder christlicher Bauernvereinler am Rhein und in Süddeutschland, in dieser Frage sind sie einig, da ist alles dieselbe Kouleur. Ja, noch mehr! Wir haben bei den Eingaben an den deutschen Reichstag anläßlich der Berathung des Zolltarif-Entwurfs aus landwirthschaftlichen Kreisen aus allen Gegenden Deutschlands die überraschende Thatsache erlebt, daß in Bezug auf agrarischen Forderungen die christlichen Bauernvereine am Rhein und in Süddeutschland die Maßlosigkeiten des Bundes der Landwirthe noch übersteigen. (Hört! hört!) Wir sehen, daß in der Forderung exorbitanter Getreidezölle das Zentrum einig ist. Wir haben aber auch weiter gefunden, daß die christlichen Bauernvereine am Rhein und in Süddeutschland sogar vielfach noch über die Forderungen des Bundes der Landwirthe hinausgehen. Es bewahrheitet sich hier wieder einmal, daß es keine egoistischere, rücksichtslosere, brutalere, aber auch keine bornirtere Klasse giebt als unsere Agrarier. (Sehr richtig!) Die Agrarier sehen zwischen sich und der städtischen Bevölkerung den denkbar schärfsten Gegensatz, für sie ist die gesammte städtische Bevölkerung eine einzige unterschiedslose Masse; aus der Thatsache, daß die Städte gepflasterte Straßen, Gas- oder elektrisches Licht, Theater, Kunstinstitute und dergleichen haben, daß es der städtischen Bevölkerung im Vergleich zu der ländlichen außerordentlich wohl gehe und daß es deshalb die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Regierungen sei, dafür zu sorgen, daß es auch ihnen möglichst gut gehe. Dieser Gedanke hat sich so bei ihnen eingewurzelt, daß alle Bemühungen des Zentrums — und es liegt auf der Hand, daß die Zentrumsführer bemüht sind, mit der Regierung in friedlicher Weise die Frage zu lösen — ihr Ziel nicht erreichen. So hat vor einigen Tagen in Düsseldorf der rheinische Bauerntag mit großer Majorität eine Verständigung mit dem Bunde der Landwirthe beschlossen. Das bedeutet für das Zentrum einen härteren Schlag als alle Schläge, die es wegen seiner Zollpolitik von seinen ihm anhängenden Arbeitern erhalten hat. Auf der anderen Seite sehen wir, daß in demselben Rheinland, im Wahlkreis des Abg. Hitze, in München-Gladbach, Zentrumsmänner aller Richtungen zusammengetreten sind, um auf das energischste gegen das Benehmen der Zentrumsfraktion in der Zollfrage zu protestiren. Wir sehen also,, daß da, wo es sich um materielle Fragen handelt, auf die Dauer auch die Zentrumsleute nicht bei der Fahne zu halten sind. Naturgemäß will die städtische Bevölkerung von den Zöllen nichts wissen, während nach Ansicht der Agrarier darin garnicht genug gethan werden kann. Sind doch auch bereits vor sieben Jahren einzelne Zentrumsabgeordnete mit aller Energie für die Verwirklichung des Antrages Kanitz eingetreten. Diese Gegensätze treten in der Zollfrage so scharf zu Tage, daß sie sich nicht mehr verkleistern lassen, und ein Theil der Arbeiter des Zentrums hat auch bereits gegen die alte Richtung Front gemacht. Das Zentrum, die maßgebendste Partei des Reichstages, ohne welche überhaupt keine Majorität zu erlangen ist, steht im Reichstag vor einer Krisis, wie es sie noch nie erlebte und ich hoffe, daß es sie nicht überwindet, ohne daß dabei der Zentrumsthurm ins Wanken geräth. (Lebhafte Zustimmung.) Das Zentrum steht jetzt vor der Frage, was thun? Es muß sich sagen: Wir haben 300 000—400 000 Arbeiter auf der einen und 700 000—800 000 bäuerliche Wähler auf der anderen Seite, für wen sollen wir uns also entscheiden? Die Arbeiter, die trotz aller üblen Er-

fahrungen bis heute noch nicht zum Klassenbewußtsein erwachten, hofft das Zentrum auch ferner an der Nase herumführen zu können. (Sehr richtig.) Es hofft namentlich mit Hülfe der Kirche nach wie vor den weitaus größten Theil der katholischen Arbeiter in Abhängigkeit erhalten zu können. Mit dem Bauer ist das anders. Der Bauer sagt: „Jawohl, ich folge den Dienern der Kirche, so lange diese auch für mich sorgen. Thun sie das nicht, so gehen eben ihre und meine Interessen auseinander." Kurz und gut, die Bauern des Zentrums sind der Ansicht — das kann man ohne Uebertreibung sagen —, daß im Bund der Landwirthe ihre wirthschaftlichen Interessen am auskömmlichsten vertreten werden und deshalb neigen sich ihre Sympathien zu diesem. Aus diesem Grunde sieht sich auch das Zentrum immer mehr genöthigt, sich diesen Forderungen anzuschließen. Es ist ein durchaus natürlicher Prozeß, daß, wenn die Agrarfrage fernerhin eine Reihe von Jahren die Oeffentlichkeit in der bisherigen Weise beschäftigt, die verschiedenen Elemente innerhalb der agrarischen Bewegung sich mehr und mehr an einander schließen und wir eine große agrarische Partei bekommen, die auch geschlossen innerhalb des deutschen Reichstages auftritt. Wir Sozialdemokraten können das nur begrüßen: je schärfer die Gegensätze zum Ausdruck gelangen, desto besser für uns. (Sehr wahr!) Das Zentrum sieht sich vor die Frage gestellt, ob es 100 000 Arbeiter springen lassen soll oder sich der Gefahr aussetzen will, lieber viele 100 000 Bauern zu verlieren. (Sehr richtig!) Diese Frage ist beantwortet worden, wie sie beantwortet werden mußte: das Zentrum ist vor einigen Tagen im Reichstag zusammengetreten — 78 von seinen 106 Abgeordneten waren anwesend — und hat nach den Zeitungsberichten einstimmig beschlossen, es bei den Beschlüssen der Zolltarifkommission in erster Lesung zu belassen und nur hier und da gewisse Widersprüche in den gefaßten Beschlüssen zu einem Ausgleich zu bringen. Das schafft allerdings eine klare Position. Die offiziöse Presse und insbesondere auch die Regierungsvertreter haben es nicht daran fehlen lassen, mit allem Nachdruck zu erklären, daß sie die Hauptpositionen unter keinen Umständen ändern könnten, nur in kleinen Punkten, nicht in großen könne die Regierung mit sich handeln lassen. In der That können die Regierungen nicht weiter mit sich handeln lassen, denn die Regierungsvertreter müssen sich doch darüber klar sein, daß die Regierungsvorlage die äußerste Grenze dessen bildet, wobei überhaupt noch Handelsverträge abgeschlossen werden können. (Sehr richtig!) Aber auch hierbei nur noch unter sehr ungünstigen Bedingungen für die Industrie und die Masse der arbeitenden Bevölkerung! Diese schon jetzt in höchstem Maße ungünstige Basis noch ungünstiger gestalten zu wollen, hieße einfach Selbstmord treiben.

So sehr nun unsere Regierungen bemüht sind, die Interessen der herrschenden Klasse zu vertreten, so müssen sie sich doch sagen, daß bereits viele Millionen, ja die große Mehrheit der Bevölkerung, auch ihre Interessen kennt und sehr genau darauf aufpaßt, wie regiert wird. Die Schädigung der Interessen dieser Massen muß eine ungeheure Opposition hervorrufen. Wir sind der Meinung und haben dieser Ansicht auch in Lübeck Ausdruck gegeben, daß der gegenwärtige Gesetzentwurf der Regierung eine so schwere Schädigung der Lebenshaltung der Arbeiter bedeutet, eine so schwere Benachtheiligung ihrer ganzen wirthschaftlichen Existenz in sich schließt, insbesondere auch für die Zukunft der wirthschaftlichen Entwickelung Deutschlands und in Bezug auf den Abschluß von Handelsverträgen so große Gefahren birgt, daß wir ihn mit allen Mitteln bekämpfen müssen. Nun hat aber die Kommission die Grundlage der Regierungsvorlage noch bedeutend verschlechtert. Sie hat in erster Linie die Getreidezölle sehr erheblich erhöht, nicht nur die Getreidezölle im Generaltarif, sondern auch in Bezug auf die Bindung. Während die Regierungsvorlage für Roggen und Weizen 5 M. beziehentlich 5,50 M. Zoll verlangte, haben die Agrarier in der Kommission noch erhöht und weiter hohe Minimalzölle für Gerste und Hafer

aufgenommen, denen die Regierungen unter keinen Umständen ihre Zustimmung geben können. Die Zölle der Regierungsvorlage würden, wenn sie bei künftigen Handelsverträgen in Kraft treten, die Lebensmittel für die deutsche Bevölkerung in außerordentlicher Weise vertheuern. Wenn z. B. Roggen künftig einen Minimalzoll von 5 M. zu zahlen haben soll, so wird die deutsche Bevölkerung, da der Weltmarktspreis der Tonne Roggen durchschnittlich 100 bis 105 M., allerhöchstens 108 bis 110 M. beträgt, alsdann einen Zollzuschlag für Roggen zu zahlen haben, der den Preis der Tonne auf mindestens 155 M. treiben würde. (Hört! hört!) Wir haben schon im gegenwärtigen Augenblick bei einem Zollsatz von 3,50 die höchsten Getreidepreise der Welt. Kein Volk bezahlt sein Brot und Fleisch theurer als das deutsche. Die Regierungsvorlage geht noch weit über den bestehenden Zustand hinaus, sie hat eine viel höhere Grenze angenommen, als bisher im allgemeinen Tarif enthalten war; das gilt auch für Fleisch und für alle übrigen Lebensmittel. Die Kommission hat aber nicht nur eine ganze Reihe von Lebensmittelzöllen noch weit über die Regierungsvorlage hinaus erhöht, sondern auch eine Reihe von Positionen neu aufgestellt, die selbst die Regierungen im Interesse der allgemeinen Volksernährung von Zöllen freizulassen sich genöthigt sahen.

Wenn wir es in einer solchen Situation nicht verständen, um jeden Preis, koste es was es wolle, mit allen zulässigen Mitteln dahin zu wirken, daß das deutsche Volk selbst Gelegenheit bekomme, zu sagen, wie es über diesen Tarif denkt, so würden wir uns der allerschwersten Pflichtverletzung schuldig machen. (Zustimmung.) Wir würden Verrath an unseren Wählern üben, und wenn als Antwort auf unseren Verrath unsere Wähler uns bei den nächsten Wahlen gründlich durchkrachen ließen, so wäre das die rechte Antwort. (Sehr richtig!) Bei so außerordentlich wichtigen Lebensfragen, wie sie hier durch den Zolltarif zur Entscheidung gebracht werden, muß das Volk seine Meinung zum Ausdruck bringen können. Wir werden also alles aufbieten, damit der Zolltarif zur Wahlparole der nächsten Reichstagswahlen werde. Wie wir das im Reichstage anstellen, darüber haben wir hier selbstverständlich nichts zu sagen (Heiterkeit und Beifall), daß wir es aber fertig bringen, wenn wir wollen, darüber ist gar kein Zweifel. (Lebhafter Beifall.)

Nun steht die Sache so — und dadurch verbessert sich unsere Position nicht wenig — daß wir offenbar Bundesgenossen von der anderen Seite, vom extremen Agrarierthum, bekommen. Die Agrarier verlangen noch mehr, sie sind mit den Beschlüssen der Kommission noch nicht zufrieden. Wenn es nun in der zweiten Lesung der Kommission bei den Beschlüssen der ersten Lesung bleibt, so können die Regierungen diesen Entwurf nicht annehmen. Wenn wir nun im Oktober im Plenum zur Berathung kommen und in der eklatantesten Weise sich herausstellt, daß die Majorität des Reichstags mindestens das verlangt, was die Majorität der Kommission in ihren Beschlüssen gut geheißen hat, so kann eine parlamentarisch handelnde Regierung garnichts Anderes thun, als, weil sie die feste Ueberzeugung gewinnen muß, daß mit diesem Reichstage nicht mehr auszukommen ist, den Reichstag aufzulösen und nach Hause zu schicken. Dieser Moment kann eintreten; lebten wir in einem konstitutionell regierten Staate, so würde er sogar eintreten, so bestimmt wie zweimal zwei vier ist. Wir würden uns also dann auf eine Reichstags-Auflösung im Oktober einrichten und uns so rasch wie möglich auf die Wahlen vorbereiten müssen. Wir wollen also auch dies im Auge behalten. Es kann sein, daß die Regierungen, zur Verzweiflung getrieben, sich fragen, ob nicht angesichts der agrarischen Opposition ein neuer Reichstag zu stande kommen könne, der in seiner Mehrheit minder agrarisch ist als der jetzige. Diese Lösung der Frage ist möglich und wir müssen damit rechnen.

Nun ist aber die Situation noch bedeutend komplizirter geworden, und zwar abermals zu unseren Gunsten. Hier gilt einmal wieder das bekannte Wort des Abgeordneten Gröber, das eine Jahrzehnte lange Erfahrung für sich hat: die Sozialdemokratie hat riesiges Schwein! (Große Heiterkeit), — erfüllt die Regierung eine Forderung von uns, dann haben wir gewonnen und wir rühmen uns dessen; erfüllt sie unsere Forderungen nicht, dann hauen wir auf sie los und machen ihr Opposition. (Heiterkeit.) Was immer sie macht, sie kommt bei uns nicht auf ihre Rechnung, schließlich schlägt alles zu unserem Vortheil aus. Auch jetzt wieder. Die ganze Situation hat sich auch durch die Fleischnoth verschärft, die in den letzten Wochen und Monaten in immer akuterer Gestalt hervorgetreten ist. Daß diese Situation kommen mußte, darüber konnte kein Zweifel bestehen. Es ist nur gut, daß sie gerade jetzt kommt. (Sehr richtig!) In diesem Moment, wo ein ganzer Komplex von Fragen der bedenklichsten Art auf der Tagesordnung steht. Die Fleischnoth mußte kommen aus dem einfachen Grunde, weil die deutsche Landwirthschaft, so lange sie nicht in allen ihren Zweigen auf der höchsten technischen Stufe betrieben wird, niemals im stande sein kann, den Bedarf der Bevölkerung an Nahrungsmitteln aus eigenen Kräften zu decken. Ich habe erst in den letzten Wochen darüber sehr interessante Ausführungen gelesen. Kein Zweifel, daß mit Hilfe der modernen Technik es in Bezug auf den Getreidebau wie in Bezug auf die Viehzucht möglich sein werde, falls der gesammte deutsche Grund und Boden dementsprechend bewirthschaftet würde — das ist aber nur möglich in einer sozialistischen, nicht in einer kapitalistischen Organisation —, für rund 150 Millionen Deutsche Nahrungsmittel zu liefern. Heute aber reicht die Produktion nicht einmal für 56 Millionen. Diese Berechnung ist von Männern, die Großagrarier sind, angestellt worden. Die gegenwärtige deutsche Landwirthschaft ist unfähig, die nöthige Masse von Nahrungsmitteln zu erzeugen sowohl in Bezug auf Brotgetreide wie auf die übrigen Lebensmittel, besonders die Fleischnahrung. Dazu kommt die Vermehrung der deutschen Bevölkerung um durchschnittlich 750 000 Köpfe jährlich. Wir sind also darauf angewiesen, einen großen Theil unseres Nahrungsmittelkonsums durch Zufuhr vom Auslande zu decken. Die gegenwärtige Fleischnoth ist nun auf das schlimmste verschärft worden durch die Sperrmaßregeln, die die Regierung im Interesse der Agrarier getroffen hat. Dazu gehören erstens diejenigen Sperrmaßregeln, die im Wege der Verordnung eingetreten sind, und zweitens die Maßregeln, die durch das famose Fleischschaugesetz eine gesetzliche Grundlage erhalten haben. Mir war es schon bei der Berathung des Fleischschaugesetzes völlig klar, daß wir in Bezug auf die Volksernährung vor einer Katastrophe ständen. Die Vollmachten, die die Regierungen auf Grund dieses Gesetzes bekommen haben, ließen das als selbstverständlich erscheinen. Wie ungeheuer ist im Laufe der Jahre der Konsum der Bevölkerung an amerikanischen Pökelzungen, amerikanischem Pökelfleisch, ferner dem sogenannten Corned beef, an Würsten ꝛc. gestiegen. Die Einführung aller dieser Artikel nach Deutschland wird jetzt unmöglich gemacht. Schon seit vielen Jahren ist die deutsche Wurstfabrikation ganz außer stande, die Massen von Zungen, Lebern und Lungen, die sie gebraucht, aus dem Inlande zu decken. Mit dem 1. April 1903 hört die Zufuhr aller dieser Artikel ebenfalls auf. Weit entfernt also, daß die Fleischtheuerung schon gegenwärtig ihren Höhepunkt erreichte, sie wird vielmehr noch verschärft werden. Diese Vertheuerung wird eintreten, trotzdem infolge der Krisis die Arbeiter in ihrer Konsumfähigkeit an Fleisch ganz erheblich beschränkt sind. (Sehr richtig!) Durch die Brotvertheuerung, die die Arbeiter sehr drückt, werden die wohlhabenderen Klassen nicht in dem Maße berührt. Wenn man einmal prüft, wie viel Brot in einer wohlhabenden Familie im Vergleich zum Fleisch verzehrt wird, so stößt man auf ein arges Mißverhältniß. Jetzt aber bei der

Fleischtheuerung wird auch der Mittelbürger rebellisch und die städtischen Vertretungen dieses Mittelbürgers, die bisher gegenüber der Erhöhung der Getreidezölle sich kaum bemerkbar gerührt haben, rühren sich jetzt überall und fassen gegen die Fleischnoth Resolutionen von einer Energie und Klarheit des Wortlautes, wie wir es seit langen Jahren von ihnen nicht zu hören bekommen haben. (Heiterkeit.) Ich verstehe nur nicht, daß die Regierungen die Sachlage nicht begreifen, aber es bleibt ewig wahr das Wort des alten Oxenstjerna: Du glaubst nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird. (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Hier hätten die Regierungen allerdings die Möglichkeit, in erheblichem Maße einen mildernden Einfluß auszuüben, aber sie thun es nicht aus Angst vor den Agrariern. Wir bedauern ja, daß weite Schichten der Bevölkerung schwer unter diesen Umständen leiden müssen, aber wir freuen uns auch auf der anderen Seite, daß wenigstens politisch daraus Folgen erwachsen, die Denjenigen, die solche Maßregeln gutheißen und in deren Interesse sie liegen, für die Zukunft sehr schlecht bekommen werden. Es kommt noch ein anderer Gesichtspunkt hinzu: die Herren von der Regierung erklären: diese Maßregeln sind im allgemeinen Gesundheitsinteresse nothwendig, das ausländische Vieh bedroht unseren Viehstand und die Gesundheit der Menschen. Wir sind wenig gewohnt, daß unsere hohen regierenden Herren in so vorsorglicher Weise um das Wohl und die Gesundheit der arbeitenden Klassen bekümmert sind. Auch liegt doch die Frage nahe: wenn diese Einfuhr von Vieh und Fleischprodukten so ungeheure Gefahren für die Gesundheit der deutschen Bevölkerung haben soll, warum in aller Welt können denn die anderen Völker diese Produkte sehr gut vertragen, ohne an ihrer Gesundheit Schaden zu nehmen? (Sehr gut!) Das amerikanische Büchsenfleisch z. B. wird in der Schweiz, in Belgien, Holland und besonders in England in großen Quantitäten verzehrt, und man befindet sich dort dabei so gesund wie ein Fisch im Wasser. (Heiterkeit.) Auch hat die deutsche Marine zum Aerger der Agrarier große Quantitäten amerikanischen Fleisches in ausländischen Häfen aufgestapelt und die deutschen Marinesoldaten befinden sich ebenfalls sehr wohl dabei. Aber wenn wir Reichsdeutschen das Fleisch genießen, so ist unsere Gesundheit im höchsten Grade bedroht. Wenn wir also den Regierungen ins Gesicht sagen, daß wir an der Aufrichtigkeit ihrer Vorsorge nicht glauben, so können sie uns das nicht übel nehmen. Bisher wenigstens sind die Regierungen unserer fortgesetzten Forderung, statistische Belege für ihre Behauptungen zu bringen und die Erkrankungen nachzuweisen, in keiner Weise nachgekommen.

Ungeheure Nachtheile erwachsen für die Arbeiterklasse aus diesem Komplex von Maßregeln; auf der anderen Seite hat die Sachlage womöglich ein noch bedenklicheres Gesicht, insoweit es sich auf die Einwirkung aller dieser Maßregeln auf die internationalen und insbesondere die handelspolitischen Beziehungen handelt. Ich kann hier nur in aller Kürze auseinandersetzen, wie die Entscheidungen der Zollkommissionen, die aller Voraussicht nach die Zustimmung des Reichstagsplenums finden werden, auf den Abschluß künftiger Handelsverträge wirken müssen. Von allen Nationen, mit denen wir gegenwärtig in intimen Handelsbeziehungen stehen, giebt es keine einzige, die nicht in ihren Lebensbedingungen durch die Erhöhung der deutschen Zölle sowohl auf Lebensmittel wie auf Industrieprodukte geschädigt wird und dadurch genöthigt werden würde, ihrerseits die Bedingungen für den Abschluß von Handelsverträgen mit uns in einer weit ungünstigeren Weise zu formuliren als bisher. Der Zoll auf Gerste, auf Hafer, auf Mais usw. ist riesig erhöht worden, über die Regierungsvorlage hinaus, ebenso der Eier-, der Butter-, der Geflügelzoll usw. Obstzölle, die wir früher gar nicht kannten, sind eingefügt worden. Wenn wir nun z. B. mit Rußland in Handelsvertrags-Verhandlungen eintreten, so werden der russische Roggen, die russische Gerste, die russische Schweine-Einfuhr, soweit sie nicht

schon durch die Einfuhrverbote getroffen ist, ebenso russisches Holz, Eier, Geflügel in einer Weise mit Zöllen belegt, daß die russische Regierung sich sagen muß: Dabei sind die bisherigen Handelsbeziehungen nicht mehr möglich! Sie wird selbstverständlich antworten mit erhöhten Zöllen auf diejenigen Artikel, die wir bisher in Mengen nach Rußland ausgeführt haben. Diese Ausfuhr wird so gut wie vollständig abgeschnitten werden. Was das für Folgen für die gesammte Industriebevölkerung, zumal in einer Periode der Krise, von der vorläufig kein Ende abzusehen ist, haben muß, brauche ich Ihnen nicht erst auseinanderzusetzen. (Sehr richtig!) Weiter: Oesterreich-Ungarn ist mit bedeutenden Beträgen an der Einfuhr von Gerste, Hopfen, Jungvieh, speziell Ungarn an der Einfuhr von Eiern und Geflügel interessirt. Auch diese Einfuhr wird durch die exorbitanten Zölle unseres Zolltarifes künftig fast unmöglich gemacht und Oesterreich-Ungarn wird selbstverständlich Repressalien ergreifen. Auch Schweizerkäse, Butter, Milch, Seidenstoffe, Maschinen sind gegenüber den bisherigen Tarifsätzen mit exorbitanten Erhöhungen bedacht worden. Die Schweiz hat bereits ihren Gegenentwurf ausgearbeitet und wer ihn sich angesehen hat, muß sagen: Das ist die entsprechende Antwort! Aber auf dieser Basis Handelsverträge abzuschließen, muß sowohl dem Schweizer wie dem deutschen Volke zum größten Schaden gereichen. Weiter tritt mit jedem Tage mehr hervor: Die Frage der Regelung unserer Handelsbeziehungen zu Nordamerika. Wir haben bisher von Nordamerika ungeheure Quantitäten von Weizen, Mais, Fleisch aller Art und Petroleum bezogen. Jetzt soll ja auch der Petroleumzoll stark erhöht werden, obgleich Petroleum doch nicht von den Agrariern in Deutschland produzirt wird. Der Mais ist ein für unsere ganze Vieh- und Geflügelzucht sehr wichtiges Produkt. Nun ist auch der Maiszoll in einer Weise erhöht worden, daß damit unsere Vieh- und Geflügelmast fernerhin fast unmöglich gemacht wird. Ich habe mir bis heute den Kopf vergeblich darüber zerbrochen, wie man und weshalb man ungeheure Zölle auf Produkte legt, ohne die die deutsche Landwirthschaft selbst nicht auskommen kann. Es werden ferner durch die erhöhten Zölle Holland und Dänemark auf das schwerste geschädigt. Die Schweiz, Holland und Dänemark sind aber die drei Länder, mit denen wir in einer Handelsbilanz leben, wie sie das Ideal der Agrarier ist, d. h. unsere Ausfuhr nach diesen Ländern übertrifft bei weitem das uns von ihnen Gelieferte. Auch diese drei Länder werden aufs allerschwerste durch neue Zölle getroffen.

Diese summarische Uebersicht zeigt, Parteigenossen, was zur Entscheidung steht und daß es nicht zur Entscheidung kommen kann, ohne daß das Volk befragt wird. Dafür muß unter allen Umständen gesorgt werden. Das allein rechtfertigt es, daß wir bei dem künftigen Wahlkampf unsere vollste Schuldigkeit bis zur völligen Erschöpfung unserer physischen und materiellen Kräfte thun müssen. (Lebhaftes Bravo!)

Im Laufe der nächsten Legislaturperiode werden noch andere wichtige Fragen in den Vordergrund treten. Die Finanzverhältnisse des Reiches befinden sich in äußerst trauriger Verfassung. (Sehr richtig!) Durch Erhöhung der Matrikularbeiträge ist nichts mehr zu holen, die Einzelstaaten leiden am finanziellen Dalles. (Heiterkeit.) Sie wissen nicht, wie sie die eigenen Ausgaben decken sollen. Wir wüßten's freilich, aber wir haben nichts to seggen, die Steuergesetze macht die Mehrheit, machen die Vertreter der herrschenden Klassen. Daß dieselben den eigenen Geldbeutel schonen, ist das oberste Gesetz der Klassenherrschaft. (Lebhaftes sehr richtig!) Daran können wir nichts ändern, nur aufklären müssen wir diejenigen, die das noch nicht wissen. (Sehr gut.) Die Finanzfrage wird auch wichtig werden für die kommende Wahlagitation. 1878 wurde beim Zolltarif auf Betreiben des Zentrums die lex Frankenstein eingefügt. Sie bestimmt, daß alles, was von bestimmten indirekten Steuern und Zöllen über 130 Millionen Mark jährlich eingeht, an die Einzelstaaten nach Maß-

gabe ihrer Bevölkerungsziffer vertheilt werden muß. Damals war man der Meinung, daß die Einzelstaaten mehr bekommen würden, als sie an Matrikularbeiträgen zu bezahlen hätten. Während einer Reihe von Jahren war das auch der Fall. Im Reichstag aber hat man, seit die wunderbar diplomatische Partei, das Zentrum, die Macht in Händen hat, wie ein Schuldenmacher und Bankrotteur gewirthschaftet. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn es möglich wäre, dem Reichstage einen Kurator zu stellen, so wäre es sehr angebracht. (Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.) Die Majorität wirthschaftet wie eine Gesellschaft leichtfertiger Verschwender darauf los und entdeckt dann, daß keine Einnahmen zur Deckung der Ausgaben vorhanden sind. Die Reichseinnahmen haben sich zwar erhöht, aber Marinismus und Militarismus sind Ungeheuer, die sich immer dicker fressen, das Reich auspowern und seine Kasse leer machen. (Sehr richtig.) Das war so selbst in den Jahren der größten Prosperität. Die Einnahmen sind sehr gestiegen, die Ausgaben aber noch viel mehr. In den Jahren des reichsten Ueberflusses ist nicht nur der Ueberfluß verzehrt, sondern Schulden sind dazu gemacht worden. Beim Regierungsantritt des jetzigen Herrn beliefen sich die Reichsschulden auf 800 Millionen, 1902/3 wird die Schuldenlast auf 3000 Millionen steigen. In diesen 14 Jahren werden wir also 2200 Millionen Mark neue Schulden machen, neben und trotz der kolossalen Mehreinnahmen. Wie das Finanzverhältniß zu den Einzelstaaten sich geändert hat, zeigt Sachsen. Vergleichen wir die Ueberweisungen mit den Matrikularbeiträgen, so hat es empfangen 1898 33 878 500 M. und gezahlt 33 046 600 M., es hatte also einen Ueberschuß von 800 000 M., 1899 empfing es 34 551 000 M. und zahlte 35 465 300 Mark, der Ueberschuß war also fast verschwunden, 1900 empfing es 36 840 000 Mark, und zahlte 38 144 500 M., 1901 und 1902 war das Verhältniß ebenso. Sachsen legt jetzt fast drei Millionen zu. So ist es bei allen deutschen Staaten, sie haben mehr an die Reichskasse zu zahlen, als sie an Ueberweisungen erhalten. Nun ist Holland in Nöthen, man weiß nicht aus noch ein und die allerdringendsten Kulturaufgaben leiden in unerhörter, in skandalöser Weise Noth. (Sehr richtig!) Bereits im vorigen Jahre hat bei der Aufstellung der Etats der Schatzsekretär zugegeben, er habe bereits über 57 Millionen von den Forderungen gestrichen, die an ihn herangetreten seien. Aber diese Forderungen sind deshalb nicht endgiltig beseitigt, sie kommen wieder und neue hinzu. So marschiren wir, selbst wenn die 1900 Millionen neuer Einnahmen aus den Zollerhöhungen hinzukommen, dem dauernden Defizit entgegen. Dann hat der Reichstag selber noch den Rothstift genommen und 25 Millionen gestrichen, um neuen Schulden zu entgehen. Aber eine böse Rechnung kommt noch hinten nach, es stellte sich heraus, daß wir einen sehr ungünstigen Finalabschluß in der Reichskasse haben. 21 Millionen Mark sind mehr ausgegeben worden, als der Reichstag bewilligte, und über 27 Millionen M. sind weniger eingekommen, als veranschlagt waren. Das ist ein Defizit von über 48 Millionen M., das die Einzelstaaten nachträglich zu decken haben. Die Etatsüberschreitungen sind ein grober Unfug, der trotz aller Beschlüsse immer mehr zunimmt; früher war so etwas nicht da, wahrlich, man fängt an eine Art Respekt vor Bismarck zu bekommen. (Heiterkeit.) So lange er am Ruder war, war es anders, aber jetzt sind wir modern — modern wie im Rom der Cäsaren. (Sehr gut.) 1902/1903 werden die Verhältnisse nicht günstiger werden. Wir haben mit einem Defizit von über 100 Millionen zu rechnen.

Trotzdem treten immer neue Ansprüche auf. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß unsere in den 70er Jahren mit hunderten von Millionen bezahlten Festungen vollständig unbrauchbar geworden sind. Sie taugen nichts mehr, sie können in keinem modernen Kriege mehr standhalten. Die Franzosen haben es klüger gemacht. Gewitzigt durch die Erfahrungen des Krieges von 1870/71 haben sie Sperrforts gebaut, eine Reihe riesiger Erdwerke, hinter denen ganze Armeen

den stärksten Feind ruhig erwarten können. Damals haben unsere Generale über diese Sperrforts gelacht, jetzt machen wir sie den Franzosen nach. Metz, Köln, Straßburg, Königsberg sollen freigelegt werden, Posen ist es bereits, über halbe Provinzen sollen Sperrforts gezogen und mit Positionsgeschützen versehen werden, die auch wieder hunderte von Millionen kosten werden. Ein Theil der Kosten dürfte durch den Verkauf der freiwerdenden Festungsterrains aufgebracht werden, aber der Rest muß aus Reichsmitteln gedeckt werden. Ueber die Kanonenfrage haben wir schon in Hamburg gesprochen. Die fremden Militärattachés wurden 1898 durch die neuen Geschütze der deutschen Artillerie, die plötzlich vorgeführt wurden, überrascht. Gefreut hat man sich damals wie die Kinder über die verblüfften Gesichter der Militärattachés. Jetzt aber stellt sich heraus, daß die neuen Kanonen zwar besser sind als die alten, aber bereits wieder überholt. Das Geschütz der Franzosen übertrifft das unserer Artillerie bei weitem. Kein Zweifel, sie sind uns mit dieser wichtigsten Waffe in einem Kriege voraus. Das ist wieder eine Folge unserer Uebereilung. Wenn bei uns ein Gedanke kommt, muß er gleich in der nächsten Stunde ausgeführt werden. (Heiterkeit.) Es handelt sich da um sehr mächtige Einflüsse. Die Budgetkommission war seiner Zeit verpflichtet worden, nichts über die Neubewaffnung der deutschen Artillerie in der Oeffentlichkeit verlauten zu lassen. Wir haben das Staatsgeheimniß gewahrt; mögen sie immer von der Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie reden, was wir als Ehren-Männer zu thun haben, das wissen wir selbst. (Bravo!) Also wir haben das Geheimniß bewahrt, aber mittlerweile ist der Zustand der deutschen Artillerie bekannt geworden, und es steht heute fest, daß die neue deutsche Artillerie, die zirka 170 Millionen gekostet hat, nicht auf der Höhe der Zeit steht, und daß wir vielleicht sehr bald eine vollständig neue Artilleriebewaffnung haben müssen. Dazu kommt, daß immer eine Erfindung die andere treibt. Erst gestern las ich, daß in England ein Marinegeschütz erfunden sein soll, das alles andere in Schatten stellt. Ich weiß nicht ob es wahr ist; ist es aber wahr, dann erwachsen uns auch nach dieser Richtung neue Ausgaben. Weiter heißt es auf einmal, wir brauchen eine Verstärkung der Kavallerie, nicht etwa aus militärischen Gründen, sondern zur Bekämpfung des Polenthums. Wir müssen Kavallerie-Regimenter in die Städte des Ostens legen, um den kleinen deutschen Handwerkerstand zu stärken. (Heiterkeit.) Ja, warum nimmt denn nicht der preußische Staat aus seinem Polenfonds die Mittel dazu? (Sehr gut!) Aber wir wissen, daß es anders liegt. Daß eine neue Vorlage kommen würde, wissen wir schon seit Jahren, dafür spitzen wir in der Budgetkommission unsere Ohren. Schon aus Anlaß des Boerenkrieges sprach man von der Nothwendigkeit einer Vermehrung der Kavallerie. Wir sind dem sofort entgegengetreten und haben gesagt, daß der Boerenkrieg gerade das Gegentheil bewiesen hat. (Sehr richtig!) Nicht eine Vermehrung, sondern eine Verminderung der Kavallerie ist angebracht. Aber wir wissen ja, daß es mächtige und einflußreiche Kreise giebt, die von je in der Kavalleriewaffe die vornehmste Waffe gesehen und auf die Vermehrung gedrängt haben. Diese Vorliebe zeigte sich auch bei den Kavallerie-Manövern, wie solche erst kürzlich bei Frankfurt a. O. stattgefunden haben. Auswärtige Offiziere freilich sollen gemeint haben, es sei sehr schön, nur wäre es kein Krieg gewesen, mit anderen Worten: würde man im Ernstfall so vorgehen wollen, so könnte das ein militärisches Debacle herbeiführen, wobei alles bisherige ein Kinderspiel ist. (Sehr richtig!) Darüber, daß so nicht gekämpft werden kann, herrscht in der ganzen Welt bei Laien und Sachverständigen nicht der geringste Zweifel. Trotzdem aber wird die neue Kavallerieformierung kommen und es werden uns gewaltige Mehrausgaben erwachsen. Und damit noch nicht genug. Der Boerenkrieg hat ja den Erfolg gehabt, wie alle Volkskriege der Welt, eine neue Kriegstaktik zu lehren. Es ist charakteristisch, daß gerade die nichtmilitärischen Elemente die neuen Bahnen

schaffen; das ist in den letzten 40 Jahren durch zwei Volkskriege glänzend bewiesen worden, durch den großen Amerikanischen aus den sechziger Jahren und jetzt durch den Boerenkrieg. Alle Kriege bis zum letzten Spaziergang nach China hin haben für die militärische Wissenschaft nicht so viel Ausbeute geliefert in Bezug auf Aenderung der Technik wie diese beiden Kriege. Das hat man eingesehen und in Folge dessen neuerdings die Manöver in der Gegend von Mainz nach Boerenmanier eingerichtet. Will man aber die künftigen Kriege nach Boerenmanier führen, dann müssen die Soldaten auch nach Boerenmanier uniformirt sein. Das hat einer der ersten Generale der französischen Armee, General Négrier, ganz offen in einer militärischen Revue ausgesprochen. Er sagt, es hilft alles nichts, mit der militärischen Romantik ist es zu Ende, die schönen Uniformen wären in einem Kriege unser größtes Unglück. Wir haben das seit 15 Jahren im Reichstag gesagt, aber da hat man uns ausgelacht, verspottet und verhöhnt und jetzt neigen die Herren selbst dieser Ansicht zu. Finanziell würde das schließlich eine große Ersparniß bedeuten, wenn auch die erste Anschaffung kostspielig ist. Sie sehen auch daraus, welche Ausgaben in den nächsten 5 Jahren an den Reichstag herantreten werden.

Der Militärpensions-Etat wächst von Jahr zu Jahr, die Zahl der völlig diensttauglichen Leute, die pensionirt werden, nimmt von Jahr zu Jahr um so und soviel Tausend zu. Für den Friedensbedarf sind die Leute unbrauchbar, aber wenn es zum Krieg kommt, sind sie wieder brauchbar. Vorläufig haben wir die erhöhten Pensionskosten zu zahlen. Diese sind von 1890 bis jetzt für Heer und Marine von 37 700 000 auf 72 600 000 M. gewachsen, also eine Zunahme von rund 35 Millionen oder nahezu 100 Proz. Nun aber klagen die Offiziere darüber, daß mit den jetzigen Pensionssätzen nicht mehr zu leben sei. Erst dieser Tage traten pensionirte Offiziere in Dresden zu einer Versammlung zusammen, (Zuruf), ja, streiken können sie nicht mehr (Heiterkeit), man hat sie ja zur Arbeitslosigkeit verdammt, und sie vermehren die Zahl der Arbeitslosen. (Heiterkeit.) Also die Offziere können mit den Unterhaltungskosten nicht mehr auskommen und der Staatssekretär hat schon eine Aenderung des Pensionsgesetzes für nöthig erklärt. Werden die Pensionen nur um 15 Proz. erhöht, so bedeutet das eine Mehrausgabe von 12 Millionen per Jahr und diese Ausgabe steigert sich in demselben Maße wie der Pensionsetat auf Grund der bestehenden Einrichtungen wächst.

Dazu kommt, daß mit den vermehrten Schulden auch der Etat der Reichsschulden-Zinsen wächst, der für Armee- und Marinezwecke in den letzten zwölf Jahren bereits von 30 auf 76 Millionen, also um mehr als 100 Proz. gestiegen ist. Die Bedürfnisse des Reichs werden in den nächsten Jahren voraussichtlich so zunehmen, daß selbst die Einnahmen aus den höheren Schutzzöllen, wenn sie durchgehen sollten, kaum zu ihrer Befriedigung ausreichen dürften. Nebenbei treten natürlich auch gar nicht zurückzuweisende Kulturaufgaben an das Reich heran. So wächst der Reichszuschuß zur Arbeiter-Versicherung von Jahr zu Jahr. All das müssen wir in Betracht ziehen, um uns zu vergegenwärtigen, wie die Dinge stehen. Damit sind wir aber noch nicht am Ende. Die Marine hat namentlich in den letzten Jahren in Folge der einfach skandalösen Handlungsweise des Zentrums — man mag über die Nationalliberalen sagen, was man will, aber einen so schmählichen Verrath wie ihn das Zentrum in der Flottenvorlage begangen hat, kennt die Geschichte nicht, — und ich sage, die Marine hat von 1889—1902 eine Ausgabenvermehrung von 51 auf 217 Millionen aufzuweisen und so geht das weiter. Ich erinnere Sie an den Tirpitz-Erlaß, worin mit dürren Worten gesagt ist: falls im Winter 1904/05 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reichs dies irgendwie gestatten, wird man den Versuch machen müssen, in der vorzulegenden Begründung zur Flottennovelle die planmäßige Entwickelung der Indiensthaltungen in den Jahren 1906 bis 1910

dem wachsenden Schiffsbestand und dem zu beschaffenden Berufspersonal anzupassen und zu diesem Zwecke eine ausreichende Steigerung der fortdauernden Ausgaben in den Berechnungen vorzusehen! Aus diesem Erlaß haben wir geschlossen, daß man dem Reichstag nicht die volle Wahrheit gesagt hat und die Zukunft wird lehren, daß wir Recht hatten. Ebenso steht fest, daß die Auslands-Schlachtflotte eine Flotte von großen Panzern wird, das wird wieder die einmaligen und dauernden Ausgaben vermehren. Nachdem wir einmal den Spaziergang nach China gemacht haben, um christliche Zivilisation und Religion dorthin zu tragen, haben wir auch dort erhöhte dauernde Ausgaben. Wir haben gegenwärtig auf absehbare Zeit eine Mehrausgabe von 20 Millionen, die nicht in die Kriegskosten eingerechnet sind, neben 12 Millionen für Kiautschou. Diese Ausgaben stehen im ärgsten Mißverhältniß zu dem Ergebniß unseres Handels mit China. Der chinesische Handel wird von Jahr zu Jahr immer schlechter, unsere Ausfuhr nach Kiautschou belief sich 1900 noch über 5 Millionen M., aber sie wurde hauptsächlich hervorgerufen durch die Ausfuhr von Kriegsbedürfnissen und Eisenbahnmaterial. Die Einfuhr von Kiautschou belief sich 1900 auf lumpige 82 000 M. (Hört! Hört!) und 1901 auf 21 000 M. Im nächsten Jahre haben wir möglicherweise garnichts mehr (Heiterkeit) und das soll eine der aussichtsvollsten Kolonien des Reiches sein!

Und wie steht es mit der Weltpolitik! Bei den Berathungen der Flottenvorlagen haben wir immer gesagt: Ihr glaubt wohl, wie Ihr heute auf dem Festlande mit Eurer Armee die erste Geige spielen zu können vermeint, so werdet Ihr auch auf dem Meere es fertig bringen, England gegenüber die erste Geige spielen zu können? Man hat bestritten, daß unsere Flottenrüstungen sich gegen England richteten. Heute kann man es nicht mehr bestreiten. Zwar treten die Leiter unserer Politik England gegenüber in der zuvorkommendsten Weise auf. Ich erinnere nur an die Dekorirung des Lord Roberts mit dem Schwarzen Adlerorden und an die Einladung der englischen Generale zu den diesjährigen Manövern. Als man das sah, hätte man wirklich einen Augenblick glauben können, wir hätten uns in unserer Auffassung über die Zwecke unserer auswärtigen Politik geirrt. Freilich sind diese Liebesbezeugungen nichts Neues. Wir haben dasselbe Nordamerika und Rußland gegenüber gesehen. Man kommt Rußland sogar in politischer Beziehung — ich erinere nur an die Ausweisungen — in einer Art entgegen, daß auch heute das Wort am Platze ist, das einst die „Kölnische Zeitung" gegenüber Bismarck prägte: man übt sich im Wettkriechen vor Rußland. (Sehr gut.) Wir werden über diese Dinge im Reichstag noch ein Wort mit einander zu reden haben. Also nach allen Seiten hin Austausch von Liebenswürdigkeiten in Hülle und Fülle, so daß man glauben könnte, es sei alles aufs Schönste bestellt und sich fragen muß: Wozu die kolossalen militärischen Rüstungen? Aber sehr bezeichnend ist das Telegramm des deutschen Kaisers an den Zaren: der Admiral des Atlantischen Ozeans an den Admiral des Stillen Ozeans. Was mögen England, was die Vereinigten Staaten beim Lesen dieses Telegramms denken! Glaubt man vielleicht, damit die jetzige größte Seemacht der Welt und die werdende Großmacht jenseits des Ozeans von der Karte streichen zu können? (Sehr gut!) Wären wir nicht in Europa, wo die Verantwortung für einen Krieg eine furchtbare ist, wo die Folgen eines großen europäischen Krieges geradezu furchtbar sind, so wären solche Vorgänge sehr wohl geeignet, bedenkliche politische Verwickelungen herbeizuführen. Vor allen Dingen aber wird sich der deutsche Reichstag zu fragen haben, ob er angesichts so klar ausgesprochener Tendenzen seine bisherige Weltmachtspolitik fortsetzen will. Wir müssen auch nach dieser Richtung hin auf dem Posten sein. Freilich, an den entscheidenden Stellen läßt man sich durch solche eigenthümliche Wahrnehmungen weder irre machen, noch einschüchtern. Roosevelt hat wiederholt die Gelegenheit benutzt, den Völkern die Monroe-Doktrin ins Gedächtniß zu rufen,

und wir sind nicht nach Haiti gegangen, bevor wir nicht wußten, daß man in Washington nichts dagegen einzuwenden hätte. Gegen Haiti trat man natürlich anders auf als gegen Rußland. (Sehr richtig!)

Weitere hohe Zuschüsse erfordert die Kolonialpolitik. Es gab ja auch bei uns Männer, die glaubten, aus der Kolonialpolitik könne etwas werden. Aber die deutsche Kolonialpolitik hat sich weit unglücklicher entwickelt als selbst ich, einer der größten Pessimisten in dieser Frage, es je für möglich gehalten hätte. Unsere ganz Kolonialpolitik ist ein Debacle (Sehr wahr!) Sagt doch selbst Peters, vor wenigen Jahren einer ihrer fanatischsten Vertreter, daß in der durch seinen Einfluß geschaffenen Kolonie Ostafrika nichts zu machen sei. So ist es auch mit anderen Kolonieen. Wir haben den Spaniern durch die Marianen-, Ladronen- und Pellauinseln eine ganze Reihe dieser Inseln abgekauft. Wie können die Spanier lachen, sie haben ein vorzügliches Geschäft gemacht, während wir zu den Zinsen noch jährlich so und so viele Tausende in den Stillen Ozean werfen. Auch in Samoa, das so lange Jahre Gegenstand des Streites war, stehen die Erfolge im schärfsten Widerspruch zu den Opfern. Wir haben den großen Zug nach dem Osten gemacht, um christliche Zivilisation in China zu verbreiten, und nun stellt sich heraus, daß wir bei uns viel chinesischer sind als die Chinesen. (Heiterkeit.) Ehe-Ordnungen, wie sie heute in Preußen bestehen, würden selbst die Chinesen nicht schaffen. (Sehr gut!) Die Regierungen geben zu, daß die Kolonialpolitik in Ostafrika hoffnungslos geworden ist, sie setzen ihre letzten Hoffnungen auf die Zentralbahn.

Große Ausgaben erwachsen uns, wenn wir im Reichstag den hier gefaßten Beschlüssen Geltung verschaffen wollen. Vor allem ist bei der in Aussicht stehenden Reform der Krankenversicherung die Anwesenheit zahlreicher Sozialdemokraten im Reichstage eine dringende Nothwendigkeit. (Sehr richtig!) Die Arbeitslosen-Versicherung wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden; wie sie gelöst wird, weiß heute kein Mensch. Es ist ferner leicht möglich, daß wenigstens gegen Ende der Legislaturperiode die Reform des Strafgesetzbuches in Angriff genommen werden wird. Auch ein Gegenstand von eminenter Wichtigkeit, gerade für die Sozialdemokraten. Die Frage der Vereinheitlichung der Versicherungs-Gesetzgebung wird nicht von der Tagesordnung verschwinden. Weiter wird die Fraktion mit aller Energie auf die Anerkennung der Gewerkschaften hinarbeiten müssen. Die deutsche Arbeiterklasse muß endlich das erlangen, was die Arbeiter anderer Länder längst erlangt haben. Andere wichtige Fragen sind die Erringung eines Einflusses der Arbeiterklasse auf die Gewerbe-Inspektion, ferner die Regelung der Hausindustrie, die Schaffung eines Normalarbeitstages. Wenn wir die Gesetzgebung zwingen könnten, das Prinzip des Normalarbeitstages anzuerkennen, sei es auch des zehnstündigen, so wäre das als ein großer Fortschritt anzuerkennen. (Sehr wahr!) Nach wie vor wird es sich ferner darum handeln, die Soldatenmißhandlungen zu erörtern, die Auslegung des Vereins- und Versammlungsrechts den Arbeitern gegenüber zu kritisiren, mit gewissen richterlichen Urtheilen ins Gericht zu gehen, wir werden die Ausweisungen zu besprechen haben; kurz, wir werden alles Unrecht und alle Gewalt, die ja bis heute nicht aufgehört haben, in Deutschland regierende Faktoren zu sein, zur Sprache bringen und auf Abhülfe dringen müssen.

Für all das ist eine möglichst starke sozialdemokratische Fraktion absolut nothwendig, und angesichts dieser Aufgaben haben wir die dringendste Pflicht, ungesäumt, ohne auch nur einen Tag zu zögern, in die Wahlagitation einzutreten, vor allem in die Wahlorganisation. Seit den letzten Wahlen ist glücklicher Weise das Verbindungsverbot gefallen, wir müssen also jetzt in allen Wahlkreisen, soweit irgend das Menschenmaterial dafür vorhanden ist, Vereine gründen, Verbindungen schaffen und Vertrauenspersonen wählen, die die Bindeglieder für die Agitation bilden. Wir müssen die Geldsammlungen betreiben. Ich bitte Euch,

Parteigenossen, dringend, rechnet nicht auf die große Kriegskasse in Berlin, sie ist nicht sehr gefüllt, das habt Ihr gehört, aber wenn auf dem nächsten Parteitage unser Berichterstatter in die gleiche Lage kommen sollte, wie ich auf dem Parteitage in Halle 1890 nach dem Fall des Sozialistengesetzes, woselbst ich mittheilen konnte, daß wir drei Tage nach der Wahl reicher waren als vor der Wahl, nun dann um so besser! Jedenfalls sollten die Wahlkreise die Kosten nach Möglichkeit selbst aufbringen. Die Erfahrungen im Jahre 1898 haben uns gezeigt, daß in einzelnen Kreisen ganz unverantwortlich viel verbraucht wird, daß wir uns bisweilen bezüglich der Ausgaben wie Großkapitalisten benehmen und nicht wie Proletarier. (Sehr richtig!) Ich habe jüngst die Akten des Ausschusses der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei aus dem Jahre 1870, dem Jahre der Kriegswahlen, studirt. Geld war so gut wie gar nicht vorhanden. Da liest man daß der eine Wahlkreis 5 Thaler, der andere 10 empfangen habe. Allerhöchstens wurden 20 Thaler gegeben. Heute können wir damit natürlich nicht auskommen, aber wir haben uns doch an eine zu großspurige Weise im Geldausgeben gewöhnt. (Lebhafte Zustimmung.) Auch wird zuviel Papier verbraucht, öfter ließe sich mit der Hälfte der Flugblätter auskommen. (Sehr richtig!) Ein anderes haben wir allmählich ganz verlernt, und da müssen wir wieder an die guten Traditionen der vorsozialisten-gesetzlichen Zeit anknüpfen. Die Agitation für unsere Organisationen und unsere Presse muß mit dem Wahlkampf verknüpft werden. Früher war es guter Gebrauch, daß jeder Redner an dem Schluß seiner Rede mit der Aufforderung schloß, sich der Partei-Organisation anzuschließen, wozu Gelegenheit gegeben wurde, und auf unsere Blätter zu abonniren; es wurden Probenummern vertheilt und Zettel mit der Aufforderung zum Abonnement gingen herum. In dem bevorstehenden Wahlkampfe werden wir in unseren Versammlungen Millionen von Frauen und Männern sehen. Es müßte doch sonderbar zugehen, wenn wir dabei nicht 100—200 000 neue Zeitungs-Abonnenten herausschlagen sollten. (Lebhafter Beifall.)

Daß wir keine Bündnisse bei der Hauptwahl schließen, versteht sich von selbst. (Bravo!) Wir treten selbstständig auf und wenn wir in einem Kreise auch nur zehn Stimmen bekommen. Erst bei den engeren Wahlen, wenn wir ausgefallen sind, haben wir uns zu fragen, wer von den übrig bleibenden Kandidaten für uns wählbar ist. Parteigenossen! Geben wir uns keinen Illusionen hin. Der Kreis derjenigen bürgerlichen Kandidaten, die wir, auch wenn wir noch so bescheiden in unseren Forderungen sind, wählen dürfen, wird mit jeder Legislaturperiode kleiner. Wenn etwas zeigt, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern schärfer werden, dann sind es die Wahlen. (Sehr richtig!) Wir müssen unsere Bedingungen ständig herabsetzen, weil wir sonst überhaupt niemand finden, für den wir bei den Stichwahlen noch stimmen können. Das Zentrum fällt ganz aus, kein Zentrumsmann darf eine Stimme von uns erhalten bei den nächsten Wahlen. (Lebhafte Zustimmung.) Früher war das anders. Die Nationalliberalen fallen aus, Konservative, Antisemiten kommen gar nicht in Betracht; ja, heut entsteht die Frage: ob wir alle Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei und der süddeutschen Volkspartei bei Stichwahlen wählen dürfen. (Lebhafte Zustimmung.) Bei den Verhandlungen über den Zolltarif stellt sich leider heraus, wie wenig Verlaß auf die Freisinnigen ist — leider —, denn uns wäre eine stark liberale Partei, die quasi als Puffer zwischen uns und der Rechten stände, ganz angenehm. Im württembergischen Landtage sitzen 6 Volksparteiler, die für Erhöhung der Lebensmittelzölle sind. Dürfen wir für solche Leute bei den Stichwahlen stimmen, nur weil sie sich Volksparteiler nennen?

Ich habe mich bei den Bedingungen für die Stichwahl-Unterstützung in meiner Resolution auf das Nothwendigste beschränkt. Die Ihnen vorliegende Resolution giebt die unerläßlichsten Bedingungen an, die gegnerischen Kandidaten erfüllen müssen, falls wir für sie bei der Stichwahl eintreten sollen: sie müssen

eintreten für uneingeschränkte Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstags-Wahlrechts, gegen die Erhöhung der bestehenden Zölle auf Lebensmittel; — falls wir sagen wollten, daß sie überhaupt gegen Lebensmittelzölle stimmen müßten, so fänden wir keinen einzigen bürgerlichen Kandidaten, den wir unterstützen könnten. Eine weitere Bedingung ist, daß die Kandidaten eintreten gegen jede neue indirekte Steuer oder eine Erhöhung der bestehenden auf Konsumartikel der großen Masse der Bevölkerung, ferner gegen jede Ausnahmegesetzgebung und gegen jede Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes, endlich gegen jede neue Militär- und Marinevorlage, die höhere Kosten erfordert. Ich möchte Sie dringend bitten, den Kreis der Forderungen nicht zu erweitern, das hätte gar keinen Sinn und Zweck; wir werden froh sein müssen, wenn auf diese Forderungen hin Kandidaten vorhanden sind, die wir unterstützen können. Auch diese Thatsache zeigt, wie die Zustände im deutschen Reich täglich unerträglicher werden, und wie heute allein die Sozialdemokratie es ist, die man als die wahre Kulturträgerin der Zukunft ansehen kann. Daß wir die einzige Partei sind, die unentwegt für den Fortschritt der Menschheit kämpft!

Wenn wir angesichts dieser Zustände unsere Aufgabe richtig auffassen, Parteigenossen, so seid Ihr die Macht, die hämmert jung das alte morsche Ding, den Staat, Ihr, die Ihr von Gottes Zorne seid, das Proletariat!

Parteigenossen! Schließt die Reihen! Auf zum Kampf! Auf zum Sieg! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Eingegangen ist ein Begrüßungs-Telegramm von der Parteivertretung der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs. (Beifall.)

Schluß 12¾ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Beginn 3 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Stimmzettel für die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrolleure sind abgegeben.

Die Wahl wird für geschlossen erklärt.

Die Debatte über den Punkt der Tagesordnung: **Die bevorstehende Reichstagswahl** wird eröffnet.

Welcker-Wiesbaden unterbreitet einige Wünsche des 21. nassauischen Reichstagswahlkreises in Bezug auf die Entsendung von Rednern in diesen Wahlkreis. Der Prophet gilt nicht viel im Vaterlande. Redner will den Antrag 30 begründen, wird aber vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Antrag gesondert zur Verhandlung gelangt. Uns hat die Erfahrung gelehrt, daß es zum Kampfe gegen das Zentrum nicht genügt, sich auf politischen und sozialen Boden zu stellen. Die Kirche ist das Haupthinderniß im Befreiungskampfe der Menschheit. Sie ist das Bollwerk des Alten. Wollen wir dieses Bollwerk erschüttern, so müssen wir uns auf die religiöse Aufklärungsarbeit verlegen. Das ist nothwendig in protestantischen, ganz besonders aber in katholischen Gegenden. Gewiß leistet auf diesem Gebiete die sozialdemokratische Presse viel, aber das kommt doch nur deren Lesern zu gute. Deshalb muß man auf anderem Wege, durch Flugblätter, den Kirchenglauben zu erschüttern suchen, ferner durch die Kleinarbeit in den Werkstätten, am Biertisch ꝛc. Ohne geistige und religiöse Freiheit ist auch die politische Freiheit unmöglich. (Rufe: Schluß mit dem Unsinn!) Redner befürwortet schließlich eine Resolution, die empfiehlt, die religiöse Aufklärungsarbeit besonders in den Zentrumsbezirken zu betreiben und zu unterstützen.

Die Resolution wird zur Unterstützung gebracht; es erheben sich zwei Hände, die Unterstützung reicht nicht aus.

Geyer-Leipzig bespricht die Frage des Zolltarifes und die Stellungnahme der verschiedenen Parteien dazu. Wenn die Genossen Material in dieser Frage

haben wollen, so brauchen sie nur die Berichte der Zolltarif-Kommission zur Hand zu nehmen, dann haben sie Material genug. (Sehr wahr!) Und was die Bekämpfung des Zentrums anbelangt, dann braucht man nur die wirthschaftlichen Verhältnisse ins Auge zu fassen, dann findet man ebenfalls genügend Agitationsstoff. In der Frage des Zolltarifs hat das Zentrum die Führung der bürgerlichen Parteien übernommen und selbst die lautesten Schreier unter den Agrariern haben sich dieser Führung anvertraut. Dabei denkt das Zentrum gar nicht daran, die agrarischen Ueberforderungen zu erfüllen, hat es doch mit der Rebellion im eigenen Lager zu kämpfen. Auch zwischen den Agrariern ist ja schon ein Streit entbrannt, aus dem wir ersehen, daß sie ein Kompromiß mit dem Zentrum schließen wollen. Die Folge wird sein, daß man sich schließlich auf die Regierungsvorlage zurückzieht. Wenn das Zentrum kürzlich auch den Beschluß gefaßt hat, auf den Beschlüssen der ersten Lesung stehen zu bleiben, so ist dieser Beschluß doch nicht unabänderlich. Es wird jetzt nur darauf bedacht sein, den Rückzug bis zur zweiten Lesung vollständig zu machen; man will zu keinem Konflikt mit der Regierung kommen. Betrachtet man sich den Streit, der zwischen den Zöllnern in der Kommission entbrannt ist, so findet man dafür verschiedene Gründe. Es ist vor allem der Parteineid, die Landbündler wollen dem Zentrum Terrain streitig machen und haben deshalb Ueberforderungen gestellt. Was die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung betrifft, so glaube ich nicht daran. Das Zentrum hätte dabei zu viel zu riskiren und wird es deshalb nicht so weit kommen lassen, besonders wenn wir Sozialdemokraten so wie bisher auf dem Posten sind. Wir hoffen, daß der Zolltarif zu Fall kommt. Aber ehe er zu Fall kommt, hat unsere Partei noch alle Register zu ziehen, und wenn es zu Neuwahlen kommt, dann müssen wir auf dem Platze sein. (Beifall.)

Hengsbach-Köln: Bebel hat in seinem vortrefflichen Referate das Thema der Zentrumspartei angeschnitten. Mit dieser Partei werden wir uns allerdings in der Hauptsache bei den bevorstehenden Reichstagswahlen auseinanderzusetzen haben. Darin, daß die Resolution Welcker nicht genügend unterstützt ist, zeigt sich, daß es uns mit dem Punkt unseres Programms, worin die Religion zur Privatsache erklärt wird, ernst ist. Wohin sollte es führen, wenn man sich in der Bekämpfung des Zentrums auf eine so schiefe Ebene begeben wollte? (Sehr richtig!) Wir im Rheinland dürfen wohl eine genaue Kenntniß des Zentrums für uns in Anspruch nehmen. Wir kennen das volksverrätherische Treiben des Zentrums, aber wir wissen auch, daß es daran noch immer nicht zu Grunde gegangen ist. Das Zentrum ist so vorzüglich organisirt, daß der Kampf gegen diese Partei nicht so einfach ist. Man darf auch nicht so optimistisch sein, zu glauben, daß die Zolltarif-Vorlage dem Zentrum so vollständig den Wind aus den Segeln nehmen wird, wie vielfach geglaubt wird. Wir haben ähnliche Erfahrungen schon oft gemacht. Auf die christlichen Arbeiter können wir uns in keiner Weise verlassen. Alle persönlichen Zwistigkeiten in den Wahlkreisen müßten jetzt zurückgestellt werden und alle einig sein zum Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner. Die Organisationen müssen schon jetzt ausgebaut und schon jetzt die Parteifinanzen der einzelnen Kreise gestärkt werden, damit nicht immer auf den großen Parteisäckel spekulirt wird. Bei den Stichwahlen werden wir wohl meistens Stimmenthaltung üben müssen.

Kittler-Heilbronn: Ich warne gleichfalls davor, den religiösen Boden zu betreten. Im Kampfe gegen das Zentrum stehen uns ganz andere Mittel zu Gebote. Fragen wir die Herren nur immer, was sie für das Volk gethan haben und thun. Das Zentrum besitzt eine Art Handbuch. Darin finden die Zentrumsagitatoren ihr Material gegen uns. Das sind Sätze aus den Reden unserer Abgeordneten, die aus dem Zusammenhang gerissen sind, Stellen aus Broschüren, deren Sinn ins Gegentheil verkehrt werden. Dagegen sollte unsere Agitation

bewappnet sein. Das Handbuch für die sozialdemokratischen Reichstagswähler wird ja sicherlich wieder erscheinen. Vielleicht läßt sich in einem Anhang das Material für die Richtigstellungen der Zentrumsbehauptungen geben.

Frau Zetkin: Bebel hat in meisterhafter Weise dargelegt, aus welchen wirthschaftlichen Gründen das Proletariat seine Kräfte mit schärfster Energie gegen den Zollwucher einsetzen muß. Der Zollwucher ist aber zu bekämpfen nicht nur mit Rücksicht auf das Massenelend, das er im Gefolge haben müßte, sondern auch vom Standpunkte des Kampfes um die politische Macht. Das Junkerthum will den Zollwucher nicht nur durchdrücken, um den Beutezug auf die Taschen des Proletariats unternehmen zu können, sondern auch um seine politische Machtstellung in Staat und Gesellschaft zu stärken und womöglich zu verewigen. Im Kampfe gegen die Herrschaftsgelüste des Junkerthums hat das Proletariat aus bürgerlichen Kreisen heraus auf keinen zuverlässigen Bundesgenossen zu hoffen. Der mächtigste Theil der Bourgeoisie hat sich bereits mit den agrarischen Zollwucherern verbündet. Bis tief in die Reihen des Nationalliberalismus, ja bis in die Reihen der süddeutschen Volkspartei hinein finden sich verschämte Zollwucherer und der sogenannte Freisinn leistet der politischen Machtstellung des Junkerthums Vorschub. Als die Frage des bevorstehenden Zollwuchers zum ersten Male im Reichstage angeschnitten wurde, warf der Freisinnige Georg von Siemens die Frage auf, ob nicht vielleicht trotz aller wirthschaftlichen Schädigung die Lasten dem deutschen Volke aufgebürdet werden müßten, um den Adel als herrschende Klasse zu erhalten. Das Charakteristische ist, daß er diese Frage nicht mit allem Nachdruck verneint hat. Unsere ganze deutsche Geschichte ist aber ein einziger Beweis dafür, daß unser Adel nicht nur unfähig, sondern auch unwürdig ist, die herrschende Klasse zu sein. Indem das deutsche Bürgerthum durch einen seiner Vertreter damals die Frage aufwarf, ohne sie sofort zu verneinen, hat es sich von vornherein zum Verrath an der Sache bereit erklärt. Die Konsequenzen dieser Stellungnahme zeigten sich denn auch bereits bei den Wahlen in Memel-Heydekrug, in Kulmbach-Forchheim u. s. w. Die Bourgeoisie hat auf die Durchführung ihrer historischen Aufgabe, die politische Macht des Junkerthums zu brechen, verzichtet, und bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein hat das Junkerthum mehr oder weniger schlecht geschminkte Anhänger. Die Bourgeoisie verzichtet auf diesen Kampf, weil sie sich des Junkerthums als des politischen Hausknechtes gegen das Proletariat bedienen will. Sie greift zur Politik der Hochschutzzöllnerei als Konsequenz ihrer reaktionären Politik der Arbeiterklasse gegenüber. Die Politik der gepanzerten Faust der Arbeiterklasse gegenüber, die Zuchthaus-Vorlage, der Stillstand der Sozialreform — das Alles drängt mit Nothwendigkeit zur Hochschutzpolitik gegenüber dem Auslande. Wir können nur alle bürgerlichen Parteien in derselben Weise behandeln. Die bürgerlichen Parteien erklären bereits jetzt: die Parole darf nicht lauten: „Gegen den Zolltarif", sondern: „Für Handelsverträge!" In dieser Parole tritt uns der vollzogene Rückzug aus dem Kampfe gegen das Junkerthum klar entgegen. Das Zentrum wird im Kampfe die ausschlaggebende Rolle spielen; es wird wieder mit allen schäbigen Mitteln der Lüge und der Verdrehung hervortreten. Ich möchte deshalb den Antrag Singer (126) empfehlen, daß der Redaktion des „Vorwärts" alle gegnerischen Flugblätter, zumal aus Zentrumskreisen, zugeschickt und gesammelt werden und daß dann die gehörige Antwort darauf erfolgt. Auch ich bin durchaus pessimistisch in Bezug der Hoffnung auf Zerbröckelung des Zentrumsthurmes. Der geistunterdrückenden Macht des Zentrums gegenüber müssen wir nicht nur unsere politischen Forderungen geltend machen, sondern auch alle die hohen geistigen und sittlichen Kulturwerthe des Sozialismus ins Feld führen, die so herrlich sind, wie sie das Christenthum nie herrlicher zur Entfaltung gebracht hat. Auf in den Kampf und vorwärts zum Siege! (Lebhafter Beifall.)

Leyendecker-Höchst: Es wäre sehr nöthig gewesen, den Kampf mit dem Zentrum als besonderen Punkt zu behandeln. Der Vorstand und der Parteitag scheinen die Zentrumsgefahr zu unterschätzen. (Pfannkuch: O nein!) Jedenfalls müssen wir unsere Waffen gegen das Zentrum schärfen. Es müßte ihm viel mehr auf die Finger gepaßt werden. Das Zentrum und dessen Agitatoren verstehen es vortrefflich, unsere Agitatoren zu verleumden. Da sollte der „Vorwärts" und die Provinzpresse sich besser darum kümmern. Kräfte und Geld sollten nur auf die aussichtsvollen Kreise verwandt werden.

v. Vollmar-München: Das Wenige, was sich über die Wahlbetheiligung sagen läßt und was darüber zu sagen ist, hat Bebel in einer Weise vorgetragen, daß ich nichts mehr hinzuzufügen habe, und über den Rest können wir heute nicht sprechen; das wird der Kampf selbst ergeben. So sehr einerseits die Ausführungen Welckers gezeigt haben, daß er da wieder anfangen will, wo wir vor ungefähr 25 Jahren aufgehört haben (Lebhafte Zustimmung), so hat seine Resolution doch das Gute gehabt, uns Gelegenheit zu geben, zu äußern, wie wir über die Erklärung der Religion zur Privatsache denken. Darüber, daß wir religiöse Aufklärungsarbeit zu betreiben haben und was sonst Schönes in dieser Beziehung gesagt ist, will ich kein Wort mehr verlieren. Das haben uns vor einem Jahrzehnt schon und länger Dr. Rüdt und ähnliche Herren gesagt. (Sehr richtig!) Damit wollen Sie das Zentrum bekämpfen? Wollen Sie dem Zentrum einen großen Gefallen thun, so machen Sie es nur so. Wir, die wir jahrzehntelang das Zentrum in allen Erscheinungsformen studiren, die wir tagtäglich mit ihm zu thun haben, wir wissen am genauesten, daß diese Partei, wenn man sie sachlich verfolgt, sehr bald am Ende ihres Lateins ist und dann jedesmal zur lieben Religion greift. (Sehr richtig!) Mögen die Freireligiösen ihre Kulturkampfpaukereien und Pfaffenfressereien doch in ihren freireligiösen Gemeinden betreiben! (Sehr richtig!) Aber unsere Partei, unsere politische und wirthschaftliche Bewegung mögen sie damit ungeschoren lassen. (Lebhafter Beifall.) Leider ist auch unsere Parteipresse in den letzten Jahren nicht von ähnlichen Anwandlungen frei geblieben; ich weise auf die bekannten Schriften von Losinsky hin, die zum Theil den alleroberflächlichsten Aufklärricht darstellen. Hoffentlich wird die Kritik, die diese Schriften in einem großen Theile der Presse gefunden haben, hinreichen, um uns vor einer Wiederholung ähnlicher Dinge zu bewahren. Die Resolution Welcker ist ja erledigt, aber es muß doch gesagt werden, daß sie absolut nicht unserem Programm entspricht. Der Punkt des Programms über die Religion ist genau so bindend wie jeder andere, er ist nicht aus taktischen Gründen aufgenommen, sondern es ist uns ernst mit unserer Stellung zur Religion. Und was würde daraus, wenn wir derartige Kulturkämpferei treiben würden? Nach unserem Programm ist Religion Privatsache, d. h. jeder hat vollkommene Meinungsfreiheit in religiösen Dingen, seine religiöse Meinung hat mit politischen und wirthschaftlichen Dingen nichts zu thun. Dieser Satz giebt natürlich jedem das Recht, seine eigene private religiöse oder antireligiöse Meinung auszusprechen, aber auf der anderen Seite muß der Sozialdemokrat in Bezug auf diese Frage möglichst zurückhaltend sein. Gebe ich jemand das Recht, seine private Meinung, das Freigemeindethum, den Atheismus, das Antikirchenthum zu propagiren, so muß ich naturgemäß auch demjenigen, der positive Religion hat, das Recht geben, seine Meinung zu propagiren. Wir können sonst zu ähnlichen Zuständen kommen wie in England, und darunter würde das Partei-Interesse leiden. Also hier heißt es, Zurückhaltung üben und sich beschränken auf das, was den Inhalt unserer Existenz ausmacht, die sozialen, die wirthschaftlichen und politischen Dinge. Hier heißt es, sich konzentriren. Wenn Sie zeigen wollen, daß die Religion vom Zentrum oder einer anderen Partei mißbraucht wird, so ist das etwas anderes. (Sehr richtig!) Aber das Gebiet der religiösen Vorstellungen hat mit unserem Kampf

nicht das geringste zu thun, und der hier anders vorgeht, der unterstützt nur unsere Gegner. Ein Agitator, der nicht ganz sicher ist, sollte sich lieber zurückhalten und sich vergegenwärtigen, daß unser Programm die volle Neutralität bedeutet gegenüber dem religiösen Gefühl als Herzenssache, daß dagegen, soweit die Religion zur Unterdrückung benutzt wird, gegen die, die das thun, in erster Linie das Zentrum, energisch vorgegangen werden muß. Mit einem einzigen Punkt, den Sie von den Unthaten des Zentrums auf sozialpolitischem Gebiet herausgreifen, werden Sie hundertmal mehr erreichen, als wenn Sie in einer thörichten Aufklärungsweise vorgehen. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag, den Neumann begründet und Leber bekämpft, wird abgelehnt.

Krohn-Konstanz: Auch bei uns haben wir mit dem Zentrum zu kämpfen. Ich theile ganz die Ansichten Vollmars und freue mich, daß der Antrag Wiesbaden gar keine Unterstützung gefunden hat. Gut wäre es, wenn das Material gegen das Zentrum zusammengestellt würde, damit dieser Partei ihre Arbeiterfeindlichkeit sofort unter die Nase gerieben werden kann. Daß im vorigen Wahlkampfe Geld verpulvert worden ist, muß ich entschieden bestreiten. Hoffentlich wird die Bebelsche Warnung vor überflüssigen Flugblättern nicht falsch verstanden, so daß der Opfermuth der Genossen nicht erlahmt. Die Stichwahltaktik ist sehr komplizirt. Enthalten wir uns der Stimme bei der Stichwahl in unserem Wahlkreise, so siegt der Zentrumsmann. Das Zentrum aber hat gar keine Sympathie, und viele Genossen würden es mit Freuden begrüßen, wenn es gelänge, ihm 5 bis 10 Mandate zu nehmen. Kommt dadurch ein Nationalliberaler mehr hinein, so hindert das ja nicht den Zusammenbruch dieser Partei. Ich möchte also Bebel ersuchen, den einzelnen Wahlkreisen etwas mehr Spielraum zu lassen, damit die besonderen Verhältnisse berücksichtigt werden können.

Ein Schlußantrag, den Eitzerodt begründet, Hoffmann-Berlin bekämpft, wird abgelehnt.

Singer: Der nächste Redner ist Ledebour, ihm folgt Hoffmann. (Große Heiterkeit.)

Ledebour: In der Frage der Bekämpfung der Zentrumspartei hat Vollmar das Nothwendige gesagt. Ich möchte nur Einiges zur Beleuchtung der politischen Situation beitragen und einige allgemeine Lehren daraus ziehen. Bebel erinnerte an Oxenstjernas Wort von dem geringen Verstand, der dazu gehört, die Welt zu regieren. Es liegen Anzeichen vor, als ob sich diese Eigenart der Regierenden noch verschärft hätte. Es ist das ein beständiges Zeichen des Verfalls. In der Zeit der Dekadence vermindert sich die Intelligenz der regierenden Klassen, und so ist es keineswegs ein Zufall, wenn vor einiger Zeit die Scharfmacherpresse zur Bekämpfung der Sozialdemokratie Forderungen an die Qualität der Minister stellte, die sich zusammenfassen lassen in das Wort: dumm, aber stark. (Heiterkeit.) Dieses Ideal der modernen Staatsweisheit ist bisher nur theilweise erreicht worden. Sie werden mir zugeben, daß ein Minister, der in beständiger Angst lebt, daß ihm mit dem „Lausekanal" vor den Bauch gestoßen wird, zu den starken Männern jedenfalls nicht gehört. Diese Situation ist überaus günstig für die Sozialdemokratie. Damit wir sie aber ausnutzen, dürfen wir uns nicht flau machen lassen (Sehr richtig!) durch Bedenken und Bedenkenerreger. Selbst Flaumachereien, an denen es auch in unserer Partei nicht gefehlt hat (Sehr richtig!), sind durch die thatsächliche Entwickelung vollständig in ihr Nichts aufgelöst worden. Ich glaube nicht, daß noch irgend jemand jetzt bei uns vorhanden ist, der vor dem großen Entscheidungskampf mit Flaumachen kommen wollte. Würde heute noch jemand die Besetzung von Kiautschou nicht als schlechtesten Streich der Bülowschen Politik bezeichnen? Das hat der zitatenfrohe Minister v. Bülow sich im Reichs-

tage natürlich gleich an die Mütze gesteckt. Wird noch jemand wagen, der deutschen Sozialdemokratie die Methode der englischen Arbeiterbewegung nach der chartistischen Niederlage anzurathen, wo sie sich ins Schlepptau der bürgerlichen Parteien begaben? Jetzt schließen unsere Liberalen Wahlbündnisse mit nationalliberalen und reaktionären Parteien. (Sehr richtig!) Ein solcher Gedanke würde mit Hohngelächter von der ganzen Partei begraben werden. (Sehr richtig!) Die gesammte Partei ist sich vollständig klar über die Situation und will den entschiedensten Kampf auf Grund der revolutionären Prinzipien der Partei. Was ich bei diesen Auseinandersetzungen am allermeisten bedauere, sind nicht die Verhandlungen dieser Tage, auch nicht die Polemiken von Lübeck. Das gefährlichste Moment, das allerdings überwunden worden ist, war die Gefahr, daß die große Masse der Arbeiterschaft sich wirklich hätte flau machen lassen. (Lebhafter Widerspruch.) Ich sage ja, daß das absolut nicht eingetreten ist. (Zurufe: Natürlich nicht!) Glücklicherweise nicht, weil es nichts genützt hat. Unsere Gegner haben selbst hierzu beigetragen durch die unglaublichen Regierungsmethoden, deren sie sich bedienen. Unsere Minister halten Hasenreden. Herr von Rheinbaben setzt seine Löhning-Aktion in Szene u. s. w. So armselig wie in einem Ministergehirn sieht es in einem Arbeiterverein wirklich nicht aus. Wenn die Arbeiterklasse mit dem nöthigen Selbstbewußtsein in den Wahlkampf eintritt, so muß sie unbedingt den Sieg gewinnen. (Beifall.)

Adolf Hoffmann-Berlin: Die Antwort, die Vollmar dem Genossen Welker gab, veranlaßt mich, das Wort zu nehmen. Wenn ich auch die Meinung theile, daß man die Religion als Privatsache zu betrachten hat, so sollte Vollmar doch auch den Freireligiösen, den Freidenkern gegenüber Toleranz üben. (Vollmar ruft: Selbstverständlich!) Vollmar hat in seiner Antwort auf Welkers Rede alles in einen Topf geworfen, was überhaupt mit dem Freidenkerthum zusammenhängt. Dagegen muß ich mich verwahren. Vollmar sagt, in unserem Programm stehe: Religion ist Privatsache. Das steht nicht darin, sondern nur die Erklärung der Religion zur Privatsache. Wäre sie schon Privatsache, so brauchten wir nicht mehr darüber zu reden; sie soll es aber erst werden. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit daran, welche Stellung ein bekannter Genosse im alten Züricher „Sozialdemokrat" zu dieser Frage eingenommen hat. Nach seiner Ansicht sollten wir der Kirche überall da entgegentreten, wo sie sich zum Schleppträger der herrschenden Gesellschaft macht. Denselben Standpunkt haben wir auch heute noch zu vertreten. Wir wollen Aufklärung auf allen Gebieten schaffen. Dabei sollte man auch die Arbeit der Freidenker dankbar anerkennen. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt Welkers; ich hätte gewünscht, Welker hätte erst in der Partei gelernt und wäre dann auf einem Parteitag aufgetreten. Man wird nicht dadurch Sozialdemokrat, daß man in einen Wahlverein eintritt und dann auf den nächsten Parteitag geht und in einer ungeschicktesten Weise Freidenker-Ideen vertritt, wie es uns mehr schaden als nützen kann.

Welker-Wiesbaden: Der intelligentere Theil des Proletariats weiß, daß unser Kampf ein Kampf gegen Windmühlen ist, so lange man die Kirche mit Glaceehandschuhen anfaßt. (Widerspruch.) Diese Ansicht vertritt auch Bebel in dem Vorwort zur neuesten Auflage seiner Schrift über Christenthum und Sozialismus. Wie werthvoll für die herrschende Klasse die Abhängigkeit der Massen von der Kirche ist, sehen Sie daraus, daß neben jedem Purpur der Talar zu finden ist und daß noch mehr neue Kirchen gebaut werden als Kasernen. Wo die Kirche mächtig ist, stehen die Erwachsenen völlig unter ihrem Bann. Wollen wir die Religion zur Privatsache machen, so genügt nicht eine Trennung des Staates von der Kirche, sondern wir müssen die Macht der Kirche über die Gemüther brechen; wir müssen der Vergewaltigung der Kinder durch Staat, Kirche, Schule und Eltern ein Ende machen. Eröffnen Sie den Kampf auf der ganzen Linie, nicht nur den Kampf gegen die Kirche, sondern auch den Kampf

gegen die objektive Gewissenlosigkeit der Eltern, die das religiöse Leben ihrer Kinder vergewaltigen durch Ueberweisung derselben an eine Religionsgemeinschaft, bevor sie lernen zu unterscheiden, was rechts und links ist. Ecrasez l'infâme! (Vereinzeltes Gelächter.)

Eberhardt-Charlottenburg stellt einen Schlußantrag und begründet diesen mit der Bemerkung, die Ausführungen der letzten Redner hätten gezeigt, daß Sachliches nicht mehr vorzubringen sei.

Der Antrag wird angenommen.

Leyendecker-Höchst wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen Krohn-Konstanz und empfiehlt diesem, sich an den Parteivorstand zu wenden, wenn er wissen wolle, welche Kreise bei den Wahlen unnöthig Geld verpulvert haben.

Persönlich bemerkt ferner

Vollmar: Gegenüber dem Genossen Hoffmann möchte ich bemerken, daß es mir nicht im Traume eingefallen ist, die freireligiöse Gesinnung anzugreifen; ich stelle es jedem frei, auch diese Ueberzeugung zu vertreten, aber nicht innerhalb der Partei und zwar ebensowenig wie irgend eine andere religiöse Ueberzeugung.

Ein von den Genossen Straub-Bamberg und Herenau-Würzburg eingebrachter Antrag verlangt, die Rede Bebels möge ebenso wie das Referat Molkenbuhrs als Broschüre herausgegeben werden.

Das Schlußwort erhält

Bebel: Es war meine Absicht, kein Wort mehr zu sagen, weil ich glaubte, daß alles Nothwendige bereits vorgebracht sei. Nur eine Bemerkung des Genossen Krohn hätte mich eine Minute in Anspruch genommen. Nun hat aber Welker in seiner zweiten Rede Bezug genommen auf Aeußerungen einer Broschüre, die ich herausgegeben habe. Darauf muß ich mit einigen Worten eingehen.

Krohn meinte, ich möchte quasi gestatten, bei der Wahl zwischen einem Nationalliberalen und einem Zentrumsmann einem Nationalliberalen die Stimme zu geben. Es sei doch besser, wenn das Zentrum 5 oder 6 Leute verliere, während auf der anderen Seite ein Gewinn der Nationalliberalen bei der Unbedeutenheit der Partei nichts zu sagen habe. Ich habe bereits erklärt, daß das, was ich in meiner Resolution (101) zum Ausdruck bringe — und diese Forderungen sind in keiner Weise angefochten worden — das Minimum dessen sei, was wir fordern müßten. Wenn nun ein Nationalliberaler und ein Zentrumsmann zur Wahl stehen, so habe ich allerdings die Ueberzeugung, daß weder der eine noch der andere die Anforderungen der Resolution, so geringfügig sie sind, wenn er ehrlich ist, acceptiren kann. Dann sehe ich aber auch nicht ein, warum wir uns gerade für einen Nationalliberalen oder in einem anderen Fall für den Zentrumsmann erwärmen wollen. Der eine ist in der That so viel werth wie der andere. In allen den Fragen, bezüglich derer die Resolution eine Erklärung von den gegnerischen Kandidaten verlangt, sind das Zentrum und die Nationalliberalen während der letzten Jahre stets Hand in Hand gegangen. Wenn das der Fall ist, wenn es gehauen wie gestochen ist, dann haben wir einfach die beiden untereinander ihren Kampf ausfechten zu lassen, dann haben wir kategorisch Stimmenthaltung zu erklären und diese Stellung nöthigenfalls zu motiviren. Nun weiß ich freilich: Wir können die Wähler nicht kommandiren. Wenn ein Theil der Wähler, trotzdem offiziell Wahlenthaltung proklamirt worden ist, seine Stimme für einen der beiden Kandidaten abgiebt, so können wir nichts dafür. Dabei werden sehr oft persönliche und andere Gründe maßgebend sein. Wir müssen aber alles aufbieten, um unsere Wähler zu erziehen. Mehr kann nicht verlangt werden. Eine andere Auskunft kann ich

auf die Anfrage Krohns nicht geben; die einzelne Person kommt dabei ja überhaupt nicht in Betracht, sondern wir beschließen als Parteitag.

Welker hat sich auf einige Sätze meiner Broschüre „Christenthum und Socialismus" bezogen. Ich habe mir nie eingebildet, daß diese nach meiner Auffassung sehr klaren Schlußsätze eine solche Auslegung finden könnten. Dagegen muß ich auf das allerentschiedenste Verwahrung einlegen. Wenn nicht schon die übrigen Worte Welkers mich dazu veranlaßten, so die Worte, mit denen er seine Rede schloß: „Ecrasez l'infâme!" (Sehr richtig!) Das ist das bekannte Wort, mit dem Voltaire zur Vernichtung der Kirche aufforderte. Na, das sollte eine schöne Sache werden, wenn ein solcher Wahlspruch der Wahlspruch der sozialdemokratischen Partei würde. (Sehr richtig!) Welker hat im Eingang seiner ersten Rede ausdrücklich erklärt, es sei nothwendig, die Widersprüche innerhalb der kirchlichen und religiösen Anschauungen darzulegen, d. h. mit anderen Worten — das hat auch Vollmar ganz richtig hervorgehoben — Welker verlangt, wir sollten uns in eine Art Kulturkampf einlassen. Unsere Partei würde dabei vollständig ihren Charakter abstreifen und wir würden eine Art kirchliches Konzil werden. (Sehr richtig!) Daß das gegen den Wortlaut unseres Programms verstößt, das kann doch niemand zweifelhaft sein. „Religion ist Privatsache" — das steht nicht in unserem Programm, weil es selbstverständlich ist, und zwar deshalb selbstverständlich, weil nirgends im Programm gesagt wird, daß wir nach der religiösen Ueberzeugung eines Parteigenossen fragen. Jeder mag glauben, was er will; er kann als Sozialdemokrat katholischer Christ, er kann Materialist und Atheist sein, das geht keinem Menschen innerhalb der Partei etwas an. Nur wenn er für seine religiöse Ueberzeugung als Sozialdemokrat Propaganda machen will, treten wir ihm energisch entgegen, denn dann verletzt er den für uns selbstverständlichen Grundsatz: „Religion ist Privatsache". (Sehr gut!) Außerdem erläutert unser Programm klar und deutlich, wie wir uns die Forderung der Erklärung der Religion zur Privatsache denken. Wir treten der Vermengung der kirchlichen und staatlichen Gewalt entgegen und verlangen die absolute Trennung dieser Gewalten. Wir vertreten die Anschauung, daß der Staat ein rein weltlicher Staat ist und daß die Religions-Gemeinschaften Privatgesellschaften sind. Wir erklären uns auf das entschiedenste dagegen, daß der Staat kraft der Gesetzgebung und seiner Zwangsmittel irgend einen Menschen nöthigt, zu einer Gemeinschaft zu gehören oder Mittel zur Unterhaltung dieser Kirchengemeinschaft herzugeben oder daß der Staat selbst seine eigenen, aus dem allgemeinen Steuersäckel gewonnenen Mittel für kirchliche Gemeinschaften hergiebt. Ich bin daher auch der Meinung, daß bei der späteren Berathung der Anträge, die die Beschaffung von Agitationsmaterial gegen das Zentrum verlangen, besonders darauf hingewiesen wird, daß es erwünscht ist, wenn in einer Broschüre einmal in durchaus klarer und objektiver Weise gesagt wird, was wir unter der Forderung der Ziffer 6 in unserem Programm, der Erklärung der Religion zur Privatsache verstehen. (Sehr gut!) Es soll mit diesem Programmpunkt in keiner Weise den religiösen Anschauungen Einzelner zu nahe getreten werden, wir stehen im Gegentheil — und das ist unsere heiligste Ueberzeugung — auf dem Standpunkt, daß wir in religiösen Glaubensfragen absolute Neutralität und nichts als Neutralität zu beobachten haben. (Sehr gut!) Ich erkläre mich auf das entschiedenste dagegen, daß Welker irgendwelchen Grund hatte, meine von ihm angezogenen Sätze in seinem Sinne auszulegen, und ich bitte ihn dringend, daß er die heute von mir gehörten Worte beherzige und nicht etwa draußen in der Agitation in denselben Fehler verfalle, in den er heute hier verfallen ist. Ich kann ihm nur sagen, daß, wenn er etwa Kandidat in einem bestimmten Wahlkreise sein sollte — was ich nicht weiß —, in dem namentlich das katholische Element vertreten ist, er allerdings mit dieser Art des Auftretens kein besonderes Glück haben würde. (Lebhafte Zustimmung.)

Das was Welker von seinem Standpunkt aus als einen Fehler der Partei bezeichnete, ist gerade ihr größter Vorzug. Er meinte, man hätte bisher falsch agitirt und daher wenig Einfluß auf die Wählerkreise des Zentrums gewonnen. Wo ist denn aber der Einfluß, den er und seine Freunde auf das Zentrum in der jahrzehntelangen Agitation gewonnen haben? (Sehr gut!) Will er bestreiten, daß der Boden für die Art der Agitation immer mehr schwindet? Bayern ist ein katholisches Land, in dem das Zentrum stark vertreten ist. Und da hat die Haltung, die die bayerischen sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten z. B. kürzlich in der Frage des Wohnungsgeld-Zuschusses für die unteren Beamten eingenommen haben, für die sozialdemokratische Partei dem Zentrum gegenüber unendlich mehr propagandistisch gewirkt als tausend Reden, die Welker in der von ihm heute vertretenen Art der Agitation halten würde. (Lebhafte Zustimmung.) Das zeigt sich nicht nur in dieser Frage, sondern auch in anderen. An solchen praktischen Fragen läßt sich unser Standpunkt deutlich klar machen, läßt sich zeigen, daß die Sozialdemokratie gewillt ist, allen Unterdrückten zu helfen. Das ist die wirksamste Propaganda. (Lebhafter Beifall!)

Die Bebel'sche Resolution (101) wird hierauf einstimmig angenommen. Der Antrag Singer (126) (Einsendung aller Wahlflugblätter und Programme an die „Vorwärts"-Redaktion) wird gleichfall angenommen, ebenso der Antrag, die Rede Bebel's als Agitationsbroschüre zu verbreiten.

Die Schlußabstimmung über die von der Redaktions-Kommission bearbeitete **Resolution Molkenbuhr über Arbeiter-Versicherung** (106) ergiebt die Annahme in folgendem Wortlaut:

Die Versicherungsgesetze des Deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, die Armenkassen vor Ueberlastung und die Unternehmer vor Schadenersatz zu bewahren, entsprechen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse. Jedoch ist durch die Erfahrung der Beweis erbracht, daß mit der Versicherung allgemeine Uebelstände bekämpft und deren schlimmste wirthschaftliche Folgen gemildert werden können.

Deshalb fordert der Parteitag:

1. Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter und diesen wirthschaftlich gleichstehende Personen;
2. Vereinheitlichung der Versicherung;
3. volle Selbstverwaltung durch die Versicherten;
4. Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten;
5. Bekämpfung von Volkskrankheiten durch die Arbeiter-Versicherung;
6. weiteren Ausbau der Unfallverhütung und der Maßnahmen zur Verhütung von Berufskrankheiten; insbesondere zu diesem Zweck: Einsetzung von Vertrauenspersonen behufs Kontrolle der Betriebe. Die Vertrauenspersonen sind von den Versicherten aus ihren Kreisen zu wählen und aus öffentlichen Mitteln zu besolden; vollen Schadenersatz den Verletzten und deren Hinterbliebenen.
7. Unterstützung von Schwangeren, sobald im weiteren Verlauf der Schwangerschaft durch den normalen Schwangerschaftszustand bedingte Anzeichen sich geltend machen, welche die Arbeit erschweren, und von Wöchnerinnen für die Dauer von wenigstens sechs Wochen vom Tage der Entbindung an.
8. Organisation des Arbeitsmarktes.
9. Einführung der Arbeitslosen-Versicherung.
10. Einführung der Wittwen- und Waisenversorgung.

Es folgt die Verhandlung über Punkt 9: **„Anträge zum Programm und Organisation."** Verhandelt werden zunächst die Anträge zur Organisation:

Nr. 17—27, 27a, 99 und 127. Antrag 17 wird von den Magdeburgern zurückgezogen, weil sie durch Auer's Ausführungen in seinem Referat zum Vorstandsbericht überzeugt worden sind. Unterstützung fanden nur die Anträge 18, 23, 24, 27, 27a, 99 und 127.

Zur Verhandlung kommt zuerst Antrag 18, der nicht begründet wird.

v. Vollmar: In Nürnberg sind mehrere Genossen aus dem sozialdemokratischen Verein ausgeschlossen worden, sie versuchten aus Trotz, sich in andere Organisationen einzudrängen, einer von ihnen ließ sich sogar als Reichstagskandidat proklamiren. Die Folge davon war ein Beschluß für Bayern, daß jeder Genosse demjenigen Wahlverein beitreten müsse, der an seinem Wohnsitz besteht. Nun hat Auer in seinem Bericht neulich auch auf diesen Fall hingewiesen und den Bayern vorgeworfen, daß sie den Ausgeschlossenen kein genügendes Beschwerderecht geben. Darin irrt sich Auer, der Ausgeschlossene hat bei uns sogar mehr Instanzen, die er anrufen kann, als nach dem allgemeinen Organisationsstatut. An und für sich ist die Sache für uns ganz unwichtig; jahrzehntelang hatten wir mit solchen Dingen uns gar nicht zu befassen und hoffentlich wird es Jahr und Tag dauern, ehe so etwas wieder vorkommt. Daß wir den Ausschluß aus der Gesammtpartei nicht beantragt haben, geschah im Interesse der Ausgeschlossenen; es sind alles Leute, die große Verdienste um die Partei hatten, die sich aber einen Verstoß, allerdings sehr arger Art, zu Schulden kommen ließen. Wir wollen den Betreffenden Gelegenheit geben, wenn sie Buße gethan haben, wieder dem Verein beizutreten. Das wird aber nicht möglich sein, wenn Sie den vorliegenden Antrag annehmen.

Dickreiter-Ludwigshafen: Auch ich bitte, den Antrag abzulehnen. Es kommt vor, daß Genossen aus örtlichen Wahlvereinen ausgeschlossen werden, daß aber kein Grund vorliegt, ihnen die Parteizugehörigkeit abzusprechen, weil ihr Vergehen nur geringfügiger Natur ist.

Pfannkuch: Nach den Ausführungen von Vollmar ist ja eigentlich den Ausgeschlossenen durch die Herzensgüte der Bayern großes Heil widerfahren. Aber nach dem Ludwigshafener Beschluß sind die Genossen aus der bayerischen Organisation ausgeschlossen, aus der Gesammtpartei aber nicht. Das ist ein eigenartiger Zustand. Parteigenössische Rechte können die Genossen in ganz Bayern nicht ausüben, an der Erfüllung ihrer Pflichten kann sie natürlich niemand hindern; sie sind in Bayern Genossen zweiter Klasse, im übrigen Deutschland volle Genossen. Sie können sogar von einem außerbayerischen Kreise ein Mandat für den Parteitag erhalten. Ist das nicht ein ganz unhaltbarer Zustand? Was den Genossen in Deutschland recht ist, muß ihnen auch in Bayern billig sein. Das bayerische Organisationsstatut kollidirt eben mit dem allgemeinen. Werden die Genossen aus Bayern ausgeschlossen, so muß ihre Verfehlung so schwer sein, daß auch im übrigen Deutschland ihres Bleibens in sozialdemokratischen Vereinen nicht sein kann. Wollen die Bayern die Konsequenz nicht ziehen, so wäre es richtiger, den Antrag anzunehmen. Es geht nicht, daß man sagt, was für Bayern nicht gut genug ist, ist für das übrige Deutschland noch gut genug. Die Toleranz, die der bayerische Landesvorstand geübt hat, wird die Gesammtpartei auch üben. Ich bitte Sie um Annahme des Antrages und bemerke noch, daß es dazu, da es sich um die Aenderung des Organisationsstatuts handelt, einer Dreiviertelmehrheit bedarf.

Singer: Die Frage, die Pfannkuch eben angeschnitten hat, wollte auch ich Ihrer Entscheidung unterbreiten. In Betracht kommt hier der Paragraph 19 des Organisations-Statuts: „Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären. Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb den Fristen,

welche die Paragraphen 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangen. Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens dreiviertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden." Ich weiche nun von der Auffassung Pfannkuchs ab. Nach meiner Meinung entspricht der Antrag 18, der ordnungsgemäß veröffentlicht ist, den Anforderungen des Statuts. In Frage könnten nur die Anträge Zietz (99) und Kimmel (127) kommen. Diese beiden Anträge werden zwar bei dem Punkt Organisation behandelt, sie bezwecken aber keine Abänderung, sondern nur eine Deklarirung des Statuts. Ich gebe diese Erklärung ab, damit man nicht schließen kann, wir hätten das Organisationsstatut verletzt.

Mit dieser Auslegung Singer's erklärt sich der Parteitag einverstanden.

Timm-München: Die Sache ist in der That so gelagert, daß eine klare Entscheidung herbeigeführt werden sollte. Vollmar hat es mit den ausgeschlossenen Genossen ganz gut gemeint. Es können aber Fälle eintreten, die zu allerhand Kombinationen führen. Wir haben ja auch in München schon einmal einen ähnlichen Fall gehabt. Damals war unser Landesstatut so gefaßt, daß Mitglieder eines Vereins über einen eventuellen Ausschluß zu entscheiden hatten. Damals wurden wir uns im Schiedsgericht, das über den betreffenden Fall zu beschließen hatte, nicht darüber klar, ob das Statut der Landes-Organisation oder das Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Anwendung zu kommen hat. Deshalb ist dann der Parteitag zu Fürth zu dem Entschluß gekommen, diese Bestimmung zu streichen. Da nun alle möglichen Auffassungen Raum gewinnen können, so wird die Frage am besten gelöst, wenn in allen Fällen, wo es sich um einen Ausschluß handelt, das Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Anwendung zu kommen hat. Es werden alle Schwierigkeiten vermieden, wenn dann nach dem Paragraph 2 des Statuts gehandelt wird; es sind drei Instanzen gegeben, die völlig ausreichen müssen. Nehmen wir aber den Antrag 18 an, so führt das zu Unzuträglichkeiten, zu denen wir nicht die Hand bieten wollen. Deshalb müssen unter allen Umständen die Statuten der Landesorganisationen mit dem Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Einklang gebracht werden, damit sich die einzelnen Organisationen mit ihren Entscheidungen nicht in Widerspruch setzen. (Zustimmung).

Weinschild-Offenbach: Die ganze Sache wird erleichtert, wenn in das Organisationsstatut die Bestimmung aufgenommen wird, daß die Landesorganisationen, wenn sie einen Genossen ausschließen, dann auch gleich einen Ausschlußantrag an den Parteivorstand zu stellen haben. Es kann sonst z. B. vorkommen, daß wir in Offenbach einen ausschließen, der geht dann zehn Minuten hinüber nach Frankfurt, läßt sich dort in den Verein aufnehmen und tritt somit in alle Rechte der Parteizugehörigkeit ein, trotzdem er sich bei uns gegen die Parteidisziplin vergangen hat.

Vollmar: Nach meiner Meinung ist die Sache mit viel zu viel Formalismus beladen worden; sie ist die viele Zeit, die wir darauf verwenden, nicht werth. Wenn ich trotzdem noch einmal dazu das Wort nehme, so geschieht es, weil ich mich als Landesvorstand dazu für verpflichtet halte. Was den Nürnberger betrifft, — ein genaues Bild kann ich Ihnen davon mit Rücksicht auf die zur Verfügung stehende Zeit nicht geben — so will ich nur bemerken, daß an Stelle eines Schiedsgerichtes, wie es sonst üblich ist, unsere ganze Landtagsfraktion hinreiste, nicht aus eigenem Ermessen, sondern auf Antrag sämmtlicher Betheiligter; erst daraufhin ist der Ausschluß erfolgt. Wenn wir dem Parteitag nun die Akten des Falles vorlegten, so würden auch Sie zweifellos den Ausschluß verfügen. So wie die Sachen jetzt liegen, ist in die Befugniß des betreffenden Vereins gelegt, die Ausgeschlossenen eventuell nach einem halben oder einem

ganzen Jahre wieder aufzunehmen, wenn sie dessen wieder würdig sind. Das liegt also doch gewiß im Interesse der Ausgeschlossenen und wenn dann der Antrag 18 durchgeht, so haben die Ausgeschlossenen keine andere Gelegenheit, wieder einzutreten, als wenn sie an den Parteitag einen Antrag stellen. Dabei kann aber von einem einzelnen ihre ganze Angelegenheit vor der Oeffentlichkeit breitgetreten werden. Pfannkuch hat gemeint, es ist doch eigenthümlich, daß ein in Bayern Ausgeschlossener für das übrige Deutschland gut genug sein soll. Es handelt sich aber doch nur darum, daß jemand, der in Nürnberg wohnt und dort ausgeschlossen wird, in Ludwigshafen oder einer anderen Stadt wieder eintreten kann. Es wäre doch sehr merkwürdig, wenn ein solcher Mann von einer außerbayerischen Organisation oder Versammlung delegirt werden wollte. Wir wollen nur eine Handhabe besitzen, gegen einen Ausgeschlossenen, wenn er so taktlos ist, sich nicht zu fügen.

Hoffmann-Hamburg: Ich gehörte dem Hamburger Schiedsgericht über die Accordmaurer an und bin derjenige, den Genosse Auer als ein vierschrötiges Ungeheuer bezeichnete. (Heiterkeit.) Ich kann der Meinung Vollmar's nicht beitreten und bin der Ansicht, daß das Statut der Gesammtpartei über den Landesstatuten steht und wenn der Parteitag entscheidet, daß ein Ausschluß zu Unrecht erfolgte, so hat sich der betreffende Verein zu fügen und den Ausgeschlossenen wieder aufzunehmen. Man soll eben bei den Ausschlüssen die nöthige Vorsicht walten lassen. Bei den Hamburger Accordmaurern haben wir — ich persönlich war gegen den Ausschluß — die Erfahrung gemacht, daß diese Leute in Folge ihres späteren Gebahrens nicht zu uns gehören. (Singer ersucht den Redner, nicht auf die längst erledigte Angelegenheit einzugehen.) Ich wollte nur beweisen, daß wir damals im Recht waren. (Singer: Ich kann durchaus nicht zugeben, daß Sie nochmals auf die Angelegenheit der Accordmaurer eingehen.) Dann rede ich vom Parteivorstand. (Große Heiterkeit.) Die Leute suchten also durch eine Hinterthür wieder hineinzukommen, indem sie Beiträge an die Partei ablieferten. Dann begingen sie aber die Dummheit, Marken zu verschleißen und nun konnten wir nachweisen, daß der Versuch einer zweiten Organisation vorlag, nun mußte der Vorstand die Annahme der Gelder verweigern.

Ein Antrag Weinschild, bei jedem Ausschluß sei auch ein Ausschlußantrag an den Parteivorstand zu stellen, wird nicht genügend unterstützt.

Gerisch: Die Angelegenheit hat doch eine größere Bedeutung, als Vollmar anzunehmen scheint. In der früheren Organisation unter dem Vertrauensmann konnte der Betreffende ruhig aus dem Verein ausgeschlossen sein, aber doch Parteigenosse bleiben. Jetzt, wo die Geschäfte in den Wahlverein gelegt sind, bekommt die Sache ein anderes Aussehen. Wir werden schließlich nicht umhin können, das Organisationsstatut zu ändern, aber es wird uns heute kaum gelingen, die richtige Form zu finden. Am besten ist es, die Antragsteller ziehen für heute ihren Antrag zurück.

Rudolf-Nürnberg: Der Antragsteller ist hier nicht anwesend, der Antrag kann also nicht zurückgezogen werden. Wir haben in Nürnberg lange darüber berathen, ob die Betreffenden aus der Partei oder aus dem Wahlverein ausgeschlossen werden sollten. Wir wollten ihnen die Möglichkeit einer Rehabilitation geben und stellten deshalb keinen Antrag auf Ausschluß aus der Partei. Die Betreffenden sind schwer genug bestraft durch den Ausschluß aus dem Verein. Es ist einer unserer ältesten Genossen darunter, dem wir wenigstens die Möglichkeit gelassen haben, in seiner gewerkschaftlichen Organisation thätig zu bleiben. Das hört aber auf mit dem Augenblick, wo ein Schiedsgericht eingesetzt wird, das zweifellos den Ausschluß aus der Partei beschließen würde. Es liegt im Interesse der Ausgeschlossenen, wenn Sie den Antrag ablehnen.

Pfannkuch: In Aenderung meiner früheren Auffassung bin ich damit einverstanden, daß wir die Angelegenheit noch ein Jahr auf sich beruhen lassen.

Ein Antrag Gerisch-Arons beauftragt den Parteivorstand, unter Ablehnung des Antrags 18 eine zweckentsprechende Aenderung des Organisationsstatuts vorzubreiten.

Dieser Antrag wird angenommen, womit Antrag 18 erledigt ist.

Es folgt die Berathung des Antrags 23.

Leopold-Zeitz: Genosse Mittag, der den Antrag im Auftrage der Merseburger Kreiskonferenz begründen sollte, ist an einem Ohrenleiden erkrankt. Er hat mich gebeten, ihn zu vertreten. Auf jener Konferenz ist der Fall Dr. Berthold zur Sprache gekommen, der eine gegnerische Zeitschrift redigirt hat, in der Artikel erschienen sein sollen, die die Partei beschimpfen. Der Fall hat ja dem Parteivorstand vorgelegen. Im übrigen kann ich Sie nur ersuchen, den Antrag 23 abzulehnen. (Heiterkeit.) Es steht im Organisationsstatut, daß der Ausschluß eines Parteigenossen bei einem vom Vorstand zu berufenden Schiedsgericht zu beantragen ist. Das genügt vollständig. Wir können nicht allgemeine Beschlüsse fassen in Dingen, bei denen immer von Fall zu Fall entschieden werden muß. (Lebhafte Zustimmung.)

Gerisch: Ich schließe mich dem Wunsche meines Vorredners an und bitte, wie er, um die Ablehnung des Antrages, weil er offene Thüren einrennt. (Sehr richtig!) Es ist ja selbstverständlich, daß ein Mensch, der sich als Sozialdemokrat bekennt, nicht eine gegnerische Zeitung redigiren und von dort aus die eigene Partei bekämpfen kann. Wer das thut, stellt sich von selbst außerhalb der Reihen der Partei. Der Fall des Dr. Berthold hat nicht den Vorstand als solchen, sondern ein ordnungsgemäß nach den Wünschen der beiden Parteien zusammengesetztes Schiedsgericht beschäftigt. In diesem Schiedsgericht ist die Frage des Ausschlusses des Dr. Berthold ernsthaft erwogen worden. Wenn die Dinge so glatt lägen, wie von den Merseburger Genossen angenommen wird, dann würde kein Mitglied des Schiedsgerichts auch nur ein Wort verloren haben, sondern Berthold wäre einstimmig ausgeschlossen worden. Die Dinge liegen aber anders, es hat sich um einen Parteigenossen gehandelt, der eine ganz eigenartige seelische Organisation hat. Seine Handlung mußte unter Berücksichtigung aller Umstände beurtheilt werden, und da war die Mehrheit des Schiedsgerichts der Meinung, während die Minderheit auf ihre Meinung beharrte, daß der Ausschluß, der nach dem Statut nur wegen einer ehrlosen Handlung erfolgen kann, nicht ausgesprochen werden durfte, weil der Handlung des Dr. Berthold ehrlose Motive nicht zu Grunde gelegen haben, sondern nur das Motiv einer falsch verstandenen Freundschaft, wobei der Genosse Berthold sich dadurch gedeckt glaubte, daß er seiner verantwortlichen Zeichnung der betreffenden Zeitschrift ein J. V. (in Vertretung) voransetzte. Das Schiedsgericht war in seiner Mehrheit der Auffassung, daß im vorliegenden Fall, wo dem Betreffenden so außerordentlich viele Entschuldigungsgründe zur Seite standen, es sich mit dem schärfsten Tadel des Betreffenden genügen lassen sollte. Der Ausschluß ist doch schließlich das Schlimmste, was einem Parteigenossen passiren kann, und die Sache lag nicht so, daß man bei diesem ersten Fall gleich zum schärfsten Mittel greifen sollte. Alle Umstände müssen erwogen werden, der ganze Sachverhalt human beurtheilt werden, sowie wir es auch von den bürgerlichen Gerichten verlangen. Dem Dr. Berthold ist der schärfste Tadel ertheilt worden, der einem Parteigenossen ertheilt werden kann. An dem Urtheil selbst kann der Parteitag nichts ändern, denn das Schiedsgericht ist in seinem Urtheil souverän. Es wird in der Partei ja überhaupt einen zweiten Dr. Berthold nicht geben. Dieser Persönlichkeit, dieser Individualität glaubte die Mehrheit des Schiedsgerichts Rechnung tragen zu müssen. Deshalb liegt keine Gefahr vor, daß sich ähnliche Fälle wiederholen werden, um

so mehr, als der Tadel so eindringlich und scharf gefaßt war, daß er eine Warnungstafel darstellt, die jeden, der aus Unkenntniß so etwas noch einmal versuchen wollte, verhindern wird, einen derartigen Versuch zu machen. In jedem anderen Falle würde der Ausschluß, wenn nicht abnorme Verhältnisse vorliegen, selbstverständlich erfolgen.

Der Antrag 23 wird abgelehnt.

Ueber den Antrag 24 beantragt

Thiel-Kassel Uebergang zur Tagesordnung.

Kiesel-Berlin spricht gegen den Uebergang; man müsse doch mindestens die Gründe der Antragsteller hören.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird abgelehnt.

Paul Hoffmann-Hamburg: Persönlich bin ich von der Richtigkeit des Antrages nicht überzeugt (Heiterkeit); es sind nur drei Genossen hier, auf die der Antrag zutreffen würde. Es wäre gar kein Unglück, wenn die Genossen, die doch in der Partei mitarbeiten, auch mal mitstimmen. Ich habe den Antrag begründet, weil ich es mußte. (Heiterkeit.)

Ad. Hoffmann-Berlin: Der Antrag ist doch ernster, als es der Vorredner darstellt; denn oft kommt es bei der Abstimmung auf wenige Stimmen an. Es wäre überhaupt an der Zeit, daß der Parteivorstand einmal den § 9 des Organisationsstatuts einer Revision unterzieht. Es sind hier 12 Kreise mit 8, 25 mit 2 und 113 mit 1 Delegirten vertreten. Unter den mit 3 Delegirten vertretenen befinden sich Berlin, München, Nürnberg, Teltow-Beeskow, Leipzig-Stadt und Land, Chemnitz, Straßburg — und Rosenheim. (Heiterkeit.) Als Delegirte für Rosenheim ist u. a. Frau Lily Braun aus Berlin hier anwesend. Ich bin ja überzeugt, daß Frau Braun nicht aus irgend einer liebenswürdigen Freundschaft das Mandat erhalten hat (Heiterkeit), sondern für ihre Verdienste um die Landagitation. Mich freut das sogar, denn das zeigt, daß wir Norddeutsche unrecht haben, wenn wir immer glauben, die Bayern sind Preußenfeinde (Heiterkeit.) Sie holen sich sogar ihre Delegirten aus Preußen, mehr kann man nicht verlangen. (Heiterkeit.) Sie wissen aber auch, daß Leute mit Mandaten zum Parteitag kommen, von deren Existenz wir bis dahin keine Ahnung hatten, die wohl die Ehre der Vertretung, aber nicht die Last der Mitarbeit auf sich laden wollen. Wenn wir sehen, daß ein Kreis mit 2854 Stimmen eben so viel Delegirte haben kann wie einer mit 58 000, dann sollten wir veranlaßt werden, Wandel zu schaffen und ein Wahlrecht einzuführen, das als proportionales bezeichnet werden kann. Das ist heute nicht möglich, wohl aber können Sie den Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überweisen. Auch die Frage, ob die Reichstags-Abgeordneten Stimmrecht haben sollen, könnte dann erledigt werden. Ebenso müßte mal die Frage erörtert werden, ob nicht die Delegationskosten auf die Gesammtpartei übernommen und Sammellisten für das ganze Reich vom Parteivorstande herausgegeben werden könnten. Jedenfalls entspricht die Vertretung und die Art und Weise, wie manchmal Mandate zu Stande kommen, nicht der Würde des Parteitags. (Zustimmung.)

Bérard-Hamburg: Die Worte des Vorredners veranlassen mich, da ich als Vertreter des Hamburger Parteigeschäfts hier bin, zu erklären, daß in einem Falle, wo meine Abstimmung entscheidend gewesen sein soll, die Ablehnung mit 158 gegen 72 Stimmen erfolgt ist. Meine Stimme kam also garnicht in Betracht. Diejenigen, die sich über ihre Geschäftsführung zu verantworten haben, müssen doch auch das Recht haben, hier zu sein.

Gerisch: Der Antrag geht weiter, als es scheint, er bezweckt, den Abgeordneten, den Kontrolleuren und den Vorstandsmitgliedern das Recht der Theilnahme an den Abstimmungen zu nehmen. Ich gebe zu, daß die gegenwärtige Art der Vertretung keine ideale ist; Fälle, wie sie Hoffmann angeführt hat, sind

bis jetzt noch auf jedem Parteitag vorgekommen. Aber das darf uns nicht veranlassen, so grundlegende Abänderungen am Organisations-Statut vorzunehmen, und am allerwenigsten sollten wir die Rechte der Reichstags-Abgeordneten verkümmern. Es wäre doch geradezu unerhört, diejenigen Parteigenossen, denen Sie die gewaltige Arbeit im Parlament aufhalsen, nicht als vollberechtigte Mitglieder des Parteitages anzuerkennen. In den Statuten anderer Parteien finden sich ähnliche Bestimmungen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag nicht dem Vorstand zu überweisen, sondern ihn abzulehnen. Die jetzige Form des Statuts ist seiner Zeit nach jahrelangen Erwägungen gewählt worden und wir sollten das, was sich bis jetzt als gut bewiesen hat, nicht deshalb über Bord werfen, weil nicht alles ganz vollkommen ist. Auch der Genossin Braun wird niemand bestreiten können, daß sie in ihrer Weise sehr thätig für die Partei ist.

Vollmar: Ich will über den Antrag selbst kein Wort verlieren, ebensowenig will ich die Gelegenheit benutzen, dem Genossen Hoffmann-Berlin die Antwort zu geben, die ihm eigentlich gebührt. (Sehr gut!) Die Angelegenheit ist schon zu vielfach auf Parteitagen erörtert worden, als daß man darüber noch viel diskutieren sollte. Ich will nur zwei Bemerkungen machen. Es ist Hoffmann merkwürdig vorgekommen, daß der Kreis Rosenheim von einem ihm statutarisch zustehenden Recht, drei Delegirte zu schicken, Gebrauch gemacht hat. Es schien fast so, als wenn Hoffmann bei dieser Gelegenheit den Namen Rosenheim zum erstenmal gehört hätte. (Heiterkeit.) Der Kreis Rosenheim ist nun der beste Landwahlkreis, den wir in Altbayern überhaupt haben. Wir haben dort eine sehr gute Organisation, so daß, wenn einer unserer altbayerischen Landwahlkreise außer dem formellen auch ein sachliches Recht zu einer derartigen Vertretung hat, es gerade dieser Kreis ist. Es schien Hoffmann nicht recht gefallen zu haben, daß Frau Lily Braun dort gewählt worden ist. (Heiterkeit und Beifall! Ruf: Im Gegentheil!) Natürlich, das kennen wir ja! (Heiterkeit und Beifall.) Er hat allerdings gesagt, es sei nett, daß die Bayern sich ihre Delegirten sogar aus Preußen holen. Ich möchte ihm sagen: es kommt nur darauf an, was für oane es sind! (Große Heiterkeit und Händeklatschen.) Ob aber Genosse Hoffmann genommen worden wäre aus Preußen, ist mir zweifelhaft. (Erneute große Heiterkeit.) Genossin Lily Braun ist auch nicht aus Preußen geholt worden, sondern ist im Wahlkreise Rosenheim längere Zeit, eine Reihe von Wochen oder Monaten aufhältlich gewesen, sie hat von dort aus, von Birkenstein aus, 2 Versammlungen abgehalten, die den Rosenheimern so gut gefallen haben, daß sie sich darauf die Freiheit genommen haben, ohne erst beim Genossen Hoffmann anzufragen, die Genossin Lily Braun zu delegiren. (Große Heiterkeit und Beifall, Zuruf Hoffmanns.) Es wäre doch besser gewesen, diese Bemerkungen über das Zustandekommen von Mandaten von Leuten, die gerade dem einen oder anderen nicht passen, zu unterlassen. Wenn Hoffmann irgend etwas weiß, was zu Ungunsten des Mandats spricht, was zeigt, daß das Mandat der Genossin Lily Braun nicht mit rechten Dingen zu Stande gekommen ist, dann mag er es sagen, wenn er das aber nicht weiß, mag er schweigen. (Große Heiterkeit und Beifall. Zuruf: König von Bayern!)

Krause-Chemnitz: Hoffmann hat sich auch über die Zahl der Chemnitzer Mandate aufgehalten. Die Chemnitzer aber haben mit ihrer Delegirung nur von ihrem Rechte Gebrauch gemacht.

Hoffmann-Hamburg: Wenn die Fassung des Antrags die Deutung zugelassen hat, die ihr Gerisch gegeben, so mag das an seiner unglücklichen Formulirung liegen. Der Antrag soll keine Aenderung des Organisations-Statuts enthalten. Er kann nur so interpretirt werden, daß er verhindern soll, daß diejenigen, die kein Mandat haben, an der Abstimmung theilnehmen. Es ist mitunter schwer festzustellen, ob jemand Delegirter ist oder nicht. Bei den Parteitagsverhandlungen setzen sich sehr oft andere Genossen zwischen die Delegirten, so daß man

schwer kontrolliren kann, ob die Abstimmung richtig ausfällt. (Sehr richtig!) Es soll also in keiner Weise eine Aenderung des Organisations-Statuts herbeigeführt werden. Wir würden uns ja selbst ins Gesicht schlagen, wenn wir ein solches Mißtrauensvotum gegen Parteivorstand und Fraktion aussprechen wollten. Für so dumm müssen Sie die Hamburger nicht halten. (Heiterkeit.)

Der Antrag 24 wird dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Es folgt der Antrag 27.

Singer: Die Materie dieses Antrages gehört gar nicht zu den Obliegenheiten des Parteitages. (Sehr richtig!) Die Kreis- und Provinzial-Organisationen sind durchaus selbstständig. Wenn sie nicht gegen das Organisations-Statut verstoßen, so haben wir von hieraus keinen Anlaß einzugreifen. Eine Aenderung des Organisations-Statuts aber ist nicht beantragt. Wir sollten uns also doch überlegen, ob wir diesen Antrag zur Verhandlung stellen können. Ich frage, ob der Parteitag genöthig ist, den Antrag zu diskutiren.

Es wird Uebergang zur Tagesordnung über Antrag 27 beantragt.

Welcker-Wiesbaden: Ich halte den Uebergang zur Tagesordnung nicht für gerechtfertigt. Ich würde ja den Antrag gern zurückziehen, aber ich habe den Auftrag von den Antragstellern übernommen, ihn zu begründen. Wenn Sie mich durch Uebergang zur Tagesordnung davon befreien wollten, so wäre ich ganz froh darüber. (Heiterkeit.)

Singer: Ich konstatire, daß dem Genossen Welker ein Gefallen geschieht, wenn dieser Antrag nicht zur Verhandlung kommt. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag 27 wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Es folgt Antrag 27a.

Singer: Nach meiner Meinung ist dieser Antrag durch den vorher gefaßten Beschluß erledigt. (Sehr richtig!)

Antrag 27a wird durch die vorhergehende Beschlußfassung für erledigt erklärt.

Es folgen die Anträge Zietz (99) und Kimmel (127).

Frau Zietz: Der Mainzer Parteitag hat bekanntlich nach der Aufhebung des Verbindungsverbotes für politische Vereine eine Reorganisation der Partei vorgenommen. Die von uns dort eingebrachte und vom Parteitag angenommene Resolution ist von einigen Leuten in Hamburg so verstanden worden, als sollte in den Staaten, wo die Frauen Mitglieder der politischen Vereine der Männer werden dürfen, wie in Hamburg, das System der weiblichen Vertrauenspersonen aufgehoben sein. Davon war aber doch keine Rede. So dumm sind wir Frauen doch nicht, wenn man uns auch manchmal für ein bischen dumm hält, daß wir selbst einen Antrag auf Einschränkung unsrer Rechte einbrächten. Das Gros der Hamburger Genossen hat sich dieser meiner Auffassung auch angeschlossen. (Stubbe-Hamburg ruft: Nein! Nicht doch!) Es wird jetzt von Stubbe bestritten, aber es wird mir von Kimmel und Koenen und Heine zugegeben werden. (Heine-Hamburg: Nein! — Große Heiterkeit.) So konstatiere ich es trotzdem. (Erneute große Heiterkeit.) Ich habe meine Resolution nicht eingebracht, um speciell für die Hamburger Verhältnisse eine Entscheidung herbeizuführen, sondern um eine Interpretation unserer Mainzer Resolution im Allgemeinen zu geben. Ich bitte Sie um die Annahme. (Sehr richtig.) Die ganze Agitation der Frauen ist stets im Rahmen und zum Nutzen der gesammten Agitation der Partei erfolgt. (Bravo!) Den Antrag Kimmel bitte ich abzulehnen.

Die Weiterberathung der beiden Anträge wird auf morgen vertagt.

Singer ertheilt hierauf das Wort zu einer nachträglichen persönlichen Bemerkung zu Antrag 24 an Hoffmann-Berlin, wobei er ausdrücklich bemerkt, daß durch diese Wortertheilung kein Präzedenzfall geschaffen werden soll gegen-

über der Geschäftsordnung, wonach persönliche Bemerkungen am Schlusse der Debatte über den betreffenden Gegenstand gemacht werden müssen.

Richard Fischer-Berlin erhebt prinzipiellen Widerspruch.

Der Parteitag bestätigt die Wortertheilung für den Ausnahmefall.

Adolf Hoffmann-Berlin: Vollmar hat mich gänzlich mißverstanden. Ich wollte dem Kreise Rosenheim nicht das Recht bestreiten, die Delegirten zu senden, die ihm passen. Vollmar hatte also keine Ursache, mich zur Zielscheibe seiner billigen Witze zu machen. (Widerspruch. Sehr richtig!) Daß er mich nicht widerlegt hat, hat die Annahme meines Antrages bewiesen.

Schluß 7 Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 20. September. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 8¾ Uhr; den Vorsitz hat **Singer**.

Welker-Wiesbaden hat unter Genehmigung des Bureaus folgende schriftliche Erklärung abgegeben: „Der Abgeordnete Bebel hat mir vorgeworfen, mit meinen Ausführungen die Glaubensfreiheit angegriffen zu haben. Das Gegentheil ist der Fall. Ich habe behauptet, daß die Gewissensfreiheit noch nicht garantirt ist durch die Trennung von Kirche und Staat, daß außerdem die große Gewalt, die die Kirche auch ohne die staatliche Unterstützung über die Gemüther ausübt, gebrochen werden muß, daß auch die Eltern kein Recht haben dürfen, das Innenleben ihrer Kinder zu vergewaltigen durch die Ueberweisung derselben an eine Religionsgemeinschaft."

Seitens des Vorsitzenden einer gestern Abend in München abgehaltenen öffentlichen Versammlung ist dem Parteitag die Mittheilung zugegangen, daß diese Versammlung die Annahme der Resolution 88 a (daß die Parteipresse auf die Schädlichkeit des Alkohols hinweisen soll) empfiehlt.

Die Diskussion über die Anträge Zietz (99) und Kimmel (127) wird fortgesetzt. Zur Begründung seines Antrages erhält das Wort

Kimmel-Hamburg: Ich bin nicht der Ansicht, der Frau Zietz gestern Ausdruck gegeben hat, und wir haben auch in Hamburg eine ganze Reihe von Genossinnen, die die Meinung der Frau Zietz nicht theilen, sondern ihren Standpunkt sogar verurtheilen. Die Frauen müssen, wenn sie wirksam agitiren wollen, sich doch immer wieder an uns wenden. Der Antrag Zietz würde zur Folge haben, daß eine weibliche und eine männliche Organisation entsteht und daß die Kräfte zersplittert werden. Auch in den Gewerkschaften wirken doch Personen beiderlei Geschlechts zusammen. Frau Zietz ist ja Vertrauensperson für Hamburg, aber in organisatorischer Beziehung läßt ihr Vorgehen manches zu wünschen übrig. Das hat sich erst neulich bei der Einberufung der Versammlung in Hamburg gezeigt, wo Frau Zetkin das Referat hielt, da hat sie einen schönen Kuddelmuddel angerichtet. Sie hatte eine Sekretärin, die eine Vertreterin, diese Vertreterin hatte eine andere Vertreterin, die aber verreist war, und schließlich hat der Mann der Vertreterin die Versammlung organisiren müssen. (Heiterkeit.) Wo es den Frauen möglich ist, die Mitgliedschaft in Wahlvereinen zu erwerben, müssen sie mit uns zusammen marschiren und ihre Sonderbündeleien lassen.

Koenen-Hamburg: Ich bedauere sehr, daß wir uns hier mit dieser rein lokalen Angelegenheit beschäftigen müssen. Da aber Genossin Zietz die Sache hier vorgebracht hat, so müssen wir, die wir die Sache in Hamburg miterlebt haben, uns an der Debatte betheiligen. Frau Zietz berief sich gestern auch auf mich für ihre Behauptung. Wir hatten uns verständigt, es ist aber nicht wahr, daß wir uns im Sinne der Frau Zietz verständigt hatten. Als wir in Hamburg durch die Mainzer Beschlüsse in die Lage kamen, das Vertrauensmännersystem für die Männer zu beseitigen, setzte Frau Zietz es durch, daß trotz jener Mainzer

Reorganisation die weiblichen Vertrauenspersonen beibehalten werden. Ein großer Theil der Hamburger Parteigenossen ist der Meinung, daß diese Beibehaltung nur um deswegen so sehr gewünscht würde, um, wenn man von der allgemeinen Organisation kein Mandat erhalten würde, sich von der Frauenversammlung ein Mandat ausstellen zu lassen. Das habe ich auch Frau Zietz gesagt. Sie fühlte sich dadurch allerdings schwer beleidigt. Trotzdem ist dies die Meinung vieler Hamburger Genossen. Man hat sich ein besonderes Mandat nach Paris ausstellen lassen von einer Frauenversammlung u. s. w. Dabei haben wir Hamburger uns gegenüber der Frauenmitarbeit nie ablehnend verhalten. Wir haben die Genossinen Zetkin, Zietz, Baader und Luxemburg in Hamburger Versammlungen gehört. Wir haben sie schlecht und recht gehört, hoch und niedrig, erster und zweiter Güte, wir haben sie so genommen wie sie waren. (Große Heiterkeit.) Natürlich wird man uns nachher immer in schmetternden Trompetenstößen verkünden, das seien die Erfolge der Frauen gewesen. Die Thätigkeit der Frauen ist bei der Delegirtenwahl von den Parteigenossen ganz richtig eingeschätzt worden. Wir konnten mit der Thätigkeit der Frauen unter keinen Umständen einverstanden sein. Kimmel hat bereits gesagt, wie es mit der Thätigkeit der Frau Zietz aussieht. Frau Zietz, die Hamburger Vertrauensperson, kann ihre Stellung in Hamburg nicht ausfüllen, wenn sie sich auf den Triumphzügen ihrer Agitationsreisen durch Deutschland befindet. In einer Versammlung, die unter dem Druck eines Ereignisses stand, wie es glücklicherweise nicht alle Tage vorkommt, hat Frau Zietz versucht, im Trüben zu fischen. Wenn eine Verständigung zu Stande kommen soll, so muß dies auf ganz anderer Grundlage geschehen.

Singer erklärt, daß er heute, um möglichst allen vorliegenden Anträgen gerecht werden zu können, streng an der durch die Geschäftsordnung bestimmten Redezeit für die einzelnen Reden festhalten werde. Die vorliegende Frage möge doch etwas aus den rein lokalen Verhältnissen herausgehoben und mehr auf das Gebiet allgemeiner Gesichtspunkte hinübergeleitet werden.

Frau **Zetkin**-Stuttgart: Ich befinde mich leider in der Lage, einiges ganz Lokales und Persönliches hier festzustellen. Ich muß gegen die Vorwürfe, die Genosse Koenen der Genossin Zietz machte, entschieden Verwahrung einlegen. Er hat spöttisch gemeint, ihre Agitationsreisen seien ja wahre Triumphzüge. Wer da weiß, wie die Genossin Zietz arbeitet und die aufreibendste und anstrengendste Agitationsarbeit leistet (Sehr richtig!), der wird mir beistimmen, daß es nicht angebracht ist, in diesem wegwerfenden Tone zu reden. Wer so fleißig ist und zu jeder Zeit so auf der Schanze steht wie die Genossin Zietz, der hat es wahrlich nicht nötig, sich einen Posten als Vertrauensperson zu schaffen, um zu einem Mandat zu kommen. Was nun den Antrag Zietz betrifft, so handelt es sich nicht darum, eine eigne weibliche Sonderorganisation zu schaffen, sondern nur einen Mittelpunkt für die agitatorische Kleinarbeit, damit wir die Frauen in die allgemeine Bewegung einführen können. Es handelt sich also nicht um eine weibliche Nebenregierung, um einen Weiberstaat im allgemeinen Staate, sondern nur darum, ein für die Organisation des weiblichen Proletariats geeignetes Organ zu schaffen. Die Eigenart des weiblichen Charakters, die Sonderstellung, welche die Frau im Hause einnimmt, verlangt, daß man ihr mit ganz anderer Kleinarbeit nachgehen muß als den Männern, die in den Kneipen, Werkstätten u. s. w. zu fassen sind, während die Frauen, sobald sie Haussklavinnen werden, davon ausgeschlossen sind. Auch die sozialdemokratischen Vereine werden erst dann mehr weibliche Mitglieder bekommen, wenn wir weibliche Vertrauenspersonen besitzen. Hamburg hat jetzt schon über 900 weibliche Mitglieder. Bedenken Sie, daß wir durch die Aufklärungsarbeit in den Versammlungen immer mehr Frauen werben, daß sich darunter Hunderte befinden, die den Mann im Kampfe um seine Ideale im politischen und gewerkschaftlichen Kampfe nicht mehr zu hindern suchen

und daß unter den sozialdemokratischen Frauen Tausende sind, die ihre Kinder zu den Idealen des Sozialismus erziehen. Sie wehren dem Mann seinen schlimmsten Feind ab, der am häuslichen Herd in Gestalt der Frau sitzt. Bedenken Sie endlich, daß wenn wir die Kinder erobern, wir auch die Zukunft erobern. (Lebhafter Beifall.)

Stubbe-Hamburg: Die Behauptung der Genossin Zietz, daß die Hamburger sich in einer Versammlung ihrer Meinung angeschlossen hätten, ist unzutreffend. In der Versammlung wurde über den hier vorliegenden Antrag garnicht berathen. Ich halte den Antrag Zietz für ganz überflüssig, nur im Verein mit uns werden die Frauen etwas erreichen. Wir haben in Hamburg 900 organisirte Genossinnen, aber nur eine ganz kleine Zahl von ihnen betheiligt sich an der Agitation. In der Versammlung machen sie uns Vorwürfe, aber selbst mitarbeiten wollen sie nicht. Höhere Posten nehmen sie ja an, doch in kleineren Stellungen, z. B. die von Distriktsleitern, wollen sie nicht hinein. In Folge des Vorgehens der Frauen, die Versammlungen einberufen an denselben Tagen, wo wir welche abhalten, hat sich in Hamburg schon eine Nebenregierung entwickelt. Wie kommt eigentlich Frau Zietz dazu, uns vorzuwerfen, daß wir die Frauenagitation nicht unterstützen? Ich kann nur bitten, die beiden vorliegenden Anträge abzulehnen und es bei der Resolution 72 von Mainz zu belassen. In Hamburg ist es bisher nicht zu Differenzen gekommen, man vermeide es daher, Differenzen heraufzubeschwören.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Persönlich bemerkt Frau **Zietz**: Sie habe den Männern nicht mangelhafte Unterstützung der Frauen vorgeworfen. Gegen die Unterstellungen, sie lasse sich nur deshalb zur weiblichen Vertrauensperson wählen, um ein Mandat zum Parteitag zu erhalten, müsse sie sich entschieden verwahren. Auf die übrigen persönlichen gehässigen Vorwürfe zu antworten, halte sie unter ihrer Würde. (Bravo!)

Die Abstimmung ergiebt die Annahme des Antrages Zietz (99). Der Antrag Kimmel (127) ist dadurch erledigt.

Weitere Anträge zu Punkt 9 liegen nicht vor.

Es folgt Punkt 10: „**Sonstige Anträge**".

Singer schlägt vor, die vorliegenden Anträge folgendermaßen einzutheilen: a) Parteipresse, b) Agitation, c) Alkoholfrage, d) Tagesordnung des nächsten Parteitages, e) Ort des nächsten Parteitages. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Zum Punkt „Parteipresse" liegen vor die Anträge 32, 37, 38, 39, 42, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 58a, 81, 82, 89, 94. Antrag 81 erledigt sich dadurch, daß bereits jetzt entsprechend verfahren wird.

Zu Antrag 89 (Beilegung der „Neuen Welt" für Reuß ä. L.) erklärt **Förster** zur Geschäftsordnung, daß die Parteigenossen von Reuß in ihrer Gesammtheit von diesem Antrag durchaus nichts wissen. Der Antrag findet keine Unterstützung.

Unterstützt werden die Anträge 37, 39, 47, 48, 49, 51, 53, 54, 55 und 94.

Antrag 37 (Unterstützung der „Gazeta Ludowa") wird begründet von **Gogowski-Posen**: Wir sind unseren polnischen Genossen schuldig, ihnen das vorliegende Agitationsmaterial, z. B. das auf dem Parteitag gebotene, in ihrer Muttersprache zugänglich zu machen. Das wird nur möglich durch eine finanzielle Unterstützung, wie sie dieser Antrag verlangt. Ich bitte um Annahme des Antrages.

Bebel: Ich bitte den Antrag dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen und nicht zu beschließen, daß dies Blatt, die „Gazeta Ludowa", unter allen Umständen unterstützt werden müsse. Sie haben aus den Ausführungen

Auer's entnommen, zu welchen Konsequenzen es führen könnte, wenn wir zwei Blätter unterstützen. Ich wünsche nur, daß für den Fall, daß die angenommene Polenresolution zu keinem Resultat, zu keiner Verständigung führen sollte, alsdann der Parteivorstand die Möglichkeit habe, sich in dem neugegründeten Polenorgan ein Organ zu verschaffen, das die Richtung, die der Parteivorstand in dieser Frage vertritt, zur Geltung bringen kann. Aber nur für den Fall, daß eine Verständigung nicht erzielt werden kann, wollen Sie den Antrag zur Erwägung überweisen.

Winter-Beuthen: Ich bin der Meinung, daß wir die Erledigung der ganzen Angelegenheit auf die bevorstehende Konferenz über die polnischen Angelegenheiten verlegen müssen und daß dieser Antrag am besten dem Parteivorstande übergeben wird zur Erledigung auf dieser Konferenz. (Singer: Das ist ja eben beantragt.) Dann ziehe ich diesen Antrag zurück.

Antrag 37 wird entsprechend dem Vorschlage Bebel's dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Den Antrag 39 (Lieferung von Reichstagsberichten) begründet

Kolb-Karlsruhe: Die Provinzpresse ist nicht in der Lage, einen den Wünschen der Genossen entsprechenden Parlamentsbericht zu bringen. Wir zum Beispiel müssen den telegraphischen Bericht aus einem bürgerlichen Blatt abdrucken. Auf die Dauer geht das nicht, ich bitte deshalb, den Antrag dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen. Für selbstverständlich halte ich es, daß die Provinzpresse für die Kosten aufkommt.

Der Antrag 39 wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Zur Begründung des Antrages 47 (Umwandlung der „Neuen Zeit" in eine Monatsschrift) führt

Kolb-Karlsruhe aus, daß die Klagen über die „Neue Zeit" in der Hauptsache darauf zurückzuführen sind, daß sie wöchentlich erscheint. Diese Erscheinungsweise entspreche in keiner Weise mehr den Bedürfnissen der Zeit. Der Leserkreis lasse sich nicht mehr ausdehnen, weil das Blatt für das Gros der Genossen viel zu theuer sei. Wenn es den Bedürfnissen mehr entsprechen werde, wie das bei den „Socialistischen Monatsheften" der Fall sei, dann würde es auch gelingen, mehr Abonnenten zu gewinnen, was es andererseits wieder ermögliche, mehr zu bieten. Es scheine auch, daß in der Redaktion mehr gespart werden könne und daß die Redaktionskosten in keinem Verhältniß zu den Leistungen stünden.

Kautsky-Berlin: Ich habe den Antrag unterstützt, bitte aber, ihn abzulehnen. Die Unterstützung habe ich nur deshalb gewährt, um Gelegenheit zu haben, auf die Redaktionsverhältnisse der „Neuen Zeit" einzugehen. Es sind hier Stimmen laut geworden, unser Redaktionsetat sei zu hoch, es ist ein Vergleich zwischen unserem Etat und dem der „Socialistischen Monatshefte" gezogen worden. Ja, es wurde sogar in auffälliger Weise Aufklärung verlangt über die Verhältnisse der „Neuen Zeit". Würde ich diese Auskunft verweigern, so könnte der Anschein erweckt werden, als hätten wir Veranlassung, irgend etwas zu verheimlichen. Unser Redaktionsetat beträgt 10 400 M. pro Jahr, davon entfallen 3000 M. auf Mehring, 2400 M. auf Wurm und 5000 M. auf mich. Der Gehalt von Mehring müßte eigentlich auf den Mitarbeiter-Etat gelegt werden. Wohl wirkt Mehring in dankenswerther Weise an der Redaktion mit, aber der Haupttheil seiner Thätigkeit liegt in den Berliner Briefen. Es ist gesagt worden, gerade die regelmäßigen Mitarbeiter belasten die „Neue Zeit" sehr. Dieser Vorwurf soll hoffentlich nicht seine Spitze gegen die Tendenzen von Mehring richten. Es wäre etwas ganz Neues, wenn man die politischen Tendenzen eines Parteigenossen in der Weise bekämpfen wollte, daß man ihm den Brotkorb höher hängt. Finden Sie aber das Gehalt von Mehring zu

hoch, so richten Sie damit einen indirekten Vorwurf auch gegen diejenigen Genossen, die früher unsere regelmäßigen Mitarbeiter gewesen sind. (Namen! Namen!) Ich werde sie nennen; es ist mir das Gerücht zu Ohren gekommen, daß zu unseren regelmäßigen Mitarbeitern auch Bebel gehört, der angeblich für zwei Artikel jährlich 3000 M. bekommen soll, also für jeden Artikel 1500 M. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich in der Lage wäre, Bebel jeden Artikel mit 1500 M. honoriren zu können, ich würde es auch nicht als Schande ansehen, wenn Bebel regelmäßiger Mitarbeiter der „Neuen Zeit" wäre; aber er ist es nicht, er hat nie einen Pfennig Gehalt bezogen, ja er hat sogar niemals einen Pfennig Honorar für seine Artikel bekommen. (Hört! hört!) Die anderen beiden, die als regelmäßige Mitarbeiter genannt sind, sind Bernstein und Schippel. Sie haben das gleiche Gehalt bezogen wie Mehring, und wer das Gehalt von Mehring zu hoch findet, der richtet damit indirekt einen Vorwurf gegen Bernstein, denn Sie werden doch nicht zugeben wollen, daß die Arbeit Mehring's quantitativ oder qualitativ hinter der Bernstein's zurücksteht. (Sehr wahr!) Die eigentlichen Redaktionsgeschäfte besorgt Wurm. Nun könnte man ja sagen, zwei Redakteure sind zu viel für eine Wochenschrift. Das wäre richtig, wenn wir nichts Anderes zu thun hätten, als dafür zu sorgen, daß jede Nummer regelmäßig erscheint und daß in ausreichender Zahl Manuskripte vorhanden sind. Aber unsere Zeit wird noch durch eine andere Thätigkeit in Anspruch genommen. Mehr und mehr hat sich die Gewohnheit herausgebildet, daß wer eine Broschüre schreibt, einen Vortrag halten oder sonst Aufklärung haben will, sich an die Redaktion der „Neuen Zeit" um Rath wendet. Es ist vielleicht unvorsichtig, das hier auszusprechen, denn ich fürchte, es wird jetzt eine Fluth von Anfragen sich über uns ergießen. (Heiterkeit.) Die Redaktion der „Neuen Zeit" hat sich zu einem Arbeitersekretariat, zu einem Studentensekretariat, ja sogar zu einem Doktorensekretariat, und ich kann Ihnen mittheilen — allerdings unter dem Siegel der Verschwiegenheit (Heiterkeit) — auch zu einem Professorensekretariat entwickelt, und unsere Thätigkeit erstreckt sich nicht nur auf Deutschland. Die Bedeutung der „Neuen Zeit" ist eine internationale, sie wird in allen Ländern gelesen, und aus allen Ländern kommen Anfragen an uns, namentlich seit dem Tode Liebknecht's. Aber damit ist die Thätigkeit der Redaktion noch nicht erschöpft. Könnten wir die Manuskripte einfach zurücksenden, so wäre es sehr bequem, aber wir sind doch nicht blos Redakteure, sondern auch Parteigenossen. Die Redaktion hat auch die Aufgabe, einen schriftstellerischen Nachwuchs heranzubilden; diese unbrauchbaren Manuskripte stammen oft von jungen Leuten, die vorläufig nicht in der Lage sind, Brauchbares zu leisten, die aber sehr viel versprechen und denen wir unter die Arme greifen müssen. Das ist eine sehr anstrengende und undankbare Aufgabe, undankbar, weil die jungen Leute oft nicht das halten, was sie versprechen. Namentlich mit den Studenten haben wir traurige Erfahrungen gemacht, sie werden Doktoren, Privatdozenten und dann kommt ihnen die wissenschaftliche Erkenntniß und was sie bei der Sozialdemokratie gelernt haben, benützen sie, um sie zu bekämpfen. Wurm hat außer seiner redaktionellen Thätigkeit auch noch eine Reihe von Beiträgen zu liefern, die nicht extra bezahlt werden. Mein Gehalt beträgt 5000 Mark. Ich gebe zu, eine ansehnliche Summe, aber wenn das Gehalt zu hoch ist, so bin ich nicht daran schuld, denn ich habe in den 28 Jahren, welche ich in der Partei thätig bin, niemals eine Forderung gestellt. Was mir gegeben ist, ist mir freiwillig gegeben worden, ich habe früher sehr gern für die „Neue Zeit" für einen Monatsgehalt von 150 Mk. gearbeitet. Dietz hat mein Gehalt immer freiwillig erhöht. Aber die 5000 M. sind kein reines Honorar; es muß eine Reihe von Ausgaben daraus bestritten werden. Bücher und Zeitschriften werden mir nicht geliefert. (Hört! hört!) Auch einen Theil der Portokosten muß ich selbst bestreiten, ich bekomme jährlich 120 M. Portogeld, wir haben aber durch-

schnittlich 1000—1200 Briefe zu schreiben, darunter einen großen Theil Doppel- und Auslandsbriefe, ferner einige hundert Postkarten, Bücherpakete und Kreuzbandsendungen. Ich muß vielleicht 150 M. jährlich auf die Porto-Entschädigung zulegen. Endlich werden auch meine Beiträge nicht besonders honorirt, auch sie fallen auf das Redaktionskonto. Die festen Gehälter aber, die wir beziehen, bilden die materielle Grundlage, die es uns ermöglicht hat, eine Reihe wissenschaftlicher Arbeiten zu leisten, das gilt natürlich auch für Schippel und Bernstein. Wissenschaftliche Arbeiten kann nur Derjenige liefern, der entweder Vermögen besitzt oder eine feste Stellung hat. Für uns kommen nur zwei Arten fester Stellungen in Betracht: Redaktion oder Gefängniß. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, zu welcher Art fester Stellung Sie die „Neue Zeit" rechnen, aber jedenfalls bildet das feste Gehalt für Mehring und mich ebenso wie früher für Bernstein und Schippel die materielle Grundlage für die wissenschaftlichen Arbeiten. Wie Sie die wissenschaftlichen Arbeiten beurtheilen, weiß ich nicht; sind Sie der Ansicht, daß diese Arbeiten nur Spintisirereien sind, so wäre es ganz überflüssig, unser Gehalt zu reduziren. Dann sägen Sie uns lieber ab. Glauben Sie jedoch, daß unsere Thätigkeit von Nutzen ist, so sehe ich Ihrem Verdikt mit Ruhe entgegen. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Singer: Ich glaube, Sie werden mit mir der Ansicht sein, daß es Pflicht des Parteitages war, sich über das Redaktionsbudget der „Neuen Zeit" Klarheit zu verschaffen. Ich schlage deshalb vor, Kautsky von neuem zehn Minuten Redezeit zu gewähren, um sich über den Antrag selbst zu äußern. (Zustimmung.)

Kautsky (fortfahrend): Ich gehe nun zu dem Antrage über, die „Neue Zeit" in eine Monatsschrift zu verwandeln. Dieser Antrag kann nach zwei Seiten hin verstanden werden. Entweder wollen Sie die „Neue Zeit" billiger machen als sie jetzt ist, um sie mehr in die Massen zu bringen, oder Sie wollen sie blos erweitern. Wollen Sie die „Neue Zeit" verbilligen, so müssen Sie auch ihren Raum erheblich verkleinern; wir geben jetzt 4 Bogen um 50 Pf.; wenn der Preis der „Neuen Zeit" 50 Pf. sein soll, so muß auch der Umfang der „Neuen Zeit" als Monatsschrift auf 4—4½ Bogen beschränkt werden, in 4 Bogen aber kann man nicht viel leisten. Allerdings, früher hatte die „Neue Zeit" als Monatsschrift nur 3 Bogen, aber damals wurde sie ergänzt durch den „Sozialdemokrat" in Zürich. Seit dem Eingehen des „Sozialdemokrat" mußte die „Neue Zeit" erweitert werden. Wir glauben, daß die „Neue Zeit" am ersten in die Massen kommt durch eine Wochenausgabe, die nur 25 oder, wie es am Anfang war, 20 Pfennig kostet. Nun wird immer der Vergleich mit den „Soz. Monatsheften" gezogen, es wird gesagt, durch die Umwandlung der „Neuen Zeit" in eine Monatsschrift müsse sie ebenso interessant und mannigfaltig werden wie die „Sozialistischen Monatshefte". Die „Sozialistischen Monatshefte" erscheinen aber unter ganz eigenartigen Umständen, sie haben einen reichen Mann hinter sich, der ihr Defizit zahlt, während wir den Parteivorstand und den Parteitag hinter uns haben, der uns unser Defizit so viel wie möglich beschneiden will. Ich bitte also, die „Neue Zeit" nicht mit den „Sozialistischen Monatsheften" zu vergleichen. (Sehr richtig!) Ich meine nicht in Bezug auf den Inhalt, sondern geschäftlich. Sie würden erstaunen, wenn Sie das Defizit der „Sozialistischen Monatshefte" kennen würden — ich kenne es auch nicht, aber ich kann rechnen. So groß wie das Defizit der „Sozialistischen Monatshefte" werden Sie das Defizit der „Neuen Zeit" auf keinen Fall machen wollen. Das Defizit der „Neuen Zeit" ist eine Erscheinung, mit der Sie sich abfinden müssen und die Sie auf keinen Fall nervös machen darf. Das Defizit der „Neuen Zeit" existirt so lange wie das Blatt selbst, auch alle übrigen wissenschaftlichen Zeitschriften machen Defizit. Die Wissenschaft ist eben in der heutigen Gesellschaft ein schlechtes Geschäft, auch das Handbuch von Schippel macht Defizit. Erst vor einigen Tagen äußerte ein Parteigenosse, der früher

Buchhändler war, sein Erstaunen über die Geringfügigkeit des Defizits der „Neuen Zeit". (Sehr richtig!) Wenn Reformvorschläge zur Verringerung des Defizits der „Neuen Zeit" gemacht werden, so will ich als der erste freudig für solche Vorschläge eintreten, der vorliegende Antrag aber würde die „Neue Zeit" entweder verkümmern oder das Defizit vermehren. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. (Lebhafter Beifall.)

v. Elm-Hamburg: Ich bin für den Antrag 47. Die Frage des Redaktionsetats der „Neuen Zeit" hängt eng damit zusammen, ob es möglich sein wird, das Defizit wesentlich herabzumindern, wenn wir die „Neue Zeit" monatlich erscheinen lassen. Sie haben auf die Anfrage, die seitens einiger Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte", der Genossen Südekum, Paul Müller und meiner Person gestellt worden ist, jetzt durch die Rede des Genossen Kautsky die nothwendige Aufklärung erhalten. Diese Anfrage hat bei einzelnen Parteigenossen hier große Entrüstung hervorgerufen. Ich kann hier nur zugleich im Namen der übrigen Fragesteller erklären: unsere Anfrage enhält durchaus kein Mißtrauen gegen den Parteivorstand und gegen die Redaktion der „Neuen Zeit". Sie dient auch nicht der Absicht, von ihrem Redaktionsetat etwas herabzumindern. Aber wie es häufig auf Parteitagen geschieht: man dreht den Spieß um, man beschuldigt uns, daß wir Schuld am Defizit der „Neuen Zeit" tragen. Selbstverständlich haben wir, die wir in der Debatte nicht mehr zum Wort gekommen sind, uns daraufhin die Anfrage erlaubt: wie steht es mit den Verhältnissen der „Neuen Zeit"? Die Erklärung, die wir erhalten haben, ist der Beweis, wie absolut unschuldig die Mitarbeiter der „Monatshefte" an dem Defizit der „Neuen Zeit" sind. (Sehr richtig!) Das klarzustellen, haben wir beabsichtigt. Wir haben uns weiter nach der Kontrolle des geistigen Inhalts der „Neuen Zeit" erkundigt. Wie kann man sich entrüsten über eine solche Anfrage, wenn der Parteibericht kein Wort darüber enthält? (Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Ich bitte den Redner, nicht auf bereits erledigte Dinge zurückzukommen. Wir verhandeln über die Frage, ob die „Neue Zeit" in eine Monatsschrift verwandelt werden soll. Ich habe Ihnen Gelegenheit gegeben, zu begründen, weshalb Sie die Anfrage gestellt haben. Damit ist die Angelegenheit doch erledigt.

v. Elm (fortfahrend): Ja, wir mußten auch danach uns erkundigen, wie die Kontrolle beschaffen ist. Es handelte sich bei unserer Anfrage nicht um einen Angriff gegen die Leitung der „Neuen Zeit", sondern um die Absicht, Klarheit zu schaffen. Es ist durch Beantwortung unserer Anfrage nicht nur festgestellt, daß eine finanzielle Kontrolle der „Neuen Zeit" nur durch den Parteivorstand erfolgt und nicht durch die Kontroleure und daß die geistige Kontrolle nicht anders ausgeübt wird als wie auch bei den „Monatsheften", nämlich durch die Masse der Parteigenossen. — Das Gehalt der Redakteure finde ich nicht zu hoch. Nur in anderer Beziehung erscheint mir eine Aenderung möglich. Wenn die Redakteure noch andere wissenschaftliche Arbeiten zu leisten haben, so müssen sie dafür extra bezahlt werden, die Bezahlung kann nicht auf den Redaktionsetat übernommen werden. Wir thun überhaupt nicht genug auf diesem Gebiete, die Wissenschaftler in unseren Reihen müssen für ihre Arbeiten anständig bezahlt werden. Darunter verstehe ich nicht nur Kautsky, sondern auch andere Genossen, die nicht von der Partei durch eine Redaktionsstelle dotirt werden. Darüber sollte der Parteivorstand mit den Kontroleuren einmal in Erwägung eintreten. Es ist auch nicht immer dienlich, Wissenschaftler zu Redakteuren zu machen. Kautsky ist gewiß ein bedeutender Mann auf dem Gebiete der Wissenschaft, ich möchte seine Arbeiten nicht entbehren. Aber trotz dieser wissenschaftlichen Befähigung ist Kautsky nach meiner Meinung ein schlechter Redakteur. (Oho!) Es ist hier viel geredet von einem Boykott der „Neuen Zeit". Ich habe mich nie geweigert, für die „Neue Zeit" zu arbeiten. Wurm hat mich gestern aufgefordert und zwar

zum ersten Male in der richtigen Weise, indem er mir ein spezielles Thema sagte; ich habe da mit Freuden zugesagt. Wir sind ja keine berufsmäßigen Schriftsteller, wir müssen zum Arbeiten erst veranlaßt werden, es muß uns nachgewiesen werden, daß gerade wir über eine bestimmte Frage schreiben müssen. Ich bin so beschäftigt, daß ich nur Nachts und Sonntags zum Schreiben die Zeit finde. Ich mache diese Arbeiten auf Kosten meiner Gesundheit, aber nicht des Geldes wegen. Eine Reihe Artikel für die „Monatshefte" habe ich unentgeltlich geliefert. Wenn gute Mitarbeiter für die „Neue Zeit" auf die jetzt angewandte Art gewonnen werden, dann würde die Sache ein anderes Gesicht bekommen, aber bis jetzt war weder Kautsky noch Wurm dazu zu bewegen. Dann kann die „Neue Zeit" auch besser ausgestaltet werden. Ich bin für ihr Erscheinen als Monatsschrift, weil sich so viel Besseres bieten läßt, dem wissenschaftlichen Bedürfniß kann durch eine Monatsschrift weit besser Rechnung getragen werden als durch eine Wochenschrift.

Dr. **David** (zur Geschäftsordnung): Der Vorsitzende hat eben den Versuch gemacht, Ausführungen Elms, die direkt Ausführungen Kautsky's betrafen, zu verhindern; sollte es beabsichtigt sein, die Besprechung der Ausführungen Kautsky's nicht zuzulassen, so könnte ich das nicht als eine unparteiische Geschäftsführung ansehen. (Unruhe.)

Singer: Ich finde es sehr erstaunlich, daß Dr. David über Dinge, die garnicht geschehen sind, hier ein Urtheil abgiebt. (Sehr richtig!) In der Sache habe ich den Genossen v. Elm in keiner Weise verhindert, auf die Ausführungen Kautsky's einzugehen (Sehr richtig!), ich habe nur verhindert, daß auf eine abgethane Sache in einer Weise wieder eingegangen wird, die die Zeit des Parteitages wesentlich beeinträchtigt, seine Zeit, die er nicht ausschließlich einer Frage, die eine Reihe werther Parteigenossen besonders interessirt, widmen kann, sondern allen Anträgen, die vorliegen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ein Schlußantrag findet nicht genügende Unterstützung.

Fischer-Hannover: Auf vielen Seiten wird das Bedürfniß gefühlt, die „Neue Zeit" mehr in den Kreisen der Arbeiter zu verbreiten, denen die Kenntniß wissenschaftlicher Artikel wirklich nichts schadet; ihre Verbreitung ist leider sehr beschränkt, die Ursache liegt darin, daß viele Artikel der „Neuen Zeit" zu wissenschaftlich gehalten sind. Wären sie populärer, so würde das nicht schaden. Die Hauptsache aber ist, daß die „Neue Zeit" zu theuer ist. 13 Mark pro Jahr ist zu viel, daß eine solche Ausgabe nur wenige Arbeiter sich leisten können. Um den Preis herabzusetzen, sollte die „Neue Zeit" wieder monatlich erscheinen; wenn darunter die Aktualität leidet, so schadet das nicht.

Leutert-Apolda bittet den Antrag abzulehnen. Seit 18 Jahren verfolge ich die Entwickelung der „Neuen Zeit", Alles gelesen habe ich natürlich nicht; die „Neue Zeit" darf nicht zu wissenschaftlich gemacht werden. Sie dürfen die „Soz. Monatshefte" nicht mit der „Neuen Zeit" verwechseln (Rufe: Thun wir auch nicht!) Die „Sozialistischen Monatshefte" sind ein Sammelpunkt für freie Schriftsteller, die für sozialistische Zwecke Propaganda machen wollen und die entweder schon gute Parteigenossen sind oder es werden wollen. Die „Neue Zeit" ist ein Partei-Organ, das ganz andere Zwecke erfüllen muß, sie muß aktuell sein und deshalb auch wöchentlich erscheinen. Seit wir Leitartikel haben, die die politische Situation überschauen, ist es für uns möglich, bei ihrem bequemen Format die „Neue Zeit" in die Tasche zu stecken (Große Heiterkeit), sie mitzunehmen, wenn wir eine Versammlung abhalten und den Artikel auf der Eisenbahn zu lesen (Stürmische Heiterkeit); man findet das lächerlich, das begreife ich nicht, wir stehen doch auch schon 18 Jahre in der Oeffentlichkeit (Verstanden wird 80 Jahre, stürmische Heiterkeit) und ich kenne in Thüringen noch verschiedene Genossen, die es auch so machen wie ich (Große Heiterkeit);

ein großes Heft kann man nicht mit sich herumschleppen, als Monatsschrift würde die „Neue Zeit" ihr Aktualität einbüßen.

Dr. **David**-Mainz: Auch ich bin der Meinung, man sollte den Antrag ablehnen. Wir brauchen eine wissenschaftliche Wochenzeitschrift und daneben eine Monatszeitschrift. Durch die Ausführungen von Kautsky ist klargestellt, daß das Defizit der „Neuen Zeit" nicht verschuldet worden ist durch die „Monatshefte". Der Vorwurf, daß die nur für die „Monatshefte" schreibenden Genossen die Zentralkasse in die unangenehme Nothwendigkeit versetzt haben, Zuschüsse für die „Neue Zeit" zu leisten, ist also unberechtigt. Es war Adolf Hoffmann, der mit diesem Vorwurf die ganze Frage aufgerollt hat; es ist durchaus falsch, wenn man den sogenannten Revisionisten die Schuld giebt, daß sie diese Erörterung veranlaßt haben. Erst durch die Anschuldigungen von Hoffmann ist die Frage entstanden: worauf beruht denn das Defizit der „Neuen Zeit", wenn es nicht durch die „Monatshefte" verursacht ist. Es ist dadurch die Frage nach der finanziellen inneren Lage der „Neuen Zeit" entstanden, die nun ja in dankenswerther Weise beantwortet worden ist. Aber die Sonne war noch nicht untergegangen über diesen Verhandlungen, da hat schon Jemand geglaubt, er müsse Denjenigen, die diese Frage gestellt haben, vor der ganzen Partei den Vorwurf der Verdächtigung anhängen. Der Vorwurf, die Betreffenden hätten in unzulässiger Weise hier Fragen gestellt über Dinge, nach denen nicht gefragt werden dürfe, ist in einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung" ... (Große Unruhe.)

Singer (unterbrechend): Ich bedauere sehr, im Rahmen dieser Debatte auf eine Verhandlung darüber nicht eingehen zu können. Ich gebe dem Genossen David anheim, wenn er diese Frage behandeln will, sie zu einem Antrag zu verdichten, der wird ordnungsgemäß behandelt werden; im Rahmen dieser Verhandlung kann darauf nicht zurückgegriffen werden. Im übrigen will ich, um weiteren Kontroversen aus dem Wege zu gehen, einen Beschluß des Parteitages herbeiführen, da ich gar keine Lust verspüre, mich mit einem sonst sehr lieben Genossen hier etwa herumzustreiten. Wenn der Parteitag anders beschließt, so liegt mir gar nichts daran, ich bitte Diejenigen, die meiner Auffassung über die Art der Verhandlung zustimmen wollen, die Hand zu erheben. Das ist die große Mehrheit. Ich bitte demgemäß zu verfahren.

Dr. **David** (fortfahrend): Ich weiß eigentlich nicht, was diese Unterbrechung beabsichtigen wollte. ich habe ja gar nichts vor ...

Singer: Sie haben eben die „Leipziger Volkszeitung" zur Hand genommen, um über einen Artikel dieses Blattes, der eine bereits erledigte Frage behandelt, zu sprechen. Das wünschen wir im Rahmen dieser Verhandlung nicht. Ich habe ja gar nichts dagegen, daß die Sache verhandelt wird. Sie brauchen blos drei Zeilen zu schreiben: „Der Parteitag wolle beschließen, in eine Distussion über diese Frage einzutreten". Wenn das beschlossen wird, so kann es geschehen. Bei diesen Verhandlungen aber geschieht es nicht!

Dr. **David**: Diejenigen, die die Frage nach der finanziellen Lage der „Neuen Zeit" gestellt haben, haben damit keine verdächtigenden Anspielungen machen wollen; sie haben keine Fragen gestellt, die gehalten waren, daß die Verdächtigten sich nicht hätten dagegen vertheidigen können. Wenn Sie diese Ueberzeugung theilen, so ist bereits das gesagt, was ich bezüglich der „Leipziger Volkszeitung" sagen wollte. (Sehr gut!) Mehr wollte ich garnicht sagen, ich wollte nur den ganz unqualifizirbaren Vorwurf zurückweisen, als ob man habe mit dieser Anfrage Verdächtigungen vorbringen wollen, auf die den Angegriffenen die Möglichkeit der Abwehr nicht gegeben worden wäre. So aber steht es wortwörtlich in diesem Artikel, das ist eine Perfidie, die ich zurückweisen wollte. (Lebhafte Zustimmung.) Damit ist, glaube ich, das Nöthige in dieser Sache gesagt worden. Es ist ja aus den Ausführungen hervorgegangen, daß nirgends goldene Schätze erworben werden, daß bei der wissenschaftlichen Arbeit hüben

wie drüben von kapitalistischen Interessen und derartigen Dingen nicht die Rede sein kann, sondern daß Opfer gebracht werden müssen und gebracht werden. Wenn Sie in diesem Sinne die Existenz einer anderen Zeitschrift neben der „Neuen Zeit" ansehen wollen, so war das der Zweck meiner Ausführungen. (Bravo!)

Vogt-Gommern: Wenn das Defizit der „Neuen Zeit" überhaupt gedeckt werden kann, so kann dies nur durch die Annahme des Antrags 47 geschehen. Die „Neue Zeit" soll nicht nur ein Organ für die Wissenschaftler, sondern auch für die breite Masse der Arbeiter sein. Ich bin lange Zeit Abonnent der „Neuen Zeit" gewesen. Als dann die „Sozialistischen Monatshefte" erschienen, habe ich auch diese gelesen. Es wird uns aber schwer, beide Zeitschriften anzuschaffen, und ich mußte schweren Herzens mein Abonnement auf die „Neue Zeit" aufgeben. Es könnten doch alle Diejenigen, die für die „Sozialistischen Monatshefte" schreiben, ihre Artikel einfach mit in der „Neuen Zeit" unterbringen. (Heiterkeit!)

Singer (unterbrechend): Ich bitte, auf diese Frage nicht einzugehen, wir sind in keiner Debatte darüber, ob die „Sozialistischen Monatshefte" oder die „Neue Zeit" vorgezogen werden sollen, sondern nur darüber, ob die „Neue Zeit" in eine Monatsschrift umgewandelt werden soll.

Vogt (fortfahrend): Ich spreche nicht darüber, welches von beiden Blättern vorzuziehen ist, ich will nur befürworten eine Umgestaltung der „Neuen Zeit" in der Weise, daß sie von dem praktischen Agitator benutzt werden soll. Deswegen ziehe ich einen Vergleich zwischen den beiden Blättern, das muß mir unter allen Umständen gestattet sein. (Sehr gut!)

Singer: Im Rahmen unserer jetzigen Diskussion aber liegt das nicht.

Vogt: Sonst wird es einem Arbeiterdelegirten zur Unmöglichkeit gemacht, auf unseren Parteitagen hier jemals das Wort zu ergreifen. (Sehr richtig!) Ich ersuche Sie den Antrag 47 anzunehmen.

Grunwald-Erfurt: Warum und in welcher Art diese zum Theil sehr persönliche Debatte über die Einzelheiten der Besoldungsverhältnisse der leitenden Kräfte der „Neuen Zeit" hier angeschnitten worden und detektivartig provozirt worden ist, darüber wird sich trotz der Ausführungen David's und von Elm's Jeder einen Vers machen können. Die ganze Art, wie die Sache provozirt worden ist, würde ungefähr auf derselben Stufe stehen, als wollten wir uns nach den speziellen Besoldungsverhältnissen des Chefredakteurs der „Sächsischen Arbeiterzeitung", des Herausgebers der „Kommunalen Praxis", des Sonder-Berichterstatters des „Vorwärts" nach Brüssel und des Uebersetzers des Edelheim'schen Verlags erkundigen. (Unruhe.) Auf diese Stufe aber wollen wir nicht hinabsteigen, ich halte es für durchaus unangebracht, daß man in dieser Weise hochverdiente, alte, wissenschaftlich thätige Parteigenossen bezüglich ihrer Magenfrage auf den Präsentirteller legt. (Große Heiterkeit.) Wenn der Parteitag Grund hat, auf irgend etwas stolz zu sein, so sind es die leitenden Mitarbeiter und die Thätigkeit der „Neuen Zeit". (Bravo!)

Vader-München: Wenn die „Sozialistischen Monatshefte" eine Wochenschrift wären und die „Neue Zeit" eine Monatsschrift, so würde unfehlbar der Antrag gekommen sein, die „Neue Zeit" in eine Wochenschrift zu verwandeln. (Heiterkeit.) Dem Antrage 47 liegt nur der Erfolg der „Sozialistischen Monatshefte" zu Grunde. Daß aber das Defizit der „Neuen Zeit" nicht in ihrer Erscheinungsform beruht, das ist schon genügend auseinander gesetzt worden. Ich würde es für Recht halten, wenn dem Parteivorstand ein Fonds zur Verfügung gestellt würde, der es ermöglichte, daß Genossen wissenschaftlich thätig sind auch ohne daß sie einer Redaktion angehören. Die Anregung heute hier zu einem Antrag zu verdichten, halte ich aber nicht für richtig. Es besteht unter den Genossen die Ueberzeugung, daß in der Partei viel zu viel theoretisirt

wird, andererseits sind wir eine wissenschaftliche Partei und haben die Verpflichtung, diejenigen Parteigenossen, die wissenschaftlich arbeiten können, in den Stand zu setzen, wissenschaftlich thätig zu sein, ohne daß sie deswegen in irgend eine Redaktion eintreten müssen. Ich bitte im Uebrigen, den vorliegenden Antrag abzulehnen, da dadurch an den bestehenden Zuständen nicht das Geringste geändert würde.

Wurm: Die Anklagen gegen die „Neue Zeit" entspringen der Anschauung: erstens, daß die Zeitschrift eine falsche Erscheinungsform habe, zweitens, daß sie eine Anzahl von Mitarbeitern entbehre, die in eine andere Zeitschrift hinüberflüchten, drittens, daß der Preis zu hoch sei und viertens, daß sie nicht genügend die Interessen der großen Masse der Leser vertrete. Was zunächst den Punkt anlangt, daß die „Neue Zeit" zu streng wissenschaftlich, zu abstrakt gehalten sei, so muß ich doch die verehrten Genossen bitten, sich die „Neue Zeit" einmal anzusehen und das Register zu prüfen. Wir werden ja demnächst ein Register herausgeben, das 20 Jahrgänge der „Neuen Zeit" umfaßt — darin ist eine solche Fülle von Erörterungen praktischer Tagesfragen enthalten, daß sich auf den Raum, der uns zur Verfügung steht, garnicht mehr unterbringen läßt. Es ist früher und auch nach dem Erscheinen der „Sozialistischen Monatshefte" keine einzige Frage aufgetaucht, die nicht auch von uns behandelt worden wäre und zwar meist von uns zuerst. Wenn es trotzdem eine Anzahl von Personen giebt, die das Bedürfniß empfinden, die „Sozialistischen Monatshefte" zu lesen, so spielt dabei die Vermuthung eine große Rolle, daß es Leute gebe, die etwas zu sagen haben, was man in der „Neuen Zeit" nicht sagen kann oder will. Man erwartet in jeder Nummer der „Sozialistischen Monatshefte" irgend etwas zu finden, was Material für die berühmte Spaltung innerhalb der Partei bieten könnte. (Sehr gut! Lebhafte Zustimmung.)

Singer (unterbrechend): Ich möchte auch diesen Redner bitten, im Rahmen unserer Diskussion zu bleiben. (Sehr gut!).

Wurm (fortfahrend): Ich bemühe mich, in diesem Rahmen zu bleiben. Diese Sonderstellung der „Sozialistischen Monatshefte" ist übrigens in den meisten Fällen nur eine vermuthete; meistens hat diese Vermuthung nicht zugetroffen. Was die Frage der Verbilligung und der damit nothwendig verbundenen Reduzirung des Raumes anlangt, so muß ich als Redakteur der „Neuen Zeit" sagen, wir wären nicht mehr existenzfähig, wenn wir unseren Raum reduziren müßten. Wir leiden nicht an Artikelmangel, sondern an Raummangel. Wir müssen viele gute Artikel zurückweisen, weil wir keinen Platz haben. Da hat es sich denn mitunter getroffen, daß die so sehr gerühmten „Monatshefte" Artikel brachten, die wir vorher zurückgewiesen hatten, theils aus Raummangel, theils aus anderen Rücksichten. (Hört! hört!) Wenn es nach meinem Wunsch ginge, so sollten Sie uns gütigst bewilligen, daß die „Neue Zeit" wöchentlich statt 2 Bogen 3 Bogen gebe. Auch den Vorwurf, daß wir kein Material für die Agitation brächten, muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Es ist ferner gesagt worden, daß man die „Neue Zeit" verbilligen müsse, um sie in weitere Kreise der Arbeiter hineinzubringen. Ja, da müssen Sie mit dem Verleger sprechen und ihm die Möglichkeit zeigen, wie man eine solche Menge Papier, Druck und Inhalt für noch weniger Geld liefern kann. Allerdings die „Sozialistischen Monatshefte" geben 7 Bogen für 50 Pfg., während wir für 8 Bogen 1 Mk. nehmen. Wir kennen ja das Geheimniß des Verlags der „Monatshefte" nicht.

Singer (unterbrechend): Ich muß dringend bitten, sich danach zu richten, was vom Parteitage beschlossen worden ist. Ich begreife das Interesse, das Einzelne an der Sache haben, aber das Interesse des Parteitages geht vor.

Wurm: Ich kann nicht widersprechen, aber ich konstatire, daß diese Fragen unlöslich mit einander verknüpft sind; ich kann nur darüber sprechen, warum

die „Neue Zeit" nicht noch mehr Raum für denselben Preis wie jetzt enthalten kann, wenn ich auf die wirthschaftlichen Ursachen dieser Möglichkeit bei den „Monatsheften" eingehen kann.

Singer: Es steht nicht zur Diskussion, warum die „Sozialistischen Monatshefte" 7 Bogen für 50 Pfg. geben können. (Heiterkeit.)

Wurm: Es steht aber zur Diskussion, daß wir zu theuer sind, unser Blatt soll verbilligt werden. Wir müssen da doch nachweisen können, daß es uns nicht möglich ist, billiger zu liefern.

Singer: Das haben Sie gethan, indem Sie gesagt haben, man solle den Verleger fragen, ob er mehr Papier, Satz und Druck geben könne!

Wurm: Die Parteigenossen werden mich verstanden haben. Fischer-Hannover sagte, wir sollten noch populärer schreiben, damit uns alle Arbeiterleser verstehen könnten. Es giebt aber Gegenstände, die nicht von Jedermann ohne Vorkenntnisse verstanden werden können. Es ist das Recht einer wissenschaftlichen Zeitschrift wie die „Neue Zeit", in jeder Nummer auch solche Dinge zu bringen, die allerdings nur für einen kleinen Theil von Fachgelehrten berechnet sind. Kautsky und ich sind uns darüber klar, daß es das Beste wäre, wenn uns eine monatlich erscheinende wissenschaftliche Revue geschaffen würde, die nur wissenschaftliche Artikel enthielte und für einen kleinen Leserkreis von 500—600 Personen berechnet wäre. Daneben müßte dann die „Neue Zeit" ausgebaut werden zu einem Organ, das sich lediglich mit Fragen des Tages und der praktischen Sozialreform beschäftigte. Da wir aber jetzt in der „Neuen Zeit" ein Konglomerat aller dieser Dinge haben, so müssen wir darin wissenschaftliche und populäre Artikel neben einander bringen. Helfen Sie uns die „Neue Zeit" auszubauen, aber muthen Sie uns nicht zu, daß wir zu redaktionellen Gepflogenheiten greifen, zu einer Manier des Anreißerthums, wie sie früher auf dem Mühlendamm üblich war. Solche Gepflogenheiten sind allerdings nicht nach Jedermanns Geschmack. (Bravo und große Unruhe.) Meiner Meinung nach genügt es, wenn man den schriftstellerisch thätigen Genossen die Frage vorlegt: Sag' mal, könntest Du nicht für uns etwas schreiben? Das muß genügen für Jemand, der wirklich ein Interesse an der Sache hat. Aber den Leuten auf die Bude rennen, ihnen Telegramme schicken und Tag für Tag Briefe senden, sie fortwährend animiren, — das ist nicht unsere Sache. Eine Animir-Redaktion haben wir nicht in der „Neuen Zeit" und wollen sie nicht haben. (Sehr gut.) Ich muß aber doch an das bessere Gedächtniß von Elms appelliren: Ich habe ihn nicht gestern zum ersten Mal aufgefordert, etwas zu schreiben, sondern ich habe ihn im Laufe des vergangenen Semesters mehrmals dazu aufgefordert, da habe ich aber die Antwort bekommen, ich habe keine Zeit, ich bin mit einem Artikel für die „Monatshefte" beschäftigt. Wenn Sie die „Neue Zeit" hochbringen wollen, geschieht das am besten dadurch, daß Sie das große Publikum auf den werthvollen Inhalt der „Neuen Zeit" aufmerksam machen. Wenn es aber vorkommt, daß Artikel aus der „Sozialen Praxis" und anderen Zeitschriften in Partei-Organen veröffentlicht werden, so möchte ich es für richtiger halten, daß man gute Artikel aus der „Neuen Zeit" in unserer Parteipresse erwähnen und abdrucken möchte.

Ein Antrag auf *Schluß der Diskussion*, von Engler befürwortet, von Stadthagen bekämpft, wird *abgelehnt*.

Bebel: Der Antrag ist von zwei entgegengesetzten Seiten gestellt worden, von Karlsruhe und von Hannover. Von den Hannover'schen Genossen weiß ich, daß sie sich die erdenklichste Mühe gegeben haben, die „Neue Zeit" zu verbreiten und daß die Hindernisse, die sie dabei gefunden haben, sie zur Stellung ihres Antrages veranlaßten. Von Karlsruhe weiß ich, daß man für die „Neue Zeit" bisher nichts gethan hat. (Sehr wahr!) Ich weiß sogar, daß man gegen die „Neue Zeit" agitirt hat. (Hört! hört!) Ja, ich weiß noch mehr, will es aber

nicht sagen. (Heiterkeit.) Nur die Tendenz des Antrages wollte ich charakterisiren. Im Uebrigen bitte auch ich, den Antrag abzulehnen und es bei dem bisherigen Zustand zu lassen. Ganz abgesehen davon, daß es schwer ist, eine solche Angelegenheit nach kurzer Debatte auf einem Parteitag zu entscheiden, wo wichtige Lebensinteressen der Partei auf dem Spiele stehen, sprechen aber auch sachliche Gründe gegen den Antrag. Der Genosse aus Hannover hat selbst dargelegt, wie unmöglich es für den größten Theil der Arbeiter sei, ein Wochenblatt wie die „Neue Zeit" bezahlen und lesen zu können. Nun, allen Denen, die von diesem Gesichtspunkte ausgehend, das monatliche Erscheinen der „Neuen Zeit" wünschen, erkläre ich, daß ich ihre Gründe begreife und von ihrem Standpunkt aus billige, aber wir müssen im Auge behalten, daß ein wissenschaftliches Organ, das wirklich auf der Höhe der Zeit steht, niemals so gehalten sein kann, daß es wie heute die Verhältnisse liegen, bei der großen Masse das nöthige Verständniß findet. Auf der anderen Seite kommt Mangel an Zeit und Mitteln hinzu. Dem Antrag steht weiter die Thatsache gegenüber, daß bisher die „Neue Zeit" nicht über Mangel an Stoff klagen konnte, und die weitere Thatsache, daß wir eine wissenschaftliche Revue brauchen, und von diesem Gesichtspunkt aus ist die Existenz der „Neuen Zeit" als Wochenblatt absolut nothwendig. Man sagt, das Defizit ist zu groß, es soll nach Möglichkeit herabgesetzt werden, aber giebt es denn kein Mittel, um Beides zu vereinigen, auf der einen Seite das Defizit herabzusetzen, auf der anderen Seite den Kreis der „Neuen Zeit" zu erweitern? David und Elm sagten, es sei ihnen mit Unrecht vorgeworfen, daß sie durch ihre Mitarbeit an den „Monatsheften" die „Neue Zeit" geschädigt hätten. Auch ich halte diesen Vorwurf nicht für berechtigt, aber durch den Umstand, daß eine Reihe der hervorragendsten und bekanntesten Genossen seit Jahren systematisch vermeiden, für die „Neue Zeit" zu schreiben, erwecken sie den Anschein, als ob sie Gegner der „Neuen Zeit" sind und ihren Boykott wünschen. (Sehr richtig!) Weiter sage ich: Das Blatt kann sein, wie es will, es kann nicht Jedem gerecht werden, aber wenn die Genossen in der Partei und in den Gewerkschaften es für ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit hielten, in ihren Lokalen die „Neue Zeit" aufzulegen, sie in ihren Bibliotheken zu halten, sie denjenigen Personen, die die Kämpfe zu führen haben, auf allgemeine Kosten zu liefern oder doch ihnen einen Zuschuß zu gewähren, so wäre es ein Leichtes, über Jahr und Tag 2000 neuer Abonnenten zu haben und das Defizit wäre sehr bald aus der Welt geschafft. (Sehr richtig!) Was nun den angeblich zu hohen wissenschaftlichen Inhalt der „Neuen Zeit" betrifft, so möchte ich mir erlauben, Ihnen den Inhalt von drei Nummern zu verlesen, die ich zufällig, weil ich sie für eine andere Debatte nöthig zu haben glaubte, mitgebracht habe. Nr. 9 der „Neuen Zeit" enthält als Berliner Brief einen Artikel „Borussische Germanisirung"; ich glaube, es giebt kaum einen Arbeiter, der diesen Artikel nicht versteht. Dann kommt eine Abhandlung von August Bebel: „Kritisches. 1. Wahlreform in Bayern. 2. Das sozialdemokratische Reichstags-Handbuch." Von dem ersten Artikel ist sogar von der Polemik gesagt worden, was der eigentlich in einer wissenschaftlichen Zeitschrift zu suchen habe; auch glaube ich, meine Artikel leiden nicht daran, daß sie unverständlich sind. (Sehr richtig!) Ein weiterer Artikel von Rosa Luxemburg lautet: „Und zum dritten Male das belgische Experiment." Das mag ja Manchen nicht interessiren, aber verständlich schreibt die Rosa sehr. (Heiterkeit.) Dann folgt die wirthschaftliche Umschau von Cunow, die sehr verständlich ist, und dann kommt schließlich die literarische Rundschau. Nr. 17 enthält neben dem Berliner Brief: „Unzeitige Romantik" einen Artikel von W. Liebknecht: „Minimallohn und Arbeiter-Beamtenthum", der sehr interessant ist und den Jeder verstehen wird. Dann folgt Rollwagen: „Zur bayerischen Wahlrechtsreform", auch sehr verständlich. Der nächste Artikel von Löbe: „Die sozialistische Partei Brasiliens", leidet gleichfalls nicht an Ueberfluß von wissenschaftlicher

Unverständlichkeit, weiter enthält die Nummer einen Beitrag zur Parteigeschichte in Oesterreich von Stein und einen Artikel von Diedrich: „Vom Naturalismus im Roman". Das ist vielleicht ein Artikel, für den sich nicht Jeder interessirt, aber das komt doch überall vor, und endlich folgen im Feuilleton: Briefe von Karl Marx an Kugelmann. Nummer 24 schließlich beginnt mit einem politischen Leitartikel: „Ein freisinniger Staatsstreich"; dann folgen: „Galizien, Reise-Eindrücke und Studien von Karski", „Ueber den geistigen Zustand Englands" von Beer, „Krankenversicherung und Krankenkassenschwindel" von Mattutat, „Hamburger Kommunalpolitik" von Radloff, und die „Wirthschaftliche Umschau". Alle diese Artikel sind sehr verständlich geschrieben. Diejenigen, die über die „Neue Zeit" reden, machen immer den Fehler, daß sie ein Monatsheft, das die Produkte eines ganzen Monats enthält, mit einer Wochennummer der „Neuen Zeit" vergleichen, die doch nur die Produkte einer Woche bringt. Nun seid aber mal so gut und nehmt die Hefte eines ganzen Monats der „Neuen Zeit" zur Hand und vergleicht diese mit einer Nummer der „Monatshefte". Erst dann bekommt man einen richtigen Ueberblick und dann sieht die Sache anders. Ein Defizit wird, wie bereits gesagt, bei allen derartigen Journalen gemacht; soweit sie nicht auf Sensation berechnet sind, wie etwa die „Zukunft", giebt es in Deutschland kein Journal, das nicht ein großes Defizit hat, und ich bin überzeugt, mancher Buchhändler wird sich, nachdem er Aufschluß über den finanziellen Stand der „Neuen Zeit" erhalten hat, sagen: Ich wäre froh, wenn es bei mir nicht schlimmer wäre. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag, für den Baudert-Apolda, gegen den Grenz-Leipzig spricht, wird angenommen.

Persönlich bemerkt **v. Elm**: Nicht wir haben provozirt, wie Grunwald meint, sondern andere Leute. Irgend welche Stockprügel auf den Magen haben wir nicht beabsichtigt. Das ist von uns ausdrücklich erklärt worden, und unsere Erklärung, daß wir dem Parteivorstand kein Mißtrauen ausdrücken und auch nicht gegen die Redakteure der „Neuen Zeit" vorgehen wollten, muß uns aufs Wort geglaubt werden. Die Art, wie Grunwald polemisirt, ist ganz ungehörig. Wurm gegenüber bemerke ich, daß das Thema, das ich für die „Monatshefte" behandelte, von ihm bereits in der „Neuen Zeit" behandelt war. Durchaus unrichtig ist es, wenn Bebel meint, wir hätten den Eindruck hervorgerufen, als ob wir für die „Neue Zeit" nicht mehr schreiben wollten. Ich habe immer erklärt: Ich bin bereit, aber ich wünsche, daß ich dann auch aufgefordert werde, über einen bestimmten Gegenstand zu schreiben. Es ist auch eine unangenehme Sache, wenn man in der „Neuen Zeit" angegriffen wird.

Singer: Sie können im Rahmen einer persönlichen Bemerkung auf nichts Anderes antworten, als was hier in der Debatte gesagt ist.

v. Elm: Ein systematischer Boykott liegt nicht in unserer Absicht, ich will nur erklären, weshalb ich nicht ohne Aufforderung für die „Neue Zeit" schreibe.

Singer: Sie haben das Recht, zu erklären, daß Sie keinen Boykott beabsichtigen, aber die Gründe, weshalb Sie nicht für die „Neue Zeit" schreiben, können Sie hier nicht anführen.

v. Elm: Damit ist doch noch nichts erklärt.

Singer: Wir scheinen uns über den Begriff der persönlichen Bemerkung nicht einigen zu können. Diese hat keinen anderen Zweck, als das, was über Jemanden in der Debatte gesagt ist, richtig zu stellen.

Adolf Hoffmann (persönlich): David hat heute zum zweiten Male behauptet, ich hätte gesagt, das Defizit der „Neuen Zeit" sei durch die „Monatshefte" entstanden. Ich habe nur gesagt, daß nach meiner Ueberzeugung das Defizit der „Neuen Zeit" durch den Boykott einzelner Schriftsteller entstanden sei.

Südekum (persönlich): Die Bemerkungen, die Grunwald gegen mich gemacht hat, entheben mich eigentlich der Verpflichtung, darauf zu antworten,

weil sie Grunwald gemacht hat. (Heiterkeit.) Ich möchte nur hervorheben, daß ich die Uebersetzung der sehr verdienstvollen Arbeit von Vandervelde, die bei Edelheim erschienen ist, vorher zwei Parteiverlegern angeboten habe, die es aber, weil sie glaubten, daß damit kein Geschäft zu machen sei, abgelehnt haben. (Hört, hört!) Ferner möchte ich Grunwald erwidern, daß, wenn er mit Wallfisch und mir sich in das Defizit der „Kommunalen Praxis" theilen wollte, er uns sehr angenehm sein würde als Dritter im Bunde. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Heine (persönlich): Kautsky meinte, die Frage nach dem Redaktionsetat der „Neuen Zeit" sei von Denen angeschnitten, welche die Gehälter der Redakteure zu hoch fänden. Ich bin der, der gerade mit dem Ausdrucke Redaktionsetat diese Frage aufgerollt hat. Also geht auch Kautsky's Anzapfung gegen mich. Nach dem Bericht des „Vorwärts" habe ich gesagt, das Defizit der „Neuen Zeit" erklärt sich daraus, daß sie einen viel zu hohen Redaktionsetat hat, nachdem sie Wochenschrift geworden ist, daß sie sich mit ständigen Mitarbeitern belastet hat, die, was ich für selbstverständlich halte, anständig bezahlt werden. Ich habe also das Honorar der drei Herren nicht für zu hoch erklärt, sondern das Gegentheil gesagt. Der Zweite, gegen den ich eine persönliche Bemerkung machen muß, ist Wurm. Er hat meiner scherzhaften Benennung Blochs als einen unausstehlichen Menschen die Wendung gegeben, als hätte ich Bloch eines unanständigen Anreißerthums bezichtigen wollen. Er hat vom Mühlendamm gesprochen. Mit Rücksicht darauf, daß Bloch sich leider nicht selbst vertheidigen kann, halte ich es für angebracht zu erklären, daß ich meine Ausführungen nicht so verstanden habe und daß Niemand sie so auffassen konnte. Das ist nur eine der beliebten Verdrehungen gewesen, um gegen Bloch Stimmung zu machen. Ich habe nur sagen wollen, daß Bloch seine Pflicht als eifriger Redakteur thut, um Mitarbeiter zu gewinnen. Das Dritte, worauf ich eingehen muß, ist Folgendes. David hat einen Artikel erwähnt und ist dabei, mit Recht, wie ich glaube, von näheren Ausführungen zurückgehalten worden; weil aber dieser Artikel sich auch gegen mich richtet, ist der Glaube entstanden, als ob David in Uebereinstimmung mit mir vorgegangen sei. Um einen Irrthum auszuschließen, möchte ich erklären, daß ich eine Antwort auf diesen Artikel für unter meiner Würde gehalten habe. (Beifall und Unruhe.)

Grunwald-Erfurt (persönlich): Den einleitenden Witz, den sich Genosse Südekum gegen mich erlaubte und der für ihn sehr charakteristisch war, hat er ja selbst widerlegt und das genügt mir. Was das Uebrige betrifft, das Südekum gegen mich vorbrachte, so war, um es so wie geschehen auszulegen, eben seine Taktik nothwendig. Ich habe lediglich die Methode klarstellen wollen, durch die hier die Debatte über die persönlichen Verhältnisse der leitenden Kräfte der „Neuen Zeit" provozirt wurde, und dabei bemerkt, sie wäre genau so, als wenn wir etwa darnach fragen sollen, was Südekum als der Chefredakteur der „Sächs. Arbeiterzeitung" und in seinen weiteren Eigenschaften für Einkommen beziehe. Ob er dabei verdient oder verliert, käme für die Methode der Fragestellung garnicht in Betracht. Ich habe ja auch gerade betonen wollen, daß die leitenden Kräfte der „Neuen Zeit" in bürgerlichen Verlagen das Dreifache an Gehalt bekommen würden, also in Allem so ziemlich das Gegentheil gesagt von dem, was Südekum glücklich herausgeschnüffelt hat.

David (persönlich): Heine irrt, wenn er glaubt, ich wollte dem Artikel der „Leipziger Volkszeitung" eine längere Rede widmen. Es war nicht meine Absicht, mehr darüber zu sagen, als ich gesagt habe.

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten, deren Resultat die Ablehnung des Antrages 47 ist.

Zur Debatte werden gestellt die Anträge 48 und 49.

Heymann-Breslau begründet den Antrag 49. Durch den Inhalt der Inseraten-Beilage fühlen sich viele Parteigenossen verletzt. Ich meine aber, wir sollten doch nicht gar so zimperlich sein. Die „Neue Welt" kann unter keinen Umständen mehr ohne die Inseraten-Beilage auskommen und es wird den Partei-Zeitungen recht angenehm sein, daß sie jetzt die „Neue Welt" um 3 Mk. billiger beziehen können.

Fischer-Hannover begründet den Antrag 48: Wir sind in einer gut besuchten Versammlung zu dem Entschluß gekommen, diesen Antrag zu stellen, und zwar weil die Beilage Inserate enthält, die sich an solche Leute wenden, die nicht alle werden. So sind z. B. auf das Inserat von Budapest, in dem 360 Artikel für 3 M. angeboten werden, eine ganze Reihe von Parteigenossen hereingefallen. Auch bei uns in Hannover hat sich ein Genosse die Sendung kommen lassen, und als sie ankam, mußte er nicht 3, sondern 6 M. zahlen. Aehnlich ist es mit den Cigarreninseraten. Wenn unser Antrag abgelehnt wird, dann soll die Geschäftsstelle wenigstens eine bessere Auswahl der Inserate treffen.

Die Diskussion über die Anträge 48 und 49 wird eröffnet.

Berard-Hamburg bedauert, daß der Parteitag auch diesmal wieder sich mit einem so überflüssigen Antrag, wie es Nr. 48 sei, zu beschäftigen habe. Denn es sei doch selbstverständlich, daß Parteiblätter Schwindelinserate nicht bringen dürfen. Man habe eine neue Maschine angeschafft, und um für diese Futter zu haben und das Blatt verbilligen zu können, entschloß man sich zur Einführung der Beilage. Diese ist an ein großes Inseratenbureau verpachtet, doch haben wir uns das Recht vorbehalten, alle Inserate zurückzuweisen, die sich nicht mit der Tendenz unserer Blätter vertragen. Das ist auch in umfangreicher Weise geschehen. Man kann aber oft genug nicht sofort feststellen, ob ein Inserat schwindelhaften Inhalt hat. Aehnliches passirt auch unseren Tagesblättern. Ich kann versprechen, daß in Zukunft Inserate wie die bemängelten nicht mehr aufgenommen werden. Was den Antrag 49 betrifft, so könnte es mir recht sein, wenn er angenommen würde, weil dadurch die Inseratenbeilage der „Neuen Welt" sanktionirt wird. Aber es ist fraglich, ob wir sie nächstes Jahr weiter führen können, denn der Pächter hat dieses Jahr sehr schlechte Geschäfte damit gemacht. Wenn wir den jetzigen Bezugspreis beibehalten wollen, müssen wir auch die Inseratenbeilage weiterführen, da wir sonst trotz der Verbilligung der Papierpreise wieder Defizit machen.

Es ist ein Antrag eingegangen, die Anträge 48 und 49 dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen.

Weinschild-Offenbach: Weil man nicht unterscheiden kann, ob ein Inserat schwindelhaften Inhalts ist oder nicht, sind die Offenbacher der Meinung, daß wir beide Anträge ablehnen sollen. Da die „Neue Welt" auch bei den Frauen Interesse erregen soll, wäre es gut, wenn mehr als bisher Artikel über Hauswirthschaft, Krankenpflege, Kindererziehung ꝛc. gebracht würden. Auch ein guter Theil der Bilder, die jetzt kommen, könnte ganz gut wegbleiben. Die Illustrationen der „Neuen Welt" sollen doch eine Art Anschauungsunterricht sein und so würde es sich empfehlen, Abbildungen von Brückenbauten, Maschinen und dergleichen zu bringen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen und der Antrag, die Anträge 48 und 49 dem Parteivorstande zur Erwägung zu überweisen, zum Beschluß erhoben.

Sodann wird der Antrag 51 zur Debatte gestellt.

Hanisch-Randow-Greifenhagen bemerkt zur Begründung dieses Antrages, wer praktisch im Buchhandel thätig sei, müsse finden, daß die Parteischriften im Vergleich zu den Publikationen bürgerlicher Verleger viel zu theuer seien. Das sei besonders beim Arbeiter-Notizkalender der Fall, dessen Preis man ganz gut

herabsetzen könne, da ihn der „Vorwärts" an die Kolporteure für 40 Pf. liefere. Was letztere dann einbüßen, wird ihnen durch größeren Absatz ersetzt. Einzelne Gewerkschaftsverbände geben ähnliche Kalender heraus, die sie für 50 Pfg. verkaufen, sodaß infolge dieser Konkurrenz der Absatz unseres Kalenders immer mehr abnehme. Die Inseratenblätter stören in der Mitte und sollen deshalb auf den Schluß des Kalenders geheftet werden.

Es wird beantragt, den Antrag 51 dem Vorstande zur Erwägung zu überweisen.

Fischer-Berlin: Mehr Unrichtigkeiten wie der Vorredner kann man in weniger Worten eigentlich kaum vorbringen. Der Arbeiter-Notizkalender soll im Vergleich zu ähnlichen Publikationen aus bürgerlichen Verlagen zu theuer sein. So weit ich unterrichtet bin, giebt es keinen bürgerlichen Kalender in ähnlicher Ausstattung unter einer Mark (Sehr richtig!), unserer kostet nur 60 Pf.; die Auflage ist nicht gesunken, sondern, wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, von Jahr zu Jahr gestiegen, die Inserate kommen dem Leser auch nicht in die Quere, sondern befinden sich am Schlusse des Kalendertextes. Vor einer Stunde haben wir lange darüber debattirt, wie das Defizit der „Neuen Zeit" aus der Welt zu schaffen sei, und jetzt berathen wir darüber, wie wir dem Kalender zum Defizit verhelfen können. (Heiterkeit.) Der Antrag würde zur Folge haben, daß wir auf jedes Exemplar 5 Pf. daraufzahlen; unsere Parteilitteratur krankt überhaupt an den billigen Preisen, so daß wir den Kolporteuren nicht so viel bieten können. (Sehr richtig!) Die nothwendige Konsequenz davon ist, daß sie die Verbreitung der Parteilitteratur mehr und mehr einschränken, nur noch das beziehen, was die Genossen bei ihnen direkt bestellen, und sich Artikeln zuwenden, an denen sie mehr verdienen. Wollen Sie eine größere Verbreitung der Parteilitteratur erzielen, so müssen Sie Anträge auf Preiserhöhung stellen, damit die Kolporteure mehr verdienen. (Zustimmung.) Die Kalender verschiedener Gewerkschaften kosten allerdings nur 50 Pf., sie sind aber keine Konkurrenzunternehmungen gegen die Arbeiter-Notizkalender, sondern auf meinen Vorschlag im Anschluß an unseren Kalender herausgegeben. Daß die Gewerkschaften ihren Kalender billiger abgeben können, liegt auf der Hand; für sie sind die Kalender ein Agitationsmittel, das seinen Zweck erfüllt, wenn es in die Massen der Unorganisirten hinausdringt, um für die Organisation Propaganda zu machen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Hiemit schließt die Debatte, der Antrag 51 wird abgelehnt.

Die Anträge 53 bis 55 werden gemeinsam berathen, Antrag 53 wird nicht begründet, Antrag 54 begründet

Kimmel-Hamburg: Die künstlerische Ausstattung der diesjährigen Mai-Zeitung hat wohl allgemein enttäuscht. Gerade bei der Mai-Zeitung, die doch in die Massen dringen soll, müssen wir auf die künstlerische Ausstattung den höchsten Werth legen. In Hamburg hat man in diesem Jahre Witze darüber gerissen. Man glaubte, der Löwe habe den Schnupfen bekommen infolge der schlechten Witterung. (Heiterkeit.) Der Verlag sollte sich in Zukunft Mühe geben, nur wirklich künstlerische Ausstattung der Zeitung zu bewirken.

Dikreiter-Ludwigshafen begründet den Antrag 55. In einer Zeit, wo man bestrebt ist, den Arbeitern das Kunstverständniß beizubringen, müssen wir dafür sorgen, daß unsere Erzeugnisse wirklich werthvoll sind. Leider bleiben dieselben aber hinter dem zurück, was sonst als Grundsatz aufgestellt wird, daß nämlich für die Arbeiter gerade das Beste gut genug ist. Unsere Mai- und Märznummern beweisen vielfach das Gegentheil. Die Ausstattung unserer illustrirten Festschriften ist durchaus keine gute. Gewiß kann der Verlag es nicht Allen recht machen, aber wenn er sich Mühe giebt, wird er auch geeignete Künstler finden und so das Kunstverständniß unter den Arbeitern fördern. Ich bitte Sie,

alle diese Anträge dem Parteivorstande zur Berücksichtigung zu überweisen, und ich habe den dringenden Wunsch, daß er sie auch wirklich berücksichtigt und nicht bei Seite legt.

Fischer-Berlin: Wenn ich nicht Fischer wäre, würde ich ähnlich geredet haben wie Kimmel. (Heiterkeit.) Ich gebe von vornherein zu, daß die äußere Gestaltung der Mai-Zeitung dieses Jahres dem Bedürfniß der Genossen nicht entsprochen hat und auch dem meinen nicht, aber so dürfen die früheren Mai-, Weihnachts- und März-Zeitungen nicht charakterisirt werden, wie es Dikreiter gethan hat, als ständen sie weit unter dem, was bürgerliche Verlage auf dem gleichen Gebiete leisteten. Unter diesen Publikationen des Verlags Vorwärts sind Leistungen, die sich dem Besten, was die moderne Kunst gibt, getrost an die Seite stellen können. (Sehr richtig!) Nun ist behauptet worden, der Verlag gebe sich nur nicht die rechte Mühe, um Schriftsteller und Künstler heranzuziehen. Nun, ich kann wohl sagen, daß ich manchmal die Rolle Bloch's, dessen hier so liebend gedacht wurde, gespielt, unsere Partei-Schriftsteller um Beiträge gedrängt und ihnen auf den Pelz gestiegen bin. Von den Malern und Zeichnern rede ich garnicht, die Zahl derer, die hierbei für uns in Betracht kommen, ist nicht sehr groß. Variationen desselben Gedankens, den ein Künstler einmal behandelt hat, muß er schon seines Ansehens wegen ablehnen, immer Neues und Besseres soll gefunden werden. Ist etwas Vortreffliches geleistet worden, so sucht man darüber hinauszukommen und dabei geräth man manchmal in die Brüche. Ich bestreite, daß der künstlerische Werth der Zeichnungen gegen früher zurückgegangen sei. In der Kunst sind ja verschiedene Meinungen möglich; die Einen sehen in der Siegesallee den Gipfel der Geschmacklosigkeit, die Anderen die Einleitung zu einer neuen Renaissance. (Heiterkeit.) In Berlin gibt es Leute, die in Anton v. Werner einen neuen Tizian sehen, in München wieder solche, die sagen, Werner ist gewiß ein Genie, aber kein Maler, er malt, wie man Stiefel schmiert. (Große Heiterkeit.) Für Diejenigen, die da meinen, daß das letzte Vollbild der Mai-Zeitung eine unkünstlerische Leistung sei, habe ich das Original der Zeichnung mitgebracht. (Das Bild wird ausgestellt.) Sie werden mit mir einig sein, daß hier einer unserer schönsten Gedanken einen künstlerisch vollendeten malerischen Ausdruck gefunden hat, das Sehnen und Ringen der Menschheit nach Erlösung und Freiheit, ihr Vertrauen in die Freiheit, wenn sie dann endlich in den Kerker eintritt und die Ketten löst. (Zustimmung.) Da sollte man nicht so generaliter aburtheilen, wie es hier geschehen ist. Die Einwände Kimmel's dagegen sind bezüglich äußerer Form berechtigt; auch in sozialdemokratischen Parteigeschäften geht es nicht immer so, wie es gehen sollte; hier haben Sie den ersten Probedruck und hier ist das Bild, wie es schließlich gebracht wurde; der Unterschied ist so auffällig, daß ich vor der Frage stand: soll ich die Mai-Zeitung zurückweisen und einen Prozeß wegen Entschädigung gegen die Druckerei anstrengen, die uns eine lange Reihe von Jahren vortrefflich bedient hat. Die Platten hatten sich unerklärlicher Weise gleich bei Beginn des Druckes stark abgenutzt. die Anstalt, die sie geliefert und die das Beste sonst leistet, erklärt auf unsere Anfrage, sie habe das Beste gethan, was sie thun konnte, aber manchmal sei die Komposition des Metalls derart, daß es keinen starken Druck aushalten könne. Die zweiten Galvanos, die wir sofort bestellten, fielen ebenso aus. Schließlich wurde das Original genommen, das auch verdorben wurde. So litt die Herstellung der diesjährigen Mai-Zeitung unter einer Reihe von Mißhelligkeiten, die Keiner voraussehen und Keiner ändern konnte. Von Ihrer Parteisolidarität erwarte ich, daß Sie alle diese Umstände berücksichtigen und darnach Ihr Urtheil fällen werden. (Beifall.)

Grünwald-Hamburg: Die letzte Nummer der Maifest-Zeitung war unter aller Kritik. Fischer hätte nur das derbe Urtheil in unserer Mitgliederversammlung hören sollen. Die Frauengestalt, die die Freiheit vorstellen soll, sieht ganz so aus wie ein Weib mit langem Bart. (Heiterkeit.) Das „Goldene Kalb"

auf dem Bilde kann man für eine Art Gemse halten. (Heiterkeit.) Künftig werden die Hamburger die Waare erst besehen, bevor sie sie kaufen.

Kiesel-Berlin: Nachdem Freund Fischer selbst erklärt hat, daß er mit der Ausführung der Mai-Zeitung auch nicht einverstanden sei, ist die Sache eigentlich erledigt. An faulen Witzen über das Bild hat es in Berlin auch nicht gefehlt. Die Mittelfigur sieht aus wie ein Pfahl mit einem Kopfe darauf. (Heiterkeit.) In früherer Zeit hat sich Fischer alle erdenkliche Mühe gegeben. Wir hatten wunderbare Zeichnungen zum ersten Mai, die von den Genossen als Modell für lebende Bilder benutzt werden konnten. Die Arbeiter sind auch die alten Bahnen gewöhnt. Die neue Kunst begreifen sie nicht ohne weiteres: sie darf daher nicht sofort in großem Umfange eingeführt werden.

Ein Schlußantrag, den Raith begründet und Ledebour bekämpft, weil er nachweisen wolle, daß die Schuld für das letzte Maibild nicht auf das Konto der modernen Kunst komme, wird angenommen.

Singer: Die Anträge 53, 54 und 55 wollen dasselbe, sie drücken den Wunsch aus, daß die Kunsterzeugnisse unserer Verlage in möglichster Vollendung geliefert werden. Ich schlage vor, in diesem Sinne zu beschließen und so die drei Anträge zu erledigen.

Der Parteitag beschließt dementsprechend. Die weiteren Verhandlungen werden auf Nachmittag vertagt.

Singer verliest das Protokoll der Feststellung des

Wahlergebnisses für den Parteivorstand und die Kontrolleure.

Abgegeben wurden 177 Stimmzettel, von denen 10 für die Kontrollkommission ungültig waren, weil mehr als neun Namen verzeichnet waren. Für den **Parteivorstand** wurden abgegeben: Bebel 176, Singer 175 als Vorsitzende, Gerisch als Kassirer 175, Pfannkuch 177 und Auer 174 als Sekretäre. Außerdem haben erhalten Rosa Luxemburg und Mehring als Vorsitzende je 1 Stimme, H. Braun und R. Fischer als Kassirer je 1 Stimme und Paul Hoffmann 1 Stimme als Sekretär. Als **Kontrolleure** wurden gewählt: Meister mit 162 Stimmen, Kaden 155, Ehrhart 147, Brühne 146, Bock 143, Koenen 139, Zetkin 133, Geck 109 und Pfarr-Berlin 103 Stimmen. Ferner erhielten Stimmen als Kontrolleure v. Vollmar 84, David 72, v. Elm 41, Meist, Hoffmann und P. Müller je 3 Stimmen, Antrick, Ledebour und Zubeil je 2 Stimmen, Molkenbuhr, Segitz, Bohne, Leyendecker und Lindemann je 1 Stimme.

Singer ersucht die Kontrollkommission, sich sofort zu konstituiren und ihrerseits bekannt zu geben, wen sie als Beisitzer für den Parteivorstand wähle, eine Wahl, die auf Grund des Organisationsstatuts vorzunehmen ist.

Eine Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

Beginn 2½ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer theilt mit, daß die Kontrollkommission sich konstituirt und Meister zum Vorsitzenden gewählt hat. Als Beisitzer für den Parteivorstand sind von der Kontrollkommission Eberhardt-Charlottenburg und Wengels-Berlin gewählt.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein.

Zur Berathung kommt zunächst der Antrag 94.

Emmel-Mülhausen begründet den Antrag: Das deutsche Reichs-Preßgesetz ist zwar im Allgemeinen im Elsaß eingeführt, aber die Bestimmung, daß Kautionen für politische Blätter gestellt werden müssen, ist beibehalten. Man will dadurch die Entstehung von Arbeiterblättern hindern. Eine Unterdrückung auf Grund des Diktaturparagraphen ist jetzt nicht mehr möglich. Die Gefahr, auf diese Weise ein Blatt zu ruiniren, ist also beseitigt. Es handelt sich bei unserem Antrage nicht um eine Subvention im gewöhnlichen Sinne, sondern

darum, daß wir einen Ausnahmezustand bekämpfen. Der Kampf gegen Ausnahmebestimmungen darf nicht nur theoretisch geführt werden, sondern hier muß die Partei uns praktisch unterstützen, damit wir den übrigen Preßorganen Elsaß-Lothringens gleichgestellt werden. Es wurde gesagt, daß die Geldstrafen, Prozeßkosten u. s. w. von der Kaution in Abzug gebracht werden. Das ist richtig, aber bisher hat doch die Partei die Genossen, die zu Geldstrafen u. s. w. verurtheilt waren und sie nicht selbst aufbringen konnten, noch nie im Stich gelassen. Auch die Behauptung, aus der Kaution werde sich mit der Zeit eine Subvention entwickeln, kann nicht als stichhaltig gelten. Die unterdrückte „Volks-Zeitung" in Mülhausen, die seiner Zeit dem Diktaturparagraphen zum Opfer fiel, hat einen ganz anständigen Abonnentenstand gehabt. Wenn wir, wie zu hoffen ist, dieselbe Abonnentenzahl erreichen, so können wir wohl existiren. Nun ist es ja für den Parteitag schwierig, über so große Summen zu beschließen. Ich habe deshalb nach Rücksprache mit mehreren Genossen den Antrag so gestellt, daß unser Wunsch dem Parteivorstande zur erneuten Erwägung überwiesen werden möge.

Gerisch: Der Wunsch der Mülhauser Genossen ist an sich sehr begreiflich. Die Gesammtpartei hat aber früher vielfach schon Opfer gebracht, um in Mülhausen ein Blatt aufrecht zu erhalten. Es ist aber nicht gelungen, dort ohne Subvention eine Zeitung zu erhalten. Jetzt bestehen nun in Elsaß-Lothringen zwei Blätter, in Mülhausen und Straßburg, die wahrscheinlich beide subventionirt werden müssen. Es würde sich für die beiden Blätter um 40 000 M. handeln. Wir können nicht so große Summen festlegen, ohne darüber disponiren zu können. Nicht die niedrige Verzinsung, sondern nur die Unmöglichkeit, über diese Summen zu verfügen, zwingt uns, an Sie das Ersuchen zu stellen, den Antrag rundweg abzulehnen.

Der Antrag (94) wird abgelehnt.

Damit ist die Gruppe der auf die Presse bezüglichen Anträge erledigt. Es folgen die Anträge zur **Agitation.**

Antrag 28 wird der Parteileitung zur Kenntnißnahme überwiesen.

Antrag 29 sowie alle übrigen auf die Agitation gegen das Zentrum bezüglichen Anträge werden durch das Referat Bebel's zur Reichstagswahl und die daran anknüpfende Diskussion für erledigt erklärt.

Antrag 30 wird ebenfalls durch die früher gefaßten Beschlüsse für erledigt erklärt.

Antrag 31 wird von Heymann-Breslau zurückgezogen in der Erwartung, daß der Vorstand den Antrag in den Kreis seiner Erwägungen ziehen werde. (Heiterkeit.)

Antrag 56 findet nicht die genügende Unterstützung, ebenso wenig Antrag 67.

Antrag 68 wird durch die anderen Beschlüsse für erledigt erklärt, die Anträge 69, 70 und 71 handeln von einem sozialdemokratischen Handbuch für Reichstagswähler.

Singer: Soweit ich mich erinnere, sind vor jeder Reichstagswahl solche Handbücher erschienen. Es fragt sich nur, ob die nöthige Zeit dazu bleibt, andererseits haben wir in dem Schippel'schen Handbuch geistiges Material. Der Vorstand hat die Frage bereits ventilirt; wenn irgendwie die Möglichkeit vorhanden ist, wird das Handbuch herausgegeben werden. Ich empfehle alle diese Anträge dem Vorstande zur Berücksichtigung zu überweisen.

Schmidt-Frankfurt a. M. beantragt, die Anträge dem Vorstande und der Reichstagsfraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. So wird beschlossen.

Antrag 90 wird ohne Debatte abgelehnt.

Damit sind die auf die Agitation bezüglichen Anträge erledigt.

Singer: Wir kommen zur Gruppe derjenigen Anträge, die sich auf die Alkoholfrage beziehen. Es sind dies die Anträge 40, 41, 88a, 105, 120 und 121. Die Unterstützungsfrage wird gemeinsam gestellt, alle Anträge werden genügend unterstützt. Die Resolution 121 ist dahin abgeändert, daß nicht Uebergang zur Tagesordnung beantragt, sondern daß die die Alkoholfrage betreffenden Anträge für erledigt erklärt werden. Auf Vorschlag von Singer werden alle diese Anträge von einem Redner begründet.

Wolf-Bochum: München ist vielleicht nicht der geeignete Boden für die Berathung der Alkoholfrage. Aber wir müssen der Frage doch mindestens insoweit näher treten, als wir die Presse veranlassen, ihr mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Wir Alle wissen, welcher Schaden der übermäßige Alkoholgenuß der Arbeiterklasse zufügt und wie schwer es ist, die Arbeiter in den Gegenden, wo der Alkoholismus stark verbreitet ist, aufzuklären. Völlige Abstinenz predigen wir nicht. Die Thatsache, daß der Parteitag im vorigen Jahre den Antrag, den Alkoholismus auf die Tagesordnung zu setzen, abgelehnt hat, hat viele Arbeiter, die dem Laster ergeben waren, noch darin bestärkt.

Blos-Leipzig: Damit auch Jemand etwas dagegen sagt, will ich trotz der vorgerückten Zeit einige Worte sprechen. Ich glaube nicht, daß der Vorredner hier in München eine Bresche geschossen hat. Dazu waren seine Ausführungen nicht angethan. Ich möchte auf die Konsequenzen aufmerksam machen, die eine Annahme dieser Resolution haben könnte. An sich sehen die Anträge und Resolution ganz harmlos aus. Es scheint so, als wollte man nur die Partei-Redakteure verpflichten, hier und da einen Leitartikel über die Schäden des Alkoholismus zu schreiben. Die wahren Absichten, um die es sich handelt, aber gehen z. B. aus dem „Korrespondent der Abstinenten" hervor, den man uns gütigst unter unsere Papiere befördert hat. Es hat auf mich einen merkwürdigen Eindruck gemacht, daß die Agitation gegen den Alkoholismus plötzlich mit gar so fürchterlichem Eifer betrieben wird, gerade als hätten wir gegenüber dem Kapitalismus und Militarismus nichts Anderes mehr zu thun. Es ist auch historisch noch garnicht erwiesen, daß der Alkoholismus in unserer Zeit zugenommen hätte. (Sehr richtig!) Es ist ja so billig, wenn die Alkoholgegner nach berühmtem Muster jeden Widerspruch als unwissenschaftlich bezeichnen. Es sieht aber auch nicht gerade wissenschaftlich aus, wenn man hier neue Heilige zu schaffen sucht und einzelne Parteigenossen als Vorbild für Ihren Lebenswandel empfiehlt. Es kann uns ganz gleichgültig sein, ob ein Parteigenosse sich des Alkohols enthält oder nicht. Wir wollen es in dieser Sache wie bei der Religion halten und wollen auch den Alkoholgenuß zur Privatsache erklären. (Sehr gut!) Wenn man von vornherein gemeint hat, die Kritik könne nur in schlechten Witzen bestehen, so ist das ein großer Irrthum. Wir Alle sind ja der Meinung, daß der Alkohol, im Uebermaß genossen, Schaden anrichtet. Aber das Uebermaß ist hier ein sehr relativer Begriff. (Sehr richtig!) Man müßte doch eine Grenze bestimmen, bei der die Gefährlichkeit eigentlich beginnt. Es wird auch sehr viel von sogenannten Trinksitten und einem Trinkzwang gesprochen. Etwas Derartiges besteht meines Wissens nur bei dem deutschen Studententhum. Daß unter den klassenbewußten Arbeitern ein Bierkomment existirte, habe ich in meiner dreißigjährigen Parteithätigkeit noch nicht bemerkt. (Sehr richtig!) Der Zusammenhang zwischen dem Alkoholismus und den wirthschaftlichen Verhältnissen ist einleuchtend, und wenn immer darüber gejammert wird, daß die Arbeiter so viel geistige Getränke konsumiren, so beweisen die Haushaltungsbudgets, daß die Arbeiter für den Alkohol verdammt wenig übrig haben. So schlimm wie es dargestellt wird, ist die Sache nicht. Ich mache aber auf die Konsequenzen aufmerksam. Im „Korrespondent der Abstinenten" heißt es in einem Aufsatz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, daß da nur die völlige Abstinenz hilft und daß diese nur durchgeführt werden könne in engster Verbindung mit der Enthaltung vom Alkoholgenuß. Sehen Sie, das wäre schon ein anderer Weg

auf dieser Bahn. Es würde dadurch in die persönliche Freiheit des Einzelnen eingegriffen wie sonst in keiner anderen Partei. Es bedeutete das einen Rückschritt in die Zeiten der Ritterorden des Mittelalters, die Armuth, Keuschheit, Mäßigkeit und den Kampf gegen die Abergläubigen auf ihre Fahne geschrieben hatten. Die Empfehlung von Trinkerasylen und dergleichen wird die Regierungen ermuntern, auf der Bahn reaktionärer Maßnahmen fortzuschreiten. Man bilde sich doch nicht ein, daß sich auf diesem Gebiete durch Zwang etwas erreichen läßt. Das kann man jedem Einzelnen überlassen. Wir dürfen aber auch unsere Redakteure nicht zwingen, gegen ihre Ueberzeugung für diese Sache Propaganda zu machen. (Sehr wahr!) Denken Sie einmal, daß bei uns im Süden, wenn der Herbst kommt und die Winterfeste stattfinden, wo Alt und Jung heiter ist und wo auch der Aermste sich ein Vergnügen leisten kann, da kommt es natürlich vor, daß auch mal eins über den Durst getrunken wird, aber ein Verbrechen ist das nicht, da kann Alles vergnügt sein, nur der Parteisklave muß nach Hause gehen und eine Fastenpredigt über Alkoholismus schreiben. (Heiterkeit.) Der arme Teufel kann mir leid thun. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Pfannkuch: Genosse Meister lächelt mich so freundlich an, er denkt, daß ich nach meinem Rath beim Fest im Hackerbräukeller, fleißig zu trinken, nicht der richtige Mann für diese Frage sei. Das soll mich aber nicht abhalten, den Antrag 107 in Verhinderung Fischer's zu vertheidigen. Bisher schon hat die Sozialdemokratie durch ihre Wirksamkeit vielfach zur Verbesserung der Sitten im Lande beigetragen. (Sehr richtig!) Ihre öffentliche Thätigkeit wirkt wesentlich auf eine Verminderung der Rohheit und der Rohheitsdelikte ein. Das erkennen auch die Gegner an. In den Gegenden, wo die Sozialdemokraten dominiren, ist ein wesentlicher Rückgang aller Arten von Verbrechen zu verzeichnen. So hat die Sozialdemokratie auch eingewirkt auf die Eindämmung des unsinnigen Genusses alkoholischer Getränke. Blos hat mit Recht hervorgehoben, daß das Bestreben der Alkoholgegner darauf ausgeht, uns die Abstinenzbewegung aufzuhalsen. (Sehr richtig.) Dazu fühlt die deutsche Sozialdemokratie weder Beruf noch Neigung. Die Alkoholfrage ist keine Parteifrage, sondern Privatsache. Wir erkennen an, daß der übermäßige Alkoholgenuß schädlich ist und so wie wir ihn bisher bekämpft haben, wollen wir ihn auch weiter bekämpfen. Es handelt sich um eine hygienische Frage, die auf einen Kongreß von Fachleuten gehört. Die ursprüngliche Schärfe ist der Resolution Fischer dadurch genommen, daß nicht über die Anträge zur Tagesordnung übergegangen, sondern daß sie für erledigt erklärt werden. Mit diesem Entgegenkommen sollten sich die Abstinenten zufrieden geben. (Bravo!)

Eberhard-Forst schließt sich dieser Ansicht an und bedauert, daß manche Abstinenten auf die Partei schimpfen und behaupten, daß sich die Partei mit der Alkoholfrage nicht befassen wolle. Von Niemand wird der übermäßige Alkoholgenuß so bekämpft wie von der Sozialdemokratie. In der Lausitzer Webergegend, wo an den blauen Montagen und Dienstagen vor 5—6 Jahren noch sehr viel Schnaps getrunken wurde, ist jetzt, wo die Arbeitszeit beschränkt ist und die Sozialdemokratie Boden gewonnen hat, der Schnapsgenuß sehr zurück gegangen. In der gestrigen Abstinentenversammlung wurde bereits angeregt, auch die Tabaksfrage auf die Tagesordnung zu setzen. (Hört!)

Ein Antrag auf *Schluß der Debatte*, den Braun-Nürnberg begründete und Ehrhart-Ludwigshafen bekämpfte, wird *angenommen*.

Die Abstimmung über die *Resolution Fischer* (121) erfolgt auf Antrag Keil-Stuttgart abschnittweise. Die Resolution wird in Absatz 1 und 4 mit übergroßer, in Absatz 2 und 3 mit etwas geringerer Mehrheit und schließlich als Ganzes mit übergroßer Mehrheit *angenommen*.

Es folgen die sonstigen Resolutionen. Resolution 84 wird zu Gunsten der Resolution 100 (Weyl) zurückgezogen. Weiterhin wird Resolution 85 zu Gunsten der Resolution 128 (Luxemburg) zurückgezogen. Resolution 87 (Erb-Hamburg) wird dem Parteivorstand überwiesen als Material zur Vorbereitung der Vorlage über die Gemeindepolitik, die einem der nächsten Parteitage vorgelegt werden soll. Zur Debatte stehen die genügend unterstützten Resolutionen 96, 100, 116, 125 und 128.

Die Resolution 96 begründet

Paul Hoffmann-Hamburg: Es ist in den letzten Jahren eine Vereinsmeierei entstanden, die der Partei nicht nur Geld, sondern auch Kräfte entzieht; vor Allem gilt das für Skatklubs und Landsmannschaften. Man hat sogar Klubs der Arbeitsscheuen gegründet (Heiterkeit), um den zu suchen, der die Arbeit erfunden hat. Andere Vereine bilden sich zur Bekämpfung des Alkohols, zur Propaganda des Vegetarismus u. dergl. Dem muß mal entgegengetreten werden. Bei uns in Hamburg wurden zur Zeit des Sozialistengesetzes weit höhere Summen aufgebracht als heute, wo die Arbeiter für alle diese Vereine Beiträge leisten. Zu Puritanern will ich die Genossen natürlich nicht machen, sondern sie nur an ihre Parteipflicht erinnern.

Windhoff-Düsseldorf bittet den Antrag abzulehnen, da sonst auch Genossen aus Arbeiter-Gesangvereinen, Turn- und Radfahrervereinen austreten müßten. Diese Vereine schädigen die Bewegung nicht, es wäre sogar zu wünschen, daß in jeder Straße eine kleine Anzahl Vereine sind, denn auch da werden unsere Ideen propagirt.

Metzger-Hamburg erwidert Hoffmann, daß der Klub der Arbeitsscheuen in Hamburg nur ein Ulkverein ist. Er ist in einer Bierlaune von einigen Kaufleuten gegründet worden.

Hoffmann-Hamburg bemerkt, daß es ihm natürlich fernliege, den Klub der Arbeitsscheuen mit Arbeiter-Gesang- und Turnvereinen auf die gleiche Stufe zu stellen.

Hiermit schließt die Debatte. Die Resolution 96 wird abgelehnt.

Zur Begründung der Resolution 100 bemerkt

Frau **Weyl**-Berlin: Die Forderung der Resolution ist so selbstverständlich, daß ich auf die Begründung verzichten und Sie um einstimmige Annahme bitten kann. (Bravo!)

Die Resolution 100 gelangt einstimmig ohne weitere Debatte zur Annahme.

Die Resolution 116 bgründet

Schmidt-Frankfurt a. M.: Unsere Fraktion hat recht daran gethan, daß sie bei der Berathung der Novelle zur Gewerbe-Ordnung gegen die fakultative Einführung der Proportionalwahl für die Gewerbegerichte stimmte und die obligatorische Einführung forderte. Es giebt eben in unseren Reihen noch Gegner des Proportional-Wahlsystems. Ich halte es für unzulässig, daß einzelne Genossen gegen die Proportionalwahl eifern. Das muß der Parteitag mißbilligen und gleichzeitig bürgerlichen Angriffen gegenüber das Verhalten der Fraktion billigen. In Frankfurt haben wir das Proportional-Wahlsystem für die Gewerbegerichte eingeführt, wir werden dadurch einige Arbeitnehmer-Sitze verlieren, aber Arbeitgeber-Sitze gewinnen. Stimmen Sie der Resolution zu, damit unsre Gegner nicht sagen können, wir behalten unser Programm in der Tasche.

Pfannkuch: Ich weiß nicht, ob es zweckdienlich ist, das, was schon in unserem Programm ausgesprochen ist, noch einmal in einer Resolution zu fordern. Das halte ich für überflüssig, wir haben unsere Kraft zunächst daran zu setzen, das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht in den Einzelstaaten und den Gemeinden zu fordern. Später wird man dann die Einführung des Proportional-Wahl-

systems in die Wege leiten können. Wo dies Wahlrecht sich ermöglichen läßt, wird unsere Partei sich dem natürlich nirgends widersetzen. (Sehr richtig!) Auch ich halte mit Schmidt-Frankfurt die Vertretung der Minoritäten für ein völlig berechtigtes Verlangen. Gegen die obligatorische Einführung des Proportional-Wahlsystems bei den Gewerbegerichten wäre selbstverständlich kein Wort zu verlieren gewesen, aber wir brauchen nicht nachgiebig und großherzig bei Seite zu stehen, wo andere Parteien auf Grund des Proportional-Wahlsystems Nutzen haben würden. Wir verlangen das Proportional-Wahlsystem für all' und Jeden, dazu ist aber im Augenblick die Zeit noch nicht gekommen. Ich bitte Sie, die Resolution 116 abzulehnen.

Engler-Freiburg bittet um Annahme der Resolution. Es ist eben nicht bei allen Genossen selbstverständlich, daß sie für die Forderungen unseres Programms eintreten. (Pfannkuch ruft: Das ist sehr schlimm!) In vielen Arbeiterkreisen herrscht noch sehr wenig Verständniß für das Proportional-Wahlsystem. Auf der anderen Seite wird es oft sehr schwer empfunden, daß wir trotz sehr starker Minoritäten keine Vertretung in den Gemeinde-Körperschaften haben. Die Einführung dieses Wahlsystems für die Gemeinden wird den Arbeitern nach und nach vertraut machen mit der Forderung dieses Systems auch für andere Körperschaften.

Krause-Chemnitz: Ich stehe persönlich auf dem Standpunkt, daß diese Resolution abzulehnen ist. Wenn aus Frankfurt und Süddeutschland betont wird, daß wir das Proportional-Wahlsystem einführen müßten, so geschieht das, weil man dort mehr als anderswo den Standpunkt der Parität eingenommen hat. Es mag dem Antragsteller bei seiner Resolution vorgeschwebt haben, daß man in Berlin das Proportional-Wahlsystem abgelehnt hat, das ist aber nicht maßgebend.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, von Schöpflin-Leipzig befürwortet, von Eduard Schmid-München bekämpft, wird angenommen.

Die Resolution 116 wird abgelehnt.

Es folgt die Berathung der Resolution 128. (Im zweiten Absatz Zeile 7 sind die Worte „wie ein Mann erheben wird" ersetzt durch „einmüthig zusammenfindet".)

Singer: Die Antragsteller haben es mir nahegelegt, den Parteitag aufzufordern, diese Resolution als Manifestation gegen die zarische Brutalität zur Ehre und Bewunderung unserer russischen Genossen einstimmig ohne Debatte anzunehmen. (Lebhaftes Bravo!) Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall, ich konstatire die einstimmige Annahme der Resolution. (Lebhafte Zustimmung.)

Vor Eintritt in die Berathung des Antrages 125 erklärt **Singer**: Der Antrag trägt im Gegensatz zu unserer sonstigen Gepflogenheit die Unterschriften aller Antragsteller. Das ist deshalb geschehen, damit die Genossen sehen, daß er von den in Berlin domizilirenden Partei-Instanzen sowohl wie von der Kontrollkommission in Uebereinstimmung mit den Berliner Genossen gestellt ist.

Zur Begründung erhält das Wort

Wolderski-Berlin: Ich bitte Sie um Annahme des Antrages; es handelt sich zwar um eine spezielle Berliner Lokalangelegenheit, aber da es ein Parteitag, der zu Erfurt, war, wo der Ausschluß Wildberger's erfolgte, so muß auch die höchste Instanz eines Parteitages diesen Beschluß wieder aufheben, wenn der richtige Zeitpunkt dazu gekommen ist. Ueber 10 Jahre sind nun seit dem Ausschluß verflossen. Wildberger, der außerhalb der Partei gestellt ist, hat sich immer mit ganzem Herzen mit der Partei identifizirt. Im Streit der Meinungen sind damals die Entgleisungen geschehen, der Selbsterhaltungstrieb der Partei machte damals ein rücksichtsloses Vorgehen nötig. Inzwischen hat eine Reihe von Parteigenossen, die nach Erfurt bei Seite traten, wieder Frieden mit der

Partei gemacht. Jetzt sollten wir auch Wildberger's Rückkehr nicht erschweren. Seine Familienangehörigen empfinden es als eine Aechtung, daß er ausgeschlossen ist. Stimmen Sie deshalb unserem Antrage zu. (Lebhafte Zustimmung.)

Schmalfeld-Bremerhafen: Der Antrag weckt bei uns Erinnerungen, die nicht gerade erfreulicher Natur sind. Eben war das Sozialistengesetz gefallen, die Partei formirte sich auf's Neue und sofort setzte eine bedeutende Opposition ein. Da war die Erregung der Partei mehr als natürlich. Hunderte und Aberhunderte von Menschen hatten sich während des Sozialistengesetzes zu Polizeispitzeldiensten hergegeben und für Judaslohn ihre Gefährten verrathen. Da hatte die Partei alle Ursache, auf der Hut zu sein. Da ist es erklärlich, daß die Opposition der sogenannten „Jungen" nicht mit der Ruhe behandelt wurde, wie wir sie heute behandeln würden. Den „Jungen" muß es unter allen Umständen zu gute gerechnet werden, daß sie das Gute für die Partei wollten und daß böse Absichten bei ihnen nicht vorgelegen haben. Für die Partei aber galt es, die Truppen zu sammeln und es durfte keine Störung geduldet werden. Zu ungelegener Zeit erhob die Opposition ungerechtfertigte Angriffe gegen die Partei. Auch wir litten damals an hochgradiger Nervosität, die nicht nur die Jungen, sondern auch andere Parteigenossen, wenn sie Opposition machten, sofort zu spüren bekamen. Auch mir erging es so. Kaum war ich aus Erfurt zurückgekommen, da wurde im Hamburger Partei-Organ die Frage erörtert, ob ich wirklich noch in der Partei bleiben könne. Was das heißt, wird Jeder fühlen, der innig mit der Partei verwachsen ist, mit allen Fasern an ihr hängt, und alles für sie geopfert hat. Ihm kann nichts Schlimmeres passiren, als wenn er infam aus der Partei ausgeschlossen wird. Inzwischen hat sich Manches gemildert. Die Partei der Brüderlichkeit sollte auch die Partei sein, die vergeben und vergessen kann. (Bravo!) Elf Jahre stehen die damals Ausgeschlossenen außerhalb der Partei und das ist eine schwere Strafe gewesen. Deshalb sollten wir nicht blos Wildberger wieder aufnehmen, sondern reine Arbeit liefern und den Beschluß vom 21. Oktober 1891, so weit er sich auf die Jungen bezieht, aufheben. Damit wäre die Bahn auch für die übrigen frei gemacht. (Bravo!) Dieses Beschlusses haben wir uns nicht zu schämen, es ist ein hochherziger Beschluß, der uns Allen zur Ehre gereicht. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird der Antrag Schmalfeld ohne weitere Debatte mit großer Mehrheit angenommen. (Bravo!)

Es folgt die Berathung derjenigen Anträge, die sich auf die **Tagesordnung des nächsten Parteitages** beziehen; die Anträge 77 bis 79 sind bereits durch den in der Alkoholfrage gefaßten Beschluß erledigt, Antrag 80 wird nicht unterstützt, Antrag 107 ist zurückgezogen. Es bleiben noch übrig die genügend unterstützten Anträge 118 und 124. Den Antrag 118 begründet

Schulz-Magdeburg: Die Nothwendigkeit des Antrages ergiebt sich aus dem Schicksal der Resolutionen Molkenbuhr und Lindemann auf diesem Parteitage. Es handelt sich bei den Referaten meist um Fragen, über die die Ansichten nicht geklärt sind. Wer sich informiren will, der kann das nicht, wenn die Resolutionen erst auf dem Parteitage vertheilt werden. Die Resolutionen müssen eher im Wortlaut veröffentlicht werden. Große Arbeit erwächst den Referenten daraus nicht, denn sie haben doch ihre Reflektionen gewöhnlich schon lange vor dem Parteitage fertig. Daß oft die Ansichten erst auf dem Parteitage selbst geklärt werden, trifft nicht ohne Weiteres zu, denn der Referent, da er sein Material durchgearbeitet hat, ist sich doch auch klar über das, was er will. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen. Sollten Sie den weitergehenden Antrag 124 an-

nehmen wollen, so bin ich bereit, meinen Antrag zu Gunsten des Antrages 124 zurückzuziehen.

Pfannkuch-Berlin: Wir erkennen den Grundgedanken der Anträge 118 und 124 als berechtigt an. Aber die Annahme dieser Anträge würde nichts Wesentliches an den bestehenden Zuständen ändern können. Die Resolutionen zu den einzelnen Referaten müssen der Parteileitung, dem Parteivorstand und der Kontrollkommission vorher unterbreitet werden. Diese Körperschaften aber können doch nicht zu jeder beliebigen Zeit zusammentreten. Es geht also unter Umständen nicht Alles so glatt, wie sich die Antragsteller es denken. Noch schlimmer als mit dem Antrag 118, dessen Forderungen, so weit möglich, schon jetzt erfüllt werden, steht es mit dem Antrag 124 von Lily Braun. Die Unmöglichkeit dieses Verlangens will ich an einem konkreten Beispiel erklären. Sie haben mit Recht dem ausgezeichneten Referat Molkenbuhr's die höchste Werthschätzung erwiesen und beschlossen, es im Druck erscheinen zu lassen. Molkenbuhr ist neben seiner parlamentarischen Thätigkeit, die ihn außerordentlich in Anspruch nimmt, auch durch seine Agitationsthätigkeit sehr beschäftigt. Es würde ihm gewiß die Zeit gemangelt haben, sein Referat vorher druckfertig auszuarbeiten und uns einzusenden. Wir mußten damit zufrieden sein, daß wir die Resolution mit dem Grundgedanken seines Referats von ihm eingesandt erhielten. Aehnlich wird es auch in anderen Fällen liegen. Wenn die Anträge 118 und 124 der Parteileitung zur Beachtung empfohlen werden, so glaube ich, wird auch den Antragstellern Genüge geschehen sein.

Singer bemerkt, daß Antrag 124 jetzt noch nicht zur Debatte steht. Antrag 118 wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Den Antrag 124 begründet

Frau Lily Braun: Den Ausführungen des Genossen Schultz kann ich mich vollständig anschließen; der Verwirklichung meines Antrages stehen keine Schwierigkeiten entgegen. Ich will ja nur, daß Referate, die prinzipielle Fragen betreffen, vorher gedruckt werden, wie es auf wissenschaftlichen Kongressen und bei unserer italienischen Bruderpartei der Fall ist. Alle Referate können natürlich nicht vorher gedruckt sein, aber bei wissenschaftlichen Fragen von prinzipieller Bedeutung ist das wohl möglich. Ich will meinen Antrag dahin abändern, daß ich von der Veröffentlichung des Wortlautes der Referate absehe und mich mit der Veröffentlichung der Grundzüge begnüge.

Pfannkuch: Der Begriff, was eine prinzipielle Frage ist, ist nicht immer festzustellen und organisatorische Fragen von dauernder Bedeutung gibt es überhaupt nicht. Ich glaube, Sie können sich damit begnügen, den Antrag dem Parteivorstande zur Berücksichtigung zu überweisen.

Schmidt-Frankfurt a. M. tritt für den Antrag ein. Die vorherige Veröffentlichung der Grundzüge der Referate werde zu einer Diskussion in der Presse Veranlassung geben und eine Klärung der Ansichten herbeiführen.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag 124 in der von der Antragstellerin in ihrer Begründung angeregten abgeänderten Fassung, wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgen die Anträge über

Zeit und Ort des nächsten Parteitages.

Hierzu liegen vor die Anträge 83a (Parteitag des nächsten Jahres in Mitteldeutschland) und 97. Nur der erstere findet die nöthige Unterstützung.

Dr. Borchardt-Charlottenburg begründet 83 a. Nachdem der vorige Parteitag in Norddeutschland und der diesmalige in Süddeutschland stattgefunden haben, glauben wir, daß nun Mitteldeutschland an die Reihe kommen muß. (Zustimmung.) Im Besonderen wären wir für Sachsen, vorausgesetzt, daß keine polizeilichen Schwierigkeiten vorhanden, sonst schlagen wir Magdeburg vor.

Ebert-Bremen wendet sich gegen den Antrag. Die Hauptsache sei, daß der vorgeschlagene Ort alle Einrichtungen besitze, um die Geschäfte des Parteitages glatt erledigen zu können.

Seifert-Mannheim tritt für Mannheim ein, wenn nicht diesmal, dann das nächste Mal. (Heiterkeit.)

Singer stellt nunmehr auch die Anträge 72—76, 104, 117, 129 zur Debatte. 72 (Kottbus), 73 (Stettin), 104 (Bielefeld) finden nicht die erforderliche Unterstützung; 74 empfiehlt Bremen, 75 Mannheim, 76 Dresden, 117 Jena und 129 Leipzig.

Leber-Jena: Nach Bremen können wir im nächsten Jahre nicht gehen, nachdem erst der vorjährige Parteitag in Lübeck stattgefunden hat. Was Dresden anlangt, so weiß ich nicht, ob wir dort so ungehindert, wie es nothwendig ist, tagen können. Wir haben nun den Gedanken gefaßt, daß der Parteitag auch einmal in Jena stattfinden könnte. Jena ist nicht mehr das Philisternest wie früher (Heiterkeit.) Für Quartier u. s. w. wird genügend gesorgt sein.

Zubeil-Berlin: Wir sind der Meinung, daß wieder einmal das Centrum Deutschlands an die Reihe kommen muß, wohin auch die ärmeren Kreise wegen der weniger langen Eisenbahnfahrt Delegirte entsenden können. Die Bedenken, daß in Dresden polizeiliche Eingriffe zu befürchten seien, kann ich nicht theilen. Die Zeiten haben sich geändert. Bedenken Sie, daß wir früher auch in Bayern keinen Parteitag abhalten konnten. Jetzt würde selbst Mecklenburg uns keine Schwierigkeiten mehr bereiten.

Ebert-Bremen: Ich bitte Sie dringend, der Einladung der Bremer Genossen Folge zu leisten, wir haben Sie schon mehrmals eingeladen, leider vergebens. Wir haben ja in Bremen heute eine geordnete Parteibewegung, aber doch einen sehr schwierigen Stand. Deswegen ist uns jede Unterstützung unserer Agitation willkommen. Der Beschluß, den nächsten Parteitag in Bremen abzuhalten, würde die Bremer Genossen veranlassen, Alles zu thun, um bei der nächsten Reichstagswahl das Mandat wieder zu erobern, so daß zum Parteitag die rothe Fahne über Bremen weht. Auch die geographische Lage Bremens ist durchaus nicht ungünstig. Bremen hat als der bedeutendste Auswanderungshafen (Große Heiterkeit) vorzügliche Eisenbahnverbindungen. Von Bremen aus werden die Genossen die beste Gelegenheit haben, den internationalen Kongreß in Amsterdam zu besuchen. (Heiterkeit.) Auch polizeiliche Eingriffe haben wir in Bremen nicht zu besorgen.

Sindermann-Dresden tritt für Dresden ein. Vereinsgesetzliche Schwierigkeiten seien nicht zu befürchten, Dresden liege geographisch sehr günstig, so daß es auch aus dem Osten beschickt werden könne. Die Genossen hätten in diesem Jahre die Vorzüge des Münchener Bieres kennen gelernt, sie könnten auch die des Bliemchenkaffees kennen lernen. (Heiterkeit.)

Beyer-Leipzig empfiehlt Leipzig. Im nächsten Jahre seien 40 Jahre seit Gründung des Allgemeinen Arbeitervereins verflossen, man feiere also in Leipzig eine historische Erinnerung. Leipzig sei gut gelegen, an Lokalen fehle es nicht, die Stadt besitze eine Reihe von Vorzügen. Die Mißstimmung gegen Leipzig sei unberechtigt.

Schöpflin-Leipzig schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und weist namentlich auf die historische Bedeutung von Leipzig hin.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag 83a wird zurückgezogen. Die Wahl erfolgt durch Auszählung. Es entfallen auf Bremen 29, auf Mannheim 17, auf Dresden 101, auf Leipzig 53 und auf Jena 9 Stimmen.

Der nächste Parteitag findet also in Dresden statt. (Beifall.)

Die Geschäfte des Parteitages sind damit erledigt.

Singer: Die Geschäfte des Parteitages sind beendet. Ich bin mir sicher, daß ich aus dem Herzen jedes einzelnen Mitglieds des Parteitages spreche, wenn ich den Münchener Genossen unseren allerwärmsten Dank für ihre Thätigkeit ausspreche, die sie dem Parteitag gegenüber entfaltet haben. (Lebhafte, allseitige Zustimmung.) Nicht nur, daß sie thatkräftig vor und während des Parteitages uns in unseren Arbeiten unterstützt haben, sie haben uns auch noch eine Reihe froher Tage bereitet (Bravo) und uns in so großartiger Weise Gastfreundschaft erwiesen, daß wir alle hocherfreut uns in brüderlicher herzlicher Dankbarkeit für die Münchener Genossen zusammenfinden. Die Tage in München werden unvergessen bleiben, die Münchener Tage werden uns immer in der Erinnerung bleiben als eine Woche ernster Arbeit, aber auch fröhlichen Humors. Die kostbare Mischung von Ernst und Humor, die sich bei den Münchener Genossen findet, hat auch die Verhandlungen unseres Parteitages wesentlich gefördert. Wir können den Münchener Genossen nicht dankbar genug sein. Jeder Einzelne von uns wird wünschen, daß, wenn der Parteitag einmal in die Stadt kommt, in der er wohnt, es den Münchener Delegirten dort ebenso gut gefallen möge, daß sie sich dort ebenso heimisch und wohl fühlen mögen, wie wir uns jetzt in München gefühlt haben.

Ich danke der Kommission, die fleißig für den Parteitag gearbeitet hat, der Kommission für die Prüfung der Mandate und Beschwerden, die ihre Arbeit geleistet hat und sich selbst dadurch zum Theil ausgeschlossen hat von der Theilnahme an den Verhandlungen. Dies Opfer hat sie gebracht im Interesse des Parteitags.

Wenn ich sagte, daß die Münchener Tage in der Partei nicht vergessen werden, so bezieht sich das nicht nur auf den Gegenstand, den ich dabei hervorgehoben habe, es bezieht sich auch auf die Arbeiten, die wir hier geleistet haben. Die Gegner und ihre Presse haben geglaubt, daß in München ein Parteitag stattfinden würde, auf dem die Zerrissenheit, die Spaltung der Partei, den Hoffnungen der Gegner entsprechend, endlich einmal zur That wird. Ich habe nicht die Hoffnung, die Gegner in dieser Beziehung irgendwie belehren zu können. Die Gegner haben die Partei schon so oft auseinander fallen lassen, daß es auf einmal mehr oder weniger nicht ankommt. (Heiterkeit und Sehr gut!) Wer aber objektiv, ohne sich selbst Illusionen zu machen, die Verhandlungen des Parteitages verfolgt hat, der muß anerkennen, daß trotz der Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen prinzipielle Uebereinstimmung bei uns herrscht und daß wir alle uns einig wissen bei derjenigen Thätigkeit, die unsere allererste und ernsteste Aufgabe ist, in der Thätigkeit, die Gesetzgebung so zu gestalten, daß die Arbeiterklasse bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erlangt, in der Thätigkeit, die darauf hinausgeht, politische Zustände in Deutschland zu schaffen, die es ermöglichen, Deutschland einen Kulturstaat zu nennen. Da wissen wir uns Alle einig, und einmüthig kämpft der Eine mit den Anderen, es herrschen in diesen Fragen des praktischen politisch-wirthschaftlichen Kampfes nicht die geringsten Meinungverschiedenheiten. (Lebhafter Beifall.) Das sollten die Gegner endlich einsehen.

Wir haben auf diesem Parteitag, wie auf allen unseren Parteitagen, Arbeiten geleistet, die, wie wir hoffen und glauben dürfen, der Partei zum Vortheil gereichen. Wir haben wichtige Gegenstände verhandelt, wir haben die Arbeiter-Versicherung, die bei den gesetzgebenden Verhandlungen der nächsten Zeit eine Hauptrolle spielen wird, vorbereitet. Die Partei hat hier in München die Grundsätze festgelegt, nach denen wir die Arbeiterversicherung ausgestattet zu sehen wünschen, und es wird Aufgabe aller Genossen sein, diese Grundsätze in der Presse und in Versammlungen zu propagiren, damit der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags die nöthige Unterstützung zu Theil wird. Wir haben auf dem wichtigen Gebiete der Gemeindepolitik den Anfang gemacht, allgemein giltige Grundsätze für die Gesammtpartei im Reich festzustellen, und

wenn diese Arbeit auch noch nicht zu Ende geführt ist, so wird das der Sache nicht zum Schaden gereichen. Der Berichterstatter, Genosse Lindemann, dessen gutes und sicheres Referat die Grundlage für die weiteren Arbeiten bilden wird, ist der Erste, der anerkennt, daß eine Frage von solcher Wichtigkeit nicht kurzer Hand erledigt werden kann, namentlich wenn, wie es der Fall ist, Meinungsverschiedenheiten über einzelne Forderungen vorhanden sind.

Wir haben aufs Neue unsere Stellung zu der internationalen Sozialdemokratie bekundet; durch den einstimmig gefaßten Beschluß, zahlreich in Amsterdam zu erscheinen, haben Sie gezeigt, daß die Bruderparteien aller Länder jederzeit auf die deutsche Sozialdemokratie rechnen können. (Zustimmung.) Wir haben vor Allem den Punkt der Tagesordnung, der uns zu allererst in eine energische umfassende Agitation führen wird: die bevorstehenden Reichstagswahlen, in einer Weise erledigt, daß unsere Gegner darüber klar werden müssen, daß der famose Gedanke vom Kartell der sogenannten Zoll-Opposition, von den Nationalliberalen bis hinüber zur Sozialdemokratie, bei keinem einzigen unserer Genossen auch nur einen Anklang von Billigung oder Zustimmung findet. (Zustimmung.) Wir haben in unserem Beschluß erklärt, daß wir unser Ziel nur erreichen können, gestützt auf die eigene Kraft. Wir werden den Kampf führen in der prinzipiellen Weise wie bisher alle unsere Wahlkämpfe geführt worden sind. Wir haben den Genossen im Lande die Richtschnur gegeben, und ich zweifle nicht daran, unsere Beschlüsse werden allerorts und allerseits respektirt werden. Wir gehen einem arbeitsreichen Jahre entgegen, einem Jahre reich an Kämpfen, aber, wie ich überzeugt bin, auch reich an Erfolgen.

Und wenn wir heute zurückblicken auf die Vergangenheit, so dürfen wir uns sagen, daß wir unsere Schuldigkeit gethan haben, 25 Jahre sind bei der nächsten Wahl seit Erlaß des Sozialistengesetzes verflossen, des Gesetzes, das bestimmt war, die Sozialdemokratie zu vernichten. Aber die Sozialdemokratie war es, die dies Gesetz seinem Vater, dem Fürsten Bismarck, zerrissen vor die Füße geworfen hat. Was ist unter dem Sozialistengesetz, was ist nach dem Sozialistengesetz aus der Partei geworden? Die zahlreiche Beschickung unserer Parteitage, die Presse, die Vereine, die Agitation und vor allen Dingen die Wahlen haben deutlich bewiesen, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands zwar von der Reaktion vorübergehend geschädigt werden kann, daß man ihr allerlei Hindernisse in den Weg legen, daß man ihre Vorkämpfer ins Gefängniß werfen kann, daß aber die befreiende Idee des Sozialismus, die befreiende Thätigkeit der Partei in keiner Weise eingeengt werden kann durch Polizeimaßregeln, mögen sie den Einzelnen noch so schwer treffen. Die 25 Jahre haben den Beweis geliefert, was die deutsche Sozialdemokratie zu leisten im Stande ist. Getrost dürfen wir der Zukunft ins Auge schauen. Mit Sicherheit dürfen wir darauf rechnen, daß auch das nächste Jahr, welches uns vor die Reichstagswahlen und vor eine Reihe anderer Wahlen stellt, nicht nur ein Jahr der Arbeit, sondern auch ein Jahr des Ruhmes, ein Jahr des Sieges sein wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Unsere Erfolge werden um so größer sein, je mehr jeder Einzelne von uns sich seiner Pflicht bewußt, Alles aufbietet, diese Erfolge herbeizuführen. Ich brauche von dieser Stelle aus die Genossen nicht an ihre Pflicht zu erinnern. Ich weiß, daß Sie fest entschlossen sind, ihre Pflicht zu erfüllen. Aber angesichts des kommenden Jahres wollen wir dennoch von Neuem geloben, Alles aufzubieten, um bei den nächsten Reichstagswahlen die Macht der Partei zu zeigen, die Partei zu stärken. Wir wollen Alles aufbieten, um innerhalb der heutigen Gesellschaft in die gesetzgebenden Körperschaften eine so stattliche Anzahl von Sozialdemokraten hineinzubringen, daß man ohne die Sozialdemokratie in Deutschland nichts mehr machen kann, und daß die Gesetzgebung von sozialdemokratischem Geist erfüllt wird. Und wenn wir auch die Gesetze noch nicht

so gestalten können, wie wir es wünschen, so werden wir doch jedenfalls im Stande sein, sie besser zu gestalten, als unsere Gegner es wollen.

Mit diesen Vorsätzen gehen wir an die Arbeit. Die Banner hoch! Vorwärts zum Kampf! Vorwärts zum Siege! Wie immer, wenn wir auseinander gehen, fassen wir auch heute all' unser Hoffen und Sehnen, alle unsere Wünsche und alle unsere Entschlossenheit zusammen in den Ruf, der als Sturmruf das Reich durchbraust, der einst der Siegesruf sein wird:

Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Versammelten stimmen drei Mal in den Ruf ein und singen stehend den ersten Vers der Arbeiter-Marseillaise. — Schluß 6 Uhr.

Ergebniß der Abstimmungen.

über die

dem Parteitag vorgelegten Anträge.

Wortlaut der Anträge Seite 77—94. Die in Klammern beigefügte Seitenzahl bezieht sich auf die Abstimmung.

Nicht genügend unterstützte Anträge.

1. 3 (S. 97). **7. 9** (S. 101). **10. 11** (S. 223). **19—22. 25. 26** (S. 246). **32. 38. 42. 50. 52** (S. 255). **56** (S. 272). **58c** (S. 255). **67** (S. 272). **72. 73** (S. 279). **80** (S. 277). **82** (S. 255). **89** (S. 255). **97** (S. 278). **101** (S. 279). Antrag Weinschild (S. 248).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge.

4. 5 (S. 97). **8** (S. 101). **12—15** (S. 163). **18** (S. 249). **27a** (S. 252). **29. 30** (S. 272). **33. 34. 35. 36** (S. 272). **40. 41. 43** (S. 274). **44. 45. 46** (S. 272). **53—55** (S. 271). **58** (S. 223). **68** (S. 272). **77—79** (S. 274). **81** (S. 255). **83** (S. 97). **86. 88** (S. 223). **88a. 105** (S. 273). **110** (S. 223). **120** (S. 255). **123** (S. 271). **127** (S. 255). **27** (S. 252 durch Uebergang zur Tagesordnung.)

Zurückgezogene Anträge.

2 (S. 97). **16** (S. 147). **17** (S. 246). **31** (S. 272). **60. 62** (S. 180). **64. 65. 66** (S. 170). **83a** (S. 279). **84. 85** (S. 275). **107** (S. 277). **113** (S. 199). Antrag v. Elm betr. „Neue Zeit" (S. 163).

Abgelehnte Anträge.

6 (S. 163). **23** (S. 250). **47** (S. 267). **51** (S. 269). **57** (S. 180). **58a** (S. 163). **59** (S. 166). **74. 75** (S. 279). **90. 94** (S. 272). **96** (S. 275). **108. 111** (S. 201). **116** (S. 276). **117. 129** (S. 279).

Angenommene Anträge.

61: Ausdehnung der Krankenversicherung auf Hausindustrie (S. 180). **63:** Anwendung des § 616 des bürgerlichen Gesetzbuchs für Staatsbetriebe (S. 180). **76:** Nächster Parteitag in Dresden (S. 279). **91:** Resolution Luxemburg betr. Polnische Sonderorganisation (S. 163). **92:** Ausdehnung der Reichsversicherung (S. 180). **93:** Ausdehnung der Gewerbeordnung (S. 180). **95:** Abänderungsantrag Bebel zu Nr. 91: Resolution Luxemburg (S. 163). **98:** Finanzielle Unterstützung der Parteipresse (S. 163). **99:** Recht der Frauen auf eigene Vertrauenspersonen (S. 255). **100:** Agitation gegen Lebensmittelverteuerung (S. 275). **101:** Resolution Bebel zu „Reichstagswahl" (S. 245). **102:** Resolution zum Internationalen Kongreß (Abst. S. 203). **109:** Herausgabe des Molkenbuhr'schen Referats als Broschüre (S. 201). **112. 114. 115:** Abänderungsanträge zur Resolution Molkenbuhr (S. 201). **121:** Resolution Fischer zur Alkoholfrage (S. 274). **122:** Resolution Molkenbuhr zu „Arbeiterversicherung" (S. 245). **125:** Antrag Schmalfeld betr. Aufhebung des Erfurter Beschlusses gegen „Unabhängige" (S. 277). **126:** Einsendung von Wahlflugblättern an den „Vorwärts" (S. 245). **128:** Sympathie-Erklärung für russische Genossen (S. 276). Resolution zur Maifeier S. 164 (Abst. S. 166). Herausgabe der Bebel'schen Reichstagswahl-Rede als Broschüre (S. 245). Gerisch-Arons Aenderung des Organisations-Statuts (S. 249). Antrag Singer zur Resolution über Kommunalpolitik (S. 222).

Der neuen Parteileitung überwiesene Anträge.

24 (S. 252). **28** (S. 272). **37. 39** (S. 256). **48. 49** (S. 268). **58b** (S. 163). **69. 70. 71** (S. 272). **87** (275). **118** (S. 278). **124** (S. 278).

Der Reichstagsfraktion überwiesene Anträge.

66a (S. 180). **69. 70. 71** (S. 272). **103** (S. 180).

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Agster, Alfred	Stuttgart	
Antrick, Otto	Berlin	
Arons, Dr. Leo	Berlin	Oberbarnim
Auer, Erhardt	München	Traunstein
Auer, Ignaz	Berlin	
Baader, Ottilie	Berlin	Reuß j. L.
Bader, Paul	München	Marburg-Kirchhain
Baerer, Heinrich	Harburg	17. Hannover
Bartel, Adolf	Danzig	Danzig
Bartels, Albert	Wernigerode	Halberstadt-Wernigerode
Basner	Berlin	Berlin IV
Baudert, A.	Apolda	
Bebel, August	Berlin	
Bérard, R.	Hamburg	
Berger, Lukas	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Bernstein, Eduard	Berlin	
Berthold, Heinrich	Darmstadt	Darmstadt-Groß-Gerau und Worms-Heppenheim
Bethge, Franz	Magdeburg	Magdeburg
Beyer, Richard	Leipzig	12. Sachsen
Biewig, Paul	Sebnitz	8. Sachsen
Bildstein, Georg	Cannstatt	2. Württemberg
Birk, Georg	München	Landshut
Birnkammer, Jakob	München	München I u. II
Bittner, Karl	Berlin	Berlin I
Blos, W.	Bruchsal	
Blumhardt, Christian	Bad Boll	7. Württemberg
Bock, Wilhelm	Gotha	Gotha
Böckler, Johann	Fürth	Fürth-Erlangen
Böhle, Bernhard	Straßburg	Straßburg-Stadt
Bömelburg, Theod.	Hamburg	Dortmund-Hörde
Borchardt, Dr. B.	Charlottenburg	Prenzlau-Angermünde und Teltow-Charlottenburg
Böske	Rixdorf	Teltow-Charlottenburg
Braun, Dr. Adolf	Nürnberg	Nürnberg
Braun, Dr. Heinrich	Berlin	Frankfurt-Lebus
Braun, Johann	Lechhausen	Lechhausen-Aichach
Braun, Lilly	Berlin	Rosenheim
Braun, Otto	Königsberg	Memel-Heydekrug
Braune, Ernst	Radeberg	4. Sachsen
Bretz, August	Hannover	9. und 13. Hannover
Brühne, F.	Frankfurt a. M.	
Buchwald, Edmund	Altenburg	Altenburg S.-A.
Bunge, Fritz	Braunschweig	Braunschweig I
Busold, Heinrich	Friedberg	Friedberg-Büdingen
Cramer, B.	Darmstadt	
Dasbach, Jean	Hanau	Hanau-Gelnhausen-Orb
David, Dr. Eduard	Mainz	Mainz-Oppenheim
Deinhardt, Gg.	Erlangen	Kulmbach-Forchheim
Demmler, Karl	Geyer	19. Sachsen
Diehl, Georg	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Dieseler, Robert	Berlin	Berlin I
Dikreiter, H. G.	Ludwigshafen	6. pfälzische Wahlkreise
Dietz, J. H. W.	Stuttgart	

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Eberhard, Conrad	Forst i. L.	Forst-Sorau, Landsberg-Soldin, Guben-Lübben
Eberhardt, Wilhelm	Charlottenburg	
Ebert, Fr.	Bremen	Bremen, 18. Hannover
Eckermanns, Heinr.	Brandenburg	Brandenburg-West-Havelland
Ehrhart, F. J.	Ludwigshafen	
Eichhorn, Emil	Mannheim	9. Baden
Eisner, Kurt	Berlin	
Eitzerodt, Herm.	Krefeld	Krefeld, M.-Gladbach
v. Elm, Adolf	Hamburg	
Emmel, Leopold	Mülhausen i. E.	Mülhausen i. E.
Engler, Wilh.	Freiburg i. Br.	5. Baden
Ernst, Eug.	Berlin	6. Berlin
Ernst, Max	München	Kempten-Immenstadt-Lindau.
Fischer, Edmund	Briesnitz	
Fischer, Gust.	Hannover	8. Hannover
Fischer, Oskar	Leipzig	13. Sachsen
Fischer, Richard	Berlin	
Fleißner, G.	Löbtau	6. Sachsen
Förster, Hermann	Hamburg	
Frank, Dr. Ludwig	Mannheim	6. u. 12. Baden
Freithaler, Wilh.	Berlin	6. Berlin
Freiwaldt, Georg	Pankow	Nieder-Barnim
Friedberg, Sigm.	Mainz	Bingen-Alzey
Frohme, Karl	Hamburg	
Gebhard, Joh.	Rosenheim	Rosenheim
Geck, Adolf	Offenburg	
Gerig, G.	Halle-Gibichenstein	Halle-Saalkreis
Gerisch, Albin	Berlin	
Geyer, Friedr.	Leipzig	
Giesecke, Herm.	Magdeburg	Magdeburg
Goerke, Otto	Charlottenburg	Königsberg i. d. Neumark
Gogowski, Josef	Posen	Posen
Goldstein, Herm.	Zwickau	7. Sachsen
Götz, Hans	Erlangen	Erlangen
Gräfer, Paul	Elberfeld	Essen (Ruhr)
Grauer, Oswald	Lichtenberg	Nieder-Barnim
Gregor, Frau	Görlitz	Görlitz
Greifenberg, Marie	Augsburg	Augsburg-Wertingen
Grenz, Ernst	Leipzig	21. Sachsen
Grunwald, Max	Erfurt	Mühlhausen-Langensalza-Weißensee
Gruenwald, Louis	Hamburg	1. Hamburg
Günther, Max	Dessau	1. Anhalt
Haas, Philipp	Mainz	Mainz-Oppenheim
Hackelbusch, R.	Berlin	Ost- und West-Sternberg, 4 Berlin
Hager, B.	Regensburg	Regensburg
v. Haller, Dr.	St. Alban	Bamberg
Hanisch, Alois	Stettin-Grabow	Randow-Greifenhagen
Hase, Carl	Hamburg	3. Hamburg
Heine, Wolfgang	Berlin	
Heinrich, Otto	Bremen	3. Oldenburg
Hengsbach, Cl.	Köln	Duisburg-Mülheim
Hermann, Wilh.	Würzburg	Würzburg
Heymann, B.	Stuttgart	
Heymann, Oskar	Breslau	Breslau Ost und West
Hoch, Gustav	Hanau	
Hoffmann, Ad.	Berlin	11. Hannover
Hoffmann, August	Beetz	Potsdam-Spandau, Ost-Havelland
Hoffmann, Karl	Bielefeld	Herford-Halle
Hoffmann, Paul	Hamburg	2. Hamburg
Holl, Peter	Passau	Passau

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Holzapfel, Franz	Dresden	5. Sachsen
Höppner	Cotta	6. Sachsen
Hug, Paul	Bant	1. u. 2. Oldenburg und 1. Hannover
Hugel, Karl	Bayreuth	Bayreuth-Berneck-Wunsiedel, Hof und Kronach-Lichtenfels
Husemann, Fr.	Dortmund	Dortmund-Hörde und Hamm-Soest
Jäger, August	Barmen	Elberfeld-Barmen
Kaden, August	Dresden	
Kähler, Wilhelmina	Dresden	16. Sachsen
Kauer, Jakob	Köln	Köln-Stadt
Kautsky, K.	Berlin	
Keil, Wilhelm	Stuttgart	10. Württemberg
Kiesel, Max	Berlin	Ruppin-Templin und Berlin 6
Kimmel, Ludwig	Hamburg	3. Hamburg
Kittler, Gustav	Heilbronn	3. Württemberg
Klees, Wilh.	Magdeburg	
Knieriem, Konrad	München	München I u. II
Koch, Julius	Wanzleben	Wanzleben
Koenen, Heinrich	Hamburg	
Kolb, Wilhelm	Karlsruhe	10. Baden
Kowald, W.	Stuttgart	Stuttgart
Kraus, Leo	Würzburg	Würzburg
Krause, Robert	Chemnitz	16. Sachsen
Kratzsch, M.	München	Kaufbeuren
Kretzschmar, Hermann	Gersdorf	17. Sachsen
Krohn, August	Constanz	1. Baden
Krolik, Franz	Chemnitz	16. Sachsen
Kubitschek, Michael	Plattling	Deggendorf
Lange, Carl	Berlin	Berlin III
Leber, H.	Jena	2. Weimar
Ledebour, Georg	Berlin	
Leist, Eduard	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Leopoldt, A.	Zeitz	Wittenberg-Schweinitz
Leutert, Paul	Apolda	3. Weimar
Leven, Wilhelm	Gera	Reuß j. L.
Leyendecker, Wilh.	Höchst a. M.	1. Nassau
Lienau, Heinrich	Neumünster	3., 4. und 9. Schleswig-Holstein
Limbertz, Hch.	Iserlohn	Altena-Iserlohn
Linde, Hermann	Königsberg i. P.	Königsberg i. Pr.
Lindemann, Dr.	Stuttgart	
Lipinski, Richard	Leipzig	Wurzen-Oschatz-Grimma
Luxemburg, Dr. Rosa	Berlin	Posen und Bromberg
Mahlke, Heinrich	Flensburg	2. Schleswig-Holstein, Hadersleben-Sonderburg, 1. Schleswig-Holstein
Mahring, Hermann	Gotha	Gotha
Mannheimer, J.	Ottensen	6. Schleswig-Holstein
Mehring, Dr. Franz	Berlin	12. Sachsen
Meisel, Edmund	Crimmitschau	18. Sachsen
Meist, Carl	Köln	Lennep-Mettmann
Meister, Heinrich	Hannover	
Menzel, August	Kamenz-Spittel	1., 2., 3. Sachsen
Metzger, Wilh.	Hamburg	
Milenz, Richard	Stettin	Stettin
Mittag, O.	Merseburg	Merseburg-Querfurt
Molkenbuhr, Herm.	Hamburg	
Monsch, Georg	Gengenbach	7. Baden
Motteler, Julius	Leipzig	12. Sachsen
Müller, Adolf	Pasing	München
Müller, Hermann	Görlitz	Bunzlau-Lüben und Görlitz-Lauban
Müller, Paul	Hamburg	5. Schleswig-Holstein

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Müller, Ph.	Altona	8. u. 10. Schleswig-Holstein
Mummert, Emil	Berlin	2. Berlin
Mutz, Fritz	Solingen	Solingen
Nelken, Gustav	Schwelm	Hagen-Schwelm
Neumann, Otto	Cottbus	Cottbus-Spremberg
Nitsch, Richard	Magdeburg	Neuhaldensleben-Wolmirstedt
Panzeram, Frau	Berlin	Berlin
Petzold, Hermann	Netzschkau	22. Sachsen
Pfalzgraf	Penzberg	Weilheim (Ob.)
Pfannkuch, Wilh.	Berlin	
Pickelmann, Ludwig	München	Weilheim (Ob.)
Plorin, Hermann	Zeitz	Zeitz-Weißenfels
Pohl, August	Berlin	3. Berlin
Pohland, Wilhelm	Oelsnitz i. V.	23. Sachsen
Poller W.	Kiel	7. Schleswig-Holstein
Portenkirchner, H.	Miesbach	Rosenheim
Pötzsch, Robert	Leipzig	13. Sachsen
Preßmar, Georg	Geißlingen	14., 15., 16. u. 17. Württemberg
Raab, Georg	Pfungstadt	Darmstadt-Gr. Gerau
Rackl, A.	Nürnberg	Regensburg und Helmbrecht
Raith, Anton	München	München I und II
Rampendahl, Friedr.	Pirmasens	1. und 6. Pfalz
Rau, Andreas	Mühlheim a. M.	Erbach-Bensheim
Rauch, Friedrich	Limmer b. Hannover	10. Hannover
Reißhaus, P.	Erfurt	
Retze, Heinrich	Kaufbeuren	Kaufbeuren
Rink, Karl	Urberach	Offenbach-Dieburg
Röder, Johann	Greiz	Reuß ä. L.
Rollwagen, Hans	Augsburg	Augsburg-Wertingen
Rosenow, Emil	Berlin	20. Sachsen
Rothe, Dr. med., Fritz	Luckenwalde	Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde
Rudolph, Albert	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Runkel, Christian	Frankenberg	15. Sachsen
Säckler, Josef	Schweinfurt	Schweinfurt
Schlegel, Louis	Eßlingen	5. Württemberg
Schmalfeldt, H.	Bremerhafen	Bremen und 19. Hannover
Schmid, Eduard	München	München I u. II und Freising
Schmidt, Ludwig	Düsseldorf	Düsseldorf
Schmitt, Franz	Pasing	München I u. II
Schöpflin, Georg	Leipzig	14. Sachsen
Schrader, Christian	Bramsche	4. Hannover
Schubert, Hermann	Berlin	Kalau-Luckau
Schulz, Heinrich	Magdeburg	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Schumann, Bruno	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Schwarz, Theodor	Lübeck	Lübeck
Segitz, Martin	Nürnberg	
Seifert, Josef	Mannheim	Mannheim
Seifert, Karl	Kalk	Köln-Land
Sindermann, Karl	Dresden	5. Sachsen
Singer, Paul	Berlin	
Stadthagen, Arthur	Berlin	
Staroffon, F.	Rostock	Rostock-Doberan
Stehr, Heinrich	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Stolle, Wilhelm	Gesau	
Straub, Josef	Bamberg	Bamberg
Stubbe, Heinrich	Hamburg	Hamburg III
Stücklen, Daniel	Altenburg	Hof
Südekum, Dr. Albert	Dresden	

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Thiel, Karl	Kassel	Kassel-Melsungen
Thiel, Marie	Tempelhof	Teltow-Charlottenburg
Thiele, Adolf	Halle	
Thomas, Hermann	Altona	8. u. 10. Schleswig-Holstein
Timm, Johann	München	Reichenhall-Berchtesgaden
Traczyk, Waldek	Berlin	Arnswalde-Friedeberg und Berlin IV
Ulrich, C.	Offenbach	
Vetters, F. A.	Gießen	Gießen-Grünberg-Nidda, Alsfeld-Lauterbach, Wetzlar-Altenkirchen und 3. nassauischer Wahlkreis
Vogt, Karl	Gommern	Jerichow I u. II
Voigt, Wilhelm	Bernburg	Anhalt II
v. Vollmar, Georg	München	
Wehmann, Clara	Leipzig	13. Sachsen
Weinschild, Hermann	Offenbach	Offenbach-Dieburg
Welker, Georg	Wiesbaden	2. Nassau
Wels, Otto	Berlin	5. Berlin
Wengels, R.	Berlin	
Weyl, Klara	Berlin	Berliner Genossinnen
Wezel, Wilhelm	Tuttlingen	9. Württemberg
Windhoff, Carl	Düsseldorf	Düsseldorf
Winter, Dr. A.	Beuthen	12. Oberschlesien
Wilt, Hermann	Dresden	4. Sachsen
Witti, Sebastian	München	Memmingen
Wizorowski, Georg	Staßfurt	Calbe-Aschersleben
Wolderski, Hugo	Berlin	2. Berlin
Wolf, Paul	Bochum	Bochum
Wolf, Wilhelm	Mülheim a. Rhein	Mülheim-Wipperfürth-Gummerbach
Wurm, Emanuel	Berlin	
Zalesjsky, N.	Berlin	Berlin III
Zetkin, Klara	Stuttgart	
Zietz, Louise	Hamburg	Hamburg
Zinke, Fritz	Berlin	Berlin II
Zorn, Georg	Fürth	Fürth-Erlangen-Hersbruck
Zubeil, Fritz	Berlin	
Zucht, Leo	Berlin	Berlin V

Als ausländische Gäste sind anwesend:

Aus Oesterreich:

Seliger, Josef (Teplitz), Dr. Adler (Wien), Deutsche Parteivertretung.
Pernerstorfer, Engelbert, Seitz, Karl, Sozialdemokratische Fraktion im österreichischen Abgeordnetenhause.
Nemec, Anton (Prag), Tschechische Parteivertretung.
Popp, Adelheid, Schlesinger, Therese, Pohl, Lotte, Oesterr. Frauenorganisation.
Abram, Zelger (Innsbruck), Filzer (Kitzbichl) und Haas, Tiroler Landesorganisation.

Aus Belgien:

Vanderbelde, Emil (Brüssel), Parti ouvrier Belge.

Aus England:

Askew, John B. (London), Social-Democratic Federation.

Aus Italien:

Lerda, Giovanni (Genova), Partito Socialista Italiano.

Aus der Schweiz:

Müller, August, und Witt, Ludwig (Zürich), Vertreter der Landesorganisation der deutschen und österrichisch-ungarischen Sozialdemokraten in der Schweiz; ersterer auch als Vertreter des deutschen Arbeitervereins „Eintracht" Zürich.

Bericht

über die sozialdemokratische Frauenkonferenz in München

am 13. und 14. September 1902.

Erster Verhandlungstag. — Vormittags-Sitzung.

Die Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, die, ebenso wie vor zwei Jahren in Mainz vor dem allgemeinen Parteitag der Sozialdemokratie einberufen worden ist, trat im Kreuzbräu zu München zusammen. Es sind ungefähr 25 Delegirte erschienen, darunter auch eine Anzahl Männer, die von Frauenorganisationen mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragt sind. Als Vertreterinnen der österreichischen sozialdemokratischen Frauenbewegung sind erschienen Frau Popp und Frau Schlesinger-Eckstein.

Nachdem Frl. **Baader**-Berlin als Einberuferin die Konferenz für eröffnet erklärt hatte, begrüßte **v. Vollmar** die Erschienenen im Namen der Münchener Sozialdemokratie.

Fräulein **Baader:** Auch ich richte einige Worte des Willkommens an die Anwesenden. Wir sozialdemokratischen Frauen erstreben innerhalb der Partei nichts Besonderes, sondern wollen gerade für die Sozialdemokratie die Frauen als Anhängerinnen werben. Vor zwei Jahren in Mainz wurde überhaupt erst eine planmäßige Agitation unter den Frauen eingeleitet. Seit jener Mainzer Konferenz ist manches Gute geschehen, die Rathschläge, die dort gegeben worden sind, haben gut gewirkt; die gemachten Erfahrungen haben uns aber gezeigt, daß wir nicht still stehen dürfen. Sie haben uns dazu gebracht, jetzt wiederum eine Konferenz einzuberufen. Neue Fragen sind seitdem aufgetaucht, eine wichtige und ernste Arbeit steht uns bevor. Ich begrüße Sie zu dieser Arbeit und hoffe, daß unsere heutigen Beschlüsse wiederum einen Fortschritt bedeuten werden. Rednerin gedenkt darauf des Todes der Genossin Eichhorn-Dresden in einem warmen Nachruf. Die Anwesenden erheben sich zu Ehren der verstorbenen Genossin von ihren Plätzen.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. In das Bureau werden Frau Zetkin als erste Vorsitzende, Fräulein Baader als zweite Vorsitzende und Frau Zietz-Hamburg als Schriftführerin einstimmig gewählt.

In die Mandatsprüfungs-Kommission werden die Genossinnen Greifenberg, Kähler und Panzeram gewählt und die Tagesordnung wie folgt festgesetzt:

1. Thätigkeitsbericht.
2. Wie bilden wir Agitatorinnen aus?
3. Gesetzlicher Schutz der Frauen-, Kinder- und Heimarbeit.
4. Die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, insbesondere auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes.
5. Verschiedenes.

Den Thätigkeitsbericht erstattet als Zentral-Vertrauensperson Fräulein **Baader:** In Mainz war beschlossen, daß die Zentral-Vertrauensperson immer auf der Konferenz gewählt werden solle. Mein Mandat hat zwei Jahre gedauert, da es sich im ersten Jahre, wo das Thätigkeitsfeld der Genossinnen noch beschränkt war, nicht empfahl, eine Konferenz einzuberufen. Eine Umfrage bei den Genossinnen stellte das fest. Die wichtigste Aufgabe im abgelaufenen Zeitraume war, das System der Vertrauenspersonen auszubauen. Es wurde ein Regulativ als Wegweiser für die Thätigkeit der Vertrauenspersonen geschaffen.

Wir haben gute Erfahrungen mit diesem System gehabt. Auf unsere Anregung hin waren im Januar 1901 bereits in 25 Orten weibliche Vertrauenspersonen gewählt, deren Zahl jetzt bereits auf 54 gestiegen ist.

Das Zusammenarbeiten mit den Genossen hat sich im Laufe der zwei Jahre wesentlich gebessert; wenn auch noch nicht überall die Frauen sich des vollen Wohlwollens der Genossen erfreuen. Die Mainzer Konferenz hat in ihrem Regulativ der sozialdemokratischen Frauenbewegung die nothwendige Richtschnur für ihre Thätigkeit gegeben. Ich habe es mir insbesondere angelegen sein lassen, daß Agitationsversammlungen für den Arbeiterinnenschutz abgehalten wurden. Die weiblichen Vertrauenspersonen haben in den einzelnen Staaten und Städten die Agitation in großem Maßstabe betrieben. An vielen Orten, wo bisher die Frauen der Sozialdemokratie noch nicht zugänglich waren, hat unsere Agitation gute Erfolge gehabt. Weiterhin sind gegen den Lebensmittelwucher, wie ihn der neue Zolltarif beabsichtigt, zahlreiche Agitationstouren und Einzelversammlungen veranstaltet worden und es sind die Massenpetitionen gegen den Zollwucher auch von zahllosen Frauen unterschrieben worden. Leider giebt es nun auch noch Länderstriche, deren proletarische Frauen so arm sind, daß sie nicht einmal die Kosten für die Reisen unserer Agitatorinnen aufbringen konnten. In solchen Gegenden habe ich als Zentral-Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands selbst Agitationstouren, deren Kosten unsere Zentralkasse übernommen hat, veranstaltet. So habe ich eine Agitationstour in den armen Gegenden Thüringens, in der Heimath der Spielwaaren- und Griffelindustrie, unternommen, wobei mich die dortigen Genossen in anerkennenswerther Weise unterstützt haben. Auch in Schlesien hat eine Agitationstour stattgefunden. Die Kosten der gesammten geleisteten Agitation wird von unserer Zentralkasse geleistet werden, wir brauchten die allgemeine Kasse der sozialdemokratischen Partei nicht in Anspruch zu nehmen. Vor der Mainzer Konferenz waren wir nicht in der Lage, unsere Agitation auf eigene Kosten zu bewältigen. Für Agitationstouren und andere Versammlungen sind in den letzten zwei Jahren aus unserer Zentralkasse 1703,55 Mk. ausgegeben worden. Auch die schriftliche Agitation ist nicht vernachlässigt worden. Ueber die Fragen des Arbeiterschutzes und des Lebensmittelwuchers sind Flugblätter ausgearbeitet worden. Wir hatten ja zu diesem Zweck auf der Mainzer Konferenz eine besondere Fünfer-Kommission in Berlin gewählt, die inzwischen wieder aufgelöst worden ist. Das Flugblatt über den Arbeiterinnenschutz ist in 100 000, das gegen den Zollwucher in 400 000 Exemplaren verbreitet worden. Die Genossen sind für eine Verbreitung dieses Flugblattes unter den Frauen ihres Bezirkes bereitwilligst eingetreten. In jüngster Zeit ist es ja den westfälischen Genossinnen auch endlich gelungen, öffentliche Volksversammlungen abzuhalten. Ich habe weiter die Broschüre der Frau Fürth über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen in einer Anzahl von Exemplaren angeschafft und sämmtlichen Vertrauenspersonen zugeschickt. Eine Hauptaufgabe der weiblichen Vertrauenspersonen ist es, die Kenntniß des sozialdemokratischen Programms zu fördern. Deshalb habe ich das Programm mit den Erläuterungen von Kautsky und Schoenlank in größerer Anzahl angeschafft und an die Vertrauenspersonen gelangen lassen. Wir müssen von den Grundsätzen und Zielen unserer Partei mindestens ebenso durchdrungen sein wie die christlichen Frauen von der Kenntniß der zehn Gebote. Ich habe ferner den Frauen Rathschläge zu ertheilen versucht über die Ausgestaltung ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Die Frauen sollen mit den Gewerkschaften in Beziehungen treten und die sie berührenden Fragen in gemeinsamen Werkstätten-Versammlungen erörtern und berathen. Alle diese Ziele lassen sich ohne eine feste Organisation der Frauen nicht erreichen. Viele Anfragen sind an mich ergangen betreffs der Bildung von Frauenbildungsvereinen. Ich habe auf diese Frage geantwortet, daß die Genossinnen sich überall nach dem Vereinsgesetz ihrer Länder einrichten müssen. In Preußen und Bayern dürfen die Frauen nicht

Mitglieder politischer Vereine sein. Aber es giebt auch eine große Anzahl von gänzlich unpolitischen Fragen, die die Proletarierfrauen interessiren. Solche unpolitische Fragen können mit Nutzen in den Frauenbildungsvereinen erörtert werden. Eine weitere Aufgabe erwächst uns daraus, daß die Arbeiterinnenschutz-Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung nicht überall in den Fabrikbetrieben innegehalten werden. Aus dieser Erfahrung heraus ist in Berlin eine sogenannte Beschwerdekommission geschaffen, die von den Arbeiterinnen Beschwerden entgegennimmt und den Fabrikinspektoren übermittelt.

Zum Schluß will ich noch bemerken, daß außer in Thüringen und Schlesien Agitationstouren im sächsischen Vogtlande, in der Rheinprovinz u. s. w. stattgefunden haben. Versammlungen sind auch in Ostpreußen, Sachsen-Altenburg ꝛc. abgehalten worden. Somit hat im Ganzen die Bewegung unter dem weiblichen Proletariat große Fortschritte gemacht. Uns fehlt es aber immer noch an Rednerinnen und an verschiedenem Anderen. Diejenigen Genossen, in deren Kreisen immer noch ein gewisser Widerwille gegen unsere Bewegung herrscht, werden wohl von ihrem Standpunkt bald zurückkommen. Die Frauenbewegung ist nur ein Theil der allgemeinen Arbeiterbewegung; unsere Agitation muß aber in mancher Beziehung anders geartet sein wie diejenige unter den Männern. Unser Ziel ist, die Massen des weiblichen Proletariats dem Sozialismus zuzuführen! (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag der Vorsitzenden Frau Zetkin wird die Berathung eines Antrages der Genossin Weiß-Düsseldorf:

Zur besseren Regelung der Organisation und Agitation unter den Frauen ist eine Person anzustellen mit dem Sitz in Berlin mit der Diskussion über den Thätigkeitsbericht verbunden.

Ebenso folgender Antrag der Kölner Genossinnen:

Es sind bestimmte Beiträge festzusetzen, die von den einzelnen Vertrauenspersonen an die Zentralvertrauensperson jährlich abzuliefern sind.

Zur Begründung ihres Antrages weist Frau Weiß-Düsseldorf darauf hin, daß eine besoldete Beamtin ihre Zeit ausschließlich der Organisation und Agitation widmen könne. Die Bewegung sei so groß, daß der Posten nicht mehr im Nebenamte versehen werden könne. Die Agitationstouren müßten rechtzeitig bekannt gegeben und auf längere Zeit ausgedehnt werden.

Fräulein Baader erwidert, daß die Agitationstour in der Rheinprovinz nicht früher angezeigt und nicht länger ausgedehnt werden konnte. Die Arbeit einer Zentralvertrauensperson ist schwer. Auch eine besoldete Beamtin in Berlin kann die Agitation in Düsseldorf nicht persönlich betreiben. (Zustimmung.) Die Bezahlung spielt dabei keine Rolle.

Frau Wehmann-Leipzig: Im Einverständniß mit dem Gewerkschaftskartell ist in Leipzig eine Beschwerdekommission eingesetzt worden, die eine segensreiche Thätigkeit entfaltet hat. So ist festgestellt worden, daß Mädchen unter 18 Jahren gegen das Gesetz bei der Vulkanisirung von Gummi mitarbeiten, die im höchsten Maße gesundheitsgefährlich ist. Nach den Vorschriften, die der Bundesrath zum Schutz der Gesundheit der Arbeiterinnen erlassen hat, soll in diesen Fabriken nach 2 Stunden Arbeit immer eine Stunde Pause eintreten. Was geschieht aber? Als eine solche Pause gilt auch die Mittagspause. Die übrigen Pausen werden in der Art eingehalten, daß die Arbeiterinnen zwar den Saal, wo vulkanisirt wird, verlassen, aber nur, um in einem Saale weiter zu arbeiten, in dem mit gesundheitsgefährlichen Benzindämpfen hantirt wird. Die Assistentin des Gewerbeinspektors, Fräulein Sedlmayer, erklärte, daß der Gewerberath nicht einschreiten könne, weil dem Wortlaut des Gesetzes Genüge geschehe. — Fräulein Baader habe ihre Arbeit zu aller Zufriedenheit geleistet. (Lebhafte Zustimmung.) Der Antrag Düsseldorf sei unannehmbar.

Frau Greifenberg-Augsburg wendet sich gleichfalls entschieden gegen den Antrag Düsseldorf. Wenn es mit den Agitationstouren gelegentlich nicht ganz

klappe, so liege die Schuld an der Saumseligkeit mancher Ortsvertrauenspersonen im Schreiben. (Zustimmung.) Eine bezahlte Sekretärin könne diesen Mißstand nicht beseitigen. Der Kölner Antrag sei sehr gut gemeint, aber leider nicht durchführbar. (Bravo!)

Frau **Weyl**-Berlin: Wir können nicht, wie die bürgerlichen Frauen, unsere Tage, sondern nur unsere Abende und Nachtstunden der Agitationsarbeit zur Verfügung stellen. Eine besoldete Sekretärin kann den Mangel, auf den hingedeutet worden, nicht beseitigen, sie kann doch nicht die Vertrauenspersonen in der Provinz wie Marionetten am Faden halten. (Lebhafte Zustimmung.) Hätten wir genügend Geld, so würde es sich vielmehr empfehlen, daß in allen Städten Frauen besoldet würden, die ihre Arbeitskraft unserer Bewegung zur Verfügung stellen. (Sehr richtig!) Fräulein Baader hat ihr Amt ausgezeichnet ausgefüllt; sie hat nicht erklärt: Es geht nicht mehr, ich kann die Arbeit nicht mehr im Nebenamt erledigen. Der Düsseldorfer Antrag ist deshalb überflüssig. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Kähler**-Chemnitz: Der Bericht der Genossin Baader beweist, daß sie ihr schwieriges Amt in einer bewunderungswürdigen Weise ausgefüllt hat. Von auswärts sind durchaus keine Klagen eingegangen. Eine besoldete Person in Berlin würde dem ganzen Lande wenig nützen, sie würde wahrscheinlich nur Vertrauensperson für Berlin werden. (Sehr richtig!) Ich bitte, den Antrag Düsseldorf, den ich für verfrüht halte, abzulehnen.

Frau **Weiß**-Düsseldorf befürwortet nochmals ihren Antrag, der keineswegs bedeuten solle, daß die Thätigkeit Fräulein Baader's nicht die größte Anerkennung verdiene. Aber eine Frau, deren ausschließliche Thätigkeit der Agitation und der Arbeit für die Frauenbewegung gewidmet sei, könne doch in höherem Maße für rasche Erledigung aller Aufgaben sorgen.

Frau **Wackwitz**-Dresden erklärt sich im Namen der Dresdener Genossinnen gegen den Antrag Weiß.

Frau **Lily Braun**-Berlin: Der Düsseldorfer Antrag enthält in keiner Weise eine Aberkennung der großen Verdienste der Genossin Baader. Diesen Eindruck möchte ich nicht aufkommen lassen. Der Antrag hat nur zum Zweck, entweder unsere Zentralvertrauensperson in gewisser Weise für ihre Mühe und Aufopferung zu entschädigen, damit sie nicht anderweitig ihre Zeit zum Broterwerb verwenden muß, oder der Zentralvertrauensperson eine besondere bezahlte Person zur Seite zu stellen. Es handelt sich im Wesentlichen um eine Geldfrage. Es wäre durchaus nicht anmaßend, wenn wir von unserer Parteileitung erwarten, daß sie uns das Geld dafür giebt. Das wäre unser gutes Recht; wir arbeiten doch Alle in der sozialdemokratischen Bewegung. Wie die Partei zwei männliche Sekretäre anstellt, so könnte sie auch eine weibliche Hilfskraft unserer Zentralvertrauensperson zur Seite stellen oder der letzteren eine gewisse Summe als Entschädigung aussetzen. Was unser Verhältniß zu den Genossen anlangt, so thut man den Männern vielfach Unrecht. Wir müssen nur immer aufs Neue beweisen, daß wir keine Sonder-Frauenbewegung wollen, dann werden die Männer uns anerkennen und überall, wo es nöthig ist, unsere Hilfe fordern. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Zietz**-Hamburg: Die Nothwendigkeit, der Vertrauensperson eine bezahlte Hilfskraft beizugeben, hat sich bisher nicht herausgestellt. Die Anstellung einer bezahlten Sekretärin in Berlin würde die Schwierigkeiten der Agitation nicht aus der Welt schaffen. (Sehr richtig!) Diese Schwierigkeiten liegen vielmehr in dem Mangel an Zeit bei den Vertrauenspersonen in den einzelnen Orten. Die Durchführung des Düsseldorfer Antrages würde uns wahrscheinlich schwer enttäuschen. Was wird von dieser Person nicht Alles verlangt! Sie soll der General-Arrangeur der Agitation für ganz Deutschland und die litterarische Zentralstelle für alle agitatorisch thätigen Genossinnen sein. Aber das litterarische Material, das wir brauchen, wird uns schon jetzt von den

Arbeitersekretariaten und den Redaktionen unserer Parteizeitungen aufs Bereitwilligste zur Verfügung gestellt. Gerade das fördert die gemeinsame Arbeit mit den Genossen. Was die Worte der Genossin Braun anlangt, so haben wir doch nirgends den Versuch gemacht, eine besondere Bewegung im Gegensatz zur allgemeinen Bewegung zu machen. Nur mit Rücksicht auf die Arbeitstheilung wünschen wir eine besondere Frauenagitation. Die bezahlte Sekretärin müßte ferner überall dort, wo die Genossinnen mit der Agitation noch nicht recht Bescheid wissen, die Sache ins rechte Gleis bringen. Das wäre ein Uebermaß von Arbeit. Jedenfalls haben aber diejenigen Genossinnen, die nur ab und zu etwas von sich hören lassen, sonst aber praktisch so gut wie garnicht arbeiten, das Vertrauen der übrigen Genossinnen nicht, die könnten wir für eine solche Stelle nicht gebrauchen. (Lebhafte Zustimmung.) Mit dem Erfolg unserer Agitation bin ich im Allgemeinen zufrieden. Abgesehen von Einzelheiten haben wir auch überall die nöthige Unterstützung der Genossen gefunden. Erstrebenswerth ist die Einrichtung einer besonderen Rubrik für die Frauenbewegung in unseren Parteiblättern, wie sie im „Vorwärts" schon lange besteht. Auch das „Hamburger Echo" haben wir ersucht, eine solche ständige Rubrik einzurichten. Das war nun zwar aus technischen Gründen nicht zu ermöglichen, dagegen hat das Blatt alle von uns eingerichteten Arbeiten gern abgedruckt.

Damit schließt die Diskussion über den Thätigkeitsbericht. Der Düsseldorfer Antrag wird gegen 2 Stimmen, der Kölner Antrag gegen 1 Stimme abgelehnt. Der Zentral-Vertrauensperson, Fräulein Baader, wird einstimmig Decharge ertheilt.

Vorsitzende Frau **Zetkin** begrüßt in herzlichen Worten die beiden Vertreterinnen Oesterreichs, worauf Frau **Popp** namens der österreichischen Arbeiterinnenbewegung und der Parteileitung und Frau Dr. **Schlesinger** als Vertreterin des Vereins sozialdemokratischer Frauen und Mädchen Wiens in längeren Ausführungen danken.

Es folgt Punkt 2 der Tagesordnung: Wie bilden wir Agitatorinnen heran?

Frau **Zietz**-Hamburg: Hätten wir einen Nürnberger Trichter, dann wäre die Frage sehr einfach gelöst. (Heiterkeit.) So aber ist der Zuwachs an Frauen gering, die die Grundsätze des Sozialismus in einfacher und klarer Weise öffentlich verbreiten können. Während es sich mit dem Fortfall des Sozialistengesetzes überall regte, treten jetzt wenig neue Agitatorinnen hervor. Die Bewegung hat sich vertieft und es werden jetzt andere Anforderungen als früher an die Agitatorinnen gestellt. Die Mannschaften sind da, aber die Offiziere fehlen. Deshalb ist das vorliegende Thema sehr aktuell. Wo die Vereinsgesetze die Theilnahme von Frauen an sozialdemokratischen Wahlvereinen gestatten, ist die politische Bildung der Frau erleichtert. In Hamburg haben wir nun einen Kreis von Frauen gebildet, mit denen wir das Programm in allen Einzelheiten besprochen und das Knochengerüst von Vorträgen entworfen haben, zu dem die Frauen dann das Fleisch hinzuthun mußten. So haben wir die Schüchternheit der Frauen überwunden und die Freude erlebt, daß jüngst eine Arbeiterin öffentlich einen Vortrag über die indirekten Steuern gehalten hat. So sollte es allenthalben geschehen, dann werden wir weiter kommen. (Bravo.)

Frau **Wehmann**-Leipzig: Wir haben unter Leitung der Genossin **Duncker** Leseabende gebildet, an denen Frauen Theil nehmen, die sich zu Agitatorinnen ausbilden wollen. Wir haben das Programm durchgenommen, ebenso Engels' Broschüre: „Von der Utopie zur Wissenschaft" und Kautsky's Broschüre über die Handelspolitik. Gemeinschaftlich haben wir dann die Disposition eines Vortrages ausgearbeitet, die Ausführungen wurden dann in einer späteren Sitzung vorgelesen. So ist wenigstens der Anfang gemacht.

Karl v. Oppel-Charlottenburg tritt für Unterstützung der Kleinagitation ein. Hauptgegnerin der Sozialdemokratie sei die Geistlichkeit aller Konfessionen.

Die Gesammtpartei müsse für die Ausbildung tüchtiger Agitatorinnen Geldopfer bringen. Als Gegenstände des Unterrichts für die Agitatorinnen bezeichnet Redner unter Anderem geographischen Unterricht, Gesang und weibliche Handfertigkeiten. Auch die Kenntniß von fremden Sprachen und Dialekten empfiehlt sich. Ebenso müssen die Umgangsformen gepflegt werden. Auch die Kleidung der Agitatorin verdient Beachtung. (Große Heiterkeit.) Die Vorsitzende ersucht den Redner, zur Sache zu kommen.) Dazu kommt der Gebrauch des Du. (Große Heiterkeit.) Sie lachen schon wieder, ohne die Begründung zu hören. (Die Vorsitzende erklärt, daß auch diese Angelegenheit nicht zur Sache gehört.)

Frau **Greifenberg**-Augsburg begrüßt die Anregungen aus Leipzig und Hamburg. In Augsburg sind wir noch nicht so weit. Dort müssen wir die Frauen erst für die Bewegung begeistern. Erst in letzter Zeit kommen die Frauen häufiger in die sozialdemokratischen Versammlungen. Wir suchen mit ihnen in Verkehr zu kommen, und so ist es uns vor Jahresfrist gelungen, einen Frauenbildungsverein zu gründen, der beständig Fortschritte macht. Auch eine Rednerin, Frau Rollwagen, hat sich herangebildet und bereits zwei Vorträge über Lenau und den Werth der Bildung für die Frau gehalten. (Beifall.)

Frau **Kähler**-Chemnitz: Die Agitatorinnen können nicht aus dem Aermel geschüttelt werden. Es macht bei der Sondernatur der Frauen schon außerordentliche Mühe, sie zum öffentlichen Reden zu veranlassen. Die Rathschläge v. Oppel's führen uns nicht weiter. Heute können wir nur empfehlen, daß die Frauen dazu veranlaßt werden, sich in den allgemeinen Versammlungen an der Diskussion zu betheiligen. In Dresden spricht eine ganze Anzahl Genossinnen in den Gewerkschafts- und den politischen Versammlungen. Wir müssen den Frauen rathen, in allen Parteiversammlungen das Wort zu nehmen und sich eingehend mit der Parteiliteratur zu beschäftigen, und ihr Selbstvertrauen wecken.

Paul Müller-Hamburg: Reden, wie die des Herrn v. Oppel, können selbst Offiziere hinausgraulen. (Heiterkeit.) Es kommt nicht darauf an, was für einen Hut die Agitatorin auf dem Kopf trägt, sondern was in ihrem Kopfe steckt. (Lebhafte Zustimmung.) Redner räth dringend dazu, Agitatorinnen für die Kleinarbeit heranzubilden. In allen größeren Betrieben, wo Frauen und Mädchen beschäftigt werden, sollten Vertrauenspersonen vorhanden sein, die, angeleitet von der Ortsvertrauensperson, Mitglieder für die sozialdemokratischen Vereine und die Gewerkschaften werben. Besondere Aufmerksamkeit muß der Vorbereitung von Wissen und Bildung durch die Presse geschenkt und der Schundpresse entgegengewirkt werden, die von den Frauen viel zu gern gelesen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Frl. **Baader**-Berlin hält die Theilnahme von Arbeiterinnen an den Werkstubensitzungen der Gewerkschaften für besonders werthvoll. Hier im kleinen Kreise, wo die Verhandlungen gewissermaßen einen familiären Anstrich haben, treten die Frauen leichter aus sich heraus und lernen reden. Wir müssen uns mehr als bisher die Einrichtungen, die schon in unserer Bewegung bestehen, zu Nutze machen. Besonders die Frauenbildungsvereine können in der Heranbildung von Agitatorinnen viel leisten. Unter den Agitatorinnen giebt es neben den Proletarierinnen auch Akademikerinnen, von denen wir wissen, daß sie ganz eins mit der Arbeiterinnenbewegung sind. Ich verweise nur auf die Genossin Zetkin, die doch auch eine akademisch gebildete Dame ist. Die steht uns nicht fern, die ist Fleisch von unserem Fleisch. Es giebt freilich auch akademisch gebildete Damen, die sich sonst um weiter nichts kümmern, die nur, um sich einmal zu zeigen, in einer großen Versammlung einen Vortrag halten. Diese Damen werden von den meisten Arbeiterinnen nicht verstanden. Das sind sogenannte Paradepferde, die wir nicht brauchen können.

Frau **Schlesinger**-Wien: Den Vorschlägen der Frau Zietz stehe ich etwas skeptisch gegenüber. Viel mehr halte ich von den Anregungen der Genossin

Wehmann, Leseabende mit Diskussionen abzuhalten. Freilich muß dabei mit populären Dingen angefangen werden, man muß mit den nächstliegenden Interessen beginnen. In Anwesenheit von Männern können viele Frauen sich schwer entschließen, das Wort zu nehmen, in reinen Frauenversammlungen trauen sich die Arbeiterinnen mehr heraus. Die Agitatorinnen, die aus bürgerlichen Kreisen kommen und nie in einer Fabrik gewesen sind, müssen von den Arbeiterinnen zunächst in aller Bescheidenheit lernen. (Zustimmung.) Ohne Kleinarbeit giebt es keine tüchtige Agitatorin. Wir müssen an einem Tisch mit den Arbeiterinnen sitzen, müssen sie und ihre Interessen im Privatgespräch kennen lernen. Erst wenn wir in ihre Ideenwelt hineingewachsen sind, dann erst können wir ihnen von unseren Ideen auch etwas mittheilen. (Sehr richtig!) Die akademisch gebildete Agitatorin muß wissen, wie viel die Arbeiterin ihr an praktischer Lebensarbeit überlegen ist und wie viel sie von ihr lernen kann. (Beifall.)

Darauf wird die Vormittagssitzung abgebrochen. Die Mandatsprüfungskommission tritt während der Mittagspause zur Prüfung der Mandate zusammen.

Vorsitzende Frau **Zetkin** theilt mit, daß eine telegraphische Sympathiekundgebung der Leipziger und Hamburger Genossinnen eingelaufen ist. (Beifall.)

Nachmittags-Sitzung.

Für die Mandatsprüfungs-Kommission berichtet Frau **Kähler-Wandsbeck**, daß außer den beiden österreichischen Delegirten aus Deutschland 20 Delegirte, 16 Frauen und 4 Männer mit ordnungsmäßigen Mandaten erschienen sind.

Nach längerer Diskussion wird der Grundsatz festgelegt, daß die allgemeinen Parteitags-Mandate nicht zugleich auch als Mandate für die Frauenkonferenz angesehen werden können; man müsse den Genossinnen das Recht wahren, durch Delegirte sich vertreten zu lassen, die an der Agitationsarbeit sich praktisch bethätigen, und dürfe es nicht dem Zufall überlassen, als Delegirte Genossen oder Genossinnen anerkennen zu müssen, die garnicht speziell zum Zwecke der Theilnahme an der Frauenkonferenz gewählt worden seien.

Darauf wird die Debatte über Punkt 2 der Tagesordnung: Wie bilden wir Agitatorinnen heran? fortgesetzt.

Frau Lily Braun: Man hat heute die alte Streitfrage über die Akademikerinnen unter den Agitatorinnen wieder angeschnitten. Meiner Ansicht nach kommt es nicht darauf an, aus welchen Kreisen man hervorgegangen ist, sondern welche Gesinnung man bethätigt und ob man überhaupt mit Allem, was man thut und leistet, für die Partei thätig ist. Von großer Wichtigkeit ist die Werkstubenagitation. Diese wird in Berlin in außerordentlich erfreulicher Weise betrieben. Man hat aber vielfach bürgerliche Frauen, die nicht auf dem Boden unserer Parteianschauung stehen, zu dieser Agitation zugelassen. Das sollte man gerade bei dieser ersten internen Agitation vermeiden. Diese Anschauung enthält keine Animosität gegen die bürgerliche Frauenbewegung, ich erkenne im Gegentheil an, daß die bürgerliche Frauenbewegung Fortschritte macht und uns auf andere Weise vielfach nützen kann. Lieber weniger Werkstuben-Agitation als Acceptirung der bürgerlichen Unterstützung!

Frau **Zietz-Hamburg:** Auf unseren Hamburger Diskussionsabenden handelt es sich vorzugsweise um die Einführung der Genossinnen in die Technik des Vortrages. Ihnen wird das Handwerkszeug in Bezug auf den logischen Aufbau und die Gliederung eines Vortrages gegeben. Als Vorstufe zu diesen Abenden sind die Leseabende zu empfehlen. Mit der Theilnahme bürgerlicher Frauen an den Werkstubensitzungen haben auch wir in Hamburg recht schlechte Erfahrungen gemacht. So rieth eine bürgerliche Dame den jungen Mädchen, die an einer Werkstubensitzung der Schneiderinnen theilnahm, doch lieber Dienstmädchen zu werden. Dazu hatten wir allerdings die Sitzung nicht abgehalten.

Frau Kähler-Chemnitz: Ich weiß wohl, daß wir in unserer Bewegung neben den Proletarierinnen auch akademisch gebildete Frauen gebrauchen. Ich scheine mit meinen Ausführungen von heute Vormittag mißverstanden worden zu sein.

Frau **Weyl**-Berlin: Auch in Berlin haben wir Diskussionsabende eingerichtet. Hoffentlich werden sie von Erfolg gekrönt. Die Ausführungen der Genossin Baader über die Akademikerinnen sind von Frau Braun doch wohl falsch verstanden. Gegen die Theilnahme bürgerlicher Frauen an den Werkstubensitzungen haben wir in Berlin stets Front gemacht, wir konnten aber nichts dagegen thun, wenn einzelne Genossinnen bürgerliche Damen — es waren zwei hervorragend in der Bewegung thätige Frauen — mit zu diesen Sitzungen herangezogen haben. Die beiden Damen haben dann, als der Bericht des Vereins Frauenwohl erschien, mit der „regen Werkstättenagitation" ihrerseits Reklame gemacht. Infolge dessen mußten die Genossinnen sich von selbst von diesen Damen zurückziehen; sie haben sich dabei so sehr die Finger verbrannt, daß sie sich in Zukunft wohl hüten werden, noch eine Bürgerliche hinzuzuziehen. Im Uebrigen bietet gerade die Werkstättenagitation die mannigfachste Gelegenheit zur Aneignung sozialpolitischer Kenntnisse.

Paul Müller-Hamburg: Es ist erwünscht, daß die Verhandlungen über diesen Punkt mit einem praktischen Resultat abschließen. Ich würde es deshalb für richtig halten, daß die Konferenz beschließt, daß von der Zentral-Vertrauensperson unter Hinzuziehung weiterer hervorragend in der Frauenbewegung thätiger Genossinnen ein Leitfaden über die praktische Agitation unter den Frauen ausgearbeitet werde. Dieser Leitfaden müßte genaue Auskunft über die bisher in der Frauenbewegung praktisch gemachten Erfahrungen geben.

Hoffmann-Hamburg: Die sogenannten Unterhaltungs- oder Leseabende haben keinen Zweck, wenn die nöthigen Kräfte nicht vorhanden sind. Der Schwerpunkt der Agitation muß in den Kreisen liegen, in denen Frauen und Mädchen beruflich thätig sein müssen. Erst nach der gewerkschaftlichen Organisation kann die politische kommen. Das habe ich an mir selbst erfahren.

Frau **Thiel**-Tempelhof: Im Wahlkreise Teltow-Beeskow-Charlottenburg fehlt es nicht an Agitatorinnen, sondern an der Kleinarbeit in der Agitation. Damit aber muß der Anfang gemacht werden. Nach und nach werden sich vielleicht auch Genossinnen heranbilden, die Vorträge halten können.

Frau **Zetkin**: Der Schwerpunkt der Agitation liegt in der politischen wie gewerkschaftlichen Kleinarbeit. Auf ihr baut sich unsere ganze Bewegung auf. Durch planmäßiges Vorgehen müssen wir unseren Genossinnen die nöthigen Kenntnisse zur Agitation vermitteln. Es kann aber nicht der Zweck unserer Konferenz sein, ein einziges Allheilmittel für die Agitation ausfindig zu machen. Diejenigen Genossinnen, die von dem glühenden Wunsche erfüllt sind, als Agitatorinnen thätig zu sein, sollten von uns mit den nöthigen Mitteln und dem nothwendigen literarischen Material unterstützt werden. Noch nicht erwähnt ist bisher die Erziehung des Charakters der Agitatorinnen. Es ist eine hohe Aufgabe, den Enterbten das Evangelium des Sozialismus zu verkünden. Die sozialistische Idee muß wie eine Umgestaltung der Gesellschaft, so auch eine Wiedergeburt des ganzen menschlichen Geschlechtes bewirken. Dazu gehört aber, daß unsere Agitatorinnen von aller Selbstsucht und Eigenliebe frei einzig ihrer sozialistischen Mission leben. (Lebhafter Beifall.)

Paul Müller befürwortet seinen oben erwähnten Antrag, der in folgender Form formulirt ist: Die Konferenz beauftragt die Zentral-Vertrauensperson unter Zuhilfenahme praktisch und agitatorisch in der Frauenbewegung thätiger Genossen, in möglichst kürzester Frist einen Leitfaden für die praktische Agitation auf allen Gebieten auszuarbeiten und in geeigneter Form zur Verbreitung zu bringen.

Fräulein **Baader**: Die Anleitung, die der Antrag Müller verlangt, habe ich schon großentheils den Vertrauenspersonen gegeben, z. B. in Bezug auf die

gewerkschaftliche Organisation. Was der Antrag zusammengefaßt wissen will, habe ich schon im Einzelnen gethan.

Paul Müller-Hamburg zieht seinen Antrag zurück.

Karl v. Oppel-Charlottenburg weist auf die Nothwendigkeit bildlicher Darstellungen in der Agitation, z. B. gegen den Zollwucher, hin.

Frau **Zetkin**: Das Resumé dieser Verhandlungen ist, daß wir alle Einrichtungen fördern müssen, die geeignet sind zur Ausbildung von Agitatorinnen je nach den Umständen und den disponiblen Kräften. In den einzuschlagenden Mitteln und Wegen werden natürlich Verschiedenheiten hervortreten. Wir Alle müssen uns mit Eifer und Pflichttreue die Anregungen der Konferenz zu Nutze machen.

Es folgt der **dritte Punkt der Tagesordnung: „Gesetzlicher Schutz der Frauen-, Kinder- und Heimarbeit"**. Dazu liegen folgende Resolutionen vor:

I. (Arbeiterinnenschutz.) In Erwägung, daß die von der Reichsregierung angeordnete Enquete über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen die Nothwendigkeit wirksamer gesetzlicher Arbeiterinnenschutz-Bestimmungen neuerlich dokumentarisch bestätigt hat; daß jedoch die in letzter Zeit veranlaßte Erhebung des Reichsamts des Innern über eine eventuelle Verkürzung der Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen nichtsdestoweniger eine Verschleppung der dringenden Reformen befürchten läßt, ebenso auch ein durchaus ungenügendes Maß an weiterem gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen: fordert die Konferenz sozialistischer Frauen die schleunige weitere Ausgestaltung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes durch Festlegung der Reformen, für welche sich der Parteitag der Sozialdemokratie zu Hannover und die Konferenz sozialistischer Frauen zu Mainz erklärt haben und die in einer Eingabe zur Kenntniß des Reichstages gebracht worden sind.

Was insbesondere die unabweisbare Verkürzung der Arbeitszeit anbetrifft, so fordert sie an erster Stelle: Für alle erwachsenen Arbeiterinnen die Einführung des Achtstundentages, der durch eine stufenweise Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf 10 bezw. 9 Stunden für eine kurze, gesetzlich bestimmte Uebergangszeit vorbereitet werden kann; für die jugendlichen Arbeiterinnen die Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit auf 4 bezw. 6 Stunden, Erhöhung der Altersgrenze auf 18 Jahre und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsunterrichts, in dessen Schulplan Haushaltungsunterricht, Gesundheitslehre und Säuglingspflege einzubeziehen sind.

Die Konferenz sozialistischer Frauen zu München erklärt ferner: daß der existirende Schutz der lohnarbeitenden Schwangeren und Wöchnerinnen weder betreffs der gesetzlichen Schutzfrist noch betreffs der für die Zeit des Erwerbsausfalles gesicherten Fürsorge den zu erhebenden Ansprüchen genügt.

Sie fordert deshalb mindestens: Verbot der Beschäftigung von Frauen 8 Wochen nach der Niederkunft, wenn das Kind lebt, 6 Wochen nach der Niederkunft bei Tod- und Fehlgeburten oder im Falle des Ablebens des Kindes. Recht der Schwangeren auf kündigungslose Einstellung der Arbeit 4 Wochen vor der Niederkunft. Verlängerung der Schutzfrist für Schwangere und Wöchnerinnen auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses. Beseitigung der Ausnahmebewilligungen, welche auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses die Wiederaufnahme der Arbeit vor Ablauf der festgelegten Schutzfrist gestatten. Ausgestaltung der Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge seitens der Krankenkassen durch: Zubilligung eines Pflegegeldes an Schwangere und Wöchnerinnen für die Dauer der Schutzfrist und in der vollen Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Obligatorische Ausdehnung der betreffenden Bestimmungen auf die Frauen der Kassenmitglieder. Die Möglichkeit dieser Leistungen ist zu schaffen durch Vereinheitlichung der Krankenversicherung, Zusammenschluß der Kassen zu kapitalkräftigen Verbänden, weitgehendes

Selbstverwaltungsrecht der Versicherten und Zuschüsse vom Staat. Errichtung von Entbindungsanstalten, Schwangeren- und Wöchnerinnenheimen, Beschäftigungsanstalten für stillende Mütter, Organisation der Wöchnerinnenhauspflege durch die Gemeinde.

Die Konferenz macht es den Genossinnen zur Pflicht, für die Durchführung dieser Forderungen zu wirken durch: fleißiges und gründliches Studium der in Betracht kommenden Fragen; Sammlung und Veröffentlichung von Thatsachen, welche die Berechtigung dieser Forderungen begründen; aufklärende mündliche und schriftliche Agitation unter den Arbeiterinnen; Betheiligung an der Gewerkschaftsbewegung und am politischen Kampfe des Proletariats.

II. (Beschwerdekommissionen.) Um den Arbeiterinnen die nöthige Kenntniß der gesetzlichen Schutzbestimmungen zu ihren Gunsten zu vermitteln; um ihnen die größte Möglichkeit zur rückhaltslosen Beschwerdeführung über gesetzwidrige Arbeitsbedingungen und zur Nutzbarmachung der Gewerbeinspektion zu geben; um aus der Klasse des Proletariats weibliche Kräfte für die Gewerbeinspektion zu schulen, erklärt es die Konferenz für wünschenswerth:

1. Daß in allen Industriezentren mit zahlreicher weiblicher Arbeiterschaft im Einvernehmen mit den Gewerkschaftsorganisationen und -Kartellen Beschwerdekommissionen der Genossinnen errichtet bezw. weibliche Mitglieder oder Vertrauenspersonen der gewerkschaftlichen Beschwerdekommissionen ernannt werden.

2. Daß die bestehenden Beschwerdekommissionen und Vertrauenspersonen zur Entgegennahme von Beschwerden der Arbeiterinnen nach einheitlichen Gesichtspunkten und unter Zugrundelegung eines einheitlichen Schemas thätig sind und daß das bei ihnen eingegangene, sorgfältig geprüfte Material einer Zentralstelle überwiesen wird, durch welche es der allgemeinen Agitation für den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz nutzbar gemacht werden muß.

3. Daß die Genossinnen der in Betracht kommenden Zentren Vortragskurse über die gesetzlichen Arbeiterinnenschutz-Bestimmungen organisiren, so daß die Frauen der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Beschwerde-Kommissionen und Vertrauenspersonen methodisch vorbereitet und geschult werden.

4. Daß die Genossinnen sich mit den in Frage kommenden gewerkschaftlichen Instanzen in's Einvernehmen setzen und gemeinsam mit ihnen der Prüfung und Durchführung der möglichen Maßnahmen nähertreten.

III. (Kinderschutz.) Die Konferenz sozialistischer Frauen erklärt, daß der von der Regierung eingebrachte Entwurf zum Schutz der gewerblichen Kinderarbeit außerhalb der Fabrik ein sozialreformlerisches Pfuschwerk ist, das nicht im Entferntesten den Ansprüchen an den gesetzlichen Schutz der Kinder gegen die vorzeitige Verwüstung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gerecht wird.

Sie fordert deshalb im Interesse der Zukunft des Proletariats und der gesammten Nation: Verbot jeglicher Erwerbsthätigkeit schulpflichtiger Kinder im Gewerbe, der Land- und Forstwirthschaft, bei häuslicher Arbeit und im Gesindedienst. Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Schuljahr. Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren auf 4, von 16 bis 18 Jahren auf 6 Stunden und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsunterrichts.

IV. (Heimarbeit.) Die Konferenz tritt in der Frage des gesetzlichen Schutzes der Heimarbeit der Resolution des 4. Gewerkschaftskongresses zu Stuttgart bei: Da Heimarbeiterelend in hervorragendem Maße Arbeiterinnenelend ist und die Genossinnen seit langem der Frage der Heimarbeit die gebührende Aufmerksamkeit zugewendet haben, scheint ihre Mitarbeit an dem bevorstehenden Heimarbeiterkongreß besonders wünschenswerth.

Die Konferenz empfiehlt deshalb den Genossinnen, überall rechtzeitig in Verbindung mit den organisirten Arbeitern die nöthigen Schritte zu thun, damit auch sachkundige Genossinnen als Delegirte an dem Kongresse theilnehmen. Die Konferenz spricht ferner die Ansicht aus, daß aller Schwierigkeiten ungeachtet Versuche zur Organisirung der Heimarbeiterinnen gemacht werden müssen. Als nächster Schritt in dieser Richtung erscheint ihr der Zusammenschluß der Heimarbeiterinnen der einzelnen Berufe in besonderen Sektionen, deren Grundlage die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen sind und die den betreffenden Gewerkschaftsverbänden angegliedert werden. Sie empfiehlt deshalb den gewerkschaftlich thätigen Genossinnen, eine gründliche Diskussion der Frage in den Organisationen anzuregen.

Es wird zunächst über die beiden ersten Resolutionen verhandelt.

Frau **Zietz**-Hamburg: Ueber die Nothwendigkeit der in der Resolution zum Arbeiterinnenschutz gestellten Forderungen sind wir wohl Alle einig. Der Ausbau des Arbeiterinnenschutzes ist dringlicher als die weitere Ausgestaltung des allgemeinen Arbeiterschutzes. Die Arbeiterinnen sind den Ausbeutungsgelüsten der Unternehmer gegenüber weniger widerstandsfähig als die Männer. Die heutigen Forderungen sind nicht neu; sie sind schon auf der Mainzer Konferenz und auf früheren Parteitagen erhoben worden. In der letzten Zeit sind auf dem Gebiete des Arbeiterinnenschutzes so gut wie gar keine Reformen zu Stande gekommen. Auf Seiten der Reichsregierung ist die größte Zaghaftigkeit, um nicht zu sagen Feindseligkeit gegenüber dem Arbeiterinnenschutz zu konstatiren. Um so energischer sind die Scharfmacher, besonders der Zentralverband deutscher Industrieller, an der Arbeit, um auch die geringsten Reformen womöglich wieder rückgängig zu machen. So lange die Frauen nicht mehr als bisher durch das Gesetz geschützt werden, sind sie theilweise geradezu organisationsunfähig. Das gilt z. B. von den Maurer-Handlangerinnen. Eine Frau, deren gesammte Kräfte durch die Lohnarbeit absorbirt werden, ist nicht in der Lage, gewerkschaftlich oder politisch thätig zu sein. Unsere Forderungen bezeichnen das Minimum dessen, was unbedingt verlangt werden muß. Der gesetzliche Arbeiterinnenschutz aber muß ergänzt werden durch die Selbsthilfe, durch die Bethätigung der Frauen in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung. (Beifall.)

Frau **Lily Braun**: Ich vermisse in unserer Resolution, so sehr ich ihr zustimme, doch einige wesentliche Punkte, und zwar die Abschaffung der Ueberstunden- und der Nachtarbeit und die Freigabe des Sonnabend-Nachmittags. Diese Forderungen sind ja schon früher erhoben, müssen aber, um Mißverständnisse zu vermeiden, jetzt von uns wiederholt werden. Energisch Bedacht genommen werden muß speziell in der Textilindustrie auf die Einführung von maschinellen und technischen Einrichtungen, die die Gesundheit weniger schädigen, als es bisher der Fall ist. Besonders kommt hier die Gefährlichkeit des Bleiweiß für die Frauen und die werdenden Kinder in Betracht; durch Bleiweiß wird sogar die Muttermilch vergiftet. Das Bleiweiß in der Textilindustrie, z. B. in der Spitzenfabrikation, muß durch Zinkweiß ersetzt werden. Von großer Wichtigkeit ist die Fürsorge für die Schwangeren und Wöchnerinnen. Es ist schon vielfach von einer gesonderten Mutterschaftsversicherung gesprochen worden. Es ist eine rein technische Frage, ob hier eine besondere Versicherung eingerichtet wird oder eine solche im Anschluß an die Krankenkassen. Gegen letzteres scheint mir die enorme Ueberlastung der Krankenkassen zu sprechen. Das zu erstrebende Ziel ist eine allgemeine Mutterschaftsversicherung für das gesammte Volk; diese Versicherung muß von dem ganzen Volk getragen werden, vielleicht durch eine progressive Einkommensteuer, und auch dem ganzen Volke zu Gute kommen. Das wäre ein Schritt zu dem Ideal, die Frau ökonomisch selbständig zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Ebert-Bremen: Bei einer solchen Schaffung von Beschwerdekommissionen, die nach der zweiten Resolution in allen Industriezentren mit

zahlreicher weiblicher Arbeiterschaft eingerichtet werden sollen, dürfen bestehende Einrichtungen, wie z. B. die Arbeitersekretariate, nicht übergangen werden. Sonst würde der praktische Erfolg dieser Beschwerdekommissionen in Frage gestellt werden. Das ist die Bedingung meiner Zustimmung zu dieser Resolution. Von einem besonderen Antrag sehe ich ab, weil ich meine Forderung für selbstverständlich halte.

v. **Oppel** weist auf die nothwendige kommunale Unterstützung des Arbeiterinnenschutzes hin. Das gelte auch von der Mutterschaftsversicherung.

Frau **Weyl**-Berlin: Ich möchte auf die Lücke in den Schutzbestimmungen für Wöchnerinnen aufmerksam machen. Das Gesetz verbietet den Wöchnerinnen, sofern sie nicht ein ärztliches Attest beibringen können, vor Ablauf von 6 Wochen nach Niederkunft die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Krankenkassen zahlen aber nur 4 Wochen Unterstützung, so müssen die Wöchnerinnen 2 Wochen aus ihrer Tasche leben. Dadurch werden die Frauen früher zur Fabrik getrieben und setzen sie sich durch vorzeitige Anstrengung Unterleibserkrankungen aus. Die Krankenkassen müssen für Unterleibserkrankungen der Frauen enorme Summen ausgeben. Diese Krankheiten hängen vielfach mit der ungenügenden Schutzfrist für Schwangere zusammen. Acht Tage nach der Entbindung wird häufig die Arbeit wieder aufgenommen. Das Wöchnerinnengeld der Krankenkassen muß von vier auf sechs Wochen erhöht werden. Leider kümmern sich die Arbeiterinnen um die Krankenkassen-Organisationen sehr wenig. Eine Beschwerdekommission besteht in Berlin seit 4½ Jahren. Sie ist von uns mit Unterstützung der Gewerkschafts-Kommission gegründet worden. Die Arbeiterinnen kommen mit ihren Beschwerden, die wir dann an die Fabrikinspektion weitergeben, sehr gern zu uns. Leider wird uns in keinem Fall Auskunft gegeben über die Erledigung unserer Beschwerden. Ich möchte zur Diskussion stellen, ob sich nicht eine Zentralisirung des Beschwerde-Kommissionswesens für ganz Deutschland ermöglichen ließe. Dadurch würden wir einen Ueberblick gewinnen und vielleicht hier und da einen Druck auf die Gewerbe-Inspektion ausüben können.

Frau **Wehmann**-Leipzig: Unsere Leipziger Beschwerde-Kommission sorgt in ausgedehnter Weise für die Aufklärung der Arbeiterinnen über ihre Rechte gegenüber den Unternehmern. Die Arbeiterinnen müssen angeleitet werden, selbst höheren Schutz für sich zu verlangen.

Ebert-Bremen: Die Beschwerde-Kommissionen passen nicht für alle Orte. Es ist schwer, geeignete Frauen zu finden, und die Uebernahme dieser Arbeit bedeutet häufig eine überflüssige Belastung.

Frau **Kähler**-Chemnitz sieht in der Errichtung von Beschwerde-Kommissionen eine Hauptarbeit für die Gewerkschaftskartelle und theilt ihre günstigen Erfahrungen mit dieser Einrichtung mit. Die sächsische Assistentin, Frl. Dose, habe sich sehr entgegenkommend verhalten. Die Agitation unter den Arbeiterinnen, die sich bei den Beschwerde-Kommissionen Rath holen, sei sehr wirksam.

Frl. **Baader**-Berlin: Die Resolution giebt nur den Rath, derartige Kommissionen zu errichten und verweist auf die Verständigung mit den Gewerkschaften. Die Befürchtungen Ebert's sind also unbegründet.

Frau **Zietz**-Hamburg: Unsere Mainzer Resolution über den Arbeiterinnenschutz enthält Alles, was Frau Braun in der vorliegenden Resolution vermißt hat. Die vorliegende Resolution nimmt in der Hauptsache Bezug auf diejenigen Materien, mit denen sich der Reichstag in absehbarer Zeit beschäftigen muß. Außerdem wird ausdrücklich auf die Mainzer Resolution hingewiesen. Seit in den kleinen Werkstuben-Versammlungen in Hamburg die Arbeiterinnen zu Mittheilungen veranlaßt werden, kann der Hamburger Inspektor mit einem Male über Mißstände berichten.

Frau **L. Braun** schlägt vor, noch folgende Punkte in die Resolution aufzunehmen: Abschaffung der Ueberstundenarbeit für alle Arbeiterinnen; gesetzliche

Forderung der Einführung solcher Vorrichtungen in Fabriken und Werkstätten, die die Gesundheit der darin Beschäftigten schützen; Ersatz gesundheitsschädlicher, im Arbeitsprozeß zur Verwendung gelangender Materialien durch gesundheitlich indifferente. Auch zu der Frage der Wittwen- und Waisenversorgung sollte man Stellung nehmen und dem Zentrum entgegentreten, das eine gänzlich unzureichende Wittwenversicherung vorgeschlagen hat, um mit diesem jämmerlichen Antrag dem gegen den Zollwucher schreienden Volke den Mund zu stopfen. Für die Frage der Mutterschafts-Versicherung und der Heimarbeit sollten Referenten bestellt sein.

Frau Zetkin: Der Gedanke, welcher der Mutterschafts-Versicherung zu Grunde liegt, ist der Gedanke der menschlichen Solidarität in seiner weitesten Form. Die Verwirklichung dieses Prinzips aber steht in so schreiendem Gegensatz zu dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, daß wir sie auf ihrem Boden nicht erreichen werden. Die heutige Gesellschaft mißachtet den Werth und die Bedeutung des menschlichen Lebens und stellt den todten Besitz darüber. Die mangelnde gesellschaftliche Schätzung des Menschenlebens trifft besonders die Proletarierin als Mutter. Der Gedanke der Mutterschafts-Versicherung kann erst verwirklicht werden, wenn das Recht des lebenden Menschen über den todten Besitz zur Geltung gebracht sein wird, in einer sozialistischen Gesellschaft. (Lebhafter Beifall.) Welche Gestalt diese Fürsorge dann annehmen wird, können wir heute noch nicht entscheiden. Wir müssen zur Sicherung der Mutter und des Säuglings die bürgerliche Gesellschaft auf dem Wege vorwärts drängen, den sie zögernd und widerwillig, mit den kleinsten und erbärmlichsten Schritten bereits betreten hat. Das ist der Weg der Krankenversicherung. (Lebhafte Zustimmung.) Die Krankenkassen haben bereits erkannt, daß die rechtzeitige Fürsorge für die Schwangeren und Wöchnerinnen für sie eine finanzielle Entlastung bedeutet. Die Mängel des Krankenkassenwesens müssen beseitigt, die Krankenversicherung vereinheitlicht und den Versicherten das weiteste Selbstverwaltungsrecht gegeben werden, dann sind diese Reformen unter finanzieller Mithilfe des Staates möglich. Weiter müssen von den Kommunen Einrichtungen für die Frau als Mutter und für die Säuglingspflege verlangt werden, wie sie in der Resolution gefordert werden. Diese Forderungen sind nicht schematisch für alle Gemeinden zu erheben. Für das Land gelten andere Bedingungen, als für die Stadt. Nicht vom Wohlthätigkeitssport, sondern von den Kommunen verlangen wir Einrichtungen, wie die Säuglingsheime, wo nicht blos Schwangere, Wöchnerinnen und Säuglinge die erforderliche Pflege erhalten, sondern auch Hunderte und Aberhunderte von sogenannten alten Jungfern, die ihr mütterliches Gefühl nicht durch die Pflege eines eigenen Kindes ausfüllen können, das intensivste Weibempfinden, die Mutterempfindung dadurch auszuleben vermögen, daß sie den Kindern Anderer Pflege und Fürsorge zu Theil werden lassen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Braun: Bisher hat es nur als Kennzeichen der bürgerlichen Frauenbewegung gegolten, daß sie aus Opportunitätsgründen möglichst wenig forderte, um überhaupt etwas zu erreichen. Wir fordern im Gegentheil Alles, weil wir meinen, daß nur dann etwas zu erreichen ist. Auch die Mutterschafts-Versicherung müssen wir von der heutigen Gesellschaft fordern, in deren Interesse sie auch liegt. Denken Sie an die ungünstigen Rekrutenaushebungen. Die bürgerliche Gesellschaft entsetzt sich über die schreckliche Kindersterblichkeit und die Degeneration ganzer Volksschichten.

Frau Zetkin: Soweit die Sozialdemokratie Reformbestrebungen aufstellt, die im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft zu erfüllen sind, hat sie diesen Opportunismus immer besessen. Die Forderung der Mutterschafts-Versicherung ist durchaus nicht so radikal sozialistisch, wie Frau Braun meint. Niemand tritt reger dafür ein als eine Führerin der bürgerlichen Frauenbewegung, Frau Schiff in Mailand.

Damit schließt die Diskussion.

Die beiden Zusatzanträge der Frau L. Braun (Verbot der Ueberstundenarbeit und Förderung sanitärer Maßnahmen) werden angenommen, ebenso die so veränderte Resolution in ihrem ersten Theile über Arbeiterinnenschutz. Gleichfalls angenommen wird der zweite Theil der Resolution über die Beschwerde-Kommissionen.

Zur Debatte wird dann Theil 3 der Resolution: Kinderschutz, gestellt.

Frau Zietz-Hamburg tritt in warmen Worten für die geforderte Ausdehnung des Kinderschutzes ein. Die Vorlage der Regierung gewähre einen ganz unzureichenden Schutz, er habe nur das eine Gute, daß die gewerbliche Beschäftigung der Kinder vor der Schulzeit verboten ist. Rednerin erörtert die einzelnen Punkte der oben mitgetheilten Resolution und bittet um einstimmige Annahme.

Frau Greifenberg-Augsburg hält einen längeren Schulbesuch für nothwendig. Im Gegensatz zu den Agrariern, die für Verkürzung des Schulbesuchs eintreten, müsse diese Forderung erhoben werden. Um einer Verkümmerung der Kinder vorzubeugen, müsse jede gewerbliche Beschäftigung der Kinder während der Schulzeit verboten werden. Jetzt geschehe die Ausbeutung der Kinder nicht nur durch die Arbeitgeber, sondern leider auch durch die Eltern. Das Einkommen der Eltern müsse so erhöht werden, daß die Kinder zum Lebensunterhalt nicht mit beizutragen brauchen. Die Degenerirung sei schon so weit vorgeschritten, daß die Aushebungsresultate immer schlechter werden. In den thüringischen Spielwaaren-Industriebezirken blieben die Kinder körperlich und geistig zurück. Hier müsse der Staat endlich eingreifen. Von der Gesammtpartei müsse ein gehöriger Druck auf die Regierung ausgeübt werden.

Die Resolution wird hierauf in ihrem dritten Theile einstimmig angenommen.

Es folgt die Besprechung des 4. Theiles der Resolution: Heimarbeit.

Frau Kähler-Chemnitz: Wir können uns sehr wohl den Beschlüssen des Gewerkschafts-Kongresses über die Heimarbeit anschließen und können alles Uebrige dem demnächstigen besonderen Heimarbeit-Kongreß überlassen. Was die Organisirung der Heimarbeiterinnen anlangt, so darf man nicht der Meinung huldigen, daß besondere Unterstützungskassen für die verschiedenen Sektionen der Heimarbeiterinnen gegründet werden sollten oder könnten. Diese Sektionen müssen im Anschluß an die Gewerkschaften errichtet werden. Der in Berlin gegründete christliche Verein der Heimarbeiterinnen bildet kein geeignetes Mittel, um das Elend dieser Klasse zu mildern.

Frau Popp-Wien: Die Organisation der Heimarbeiterinnen Wiens ist noch sehr jung, sie ist erst im Frühjahr begründet worden. Entstanden ist diese Organisation aus dem früher bestehenden Verein der Näherinnen. Durch Zettelagitation von Thür zu Thür haben wir die Heimarbeiterinnen zu Versammlungen eingeladen. In der ersten Versammlung erschienen 40 Frauen; es wurde gleich hier ein Komitee von Heimarbeiterinnen errichtet. In der zweiten Versammlung kamen schon über 100 Frauen und heute umfaßt unsere Organisation über 240 Frauen. Wir haben bisher bei keiner Art der Organisation so günstige Erfolge erzielt wie bei den Heimarbeiterinnen. Das rührt wohl daher, daß wir sofort bestimmte Kategorien der Unterstützung festgestellt haben: Kranken-, Schwangeren-Unterstützung, Leichengeld u. s. w. Die Arbeiterinnen-Zeitung ist zum Organ der Heimarbeiterinnen-Organisation bestimmt worden. Auch bürgerliche Kreise Wiens haben an eine Organisation dieser Arbeiterinnen gedacht; aber erstens wird es dazu so bald nicht kommen, und zweitens würde eine solche bürgerliche Organisation keinen Zweck haben, weil sie doch die eigentlichen Arbeiterinnen nicht umfassen würde. Es handelt sich ja nicht nur um die Unterstützung, sondern auch um die Aufklärung der Heimarbeiterinnen. Wir suchen diesen Frauen die sie angehenden sozialen Fragen so mundgerecht wie möglich zu machen, wir vermitteln ihnen die Kenntniß von Broschüren u. s. w. Leider verfügen wir in Oesterreich über weit weniger Agitatorinnen als die deutschen

Genossinnen. Um so werthvoller ist es, wenn unter den Heimarbeiterinnen Genossinnen herangebildet werden, die fähig sind, von Haus zu Haus zu gehen und die noch nicht organisirten Heimarbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen. Wir haben bis jetzt gute Erfolge erzielt. In den nächsten Monaten sollen auch in den verschiedenen Provinzstädten Zweigvereine der Heimarbeiterinnen-Organisation begründet werden. Wahrscheinlich wird auch bei uns mit der Zeit sich eine Theilung in Sektionen ergeben; vorläufig ist für eine solche Scheidung unsere Organisation noch zu jung. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Diskussion, die Resolution zur Heimarbeit wird angenommen. Die Versammlung vertagt die Weiterberathung der Tagesordnung auf Sonntag Vormittag 9 Uhr.

Zustimmungskundgebungen sind eingelaufen vom sozialdemokratischen Verein zu Reichenhall und den sozialdemokratischen Frauen der Schweiz und Belgiens. Die letzteren betonen in ihrer Zuschrift, daß sie den Verhandlungen der Konferenz mit großem Interesse folgen. Die belgische Bewegung sei noch neu und unerfahren; sie betrachte die deutschen Genossinnen als ältere Schwestern, deren Beispiel sie folge.

Zweiter Verhandlungstag. — Vormittags-Sitzung.

Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung nimmt das Wort

Frau **Lily Braun** zu folgender Erklärung: Eine vielleicht etwas ungeschickt abgefaßte Aeußerung von mir ist mißverstanden worden. Ich habe gesagt, daß die allgemeine Zustimmung zu einer Resolution vielfach nicht die genaue Kenntniß der Materie bezeugt, sondern die Unwissenheit der Theilnehmer über den Inhalt der Resolution. Es ist mir dabei nicht entfernt eingefallen, dem letzten Gewerkschafts-Kongreß, der auf einer solchen geistigen Höhe stand wie wohl keiner seiner Vorgänger, den Vorwurf der Unwissenheit machen zu wollen.

Darauf tritt die Konferenz ein in die Berathung des nächsten Punktes der Tagesordnung: „Die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, insbesondere auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes."

Hierzu liegen folgende Resolutionen vor:

a) Frauenwahlrecht.

In Erwägung, daß die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Geschlechter durch die Grundsätze und das Programm der Sozialisten bedingt ist und daß ihre Verwirklichung die Möglichkeit schafft für die unbeschränkte Betheiligung der Proletarierinnen am Befreiungskampfe ihrer Klasse;

in weiterer Erwägung jedoch, daß gerade mit Rücksicht auf die soziale Befreiung des gesamten weiblichen Geschlechts das Klasseninteresse des Proletariats dem Sonderinteresse der Frau vorangestellt werden muß,

erklärt die Konferenz:

Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Staat und Gemeinde führt, muß das Frauenwahlrecht gefordert und in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden.

Die Forderung kann jedoch nur als ausschlaggebender Punkt des jeweiligen Aktionsprogramms in diesen Kämpfen mit in den Vordergrund gestellt werden, wenn dadurch die Erweiterung und Sicherung des politischen Rechts der Arbeiterklasse nicht gefährdet wird.

b) Vereins- und Versammlungsrecht.

Die Konferenz erhebt nachdrücklich Protest gegen die vereinsgesetzlichen Bestimmungen, welche in einer Reihe deutscher Bundesstaaten das Vereins- und Versammlungsrecht des weiblichen Geschlechts beschränken und ihm dadurch eine unwürdige, seine Interessen schädigende Ausnahmestellung an-

weisen. Sie brandmarkt insbesondere die Praxis dieser Bestimmungen, welche mittels kühner Interpretationskunststücke das kümmerliche gesetzliche Recht des weiblichen Geschlechts für die Proletarierin aufs Aeußerste einschränkt, ja aufhebt, für die Frauen des werkthätigen Volkes und die Damen der besitzenden Klassen zweierlei Recht schafft, einen unglaublichen Wirrwarr der Begriffe über gesetzlich Zulässiges und Verbotenes und eine Rechtsunsicherheit ohne Gleichen erzeugt.

Die Konferenz fordert für das deutsche Reich ein einheitliches und freiheitliches Vereins- und Versammlungsgesetz, das auf wirthschaftlichem und politischem Gebiete Frauen wie Männern das gleiche Recht zuerkennt. So lange diese Forderung nicht erfüllt ist, macht sie es den Genossinnen zur Pflicht, in Gemeinschaft mit den Genossen dafür zu sorgen, daß die vielfach beliebte Praxis des zweierlei Rechts und der Textesdeutung energisch zurückgewiesen und bekämpft wird.

Das Referat erstattet

Frau Zetkin: Wir haben diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, weil bei den letzten Kämpfen um die politische Gleichberechtigung des Proletariats in Belgien, Schweden und auch bei uns in Deutschland das Frauenstimmrecht in einer Weise in den Hintergrund getreten ist, die nicht im Einklang steht mit dem Wesen unserer Bewegung und den praktischen Interessen der Arbeiterklasse. Künftighin wird aber in den Kämpfen des Proletariats um die Erweiterung seiner politischen Rechte das Frauenstimmrecht eine größere Rolle spielen als bisher. Diese Frage wird in den Vordergrund geschoben werden gerade von den reaktionärsten Parteien. In England tritt seit lange ein sehr ansehnlicher Theil der konservativen Partei für das Frauenstimmrecht ein, in Belgien ist ein großer Theil der Klerikalen dafür, und bei uns hat selbst Herr v. Kardorff, der Gründer der Laurahütte, ein Reaktionär von reinstem Wasser, erklärt, daß man sich mit dem Frauenstimmrecht befreunden könne. Die reaktionären Parteien aber suchen höchstens ein verfälschtes Frauenstimmrecht durchzusetzen. Die Sozialdemokratie muß auch dieser Frage gegenüber die äußersten Konsequenzen des demokratischen Prinzips ziehen, sie darf nicht die Hälfte der Staats- und Gemeindebürger von den gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften ausschließen. Die deutsche Sozialdemokratie darf sich im Kampfe um die Gleichberechtigung der Geschlechter nicht von reaktionären Parteien schlagen lassen. Erst das Frauenstimmrecht fordert die Aufklärung und Organisation der Frauen heraus und ermöglicht ihre unbeschränkte Theilnahme am politischen und wirthschaftlichen Klassenkampfe. Wir dürfen nicht auf dem Standpunkt stehen, die Frau sei noch nicht reif für das politische Stimmrecht. Das Stimmrecht ist nicht Zuckerbrot für politische Einsicht und Wohlverhalten, sondern Mittel zur politischen Erziehung und zur politischen Macht der Proletarierinnen. Die Forderung des Frauenstimmrechts muß in der parlamentarischen Aktion und außerparlamentarischen Agitation unserer Partei mit allem Nachdruck vertreten werden, damit wir die Köpfe der Massen revolutioniren und die Frauen darauf vorbereiten, einst von den Stimmzetteln auch den rechten Gebrauch zu machen. Durch die praktische Nothwendigkeit des Kampfes sind wir aber gezwungen, das höhere Interesse des Proletariats den Forderungen des weiblichen Geschlechtes voranzustellen. Politische Fortschritte dürfen nicht deshalb abgelehnt werden, weil sie nicht verknüpft sind mit der Verwirklichung des Frauenstimmrechtes. Weiter verlangen wir ein einheitliches und freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht auf wirthschaftlichem und politischem Gebiet, ein Recht, das Männer und Frauen mit gleichem Maße mißt. In bürgerlich-sozialreformerischen Kreisen werden auch diese Forderungen bürgerlich verhunzt, indem man nur für das Vereins- und Versammlungsrecht der Frauen auf wirthschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete, nicht auf politischem Gebiete eintritt. Mit einer so reaktionär verzopften Reform können wir uns nicht begnügen. Es giebt ja auslegungs-

kundige Juristen genug, die aus jeder unliebsamen Bethätigung der Frau eine verbotene politische Bethätigung zu machen wissen. Das bischen Vereins- und Versammlungsrecht, das die Frauen in einzelnen Staaten schon jetzt besitzen, muß voll ausgenutzt werden. Vor allen Dingen protestiren wir gegen das zweierlei Recht für Bourgeoisiedamen und Proletarierinnen. Uns muß recht sein, was frauenrechtlerischen Spielereien, reaktionären Flottenparaden und dem Sedanfestrummel mit weiblichen Theilnehmern billig ist. Allen Schichten der weiblichen Bevölkerung muß mit gleichem Maße gemessen werden. Dadurch werden wir unserem Ziel näher kommen, der vollen politischen Gleichberechtigung beider Geschlechter! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Frau **Popp**-Wien: Das, was Frau Zetkin gesagt hat, ist auch den österreichischen Genossinnen aus der Seele gesprochen. Auch wir haben keine politischen Rechte. Seit die Christlich-Sozialen am Ruder sind, haben die Frauen auch das bischen Kommunalwahlrecht, wo sie es hatten, verloren. Mit aller Kraft und aller Begeisterung kämpfen auch wir um politische Rechte. Was das Versammlungsrecht anlangt, so wird es in Oesterreich keinem Kommissar einfallen, aus einer politischen Männerversammlung, sei sie nun Vereins- oder öffentliche Versammlung, eine Frau hinauszuweisen oder am Reden zu hindern. Nur Mitglieder politischer Vereine dürfen wir nicht werden. Statt dessen nehmen wir Gastkarten und zahlen so unsere Beiträge. Auch unsere Zeitung verkaufen wir unter den Augen der Regierungsvertreter in den Versammlungen trotz des Kolportageverbots. Fällt mal Eine hinein, so werden die paar Gulden Strafe bezahlt oder die paar Stunden abgesessen. Je mehr Siege unsere Männer erkämpfen, um so eher werden die Frauen ihre Rechte erhalten. (Lebhafter Beifall.)

Karl v. Oppel tritt für die politische Gleichberechtigung der Frau ein.

Hengsbach-Köln bringt auf Wunsch der Duisburger Genossen einen Fall von Beeinträchtigung des Versammlungsrechtes der Frauen zur Sprache. Jeder politische A-B-C-Schütze weiß, daß die Frauen an öffentlichen politischen Versammlungen ungehindert theilnehmen dürfen. Nur manche Beamte scheinen noch immer nicht über die Gesetze orientirt zu sein, die sie hüten sollen. So wurden die Frauen in Lahr aus einer öffentlichen Versammlung, in der am 10. November v. J. über den Parteitag in Lübeck berichtet werden sollte, von dem überwachenden Polizeibeamten entfernt. Der Bürgermeister und der Landrath erklärten auf Beschwerden übereinstimmend, daß der Beamte sich im Rechte befunden habe. Erst der Regierungspräsident schaffte Remedur. Jeder derartige Uebergriff muß auf's Schärfste zurückgewiesen und bis zur höchsten Instanz Beschwerde erhoben werden. (Bravo!)

Frau **Schlesinger**: Das uneingeschränkte Vertrauen, daß die männlichen Sozialdemokraten uns zur richtigen Zeit das Wahlrecht verschaffen werden, kann ich nicht uneingeschränkt theilen. Wir haben ja in Belgien gesehen, wie sich bewährte Genossen, die das Vertrauen der internationalen Sozialdemokratie genießen, zum Frauen-Wahlrecht verhalten haben, ein Verhalten, das wir als Fernstehende nicht ohne Weiteres verurtheilen wollen, das aber doch zu Bedenken Anlaß giebt. Ich weiß nicht, ob es bei uns anders gehen würde. Wenn ein österreichischer klerikaler Machthaber dem Beispiel der belgischen Klerikalen folgen und die radikalen Parteien durch die Verleihung des Frauen-Stimmrechts in die Enge treiben wollte, so bin ich offen gesagt im Zweifel, ob unsere Genossen da Stand halten werden. Deshalb gefällt mir der letzte Absatz der Resolution nicht. Sie müßte schärfer gefaßt werden. Wir sollten doch nicht selber die Thür aufmachen, durch die man sich retten kann von Verpflichtungen, die hochgehalten werden müssen. (Bravo!)

Frau **L. Braun**: Wir können die Resolution so wie sie ist, mit gutem Gewissen annehmen. Der letzte Absatz drückt ja nur aus, daß die besonderen Frauenintereſſen zurückzustehen haben, wenn die allgemeinen Partei-Intereſſen wichtiger sind. Das ist für uns Alle selbstverständlich, die wir in erster Linie sozialdemo-

kratische Parteigenossen sind. Die beiden Resolutionen sollten durch Akklamation angenommen werden. Ich bedauere nur, daß die Frage des Frauen-Wahlrechts nicht immer wieder in den Vordergrund gerückt wird. Sie muß bei der Frauenagitition eine besondere Rolle spielen. Die Arbeiter brauchen nicht einem Gefühl der Ritterlichkeit zu folgen, sondern handeln im wohlverstandenen eigensten Interesse, wenn sie das Frauen-Stimmrecht fordern. Wenn einmal die Zeit kommt, wo den Frauen wirklich das Wahlrecht wird, würden die Arbeiter es am schärfsten spüren, wenn sie nicht die Ersten wären, die dieses Recht fordern und die Frauen genügend aufklären. (Bravo!)

Frau **Zietz**-Hamburg: Gerade diejenigen Genossinnen, die in der praktischen Agitation stecken, fühlen fast täglich, wie nothwendig volles Vereins- und Versammlungsrecht für die Arbeiterinnen ist. Die Interpretationskünste der Behörden schaffen da jetzt einen ungeheueren Wirrwarr. Dazu kommt die Buntscheckigkeit des Vereinsrechts in Deutschland. In Preußen haben die Frauen in einer ganzen Reihe von Orten an keiner öffentlichen politischen Versammlung trotz des klaren Wortlautes des Vereinsgesetzes theilnehmen können. So im ganzen Regierungsbezirk Arnsberg. In einer Volksversammlung mit politischem Thema, in der etwa ein halbes Dutzend Frauen anwesend waren, verlangte der überwachende Beamte die Entfernung dieser Frauen. Selbst die bedienende Frau des Wirthes mußte den Saal verlassen. Darnach konnte ich als Rednerin ungehindert meinen Vortrag halten. (Heiterkeit.) Zu der ungeheueren Verwirrung in den Köpfen der überwachenden Beamten hat nun die bekannte Rede des Ministers Freiherrn v. Hammerstein noch sehr viel beigetragen. Diese Rede mit der Forderung eines besonderen „Segmentes" für die Frauen hat die Theilnahme von Frauen an öffentlichen Versammlungen vielfach noch mehr eingeschränkt. Ebenso oder noch schlimmer als in Preußen steht es in anderen Bundesstaaten. In Braunschweig können Frauen auf Grund der bestehenden Bestimmungen an keiner Versammlung, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen, theilnehmen. Und was versteht man dort alles unter öffentlichen Angelegenheiten! Auch hier in Bayern hat man selbst nach der Reform des bayerischen Vereinsgesetzes noch lange in alter Weise fortgewurstelt. Gegen alle Versuche, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen noch weiter einzuschränken, müssen wir mit Nachdruck protestiren. Weiter aber fordern wir ein volles Vereins- und Versammlungsrecht für die Frau, die einen so außerordentlich wichtigen Faktor im Produktionsprozeß bildet. Ich bitte Sie, die Resolution einstimmig anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Thiel**-Tempelhof führt Beispiele aus dem Wahlkreise Teltow-Beeskow-Charlottenburg an, in denen die Entfernung von Frauen aus politischen Versammlungen verlangt oder angeordnet wurde, daß die Frauen sich auf die Galerie begäben. Rednerin selbst durfte zunächst als Delegirte im Saale verbleiben, mußte aber nachher auf der Galerie Platz nehmen. (Heiterkeit.)

Ledebour-Berlin: Die Bedenken der Genossin Schlesinger theile ich nicht. Aus den bisherigen Reden geht hervor, daß alle anwesenden Delegirten, männliche wie weibliche, für die Durchführung des Frauen-Stimmrechts eintreten und daß für uns unter keinen Umständen solche Bedenken gelten, wie sie in Belgien bestanden und zur Kritik Anlaß gegeben haben. Die Ansicht des Genossen Hengsbach, daß die überwachenden Beamten mit den Gesetzen vertraut seien, ist nach meinen Erfahrungen irrig. Wir müssen vielmehr mit der Voraussetzung rechnen, daß die Beamten die Gesetze nicht kennen. Das hängt mit Gründen der höheren Staatsraison zusammen, in deren Interesse es liegt, daß möglichst viel öffentliche Versammlungen aufgelöst werden. Rechtmäßige Gründe zur Auflösung sind aber nur selten zu finden; da ist es denn sehr nützlich, daß der Beamte die Gesetze nicht kennt (Heiterkeit) und auflöst ohne gesetzliche Gründe. Bei uns in Deutschland werden gewöhnliche Leute wegen Gesetzesverletzungen bestraft, auch wenn sie die Gesetze nicht gekannt haben. Das gilt aber nicht für

die Beamten. Diese können die Gesetze straflos verletzen, wenn sie nur in gutem Glauben handeln. (Sehr richtig!) In diesem guten Glauben aber befinden sich deutsche Beamte immer. (Große Heiterkeit.) Spätere Rekriminationen bei den höheren Behörden werden, selbst wenn sie zur Rektifizirung des betreffenden Beamten führen, dem Publikum nie bekannt. Nach meiner Erfahrung sind auch Beamte durch eine solche Rektifizirung noch nie irgendwie geschädigt, sie blühen, gedeihen und nähren sich weiter wie zuvor. (Heiterkeit.) Die Beamten, die in ungesetzlicher Weise auflösen, besorgen aber nur unsere Geschäfte. Die Gesetzesunkenntniß geht ja noch viel höher hinauf. Das ist erklärlich; wenn heute ein Minister ersetzt werden muß, so greift man blindlings in den nächsten Haufen Generale hinein. (Heiterkeit.) Die berühmte Rede des Freiherrn v. Hammerstein hat den preußischen Staat auf diejenige Kulturhöhe erhoben, die bei den alten Juden schon vor 2000 Jahren bestand. (Große Heiterkeit.) Das Hammerstein'sche Segment entspricht genau dem Synagogen-Recht, wo auch die Frauen ihr besonderes „Segment" hatten. (Erneute Heiterkeit.) Die Beamten in Preußen und Sachsen sind so vorzügliche Agitatoren für die Sozialdemokratie, daß wir nur wünschen können, daß an dieser vollständigen Verworrenheit der Gesetze und der Gesetzesauslegung nicht so bald etwas sich ändere. Ein besseres Agitationsmaterial, besonders für die Aufrüttelung der Frauen, können wir gar nicht bekommen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Frau **Kähler**-Chemnitz: Die gewerkschaftliche und politische Entwickelung wird bei uns in Sachsen sehr erschwert durch das Verbot der Theilnahme von Minderjährigen. Auch liegt es ganz in der Hand des überwachenden Beamten, ob er eine gewerkschaftliche Versammlung für eine politische erklären will oder nicht. Wir müssen unausgesetzt für die Frauenforderungen Propaganda machen, damit auch die obersten Kreise das Demüthigende des jetzigen Zustandes endlich erkennen lernen. (Bravo!)

Die Resolutionen a und b werden einstimmig angenommen.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung: Verschiedenes.

Dazu liegt folgende Resolution vor:

Die unerhörte Steigerung der Fleischpreise droht den ohnehin geringen Fleischkonsum des Proletariats in einer Weise einzuschränken, welche nicht nur Gesundheit und Kraft des arbeitenden Volkes schwer schädigt, sondern auch die wirthschaftliche Lage vieler kleiner Existenzen untergräbt. Diese allgemeine Noth, hervorgerufen durch die Begünstigungen, welche dem Großgrundbesitz auf Kosten der übrigen Bevölkerung zugewendet werden, macht es allen Frauen, insbesondere allen Proletarierinnen, zur Pflicht, energisch Protest zu erheben gegen Regierungsmaßregeln wie die Viehsperre, welche dem Reichen giebt, was dem Armen genommen wird

Die Frauenkonferenz beschließt:

Dem Münchener Parteitag diese Resolution zu unterbreiten und zu beantragen, daß im ganzen Lande Volksversammlungen einberufen werden, um sich mit dieser Materie zu beschäftigen und gegen eine solche Politik lebhaft zu protestiren.

Die sozialdemokratische Fraktion wird ersucht, bei Eröffnung des Reichstages eine Interpellation über die Fleischnoth und Viehsperre an die Regierung zu richten. Berliner Parteigenossinnen.

Außerdem haben die Görlitzer Parteigenossinnen einen Antrag eingebracht: „die Gleichheit in Zukunft populärer zu gestalten".

Zur Bedründung der Resolution nimmt das Wort

Frau **Zetkin**: Die Resolution ist nicht gestellt worden, um der Stellung des Parteitages irgendwie vorzugreifen. Es handelt sich darum, daß die Versammlung der Vertreterinnen der proletarischen Frauen ihre Stimme erhebt und erklärt: Fort mit der Viehsperre, fort mit der ganzen agrarischen Beutepolitik! Ich möchte die Annahme der Resolution empfehlen mit folgendem Zusatz:

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter werden ersucht, die Abschaffung bezw. die Sistirung des Oktrois auf Fleisch und Fleischwaaren zu beantragen.

Die Resolution wird mit dem Zusatzantrag Zetkin einstimmig angenommen.

Frau **Gregor**-Görlitz befürwortet den Antrag der Görlitzer Genossinnen. Die „Gleichheit" müsse besonders in ihrem letzten Theile einfacher geschrieben und dem Verständniß der proletarischen Frauen mehr als jetzt angepaßt werden.

Frau **Zetkin**: Die „Gleichheit" ist in erster Linie ein Organ zur Schulung der im Kampfe stehenden Genossinnen; sie soll sie theoretisch schulen, ihnen eine Richtschnur für die Praxis der Theorie geben. Aber in jeder Nummer ist ein einfacher, schlichter Artikel enthalten, der zur Agitation unter den Arbeiterinnen bestimmt ist. Gewiß könnte in dieser Hinsicht noch mehr geschehen. Aber dies ist in erster Linie eine Frage Ihrer Mitarbeit. Arbeiten Sie Alle, so viel wie nur möglich, an der „Gleichheit" mit, die Genossinnen werden arbeitend lernen.

Der als Gast anwesende Delegirte **Wolf**-Bochum hebt hervor, daß die „Gleichheit" für die breite Frauenwelt nicht recht geeignet sei. Auch in der Parteipresse würde den Frauen zu wenig geboten.

Frau **Zietz**-Hamburg: Die „Gleichheit" soll ein führendes Organ für die fortgeschritteneren Genossinnen sein. (Sehr richtig!) In ihrem ersten Theil muß sie zu allen Tagesfragen Stellung nehmen. Im zweiten Theil ist die Sprache so populär, so verständlich, daß sie auch von den einfachsten Frauen verstanden werden kann. Zu einem Familienblatt aber kann die „Gleichheit" nicht ausgestaltet werden. (Bravo!)

Der Antrag Görlitz wird hierauf gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Frau **Zietz**-Hamburg beantragt zur Interpretation der Resolution des Mainzer Parteitages bezüglich der Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen folgende Resolution, die dem Münchener Parteitag zur Annahme vorgelegt werden soll:

„Die Konferenz sozialistischer Frauen erklärt, daß durch das Organisationsstatut, das der Parteitag zu Mainz der sozialdemokratischen Partei gegeben hat, das vom Parteitag zu Gotha den Frauen zuerkannte Recht nicht berührt wird, zur einheitlichen und planmäßigen Betreibung der Agitation unter den proletarischen Frauen eine eigene Vertrauensperson zu wählen."

In Hamburg ist die Meinung vertreten, daß in denjenigen Bundesstaaten, wo wie in Hamburg, Baden, Württemberg, Hessen und Sachsen, die Frauen Mitglieder der sozialdemokratischen Wahlvereine werden können, es nicht nothwendig ist, eine besondere weibliche Vertrauensperson zu wählen. Man ist der Ansicht, daß sich die Mainzer Resolution nicht auf die männlichen, sondern auf die weiblichen Vertrauenspersonen bezieht. Aber auch in den Ländern mit freierem Versammlungsrecht fordern wir nicht aus Eigenbrödelei, sondern aus dem Bedürfniß der Agitation heraus eine weibliche Vertrauensperson. Die falsche Interpretation des Mainzer Beschlusses soll durch unsere Resolution beseitigt werden. (Beifall.)

Die Resolution wird nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen.

Auf Vorschlag von Frau Greifenberg wurde Frl. Baader zur Zentral-Vertrauensperson für Deutschland in Anerkennung ihrer ausgezeichneten Leistungen einstimmig wiedergewählt.

Frau **Popp**-Wien ladet zu der zweiten sozialdemokratischen Frauenkonferenz Oesterreichs, die zu Ostern in Wien stattfindet, Vertreterinnen der deutschen Sozialdemokratie ein, die der herzlichsten Aufnahme gewiß sein dürften. (Beifall.)

Vorsitzende Frau **Zetkin**-Stuttgart: Wir sind am Schlusse unserer Berathungen angekommen. Unsere Arbeit kann nicht gemessen werden an der Arbeitsleistung der großen deutschen Parteitage. Unsere proletarische Frauen-

bewegung ist noch jung und muß durch Erfahrung lernen. So muß auch betreffs der Organisirung und der Vorbereitung der Frauenkonferenzen noch Manches besser werden. Aber die hervorgetretenen Fehler gehören zu denen, von denen Auer einmal sagte: sie seien dazu da, um gemacht zu werden. (Heiterkeit.) Die praktische Erfahrung birgt die zukünftige Besserung in sich. Wir können mit den Ergebnissen der Münchener Konferenz zufrieden sein. Unsere Verhandlungen über die Heranbildung von Agitatorinnen und über die praktische Reformarbeit werden von Bedeutung sein für die Entwickelung der proletarischen Frauenbewegung. Es ist der Vorwurf erhoben worden, daß die Genossinnen nicht genügend auf diese Debatten vorbereitet gewesen seien. Dieser Vorwurf muß zurückgewiesen werden. Allerdings haben nicht alle Genossinnen ihre Rede damit eingeleitet, daß sie auf Grund eingehender Studien sprächen. Trotzdem haben alle Genossinnen mit großer Sachkenntniß gesprochen, die ihrer praktischen Reformthätigkeit entsprang. Sie mußten sich ja kurz fassen wegen der Knappheit der Zeit und konnten es thun, weil es sich nur um innerhalb der Arbeiterbewegung schon seit langem diskutirte Fragen handelte. Wir mußten Stellung nehmen zu den Fragen, die durch die politische Situation in den Vordergrund des nächsten praktischen Tageskampfes geschoben sind. Diese Stellungnahme war besonders nothwendig angesichts des Gethues und Gehabes der bürgerlichen Sozialreformer. Die Frauenkonferenz mußte bekräftigen, daß sie nicht die Ansicht jener bürgerlichen Auchsozialreformer theilt, die mit gleicher Inbrunst dem reaktionären Reichsamt des Innern, das sich mit 12 000 Mark subventioniren ließ, zugethan sind und nebenbei manchmal auch ein wenig den Bruder Arbeiter oder die Schwester Arbeiterin an ihr professorales Herz zu drücken geruhen. Wir mußten Stellung nehmen gegenüber jenen Sozialreformern, die ihr soziales Herz erst dann entdecken, wenn sie in Folge des Waltens jener Schicksalskräfte, die in Herrn von Lukanus verkörpert sind, ihr Ministerportefeuille verloren haben. (Heiterkeit und Beifall.) Wir proletarischen Frauen haben klipp und klar erklärt, was wir fordern. Wir haben uns begnügt mit der Forderung solcher Reformen, die geeignet sind, das Proletariat geistig, sittlich und wirthschaftlich im Klassenkampfe zu kräftigen. Wir haben uns nicht auf solche Reformforderungen eingelassen, die aus der utopistischen Auffassung hervorgehen, als könne man in den Klassenstaat der Gegenwart ein kleines Stückchen des sozialistischen Zukunftsstaates einschmuggeln. Unsere Konferenz hat damit bewiesen, daß sie Fleisch vom Fleische der gesammten deutschen Sozialdemokratie ist. In der proletarischen Frauenbewegung ist der Odem des proletarischen Befreiungskampfes lebendig. Wir dürfen die stolze Ueberzeugung hegen, daß heute am Webstuhl der Zeit nicht nur thätig sind jene objektiv wirkenden Kräfte, die die Vorbedingungen schaffen für die Befreiung alles Lebendigen, sondern auch jene geistigen, lebendigen Kräfte, die eines Tages befähigt sind, die heutige Gesellschaftsordnung abzulösen und zu ersetzen durch eine Gesellschaft der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für Alle. In der Zuversicht, die uns diese Ueberzeugung giebt, wollen wir Alle gestärkt und gekräftigt mit neuem Muth, mit frischer Begeisterung an die Arbeit gehen, die uns in der Zukunft erwartet. Das bekunden wir auf's Neue durch den Ruf: Die proletarische Frauenbewegung, die nur ein Theil der allgemeinen sozialistischen Bewegung ist, die sozialdemokratische, internationale, revolutionäre Bewegung, sie lebe hoch! (Die Anwesenden stimmen dreimal begeistert in den Ruf ein und nehmen die Ausführungen der Rednerin mit stürmischem, anhaltendem Beifall auf.)

Darauf erklärt die Vorsitzende Frau Zetkin die Frauenkonferenz für geschlossen. Schluß der Sitzung 12 Uhr.

Sprech-Register.

Die mit einem * versehenen Zahlen beziehen sich auf die Frauenkonferenz.

Agster 115.
Arons 197.
Askew 98.
Auer-Berlin 96. 101. 155.

Baader-Berlin 288*. 290*. 293*. 295*. 299*.
Bader-München 262.
Baethge 97.
Bebel 124. 152. 154. 155. 223. 243. 255. 264.
Bérard 250. 268.
Bernstein 123. 145. 196.
Beyer 165. 279.
Birk 95.
Birnkammer 172.
Blos 273.
Böhle 130. 131. 147.
Bömelburg 117. 199.
Borchardt 197. 278.
Braun, Lily 192. 278. 291*. 294*. 298*. 299*. 300*. 302*. 304*.
—-Nürnberg 116. 133. 162.

David 127. 147. 260. 261. 267.
Dickreiter 246. 269.
Diehl 196.

Ebert 131. 163. 279. 298*. 299*.
Eberhardt-Charlottenbg. 243.
Eberhard-Forst 274.
Eichhorn 172. 179. 220.
Eitzerodt 177.
v. Elm 163. 194. 199. 259. 266.
Emmel 128. 147. 271.
Engler 276.

Fischer-Berlin 120. 164. 165. 253. 269. 270.
Fischer-Briesnitz 171. 178.
Fischer-Hannover 260. 268.
Förster 255.
Frohme 115. 219.

Gerisch 110. 162. 248. 249. 250. 272.
Geyer 237.
Gogowski 148. 155. 255.
Gregor 307*.
Greifenberg 290*. 293*. 301*.
Grunwald 118. 262. 267.
Grünwald 194. 270.

Hanisch 268.
Heine-Berlin 121. 129. 144. 203. 267.
Hengsbach 238. 304*.
Heymann-Breslau 148. 268.
Hoch 178. 191.
Hoffmann-Berlin 118. 129. 162. 242. 250. 253. 266.
Hoffmann-Hamburg 165. 170. 220. 248. 250. 251. 275. 295*.

Kähler 175. 291*. 293*. 294*. 295*. 299*. 301*. 306*.
Kautsky 133. 147. 162. 256. 258.
Kiesel 115. 250. 271.
Kimmel 253. 269.
Kittler 238.
Kolb 132. 165. 256.
Koenen 145. 253.
Krause 251. 276.
Krohn 241.

Leber 175. 279.
Ledebour 151. 154. 155. 241. 305*.
Leopold 249.
Leutert 173. 260.
Leyendecker 131. 178. 240. 243.
Lerda 99.
Lindemann 203. 211.
Lipinski 119.
Luxemburg 149. 154. 161.

Meist 145.
Meister 112. 223.
Metzger 275.
Molkenbuhr 180. 198. 200.
Müller-Görlitz 164.
Müller-Hamburg 169. 297*. 299*.
Müller-Zürich 100.

v. Oppel 292*. 296*. 299*. 304*.

Nemec 98.

Pfannkuch 163. 164. 246. 249. 274. 275. 278.
Poller 172.
Popp 292*. 301*. 304*. 307*.

Raab 192.
Rollwagen 133.
Rosenow 166. 179.
Rudolph 196. 201. 248.

Schlesinger 292*. 293*. 304*.
Schmalfeld 277.
Schmid-Düsseldorf 122.
Schmidt-Frankfurt a. Main 272. 275. 278.
Schöpflin 279.
Schrader 197.
Schubert 173.
Schulz-Magdeburg 277.
Seifert 279.
Seliger 98.
Sinderman 279.
Singer 96. 97. 115. 119. 120. 136. 137. 147. 155. 196. 202. 203. 221. 223. 241. 246. 252. 254. 255. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 266. 271. 272. 273. 276. 278. 279. 280.
Stadthagen 136. 137.
Stolle 220.
Stubbe 199.. 255.
Südekum 266.

Thiel-Cassel 250.
Thiel-Tempelhof 295*. 305*.
Timm 177. 247.

Ulrich 143.

Vandervelde 99.
Vogt 262.
v. Vollmar 138. 147. 173. 193. 203. 220. 240. 243. 246. 247. 251.

Wackwitz 291*.
Wehmann 290*. 292*. 299*.
Weinschild 171. 247. 268.
Weiß 130. 291*.
Welcker 237. 242. 252. 253.
Wels 165. 170.
Weyl 275. 291*. 295*. 299*.
Windhoff 117. 130. 164. 199. 275.
Winter 149. 256.
Wolderski 276.
Wolf 115. 193. 273. 307*.
Wurm 263. 264.

Zetkin 141. 147. 175. 239. 254. 292*. 294*. 295*. 296*. 300*. 303*. 306*. 307.
Zietz 174. 198. 252. 255. 291*. 292*. 294*. 298*. 299*. 301*. 305*. 307*.
Zubeil 119. 179. 192. 279.

Sach-Register.

Bei den mit einem * versehenen Zahlen sind die entsprechenden Anträge zu finden.

Abstimmungs-Ergebniß 282.
Accordmaurer Hamburgs 248.
Achtstundentag 83*. 84*. 89*. 168 u. ff.
— für Seeleute 57.

Agitation — Anträge 80. 255. 272.
— unter d. Frauen 39. 292 u. ff.
— gegen den Zolltarif 12. 39. 293. 310.

Agitationsschriften 28.
Alkoholfrage 81*. 84*. 85*. 86*. 89*. 93*. 255. 273.
Anträge — abgelehnte 282.
— zur Agitation 80. 255. 272.

Anträge, zur Alkoholfrage 86. 89. 93. 255. 273.
— angenommene 282.
— zur Arbeiterversicherung 77. 83. 89. 92. 93. 245.
— zu Kommunalpolitik 77.
— — Eitzerodt 193.
— — der Redaktions-Kommission 202. 90. 92. 219. 220. 222. 223.
— zur Maifeier 83. 164.
— nachträglich eingegangene 87—94.
— zur Organisation 79.
— zu Parlamentarisches 83.
— an den Parteitag 77—94.
— betr. den nächsten Parteitag 84. 255. 277.
— zur Presse 80.
— Schicksal derselben 282.
— Sonstige 245. 255.
— zur Tagesordnung 77.
— zur Taktik 78.
— zum Vorstandsbericht 77.
Arbeiter in chemischen Industrien 178.
Arbeiterinnenschutz 290. 296. 298.
Arbeiter-Notiz-Kalender 26. 28. 82*. 268.
Arbeiterpresse-Verein 78*. 108. 115. 119. 136. 165.
Arbeitersekretariate 69. 177.
Arbeitersekretariat — Beuthener 68.
Arbeiterversicherung 77*. 83*. 89*. 92*. 93*. 168. 180 bis 201. 245*.
Arbeitslosen-Beschäftigung 14
— -Versicherung (siehe Arbeiterversicherung).
— -Zeitung 28.
Arbeitslosigkeits-Interpellation 66.
Armenlasten 181.
Armenpflege 92. 214. 220.
Aufhebung des Erfurter Beschlusses gegenUnabhängige 94*. 276.
Ausgaben der Genossinnen 40.
— für Kolonien 53.
— für Marine 51.
— für Militär 50.
— der Parteikasse 29.
— für die Parteipresse 32.
— des Reichs 44.
— des Vorwärts 27.
Auswärtiges Amt 49.

Beisitzer-Wahl 271.
Bericht der Buchhandlung Vorwärts 28.
— des Kassirers 78*. 110. 162.
— der Kontrolleure 112. 223.
— der Mandatsprüfungskommission 163.
— der Neunerkommission 163.
— über die parlamentarische Thätigkeit 41—77. 82*. 166 bis 180.
Bericht über die parlamentarische Thätigkeit — Inhaltsübersicht 41.
— des Parteivorstandes 11 bis 38. 83*. 101—129. 131—278.
— — Anträge 77.
— der Reichstagsfraktion 41 bis 77. 166—180.
— der Vertrauensperson der Genossinnen 39.
— über den Vorwärts 26.
Berthold 249.
Beschwerden gegen die Parteileitung (siehe Bericht der Kontrolleure).
Beschwerdekommission der Genossinnen 40. 290. 297. 299.
Beuthener Arbeitersekretariat 68.
Bochumer Angelegenheit 107. 113. 115. 117. 162.
Branntweinsteuervorlage 62.
Broschüren 82*.
— gegen das Centrum 80*. 81*.
Buchhandlung Vorwärts 28. 114.
Bureau des Parteitags 10.
Bureauwahl der Frauenkonferenz 288.
Bureauwahl des Parteitags 96.

Chinapolitik 50.
Christliche Gewerkschaften 17.
Centrums-Bekämpfung 102. 118. 238. 272.
—Flugblätter—gegen 80*. 103
— Broschüren — gegen 80*.
Centrum und Seemannsordnung 57.
Centrum und Zolltarif 42. 176. 225.

Delegirtenliste 283.
Depeschen und Zuschriften 312.
Diktaturparagraphen 61. 272.
Dortmunder Parteipresse 107. 115.
Druckerei der Partei 26.
Druckfehlerberichtigung 312.
Duell-Interpellation 71.
Duellunfug 50.
Düsseldorfer Presse 107. 117. 122.

Eichhorn — Frau † 12.
Einnahmen der Genossinnen 40.
— der Parteikasse 29. 33. 110.
— der Parteipresse 112.
— des Reiches 44. 45.
— — aus Zöllen 54.
— des Vorwärts 27.
Eisenbahnamt 56.
Elsaß-Lothringensche Presse 107. 113. 128. 131.
Erdmann 38.
Eröffnung des Parteitags 95.
Etatsberathungen 45.
Etat des Reichs 44.
— des Reichstags 47.
Festsetzung der Tagesordnung 96.
Fliegender Gerichtsstand 61.
Flottengesetz 52.
Flugblätter 12. 13. 80*. 82*. 239.
— gegen das Centrum 80*. 103.
— zur Frauenagitation 12. 40. 289.
— gegen den Zolltarif 12. 289.
Fraktions-Bericht (s. Bericht).
Frauenagitation—Bericht 39. 290.
Frauenarbeit in Fabriken 174. 290.
Frauenbildungsvereine 40. 289.
— in der Gewerkschaftsbewegung 40. 253. 289.
— Konferenz-Bericht 39. 289 u. ff.
— in Vereinen 94.* 290. 297. 299.
— in politischen Vereinen 39. 252. 253.
Frauenwahlrecht 302.
— in Versammlungen 22. 39. 302.
— Preußische Ministerialverfügung 23.
— als Vertrauenspersonen 88*. 253. 289 u. ff.
Freisinnige Volkspartei 52. 65.
Fremdwörter-Verzeichniß 81*
Gäste auf dem Parteitage 97.
Gemeindepolitik 77*. 82*. 90*.
Gemeindewahlen 14. 20.
Gemeindevertreter 20. 86.
Generalstreik in Belgien 18.
Gerichtsstand — fliegender 61.
Geschäftsbericht (siehe Bericht)
Geschäftsordnung 96.
Gesetzentwürfe 56.
— kleinere 65.
Gesundheitsamt 48.
Gesundheitspflege 90.
Gewerbegerichte 92*. 275.
Gewerbegerichtswahlen 20. 275.
Gewerkschaften—christliche 17.
— als politische Vereine 23.
Gewerkschaftsbeiträge 109. 155.
— Erklärung Metzgers 166.
Gewerkschaftskongreß 17. 109.
— -Presse 26.
Gleichheit 39. 40. 111. 307.
Granitbeißerrede 46.
Hamburger Accordmaurer 248.
Handbuch — Parlamentarisches 84*.
— Sozialdemokratisches 26. 28. 272.
Handelsverträge 12. 231. 239.

Heimarbeiter 87*. 168. 171. 172. 175. 297. 301.
Hunnenbriefe 38.

Jahn'sche Angelegenheit 113. 163.
Jesuitengesetz 69.
„In Freien Stunden" 28.
Initiativanträge 47. 71.
Internationale Konferenz 17.
Internationaler Kongreß 89*. 202.
Internationales 18.
Interpellationen 66.
— über Arbeitslosigkeit 66.
— über Beuthener Arbeitersekretariat 68.
— über Duelle 71.
— über Jesuitengesetz 69.
— über Beihilfe für Kriegsinvaliden 69.
— über Militärpensionsgesetze 70.
— über Wreschener Vorgänge 70.
Justizetat 55.

Kalender 82*.
Kassenbericht 29. 78*. 110. u. ff. 162.
— Decharge-Ertheilung 114. 163.
Kaufmännische Schiedsgerichte 72.
Kegel † 12.
Kerl's Angelegenheit 114.
Kinderarbeit 59. 167.
Kinderschutz 297. 301.
Kolonialetat 53.
Kommunalpolitik 77*. 90*. 92*. 203—223.
Kommunales Steuerwesen 209.
Kommunistischer Arbeiter-Bildungsverein 18.
Konsumvereine 109.
Kontrolleure — Bericht 12. 223.
— Wahl 237. 271.
Kontrollkommission 271.
Krankenversicherung 83*. 168. 170.
— (siehe auch Arbeiterversicherung).
— der Heimarbeiter 171.
Kreistagswahlen 19.
Kriegsinvaliden-Beihilfe 69. 75.

Landtagswahlen 19. 20.
Landtagswahlgesetze 82*.
Landtagswahlrecht 16.
Lebensmittel-Zölle 55. 85. (siehe auch Zolltarif).
— -Verteuerung 85*. 289.
Lex Rintelen 75.
Liebknechts-Denkmal 16.
Lohnbeschlagnahme 181.

Maifeier 21. 83*. 164.
— und Metallindustrielle 25.
Maifestzeitung 82*. 269.
Mandats-Prüfungs-Kommission 10.
— der Frauenkonferenz 294.
— Bericht 130.
— Wahl 96. 148.
Marine-Etat 51.
Metzner † 114.
Militär-Boykott 14.
— Etat 50.
— Pensionsgesetze 70.
Möller † 11.
Mülhauser Volks-Zeitung 87*. 107. 113. 128. 131. 272.
Mutterschaftsversicherung 300.

Nachruf für Verstorbene 11. 12. 114.
Nachwahlen zum Reichstag 15. 18.
„Neue Welt" 26. 81*. 87*. 255.
— — „Kalender" 26. 110.
„Neue Zeit" 81*. 111. 119 u. ff. 155. 176. 256 u. ff.
Neuner-Kommission 10.
— Bericht 163.
— Wahl 96.
„Notiz-Kalender" 26. 28. 82*. 268.
Nürnberger Organisationsstreit 21. 109. 114. 246.

Offenbacher Kreistagswahlen 19.
— Stadtverordnetenwahlen 14.
Organisation 6. 21. 109. 246.
— Anträge 79.
— der Frauen 39.
Organisationsstreit in Berlin 113. 115.
— in Nürnberg 21. 109.
Oesterreichischer Parteitag 18.

Paragraph 616 des Bürgerlichen Gesetzbuch 83*. 168. 172.
Parlamentarisches 83*.
Parlamentarische Thätigkeit 41—77. 166.
— Inhalts-Uebersicht 41.
Parlamentarisches Handbuch 84*.
Parteibeiträge 29. 33. 110. 116.
Parteidruckerei 26.
Parteieinnahmen (siehe Kassenbericht).
Parteiorganisation 6. 21. 109. 246.
— Anträge 79.
Parteipresse 25. 32. 78*. 80*. 82*. 83*. 88*. 104. 110. u. ff. 255. 271.
— in Dortmund 107.
— in Düsseldorf 107.
— in Elsaß-Lothringen 81*. 107. 271.
— im Rheinland 107.
— Einnahmen 112.
Parteiprogramm 3.
Parteischiedsgericht 21.
Parteitag — nächster 84*. 85*. 89*. 92*. 94. 277. 278.
Parteitage — spätere 79*. 88*.
Parteitagsbeschlüsse — frühere 102. 116. 125*.
Parteitagsprotokoll 85* 116. 120.
Parteivorstand — Bericht 11 bis 38. 94*. 101—129. 131 u. ff. 278.
— — Anträge 77.
— Vorschlagsliste 94.
— Wahl 237. 271.
Petitionen 75.
— gegen Zollwucher 13.
Polenpolitik 18.
Polizeistunde 24.
Polnische Partei 21. 78*. 85*. 87*. 88*. 105. 148 u. ff.
— — Presse 80*. 104. 255.
Post-Etat 55.
Presse (siehe Parteipresse).
— Anträge 80*. 88*.
Preußische Konferenz 85*. 97. 101. 115. 118.
— Landtagswahlen 17. 85*. 77*. 97.
Programm 3.
Proportionalwahlsystem 92*. 275.
Protokoll des Parteitags 85*. 116. 120.

Reichsamt des Innern 17. 47.
Reichseisenbahnamt 56.
Reichsgesundheitsamt 48.
Reichshaushalts-Etat 44.
Reichspost-Etat 55.
Reichsschulden 55.
Reichstagsfraktion — Bericht 166.
Reichstags-Handbuch 26. 28. 84*.
— Nachwahlen 15. 18.
Reichstagswahl 88*. 223. 237.
— Verhalten bei Stichwahlen 78*.
Reichsversicherungsamt 49.
Religion und Socialdemokratie 237 u. ff. 253.
— (siehe auch Centrum).
Resolutionen (siehe auch Anträge).
— zur Seemannsordnung 58.
Roßkopf'sche Angelegenheit 114.
Russische Genossen — Sympathie-Erklärung 85*. 94*. 276.

Saalabtreiberei 14.
„Sarja"-Beschwerde 113.
Schaumweinsteuergesetz 62.
Schiedsgerichte — Kaufmännische 72.
Schmitz'sche Erbschaft 29. 104.

Schoch † 11.
Schönlank 11.
Schulwesen 85*. 214.
Seemannsordnung 56. 167. 169. 170.
Selbstverwaltung der Gemeinden 206.
Sitzungszeit des Parteitags 9. 96.
Sozialdemokratische Gemeinde-Vertreter 20. 86*.
Sozialdemokratisches Reichstags-Handbuch 26. 28. 84*. 272.
Sozialistische Monatshefte" 119 u. ff. 256 u. ff.
Sozialpolitik in der Gemeinde 91. 92*. 215.
— im Reichstage 48.
Submissionswesen 92*. 216. 220.
Süßstoffgesetze 65.
Staatsangehörigkeit 87*
Statistisches Amt 49.
Strafregister 37.
Strandungsordnung 56.
Swienty † 11.

Tagesordnung des Parteitags 9. 101.
— des nächsten Parteitags 84*. 255. 277.
— Anträge 77.
— Festsetzung 96.
Taktik der Partei 78.
Taktik — Anträge 78.
— bei Stichwahlen 213.
Telegraphen-Etat 55.
Toleranz-Antrag 74.
Transvaalpolitik 18.

Unfallstatistik 49.

Verbrauchssteuern 54.
Verein „Arbeiterpresse" 78*. 108. 115. 119. 136. 155.
Vereinsrecht 22.
Vergnügungsvereine 88*. 275.
Versammlungs-Auflösungen 14. 15.
— in Sachsen 15.
— in den Mitteldeutschen Staaten 16.
Versammlungsrecht 22.
— der Frauen in Preußen 22.
— — Preußische Ministerialverfügung 23.
Versammlungsverbote 14. 15.
Verzinsung der Reichsschulden 55.
Vieh'sche Angelegenheit 112. 114. 223.
Volksbildung 91. 213. 221.
Vorlagen an den Parteitag 11.
Vorstand (siehe Parteivorstand).
Vorversammlung 95.
„Vorwärts" 26. 29. 37. 112. 114.
— Einnahmen und Ausgaben 27.

Wahl der Beisitzer 271.
— des Bureaus 96.
— der Kontrolleure 237. 271.
— der Mandatsprüfungs-Kommission 148.
— des Parteivorstandes 237. 271.
Wahlen zum Reichstag 15. 18.
Wahlflugblätter 94*. 239.
Wahlgeheimniß 73.
Wahlkreis-Vertretung auf dem Parteitag 250.
Wahlprüfungen 75.
Wahlrecht—Kommunales 260.
— zu den Landtagen 16.
„Wahre Jakob" 82*. 111.
Wildberger 94*. 276.
Wittich † 11.
Wittwen- und Waisenversorgung 42.
Wohnungswesen 46. 83*. 91. 111*. 168. 211. 220.
Wreschener Vorgänge 70.

Zentralorgan (siehe „Vorwärts").
Zentrum (siehe unter C).
Zölle 54.
Zolleinnahmen des Reichs 54.
Zolltarif 12. 38. 39. 41. 60. 76. 88*. 166. 172. 176. 225 u. ff. 237 u. ff. 310.
Zuckersteuergesetz 63.
Zusammenstellung über das Schicksal der Anträge 282.

Zuschriften und Telegramme:

Altona. Verband der Hafenarbeiter Mitgliedschaft Schauerleute. — Amsterdam. Holländische Arbeiterpartei. — Bad Reichenhall. Genossen. — Berlin. Sozialistische Ungarn. — Bielefeld. Vereine für Sicker und Umgegend. — Bournemoud. Redaktion der russischen sozialdemokratischen Zeitschrift „Schisn Posze". — Brüssel. Intern. Sekretariat. — Budapest. Ungarische Parteileitung. — Dresden. Genossen aus Dr.-Altstadt. — Essen. Genossen. — Erlangen. Freie Turner; Genossen. — Genf. Intern. Freidenkerkongreß. — Göschwitz. Vom Sommerfest des Arbeitervereins Lobeda; Gesangverein „Sängerchor" und Wahlverein Jena. — Griesheim. Gesangverein. — Hamburg. Verbandstag der Zivilmusiker. — Höchst. Genossen. — Kiel. Rottenbrüder im Englischen Garten. — Köln. Genossen von St. Severin. — Kopenhagen. Sozialdemokratie Dänemarks; Arbeiterverein Vorwärts. — Krakau. Polnisch-österreichische Parteileitung. — Kusel-Altenglau. Genossen. — London. Kommunistischer Arbeiterbildungsverein. — Meißen. Gesangverein Liedergruß. — Memmingen. Genossen. — Merzig a. d. Saar. Mehrere Genossen. — Metz. Sozialdem. Partei. — Oranienburg. Genossen aus der Heilstätte Grabowsee. — Paris. Französische Arbeiterpartei; Sozialistische Partei (Generalrath und Interfederales Komité); Deutscher sozialdemokratischer Leseklub. — Pirmasens. Versammlung. — Russische Revolutionäre, Redaktion der „Iskra" und „Sarja". — Sozialdemokratische Partei in Russisch-Polen und Litthauen für die „Liga der russisch-revolutionären Sozialdemokratie", des „Petersburger Komités der russischen Sozialdemokratie und des Nördlichen Arbeiterbundes". — Solingen. Volksverein. — Sonneberg. Versammelte Genossen mit ihren Frauen und erwachsenen Kindern. — St. Wendel. Einige Getreue. — Tegernsee. Genossen. — Villach. Sozialdemokratische Organisation. — Zürich. Russisch-revolutionäre Sozialdemokratie.

Druckfehler-Berichtigung.

S. 131 Zeile 17 von oben muß es heißen: Antrag **98**, nicht 98a.

Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW, 68, Lindenstr. 69.

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abgehalten zu Dresden
vom 13. bis 20. September 1903

Berlin 1903
Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Th. Glocke in Berlin).

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich *eins* mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung richte sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Truckſystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Mainz 1900.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Partei-Vorstand beruft. Die Hälfte der Beisitzer wird von denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Partei-Vorstand.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Betroffenen die Berufung an die Kontroll-Kommission und den Parteitag zu.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Partei-Vorstand, gegen die Kontroll-Kommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen wählen die Parteigenossen in den einzelnen Orten oder Reichstagswahlkreisen in zu diesem Zwecke berufenen Vereins- oder Partei-Versammlungen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Orten oder Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort dem Partei-Vorstande mitzuteilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen sofort eine Neuwahl vorzunehmen und ist das Resultat derselben entsprechend § 4 Abs. 2 dem Partei-Vorstande mitzuteilen.

§ 6. Da, wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Partei-Vorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Partei-Vorstand mit der Kontroll-Kommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Centralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Partei-Vorstand einzureichen, der dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das Centralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Partei-Vorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist eine Beschlußfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstags-Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem der Partei-Vorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. auf einstimmigen Beschluß des Partei-Vorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontroll-Kommission.

Falls der Partei-Vorstand sich weigert, einem gestellten Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Centralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Centralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Partei-Vorstand.

§ 13. Der Partei-Vorstand besteht aus 7 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassierer, die berechtigt sind, sich gegenseitig zu vertreten, sowie 2 Beisitzern.

Die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassierers erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontroll-Kommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Partei-Vorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Centralorgan der Partei bekannt zu machen.

Der Partei-Vorstand verfügt nach eigenem Ermessen über vorhandene Gelder.

Der Partei-Vorstand oder die Kontroll-Kommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen.

Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Partei-Vorstand oder der Kontroll-Kommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Partei-Vorstandes, der Kontroll-Kommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 14. Die Mitglieder des Partei-Vorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Der Partei-Vorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

§ 16. Scheidet ein Mitglied des Partei-Vorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontroll-Kommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Kontroll-Kommission.

§ 17. Zur Kontrollierung des Partei-Vorstandes, sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Partei-Vorstand, wählt der Parteitag eine Kontroll-Kommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontroll-Kommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, so weit die Kontroll-Kommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontroll-Kommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Centralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontroll-Kommission oder des Partei-Vorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Centralorgan der Partei.

§ 1. Centralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt".

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Centralorgans, sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Partei-Vorstande über alle Angelegenheiten des Centralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Partei-Vorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontroll-Kommission, der Partei-Vorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Abänderung der Organisation.

§ 19. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens $^3/_4$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tages-Ordnung des Parteitages.

Sonntag den 13. September, abends 7 Uhr:

Vorversammlung.

Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tages-Ordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Montag den 14. September und die folgenden Tage.

1. Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: W. Pfannkuch und A. Gerisch. — a) Allgemeines. b) Kasse. c) Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse. d) Differenz zwischen dem Genossen Bebel und der Vorwärts-Redaktion. e) Polenfrage.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter: A. Stadthagen.
4. Taktik der Partei. a) Reichstagswahlen. b) Vizepräsidialfrage. c) Die revisionistischen Bestrebungen.
5. Maifeier. Berichterstatter: R. Fischer.
6. Der internationale Kongreß in Amsterdam 1904. Berichterstatter: P. Singer.
7. Anträge zum Programm und zur Organisation.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Vorstandes und der Kontrolleure sowie des Ortes des nächsten Parteitages.

Sitzungszeit des Parteitages:
Vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Singer-Berlin. — Kaden-Dresden.

Schriftführer:

Frl. Baader-Berlin.
Feldmann-Langenbielau.
Keil-Stuttgart.
Lohrberg-Hannover.
Meist-Köln.
Oppel-Berlin.
Stengele-Hamburg.
Stücklen-Altenburg.
Weidner-Frankfurt a. M.

Mandats-Prüfungs- und Neuner-Kommission.

Brey-Hannover
Busold-Friedberg.
Frank-Mannheim.
Gruenwaldt-Hamburg.
Pickelmann-München.
Rackl-Nürnberg.
Stolp-Grünberg.
Wels-Berlin.
Frau Zietz-Hamburg.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Partei-Vorstandes.

Dem Gebot der Pietät folgend, gedenken wir an erster Stelle in treuer Erinnerung unserer Toten. Zahlreich ist die Schar der Namenlosen, die in treuer Pflichterfüllung, in Reih und Glied für die Befreiung der Arbeiterklasse kämpfend, gefallen sind. Ehre ihrem Andenken! Sie alle haben in gleichem Maße für die Ausbreitung der Parteigrundsätze, für die Förderung der Agitation und Organisation gewirkt, wie diejenigen, deren Namen weiteren Kreisen bekannt wurden und deren Verlust wir in dem Berichtsjahr zu beklagen haben.

Die Natur fordert unerbittlich ihren Tribut und so sehen wir die Reihen der „alten Garde" sich immer mehr lichten. Die Zahl derjenigen, die der sozialdemokratischen Bewegung von den 60er Jahren her angehören, wird immer geringer.

Bereits teilte der vorjährige Bericht die betrübende Nachricht mit, daß Max Kegel, einer der „Sänger des Proletariats", am 10. August für immer verstummt sei. Und wenn Kegels Muse nichts anderes geschaffen hätte, sein „Sozialistenmarsch" sichert ihm ein ehrendes Andenken in allen Herzen des Proletariats, so lange dasselbe den Klassenkampf zu führen gezwungen ist.

Zehn Tage später, am 20. August, hatte die Parteileitung den Tod eines ihrer Mitglieder — das älteste — zu beklagen. Theodor Metzner erlag, 72 Jahre alt, einem Herzschlag. Metzner hat die sozialdemokratische Bewegung in allen Phasen aktiv tätig mit durchlebt. Das Vertrauen der Berliner Parteigenossen beehrte ihn wiederholt mit dem Mandat eines Stadtverordneten. Der Parteileitung gehört Metzner eine Reihe von Jahren in ununterbrochener Folge an. All die Liebe, die dem „alten Metzner" entgegengebracht wurde und das Vertrauen, das er genoß, kam in der großartigen Beteiligung der Genossen bei dem am 24. August erfolgten Begräbnis zum Ausdruck.

Von den „Alten", die der Sensenmann dahinraffte, seien noch einige genannt. In Gadderbaum bei Bielefeld verstarb der Genosse Friedrich Wächter, 79 Jahre alt, der Bewegung von den frühesten Zeiten angehörend. — Desgleichen der Schuhmachermeister Friedrich Arendt in Bernau, zu Lassalles Zeiten Bevollmächtigter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und in den 70er Jahren Kandidat des Niederbarnimer Kreises. — In Dortmund verschied der Genosse Josef Pützfeld im Alter von 64 Jahren. Genosse Pützfeld war mit der Parteigeschichte Dortmunds seit dem Jahre 1872 aufs innigste verwachsen. — Und in Düsseldorf verschied am 9. Juni d. Js. der Genosse Rechtsanwalt Wilhelm Belles, der seinerzeit zu den im Elberfelder Geheimbundprozeß Angeklagten gehörte. In den letzten Jahren ist Belles aktiv nicht mehr hervorgetreten. — Die Mannheimer Genossen haben den Tod des Genossen Hermann Keßler zu beklagen, der 7 Jahre

Leiter unseres dortigen Parteiblattes war. Diese Tätigkeit hatte zur Folge, daß Keßler, der nur 40 Jahre alt geworden ist, 8 Monate seines Lebens hinter schwedischen Gardinen vertrauern mußte. Seiner erschütterten Gesundheit wegen trat Keßler 1898 aus der Redaktion der Volksstimme aus. Seit 1896 gehörte Keßler bis zu seinem Tod dem Stadtverordneten-Kollegium an.

* * *

Am 30. Oktober hatte Genosse Albert Schmidt die ihm wegen Majestätsbeleidigung zuerkannte 3jährige Gefängnisstrafe verbüßt. Dem Gesetz ist genügt; die Wähler haben den Teil des Urteils, der auf Aberkennung der durch öffentliche Wahlen übertragenen Ehrenämter erkannte, gründlich korrigiert. Das Stadtverordneten-Mandat gaben die Magdeburger Genossen dem Verurteilten sofort wieder zurück, und die diesjährigen Reichstagswahlen brachten dem Genossen Schmidt durch den Sieg in der Hauptwahl eine glänzende Genugtuung.

Nach Verbüßung einer 3jährigen Zuchthausstrafe wurde Genosse Holst-Wismar am 19. März aus dem Zuchthaus entlassen. Genosse Holst hat die schwere Strafe unstreitig als unschuldig Verurteilter erlitten und setzt alle Hebel in Bewegung eine Wiederaufnahme des Verfahrens und damit einen Freispruch zu erzielen. Der Verurteilung Holsts lag folgender Tatbestand zu Grunde. Die Polizei vermutete, daß an einem von einer Gewerkschaft veranstalteten Vergnügen auch Nichtmitglieder sich beteiligten. Durch Kontrolle der das Fest Verlassenden suchte die Polizei Anhaltspunkte für ihre Vermutung zu gewinnen. Bei Ausübung dieser Tätigkeit hielten sich die Polizeibeamten durch Zurufe zweier namhaft gemachten Genossen für beleidigt, und wurde das Strafverfahren gegen die beiden vermeintlichen Missetäter eingeleitet. Einer der Angeklagten bestritt seine Schuld und berief sich auf das Zeugnis des Genossen Holst, der eidlich aussagte, den Ruf des einen gehört, den des andern nicht gehört zu haben. Diese Aussage wurde Holst zum Verhängnis. Das Gericht nahm an, Holst habe durch sein Zeugnis einen Parteigenossen vor Strafe bewahren wollen. Nun ist es psychologisch gänzlich unverständlich, wie ein Parteigenosse dazu kommen sollte, den einen Genossen herauszuhauen und den andern hineinfallen zu lassen. Wir wünschen, daß es dem Schwergeprüften gelingen möge, seine Unschuld durch Gerichtsurteil festgestellt zu erhalten. — Die Segnungen der deutschen Preßfreiheit wurden drei Redakteuren des Vorwärts mit je 7, 6 und 4 Monaten Gefängnis zu teil. — Am 26. Mai wurde Genosse Thiele-Halle von der Anklage wegen Majestätsbeleidigung freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt. Wegen des gleichen Delikts war seinerzeit Genosse Haupt-Magdeburg zu 6 Monaten und Genosse Levy-Erfurt zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden.

* * *

Wie politische Polizeiagenten die ihnen gestellte Aufgabe — die Ueberwachung der sozialdemokratischen Propaganda — auffassen, davon war der „Vorwärts" wieder in der Lage, ein bezeichnendes Beispiel bekannt zu geben, das wir nachstehend reproduzieren.

Aufforderung.

Bei unserer Geschäftsstelle liegen zur Abholung

Sechzig Mark

welche am 13. Januar 1903 im Café Schiller an unsren Redaktionsboten für **Verleitung zum Treubruch und für Verrat von Geschäftsgeheimnissen an die politische Polizei** gezahlt wurden.

Der Auszahler kann dieselben gegen Quittung nach Ausweis der Identität seiner Persönlichkeit bei unserer Geschäftsstelle, Lindenstr. 69, 2. Hof II, abholen.

Redaktion des „Vorwärts".

Der Auszahler des Judaslohnes zog es vor, der Aufforderung der Redaktion nicht Folge zu leisten, weshalb sich die letztere zu folgender weiteren Aufforderung veranlaßt sah:

Die 60 Mark,

welche am 13. Januar 1903 im Café Schiller an unsren Redaktionsboten, **um zum Treubruch und zum Verrat von Geschäftsgeheimnissen an die politische Polizei zu verleiten,** gezahlt wurden, sind bisher nicht abgeholt worden.

Sollte der Empfangsberechtigte bis zum **Dienstag,** den 20. Januar, sich nicht melden, so nehmen wir an, daß es im Sinne des Spenders ist, wenn wir die Summe

der sozialdemokratischen Parteikasse

zum Zwecke des Kampfes gegen die preußische Polizeireaktion überweisen.

Redaktion des „Vorwärts".

Da auch diese Aufforderung seitens des Auszahlers unbeachtet blieb, wanderte die Summe in die Parteikasse — ein unfreiwilliger Beitrag für einen nicht gewollten Zweck.

* * *

Um das Koalitionsrecht zu schützen, beging unser Parteiblatt, die „Mecklenburger Volksztg.", in Rostock das absichtliche Vergehen der Verletzung des § 110 des Str.G.B., Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, ohne daß es dafür zur Verantwortung gezogen worden ist. Gelegentlich des vorjährigen Ausstandes der Maurer brachte der Rat von Rostock eine im Jahre 1897 erlassene Verordnung in Erinnerung, nach der es „Ausständigen Gewerbetreibenden, gewerblichen Gehilfen, Gesellen und Arbeitern verboten ist, auf öffentlichen Straßen und Plätzen, auf Bahnhöfen und Haltestellen der Eisenbahn, Brücken und Anlegestellen der Schiffe als Streikposten sich aufzustellen, aufzuhalten oder umherzugehen. Uebertretungen werden auf Grund des § 366, 10 des Strafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft."

Unser Rostocker Blatt führte an der Hand der Reichsgewerbeordnung, der Verhandlung des deutschen Reichstages vom 11. Juni 1900 und der Entscheidung des 3. Strafsenats des Reichsgerichts vom 4. Februar 1901, den Nachweis der Rechtsungiltigkeit der Verordnung und forderte, als die Verordnung nicht zurückgezogen wurde, die Rostocker Arbeiterschaft auf, die Verordnung nicht zu beachten und sich nicht zu fügen. Ein Strafverfahren wurde gegen unser Parteiblatt nicht eingeleitet, aber auch die Verordnung ist nicht zurückgezogen worden. Dagegen ist folgende von der „Rostocker Ztg." ausgegangene Notiz unwidersprochen geblieben:

„Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat die hiesige Staatsanwaltschaft in Sachen der Streikposten-Verordnung dem hiesigen Polizei-Amt mitgeteilt, daß sie die Rechtsgiltigkeit dieser Verordnung nicht anerkennen könne. Die daraufhin von der Polizeiverwaltung bei der Ober-Staatsanwaltschaft eingelegte Beschwerde ist von der letzteren zurückgewiesen worden."

Danach wird dem Rostocker Polizeiamt wohl nicht zum zweitenmal gelüsten, seine im Jahre 1897 paragraphierte Weisheit der Vergessenheit entreißen zu wollen.

Einen weiteren Schritt, das Koalitionsrecht sicher zu stellen und dem Unfug der schwarzen Listen zu steuern, unternahmen die Genossen in der württembergischen Kammer durch eine Anfrage an die Regierung dahingehend: ob die Regierung im Bundesrat für eine Vervollständigung des § 153 der Gewerbeordnung in dem Sinne eintreten wolle, daß jeder, der durch Erschwerung der Arbeitsgelegenheit, Drohung oder Verbot einen anderen an der Ausübung des in § 152 der Gewerbeordnung gewährleisteten Koalitionsrechtes verhindert, bestraft wird. Der Ministerpräsident gab Namens des Gesamtministeriums die Erklärung ab,

daß die Regierung im Bundesrat für eine solche Forderung nicht eintreten könne, da durch sie die rechtliche Stellung des Arbeiters und des Arbeitgebers zu Gunsten des ersteren in ungerechtfertigter Weise geändert werden würde.

Die Arbeiter sollen nach wie vor der durch „schwarze Listen" bedingten wirtschaftlichen Vogelfreiheit preisgegeben bleiben.

Zum Beweise für die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Aufbesserung der Lohnverhältnisse, lassen wir ein amtliches Aktenstück folgen, das eine eindringlichere Sprache redet, als die beste Agitationsrede oder lehrreichste sozialpolitische Abhandlung.

Der Nachlaß einer Arbeiterfamilie.

Ein Salinenarbeiter in Leopoldshall, der als fleißiger, ordentlicher Arbeiter allgemein bekannt war, starb an der Schwindsucht und fast gleichzeitig mit ihm wurde auch seine Frau von dem Würgengel dahingerafft. Vier unmündige Kinder stehen weinend an dem Grabe ihrer Eltern. Die behördliche Nachlaßregulierung ergab folgendes

Inventarium:	Taxe Mk.
1. An Kleidern und Taillen	1,50
2. „ Betten: 2 alte Bettstellen, 2 Decken, 4 Kissen	25,—
3. „ Porzellan	1,—
4. „ Möbeln:	
3 alte Tische	3,50
3 alte Stühle	5,—
1 alter Kleiderschrank	9,—
1 alter Küchenschrank	8,—
1 alte Kommode	1,50
1 alter Koffer	0,75
1 Küchenruck	0,75
2 Leisten mit Vorhängen	2,—
5. Blechgeräte 2c.: 1 alter Kochtopf, 1 alte Lampe 2c.	0,75
6. Waschgefäße: 1 altes Waschfaß	2,—
Summa	60,75

Passiven:	
An Leichen- und Begräbniskosten	24,—
Für den Schuhmacher	20,—
„ „ Bäcker	4,—
Aufnahme der Taxe	2,—
Summa	50,—

Bilanz:	
Aktiva	60,75
Passiva	50,—
Bleibt Aktiva	10,75

Leopoldshall, den 20. Januar 1903.

Der Taxator.

So sieht das traute Heim eines Arbeiters mit gesicherter Existenz aus und es wird in Hunderttausenden von Arbeiterfamilien nicht anders aussehen.

* * *

In der Auffindung der seltsamsten Gründe für Versammlungsverbote gebührt unstreitig nach wie vor dem Königreich Sachsen und dem Großherzogtum Sachsen-Weimar der Vorrang im deutschen Reich. Wir lassen einige Proben folgen:

An den Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei
Herrn Otto in Jena.

Andurch die ergebenste Mitteilung, daß ich die von Ihnen auf Sonntag, den 25. d. M., im hiesigen „Ratskeller" anberaumte öffentliche Volksversammlung nicht erlaube.

Ueber die nächsten Reichstagswahlen zu sprechen, ist ohnstreitig noch zu früh, da ist immer noch Zeit genug, wenn dieselben ausgeschrieben sind.

Mit Hochachtung

Rothenstein, den 22. Januar 1903. K. Seidler,
Gemeindevorstand.

In Neustadt a. Orla sollte über die Zolldebatten im Reichstag und die Stellungnahme des Abgeordneten des Kreises, Herrn Bassermann, zu denselben verhandelt werden. Die Versammlung wurde verboten, weil

„der Einberufer und der in der Versammlung auftretende Redner sozialdemokratische Agitatoren sind und daß der in der Versammlung zu behandelnde Gegenstand von solcher Beschaffenheit ist, daß dessen Behandlung durch einen sozialdemokratischen Agitator eine dringende Gefahr für die öffentliche Ordnung in sich zu schließen geeignet ist".

Gründlicher konnte der Stab über Herrn Bassermann und die von ihm vertretene Sache durch die sozialdemokratische Kritik nicht gebrochen werden, wie es durch vorstehendes Versammlungsverbot geschehen ist.

Die gegen uns von den verschiedensten Organen der bürgerlichen Gesellschaft betriebene Saalabtreiberei en gros, drängte die Genossen in dem Wahlkampf dazu, Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten. Vielfach scheiterten jedoch die Versuche an der weisen Vorsicht der Aufsichtsbehörden, die neben der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, auch für die Sicherheit des Lebens der Versammlungsbesucher und der Sicherheit des Eigentums der Anlieger der Versammlungsgrundstücke eine rührende Sorgfalt entwickelten. Nach dieser Richtung hin, ist ein von der Amtshauptmannschaft Grimma erlassenes Versammlungsverbot geradezu klassisch. Dasselbe führt folgende Gründe an:

1. Daß der Versammlungsplatz — eine Wiese — von der Mulde mit steilen Ufern und tiefem Wasserstande begrenzt werde, so daß bei starkem Menschenandrange ein Unglücksfall durch Hineinfallen von Versammlungsteilnehmern nicht ausgeschlossen sei,

2. daß sich nicht absehen lasse, ob die Wiese überhaupt für die Versammlungsbesucher genügend Raum biete,

3. eine Abgrenzung der Wiese durch eine Leine untunlich und ungenügend sei, namentlich, um

4. ein Betreten und Beschädigen der angrenzenden, der Besitzerin der für die Versammlung in Aussicht genommenen Wiese nicht gehörigen Grundstücke zu verhindern, endlich

5., daß die der Amtshauptmannschaft nicht bekannten, zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Versammlung vorgesehenen Personen keine Garantie dafür böten, daß ihren Anordnungen auch wirklich Folge geleistet werde.

Der Einberufer der Versammlung Genosse Mucker-Wurzen glaubte die Gründe der Amtshauptmannschaft entkräften zu können und legte Beschwerde gegen das Verbot bei der Kreishauptmannschaft Leipzig ein. Doch er wurde um eine Erfahrung reicher. Die Kreishauptmannschaft lehnte es ab, die für das Verbot von der Amtshauptmannschaft angegebenen Gründe nachzuprüfen und betonte, sie habe nur die Umstände nachzuprüfen, welche das „pflichtgemäße Ermessen" der Vorinstanz geleitet hätten. Der betreffenhe Passus des Entscheides der Kreishauptmannschaft verdient späteren Geschlechtern seines kulturhistorischen Wertes halber, erhalten zu werden. Der Passus lautet:

„Die angefochtene amtshauptmannschaftliche Verfügung, auf deren Inhalt im übrigen nur Bezug genommen wird, stützt das Versammlungsverbot auf § 12 des Vereinsgesetzes, wonach bei dringender Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit Versammlungen verboten werden können. Geht schon aus dieser Wortfassung des Gesetzes ohne weiteres mit Deutlichkeit hervor, daß ein Versammlungsverbot dieser Art in das pflichtmäßige Ermessen der zuständigen Verwaltungsbehörde gestellt ist, und daß, sofern die Behörde in Verfolg dieser ihrer pflichtmäßigen Beurteilung des Sachverhalts die Ueberzeugung des Vorliegens einer dringenden Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Falle der Zulassung der angemeldeten Versammlung gewinnt und auf ein Verbot der Versammlung zukommt, die Aufsichtsbehörde dieser Entschließung als solcher nicht entgegenzutreten vermag, eben weil sie lediglich in das pflichtmäßige Ermessen der unteren Verwaltungsbehörde gegeben ist, so ergiebt sich daraus der weitere Schluß, daß im Falle des Angriffs dieser Entschließung durch ein Rechtsmittel für die obere Verwaltungsbehörde nur Raum zur Nachprüfung derjenigen Umstände vorhanden ist, welche das pflichtmäßige Ermessen der Vorinstanz geleitet haben. Dafern diese Prüfung eine Pflichtwidrigkeit der Unterbehörde nicht erweist, fehlen der Rechtsmittelinstanz die Mittel zur Beanstandung der von der unteren Instanz gefaßten Entschließung."

Nach dieser echt sächsisch gedrechselten Entscheidung kann wohl niemals eine Anfechtung eines durch die Amtshauptmannschaft erlassenen Versammlungsverbotes Aussicht auf Erfolg haben, denn wer wollte jemals das pflichtgemäße Ermessen einer Behörde in Zweifel ziehen. Ein Erfolg der Beschwerde wäre nur dann denkbar, wenn der Unterbehörde bei Berücksichtigung der „Umstände" die das „pflichtgemäße Ermessen" geleitet haben, ein Irrtum, eine Verwechselung oder eine nicht richtige Abwägung unterlaufen würde. Doch an eine solche Möglichkeit glauben wir nicht.

Auch in Anhalt hat die sächsische Praxis Nachahmung gefunden. In Sandersleben konnten die Genossen zur Abhaltung einer Wahlversammlung kein Lokal erhalten, darauf stellte auf Antrag der Gemeinderat den Genossen den städtischen Trockenplatz zur Abhaltung einer Versammlung zur Verfügung. Doch es kam anders. Der Anmelder Genosse Voigt-Bernburg erhielt folgenden Bescheid:

Die unterm 6./7. ds. Mts. erbetene Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung am 10. ds. Mts., nachmittags $3^1/_2$ Uhr, auf dem städtischen Trockenplatze in Sandersleben mit der Tagesordnung:

„Die Reichstagswahl und die Kandidatur Wessel in Anhalt II"

muß auf Grund des § 11, Absatz 2 des anhaltischen Vereinsgesetzes, wie hierdurch geschieht, versagt werden.

Bernburg, den 8. Mai 1903.

Herzoglich Anhaltische Kreisdirektion.

Der Passus, auf den sich das Verbot stützt, lautet: „Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn aus der Abhaltung der Versammlung Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu befürchten ist.

Damit auch das heitere Element zu seinem Rechte kommt, sei noch das Vorkommnis registriert, daß in Bischweiler der überwachende Beamte eine Kritik des Centrums nicht zulassen wollte — weil dieses die Mehrheit im Reichstag bilde und die Versammlung auflöste, als ein Redner die unbestreitbare Tatsache feststellte, daß auch Länder ohne Monarchen auskommen.

So wird immer wieder durch Versammlungsverbote und Saalabtreiberei den Arbeitern das geringe Maß von Versammlungs- und Vereinsrecht verkümmert. Welcher Schlupfwinkel die Arbeiter zur Ausübung dieser Rechte sich bedienen müssen, gleichsam als die Geächteten der Gesellschaft, darüber verbreitet eine Verfügung

der Amtshauptmannschaft in Auerbach i. V. ein grelles Schlaglicht. Dieselbe hat nachstehende Verfügung erlassen:

Auerbach i. V., am 14. Januar 1903.

Dem Arbeiterverein Brunndöbra und Umgegend wird schon jetzt hierdurch eröffnet, daß die Weiterbenutzung des bisherigen Versammlungslokales in dem Hause 161 zu Döhlerwald in seinem jetzigen Zustande aus gesundheits- und sicherheitspolizeilichen Gründen hiermit für die Zukunft verboten wird, so lange hinsichtlich desselben nicht folgende Bedingungen erfüllt werden:

1. Die Wandungen des Lokals sind in einen anständigen Zustand zu bringen, insbesondere sind die herabhängenden feuergefährlichen Tapeten zu beseitigen.
2. Die den freien Wandungen entlang befindlichen defekten Dielen sind durch neue zu ersetzen.
3. Es sind noch zwei besondere Ventilationsöffnungen und zwar mitlängs der beiden freien Wandungen je eine, anzubringen. Diese Oeffnungen sind unmittelbar unter der Decke anzulegen, sie können rund oder eckig gestaltet sein, doch darf der kleinste Durchmesser nicht unter 20 Centimeter betragen, sie sind mit beliebig stellbarem Schieber oder Klappenverschluß zu versehen.
4. Die Hausflur ist gehörig auszubessern. Dieselbe befindet sich jetzt in einem höchst unverantwortlichen Zustande, an einer etwa metergroßen Stelle fehlen die Steinplatten ganz und man tritt, von außen hereinkommend, sogleich in eine tiefe, kesselartige Aushöhlung des Erdbodens, wobei nur allzu leicht Unfälle eintreten können.
5. In das Lokal dürfen bei den Versammlungen höchstens 20 Personen einschließlich des überwachenden Beamten eingelassen werden.
6. Den überwachenden Polizeibeamten ist ein reinlicher Tisch, sowie Stühle zur Verfügung zu stellen.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift werden mit Geldstrafe von 30 Mk. geahndet; auch kann der überwachende Beamte die Versammlung schließen.

Königliche Amtshauptmannschaft.
J. V.: Dr. v. Heygendorff.

Man kann sich vorstellen, welche Drangalisierungen die armen Genossen des Vogtlandes erst erdulden mußten, ehe sie ihre Zuflucht zu dem Schlupfwinkel genommen haben, der schließlich nur 20 Genossen gestattet, das ihnen verfassungsmäßig zustehende Vereins- und Versammlungsrecht auszuüben, und den sie nur unter Aufwendung erheblicher Mittel weiter benützen dürfen.

* * *

Der fünf Jahre hindurch das Parteileben im Solinger Kreis lähmende Bruderzwist ist endgiltig beseitigt. Eine am 5. November v. J. abgehaltene Besprechung der beteiligten und zuständigen Genossen zeitigte das erfreuliche Resultat, daß der sozialdemokratische Arbeiterverein sich bereit erklärte sich aufzulösen und seine Mitglieder dem sozialdemokratischen Volksverein zuzuführen. Die getroffenen Abmachungen sind loyler Weise gehalten und ausgeführt worden. Im Verfolg der zustande gekommenen Einigung, hob dann eine am 15. Febr. d. J. in Ohligs abgehaltene Kreisparteiversammlung den früheren Beschluß auf, durch den eine Anzahl Personen aus der Partei ausgeschlossen worden waren. Die wiederhergestellte Einheit der Partei im Kreise Solingen hat die schönste Krönung durch die Wiedereroberung des Reichstagsmandates bei den diesjährigen Reichstagswahlen erhalten.

* * *

Nach unserer vierteljährlich zur Veröffentlichung gelangenden Zusammenstellung üben zur Zeit 39 Arbeitersekretariate die von den freien Gewerkschaften gegründet sind und unterhalten werden, ihre Tätigkeit aus. In Ausführung

eines Beschlusses des vorjährigen Gewerkschaftskongresses, ist am 1. Januar d. J. in Berlin das Centralarbeitersekretariat errichtet worden. Durch die vom Berliner Gewerkschaftsausschuß am 26. September 1902 vollzogene Wahl wurde der Genosse Robert Schmidt zum Sekretär und Genosse Gustav Bauer zum Bureaubeamten gewählt. Die dem Centralarbeitersekretariat zugewiesenen Aufgaben bestehen in der Wahrnehmung der Termine am Reichsversicherungsamt und in der Auskunftserteilung an die Arbeitersekretariate und sonstige Anfragenden. Die Bedeutung der Arbeitersekretariate wird auch von den zuständigen Behörden gewürdigt. Der Präsident des Kaiserlich Statistischen Amtes in Berlin hat die Arbeitersekretariate und Gewerkschaftskartelle zur Mitarbeit durch folgendes Cirkular im Oktober v. J. aufgefordert:

„Von der arbeiterstatistischen Abteilung des Kaiserlichen Statistischen Amts wird die Herausgabe einer monatlich erscheinenden Zeitschrift vorbereitet, in welcher arbeiterstatistische Daten und sonstige für die Arbeitsverhältnisse bedeutsame Mitteilungen zusammengestellt und veröffentlicht werden sollen.

Für das Zustandekommen und für eine den praktischen Bedürfnissen entsprechende Ausgestaltung dieser Zeitschrift ist es erwünscht, daß alle beteiligten Kreise der Abteilung für Arbeiterstatistik das bei ihnen etwa vorhandene einschlägige Material zur Verfügung stellen.

An das Gewerkschaftskartell ꝛc. richte ich daher das ergebenste Ersuchen, fortan der Abteilung für Arbeiterstatistik regelmäßig die dortigen Jahresberichte und etwaigen sonstigen Veröffentlichungen, Protokolle usw. zugehen zu lassen (wenn möglich in drei Exemplaren)."

Wir sind überzeugt, das Kaiserlich Statistische Amt wird in den Arbeitersekretariaten treue und zuverlässige Mitarbeiter gefunden haben.

* * *

Der Streit um die zweckmäßigste Organisationsform der Gewerkschaften ist leider noch nicht gänzlich verstummt, wenn er sich auch nur noch auf wenige Parteiorte beschränkt. Unter den wenigen Parteiorten die in Frage kommen, nimmt Berlin die erste Stelle ein. Aus diesem Grunde sah sich der Parteivorstand veranlaßt den Versuch zu unternehmen, die getrennt marschierenden Gewerkschaftsorganisationen anzuregen in Verhandlungen über eine Vereinigung einzutreten. Die Anregung hatte den Erfolg, daß unter der Leitung des Parteivorstandes am 22. März eine Sitzung der Beteiligten stattfand. Das Ergebnis der Verhandlungen war das Uebereinkommen, daß während der Zeit der schwebenden Verhandlungen jeder Teil Angriffe sowohl in Versammlungen wie in der Presse zu unterlassen habe, und etwaige Publikationen sich im Rahmen streng sachlicher Erörterung zu halten hätten. In Folge verschiedener sich geltend machender Hindernisse konnten die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Die Erledigung mußte bis nach dem Parteitag verschoben werden.

* * *

Der 2. Bauarbeiterschutzkongreß ist vom 29. März ab in Berlin abgehalten worden. Derselbe war sehr zahlreich auch von ausländischen Delegierten besucht.

* * *

Im Herbst d. J. finden die preußischen Landtagswahlen statt, an denen sich die preußischen Genossen allgemein zum erstenmal beteiligen. Um die Vorarbeiten der Wahlagitation in die Wege zu leiten, und um den Genossen eine feste Richtschnur der einzuhaltenden Taktik zu geben, fand auf Einladung des Parteivorstandes am 26. März d. J. in Berlin eine Konferenz preußischer Delegierter statt, die von 92 Teilnehmern besucht war. Die Verhandlungen wurden von dem Genossen Singer geleitet. Genosse Arons hatte das Referat übernommen, dem folgende vom Parteivorstand vorbereitete Resolution als Grundlage diente:

1. Für die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen ist ausschließlich der in Mainz 1900 gefaßte Parteitagsbeschluß maßgebend:

„In denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassen-Wahlsystem besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, mit eignen Wahlmännern in die Wahlagitation einzutreten. — Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Parteivorstand das Central-Wahlkomitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keine Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen."

2. Da bei der Teilnahme an den preußischen Landtagswahlen wie an allen Parlamentswahlen für die Sozialdemokratie in erster Linie die Entfaltung der Agitation zur Aufklärung der Massen steht, muß ohne Rücksicht auf etwaige materielle Erfolge überall dort in die Wahl eingetreten werden, wo überhaupt die Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmannskandidaten möglich ist. Das gilt im besonderen auch für einzelne vorgeschrittene Orte solcher Wahlkreise, in denen im allgemeinen an die Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmänner nicht gedacht werden kann.

3. Kommt es bei den Urwahlen zur Stichwahl, in der nach Ausfall der Sozialdemokraten liberale Kandidaten solchen anderer Parteien gegenüberstehen, so wird im allgemeinen für die liberalen Kandidaten zu stimmen sein.

4. Die Entscheidung über die Stellungnahme der sozialdemokratischen Wahlmänner bei der Abgeordnetenwahl ist nach Feststellung des Ergebnisses der Urwahlen durch das Central-Wahlkomitee im Einvernehmen mit den in Frage kommenden Wahlkreis-Komitees zu treffen. In Wahlkreisen, in denen ein sozialdemokratischer Abgeordneten-Kandidat aufgestellt wird, ist zu fordern, daß derselbe an erster Stelle gewählt wird. Wird diese Forderung nicht erfüllt, so haben die sozialdemokratischen Wahlmänner in allen Wahlgängen nur für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen; bei etwaigen Stichwahlen ist Stimmenthaltung zu üben.

5. Zur Vorbereitung der Wahlen ist sofort mit der Feststellung zu beginnen, an welchen Orten und in welchen Urwahlbezirken sozialdemokratische Wahlmannskandidaten aufgestellt werden können. Ferner ist von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern überall darauf zu dringen, daß die Urwahlbezirks-Einteilung möglichst bald veröffentlicht wird.

6. Das Central-Wahlkomitee hat für das rechtzeitige Erscheinen einer billigen gedruckten Zusammenstellung der Wahlvorschriften Sorge zu tragen. —

Diese Resolution wurde von der Konferenz einstimmig angenommen. Mehrere Provinzial-Agitationskomitees haben sofort nach dem Abschluß der Reichstagswahlen die Agitation für die Landtagswahlen begonnen.

Das Gleiche gilt von unseren Genossen in Sachsen, die sofort nach ihren glorreichen Reichstagswahlsiegen unmittelbar die Agitation für die Landtagswahlen aufnehmen mußten. Es scheint, daß die sächsische Regierung unter dem Druck der für sie so außerordentlich ungünstig ausgefallenen Reichstagswahlen eine Reform des sächsischen Landtagswahlrechts vornehmen will. Bei der durch und durch reaktionären Natur der sächsischen Regierung und der Feigheit und Charakterlosigkeit der sächsischen Bourgeoisie, darf man von dieser Reform nicht viel erwarten. Unsere sächsischen Genossen entfalten eine intensive Wahlagitation mit der Forderung: Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

* * *

Von der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Berlins ist im Anschluß an die 2. Gemeindevertreterkonferenz der Provinz Brandenburg eine Agitationskommission eingesetzt mit dem Zwecke, die Gemeindevertreterwahlen auf der Grundlage eines Programms für die Gemeindepolitik sozialdemokratischer Gemeindevertreter zu betreiben. Die Kommission hatte

an den Parteivorstand das Ersuchen gerichtet, im Anschluß an die preußische Konferenz zur Besprechung der Landtagswahlen eine Konferenz der preußischen Gemeindevertreter stattfinden zu lassen. Der Parteivorstand lehnte dieses Ersuchen ab mit dem Hinweis, daß sich einer der nächsten deutschen Parteitage generell mit der Festsetzung allgemeiner Leitsätze für die Gemeindewahlen befassen wird. Die Kommission beabsichtigt deshalb, die Konferenz preußischer Gemeindevertreter erst stattfinden zu lassen, nachdem sich der deutsche Parteitag mit der Angelegenheit befaßt haben wird.

* * *

Organisation. Dem Ausbau der Organisation widmen die Genossen allerorts die größte Aufmerksamkeit und mit Recht. Beruht doch auf einer guten Organisation der Erfolg des Kampfes und die Möglichkeit, erkämpfte Positionen zu behaupten. Wiederum ist eine größere Anzahl Parteiorte und auch Wahlkreise dazu übergegangen, Wahl- resp. Kreiswahlvereine mit festen Beiträgen zu bilden, um der Agitation eine feste und gesicherte Grundlage zu geben. Durch die Reichstags-Wahlagitation gefördert, ist in fast allen Wahlvereinen die Mitgliederzahl in erheblichem Maße gestiegen und damit eine wesentliche Aufbesserung der Parteifinanzen erzielt.

Durch Beschluß des Kreiswahlvereins Offenbach-Dieburg war bei dem Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts nach § 2 des Organisationsstatuts beantragt. Das Schiedsgericht sollte über die fernere Parteizugehörigkeit des Genossen Streb Beschluß fassen. Der Parteivorstand entsprach dem gestellten Antrag und beauftragte das Mitglied der Kontrollkommission den Genossen Brühne-Frankfurt am Main mit dem Vorsitz des Schiedsgerichts. Das Schiedsgericht hielt zwei Sitzungen ab, am 4. und 10. Januar in Offenbach und kam zu dem Beschluß, daß Genosse Streb eine von den beiden im § 2 des Organisationsstatuts bezeichneten Handlungen, die den Ausschluß aus der Partei rechtfertigen, nicht begangen habe, daß er aber Fehler gemacht habe und dieserhalb eine ernste Rüge verdiene, die dem Genossen Streb erteilt wurde. Die Einsetzung noch je eines Schiedsgericht in einer Streitsache in Düsseldorf und Charlottenburg, ist schon seit längerer Zeit bei dem Vorstand beantragt. Im Einverständnis mit den Beteiligten ist die Berufung des Schiedsgerichts bis nach den Wahlen und der Erledigung der durch die Wahlen sich ergebenden zahlreichen Geschäfte vertagt worden. In Anbetracht der Geschäftslage werden die beiden Sachen vor dem Parteitag ihre Erledigung nicht finden.

Der Münchener Parteitag erteilte dem Parteivorstand den Auftrag, eine zweckentsprechende Form einer Aenderung des § 2 des Organisationsstatuts vorzubereiten. Die Aenderung ist deshalb notwendig geworden, weil das bayerische Landes-Organisationsstatut bestimmt, daß jeder Genosse dem Wahlverein angehören muß, an dem er seinen Wohnsitz hat. Mit dieser Bestimmung ging der aus dem Wahlverein ausgeschlossene Genosse der Möglichkeit verloren in Bayern Parteigenosse zu sein, während er es für das übrige Deutschland blieb. Das ist ein unhaltbarer Zustand dem nicht anders zu begegnen ist, als daß auch der Ausschluß aus dem Wahlverein durch schiedsrichterliches Verfahren zu erfolgen hat und der so herbeigeführte Ausschluß aus dem Wahlverein, dem Ausschluß aus der Gesamtpartei gleichzuachten ist.

Der Parteivorstand schlägt deshalb folgende Aenderung des § 2 des Organisationsstatuts vor und empfiehlt dieselbe dem Parteitag zur Annahme.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Die Hälfte der Beisitzer wird von denjenigen

bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

In Orten oder Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß aus der Gesamtpartei gleich zu achten. Der Ausschluß aus einer solchen Organisation darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den **Beteiligten** binnen 6 Wochen die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Den ihm vom Münchener Parteitag gewordenen Auftrag, zwischen der deutschen Partei und der Organisation der polnisch-deutschen Sozialdemokratie eine Verständigung und Einigung herbeizuführen, hat der Parteivorstand sofort nach dem Parteitag entsprochen und die diesbezüglichen Verhandlungen in die Wege geleitet. Es haben zu diesem Zweck zwei Konferenzen stattgefunden, die erste am 10. Oktober v. J. und die zweite am 19. Januar d. J. Das Resultat war ein negatives.

Die Organisation der polnisch-deutschen Sozialdemokratie bleibt außerhalb des Rahmens der deutschen Sozialdemokratie stehen. Wir haben zu derselben keine anderen Beziehungen als die durch die internationale Interessengemeinschaft bedingten.

Doch zeitigten die Verhandlungen insoweit ein praktisches Resultat, als durch dieselben angeregt, die Genossen der beiderseitigen Organisationen in Posen und Oberschlesien, sich über die in den beiden Bezirken aufzustellenden Kandidaten verständigten und über die Leistungen zu den Wahlkosten einigten.

Wurde somit die Einigung der beiden Organisationen auch nicht erreicht, so wurde doch das Streitobjekt beseitigt, das für den Münchener Parteitag die Ursache war, dem Parteivorstand den Auftrag zu einem Versuch der Einigung zu erteilen.

Von vier Parteigenossen unterzeichnet, ging dem Parteivorstand am 13. Februar d. J. ein Schreiben zu, in dem gegen die Redaktion der Neuen Zeit Beschwerde erhoben und verlangt wird, der Vorstand solle schleunigst Remedur schaffen. Die entscheidenden Stellen der Beschwerdeschrift lauten: „Die Neue Zeit hat es für gut befunden wieder einmal Mitglieder der sozialdemokratischen Partei in diesem Blatte anzugreifen und in ihrer Ehre zu kränken, weil sie an nicht sozialdemokratischen Blättern mitarbeiten." Und an anderer Stelle: „Besonders greift die Neue Zeit Parteigenossen an, die ihre Ansichten mit Namensnennung in einem Blatte entwickeln, das den Anhängern der verschiedensten Richtungen Raum zur Aussprache giebt, und sie stellt es so dar, als ob diese Genossen damit gegnerischen Zwecken und Mächten dienten, und sich mit Angriffen identifizierten, die von demselben Blatt von anderer Seite vorgefallen sind."

In dem am 27. Februar den Beschwerdeführern zugestellten Bescheid des Vorstandes wird ausgeführt: „Wir können nicht anerkennen, daß die Redaktion der Neuen Zeit durch Aufnahme des Artikels Konzessionsschulzes in Nr. 16 des

genannten Blattes eine Handlung beging, die eine Rüge oder Zurechtweisung verdiente. Wir hätten nur gewünscht, daß der betreffende Artikelschreiber den Namen desjenigen oder derjenigen genannt hätte, die er mit seinen Angriffen treffen wollte, um Mißverständnisse zu vermeiden."

Gleichzeitig gab der Vorstand den Beschwerdeführern Kenntnis von seiner Absicht, im Centralorgan seine Meinung über die Zulässigkeit der Mitarbeit oder die Uebernahme einer Redakteurstelle an der bürgerlichen Presse zu äußern.

Diese Meinungsäußerung des Vorstandes ist vom 2. März d. J. datiert und in der Nr. 52 des Vorwärts vom 3. März d. J. veröffentlicht. Dieselbe lautet:

Partei-Nachrichten.

Der Unterzeichnete ist veranlaßt worden, über einige Fragen seine Meinung abzugeben, die seit längerer Zeit größere Kreise der Partei beschäftigen und eine Stellungnahme nötig machen.

1. Kann es mit den Interessen der Partei für vereinbar erachtet werden, daß Parteigenossen als Redakteure und Mitarbeiter an bürgerlichen Preßunternehmungen tätig sind, in denen an der sozialdemokratischen Partei gehässige oder hämische Kritik geübt wird?

Antwort: Nein!

2. Kann ein Parteigenosse Redakteur oder Mitarbeiter eines bürgerlichen Blattes sein, auf welches obige Voraussetzung nicht zutrifft?

Diese Frage ist zu bejahen, soweit Stellungen in Betracht kommen, in denen der Parteigenosse nicht genötigt wird, gegen die sozialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen dieselbe gerichtete Angriffe aufzunehmen.

Im Interesse der Partei sowohl wie im Interesse der in solchen Stellungen befindlichen Parteigenossen liegt es jedoch, daß den letzteren keine Vertrauensstellungen übertragen werden, weil solche sie früher oder später in Konflikt mit sich und der Partei bringen müssen.

Berlin, den 2. März 1903.

Der Parteivorstand.

Ein an die Beschwerde und deren Bescheidung anknüpfender nochmals gepflogener Briefwechsel zwischen den Beschwerdeführern und dem Parteivorstand kann vorläufig zurückgestellt bleiben. Die Bekanntgabe würde nur dann zweckentsprechend sein, wenn der Gegenstand der Beschwerde von einer Seite wieder aufgenommen und weiter verfolgt würde.

* * *

Maifeier. Alle Berichte stimmen darin überein, daß der Grundgedanke der Maifeier — die würdigste Begehung der Feier geschehe durch Arbeitsruhe — bei der diesjährigen Maifeier weiteste Ausbreitung und Anwendung gefunden habe. Auch von Maßregelungen, Aussperrungen ꝛc. größeren Stils, hat man wenig gehört. Aus München wurde sogar gemeldet, daß die größeren Betriebe es ihren Arbeitern freigestellt haben, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Die beiden Vormittagsversammlungen im „Kindl" und in der „Schwabinger Brauerei" waren denn auch überfüllt.

Die Berliner Gewerkschaften denen die Arrangements des Vormittags oblagen, hatten 40 Versammlungen veranstaltet, die sämtlich überfüllt waren. Auch in sämtlichen Vororten — wir zählten deren 25, fanden Vormittagsversammlungen statt.

Nur aus der Pfalz wurde eine nicht befriedigende Beteiligung an der Arbeitsruhe gemeldet. Dieses Verhalten der pfälzischen Arbeiter verdient Entschuldigung, wenn man die schwere geschäftliche Depression in Betracht zieht, unter der speziell die Arbeiter der Pfalz seit Jahr und Tag zu leiden haben.

In Chemnitz war der Andrang zu der Morgendemonstration so stark, daß die polizeiliche Absperrung des Lokals erfolgte.

Festzüge, natürlich mit hoher obrigkeitlicher Erlaubnis, fanden statt in Bremen, Hamburg, Stuttgart und Offenbach. In Leipzig, Dresden und Magdeburg mußte zwar von der Veranstaltung eines geschlossenen Festzuges Abstand genommen werden, jedoch wurden diesmal der zwanglosen Wanderung der Massen nach dem vorgesehenen Bestimmungsort Schwierigkeiten von den Aufsichtsbeamten nicht bereitet. Auch Maifeierprozesse, wie die früher in Dresden inscenierten, überleben sich; und eine Wiederholung würde die Untergrabung der staatlichen Autorität nur fördern. Das scheint man eingesehen zu haben.

An dem Festzug in Hamburg beteiligten sich 20 000 Teilnehmer. Im anliegenden Altona war der Festzug verboten, im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

* * *

Internationales. Auch das von dem internationalen Kongreß in Brüssel eingesetzte Internationale Bureau hielt es für angezeigt, durch Aufruf vom 20. April d. J. die sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen auf die Bedeutung der Maifeier aufmerksam zu machen, und als die würdigste Feier die Arbeitsruhe zu empfehlen.

Weiter fand am 20. Juli in Brüssel eine internationale Konferenz der im Bureau vertretenen Nationen statt, um die Tagesordnung des im nächsten Jahre in Amsterdam stattfindenden internationalen Kongresses festzusetzen. Auf die Tagesordnung des Kongresses soll gesetzt werden:

1. Bericht und Antrag der internationalen Komitees auf Erweiterung.
2. Generalstreik.
3. Internationale Regelung der sozialistischen Politik.
4. Gewerkschaft und Politik.
5. Internationale Schiedsgerichte.
6. Kolonialpolitik.
7. Trusts und Arbeitslosigkeit.
8. Nationale Gesetzgebung über internationale Ein- und Auswanderung.

Auf Antrag Hyndmanns-London sprach die Konferenz den dänischen und deutschen Genossen ihre Glückwünsche zu den erfochtenen Wahlsiegen aus, worauf unsere Delegierten für die den deutschen Genossen erwiesene internationale Wahlhilfe herzlich dankten. Die Konferenz resolvierte noch dahin, daß vor dem internationalen Kongreß noch eine Konferenz stattfinden solle, und zwar im Februar des nächsten Jahres.

* * *

Wahlen. Im Herbst vorigen Jahres haben in einer großen Anzahl von Orten Gewerbegerichtswahlen stattgefunden. Allerorts, wo eine gute Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist, drang die Liste der freien Gewerkschaften teils ohne Gegenliste, teils mit sehr großer Mehrheit gegen die Liste der christlichen Gewerkschaften oder die der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine durch. Wir nennen Straßburg i. E., Nürnberg, Elberfeld, Weimar, Kassel, Prenzlau, Schwiebus, Schwerin, Bochum, Berlin 2c. In Berlin wurden auch vier sozialdemokratische Beisitzer von den Arbeitgebern gewählt. In Augsburg hatten sich die christlichen Arbeitervereine und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine vereinigt, um gemeinsam die freien Gewerkschaften zu bekämpfen. Trotzdem die ersteren das Wohlwollen und die Unterstützung der Unternehmer genossen, siegte die Liste der Gewerkschaften mit 4500 gegen 2890 Stimmen, die auf die vereinigten Gegner fielen. In Rummelsburg bei Berlin siegte auch die sozialdemokratische Liste in der Klasse der Arbeitgeber. Bei der Gewerbegerichtswahl in Schwerin, welche am 11. Oktober stattfand, kamen wie bei der diesmaligen

Reichstagswahl auf Antrag der Gewerkschaften Stimmzettel in amtlichen Umschlägen zur Verwendung. Die vom Gewerkschaftskartell aufgestellten Kandidaten wurden einstimmig gewählt. Das Proportionalwahlsystem kam bei den Wahlen in Gießen und München zur Anwendung. In Gießen steigerten die Gewerkschaften ihre Stimmen von 237 vor drei Jahren auf 763 Stimmen, während die vereinigten christlichen Arbeitervereine es nur auf 69 Stimmen brachten. Dafür erhielten sie einen Arbeiterbeisitzer, verloren dagegen zwei Sitze von den Arbeitgebern an die Gewerkschaften. In gleicher Weise äußerten sich die Wirkungen des Proporz in München. Die Liste des Gewerkschaftsvereins erzielte 9747 Stimmen gegen 1948 Stimmen, die auf die Liste der Christlichen entfielen, wofür sie zehn Mandate erhielten. Dieser Verlust wurde fast doppelt wett gemacht, indem die Gewerkschaften bei den Arbeitgeberwahlen 17 Mandate gewannen. Das charakteristische bei diesen Gewerbegerichtswahlen nach dem Verhältnis der für die verschiedenen Parteien abgegebenen Stimmen (Proportionalwahlsystem) ist, daß es nur dort eingeführt wurde, wo es den freien Gewerkschaften gelang, die Gegner gänzlich aus den Gewerbegerichten zu verdrängen. Dagegen hat man noch in keiner Gemeinde die Proportionalwahl eingeführt, in denen es bisher noch gelang, die Vertreter der freien Gewerkschaften aus den Gewerbegerichten fernzuhalten. Das entspricht dem Zweck, den die Reichstagsmehrheit mit der fakultativen Einführung der Proportionalwahl erreichen wollte. Gleichwie in Berlin hatten die städtischen Kollegien in Fürth die Gewerbegerichtswahl auf einen Sonntag — den 30. Dezember — festgesetzt. Gegen diese Festsetzung reichten die Nationalliberalen wie auch die Freisinnigen Protest bei der Kreisregierung ein. Die ersteren traten für die Heiligkeit des Sonntags ein, der „durch Arbeit nicht geschändet werden dürfe". Die letzteren befürchteten den Terrorismus der Sozialdemokraten, die ohne Vorzeigung der Mitgliedskarte niemand den Zutritt zum Wahllokal gestatten würden. Die Regierung gab dem Protest Folge und verbot die Vornahme der Wahl an einem Sonntage. Im katholischen Elsaß wird der Sonntag noch immer durch die Gewerbegerichtswahlen „geschändet". Die Gemeinde- und die Bezirksratswahlen finden dort *stets* — nach französischer Sitte — an einem Sonntag statt.

An den Gemeinderats- und Stadtverordnetenwahlen beteiligen sich die Genossen in stets zunehmendem Maße. Alle dabei erzielten Erfolge aufzuführen, ist unmöglich. Die Berichterstattung muß sich bescheiden, einzelne typische Fälle herauszuheben. So z. B. beteiligten sich unsere Genossen in Altenburg im Oktober v. J. zum erstenmale an den Stadtverordnetenwahlen und errangen fünf Mandate. Dadurch, daß man alle Steuerzahler bis zu einem Einkommen von 4500 Mark der dritten Abteilung zugeteilt hatte, glaubte man die Sozialdemokratie aus dem Rathaus fernhalten zu können. Unsere Genossen brachten es dennoch auf 3884 Stimmen, während die Gegner nur 2686 Stimmen aufbrachten. Gleiche Erfolge erzielten unsere Genossen in Schmölln und Ronneburg.

Eine gesicherte Position eroberten sich die Stettiner Genossen im Rathaus. Die Herbstwahlen brachten ihnen einen Gewinn von sechs Mandaten, wodurch sie über 14 Stimmen im Stadtverordnetenkollegium verfügen. Die Genossen in Gera behaupteten zwei Mandate und eroberten drei, wodurch die im Vorjahr erlittene Schlappe wieder wett gemacht wurde.

Die Ersatzwahlen in Rixdorf brachten einen vollen Sieg den Genossen, die daselbst schon seit Jahren die dritte Abteilung vollständig beherrschen.

Bei den am 1. Februar in Braunschweig vollzogenen Wahlen brachten es die Genossen auf 10 Mandate, womit die Möglichkeit gegeben ist, selbständige Anträge zu stellen und deren sofortige Beratung durchzusetzen. In die gleiche günstige Lage kam unsere Fraktion in dem Leiziger Stadtverordnetenkollegium durch die Eroberung vier weiterer Sitze. Dem Kollegium gehören jetzt 16 Genossen

an. In Solingen errangen die Genossen im November alle vier freigewordenen Mandate. Besonders bezeichnend ist der im November v. J. in Furtwangen erfochtene Sieg der Genossen. Bei einer Wahlbeteiligung von 90 Proz. fielen den Genossen sämtliche 11 Mandate der dritten Abteilung zu. Seither hatten die Klerikalen die unbestrittene Herrschaft. Ebenso gewannen die Genossen in dem klerikalen Triberg neun Mandate. Nur eins der dritten Abteilung verblieb im Besitz der Ultramontanen. Und endlich eroberten die Genossen in Durlach im Januar d. J. sämtliche 16 zur Ersatzwahl stehenden Mandate der dritten Abteilung. Von 28 der dritten Abteilung zugehörenden Mandaten befinden sich nur noch vier im Besitz der bürgerlichen Parteien. Mehrere badische Gemeinden besitzen auch sozialdemokratische Bürgermeister, was daraus zu erklären ist, daß der Gewählte der Bestätigung des Landesfürsten nicht unterliegt.

In dem badischen Städtchen Malsch war das einträchtige Zusammenwirken der sozialdemokratischen Bürgerausschußmitglieder mit dem Bürgermeister den Ultramontanen recht unangenehm geworden und unter der Führung der Pfarrer wurde der Bürgermeister dem Bezirksamt und dem Ministerium wegen zu „freier" Gesinnung denunziert. Doch der Bürgermeister ließ sich nicht einschüchtern, sondern erließ freimütig folgende Erklärung: „Den sozialdemokratischen Bürgerausschußmitgliedern, die bis jetzt auf dem Rathaus tätig waren, darf ich mit Recht das Zeugnis ausstellen, daß sie nur für das Wohl und die Fortschritte der Gemeinde eingetreten sind. Ich erkläre hier offen, daß wir ohne sozialdemokratische Bürgerausschußmitglieder noch keine Sparkasse, keine gewerbliche Fortbildungsschule sowie auch keine Wasserleitung hätten. Deubel, Bürgermeister.

Die Erklärung ist ebenso ein ehrendes Zeugnis für den Freimut und die Unbefangenheit des Bürgermeisters, wie für die von den Genossen im Dienste der Gemeinde ausgeübte Tätigkeit.

In dem thüringer Städtchen Waltershausen ist der Genosse Landtagsabgeordneter Denner bei Beginn des neuen Jahres zum 2. Vorsitzenden des Stadtverordneten-Kollegiums einstimmig gewählt worden. Die Partei hat in dem Kollegium die Hälfte der Mandate im Besitz.

Die Beteiligung an den **Landtagswahlen** ist bei den Genossen in immer größere Aufnahme gekommen und derzeit fast allgemein. Die nachfolgend registrierten Wahlen haben im Oktober und November v. J. stattgefunden. Bei den Wahlen zum Oldenburger Landtag fielen den Genossen 6 Mandate zu, von denen 3 den Agrariern abgewonnen wurden. — In Schwarzburg-Rudolstadt eroberten wir 7 Mandate. Bisher besaßen wir nur eines. Genosse Winter wurde zum Vizepräsidenten des Landtags gewählt. — Bei der Ersatzwahl in Saalfeld wurde Genosse Zietsch gewählt, wodurch die Zahl unserer Abgeordneten im Meininger Landtag auf 7 stieg. — Durch die Nachwahl im Heilbronner Amt stieg die sozialdemokratische Fraktion im württembergischen Landtag von 5 auf 6 Köpfe. — Die Wahlen in Hessen brachten uns 7 Mandate. Der Versuch uns das Mandat von Offenbach-Land, das kassiert worden war, zu entreißen, scheiterte. Genosse Orb wurde wiedergewählt, bezw. der Wahlbezirk Biber wählte die 6 sozialdemokratischen Wahlmänner mit 70 Stimmen Mehrheit wieder. — In den Anhalter Landtag hielt die Sozialdemokratie v. J. zuerst ihren Einzug. 4 Genossen wurden gewählt. — Die Genossen in Bremen gewannen bei den Bürgerschaftswahlen 9 Mandate, wodurch die sozialdemokratische Fraktion auf 20 Mitglieder gestiegen ist. — Die am 17. Dezember v. J. erfolgte Wahl des Genossen Emmel in den elsäßischen Landesausschuß wurde kassiert. Jedoch wurde Genosse Emmel am 28. April d. J. wiedergewählt.

In Sachsen, Baden und Preußen sind die Genossen teils in voller Agitation, teils mit den Vorarbeiten beschäftigt, für die in den genannten Staaten demnächst bezw. im Herbst stattfindenden Landtagswahlen.

Wir lassen eine Zusammenstellung folgen, aus der die Stärke der sozialdemokratischen Fraktionen der Landtage und die gewählten Abgeordneten zu ersehen sind. Die in Klammern gegebenen Ziffern geben die Gesamtziffer der Mitglieder, aus denen der betreffende Landtag besteht.

Bayern 11 (154): Birk, Ehrhart, v. Haller, Huber, Keidel, Löwenstein, Merkel, Müller, Schmitt, Segitz, v. Vollmar.

Württemberg 6 (93): Blumhardt, Hildenbrandt, Keil, Kloß, Schäffler, Tauscher.

Baden 6 (33): Dreesbach, Eichhorn, Fendrich, Geck, Geiß, Kramer.

Hessen 7 (50): Berthold, Kramer, David, Haas, Orb, Rau, Ulrich.

Oldenburg 6 (40): Duden, Heitmann, Hug, Meyer, Schmidt, Schulz.

Sachsen-Weimar: 2 (33): Baudert, Neidt.

Anhalt 4 (36): Günther, Langheld, Peus, Voigt.

Sachsen-Altenburg: 4 (30): Buchwald, Horn, Käppler, Schüler.

Sachsen-Koburg-Gotha 10 (30): Bock, Denner, Hildebrandt, Joos, Köllner, Schauder, Spengler, Tillig, Wolf, Walter.

Sachsen-Meiningen 7 (24): Eckardt, Hofmann, Wächter, Wehder, Wehner, Weigelt, Zietzsch.

Lippe-Detmold 3 (21): Becker-Lemgo, Becker-Oerlinghausen, Schmuck.

Reuß ä. L. 1 (12): Feustel.

Reuß j. L. 5 (16): Böttger, Fiedler, Leben, Patzer, Vetterlein.

Schwarzburg-Rudolstadt 7 (16): Bloß, Böttcher, Frötscher, Hartmann, Kaiser, Venter, Winter.

Bremen 20 (150): Barthel, Behrens, Blome, Donath, Ebert, Engeland, Hartmann, Imwolde, Junge, Klawitter, Kruse, Mähr, Rhein, Rose, Rosenlehner, Struckmann, Ulmer, Voigt, Waigand, Wegener.

Hamburg 1 (160): Stolten.

Elsaß-Lothringen 1 (58): Emmel.

Nicht vertreten ist die Sozialdemokratie demnach in den gesetzgebenden Körperschaften in Preußen, Sachsen, Braunschweig, Schaumburg, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Lübeck.

* * *

Nachwahlen zum Reichstag fanden in dem Berichtsjahr 5 statt, an denen sich die Partei beteiligte und zwar in Liegnitz, Danzig, Schleswig, Meppen und Forchheim. In den 3 erst genannten Kreisen kamen wir in die Stichwahl, in der wir gegen den Freisinn unterlagen.

Seit dem Münchener Parteitag stand die Agitation unter dem Einfluß der bevorstehenden allgemeinen Reichstagswahlen. Bebels Referat in München war das Alarmsignal und die Herausgabe desselben als Broschüre ein wesentliches Unterstützungsmittel unserer Redner in der vorbereitenden Wahlagitation. Letztere schlug um so höhere Wogen, jemehr sich die Kämpfe um den Zolltarif im Reichstag zuspitzten. Eine gewaltige Protestbewegung ging unter der Führung der Genossen durch das Reich, die in ungezählten massenhaft besuchten Versammlungen ihren Ausdruck fand. In den Großstädten und Industriecentren vermochten die Versammlungslokale die Erschienenen nicht zu fassen. So z. B. fanden am 4. Dezember v. J. und am 22. Januar d. J. in Berlin jedesmal 32 Versammlungen statt, zu denen der Andrang so groß war, daß die polizeiliche Absperrung erfolgte. Das gleiche gilt von allen größeren Parteiorten.

Unsere Gegner hatten die redliche Absicht zu einem großen Schlage auszuholen. Die aus dem Wahlkampf des Jahres 1898 berüchtigte Flugschriftenfabrik des Hülleschen Verlags, wurde ersetzt durch die Machwerke des Bürger-Fränkel, den Eugen Richter mit der Herausgabe des „Sozialistenspiegels" zu übertrumpfen suchte. Ein aus Vertretern aller bürgerlichen Gesellschaftsklassen gebildetes Komitee schwang den Klingelbeutel, dabei auf die Tatkraft und die Opferfreudigkeit unserer Genossen verweisend. Großsprecherisch verkündete man, Singer habe in München erklärt: „Wir wollen alles aufbieten um in die gesetzgebenden Körperschaften eine so stattliche Zahl von Sozialdemokraten hineinzubringen, daß man in Deutschland ohne die Sozialdemokratie nichts mehr machen könne, auch keine Gesetze". Und daß Bebel ausrufen konnte: „In dem beginnenden Wahlkampf müssen wir unsere vollste Schuldigkeit leisten, bis zur völligen Erschöpfung unserer physischen und materiellen Kräfte", dem sollte durch umfassende Belehrung der breitesten Wählermassen über die Wertlosigkeit des sozialdemokratischen Programms begegnet werden.

Der Schlag, den man gegen uns zu führen beabsichtigte, war ein Schlag ins Wasser. Für uns war der Ausfall der Wahlen ein glänzender. Gestählt ist die Partei aus dem Wahlkampf hervorgegangen, bereit, jeden Augenblick den Kampf mit gleichem Nachdruck zu führen.

Am 30. April wurde der Reichstag geschlossen und am 1. Mai erschien der Wahlaufruf unserer Fraktion im „Vorwärts", eine würdige Einleitung zur Maifeier. Der Aufruf gab den Genossen die Wahlparole in folgenden klaren Sätzen:

Nieder mit dem die Völker aussaugenden Militarismus und Marinismus in seiner jetzigen Gestalt! Völkerverständigung! Völkerfrieden!

Nieder mit einer verderblichen Zoll- und Handelspolitik, die viele Millionen in ihren Lebensinteressen schädigt!

Nieder mit einer Steuer- und Zollpolitik, welche die Armen bedrückt und die Reichen begünstigt!

Nieder mit der Reaktion im Innern, der staatlichen Willkür, der Bevormundung, dem Polizeidruck, der Rechtsunsicherheit!

Auf zum Kampf für den Fortschritt auf allen Gebieten, für Wissen und Aufklärung, für Befreiung und Erlösung von allem Druck, den Klassenstaat, Klassenherrschaft und Klassengesetzgebung auf die Schultern der schwer arbeitenden Volksmehrheit geladen haben.

Unser Ziel ist die Herbeiführung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, gegründet auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Arbeitsmitteln und der Arbeitspflicht aller ihrer Glieder. Schaffung eines staatlichen und gesellschaftlichen Zustandes, in dem die Wahrheit, die Gerechtigkeit, die Gleichberechtigung und die Wohlfahrt Aller der unverrückbare Leitstern für alles Handeln ist.

Wähler! Wer von Euch diese unsre Anschauungen teilt, der stimme am 16. Juni nur für den Kandidaten der Sozialdemokratie!

An dieser Stelle ist nicht der Ort uns in Ruhmredigkeit über die erzielten Erfolge zu ergehen. Alle, die bei dem gewaltigen Ringen im Wahlkampf tätig waren, haben reiche Entschädigung gefunden im Gefühl der Genugtuung über die errungenen Siege. Damit die Genossen diesen Genuß ungeschmälert genießen können, geben wir in nachstehender Tabelle ein anschauliches Bild über die Entwicklung der Partei seit den Wahlen im Jahre 1867 in den Kreisen, die wir bei den diesjährigen Wahlen behauptet und neu erobert haben.

Auch das Ergebnis der Nachwahlen und der in den jeweiligen Legislaturperioden stattgehabten Nachwahlen ist aufgeführt.

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903
Preußen:												
Königsberg	—	303	1365	2066	1108	248	4351	7987	12370	10968	**13522**	14042
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	6426	10280	**13138**	**13136**	—	**16569**
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**11914**	—	—
Berlin II	—	180	1143	3988	7583	3159	9282	14751	20225	26667	26269	**34995**
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	23381	**29359**	**28547**	—
Nachwahl	—	—	—	—	7474	—	—	—	—	—	**24320**	—
Nachwahl	—	—	—	—	2639	—	—	—	—	—	—	—
Berlin III	—	519	1607	3991	6914	2452	6344	9088	12287	12732	11411	**15124**
Eng. Wahl	—	—	—	6070	—	—	—	10558	12945	**14068**	**12766**	—
Nachwahl	—	—	1533	5765	—	3691	—	—	—	—	—	—
Berlin IV	—	1104	3860	**10769**	20224	13573	**25386**	**32064**	**40709**	**46356**	**45293**	68758
Eng. Wahl	—	—	—	—	**22020**	18979	—	—	—	—	—	—
Berlin V	—	—	1041	2032	3615	160	2444	4803	7234	9729	10025	**14568**
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	8701	**11245**	10899	—
Nachwahl	—	—	—	3217	204	1709	2520	—	—	—	—	—
Berlin VI	—	—	3161	**9569**	15707	10629	24258	**30453**	**42274**	**51569**	**58778**	**79478**
Eng. Wahl	—	—	6019	—	—	17378	**24465**	—	—	—	—	—
Nachwahl	—	—	5149	**12751**	—	—	**20327**	**26067**	—	—	**53895**	—
Niederbarnim	—	—	2142	2855	2775	935	2893	5680	13362	17044	**23017**	**38364**
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	**15411**	**18710**	—	—
Teltow-Beesk.	—	—	1453	2608	4763	1265	4543	8668	19169	31424	42699	**73854**
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	22839	**36330**	**51967**	—
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	4515	—	—	—	—	—
Westhavelland	—	1602	2900	2337	1257	1415	3141	4385	6285	7712	9263	**11228**
Eng. Wahl	—	—	3914	—	—	—	—	—	7051	8951	10542	—
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	6320	7864	9509	—
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	6154	**9720**	**10991**	—
Frankfurt a. O	136	259	2511	2335	1325	692	1318	2262	6941	9122	9902	12817
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	10089	11158	11567	**14685**
Nachwahl	136	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Randow	—	—	2123	1592	833	159	770	3786	8422	10508	10552	**17145**
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	10065	10969	—	—
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11756	—
Stettin-Stadt	—	284	2166	2102	914	910	1139	4276	7759	9586	10145	13111
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	8468	**10772**	12590	**16637**
Nachwahl	—	—	—	—	719	—	—	—	—	—	—	—
Breslau-Ost	—	175	1148	4273	6593	5243	6019	7781	10044	**12736**	12505	14831
Eng. Wahl	—	—	—	7826	**9771**	**8455**	**8868**	10069	**12766**	—	**15594**	**17624**
Nachwahl	—	—	—	7815	5415	—	—	—	—	—	—	—
Eng. Wahl	—	—	—	—	**7589**	—	—	—	—	—	—	—
Breslau-West	—	134	1814	4347	6412	4955	6221	8032	11511	**13507**	**14820**	**17545**
Eng. Wahl	—	—	—	7276	8819	**8313**	**8936**	**10779**	13283	—	—	—
Nachwahl	—	—	—	7439	5184	—	—	7800	—	—	**14689**	—
Eng. Wahl	—	—	—	—	7544	—	—	**9949**	—	—	—	—
Waldenburg	—	—	846	3168	3912	1552	1244	—	6334	11386	11403	**16377**
Eng. Wahl	—	—	—	7476	—	—	—	—	—	**12299**	**13043**	—
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**13166**	—
Reichenbach	1668	1680	4633	5829	2892	2987	3783	5831	8556	8668	9647	**11619**
Eng. Wahl	2332	—	—	**6657**	—	—	—	—	9748	10106	—	—
Magdeburg	—	265	1208	2724	6253	5541	8112	11438	**17261**	16633	**20125**	20871
Eng. Wahl	—	—	—	6471	—	6931	**12301**	13465	—	**19074**	—	**24191**
Nachwahl	—	—	—	—	4721	—	—	—	**18455**	—	—	—
Eng. Wahl	—	—	—	—	7308	—	—	—	—	—	—	—

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	Gewählt. Abg.
Calbe	—	227	5069	4475	1016	298	2204	4837	12514	13630	17090	**20261**	18
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	**16387**	—	**18300**	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17929	—	
Halle a. S.	1908	—	1250	2323	1046	1137	3535	6590	12808	12991	17840	**20439**	19
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	**15109**	14127	**19511**	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**15687**	—	—	
Weißenfels	—	904	1889	2542	2142	1449	3520	5591	10563	11716	13622	**18235**	20
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	13602	13120	**15794**	—	
Flensburg	—	—	1216	954	—	353	920	2711	3890	4073	4016	6316	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	4994	4525	5451	**10082**	21
Nachwahl	—	995	—	—	—	—	2286	—	—	—	—	—	
Ottensen	—	1815	6769	7923	5452	1157	3593	6520	10820	13097	**15928**	**19144**	22
Eng. Wahl	—	—	—	8354	6753	—	—	9895	**12993**	13731	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12231	—	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**13814**	—	—	
Kiel-Rendsbg.	—	2891	7303	8610	7160	4725	7851	9599	14443	**18119**	19419	**30836**	23
Eng. Wahl	—	—	9539	—	—	—	9166	10576	16264	—	21168	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	8830	—	—	—	—	—	—	
Altona	—	3875	**11782**	**11355**	11662	6971	**10770**	**15120**	**19533**	**20448**	**22589**	**25565**	24
Eng. Wahl	—	6062	—	—	13224	9060	—	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	13256	—	—	—	—	—	—	—	—	
Eng. Wahl	—	—	—	12815	—	—	—	—	—	—	—	—	
Lauenburg	—	—	—	1710	347	—	47	967	2077	3272	4056	4148	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3885	4710	**5341**	25
Nachwahl	—	—	—	—	304	—	656	—	—	—	—	—	
Hannover	—	1986	3853	5604	6588	5515	8839	12210	15789	19538	**25045**	**29381**	26
Eng. Wahl	—	—	—	—	6082	5890	**12352**	**16577**	**18940**	**22014**	—	—	
Nachwahl	2387	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Bochum	—	—	339	1648	840	—	—	1110	8388	19585	22379	39135	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**50063**	27
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	9770	—	—	—	
Dortmund	—	—	1227	3563	2057	890	1812	2141	10422	17170	19864	33305	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	17014	21525	26962	**39384**	28
Nachwahl	—	—	812	—	—	696	—	—	—	17182	—	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**24632**	—	—	
Frankf. a. M.	—	447	2363	3448	4080	4704	7965	8640	12653	13482	**20019**	20178	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	8602	**12166**	**12876**	**18088**	**17180**	—	**23581**	29
Lennep	3012	2324	3012	3657	2473	2337	5407	8402	12333	13861	16096	21802	
Eng. Wahl	**7832**	—	—	—	—	—	—	—	13091	**15000**	17934	**23469**	30
Nachwahl	2896	—	—	—	—	—	—	—	—	13148	—	—	
Eng. Wahl	**4367**	—	—	—	—	—	—	—	—	15138	—	—	
Elberfeld	6111	5605	9606	11435	11325	7949	13031	15655	**18473**	19005	**24145**	**27056**	31
Eng. Wahl	**8915**	8478	**12948**	14246	**15220**	12126	**17256**	**18424**	—	**22605**	—	—	
Solingen	756	—	3700	6123	5067	5565	6217	8629	**9896**	9902	11760*	**17225**	32
Eng. Wahl	—	—	—	**10641**	7230	**9013**	**8734**	**10474**	—	**11761**	10240	—	
Bayern:													
München I	—	812	1486	1672	1997	1970	3462	4563	7624	8097	7733	10178	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	**10430**	**9738**	9804	**12102**	33
München II	—	—	1709	2568	3252	2972	6399	11335	**20594**	**21876**	**23116**	**40046**	34
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	**13552**	12494	—	—	—	—	
Speyer	—	—	752	1708	1679	2912	4822	4052	5993	7433	12008	16567	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	7259	—	—	8134	**15471**	**14777**	35
Nürnberg	—	340	5355	10025	10162	9669	12582	**14857**	**17045**	**18015**	**22598**	**28812**	36
Eng. Wahl	—	—	—	12090	—	**12338**	**14412**	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**20173**	**22045**	—	

* 2 Kandidaten.

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	Gewählt.
Sachsen:													
Zittau	—	826	1518	1202	1921	2475	1904	1703	4898	5659	7814	**11265**	3
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**10944**	—	
Löbau	—	—	—	—	—	—	33	550	3458	4466	5745	**11334**	3
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9653	—	
Dresden r. E.	—	1132	3632	5411	7433	6231	6514	6942	11670	14420	18094	**28379**	3
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15190	**21729**	—	
Dresden l. E.	—	1317	3582	6940	9879	9079	8620	9175	13427	15035	17113	**21569**	4
Eng. Wahl	—	—	6469	**10335**	**11619**	10827	11106	10077	—	16189	**19647**	—	
Dresd.-Land	—	748	3743	3880	5007	3789	6214	7958	12737	15650	**22335**	**33781**	4
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16943	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**16512**	—	—	
Meißen	—	—	1957	5241	4008	2677	5132	5247	7906	8410	10332	**15191**	4
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8889	11567	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	2519	—	—	—	—	—	—	
Pirna-Sebnitz	—	157	1596	715	694	562	2227	1711	3922	7989	10007	**15905**	4
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9728	12607	—	
Nachwahl	1509	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11571	—	
Freiberg	—	—	**5942**	5157	6127	4890	5670	5604	8063	7693	7523	10848	
Eng. Wahl	—	—	—	6987	**8098**	**7957**	—	—	—	8917	—	**11835**	4
Nachwahl	4393	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Eng. Wahl	**5615**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Döbeln	—	1230	3300	4504	5028	342	2388	3325	7349	7818	9758	**13162**	4
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9023	10681	—	
Nachwahl	—	—	—	—	4344	—	—	—	—	—	**11874**	—	
Oschatz	—	—	845	3331	1542	821	2582	3832	2596	7164	5861	10060	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**11697**	4
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	2354	—	—	—	—	
Leipzig-Stadt	—	2477	3651	5250	5822	6482	9676	10087	12921	11784	11739	16140	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	9821	—	—	14681	14223	14407	**19839**	4
Nachwahl	—	—	4018	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Leipzig-Land	—	—	4627	**9420**	11253	10503	**15233**	19327	**30127**	**33349**	**38933**	**54819**	4
Eng. Wahl	—	—	**7577**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	—	5676	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Borna-Pegau	—	823	3844	3868	4954	1083	1945	3355	5747	6341	6640	10403	
Eng. Wahl	—	—	6319	6824	5938	—	—	—	—	—	—	**12698**	4
Nachwahl	—	—	3235	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Mittweida	—	3224	**7180**	7328	6018	4283	7001	7634	**12665**	**12817**	11898	**19270**	5
Eng. Wahl	—	4017	—	—	**8711**	**7603**	—	—	—	—	—	—	
Chemnitz	**5512**	3959	**10084**	**12117**	9899	10256	**14512**	15356	**24641**	**23296**	**24772**	**34266**	5
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	**14567**	—	—	—	—	—	—	
Glauchau	**5256**	**7344**	**7777**	**11041**	**11579**	6692	**9513**	9886	**15266**	**15234**	**13437**	**18349**	5
Nachwahl	—	**10470**	—	**10761**	**8225**	—	—	—	—	—	—	—	
Zwickau	**5416**	**5875**	**8941**	**10971**	10135	7327	**11590**	12913	**17424**	**17971**	**18362**	**25335**	5
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	**12546**	—	—	—	—	—	—	
Stollberg	1918	3981	**8141**	**7256**	**7906**	4653	6065	7106	**13264**	**14385**	**13730**	**20096**	5
Eng. Wahl	**4296**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	**8420**	—	—	—	—	—	
Zschopau	—	1959	1982	4928	4725	2149	3029	2768	6181	8144	8999	**13616**	5
Eng. Wahl	—	—	—	5886	**7070**	—	—	—	—	—	**10262**	—	
Annaberg	—	—	319	800	2437	1072	1547	1476	3486	6918	8394	**13273**	5
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8760	—	—	
Auerbach	—	3477	6515	**8164**	7011	2154	4064	6802	11301	**13212**	**13154**	**19106**	5
Eng. Wahl	—	—	—	—	7979	—	**9041**	—	11799	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	3986	—	—	—	**11863**	—	—	—	

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	Gewählt. Abg.
Plauen	—	597	2020	4923	3747	—	2312	4954	8275	9277	9744	**16406**	58
Eng. Wahl	—	—	—	5793	—	—	—	—	10583	12052	13840	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9919	—	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**12587**	—	—	
Württemb.:													
Stuttgart	—	491	2411	4646	4136	4131	3346	4496	10446	13340	**17954**	**22757**	59
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	13456	15837	—	—	
Nachwahl	—	—	3847	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Böblingen	—	—	—	—	—	—	157	155	641	1817	2528	5539	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**9514**	60
Eßlingen	—	—	3860	1775	932	1065	2448	1935	2011	3705	6249	10168	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**12146**	61
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	1344	—	—	—	7887	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**11585**	—	
Göppingen	—	—	2683	1150	104	214	738	547	3390	3624	5321	8930	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9503	**11533**	62
Baden:													
Borzheim	—	—	1599	954	—	470	1338	2312	5208	7148	10380	13231	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9738	**12972**	**14790**	63
Nachwahl	—	—	—	—	489	—	—	—	—	—	—	—	
Karlsruhe	—	—	627	618	758	1383	3010	2736	5476	5881	9031	11429	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**12821**	**15063**	64
Nachwahl	—	—	—	—	758	—	—	—	—	—	—	—	
Mannheim	—	—	1056	1689	2376	2517	4846	5128	8701	10114	15244	20037	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	**14550**	13062	**19052**	**23182**	65
Hessen:													
Darmstadt	—	340	1224	2909	2190	1360	4892	4043	6069	5997	9013	**14144**	66
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	7535	—	8817	7521	**12471**	—	
Mainz	—	—	1348	1884	3264	5983	6496	5526	7910	8965	10064	13027	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	**8149**	7880	—	**9569**	**10684**	12004	**15481**	67
Nachwahl	—	—	—	—	—	5503	—	—	—	7358	—	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	8385	—	—	—	10112	—	—	
Mecklenb.:													
Rostock	—	433	1456	2742	815	380	744	1996	6974	7304	11338	**13393**	68
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	7116	9184	**12609**	—	
S.-Weimar:													
Weimar I	—	—	2731	3383	895	445	1452	1988	5323	6081	8626	10865	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9791	**11114**	**12826**	69
Nachwahl	—	—	—	—	373	—	—	—	—	5742	—	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9440	—	—	
Braunschw.:													
Braunschweig	—	2022	7747	9212	7870	5703	6764	10659	13621	**15470**	14657	**18945**	70
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	**10994**	—	**15665**	—	**16981**	—	
S.-Mein.:													
Sonneberg	—	—	1001	4842	809	—	3490	4659	7215	8686	8845	11924	71
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	8496	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	3482	—	—	7103	—	—	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	4839	—	—	7650	—	—	—	

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	Gewählt. Abg.
S.-Altenb.:	—	—	3947	4489	3652	968	1976	4078	10393	12420	14143	**18695**	72
Nachwahl	—	—	—	—	1524	—	—	—	—	—	—	—	
Cob.-Gotha:													
Gotha	—	—	1436	6154	3513	1558	7440	8765	11205	**12362**	**13235**	**15327**	73
Eng. Wahl	—	—	—	8935	—	—	**10754**	11033	12760	—	—	—	
Schw.-Rud.:	—	444	—	364	219	—	825	1167	3098	6340	6638	**8742**	74
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7086	7409	—	
Reuß:													
Reuß ä. L.	—	—	2654	**4051**	3082	2215	**3890**	4079	**5885**	**6041**	**6339**	**6840**	75
Eng. Wahl	—	—	3257	—	—	**4711**	—	4284	—	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	**3848**	—	—	—	—	—	
Reuß j. L.	—	1173	1097	1847	1896	2758	5539	6455	**9955**	**11539**	**12044**	**13261**	76
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	**6923**	—	—	—	—	—	
Lübeck:	—	543	2230	2514	1588	877	2432	4254	6394	7389	**9729**	**11155**	77
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	5168	**7319**	7871	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	1324	—	—	—	—	—	—	—	
Bremen:	—	1506	3135	6760	6304	4616	4880	7743	14843	14572	18636	**25076**	78
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	**16403**	—	—	—	
Hamburg:													
Hamburg I	1758	1886	4554	8962	10491	7563	**12282**	**14497**	**17857**	**16935**	**18500**	**22046**	79
Eng. Wahl	—	—	6262	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	1474	—	—	—	9078	—	—	—	**16476**	—	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	**11715**	—	—	—	—	—	—	
Hamburg II	1461	2893	6127	10779	12447	9439	**14278**	**18672**	**22518**	**20681**	**21791**	**25713**	80
Eng. Wahl	—	—	8247	—	—	**12315**	—	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	**13155**	—	—	—	—	—	—	—	
Hamburg III	—	292	3185	6133	6691	6108	10922	17803	**26928**	**32936**	**41804**	**52353**	81
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	14644	19324	—	—	—	—	

Anmerkung: Außerdem wurden bei den Wahlen zum konstituierenden norddeutschen Reichstag am 12. Februar 1867 in folgenden Wahlkreisen sozialdemokratische Stimmen abgegeben: Lennep-Mettmann 4022 (Stichwahl 5527), Elberfeld-Barmen 4674, Nachwahl 4920 (Stichwahl 7921), Glauchau-Meerane **7922**, Zwickau **8071**, Hamburg I 1758, Hamburg II 1461.

Gewählt wurden die Genossen:

1. Haase; 2. Fischer, Berlin; 3. Heine; 4. Singer; 5. R. Schmidt; 6. Ledebour; 7. Stadthagen; 8. Zubeil; 9. Peus; 10. Braun; 11. Körsten; 12. Herbert; 13. Tutzauer; 14. Bernstein; 15. Sachse; 16. Kühn; 17. Pfannkuch; 18. A. Schmidt; 19. Kunert; 20. Thiele; 21. Mahlke; 22. Elm; 23. Legien; 24. Frohme; 25. Lesche; 26. Meister; 27. Hué; 28. Boemelburg; 29. Schmidt, Frankfurt; 30. Meist; 31. Molkenbuhr; 32. Scheidemann; 33. Birk; 34. Vollmar; 35. Ehrhart; 36. Südekum; 37. Fischer, Sachsen; 38. Sindermann; 39. Kaden; 40. Gradnauer; 41. Horn; 42. Nitzschke; 43. Fräßdorf; 44. Schulze; 45. Grünberg; 46. Lipinski; 47. Motteler; 48. Geyer; 49. Schöpflin; 50. Göhre; 51. Schippel; 52. Auer; 53. Stolle; 54. Goldstein; 55. Rosenow; 56. Grenz; 57. Hofmann-Sachsen; 58. Gerisch; 59. Hildenbrand; 60. Sperka; 61. Schlegel; 62. Lindemann; 63. Eichhorn; 64. Geck; 65. Dreesbach; 66. Cramer; 67. David; 68. Herzfeld; 69. Baudert; 70. Blos; 71. Reißhaus; 72. Buchwald; 73. Bock; 74. Hofmann-Rudolstadt; 75. Förster; 76. Wurm; 77. Schwartz; 78. Schmalfeldt; 79. Bebel; 80. Dietz; 81. Metzger.

Die den Namen beigegebene Nummer korrespondiert mit der in der letzten Rubrik der Tabelle stehenden Nummer und bezeichnet den Wahlkreis, in dem der Genosse gewählt ist.

Im ersten Ansturm in der Hauptwahl am 16. Juni eroberten wir 58 Mandate, also die gleiche Zahl der Mandate, welche die Fraktion am Schluß des Reichstags besaß. Mithin sind die 23 in der Stichwahl am 25. Juni uns zugefallenen Mandate der Gewinn der Wahlschlacht, über den sich zu freuen die Genossen berechtigten Grund haben. Unsere Stimmenzahl stieg von 2 107 076 Stimmen im Jahre 1898 auf 3 010 472 Stimmen bei der diesjährigen Wahl, mehr 903 346 Stimmen.

Die Wahlorganisation war die gleiche wie in den beiden voraufgegangenen Wahljahren von 1898 und 1893, mit einigen kleinen Verschiebungen, die durch die geographische Lage der betreffenden Kreise bedingt war. Die Organisation hat sich auch diesmal vortrefflich bewährt. Ihr Hauptvorzug ist, daß sie ständige Einrichtung geworden ist, die in jedem Augenblick die Aufgaben erfüllen kann, die im Wahlkampf erfüllt werden müssen.

Zur Unterstützung der Agitation in dem Wahlkampf stellte der Parteivorstand den Bezug des Fraktionsaufrufs den Wahlkomitees anheim. Geliefert wurden davon den Genossen 632 800 Exemplare. Daneben bezogen die Wahlkreise des Ruhrgebiets ein speziell den Fall Krupp behandelndes Flugblatt in einer Auflage von 218 300 Exemplaren.

Um den Genossen im Reich die Zusammenstellung geeigneter Flugblätter zu erleichtern, hatte der Vorstand 12 Entwürfe anfertigen und als Manuskript drucken lassen, die in einer Auflage von 6000 von den Genossen bezogen worden sind und Verwendung gefunden haben.

In Ausführung der diesbezüglichen Beschlüsse des Münchener Parteitags, hatte der Vorstand frühzeitig die Herstellung des „Handbuchs für sozialdemokratische Wähler" vorbereitet. Nach den Erfahrungen von 1898 war die Auflage bemessen worden. Doch war die Nachfrage so stark, daß in wenigen Tagen die erste Auflage vergriffen war und eine zweite nachgedruckt werden mußte. Die Gesamtauflage des Handbuches betrug 4500 Exemplare, von denen 2626 gratis abgegeben worden sind, während 1743 Exemplare durch die Buchhandlung „Vorwärts" verkauft wurden.

Das Handbuch war unseren agitatorisch tätigen Genossen eine willkommene und wertvolle Gabe. Das Buch behält dauernden Wert. Jeder Besitzer desselben kann sich unter Zuhilfenahme des jährlich an den Parteitag erstatteten parlamentarischen Berichts die verschiedenen Abschnitte ergänzen und sich auf dem Laufenden halten. Auch ein in polnischer Sprache verfaßtes Flugblatt hat der Vorstand herausgegeben. Dasselbe ist hauptsächlich in der Provinz Posen, in einigen Kreisen von Oberschlesien und unter den im Reich zerstreut wohnenden Polen zur Verteilung gelangt. Verbreitet wurde das Flugblatt in einer Auflage von 183 000 Exemplaren.

Der Versuch des Vorstandes, die Unterstützung der mündlichen Agitation durch Fraktionsmitglieder zu regeln, hatte nicht den gewünschten Erfolg. Einzelne Mitglieder, die in absolut sicheren Kreisen kandidierten, haben fast übermenschliches geleistet. Die andern hatten in den eigenen Kreisen und mit der Bewältigung der ihnen von den Provinzialwahlkomitees zugewiesenen Aufgaben überreich zu tun.

Konnten deshalb nicht alle an den Vorstand gestellten Anforderungen erfüllt werden, so war nicht mangelnde Organisation sondern der Umstand schuld, daß die Parteigenossen die lobenswerte Eigenschaft in hohem Maße besitzen, mehr leisten zu wollen, als die vorhandenen Kräfte zu leisten vermögen, und deshalb stets die Unterstützung durch den Parteivorstand forderten.

Mit Genugtuung können wir feststellen, daß jeder der agitatorisch tätigen Genossen und Genossinnen ihre Schuldigkeit getan haben und durch weitgehende gegenseitige Unterstützung die Erfolge herbeigeführt wurden, auf die stolz zu sein wir Ursache haben.

Die Parteipresse. Der Besitzstand der Parteipresse ist der gleiche wie im Vorjahr. Die überreiche durch den Wahlkampf veranlaßte Arbeit ließ den Genossen keine Zeit, sich mit Zeitungsgründungen zu befassen. Doch kaum sind die Wahlen vorüber, und angeregt durch den dabei erzielten gewaltigen Vormarsch der Partei, so tauchen hier und dort in den Kreisen Projekte von Neugründungen auf. Nach den von dem Vorstand auf diesem Gebiet seither gemachten Erfahrungen, wird bei den Gründungen und Vergrößerungen der Druckereien nicht immer mit der nötigen Vorsicht vorgegangen. Es erscheint deshalb angebracht einen einschlägigen auf dem Münchener Parteitag gefaßten Beschluß wiederzugeben. Derselbe lautet: „Finanzielle Verpflichtungen, welche von der bestehenden oder neuzugründenden Parteipresse ohne Zustimmung des Parteivorstandes eingegangen werden, sind von letzterem unter keinen Umständen ganz oder teilweise zu übernehmen."

Wichtiger wie die Zunahme der Zahl unserer Preßorgane ist der erfreuliche Umstand, daß überall eine starke Zunahme des Abonnentenstandes zu verzeichnen ist. So stieg die Abonnentenzahl des „Vorwärts" auf 78 500, die der „Leipziger Volkszeitung" auf über 30 000, die des „Hamburger Echo" auf 37 400. Die Zunahme der Abonnenten der „Pfälzischen Post" betrug seit Jahresfrist über 4000, die des „Sächsischen Volksblattes" in Zwickau im letzten Vierteljahr 2250, die der „Rh. Zeitung" in Köln über 2000, der „Volksstimme" in Frankfurt a. M. über 4000. Die „Bremer Bürgerzeitung" gewann 2700 neuer Abonnenten, 5400 gewann die „Breslauer Volkswacht." Mit über 2000 neuen Abonnenten steigerten die „Erfurter Tribüne" und die „Magdeburger Volksstimme" ihren Abonnentenstand. Um 3400 neue Abonnenten wuchs der „Volksfreund", das Organ der ostsächsischen Wahlkreise, desgleichen auch die „Münchener Post." In gleichem Verhältnis hat die Gesamtparteipresse an der Abonnentenzunahme partizipiert.

Vom dreimaligen zum sechsmaligen Erscheinen ihrer Zeitungen gingen die Genossen in Görlitz und Augsburg über, während die Genossen in Straßburg sich veranlaßt sahen, die „Freie Presse" vom 1. Januar ab in eigener Druckerei herzustellen. Die Hofer Genossen haben ihre Verbindung mit Nürnberg gelöst und lassen die „Oberfränkische Volkszeitung" in einer Hofer Druckerei herstellen. Die Druckerei des Solinger Parteiblattes „Bergische Volksstimme" ist seit dem 1. November v. J. im eigenen Heim untergebracht. Durch die Verhältnisse sind auch die Erfurter Genossen gezwungen, für ihre Druckerei ein eignes Heim zu schaffen. Eine beantragte Beihilfe aus der Parteikasse ist vom Vorstande bewilligt worden.

Das Jubiläum des zehnjährigen Bestehens hatten im Berichtsjahr die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung", das „Sächsische Volksblatt", die „Reußische Tribüne" und die „Reußische Volkszeitung" zu verzeichnen. In den zehn Jahren betrug der Tribut, den die Redakteure an die deutsche Preßfreiheit leisten mußten, bei der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" 3 Jahre 7 Monate Gefängnis und rund 21 000 Mark Gerichtskosten und Geldstrafe und bei der „Reußischen Tribüne" 5 Jahre, 3 Monate, 7 Wochen und 2 Tage Gefängnis und 785 Mark Geldstrafe.

Die vom Hamburger Geschäft hergestellte Unterhaltungsbeilage „Neue Welt" erscheint in einer Auflage von 278 000 Exemplaren.

Die Auflage des „Neue Welt-Kalender" hält sich auf gleichbleibender Höhe wie im Vorjahre. Der „Arbeiter Notiz-Kalender" erfreut sich steigenden Absatzes trotz der Herausgabe gleicher Kalender seitens der größeren Gewerkschaftsverbände.

Wie vorgesehen, war die von den Berliner Genossen errichtete Druckerei am 1. Oktober v. J. betriebsfertig, und konnte der „Vorwärts" von diesem Termin ab daselbst hergestellt werden. In dem Druckereigebäude ist die Redaktion,

Expedition und die Buchhandlung „Vorwärts" untergebracht. Der Gesamtbetrieb ist mit den modernsten Einrichtungen ausgestattet und ist ein Anziehungspunkt zur Besichtigung aller Berlin besuchenden Genossen.

Ueber Einnahme und Ausgabe des „Vorwärts" giebt nachstehende von der Kontrollkommission geprüfte Jahresrechnung genaue Auskunft:

1902/1903.

	Juli-September 1902	Oktober-Dezember 1902	Januar-März 1903	April-Juni 1903	Summe
A. Eingänge:					
Abonnementsgelder durch die Expedition	115652 85	128629 85	141303 95	153379 —	538965 65
Abonnementsgelder durch die Post	10099 30	11790 75	16419 20	16957 45	55266 70
Inseraten-Einnahme	33272 55	54354 70	50423 70	54802 25	192853 20
Ueberschuß aus Broschürenverkauf durch die Expedition		1909 30			1909 30
Gesamt-Einnahme Mk.	159024 70	196684 60	208146 85	225138 70	788994 85
B. Ausgänge:					
Diverse Unkosten: (Porto für Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Depeschen d. Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Laufburschen der Redaktion, Schreibutensilien, Geschäftsbücher, Formulare 2c. 2c.)	6758 65	13582 65	10683 45	10521 65	41546 40
Zeitungs-Abonnement	253 95	373 30	258 90	248 65	1134 80
Feuilleton	1688 60	3706 30	3280 05	2271 20	10946 15
Redakteure	11579 25	13440 75	13736 45	16191 —	54947 45
Mitarbeiter: Politik	10779 95	6648 85	7057 35	6207 95	30694 10
Versammlungen	735 10	994 70	978 35	1292 90	4001 05
Lokales	2888 65	3320 10	3795 65	3518 95	13523 35
Depeschen und Parlamentsberichte	430 20	1490 30	1600 40	1508 25	5029 15
Neue Welt	7199 95	7774 15	8815 85	9310 10	33100 05
Gehälter der Expedition	3610 50	4096 50	4155 75	4148 40	16011 15
Miete	1247 50	4000 —	4000 —	4000 —	13247 50
Gerichtskosten	1409 95	1434 45	1447 —	371 45	4662 85
Redaktionsbibliothek	265 45	310 05	473 20	215 60	1264 30
Druckrechnung	97464 55	120940 95	129483 25	138659 15	486547 90
Gesamt-Ausgabe Mk.	146312 25	182113 05	189765 65	198465 25	716656 20
Gewinn „	12712 45	14571 55	18381 20	26673 45	72338 65
wie oben unter A Mk.	159024 70	196684 60	208146 85	225138 70	788994 85

Der Gesamt-Ueberschuß beträgt Mk. 72 338,65.

Berlin, den 11. August 1903.

Revidiert und für richtig befunden:

W. Bock. Fr. Brühne. F. J. Ehrhart. A. Geck. Aug. Kaden. H. Koenen. H. Meister. J. Pfarr. Clara Zetkin.

Auf dem Münchener Parteitage wurde seitens des Vorstandes die Zusage gegeben, fernerhin analog der Abrechnung des „Vorwärts" die Abrechnung über die in den Parteibesitz übergegangenen Blätter: die „Gleichheit", die „Neue Zeit" und den „Wahren Jakob" in den Vorstandsbericht aufzunehmen.

Wir lassen dieselbe folgen mit der Bemerkung, daß das Geschäftsjahr der Firma J. H. W. Dietz Nachfolger vom April bis zum April läuft, also nicht mit dem Geschäftsjahr der Parteiverwaltung zusammenfällt.

„Die Gleichheit".

1902/1903.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnement	4682	04
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Falzen	2688	49
Papier	931	—
Redaktion	3000	—
Mitarbeiter	644	55
Porto und sonstige Unkosten	348	70
Remittenden	79	74
Gesamt-Ausgabe	7692	48
Gesamt-Einnahme	4682	04
Verlust	3010	44

Der Verlust an der „Gleichheit" hat sich gegen das Vorjahr um 1470 Mk. verringert, da das Abonnement namentlich in den letzten 4 Monaten des Geschäftsjahres eine erfreuliche Steigerung erfahren hat und die beiden letzten Märznummern eine 7000 Exemplare übersteigende Auflage erzielten, so kann eine weitere sehr erhebliche Minderung des Defizits prognostiziert werden. Seit dem Schluß des Geschäftsjahres ist eine weitere Steigerung des Abonnements dank der rührigen Tätigkeit der Genossinnen um 1500 Exemplare zu verzeichnen.

„Die Neue Zeit".

1902/1903.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	28 632	16
Beilagen und Inserate	176	67
J. H. W. Dietz Nachf., Inserate	500	—
	29 308	83
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie	12 222	70
Papier	4 010	70
Buchbinder	1 172	28
Porto und Unkosten	1 280	69
Redaktionshonorar	10 400	—
Mitarbeiter	6 439	80
Remittenden	1 042	72
Gesamt-Ausgabe	36 568	89
Gesamt-Einnahme	29 308	83
Verlust	7 260	06

Auch bei der „Neuen Zeit" ist die erfreuliche Tatsache festzustellen, daß sich das Defizit gegen das Vorjahr um 3000 Mk. verringert hat, was einmal auf die Abnahme der Remittenden und zum andern auf die steigende Auflage zurückzuführen ist. Im Oktober wurde eine rührige Tätigkeit für die Gewinnung neuer Abonnenten entfaltet, 700 neue Abonnenten kamen hinzu, und hat sich die Auflage seitdem konstant auf der Höhe von 3850 Exemplaren erhalten. Eine energische Weiterverbreitung ist dringend erforderlich, damit das Defizit ganz verschwindet und die Revue ihre Aufgabe in immer höherem Maße zu erfüllen vermag.

„Der Wahre Jakob".

1902/1903.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	152 100	71
Inserate	6 571	04
Gesamt-Einnahme	158 671	75
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie	44 656	40
Papier	46 011	35
Zeichnung, Aetzung, Galvanos	19 777	84
Beiträge	4 509	88
Redaktionshonorare	13 000	—
Porto und Unkosten	355	60
Redaktionsunkosten	456	01
Unkosten für Inserate	212	20
Kassierte Beiträge	799	68
Remittenden	4 226	21
Gesamt-Ausgabe	134 004	17
Gewinn	24 666	58
Wie oben unter A	158 671	75

Der Ueberschuß des „Wahren Jakob" ist gegen das Vorjahr um 4643 Mk. gestiegen. Und da das aus den Erträgnissen des „Wahren Jakob" zu deckende Defizit der „Gleichheit" und „Neuen Zeit" um rund 4500 Mk. zurückgegangen ist, verblieb für die Parteikasse ein Ueberschuß von 13 396,08 Mk. In dem ersten Vierteljahr des neuen Geschäftsjahres erzielte der „Wahre Jakob" einen Ueberschuß von 5940 Mk. Wird der „Wahre Jakob" in den einzelnen Wahlkreisen von den Genossen zur Massenverbreitung gebracht, so ist er auch eine ganz vorzügliche lokale Einnahmequelle.

* * *

Strafregister. Die Opfer, die der Klassenkampf in dem Berichtsjahr erforderte, waren große. Insgesamt wurden erkannt auf 14 Jahre Zuchthaus, 36 Jahre, 5 Monate und 6 Wochen Gefängnis und 16 707 Mk. Geldstrafen.

Von den Strafen wurden allein von dem Bromberger Schwurgericht 24 Jahre und 1 Monat Gefängnis und 16 Jahre Zuchthaus gegen streikende Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer verhängt, im ganzen gegen 22 Personen und zwar wegen Landfriedensbruch.

Es ist immer die Wiederholung derselben Geschichte. Die Bauarbeiter unterhandelten mit ihren Arbeitgebern um eine Erhöhung des Stundenlohnes

um 5 Pf. und Erneuerung des ablaufenden Tarifvertrages auf 5 Jahre. Konnten die Arbeitgeber sich eine gesichertere Grundlage der Berechnung der Produktionskosten wünschen? Die Verhandlungen wurden aber seitens der Unternehmer abgebrochen und auch die von den Arbeitern angebotene Verhandlung vor dem Einigungsamt abgelehnt. Der Streik brach aus und die Heranziehung russischer und italienischer Arbeiter steigerte die Erbitterung der Ausständigen auf das Höchste. Am 1. April erfolgte bei dem durch die Polizeibeamten geschützten Import von Italienern die Explosion des Unwillens, die ihre so schwere Ahndung im Schwurgerichtssaal fand. Die Urteile in Bromberg reihen sich denen von Torgelow und Löbtau gleichwertig an. Sie werden von den Arbeitern als furchtbare und empörende Klassenurteile empfunden und bewertet.

* * *

Die **Buchhandlung Vorwärts** konnte in diesem Geschäftsjahre — eine Folge des regeren, durch den Wahlkampf noch erhöhten politischen Lebens — über eine wesentliche Steigerung ihres Waren-Umsatzes berichten. Im Vorjahre betrug der Umsatz rund 193 000 Mk., in diesem Jahre 246 000 Mk. Verglichen mit den letzten beiden Wahljahren erscheint das verflossene Geschäftsjahr besonders günstig; denn 1893 betrug die Umsatzziffer 144 000 Mk. und 1898 erst 186 000 Mk. Dem erhöhten Umsatz entsprechend war die Buchhandlung Vorwärts denn auch in der Lage, aus ihrem erzielten Gewinne bis zum Monat Juni bereits 22 000 Mk. der Parteikasse zu überweisen, trotzdem die durch die Uebersiedlung in ihr neues Heim und die dadurch notwendig gewordenen Neuanschaffungen Ausgaben in der Höhe von 4000 Mk. erforderten.

Um ihre agitatorische Aufgabe auch für den Wahlkampf zu erfüllen, hat die Buchhandlung eine ganze Reihe Agitationsschriften herausgegeben: An den Einzelnen, auf den es nicht ankommt (50000 Exemplare); Bebel, Die bevorstehende Reichstagswahl (155000 Exempl.), Sozialdemokratie und Centrum (35 000 Exemplare), Die Kaiser-Rede im Reichstag (127 000 Exempl.), Christliche Arbeiterpflichten (45 000 Exemplare); Calwer, Wen soll der Arbeiter wählen? (20 000 Exemplare), Eugen Richters Sozialistenspiegel (20 000 Exemplare), Korbmacher Fischer im Lichte der Wahrheit (133 000 Exemplare), Lebensmittelzölle und die indirekten Steuern (20 000 Exempl.), Der Umsturz im Reichstag (32 500 Exemplare), Die Vernichtung der Sozialdemokratie durch den Gelehrten des Centralverbandes deutscher Industrieller (53 000 Exempl.), Winke für die Reichstagswahlen (80 000 Exemplare).

An weiteren Agitationsschriften allgemeinen Charakters sind im Laufe des letzten Geschäftsjahres erschienen: Lily Braun, Die Frauen und die Politik (3000 Exemplare), Göhre, Die agrarische Gefahr (15 000 Exempl.), Kautsky, Die Soziale Revolution I und II (je 7000 Exempl.), Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche (3000 Exempl.), Rühle, Die Volksschule wie sie ist (5000 Exemplare). An Neu-Auflagen früherer Publikationen zählen wir auf: Bebel, Christentum und Sozialismus (20 000 Exempl.), Die Ziele der Sozialdemokratie (3000 Exemplare), Hoch, Worte und Taten der Centrumspartei (5000 Exemplare), Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie (12 000 Exempl.), Losinskys Aufklärungsschriften über das Christentum (8000 Exemplare), Marx-Engels, Kommunistisches Manifest (2000 Exemplare), Programm der Partei (33 000 Exempl.), Scävola, Zwölf Jahre der Verbannung (3000 Exemplare).

Die Sozialistischen Theaterstücke sind um ein neues Heft: Dämon Alkohol vermehrt worden. Neben einem Zeitungsfremdwörter-Führer von Dr. Adolf Braun (10 000 Exemplare) ist auch von

Dr. J. Zadek und Dr. A. Blaschko der medizinische Ratgeber Schutz gegen Krankheitsgefahr (5000 Exempl.) erschienen.

Das Protokoll des Münchener Parteitages erschien in 38 000 Exemplaren, der Arbeiter-Notiz-Kalender in seinen verschiedenen Ausgaben in der Höhe von 32 500 Exemplaren, die Mai-Zeitung in 301 000 Exemplaren, das Rote Jahr in 117 000, die März-Zeitung in 126 000 und die Wahl-Zeitung in 125 000 Exemplaren.

Die Roman-Bibliothek „In freien Stunden" hat sich — dank der Unterstützung durch die Parteipresse — nicht bloß ihren alten Abonnentenstand zu erhalten verstanden, sondern kann einen Abonnentenzuwachs aufweisen.

Im ganzen hat die Buchhandlung Vorwärts im letzten Jahre ca. $2^1/_2$ Millionen Exemplare sozialistischer Flugschriften und Broschüren zur „Vergiftung der Volksmassen" im eigenen Verlage erscheinen lassen; außerdem noch rund eine Million aus anderen parteigenössischen Verlagen zur Verbreitung gebracht.

* * *

Kassenbericht. Die von Freund und Feind anerkannte Opferfreudigkeit unserer Parteigenossen hat sich im abgelaufenen Rechnungsjahre in glänzender Weise gezeigt. Die Gesamteinnahmen, nach Abzug der übernommenen Kassenbestände sind gegen das Vorjahr um Mk. 289 838,73, die allgemeinen Einnahmen um Mk. 265 383,83 gestiegen. Bewundernswertes hat wieder die Berliner Parteigenossenschaft geleistet. Sind doch im Berichtsjahre allein vom 6. Berliner Wahlkreis Mk. 63 259,16 an die Centralkasse abgeführt worden.

Aber auch die Ausgaben der Centralkasse haben mit Mk. 554 211,88 eine noch nicht dagewesene Höhe erreicht. Obenan stehen natürlich die Ausgaben für die Kosten der Reichstagswahlen. Sie sind um Mk. 68 840,35 höher als im letzten Reichstagswahljahr 1898. Nebenher wurden im Berichtsjahre auch noch für allgemeine Agitation Mk. 28 788,42 mehr ausgegeben als im Jahre 1898.

Während aber 1898 wie im vorhergehenden Wahljahre 1893 die Centralkasse mit einem beträchtlichen Defizit abschloß, weist der vorliegende Kassenbericht einen Ueberschuß auf. Bei der Ausdehnung der Partei und der großen Zahl der in Tätigkeit gewesenen Wahlkomitees konnte andererseits bis zum Schluß des Rechnungsjahres nur erst ein kleiner Teil der Wahlabrechnungen erledigt werden. Es sind noch viele aus der Wahlbewegung stammende Verbindlichkeiten vorhanden, deren Erfüllung die Centralkasse wird übernehmen müssen, so daß der derzeitige Ueberschuß noch sehr zusammenschmelzen dürfte.

Im einzelnen verteilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. August 1902 bis 31. Juli 1903.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesamt		Von den gesamten Einnahmen entfielen auf									
			Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts"		Vermischte Einnahmen	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1902												
August	45377	47	43892	47	1475	—	—	—	—	—	10	—
September	16025	36	15923	06	—	—	100	—	—	—	2	30
Oktober	50233	51	36787	26	500	—	230	—	12712	45	3	80
November	17034	05	17034	05	—	—	—	—	—	—	—	—
Dezember	10250	78	10115	78	—	—	—	—	—	—	135	—
1903												
Januar	45444	65	19145	08	5500	—	6218	25	14571	55	9	77
Februar	57179	61	56078	51	—	—	1101	10	—	—	—	—
März	86193	62	84956	12	587	50	650	—	—	—	—	—
April	135967	23	36591	08	79583	75	1411	20	18381	20	—	—
Mai	58565	14	55565	14	3000	—	—	—	—	—	—	—
Juni	36995	57	36740	57	—	—	250	—	—	—	5	—
Juli	68980	24	29226	29	7000	—	6080	50	26673	45	—	—
	628247	23	442055	41[1])	97646	25	16041	05	72338	65	165	87

	628247,23 Mk.
Hierzu Bestand vom 31. Juli 1902	6786,35 „
	635033,58 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesamt		Von den gesamten Ausgaben entfielen auf:																	
			Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Unterstützungen		Prozeß- und Gefängniskosten		Reichstagskosten		Gehälter und Verwalt.-Ausgaben		Darlehns-Konto		Preß-Unterstützungen		Vermischte Ausgaben	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1902																				
August . . .	7788	97	1695	—	—	—	554	88	130	—	525	50	1463	69	3000	—	—	—	419	90
September .	10024	84	8842	15	—	—	540	50	—	—	—	—	411	—	—	—	200	—	31	19
Oktober . . .	40735	10	10802	35	—	—	1182	—	31	80	4126	—	2482	45	17500	—	4534	25	76	25
November . .	27302	82	3151	35	500	—	710	50	116	—	7000	—	1192	07	12000	—	2620	—	12	90
Dezember . .	17221	05	4086	—	2200	—	1216	—	327	45	4500	—	1391	10	1000	—	2450	—	50	50
1903																				
Januar . . .	20876	36	6216	20	1215	20	1613	—	320	—	4500	—	1427	22	—	—	5530	—	54	74
Februar . .	30175	02	8947	20	—	—	600	—	136	60	4700	—	1204	42	12000	—	2570	—	16	80
März . . .	21167	70	4092	10	—	—	1312	85	170	—	4200	—	1012	—	5046	17	5290	18	44	40
April . . .	113791	45	8924	65	64652	85	680	—	168	—	3900	—	2175	85	29000	—	4263	—	27	10
Mai	122383	85	2826	30	96176	65	5807	25	461	75	—	—	1335	55	14000	—	1620	—	156	35
Juni	106425	22	3924	27	94149	80	515	—	122	50	—	—	1072	90	6000	—	620	—	20	75
Juli	36319	50	4442	—	23163	55	1520	50	140	—	—	—	1861	40	3500	—	1589	15	102	90
	554211	88	67949	57[1]	282058	05	16252	48[2]	2124	10	33451	50[3]	17029	65[4]	103046	17	31286	58[5]	1013	78

554 211,88 Mk.
Ausgabe für Kapitalanlage 52 718,86 „
Kassenbestand am 31. Juli 1903 28 102,84 „
635 033,58 Mk.

Berlin, den 11. August 1903.

Revidiert und für richtig befunden:

W. Bock. Fr. Brühne. F. J. Ehrhart. A. Geck. Aug. Kaden. H. Koenen. H. Meister.
J. Pfarr. Clara Zetkin.

Bemerkungen zu A. Einnahmen.

[1]) Unter den allgemeinen Einnahmen befinden sich auch die besonders quittierten Eingänge für Flugblätter und Handbücher.

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

[1]) u. [2]) Die Ausgaben für allgemeine Agitation sind gegen das Vorjahr um Mk. 1546,28, die Ausgaben für Unterstützungszwecke um Mk. 21 146,17 niedriger. Unter den im Monat Mai gezahlten Unterstützungen befinden sich Mk. 5000,—, die vom Vorstande den infolge des Generalstreiks gemaßregelten holländischen Arbeitern bewilligt wurden.

[3]) Die Reichstagskosten weisen gegen das Vorjahr eine Steigerung von Mk. 5406,50 auf. In Wirklichkeit hat jedoch eine Minderausgabe stattgefunden, weil die aus der Reichskasse an die Mitglieder der Zolltarifkommission gezahlten Diäten mit Mk. 8342,98 in die Centralkasse geflossen sind.

[4]) Unter dieser Rubrik befinden sich, wie üblich, die Ausgaben für Gehälter und Hilfskräfte, Miete für Bureauräume, Porto- und Telegrammgebühren, die Kosten für div. Drucksachen, sowie die Kosten der Revision der Kasse usw.

[5]) Die Preß-Unterstützungen betragen im laufenden Jahre Mk. 11 345,97 weniger als im Vorjahre.

C. Ausgaben für die Parteipresse,

im einzelnen nachgewiesen.

„Avanti", Rom	Mk.	1 000,—
„Freie Presse", Straßburg i. E.	„	1 760,—[1])
„Gazeta Ludowa"	„	2 650,—
„Niederrheinische Volkstribüne"	„	400,—
„Oberfränkische Volkszeitung"	„	1 000,—
Saalfelder Blätter	„	1 320,—
„Volksblatt", Aachen	„	2 400,—
„Volksfreund", Karlsruhe	„	2 000,—
„Volkszeitung", Düsseldorf	„	3 500,—
„Volkszeitung", Königsberg	„	5 000,—
„Volkszeitung", Posen	„	2 586,40
„Vorwärts", Krakau	„	1 716,35
„Volksblatt", Bochum u. „Weckruf", Essen	„	5 953,83
	Mk.	31 286,58

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

[1]) An dem im vorjährigen Bericht mitgeteilten Beschluß des Vorstandes, daß die reichsländische Parteipresse weitere Subventionen nicht mehr erhalten solle, wurde festgehalten. Die im Bericht aufgeführten Mk. 1760,— waren zur Abstoßung alter Verbindlichkeiten bestimmt.

Tabellariſche Ueberſicht

der ſeit dem Parteitag in München eingegangenen Partei-Beiträge

1. Auguſt 1902 bis 31. Juli 1903.

Ort bezw. Wahlkreis	Auguſt	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Aachen	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—
Aarau	—	—	—	—	—	3,25	—	—	—	—	—	—
Adams-Maß(Amerika)	—	—	—	—	—	—	—	—	41,67	—	—	—
Ahrweiler	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—
Altenahr	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—
Altenburg (Wahlkreis)	300,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,00
Altona	—	—	—	—	—	—	5,00	—	25,00	26,60	—	—
Altona-Stormarn (8. u. 10. ſchleswig-holſt. Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	3000,00	—	—	—	2000,00
Altwaſſer	—	—	—	—	—	—	—	—	3,55	—	—	—
Alt-Stralau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—
Amſterdam	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,00	—
Ancy	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—
Ansbach	—	—	—	—	—	—	—	—	7,00	—	20,00	—
Arnsdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00	—	—	—
Aue i. V.	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	3,00	—	—
Bamberg	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bant (Wahlverein)	—	—	137,00	—	—	152,80	—	—	—	202,00	—	—
Barmen(Wahlverein)	—	—	200,00	—	—	200,00	—	—	—	—	—	300,00
Barmen, diverſe	—	—	—	—	—	40,00	—	—	—	—	—	—
Beelitz	—	—	—	—	—	—	—	—	13,50	—	—	—
Berlin I.	—	500,00	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—
„ II.	—	1000,00	800,00	500,00	500,00	400,00	500,00	550,00	1800,00	1000,00	600,00	1000,00
„ III.	—	—	500,00	500,00	—	500,00	500,00	—	2500,00	500,00	500,00	—
„ IV.	—	4000,00	2000,00	2000,00	2000,00	2000,00	2000,00	3000,00	2500,00	5000,00	8500,00	2000,00
„ V.	150,00	150,00	150,00	200,00	150,00	150,00	150,00	150,00	—	—	500,00	—
„ VI.	8200,00	6000,00	3000,00	3700,00	159,16	2500,00	4200,00	5000,00	8500,00	8000,00	6500,00	7500,00
Berlin, diverſe	470,05	425,43	704,25	570,70	946,45	1983,40	703,45	37595,25	4689,48	10307,15	6309,19	663,55
Bern	—	100,00	—	100,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
Beuthen O.-Schl.	—	—	—	—	—	—	—	—	75,00	—	—	—
Bielefeld	—	—	—	2,00	—	—	—	—	2.00	—	—	—
Blankeneſe	—	—	12,00	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—
Bochum (Wahlkreis)	405,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bradford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—
Braunſchweig (Soz.-dem. Arb.-Verein)	—	—	—	300,00	—	—	500,00	—	—	—	—	—
Bremen	—	300,00	—	300,00	—	—	—	300,00	—	—	300,00	—
Bremen, diverſe	—	—	10,00	—	11,30	10,00	12,65	—	11,40	—	12,00	—
Bremerhaven	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—
Breslau	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	—	100,00	50,00
Brieg	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Briehl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,75	—	—
Bromberg	—	—	—	—	—	7,05	—	6,00	—	—	—	—
Brocklyn-New-York	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	104,17
Bruchſal	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brüſſel	—	—	—	—	—	16,94	—	80,65	243,80	1088,71	600,00	—
Büdingen	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—
Bürgel	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Bukarest	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	104,00	—
Buxtehude	—	—	—	—	3,00	—	—	3,00	—	—	3,00	—
Calbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—
Camen	—	—	—	—	—	—	2,10	—	—	—	—	—
Charlottenburg	6,25	—	4,60	—	2,75	—	—	—	—	12,00	10,90	—
Chemnitz (16. s. Wahlk.)	—	—	—	500,00	—	—	500,00	15,00	—	50,00	1000,00	—
Cöpenick	—	—	—	—	—	3,00	63,00	30,00	—	3,10	—	—
Coswig	—	—	—	—	—	—	—	1,50	—	—	—	—
Cottbus	—	—	4,00	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—
Crimmitschau (18. sächs. Wahlkr.)	—	—	—	150,00	—	150,00	—	—	160,00	—	—	150,00
Curitzyba	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	112,09	—
Dabringhausen	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Darmstadt	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Delmenhorst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00
Dessau (1. anh. Wahlkr.)	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Döbeln	—	—	—	40,00	—	—	—	12,00	—	37,50	—	—
Dortmund-Hörde Wahlkreis	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	130,00
Dresden, diverse	61,60	—	—	—	—	5,00	—	—	5,00	—	—	—
Duisburg	—	—	—	17,80	—	—	—	—	—	—	—	—
Dümpten	—	—	—	—	—	7,05	—	—	—	—	—	—
Durlach (9. bad. Wahlkr.)	—	—	9,00	—	—	—	—	60,00	—	—	—	—
Düsseldorf	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—
Eisenach	15,00	—	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Elberfeld	—	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Emden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—
Eppendorf	2,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erfurt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—
Erkner	—	—	—	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—
Essen a. Ruhr (Wahlver.)	—	—	50,00	—	—	50,00	—	50,00	—	—	50,00	—
Essen a. Ruhr, diverse	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,00	—	—
Essenberg	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Falkenberg O.-Schl.	2,00	2,00	2,00	2,00	5,00	2,00	2,00	15,00	3,00	3,00	5,00	—
Falkenstein i. V.	—	—	—	—	—	7,50	—	—	—	—	—	—
Forchheim (soz. Wahlv.)	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Forst i. L.	200,00	—	—	100,00	—	—	200,00	—	—	200,00	—	—
Frankfurt a. M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	503,00	1000,00
Freiberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00
Friedrichshagen	—	5,00	—	—	—	5,00	—	—	—	10,00	—	—
Friedrichskoop	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—
Fürth	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14,00
Gaarden	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Gassen	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—
Gelsenkirchen	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gera (Wahlkreis)	100,00	—	—	—	100,00	100,00	—	—	150,00	150,00	—	—
Glasgow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,24	—
Gießen	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	—	30,00	—	—
Gleiwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—
Goldberg i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	0,50	—	—	—	—
Gotha	60,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00
Gorczizen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Gräfrath b. Solingen	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Greiz (Wahlkreis)	150,00	—	—	—	—	250,00	—	—	—	—	—	—
Gr. Lichterfelde	—	—	—	—	—	—	—	4,60	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis.	Auguſt	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Grünberg i. M.	5,00	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—
Guatemala	—	—	—	—	—	—	—	—	140,00	—	—	—
Gutſchdorf	3,	4,30	—	—	3,00	—	—	2,50	—	—	—	—
Hagen	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hagen-Selbecke	—	—	—	—	20,00	—	5,50	—	—	—	—	—
Halberſtadt	—	—	—	—	—	150,00	—	—	—	—	—	—
Halle a. S. (Wahlkr.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1000,00
Hamburg I.	—	—	—	—	3000,00	—	—	—	—	3000,00	—	—
„ II.	2500,00	—	1500,00	—	1000.00	1000,00	—	2000,00	1500,00	—	50,00	3000,00
„ III.	3000,00	—	—	3000,00	—	—	4000,00	—	—	3000,00	—	—
Hamburg, diverſe	615,80	175,10	585,62	407,55	505,37	901,75	317,55	18329,52	1283,00	1385,15	297,21	192,95
Hameln-Linden (Wahlkreis)	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamm	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—
Hanau (Wahlkreis)	100,00	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Hannover	—	500,00	—	—	—	1000,00	30,00	—	1000,00	1400,00	—	—
Hartha (10. ſächſ. Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—
Häslicht	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,40	—
Haſtedt b. Br.	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	—	—	—	—
Heidelberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Heidingsfeld	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—
Heßler	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hochlarmarkt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—
Hohenſtein-Ernſtthal	10,00	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Hüttenſteinach	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Jena	—	50,00	—	—	50,00	—	0,15	250,00	—	—	50,00	—
Ilſenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Jumel (Belg.)	—	—	—	—	—	—	52,66	—	—	—	—	—
Kalk b. Köln	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kamnitzbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Kalmar	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—
Kamenz	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Kappel	—	2,06	26,86	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Karlsruhe	180,00	—	—	—	—	1,80	—	50,00	—	100,00	—	—
Kiel	150,00	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Klingenthal	—	13,60	—	—	—	—	2,00	15,00	—	—	—	—
Köln a. Rh.	—	—	—	—	—	140,00	—	—	80,00	—	—	—
Königsberg i. Pr.	—	—	100,00	—	—	100,00	—	—	200,00	—	—	100,00
Kopenhagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	95,00	1,48
Kriſtiania	—	—	—	—	—	—	—	—	—	65,00	—	—
Landeshut (Whlvrn.)	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Landsberg a. W.	—	—	—	—	—	—	13,25	—	—	—	—	—
Langerfelde	20,00	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Lauſcha	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Leduc-Alberta	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,40	—	—
Leipzig (12.u.13.ſächſ. Reichtagswahlkr.)	—	2000,00	—	—	—	2000.00	—	3000,00	5000,00	—	—	—
Leipzig, diverſe	—	—	100,00	—	—	—	30,00	—	—	32,00	45,80	—
Lengenfeld i. V.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—
Lichtenſtein-Callbg.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	63,00
Lichterfelde i. M.	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Limbach (15. ſächſ. Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1500,00
Lititz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11,75	—	—

Ort bezw. Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
London	—	—	—	—	—	—	—	—	—	246,40	253,85	33,0
Lößnitz	—	—	4,90	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lübeck	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—
Lübzin	—	—	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Luckenwalde	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	5,00	—
Lüdenscheid	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ludwigshafen	500,00	—	—	200,00	—	—	—	—	200,00	—	—	—
Madrid	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	99,30	—
Magdeburg	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	—
Mannheim	—	—	200,00	3,00	—	200,00	500,00	—	—	200,00	—	—
Marburg i. St.	—	—	—	—	—	—	—	—	1,70	—	—	—
Markranstädt	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Marktredwitz	—	—	—	—	—	—	—	8,00	—	—	—	—
Meerane (17. sächs. Wahlkreis)	—	40,00	—	—	—	5,00	—	30,00	—	—	—	—
Melbourne	—	—	—	—	—	—	—	—	—	158,10	—	—
Michalkowitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—
Milford (Amerika)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—
Mitteau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16,12	—
Mülhausen i. E.	—	—	—	14,00	15,00	35,22	—	12,00	—	—	10,00	16,7
Mülheim a. R.	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—
München (Gaubb. Südbay.)	88,50	—	95,20	—	—	75,28	—	—	—	—	69,00	—
München, diverse	5,00	5,00	5,00	5.00	5,00	—	22,00	55,00	5,00	5,00	5,00	—
München-Gladbach	12,00	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—
Muskau	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—
Mylau i. S.	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Neisse	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—
Nellingsdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,71	—	—
Neumünster	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—
Netzschkau	—	15,00	—	4,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuruppin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—
Neu-Weißensee	—	—	—	—	—	—	3,50	23,05	—	—	—	—
Neustadt O.-Schl.	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Neviges-Tönisheide	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,0
New York	—	—	—	—	—	—	418,50	—	—	1251,45	244,44	—
Nieder-Barnim (Wahlkreis)	—	—	500,00	—	500,00	—	—	—	—	—	—	1000,0
Niederzwönitz (19. sächs. Wahlkr.)	50,00	—	—	—	50,00	—	—	—	50,00	—	—	100,0
North-Woolwich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47,94	—	—
Nürnberg	5,00	2,00	7,00	2,00	2,00	8,00	6,00	4,00	4,00	4,00	4,00	—
Nürnberg-Altdorf	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	—	—	—	—	—	—
„ (Gau Nordb.)	—	—	—	—	—	383,00	—	—	—	—	—	—
Oberhausen i. Rhl.	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—
Oberlangenbielau	—	—	50,00	—	100,00	—	—	50,00	—	—	—	100,0
Oberstein a. N.	—	—	4,45	—	—	5,54	—	—	2,32	—	—	—
Odessa	—	—	—	—	—	—	—	—	10,65	—	—	—
Offenbach a. M. Landesorganisation	375,97	—	—	—	—	—	—	500,00	500,00	—	500,00	—
Offenburg i. B.	—	20,00	—	—	—	1,70	—	—	—	—	—	—
Ohlau	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—
Olbernhau	3,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oelsnitz i. V.	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Oppau	—	10,77	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis	Auguſt	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Ottenſen-Pinneberg Wahlkreis	—	—	—	—	—	500,00	—	—	5,00	—	—	—
Paris	—	—	—	—	—	—	—	—	161,29	241,93	8,50	—
Pelotas	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	150,00	—
Peterswaldau	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	10,00	—	10,00
Pforzheim	9,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Piéragen	—	—	1,30	—	1,30	—	—	—	—	—	—	—
Portland	—	—	—	—	—	—	—	—	2,35	—	—	—
Pottſchappel 6. ſächſ. Wahlkreis	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—
Puttbus	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,50	—	—
Rahnsdorf	6,00	—	—	—	3,00	—	—	3,00	—	—	3,00	—
Rawitſch	—	—	—	—	—	16,00	—	—	—	—	—	—
Recklingh.-Bruch	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichenbach i. Schl. Wahlverein	—	5,00	—	—	5,00	—	—	5,00	20,00	—	5,00	—
Reinbeck	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Remſcheid	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	101,50
Rheydt	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Richzenhain	6,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	—
Rieſa	—	—	—	—	1,60	—	—	—	—	—	—	—
Riga	—	—	—	—	—	20,00	—	—	10,00	—	—	—
Rinteln	—	—	1,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rixdorf	—	15,80	—	—	—	—	3,20	4,00	4,15	41,70	10,00	—
Rom	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—
Ronsdorf	—	—	25,00	—	—	29,00	—	—	25,00	—	—	27,00
Rotterdam	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—
Rummelsburg b. Berl.	—	—	—	—	—	—	16,00	4,55	—	—	14,00	—
St. Gallen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—
Sao Paulo	—	—	—	—	—	—	—	—	—	400,00	—	—
Schmiedeberg i. Rſg.	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schoeneberg b. B.	—	—	10,00	—	—	—	—	—	40,00	—	—	—
Schöneck i. V.	—	6,00	—	—	—	2,50	—	—	—	—	—	—
Schwarzenbach a. S.	—	—	—	—	—	5,00	5,00	—	—	—	—	—
Schweinfurt	20,00	—	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwelm	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—
Seeſen a. H. 3. braunſchweig. Wahlkr.	10,00	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—
Solingen Kreis-Org.	25,00	20,00	20,00	45,00	50,00	60,00	25,00	30,00	60,00	30,00	—	300,00
Sorau	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Stahmeln	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stonington	—	—	—	—	—	—	—	—	—	250,00	—	—
Staßfurt Wahlkreis Calbe-Aſchersleben	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	148,14
Stettin Wahlkreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00
Stralau	—	—	—	—	—	—	—	—	150,00	—	2,15	—
Stralſund	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Straßburg i. Elſ.	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	105,00	5,00	5,00
Striegau	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stuttgart	10,00	—	10,00	10,00	10,00	—	10,00	10,00	15,00	10,00	10,00	—
Sydney	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	469,20	—
Tambach	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Telt.-Beesk. Wahlkr.	—	—	—	600,00	—	100,00	200,00	—	—	300,00	—	100,00
Thalheim i. S.	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—
Tiefenfurt	—	—	—	—	10,35	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novb.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Tolnca i. Mexiko .	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	100,00	—	—
Torgau-Liebenwerda (Wahlkr.)	—	—	31,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Triberg	—	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Trier	—	—	—	—	—	—	—	—	1,20	7,30	—	—
Vegesack	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,00	—	—
Velten (Wahlkr. Osthavelland) . .	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	—	—
Verden (6. hann. Kr.)	60,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Vohwinkel	—	—	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—
Wandsbeck	400,00	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—	—
Wanzleben (Wahlkr.)	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—
Wattenscheid . . .	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—
Weißensee	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—
Weißwasser . . .	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Wilmersdorf . . .	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Witten	2,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wittlich	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wolfenbüttel . .	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—
Wrexham	—	—	—	—	—	—	—	—	7,30	—	—	—
Wunsiedel . . .	—	1,00	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Württemberg . . .	100,00	100,00	100,00	—	200,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	—	—
Zeitz (Wahlkreis) .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	600,00	—
„ diverse . .	—	—	—	108,00	—	—	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	—
Zeulenroda . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	8,00	—	—	—
Zürich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,00	—	—
Zwickau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,50	—
Nord. Wasserkante	25000,00	—	15000,00	—	—	—	40000,00	—	—	—	—	—
Vorwärts	—	—	12712,45	—	—	14571,55	—	—	18381,20	—	—	26675
Bchhdlg. Vorwärts	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15000,00	7000,00	—
X Y Z	—	—	2000,00	3000,00	—	2000,00	—	—	2255,12	—	—	4000
Diverse	300,00	—	8592,98	—	—	254,00	—	10000,00	2342,60	650,00	730,00	507

Bericht

der

Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands.

Schon zu Beginn des abgelaufenen Parteijahres zeigte sich als Folge der Frauenkonferenz zu München unter dem klassenbewußten weiblichen Proletariat eine größere Regsamkeit. Jedoch nicht die Frauen allein, auch die Genossen vieler Orte, in denen eine planmäßige Agitation unter den Proletarierinnen bis dahin nicht betrieben worden war, drängten darauf hin, eine solche in die Wege zu leiten und halfen den Genossinnen beim Ausfindigmachen geeigneter Vertrauenspersonen. Erfreulicherweise ist in diesem Jahre die Anzahl derselben auf 78 gestiegen, der beste Beweis dafür, daß unsere Bewegung immer breitere Kreise erfaßt und daß der organisatorische Zusammenhang ein immer festerer wird.

Der Situation entsprechend, welche durch die Fleischnot einen trefflichen Anknüpfungspunkt für die Aufklärung der Frauen geschaffen hatte, wurde zunächst eine lebhafte, energische Agitation gegen die Fleischteuerung entfaltet. Unzählige Versammlungen wurden abgehalten, und die Genossinnen ließen sich daneben eine rege persönliche Agitation im Kreise der Bekannten 2c. angelegen sein. Ein Cirkular, welches Anfang November v. J. sämtlichen Vertrauenspersonen zugesandt wurde, gab die notwendigen Anleitungen dazu, es forderte gleichzeitig auf, in planmäßiger Weise an der allgemeinen Protestbewegung des Proletariats gegen den geplanten Zollwucher teilzunehmen und alles aufzubieten, damit die Notwendigkeit entschiedensten Einspruchs gegen denselben auch den noch indifferenten Frauenmassen klar würde. Ueber die Erfüllung dieser Aufgabe ward nicht vergessen, für den gesetzlichen Arbeiterinnen- und Kinderschutz zu agitieren. Der Erfolg der Anstrengungen unserer Genossinnen zeigte sich überall in dem hohen Prozentsatz weiblicher Versammlungsteilnehmer und der zunehmenden Organisation der proletarischen Frauen.

Ueberall wo die politischen Vereine Frauen aufnehmen dürfen, ist die Zahl der weiblichen Mitglieder gestiegen. In Hamburg hatten die 3 Wahlvereine am Schlusse des Jahres 1100 weibliche Mitglieder; in Leipzig gehörten 700 Genossinnen, in Dresden 500 Genossinnen der politischen Organisation an; der Wahlkreis Reichenbach i. V. wies 344 politisch organisierte Frauen auf. In den letzten Monaten, zumal während der Wahlagitation sind den politischen Organisationen sehr viele Genossinnen zugeführt worden.

Die Zahl der Frauen-Bildungsvereine in Preußen hat sich vermehrt. Zwar versuchen die Behörden hin und wieder solch einer Organisation als einer angeblich „politischen" das Lebenslicht auszublasen, allein der Versuch gelingt nicht immer. Gegen den Rixdorfer Frauen-Bildungsverein war die Untersuchung eröffnet, Dutzende von Frauen wurden einem Verhör unterzogen, aber — dem Verein konnte keine Verfehlung gegen das Gesetz nachgewiesen werden. Er bleibt bestehen und wird hoffentlich wie bisher Kenntnisse und Aufklärung unter den Proletarierinnen verbreiten.

Auch die Beschwerdekommissionen der Arbeiterinnen haben Zuwachs erfahren. Im Anfang dieses Jahres sind solche in Cannstatt, Zuffenhausen und Magdeburg eingerichtet worden, Orte, in denen viele Industriearbeiterinnen dem Kapital fronden, so daß die Kommissionen eine segensreiche Wirksamkeit entfalten können. Die Beschwerdekommissionen der Arbeiterinnen stehen selbstverständlich überall in engster Verbindung mit den Gewerkschaften.

Was die Arbeit der Genossinnen auf gewerkschaftlichem Gebiete anbelangt, so ist sie auch in diesem Jahre eine sehr rührige gewesen. Nicht nur in öffentlichen Agitationsversammlungen, sondern auch bei der Kleinarbeit, in Werkstubensitzungen 2c. sind die geschulten Genossinnen mit Begeisterung und Ausdauer bemüht gewesen, die noch unaufgeklärten Arbeiterinnen zu belehren und den Gewerkschaften zuzuführen. Soweit Ueberblicke über den Stand der Gewerkschaften vorliegen, mit Erfolg.

Ein zweites Cirkular, das im Anfang dieses Jahres sämtlichen Vertrauenspersonen zugesandt wurde, gab Ratschläge und Fingerzeige für die Einrichtung von Lese- und Diskussionsabenden, die in München so eingehend behandelt worden war und die der Heranbildung von politisch geschulten Genossinnen und Agitatorinnen dienen sollen. Lese- und Diskussionsabende sind an vielen Orten ins Leben gerufen worden und haben sich vorzüglich bewährt. Die Leitung durch eine geschulte zielklare Persönlichkeit ist eine Bedingung des Erfolges. Neben dem Uebermitteln und der Klärung sozialer und politischer Kenntnisse und der Einführung in das Studium und Verständnis unseres Programms bezwecken die Leseabende zugleich, die Proletarierinnen an das Lesen ernster sozialpolitischer Lektüre und das logische Durchdenken derselben zu gewöhnen, sowie an das klare Aussprechen ihrer Gedanken. Die Lese- und Diskussionsabende hatten außerdem den großen Vorteil, daß sie eine stattliche Zahl ernster, strebsamer, zuverlässiger Frauen einander näher brachten und zum gemeinsamen Wirken verbanden. Die Betätigung unserer Genossinnen im Wahlkampf ist dadurch bedeutend gefördert worden. Sie gewannen neue, sehr energische und geschulte Mitarbeiterinnen, welche opferfreudig ihre Kraft und Zeit in der Wahlagitation und am Wahltag der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung stellten.

An der Kampagne für die Reichstagswahlen beteiligten sich die Genossinnen mit Feuereifer. Bei allen Arbeiten halfen sie mit. Unsere rednerisch tätigen Genossinnen kannten Ermüdung nicht; Wochen und Monate lang hielten sie Tag für Tag in zum großen Teile überfüllten Räumen Versammlungen ab. Der Erfolg der geleisteten Arbeit ist bemerkenswert. Im Kreise Dortmund, wo bis vor etwa 2 Jahren jede Beteiligung von Frauen am politischen Leben durch die Polizei behindert wurde, hatte die Agitation in die Augen springende Erfolge. In wenigen Wochen wurden unter den Frauen der Kohlengräber 400—500 Abonnenten für die „Gleichheit" gewonnen. Auch unter den katholischen Frauen findet unsere Agitation und unser Organ mehr und mehr Eingang. Im letzten Jahre ist die Abonnentenzahl der „Gleichheit" von 4000 auf 9500 gestiegen, der beste Beweis dafür, daß die proletarische Frauenbewegung an äußerer Ausdehnung wie innerer Reife gewinnt. Als ein besonders begrüßenswertes Symptom muß verzeichnet werden, daß die Zahl der Mitarbeiterinnen der „Gleichheit" stetig wächst, welche sich aus dem weiblichen Proletariat rekrutieren.

Mit Bekanntmachung des Termins für die Reichstagswahlen kamen für die Zeit bis zur erfolgten Wahl auf Grund des § 21 des preußischen Vereinsgesetzes die Bestimmungen des § 8 des preußischen Vereinsgesetzes in Fortfall. Frauen dürfen demzufolge in dieser Zeit politischen Wahlvereinen als Mitglieder angehören und auch solche Vereine gründen. Durch einen Aufruf wurden die Genossinnen in Preußen ersucht das wenige Wochen währende Recht auszunutzen. In Altona gründeten die Genossinnen

einen Wahlverein, der bald 104 Mitglieder aufzuweisen hatte und eine rege Tätigkeit entfaltete.

Im Kreise Teltow-Beeskow-Charlottenburg wurde ebenfalls ein sozialdemokratischer Frauen-Wahlverein ins Leben gerufen, der es auf ungefähr 450 Mitglieder brachte. Die Schulung, welche die Organisation ihren Angehörigen angedeihen ließ, befähigte diese zu tüchtigen Arbeitsleistungen bei den Wahlen.

Die Genossinnen Berlins und der Umgegend nützten ebenfalls das Eintagsrecht aus. Sie gründeten am 20. April einen Wahlverein, dessen Existenz ebenso wie diejenige der beiden andern Vereine eine Demonstration für die Forderung voller politischer Rechte für die Frauen bedeutete. Der Erfolg der neuen Organisation übertraf alle Erwartungen. Fast jede der 9 Versammlungen, die der Wahlverein in den verschiedenen Stadtteilen veranstaltete, war von Frauen überaus zahlreich besucht. Der Mitgliederstand erreichte die beachtenswerte Zahl von 958, ein Zeichen dafür, daß immer breitere Schichten der Proletarierinnen bewußt werden, wie wichtig für sie der Besitz politischer Rechte ist, und daß immer größere Scharen diese Rechte fordern und erkämpfen wollen. Sicher hat auch die durch den Verein betriebene Agitationsarbeit ihr Scherflein zu dem großen Wahlsieg der sozialdemokratischen Partei beigetragen. In pekuniärer Hinsicht erzielte der Wahlverein der Genossinnen ebenfalls einen Erfolg. Es konnten dem Parteivorstand zu den Kosten der Reichstagswahl 300 Mk. übermittelt werden. Erwähnt sei noch, daß in Ausnutzung des kurzen Rechts der Frauen in vielen Orten Genossinnen in die Wahlkommitees gewählt wurden und dort mit den Genossen gemeinsam wirkten.

Da die Vertrauenspersonen und rednerisch tätigen Genossinnen mit Kenntnissen gerüstet und über die wichtigsten Vorgänge und Erscheinungen des sozialen und politischen Lebens unterrichtet sein müssen; sie aber als arme Proletarierinnen, von denen täglich Zeit- und Geldopfer verlangt werden, nicht immer imstande sind, sich die nötigen Schriften zu kaufen, so schien es zweckdienlich solche auf Kosten des Agitationsfonds der Genossinnen anzuschaffen und den oben genannten unentgeltlich zuzusenden. Es gelangten zur Verschickung:

1. „Das Protokoll des Münchener Parteitags."
2. „Das soz. Programm und die Erläuterungen desselben von Kautsky und Schönlank."
3. „Die Fabrikarbeit verheirateter Frauen" von Henr. Fürth.
4. „Die Erwerbstätigkeit der Frau" von Dr. Epstein.
5. „Die Frauen und die Politik" von Lily Braun.
6. „Das Handbuch für sozialdemokratische Wähler 1903."
7. „Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterin" von Wally Zepler.

Das letztere Schriftchen wurde außerdem auf Wunsch Frauen-Bildungsvereinen in größerer Anzahl zugestellt.

Erwähnt sei noch, daß der Verlag der „Gleichheit" diese bereitwilligst den Vertrauenspersonen gratis zusendet.

Für die Wahlagitation unter den proletarischen Frauen wurden folgende Broschüren in größerer Anzahl gekauft und gratis verteilt:

1. „Die Vernichtung der Sozialdemokratie u. s. w."
2. „Die Lebensmittelzölle und die indirekten Steuern"; schließlich kurz vor den Wahlen: „Pflichten und Stellungnahme der Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes bei der Reichstagswahl 1903."

Das zuletzt genannte Schriftchen ist in einer Auflage von 30000 Exemplaren verteilt worden und zwar auf Kosten der Gesamtpartei. Eine zweite noch größere Auflage davon herzustellen, wie es gewünscht wurde, dazu war die Zeit zu kurz.

Die verteilten Broschüren haben einen aufklärenden und agitatorischen Wert, der über die Reichstagswahl hinaus reicht. Die Vertrauenspersonen und Leiterinnen von Leseabenden sollten es sich deshalb angelegen sein lassen, dafür zu sorgen, daß sie gründlich gelesen und diskutiert werden.

Es wurden in diesem Jahre Mk. 407,77 für Broschüren 2c. ausgegeben.

Durch die Zunahme der Zahl der Vertrauenspersonen hat die notwendige Korrespondenz an Umfang gewonnen, so daß für Porti und Schreibmaterialien 163,70 Mk. verbraucht wurden. Für mündliche Agitation wurden ausgegeben Mk. 772,10; für andere kleinere Ausgaben Mk. 50. Der Parteikasse konnten erfreulicherweise 200 Mk. zu den Wahlkosten überwiesen werden. Der Kassenbestand betrug bei Beginn des letzten Tätigkeitsjahres Mk. 704,74. An Geldern gingen für den Agitationsfonds ein: Mk. 1111,05. 26 Orte sendeten Beiträge. Das Gesamtvermögen unserer Kasse stellte sich auf Mk. 1815,79, die Ausgaben betrugen Mk. 1593,57 so daß ein Bestand von Mk. 222,22 verbleibt.

Die Summen, welche der Centralkasse der Genossinnen zur Verfügung standen, waren nicht groß. Sie lassen jedoch keinen Rückschluß zu auf die von der Centralstelle aus eingeleitete und organisierte Agitation und auf die Tätigkeit der Genossinnen überhaupt. Die eine wie die andere ist weit bedeutender gewesen, als die Zahlen es erkennen lassen. Die Genossinnen ließen es sich allerwärts angelegen sein, die am Orte oder im Bezirke betriebene Agitation aus den eigenen Mitteln zu decken. Nur wo dies unmöglich war, oder wo es galt, die proletarische Frauenbewegung erst in Fluß zu bringen, wurde der Centralfonds in Anspruch genommen. Bemerkt sei noch, daß die Genossinnen sich überall eifrig am Sammeln von Munition für die Wahlen beteiligt haben, und daß sie auch durch diese Seite ihrer Betätigung der Frauenbewegung Anerkennung und Sympathie erwarben.

Die großen Wahlerfolge der Sozialdemokratie werden uns Frauen ein Ansporn sein, unsere ganze Kraft immer hingebender und eifriger in den Dienst unserer heiligen Sache zu stellen. Wir wollen in jeder Beziehung das unsrige dazu beitragen, daß die nächsten Wahlen der einzigen Partei, die für eine neue, große, gerechte Zeit kämpft, einen noch glänzenderen Sieg bringen. Damit rückt nicht nur der Tag näher an dem wir Frauen selbst den Stimmzettel in die Urne legen werden, sondern auch das höhere Ziel, die Befreiung der Arbeit von dem Joche des Kapitals.

Darum vorwärts zu neuer Arbeit, zu neuen Siegen.

Bericht

über die

parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

193. bis 302. Plenarsitzung II. Session der X. Legislaturperiode.

14. Oktober 1902 bis 30. April 1903.

Erstattet von Arthur Stadthagen.

Inhalts-Uebersicht:

Der Zolltarif (Wirkungen des Zolltarifs. Der Klassencharakter des Zolltarifentwurfs. Erledigung des Tarifs im „Ramsch". Ergebnis der Kommissionsverhandlungen. Der Witwen- und Waisenantrag des Centrums. Chronologische Darstellung der Verhandlungen im Plenum: Die Getreide- und Viehzölle. Antrag Aichbichler. Antrag Kardorff. Beschlußunfähigkeit der Zollmehrheit. Eugen Richter als Einpeitscher der Mehrheit. Die dritte „Beratung" am 13.—14. Dez. 1902. — Reichshaushaltsetat. — Die Etatsberatungen (Die politische und wirtschaftliche Lage; Zusammenstoß v. Vollmars mit dem Präsidenten; die Erklärung der Fraktion; Bebels Rede. — Reichsamt des Innern (Stand der Sozialgesetzgebung. Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten. Antrag betr. Bekämpfung der Wurmkrankheit. Reichsschulkommission und mecklenburgische Schulverhältnisse). — Reichsgesundheitsamt (Mißstände der öffentlichen Krankenpflege. Lage des Pflegepersonals. Verhütung der Milzbrandinfektion. — Reichsversicherungsamt (Unfallsteigerung. Arbeiterrisiko). — Postetat (Arbeitsverhältnisse der Unterbeamten). — Reichseisenbahnamt (Verkehrsunsicherheit. Koalitionsrecht des Eisenbahnpersonals). — Militäretat (Duellunwesen und Begnadigungsrecht. Mißstände in den Militärwerkstätten. Militärische Kriminalstatistik. Soldaten als Land- und gewerbliche Arbeiter, als Streikbrecher. Militärlieferantenprofit. Truppenübungsplatz Neuhammer). — Justizetat (Spitzel- und Klassenjustiz). — Auswärtiges Amt (Schutz Deutscher im Auslande: Fälle Kugel, Buchholz. Reichskonsule und Seemannsschutz). — Gesetzentwürfe (Gesetz betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben. Phosphorzündwarengesetz. Krankenversicherungsnovelle. Novelle zur Seemannsordnung. Wahlreglement). — Interpellationen (betr. Fleischverteuerung. Uebergriffe von Polizeiorganen. Vexationen der Polen. Fall Hüssener. Kriegsveteranen. Zolltarifinterpellationen). — Initiativanträge (Schwerinstag. Reichswohnungsgesetz. Ausdehnung des Gewerbegerichtsgesetzes. Aufhebung der außerordentlichen Befugnisse des Statthalters von Elsaß-Lothringen. Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren in Gewerbe und Landwirtschaft, im Gesindedienst. Fabrikation, Verkauf, Ein- und Ausfuhr von Zündwaren mit weißem Phosphor). — Petitionen (Vereins- und Versammlungsrecht. Arbeiterinnenschutz. Petition des christlichen Textilarbeiterverbandes und der Widerstand des Centrums.) — Wahlprüfungen (Prietze, Sieg, Boltz, v. Oldenburg, Rauter, Will). — Schluß.

Die fünfjährige Legislaturperiode des am 16. Juni 1898 gewählten Reichstag zerfiel in zwei Sessionen. Die erste begann am 6. Dezember 1898 und wurde am 12. Juni 1900 geschlossen. Die zweite Session begann am 14. November 1900, wurde wiederholt, zuletzt bis zum 14. Oktober 1902, vertagt und am 30. April 1903 geschlossen. Dieser letzte Abschnitt umfaßt die 193. bis 302. Sitzung der zweiten Session; über ihn soll sich der vorliegende Bericht auslassen.

In der Berichterstattung wird zunächst die Beratung des Zolltarifs geschildert. Ihr folgt die Berichterstattung über den Reichshaushaltsetat, die in dem zu Bericht stehenden Sessionsabschnitt erledigten Gesetzentwürfe, die Interpellationen, die Initiativanträge, die Petitionen und die Wahlprüfungen.

Die Zolltarifvorlage.

Die vor Weihnachten verabschiedete Zolltarifvorlage ist ein Klassengesetz schlimmster Natur. Gesetzliche Begünstigung und Förderung der Macht des Großkapitals gegenüber der Arbeit ist der einheitliche Gesichtspunkt, der das Tarifgesetz und die 946 Positionen des Tarifs beherrscht und auch innerhalb der Tarifierung zum Ausdruck gelangt. Ungeheure materielle Vorteile hätten von dem Gesetz, wenn es in Wirksamkeit träte — das Inkrafttreten hängt von einer besonderen unter Zustimmung des Bundesrats zu erlassenden Verordnung ab —, die Großgrundbesitzer, ein Teil der Großfabrikanten, die Hypothekenbanken und die

Aktionäre der „schweren Industrie" — und das auf Kosten der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung der Arbeiterklasse, des Mittelstandes, des Handwerkers und des Kleinbauern.

Die Wirkungen des Zolltarifs auf wirtschaftlichem, politischem und allgemein kulturellem Gebiete lassen sich etwa folgendermaßen zusammenfassen.

Die durch den Zolltarif beabsichtigte künstliche Verteuerung der Lebensmittel dient der Niederhaltung der Lebenshaltung der Arbeiter und des Mittelstandes in Stadt und Land. Die Folge ist: Beeinträchtigung der körperlichen und geistigen Entwicklung der erwerbstätigen Bevölkerung, die Vermehrung von Krankheiten, Erhöhung der Unfallgefahr, der Invalidität und der Kindersterblichkeit, Anwachsen der Armenlasten, vermehrter Anreiz zur Begehung von Eigentumsdelikten und eine Reihe anderer sittlicher Nachteile. Hand in Hand mit der künstlichen Niederhaltung der Lebenshaltung der Arbeiter geht die Bedrohung ihres Koalitionsrechts, die Erschwerung sozialreformatorischer Maßregeln, die Verminderung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter und damit der Industrie und der Landwirtschaft. Dieselben Folgen zeitigt die durch die Erhöhung der Zölle herbeigeführte Erschwerung der Arbeitsgelegenheit und Stärkung der Macht der am antisozialsten denkenden Bevölkerungsgruppen: der Großgrundbesitzer und der großindustriellen Verbände.

Für Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle muß die Not des arbeitenden Kleinbauern als Feigenblatt herhalten, hinter dem sich die Raubgier des besitzenden Großgrundbesitzers versteckt. Den Bauern trifft die Zollteuerung nicht nur als Konsumenten. Seine Produktionskosten werden künstlich durch den Zoll verteuert: die Einsaat, das Vieh, das Viehfutter ist mit hohen Zöllen belegt. Mit knapper Not entging der künstliche Dung einer Verteuerung durch den Zoll; in der Kommission beantragten nationalliberale Abgeordnete mit Rücksicht auf die „Notlage" der leidenden Superphosphatfabriken, die nur rund 8 Proz. Dividende abwerfen, einen Tribut von jährlich 15 Millionen Mark der Landwirtschaft durch einen Superphosphatzoll aufzulegen. Für den Antrag stimmten die freikonservativen Mitglieder und ein Teil der konservativen und Centrumsmitglieder. Die künstliche Verteuerung der Produktionskosten des arbeitenden Landwirts wäre eine der notwendigen Folgen des unter dem verkehrten Schlachtgeschrei „Schutz der Landwirtschaft", „Schutz der nationalen Arbeit" durchgepreßten Entwurfs zur künstlichen Erhöhung der Grundrente des Großgrundbesitzes.

Getreidezölle erhalten die landwirtschaftliche Produktionsweise in ihrer Rückständigkeit, die Zölle auf Brotgetreide verringern die Kaufkraft der Abnehmer der Produkte des Bauern. Die Zölle auf Arbeitsvieh und Futtermittel (Gerste, Hafer, Mais usw.) erhöhen die Produktionskosten des Bauern, der sie kaufen muß. Daneben schädigen die Zölle auf Wild aufs schwerste die mühsame Arbeit des Kleinbauern. Die agrarischen Zölle geben dem landwirtschaftlichen Großbetrieb ein künstliches Uebergewicht über den Mittel- und Kleinbetrieb, begünstigen die Auffaugung des Mittel- und Kleinbesitzes durch den Großgrundbesitz und fördern die Rückständigkeit der Produktionsweise.

In ähnlicher Weise begünstigen die industriellen Zölle die Großindustrien auf Kosten des Mittelstandes und der inländischen Abnehmer.

Treiber im Kampf der industriellen Schutzzölle waren die Vertreter nicht der Industrie oder des Handwerks, sondern die Besitzer der Rohstoffe und Halbfabrikate, vor allem die Besitzer von Kohle und Eisen, die Berg- und Hüttenbetriebe, und die Spinner.

Zur Produktion der Rohstoffe gehört viel Kapital und wenig Arbeit: die Zahl der von den großen Besitzern (meist Aktiengesellschaften) der Rohstoffe und Halbfabrikate meist sehr gering entlohnten Arbeiter beträgt nur einen kleinen Bruchteil derjenigen Arbeiter, welche in der Exportindustrie und der verarbeitenden beschäftigt

werden, z. B. in der Maschinen-, in der Kleineisen-, in der Textilindustrie, im Baugewerbe. Alle diese Gewerbe, die eine große Zahl, den größten Teil aller Arbeiter beschäftigen, gebrauchen Rohstoffe. Jeder Zoll, der auf Rohstoffe oder Halbfabrikate gelegt wird, verteuert diese und damit die Produktionskosten der verarbeitenden Industrie, einschließlich des Handwerks. Es kommt noch eins hinzu. Die Besitzer der Rohstoffe haben seit Jahren sich koaliert, um die Preise im Inland zu erhöhen. Jeder Zoll begünstigt diese Preistreiberei zu Ungunsten der deutschen Exportindustrie, die eine Menge Hände beschäftigt und die durch die Lieferung billigerer Materialien an das Ausland durch die Kartelle in ihrer Exportfähigkeit stark beeinträchtigt wird. Ein Zoll auf die eigenen Waren nützt dieser Exportindustrie gar nichts, sondern schädigt sie, weil er Gegenmaßregeln des Auslandes hervorruft, das den Export der deutschen Waren wiederum durch Zölle zu hindern sucht, und steht der technischen Entwicklung entgegen. Wie sehr die verarbeitende Industrie auf Freiheit von dem Schutzzoll — so nennt man wohlklingend den Zoll zum Schutz des Großkapitals — angewiesen ist, zeigt ein Vergleich zwischen Frankreichs und Deutschlands Welthandel der neunziger Jahre. Frankreich hat im Jahre 1892 seine Schutzzölle erhöht: es ist seitdem von der zweiten Stelle im Welthandel auf die vierte herabgedrückt. Deutschland, das 1892 mit der Herabsetzung der Schutzzölle durch die Handelsverträge begann, ist von der sechsten Stelle im Welthandel auf die zweite heraufgekommen: der deutsche Warenexport, der vor den Handelsverträgen gegen 3 Milliarden Mark betrug, hat sich bis auf nahezu 5 Milliarden gehoben. Tritt der neue Zolltarif in Wirksamkeit, so würde der Export nie sehr bedeutende Einschränkung erfahren: Millionen Arbeiter würden arbeitslos werden.

Das Zolltarifgesetz stellt sich als ein Gesetz zur künstlichen Züchtung der Industriekartelle dar. Der Schutzzoll auf industriellem Gebiet für Rohstoffe und Halbfabrikate ist das wirksamste Mittel, die Bildung von Kartellen, Trusts und anderen Unternehmer-Verbänden zu fördern.

Die Zölle auf Rohstoffe und Halbfabrikate drücken auf die verarbeitende Industrie und das Handwerk, auch soweit diese nicht exportieren. Es steigern, wie schon erwähnt, die Kartelle der „schweren Industrie" — hierunter ist in erster Linie die Eisen- und Metallindustrie und die Montanindustrie verstanden — die Preise für das Inland und verkaufen zu niedrigeren Preisen an das Ausland. Die durch „Schutzzölle" gegen die Konkurrenz des Weltmarkts abgeschlossene schwere Industrie hat sich zu wirtschaftlichen Verbänden mit Zwangsordnungen gegen die einzelnen Mitglieder vereinigt, um für das Inland nicht unter einem festgesetzten hohen Preise zu verkaufen. So ist es gekommen, daß zur selben Zeit verkauft wurde:

	die Tonne im Inlande	die Tonne im Auslande
Koaks	15,— Mk.	11,— Mk.
Roheisen	60,— „	44,— „
Schmiedeeiserne Träger	97,50 „	66,— „
Walzdraht	250,— „	140,— „
Drahtstifte	250,— „	140,— „
Stabeisen	125,— „	100,— „
Stahl in Blöcken	92,— „	64,— „
Eisenbahnschienen	160,— „	105,— „

Die Schutzzölle auf Rohstoffe und Halbfabrikate ermöglichen es also, der verarbeitenden Industrie einen Tribut aufzulegen, der noch weit über die Höhe des Zolls hinausgeht.

Die wichtigste nationale Ware, die „nationale Arbeitskraft", wird demnach durch das Zolltarifgesetz aufs schwerste beeinträchtigt, der Verkauf von Rohstoffen und Halbfabrikaten nach dem Ausland zu billigeren Preisen als für das Inland und der

Wettbewerb des Auslands mit unserer verarbeitenden Industrie durch Lieferung billigen Rohmaterials begünstigt. Der Zoll hat das Handwerk und die gesamte weiterverarbeitende Industrie mit hohem Tribut zu Gunsten der Besitzer der kostbaren Eingeweide der Erde und ihrer Oberfläche: das nennt man „Schutz der nationalen Arbeit".

Daß erhöhte Getreidezölle die Gefahr mit sich zu bringen, „die Lebenshaltung weiter Volkskreise in einer in der Tat bedenklichen Weise zu verteuern und gleichzeitig ihre Arbeitsgelegenheit zu vermindern", hatte übrigens der Staatssekretär Graf von Posadowsky in der Sitzung der Kommission vom 22. September 1902 anerkannt; freilich erblickte er diese Gefahr nur bei den von den Bündlern vorgeschlagenen Mindestzöllen von 7,50 Mk. für die vier Hauptgetreidearten — dieselben Zölle (7,50 Mk. für Weizen, 7 Mk. für die übrigen Getreidearten) enthält der angenommene Zolltarif.

Die Vermehrung der Reichseinnahmen aus den erhöhten Zöllen — etwa 300 bis 400 Millionen jährlich — arbeitet einer Vermehrung der Militärlast vor und beeinträchtigt das Geldbewilligungsrecht der Volksvertretung. Diese Minderung der Volksrechte enthält eine ebenso große Stärkung der absolutistischen Strömung. Die Fortsetzung der indirekten Steuerpolitik wirkt der Anbahnung einer gerechten Steuerreform durch Einführung einer Reichseinkommensteuer, Reichsvermögenssteuer und Reichserbschaftssteuer in erheblicher Weise entgegen.

Die kulturwidrige Wirkung des Zolltarifs zeigt sich auch auf technischem Gebiet. Bei einer großen Reihe von Zöllen, insbesondere auf Rohstoffe und Halbfabrikate, wurde im Plenum und in der Kommission von unserer Fraktion dargelegt, wie der Zoll technischen Fortschritten hindernd im Wege steht — Darlegungen, die in der Kommission selbst einen konservativen Abgeordneten bei Gelegenheit der Beratung der Garnzölle zu dem Eingeständnis veranlaßten, daß die Garnzölle versumpfend auf die Spinnerei gewirkt und den technischen Fortschritt gehemmt haben. Als der Staatssekretär Graf von Posadowsky in der Kommission die Mehrheit beschwört, von der Absicht abzulassen, zu Gunsten der Steinbruchbesitzer die Pflastersteine mit einem Zoll zu belegen, da ein solcher Zoll die Kulturinteressen des Landes, insbesondere die Förderung guter Straßen, schwer schädigen, auch unsere Handelsbeziehungen zum Ausland, die deutsche Rhederei und Schiffahrt schwer beeinträchtigen würde, gesteht ein Zollschwärmer zu: mit solchen Gründen lasse sich jede Zollschutzpolitik bekämpfen. Der Pflasterzoll wird bewilligt — die Tatsache, daß eine Steinbruch-Aktiengesellschaft nur 4% Dividende gezahlt hat, reicht für die Steinbruchaktienbesitzer aus, um einen die Landeskultur und die Arbeiter schwer schädigenden Zoll einzuführen. Die kulturwidrige Wirkung von Zöllen läßt sich in ähnlicher Weise auf beinahe allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens nachweisen.

Das gesamte System des angenommenen Zolltarifgesetzes steht der Erreichung des internationalen freien Verkehrs schwer hindernd entgegen, erschwert Handelsverträge, welche die Lebenshaltung der Arbeiterklasse heben und die Arbeitsgelegenheit mehren könnten, und treibt zu Zollkriegen der Völker untereinander.

Ein Zolltarif mit Sätzen wie sie die angenommene Vorlage enthielt, ist kein Instrument zur Bedrohung des Auslandes zwecks Abschlusses günstiger, dem Interesse der Gesamtheit dienender Handelsverträge und gegenseitiger Herabsetzung der Zölle. Der Zolltarif mit seinen hohen Schutzzollsätzen dient vielmehr der in Kartellen organisierten Industrie und dem Großgrundbesitz zur Ausbeutung ihrer staatlich privilegierten Stellung auf Kosten Deutschlands. Dem Zweck der Erhöhung der Grundrente durch den agrarischen Zoll tritt der Zweck der in Kartellen organisierten Industrie an die Seite, den Schutzzoll zu einer dauernden Einrichtung zu machen, um den Bestand der Kartelle zu sichern und in Deutschland zu höheren als den Weltmarktspreisen verkaufen zu können. Der Zoll des Zolltarifs wirkt auch auf industriellem Gebiet nicht als „Er-

ziehungszoll", als Abwehrmittel gegen die Eroberung des einheimischen Markts durch eine vorgeschrittenere ausländische Industrie, sondern stellt die Macht des Staats in den Dienst der Profitinteressen des Großgrundbesitzes und der Großindustrie. Die Verschärfung des Kampfes um den Weltmarkt führt zu schärferen Gegensätzen der einzelnen Staaten. Für den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt wird darum Verstärkung der staatlichen Macht zwecks Wahrnehmung der Interessen der Großindustrie gefordert. Die Vermehrung der Staatsgewalt soll im Innern der Niederhaltung der Volksmassen dienen, deren Lebensmittel und Arbeitsgelegenheit herabgedrückt, deren wirtschaftliche und gewerkschaftliche Stellung arg bedroht ist. Im Ausland soll die vermehrte Staatsmacht die Ansprüche der Kapitalistenklasse durchsetzen helfen: Förderung der Kolonial- und Weltpolitik, Vermehrung der militärischen Rüstungen zu Lande und zu Wasser ist die weitere Folge der durch Zölle gestärkten Macht der Kartelle. Die Verteuerung der Produktionskosten der nicht kartellierten inländischen Industrie durch die Kartelle führt auch hier zu einer Beschleunigung der Konzentration und zur Herstellung von Kartellbildungen auch für diese Industrien. Die Erschwerung der Exportindustrie muß zu Niederlassungen — deutsche Einkaufsbureaus und deutsche Fabriken — im Ausland in noch stärkerem Maße wie bisher führen. Wohl kein deutsches Gesetz zeigt so sinnenfällig wie der Zolltarif den Klassencharakter der Gesetzgebung: in unverhülltester Weise werden die Machtmittel des Staats in den Dienst der Profitinteressen des Kapitals auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung gestellt.

Der Klassencharakter des Zolltarifentwurfs offenbarer sich auch in der Art der Vorbereitung des Gesetzentwurfs und kam später in der Art der Beratung in der Kommission und im Plenum des Reichstags abermals zum klaren Ausdruck. Dem im Jahre 1897 in aller Stille einberufenem sogenannten „Wirtschaftlichen Ausschuß zur Vorbereitung von Handelsverträgen" gehörte kein Vertreter der Erwerbstätigen, der Arbeiter, der Handwerker, der kleinen Bauern, wohl aber die schärfsten Vertreter der Interessen des Großkapitals an. Erst im Juli 1901 wurde der dort zusammengebraute Tarifentwurf gegen den Willen der Regierung veröffentlicht. Er soll durch Diebstahl der geheimen Schublade des Verwaltungsausschusses für die besitzenden Klassen entnommen sein — jedenfalls war er echt. In wenigen Punkten durch den Bundesrat verändert gelangte er im Dezember 1901 an den Reichstag. Dort fand die erste Lesung im Plenum in 9 Sitzungen vom 2. bis 12. Dezember 1901 statt. Der Entwurf wurde am 12. Dezember einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Die Beratungen in dieser und noch stärker die späteren Plenarverhandlungen, deren Gang unten in chronologischer Reihenfolge zusammengefaßt ist, zeigen, daß die Mehrheit Recht, Gesetz, Geschäftsordnung und Verfassung zu zertreten bereit war, weil nur auf diesem Wege die reiche Zollernte einzuheimsen möglich war.

Das Bestreben der Fraktion war darauf gerichtet, die schädigenden Wirkungen des Gesetzentwurfs in breitester Oeffentlichkeit darzulegen, die sachliche Verhandlung des Gesetzes zu verlangen und mit allen geschäftsordnungsmäßig zulässigen Mitteln darauf zu dringen, daß dem Wesen des Parlamentarismus entsprechend die Diskussion über die einzelnen Forderungen des Zolltarifs und Zolltarifgesetzes öffentlich im Parlament vorgenommen und die Stellung der einzelnen Abgeordneten zu den wichtigen Teilen des Gesetzes durch namentliche Abstimmungen klargelegt werde. Wenn die Beratung des Zolltarifs ordnungsmäßig in einer der Geschäftsordnung und der Verfassung entsprechenden Weise erfolgte, so war bei der ungeheuren Weitschichtigkeit der Materie eine Verabschiedung des Gesetzes im Sinne der Mehrheit nur dann möglich, wenn sie in beschlußfähiger Anzahl einige Monate zusammenblieb. Die Fraktion rechnete auch mit dieser Möglichkeit und nahm an, daß bei einer sachgemäßen Behandlung der einzelnen Positionen des Tarifs sehr widersprechende Gegensätze in Er-

scheinung treten würden. Sie rechnete vor allen Dingen damit, daß dann weite Interessentenkreise erst durch die Beratungen von der Gestaltung und den Folgen des Tarifs eingehende Kenntnis erhalten und dann gegen den Tarif sich mit aller Entschiedenheit erklären würden. Der Zolltarif mußte bei geschäftsordnungsmäßiger, sachlicher und gründlicher Beratung der einzelnen Positionen durch seine eigene Schwerkraft und durch das bei einer sachlichen Diskussion naturgemäß eintretende Anfeinanderprallen der Gegensätze zwischen den Interessen des Großgrundbesitzes mit denen der Großindustrie und den Interessen dieser mit denen der verarbeitenden Industrie und des Handwerks sowie durch die wachsende Einsicht von der Gemeingefährlichkeit der Gesetzesvorlage für die breite Masse der Bevölkerung fallen. Es war die Taktik der Fraktion also nicht darauf gerichtet, die Beratung der Vorlage hinzuzögern, sondern sie in vollster Oeffentlichkeit vornehmen zu lassen. Freilich erfordert eine sachliche Beratung der Vorlage, insbesondere nachdem die Mehrheit die Vorlage in der Kommission mit Forderungen bepackt hatte, die für jede Regierung unannehmbar sein müssen, Zeit. Als die Vorlage Mitte Oktober aus der Kommission wieder an das Haus gelangte, war es unmöglich, sie bei gewissenhafter, sachlicher Diskussion zur Verabschiedung zu bringen, wenn nicht der undenkbare Fall eintrat, daß die Mehrheit etwa 150 Sitzungen in beschlußfähiger Zahl beiwohnte. War eine Ablehnung des Gesetzentwurfs aus sachlichen Gründen erforderlich, seine ordnungsmäßige Verabschiedung aus technischen Gründen unmöglich, so kam noch eins hinzu. Die tief einschneidenden Wirkungen des Zolltarifs, der bei den Wahlen 1898 den Wählern noch völlig unbekannt war, und der erst so spät, gegen Ende der Legislaturperiode, dem Reichstag vorgelegt war, erforderte es, den Zolltarif den Wählern zur Entscheidung zu unterbreiten. Die Fraktion war entschlossen, alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel anzuwenden, um eine solche Vorlage zu Fall zu bringen.

Die Mehrheit des Reichstages war hingegen gewillt, alles aufzubieten, um zu verhindern, daß der Zolltarif in seiner ganzen Gefährlichkeit und in allen seinen Einzelheiten der breiten Oeffentlichkeit bekannt würde und vor allen Dingen zu verhüten, daß er Wahlparole würde. Wenn bei der ersten Lesung in der Kommission und im Plenum die Redner der Mehrheit als Ueberzöllner auftreten, denen die Regierungsvorlage noch lange nicht genug biete, so ließ sich durch dieses Scheinmanöver die Fraktion nicht täuschen. Die Taktik der Zöllner ging dahin, möglichst viel zu fordern, um etwas zu erreichen. Die Junker haben allezeit genommen, was sie kriegen konnten, mit dem Vorbehalt, bei der nächsten Gelegenheit wieder mehr zu fordern und zu nehmen. So war es auch bei der Zolltarifvorlage. Das Centrum zeigte in der Kommission sehr bald, daß es die Interessen der Arbeiter und der Allgemeinheit zu Gunsten der von ihm lebhaft vertretenen Interessen der Großgrundbesitzer und Großindustriellen im Gegensatz zu der Haltung eines Windthorst, Reichensperger und anderer früherer Führer des Centrums völlig preiszugeben entschlossen war.

In der Kommission tauchte bereits im Februar, späterhin auch im April und Mai, vom Abgeordneten von Kardorff angeregt, der Plan auf, nur das Tarifgesetz einer detaillierten Beratung zu unterwerfen, es zu formulieren und dem Tarif mit den Sätzen, die die Mehrheit wünschte, in Form einer Resolution zuzustimmen. Dieser Plan war der Embryo des später im Plenum eingebrachten Staatsstreichantrags von Kardorff.

Die Vorbedingung für das Zustandekommen dieses Plans war eine formelle und eine materielle. Die formelle Vorbedingung war: daß nicht mit dem Tarif, sondern mit dem Tarifgesetz die zweite Beratung im Plenum begonnen würde. Wurde mit dem Tarif begonnen, so lag die Gefahr nahe, daß während der öffentlichen Beratung über die 946 Tarifpositionen der Widerstreit zwischen den verschiedenen wirtschaftspolitischen Interessen — Agrarier,

Centralverband der Industriellen, Kleinindustrie, Spinner und Weber usw. — so lebhaft entbrannte, daß eine Einigung in der kurzen Zeit unmöglich wurde. Die Taktik der tariffeindlichen Parteien mußte deshalb dahin gehen, in der Kommission und im Plenum mit der Beratung des Tarifs zu beginnen. Hierin waren alle tariffeindlichen Parteien bei Beginn der Kommissionsberatungen einig. Beide freisinnigen Gruppen, die Sozialdemokraten und selbst ein Teil des Centrums (Müller-Fulda) beantragten, in der Kommission, so vorzugehen. Die Mehrheit beschloß in entgegengesetztem Sinne, anerkannte aber, daß es sachlicher sei, mit dem Tarif zu beginnen, da man doch erst darüber Bestimmung treffen muß, ob und wann ein hoher Zoll eingeführt werden soll, bevor man über die Art der Erhebung der Zölle über gewisse Zollfreiheiten, Zollzuschläge usw. sich auslassen kann. Die Mehrheit stellte eine Beratung, bei der mit dem Tarif begonnen würde, für die zweite Kommissionslesung in Aussicht, beschloß dann aber in entgegengesetztem Sinne. Kurz vor Beginn der zweiten Plenarberatung des Zolltarifs sprach sich zuerst die „Freisinnige Zeitung" und in der letzten (111.) Kommissionssitzung der freisinnige Abgeordnete Müller-Sagan dafür aus: im Plenum mit der Beratung des Gesetzes zu beginnen, dann erst den Tarif in Angriff zu nehmen. Das Plenum entschied gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und entgegen der Art der Behandlung gleichartiger Vorlagen in den Jahren 1879 und 1885 in gleichem Sinne.

Die formelle Vorbedingung zur Erledigung des Tarifs „im Ramsch" war so geschaffen.

Die materielle Vorbedingung für eine Erledigung des Tarifs in Bausch und Bogen war Schaffung einer Grundlage, der die Agrarier und der Centralverband zustimmen konnten. Diese wurde zwischen der ersten und zweiten Lesung der Kommission und in der zweiten Kommissionslesung geschaffen. Die Mehrheitsparteien beschlossen, nicht die Beratung des gesamten Tarifs für die zweite Lesung vorzuschlagen, sondern nur die einzelner Partien, an denen entweder der Regierung (z. B. Heringszoll) oder den Agrariern (z. B. Getreide- und Viehzölle) oder einzelnen Gruppen schutzzöllnerischer Großindustrien (z. B. Garnzölle, Tafelglaszoll) lag. Der Kommission stand es frei, noch weitere Positionen zur zweiten Lesung zu ziehen. Konservative und die Bündler hatten sich insbesondere vorbehalten, falls die landwirtschaftlichen Zölle nicht noch mehr erhöht würden, die Herabsetzung der Industriezölle in Angriff zu nehmen.

Nach Ablehnung der bündlerischen Anträge in der zweiten Lesung der Kommission hatte fast die gesamte konservative und bündlerische Presse mit dröhnenden Worten verkündet: es würde bei den Industriezöllen, insbesondere bei den Eisenzöllen, furchtbare Rache durch erhebliche Herabsetzung der Zölle genommen werden. Wurde diese Drohung wahr gemacht, so war die Grundlage einer Verständigung erschüttert und damit die Erledigung des Tarifs in Bausch und Bogen erheblich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Die 108. Kommissionssitzung vom 30. September war die entscheidende. In ihr war zu beschließen, ob in eine nochmalige Beratung des Roheisen-Zolls, der Eisenbahnschienen-Zölle usw. eingetreten werden solle. Gelang es, die zweite Beratung und eine Herabsetzung dieser Eisenzölle durchzusetzen, so wäre der Centralverband der Industriellen aus einem lebhaften Freunde ein erbitterter Gegner des Tarifs geworden.

Mit Spannung sah man der Sitzung entgegen. Der von Bündlern und von unseren Kommissionsmitgliedern gestellte Antrag, in eine Spezialdiskussion über den Roheisen-Zoll einzutreten, wurde mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Es fehlten von den drei freisinnigen Kommissionsmitgliedern zwei, sowie der Antisemit. Der dann gestellte Antrag, die Eisenbahnschienen-Zollposition zur Diskussion und Abstimmung zuzulassen, wurde mit elf

(der Antisemit war inzwischen erschienen) gegen elf Stimmen abgelehnt. Damit war die Hauptklippe für das Zustandekommen einer Pauschalerledigung beseitigt.

Eine Pauschalerledigung des gesamten Tarifs in der Weise, daß die Diskussion über mehrere, selbst über alle Artikel des Tarifs verbunden wurde, ist nach § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung zwar zulässig, aber so offensichtlich unsachlich und zu dem Zweck einer Täuschung der Oeffentlichkeit gestellt, daß innerhalb der Fraktion nicht angenommen wurde, daß die Mehrheit zu einem solchen Mittel, das sie selbst aufs schärfste herabsetzen müßte, greifen würde. Wohl aber rechnete die Fraktion mit der Möglichkeit, daß in ähnlicher Weise wie in der Kommission die Mehrheit vielleicht eine weitgehende Zusammenfassung verschiedenartiger Gegenstände beschließen, sogar im Anschluß an die 38 über die einzelnen Abschnitte zu erstattenden Referate gar bis zu einer Zusammenfassung aller Positionen, auf die sich je ein Referat erstreckt, gehen würde. Die Zusammenfassung einer Abstimmung über einzelne Positionen des Tarifs verbietet § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung, der wörtlich vorschreibt:

„Ueber **jeden einzelnen Artikel** wird der Reihenfolge nach die Diskussion eröffnet und geschlossen und die Abstimmung herbeigeführt. Auf Beschluß des Reichstags kann die Reihenfolge verlassen, in gleicher Weise die Diskussion über mehrere Artikel verbunden oder über verschiedene zu demselben Artikel gestellte Abänderungsvorschläge getrennt werden."

In der Fraktion wurde eine etwaige Verletzung dieser Vorschrift der Geschäftsordnung erwogen, aber allseitig für unmöglich gehalten, daß der Präsident einen so offenbar verfassungswidrigen Verstoß zulassen oder daß ihn die Mehrheit in Anregung bringen könnte. Die späteren Verhandlungen bewiesen, daß diese Annahme irrig, daß vielmehr die Anwendung jeglichen Rechtsbruchs der Mehrheit genehm war. Trotzdem hätte der Zolltarif nicht zur Annahme gelangen können, wenn die bummelnde Mehrheit nicht durch das Verhalten der tariffeindlichen freisinnigen Volkspartei zusammengepeitscht wäre.

Ueber die Art und das Ergebnis der Kommissionsverhandlungen sei noch folgendes hervorgehoben: Die nervöse Ungeduld der Mehrheit darüber, daß die Zollgegner eine sachliche Verhandlung und die Berücksichtigung der Interessen der Arbeitenden verlangten, führte wiederholt zu groben Geschäftsverstößen der Mehrheit in der Kommission. So erklärte am 14. Januar der Vorsitzende von Kardorff bei der Debatte über die Kartellfrage einen (in Kommissionsberatungen unzulässigen, zum mindesten ungebräuchlichen) Antrag auf Schluß der Diskussion für zulässig und brachte ihn sofort zur Abstimmung. Unsere Kommissionsmitglieder machten diese Art der Behinderung einer Debatte über wichtige Gegenstände durch die Einbringung eines ähnlichen Antrages über die Kartelle weit, der auch nach kurzer Debatte zugelassen werden mußte. In der Kommission lehnte die Mehrheit sämtliche Anträge, die darauf gerichtet waren der Klärung des Sachverhalts zu dienen, ab. So wurde am 14. Februar der Antrag abgelehnt: „die Verhandlungen des wirtschaftlichen Ausschusses entweder in ihrer Gesamtheit oder wenigstens soweit vorzulegen, als sie sich auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse beziehen." Am 19. Februar lehnte die Mehrheit einen Antrag ab, dessen Annahme die Verderblichkeit des landwirtschaftlichen Zolles für den Kleinbauer deutlich genug gezeigt hätte. Es war verlangt worden, eine Aufstellung darüber zu geben, wie die in der Erntestatistik aufgeführten Fruchtarten sich auf die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe — geordnet nach den bei der Berufszählung in Anwendung gebrachten Klassen — verteilen. Die fortdauernden Versuche, die Minderheit mundtot zu machen, führten wiederholt zu Geschäftsordnungsdebatten, deren Ergebnis endlich ein Uebereinkommen war, daß ein Schlußantrag zulässig sein solle, daß aber jeder Antragsteller (oder wenn gleiche Anträge vorliegen, ein Antragsteller der betreffenden Gruppe) das Wort

unter allen Umständen erhalten solle. Die fortgesetzten Versuche der Mehrheit, jede Diskussion zu verhindern, zwangen die Sozialdemokraten in der Kommission dazu, bei jeder Position, zu der sie reden wollten, Anträge auf Zollfreiheit auch dann zu stellen, wenn bereits ein Zoll für den betreffenden Rohstoff oder für das Halbfabrikat bewilligt war. Zur Begründung der Zollfreiheit wurde stets auf die Eigenartigkeit der einzelnen Industrie, insbesondere auf die Ein- und Ausfuhr, auf die Produktions- und Arbeitsverhältnisse exemplifiziert. Solche Anträge waren auch deshalb erforderlich, um Einwände aus der vorhergehenden Diskussion, in der ein Schlußantrag die Diskussion abgeschnitten hatte, zu widerlegen. Fast jeder Antrag auf Zollfreiheit schloß ja auch die grundsätzliche Bekämpfung der Getreidezölle in sich, für die man durch industrielle Schutzzölle Anhänger aus Kreisen zu werben suchte, die entschiedene Gegner der Getreidezölle als Produzenten und Konsumenten sein mußten. Als die Mehrheitsparteien den Scheinkrieg mit der Regierung durch Aufstellung von Mindestzöllen führte, deren Höhe und Zahl die Regierung als für jedes Stadium der Verhandlungen unannehmbar bezeichnete, regten die Fraktionsmitglieder — im April und im August 1902 — an, die Kommissionsberatungen abzubrechen und an das Plenum zu gehen. Auch die entrüstete Zurückweisung dieses Vorschlags seitens der Mehrheit machte klar, daß die Mehrheit nichts weniger als entschlossen war, ihre Forderungen aufrecht zu halten. Zu den in der Kommission von der Regierung als unannehmbar bezeichneten, in das Gesetz übergegangenen Beschlüssen der Kommission gehören die Erhöhung und Erweiterung der Mindestzölle, die Bepackung der Pflanzen, des Gemüses, des Obstes, des Quebracho mit ungeheuren Zöllen. Der aus der Kommission an das Plenum gelangte Tarif enthält an vielen Stellen eine Erhöhung noch über das Maß der Regierungsvorlage hinaus. Als besonders charakteristisch sei hier auf die Einführung und Erhöhung des Zolls auf Pflastersteine und auf die Verteuerung der Nadeln hingewiesen. Nähmaschinennadeln sind pro Doppelzentner jetzt mit 60 Mk. Zoll belastet, die Regierungsvorlage schlug eine Erhöhung auf 200 Mk. vor: auf Antrag des Centrums wurde der Zoll auf 500 Mk. erhöht. Dasselbe Schicksal erfuhren Stickmaschinen- und Wirkmaschinen-Nadeln. Nähnadeln kamen mit einer Erhöhung von 60 auf 100, Stecknadeln mit einer solchen von 24 auf 50 Mk. davon. Zur Begründung wurde behauptet, eine deutsche Fabrik werfe nicht genügend hohe Dividenden ab, ihr müsse geholfen werden. Eine Erniedrigung der von der Regierung vorgeschlagenen agrarischen Zölle enthält die vom Plenum schließlich angenommene Vorlage nur in wenigen Positionen: der Zoll auf Kakao (35, 45, 80 und 45 Mk. für rohen gebrannten, ungeschälten gebrannten oder gerösteten, für geschälten gerösteten oder gebrannten Kakao und für Kakaobutter auf 20, 35, 65 und 35 Mk.) und Tee ist (von 100 auf 25 Mk.) im Interesse der Zuckerproduzenten herabgesetzt. Esel, die der bestehende Tarif mit 10 Mk., der Regierungsentwurf mit 5 Mk. Zoll belegte, sind zollfrei gelassen. Die Mehrheit erachtete es, wie der Abgeordnete Herold als Berichterstatter mitteilte, „für angezeigt, der Einfuhr von Eseln keine Schwierigkeit entgegenzusetzen." Das sind die wesentlichsten, von der Kommission endgültig beschlossenen Zollermäßigungen auf agrarischem Gebiet. Auf industriellem Gebiet ist es insbesondere bei den Textilzöllen gelungen, eine freilich völlig unzulängliche Herabsetzung der Zölle zu erwirken.

Die Bemühungen unserer Mitglieder in der Kommission und im Plenum waren trotz der ungeheuer schwierigen Lage, in der sich die Minderheit befand, nicht ganz ohne Erfolg. Einige Verbesserungen im Zolltarifgesetz, einige Erniedrigungen von Zöllen (z. B. der Garnzölle), vor allem aber die Abwehr einer Reihe weiterer Zollerhöhungen wären ohne ihren Widerstand nicht durchzusetzen gewesen. Im Plenum gestand die Mehrheit, daß es ohne die Opposition

der Zollgegner auch zu einer Bindung der Zölle auf Vieh und Fleisch gekommen wäre. Schlußanträge, Zusammenziehen verschiedenartiger Gegenstände zur Debatte, Lärm während der Ausführungen unserer Redner, waren Mittel der Gegner in der Kommission und im Plenum, um die Minderheit in ihren sachlichen Darlegungen zu stören. Der Wahrheit widersprechende Berichte über die Kommissionsverhandlungen — es wurde auch versucht, durch ein der Mehrheit nahestehendes freisinniges Mitglied der Kommission Korrespondenzen, die auch sozialdemokratischen Blättern zugingen, zu beeinflussen —, Auftischen von Märchen über das Verhalten unsrer Mitglieder in der Kommission (es sei an die Legende erinnert, daß unsre Mitglieder, die für Erhöhung der Zölle auf Hummern, Kaviar und Austern gestimmt hatten, Zollfreiheit dieser Gegenstände beantragt hätten), selbst im Plenum, vor allem aber das Gruseligmachen mit dem Gespenst einer Obstruktion (so wurde die Opposition getauft), mit einer Bedrohung des Parlamentarismus durch Gebrauch der parlamentarischen Mittel, die Hetze gegen die Sozialdemokratie waren die Hauptwaffen der Gegner, die um jeden Preis zu verhüten suchten, daß die Interessenten und vor allem das arbeitende Volk über die wahre Natur des Zolltarifs unterrichtet wurden. Als ein besonderes Mittel, den Wählern Sand in die Augen zu streuen, wählte das Centrum seinen berühmten Witwen- und Waisen-Versicherungs-Antrag. Eine ärgere Verhöhnung der Witwen und Waisen und eine stärkere Nasführung der Wähler als dieser Antrag enthält, giebt es in keiner Gesetzgebung. In der ersten Lesung im Plenum ließ das Centrum durch den Abgeordneten Herold „fest und bestimmt erklären, daß die Mehreinnahme aus den Agrarzöllen für soziale Zwecke verwendet werden solle und in erster Linie ist hier die Witwen- und Waisen-Versorgung ins Auge gefaßt." In der Kommission erscheint ein Centrumsantrag, der durch Fortlassung einer Reihe von Produkten knapp die Hälfte der Agrarzölle für eine Witwen- und Waisenversorgung in Anspruch nehmen wollte. Unsere Mitglieder ergänzten den Antrag: das Centrum stimmte einstimmig dagegen. In der zweiten Lesung im Plenum streicht das Centrum noch eine Reihe von Zöllen aus seinem Witwen- und Waisen-Antrag: abermals um etwa $^1/_3$ wird der Betrag gemindert, die Witwen werden auf Beiträge, die sie leisten sollen, verwiesen. Ferner nimmt der im Plenum gestellte Centrumsantrag einen weiteren Teil der Erträge aus den Zöllen den Witwen und Waisen dadurch fort, daß dem Reich die Zolleinnahmen gegen Schwankungen der heimischen Ernte sichergestellt werden. Unsre Anträge, die den vollen Ertrag aus den agrarischen Zöllen den Witwen und Waisen zuwenden wollen, stimmt es nieder. Der schließlich angenommene Centrumsantrag überweist etwa von je einer Mark, um die durch die Zölle die Lebensmittel des Arbeiters verteuert werden, 4 Pfennige einer Witwen- und Waisen-„Versorgung", falls eine solche etwa künftig ins Leben treten sollte! Es würden also von jeder Mark Verteuerung der Lebensmittel etwa 4 Pfennige der Armenverwaltung zufallen, die an Witwen und Waisen Almosen zahlt. Wir stimmten auch für den so abgeschwächten Centrumsantrag, um wenigstens etwas dem Militär- und Marinemoloch zu entreißen.

Im Plenum wurde zu Beginn der Plenarverhandlungen von dem Referenten der Kommission namens der Kommission anerkannt, daß der Vorwurf eines Mangels an Gründlichkeit, der bereits in der Kommission erhoben wurde, nicht ungerechtfertigt sei. Der Referent, Abgeordneter Speck, führte an, daß in der Kommission darauf hingewiesen worden war, daß in Frankreich die parlamentarische Kommission zur Vorberatung des Tarifs mit nur 400 Nummern eine Zeit von zwei Jahren zur Verfügung hatte. Er fuhr wörtlich fort: „Die Kommission trug an der tatsächlich erfolgten Beschleuni-

gung der Verhandlung keine Schuld. Die einzige Ursache dieses Vorgehens lag vielmehr daran, daß ihr eben zu kurze Zeit zur Erledigung ihrer Arbeit blieb, und dieser Mangel an Zeit zur Erledigung wird ja wohl auch jetzt bei den Verhandlungen des Parlaments fühlbar werden."

Chronologische Darstellung der Verhandlungen im Plenum.

Am 16. Oktober wurde die zweite Lesung des Zolltarifs im Plenum begonnen. Sie dauerte bis zum 11. Dezember. 38 Sitzungen wurden zur Beratung des Tarifgesetzes und Tarifs verwendet. Von diesen 38 Sitzungen nahmen aber der Antrag der Mehrheit auf Aenderung des Abstimmungsmodus (sogen. lex Aichbichler) $1\frac{1}{2}$, der Antrag über die Zulässigkeit des berüchtigten Antrags der Mehrheit (Antrag von Kardorff) auf Behinderung einer sachlichen Beratung und einer Abstimmung über die einzelnen Positionen des Tarifs $5\frac{1}{2}$ Tage, der Antrag Gröber auf weitere Gewaltmaßregeln 1 Tag, die Berichterstattungen $3\frac{1}{2}$ Tage in Anspruch, so daß für die eigentliche Beratung dieses so wichtigen Gesetzes nur $26\frac{1}{2}$ Tage übrig blieben, wenn man die verfassungs- und geschäftsordnungswidrige Behandlung der Tarifvorlage mit dem wohlklingenderen Namen Beratung bezeichnen will.

Bereits bei Aenderung der Reihenfolge der Beratung der einzelnen Artikel des Gesetzes offenbarte sich die Neigung von einer sachgemäßen Art der Beratung abzuweichen und die Verhinderung einer sachlichen Beratung des Tarifs vorzubereiten. Das Tarifgesetz enthält 12 Paragraphen. Im ersten Paragraph Absatz 1 heißt es:

„Bei der Einfuhr in das deutsche Zollgebiet werden Zölle nach Maßgabe des nachstehenden Zolltarifs erhoben, soweit nicht für die Einfuhr aus bestimmten Ländern andere Vorschriften gelten."

Die Aussetzung dieses Absatzes 1, der ja ohne vorgängige Beratung des Zolltarifs selbst sinnlos wäre, schlug der Präsident vor. Es sollte mit Absatz 2 des § 1, der die Minimalzölle enthält, begonnen und mit der Beratung der Minimalzölle die entsprechenden Positionen des Zolltarifs beraten werden, dann das Tarifgesetz durchberaten und erst dann der große Rest des Tarifs zur Beratung gelangen. Diesem Vorschlag widersprach die Fraktion. Sie beantragte, mit dem Zolltarif, nicht mit dem Zolltarifgesetz zu beginnen. Ihr Widerspruch wurde niedergestimmt. Die beschlossene Reihenfolge ebnete dem späteren Antrag von Kardorff die Wege und erschwerte es, den verschiedenen Interessengruppen, insbesondere der Industrie, die Gefahr des Zolltarifs öffentlich klar zu legen und den Tarif selbst durch einen Zusammenschluß der Parteien zu Fall zu bringen, die aus verschiedenartigen Gründen sich für Herabsetzung oder Beseitigung der Zölle auf Rohstoffe und Halbfabrikate und für Minderung der Macht der Kartelle ausgesprochen hatten.

Absatz 2 des § 1 des Tarifgesetzes enthält ein Stück Doppeltarif. Für die in ihm bezeichneten Zolltarifstellen ist vorgeschrieben, daß unter diesen durch Handelsverträgen nicht herabgegangen werden dürfe. Die Regierungsvorlage hatte für 4 Tarifstellen folgende Mindestzölle vorgeschlagen:

1.	für Roggen	5,— Mk.	für den Doppelzentner (100 Kilogramm)
2.	„ Weizen und Spelz	5,50 „	„ „ „
3.	„ Gerste	3,— „	„ „ „
4.	„ Hafer	5,— „	„ „ „

Die geltenden Vertragssätze sind für Roggen, Weizen und Spelz 3,50 Mk., für Gerste 2,— Mk., für Hafer 2,80 Mk. In der Kommission hatte die Regierung

wiederholt erklärt, eine Erhöhung der von ihr vorgeschlagenen Mindestzölle oder eine Vermehrung der Zolltarifstellung, die für die Mindestzölle eintreten solle, sei für jedes Stadium der Verhandlungen unannehmbar, dennoch hat die Kommission die Mindestzölle erhöht und die Zahl der Mindestzollpositionen erweitert. Darnach sah der von der Kommission dem Reichstag vorgeschlagene Absatz 2 des § 1 wie folgt aus:

„Die Zollsätze des Tarifs sollen durch vertragsmäßige Abmachungen nicht herabgesetzt werden:

in Tarifstelle	1. Roggen	unter 5,50 Mk.	für einen Doppelcentner
" "	2. Weizen und Spelz . .	" 6,— "	
" "	3. Gerste	" 5,50 "	
" "	4. Hafer	" 5,50 "	
" "	99. Pferde: im Werte bis 300 Mk. das Stück und mit weniger als 1,40 Meter Stockmaß	unter 24 Mk.	für 1 Stück
	bis 1000 Mark das Stück	unter 72 Mk.	
	von mehr als 1000 bis 2500 Mark das Stück	unter 144 Mk.	
	von mehr als 2500 Mark	unter 288 Mk.	
in Tarifstelle	102. Rindvieh	unter 14,40 Mk.	für einen Doppelcentner
" "	103. Schafe	" 14,40 "	
" "	105. Schweine	" 14,40 "	
" "	107. Fleisch ausschließlich Schweinespeck: frisch, auch gefroren .	unter 36,— Mk.	für einen Doppelcentner
	einfach zubereitet . .	" 48,— "	
	z. feineren Tafelgenuß zubereitet	" 96,— "	

Die nebenstehende Tabelle zeigt, welche Sätze der Regierungsentwurf, der bestehende Tarif, der Vertragstarif und die Kommissionsbeschlüsse in den entsprechenden Positionen des Tarifs selbst enthalten. Die von der Kommission zu dem Tarif beschlossenen Sätze wurden späterhin durchweg angenommen.

Die Beratung über die 9 Mindestzollpositionen nebst diesen 10 Tarifstellen wurde im Plenum in vier Teile getrennt: Roggen und Weizen, dann Gerste und Hafer, dann die Pferdezölle und endlich die Vieh- und Fleischzölle. Die Vertreter des Bundes der Landwirte hatten für fernere 64 Tarifpositionen vorgeschlagen, die Beratung dieser von Wangenheimschen Anträge sollte gesondert erfolgen.

Die Verhandlungen über den Roggen- und Weizenzoll fanden am 16, 17, 18, 20. und 21. Oktober statt.

Der Reichskanzler wiederholte die in der Kommission zu verschiedenen Malen abgegebene Erklärung über die Unannehmbarkeit einer Erhöhung oder Erweiterung der Mindestzölle. Die Zollmehrheit führte den Scheinkrieg weiter, sperrte sich dagegen, daß sie Jasage-Automaten seien. Unsere Redner bekämpften bei diesen und den später zur Verhandlung gelangenden Positionen nachdrücklich jeden Mindestzoll und jeden Zoll.

Am 21. Oktober wurde die Debatte über die Roggen- und Weizenzölle geschlossen, weil kein Redner mehr zum Wort gemeldet war. Bei der Feststellung über die Abstimmungsart war vom Präsidenten vorgeschlagen, bei den Tarifpositionen zunächst über die sozialdemokratischen Anträge auf Zollfreiheit abzustimmen. Dieselbe Abstimmungsart ist bei ähnlichen Gelegenheiten, z. B. am 10. Juni 1902 bei der Abstimmung über die Zuckersteuer,

Nr. des Tarifentwurfs	Benennung der Gegenstände im Tarifentwurf	Zollsatz für 1 Doppelcentner: Tarifentwurf	Bestehender allgemeiner Tarif	Vertrags-Tarif	Kommissionsbeschluß
1	Roggen	6	5	3,50	7
2	Weizen und Spelz	6,50	5	3,50	7,50
3	Gerste	4	2,25	2	7
4	Hafer	6	4	2,80	7
99	Pferde:	für 1 Stck.	für 1 Stck.		
	im Werte bis 300 Mk. das Stück	30	20	bis zu zwei Jahren	90
	im Werte von mehr als 300 bis 1000 Mk. das Stück	75			
	im Werte von mehr als 1000 bis 2500 Mk. das Stück	150		10	180
	im Werte von mehr als 2500 Mk. d. Stck.	300			360
102	Rindvieh:		für 1 Stck.		für 1 D.-Ctr. Lebendgewicht
	Bullen, (Stiere) und Kühe	25	9	9	18
	Jungvieh	15	6	5	
	Kälber	4 für 1 D.-Ctr. Lebendgewicht	3	3	
	Ochsen	12 für 1 Stck.			für 1 D.-Ctr. Lebendgewicht
103	Schafe:	2 für 1 D.-Ctr. Lebendgewicht	1	1	18 für 1 D.-Ctr. Lebendgewicht
105	Schweine:	10	für 1 Stck. 6	für 1 Stck. 5	18
			Spanferkel unter 10 Kilogramm: 1	1	
107	Fleisch, frisch, auch gefroren	30	20	15—17	45
	einfach zubereitet	35	20	17	60
	zum feineren Tafelgenuß zubereitet	75	60	60	120
107a	Schweinespeck	30	20	20	36

vom Reichstag befolgt. Sie allein ermöglicht eine grundsätzliche Stellung darüber herbeizuführen, ob die Mehrheit für Freiheit der Lebensmittelzufuhr ist. In der Kommission hatte diese Abstimmungsart bei der ersten Lesung zur Zollfreiheit des Herings geführt. Der Abstimmungsart widersprach jedoch der Abgeordnete Richter. Ihm traten die Führer des Centrums, der Konservativen und der Nationalliberalen bei. Der Präsident ließ darauf seinen Vorschlag fallen. Unsere Fraktion nahm ihn wieder auf. Das Haus lehnte ihn ab. Bei der Abstimmung wurden diese Sätze der Kommissionsbeschlüsse für Mindestzölle auf Roggen mit 187 gegen 152, auf Weizen mit 194 gegen 145 Stimmen angenommen. Die Zölle des Tarifs wurden ohne namentliche Abstimmung angenommen.

Die Beratung der Zölle auf Hafer und Gerste füllte die Sitzungen vom 22. und 23. Oktober aus. Die Debatte, an der sich von unserer Seite zwei Redner beteiligt hatten, wurde, obgleich nur noch drei Redner eingezeichnet waren (darunter ein Fraktionsmitglied) durch einen Schlußantrag beendet.

Die von der Kommission vorgeschlagenen Mindestzölle auf Gerste wurden mit 183 gegen 133, die auf Hafer mit 180 gegen 139 Stimmen, die Tarifsätze ohne namentliche Abstimmung angenommen.

Am folgenden Tage wurden die Pferdezölle debattiert. Zu Beginn der Verhandlung stellte der konservative Abgeordnete Graf von Kanitz der Opposition folgendes Zeugnis aus:

„Nachdem wir in den letzten sieben Sitzungstagen die Getreidezölle glücklich erledigt haben, möchte ich den Herren auf der linken Seite meinen Dank und meine Anerkennung dafür aussprechen, daß sie durch die Mäßigung und Zurückhaltung in ihren Reden es ermöglicht haben, daß wir nunmehr zu diesem wichtigen Abschnitt, der sich auf die Tierzucht bezieht — den Viehzöllen — durchgedrungen sind."

Die Debatte, an der sich von unserer Seite zwei Redner beteiligten, wurde ohne Schlußantrag an demselben Tage beendet. Die von der Kommission vorgeschlagenen Mindestsätze fanden mit 132 gegen 106 Stimmen Annahme. Vorher wurden die von Wangenheimschen Ueberzollanträge verworfen.

Die Vieh- und Fleischzölle gelangten in den Sitzungen vom 25., 27., 28. und 29. Oktober zur Verhandlung. In den ersten drei Tagen war das Haus beschlußunfähig. Die Fraktion verzichtete aber, wie in der gesamten weiteren Verhandlung, auf eine Feststellung der Beschlußunfähigkeit. Außer der Zollfreiheit hatte die Fraktion event. die Herübernahme der geltenden Vorschriften aus dem bestehenden Tarif beantragt, nach dem der Grenzbewohner bis 2 Kilogramm Fleisch frei einführen darf. Die Debatte wurde durch einen von der Zollmehrheit eingebrachten Schlußantrag abgebrochen. Die Mindestzölle wurden mit 161 gegen 120, 161 gegen 129, 162 gegen 135 Stimmen angenommen, unser Eventualantrag mit 190 gegen 105 Stimmen abgelehnt. An demselben Tage beschloß die Mehrheit über den Teil der v. Wangenheimschen Anträge, welcher eine Erweiterung der Mindestzölle verlangte, zur Tagesordnung überzugehen. Die Fraktion stimmte gegen den Beschluß der Mehrheit. Denn er bedeutete eine Beschränkung der Redefreiheit der Minderheit und war unzulässig, weil diese Anträge noch nicht debattiert waren und weil sie keinen selbständigen Punkt der Tagesordnung bildeten.

Am 30. Oktober wurde mit der Beratung des Tarifgesetzes fortgefahren. Abs. 3 des § 1 des Tarifgesetzes giebt dem Bundesrat die Befugnis, unser deutsches Freihafengebiet schlechter als die meist begünstigten Auslandsstaaten zu stellen. Bereits in der Kommission war eine kleine Abschwächung dahin durchgesetzt, daß die vom Bundesrat getroffenen Anordnungen dem Reichstag mitgeteilt und außer Kraft gesetzt werden müssen, wenn der Reichstag seine Zustimmung nicht erteilt. Die nationale Mehrheit lehnte die Beseitigung dieser Ausnahmestellung, welche insbesondere für den Fall eines Zollkrieges Hamburg und Bremen schlechter stellen würde als die holländischen und belgischen Hafenstädte mit 192 gegen 86 Stimmen ab. Nach § 1a (jetzt 2) ist in jedem Steuerdirektionsbezirke eine Behörde verpflichtet, über die Zollsätze Auskunft zu geben. Diese Bestimmung wurde auf Antrag unserer Fraktionsmitglieder in der Kommission mit nur einer Stimme Mehrheit angenommen. Sie fand auch im Plenum, und zwar ohne namentliche Abstimmung, Annahme.

Als § 1b beantragte unsere Fraktion eine Vorschrift aufzunehmen, welche in etwas die Schädigung der deutschen Industrie und der deutschen Arbeiter durch die Kartelle wett zu machen sucht. Sie beantragte eine Vorschrift, die den Bundesrat verpflichtet, die Zölle für vom Ausland eingehende Waren aufzuheben und deren zollfreie Einfuhr zuzulassen, wenn die gleichartigen Waren von deutschen Verkaufsvereinigungen (Syndikate, Trusts, Kartelle, Ringe u. dgl.), nach dem oder im Auslande billiger verkauft werden als im deutschen Zollgebiet. Der Antrag gelangte am 30. Oktober, 4. und 5. November zur Verhandlung. (Den 31. Oktober, 1. November und 3. November ließ die Mehrheit

sitzungsfrei. Am 4. November mußte der Reichstag seine Verhandlung abbrechen, weil er beschlußunfähig war: von den Mehrheitsparteien waren 85 Mann anwesend.) In der Sitzung vom 5. November wollte die Mehrheit die Kartell-Debatte beenden. Graf Kanitz ergriff zur Debatte zum zweiten Mal das Wort, wie er sagte, zu dem Zweck und in der Hoffnung, daß sich während seiner Ausführungen die Beschlußfähigkeit einstellen würde, um die Debatte beenden zu können. Am Ende seiner langen Rede war das Haus noch nicht beschlußfähig. Beschlußfähigkeit trat kurz darauf während einer Rede des Abgeordneten Gothein ein. Sofort wurde Schluß beantragt und genehmigt. Der Kartellantrag wurde mit 166 gegen 66 Stimmen abgelehnt; die Stimmenzahl beweist, daß unsre Fraktion es in der Hand hatte, Beschlußunfähigkeit durch Herausgehen herbeizuführen. An demselben Tage wurde der Antrag verhandelt: für die Frage, ob und in welcher Höhe ein Zoll nach dem Gesetz zu entrichten sei, den gerichtlichen Klageweg zuzulassen. Das Verlangen war früher auch von der nationalliberalen und Centrumspartei gestellt; trotzdem wurde der Antrag mit 133 gegen 112 Stimmen abgelehnt.

Am 6. November gelangten die §§ 2, 3 und 4 des Gesetzes zur Abstimmung. § 2 (jetzt 3) will in bestimmten Fällen die Gewichtszölle von dem Rohgewicht erheben und dem Bundesrat die Befugnis erteilen, für unverpackt oder in nicht handelsüblichen Umschließungen eingehende Waren das Gewicht der handelsüblichen Umschließungen hinzuzurechnen. Die Fraktion beantragte, diese Befugnis zu streichen und lediglich das Reingewicht entscheiden zu lassen. Unser Antrag wurde mit 177 gegen 62 Stimmen abgelehnt. Im Interesse der Grenzbevölkerung beantragte die Franktion zu § 4 (jetzt 5) Zollbeträge bis zum Betrage von 20 Pf. (die Vorlage geht nur bis 5 Pf.) nicht zu erheben und die in der Vorlage erweiterte Befugnis des Bundesrats, für Grenzbezirke Beschränkungen anzuordnen, zu streichen. Unmittelbar nach der Begründung des Antrages wurde die Debatte geschlossen und unser Antrag mit 169 gegen 82 Stimmen abgelehnt.

Der nun zur Debatte gelangende § 5 (jetzt 6) zählt in 14 Nummern diejenigen Gegenstände auf, die vom Zoll befreit bleiben sollen, unsre Fraktion hatte eine Zufügung (Garne zur Herstellung von Fischernetzen zum eigenen Gebrauch, die von Fischern oder deren Angehörigen verfertigt werden), und acht Aenderungen beantragt. Die Aenderungen lagen im Interesse der Verbilligung der Lebensmittel, einer Erleichterung des Mittelstandes und einer Begünstigung der öffentlichen Zwecken dienenden Kunst- und Lehr-Anstalten. Einer dieser Anträge verlangte die von der Vorlage und der Kommission begehrte Zollfreiheit der Materialien für die Luxuszwecken dienenden Seeschiffe (Yachten) zu beseitigen. Die Mehrheit beschloß, diese fünfzehn Nummern und sämtliche zu ihnen gestellten Anträge zusammen zu verhandeln. Im Jahre 1885 wurde auf Anregung des Centrumsabgeordneten Dr. Windhorst und des konservativen Abgeordneten v. Seydewitz bei dem ähnlichen Paragraphen im Interesse der Vereinfachung der Diskussion beschlossen, die einzelnen Nummern getrennt zu beraten.

Durch die Zusammenziehung dieser 15 Nummern wurde unser Redner am 7. November gezwungen, eine längere Rede zu halten. Als nun von seiten der Freisinnigen Vereinigung beantragt wurde, den Beschluß vom vorhergehenden Tage wieder aufzuheben und die Nummern getrennt zu debattieren, erklärte der Präsident Büsing, ein solcher Beschluß sei unzulässig, weil ein Beschluß über die Zusammenfassung bereits erfolgt war und eine Aufhebung dieses Beschlusses unzulässig sei. Die Mehrheit überwies die Frage der Geschäftsordnungs-

kommission. Die Frage selbst wurde nicht zur Debatte gestellt. Es mag gleich hier erwähnt werden, daß die Geschäftsordnungskommission sich der Ansicht des Präsidenten anschloß. Am 11. Juni 1887 hatte der konservative Präsident von Wedell-Piesdorf bei der Gelegenheit des Friedens-Präsenzstärke-Gesetzes die Aufhebung eines vorher gefaßten Beschlusses, der die Diskussion über mehrere Fragen verband, trotz der nach entgegengesetzter Richtung hin geäußerten Ansicht des Abgeordneten Windhorst, zugelassen, das Haus hatte daraufhin die Trennung beschlossen. Am 7. November stellte sich bei der Abstimmung über die einzelnen Teile des § 5 abermals die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus. Der Präsident ließ daraufhin den 8. November sitzungsfrei.

Am 10. November wurde das Haus nach zweistündiger Abstimmung beschlußunfähig.

Am 11. November wurden in endlich beschlußfähigem Hause die zu § 5 beantragten Erleichterungen abgelehnt. Bei der am selben Tage vorgenommenen Beratung der §§ 6, 7, 7a und 8 wurde vergeblich versucht, die von der Kommission beschlossenen Erschwerungen zu beseitigen. § 7a (jetzt § 9) enthält einen Zusatz, welchen die Mehrheit der Kommission im Gegensatz zur Vorlage und zu den Wünschen der Regierung beschlossen hatte. Es soll danach ein Ursprungszeugnis für bestimmte Fälle auch dann gefordert werden können, wenn kein Zollkrieg besteht. § 8 (jetzt § 10) dient ebenfalls der Plackerei und Chikane: es sollen zollpflichtige Waren, die aus Ländern herstammen, in welchen deutsche Schiffe oder deutsche Waren ungünstiger behandelt werden, als diejenigen andrer Länder, mit einem Zollzuschlage bis zum doppelten Betrag des Zollsatzes oder bis zur Höhe des vollen Wertes belegt werden können; zollfreie Waren, z. B. Rohbaumwolle, Wolle, Seide, Blei, Zinn, Kupfer und andre Rohstoffe, die unsre Industrie nicht entbehren kann, würden demnach mit einem Zoll in Höhe bis zur Hälfte des Wertes belegt werden können. Auch diese schweren Schädigungen der Industrie und des Verkehrs wurden trotz entgegenstehender Anträge von der Mehrheit angenommen.

Am 11. November wurde ein Antrag, die Initiativanträge und Petitionen auf die Tagesordnung des nächsten Tages, eines Mittwochs, zu setzen, von der Mehrheit abgelehnt. Am Schluß der Sitzung vom 12. November wurde beschlossen, den Antrag Aichbichler auf die Tagesordnung des nächsten Tages zu setzen.

Der Antrag Aichbichler war der erste Initiativantrag, den die Mehrheit zur Aenderung der Geschäftsordnung einbrachte. Der Antrag Aichbichler ändert die namentliche Abstimmung dahin ab, daß diese nicht mehr durch Aufruf sondern durch Abgabe von Stimmkarten vollzogen wird. Die Geschäftsordnung zu ändern, hat die Mehrheit an sich das Recht. Ihr erster Bruch mit der Geschäftsordnung lag daran, daß sie diesen Antrag trotz Widerspruch auf die Tagesordnung setzte, wiewohl eine Reihe wichtigerer Initiativ-Anträge und Petitionen noch unerledigt waren und die Antragsteller, zu denen unsre Fraktion gehörte, der Geschäftsordnung entsprechend gegen die Vorwegnahme des Antrages Aichbichler sich wendeten. In § 35 der Geschäftsordnung heißt es nämlich: zum Schutze der Minderheit, nachdem in dem vorhergehenden Absatze bestimmt ist, „in der Regel findet in jeder Woche an einem bestimmten Tage — dies ist nach Herkommen der Mittwoch, der sogenannte Schwerinstag — eine Sitzung statt, in welcher die von Mitgliedern des Reichstags gestellten Anträge und die zur Erörterung im Plenum gelangenden Punkte beraten werden: „Die von Mitgliedern des Reichstages gestellten Anträge kommen in der Reihenfolge zur Verhandlung, in welcher sie eingegangen sind . . . — eine Entfernung von der Stelle der Tagesordnung, welche den von Mitgliedern des Reichstages gestellten

Anträgen und den Petitionen nach der Priorität gebührt, kann nur beschlossen werden, wenn nicht bei Anträgen von dem Antragsteller und bei Petitionen von 30 Mitgliedern widersprochen wird."

Die Mehrheit legte, unterstützt durch den Abgeordneten Eugen Richter, diese Vorschrift dahin aus, daß sie lediglich für die sogenannten Schwerintage gelte. Was ist denn aber eine zum Schutze der Minderheit getroffene Vorschrift wert, wenn die Mehrheit sie jederzeit außer Acht lassen darf?

In der Sitzung vom 13. November wurde von uns zunächst beantragt, über den Antrag Aichbichler zur einfachen Tagesordnung überzugehen. Der Antrag wurde abgelehnt. In der Debatte über den Antrag selbst, geißelte dann unser Redner die Lückenhaftigkeit, Unklarheit und Zwecklosigkeit des Mehrheitsantrages, und legte die Notwendigkeit der 19. zur Verbesserung dieses Antrages Aichbichler von der Fraktion gestellten Anträge dar. Die Mehrheit beantragte nach Schluß der Debatte, über diese 19 Abänderungsanträge zur einfachen Tagesordnung überzugehen. Dieser Antrag war unzulässig, weil er nach Schluß der Diskussion gestellt war, weil ferner § 53 der Geschäftsordnung ausdrücklich vorschreibt: „im Lauf derselben Diskussion darf der einmal verworfene Antrag auf Tagesordnung nicht wiederholt werden", und endlich weil der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung seiner Natur nach Abänderungsanträgen gegenüber unzulässig ist. Die Mehrheit sprach sich aber mit 187 gegen 65 Stimmen für seine Zulässigkeit aus. Zu einer definitiven Abstimmung gelangte sie erst am folgenden Tage. Sie stimmte mit 194 gegen 76 Stimmen den Antrag auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung über die zu den Anträgen Aichbichler gestellten Abänderungsvorschläge zu. Ein Mitglied unsrer Fraktion zog die Konsequenz aus dieser Art der Auslegung der Geschäftsordnung und beantragte, nunmehr auch über den Antrag Aichbichler zur Tagesordnung überzugehen. Diesen Antrag erklärt jedoch die Mehrheit, im Gegensatz zu dem kurz zuvor gefaßten Beschluß, für unzulässig. In der Praxis stellte sich wiederholt heraus, daß die von unserer Seite vorausgesagten Folgen der neuen mangelhaften Abstimmungsart in der Tat eintraten: wiederholt kamen Irrtümer bei der Zählung der Zettel vor und mußte die Verhandlung zwecks Ermittlung des Abstimmungsresultats mehrmals vertagt werden.

In der am 14. November fortgesetzten Debatte über das Tarifgesetz gelangten die §§ 9 und 10 zur Verhandlung; beide wurden mitsamt ihren Beeinträchtigungen des Verkehrs angenommen.

Auf die Tagesordnung des 15. November setzte der Präsident die Beratung von Petitionen. Von der Mehrheit waren noch nicht 50 Mitglieder anwesend: der Reichstag war beschlußunfähig. Der Präsident ließ nunmehr den 17. und 18. November ausfallen; der 19. mußte als Bußtag frei bleiben. Am 20. November gelangte § 10a zur Debatte. § 10a untersagte es den Gemeinden, Abgaben auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andre Mühlenfabrikate, sowie auf Backwaren, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett zu erheben. Der Antrag war in der Kommission angenommen. Die Mehrheit verschob jedoch im Plenum das Inkrafttreten dieser Aufhebung des städtischen Oktroi bis zum 1. April 1910.

Am 21. November fand die Beratung über die Strafvorschrift des § 11 und über das Feigenblatt statt, welches das Centrum in Gestalt der sogenannten Witwen- und Waisen-Versicherung über die Ausbeutung der Witwen und Waisen gelegt wissen wollte. Am 22. November wurde die Beratung des Zolltarifs durch die Verhandlung der Interpellation über polizeiliche Uebergriffe unterbrochen.

Am 24. November wurde unser Antrag, 100 Millionen Mark zur Förderung des Volksschulwesens aus den Zollüberschüssen herzugeben, begründet.

Bei der Abstimmung stellte sich Beschlußunfähigkeit heraus. Am nächsten Tage wurde der Antrag abgelehnt. Nunmehr beantragte unsere Fraktion von den Ueberschüssen der Zölle Mittel zur Abschaffung der Salzsteuer herzugeben. Auch dieser Antrag wurde (am 25. November) abgelehnt. Ebenso erging es dem dann gestellten Antrag, Zollerträge zur Aufhebung der Zuckersteuer und dem Antrag, Zollerträge zur Beseitigung der Branntwein-Liebesgaben zu verwenden.

Am 26. November stand der von der Fraktion gestellte sogenannte Antrag Kanitz zur Debatte. Unsre Fraktion beantragte, es sollten die Zölle für Getreide und Hülsenfrüchte aufgehoben werden, sobald die Preise erreicht sind, die 1894 im Antrag Kanitz gefordert und als ausreichend bezeichnet wurden (das ist bei Weizen 215, Roggen 165, Gerste und Hafer 155, Hülsenfrüchte 185, Lupinen 80, Malz 175, Mais 155 Mark per Tonne). Der Antrag wurde abgelehnt. An demselben Tage wurde der letzte Paragraph des Zolltarifgesetzes § 12 (jetzt § 16) beraten, der über den Zeitpunkt des Inkraftretens des Gesetzes bestimmt. Die Mehrheit gab den in der Kommission hartnäckig in zwei Lesungen eingenommenen Standpunkt, das Gesetz spätestens am 1. Januar 1905 in Kraft treten zu lassen, auf. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird nach dem angenommenen Gesetz durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats bestimmt. Am Schluß der Sitzung vom 26. November schlug der Präsident als Anfangszeit der nächsten Sitzung die schon späte Zeit 1 Uhr vor. Die Mehrheit beschloß jedoch erst eine Stunde später, um 2 Uhr, zu beginnen.

Am 27. November erfolgte der parlamentarische Staatsstreich. Der Präsident hatte mitgeteilt, daß das Haus jetzt in die Beratung des Zolltarifs eintrete, soweit derselbe noch nicht beraten ist. Seine Aeußerungen lauteten nach dem stenographischen Bericht S. 6651:

„Meine Herren! Wir würden jetzt nach Beendigung des Zolltarifgesetzes in die Beratung des Zolltarifs eintreten, soweit derselbe noch nicht beraten ist. Ich schlage Ihnen vor, diejenigen Nummern des Zolltarifs, wo Abänderungsanträge und Wortmeldungen nicht vorliegen und Abstimmung nicht verlangt, aufrufen zu dürfen und durch den Aufruf als nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen, für erledigt zu erklären. Ich frage, ob gegen diesen Verhandlungsmodus, der sich bezieht auf die unangefochtenen Nummern des Zolltarifs, Widerspruch aus dem Hause erhoben wird." Nach kurzen Bemerkungen der Abgeordneten Gothein und Singer über den Verhandlungsmodus fährt der Präsident fort: „Das steht auch da. Meine Vorschläge lauten: Wo Abänderungsanträge und Wortmeldungen nicht vorliegen und Abstimmungen nicht verlangt werden. Also das Bedenken des Herrn Abgeordneten Singer ist erledigt. Ein Widerspruch aus dem Hause hat sich nicht erhoben; wir werden daher so verfahren." Damit war die Debatte über die Nr. 5 des Zolltarifs eröffnet. Zur Sache und zwar zu Pos. 5 des Tarifs, hatte sich inzwischen ein Fraktionsmitglied gemeldet und einen Antrag zu dieser Nummer dem Schriftführer eingereicht.

Da meldete sich der Abgeordnete von Kardorff zur Geschäftsordnung und kündigte an, es käme sofort ein Eventualantrag, „der im § 1 der Geschäftsvorlage die Enblocannahme des Gesetzes vorschreibt". (Der § 19 der Geschäftsordnung verbietet die Enblocannahme eines Gesetzentwurfs, wenn auch nur ein Mitglied des Hauses widerspricht.) Er überreichte dann dem Präsidenten nach einer Pause einen Antrag, der dahin geht: „Der Reichstag wolle beschließen, für den Fall der Annahme des § 1 Absatz 1 des Entwurfs eines Zolltarifgesetzes denselben zu fassen wie folgt:

Bei der Einfuhr von Waren in das deutsche Zollgebiet werden, soweit nicht für die Einfuhr aus bestimmten Ländern andere Vorschriften gelten, Zölle nach Maßgabe der dem Reichstag am 6. Oktober 1902 vorgelegten endgültigen

Beschlüsse der XVI. Kommission über den Zolltarif erhoben. Jedoch werden in Abweichung von diesen Beschlüssen die Zollsätze der Nr. 808 auf 4,50 Mk., der Nr. 809 auf 7,50 Mk., der Nr. 810 auf 12 Mk., der Nr. 816 auf 8 und 12 Mk., der Nr. 825 auf 8 Mk., der Nr. 905 auf 4 Mk. und der Nr. 906 auf 15, 12, 10, 9, 7, 5,50, 4,50 und 3 Mk. festgesetzt."

Der Präsident Graf von Ballestrem erklärt darauf:

„Meine Herren, der mir soeben handschriftlich überreichte Antrag v. Kardorff und Genossen hat für mich bei dem ersten Anblick — denn ich lese ihn auch eben erst jetzt — sehr gewichtige Bedenken, ob er mit Absatz 2 des § 19 unsrer gegenwärtigen Geschäftsordnung vereinbar ist. Da der Antrag jedoch von einer Anzahl Mitglieder großer Parteien dieses Hauses unterzeichnet ist, und ich wohl annehmen darf, daß hinter diesen Mitgliedern eine größere Anzahl ihrer politischen Freunde steht, daß daher voraussichtlich die Majorität des Hauses hinter diesem Antrage steht, so würde eine Entscheidung, die ich hier treffen würde von dieser Stelle aus, doch keine Wirkung haben, weil sie sofort angefochten werden würde. Ich glaube aber, daß sich die Sache besser machen wird, wenn ich zunächst eine Diskussion eröffne über die Zulässigkeit dieses Antrags nach der Geschäftsordnung.

Ich würde die Herren nur bitten, diese Diskussion in sachlicher Weise zu führen. Es kann, mag einer eine Ansicht haben, welche er will, immer nur für seine Ansicht sprechen, wenn er die Diskussion in sachlicher Weise führt. Diese Bitte möchte ich an alle Mitglieder des Hauses richten im Interesse der Würde des Hauses und im Interesse unsrer Geschäftsordnung."

Der Präsident mag den Antrag zum ersten Mal „gelesen" haben; gekannt hatte er ihn. Seine Bitte um sachliche Diskussion beweist, daß er als selbstverständlich annahm, kein ehrliebender Abgeordneter werden den Kardorffschen Staatsstreichantrag ohne Empörung über die in ihm liegende Zumutung behandeln können. Der Zweck des Antrages von Kardorff war eine „Guillotinierung der Tarifberatung". Er sollte die Beratung hindern, und der beutegierigen Mehrheit es ermöglichen, unter Bruch der Verfassung und Geschäftsordnung den Tarif unter Dach und Fach zu bringen. „Dieser Antrag", rief ein Redner unserer Fraktion der Mehrheit zu, „ist der Ausfluß des Interesses, das die Herren Gesetzgeber persönlich am Tarif haben."

Der Präsident war, wie das selbst der „Hamburger Korrespondent" zugab, „es seiner Pflicht als Reichstagspräsident und der Ehre seiner weißen Haare schuldig", den sonnenklar geschäftsordnungs- und verfassungswidrigen Antrag ohne jede weitere Debatte zurückzuweisen. $2^1/_2$ Jahre zuvor, am 18. Mai 1900, hatte derselbe Präsident demselben Abgeordneten von Kardorff, der damals schon behauptete, die Mehrheit ist Herr über die Geschäftsordnung, zugerufen: „aber innerhalb der Geschäftsordnung." Der Schutz der Minderheit wird in allen Parlamenten wesentlich dadurch herbeigeführt, daß bei Fragen, wie im *konkreten Fall* die Geschäftsordnung auszulegen sei, allein durch den Präsidenten endgiltig entschieden wird, ein *Mehrheitsbeschluß* darüber nicht zulässig ist. In gleicher Weise sprachen sich am 19. März 1867 im konstituierenden Reichstag der langjährige Vorsitzende des Abgeordnetenhauses Abg. Dr. Graf v. Schwerin und der Präsident Simson aus. Schwerin hatte bemerkt: wie im konkreten Falle die Geschäftsordnung auszulegen ist, darüber hat der Präsident aus seiner Machtvollkommenheit heraus allein zu entscheiden. Lasker meinte dem entgegen: über Zweifel der Geschäftsordnung hat in letzter Instanz das Haus zu beschließen. Darauf erwiderte Simson: „Ich glaube, es giebt kaum einen gefährlicheren Satz als den, welchen der Abg. Lasker soeben ausgesprochen hat. *Die Geschäftsordnung ist der natürliche Schutz der Minorität*; wenn die Majorität im einzelnen Falle sich die Geschäftsordnung auslegen kann, so ist die Minorität dadurch in ihre Hände geliefert. Wenn sie

zu dem Präsidenten nicht das Vertrauen haben, daß er vorzugsweise seine Aufgabe darin finden wird, jede Minorität zu schützen, dann müssen Sie ihn von dieser Stelle entfernen, und die leiseste Andeutung der Art würde auch innerhalb der vier Wochen (des Provisoriums) diesen Erfolg in Ansehung meiner Person herbeiführen. Im Interesse des Hauses liegt es aber gewiß, daß Sie einem Präsidenten, dem sie vertrauen, die Handhabung der Geschäftsordnung nach seinem Gewissen und nach seiner Ueberzeugung geben."

Es steht in der parlamentarischen Geschichte der Rechtsbruch ohne Beispiel da, daß ein Präsident über die Zulässigkeit eines verfassungswidrigen Vergewaltigungsantrages schlimmster Art dieselbe Mehrheit als Richter darüber, ob ihr Antrag das Recht beuge, zuließ, ja die Mehrheit direkt als Richter anrief und sich zur Vollstreckung der Rechtsbeugung bereit erklärte. Mit aller Entschiedenheit wurde von unseren Rednern gegen eine Debatte über die Zulässigkeit des Antrags protestiert, Fortsetzung der Beratung des Tarifs gefordert und der parlamentarische Staatsstreichsantrag gegeißelt. Der Präsident ließ die wiederholten Hinweise darauf unbeachtet, daß eine Geschäftsordnungs-Debatte über die Zulässigkeit des Antrages von Kardorff überhaupt nicht und auch noch nicht zu dieser Zeit zulässig sei.

Von freisinniger Seite wurde Vertagung der Debatte beantragt um zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Die Mehrheit hatte aber nur Spott und Hohn für den Appell an dem Rest ihres Rechtlichkeitsgefühls. Sie zeigte ein Gebahren das „ohne unzüchtig zu sein das Schamgefühl aufs gröblichste verletzte." Sie widersprach der Vertagung. Die Geschäftsordnungsdebatte wurde nach mehrstündiger erregter Verhandlung auf den folgenden Tag vertagt.

Unsere Redner legten klar: eine Verhandlung über den Antrag von Kardorff ist nicht zulässig, denn erstens war bereits in die Debatte über den Zolltarif selbst eingetreten, und ferner steht der Antrag von Kardorff im schärfsten Widerspruch mit Artikel 19 der Verfassung, der oben wörtlich zitiert worden ist. Solange dieser § 19 der Geschäftsordnung nicht geändert ist, ist jede Verhandlung, die im Gegensatz zu ihm gegen den Widerspruch auch nur eines Mitgliedes die Abstimmung über mehrere Positionen verbindet, nach der Geschäftsordnung und mithin, solange diese gilt, nach der Verfassung unzulässig und darf vom Präsidenten nicht zugelassen werden. Die Abgeordneten der Mehrheit suchten darzulegen, daß Artikel im Sinne des § 19 nicht Artikel, sondern irgend etwas anderes sei. Unter „einzelner Artikel" ist wie in den Debatten dargelegt und später von Staatsrechtslehrern wie Professor Laband anerkannt wurde, jeder Bestandteil eines Gesetzentwurfes zu verstehen, welcher eine selbständige Rechtsvorschrift, eine selbständige Forderung enthält. Zweifellos ist aber jede einzelne Position des Zolltarifs ein selbständiger Rechtssatz. Die Zolltarif-Position enthält die Bezeichnung einer Ware und einer Summe. Wenn man sie so — losgelöst vom Tarifgesetz — betrachtet, ist sie überhaupt sinnlos. Sie erhält ihre naturgemäße Ergänzuug dahin: Wer die und die Ware in das deutsche Zollgebiet einführt, ist verpflichtet, einen Zoll von so und so viel Mark zu entrichten. Dieser Satz ist in dem Gesetz nicht 946 mal wiederholt, sondern zusammenfassend in Absatz 1 des § 1 ausgesprochen. Es ist dies dasselbe wie bei jedem Etatgesetz u. dgl.

Eine Art Eingeständnis ihres Unrechts lag in der Behauptung der Verteidiger des v. Kardorffschen Antrags, daß sie in einer Art „Notwehr" sich befänden, zur Begründung dieser Notwehr wurden Reden zitiert, die v. Vollmar und Bebel außerhalb des Reichstags gehalten und in denen sie dargelegt hatten, daß eine ordnungsmäßige, der Richtigkeit des Gesetzes und der Geschäftsordnung entsprechende Behandlung des Zolltarifs viel Zeit erfordern würde.

Bei der weiteren Beratung über den Antrag v. Kardorff ergab sich am 29. November abermals die Beschlußunfähigkeit des Reichstags.

Trotz aller Gewalttätigkeiten war es also der Mehrheit nicht gelungen, ihre Anhänger wenigstens für einige Tage in beschlußfähiger Anzahl zusammenzubringen. Jetzt galt es die Mehrheit zusammenzupeitschen. In der Sitzung am 1. Dezember klagte zunächst der konservative Abgeordnete v. Kröcher beweglich, daß alle Versuche, eine beschlußfähige Mehrheit längere Zeit zusammenzuhalten, vergeblich gewesen seien, vier Zeitungen hätten die Aufnahme seines „etwas hahnebüchenen Appells" an seine Freunde, am Platz zu sein, abgelehnt. Viele Anhänger der Zölle fehlten, weil sie auf Fasanen- und Hasenjagd gehen. Der Leichtsinn seiner Parteigenossen und ihre „Gewohnheit, die Pflicht dem Vergnügen unterzuordnen", sei so groß wie unmittelbar vor der Revolution. Es handle sich jetzt um die Existenz von allem, was die Junker erhalten wollen, und deshalb bitte er seine Parteigenossen und Freunde dringend, in der Zukunft am Platz zu sein, damit die Mehrheit endlich beschlußfähig werde. Ferner erklärte sich Herr v. Kröcher offen als Gegner des Wahlrechts der Sozialdemokraten und für Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterklasse: „Die Sozialdemokratie eigne sich nicht zum Subjekt, sondern nur zum Objekt der Gesetzgebung." Nach ihm besteigt Eugen Richter die Reichstagstribüne als Einpeitscher der Mehrheit. „Der Grundgedanke des Parlamentarismus beruht darauf", so kündet er entgegen jeglicher parlamentarischen Auffassung, „daß die Mehrheit ihren Willen durchsetzen kann." Das wäre ja „eine jammervolle Mehrheit" donnert er den Reichstagsschwänzern zu, „die sich einen „Obstruktionsfeldzug" — so nannte Richter seit mehreren Monaten die sachliche, streng im Rahmen der Geschäftsordnung gehaltene Opposition gegen die Vorlage — gefallen lassen würde. Das half. Die reaktionäre Reichstagsmehrheit belohnte den freisinnigen Abgeordneten durch lebhafteste Beifallsstürme. Ihre Mannen kommen von nun an in beschlußfähiger Zahl zu den Sitzungen, um Geschäftsordnungsbruch auf Geschäftsordnungsbruch auszuführen.

Am 2. Dezember stellte die Mehrheit einen Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte zu dem Antrag v. Kardorff. Solcher Antrag widerspricht dem parlamentarischen Brauch, da nach § 44 der Geschäftsordnung das Wort zur Geschäftsordnung jederzeit gegeben werden muß. Ein von unserer Fraktion gestellter Antrag auf einfache Tagesordnung über diesen neuen Gewaltstreich wurde jedoch abgelehnt und sodann der Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte angenommen. An der dann erfolgenden Abstimmung über die Frage, ob der Antrag v. Kardorff zulässig sei, beteiligte sich unsere Fraktion nicht. Sie motivierte diese Nichtbeteiligung mit folgender von einem Ordnungsruf unterbrochenen Erklärung:

„Mit dem Antrage v. Kardorff und Genossen auf Drucksache Nr. 775 hat sich die Mehrheit des Deutschen Reichstags außerhalb der Geschäftsordnung und der Verfassung gestellt.

In der Voraussicht, daß die Mehrheitsparteien die zur Beschlußfähigkeit notwendige Zahl der Mitglieder nicht für die Zeit zusammenhalten können, die zur sachgemäßen Diskussion und Verabschiedung des Zolltarifs erforderlich ist, haben die Mehrheitsparteien, ohne auch nur den Versuch einer Beratung des Tarifs im Plenum des Reichstags zu unternehmen, vor dem Beginn jeder Spezialberatung des Tarifs, statt der geschäftsordnungsmäßigen Diskussion und Beschlußfassung, den Gewaltstreich verübt, unter Bruch der Geschäftsordnung, der Verfassung und des parlamentarischen Rechts, dem deutschen Volke ein Interessengesetz zu Gunsten einer winzigen Minderheit aufzuoktroyieren. Die in der Reichstagsmehrheit vereinigten Parteien des Agrar- und Industriekapitalismus haben damit die Diktatur des Zollwuchers proklamiert. Die sozialdemokratische Fraktion hatte deshalb beschlossen, jede Teilnahme an diesem parlamentarischen Staatsstreich abzulehnen. Unsere Fraktion hat sich an der Beschlußfassung über

die Zulässigkeit des Antrags v. Kardorff und Genossen nicht beteiligt, indem sie von der Gewalt an das Recht, von der volksfeindlichen Mehrheit des Reichstags an das Volk selbst appelliert."

Für die Zulässigkeit des Antrages v. Kardorff stimmten 197, gegen 44 Abgeordnete, 11 Abgeordnete (darunter die Präsidenten Graf v. Balleſtrem und Graf zu Stolberg-Wernigerode) enthielten sich der Abstimmung. Neue Geschäftsordnungsbrüche folgten. Kaum war der verfassungswidrige Antrag v. Kardorff für zulässig erklärt, so überraschte der Präsident das Haus mit der Mitteilung, daß ein berichtigter Antrag v. Kardorff eingegangen sei, der den ursprünglichen Antrag v. Kardorff nur seines Charakters als Eventualantrag entkleidete und verlangte, den Abs. 1 des § 1 des Entwurfs, wie in dem ursprünglichen Antrag angegeben war zu fassen. Die Linke protestierte gegen die Zulassung dieses ebenso geschäfts- und verfassungswidrigen Antrages wie seines Vorgängers. Die Geschäftsordnungsdebatte über die Zulässigkeit dieses Antrages wurde durch einen von der Mehrheit gestellten Antrag auf Schluß dieser Debatte beendet, unser Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über diesen gleichfalls zulässigen Schlußantrag wurde abgelehnt, der „berichtigte Antrag v. Kardorff" mit 200 gegen 42 Stimmen für zulässig erklärt. Bei der Fortsetzung der Debatte verlangte die Linke, daß endlich mit der am 27. November eröffneten Verhandlung über den Tarif fortgefahren werde. Da nach dem Beschluß des Hauses vom 5. November ein früherer Beschluß nicht umgestoßen werden kann, müsse nunmehr mit dem Tarif fortgefahren werden. Der Präsident Büsing spricht die entgegengesetzte Ansicht aus. Es wird an Hand der stenographischen Berichte vom 16. Oktober und 27. November dargelegt, daß das Haus bereits vor der Einbringung des ersten Antrags v. Kardorff beschlossen hatte, in die Verhandlung über den Tarif einzutreten. Die Mehrheit bringt einen Antrag auf Schluß der Debatte darüber, ob ein Beschluß des Hauses vorliegt, nach welchem in der Beratung des Zolltarifs vor dem Antrag v. Kardorff eingetreten ist, ein. Hiergegen wird unsererseits Uebergang zur Tagesordnung beantragt. Der Präsident Büsing erklärt, da Widerspruch gegen unseren Antrag erhoben sei, müsse er über die Zulässigkeit abstimmen. Ihm wird entgegnet, die Frage ist ja bereits durch Ausspruch des Hauses von demselben Tage bejaht. Der Widerspruch der Mehrheit wird zurückgezogen, der Antrag auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung wird mit 210 gegen 67 Stimmen verworfen.

Nun war immer noch nicht entschieden, ob die Debatte mit der Fortsetzung des Zolltarifs oder unter Aufhebung dieses Antrages mit den sachlichen Debatten über den unzulässigen Antrag v. Kardorff fortgefahren werden solle. Bei weiteren durch die Mehrheit an demselben Tage provozierten Geschäftsordnungsdebatten unterließ der Vizepräsident Graf v. Stolberg wiederholt, das Wort Rednern zu erteilen, die sich bei dem Schriftführer zum Wort gemeldet hatten, überhörte mündliche Meldungen zum Wort, übersah einen schriftlichen Antrag auf namentliche Abstimmung und stellte einen von der Mehrheit eingebrachten Antrag zur Abstimmung, über den eine Debatte noch nicht eröffnet war. Am Schluß der Sitzung um 9 Uhr 24 Minuten abends war noch immer nicht entschieden, ob die Debatte mit der Fortsetzung des Zolltarifs oder ob, unter Aufhebung des dahingehenden älteren Beschlusses, mit der sachlichen Debatte über den Antrag v. Kardorff fortgefahren werden solle.

Am 3. Dezember wurde von unserer Fraktion beantragt, die Verhandlung über den Antrag von Kardorff solange auszusetzen, bis die Geschäftsordnungskommission über die ihr am 7. November bereits übergebene und von ihr erledigte Frage Beschluß gefaßt hat. Ein von der Mehrheit gestellter Antrag

auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen. Der Präsident Büsing unterbrach unseren Redner wiederholt in der Annahme, das Haus habe bereits am vergangenen Tage entschieden, ein Beschluß des Hauses, mit der Beratung des Tarifs fortzufahren, liege nicht vor. Tatsächlich ist das ausweislich der stenographischen Berichte nicht der Fall gewesen. Indes war es für die Fraktion unmöglich, dies an der Hand des damals noch nicht vorliegenden stenographischen Berichts zu erweisen. Der Vize-Präsident Büsing eröffnete die Diskussion über den § 1 Absatz 1 nebst dem Antrag Kardorff. Die Mehrheit sollte sich aber in ihrer Hoffnung, noch am 3. Dezember ihren Antrag von Kardorff unter Dach und Fach zu bringen täuschen. Die Linke zwang sie, die Geschäftsordnung soweit zu respektieren, daß vor der Beratung des Antrages v. Kardorff die 37 Referate der Kommissionsberichterstatter entgegen genommen wurden. Die Mehrheitsreferenten nahmen es mit ihrer Aufgabe außerordentlich leicht. Der erste Berichterstatter, Graf von Schwerin, suchte zunächst sich von seinem Referat ganz zu drücken. Als ihm dargelegt war, daß er kein Recht darauf habe, auf seine Pflicht, Bericht zu erstatten, zu verzichten, erstattete er dann über die wichtigen ersten 18 Positionen — Buchweizen 5 Mk. (geltender Vertragssatz 2 Mk.), Hirse 1,50 (1), Mais und Dari 5 (2), nicht besonders genannte Getreidearten 1,50 (1), Malz 10,25—11 (4), unpolierter Reis 4, Speisebohnen, Erbsen, Linsen 4 (2), Futterbohnen, Lupinen und Wicken 2,50 (2), Raps, Rübsen Dotter, Ordentliche Saat 5 (2), Hederichsaat 5, Mohn u. s. w. 2, Leinsaat, Hanfsaat 0,75 (frei), Baumwollsamen frei, Oelsämereien und Oelfrüchte 2, Kleesaat 5 (frei), Grassaat 2 (frei), Runkel- und Zuckerrübensamen 1 (frei), andere Samen: frei, Anis, Fenchel, Koriander, Kümmel 4 (3) —, in knappen 10 Minuten etwas, was er Bericht nannte. Die Minderheit wendete sich gegen diese Art der Berichterstattung und verlangte Zurückweisung an die Kommission, damit wenigstens die Gründe, welche zu den ungeheuren Sätzen geführt haben, der Allgemeinheit klar würden. Bei dieser Debatte entfloh dem Abgeordneten Paasche das Zugeständnis, daß die sachlichen Gründe überhaupt nicht dargelegt werden sollten. Er sagte, die Minderheit habe keinen Anspruch darauf, daß man ihr die sachlichen Gründe auseinandersetze.

Der Antrag auf Rückverweisung wurde abgelehnt. Die Fraktion stellte gelegentlich der weiteren Referate ähnliche Anträge auf Rückverweisung an die Kommission. Die Mehrheit stellte diesen Anträgen Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung über unsere Anträge entgegen. Dann schickte die Mehrheit einen ihrer Anhänger mit einem Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission einen anderen mit einem Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über diesen Antrag vor. Der Präsident Stolberg benutzte sogar Blanketts noch nicht gestellter Anträge der Mehrheit, bis gegen die Zulassung solcher Antragsblanketts energisch Einspruch erhoben wurde. Wiederholt kam es in den am 3., 4. und 5. Dezember bis in die Nacht ausgedehnten Sitzungen auch zu Zusammenstößen mit dem Vize-Präsidenten Graf Stolberg, der, von einer lärmenden Mehrheit unterstützt, „unter gröblicher Verletzung der Geschäfts-Ordnung" am 4. Dezember von dem verfassungswidrigen Ausschluß eines Fraktionsmitgliedes von der Sitzung Gebrauch machte und die Sitzung auf eine halbe Stunde aussetzte. Der Anlaß zu der Ausweisung beruhte, wie der Vize-Präsident später erklärte, auf einem „Mißverständnis."

Am Schluß der Sitzung vom 5. Dezember wurde gegen den Widerspruch der Minderheit von der Zollwuchermehrheit beschlossen, die nächste Sitzung erst am 9. Dezember stattfinden zu lassen. Der Grund hierfür lag darin, daß die mühsam zusammengetrommelte Mehrheit auseinanderzulaufen drohte, wenn ihr nicht einige Jagdtage zwischendurch freigegeben würden. Die Mehrheit wollte den Tarif unter allen Umständen vor den Weihnachtsferien durchpeitschen. Da die Minderheit trotz der maßlosesten Provokationen streng auf dem Boden des

Rechts und der Verteidigung ihrer Pflicht blieb und jedes zulässige Mittel ausnutzte, um die Gemeingefährlichkeit des Tarifs, dessen Inhalt die Mehrheit ihren Wählern zu verhüllen alle Ursache hatte, von der Reichstagstribüne aus klarzustellen, so schritt man zu einem neuen Rechtsbruch. Um die Vorteile, die der Zolltarif der besitzenden Klasse bietet, noch vor Weihnachten einheimsen zu können, wurde der Antrag Gröber eingebracht. Der Antrag Gröber ersetzt die Vorschrift der Geschäftsordnung, nach der jeder Abgeordnete, der das Wort zur Geschäftsordnung verlangt, dies sofort erhalten muß, durch folgende Vorschrift:

„Das Wort zur Geschäftsordnung wird nur nach freiem Ermessen des Präsidenten erteilt. Eine von demselben zugelassene Bemerkung zur Geschäftsordnung darf die Dauer von 5 Minuten nicht übersteigen."

Dies Attentat auf die Redefreiheit und die Selbständigkeit des Reichstags wird auch von dem Staatsrechtslehrer Laband als ein brutaler Mißbrauch der Mehrheit zur Mundtotmachung der Minderheit bezeichnet.

Nach Annahme der lex Gröber wurde mit den Berichterstattungen über den Zolltarif fortgefahren. Von uns gestellte Anträge auf Rückverweisung an die Kommission wurden abgelehnt. Zur Begründung solcher Anträge wurde dem Redner nur auf 5 Minuten das Wort verstattet. Da die lex Gröber nur für solche Fälle Anwendung finden können, in denen nach Willkür des Präsidenten das Wort erteilt ist, also nicht auf diejenigen Fälle, in denen auf Grund einer anderen Bestimmung der Geschäftsordnung das Wort erteilt werden muß, z. B. nicht auf die Reden für oder gegen Antrag auf einfache Tagesordnung, so mußte für solche Fälle unbeschränkte Redezeit gewährt werden. Dies wurde auch am 9. Dezember noch vom Präsidenten beachtet. Am 10. Dezember verkündete jedoch der Präsident: Bei reiflicher Erwägung sei er zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Redner für Verweisung eines Referates in eine Kommission auch unter die beschränkte Zeit fallen, welche die Geschäftsordnung vorschreibt. Weiter führte er aus: „Die einfache Tagesordnung ist eine Geschäftsordnungsfrage und besonders dann, wenn sie sich auf einen Geschäftsordnungsantrag bezieht, ist sie reine Geschäftsordnungsfrage. — Wenn sie sich auf einen Antrag mit materiellem Inhalt bezieht, so könnte es ja evtl. zweifelhaft sein, ob sie eine reine Geschäftsordnungsfrage ist. Hier bezog sie sich nur auf eine reine Geschäftsordnungsfrage, nämlich auf Ueberweisung eines Antrages an die Kommission. Deshalb werde ich ferner den Rednern zu der Tagesordnung, wenn der Fall ebenso liegt, wie dieser, bloß 5 Minuten Zeit geben, um ihre Rede zu halten."

Diese einen klaren Verstoß gegen die Geschäftsordnung enthaltende Praxis engte die Bewegungsmöglichkeit unserer Redner noch mehr ein. Am 10. Dezember wurden die Berichte erledigt.

Am 11. Dezember gelangte der Antrag von Kardorff zur sachlichen Verhandlung, wiewohl der Beschluß vom 27. November, in die Tarifberatung einzutreten noch nicht aufgehoben war. Unsere Fraktion stellte die für den Tarif erforderlichen sachlichen Anträge in der Form von Abänderungsanträgen zu diesem Tarif und zu dem Antrag v. Kardorff. In diesen Anträgen ist für die notwendigen Nahrungs- und Futtermittel Zollfreiheit verlangt. Für Rohstoffe und für solche Fabrikate, die fast nur von kartellierten Großunternehmern hergestellt werden, wurde gleichfalls Zollfreiheit, evtl. eine Herabsetzung der Zölle auf das Maß verlangt, das in dem geltenden Tarif ausgedrückt ist. Wo, wie bei den Garnzöllen, es in einer Lesung der Tarifkommission gelungen war, unter die Sätze des geltenden Tarifs herabzugehen, wurden diese niedrigen Sätze in unsere Anträge eingestellt. Der Herabsetzung der Zölle auf Rohstoffe oder Halbfabrikate entsprachen weitere Anträge auf Herabsetzung der

aus den Rohstoffen oder Halbfabrikaten gefertigten Waren. Endlich waren die meisten der von Konservativen zum Schein gestellten Anträge auf Herabsetzung industrieller Zölle in die Anträge hineingearbeitet. Unsere Anträge erstreckten sich auf insgesamt 466 Nummern.

Entgegen den früheren Behauptungen der Redner der Mehrheit, daß bei Beratung des Antrags v. Kardorff über alle Einzelheiten des Tarifs werde verhandelt werden können, wurde von der Mehrheit die Debatte, nachdem ein Redner unserer Fraktion zum Worte gekommen war, geschlossen und so u. a. zwei zum Wort gemeldeten Fraktionsrednern das Wort abgeschnitten. Dann beantragte und beschloß die Mehrheit, über sämtliche zu dem Antrag von Kardorff gestellten Abänderungsanträge — außer von unserer Fraktion waren noch von drei Seiten Abänderungsanträge gestellt — zur einfachen Tagesordnung überzugehen. Der Antrag von Kardorff wurde hierauf mit 183 gegen 136 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen angenommen.

Die zweite „Beratung" war beendet.

Die **dritte Beratung** war auf Sonnabend den 13. Dezember anberaumt. Es wurde schon vor Beginn der Sitzung (10 Uhr 20 Minuten vormittags) bekannt, daß die Mehrheit die „Beratung" des gesamten weitschichtigen Gesetzes noch an demselben Tage beenden wolle, weil sie fürchtete, in der nächsten Woche würden ihre Anhänger nicht mehr zusammenzuhalten sein. Die Zusammenstellung der Beschlüsse, wie sie die dritte Lesung voraussichtlich bringen würde, war bereits mit dem Datum des 13. Dezember im Reichstagsbureau fertiggestellt. Seitens der Mehrheit war ein Antrag Herold und Genossen eingebracht, nach der die Mindestsätze der Regierungsvorlage für Roggen (5 Mk.), Weizen und Spelz (5,50 Mk.), Hafer (5 Mk.) wieder hergestellt und statt des Mindestzollsatzes für „Gerste 3 Mk.", „Malzgerste 4 Mk." eingesetzt war. Er enthielt das seit 14 Tagen mit der Regierung abgeschlossene Kompromiß. Unsererseits war beantragt, dem § 1 Absatz 1 den in der Sitzung vom 11. Dezember eingebrachten und verlesenen Zusatzantrag zum Antrag von Kardorff hinzuzufügen (also die 466 Aenderungen zu beschließen) und die zu den Tarifstellen 1, 2, 3, 4, 92, 102, 103, 105 und 107 eingesetzten Zollsätze durch das Wort „frei" zu versehen. Weitere 17 Anträge wiederholten die wesentlichsten zu dem Tarifgesetz in zweiter Lesung gestellten Anträge.

Hatte die Regierung vordem feierlichst erklärt, eine Einführung des Gersten-Mindestzolls schädige die Kleinbrauer und die Landwirte und sei deshalb unannehmbar, so meinte nun der Reichskanzler die Erklärungen der Regierung hätten sich nur auf Gerste im allgemeinen bezogen, Malzgerste sei aber eine „ausgewählte, wesentlich wertvollere Ware als Futtergerste", eine Unterscheidung beider Arten Gerste würde möglich sein. Unser Redner wies dem Reichskanzler nach, daß die Erklärung der Regierung sich gerade auf Braugerste bezogen hatte. Dann legte er in kräftigen Strichen den Klassengesetzcharakter des Gesetzes klar, dessen unheilvolle Wirkungen die Fraktion aufs entschiedenste bekämpfen werde, solange sie irgend dazu in der Lage sei.

Ein Antrag auf Schluß der Generaldiskussion wurde gestellt und mit 206 gegen 118 Stimmen angenommen. Durch diese Vergewaltigung wurden mehrere unserer zur Generaldiskussion gemeldete Redner an ihren Ausführungen gehindert.

Von unserer Seite wurde vor Beginn der Spezialdiskussion beantragt:

Der Reichstag wolle beschließen:

über jeden einzelnen Artikel der in § 1 Absatz 1 des Zolltarifgesetzes inbezug genommenen endgiltigen Beschlüsse der XVI. Kommission der Reihenfolge nach in Gemäßheit der §§ 19 und 20 der Geschäftsordnung die Diskussion zu eröffnen und die Abstimmung vorzunehmen.

Der Antrag wurde mit 220 gegen 95 Stimmen abgelehnt und damit auch für die dritte Lesung einer verfassungs- und geschäftsordnungswidrigen Enbloc-annahme zugestimmt. Es wurde dann von unserer Seite beantragt, wenigstens vor der Weiterberatung die in Absatz 1 des § 1 inbezug genommenen endgiltigen Beschlüsse der XVI. Kommission zur Verlesung zu bringen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Zu der Spezialdiskussion über § 1 hatte sich sofort ein Mitglied der Fraktion gemeldet. Vor ihm wurde das Wort jedoch zwei anderen Rednern erteilt. Die Mehrheitsparteien beabsichtigten, nur noch einem zum Wort gemeldeten Mitglied der Volkspartei das Wort erteilen zu lassen und dann die Debatte zu schließen, unserem Redner also das Wort abzuschneiden. Als der zweite, später als unser Redner gemeldete Redner — von Kardorff — das Wort ergriff, schrieb der Schlußantragsteller der Mehrheit den Schlußantrag nieder. Herr v. Kardorff sprach sehr kurz — er hatte dem Hause nur mitzuteilen, daß er sich mit dem Bunde der Landwirte bei Gelegenheit der Etatsberatung raufen wolle — der Schlußantrag konnte noch nicht dem Präsidenten überreicht werden; Herr v. Kardorff schloß plötzlich nach etwa zwei Minuten seine Bemerkungen. Der über die Vereinbarungen der Mehrheitsparteien noch nicht unterrichtete Präsident — zu Beginn der Diskussion leitete der Vizepräsident die Verhandlungen — erteilte unserm Redner um $4^1/_2$ Uhr das Wort. Der Schlußantragsteller der Mehrheit warf seinen Schlußantrag zerknüllt zu Boden. Die Zöllner unterhielten sich so lebhaft darüber, was daran Schuld trüge, daß unser Redner das Wort erhalten hatte, daß ihre Unterhaltung auf unseren Sitzen zu hören war; „er hat ja nur aus Irrtum das Wort erhalten", war der ständige Beruhigungsrefrain ihrer lauten Unterbrechungen des Redners. Unser Redner begann seine Rede mit folgender Einleitung: „Meine Herren, nachdem Sie durch Ablehnung unseres vorletzten Antrags bewiesen haben, daß Sie Ihre Uebermacht dazu gebrauchen wollen, eine gründliche Erörterung des Tarifs nicht zuzulassen, sehe ich mich veranlaßt, jetzt, wo ich das Wort zur Spezialdiskussion erhalten habe, die Gelegenheit zu benutzen, um wenigstens einen Teil der Positionen, die ich gern einzeln behandelt hätte, hier zusammen zu behandeln. Wenn dabei meine Rede etwas länger werden sollte, als ich es beabsichtigte, dann haben Sie, meine Herren, es selbst verschuldet. Mir wäre es wahrhaftig lieber gewesen, ich hätte zu den einzelnen Positionen — es sind ihrer nicht viele — das Wort bekommen; dann würde ich allerdings in dem Rahmen einer Redezeit haben bleiben können, wie sie hier allgemein üblich ist. Aber wenn Sie dadurch, daß Sie nur einen zu Worte kommen lassen, uns zwingen, eine ganze Reihe von uns für wichtig gehaltener Positionen zusammen zu erörtern, dann dürfen Sie sich wahrlich nicht darüber wundern, wenn man eine längere Rede hält, und Sie haben dann kein Recht, über „Dauerreden" zu klagen."

Dann folgte in achtstündiger, sachlicher Rede Antricks eine Schilderung der verheerenden Wirkungen des Zolls bei einer Reihe von Positionen, insbesondere Reis, Oelfrüchte, Holz, Obst, Schweinefleisch, Schmalz, Eisen.

Die Mehrheit versuchte wiederholt den Redner durch Flegeleien zu stören. Den energischen Zurufen der Linken gelang es, hin und wieder den Präsidenten zu veranlassen, Ruhe für den Redner zu schaffen.

Als unser Redner mit der Versicherung geschlossen hatte, daß die Fraktion bis zum letzten Augenblick auf dem Posten bleiben werde, um der Vorlage entgegen zu treten und die verheerenden Wirkungen der Zölle wenigstens für die außerhalb des Reichstags befindlichen klarzustellen, ging die Mehrheit zu weiteren Vergewaltigungen über.

Zunächst wurde die Debatte über § 1, der den gesamten Tarif umfaßt, geschlossen und dadurch mehreren von unserer Seite zum Wort gemeldeten Rednern das Wort abgeschnitten. Von unserer Seite wurde nunmehr ein Antrag gestellt,

über den Antrag der Abg. Herold u. Gen. und über sämtliche zum § 1 gestellten Anträge zur einfachen Tagesordnung überzugehen. Von den Mehrheitsparteien beantragte der Abg. Spahn, über die zu § 1 des Zolltarifs gestellten Anträge mit Ausnahme des Antrags Herold zur Tagesordnung überzugehen. Es lagen also zwei Anträge vor, von denen der eine mehr umfaßte wie der andere. In solchem Falle hatte wenige Tage zuvor der Präsident gegen unseren Widerspruch zunächst über den mehr umfassenden Antrag abstimmen lassen. Um das Gesetz bald unter Fach zu bringen, ging er trotz unseres Widerspruchs nunmehr in entgegengesetzter Weise vor. Nachdem der Antrag der Mehrheit angenommen war, erhielt ein Fraktionsmitglied das Wort zur Begründung des Antrages auf Uebergang der Tagesordnung über den Kompromißantrag Herold. Die Redezeit wurde ihm entgegen der Geschäftsordnung und entgegen selbst der vom Präsidenten am 10. Dezember gegebenen Auslegung des neuen § 44 auf 5 Minuten beschränkt, wiewohl der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung sich auf einen Antrag mit materiellem Inhalt bezog. Wiederholte Bitten ums Wort zur Geschäftsordnung beantwortete der Präsident mit der Wendung: „ich kann Ihnen das Wort nicht geben, ich werde Ihnen nachher darüber Bescheid geben." Den Bescheid hat er niemals erteilt. Unser Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wurde abgelehnt, der Kompromißantrag Herold mit 199 gegen 105 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Nunmehr beantragte der Abg. Spahn namens der Mehrheit, die Diskussion über die weiteren Teile des Gesetzes im Ramsch vorzunehmen und demgemäß die §§ 1a bis § 12 des Zolltarifs nebst den dazu gestellten Anträgen sowie den von uns gestellten Anträgen nebst der Ueberschrift und den Einleitungsworten des Zolltarifs in der Diskussion zu verbinden. Der Präsident ließ die Abstimmung über diesen Antrag, wiewohl er nicht unterstützt war, zu, lehnte ab, das Wort zur Geschäftsordnung zu erteilen und verhinderte so, daß er auf den offensichtlichen Verstoß gegen die Geschäftsordnung öffentlich aufmerksam gemacht werden und daß ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Ramschantrag gestellt werden konnte. Auf die Rufe zur Geschäftsordnung erklärte er: „Zur Geschäftsordnung gebe ich nicht das Wort". In der dann über den gesamten Rest des Gesetzes eröffneten Diskussion nahm ein Redner der Mehrheit zu einigen Ausführungen das Wort. Während seiner Rede war von unserer Seite ein dahin gehender Antrag eingereicht:

„Der Reichstag wolle beschließen, als § 12a folgende Bestimmung zuzufügen:

Für die nachgenannten Waren dürfen die durch den ersten Absatz des § 1 festgesetzten und in den endgiltigen Beschlüssen der XVI. Kommission enthaltenen Zollsätze in Handelsverträgen oder anderen vertragsmäßigen Abmachungen nicht über die beigefügten Sätze eingesetzt werden:

Tarifstelle 5, Buchweizen: 2 Mk. für einen Doppelzentner;
Tarifstelle 6, Hirse: 1 Mk. für einen Doppelzentner;
Tarifstelle 7, Mais und Dari: 2 Mk. für einen Doppelzentner;
Tarifstelle 9, Malz: 4 Mk. für einen Doppelzentner;
Tarifstelle 11, Speisebohnen, Erbsen, Linsen: 2 Mk. für einen Doppelzentner;
Tarifstelle 12, Futterbohnen, Lupinen, Wicken: 2 Mk. für einen Doppelzentner."

Auf diesen, nach dem Ramschantrag des Abgeordneten Spahn eingereichten, noch nicht unterstützten, auch noch nicht zur Debatte gestellten Antrag konnte sich der Antrag Spahn, der die Diskussion nur bis § 12 verbinden wollte, unmöglich beziehen. Der Präsident unterließ es, die Unterstützungsfrage zu diesem Antrag zu stellen. Er teilte den Eingang dieses Antrages mit und brachte unter Widerspruch von unserer Seite einen bei ihm eingegangenen Antrag auf Schluß der Diskussion zur Abstimmung. Wiederholte Zurufe: „Zur Geschäftsordnung" be-

achtete der Präsident nicht. Er behauptete vielmehr, nach Annahme des Spahnschen Schlußantrages „Die Diskussion über die vereinigten Paragraphen sowie über Einleitung und Ueberschrift ist geschlossen." Wiederholte Zurufe „Zur Geschäftsordnung" ließ der Präsident abermals unbeachtet und verhinderte so die Feststellung, daß über § 12a die Diskussion noch nicht eröffnet, also auch nicht geschlossen sein konnte. Dann verkündete der Präsident: Es liegen 2 Anträge auf einfache Tagesordnung vor, deren einer (vom Abg. Spahn gestellt) über unsere zu § 1a bis 12 gestellten Anträge Uebergang zur Tagesordnung verlangte, während der andere, von uns gestellte, dahin ging, über die zu dem Zolltarifgesetz § 1a bis 12 von uns gestellten Anträge mit Ausnahme der Anträge 1, 2, 4 bis 17 zur Tagesordnung überzugehen. Es mußte nunmehr, wenn der Präsident nicht mit der soeben von ihm geübten Praxis abermals brechen wollte, der von unserer Seite gestellte Antrag zunächst zur Begründung und Abstimmung gelangen. Der Präsident, hierauf aufmerksam gemacht, erteilte auch einem Fraktionsmitglied das Wort, schnitt es ihm aber nach 5 Minuten ab, wiewohl es sich um einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über Anträge materiellen Inhalts handelte. Unser Antrag wurde von der Mehrheit mit 228 gegen 72 Stimmen angenommen. Hierdurch war beschlossen, über unsere Anträge 1, 2, 4—17 nicht zur einfachen Tagesordnung überzugehen, trotzdem ließ der Präsident eine Begründung und Abstimmung auch über den Antrag Spahn, der Uebergang zur Tagesordnung über diese Punkte verlangte, zu und bemerkte, daß der Antrag Spahn ferner die Forderung über § 12a zur Tagesordnung überzugehen, enthalte. Gegen diese widerspruchsvolle, gegen die Geschäftsordnung nach vielen Richtungen hin widersprechende Behandlung der Anträge äußerte sich ein Mitglied der Fraktion, unter Begleitung von drei Ordnungsrufen, wie folgt:

„Die widerspruchsvolle Behandlung aller Anträge der Majorität, die nur den einen Zweck hat, daß sie ihren Zolltarif fertig bekommen und damit die Beute einheimsen, zeigt sich auch in den Ausführungen des Herrn Vorredners. Nachdem das Haus einen Antrag angenommen und beschlossen hat, über eine Reihe von Anträgen nicht zur Tagesordnung überzugehen, kommt der Herr Abgeordnete Spahn und verlangt jetzt den Beschluß, auch über die soeben von dieser Bestimmung ausgeschlossenen Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Ich wollte diese Tatsache nur feststellen.

Meine Herren, ich bin gegen den Antrag Spahn. Ich will aber darüber weiter kein Wort verlieren, sondern nur noch sagen: bei der Handhabung der Geschäfte, wie wir sie heute Abend erlebt haben, bei der Handhabung der Geschäfte, wie wir sie in den letzten Tagen erlebt haben, giebt es in diesem Hause kein Recht und kein Gesetz mehr. Die Präsidenten sind nicht mehr Präsidenten des Reichstags; sie sind Büttel der Majorität, sie sind Vollstrecker der Rechtsbrüche, welche die Majorität für ihre Zwecke verlangt, um den Tarif fertig zu bekommen. Das noch einmal in letzter Minute vor dem Lande zu konstatieren, ist notwendig. Und wenn Sie, meine Herren, von der Majorität nach vollbrachter Tat in die Ferien gehen, dann gehen Sie in die Ferien, beladen mit dem Vorwurf, daß Sie Recht und Gesetz in diesem Hause vergewaltigt und gebrochen haben."

Der Antrag Spahn wurde angenommen. Es verzichtete nun die Fraktion darauf, für die ferneren Positionen des Zolltarifs bereits vorbereitete Anträge, die in ähnlicher Weise wie § 12a Erhöhungen über die Höhe der Sätze in den geltenden Handelsverträgen hinaus untersagten, zu stellen. Nachdem die Mehrheit und ihr Präsident gezeigt hatte, daß sie keinerlei Vorschriften der Geschäftsordnung mehr achten, die eine sachliche Verhandlung ermöglichten, wäre der weitere Versuch nutzlos gewesen. Es erfolgte in der Sitzung nur noch eine Reihe namentlicher Abstimmungen. Die nach der Geschäftsordnung erforderliche

Zusammenstellung der Beschlüsse 3. Lesung wurde um 4 Uhr morgens des 14. Dezember verteilt: sie datierte vom 13. Dezember, das Datum war mit Tinte durchstrichen und in das Datum des 14. Dezember umgewandelt. Die Zusammenstellung wich von den gefaßten Beschlüssen insoweit ab, als an Stelle der beschlossenen Paragraphen Nummer 1, 1a, 2 fortlaufende Nummern 1, 2, 3 eingesetzt waren. Gegen diese unzulässige Aenderung der in 3. Lesung gefaßten Beschlüsse konnte nicht protestiert werden, da der Präsident ausdrücklich erklärt hatte, daß er das Wort zur Geschäftsordnung nicht erteile und auch nicht erteilte. Das so gestaltete Zolltarifgesetz wurde mit 202 gegen 100 Stimmen angenommen. Die Sitzung wurde um 4 Uhr 38 Minuten morgens geschlossen.

* * *

Was hat die Mehrheit als Erfolg ihres fortgesetzten Bruchs der Geschäftsordnung und der Verfassung, ihres Sturmlaufs gegen die Grundlagen jeglicher parlamentarischen Verhandlungen und ihres unverhüllten Strebens nach materiellen Vorteilen für die Großkapitalisten erreicht? Die von der Mehrheit des Reichstags gutgeheißene Sonntagsarbeit stellt eine mit den wunderlichsten Widersprüchen behaftetes Gesetz dar, dessen formelle Rechtskraft zum mindesten zweifelhaft ist und dessen materieller Inhalt nicht eine Bedrohung des Auslandes, sondern eine ungeheure Belastung der Lebensinteressen Deutschlands darstellt. Würde es in Wirksamkeit gesetzt, so wäre jede Regierung nach kurzer Zeit gezwungen, es wieder zu beseitigen: die Signatur des in dem Beutefieber zusammengeschweißten Zolltarifs ist seine völlige Unbrauchbarkeit von jedem Interessenstandpunkt, vor allem vom Standpunkt der Allgemeinheit aus. Mit diesem Erfolg kann die Zollopposition zufrieden sein.

Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1903.

Der Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1903 (1. April 1903 bis 31. März 1904) beläuft sich in Ausgabe

auf 2 417 028 912 Mk., nämlich

„ 1 997 229 523 Mk. an fortdauernden,

„ 219 950 565 „ an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats und

„ 199 848 824 „ an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats.

Der Voranschlag im Etatsentwurf betrug 2 464 973 674, und zwar fortdauernde Ausgaben 1 997 229 523, einmalige Ausgabe des ordentlichen Etats 219 950 565, des außerordentlichen Etats 199 848 824 Mk. Abgesetzt wurden von der Gesamtausgabe 47 944 762 Mk., von den fortdauernden Ausgaben 1 416 185, von den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats 6 473 477, des außerordentlichen Etats 40 055 100.

Ein Bild des endgültig festgesetzten Etats ergiebt folgende Zusammenstellung:

Fortdauernde Ausgaben.

	—	— Mk.
Bundesrat		
Reichstag	757 200	„
Reichskanzler und Reichskanzlei	241 790	„
Auswärtiges Amt	14 817 749	„
Reichsamt des Innern	63 308 477	„
Verwaltung des Reichsheeres	575 273 218	„
Reichsmilitärgericht	544 928	„
Verwaltung der Marine	93 269 254	„
Reichs-Justizverwaltung	2 145 445	„
Transport	750 358 061	Mk.

Transport . .	750 358 061	Mk.
Reichsschatzamt	548 718 600	„
Reichs-Eisenbahnamt	401 070	„
Reichsschuld	99 084 220	„
Rechnungshof	956 075	„
Allgemeiner Pensionsfonds . .	77 539 958	„
Reichs-Invalidenfonds	49 003 749	„
Post- und Telegraphenverwaltung	398 782 819	„
Reichsdruckerei	5 586 671	„
Eisenbahnverwaltung	66 818 300	„
Summe der fortdauernden Ausgaben	1 997 229 523	Mk.

Einmalige Ausgaben.

a) Ordentlicher Etat:

Reichstag	— —	Mk.
Auswärtiges Amt	18 726 554	„
Reichsamt des Innern	11 121 980	„
Post- und Telegraphenverwaltung .	13 424 899	„
Reichsdruckerei	313 150	„
Verwaltung des Reichsheeres . .	43 388 086	„
Verwaltung der Marine	81 460 012	„
Reichsschatzamt	1 300	„
Reichsschuld	—	„
Rechnungshof	100 000	„
Eisenbahnverwaltung	3 105 000	„
Fehlbetrag	48 309 584	„
Summe a	219 950 565	Mk.

b) Außerordentlicher Etat:

Reichsamt des Innern	4 000 000	Mk.
Post- und Telegraphenverwaltung . .	22 095 000	„
Verwaltung des Reichsheeres	29 733 583	„
Verwaltung der Marine	47 175 000	„
Eisenbahnverwaltung	12 410 000	„
Aus Anlaß der Expedition nach Ostasien	12 332 826	„
Zuschuß zu den Ausgaben des ordentlichen Etats	72 102 415	„
Summe b	199 848 824	Mk.
Summe der einmaligen Ausgaben	419 799 389	„
„ „ fortdauend. Ausgaben	1 997 229 523	„
Summe der Ausgaben	2 417 028 912	Mk.

Einnahmen.

Zölle und Verbrauchssteuern	810 252 880	Mk.
Reichsstempelabgaben	93 028 000	„
Post- und Telegraphenverwaltung . .	456 220 100	„
Reichsdruckerei	7 906 000	„
Eisenbahnverwaltung	87 879 600	„
Bankwesen	15 866 200	„
Verschiedene Verwaltungseinnahmen . .	41 658 318	„
Aus dem Reichs-Invalidenfonds . . .	49 003 749	„
Ueberschüsse aus früheren Jahren . . .	—	„
Transport . . .	1 561 814 847	Mk.

Transport . .	1 561 814 847	Mk.
Zuschuß des außerordentlichen Etats . .	72 102 415	„
Ausgleichungsbeiträge	17 406 592	„
Matrikularbeiträge	565 856 234	„
	2 217 180 088	Mk.
Außerordentliche Deckungsmittel . .	199 848 824	„
Summe der Einnahmen	2 417 028 912	Mk.

Die Generaldiskussion der Etatsberatung gab unseren Rednern Gelegenheit die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage zu besprechen. Als erster Fraktionsredner nahm v. Vollmar am 20. Januar 1903 das Wort. Er wendete sich gegen die ruhmsüchtige und abenteuerliche Weltpolitik, die ohne festes Ziel wetterwendisch den Kurs wechselt, erfolglos bleiben und keine Erhöhung des deutschen Ansehens nach sich ziehen kann. Er forderte die Einstellung der ins wahnwitzige gehenden Rüstungen und fortschreitende Umwandlung der agressiven stehenden Heere in defensive Volksheere. Er legte dar, wie von der Sozialdemokratie bekämpfte Politik, insbesondere auf dem Gebiete des Etatsrechts des Reichstags, des Militär-, Marine- und Kolonialwesens und der indirekten Besteuerung die zu der ungesunden Defizit- und Schuldenwirtschaft des Reichs geführt hat, aus der es eine Rettung nur durch Uebergang zur direkten Besteuerung und zu einer vollständigen Trennung der heillos verstrickten Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten gebe. Auf das Gebiet der inneren Politik übergehend wendete er sich energisch gegen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Bundesstaats und gegen die Kontrolle oder Censur des Beschlusses einer Volksvertretung durch das vom Wolffsche Depeschenbureau verbreitete Telegramm des Kaisers an den Prinzregenten von Bayern. Das Telegramm war tagszuvor auch von dem Redner des Centrums abfällig kritisiert worden. Als nach Besprechung dieses Swinemünder Telegramms unser Redner auf die Reden des Kaisers in Essen vom 26. November 1902 und in Breslau vom 6. Dezember 1902 eingehen wollte, wurde er hieran durch den Präsidenten Grafen v. Ballestrem gehindert. Gegen diese Behinderung des verfassungsmäßig dem Abgeordneten zustehenden Rechts der Redefreiheit durch den zum Schutz dieses Rechts berufenen Präsidenten wendete sich der Redner wiederholt vergeblich. Die letzten Bemerkungen zwischen unserm Redner und dem Präsidenten lauten nach dem stenographischen Bericht wie folgt:

„v. Vollmar, Abgeordneter: Ich hatte gehofft, daß nach dem Wiederzusammentreten des Reichstags allmälich wieder eine geordnete, ruhige Verhandlung möglich werden würde. Nachdem aber seitens des Herrn Präsidenten in dieser Weise vorgegangen wird, scheint das allerdings nicht beabsichtigt zu sein. Denn in solcher Weise ist es ganz unmöglich, hier weiter zu verhandeln.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie nochmals, mit diesen Erörterungen aufzuhören; ich würde sonst in die traurige Lage versetzt sein, Sie zur Ordnung zu rufen.

v. Vollmar, Abgeordneter: Herr Präsident, ich versichere Sie, daß es niemanden ferner liegt als mir, Ordnungsrufe herauszufordern. Ich bestrebe mich stets, was ich zu sagen habe, auch innerhalb der als allgemeines Gesetz angenommenen Grenze zu sagen. Aber wenn uns freilich einfach ein Maulkorb angelegt wird, und das bei einer so überaus wichtigen Angelegenheit —

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Das können Sie nicht sagen.

(Lebhafter Widerspruch.)

Ich habe Ihnen alle Freiheit bisher gelassen; aber dies ist ein Punkt, den ich nicht zulasse, — und dabei bleibe ich.

(Große Unruhe und laute Zurufe von der äußersten Linken.)

Meine Herren, ich bitte um Ruhe — ich verstehe Ihre unartikulierten Laute gar nicht.

v. Vollmar, Abgeordneter: Meine Herren, ich muß sagen, daß ich trotz der ziemlich langen parlamentarischen Erfahrung, die ich hinter mir habe, kaum weiß, wie ich mich angesichts der Haltung des Herrn Präsidenten verhalten soll. Mir ist das Mandat übertragen worden, in Erfüllung meiner Abgeordnetenpflicht eine wichtige, hochpolitische Angelegenheit zur Sprache zu bringen, die während mehr als einem Monat die ganze Nation erfüllt hat,

(Zuruf links),

ja überall in der ganzen Welt von sich sprechen gemacht hat. Und nun wird mir in der gleichen Debatte, in welcher der vom Centrum zur Besprechung gebrachte Swinemünder Fall besprochen werden konnte, plötzlich entschieden, daß der uns angehende Fall nicht besprochen werden dürfe.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Mein Herr Abgeordneter v. Vollmar, diesen Vorwurf hätte ich nicht erwartet, daß ich das Centrum begünstige.

(Zuruf von der äußersten Linken.)

Sie haben den Fall Swinemünde noch eingehender besprochen, als der Herr Abgeordnete Dr. Schaedler, und ich habe Sie auch nicht unterbrochen. Also ich bitte, solche Verdächtigungen von meiner Handlungsweise als Präsident fern zu lassen, und ich bitte Sie, ohne Erwähnung des Falles Krupp, was vorher geschehen ist und was nachher geschehen ist nach dem Tode dieses Ehrenmannes, in Ihren sachlichen Ausführungen fortzufahren.

v. Vollmar, Abgeordneter: Herr Präsident, ich habe zu bemerken, daß ich gar keine Verdächtigungen ausgesprochen habe, sondern lediglich eine Tatsache festgestellt habe. Der Fall Swinemünde ist nicht einmal im „Reichsanzeiger" veröffentlicht gewesen und wurde doch im Hause besprochen. Ich bin der Letzte, der sich darüber beschweren würde; habe ich doch selber dazu gesprochen. Aber ich habe festgestellt, daß jener Fall, dessen Erörterung vom Centrum ausgegangen ist, in breitester Oeffentlichkeit — und das mit vollem Recht — besprochen werden konnte, während jetzt ein anderer Fall, der die Sozialdemokratie angeht, und in welchem es sich direkt um eine amtliche Veröffentlichung handelt, mit keinem Worte soll besprochen werden können."

Der Fraktionsredner ging dann auf die Notwendigkeit der schleunigen Beseitigung des Majestätsbeleidigungsparagraphen ein, „damit die Herausgeforderten zum mindesten das Recht einer mündlichen Antwort erhalten." Er führt dann aus, es gebe zwei Entwicklungsmöglichkeiten des Fürstentums. Sie vollziehen sich entweder auf dem Boden der konstitutionellen Doktrin oder auf dem Bonapartismus. Die Entwicklung auf ruhiger organischer Weise zu immer freiem politischen Zuständen sei wünschenswerter, Ansichten und Anzeichen des Bonapartismus leider unverkennbar. Dringend not tut es, daß das unverantwortliche Staatsoberhaupt ausschließlich durch wirklich verantwortliche Minister handeln könne und richtete zum Schluß die Anfrage an den Reichskanzler, ob die in zahlreichen Arbeiter- und Volksversammlungen auf die Reden des Kaisers erteilten Antworten auch zu seiner Kenntnis gebracht sind. Der Reichskanzler beantwortete diese Anfrage nicht, sondern behauptete, aus den Schlußäußerungen scheine die Absicht zu sprechen, der Monarchie und dem Kaiser eine antisoziale Tendenz zu imputieren, diese Auffassung sei historisch und physiologisch unbegründet.

Gegen die gewaltsame Beschränkung der Redefreiheit veröffentlichte die Fraktion folgenden Protest:

Erklärung.

In der heutigen Sitzung des deutschen Reichstages ist durch den ersten Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, ein die durch die Verfassung garantierte Redefreiheit der Abgeordneten vernichtender Gewaltakt verübt worden, gegen den wir im Namen und Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion hiermit öffentlich Protest erheben, nachdem der Redner, Parteigenosse v. Vollmer, vergeblich versucht hat, in der Sitzung sein Recht zu wahren.

Vollmar beabsichtigte im Laufe seiner Etatsrede die verletzenden Aeußerungen zur Sprache zu bringen, die der Kaiser in seinen bekannten Reden in Essen und Breslau im Dezember v. J. gegen die deutsche Sozialdemokratie geschleudert hat. Das zu tun hatte Vollmar nach den bisherigen, durch den Präsidenten Herrn Grafen v. Ballestrem selbst im Reichstage eingebürgerten Regeln volles Recht.

Der Präsident, Herr Graf v. Ballestrem, hat in den Sitzungen des Reichstages vom 21. Januar 1899, ferner vom 21. Juni 1899 und endlich vom 12. Dezember 1899 ausdrücklich erklärt, daß er eine Besprechung kaiserlicher Reden in angemessener Weise, sobald sie authentisch, z. B. durch den „Reichs-Anzeiger" bekannt geworden seien, zulassen werde.

Obwohl nun die Reden in Essen und in Breslau im „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht worden sind, und obwohl Vollmar auf Einwendung des Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, ausdrücklich erklärt hatte, er werde den Fall Krupp, mit dem jene Reden in Verbindung stehen, mit keinem Worte erwähnen, sondern sich ausschließlich auf die Kritik der gegen die sozialdemokratische Partei gerichteten Beschuldigungen des Kaisers beschränken, so ließ der Präsident diese Kritik nicht zu.

Dieser Willkürakt des Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, ist um so unerhörter, als er es in der Ordnung fand, daß sowohl in der gestrigen als in der heutigen Sitzung des Reichstags das Swinemünder Telegramm des Kaisers an den Prinzregenten von Bayern, das im „Reichs-Anzeiger" nicht veröffentlicht worden ist, in der gründlichsten Weise erörtert wurde, insbesondere auch durch den Centrums-Abgeordneten Dr. Schädler.

Da die Geschäftsordnung des Reichstages keinen Weg bietet, diesen nur bei Kenntnis der Geheimgeschichte des Falles Krupp verständlichen Gewaltakt des Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, im Reichstage selbst zur Erörterung zu bringen, so wenden wir uns an die Oeffentlichkeit. Wir überlassen dem deutschen Volke, über dieses durch den Präsidenten des Reichstages auf die Redefreiheit der Abgeordneten verübte Attentat das Urteil zu fällen.

Berlin, den 20. Januar 1903.

Im Namen und Auftrage der sozialdemokratischen
Fraktion des deutschen Reichstages.
Der Fraktionsvorstand.
Bebel. Meister. Pfannkuch. Singer.

Am 22. Januar ergriff als Fraktionsredner Bebel das Wort zur Generaldiskussion. Er bekämpfte auf das nachdrücklichste die Desorganisation der Finanzpolitik des Reichs, die vergeblich aus einer Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel der arbeitenden Klassen auf eine Gesundung hofft. Die ungeheuren Militär- und Marinelasten müssen schließlich zu einem Zusammenbruch führen. Wenn man überall so zur Wahrung kapitalistischer Interessen vorgeht wie in Venezuela, wo es sich um Geltendmachung von Ansprüchen der Diskonto-Gesellschaft, der Norddeutschen Bank und der Firma Krupp handelte, so werde Deutschland noch häufig Verwicklungen erleben. Bebel ging dann auf die Darlegungen des Reichskanzlers ein, der seine Rede auf einer an keiner Stelle der Vollmarschen Rede ausgesprochenen Auffassung aufgebaut hatte. In großzügiger Weise zeigte Bebel, wie lediglich aus Furcht vor der Sozial-

demokratie man nach Verhängung des Sozialistengesetzes wenigstens einigermaßen dem Arbeiter entgegenkommen wollte, wie die sozialistische Bewegung allein die Kraft war, die das Eintreten für soziale Reformen erzeugte. Auf der anderen Seite erneute Forderungen für Unterdrückungsversuche, erhöhte Bestrafung der Ausübung des Koalitionsrechts mit Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu fünf Jahren in der Gewerbeordnungsnovelle 1891, Umsturzvorlage 1895, Zuchthausvorlage 1898. Auf dem Gebiete des Vereins- Versammlungs- Koalitionsrechts, des Genossenschaftsrechts, der politischen Meinungsfreiheit, des Wahlrechts, der Rechte der Staatsarbeiter fehle so unendlich viel, daß man an das soziale Programm, das die Botschaft von 1881, die Februar-Erlasse 1890 und die Rede des Reichskanzlers entwickelte, nicht glauben kann. Die Sozialdemokratie sei selbstverständlich bereit, für den sozialen Aufschwung der arbeitenden Klassen, die der Reichskanzler als sein Ziel bezeichnet hatte, einzutreten, wenn gleich das Wesen und die Natur der bürgerlichen Gesellschaft diesem Aufschwung entgegen stehen. Bebel rechnete dann mit den Reden des Kaisers in Essen und Breslau und des Kronprinzen in Oels gründlich ab, ohne daß der Präsident einen Versuch machte, ihn hieran zu hindern. Zum Schluß wendete er sich gegen den Cäsarismus und Byzantinismus, gegen den Servilismus, das Strebertum, die Charakterlosigkeit der herrschenden Klassen und ihren Mangel an Mannesmut vor Königstronen. Die mit gespanntester Aufmerksamkeit der Regierungsvertreter und des gesamten Hauses verfolgte Rede wirkte wie ein reinigendes Gewitter.

In der folgenden Sitzung verlas der Vizepräsident Graf zu Stolberg folgende Erklärung, durch die Graf Ballestrem das Präsidium niederlegte:

„An den deutschen Reichstag. Das führende Organ der konservativen Partei, die „Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung", veröffentlicht in ihrer Nr. 34, Abendausgabe vom 21. Mai d. M. einen Artikel, welcher meine Geschäftsführung als Präsident des deutschen Reichstages wenn auch mit verbindlichen Worten, so doch sachlich sehr scharf kritisiert und mißbilligt. Da es ausgeschlossen erscheint, daß dieser Artikel ohne Vorwissen der konservativen Partei veröffentlicht sein sollte, muß ich annehmen, daß er die Anschauung dieser Partei richtig wiedergibt. Da nun die konservative Partei eine jener großen Parteien ist, welche meine Berufung auf den Präsidentenstuhl des Reichstages herbeigeführt und meine Geschäftsführung bis jetzt vertrauensvoll unterstützt haben, so geht für mich aus dem oben angeführten Artikel hervor, daß ich dieses Vertrauen nicht mehr in dem Maße besitze, wie ich es für nötig halte, um die Geschäfte des Reichstages mit Erfolg zu führen. Daher lege ich hiermit das Amt des Präsidenten nieder und in die Hände derjenigen zurück, welche mir es vor länger als vier Jahren übertrugen, indem ich für alle mir während dieser Zeit gegebenen Beweise des Vertrauens ganz ergebenst danke. Berlin, 22. Januar 1903. gez. Graf Ballestrem, bisher Präsident des Reichstages."

Die Auslassung der Kreuzzeitung, auf welche in dieser Erklärung Bezug genommen ist, lautete:

„Wir müssen doch der Auffassung Ausdruck geben, daß Graf Ballestrem durch das gegen den Abg. v. Vollmar gerichtete Verbot sich in Widerspruch gesetzt hat mit den Grundsätzen, die er früher aufgestellt hatte. Auch der Versuch, diesen Widerspruch durch Hervorkehrung neuer Unterschiede bei kaiserlichen Kundgebungen zu lösen, scheint uns nicht geglückt .... Jedenfalls läßt sich einem Teile der öffentlich bekannt gegebenen Aeußerungen, die Se. Majestät der Kaiser an den Heimgang Krupps und an dessen unerhörte Verdächtigung durch die sozialdemokratische Presse geknüpft hat, der politische Charakter nicht absprechen.

Allem Anscheine nach hat Graf Ballestrem die Besorgnis gehabt, daß die Besprechung der Krupp-Angelegenheit von einzelnen Rednern zu tendenziösen Angriffen auf das monarchische Gefühl der großen Mehrheit des Reichstages und des deutschen Volkes gemißbraucht werde ... Aber es läßt sich nicht leugnen, daß bei der Besprechung des Swinemünder Telegramms die gleiche Gefahr obgewaltet hat. Nach unserer Auffassung läßt sich die ungleichartige Stellung des Präsidenten zu der Besprechung dieses Telegramms und derjenigen der Krupp-Angelegenheit schwer rechtfertigen."

Als im Reichstage die Rücktrittserklärung des Präsidenten erklärt war, beeilte sich Abg. v. Normann namens der freikonservativen Fraktion zu erklären, daß sie von dem Kreuzzeitungsartikel vorher keine Kenntnis gehabt habe, der nationalliberale Abg. Dr. Sattler gab seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß der Artikel irgend eines Blattes, irgend einer Partei Veranlassung zur Niederlegung des Präsidiums nicht hätte geben sollen. Singer gab für unsere Fraktion folgende Erklärung ab, „der Herr Graf von Ballestrem hat in seinem Schreiben hervorgehoben, daß er durch einen Artikel der „Kreuzzeitung", von dem er annimmt, daß die konservative Fraktion des Hauses davon Kenntnis hatte, veranlaßt wurde, sein Amt als Präsident niederzulegen, und zwar weil ihm scheint, daß er nicht mehr das Vertrauen der konservativen Fraktion besitzt. Der Herr Graf v. Ballestrem hat in seinem Schreiben ausdrücklich darauf Bezug genommen, daß die konservative Fraktion eine von denjenigen Fraktionen ist, die ihn zum Präsidenten gewählt und wiedergewählt haben. Zu den Fraktionen, die den Grafen Ballestrem gewählt und wiedergewählt haben, gehört auch die sozialdemokratische Fraktion. Ich halte mich, nachdem Vertreter verschiedener Parteien des Hauses gesprochen und den Eindruck erweckt haben, als ob sie der Meinung sind, daß sich in ihrem Vertrauensverhältnis zu dem Grafen v. Ballestrem absolut nichts geändert hat, doch für verpflichtet, namens meiner Fraktion zu erklären, daß allerdings Herr Graf von Ballestrem durch seine Präsidialführung während der letzten Monate und Tage unser Vertrauen verloren hat". Bei der Präsidentenwahl am 29. Januar wurden von 285 Stimmzetteln 195 für Graf v. Ballestrem, der zwei Tage zuvor zum Mitglied des preußischen Herrenhauses ernannt war, einer für Ahlwardt abgegeben, 89 blieben unbeschrieben. Ballestrem nahm die Wahl an und blieb bis zum Schlusse der Session der von der Minderheit des Hauses gewählte Präsident der Mehrheit.

Spezialberatung des Etats.

Die Etatsberatung des **Reichsamts des Innern** gestaltete sich auch in dieser Session zu einer schonungslosen Kritik der Rückständigkeit der Gesetzgebung auf dem Gebiete des „Schutzes der nationalen Arbeit", der Arbeitskraft. Von den eingebrachten, aber nicht zur Verhandlung gelangten Initiativanträgen formte die Fraktion zwei zu Resolutionen um. Die Forderung der Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die regelmäßige Maximalarbeitszeit für alle im Lehr-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Gewerbe-, Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen vorläufig auf zehn Stunden festgesetzt und innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden verkürzt wird, und die Forderung, „einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen an Stelle der im § 139b der Reichs-Gewerbeordnung bestimmten Beamten und Landes-Polizeibehörden Betriebs-Aufsichtsbehörden nach folgenden Grundsätzen errichtet werden:

Die Aufsicht erstreckt sich auf alle Betriebe im Gewerbe, einschließlich der Heimarbeit, Handel, Verkehr, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Schiffahrt.

Sie wird einer Reichs-Centralaufsichtsbehörde übertragen, welche dieselbe nach Inspektionsbezirken zu organisieren hat.

In den Inspektionsbezirken wird die Betriebsaufsicht von Reichsbeamten und Beigeordneten gemeinsam ausgeübt mit dem Recht, ihre Anordnungen zwangsweise durchzuführen.

Die Beigeordneten sind auf Grund eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts von den Hilfspersonen aller Betriebe zu wählen. Weibliche Beamte und Beigeordnete sind entsprechend der Zahl der in den Betrieben beschäftigten weiblichen Hilfspersonen anzustellen beziehungsweise zu wählen."

Beide Resolutionen wurden abgelehnt. Bei der Beratung dieses Etatstitels suchten die bürgerlichen Parteien, in erster Reihe das Centrum und ein Teil der Nationalliberalen, durch sozialreformerische Reden und durch in letzter Stunde vor den Wahlen gestellte Resolutionen ihre zur Niederdrückung der Lebenslage der Arbeiter durch den Zollwucher, durch Militär-, Marine- und Koloniallasten mit so heißem Bemühen geübte Betätigung zu verwischen. Herr Trimborn vom Centrum und der nationalliberale Freiherr Heyl zu Hernsheim stellten am 4. Februar in Resolutionsform die Forderungen, für die Fabrikarbeiterinnen und den unter 18 Jahre alten Fabrikarbeitern den Zehnstundentag zu gewähren und das Mitgeben von Arbeit nach Hause an jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen zu gewähren. Sechs Tage später schwang sich das Centrum sogar zu dem Antrag auf: „die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in die Gewerbeordnung die Bestimmung aufzunehmen, wonach für die derselben unterstellten Betriebe die regelmäßige Maximalarbeitszeit zehn Stunden beträgt." Ein anderer Antrag des Centrums forderte die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die Rechtsfähigkeit von Berufsvereinen auf der Grundlage des bürgerlichen Gesetzbuchs geregelt wird. Es sind das durchweg Forderungen, die von unserer Fraktion seit Jahrzehnten vergeblich erhoben und die insbesondere das Centrum, wenn es ihm mit diesen Forderungen ernst wäre, schon lange vor dem Zolltarif durchgesetzt haben könnte. Unsere Redner kennzeichneten diese „politische Hochstapelei" der bürgerlichen Sozialpolitiker. Bei der Abstimmung wurden die Anträge des Centrums, mit Ausnahme des auf den Zehnstundentag für erwachsene männliche Arbeiter gestellten, angenommen. Für die Ablehnung der Einführung des Zehnstundentags stimmten die Konservativen, die Mehrheit der Nationalliberalen und die Freisinnigen. Daß die Freisinnigen den Ausschlag zu Gunsten der Ablehnung geben konnten, lag an dem insbesondere seitens des Centrums außerordentlich schwachen Besuche des Hauses.

Die Besprechung der Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten durch die Fraktionsredner, ihre Kritik von Angriffen gegen die Ausübung des Koalitionsrechts der Arbeiter, von der Schutzlosigkeit gegen Berufskrankheiten, von den von Jahr zu Jahr sich insbesondere in der Landwirtschaft häufenden Unfällen, von der Drangsalierung von Arbeitersekretariaten, von der übermäßigen Arbeitszeit insbesondere der Arbeiterinnen, von der wirtschaftlich trostlosen und fast rechtlosen Lage der Heimarbeiter, der Landarbeiter, der Ziegelei- und Mühlenarbeiter, der Bergarbeiter, der Glasarbeiter, der Celluloid-, der Marmorarbeiter zeigten, wie notwendig die endliche Durchführung des von der Sozialdemokratie geforderten gesetzlichen Eingriffs gegen die fast schrankenlose Ausbeutung durch den Kapitalismus im Interesse der Arbeiterklasse und der Allgemeinheit ist. Mit der Scheinnatur der sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen, insbesondere auf den Kruppschen Werken, wurde gründlich abgerechnet. Wie wenig die Mehrheit des Reichstags für die allerdringlichsten Forderungen selbst auf dem hygienischen Gebiet zu haben ist, zeigte die

Ablehnung der von unserer Fraktion gestellten Resolution: „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, der im Ruhrkohlen-Revier bereits bestehenden Kommission zur Bekämpfung der gefahrdrohenden, zum Schaden auch der Gesamtbevölkerung stark umsichgreifenden Wurmkrankheit unter den Bergleuten („Ausschuß zur Bekämpfung der Wurmkrankheit" genannt), wissenschaftliche Kräfte und Mittel des Reiches zur Verfügung zu stellen und dem Reichstag über die getroffenen Maßnahmen und deren Erfolg Bericht zu erstatten.

Eindringlich lehren die beim Reichsamt des Innern geführten Debatten, daß die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Arbeiterklasse nur durch die Arbeiterklasse selbst, durch ihr Klassenbewußtsein, durch das Vertrauen auf ihre eigene Kraft und den Gebrauch dieser Kraft auf allen Gebieten errungen werden kann.

In der Spezialberatung der einzelnen Titel des Reichsamts des Innern gab der Titel „**Reichsschulkommission**" dem Redner der Fraktion Veranlassung, auf die jammervollen Verhältnisse des Volksschulunterrichts, insbesondere in Mecklenburg, hinzuweisen, und die Schaffung eines Reichsschulamts anzuregen, das die Erreichung von Mindestforderungen auf dem Gebiete der Volksschule zu überwachen hat. Der Vertreter des Reichskanzlers bezweifelte die Bereitwilligkeit der Einzelstaaten, insbesondere Preußens, ihr Partikularrecht aufzugeben für die Erhaltung der Dummheit ihrer Landeskinder besorgt zu bleiben.

Die Mißstände öffentlicher Krankenpflege und die Lage des Pflegepersonals wurde beim Titel Reichsgesundheitsamt von einem Fraktionsmitglied besprochen. Derselbe Titel führte zur Darlegung der Unzulänglichkeit der — auf frühere sozialdemokratische Anregung hin — erlassenen Vorschriften zur Verhütung der Milzbrandinfektion.

Auf dem Gebiete der Wohnungshygiene beantwortete der Staatssekretär des Innern eine Anfrage, was auf diesem Gebiete von Reichswegen geschaffen ist, dahin, daß beim Reichsgesundheitsrat ein Ausschuß gebildet ist, der die Aufgabe hat, die Fragen der Wohnungshygiene zu bearbeiten. Dieser habe aber wegen Ueberlastung mit anderen Arbeiten an die Lösung der Frage noch nicht herantreten können.

Das Kapitel Reichsversicherungsamt gab auch in diesem Jahre unseren Rednern Gelegenheit, insbesondere an der Hand der von Jahr zu Jahr sich steigernden Unfälle die dringende Notwendigkeit eines hinreichenden Schutzes der Arbeitskraft gegen das Arbeiterrisiko klarzulegen.

Beim Postetat wurde eine Fülle berechtigter Beschwerden zum Ausdruck gebracht. Sie betrafen insbesondere die Behandlung und Entlohnung der Unterbeamten, ihre übermäßige Arbeitszeit, den Mangel einer Sonntagsruhe und die Unterdrückung der Selbständigkeit der unteren Beamten durch Maßregelungen gegen solche, die von ihrem Vereinigungsrecht in einer der vorgesetzten Behörde unliebsamen Weise Gebrauch machen. Eine Anregung, das Mindestgehalt der Landbriefträger endlich von 700 auf 800 Mark zu steigern, fiel auf unfruchtbaren Boden.

Beim Etat des Reichseisenbahnamts legten unsere Redner den Zusammenhang der steigenden Verkehrsunsicherheit mit der Länge der Arbeitszeit, mit dem Mangel ausreichender Ruhezeit des Eisenbahnpersonals, mit den schlechten Unterkunftsräumen für das Zugpersonal und mit den Eingriffen in ihr Vereinigungs- und Versammlungsrecht klar, das sich sogar dahin ausdehnt, daß einzelne Eisenbahndirektionen dem Eisenbahnpersonal die Zugehörigkeit zu bestimmten Konsumvereinen untersagten.

Die Beratung des Militäretats gab auch in dieser Session Veranlassung, das Duellunwesen, die Ausübung des Begnadigungsrechts gegenüber Duellanten, die Militärmißhandlungen, die Ueberlastung der Soldaten mit Gamaschendienst, die Verwendung von Soldaten zu Arbeiten, welche mit dem

Soldatenberuf in keinerlei Zusammenhang stehen, Mißstände in Militärwerkstätten, Begünstigung des Schwitzsystems durch den Mangel hinreichender Submissionsbedingungen, die militärische Rechtsprechung, die ungeheueren Gewinne von Industriellen und Großgrundbesitzern, welche mit dem Militärfiskus in ein Vertragsverhältnis treten, die Versuche, die Selbständigkeit religiöser und politischer Ueberzeugungen zu unterdrücken, die Einengung des Budgetrechts des Reichstages durch Etatsüberschreitungen und andere Mißstände auf militärischem Gebiet zu rügen, welche mit der Absicht der bürgerlichen Parteien zusammenhängen, das Militär als Instrument zur Sicherung der Klassenherrschaft zu mißbrauchen.

Der Duellunfug, die Bereitwilligkeit seiner einflußreiche Stellungen einnehmenden Anhänger, bei gegebener Gelegenheit dasselbe Verbrechen zu widerholen, das gegen Duellanten ausgeübte Begnadigungsrecht und die Tatsache, daß die bürgerliche Gesellschaft nichts tut, um dem Duellunfug ernstlich an den Kragen zu gehen, wurden eingehend besprochen.

Die für das Jahr 1901 erschienene militärische Kriminalstatistik ist, wie ein Fraktionsmitglied des näheren darlege, außerordentlich mangelhaft. Sie schweigt über die Ursachen der Vergehen und Verbrechen sich gänzlich aus, es fehlt eine Angabe über Selbstmorde und Selbstmordversuche. Sie läßt die Art der nach dem Paragraphen des Strafgesetzbuchs klassifizierten Vergehen, insbesondere bezüglich der Arreststrafen nicht hinreichend erkennen, gewährt keinen Ueberblick über die Strafzumessung für Mannschaften und für Chargierte. An einer Angabe über die durch den Dienst verursachten Todesfälle und über die Folgen der Mißhandlungen fehlt es gänzlich. Trotzdem zeigt sie, daß die Zahl der Prozesse wegen Mißhandlungen um 60 Proz., nämlich von 500 auf 800 zugenommen hat. Und das wiewohl der kleinste Teil der Soldatenmißhandlungen zur gerichtlichen Aburteilung gekommen ist und ein Prozeß oft sich auf mehr als 100 Mißhandlungen erstreckte. An der Hand von Einzelfällen wurde dargelegt, daß einzelne Mißhandlungen, die an Brüdern im Waffenrock verübt sind, alles übersteigen, was eine kannibalische Phantasie zu ersinnen imstande ist, und daß trotzdem nur auf außerordentlich geringfügige Strafen erkannt ist. Umgekehrt wurden Fälle angeführt, in denen geringfügige Insubordinationen und Raufhändel mit Vorgesetzten mit langwierigen Gefängnis- und Zuchthausstrafen belegt sind. Im Oktober 1902 äußerte der Staatsanwalt vor dem Militärgericht in Halle: „zweifellos hat sich der Führer der Sozialdemokratie, der Abgeordnete Bebel, ein Verdienst erworben, daß er wiederholt auf Mißhandlungen im Heere hingewiesen hat, denn es ist daraufhin den Unteroffizieren und andern Vorgesetzten mehr auf die Finger gesehen worden". Der Kriegsminister und bürgerliche Abgeordnete meinten im Gegenteil, es sei unrichtig, „daß jeder Mißhandlungsfall gerichtlich abgeurteilt werden muß". Mag ein kleiner Teil der Militärmißhandlungen auf Ursachen beruhen, die mit der menschlichen Unvollkommenheit zusammenhängen, die jahraus, jahrein der Anzahl und vor allem der Art nach wiederkehrenden überkannibalischen Roheitsmißhandlungen zeigen, daß die Mißhandlungen in dem Militärsystem selbst ihre Wurzel haben. Gehört ein außerordentlich hoher Grad von Mangel an Gemeinschaftlichkeitsgefühl und damit an wahrer Vaterlandsliebe, ein großes Maß von Ueberhebung, Niedertracht und Feigheit dazu, eine durch Gesetz und Rechtsprechung anvertraute absolute Gewalt zu Mißhandlungen gegen einen Menschen zu benutzen, der durch dieselben Faktoren wehrlos gemacht ist, so ist es diesen niederen Gefühlen doch nur durch das System des Kadavergehorsams selbst ermöglicht, sich in Taten umzusetzen. Formell steht zwar dem Mißhandelten das Recht der Notwehr zu. Aber auf der anderen Seite bedroht das Gesetz jeden Ungehorsam — sofern dieser nicht lediglich die Nichtbefolgung eines Befehls darstellt, dessen Befolgung ein Vergehen oder Verbrechen wäre — und jede Tätlichkeit gegen Vor-

gesetzte mit langwierigen Gefängnis- und Zuchthausstrafen. Und auch für das militärprozessuale Verfahren gilt der Erfahrungssatz: Recht haben und Recht bekommen ist nicht immer dasselbe. Vor einer Aenderung des Systems des Kadavergehorsams schrecken die bürgerlichen Parteien zurück, weil sie mit diesem System als einem vermeintlichen Umbildungsmittel für Menschen in willenlose Werkzeuge, die gegen ihre eigensten Interessen verwendet werden könnten, durchaus einverstanden sind. So bleibt die öffentliche Kritik der Mißhandlungen und die Art ihrer Beurteilung durch Militärgerichte das einzige Mittel, um die Zahl und Art der Mißhandlungen durch „Stellvertreter Gottes", wie der Centrumsabgeordnete Lingens die Vorgesetzten bezeichnete, etwas zu mindern. Durchgreifenden Wandel kann nur die Beseitigung des stehenden Heeres durch ein Volksheer schaffen.

Die finanziellen Vorteile, welche die besitzende Klasse aus dem Militarismus für sich erstrebt, wurden nach mannigfaltigen Richtungen hin von unseren Rednern einer Erörterung unterzogen. So ist Soldaten Urlaub erteilt, um bei Erntearbeiten behilflich zu sein, anderen ist Urlaub erteilt, um für den Dienst von Transportgesellschaften tätig zu sein, Militärmusikern ist ermäßigter Fahrpreis bewilligt, um ihr Gewerbe als Musiker auszuüben, der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft ist die Verwendung von Soldaten für die Ausstellung in Hannover in Aussicht gestellt, dem Festausschuß in Hannover ist die Bereitwilligkeit erklärt, zum Bundesschießen im Sommer 1903 144 Soldaten zur Verfügung zu stellen, eine Bereitwilligkeit, die die lebhafte Freude des Festausschusses hervorrief, „weil dadurch eine große Summe Arbeitslöhne gespart werden", ja es sind sogar Soldaten als Arbeiter bei Streiks zur Aushilfe kommandiert worden. Alle diese Fälle sind geeignet, freien Arbeitern illoyale Konkurrenz zu schaffen, stehen in keinerlei Zusammenhang mit der Ausbildung des Soldaten und zeigen, daß die zweijährige Dienstpflicht eine übermäßig lange ist. Die bürgerlichen Parteien fanden gegen diese Verwendung von Soldaten zu civilen Arbeiten keinen Tadel. Paßt sie doch zu ihrer Tendenz, die Lebenshaltung des Arbeiters zu senken.

Vor einigen Jahren hatte der Reichstag sich zu einer Resolution aufgerafft, nach der Militärmusikern die ermäßigten Fahrpreise für musikgeschäftliche Reisen nicht mehr bewilligt werden sollten. Der Bundesrat hatte die Resolution im November 1902 in den Papierkorb gesenkt. Allein unser Redner wendete sich gegen diese Nichtberücksichtigung einer Maßregel, die unlauterem Wettbewerb in etwas vorbeugen sollte.

Der ungeheuere Profit, den Lieferanten für Armee und Marine schlucken, und die polypenartige Umklammerung des Militär- und Marinefiskus durch kapitalistische Ringe und Großfirmen, wurde schonungslos von unserem Vertreter dargelegt. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, durch die der Reichskanzler ersucht wird, bei Vergebung der Lieferungen für die Kaiserliche Marine im Interesse der Reichsfinanzen einen gesunden Wettbewerb, nötigenfalls auch unter Heranziehung ausländischer Fabriken zu sichern.

Für den Truppenübungsplatz in Neuhammer waren nach einem Voranschlag über 6 Millionen in mehreren Raten bewilligt. Die Forderung wurde auf 9 Millionen gesteigert. Die Mehrheit des Reichstags begnügte sich mit einer lahmen Resolution. Den Unternehmern war bei Einrichtung des Platzes vom Militärfiskus die Bedingung auferlegt, nur ausländische Arbeiter in Arbeit zu nehmen, damit die Löhne für die dortigen ländlichen Arbeiter nicht in die Höhe gingen. Die bürgerlichen Parteien fanden gegen diese die einheimischen Arbeiter schwer schädigende Heimatspolitik, die von unserem Redner scharf kritisiert wurde, kein Wort des Tadels.

Beim Justiz-Etat kam neben der Darlegung einiger Spitzel- und Klassenjustizfälle zur Sprache, daß in die zur Revision des Strafrechts und der Strafprozeßordnung vom Reichsjustizamt einberufene Kommission kein Vertreter der erwerbstätigen Bevölkerung und kein Sozialdemokrat berufen ist.

Der Etat des Auswärtigen Amts gab unserer Fraktion Veranlassung, den Einfluß des russischen Zarismus auf die inneren deutschen Angelegenheiten zu besprechen. Eine Deutsche, eine alte Frau Kugel, wurde monatelang widerrechtlich im russischen Kerker zurückgehalten. Eine Frau Buchholz wurde ohne Grund in Kasan verhaftet, später auf dem Etappenwege nach Deutschland befördert. Russische Studenten wurden durch deutsche Behörden ohne jeglichen Grund an Rußland ausgeliefert oder wie es der Staatssekretär im Fall Kalajew sich ausdrückte „ausgewiesen." Das russische Spitzelwesen macht sich, wie der Staatssekretär halb zugab, unter Duldung und Förderung der deutschen Polizei in Deutschland breit. Deutschlands Universitäten liefern dienstwillig der russischen Polizei die Papiere russischer Studenten aus. Diese Tatsachen konnten vom Regierungstisch aus nicht bestritten werden. Einen geradezu kläglichen Eindruck machte es, wie der Staatssekretär die Einmischung Rußlands in innere deutsche Angelegenheiten mit der vermeintlichen Pflicht einer Bekämpfung der Anarchisten als selbstverständlich hinzustellen suchte und wie er gegen die schwere Mißhandlung der Rechte deutscher Reichsangehöriger durch russische Behörden und gegenüber der Versicherung selbst der deutschen Regierung, die vergeblich die Etappenabschiebung der Frau Buchholz zu hindern suchte, den Ratschlag fand, die russische Grenze nicht zu überschreiten. Wie anders stand es, als ein reicher Deutscher in Haiti wegen Verprügelung eines Schutzmanns verurteilt wurde und als Venezuela reichen Banken gegenüber seine Zahlungspflicht nicht erfüllte. Diese Demutsbeweise gegenüber Rußland mögen nach Ansicht der agrarischen Mehrheit zu den Mitteln gehören, die erforderlich sind, um eine Verteuerung des deutschen Brotkorns durchführen zu können. Sie schwieg. Außerdem gehört es nach Ansicht der bürgerlichen Reaktionäre zu den heiligsten Pflichten einer fürsorglichen Polizei, ein wohlassortiertes Lager gefährlicher Anachisten und anderer nicht vorhandener Verschwörer stets auf Lager zu halten und gelegentlich damit auszupacken, damit der brave Bürger das Gruseln nicht verlerne. Auch der Appell eines Fraktionsmitglieds, auf Grund des Berliner Vertrages von 1876 für Abstellung der Unmenschlichkeiten in Mazedonien, Armenien und Rumänien einzutreten, fiel auf steinigen Boden.

Einen wie geringen Schutz Deutsche im Ausland finden, wenn sie nicht das Glück haben, wohlhabend zu sein, zeigte eine Anzahl von einem Fraktionsmitglied angeführter Fälle aus dem Seemannsleben. Es giebt eine Reihe durch den deutschen Steuerzahler schwer besoldeter Konsule im Ausland, die in eigentümlicher Weise ihre Verpflichtung, für deutsche Seeleute zu sorgen, auffassen. Ein Seemann mußte wegen schwerer Erkrankung in Sao Paolo zurückgelassen und sollte mit der ersten besten Gelegenheit nach § 48 der Seemannsordnung kostenfrei zurückbefördert werden. Der mit 25 000 Mark Jahresgehalt besoldete Konsul Eschke in Sao Paolo gab dem Erkrankten folgende Anweisung an den Kapitän eines Hamburg-Südamerika Dampfers: „Können sie Ueberbringer gegen Erstattung der Futterkosten mit nach Hamburg nehmen oder eventuell als Steward oder sonst was beschäftigen?" Eine noch liebevollere Behandlung ließ der mit 24 000 Mark vom Reich angestellte Konsul in Hongkong einem schwer erkrankten in Hongkong ausgesetzten Heizer angedeihen. Dem Mann zog er 46 Dollar von seinem Heuerguthaben ab, denn es habe den Anschein, er sei nur scheinkrank gewesen, „da er nur 5 Tage im Hospital gewesen sei." Der Heizer mußte die Mildtätigkeit Fremder in Anspruch nehmen, um sich nach Hause durchzufechten.

Derselbe Konsul legte einem Steuermann völlig widerrechtlich 270 Mark Strafe auf und zog diese von dem Heuerguthaben ab. Er fügte diesen von dem Hamburger Gericht als rechtswidrig anerkannten Verfahren noch den Trost zu, ihn für kein Schiff mehr anmustern zu wollen. Der mit 37 900 Mark Gehalt angestellte Konsul von Kapstadt nahm das Interesse eines Steuermanns, der Schiff und Mannschaft vor einem trunkenen Kapitän geschützt hatte, wie folgt wahr. Der Kapitän war vom Reeder telegraphisch seines Postens enthoben und die Führung des Schiffs dem Steuermann übergeben. Veranlassung zu diesem Schritt gab außer anderen Exzessen des fast stets trunkenen Kapitäns der Umstand, daß er einen Schiffsmann „hinterrücks aus Notwehr" erschossen hatte. Der Konsul setzt den Trunkenbold wieder an Stelle des Steuermanns als Schiffsführer ein. Unterwegs erneute Exzesse, der Kapitän wird eingeschlossen, um das Schiff vor dem Scheitern zu bewahren. Der Konsul wird telegraphisch vom Reeder ersucht, den Trunkenbold abzusetzen. Der Konsul telegraphiert jedoch zurück, ob er nicht den Steuermann als Meuterer gefangen setzen sollte. Erst auf energische telegraphische Wiederholung der ersten Anweisung wird ihr entsprochen. Der Steuermann wurde von der Hamburger Strafkammer von der dennoch gegen ihn erhobenen Anklage der Meuterei freigesprochen, die Auslagen ihm erstattet, weil er zweifellos im Interesse des Schiffs und der Mannschaft so wie ihm vorgeworfen handeln mußte. Hier, wo es sich um in öffentlichen Verhandlungen erörterte Fälle handelt, erklärte der Staatssekretär, er müsse sich erst informieren. Aber die von dem Fraktionsmitglied vorgetragene Ansicht vieler Seeleute, „daß die oftmals so augenfällige intime Freundschaft zwischen Kapitän und Konsul nicht auf rein idealen Grundlagen basiert," müsse er aufs allerentschiedenste bestreiten. Die Konsulate seien im großen und ganzen die Stützen und der Schutz der Seeleute. Die bürgerlichen Parteien schwiegen.

Auch auf dem Gebiete des Schutzes Deutscher im Auslande drängt sich nach alledem die Ueberzeugung auf, daß die erwerbstätige Bevölkerung, soweit sie nicht zu den Wohlhabenden und Besitzenden gehört, nicht einmal bei den deutschen Behörden im Ausland stets den Schutz findet, auf den sie als Deutsche einen durchaus berechtigten Anspruch hat. Es wäre auch eine auffällige Erscheinung, wenn die Arbeiterklasse, die in Deutschland selbst oft vergeblich ihr Recht sucht, es bei deutschen Behörden im Ausland finden sollte. Nur unablässige öffentliche Kritik und Vermehrung der politischen und wirtschaftlichen Macht der Arbeiterklasse kann solchen Mißstand beseitigen, der das „deutsche Ansehen" und die „deutsche Ehre" schwerlich erhöht.

Bei der Gesamtabstimmung über den Etat stimmte die Fraktion gegen den Etat, der die Mittel zur Aufrechterhaltung des kapitalistisch-militärischen Klassenstaats und seiner Regierungsorgane zwecks wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung der Arbeiterklasse begehrt.

Gesetzentwürfe

(Gesetz, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, Phosphorzündwarengesetz; Krankenversicherungsnovelle; Novelle zur Seemannsordnung; Wahlreglement).

Gesetz, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben.

Der im Herbst 1902 an eine Kommission verwiesene Gesetzentwurf, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, gelangte am 29. Januar zur Beratung im Plenum. Unsere Fraktion bemühte sich, entsprechend ihrem Initiativantrag vom 22. November 1900, den Kinderschutz auf die in der Landwirtschaft und in häuslichen Diensten beschäftigten Kinder auszudehnen, die obere Grenze für verbotene Kinderarbeit von 13 auf 14 Altersjahre zu erstrecken, die eigenen Kinder demselben Schutz wie die fremden Kinder zu unterstellen und die vielen Durchlöcherungen des Schutzes, welche die Vorlage enthält, zu be-

seitigen. Indes verstand sich auch auf diesem Gebiet die Mehrheit des Reichstags nur zu den halben Maßregeln der Vorlage. Auch die ländliche Kinderarbeit muß notwendig den physischen Verderb, die geistige Verödung und die sittliche Verwahrlosung des Bevölkerungsnachwuchses nach sich ziehen. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien aber — Stöcker und Henning von konservativer, Gamp von freikonservativer, Sieg von nationalliberaler, Bräsicke von freisinniger Seite und in etwas versteckterer Weise Trimborn vom Centrum — ergingen sich in Lobpreisungen ländlicher Kinderarbeit. Da es aber kurz vor den Wahlen war, so stimmten sie wenigstens folgender Resolution zu: „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zum Zwecke von Erhebungen über den Umfang und die Art der Lohnbeschäftigung von Kindern im Haushalte (Aufwartung, Kinderpflege u. dergl.) sowie in der Landwirtschaft und deren Nebenbetrieben, ihre Gründe, ihre Vorzüge und Gefahren, insbesondere für Gesundheit und Sittlichkeit, sowie die Wege zweckmäßiger Bekämpfung dieser Gefahren mit den Landesregierungen in Verbindung zu treten und die Ergebnisse der vorgenommenen Erhebungen dem Reichstage mitzuteilen."

Die Fraktion stimmte für das Gesetz, weil es dank der jahrzehnte langen Agitation der Arbeiterklasse wenigstens einige Besserungen gegenüber dem bestehenden Zustand schafft und dann vor allem das nicht unwichtige prinzipielle Zugeständnis enthält, daß die soziale Gesetzgebung nicht vor der Familie Halt machen dürfe.

Der Inhalt des Gesetzentwurfs in der im Reichstage in dritter Lesung genehmigten Form ist folgender:

Kindern im Sinne des Kinderschutzgesetzes, das heißt Knaben und Mädchen unter 13 Jahren, sowie noch volksschulpflichtigen Knaben und Mädchen, ist eine Reihe von Beschäftigungsarten verboten, andere Beschäftigungen sind an gewisse Bedingungen, insbesondere der Anfangszeit und der Pausen geknüpft.

Verboten ist nach dem Gesetzentwurf die Beschäftigung von Kindern — abgesehen vom Austragen von Waren und von sonstigen Botengängen — in Werkstätten zur Anfertigung von Schieferwaren, Schiefertafeln und Griffeln, mit Ausnahme von Werkstätten, in denen lediglich das Färben, Bemalen und Bekleben sowie die Verpackung von Griffeln und das Färben, Liniieren und Einrahmen von Schiefertafeln erfolgt, in Werkstätten der Steinmetzen, Steinhauer, der Steinbohrer, -schleifer oder -polierer, in Kalkbrennereien, in Gipsbrennereien, in Werkstätten der Töpfer, der Glasbläser, -ätzer, -schleifer oder -mattierer, mit Ausnahme der Werkstätten der Glasbläser, in denen ausschließlich vor der Lampe geblasen wird, in Spiegelbelegereien, in Werkstätten, in denen Gegenstände auf galvanischem Wege durch Vergolden, Versilbern, Vernickeln und dergleichen mit Metallüberzügen versehen werden oder in denen Gegenstände auf galvanoplastischem Wege hergestellt werden, in Werkstätten, in denen Blei- und Zinnspielwaren bemalt werden, in Blei-, Zink-, Zinn-, Rot- und Gelbgießereien und sonstigen Metallgießereien, in Werkstätten der Gürtler und Bronzeure, in Werkstätten, in denen Blei, Kupfer, Zink oder Legierungen dieser Metalle bearbeitet oder verarbeitet werden, in Metallschleifereien und -poliereien, in Feilenhauereien, in Harnischmachereien, in Bleianknüpfereien, in Werkstätten, in denen Quecksilber verwandt wird, in Werkstätten zur Herstellung von Explosivstoffen, Feuerwerkskörpern, Zündhölzern und sonstigen Zündwaren, in Abdeckereien, in Werkstätten, in denen Gespinste, Gewebe und dergleichen mittels chemischer Agentien gebleicht werden, in Färbereien, in Lumpensortierereien, in Felleinsalzereien, in Gerbereien, in Werkstätten zur Verfertigung von Gummi-, Guttapercha- und Kautschukwaren, in Werkstätten zur Verfertigung von Polsterwaren, in Roßhaarspinnereien, in Werkstätten der Perlmutter-Verarbeitung, in Haar- und Borstenzurichtereien, in solchen Bürsten- und Pinselmachereien, in denen mit ausländischem Material gearbeitet wird, in Fleischereien, in Hasenhaarschneidereien, in Bettfedern-Reinigungsanstalten, in chemischen

Waschanstalten, in Werkstätten der Maler und Anstreicher. Ferner dürfen nach dem Gesetzentwurf Kinder bei Bauten aller Art, im Betriebe jedweder Ziegeleien und über Tage betriebenen Brüchen und Gruben, beim Steinklopfen, im Schornsteinfegergewerbe, in dem mit dem Speditionsgeschäfte verbundenen Fuhrwerksbetriebe, beim Mischen und Mahlen von Farben, beim Arbeiten in Kellereien nicht beschäftigt werden. Der Bundesrat ist ermächtigt, weitere ungeeignete Beschäftigungen zu untersagen. Bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und anderen öffentlichen Schaustellungen dürfen Kinder nur beschäftigt werden, wenn bei solchen Vorstellungen und Schaustellungen ein höheres Interesse der Kunst und Wissenschaft obwaltet und die unteren Verwaltungsbehörden nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde solche Ausnahme zuläßt. Solche Ausnahmen sind auch für die Sonn- und Festtage zulässig.

Für die Beschäftigung im Handelsgewerbe, im Verkehrsgewerbe, in Gast- und Schankwirtschaften und in solchen Werkstätten, in denen nach dem obigen die Beschäftigung nicht verboten ist, gelten folgende Vorschriften: Kinder unter 12 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden. Die Beschäftigung von Kindern über 12 Jahre darf nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterrichte stattfinden. Sie darf nicht länger als drei Stunden und während der von der zuständigen Behörde bestimmten Schulferien nicht länger als vier Stunden täglich dauern. Um Mittag ist den Kindern eine mindestens zweistündige Pause zu gewähren. Am Nachmittag darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach beendetem Unterricht beginnen. Weibliche Kinder dürfen in Gast- und Schankwirtschaften nicht zur Bedienung der Gäste beschäftigt werden. Für das Austragen von Waren und für sonstige Botengänge läßt das Gesetz für die ersten zwei Jahre nach seinem Inkrafttreten die Ausnahme zu, daß Kinder über 12 Jahre bereits von $6\frac{1}{2}$ Uhr morgens ab vor dem Vormittagsunterricht eine Stunde lang beschäftigt werden können.

An Sonn- und Festtagen dürfen Kinder nicht beschäftigt werden; jedoch ist das Austragen von Waren und sind Botengänge gestattet, falls die Beschäftigung nicht zwei Stunden überschreitet, vor 1 Uhr nachmitthgs beendet ist und nicht während des Hauptgottesdienstes oder in der letzten halben Stunde vor Beginn desselben stattfindet.

Die Beschäftigung eines Kindes ist nur gestattet, wenn für dasselbe zuvor eine Arbeitskarte gelöst ist.

Die vorstehend mitgeteilten Vorschriften gelten für die Beschäftigung fremder Kinder. Für eigene Kinder (Kinder, Stiefkinder, Mündel und Fürsorgekinder) gelten von diesen etwas abweichende Bestimmungen. Die wesentlichsten sind folgende: in Betrieben, in denen fremde Kinder nicht beschäftigt werden dürfen, ist auch die Beschäftigung eigener Kinder untersagt. Ferner dürfen eigene Kinder nicht in Werkstätten beschäftigt werden, in welchen durch elementare Kraft (Dampf, Wind, Wasser, Gas, Luft, Elektrizität usw.) bewegte Triebwerke zur Verwendung kommen. Im Handelsgewerbe, den Verkehrsgewerben und in Werkstätten, in denen die Beschäftigung nicht verboten ist, dürfen eigene Kinder nicht unter 10 Jahren, ältere nicht in der Zeit von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterricht beschäftigt werden. Den Kindern muß eine zweistündige Pause gewährt werden. Die Nachmittagsbeschäftigung darf erst eine Stunde nach beendetem Unterricht beginnen. Die Beschränkung der Beschäftigungszeit auf 3 beziehentlich 4 Stunden fällt fort. Für die Beschäftigung eigener Kinder im Betriebe von Gast- und Schankwirtschaften fällt die Beschränkung auf bestimmte Tageszeiten, über den Beginn und die Dauer der Beschäftigung und über die Pausen fort. Auch kann in Orten unter 20 000 Einwohnern die untere Verwaltungsbehörde für Gast- und Schankwirtschaften, in denen in der Regel ausschließlich zur Familie des

Arbeitgebers gehörige Personen beschäftigt werden, gestatten, daß auch Kinder unter 12 Jahren und Mädchen beschäftigt werden.

Dies sind im wesentlichen die Vorschriften des Gesetzes betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben. Das Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1904 in Kraft.

Phosphorzündwaren-Gesetz.

Die Herstellung von Zündhölzern und anderen Zündwaren durch Verwendung von weißen oder gelben Phosphor bedroht die mit solcher Zündholzfabrikation beschäftigten Arbeiter mit der entsetzlichen Krankheit der Phosphornekrose, einer Krankheit, welche die Knochen anfrißt, entsetzliche Entstellungen durch Fortfressen der Nase, des Kinns usw. und tötliche Verletzungen herbeiführt und wie die Bleikrankheit oft erst nach dem Austritt aus der Beschäftigung auftritt. Die furchtbaren Folgen dieser Krankheit veranlaßten den Reichstag am 27. Juni 1879 den Reichskanzler zu ersuchen, die einleitenden Schritte zum Verbot der Anfertigung von Streichhölzern aus weißem Phosphor anzuordnen, Es kam jedoch nur das Gesetz vom 13. Mai 1884 zu stande, das sanitätspolizeiliche Anforderungen an die Einrichtung und den Betrieb der Anlagen zur Herstellung von Weißphosphorzündhölzern stellte. Diese Anordnungen waren unzulänglich und wurden überdies oft übertreten. Die Fraktion wies wiederholt auf die Notwendigkeit hin, die Herstellung der Weißphosphorzündmasse völlig zu verbieten. Im Jahre 1898 wurden sogenannte Triumphhölzer patentiert, das sind nach Art der schwedischen Hölzer hergestellte. Die an den Hölzchen befestigte Masse besteht aus dem ungiftigen roten Phosphor und aus einer Masse, deren Zusammensetzung patentiert ist. Sie haben vor den „Schweden" den Vorteil, daß sie an jeder Fläche zünden und daß die Holzstäbchen nicht aus Aspenholz (dem Holz, aus dem die Schwefelhölzer gefertigt werden), sondern auch aus dem weichen Tannenholz geschnitten werden können. Daraufhin beantragte die Fraktion unter dem 22. November 1900, es solle nun endlich die Fabrikation weißphosphoriger Hölzchen von Reichswegen verboten werden. Diesem Verlangen ist in der Vorlage, die am 15. November 1902 dem Reichstag unterbreitet wurde, endlich entsprochen. Das Reich hat das Patent zur Anfertigung der sogenannten Triumphhölzer erworben.

Ein Teil der bürgerlichen Parteien, insbesondere das Centrum, verlangten eine Entschädigung für die Zündholzfabrikanten. Die Fraktion bekämpfte solche Entschädigung in Uebereinstimmung mit der Regierung und der Mehrheit des Reichstags: eine Entschädigung ist noch in keinem Staate gewährt worden, wenn Beschränkungen im Gewerbebetriebe zum Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit eingeführt worden sind. Eine solche verlangen, heißt zum nackten Rechtsprinzip den Satz aufstellen: der Mensch hat das Recht der Ausbeutung seines Mitmenschen ohne jegliche Rücksicht auf die für dessen Leben und Gesundheit entstehenden Gefahren, der Staat hat dies Recht zu schützen; er ist keine Organisation zur Hebung der geistigen und körperlichen Fähigkeiteu der Staatsangehörigen, sondern eine Versicherungsgesellschaft für schrankenlose Ausbeutung. Dies Prinzip brachte ein Teil des Centrums zum Ausdruck. Er verlangte Entschädigung und suchte noch im letzten Augenblick (am 22. April 1903) die Vorlage dadurch zu verschleppen nnd zu Fall zu bringen, daß er trotz der mehrmonatlichen ausgedehnten Kommissionsverhandlungen eine Reihe von Erhebungen verlangte. Der Antrag wurde abgelehnt. Gestellt war er von den Centrumsabgeordneten: Dr. Pichler, Groeber, Schaettgen, Baumann, Brückner, Dr. Dahlem, Euler, Fusangel, Graf v. Galen, Holzapfel, Horn (Neiße), Hug, Kohl, Ritter v. Lama, Linder, Marbe, Moritz, Sabin, Schüler, Schuler, Strzoda, Szmula, Tasch, Wattendorff.

Auch ein aus den Reihen der freisinnigen Volkspartei gestellter Antrag auf Entschädigung wurde abgelehnt. Ebenso entschieden wie unsere Genossen

solche Entschädigungspflicht bekämpften, traten sie dafür ein, daß die Landesregierungen verpflichtet sind, andere Arbeitsgelegenheit für die durch das Gesetz betroffenen kleinen Fabrikanten und Arbeiter zu schaffen. Das Gesetz soll am 1. Januar 1907 und soweit es das gewerbsmäßige Feilhalten von Zündwaren verbietet, die unter Verwendung von Weißphosphor hergestellt sind, am 1. Januar 1908 in Kraft treten. Unser Antrag, das Gesetz 3 Jahre früher in Kraft zu setzen, wurde ebenso wie ein von Dr. Pichler gestellter Antrag, das Inkrafttreten bis zum Jahre 1910 beziehentlich 1911 zu verschieben, abgelehnt.

Die Krankenversicherungsnovelle.

Gegen Schluß der Session ging dem Reichstag eine Krankenversicherungsnovelle zu. Der Gang der Krankenversicherungsgesetzgebung weist dieselben Wege wie die der gesamten sogenannten Sozialreform. Aus Furcht vor der Sozialdemokratie und aus wachsender Ueberzeugung, daß ohne ein Entgegenkommen die geistige und körperliche Leistungsfähigkeit der Arbeiterklasse erheblich auch zum Schaden der Gesamtheit beeinträchtigt würde, entschließt man sich, wenn auch widerwillig, eine Fürsorgepflicht der Gesamtheit anzuerkennen. Gelangt man zur gesetzlichen Gestaltung dieses Anerkenntnisses, so scheut man vor ganzer Arbeit zurück, bezeichnet dringliche, leicht ausführbare Forderungen als unerfüllbar und sucht gar in das Gesetz Vorschriften hineinzubugsieren, welche die wirtschaftliche und politische Botmäßigkeit der Arbeiter garantieren sollen. Diese Halbheit schafft gerade auf diesem Gebiete so viel Flick- und Stückwerk, wie auf kaum einem anderen. Nach einigen Jahren entschließt man sich dann zu einer Novelle, durch die einige der bei der ersten Gestaltung des Gesetzes von der Sozialdemokratie vergeblich erhobenen Forderungen erfüllt werden, im übrigen bleibt es bei der Halbheit und bei dem Bestreben politischer Entrechtung der Arbeiter. Bei Gestaltung der Krankenkassengesetzgebung stehen sich — wie in der gesamten Gesetzgebung — „zwei Nationen, zwischen denen kein Verkehr und keine Sympathie besteht", in ihren Zielen schroff gegenüber. Auf der einen Seite die Nation der Arbeiter, die für Besserung der Gesundheitspflege, für Vorbeuge gegen Krankheiten, für möglichst rasche und ausgiebige Fürsorge in Krankheitsfällen und in den dadurch verursachten Fällen der Erwerbsunfähigkeit, für Centralisierung der Krankenkassenorganisationen, für Erhaltung und Ausbau der Selbstverwaltung, für das Recht aller Mitglieder des Staates eintritt, Schutz zur Erhaltung seiner Gesundheit und Arbeitskraft zu verlangen — auf der andern Seite die Nation der Privilegierten, die unter dem Deckmantel einer Fürsorge für die arbeitende Klasse Abwälzung der Lasten der öffentlichen Armenpflege auf die Arbeiterklasse, Begrenzung der Fürsorge zum Schutz gegen Gesundheit auf die Leistungen engherziger Armenverbände, Atomisierung der Organisationen, Zerstörung der Selbstverwaltung und Verwaltungen durch bureaukratisch verwaltete Versorgungsämter für Militäranwärter und Kommis der Bourgeoisie anstrebt.

Die regierungsseitigen Vorbereitungen zur Krankenkassennovelle wurden durch jenes bekannte Zirkular des preußischen Ministers des Innern vom Mai 1900 an die Regierungspräsidenten eingeleitet, das am 10. Juni 1900 im „Vorwärts" veröffentlicht wurde und vollinhaltlich in dem im Jahre 1900 seitens des Parteivorstandes erstatteten Bericht Aufnahme gefunden hat (Protokoll über die Verhandlungen des Mainzer Parteitages S. 12, 13). Das Ziel der Gestaltung des Krankenversicherungsgesetzes offenbarten die kurz darauf im „Preußischen Verwaltungsblatt" veröffentlichten Aufsätze des Geheimen Regierungsrats Dr. Hoffmann. Sie gipfelten in der Forderung einer Angliederung der Kassenverwaltung an die Gemeindeverwaltungen unter Aufhebung der Selbstverwaltung der Kassenorgane. Der Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky erklärte zwar in der Reichstagssitzung vom 14. Januar 1901, daß diese Publikation des

preußischen Geheimrats „eine reine Privatarbeit" sei, die „keinerlei Einfluß haben kann und haben wird auf das, was die verbündeten Regierungen in dieser Beziehung beschließen". Tatsächlich hätte aber die Krankenkassennovelle eine ganz erhebliche Etappe auf dem Wege zur Erreichung des mit den Tendenzen des Verbandes der Industriellen übereinstimmenden Hoffmannschen Ziels gebildet, wenn sie vollinhaltlich zum Gesetz geworden wäre.

Die Motive der Vorlage erklärten das Ergebnis der Erörterungen über den weiteren Ausbau der Krankenversicherung und ihrer Beziehungen zur gesamten Versicherungsgesetzgebung hiernach noch nicht abgeschlossen, deshalb sei Zweck der Vorlage nur drei Forderungen, die als reif und dringlich anerkannt wurden, zu erfüllen, nämlich:

die Möglichkeit zu beseitigen, durch statutarische Entziehung des Krankengeldes Geschlechtskrankheiten zu verlängern und zu verschleppen,

die Wöchnerinnen-Unterstützung auf mindestens 6 Wochen allgemein zu erstrecken und

die zeitlichen Lücken zwischen der Invaliden- und Kranken-Versicherung auszufüllen.

Außerdem enthalte die Novelle „nur noch Bestimmungen, welche dringend erforderlich sind, um Unzuträglichkeiten bei der Anwendung des Krankenversicherungsgesetzes zu beseitigen". Nach dieser harmlos klingenden Begründung schlug die Novelle einige Vorschriften vor, welche die Misere der Gemeindeversicherungen auf Kosten der Versicherten verstärken und die Selbstverwaltung untergraben sollten. Insbesondere die Selbstverwaltung sollte durch einige Zusätze zu den §§ 34a, 35 und 42 getroffen werden.

Die Fraktion mußte mit Rücksicht auf den nahen Schluß der Session von einem Versuch einer organischen, umfassenden Umgestaltung der Krankenkassengesetzgebung abstehen. Sie strebte eine Beseitigung der gegen die Selbstverwaltung gerichteten Angriffe, größeren Schutz der Selbstverwaltung und eine wirkliche Erfüllung der von der Novelle als dringend anerkannten Forderungen an. Die Beschaffung der Mittel zur Erreichung unserer Forderungen suchte die Vorlage durch Erhöhung der Kassenbeiträge, die Fraktion durch größere Centralisierung sowie durch Beschränkung der Gemeindeversicherung und der Betriebs-Krankenkassen zu erreichen. Die Reichstagsmehrheit suchte die Selbstverwaltung noch über den Rahmen der Vorlage hinaus einzuengen.

Von den drei als spruchreif und dringlich in der Vorlage anerkannten Forderungen erfüllte die Vorlage lediglich den der Beseitigung einer ausnahmerechtlichen Behandlung der Geschlechtskrankheiten.

Bei Beratung des Krankenkassengesetzes im Jahre 1882 hatte die Kommission, in welche die Mehrheit kein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion delegiert hatte, dem mit dem Grundgedanken einer Versicherungs- und einer sozialen Gesetzgebung unvereinbaren zivilrechtlichen Schuldprinzip insoweit Geltung verschafft, als sie den Krankenkassen (beziehentlich der Gemeinde) das Recht einräumte, durch Statut (bezw. Beschluß) den Versicherten, welche sich eine Krankheit durch schuldhafte Beteiligung bei Schlägereien oder Raufhändeln, durch Trunkfälligkeit oder geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen haben, das Krankengeld garnicht oder nur teilweise zu gewähren. Eine ähnliche Vorschrift ging trotz ihrer Bekämpfung durch die Sozialdemokratie in das Invalidenversicherungs-Gesetz bei den Vorschriften über die Beitragsberechnung über. Erst im Jahre 1899 gelang es der Sozialdemokratie, die auf die Geschlechtskrankheit bezügliche Ausnahme aus der Invalidenversicherungsnovelle herauszubringen. Auch die Novelle zur Seemanns-Ordnung beseitigte, diesem Vorgang folgend, die Ausschließung der Fürsorgepflicht des Rheders für die Fälle syphilitischer Erkrankung. In den Motiven zur Krankenkassennovelle wurde regierungsseitig nunmehr anerkannt, daß der

Fortfall der zu Ungunsten der Geschlechtskranken bestehenden Ausnahmebestimmung im Interesse der Bekämpfung der Verbreitung von Geschlechtskrankheiten und im Interesse einer schnellen und wirksamen Heilung solcher Krankheiten liegt. Der Reichstag trat ihr bei. Leider gelang es der Fraktion nicht, ihn davon zu überzeugen, daß auch die weiteren auf dem Schuldprinzip bestehenden Ausnahmen dem Zweck einer Krankenversicherung widersprechen. Hoffentlich vergehen bis zu besserer Erkenntnis nicht abermals 21 Jahre.

Der ferner in den Motiven der Vorlage als dringlich bezeichnete Zweck, die Ausdehnung einer Wöchnerinnenunterstützung von 4 auf 6 Wochen, ist durch die Vorlage nicht voll erfüllt. Zur Zeit besteht eine obligatorische Unterstützungspflicht nur in Höhe von 4 Wochen. Diese kann statutarisch auf 6 Wochen ausgedehnt werden. Die sechswöchentliche Unterstützung als Obligatorium ist von der Fraktion bereits im Jahre 1882, und seitdem wiederholt beantragt. Die Motive der Novelle anerkennen nunmehr, daß diese Forderung „nicht nur vielfach geäußerten Wünschen, sondern auch einem hygienischen Bedürfnis entspricht". Um so mehr fiel es auf, daß die Vorlage die Gemeindeversicherung von jeder Verpflichtung einer Wöchnerinnen-Unterstützung auch fernerhin frei ließ. Neigte man zunächst der Ansicht zu, es liege nur ein redaktionelles Versehen vor, so zeigte sich durch die Beratungen in der Kommission und im Plenum, daß diese Ansicht eine zu wohlmeinende war. Die Vorlage unterließ die Einführung einer Wöchnerinnenunterstützung, um das Weitervegetieren der Gemeinde-Krankenversicherung, dieses rückständigen jeglicher Selbstverwaltung entrückten Notbehelfs einer Krankenfürsorge zu sichern. Bei der Beratung des Krankenversicherungsgesetzes im Jahre 1883 war die Regierung, die Kommission und das Plenum des Reichstags darin einig, „daß die Gemeinde-Krankenversicherung ein möglichst kurzes Uebergangsstadium sein soll und . . . die Gemeindeversicherungsanstalten in einer möglichst kurzen Zeit in Ortskrankenkassen umgewandelt werden sollen". Dennoch weist die letzte amtliche Statistik (für das Jahr 1900) 8512 Gemeinde-Krankenversicherungen mit 1 441 644 Mitgliedern unter 23 021 Kassen mit 9 520 763 Mitgliedern auf. Von diesen entfallen auf Preußen 1764 mit 425 163 Mitgliedern, auf Sachsen 689 mit 149 935 Mitgliedern (Sachsen hat insgesamt 2449 Kassen mit 1 171 428 Mitgliedern im Durchschnitt), allein auf Bayern 4127 mit 506 251 Mitgliedern, während Bayern insgesamt nur 4558 Kasseneinrichtungen mit 887 608 Mitgliedern hatte. Die als vorübergehender Notbehelf gedachte Institution hat sich also insbesondere in Bayern sehr zum Schaden der Versicherten als Hauptorganisation ausgewachsen. Die Gemeinde-Krankenversicherungen werden oft außerordentlich bureaukratisch und kostspielig verwaltet. Die Verwaltungen liegen in den Händen der Gemeinden, auf deren Beschlüsse die Versicherten fast keinen Einfluß üben können.

Ueberdies haben die Gemeinde-Krankenversicherungen weit weniger zu leisten als alle anderen Kassen: sie zahlen weder Sterbegeld noch Wöchnerinnen-Unterstützung und zahlen ein noch geringeres Krankengeld als alle anderen Kassen. Die sozialdemokratischen Anträge, ihre Leistungen denen der anderen Kassen gleichzustellen, wurden von der Mehrheit des Reichstages abgelehnt. Die Beteiligung des weiblichen Geschlechts an den Gemeinde-Krankenversicherungen ist sehr stark — im Jahre 1898 kamen 45,5 Proz. weiblicher Mitglieder auf diese Versicherungsart — das Bedürfnis einer Fürsorge für Wöchnerinnen ist also gerade hier sehr dringend. Diese unbillige Behandlung der Wöchnerinnen, die gegen ihren Willen keiner Ortskrankenkasse angehören — über Errichtung von Ortskrankenkassen beschließt die Gemeinde — steht in krassestem Widerspruch mit dem, was die Regierungen und die bürgerlichen Parteien als Zweck der Novelle ausgaben. Der Trost, die Gemeinden könnten ja durch Gemeindebeschluß eventuell freiwillig Wöchnerinnenunterstützung einführen, ist recht mager.

Von sämtlichen Gemeinde-Krankenversicherungen hatten nach der Reichsstatistik eine — sprich eine — Wöchnerinnenunterstützung gezahlt, während rund eine halbe Million weibliche Mitglieder dieser Art der Versicherungsorganisation angehörten.

Eine Erweiterung des Schutzes für Schwangere und Wöchnerinnen wurde in der Kommission und im Plenum noch nach anderer Richtung hin von der Fraktion angestrebt. Es ist eine häufig beklagte Erscheinung, daß Schwangerschaftsbeschwerden von Aerzten lediglich als physiologischer Zustand, nicht als Krankheit im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes aufgefaßt werden und daher die Krankenunterstützung auch dann versagt wird, wenn durch die Schwangerschaft hervorgerufene Magen-, Atmungs- und andere Beschwerden Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben. Diesen Uebelständen abzuhelfen liegt im Interesse der Schwangeren, ihrer Nachkommenschaft und der Kassen selbst. Freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden, freie Gewährung der erforderlichen Hebammendienste und die Einführung einer sechswöchentlichen Unterstützung auch vor der Entbindung wurden deshalb als obligatorische Verpflichtung der Kassen verlangt. Hierbei wurde ausgeführt, daß diese Forderungen nur einen Anfangsschritt auf dem Gebiete des Schutzes des Kindes und der Mutter bilden. Für die Zukunft sei zu erwägen, ob nicht ein Reichszuschuß zwecks Gründung von Schwangerschafts- und Mutterschaftskassen geboten sei. In der Kommission wurde allseitig erklärt, daß der Grundgedanke dieser Anträge sehr sympathisch sei, aber er würde zu viel Lasten verursachen. Der Inhalt der Forderungen wurde als fakultative Verpflichtung der Kassen angenommen. Ein nochmaliger Versuch im Plenum, diese in eine obligatorische Verpflichtung umzuwandeln, schlug fehl.

Ausfüllung der Lücke zwischen der 13. und 26. Woche. Als im Jahre 1882 das Krankenkassengesetz gestaltet wurde, beantragte die sozialdemokratische Fraktion freie ärztliche Behandlung und Krankengeld vom Eintritt der Krankheit an für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit. Das Gesetz führte die Karenzzeit für die ersten drei Tage der Krankheit und eine nur dreizehnwöchentliche Verpflichtung ein: durch Statut sollte der Zeitraum auf ein Jahr erstreckt werden können. Als die Novelle 1892 beraten wurde, beantragte die sozialdemokratische Fraktion die Unterstützungsdauer auf ein Jahr auszudehnen. Unter anderen wies sie für die Notwendigkeit einer solchen Vorschrift darauf hin, daß ein lückenloser Anschluß der Invalidenrente für vorübergehende Erwerbsunfähigkeit an die Krankenunterstützung im dringenden Interesse der Versicherten und der Vorbeuge gegen dauernde Erwerbsunfähigkeit liegen. Ihre Anträge wurden unter dem Hinweis abgelehnt, daß der Anschluß an die Krankenunterstützung in einer Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz herbeizuführen sei. Als dann die Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz im Jahre 1899 beraten wurde, wurde der Antrag, die Rente für vorübergehende Erwerbsunfähigkeit vom Ablauf der 13. Krankheitswoche ab eintreten zu lassen, abgelehnt. Man entschloß sich nur dazu, die Invalidenrente nach 26 wöchentlicher, mit Erwerbsunfähigkeit verbundener Krankheit zu bewilligen. Die Lücke, hieß es nun wieder, müsse durch eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz ausgefüllt werden. Um diesem Einwand zu begegenen, beantragte die Fraktion bereits damals in einem besonderen Artikel zur Invalidenversicherungsnovelle durch einige Paragraphen die Krankenversicherung auf alle dem Invalidenversicherungsgesetz unterworfenen Personen auszudehnen, soweit nicht durch Landesgesetz mindestens eine der reichsgesetzlichen Krankenunterstützung gleichwertige Unterstützung eingeführt ist, und die Krankenkassen zu verpflichten, mindestens eine 26wöchentliche Unterstützung zu gewähren. Auch diesen Antrag lehnte die Reichstagsmehrheit ab, weil eine gründliche Reform der Krankenversicherung geplant sei, bei der auch diese Frage zu regeln sei. Der

Reichstag entschloß sich aber zu folgender Resolution: „die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetze vorzulegen, durch welche in dessen § 6 Absatz 2 die Worte „mit Ablauf der 13. Woche" durch die Worte „mit dem Ablaufe der 26. Woche" ersetzt, und die entsprechenden Abänderungen der damit zusammenhängenden Bestimmungen herbeigeführt würden." Diese Forderung verheißt die Vorlage zu erfüllen. Aber auch hier leistet die Vorlage nur halbe Arbeit. Sie läßt nach vielen Richtungen hin die Lücke offen, die zwischen der Kranken- und der Invalidenversicherung besteht.

In erster Reihe verlangte die Fraktion die Uebereinstimmung des von der Vorlage betroffenen Personenkreises mit dem durch die Invalidenversicherung ergriffenen Kreise von Personen. Es fehlt vor allem eine reichsgesetzliche Krankenversicherung der ländlichen Arbeiter, des Gesindes, der Heimarbeiter, der Handlungsgehilfen und der Seeleute. Die in der Kommission und im Plenum unternommenen Versuche, diese Lücke auszufüllen, wurden mit Ausnahme des Antrags, alle Handlungsgehilfen in die Krankenversicherung einzubeziehen, abgelehnt. Bezüglich der Einbeziehung der ländlichen Arbeiter, des Gesindes und der Heimarbeiter begnügte sich der Reichstag mit einer Resolution. Den Seeleuten verhieß man Besserung bei Gestaltung einer Novelle zur Seemannsordnung, wie man ihnen Besserung bei Gestaltung der Seemannsordnung für die Zeit einer Aenderung des Krankenkassengesetzes versprochen hatte.

Durch den Mangel der Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle der Invaliditätsversicherung unterstehenden Arbeiter hält die Krankenkassennovelle gerade für die schlechtest gestellten Arbeiter an einer 26 wöchentlichen Lücke fest.

Aber auch für die der Krankenversicherung unterworfenen Arbeiter führt die Novelle eine lückenlose Angliederung an die Invalidenversicherung nicht ein. Und auch hier lehnte der Reichstag die auf Ausfüllung dieser Lücke gerichteten Anträge ab. Eine Angliederung wurde in früheren Jahren für die Fälle allseitig als dringendes Bedürfnis anerkannt, in denen die Invalidenversicherung deshalb eintreten soll, weil der Erkrankte zwar keine dauernde Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit auf weniger als ein Drittel nachweisen kann, in denen aber der Erkrankte ununterbrochen 26 Wochen krank und erwerbsunfähig ist. Für die Gewährung einer Invalidenrente war der Umstand maßgebend, daß die Nichtfürsorge für einen 26 Wochen ununterbrochen Kranken leicht dauernde Invalidität nach sich ziehen könne. Diejenigen, die das Unglück haben, länger als 26 Wochen ununterbrochen krank zu sein, lassen sich in zwei Kategorien scheiden: in solche, die nie zuvor krank gewesen sind oder selten erkranken und in solche, die infolge der Erkrankung desselben Organs häufig kränkeln (z. B. Lungen- und Magenleidende). Diese letzte Kategorie ist die Hauptkategorie und die am ehesten beim Mangel längerer Fürsorge dauernder Erwerbsunfähigkeit verfällt. Diesen am meisten hilfsbedürftigen Kreis gestattet aber die Novelle in vielen Fällen von der 26wöchentlichen Unterstützung auszunehmen. Sie läßt nämlich in § 6a und § 21 zu, daß die Gemeinde bezw. die Kasse beschließen kann, „daß Versicherten, die von der Kasse die Krankenunterstützung ununterbrochen oder im Falle eines Zeitraums von 12 Monaten für 26 Wochen bezogen haben, bei Eintritt eines neuen Unterstützungsfalles, sofern dieser durch die gleiche nicht gehobene Krankheitsursache veranlaßt worden ist, im Laufe der nächsten 12 Monate Krankenunterstützung nur für die Gesamtdauer von 13 Wochen zu gewähren ist." Diese Ausnahme enthielt der vom Reichsamt des Innern dem Bundesrat vorgelegte Antrag nicht. Trotzdem bekämpfte nun auch die Regierung die sozialdemokratische Forderung auf Streichung dieser Ausnahme. Ihr trat die Mehrheit des Reichstags bei, „weil es sich hierbei wesentlich um mehr sieche als kranke Arbeiter

handle." Durch die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags ist leider die Möglichkeit gegeben, für eine sehr große Zahl der der Krankenversicherung unterworfenen Fälle die Angliederung an die Invalidenversicherung auszuschließen. Gerade für solche mehr sieche als kranke Mitglieder der Kasse hätte in erster Reihe Fürsorge einzutreten: es rechnen dahin jene Tausende Lungen-, Herz-, Kehlkopf-, Magenleidende, die fortdauernd kränkeln und bei denen oft eine längere Kur Heilerfolge oder erhebliche dauernde Besserung schaffen würde. Hat sich solch ein Leidender im ersten Jahre durchgeschleppt, in dem er vielleicht zweimal je 9 Wochen und dreimal je 6 Wochen krank war, in der Zwischenzeit aber etwas verdiente oder hätte verdienen können, wenn er Arbeit gefunden hätte, und erkrankt in dem nächsten Jahre so andauernd, daß er länger als 13 Wochen ununterbrochen krank ist, so kann auch nach dem beschlossenen Gesetz für ihn die Lücke eintreten, deren Schließung die Motive der Vorlage als dringendes Bedürfnis anerkannte.

Auch in den Fällen, für die allein die Novelle wenigstens eine formelle Angliederung der Kranken- an die Invalidenversicherung schafft, tritt oft eine *wirkliche* Angliederung nicht ein, weil infolge der Beibehaltung des geringfügigen Krankengeldes gerade in den Kassen, die heute nur 13 Wochen lang Unterstützung zahlen, der Kranke naturgemäß, sobald er nur einigermaßen kriechen kann, Gesundheit simulieren und den Arzt bestürmen wird, ihn gesund zu schreiben. Und daß ein erkrankter Familienvater sich gerade bei längerer Krankheitsdauer vortäuscht, er sei erwerbsfähig, ist bei der jämmerlich niedrigen Krankenunterstützung nur zu begreiflich. Die Familienunterstützung beträgt für die der Gemeinde-Krankenversicherung Unterstellten ein Viertel des ortsüblichen Tagelohns, der ortsübliche Tagelohn beträgt für weite Kreise, insbesondere von Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien, Niederbayern weniger als 1,50 Mk. für erwachsene männliche Arbeiter, beispielsweise für die schlesischen Kreise Falkenberg und Goldberg-Haynau 1 Mk., die Unterstützung für die Familie des in einem Krankenhause von der Gemeinde-Krankenversicherung untergebrachten Familienvaters mithin volle 25 Pfg. pro Arbeitstag, also 1,50 Mk. für die Woche. Ist es da nicht natürlich, daß der Familienvater, obgleich er noch völlig erwerbsunfähig ist, die 26 Wochen zu unterbrechen sich bemüht, um für seine Frau und seine Kinder etwas zu verdienen? Wer die Lücke zwischen Invalidenversicherung und Krankenversicherung auch nur für einen erheblichen Teil der Erkrankten ausfüllen will, muß notwendig eine Erhöhung des Krankengeldes eintreten lassen. Die von den Sozialdemokraten beantragte Erhöhung des Krankengeldes wurde bis auf geringfügige Ausnahmen (im § 20 und 21) abgelehnt. Auch die im Interesse schneller Gesundung so dringliche Aufhebung der Karenzzeit, fand keine Billigung bei der Mehrheit, ebensowenig die auch im Interesse der Bekämpfung von Schwindelkassen so notwendige Aufhebung der Möglichkeit, durch Statut bei Doppelversicherung das Krankengeld zu kürzen.

Der Halbheit auf dem Gebiete einer Verbesserung der Lage der Erkrankten stand in der Vorlage und noch mehr in den Kommissionsbeschlüssen *ganze Arbeit auf den Gebieten gegenüber, die eine Mehrbelastung und eine Entrechtung der Arbeiter bezweckten.* Diesen Zweck zu vereiteln ist der Fraktion teilweise gelungen.

Bei weitem mehr als die Krankenkassennovelle zu erreichen vorgiebt, läßt sich erreichen, wenn die Centralisierung der Kassen erleichtert und der Gründung von Zwergkrankenkassen (z. B. Betriebskrankenkassen für nur 50 Mitglieder) entgegengetreten wird. Der Reichstag hat aber dahin gerichtete Anträge der Fraktion abgelehnt und den von der Vorlage gewählten Weg beschritten. Danach sollen in Zukunft die Beiträge erhöht werden können: statt 2 Proz. des ortsüblichen Tagelohns bei der Gemeinde-Krankenversicherung sollen 3 Proz., statt 3 Proz. des durchschnittlichen Tagelohns bei den andern Kassen sollen 4 Proz. erhoben werden können. Der dem Bundesrat vorgelegte

Entwurf hatte nur Erhöhung bis nur 2,40 Proz. bezw. 3,40 Proz. vorgesehen. Diese Erhöhung geht weit über die durch die Neuerungen mögliche Belastung hinaus. Die Erhöhung der Beiträge für die Gemeinde-Krankenversicherung beträgt 50 Proz., die für die andern Kassen 33⅓ Proz. Die der Regierungsvorlage beigefügte Denkschrift berechnet die mögliche Höchstbelastung in außerordentlich reichgemessener Weise. Trotzdem gelangt sie zu folgendem Ergebnis: „Eine Erhöhung der bisherigen Höchstsätze um rund 11 Proz. würde hiernach selbst bei der Gemeinde-Krankenversicherung ausreichen, um die durch die Ausdehnung der Unterstützungsdauer von 13 auf 26 Wochen im Durchschnitt entstehenden Mehrkosten zu decken." Es wird etwa fünfmal so viel gefordert, als im ungünstigsten Fall nötig wäre.

Im Jahre 1900 betrugen die Beiträge nebst Eintrittsgeldern für alle Kassen 166 045 995 Mk., darunter 11 702 165 Mk. Gemeindeversicherungsbeiträge. Hiervon entfallen auf die Arbeiter etwas über zwei Drittel mit rund 110 Millionen Mark. Die jährliche, gegen den versicherten Teil der Arbeiterklasse durch die Novelle ermöglichte Mehrbelastung beträgt etwa 40 Millionen Mark.

Die Aufbürdung solcher enormen Last auf die Arbeiter liegt in der Tendenz, *die Krankenversicherung zur Abwälzung von Armenlasten auf die Schultern der Arbeiter zu mißbrauchen.* Schon in den Motiven des Krankenversicherungs-Gesetzentwurfs vom Jahre 1892 wurde diese Absicht ausdrücklich zugegeben. Es hieß dort:

„Eine Revision der Krankengesetzgebung erscheint im Interesse ..... einer Erleichterung der öffentlichen Armenlast dringend geboten."

Derselbe Gedanke wurde bei der Beratung des Gesetzes wiederholt: er ist auch der treibende für die enorme neue Belastung der Arbeiter gewesen. Dies ging bei der Beratung auch aus der Darlegung des preußischen Vertreters hervor, der betonte, daß etwa zwei Drittel aller preußischen Gemeinde-Krankenversicherungen an Defizits leiden und über 2 600 000 Mark noch nicht zurückgezahlte Vorschüsse seitens der Gemeinden erhalten hätten. Es zeugt von einer wunderlichen Anschauung, daß die Arbeiter dazu berufen sein sollen, das Defizit zu decken, das die ungemein kostspielige Verwaltung von Organisationen, bei denen der Arbeiter nichts mitzureden hat, durch die Gemeinden hervorgerufen hat. Und das, wiewohl es die Gemeinden in ihrer Hand haben, die Gemeinde-Krankenversicherungen durch leistungsfähige Ortskrankenkassen zu ersetzen. In der absolutistischen Zeit huldigte man freilich dem Grundsatz: „Maul halten und zahlen" sei Pflicht der erwerbstätigen Bevölkerung. So weit ging man aber nicht, die Erzwingung dieser Pflicht als „Wohltat", als „soziale Leistung" der Regierungen hinzustellen. Auch diese Fürsorge, aus der Tasche der Arbeiter leistungsfähige Gemeinde-Krankenversicherungen aufrecht zu halten und durch liederliche und kostspielige Verwaltungen entstandene Schulden durch Arbeiterbeiträge zu tilgen, wies darauf hin, daß die Vorlage einen Schritt vorwärts zur Angliederung der Kassenorganisationen an die Gemeinden und zur Beseitigung der Selbstverwaltung der Kassen bezweckte. Den Bemühungen der Fraktion gelang es, in der zweiten Lesung *die Absicht einer Deckung von Gemeindeschulden durch Erhöhung von Kassenbeiträgen zu durchkreuzen.* Es wurde zu § 10 folgender Zusatz beschlossen: „So lange Beiträge über 2 Proz. des ortsüblichen Tagelohns erhoben werden, findet eine Rückerstattung von Vorschüssen (die die Gemeinde geleistet hat) nicht statt."

Nicht ohne Erfolg waren auch die sozialdemokratischen Bemühungen *die von der Vorlage vorgeschlagenen und von der Kommission noch vermehrten Beschränkungen der Selbstverwaltung abzuwehren.* Es klingt wie ein neckischer Zufall, daß bereits die Kommission unter der Wucht des von sozialdemokratischer Seite vorgeführten Tatsachenmaterials sich veranlaßt fühlte, zum Schutz gegen die häufigen Uebergriffe seitens einzelner Aufsichts-

behörden den Kassenvorständen das Verwaltungsstreitverfahren einzuräumen. Es dokumentiert diese Zustimmung zu dem von sozialdemokratischer Seite angeregten Schutz der Selbstverwaltungsorgane einen Rest der Einsicht, daß die Selbstverwaltung im kulturellen, erzieherischen und politischen Interesse dringend erforderlich ist und daß das Gebiet der sozialen Arbeiterversicherung der lebendigen Mitwirkung der Arbeiter besonders bedarf. Die Vorlage zielte darauf ab, der Selbstverwaltung den Garaus zu machen, der Generalversammlung und dem Vorstand die ausschließliche Entscheidung darüber zu nehmen, ob jemand das Vertrauen genießt, als Vorstandsmitglied, Kassenrendant oder Rechnungsführer gewählt zu werden. Mit aller Entschiedenheit wendete sich der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern der verschiedensten Kassenorganisationen und politischen Richtungen besuchte Kongreß vom 15. März cr. gegen diese Versuche. Die 1200 Kassendelegierten, Vertreter von 1171 Kassen mit über 5 Millionen Mitgliedern hatten dort einhellig eine Resolution an den Reichstag des Inhalts gerichtet: „Die Novelle der Regierung zum Krankenversicherungsgesetz sieht einige Erhöhungen der Leistungen an die Versicherten vor, deren Kostendeckung aber unter Vernachlässigung aller anderen Wege (Centralisation, Beseitigung der Lasten für die Unfallversicherung, Reichszuschüsse, Errichtung von Apotheken 2c.) lediglich den Versicherten und deren Arbeitgebern aufgebürdet ist. Da ferner der größte Teil der berechtigten, dringlichen, der Regierung so oft unterbreiteten Forderungen der Krankenkassen Deutschlands völlig unberücksichtigt geblieben ist und da die geringen Verbesserungen mit einer wesentlichen Einschränkung und Beeinträchtigung der Selbstverwaltung, dieses Grundpfeilers der gedeihlichen Entwicklung des Krankenversicherungsgesetzes erkauft werden sollen, erklärt der in Berlin tagende Kongreß diese Vorlage der Regierung für unannehmbar, wenn die auf Beschränkung der Selbstverwaltung gerichteten Positionen nicht gestrichen werden." Die Mehrheitsparteien des Reichstags kümmerten sich um diese Wünsche nicht. Auf Anregung des Centrums stimmten sie in der Kommission und in der zweiten Lesung im Plenum einer noch weitergehenden Einschränkung der Selbstverwaltung zu. Im letzten Augenblick wurden sie durch die Fraktion daran gehindert, diese Verschlechterungen zum Gesetz zu erheben.

Die Vorlage legte durch einen Zusatz zu § 35 dem Vorsitzenden des Vorstands die Pflicht auf, nach seiner Ansicht gesetz- oder statutenwidrige Beschlüsse zu beanstanden. Diese gehässige Bevormundungspflicht gefährdet eine gedeihliche Beratung des Vorstandes, drückt die Vorstandskollegen zu einer Art Untergebenen des Vorsitzenden herab und schafft nicht den geringsten Nutzen. Ohne eine weitere in § 42 enthaltene Vorschrift wäre sie allerdings nicht allzu gefährlich.

In § 42 war aber die Befugnis der Aufsichtsbehörde vorgesehen, einen Vorsitzenden wegen grober Pflichtverletzung, also auch z. B. wegen, nach Ansicht der Aufsichtsbehörde, erfolgter Nichtbeachtung des § 35 den Vorsitzenden seines Amts zu entheben. Der Zusatz zu § 35 sollte in Verbindung mit § 42 offenbar für die Einführung eines Beamten als Vorsitzenden des Vorstandes nach Art des preußischen Verschlechterungsplans Schritt machen. Der Zusatz zu § 35 gelangte trotz energischster Bekämpfung zur Annahme. Die Zusätze zum § 42 enthielten in der aus der Kommissionsberatung hervorgegangenen Fassung folgende Vorschriften. Der erste Zusatz schloß alle Personen von der Fähigkeit als Vorstandsmitglied, Kassenrendant oder Rechnungsführer gewählt zu werden, aus, gegen die irgend wann einmal auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter oder auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt ist. Ausgenommen sind bei dieser allein gegen die Arbeiterschaft gerichteten Strafvorschrift, die außerhalb des Strafgesetzbuchs plötzlich hineinschneit, nicht einmal politische Verbrechen und Vergehen wegen Hochverrats, wegen Majestätsbeleidigung, wegen geheimer Verbindung (vergl. Freiberger Prozeß), wegen Erpressung (vergl. die

Konstruktion der Erpressung gegen Arbeiterführer bei Streikankündigung) usw. Bestrafte sollten nicht mehr zu Kassenvorstandsmitgliedern gewählt werden können. Die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter ist nach dem Strafgesetzbuch, außer als Folge einer Zuchthausstrafe, eine zeitliche (auf 1 bis 5 Jahre dauernde), bei Kassenbeamten eine ewige. Es kann also Reichs-, Staats- oder Kommunalbeamter, auch Aufsichtsbehördenbeamter einer Kasse jemand sein, der unfähig ist Kassenbeamter zu sein. Wer offensichtlich zu Unrecht zu einer Zuchthausstrafe oder mit einer der erwähnten Nebenstrafen verurteilt ist — darf nicht mehr als Kassenbeamter gewählt werden — und das soll so sein, weil nach Ansicht des Centrumsabgeordneten Dr. Spahn es Arbeitern nicht zugemutet werden dürfe, solche von ihnen als ehrenhaft und zuverlässig anerkannte Leute zu ihren Vertretern zu wählen, denen eine Klassenjustiz die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter abgesprochen hat. Die Frage, ob irgend eine finanzielle Unregelmäßigkeit vermieden wäre, wenn eine der jetzt als unfähig bezeichneten Personen Kassenvorstandsmitglied gewesen wäre, konnte weder von den bürgerlichen Parteien noch von den Regierungsvertretern bejaht werden. Dieser Zusatz zu § 42 ist Gesetz geworden.

Noch stärker als in dieser Neuerung trat die Absicht der Novelle, die Selbstverwaltung zu unterbinden, bei dem weiteren Zusatz zu § 42 zutage: „werden hinsichtlich eines Vorstandsmitgliedes, eines Kassen- oder Rechnungsführers Tatsachen bekannt, welche sich als grobe Pflichtverletzung darstellen, so ist der Betreffende seines Amtes durch die Aufsichtsbehörde zu entheben". Was ist „grobe Pflichtverletzung"? Was die Aufsichtsbehörde als solche hinstellen will. In der Praxis ist, wie im Reichstag dargelegt wurde, penible Pflichterfüllung als Pflichtverletzung erachtet, weil die Aufsichtsbehörde eine gegenteilige, von den Gerichten als falsch erkannte Auslegung des Gesetzes oder des Statuts verlangte und das Vorstandsmitglied die Stimme seines Gewissens höher achtete, als den Wunsch der Behörde. Und wie leicht kann die Betätigung einer politischen, der Behörde nicht genehmen Gesinnung zu einer groben Pflichtverletzung gestempelt werden! In den Motiven der Regierungsvorlage, die einen nicht beneidenswerten Tiefstand politischen und sozialen Empfindens erreichen, war zur Begründung „das Interesse der Allgemeinheit an einer Vermeidung vorgekommener finanzieller Schädigungen" angeführt. Aber auch nicht ein Fall konnte mitgeteilt werden, der durch solche Vorschriften hätte vermieden werden können. Hingegen mußte zugegeben werden, daß finanzielle Schädigungen in absolut und relativ viel stärkerem Maße als bei Krankenkassen bei kommunalen, staatlichen und Militärbehörden und Organen des Bundes der Landwirte vorgekommen sind. Selbst die Schwindeleien und Unterschlagungen der Terlinden, Sanden, Exner und Genossen, der Schädiger der Leipziger Bank, wären ja, wenn eine Generalversammlung sich gefunden hätte, die solche patentierte Staatsstützen zu Kassenvorstandsmitgliedern oder zu Kassenbeamten gewählt hätte, durch die vorgeschlagenen Neuerungen nicht verhütet worden. Die Ausführungen des preußischen Regierungskommissars, Geh. Regierungsrats Hoffmann, machten zur Evidenz klar: nicht eine Vermeidung finanzieller Schädigungen einer Kasse sollen die Neuerungen abwenden, sondern sie waren dazu bestimmt, zuverlässige, vom Vertrauen der Kassenmitglieder getragene Vorstandsmitglieder und Vorstandsbeamte durch der Regierung oder der bürgerlichen kommunalen Aufsichtsbehörde genehme Leute zu ersetzen. Wächst doch von Jahr zu Jahr die Verlegenheit, Abzugskanäle für die Ueberfüllung in gelehrten Berufen zu schaffen und das Heer ehemaliger Beamter und Offiziere sowie die Militäranwärter in finanziell einträglichen Stellen unterzubringen. Die Arbeiterschaft soll nur dazu gut sein, die Kosten für diese Stellen zu schaffen. Darum: keine Erleichterung der Centralisierung, sondern Vermehrung der finanziellen Belastung der Arbeiterklasse und Beseitigung der Selbstverwaltung. Diese Richtung offenbart noch unverhüllter der von dem Centrumsabgeordneten

von Savigny gegen Schluß der Kommissionssitzungen eingebrachte, von der Kommission genehmigte Vorschlag, die Rechtsstellung und die Anstellungsbedingungen der Kassenbeamten einer Genehmigung der allweisen Aufsichtsbehörde zu unterwerfen.

Die Fraktion wendete sich selbstverständlich mit aller Entschiedenheit gegen diese auf flagrante Verletzung der Selbstverwaltung gerichteten Vorschläge. Trotzdem wurden die einzelnen Absätze des § 42 in zweiter Lesung gutgeheißen. Nunmehr beantragte die Fraktion namentliche Abstimmung über den gesamten § 42. Bei der Abstimmung (am 29. April) stimmten 95 Abgeordnete mit Ja, 51 mit Nein, ein Abgeordneter enthielt sich der Abstimmung: das Haus war beschlußunfähig. Da bequemten sich das Centrum, dem an der Scheinreform im Interesse der Wahlbewegung außerordentlich viel lag, und die Nationalliberalen zu einem „Kotau vor der Sozialdemokratie", wie es der freikonservative Abgeordnete Dr. Arendt bezeichnete; sie erklärten ihr Einverständnis damit, in der dritten Lesung den v. Savignyschen Vorschlag zu beseitigen und den Kautschukbegriff durch den Passus: „grobe Verletzung der Amtspflichten in Bezug auf die Kassenführung" zu ersetzen. Daraufhin wurde der Antrag auf namentliche Abstimmung zurückgezogen. Das so gestaltete Gesetz wurde von der Mehrheit am 30. April angenommen. Wenngleich die schlimmsten Giftzähne der Vorlage ausgebrochen waren, so enthält das Gesetz doch noch völlig unberechtigte Beschränkungen der Selbstverwaltung in den aufrecht erhaltenen Zusätzen zu §§ 35 und 42; das Gesetz ermöglicht ferner eine Belastung der Versicherten die in keinem Verhältnis zu den Vorteilen steht, die ein Teil der Vorschriften des Gesetzes enthält; endlich lehnt das Gesetz es ab, allseitig als im Interesse der Gesamtheit und der Arbeiterklasse als dringlich anerkannte und durchführbare Forderungen zu erfüllen: aus diesen Gründen stimmte die Fraktion in der Gesamtabstimmung gegen das Gesetz. Es tritt mit dem 1. Januar 1904 in Kraft.

Die Novelle zur Seemannsordnung.

Außerordentlich charakteristisch für den Einfluß des Großkapitals auf die Gesetzgebung war die Einbringung und die Behandlung einer Novelle zur Seemannsordnung. Die Seemannsordnung vom 27. Dezember 1872 bestimmte im ersten Absatz des § 47, daß in allen Fällen, in welchen ein Schiff mehr als zwei Jahre auswärts verweilt, für den seit zwei Jahren im Dienst befindlichen Schiffsmann eine Erhöhung der Heuer eintreten soll. In drei Nummern wurde im zweiten Absatz des § 47 für die verschiedenen Dienstgrade (Schiffsjunge, Leichtmatrose und übrige Schiffsmannschaft) näher vorgeschrieben, in welcher Weise diese Heuer sich erhöhen soll. Die dem Reichstag im November 1900 vorgelegte Novelle zur Seemannsordnung übernahm diese Vorschriften; die zur Vorberatung dieser Novelle eingesetzte Reichstagskommission beschloß, erst die Einführung in allen Fällen bereits mit Beginn des zweiten Jahres eintreten zu lassen, hob diesen Beschluß aber später wieder auf. In der dem Plenum vorgelegten Zusammenstellung war aber beim Leichtmatrosen versehentlich als Beginn der Erhöhung das zweite Jahr stehen geblieben. Im Plenum fiel ein auf Wiederherstellung des ursprünglichen Beschlusses der Kommission gerichteter Antrag. Der Fehler in der Zusammenstellung wurde aber übersehen, die publizierte Seemannsordnung vom 2. Juni 1902, die mit dem 1. April 1903 in Kraft getreten ist, enthielt nun die Wortfassung, nach der grundsätzlich alle Dienstgrade vom Beginn des dritten Jahres ab eine Erhöhung der Heuer erhalten sollten, nach der aber bei der Spezialisierung dieses Grundsatzes der Leichtmatrose bereits vom Beginn des zweiten Jahres ab die Vollmatrosenheuer erhalten sollte. Die Hamburger Großreheder wiesen in ihrem Jahresbericht auf diesen Druckfehler hin und beantragten eine Abänderung. Durch das Redaktionsversehen hätten im besten Falle die Leichtmatrosen einige tausend Mark

jährlich mehr an Heuer erhalten. Diese Gefahr war für die Regierung Grund genug, schleunigst durch eine kurz vor dem Termin des Inkrafttretens der Seemannsordnung eingebrachte Novelle Aenderung des Gesetzes durch Umdatierung des Anfangstermins der Heuererhöhung auch für den Leichtmatrosen vom dritten auf das zweite Jahr zu verlangen. Die Fraktion wendete sich da gegen, daß der gesamte Gesetzgebungsapparat in Bewegung gesetzt wurde, um die Rheder vor der Zahlung von einigen Tausend Mark Mehrheuer jährlich zu bewahren. Wenn dem Gesetzgeber sonst ein redaktionelles Verfahren passiert, das zu Gunsten des Arbeitgebers ausschlägt (z. B. Unterlassen einer Strafbestimmung für Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften über Lohnzahlungsbücher im § 150 G. O.), so warte man mit der Berichtigung bis zu einer gelegentlichen materiellen Aenderung des Gesetzes überhaupt. Solle aber eine Berichtigung schon vor Inkrafttreten der Seemannsordnungsnovelle eintreten, so möge man als Anfangstermin durchweg das zweite Jahr setzen. Der dahingerichtete Antrag fiel. Ferner verlangte unser Redner, dann auch ein anderes offenbares Versehen des Gesetzgebers zu redressieren und ein zu Gunsten der Seeleute gegebenes Versprechen einzulösen. In § 5 der Seemannsordnung war in der Fassung der Kommissionsvorlage obligatorisch festgesetzt, daß ein Beisitzer in dem Verfahren gegen einen Schiffsmann aus den Kreisen der seebefahrenen Schiffsleute zu entnehmen ist. In der Abstimmung im Plenum stimmte das Centrum wie es behauptete „aus Versehen" gegen diese Vorschrift. Dies Versehen gab in der Debatte über die Druckfehlernovelle der Centrumsredner zu, erklärte sich aber gegen den Antrag, der dies, für die Seeleute sehr böse Verfahren wieder beseitigen wollte. Ein anderes Beispiel. Bei der Beratung der Seemannsordnung von 1892 hatte die Fraktion Erstreckung der Fürsorgepflicht des Rheders für den erkrankten Seemann von drei Monate auf 26 Wochen beantragt. Damals wurde in der Sitzung vom 15. April 1902 vom Regierungstische zur Bekämpfung des Antrages ausgeführt: wenn die zeitliche Lücke zwischen Kranken- und Invalidenversicherung durch eine Krankenkassenrente ausgefüllt werden sollte, „würde es an der Zeit sein, diese Abänderung vorzunehmen und es wird das Krankenversicherungsgesetz auch der geeignete Ort dazu sein." Als unsere Fraktion nunmehr bei der Krankenversicherungsnovelle diese Abänderung beantragten, erklärte man, diese Aenderung muß durch eine Novelle der Seemannsordnung getroffen werden. Sie ergriff die ihr durch die Druckfehlernovelle gebotene Gelegenheit beim Schopf. Aber auch da lehnte man den zu Gunsten der Seeleute gestellten Antrag ab und erklärte nun: zunächst muß die Krankenkassennovelle verabschiedet sein, dann wird später eine Novelle zur Seemannsordnung die verlangte Fürsorge schaffen.

Die Fraktion stimmte der vom Reichstag angenommenen Novelle, die lediglich ängstlich zu verhüten sucht, daß ein Leichtmatrose schon vom Beginn des zweiten Jahres ab Vollmatrosenheuer erhält, nicht zu.

Wahlreglement.

Das Wahlreglement bietet bei weitem keine volle Sicherung des Wahlgeheimnisses, aber immerhin eine Besserung gegenüber dem bestehenden Zustand. Deshalb hat die Fraktion dem Reglement, das nach dem Wahlgesetz nur im Ganzen abgelehnt oder angenommen aber nicht amendiert werden kann, zugestimmt. Ebenso stimmte sie der Resolution zu, den Reichskanzler zu ersuchen, bei Ausführung des Wahlreglements „Anordnungen zu treffen, wonach die Wahlgefäße so herzustellen sind, das die Umschläge durch eine Oeffnung (Spalt) im Deckel des Wahlgefäßes zu stecken sind, der Deckel selbst jedoch bis zum Schluß der Wahlhandlung geschlossen gehalten wird." Die Befolgung dieser Vorschrift auch ohne ausdrückliche Anordnung des Reichskanzlers verlangt schon Treu und Glauben. Sache des Reichstags muß es sein, Wahlen, die

unter Verstoß gegen Treu und Glauben nur scheinbar geheim vorgenommen sind, zu kassieren und die Wahlvorsteher, die so vorgegangen sind, zur Rechenschaft ziehen zu lassen.

Interpellationen.

1. Ueber Fleischteuerung.

Beim Wiederzusammentritt des Reichstags hatte die Fraktion folgende Anfrage an den Reichskanzler gerichtet: „welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um der Steigerung der Fleischpreise die seit geraumer Zeit eingetreten ist und in steigendem Maße eine Kalamität für immer weitere Schichten der Bevölkerung wird, entgegen zu wirken?" Diese Interpellation wurde auf die Tagesordnung der Sitzung vom 16. Oktober gesetzt. Der Stellvertreter des Reichskanzlers erklärt sich zu einer Beantwortung der Interpellation bereit,, sobald mehrere Regierungen eingehende Erhebungen über die tatsächlichen Verhältnisse angestellt haben würden. Die Besprechung der Interpellation erfolgte bis zum Schluß der Session nicht. Inzwischen wurden vom Reichstag die Erhöhungen der Fleisch- und Viehzölle beschlossen, deren Inkrafttreten die Fleischpreise noch mehr in die Höhe schrauben würden.

2. Ueber das Fleischbeschaugesetz.

Das Fleischbeschaugesetz vom Jahre 1900 soll unter dem Vorwand eines hygienischen Schutzes der künstlichen Verteuerung des Fleisches dienen. Wenn irgend ein Zweifel darüber bestehen konnte, daß diese Absicht von den Centrums- und anderen Agrariern verfolgt wird, so wurde er durch eine Interpellation, welche das Centrum gegen Schluß der Session einbrachte, vollends getilgt. Im Fleischbeschaugesetz ist der Bundesrat ermächtigt, „Vorschriften über dem Nachweis genügender Kenntnisse der Fleischbeschauer zu erlassen." Der Bundesrat hat auf Grund dieser Bestimmung Prüfungsvorschriften für die Fleischbeschauer erlassen, nach denen die Fleischbeschauer ihre Befähigung zur Prüfung darzulegen haben; das hielten die Interpellanten für dem Gesetz widersprechend. Unser Redner drückte sein Erstaunen darüber aus, daß dieselben Parteien, die für den Befähigungsnachweis beim Handwerk eintreten, hier wo es sich um den Schutz der Allgemeinheit gegen gesundheitschädliche Nahrung handelt, gegen eine genügende Befähigung der Fleischbeschauer sich aussprachen. Er wies nach, daß die vom Bundesrat erlassenen Vorschriften dem Gesetz entsprechen. Vom Ausland bezogenes Fleisch einer scharfen Kontrolle zu unterwerfen oder die Einfuhr gänzlich zu verbieten, das im Inland geschlachtete Fleisch aber einer laxen Kontrolle nach Wunsch der Interpellanten zu unterwerfen, widerspreche den Forderungen der Volksgesundheit. Leider sei im Fleischbeschaugesetz die Möglichkeit aufrecht erhalten, dem Gesinde gesundheitsgefährliches Fleisch zu geben. Die Beseitigung dieser Ausnahme, sowie der Erschwerung der Zufuhr gesunden Fleisches aus dem Ausland, die Einführung einer Schlachtviehversicherung, die Herabsetzung der Kosten der Fleischbeschau insbesondern für kleinere Tiere sei wünschenswert, nicht aber eine Durchlöcherung der wenigen dem Schutze der Gesundheit dienenden Vorschriften des Fleischbeschaugesetzes.

3. Uebergriffe von Polizeiorganen.

Die zunehmenden Uebergriffe von Polizeiorganen, Richtern und Gefängnisverwaltungen hatten die Fraktion zu folgender Interpellation veranlaßt:

1. Welche Maßregeln beabsichtigt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den in letzter Zeit sich häufenden Uebergriffen von Polizei- und richterlichen Behörden entgegen zu wirken, die Reichsangehörige ohne genügenden gesetzlichen Grund in Haft nehmen, in der sie dann öfter in ungehöriger und ungesetzlicher Weise behandelt werden?
2. Beabsichtigt der Herr Reichskanzler in Bälde dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über den Strafvollzug vorzulegen?

Diese Interpellation kam am 22. November zur Verhandlung.

Die Redner der Fraktion führten eine Anzahl Fälle an, die den schmachvollen Zustand auf dem Gebiete des Schutzes der persönlichen Freiheit klar legten. Hier wird ein schuldloser Arbeiter, der Mißstände in seinem Gewerbe bespricht, widerrechtlich verhaftet, „weil er arbeitslos und deshalb fluchtverdächtig" ist, mißhandelt und ins Gefängnis gesetzt. Dort werden Arbeiter, die sich ruhig unterhalten, von einem Schutzmann mit einem Gummischlauch mißhandelt, verhaftet, gefangen gesetzt und abermals mißhandelt. In einem Falle handelt es sich um einen Bürger, der von vier Schutzleuten festgenommen, mit Säbelhieben traktiert, gefesselt in ein Gefängnis geliefert wird — um dort eine Mark zu zahlen, zu deren Zahlung er rechtskräftig verurteilt war, die zu bezahlen er aber vergessen hatte. In einem anderen Falle beleidigt ein Schutzmann eine Frau, schlägt auf ihren Begleiter ein und verhaftet ihn. In einem weiteren Falle wird ein Maurer verhaftet, weil er mit seiner Braut spazieren geht, vom Schutzmann mit dem Säbel traktiert und ins Gefängnis geschleppt, in dem er wochenlang unschuldig in Untersuchungshaft sitzt. Andere Arrestanten läßt die Polizei 24 Stunden lang bei Wasser und Brot sitzen. Mädchen und Frauen wurden verhaftet, weil sie dem Polizeibeamten wie ein verkleideter Mann vorkamen, oder weil sie zu langsam gingen oder Reformkleidung trugen. Gesunde Frauen wurden ohne jegliche Veranlassung zu Prostituierten gesperrt, im Krankenhaus acht Tage lang eingesperrt. Ein Mädchen wird verhaftet, weil sie laut sprach, dann unter sittenpolizeiliche Kontrolle gestellt, vom Dienst weggeholt, ins Krankenhaus trotz aller Gesundheit gesperrt, dann in Untersuchungshaft gesetzt, bis sie nach langer Untersuchungshaft freigesprochen wird. Ein Redakteur wird mit einigen zu Zuchthaus Verurteilten zusammengefesselt und von den Beamten beleidigt. Wegen politischer Vergehen verurteilte Redakteure wurde die Haltung einer Zeitung nicht gestattet, Entziehung der Selbstbeschäftigung für die Zukunft in Aussicht gestellt. Das sind einige der von unseren Rednern angeführten Fälle. In den seltensten Fällen ist eine Genugtuung oder gar eine Bestrafung der schuldigen Beamten erfolgt. Den Beamten fehlt zumeist nach Annahme der Anklagebehörde das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit: der dolus eventualis, nach dem der Täter hätte wissen müssen, er begehe vielleicht eine strafbare Handlung, findet auf Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter so gut wie keine Anwendung, weil nach Ansicht der bürgerlichen Gesellschaft und des Reichsgerichts der Staat entschlossene und tatkräftige Beamte braucht. Wandel kann auf diesem Gebiet nur geschaffen werden, wenn volle Verantwortlichkeit der Beamten eingeführt und mit dem Polizei- und Militärstaat gebrochen wird. Der Staatssekretär der Justiz drückte im Namen des Reichskanzlers mit erhobener Stimme seine Entrüstung darüber aus, daß solche Mißhandlungen vorkommen. Die schuldigen Beamten würden auch in der Regel bestraft „und begnadigt" rief ein Sozialdemokrat dazwischen. In der Verurteilung der Vorgänge waren auch die Redner der bürgerlichen Parteien einig. Aber Mittel zur Abhilfe können sie nicht gewähren. Gewiß könnten, wie unsere Redner darlegten, viele Uebelstände durch Gesetz gemildert werden. Zu beseitigen sind dieselben im heutigen Staate aber nicht. Die deutschen Staaten sind scheinbar modern bürgerliche Staaten, in denen die Menschenrechte gelten. Aber alles das steht nur auf dem Papier. Tatsächlich sind es Militär- und Polizeistaaten. Der Civilversorgungsschein ist ein Patent, das die Berechtigung zur Aufnahme in die unterste und das Leutnantspatent, das die Berechtigung zur Aufnahme in die höhere Beamtenklasse giebt. Die Bürger sind dazu da, den Militärs die Rekruten und Gemeinen zu schaffen. Wandel könnte nur geschaffen werden, wenn *mit dem Militärstaat und dem Klassenstaat gebrochen würde*. Der Gedanke an solche Abhilfe wäre aber den herrschenden Klassen ein Greuel. Sollte der Gedanke einmal ernsthaft diskutiert werden, dann würden Reichskanzler, Justizminister und Minister des Innern nicht den Staatssekretär der Justiz beauftragen, daß er in

den Reichstag geht, um sich in ihrem Namen über die Mißgriffe von Beamten und Behörden zu entrüsten, sondern dann würden sie selbst kommen und sagen, daß die göttliche Weltordnung bedroht sei. Aber auch die Bürger, die stolz sind auf die papierenen Menschenrechte, werden sich entrüsten, wenn dem Götzen Militarismus, dem Schützer des Kapitalismus, die Klauen beschnitten werden sollen. Darum wird der Militarismus seinen Einfluß behalten und die Mißhandlung der Bürger durch die Büreaukratie wird eine stehende Einrichtung bleiben, viel fester als alle geschriebenen Rechte der Bürger. Gründlichen Wandel wird auch hier erst die Durchdringung der Volksmassen mit den sozialdemokratischen Grundsätzen wahrer Freiheit und Gerechtigkeit schaffen.

4. Vexationen der Polen.

Von den politischen Mitgliedern des Reichstages war im November 1902 eine Interpellation eingebracht, welche den Reichskanzler fragte, was er zu tun gedenke, um der ungleichmäßigen Behandlung der polnischen Bevölkerung, insbesondere dem Boykott polnischer Gewerbetreibender seitens der Militärbehörden, der Entziehung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst wegen geringfügiger Vergehen, der Handhabung der Personenstandsgefahr und der Behandlung politischer Tagesschriftsteller als gemeiner Verbrecher entgegenzutreten.

Diese Interpellation stand am 21. November auf der Tagesordnung. Ihre Besprechung wurde während der Verhandlungen über den Zollwucher, an dessen Zustandekommen die polnische Fraktion eifrig mitarbeitete, bei Seite geschoben. Der Reichskanzler erklärte sich zur Beantwortung an einem späteren Tage bereit, da „zum Zweck der Beantwortung noch Erhebungen stattfinden müssen". Am 30. Januar fand die Besprechung statt. Nunmehr lehnte der Reichskanzler ein Eingehen auf die einzelnen Fälle mit Ausnahme des militärischen Boykotts und der Entziehung des Berechtigungsscheins zum einjährig-freiwilligen Dienst ab, weil für die Beschwerden nicht der Reichstag, sondern das preußische Abgeordnetenhaus zuständig sei. Die Interpellation wurde abgebrochen, bevor unserem Redner das Wort erteilt wurde. Der Mehrheit, insbesondere dem Centrum, war die Besprechung höchst unangenehm. Sie stimmte deshalb der neuen Theorie ihres Präsidenten, auf die Besprechung einer Interpellation in der Regel nicht mehr als einen Sitzungstag zu verwenden, zu und verschob die Weiterberatung der Interpellation auf den St. Nimmerleinstag.

5. Fall Hüssener.

Die Tötung des Fußartilleristen Hartmann durch den Fähnrich zur See Hüssener veranlaßte das Centrum mit Rücksicht auf die Nähe der Reichstagswahlen zu einer Interpellation darüber, was dem Reichskanzler über den Fall bekannt ist und ob er bereit sei, durch Abänderung der Vorschriften über das Waffentragen beurlaubter Kadetten und Mannschaften ähnlichen Verbrechen mehr als bisher vorzubeugen. Die Redner unserer Fraktion legten dar, daß der Fall Hüssener nicht einen vereinzelten Fall, eine vorübergehende Erscheinung bedeutet, sondern lediglich einem Auswuchs des Systems, das die Sozialdemokratie bekämpft, während die bürgerlichen Parteien seine Wurzeln weiterwuchern lassen wollen und höchstens etwas an der Oberfläche herumkratzen. Solange die bürgerlichen Parteien ein System, nach dem das Volk in Waffen dem Volk ohne Waffen gegenüberstellen soll, unterstützen, sind sie selbst Mitschuldige von Fällen wie dem Fall Hüssener.

6. Kriegsveteranen.

Die Kriegsteilnehmer (Kriegsveteranen) gehen nach wie vor meist leer aus. Die Fraktion hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß das Vaterland die Verpflichtung hat, neben den eigentlichen Invaliden, jene Tausende von ehemaligen Soldaten, die zwar unverletzt aus den Feldzügen oder dem Soldatendienst heimgekehrt sind, aber infolge der erlittenen Strapazen siech und erwerbsunfähig geworden sind, an ihrem Lebensabend vor Elend und Not zu schützen.

Die Mittel hierzu sind vorhanden, selbst ohne Einführung einer Reichssteuer auf Einkommen, Vermögen und Erbschaften, sobald an den riesigen Ausgaben für Militär- und Flottenzwecke die erforderlichen Abstriche gemacht werden. Die bürgerlichen Parteien halten es aber, da die ehemaligen Kriegsteilnehmer zur erwerbstätigen Bevölkerung gehören, mit dem Vers des alten Volksliedes „Bruder, nimm den Bettelsack, Soldat bist du gewest". Im „Jubiläumsjahr" 1895 mußte man endlich doch so tun, als ob etwas geschähe. Es kam das Gesetz vom 22. Mai 1895 zu stande, das „den völlig erwerbsunfähig" gewordenen Teilnehmern an Feldzügen eine Ehrenbeihilfe von jährlich 120 Mark *versprach*. Das Gesetz hat zwei erhebliche Fehler. Der eine Fehler besteht in der almosenartigen Niedrigkeit der Beihilfen. Die Fraktion hatte vergeblich beantragt, die Beihilfen auf 360 Mark zu erhöhen. Die bürgerlichen Parteien und die Mehrheit des Hauses meinten, daß mit 120 Mark jährlich vollkommen arbeitsunfähige Kriegsteilnehmer „auf dem Lande ein wenn auch sehr bescheiden und sehr dürftiges doch von der öffentlichen Wohltätigkeit unabhängiges Leben führen" könnten. Und dabei blieb es. Nun kommt aber noch ein zweiter Fehler hinzu, dessen Ungerechtigkeit augenfällig ist. Durch das Gesetz vom 22. Mai 1865 sind zu wenig Mittel, nämlich nur 2 400 000 Mark, bereitgestellt, um auch nur die Beihilfe von 120 Mark jährlich *allen* bedürftigen Kriegsteilnehmern zuwenden zu können. Die Verwaltungspraxis suchte dadurch etwas nachzuhelfen, daß sie im Gegensatz zum Gesetz „absolute Erwerbsunfähigkeit", auch Erwerbsunfähigkeit im armenrechtlichen Sinn als Voraussetzung des Rentenbezuges verlangte. Aber auch diese im Reichstag allseitig verurteilte Praxis half nichts. Viele Tausende als völlig erwerbsunfähig anerkannte Kriegsteilnehmer wurden mit litographierten Formularen abgespeist, auf denen die Mitteilung stand, daß kein Geld zur Verfügung stehe. Die Mehrheit des Reichstags beklagte zwar von Jahr zu Jahr diesen ungerechten Zustand, konnte sich aber nicht dazu verstehen, genügende Mittel bereit zu stellen. Von Jahr zu Jahr wurde etwas mehr bewilligt. Durch den Etat von 1903 sind 9 Millionen bereit gestellt. Aber auch diese Summe reicht nur für 75 000 Mann aus: von den noch lebenden rund 600 000 Kriegsteilnehmern mögen aber etwa 150 000 erwerbsunfähig sein. Auch in diesem Jahr wurde diese Angelegenheit beim Etat und aus Anlaß einer vom Abg. Nißler eingebrachten Interpellation zur Sprache gebracht. Unter patriotisch-bombastischem Wortgeklingel rügte die Mehrheit des Reichstags diese Mißstände, an denen sie selbst schuld. Sie vertritt lediglich die Interessen der besitzenden Klassen und ist deshalb auch nicht zur Beseitigung dieses beschämenden Zustandes bereit. Für Abstriche an Ausgaben für Militär und Marine ist sie ebensowenig wie für eine Reichssteuer auf Vermögen oder Einkommen zu haben. Sie schlug eine — Wehrsteuer vor und suchte die Lage der Kriegsteilnehmer durch Einführung der Lebensmittelzölle noch zu verschlechtern. Das ist der Dank des bürgerlichen Vaterlandes.

Aus Anlaß des Zolltarifs gestellte und verhandelte Resolutionen und Interpellationen.

Der am 13. Januar nach den Weihnachtsferien wieder zusammengetretene Reichstag begann die Verhandlungen mit der Besprechung und Beschlußfassung einiger aus Anlaß der Zolltarifberatungen gestellten Resolutionen und Anfragen. Eine Resolution „in Erwägung darüber zu treten, ob nicht durch Einführung verschiedener Zollsätze für *Rohpetroleum und gereinigtes Petroleum* die Schaffung einer inländischen Raffinerieindustrie möglich und wirtschaftlich geboten sei und bejahendenfalls einen diesbezüglichen Gesetzentwurf dem Reichstag vorzulegen", gab unserm Redner Veranlassung, die in der Resolution liegende Zumutung zu geißeln, unter nationaler Maske die Preise des Petroleums zu steigern, ein inländisches Raffineriesyndikat künstlich zu züchten und der allein wirksam zu vollziehenden Bekämpfung der Ringe entgegenzutreten.

Die Resolution wurde von der Zollmehrheit angenommen. Eine von unserer Seite bereits in der Zollkommission vergeblich gestellte Resolution, insbesondere zum Schutz des Mittelstandes, des Handwerks und der Arbeiter, der Schmutzkonkurrenz durch die Gefängnisarbeit entgegenzutreten, erfuhr das Schicksal der Ablehnung gegen die Stimmen unserer Fraktion, der freisinnigen Parteien, einiger Nationalliberaler und der Antisemiten. Die Resolution hatte folgenden Wortlaut: den Herren Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf baldigst vorzulegen, durch den untersagt wird, in Straf-, Versorgungs- und Beschäftigungs-Anstalten, welche aus öffentlichen Mitteln unterhalten und unterstützt werden, andere gewerbliche Arbeiten als solche für den eigenen Bedarf, für den Bedarf des Reichs, eines deutschen Staats- oder Gemeindeverbandes auszuführen und den Verkauf gewerblicher Erzeugnisse für eigene Rechnung, für Rechnung des Reichs, eines deutschen Staates oder eines Gemeindeverbandes zu niedrigeren als den marktmäßigen Preisen stattfinden zu lassen. Ein Fraktionsmitglied legte eingehend dar, wie schwer der Mittelstand, der Hausindustrielle, die Tabaksindustrie, die Buchbinder, die Tischler, die Kartonagenarbeiter, die Korbmacher, Schneider, Strumpfwirker und eine Reihe anderer Arbeiter, insbesondere die Textil-, Konfektions- und Papierverarbeitungs-Industrie durch die Zölle und durch die Schmutzkonkurrenz der Gefängnisarbeit getroffen werden. Er konnte darauf hinweisen, daß beispielsweise England in ausländischen Gefängnissen gearbeitete Kokosmatten und Bürstenwaren von der Einfuhr nach England ausschließt. Seinen Darlegungen setzten die Wortführer der Konservativen, des Centrums und der Nationalliberalen, die vor Rührung über die traurige Lage des Mittelstandes überflossen, die Ausrede entgegen, die Sache müsse von den Einzelstaaten geregelt werden. Dort geschieht freilich nichts; es wäre auch zuviel verlangt, daß der Wolf dem Lamme helfen solle, das er frißt.

Der zollkriegerischen Stimmung der Mehrheit gab eine von uns scharf bekämpfte Resolution Ausdruck, die darauf abzielt, die Meistbegünstigungsverträge, insbesondere zwecks Herbeiführung eines Zollkriegs mit Amerika und Argentinien aufzuheben. Die Mehrheit stimmte dieser Resolution zu, deren Verwirklichung denselben Zielen wie der Zolltarif selbst dienen würde.

Die Besprechung einer vom Abg. Roesicke (Dessau) gestellten Interpellation, welche Maßnahmen der Reichskanzler zur Feststellung des Begriffs „Malzgerste" zu treffen gedenke, legte von neuem dar, daß es ein Mittel „Malzgerste" von „Futtergerste" zu unterscheiden nicht giebt, daß also der Minimalgerstenzoll in erster Linie die kleinen Landwirte schwer schädigen würde.

Initiativanträge.

Das Bestreben der Mehrheit des Reichstags, die durch die Verfassung der Volksvertretung eingeräumten Rechte zu verkümmern, zeigte sich auch in der Behandlung der Initiativanträge. Das Recht, Gesetze vorzuschlagen, steht dem Reichstag in gleichem Maße wie dem Bundesrat zu. Früher hatte der Reichstag das Recht und die Pflicht, auf diesem Wege Forderungen des Volks zur Geltung zu bringen, allseitig für so bedeutsam erachtet, daß er (am 17. April 1869) den sogenannten Schwerinstag (Mittwoch) als den Tag in seiner Geschäftsordnung bezeichnete. der in der Regel für Beratung von Initiativanträgen freigelassen werden sollte. Der letzte Reichstag hat trotz formeller Aufrechterhaltung dieser Vorschrift in seiner Geschäftsordnung und trotz wiederholt von unserer Seite gestellter Anregungen keinen einzigen Mittwoch zur Beratung der Initiativanträge verwendet. Er erachtete es als die erste Aufgabe der Volksvertretung, Gesetzentwürfe, die der Bundesrat vorlegt und die eine schwere Belastung der arbeitenden Bevölkerung enthalten, durch Zustimmung zu verabschieden und das, wiewohl der Bundesrat einer großen Reihe von Anträgen, denen der Reichstag früher

wiederholt fast einstimmig zugestimmt hatte, keine Folge gegeben hat, z. B. dem Diätenantrag, dem Antrag auf gerechtere Wahlkreiseinteilung, Antrag auf Vorlegung eines Strafvollstreckungsgesetzes, dem Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Von den seitens der Fraktion zu Beginn der Legislaturperiode im November 1900 eingebrachten 15 Initiativanträgen gelangte in der gesamten Legislaturperiode nur der eine auf Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes zur Verhandlung; er wurde am 30. Januar 1901 abgelehnt. Bei Gelegenheit der Beratung von Gesetzentwürfen, die von der Regierung eingebracht waren, kamen 4 weitere zur Besprechung: der Antrag auf Aenderung des Gewerbegerichtsgesetzes und auf Ausdehnung dieses Gesetzes auf alle im Bergbau, in der Land- und Forstwirtschaft, im Handel und Verkehr und als Gesinde beschäftigte Personen, der Antrag auf Aufhebung der dem Statthalter von Elsaß-Lothringen übertragenen außerordentlichen Gewalten, der Antrag auf Verbot der Verwendung schulpflichtiger Kinder unter 14 Jahren bei gewerblichen Arbeiten sowie bei Arbeiten gegen Entgelt im Gesindedienst und in der Landwirtschaft und der Antrag auf Verbot der Fabrikation, der Einfuhr und Ausfuhr und des Verkaufs von Zündwaren mit weißem Phosphor. Die übrigen 10 Anträge wurden trotz wiederholten Drängens nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Der Inhalt dieser Anträge bezieht sich auf: die Errichtung eines Reichsarbeitsamts, die Errichtung von Reichsaufsichtsbehörden an Stelle der Fabrikinspektoren, das Recht der Versammlung und Vereinigung und der Koalition, die Feststellung eines Maximalarbeitstags, der Schutz der Arbeiterinnen, eine gleichmäßigere Abgrenzung der Wahlkreise, Ausdehnung der Immunität der Abgeordneten auf die Dauer einer Strafhaft, Aenderungen des Reichspreßgesetzes, Schaffung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes und auf Beseitigung den Majestätsbeleidigungsparagraphen. Ein Teil dieser Anträge (Errichtung von Reichsaufsichtsbehörden und Feststellung eines Maximalarbeitstags) gelangte, wie oben berichtet, in Form von Resolutionen beim Reichsamt des Innern zur Besprechung. Die Notwendigkeit einer Neueinteilung der Wahlkreise und die leichte Durchführbarkeit einer solchen wurde von einem Fraktionsmitglied beim Etat des Reichskanzlers dargelegt: die der Gleichheit des Wahlrechts feindliche Mehrheit stimmte aber gegen eine von seiten der freisinnigen Vereinigung im Sinne unseres Antrags gestellte Resolution. Die Verhandlung der

Petitionen

gab unserer Fraktion Gelegenheit auf den Inhalt der Initiativanträge einzugehen, die sich auf das Vereins- und Versammlungsrecht und den Schutz der Arbeiterinnen beziehen. Die Petitionskommission hatte beantragt eine Petition von Frauen, die die Schaffung eines einheitlichen deutschen Vereins- und Versammlungsrechts und die gleichen Rechte für Frauen auf diesem Gebiete verlangte nur in ihrem ersten Teil zur Berücksichtigung dem Reichskanzler zu überweisen, wollte aber die Teilnahme von Frauen auf solche Vereine und Versammlungen beschränkt wissen, in welchen die Berufsinteressen der Frauen zur Verhandlung gelangen. Mehrere Fraktionsmitglieder beleuchteten vielfache polizeiliche und gerichtliche Mißhandlungen des Vereins- und Versammlungsrechts, soweit dies von Arbeitern ausgeübt wird, legten die völlige Unzulänglichkeit der partikularrechtlichen Gesetzesvorschriften und besonders die Notwendigkeit dar, den weiblichen Teil der Bevölkerung gegen die Vorenthaltung des Vereins- und Versammlungsrecht seitens partikularrechtlicher Gesetzgebung

und Rechtsauslegung durch ein Reichsgesetz zu schützen. Die Petition wurde in ihrem vollen Umfange dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Im Auftrage einer größeren Anzahl öffentlicher Frauenversammlungen hatte Genossin Baader eine Reihe von Forderungen, die auf Erweiterung der gesetzlichen Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen abzielen, in einer dem Reichstag zugestellten Petition überreicht. Die Forderungen gingen auf: 1. absolutes Verbot der Nachtarbeit für Arbeiterinnen, 2. Verbot der Verwendung von Arbeiterinnen bei allen Beschäftigungsarten, welche dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind, 3. Einführung des gesetzlichen Achtstundentags für Arbeiterinnen, 4. Freigabe des Sonnabendnachmittags für die Arbeiterinnen, 5. Aufrechterhaltung der gesetzlich festgelegten Schutzzeit für erwerbstätige Schwangere und Wöchnerinnen von vier Wochen vor bis sechs Wochen nach der Niederkunft, Beseitigung der Ausnahmebewilligungen zu früherer Wiederaufnahme der Arbeit auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses, Erhöhung des Krankengeldes für Schwangere, bezüglich Wöchnerinnen auf die volle Höhe des durchschnittlichen Tagelohns, 6. Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die Hausindustrie, 7. Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren, 8. Sicherstellung völliger Koalitionsfreiheit für die Arbeiterinnen und 9. Aktives und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Gewerbegerichten. Von unserer Seite wurde beantragt, die gesamte Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen und diese Forderung lebhaft vertreten. Es gelang aber nur durchzusetzen, daß die ersten acht Punkte dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen wurden: über die neunte Forderung beschloß der Reichstag Uebergang zur Tagesordnung. Eine Petition des deutschen Textilarbeiterverbandes von christlichen Gewerkschaften zu Eupen verlangte: die Ausdehnung der Mittagspause auf $1^1/_2$ Stunden, das Verbot des Aufenthalts in den Betriebsräumen der Fabrik während der Mittagspause, die obligatorische Einführung der Arbeiterausschüsse, die obligatorische Einführung von Arbeiterkammern, die Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages ausschließlich der Pausen sowie das gänzliche Verbot der Nachtarbeit zwischen abends 8 Uhr und morgens 6 Uhr. Die Bemühungen unserer Fraktionsmitglieder in der Kommission, die gesamte Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, scheiterten rücksichtlich der beiden letzten Punkte an dem Widerstand des Centrums. Die Nähe der Wahl bewirkte, daß das Centrum unseren Antrag, den es in der Kommission niedergestimmt hatte, im Plenum aufnahm: die gesamte Petition wurde dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Wahlprüfungen.

Der Reichstag prüft nach Artikel 27 der Verfassung die Legitimation seiner Mitglieder und entscheidet darüber. Die letzte Legislaturperiode beweist von Neuem, wie leicht die Mehrheit des Reichstags und ihr Präsident es mit dieser elementarsten Pflicht einer Selbstverwaltung nehmen. Insbesondere die nationalliberale Partei hat es sich auch in dem letzten Teil der Legislaturperiode nicht nehmen lassen, durch ihren Vorsitzend. Abg. Bassermann, eine schnelle Erledigung der Wahlprüfungen zu hintertreiben.

Der nationalliberale Bergrat Prietze war am 12. Juni 1901 bei der durch den Tod des Freiherrn von Stumm erforderlichen Ersatzwahl im Kreise Ottweiler-St. Wendel-Meisenheim gewählt. Am 30. Januar 1902 beantragte die Wahlprüfungskommission Beweiserhebung über neue Fälle behaupteter Unregelmäßigkeiten. Als es in der Sitzung am 27. Februar zur Abstimmung im Plenum kommen sollte, bezweifelte der Abg. Bassermann die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Reichstag befaßte sich am 30. April 1902 mit derselben Wahlprüfung und beschloß Beweiserhebung. Die Akten waren bis zu dem Schluß des Reichstags (am 30. April 1903) noch nicht an ihn zurückgelangt.

Noch ärger stand es mit der Prüfung der Wahl eines anderen national-

liberalen Abgeordneten, des Abg. Sieg (dritter Wahlkreis des Regierungsbezirks Marienwerder: Graudenz, Strasburg). Sieg war am 16. Juni 1898 mit 24 Stimmen Mehrheit gewählt. Am 7. Dezember 1899 beschloß der Reichstag Beweiserhebungen über die Behauptung verschiedener Unregelmäßigkeiten. Die Kommission beantragte dann unter dem 21. Februar 1901 weitere Beweiserhebungen über die von einem Zeugen eidlich aufgestellte Behauptung, daß der Wahlvorstand nicht vorschriftsmäßig besetzt war, da falls diese Behauptung bestätigt würde, die Wahl des Abg. Sieg zu kassieren sei. Der Reichstag trat dem Antrag am 8. März 1901 bei. Die erneute Beweisaufnahme bestätigte, daß der Wahlvorstand zeitweise nur aus zwei Personen bestanden hatte. Die Wahlprüfungskommission beantragte unter dem 10. Dezember 1901: Ungültigkeitserklärung des Sieg'schen Mandats. In der Reichstagssitzung vom 21. Januar 1902 brachte der Abg. Bassermann scheinbar neues Material vor. Daraufhin wurde beschlossen, die Sache an die Wahlprüfungskommission zurückzuweisen. Diese schlug dem Plenum des Reichstags nochmalige Beweiserhebungen vor. Der Reichstag beschloß am 30. April 1902 dementsprechend. Die Beweiserhebung ergab klar, daß der Wahlvorstand nicht ordnungsmäßig besetzt war. Die Kommission beantragte unter dem 29. Januar 1903 abermals Ungültigkeitserklärung. Am 14. März beantragte der Abg. Bassermann die Wahlprüfung Sieg von der Tagesordnung abzusetzen und bezweifelte die Beschlußfähigkeit des Hauses. Das Haus war beschlußunfähig. Der Abg. Sieg, dessen Wahl ungültig war, hat infolge dieser Verschleppung der Wahlprüfung die ganze Legislaturperiode hindurch sein Mandat als Abgeordneter ausgeübt.

Die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Boltz (Saarbrücken) wurde am 21. Januar 1902 wegen Wahlbeeinflussungen kassiert. Bei der Ersatzwahl am 25. April 1902 wurde er wieder gewählt. Seine Wahl wurde wegen Wahlbeeinflussungen angefochten. Am 14. März 1903 beschloß der Reichstag Beweiserhebungen.

Der konservative Abgeordnete von Oldenburg wurde als im Kreise Marienburg-Elbingen am 3. April 1902 mit 5 Stimmen Mehrheit gewählter Abgeordneter vom Landrat am 7. April proklamiert. Erst 9 Tage nach der Aufforderung, sich über die Annahme der Wahl zu erklären, ging die Annahmeerklärung des Herrn von Oldenburg beim Landrat ein. Der Landrat veranlaßte entgegen § 34 des Wahlreglements nicht eine neue Wahl, sondern übersendete die Akten dem Reichstag. Bei der erst nach der Zollkampagne vorgenommenen Prüfung ergab sich, daß der Landrat eine Reihe von Stimmzetteln zu Unrecht nicht mitgezählt hatte. Die Mitzählung dieser Stimmzettel ergab, daß von Oldenburg die absolute Mehrheit nicht erhalten hatte. Die Wahlprüfungskommission beantragte einstimmig am 17. Februar 1903 Ungiltigkeitserklärung. Von Oldenburg legte trotzdem sein Mandat noch nicht nieder. Als er sich am 9. März im Plenum herausnahm, eine Belehrung über starkes Ehrgefühl des preußischen Offizierkorps zu versuchen, wurde er durch Zwischenrufe und von dem Redner unserer Fraktion daran erinnert, daß es Ehrensache sei, das einstimmig für ungiltig erklärte Mandat sofort niederzulegen. Erst als am Abend des 12. März der Bericht der Wahlprüfungskommission über seine Wahl auf die Tagesordnung gesetzt war, legte von Oldenburg sein Mandat nieder.

Ueber die Giltigkeit der Wahl des in der Ersatzwahl vom 18. März 1902 für den Kreis Rastenburg-Gerdauen-Friedland gewählten Abgeordneten Rauter beschloß der Reichstag am 14. März 1903 Beweiserhebung.

Der konservative Abgeordnete Will (Wahlkreis Stolp-Lauenburg) wurde in der Stichwahl am 24. Juni 1898 mit 12 861 gegen 11 677 Stimmen gewählt. Am 1. Mai 1900 beschloß der Reichstag über eine Menge in einem Wahlprotest behaupteter Unregelmäßigkeiten Beweiserhebungen zu veranlassen. Auf Grund dieses Beschlusses wurden 396 Zeugen informatorisch und 757 Zeugen eidlich vernommen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen gelangte am 18. April 1902 an den Reichstag zurück. Unter dem 21. April 1903 beantragte der Referent der Kommission Ungiltigkeitserklärung, weil nach der Beweiserhebung 960 konser-

vative Stimmen zu kassieren und die Wahl in 5 Bezirken mit 230 konservativen und 87 liberalen Stimmen als ungiltig zu erklären war. Ein anderes Mitglied der Kommission war der Ansicht, daß Will noch immer 40 Stimmen Mehrheit habe und beantragte weitere Beweiserhebungen. Seiner Ansicht schloß sich die Mehrheit der Kommission an. Zur Verhandlung im Plenum gelangte der Bericht nicht mehr.

Demnach hätten 5 Abgeordnete, die bei der Zollkampagne durch Abstimmung für die Kardofferei teilnahmen, voraussichtlich ihr Mandat nicht ausüben können, wenn die Mehrheit der Wahlprüfungskommission, deren Vorsitzender der Abgeordnete Dr. Spahn war, die Prüfung der Wahlen vor dem November 1902 vorgenommen und der Präsident oder die Mehrheit des Hauses die Wahlprüfung sofort nach Berichterstattung durch die Kommission zur Verhandlung im Plenum angesetzt und bis zum erfolgtem Beschluß über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Mandate von einer Beschlußfassung über andere Dinge Abstand genommen hätte.

Schluß.

Der letzte Abschnitt der abgelaufenen Legislaturperiode, über den der Bericht sich verbreitet, hat auch uns noch Fernstehenden in sinnenfälliger Weise gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien bestrebt sind, die Staatsgewalt in immer unverhüllterer Form den Privatinteressen des Kapitals dienstbar zu machen. Alle Machtmittel, über die der Staatsorganismus und die Gesellschaft verfügt, wollen sie zusammenfassen, um sie als Ausbeutungsmittel zu Gunsten des Kapitals zu verwenden, und achten bei der Jagd nach diesem Ziel weder Gesetz noch Recht. Dies rücksichtslose Streben der Reichstagsmehrheit hat unsere Aufklärungsarbeit über die Tendenzen der bürgerlichen Gesellschaft, über die Notwendigkeit der Erringung der politischen Macht durch die arbeitenden Klassen und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ungemein erleichtert. Die Fraktion ist den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei entsprechend auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und geistigen Lebens vorgegangen. So mannigfache Gebiete auch die Tätigkeit der Fraktion erfaßt hat, auf so vielen Gebieten sie auch anregend, anspornend, positiv tätig vorgegangen ist, niemals hat sie Augenblickserfolge halber die Hauptaufgabe aus den Augen gelassen. Sind von der bürgerlichen Mehrheit kleine Besserungen auf einzelnen Gebieten hier und da durch jahrelange Kritik und jahrelanges Drängen erreicht — niemals hat die Fraktion darüber einen Zweifel gelassen, daß nicht das Ziel der am weitesten der Arbeiterklasse entgegenkommenden bürgerlichen Sozialpolitiker das Ziel der Arbeiterklasse sein kann, nämlich, unter möglichst wenig unerträglichen Bedingungen sich ausbeuten zu lassen, sondern, daß ihr Ziel nur die Befreiung von jeder Ausbeutung sein muß. Jedes Zugeständnis muß anspornen, auf dem bisherigen Wege fortzufahren, jede Gewalttat dazu anpeitschen: die Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und der kapitalistischen Warenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion zu beschleunigen. Die Erreichung dieser Umwandlung ist nur durch den Klassenkampf ihres Ziels und der Notwendigkeit ihres Kampfs bewußter Arbeiter gegen den Kapitalismus möglich. Die Versuche der Gegner, durch Gewalttaten die Arbeiter einzuschüchtern und durch Verhüllung der Wahrheit oder durch armselige Brocken einen Teil der Arbeiter von dem Mitkampf dauernd fernzuhalten, prallen schon an der zunehmenden Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital ab. Sie legen aber die verdoppelte Verpflichtung jedem einzelnen auf, die Aufklärungsarbeit den Indifferenten gegenüber vorzunehmen und an seiner Stelle an der wirtschaftlichen und politischen Befreiung der Arbeiterklasse mitzuwirken. Die Fraktion war sich dieser Verantwortung und Pflicht bewußt und hat den ihr anvertrauten Posten in der frohen Siegeszuversicht ausgefüllt, die das Bewußtsein von der Sicherheit und Notwendigkeit des Sieges der Arbeit über das Kapital verleiht.

Anträge.

Tagesordnung.

1. Parteigenossen in Hannover, Berlin I, II, III und IV, Chemnitz, Wunsiedel, Frankfurt a. O., Mannheim, Wahlkreis Greifswald-Grimmen, Nürnberg und München: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Ergebnisse der diesjährigen Reichstagswahlen. Als Referenten die Genossen Bebel und v. Vollmar zu bestimmen."

2. Parteigenossen in Elberfeld: Auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: Die deutsche Rechtsprechung im Civil- und Militär-Strafrecht.

3. Parteigenossen in Essen: Der Parteitag möge über die Einführung eines allgemeinen Reichs-Berggesetzes beraten und die Frage des Achtstundentages als besonderen Punkt auf die Tagesordnung setzen.

4. Die Genossinnen von Altona, Berlin, Dresden IV., V. und VI. Kreis, Elberfeld, Eßlingen, Eichlingshofen, Glauchau, Görlitz, Blankenese a. E., Halberstadt, Iserlohn, Köln a. Rh., Königsberg, Klein-Auheim, Leipzig, Ohrdruf i. Th., Oberreichenbach i. V., Augsburg, Hamburg, Naumburg, Kreis Nieder-Barnim, Magdeburg, Mühlhausen im Elsaß, Quedlinburg, Reichenbach i. V., Stralsund, Kreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Worms, Wittenberge und Oberursel beantragen:

Zu Punkt 5 der Tagesordnung. Der Parteitag erklärt: Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Staat und Gemeinde führt, muß das Frauen-Wahlrecht gefordert, in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden.

4a. Parteigenossen von Frankfurt-Lebus: Bei dem internationalen Bureau zu Brüssel, das den Internationalen Sozialistenkongreß zu Amsterdam für das Jahr 1904 vorbereitet, zu beantragen, daß die Frage der Eroberung des Frauenwahlrechts auf seine Tagesordnung gesetzt werde.

5. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: Während der Tagung des Parteitages eine Konferenz der preußischen Delegierten zu veranlassen, welche einen Meinungsaustausch über die bevorstehenden Landtagswahlen vermitteln soll.

6. Parteigenossen in Gera: Als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Revisionsbestrebungen der Parteitaktik innerhalb der sozialdemokratischen Partei Deutschlands."

Vorstandsbericht.

Taktik.

7. Der Parteivorstand unterbreitet dem Parteitag folgenden Vorschlag zur Entscheidung:

1. Kann es mit den Interessen der Partei für vereinbar erachtet werden, daß Parteigenossen als Redakteure und Mitarbeiter an bürgerlichen Preßunternehmungen tätig sind, in denen an der sozialdemokratischen Partei gehässige oder hämische Kritik geübt wird?

Antwort: Nein!

2. Kann ein Parteigenosse Redakteur oder Mitarbeiter eines bürgerlichen Blattes sein, auf welches obige Voraussetzung nicht zutrifft?

Diese Frage ist zu bejahen, soweit Stellungen in Betracht kommen, in denen der Parteigenosse nicht genötigt wird, gegen die sozialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen dieselbe gerichtete Angriffe aufzunehmen.

Im Interesse der Partei sowohl wie im Interesse der in solchen Stellungen befindlichen Parteigenossen liegt es jedoch, daß den letzteren keine Vertrauensstellungen übertragen werden, weil solche sie früher oder später in Konflikt mit sich und der Partei bringen müssen.

8. Parteigenossen Berlin II: Die Frage der Mitarbeit von Parteigenossen an nichtsozialdemokratischen resp. nicht von Sozialdemokraten herausgegebenen Preßorganen ist durch die Kundgebung des Parteivorstandes nicht erschöpfend geregelt. Ob Redakteure oder Mitarbeiter an solchen Blättern Parteigenossen werden oder bleiben können und inwieweit sie in der Arbeiterbewegung Vertrauensposten bekleiden können, darüber haben die Organisationen je nach der Lage des einzelnen vorliegenden Falles zu entscheiden.

9. Parteigenossen im XII. sächsischen Wahlkreise und Genosse Paul Scholz und 194 Genossen des II. Berliner Wahlkreises schließen sich der Meinungsäußerung des Parteivorstandes vom 2. März 1903 im „Vorwärts" betreffend die Mitarbeiterschaft parteigenössischer Schriftsteller an bürgerlichen Blättern voll und ganz an und erwarten vom Parteitage in Dresden, daß derselbe die Meinung des Parteivorstandes zu der seinigen macht.

10. Parteigenossen in Hamburg II halten es für notwendig, daß die Frage der Mitarbeit von Sozialdemokraten an politischen Preßorganen der Bourgeoisie vom Parteitag einer eingehenden Besprechung unterzogen wird und erwarten, daß durch Parteitagsbeschluß eine Norm geschaffen wird, welche Vorfälle, wie sie in diesem Frühjahr zu lebhaften Debatten Anlaß gaben, für die Zukunft verhindert.

11. Parteigenossen in Hamm (Hamburg III): Den Parteigenossen ist die literarische und journalistische Mitarbeit an bürgerlichen Preßorganen ohne die Genehmigung des Parteivorstandes nicht gestattet.

12. Parteigenossen des elften hannoverschen Wahlkreises: Der Parteitag möge entschieden Stellung nehmen gegen diejenigen Genossen, welche als Mitarbeiter an gegnerischen politischen und sogenannten unparteiischen Zeitungen das Ansehen der Partei schädigen und fortgesetzt der Propaganda unsrer Ideen und der Verbreitung unsrer Parteizeitungen schwere Hindernisse in den Weg legen.

13. Parteigenossen in Essen: Parteigenossen ist es untersagt, Parteipolemiken in bürgerlichen Blättern und Zeitschriften zu führen.

14. Parteigenossen Berlin IV: Es ist Stellung zu nehmen gegen diejenigen Genossen, welche als Mitarbeiter an gegnerischen politischen und sogenannten unparteiischen Zeitungen das Ansehen der Partei schädigen und fortgesetzt der Propaganda unsrer Ideen und der Verbreitung unsrer Parteizeitungen schwere Hindernisse in den Weg legen.

15. Parteigenossen in Stettin halten es mit der Ehre eines Parteigenossen nicht vereinbar, wenn er an bürgerlichen Blättern als Schriftsteller mitarbeitet, die in ihren Spalten gehässige Artikel gegen die Sozialdemokratie aufnehmen; wissenschaftliche oder hochwissenschaftliche Abhandlungen für Zeitschriften zu liefern, dagegen ist nichts einzuwenden.

16. Parteigenossen in Bremen: Parteigenossen dürfen als Redakteure und Mitarbeiter an nichtsozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften nur dann tätig sein, wenn es sich um wissenschaftliche, fachtechnische oder belletristische Journale handelt, die den Kampf gegen die Sozialdemokratie vermeiden.

17. Parteigenossen in Jüterbog, Luckenwalde, Zauch-Belzig: In Anbetracht, daß die bürgerliche Opposition in den Kreisen, in denen sie bei den Stichwahlen zum Reichstag zwischen der Sozialdemokratie

und der Reaktion die Entscheidung in der Hand hatte, letzterer die Mandate in die Hände spielt, beschließt der Parteitag, künftig bei Stichwahlen zwischen zwei bürgerlichen Mandatsbewerbern für die Parteigenossen strengste Stimmenenthaltung.

Organisation.

18. Der Parteivorstand: Dem § 2 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben:

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Die Hälfte der Beisitzer wird von denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andre Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

In Orten oder Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß aus der Gesamtpartei gleich zu achten. Der Ausschluß aus einer solchen Organisation darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den **Beteiligten** binnen sechs Wochen die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

19. Parteigenossen in Hamburg III: § 2 Abs. 2 der Parteiorganisation folgende Fassung zu geben: „Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Partei-Organisationen der einzelnen Orte; bei Einzelmitgliedern der Parteivorstand. Gegen die Entscheidung steht den Betroffenen die Berufung an die Kontrolleure und in letzter Instanz an den Parteitag zu."

20. Parteigenossen in Berlin III: Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitage einen Entwurf vorzulegen, der die Vertretung der Fraktion und der Kontrolleure auf dem Parteitage neu regelt.

21. Parteigenossen im Wahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, Berlin I, II, IV, VI, Stettin: Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitage einen Entwurf vorzulegen, welcher die Vertretung der Fraktion auf dem Parteitage neu regelt.

22. Parteigenossen in Chemnitz: Die Reichstags-Fraktion hat sich auf dem Parteitage durch Delegierte vertreten zu lassen.

23. Parteigenossen in Leipzig-Land: Die Reichstags-Fraktion hat sich künftig nur durch eine entsprechende Zahl ihrer Mitglieder auf dem Parteitage vertreten zu lassen.

24. Parteigenossen des IV. sächsischen Wahlkreises: § 9 Absatz 2 unsres Organisationsstatuts: „Die Mitglieder der Reichstags-Fraktion" zu streichen und dafür zu setzen: „Der Vorstand der Reichstags-Fraktion".

25. Parteigenossen des I. und II. württembergischen Wahlkreises: Den § 9 unsres Parteistatuts dahin abzuändern, daß zur Teilnahme

am Parteitag (Ziffer 2 des § 9) nicht sämtliche Reichstagsabgeordnete, sondern nur eine Abordnung der Reichstagsfraktion berechtigt ist. Die Zahl der dazu zu entsendenden Genossen soll der Parteitag festsetzen.

26. Parteigenosse Windhoff und drei Genossen in Düsseldorf: Dem zweiten Absatz des § 2 des Organisationsstatuts folgendes hinzuzufügen:

„Letzterer ist verpflichtet, das Schiedsgericht innerhalb vier Wochen nach Eingang des Antrages einzuberufen."

27. Parteigenossen im XI. hannoverschen Wahlkreise: Die Vertretung auf dem Parteitage nach dem Verhältnis der abgegebenen sozialdemokratischen Reichstags-Wahlstimmen zu regeln. Reichstagsmitglieder, welche ohne Delegiertenmandat auf dem Parteitage erscheinen, sollen nur beratende Stimme haben, auch sollen die Kosten für diese Abgeordneten von ihren Wahlkreisen getragen werden. Die Vertretung der Reichstags-Fraktion auf dem Parteitage soll dem Fraktionsvorstand obliegen.

28. Parteigenossen in Berlin III: Die Vertretungsfrage auf dem Parteitage in der Weise zu regeln, die zum Proportional-Wahlsystem führt und zwar etwa so, daß Wahlkreise, welche bei der vorherigen Reichstagswahl bis zu 5000 sozialdemokratische Stimmen brachten, einen Delegierten, von 5—20 000 zwei und über 20 000 drei Delegierte entsenden können.

29. Parteigenossen in Bremen:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, dem nächsten Parteitag zu berichten, ob sich eine Aenderung des § 9 des Organisationsstatuts unter Berücksichtigung folgender Vorschläge empfiehlt:

Die Vertretung der Wahlkreise auf den Parteitagen soll sich in Zukunft nach der Zahl der bei der vorhergehenden Reichstagswahl aufgebrachten sozialdemokratischen Stimmen richten, und zwar sollen Kreise, welche aufgebracht haben: bis zu 10 000 Stimmen 1, bis zu 25 000 Stimmen 2 und über 25 000 Stimmen 3 Delegierte entsenden können; jedoch mit der Einschränkung, daß Wahlkreise mit weniger als 1500 Stimmen ihr Mandat dem Delegierten eines andern Kreises zu übertragen haben.

Die Delegationskosten zu den Parteitagen werden von der Parteikasse getragen; doch sind zu deren Deckung die Partei-Organisationen der zur selbständigen Delegation berechtigten Wahlkreise verpflichtet, einen noch näher festzusetzenden Prozentsatz ihrer Jahreseinnahme — als besondern Beitrag — an die Parteikasse abzuführen.

30. Parteigenossen in Leipzig-Land und Chemnitz: Die Zahl der Delegierten eines Wahlkreises zum Parteitag darf nicht zwei überschreiten.

31. Parteigenossen in Marburg: Gründung eines Fonds zur Bestreitung der Reisekosten der Delegierten zum Parteitag.

32. Parteigenossen in Koburg: Auf Antrag des Kreis-Vertrauensmannes bezw. des Vorstandes der Kreisorganisation ist der Parteivorstand verpflichtet, für einen Delegierten zum allgemeinen Parteitage die Reisekosten (3. Wagenklasse hin und zurück) aus der Parteikasse zu bewilligen. Die Diäten des einen sowie Diäten und Reisekosten für die weiteren Delegierten werden auch ferner von den Wahlkreisen getragen.

33. Parteigenossen in Brakel bei Dortmund: Der Parteivorstand wird auf zwei Jahre gewählt. Nach zwei Jahren scheidet die Hälfte des Vorstandes aus, an deren Stelle werden andre gewählt. Die Ausgeschiedenen können in den ersten zwei Jahren nicht als Vorstandsmitglieder wiedergewählt werden.

34. Parteigenossen in Düsseldorf: Es ist eine einheitliche Partei-Organisation zu schaffen, welche eine bessere Fühlung mit dem Parteivorstand sowie mit den Parteigenossen unter sich ermöglicht.

35. Parteigenosse Erbe in Hamburg: Jedes Mitglied der Partei zahlt einen jährlichen Beitrag von 3 Mk. Eventuell für Stadtgebiete diesen Beitrag, für Landgebiete 1 Mk. Zur Legitimation sind einheitliche Mitgliedskarten herzustellen.

36. Parteigenossen in Köln a. Rh., Kalk und München-Gladbach halten es für notwendig, daß für die Bezirke, wo die Agitation mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist — namentlich gilt das für die Centrumsgegenden —, besoldete Parteisekretäre angestellt werden; da, wo die Parteigenossen das nicht aus eignen Kräften können, hat der Parteivorstand die nötige Unterstützung zu leisten.

37. Parteigenossen in Siegen: Den Parteivorstand zu beauftragen, in solchen Kreisen, in denen die Bewegung noch keinen festen Fuß fassen konnte, einem angestellten Kolporteur für Parteiliteratur durch event. Unterstützung ein gewisses Einkommen zu sichern.

38. Parteigenossen in Düsseldorf: In Städten, wo es angängig ist, Kurse zu errichten, um begabte Parteigenossen als Referenten auszubilden.

39. Parteigenossen in Chemnitz: Der Parteivorstand möge erwägen, wie am besten und schnellsten eine Schule ins Leben gerufen werden kann, in der Parteigenossen zu Referenten und Redakteuren herangebildet werden.

Agitation.

40. Parteigenossen in Düsseldorf: Der Parteitag möge beschließen, eine durchgreifende Aufklärungsarbeit über das Wissenswerte ist unverzüglich einzuleiten. Dieselbe ist von einer eventuell zu diesem Zweck zu schaffenden Centralstelle planmäßig zu organisieren und auszuführen.

41. Die Parteigenossen in Fürth beantragen: Zur Entlastung des Parteivorstandes ist eine Agitationskommission zu bilden, die mit den Provinzial- und Landesvorständen der Partei stete Fühlung zu unterhalten hat.

Aufgabe der Kommission ist die Organisation einer systematischen Agitation in Wort und Schrift, mit besonderer Berücksichtigung unsrer Forderungen an die bürgerliche Gesellschaft.

Diese Kommission soll von den Genossen am Sitze des Parteivorstandes gewählt und ihrem Vorsitzenden Sitz und Stimme im Parteivorstand eingeräumt werden.

42. Parteigenossen in Elbing: Die Partei möge unter den Proletariern, die alljährlich zur Armee eingezogen werden, vor dem Eintritt in dieselbe in geeigneter Weise Propaganda für den Sozialismus machen. Insbesondere sind die künftigen Soldaten über ihre Pflicht gegenüber dem sogen. „inneren Feinde" aufzuklären.

Presse.

43. Parteigenossen in Marburg: Der Parteitag wolle beschließen: Dem Centralorgan bezüglich seiner Haltung den lokalen Organisationen gegenüber in taktischen Fragen bestimmte, nicht über die kritischen Aufgaben hinausgehende Grenzen anzuweisen.

44. Parteigenossen in Schöneberg: Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, den „Vorwärts" und die Parteiliteratur zu verbilligen.

45. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: Verhandlungen zu versuchen, durch welche die bestehenden Monats-, Halbmonats- und Wochenschriften unsrer Partei („Neue Zeit", „Sozialistische Monatshefte", „Kommunale Praxis" und das angekündigte Braunsche Wochenblatt) vereinigt und zu einer großen, vielseitigen Revue über alle Strömungen und Bestrebungen unsrer Partei zu möglichst billigem Preise ausgebaut werden.

Neue Welt, März- und Mai-Zeitung.

46. Parteigenossen in Teltow-Beeskow 2c.: Zu erwägen, ob bezüglich der Illustrationen der „Neuen Welt" nicht eine Aenderung dahingehend getroffen werden kann, daß dieselben besser ausgeführt resp. die „Neue Welt" auf besserem Papier gedruckt wird.

Ebenso ist mehr Sorgfalt auf die Ausführung sowie die Motive der März- und Mai-Zeitung zu verwenden.

47. Parteigenossen in Schmargendorf: Die „Neue Welt" und die Unterhaltungs-Beilage des „Vorwärts" sind mit in den Dienst der theoretischen Ausbildung der Massen zu stellen. In den genannten Blättern sind außer neuen Aufsätzen national-ökonomischen Inhalts auch ältere Parteischriften, die dauernden Wert haben, abzudrucken.

Jugend-Literatur.

48. Parteigenosse Langemach in Frankfurt a. M.: Ersatz für die eingegangene Zeitschrift „Hütte" zu schaffen oder ihr Wiedererscheinen möglich zu machen.

49. Parteigenossen in Magdeburg: Der Parteivorstand möge mehr als bisher die Herausgabe der Jugend-Literatur pflegen.

Arbeiter-Notizkalender.

50. Parteigenossen von Teltow-Charlottenburg: Der Preis des Arbeiter-Notizkalenders ist von 60 Pf. auf 50 Pf. herabzusetzen.

Annoncen.

51. Parteigenossen in Rothenburg a. T.: Lotterieanzeigen jeder Art dürfen in Parteiblättern nicht veröffentlicht werden.

52. Parteigenossen in Breslau: Die Parteipresse ist gehalten, vor der Annoncierung von Arbeitergesuchen Erkundigungen bei den betreffenden Organisationen einzuziehen.

Broschüren und Flugblätter.

53. Parteigenossen des XVIII. sächsischen Wahlkreises: Sämtliche im Parteiverlage (Vorwärts-Buchhandlung) erscheinende Broschüren-Literatur ist in einheitlichem Formate herzustellen.

54. Parteigenossen von Bielefeld-Wiedenbrück: Die in Parteibuchhandlungen erscheinenden Broschüren sollen mehr den volkstümlichen Preisen angepaßt werden.

55. Parteigenossen in Bremen: In Anbetracht der, besonders in den letzten Jahren vorgekommenen unerhörten Gesinnungsriechereien in den Militärvereinen und in Anbetracht der damit verbundenen Eingriffe in die politischen Rechte der Mitglieder derselben, wird der Parteivorstand beauftragt, alljährlich ein Flugblatt herauszugeben, in welchem die Reservisten nach Absolvierung ihrer Dienstzeit unter Bezugnahme besonders krasser Fälle hingewiesen werden auf die eventuellen materiellen sowie politisch freiheitlichen Schädigungen, welche mit dem Beitritt zu genannten Vereinen verbunden sind.

Dies Flugblatt ist zur geeigneten Zeit den Parteivereinen oder örtlichen Vertrauenspersonen zur Verbreitung zu empfehlen und zum möglichst billigen Preis abzugeben.

56. Parteigenossen in Berlin I und IV: Der Parteivorstand wird beauftragt, eine zur Massenverbreitung geeignete Broschüre herauszugeben, welche das heutige Militärsystem und die damit verbundenen Mißhandlungen behandelt.

57. Parteigenossen des fünften nassauischen Wahlkreises: Eine Agitationsbroschüre mit dem jedesjährigen Bericht der Reichstags-Fraktion Erläuterungen zu unsrem Parteiprogramm und Auslegung der Gründe, weshalb unsre Reichstags-Abgeordneten gegen die einzelnen Arbeiter-Versicherungen ge-

stimmt haben, speziell für die noch wenig aufgeklärten ländlichen Kreise herauszugeben und entweder zum Selbstkostenpreise an die Kreis-Wahlvereine und Komitees zur Gratisverteilung abzugeben, oder die Herstellungskosten ganz aus der Centralkasse zu bestreiten.

58. Parteigenossen des dritten braunschweigischen Wahlkreises: Den Parteivorstand zu beauftragen, die wichtigsten Reden über den Bahn- und Post-Etat in Broschürenform herauszugeben und an die betreffenden Beamten zu verteilen.

59. Parteigenosse Erbe in Hamburg: Einen kleinen Kommentar herauszugeben, enthaltend Programm, Organisations-Statut der Partei, alle Namen, Adressen der Parteiblätter, Gewerkschaftsblätter, Arbeitersekretariate, Gewerkschaftshäuser, Einrichtung 2c. und Einiges über Genossenschaften. Dieser Kommentar ist jedem Mitglied, ebenso Neueintretenden gratis auszuhändigen.

Maifeier.

60. Parteigenossen in Friedberg-Büdingen: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, jedes Jahr am 1. Mai ein Flugblatt herauszugeben, in dem in für die Masse verständlicher Form die Forderungen der Arbeiter beleuchtet werden, damit dasselbe in großen Massen verbreitet und damit mehr als bisher für unsre Maiforderungen Propaganda gemacht werden kann.

61. Parteigenossen in Bremen, im vierten und im fünften sächsischen Wahlkreise: Der Parteitag möge sich für die Beibehaltung der Maifeier in ihrem bisherigen Charakter entscheiden.

62. Parteigenossen in Magdeburg: Die Maifeier von Partei wegen nicht etwa einzuschränken, sondern die Agitation für dieselbe intensiver als je zu betreiben.

63. Parteigenossen in Düsseldorf und Berlin VI: Auf dem Parteitage für vollständige Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten.

63a. Kreiskonferenz Nieder-Barnim: Die Maifeier soll mehr als bisher in den Vordergrund gerückt werden. Die Feier hat am 1. Mai zu erfolgen.

64. Parteigenossen in Breslau: Der Parteitag möge der Maifeier-Resolution folgenden Wortlaut geben:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 macht es der Parteitag den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, am 1. Mai für die Klassenforderungen des Proletariats, insbesondere aber für einen ausreichenden Arbeiterschutz und für Verkürzung der Arbeitszeit, durch Veranstaltung von Versammlungen am Abend des 1. Mai zu demonstrieren."

65. Parteigenossen in München-Gladbach: Die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen.

Programm.

66. Parteigenosse Welker in Wiesbaden: I. Dem Punkte 6 des Parteiprogramms folgende Fassung zu geben:

6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Daraus sich ergebende Forderungen:

a) Trennung zwischen Staat und den heutigen Kirchen;
b) Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken;
c) Entfernung des konfessionellen Religionsunterrichts aus der Schule;

d) Ersatz desselben durch einen Moralunterricht ohne metaphysische Voraussetzungen, einen umfassenden naturwissenschaftlichen Unterricht, einen wissenschaftlichen Unterricht in der Religionsgeschichte;

e) Verbot der Erteilung jeglichen Glaubensunterrichtes an Kinder unter 16 Jahren;

f) Bekämpfung aller religiösen Wahnvorstellungen durch Aufklärung ihrer Anhänger;

g) Austritt aus konfessionellen Religionsgemeinschaften, deren Glauben man nicht mehr teilt.

II. Der Parteitag beschließt, als notwendige Folge dieser Forderungen nachstehende Ergänzung des Organisationsstatuts vorzunehmen:

„Nur solche Personen, die keiner konfessionellen Religionsgemeinschaft angehören, dürfen Parteiämter bekleiden und von der Partei als Kandidaten für Kommunal-, Land- und Reichstagswahlen aufgestellt werden."

67. Parteigenosse Woischnig in Frankfurt a. O.: Der Parteitag möge selbst, oder möge versuchen, durch von ihm ausgehende Weisungen in der Agrar-, speziell aber Grund- und Bodenfrage ein klares, einheitliches Bild und Ziel zu schaffen.

68. Parteigenosse Reinke, Barmstedt: Dem Programm folgenden Schlußsatz anzufügen: „Verwendung der auf Grund der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung angesammelten Reservefonds im Interesse der Arbeiterschaft — in erster Linie zum Erwerb von Grundeigentum in möglichst zusammenhängenden Flächen; wenn notwendig, unter Anwendung des Enteignungsrechtes. Bewirtschaftung dieser Ländereien für Rechnung der Versicherungsanstalten, jedoch in arbeiterfreundlichem Sinne".

Parlamentarisches.

69. Parteigenossen in Marburg: Das Verhalten der Reichstags-Fraktion zur Regierung hat überall und jederzeit den republikanisch-demokratischen Prinzipien unsrer Partei zu entsprechen.

70. Parteigenossen in Stettin: Die Fraktion hat tunlichst bald dem Reichstage einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, wonach das Koalitionsrecht so ausgebaut wird, daß es von Gerichten und der Polizei nicht mehr angetastet werden kann.

71. Parteigenossen in Elberfeld: Die Fraktion wird beauftragt, in der kommenden Session des deutschen Reichstages unverzüglich die Anträge auf Beseitigung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen und die Schaffung eines ausreichenden Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes zu wiederholen.

72. Parteigenossen in Berlin I: Die Reichstags-Fraktion wird mit der Einleitung einer planmäßigen Propaganda gegen den Militarismus durch Einbringung eines Gesetzentwurfs beauftragt, unter besonderer Betonung folgender Forderungen:

a) Abschaffung der Militärjustiz und des Militär-Strafrechts.

b) Anerkennung des Rechts auf Notwehr gegen Mißhandlungen.

c) Allgemeine einjährige Dienstzeit.

73. Parteigenossen im zweiten württembergischen Wahlkreise: Die Reichstags-Fraktion möge in möglichster Bälde im Reichstag für die Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens durch Schaffung einer Reichs-Betriebsgemeinschaft und für eine Verbilligung der Personentarife eintreten.

74. Parteigenossen in Teltow-Charlottenburg: Die Fraktion zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die Reichstagswahlen künftighin Sonntags stattfinden.

75. Parteigenossen in Kassel: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird ersucht, nach Tunlichkeit dafür Sorge zu tragen, daß die Mandatsprüfungen der Abgeordneten wo nicht vor Eintritt in die meritorischen Verhandlungen, so doch wenigstens nach Beendigung des ersten Jahres nach dem Zusammentritt erledigt werden.

76. Parteigenossen in Jüterbog: Die Fraktion soll einen Antrag einbringen, wonach denjenigen Abgeordneten, deren Wahl von der Wahlprüfungs-Kommission beanstandet wird, bis zur endgültigen Entscheidung Sitz und Stimme im Reichstage aberkannt wird.

77. Parteigenossen in Elbing, Hildesheim und elften hannoverschen Wahlkreise: Die sozialdemokratische Fraktion hat dahin zu wirken, daß die Regierungen bei künftigen Wahlen eine einheitliche Form über die Beschaffenheit der Wahlurnen anordnen.

78. Parteigenossen in Elbing: Die Wahlurnen müssen verschließbar sein. Die Stimmen werden nach Beendigung des Wahlaktes nicht gezählt, sondern die verschlossene Urne wird an den Wahlkommissar eingesandt, der dann das Ergebnis des ganzen Kreises feststellt.

79. Parteigenossen in Flensburg: Einen Antrag zu stellen, der den Behörden die Pflicht auferlegt, jedem Abgeordneten eines Wahlkreises — einerlei, welche politische Parteirichtung derselbe auch vertritt — zwecks Berichterstattung seiner parlamentarischen Tätigkeit passende Versammlungslokale zur Verfügung zu stellen.

80. Parteigenossen in Elberfeld: Bei den kommenden Novellen zur sozialen Versicherungs-Gesetzgebung ist energisch dafür einzutreten, daß alle im Interesse der Versicherten geschaffenen Verbesserungen rückwirkende Kraft erhalten.

81. Parteigenossen in Essen: Es ist für eine wirksame Bekämpfung der Wurmkrankheit durch gesetzliche Maßnahmen im Reichstage einzutreten.

82. Parteigenossen im Wahlkreise Straßburg-Land: Bei Beginn der nächsten Legislaturperiode einen Antrag auf Einführung des gesetzlichen Zehnstundentages zu stellen und mit aller Kraft auf die Erlangung dieses vorläufig erreichbaren Zieles hinzuwirken.

83. Parteigenossen in Bremen, Elberfeld und Bromberg: Es sei die Agitation für den Achtstundentag in Zukunft energischer als bisher zu gestalten; es ist erforderlich, daß die Reichstags-Fraktion in Bälde mit einem die Einführung des gesetzlichen achtstündigen Normalarbeitstages bezweckenden Gesetzentwurf hervortritt und im Reichstage mit aller Energie für dessen Realisierung Sorge trägt.

84. Parteigenossen in Kassel: Die Reichstags-Fraktion ist verpflichtet, für die verschiedenen Fächer der Sozialgesetzgebung Kommissionen einzusetzen, welchen die Aufgabe zufällt, das dazu erforderliche Material zu sichten und zu verarbeiten.

85. Die Parteigenossinnen in Berlin, Dresden IV., V. VI. Kreis, Elberfeld, Eßlingen, Eichlingshofen, Glauchau, Görlitz, Blankenese a. E., Halberstadt, Iserlohn, Köln a. Rh., Königsberg, Klein-Auheim, Leipzig, Ohrdruf i. Th., Oberreichenbach i. V., Augsburg, Naumburg, Kreis Nieder-Barnim, Magdeburg, Mülhausen i. Els., Quedlinburg, Reichenbach i. V., Stralsund, Kreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Worms, Wittenberge und Oberursel:

Die Reichstags-Fraktion möge energisch eintreten für:

1. Einführung des gesetzlichen Achtstundentages für alle erwachsenen Arbeiterinnen, der durch eine stufenweise Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf zehn beziehungsweise neun Stunden für eine kurze, gesetzlich bestimmte Uebergangszeit vorbereitet werden kann;

für die jugendlichen Arbeiterinnen die Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit auf vier beziehungsweise sechs Stunden, Erhöhung der Altersgrenze auf achtzehn Jahre und Einführung eines obligatorischen Fortbildungs-Unterrichts, in dessen Schulplan Haushaltungsunterricht, Gesundheitslehre und Säuglingspflege einzubeziehen sind;

für alle Arbeiterinnen die Abschaffung der Ueberstundenarbeit und Freigabe des Sonnabendnachmittag.

2. Absolutes Verbot der Nachtarbeit für Frauen.

3. Verbot der Verwendung von Frauen bei allen Beschäftigungsarten, welche dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind.

Gesetzliche Förderung der Einführung solcher Vorrichtungen in Fabriken und Werkstätten, die die Gesundheit der darin Beschäftigten schützen. Ersatz gesundheitsschädlicher, im Arbeitsprozeß zur Verwendung gelangender Materialien durch gesundheitlich indifferente.

4. Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die Hausindustrie entsprechend der Resolution des vierten Gewerkschaftskongresses zu Stuttgart.

5. Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren.

6. Aktives und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Gewerbegerichten.

7. Sicherung völliger Koalitionsfreiheit für die Arbeiterinnen.

8. Verbot der Beschäftigung von Frauen acht Wochen nach der Niederkunft, wenn das Kind lebt, sechs Wochen nach der Niederkunft bei Tot- und Fehlgeburten oder im Fall des Ablebens des Kindes.

Recht der Schwangeren auf kündigungslose Einstellung der Arbeit, sobald im weiteren Verlauf der Schwangerschaft durch den normalen Schwangerschaftszustand bedingte Anzeichen sich geltend machen, welche die Arbeit erschweren.

Beseitigung der Ausnahmebewilligungen, welche auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses die Wiederaufnahme der Arbeit vor Ablauf der festgesetzten Schutzfrist gestatten.

Ausgestaltung der Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge seitens der Krankenkassen durch:

Zubilligung eines Pflegegeldes an Schwangere und Wöchnerinnen für die Dauer der Schutzfrist in der vollen Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Obligatorische Ausdehnung der betreffenden Bestimmungen auf die Frauen der Kassenmitglieder.

Die Möglichkeit für die Durchführung dieser Bestimmungen ist zu schaffen durch Vereinheitlichung der Krankenversicherung, Zusammenschluß der Kassen zu kapitalkräftigen Verbänden, weitgehendes Selbstverwaltungsrecht der Versicherten und Zuschüsse vom Staat.

Errichtung von Entbindungsanstalten, Schwangeren- und Wöchnerinnenheimen, Beschäftigungsanstalten für stillende Mütter, Organisation der Wöchnerinnenhauspflege durch die Gemeinde.

85a. Parteigenossen des Kreises Frankfurt-Lebus: In der nächsten Legislaturperiode dem Reichstag einen Antrag vorzulegen, der die Ausdehnung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts auf die Frauen fordert.

86. Parteigenossen in Essen: Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion wird beauftragt, im Reichstag bei Beratung der Materie Erbschaftssteuer auf erweiterte Besteuerung zu dringen.

87. Parteigenossen in Bromberg: Die Fraktion wird ersucht, den jüngsten Bromberger Landfriedensbruchprozeß mit seinem harten Urteil, sobald sich eine Gelegenheit bietet, im Reichstage zur Sprache zu bringen.

88. Parteigenosse Erbe in Hamburg: Zur Bekämpfung der Lungenkrankheiten bringt die sozialdemokratische Partei im Reichstage nachstehenden Antrag ein:

Da die Seeluft erwiesenermaßen von Salz geschwängert ist und dadurch desinfizierender auf die Lunge wirkt als Landluft, auch eine Kur in einem Seebade eine schnellere Besserung, auch nach Genesung größere Widerstandskraft verleiht, — stellt die Reichsregierung die entsprechenden Mittel bereit zur Errichtung von Heilstätten auf den Inseln der Nord- und Ostsee, sowie zum Bau von Krankenschiffen.

89. Parteigenossen im neunten badischen Wahlkreise, Berlin II, III, Magdeburg, Wurzen, Stettin, Hannover, Düsseldorf, XVII. sächsischen Wahlkreise, Stuttgart: Die Fraktion hat den Anspruch auf den Sitz im Präsidium des Reichstages zu erheben, jedoch nur ohne jede Uebernahme konventioneller Pflichten.

90. Parteigenossen in Mannheim: Es hat unsre Fraktion ihren Anspruch auf die Besetzung des Vizepräsidiums im Reichstage unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Sie setzt in das Taktgefühl und Selbstbewußtsein des eventuell Gewählten das Vertrauen, daß er bei Ausübung der ihm auferlegten Pflichten die Würde der Volksvertretung und die Machtstellung seiner Partei zu wahren weiß.

91. Parteigenossen in Köln-Stadt wünschen, daß der Fraktion die Lösung der Vizepräsidenten-Frage überlassen bleibt. Sie haben zu den gewählten Vertretern der Sozialdemokratie das Vertrauen, daß sie die Frage in einer das Interesse und die Ehre der Partei wahrenden Weise entscheiden werden.

Parteitag.

92. Parteigenossen in Schöneberg: Die künftigen Parteitage zwischen Weihnachten und Neujahr abzuhalten.

93. Parteigenossen in Stettin und Greifswald-Grimmen: Den Parteitag 1904 in Stettin abzuhalten.

94. Parteigenossen in Mannheim und Heidelberg: Den Parteitag 1904 in Mannheim abzuhalten.

95. Parteigenossen in Darmstadt und der Landeskonferenz in Arheiligen: Den Parteitag 1904 in Darmstadt abzuhalten.

96. Parteigenossen in Braunschweig: Den Parteitag 1904 in Magdeburg abzuhalten.

97. Parteigenossen in Bremen: Den Parteitag 1904 in Bremen abzuhalten.

98. Parteigenossen in Essen: Den Parteitag 1904 in Essen abzuhalten.

99. Parteigenossen in Berlin V: Den Parteitag 1904 in Berlin abzuhalten.

Resolutionen.

100. Parteigenossen in Teltow-Charlottenburg: Der Wahlsieg vom 16. Juni verpflichtet die Sozialdemokratie zu gesteigerten und vertieften Anstrengungen, um positiven Einfluß auf das Geschick der deutschen Politik zu gewinnen. Nicht nur in der Kritik der herrschenden Klassen und ihrer Politik, nicht nur in der Abwehr der volksfeindlichen Angriffe der Reaktion, auch nicht in der bloßen Verbesserung von Regierungsvorlagen und anregenden Anträgen erschöpft sich unsre Aufgabe. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist durch das Vertrauen der Wähler zur berufenen Gesetzgeberin des deutschen Volkes geworden. Je mehr die bureaukratische Regierung für die Interessen der herrschenden Klassen in unfruchtbarer Flickarbeit oder dreisten und sinnlosen Angriffen wider die im Proletariat sich vollziehende notwendige geschichtliche Ent-

wicklung versteinert, um so größer ist die Pflicht der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion, die unermeßliche Schöpferkraft des demokratischen und sozialistischen Prinzips für die aktuelle Gesetzgebung fruchtbar zu machen. Eine solche Thätigkeit erzielt dreierlei: Sie bewirkt nützliche und bedeutsame Reformen, sie deckt die geistige Armseligkeit und gehässige Beschränktheit der Sachwalter der kapitalistischen Klassen und ihrer regierenden Agenten auf sie zeigt endlich die Grenze und die Schranke, wo innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung entscheidende Verbesserungen unmöglich werden, und wirkt dadurch aufklärend über und für das sozialdemokratische Programm. Bis zu dieser Grenze und Schranke, von der wir noch weit entfernt sind, zu gehen und alles Mögliche wirklich zu machen, ist unsre Aufgabe in der Tagespolitik. — Zu diesem Zwecke und zugleich im Interesse der Stärkung des Parlamentarismus selbst wird die sozialdemokratische Fraktion beauftragt, in Gestalt von ausgearbeiteten Gesetzentwürfen die wichtigsten Fragen der gegenwärtigen Situation in Angriff zu nehmen. Den einzelnen Gesetzentwürfen sind umfassende Begründungen und Denkschriften beizugeben, und es ist zu veranlassen, daß auch diese Begründungen, dem Brauch andrer Parlamente gemäß, in die amtlichen Drucksachen des Reichstages aufgenommen werden; zugleich sollen Reichstags-Drucksachen zu möglichst billigem Preise jedermann zugänglich gemacht werden, etwa nach dem Vorgange des „Reichs-Arbeitsblattes". Von den Gegenständen, die in erster Linie durch solche positiven, eingehend begründeten sozialdemokratischen Gesetzentwürfe zu bearbeiten wären, sind zu nennen: Reichs-Finanzreform, Arbeiterschutz, Koalitionsschutz-Gesetz, systematische Militärreform, Minister-Verantwortlichkeit, Reichs-Schulgesetz und Revision des Strafrechts.

101. Parteigenossen in München-Gladbach erklären sich einstimmig für das Festhalten an unsren Prinzipien und für die Beibehaltung der bisherigen Taktik.

102. Parteigenossen Berlin V erklären sich mit der bisherigen Taktik der Partei einverstanden. Sie erblicken in dem Ausfall der Reichstagswahlen eine gewaltige Kundgebung und Aufforderung, den Kampf gegen die Reaktion in allen ihren Schattierungen weiter zu führen ohne jede Konzession an bürgerliche Anschauungen und Staatsmännereien und erwartet angesichts der sich immer mehr verschärfenden Klassengegensätze auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete eine scharfe und energische Vertretung der Klassenforderungen des Proletariats.

103. Parteigenossen in Berlin I erklären, daß für die Partei keinerlei Grund vorliegt, zur Zeit in irgend einer Form oder bei irgend einer Frage von ihren alten proletarisch-revolutionären Grundsätzen und taktischen Maßnahmen abzugehen. Die Parteiversammlung erwartet vom Dresdener Parteitag, daß er dieser Anschauung in nicht mißzuverstehender Weise unzweideutig Ausdruck giebt.

104. Parteigenossen in Berlin IV sehen in der Art, wie Genosse Bernstein die Vizepräsidenten-Frage in der Oeffentlichkeit behandelt hat, bevor er seine Meinung in der Fraktion, deren Mitglied er ist, vertreten hat, eine Taktlosigkeit, welche der Partei mehr schadet als nützt, und erwarten, daß Genosse Bernstein sich künftig bei Wahrung aller Meinungsfreiheit mehr dem Interesse der Partei als dem Sensationsbedürfnis anpaßt. Die Versammlung spricht ihre Mißbilligung in schärfster Form allen den Genossen aus, welche in dieser Sache sich zu Mitschuldigen Ed. Bernsteins gemacht haben.

105. Parteigenossen in Berlin II und VI: Die Parteigenossen des zweiten und der Wahlverein des sechsten Berliner Kreises stehen auf dem Standpunkt, daß unsre Reichstags-Fraktion das parlamentarische Recht für sich in Anspruch nimmt, die erste Vizepräsidentenstelle zu besetzen, es aber ablehnt, dafür die Bedingung zu erfüllen, zu Hofe zu gehen. Der II. und VI. Kreis ist der Ueberzeugung, daß die Anregung der ganzen Frage aus einer maßlosen Ueberschätzung des Parlamentarismus entstanden ist, daß die Frage wohl für bürgerliche Kreise

ein so großes Interesse haben könnte, nicht aber für die sozialdemokratische Partei. Im übrigen erwartet der II. und VI. Kreis, daß die Genossen endlich aufhören, sich in allerlei Phantastereien zu ergehen, und daß sie mehr den notwendigen praktischen Aufgaben der Partei ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

106. Parteigenossen in Leipzig-Stadt: Die heutige Versammlung des Wahlvereins des 12. Reichstags-Wahlkreises (Leipzig-Stadt) erwartet, daß der Parteitag zu Dresden in der aufgeworfenen Vizepräsidentenfrage die Entscheidung trifft und unterbreitet zu dem Zwecke dem Parteitag folgenden Antrag:

Der Parteitag protestiert gegen die Zulassung irgend welcher Beteiligung von Parteivertretern an monarchischen Huldigungen;

er mißbilligt entschieden die seit Jahren wiederholt zu tage getretenen revisionistischen Bestrebungen einzelner Genossen und bestimmter Richtungen in taktischen und parteigrundsätzlichen Fragen;

der Parteitag lehnt es bestimmt ab, den Klassenkampfcharakter unsrer Partei aus Gründen vermeintlicher politischer Vorteile jemals verwischen zu lassen.

107. Parteigenossen in Leipzig-Land: Die Parteiversammlung des 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises spricht sich mit Entschiedenheit gegen die von Bernstein, Vollmar und andern vertretenen Ansichten inbezug auf die Vizepräsidentenfrage im Reichstage aus. Die Versammlung wendet sich vor allem dagegen, daß solche Fragen von der Fraktion entschieden werden sollen, sie hält vielmehr den Parteitag als die einzig richtige Instanz, derartige Fragen zu klären. Im weiteren erwartet die Versammlung, daß der Parteitag gegen die immer deutlicher auftretenden Bernsteinereien in der Partei ein entscheidendes Wort spricht.

108. Parteigenossen im vierten hannoverschen Wahlkreise: Der Parteitag erwartet von der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion, daß diese getreu der bisherigen Gepflogenheit Anspruch erhebt auf eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung im Reichstagspräsidium. Er hegt zur Fraktion aber auch das Vertrauen, daß diese an der seitherigen Taktik festhält, indem sie es mit Entschiedenheit zurückweist, Verpflichtungen zu übernehmen, die weder von der Verfassung noch von der Geschäftsordnung des Reichstags gefordert werden. Ohne die freie Meinungsäußerung innerhalb der Partei antasten zu wollen, bedauert aber dennoch der Parteitag die Art und Weise, wie der Genosse Reichstags-Abgeordneter Eduard Bernstein Stellung zu der obigen Angelegenheit genommen hat.

109. Parteigenossen für Reuß j. L. und Crefeld: Der Parteitag für Reuß j. L. und die Parteigenossen in Crefeld halten es für das parlamentarische Recht unsrer Reichstags-Fraktion, entsprechend ihrer Stärke einen Sitz im Präsidium des Reichstags zu beanspruchen; sie weisen es aber ganz entschieden zurück, daß dabei andre als durch die Geschäftsordnung des Reichstags vorgeschriebene Bedingungen erfüllt werden.

Die Parteigenossen erblicken in dem Vorschlage Bernsteins über die Besetzung der Vizepräsidenten-Stelle eine Aenderung unsrer bisherigen altbewährten Taktik und erwarten vom Parteitag, den immer wieder auftretenden Tendenzen auf Aenderungen derselben gegenüber ein entschieden abweisendes Wort. Die Parteigenossen mißbilligen ferner auf das schärfste die Art und Weise des Vorgehens des Genossen Bernstein in der Vizepräsidenten-Frage.

109a. Kreiskonferenz Nieder-Barnim: Die Versammelten erklären sich entschieden gegen die Bestrebungen einzelner Parteigenossen, welche dahin gehen, die Partei von ihrer bewährten Kampfesweise abzubringen und durch Konzessionen an die bürgerlichen Parteien anscheinende Erfolge zu erringen, die sich sicher als Scheinerfolge erweisen werden. Die Kreiskonferenz spricht weiter die Erwartung aus, daß der Parteitag entschieden Stellung nehmen werde gegen diejenigen Parteigenossen, die es mit ihrer Parteigenossenschaft vereinbar halten, ihre Geisteserzeugnisse in bürgerlichen Blättern niederzulegen, die

der Kontrolle der Partei nicht unterstehen, beziehungsweise von den Parteigenossen nicht verfolgt werden können. Die Konferenz erwartet, daß unzweifelhaft ausgesprochen wird, daß solche Genossen für Vertrauensstellungen innerhalb der Partei nicht in Frage kommen können.

110. Parteigenossen des Kreises Frankfurt a. O.-Lebus: Die Kreiskonferenz spricht den Wunsch aus, daß die vollkommene Einheit und Uebereinstimmung der Parteigenossen, die im Wahlkampf zu tage getreten ist, auch in den Verhandlungen und Beschlüssen des Parteitages zur Geltung kommen möge, und daß in erster Linie die wichtigen, für die Interessen des Proletariats bedeutsamen Forderungen erörtert werden, nicht aber die im Verhältnis dazu ganz unbedeutende Frage der Vizepräsidentschaft u. dergl. einen großen Teil der kostbaren Zeit des Parteitages in Anspruch nehmen möge.

111. Parteigenossen im zweiten sächsischen Wahlkreise: In Erwägung, daß die Kampfesweise unsrer Gegner in den Landgemeinden eine schroffe wird, in fernerer Erwägung, daß unsre Gegner in der großen Mehrzahl über Besitztum, als Häuser, Wirtschafts- oder Bauerngüter, verfügen und unsre Genossen, welche sich an der Agitation öffentlich beteiligen oder als Vertrauensmänner usw. die Partei vertreten, sehr schwer schädigen, indem die Herren Hausbesitzer ihren Mietsbewohnern einfach kündigen, dieselben dann aber sehr schwer eine neue Wohnung im Orte bekommen können, beantragen wir, daß die Partei bestrebt sein muß, überall, wo sich solche Mißstände zeigen, Häuser zu erwerben event. Bauerngüter in eigne Regie zu nehmen.

112. Parteigenossen in Bremen: Der Parteitag empfiehlt den sozialdemokratischen Vereinen, bezw. den einzelnen Wahlkreisen, Sammelstellen zur Aufbewahrung und Sichtung aller auf die Reichstagswahlen bezüglichen parteigenössischen wie gegnerischen Flugblätter, wichtigen Zeitungsauslassungen, sowie von sonstigen für den Wahlkreis wichtigen Akten und Veröffentlichungen einzurichten.

Der Parteivorstand wird ersucht, nötigenfalls den Wahlkreisen eine Anleitung zur Einrichtung derartiger Archive zu geben.

113. Parteigenosse Erb in Hamburg: Resolution A. Der Parteitag wählt zwecks Ausarbeitung von Gesetzentwürfen eine Kommission von zehn Personen.

Die Kommission macht zu geeigneter Zeit bekannt, über welche Materie ein Gesetzentwurf in Arbeit genommen wird. Alle Parteigenossen übermitteln in der Sache alles Material (praktisch, wissenschaftlich, Wünsche 2c.) der Kommission, selbige sichtet und unterbreitet den daraus hervorgegangenen Entwurf der Fraktion zur Beratung. Nach dieser Beratung wird der Entwurf im Reichstag zum Antrag erhoben, um dadurch die Regierung zu veranlassen, die notwendigen Aufgaben der Zeit in Angriff zu nehmen.

Als nächstliegende notwendige Arbeiten bringe ich in Vorschlag: Umarbeitung des Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidengesetzes zu einem sich ergänzenden Gesetz mit Einbeziehung einer Arbeitslosenversicherung und vollständiger einheitlicher Verwaltung. Einheitliche reichsgesetzliche Regelung des Volksschul-, Bau- und Wohnungs-, Straf- und Gefängniswesens, der Gefängnisarbeit 2c.

Die Kommission soll ebenfalls den Rechtsschutz in Parteisachen für das gesamte Reich in die Hand nehmen, um in der so sehr verschieden gearteten Rechtsprechung eine größere Gleichmäßigkeit zu erzielen.

Resolution B.

Da die Parteipresse zu sehr eventuellen Schwankungen der Papierpreise unterworfen ist, erhält der Vorstand die Direktive, entweder selbst oder mit Hilfe von Genossenschaften in rückständigen Wahlkreisen, vornehmlich in Domänen

des Centrums, eigne Papierfabriken zu errichten, um dadurch der Parteipresse teilweise zweckmäßigeres Papier zu liefern und mehr Unabhängigkeit zu verschaffen. Im weiteren um zu zeigen, daß ein Teil der Forderungen des Programms für die Arbeiter schon heute durchzuführen ist und den einen oder andren Wahlkreis sicherer zu stellen.

114. Achtundsechzig Parteigenossen in Flensburg: In Erwägung der Tatsachen, daß neben den sozialen Quellen des Alkoholismus auch die Trinksitten (Geburtsfeiern, Einstand usw.) und die mangelhafte Aufklärung der Massen über die schädlichen Wirkungen der geistigen Getränke als Ursachen desselben anzusehen sind, empfiehlt der Parteitag der Parteipresse und den Parteigenossen das Studium der Alkoholfrage. Der Parteitag geht dabei von der Erwägung aus, daß das für geistige Getränke verausgabte Geld besser in Lektüre zur Aufklärung und Bildung angelegt wird, sowie auch, daß jede schon heute mögliche Zurückdämmung des Alkoholismus eine Stärkung der Kampffähigkeit des Proletariats in sich schließt.

115. Parteigenossen in Geesthacht (III. Hamburg): Werden dem Reichstag, Landtagen, kommunalen Verwaltungen usw. von den Gewerkschaften Petitionen, Anträge 2c. unterbreitet, die für die Gewerkschaften förderlich sind und nicht mit den Grundsätzen der Partei kollidieren, so sind die von der Partei in diese Körperschaften entsandten Parteigenossen verpflichtet, diese Petitionen, Anträge usw. zu vertreten.

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlungen gestellte Anträge.

116. Genossen in Hausham (Rosenheim, Oberbayern): Der Parteivorstand wird beauftragt, in Bälde eine Broschüre zu möglichst billigem Preise herauszugeben, die alle Erfolge und Verbesserungen enthält, welche die Partei im Reichstag sowohl als in den Landtagen und Kommunen auf politischem, wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete errungen hat.

Der Broschüre ist eine Tabelle anzufügen, welche die Stärke der Partei im Verhältnis zu den übrigen Parteien ersehen läßt.

117. Kieler Genossen: Dem alljährlichen Geschäftsbericht zum Parteitag möge eine kurz gefaßte Uebersicht über die Organisation (Zahl der Mitglieder) sowie die finanziellen Ergebnisse der einzelnen Provinzen bezw. Bundesstaaten beigefügt werden.

118. Kreiskonferenz des Landkreises Düsseldorf: Dem 2. Absatz des § 2 des Organisationsstatuts folgendes hinzuzufügen:

Der Vorstand ist verpflichtet, das Schiedsgericht möglichst bald, spätestens aber 4 Wochen nach Eingang des Antrages auf Ausschluß zu berufen.

Parteigenossen, welche sich einem Schiedsgericht nicht unterstellen wollen, gelten als ausgeschlossen.

119. Kreiskonferenz des 1. Naussauischen Wahlkreises: Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, alljährlich nach Schluß der Reichstags-Session ein Flugblatt herauszugeben, worin in gedrängter Form die Tätigkeit des Reichstages, sowie die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den wichtigsten Gesetzentwürfen wiedergegeben wird. Das Flugblatt ist an die Kreise zum Selbstkostenpreis oder auf Antrag gratis abzugeben.

120. Genossen von Luckenwalde: Um die Partei nicht als Versorgungsanstalt von verkrachten bürgerlichen Elementen ausnutzen zu lassen und das zu große Anwachsen der Akademiker in der Partei zu verhindern, möge der Parteitag beschließen:

„daß keinem Genossen ein öffentliches Parteiamt, weder als Redakteur noch als Redner, überhaupt ein besoldetes Amt übertragen wird, bevor derselbe nicht mindestens 2 Jahre der Partei offiziell angehört durch Mitgliedschaft der in Frage kommenden Wahl- resp. sozialdemokratischen Vereine."

121. Kreiskonferenz des Wahlkreises Kolberg-Köslin-Bublitz: Die sozialdemokratische Fraktion wird ersucht, dahin zu wirken, daß bei der nächsten Reichstagswahl die Wahlkommissare angewiesen werden, die Wahlbezirke, namentlich auf dem Lande, nicht unter 300 Wähler einzuteilen.

122. Genossen von Zabrze: Die Parteigenossen von Zabrze und Umgegend ersuchen den deutschen Parteivorstand, nur eine polnisch-sozialdemokratische Zeitung für ganz Deutschland täglich erscheinen zu lassen.

123. Genossen in Nürnberg: Der Parteitag für 1904 möge in Nürnberg stattfinden.

124. Genossen des Wahlkreises Dortmund-Hörde: Die Konferenz für den Wahlkreis Dortmund-Hörde beantragt, den nächsten Parteitag in Dortmund oder einem anderen geeigneten Orte des Ruhrreviers abzuhalten.

125. Thomas-Altona und 24 Genossen: den nächsten Parteitag 1904 in Bremen abzuhalten.

126. Genosse Franz K. A. Weinert-Hamburg: Der in Dresden tagende Parteitag der Sozialdemokratie erklärt sich für die Fortsetzung des Kampfes, um die Durchführung der absoluten Zollfreiheit in der Volkswirtschaftspolitik; es ist der Kampf mit aller Stärke und Energie gegen die von der herrschenden Klasse zu ihrer Bereicherung auf Kosten des arbeitenden Volkes in Szene gesetzte Zoll- und Liebesgaben-Politik fortzusetzen.

Es wird an das Volk appelliert, seine Geschicke mittels seiner politischen und wirtschaftlichen Kampfes-Organisation selbst in die Hand zu nehmen und Reformen im Sinne des Sozialismus auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete unverzüglich zur Durchführung zu bringen, um dem sozialen Elend (Arbeitslosigkeit) wirksam entgegenzutreten.

Der Parteitag beschließt, daß die Genossen allerorts eine intensive Agitation in der arbeitenden Bevölkerung in Szene setzen. Zum Erstarken unsrer sozialistischen Vereine sind in allen Orten große Volksversammlungen einzuberufen mit der überall gleichen Tagesordnung: Der deutsche Zolltarif, die Handelsverträge, der Freihandel und Diskussion. Diese Agitation hat unsre gesamte politische Presse tatkräftig zu unterstützen und jede einzelne Genossin und jeder einzelne Genosse die Verpflichtung, die mündliche Agitation von Mund zu Mund in seinem engeren Kreise überall zu pflegen, auf diese Versammlung aufmerksam zu machen und zum Besuch derselben anzuregen.

Nichtsdestoweniger ist es allen Genossinnen und Genossen zur Pflicht zu machen, allerorts in gleicher Weise für die Erstarkung der freien Gewerkschaften und der von Arbeiterinnen und Arbeitern gegründeten und geleiteten genossenschaftlichen Organisationen in der energischsten Art und Weise zu wirken und intensive, einheitliche und planmäßige Agitation zu betreiben. Es sind ebenfalls zur Erreichung dieses Zweckes öffentliche Volksversammlungen mit demselben Themata: „Zolltarif, Handelsverträge, Freihandel und Diskussion" zu arrangieren, auch hier hat die gesamte Gewerkschaftspresse die Agitation zu fördern. Jede Genossin und jeder Genosse hat sich gleichfalls der mündlichen Agitation von Mund zu Mund mit Nachdruck zu widmen.

127. Antrag des Genossen Franz K. A. Weinert-Hamburg: Eine dreizehngliedrige Kommission niederzusetzen zwecks Errichtung einer Papierfabrik aus Parteimitteln, um die für die politischen und gewerkschaftlichen Druckereien benötigten Papiermengen zu beschaffen. Die Kommission wolle dem nächsten Parteitage Bericht über die notwendigen Vorarbeiten zu diesem Problem erstatten. Antragsteller bezweckt mit seinem Antrage, daß es ermöglicht werde,

besseres und billigeres Papier zu beschaffen. Ferner wird sich bei der Eigenfabrikation ein nicht unerheblicher Ueberschuß wohl herauswirtschaften lassen, welcher eine nicht zu verachtende Einnahmequelle für das kämpfende Proletariat sein wird.

128. Paeplow-Hamburg und 22 Genossen: Die literarische*) Mitarbeit von Parteigenossen an kapitalistischen (bürgerlichen) Zeitungen und Zeitschriften ist mit den Partei-Interessen unvereinbar.

Ausnahmen von dieser Regel sind nur zulässig, wenn es sich um Zeitschriften handelt, die ausschließlich künstlerische oder fachtechnische Fragen behandeln.

Der Parteivorstand hat den strikten Auftrag, über die Durchführung der vorstehenden Grundsätze zu wachen und etwaige Verstöße in der schärfsten Weise zu rügen, eventuell den Ausschluß der hiergegen verstoßenden Parteimitglieder zu beantragen.

129. (Resolution.) Konferenz für den Wahlkreis Dortmund-Hörde: Es ist selbstverständlich, daß die Fraktion den Posten des ersten Vizepräsidenten zu fordern und alle sich aus dieser Stellung ergebenden geschäftsordnungsmäßigen Verpflichtungen zu übernehmen hat. Dagegen weist die Konferenz mit Entrüstung die Zumutung zurück, diesen Posten durch die Uebernahme höfischer Verpflichtungen zu erkaufen. Ist jede Teilnahme an monarchistischen Demonstrationen für die Partei schon an sich ganz unzulässig, so ist sie das doppelt nach den Reden von Essen und Breslau. Die Konferenz erblickt in diesen Vorschlägen einen neuen Ausfluß jener revisionistischen Strömung, die darauf hinausläuft, die Partei zu verbürgerlichen und von dem Boden des proletarisch-revolutionären Klassenkampfes abzudrängen. Die Konferenz verurteilt diese Bestrebungen aufs schärfste und erwartet eine gleiche Stellungnahme vom Parteitag.

130. Resolution Bebel, Kautsky, Singer: Der Parteitag fordert die Fraktion auf, es in der Frage der Besetzung der Vizepräsidenten- und Schriftführerposten im Reichstage bei ihrer bisherigen Stellung — Ablehnung aller nicht durch die Geschäftsordnung vorgeschriebenen Verpflichtungen — zu belassen.

Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsre bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unsrer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, entsprechend den Grundsätzen unsres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung

*) Unter literarische Mitarbeit fällt Berichterstattung über Versammlungen und Gerichtsverhandlungen nicht.

und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist.

131. Zusatzantrag der Leipziger Parteigenossinnen zu Antrag 85a der Berliner Genossinnen: Die Reichstags-Fraktion möge mit derselben Energie eintreten:

1. für das vollständige Verbot jeglicher Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren; und
2. für eine Verkürzung der Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen nach Maßgabe der Forderungen der Münchener Frauen-Konferenz.

132. Quarck: Der Parteitag erklärt, daß die Mitarbeit von Genossen an andern als Parteiblättern im allgemeinen zu verwerfen ist und daß die literarisch tätigen Genossen alle Ursache haben, zu vermeiden, durch jene Mitarbeit gegnerische Machtmittel zu stärken. Da sich für Ausnahmen von dieser Regel keine Gesetze aufstellen lassen, muß die Entscheidung darüber in jedem Einzelfalle vom politischen Takt der literarisch tätigen Genossen und nötigenfalls durch die Parteiorganisation im regelrechten Instanzenwege getroffen werden.

133. Karl Schwartz und 20 Genossen: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, der Frage bestimmt näher zu treten, ob durch Bereitstellung von Geldmitteln die Beschaffung von Versammlungsräumen ermöglicht werden kann. Dringend erwünscht ist es, daß besonders in den Ostprovinzen vom Parteivorstand helfend eingegriffen wird.

134. W. Gewehr und 23 Genossen: Der Parteitag beschließt, auf dem diesjährigen Parteitage von einer Revision des Organisationsstatuts abzusehen und die Kontrolleure in Verbindung mit dem Parteivorstand zu beauftragen, dem nächsten Parteitag einen Entwurf für die Abänderung des Organisationsstatuts vorzulegen. Die Anträge 18 bis 39 und 41 der Vorlage werden dem Vorstande als Material für die Beratungen überwiesen.

135. Herbert und 23 Genossen: Den nächsten Parteitag in Stettin stattfinden zu lassen.

136. Resolution Grunwald und 20 Genossen: Der Parteitag spricht einhellig der Fraktion seine vollste Anerkennung, seine Zustimmung und seinen ausdrücklichen Dank aus für die zur Abwehr des Wuchertarifs im Reichstag angewandten Maßnahmen, im besonderen für die energische Anwendung der sogenannten Obstruktion.

137. Molkenbuhr: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, bei dem internationalen Komitee dahin zu wirken, daß die Arbeiterversicherung mit als Gegenstand auf die Tagesordnung des internationalen Kongresses zu Amsterdam gesetzt wird, damit dieser gemeinsame Forderungen festsetzt, die die Arbeiter aller Länder an die Gesetzgebung zu stellen haben.

138. Friedeberg: Der Parteitag empfiehlt dem Parteivorstand, die Frage des Generalstreiks auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

139. Dr. Robert Michels und 24 Genossen: Der Parteitag mißbilligt auf das entschiedenste das Verhalten des Genossen Wolfgang Heine in seiner Erklärung im „Vorwärts" vom 12. August 1903, in welcher es wörtlich heißt:

> „Der Grund des Lärms ist einfach, daß die Marburger Genossen, die für Stimmenthaltung votiert haben, fühlen, daß sie sich blamiert haben. Ich begreife, daß sie das ärgert, aber sie sollten, anstatt krankhaft nach einem Sündenbock zu suchen, die Schuld an ihrer peinlichen Lage bei sich selber finden und dankbar sein, wenn man sie davor bewahrt haben sollte, sich und die ganze Partei in weit höherem Grade dadurch zu blamieren, daß sie einem Reaktionär wirklich zu einem Reichstagssitz verholfen hätten."

Hierdurch hat Genosse Heine die Behauptung aufgestellt, **daß die Marburger Genossen sich und die ganze Partei durch Befolgung eines Parteitagsbeschlusses „blamiert" hätten.**

Die Haltung des Genossen Heine ist umsomehr zu verurteilen, als er die Taktlosigkeit besessen hat, zu Gunsten eines ihm persönlich befreundeten politischen Gegners unsrer Partei durch telegraphische Uebermittelung einer gegen die sozialdemokratische Lokalorganisation in Marburg gerichteten „Vorwärts"-Notiz einzugreifen.

140. Bebel, Kautsky, Singer: Der erste Absatz der Resolution Nr. 130 ist in folgender Weise abzuändern:

„Der Parteitag fordert, daß die Fraktion zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstage durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, höfische oder sonstige Verpflichtungen zu übernehmen, die nicht durch die Reichsverfassung oder die Geschäftsordnung des Reichstages begründet sind."

141. C. Legien: In der Resolution Nr. 130 die beiden Worte „revisionistischen" zu streichen, im letzten Absatz an Stelle „Weltpolitik" „Weltmachtspolitik" zu setzen und der Resolution im letzten Absatz folgenden Zusatz zu geben: „und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken."

142. J. Timm und 22 Genossen: Abänderungsantrag zur Resolution Nr. 130. Im letzten Absatz die Zeilen von: „Die Interessen der Arbeiterklasse" bis zum Schluß zu ersetzen durch:

„Die unermeßliche Schöpferkraft des demokratischen und sozialistischen Prinzips für die aktuelle Gesetzgebung fruchtbar zu machen. Zu diesem Zweck sind Gesetzentwürfe über die großen sozialpolitischen, politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse auszuarbeiten; denselben sind umfassende Begründungen und Denkschriften beizugeben und es ist dafür zu sorgen, daß eine gewaltige Propaganda für die jeweilig aktuellen Vorlagen in den breiten Massen des arbeitenden Volkes in die Wege geleitet wird, um dadurch die Gesetzgebung und Regierung zu zwingen, die bisherige unfruchtbare Flickarbeit auf diesen Gebieten aufzugeben. Von den Gegenständen, die in erster Reihe durch solche positive, sozialdemokratische Gesetzentwürfe zu bearbeiten wären, sind zu nennen: Achtstundentag, Koalitionsrecht, Reichsfinanzreform, Militärreform (Soldatenmißhandlungen), Ministerverantwortlichkeit, Reichs-Schulgesetz, Revision des Strafrechts.

Der Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtspolitik, gegen jede Zoll- und Handelspolitik, durch welche die Lebenshaltung des Volkes verschlechtert wird, für die Erweiterung und Sicherung der Volksrechte in Reich, Staat und Gemeinde ist mit höchster Energie weiterzuführen."

143. Amendement Wurm und 40 Genossen zur Resolution Nr. 130 (hinter Absatz 3 einzufügen:)

Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Ueberzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt:

1. daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten.
2. Daß die Sozialdemokratie einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.

144. Abänderungs-Anträge Stadthagen und 22 Genossen:

1. Zu Nr. 130, letzter Absatz, nach „erlangt" (in Zeile 4) einzuschalten: „nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Sozialdemokratie verwendet und"
2. Zu Nr. 140 hinter „höfische" (Zeile 5) wie folgt fortzufahren: „Verpflichtungen zu übernehmen oder irgend welchen Bedingungen sich zu unterwerfen, die nicht durch die Reichsverfassung begründet sind."

Protokoll.

Vorversammlung

am Sonntag den 13. September 1903, abends 7 Uhr.

Seit Halle ist noch kein Parteitag so zahlreich beschickt worden wie dieser, der heute abend zusammentritt. Der große Saal des „Trianon" erweist sich beinahe als zu klein für die Masse der Erschienenen. An sechs großen Längstafeln und zahlreichen Nebentischen haben die Delegierten Platz genommen. Im Hintergrunde und an den Seiten des Saales drängt sich die Menge der Zuhörer; Hunderte von einlaßbegehrenden Parteigenossen müssen wegen Ueberfüllung des Raumes zurückgewiesen werden. Vor dem Podium sitzen an zwei langen Tafeln die Vertreter der Presse, von der einige 60 Anmeldungen vorliegen, darunter auch solche von der ausländischen Presse.

Die Gewerkschaft der Tapezierer hatte in Stunden, die die Arbeit frei ließ, den Saal auf das reichste und geschmackvollste geschmückt. An der Hinterwand der Bühne, auf der sich der Vorstandstisch befindet, wird die Statue der Freiheit von den Büsten unsrer Vorkämpfer Marx, Lassalle, Engels und Liebknecht flankiert. Ein Hain von Lorbeer und Palmen umgiebt die Standbilder, über denen das Bild der aufgehenden Sonne den Völkerfrieden verkündet. Tannenreisig und Tannenguirlanden schmücken vereint mit Fahnen, Emblemen und Schilden die Wände und Säulen des Saales. Marx, St. Simon und Hutten lieferten den Text für die mahnenden und anspornenden Inschriften: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! — Erinnere Dich, daß man begeistert sein muß, um Großes zu vollbringen. — Die Geister sind erwacht; es ist eine wahre Lust zu leben! —

Pünktlich um 7 Uhr beginnen die Verhandlungen.

Namens des Dresdener Lokalkomitees begrüßt

Kaden die Delegierten mit folgender Ansprache: Ich eröffne die Versammlung. Auf Grund des sächsischen Vereinsgesetzes ersuche ich die Minderjährigen, das Lokal zu verlassen. (Große Heiterkeit.)

Parteigenossen und -Genossinnen! Im Namen des Lokalkomitees habe ich mich der ehrenvollen Aufgabe zu entledigen, Sie herzlich willkommen zu heißen, willkommen zu heißen auf einem Boden, auf dem die deutsche Sozialdemokratie für immer heimatberechtigt ist. Jubel erregte es unter den Genossen Sachsens, als der Parteitag in München beschloß, das nächste Mal nach Dresden zu gehen. Die sächsischen Genossen haben sich der Ehre, daß Sie hier in Dresden tagen wollen, würdig gezeigt, sie haben gezeigt, daß sie zu kämpfen wissen und sich würdig einem jeden an die Seite stellen dürfen, indem sie von den 23 sächsischen Reichstagsmandaten 22 als Morgengabe dem Parteitage entgegenbringen. (Lebhaftes Bravo!) Sie sind jetzt in einem roten Lande, Sie sind in einer roten Stadt. Ich heiße Sie nochmals herzlich, herzlich willkommen. (Beifall.)

Mit stolzer Freude blickt der Genosse der Ebene von Leipzig, vom Lausitzer und Erzgebirge, vom Vogtland und der in harter Fron schaffende Sandsteinarbeiter auf das Arbeiterparlament in Dresden, sie erwarten, daß Mittel und

Wege gefunden werden, um den Vormarsch zu beschleunigen zur Beseitigung der politischen Unterdrückung und der wirtschaftlichen Ausbeutung. Es ist das zweite Mal, daß in Dresden ein sozialistischer Kongreß tagt — das erste Mal im Jahre 1871. 32 Jahre sind seitdem vergangen. Der damalige Kongreß war aber nur ein Rumpfparlament der deutschen Arbeiter. Die Arbeiterklasse, soweit sie politisches Bewußtsein besaß, war gespalten, und der Gedanke der Notwendigkeit des Zusammenhaltens, des einheitlichen Vorgehens war noch nicht zum Durchbruch gekommen. Es war eine kleine Anzahl von Männern, die sich damals hier zusammengefunden hatten — 56 Delegierte hatten sich in dem Saale zum Münchener Hof eingefunden. Gewiß eine kleine Schar, aber eine mutige Schar. Mutig blickte sie in die Zukunft, und trotz aller Verfolgungen, die über sie hereinstürmten, war und blieb ihr Wahlspruch: Unser die Welt trotz alledem! Welche Fortschritte hat die Bewegung gemacht? Was wurde in den 32 Jahren geschaffen? 1871 hatten wir bei der Reichstagswahl nur etwas über 100 000 Stimmen, und das klassenbewußte Proletariat jubelte damals schon ob der Erfolge, daß es zwei Vertreter in den Reichstag senden konnte, wovon der eine noch nicht einmal direkt der Sozialdemokratie angehörte. Und heute? Heute nach 32 Jahren braust der Jubel des Proletariats durch die gesamte civilisierte Welt über unsre Erfolge bei den letzten Wahlen. Ueber drei Millionen Stimmen und 81 Mandate waren der Ertrag der Agitation in diesen 32 Jahren. Sachsen, auch Dresden, hat an diesen Erfolgen regen Anteil genommen. 1871 hatten wir in Sachsen 31 000 Eisenacher und 2200 Lassalesche Stimmen, in Summa 33¼ tausend Stimmen; heute zählen wir in Sachsen ziemlich 442 000 und haben von 23 Mandaten 22 erobert. Sachsen ist somit sozialdemokratisch, und das wird und muß es bleiben. Die Saat von 1871 hat tausendfältig Früchte getragen und statt des kleinen Häufleins stehen heute Hunderttausende, ja Millionen Kämpfer auf dem Kampfplatz. Unsre wirtschaftlichen und politischen Zustände haben uns auf diese Bahn gedrängt, und auf dieser Bahn müssen wir ständig fortschreiten. (Lebhafter Beifall.) Wohl waren die Kämpfe heiß in jenen 32 Jahren. Die herrschenden Gewalten wurden unterstützt durch den Unverstand der Massen; es war unsre erste Pflicht, diesen Unverstand zu beseitigen, damit jene Massen Schulter an Schulter mit uns kämpften. Ausnahmegesetze wurden über uns verhängt, aber trotz alledem gelang es nicht, uns in unsrem Vormarsch aufzuhalten. Die alte Garde kämpfte mit dem Feuer der Jugend, die Jugend folgte der alten Garde und schlug sich genau so tapfer wie diese. Den Einfluß und die Macht, die wir errungen haben, die haben wir errungen durch innere Kraft. Darum, Genossen und Genossinnen, möge auch auf diesem Parteitag das Bestreben obwalten, die Partei nach innen zu festigen und zu stärken. Unsre Gegner setzen ihre Hoffnung lediglich auf einen Zwiespalt in unsren Reihen. Sie müssen sich täuschen. Wir haben die Verpflichtung übernommen, tatkräftig für die Wohlfahrt des Volkes zu wirken; das Volk hat uns sein Vertrauen bekundet und diesem Vertrauen müssen wir durch Einigkeit und innere Kraft genügen. (Lebhafter Beifall.) Ich bin überzeugt, daß Sie alle in diesem Punkte mit mir übereinstimmen und sich der Verantwortlichkeit bewußt sind. Möge daher auch der Streit der Meinungen auf diesem Parteitage entbrennen — wenn er getragen wird von dem guten Willen der Partei zu nützen, dann wird er auch seine Früchte tragen. Dessen wollen wir eingedenk sein. Wir wollen neue Waffen schmieden auf diesem Parteitage, um den Kampf gegen die Reaktion siegreich zu führen. Wir müssen kämpfen und streiten, wir dürfen nach diesem glänzenden Siege nicht stille stehen, sondern wollen überall den Feind verfolgen, um ihn niederzuschmettern! Unsre Parole muß dauernd immer die alte bleiben wie seit fast 40 Jahren: „Auf zum Kampf, auf zum Sieg!“ (Stürmischer Beifall.)

Darauf nimmt das Wort, von der Versammlung mit lang anhaltendem Beifall und Händeklatschen begrüßt

Bebel: Parteigenossen! Ich glaube im Sinne und Geiste aller, die hier zum Parteitag zusammengekommen sind, zu handeln, wenn ich unsrem alten Vorkämpfer August Kaden — denn auch er gehört bereits zu den Alten — unsren herzlichsten Dank ausspreche für die ebenso schwungvollen wie gutgemeinten Grüße und Beglückwünschungen, die er soeben ausgesprochen hat. Wenn irgend jemand, so haben gerade die Dresdener Genossen und speziell wieder August Kaden das Recht, hier jubelnd zu verkünden die großen Siege, die uns der Wahlkampf in den Schoß geworfen hat. Wohl waren wir auf große Erfolge gefaßt, wohl hat auch der eine oder der andre schüchtern gewagt, auszusprechen: Wir werden das an Stimmen und Mandaten bekommen, was wir tatsächlich erreicht haben; aber es offen zu sagen hat keiner gewagt, weil es doch immer eine bedenkliche Sache ist, in solchen Momenten Behauptungen aufzustellen, die vielleicht von den einen mit Jubel begrüßt, von den andern aber kopfschüttelnd aufgenommen werden und von denen immer zweifelhaft ist, wieweit sie in Erfüllung gehen. Aber die kühnsten Erwartungen sind nicht nur erfüllt, sondern noch übertroffen worden (Sehr richtig!), und ganz speziell hat Sachsen aber auch die allerkühnsten Erwartungen weit übertroffen. (Zustimmung.) Der Sieg, den Sachsen davongetragen hat, steht einzig da in der Geschichte der Wahlen aller Länder, soweit ich sie kenne. In Sachsen hat das Volksgericht es ausgesprochen: „Die da regieren, sind nicht die, von denen wir regiert sein wollen!“ (Lebhafter Beifall), in Sachsen hat man ausgesprochen die moralische Depossedierung derjenigen, die heute in Sachsen das Heft in der Hand haben. In Sachsen ist endlich das Volksgericht mit elementarer Gewalt auf die Häupter derjenigen herniedergefahren, die uns seit Jahrzehnten gehudelt und gebüttelt haben, wie niemals eine Partei gehudelt und gebüttelt worden ist. Ich habe deshalb bereits in dem Artikel, der sich in Ihren Händen befindet, ausgesprochen, daß ich mir manchmal gesagt habe: Wann endlich wird das sächsische Proletariat den Geduldsfaden verlieren und seinen Unterdrückern einmal eine Antwort geben, wie sie sie hundert- und tausendfach verdient haben. Ich war vor zwei Jahrzehnten Zeuge dessen, was man sich in Sachsen an der alleroffiziellsten Stelle des Landes gegen die Sozialdemokratie herausgenommen hat, jenes Wortes, das der Minister des Innern frei heraus sagte: „Die Gesetze des Landes gelten zwar für alle, aber bei gewissen Gesetzen muß die Sozialdemokratie besonders behandelt werden!“ (Pfui!) Das heißt: Alle Grundanschauungen der Gerechtigkeit, auf denen ein modernes Staatswesen beruhen soll, mit Füßen treten! Da habe ich mir immer gesagt: Wann wird endlich die Stunde kommen, wo das Volk von seinem einzigen wirklichen Rechte, dem Wahlrecht, Gebrauch macht, um denen da oben zu sagen: „Nehmt Euch in Acht! Jetzt ist das Maß unsres Unmuts voll!“ (Sehr gut!) Als 1897 die Wahlentrechtung verhängt wurde, sagte ich mir: „Die Wahlen des Jahres 1898 werden wohl beweisen, daß das Maß der Geduld zum Ueberlaufen gebracht worden ist.“ Die damaligen Wahlen sind glänzend ausgefallen, aber ich sage Euch ganz offen: ich war noch nicht zufrieden damit. (Heiterkeit.) Ich sagte mir: das ist noch lange nicht genug, das muß noch ganz anders kommen. Als ich hier für die letzten Wahlen in Sachsen agitierte und mit diesem oder jenem Parteifreunde redete, sagte ich: „Ihr Sachsen seid famose Kerle (Heiterkeit), aber Ihr seid noch viel zu gemietlich (große Heiterkeit), Ihr müßt endlich einmal Galle in den Leib bekommen, Ihr müßt endlich einmal Zorn und Leidenschaft bekommen und dem Ausdruck geben!“ Als dann der 16. und als Nachspiel der 25. Juni kam, da sagte ich mir: Bravo! Bravo! Jetzt endlich haben sie getan, was du längst erwartet hast! So war es schön, so war es brav! Die Herren da oben werden diesen Denkzettel so rasch nicht wieder vergessen (Bravo), umsoweniger, da wir ja weder in Sachsen noch im übrigen Deutschland geneigt sind, auf unsren Lorbeern auszuruhen. Wir haben viel erreicht, wir müssen noch mehr erreichen, und wenn man glaubt, uns in irgend einer Weise daran hindern

zu können, so möge man bedenken, daß die drei Millionen über 25 Jahre alten Männer, die für uns gestimmt haben, ganz genau wußten, wen sie wählten. Wenn sie es nicht gewußt hätten, wenn unsre Agitatoren und Kandidaten vergessen hätten, es ihnen zu sagen, so hätten die Gegner es ihnen gesagt. (Sehr richtig!) Die Gegner haben es in übertriebenstem Maße in die Ohren aller Wähler hineingeschrien, was wir für eine fürchterliche, von Gott und Teufel verlassene Gesellschaft sind. (Große Heiterkeit.) Man wußte also, wer wir waren, und alle die Angriffe, die Verleumdungen, der moralische Unrat, der in der Wahlagitation in noch viel größerem Maße als je zuvor über uns ausgegossen ist, hat unser Kleid nicht nur reinlich gelassen, er hat auch gezeigt, daß die Masse des Volkes sich von derartigen Anklagen und Beschimpfungen auch nicht eine Sekunde mehr betrügen und betäuben läßt, daß sie ganz genau weiß, was sie will, und die Entscheidung des 16. Juni war in allen Ecken und Gauen Deutschlands die schönste, die großartigste, die wir erwarten durften. Wir stehen ja hier in Dresden und in Sachsen auf altem Kulturboden, und insofern sind eigentlich die Ereignisse der letzten Zeit ganz natürlich. Man mag das Sachsenvolk beurteilen, wie man will, das eine muß man ihm zugeben, es marschiert bereits seit Jahrhunderten in kultureller Beziehung an der Spitze Deutschlands, weit mehr als das Westkalmückentum, das zuletzt die Herrschaft in Deutschland bekommen hat. Bereits gegen Ende des Mittelalters war Sachsen, soweit das unter den damaligen Verhältnissen möglich war, in wirtschaftlicher und ökonomischer Beziehung eines der fortgeschrittensten Länder Deutschlands. Die Leipziger Messe war die bedeutendste der Welt, Leipzig war die größte Handelsstadt, die Centrale, in der damals die ganze Handelswelt Europas sich zu bestimmten Zeiten des Jahres einstellte. Und wie heute, so war schon damals besonders das obere Erzgebirge die Blüte des Erzbergbaues und die Blüte der Hausindustrie.

Es war also nur ganz natürlich, daß als zu Anfang des 16. Jahrhunderts im Deutschen Reich der große Geisteskampf ausbrach, der mehr oder weniger die ganze Kulturwelt ergriff, Reformation genannt, ein so vorgeschrittenes Volk auch in diesem Kampfe Partei nahm und in seiner großen Mehrheit auf die Seite der Neuerer, der Reformatoren, trat. Und nicht allein das! Gerade in jenen Gegenden, die damals die Hauptsitze der industriellen Entwicklung waren, im Erzgebirge und der Zwickauer Gegend, war es, wo die am weitesten vorgeschrittene Richtung der Reformation, die Thomas Münzer leitete, ihren Hauptanhang fand. Die Marienkirche zu Zwickau war es, wo Münzer seine revolutionären Brandreden an die Bergknappen und die Hausweber hielt, an alle die Leute, die von jeher in religiöser Beziehung auf einem freieren Standpunkt gestanden haben, als sonst irgendwo in Deutschland. Und so ist es in Sachsen die ganzen Jahrhunderte trotz der schauderhaften Mißwirtschaft seiner Regierungen gegangen. Als zu Anfang des vorigen Jahrhunderts Napoleon kam und mit eisernem Besen den Schutt aus Deutschland hinausfegte, der sonst nur auf revolutionärem Wege hätte beseitigt werden können, da war es vielleicht nicht so ganz zufällig, daß der damalige König von Sachsen es für angemessen erachtete, sich auf die Seite Napoleons zu schlagen. Ich will meine historische Exkursion nach dieser Richtung hin nicht weiter ausdehnen, aber Tatsache ist, daß jenes französische Element, so sehr man es vom deutsch-nationalen Standpunkt aus verurteilte, im Deutschland jener Zeit die Rolle einer revolutionären Bewegung gespielt hat. (Sehr richtig!)

Ebenso natürlich war es, daß, als 1831 in Frankreich, wo im vorigen Jahrhundert so oftmals das Banner der Freiheit und Gleichheit erhoben wurde, die Juni-Revolution ausbrach, auch in Sachsen die Bewegung losging. Die sächsische Regierung wurde gezwungen, dem Volke eine Verfassung im modernen Geiste der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhundert zu gewähren, die in ihren

Grundlagen bis auf den heutigen Tag leider noch besteht. Das Jahr 1848 freilich fegte auch jene Verfassung hinweg, die Regierung war genötigt, das denkbar freieste Wahlrecht zu geben, aber nur sich fügend dem Druck von unten, der Gewalt von unten. Und sobald man glaubte, es wieder wagen zu können, da entriß man dem Volke alle Errungenschaften des „tollen Jahres" und das Volk bekam die alte Ständeverfassung von 1831 in unverkürztem Maße und nach verschiedenen Richtungen hin verschlechtert wieder. Aber 1849 war es neben Baden speziell auch wieder Sachsen, das sich für die Reichsverfassung in die Schanze schlug. Hier in Dresden wurden bekanntlich die schweren Kämpfe gegen die preußische Soldateska, die ins Land kam, weil man sich auf die eignen Landeskinder nicht mehr verlassen konnte, geführt, die mit einer vollständigen Niederlage der damaligen Volksempörer endeten.

Ich war bekanntlich 1872 — wenn man sich wie ich zu der alten Garde rechnen darf, so ist es ja natürlich, daß man gern solche kleine Erinnerungen aufleben läßt — ich war bekanntlich 1872 mit unserm alten, leider verstorbenen Liebknecht wegen Vorbereitung zum Hochverrat — das Deutsche Reich steht heute noch (Heiterkeit) — zu zwei Jahren Festung verurteilt. Diese genossen wir in Hubertusburg, sehr zu meiner persönlichen Gesundheit. (Heiterkeit.) Da wurde in den letzten Wochen — Liebknecht, der früher eingezogen war als ich, war bereits ausgerückt — Hubertusburg als Civilfestung aufgehoben, und der schöne Königstein hier oben wurde Civilfestung. So führte mich denn am 23. April — ich vergesse den Tag nicht; es war gerade Königs Geburtstag (Große Heiterkeit); ganz Dresden prangte im Fahnenschmuck — ein Aufseher auf den Königstein. Dort habe ich die letzten drei Wochen meiner Haft verbüßt. Der Festungsgefangene hat das Recht — natürlich gegen Entschädigung, denn der Staat giebt nie etwas umsonst (Heiterkeit) — einen Wärter zu verlangen, der ihm gewisse Dienste leistet, das Zimmer reinigt, das Bett macht und so weiter. Der Mann, den ich hatte, war 71 Jahre alt; es war derselbe, der früher Bakunin und Tot zu bedienen gehabt hatte. Natürlich war das für mich sehr interessant.

Das war vorübergegangen, aber das reaktionäre Regiment blieb in Sachsen. Naturgemäß, als Ende der fünfziger Jahre die große politische Bewegung wieder einsetzte mit der Gründung des Nationalvereins usw., faßte diese Bewegung in Sachsen festen Boden, und sofort wurden an allen Ecken und Enden, anknüpfend an die achtundvierziger Traditionen, Volks- und Arbeitervereine gebildet. Allerdings sollten nach einem Bundesratsbeschluß von 1855 Arbeitervereine nicht existieren. Aber es ging da, wie es so manchmal geht; es giebt Perioden, wo alle gesetzlichen Bestimmungen nicht aufrechterhalten werden können, man mag wollen oder nicht. 1861 waren in Leipzig und Dresden Arbeitervereine gegründet worden. Da trat 1863 Lassalle auf; Sie wissen, es waren im Mai dieses Jahres 30 Jahre verflossen seit der Begründung der sozialdemokratischen Partei, repräsentiert durch den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. Unter der großen Zahl der hier Anwesenden befindet sich, soviel ich weiß, kein einziger, der an jener Gründung des Allgemeinen Arbeitervereins teilgenommen hätte. Ich selbst, und ich glaube auch Genosse Motteler, waren damals entschiedene Gegner der Lassalleschen Richtung und bekämpften sie eifrig. In Dresden erklärte sich Försterling, der an der Spitze des Arbeitervereins stand, sofort für Lassalle und machte Propaganda für ihn, aber ohne nennenswerten Erfolg. Wir hatten damals die Sitte, gegenseitig zu unsren Stiftungsfesten Delegierte zu entsenden. In Leipzig waren im Jahre 1863 zwei Vereine, einer von der Lassalleschen Richtung und einer von der Richtung, der ich angehörte. Zu dem Stiftungsfest des Dresdener Vereins wurde von meinem Verein ich als Delegierter entsandt, und da kam es denn zu einem ganz gehörigen Aufeinanderplatzen der Gegensätze. Försterling gelang es nicht, den Verein auf seine Seite zu bringen und er trat aus. 1867 fanden die Wahlen zum konstituierenden

Reichstag statt. Selbstverständlich standen wir auch bei diesen Wahlen gegen einander. Wir hatten in Chemnitz unmittelbar nach der Schlacht bei Königgrätz Versammlungen veranstaltet, auf denen die Lassalleaner ebenfalls vertreten waren, in denen wir ein, wie mir scheint durchaus sozialistisch-demokratisches, Programm entwarfen. Die anwesenden Lassalleaner stimmten zu; die entscheidende Stelle vermerkte das dann aber übel und so mußte die Zustimmung zurückgezogen werden. Bei den Wahlen bekämpften wir uns, wie gesagt, überall, aber schon damals zeigte sich, daß wir, wenn auch nicht offiziell Sozialisten, so doch tatsächlich sozialistisch kämpften. So allein war es möglich, daß z. B. im 17. sächsischen Wahlkreise auf mich über 4600, auf den Lassalleschen Kandidaten kaum 400 Stimmen entfielen. Vom Jahre 1871 hat schon Kaden gesprochen; ich möchte dazu noch eine kleine Episode mitteilen. Nach der Gefangennahme des Braunschweiger Ausschusses war es ja nötig, den Ausschuß nach Dresden zu verlegen. Wir wußten ganz genau, daß der Braunschweiger Ausschuß das ganze Partei-Archiv in die Hände der Polizei hatte fallen lassen mit allen möglichen Briefen von Marx, Engels, mir u. a. Ich setzte mich also hin und schrieb nach Dresden: Seid so gut und nehmt euch das Braunschweiger Beispiel zu Herzen und hebt nicht etwa unsre Briefe auf! Das half aber nichts; als nachher die Polizei Haussuchungen vornahm, fand sie alles und meinen Brief mit. (Heiterkeit.) Natürlich, als nachher die Untersuchung wegen Hochverrats gegen mich geführt wurde, kam eines Tages der Untersuchungsrichter mit diesem Briefe und sagte mir: „Das ist ja sehr verdächtig! Sie haben da ja gewarnt!" So war man trotz aller Verfolgungen doch von einem Vertrauensdusel beseelt, wie er später nicht mehr vorhanden war. — Dann gelang es uns 1877 hier in Dresden zum erstenmal, den sozialdemokratischen Kandidaten durchzubringen. Die Freude dauerte nicht lange; 1878 nach der Auflösung behaupteten wir das Mandat noch, aber dann kam das bitterböse Jahr 1881, wo wir in Dresden unter dem Belagerungszustand wählten, und da war es mit den Siegen zu Ende. Aber endlich haben wir auch Sachsens Hauptstadt wieder erobert, zum erstenmal 1898, glänzender und großartiger in diesem Jahre, und wir dürfen hoffen, daß unter dem heutigen Wahlrecht niemals mehr daran zu denken ist, daß uns Sachsens Hauptstadt oder einer der andren Bezirke Sachsens genommen wird. (Lebhafter Beifall.)

Ich glaube also, wir haben alle Ursache, uns nicht nur dieses Sieges, sondern auch speziell darüber zu freuen, daß wir Gelegenheit haben, diesen Parteitag in den Dresdener Mauern zu begehen. Wir waren von vornherein überzeugt, daß die Dresdener Genossen alles aufbieten würden, um uns die Tage hier so angenehm als möglich zu machen. Im übrigen schließe ich mich voll und ganz den Schlußworten meines verehrten Vorredners an und damit will ich meine offizielle Begrüßung schließen.

Ich erkläre hiermit im Namen des Parteivorstandes den Parteitag für eröffnet. Ich bitte Sie, nunmehr die Vorsitzenden zur Leitung der Verhandlungen zu wählen. Wie üblich wählen wir nicht einen ersten und zweiten Präsidenten, sondern zwei Präsidenten mit gleichen Rechten . . .

Lienau-Neumünster: Ich schlage Singer und Kaden vor.

Beide werden einstimmig gewählt.

Bebel bittet die beiden Gewählten, die Geschäfte in die Hand zu nehmen. Meine Aufgabe ist damit erledigt. (Lebhafter Beifall.)

Singer, mit stürmischem Beifall begrüßt, dankt zugleich in Kadens Namen für das Vertrauen, das die Wahl ihnen beweise. Wir werden bemüht sein, die Geschäfte so zu führen, daß wir den Aufgaben, die dieser Parteitag hat, voll gerecht werden zum Nutzen der Partei. (Bravo!)

Ich will nach den trefflichen Ausführungen, die wir eben gehört haben, nicht eine längere Rede halten. Aber daran möchte ich doch erinnern in dem Augenblick, wo dieser Parteitag zusammentritt nach einer glorreichen Wahlschlacht, in welcher die Augen der ganzen Welt auf uns gerichtet waren und nach der die Bruderparteien aller Länder uns ihre Sympathie für unsre Wahlerfolge ausdrückten, daß wir binnen kurzem den Tag wiederkehren sehen, wo vor 25 Jahren das Sozialistengesetz erlassen wurde, das ein Ausnahmerecht schuf für die Partei, die die Befreiung aller Unterdrückten auf ihre Fahne geschrieben hat. Jenes Gesetz, das die Sozialdemokratie vernichten sollte, es hat auch in Sachsen gewütet. Wenn es ein Land giebt, in dem die Schergen dieses brutalen Gesetzes auf das eifrigste bemüht waren, die Sozialdemokratie als Partei und in ihren Mitgliedern zu schädigen, dann war es auch Sachsen. (Lebhafte Zustimmung.) Wollen wir uns doch nicht verhehlen, daß unbeschadet der Vorzüge, die Bebel mit vollem Recht dem sächsischen Volke zugeschrieben hat, seine politischen und wirtschaftlichen Leiter den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen dürfen, Sachsen an die Spitze der Reaktion geführt zu haben. (Lebhafte Zustimmung.) Gedenken wir aber des Tages, der uns das Sozialistengesetz brachte, so können wir auch rühmend gedenken der sächsischen Genossen, die unsere Vorhut im Kampfe gegen dieses Gesetz waren, die trotz Regierung und Polizei ihre revolutionäre Ueberzeugung betätigten. (Lebhafter Beifall.)

So wollen wir denn unsre Verhandlungen beginnen, indem wir unsern Dank an die sächsischen Genossen und an die Gesamtpartei Deutschlands für ihre mutvolle, erfolggekrönte Arbeit ausdrücken in dem Ruf: Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch, hoch, für immer hoch! (Die Delegierten erheben sich von den Plätzen und stimmen begeistert in den Ruf mit ein.)

Zu Schriftführern werden auf Vorschlag von Schulz-Bremen gewählt: Oppel-Berlin, Frl. Baader-Berlin, Lohrberg-Hannover, Keil-Stuttgart, Weidner-Frankfurt a. M., Stengele-Hamburg, Feldmann-Langenbielau, Stücklen-Altenburg und Meist-Köln.

Zu Mitgliedern der Mandatsprüfungs-Kommission die zugleich Kommission zur Vorberatung der dem Parteitag zugehenden Beschwerden und Wahlkommission ist, werden auf Vorschlag von Schmidt-München gewählt: Wels-Berlin, Frau Zietz-Hamburg, Brey-Hannover, Frank-Mannheim, Bufhold-Friedberg, Gruenwaldt-Hamburg, Stolpe-Grünberg, Rackl-Nürnberg und Pickelmann-München.

Singer bittet die Kommission, sich heute zu konstituieren und morgen die Mandate beim Eintritt in den Saal von den Delegierten in Empfang zu nehmen.

Als tägliche Tagungsdauer des Parteitags schlägt Singer die Zeit von 9 bis 1 und von 3 bis 7 vor.

Ledebour-Berlin bittet, die Mittagspause auf die Zeit von 1 bis 4 Uhr auszudehnen und die Nachmittagssitzung lieber bis 8 Uhr währen zu lassen. Dauert die Mittagspause nur zwei Stunden, so können die Delegierten die Kunstanstalten, Bildergalerien usw. nicht besuchen. Auch erleichtert es die Arbeit, wenn eine längere Erholungspause eingeschoben wird.

Singer wendet sich gegen diesen Vorschlag. Es sei zu befürchten, daß die Pause doch länger werde. Auch die Rücksicht auf die Vertreter der Presse, besonders unsrer Presse, läßt es dringend wünschenswert erscheinen, um sieben zu schließen, damit die Genossen in den Parteicentren die Verhandlungen schon am nächsten Morgen im vollen Umfange lesen können.

Der Parteitag lehnt den Antrag Ledebour ab und nimmt den Vorschlag Singers an. Der Parteitag giebt sich hierauf eine Geschäftsordnung. Der vorliegende Entwurf der Geschäftsordnung, der derselbe ist wie bei allen bisherigen Parteitagen, wird debattelos angenommen.

Der Parteitag geht hierauf zur Festsetzung der Tagesordnung über.

Singer: Hierzu liegen vor die Anträge 1, 2, 3 und 6.

Ich möchte Ihnen meinerseits Vorschläge für die Abänderung der Tagesordnung machen, wie ich sie nach dem Studium der betreffenden Anträge und der Verhandlungen, die an vielen Orten darüber stattgefunden haben, für tunlich und praktisch halte. Ich kann diese Modifikation der Tagesordnung, die ich ja selbst mit beschlossen habe, um so ruhiger vorschlagen, als die Parteileitung selbst die Ihnen vorgeschlagene Tagesordnung ja immer nur als einen Entwurf bezeichnet hat. Viele Wünsche beziehen sich darauf, daß ein besonderer Referent bestimmt werden soll für die Reichstagswahl, andre wollen, daß die revisionistischen Bestrebungen in der Partei besonders auf die Tagesordnung gebracht werden, die dritten wollen, daß die Vizepräsidentenfrage, die in der letzten Zeit die Diskussion in der Partei lebhaft beherrscht hat, ebenfalls auf die Tagesordnung kommt. Ich bin der Meinung und weiß mich mit einer größeren Anzahl von Parteigenossen darin einig, daß der Wunsch, diese Fragen hier auf dem Parteitage in aller Ruhe und Gründlichkeit zu verhandeln, durchaus berechtigt ist. Das können wir jedoch auch, wenn wir diese Punkte zwar nicht als besondere Gegenstände mit Referenten und Korreferenten auf die Tagesordnung setzen, sondern diese Punkte innerhalb der vorgeschlagenen Gegenstände der Tagesordnung gesondert für sich behandeln und, um auch dem Wunsche nach Referenten und Korreferenten gerecht zu werden, für diese Punkte die Beschränkung der Redezeit aufheben. Dadurch wird niemand in seinen Ausführungen eingeschränkt. Es wird unsre Verhandlungen fördern, wenn wir in dieser Weise verfahren. Gestatten Sie, daß ich Ihnen über diesen Punkt meinerseits einen Vorschlag mache. Wir würden mit der Diskussion des Vorstandsberichts beginnen. Diese Diskussion würde sich auf alles das erstrecken, was Ihnen der Vorstand schriftlich berichtet hat und was der Referent noch hinzufügt. Es würde der Vorstandsbericht mit diskutiert werden, und im Anschluß daran würden als gesondert zu behandelnde Punkte zur Verhandlung gestellt werden: die Frage der Mitarbeit von Parteigenossen an der bürgerlichen Presse, die Frage der Differenzen zwischen dem Genossen Bebel und der Redaktion des „Vorwärts“ und die Polenfrage, die wir namentlich infolge des Umstandes, daß die polnische Bruderpartei an den Parteitag einen offenen Brief gerichtet hat, verhandeln müssen. Das wäre der erste Punkt der Tagesordnung. Es würde folgen der Bericht der Kontrolleure und der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit in der letzten Session, und als ein gesonderter Punkt würde dann auf die Tagesordnung kommen unter der Rubrik „Taktik“ die Erörterung der Frage der Reichstagswahl, der Vizepräsidentenfrage und der, wie die Anträge sie hier bezeichnen, „revisionistischen“ Bestrebungen in der Partei. Ich glaube, daß wir auf diese Weise, ohne in ein allgemeines Durcheinander zu kommen, jede dieser Fragen ihrer Wichtigkeit entsprechend behandeln können.

Antrag 1 wird genügend unterstützt. Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 2, 3 und 6.

Antrag 5 wird genügend unterstützt.

Singer teilt dazu mit, daß die Absicht bestehe, nach den Verhandlungen des Parteitags eine Konferenz der preußischen Delegierten zusammenzuberufen zur Besprechung über das, was bezüglich der preußischen Landtagswahlen noch zu besprechen ist.

Timm-München: Der Vorschlag Singers, so gut er gemeint ist, dürfte geschäftlich doch nicht praktisch sein. Wenn nach Singers Vorschlag schon bei dem ersten Punkt der Tagesordnung Unterabteilungen eingerichtet werden sollen — die Affäre Bebel-„Vorwärts“, die Mitarbeit von Parteigenossen an der bürgerlichen Presse, die Polenfrage —, so können wir dabei zu einer derartig ausgedehnten Debatte kommen, daß meiner Empfindung nach die wichtigsten Fragen, die die Parteigenossen interessieren, entschieden zu kurz kommen würden. Ich

würde es für viel zweckmäßiger halten, wenn man zunächst den Geschäftsbericht des Vorstands diskutiert und dann als einen besonderen Punkt „Das Ergebnis der Reichstagswahlen" auf die Tagesordnung setzt. Nach den so verschiedenartigen Auseinandersetzungen über diese Frage erwarten die Parteigenossen eine Klärung der Meinungen. Deshalb bitte ich um Annahme des Antrags 1. Bebel und Vollmar werden wohl bereit sein, die Referate zu übernehmen.

Bebel: Ich glaube kein Amtsgeheimnis zu verraten, wenn ich sage, daß die Vorschläge Singers auf Grund einer sehr eingehenden Beratung der Parteileitung im Verein mit der Kontrollkommission gemacht worden sind, und zwar haben wir uns dazu verstanden im Interesse der möglichsten Abkürzung der Verhandlungen auf der einen und größtmöglicher Klarheit auf der andern Seite. Wenn Timm befürchtet, daß bei irgend wem die Absicht bestehe, die Erörterung der Differenzen, wie sie in den letzten Wochen in der Presse und in zahlreichen Versammlungen diskutiert worden sind, auf dem Parteitag zu kurz kommen zu lassen, so befindet er sich in vollständigem Irrtum. Im Gegenteil, wir wollen eine gründliche, sehr gründliche Aussprache herbeiführen. In dem Bericht des Parteivorstands ist die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern bereits aufgeworfen, ebenso die Polenfrage und eine Reihe andrer Fragen. Wir sagten uns, wenn wir den ganzen Vorstandsbericht in extenso mit all diesen speziellen Fragen zugleich zur Debatte stellen, und der eine redet über das, der andere über jenes, der dritte wieder über etwas andres, so haben wir eine ganz zerfahrene Debatte. Und deshalb schlagen wir vor, diejenigen Punkte, die eine zusammenhängende Erörterung erheischen, besonders zu behandeln. Dann kommen alle Beteiligten zu ihrem Recht und wir haben eine klare Sachlage. Es würde sich höchstens noch um die Erörterung der Differenz zwischen dem „Vorwärts" und mir handeln können. Wir haben uns aber gesagt, die Frage wird nach der gegenseitigen Aussprache, die erfolgt ist und nachdem hüben und drüben Aufklärung gegeben ist, vielleicht viel kürzere Zeit den Parteitag beschäftigen, als die meisten meinen. (Hört! hört!) Die Sache wird ziemlich schnell erledigt, aber es ist bei der eigenartigen Natur des Falles doch erwünscht, ihn speziell zu erörtern. Ich bitte Sie also dringend, den Vorschlag von Singer anzunehmen. Nun ist ja meines Erachtens eigentlich keine weitere Meinungsverschiedenheit zwischen Timm und Singer, als daß Timm bei der Reichstagswahl die Vizepräsidentenfrage und die Taktik im allgemeinen mit erörtert wissen will. Wir haben lange darüber beraten; es wurde der Vorschlag gemacht, die Reichstagswahl an sich, ihre Einwirkung auf die künftige Taktik und Haltung der Fraktion zu erörtern. Aber wir sagten uns, daß das gar nicht möglich ist, ohne daß man gleichzeitig auf die Vizepräsidentenfrage zu sprechen kommt. Nun ist ja bei mir und vielen anderen die Auffassung vorhanden, daß die Vizepräsidentenfrage eine Frage der allgemeinen Taktik der Partei ist, und so lag es auf der Hand, nachdem wir den parlamentarischen Bericht der Fraktion erledigt haben, auf die Reichstagswahl, ihre Ergebnisse, ihre Folgen und Wirkungen überzugehen und bei dieser Gelegenheit die Vizepräsidentenfrage zu erörtern. Das ist durchaus logisch und vernünftig. Bezüglich der Referenten habe ich bereits öffentlich erklärt, daß ich der Meinung bin, wir brauchen keinen Referenten zu ernennen. Ich weiß nicht, wie Vollmar darüber denkt, aber ich bin auch jetzt noch der Meinung, und wenn ich nicht irre, waren wir auch bei der heutigen Besprechung alle der Ansicht, daß es nicht notwendig sein wird, spezielle Referenten zu ernennen. Es kann ja vielleicht sein, daß man, um einen Abschluß herbeizuführen, im gegebenen Moment dazu übergeht, zu bestimmen, daß von jeder Seite nur noch einer redet. Das weiß ich nicht. Dagegen werden wir die einleitenden Referate dadurch sparen können, daß wir bei diesem Punkt die Zeitbeschränkung aufheben. Das ist dringend nötig. Also, ich glaube, Sie tun gut, wenn Sie die Vorschläge Singers auch nach dieser Richtung hin annehmen.

Hiermit schließt die Debatte.

Antrag 1 wird abgelehnt.

Der Parteitag erhebt die Vorschläge Singers zum Beschluß.

Zum Antrag 5 bemerkt

Singer: Ich weiß nicht, ob der Antragsteller wünscht, daß das Resultat der Konferenz der preußischen Delegierten wieder dem Parteitag mitgeteilt werden soll. Ist das nicht der Fall, so ist der Antrag gegenstandslos durch die Mitteilung, daß diese Konferenz im Anschluß an den Parteitag stattfinden soll.

Dr. Quarck-Frankfurt a. M.: Im Namen der Frankfurter Genossen kann ich erklären, daß wir mit dem Vorschlag Singers einverstanden sind.

Singer: Dann ist auch dieser Antrag erledigt.

Die Tagesordnung lautet also:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes. a) Allgemeines. b) Kasse. c) Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse. d) Differenz zwischen Bebel und der „Vorwärts"-Redaktion. e) Polenfrage.
2. Bericht der Kontrolleure.
3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.
4. Taktik der Partei. a) Reichstagswahlen. b) Vizepräsidialfrage. c) Die revisionistischen Bestrebungen.
5. Maifeier.
6. Der internationale Kongreß in Amsterdam 1904.
7. Anträge zum Programm und Organisation.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Vorstandes und der Kontrolleure sowie des Ortes des nächsten Parteitages.

Damit ist die Tagesordnung der Vorversammlung erledigt.

Schluß $8^3/_4$ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag den 14. September. — Vormittags-Sitzung.

Um $9^1/_4$ Uhr eröffnet der Vorsitzende Singer die Verhandlungen.

Singer: Nach den Bestimmungen des sächsischen Vereinsgesetzes fordere ich die Minderjährigen auf, den Saal zu verlassen. (Heiterkeit.) In Uebereinstimmung mit dem überwachenden Beamten erkläre ich, daß diese Aufforderung für alle Sitzungen des Parteitages gilt und nicht mehr wiederholt werden wird.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich die Aufgabe, namens des Parteitages die zu unsren Verhandlungen erschienenen Delegierten der ausländischen Bruderparteien zu begrüßen. Wir haben auf allen unsren Parteitagen die Ehre und die Freude, so liebe Gäste anwesend zu sehen. Ich heiße sie, wie stets, so auch hier in Dresden herzlich und brüderlich willkommen. Wir sind stolz darauf, daß unsre Parteitage zahlreich von ausländischen Bruderparteien beschickt werden, und ich weiß mich einig mit jedem Mitglied des Parteitages, wenn ich von dieser Stelle aus und in den Tagen, wo die Vertreter der deutschen Partei zum erstenmal nach den Wahlen versammelt sind, sämtlichen Bruderparteien unsren wärmsten Dank ausspreche für die vielfachen Beweise der Solidarität, die sie uns im letzten Wahlkampf bewiesen haben. (Bravo!) Die sozialdemokratischen Parteien der ganzen Welt haben uns in diesem schweren Kampf nicht nur materiell unterstützt, nein: noch wertvoller und freudiger sind von uns empfunden worden die Beweise der Solidarität, der Sympathie, der Freude, die sich ausgedrückt haben in den Zuschriften, die wir nach unsrem Siege erhalten haben. Diese Beweise

der Solidarität zeigen aufs neue, daß der Kampf, den wir in Deutschland führen, von unsren Bruderparteien angesehen wird als ein Kampf, der geführt wird für den Sozialismus der ganzen Erde, im Interesse aller sozialistischen Parteien, gleichgültig, welchem Lande sie angehören. Dies Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Solidarität hat die deutsche Partei immer beseelt, und dafür, daß dies Gefühl seitens der ausländischen Parteien gelegentlich unsres Wahlkampfes in so vollendeter Weise zum Ausdruck gekommen ist, dafür spreche ich im Namen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands unsern wärmsten Dank aus. Die ausländischen Genossen werden, wie immer, so auch den diesjährigen Verhandlungen mit Interesse folgen. Wir sind sicher, daß ihre Wünsche sich mit den unsrigen einen; daß unsere Verhandlungen dem Wohle und der Befreiung des deutschen, und damit auch des internationalen, des Proletariats aller Länder dienen mögen. (Lebhafter Beifall.)

Anwesend sind die Genossen Adler und Skaret von der Parteileitung der österreichischen Gesamtpartei, Genosse Pernerstorfer als Vertreter des parlamentarischen Verbandes der österreichischen Reichsratsfraktion, Genosse Nemec als Vertreter der czechisch-slavischen Parteileitung, Genosse Tak vom Parteivorstand der holländischen Partei, die Genossen Askew und Jones als Vertreter der Sozialdemokratischen Föderation Englands, der Genosse Wilshire als Vertreter der sozialdemokratischen Partei Amerikas.

Adler-Wien: Werte Genossen und Genossinnen! Wenn ich hier im Auftrage der österreichischen Sozialdemokratie die Aufgabe habe, Sie zu begrüßen, so möchte ich eigentlich in ein Wort zusammenfassen, was wir in den letzten Monaten mit Euch und für Euch empfunden haben. Sie wissen ja längst, daß die österreichische Sozialdemokratie mit der deutschen eins ist durch Geschichte, durch Sprache, in einer vielleicht noch engeren Weise als jede andre. Aber Sie können sich unmöglich eine Vorstellung davon machen, was die Wirkung Ihres Sieges bei den Reichstagswahlen bei uns in Oesterreich war. Ihre Wahlerfolge und ich darf sagen auch die Art, wie Sie sie errungen haben, waren für uns ein politisches Ereignis ersten Ranges weit über die persönlichen Sympathien innerhalb unsrer Partei hinaus. Am Morgen nach der Wahl haben wir in Wien die Arbeiterschaft in einer Aufregung, einer Freude, einem Jubel gesehen, wie wir sie nicht größer hätten haben können, wenn wir so glücklich gewesen wären, solche Siege zu erringen. Ich will von Oesterreich nicht lange sprechen, um nicht mir und Ihnen die Freude zu verderben, aber das muß ich Ihnen doch anführen: Wir leben in Oesterreich in so schwierigen und komplizierten Verhältnissen, daß wir genötigt sind, den eigentlichen Inhalt unsrer Arbeit, den proletarischen Kampf fortwährend zu unterbrechen, um den Boden flicken zu helfen, auf dem sich alles vollzieht. Wir leben in einem Lande, dessen Existenz fortwährend in Frage gestellt ist, wo alle Verhältnisse schwankend und unsicher sind und wo nichts sicher ist als eben diese Unsicherheit, in einem Staate, der, man könnte meinen, in Liquidation begriffen ist; aber niemand ist da, der Liquidator sein möchte, und wenn Oesterreich einmal stirbt: lachende Erben wird es nicht haben. Das ist die ungeheuere Schwierigkeit, in der wir stehen, daß bei uns der Klassenkampf durchaus nicht klare Form haben kann, durchaus nicht die klassische Form, die er in Deutschland hat. Aber gerade in diesen Wirrnissen ist es uns ein Trost, eine Hoffnung und, ich kann sagen, eine Richtschnur, wenn wir sehen, wie in Deutschland das Proletariat und seine Vertretung, die Sozialdemokratie, in gerader Linie, ohne zu weichen und zu wanken, den Weg geht, den ihm die Geschichte vorzeichnet und der zum Siege führt. Das ist für uns ein Trost und sehr oft ein Beispiel, denn es ist für uns notwendig, daß wir davor bewahrt bleiben, über die Fragen des Tages, die für den Staat Lebensfragen, für uns aber nur mittelbar von Bedeutung sind, unsre eigentliche geschichtliche Aufgabe zu vergessen. Wir kommen hierher nicht allein um Sie zu beglückwünschen, sondern auch um zu lernen. Wir kommen hierher, um von der deutschen Sozialdemokratie zu lernen, wie man realpolitische sozial-

demokratische Politik macht — Realpolitik in jenem großen Sinne, der nicht nur die kleinen vorübergehenden Erscheinungen des Tages als real ansieht, sondern als wichtigsten Realismus die Wurzeln betrachtet, aus der die ganze Bewegung entsprungen ist. Ich kann hier nicht sprechen, ohne an den gestrigen Vortrag Bebels zu erinnern, der die Zeit unmittelbar nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes gestreift hat. Damals haben wir nicht nur in Deutschland, sondern auch in Oesterreich an die Aufhebung des Sozialistengesetzes die Hoffnung, die Meinung, die Phantasie — können wir heute sagen — geknüpft, daß eine durchgreifende Aenderung der Politik der herrschenden Klassen sich anbahne. Wir erinnern uns an diesen Irrtum. Wenn wir nicht ernstlich für ihn büßen mußten, so nur deshalb, weil wir an der prinzipiellen Grundlage der Partei, an der Grunderkenntnis für jede proletarische Politik festgehalten haben, weil wir zurückgegangen sind auf diesen Gedanken und hinter dem Schein der Tagespolitik das Wesen des Klassenkampfes erkannt haben. (Bravo!)

Sie sind in Dresden, das vorigemal waren Sie in München, so kommen Sie uns immer näher. (Heiterkeit.) Sie werden begreifen, daß sehr viel Oesterreicher sehr gern hier wären, und ich wundere mich nur, daß nicht Extrazüge aus Nordböhmen eingelegt worden sind. (Heiterkeit.) Wenn Sie so in unsrer Nähe sind, dann kommt es am allerersten uns zum Bewußtsein, wie glücklich Sie hier sind, obgleich Sie in Sachsen sind (Heiterkeit), wie leicht Sie es haben und wie schwer wir, wie kümmerlich, wie undankbar der Boden ist, den wir bearbeiten. Ihre werktätige Sympathie hat uns immer begleitet. Hoffentlich bleibt sie uns. Für uns können Sie nichts mehr tun, als wenn die deutsche Sozialdemokratie bleibt, was sie ist, sich selbst getreu und für immer. (Stürmischer Beifall.) In diesem Sinne begrüße ich den deutschen Parteitag und die deutsche Sozialdemokratie! (Bravo!)

Nemec überbringt die Grüße der czechisch-böhmischen Partei und drückt seine Freude aus über den Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie, der auch für die ausländischen Genossen eine Stärkung und Kräftigung des Selbstbewußtseins bedeutet. (Beifall.)

Tak-Amsterdam: Im Auftrage des Parteivorstandes und im Namen der holländischen Sozialdemokratie begrüße ich Sie herzlichst. Wir gratulieren Ihnen zu Ihrem glänzenden Siege, der nicht nur für Deutschland, sondern für das gesamte internationale Proletariat, an dessen Spitze Ihr, deutsche Brüder, marschiert, einen Sieg bedeutet und der zugleich der beste Beweis ist nicht nur für die Kraft unsres Prinzips, sondern auch für die Richtigkeit Ihrer jetzt so vorzüglich bewährten Taktik. Hoffentlich werden auch wir in Holland bald sagen können, daß nicht nur das Ziel gut war — das wissen wir alle — sondern daß auch die Mittel und Wege gut gewesen sind. Wir in Holland stehen vor einer sehr kräftigen Reaktion. Kaum zwei Jahre haben wir eine klerikale Regierung und schon sind die Rechtsliberalen und die Mittelstehenden mit dem Regiment ihrer alten Feinde sehr zufrieden. So vereinigt sich die Bourgeoisie sehr rasch zu einer reaktionären Masse. Der Massenstreik dieses Jahres hat diesen Prozeß stark gefördert, wenn auch der Streik sonst nicht in allen Teilen erfreulich war. Wir standen vor einer Aufgabe, der wir nicht gewachsen waren. Und jetzt? Die Regierung und die Eisenbahnkompagnien haben nach ihrer Angst während des Streiks den Sieg gefeiert mit harten Maßregelungen, und noch jetzt laufen die christlichen Leute mit der Hungerpeitsche durchs Land, sie peitschen den Familienvater aus der Werkstatt und lassen ihn mit Frau und Kind verhungern. (Bewegung.) Diese Opfer des bürgerlichen Hasses haben Sie, deutsche Brüder, mit reichen Spenden aus Ihrer schon so in Anspruch genommenen Kasse unterstützt. Dafür unseren besten und verbindlichsten Dank! Die Internationalität ist für uns kein leeres Wort. Das nächste Jahr werden wir in Amsterdam die Ehre und die Freude haben, das internationale Proletariat zu empfangen. Unsre

Stadt ist kein Paris oder London, aber unsre Herzen werden sich nicht weniger den ausländischen Genossen öffnen. So mögen Sie denn, wenn auch nicht zu drei Millionen — das wäre uns wohl zu viel (Heiterkeit) — aber doch in großer Zahl nach Amsterdam kommen. Wir werden unser bestes tun, es Ihnen dort angenehm und bequem zu machen. (Bravo!) Doch genug! Ich bin hierher gekommen, um einen Brudergruß auszusprechen, und wenn auch unser erster und letzter Gedanke stets das internationale Proletariat ist, so sei es mir doch erlaubt, zu Anfang dieser großen Parteiwoche einen Gruß zuzurufen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Lebhafter Beifall.)

Jones-London (übersetzt von Genossen Ledebour): Ich komme zu diesem Kongreß im Auftrage der englischen Sozialdemokratie. Es ist allerdings ein nationaler Kongreß, aber er hat eine internationale Bedeutung für das kämpfende Proletariat der ganzen Welt. Aus England habe ich ja keine guten Nachrichten zu bringen. Wir in England sind noch eine kleine Partei. Die Engländer gehen langsam vorwärts, aber wenn sie einmal vorwärts gehen, so weichen sie auch keinen Schritt wieder zurück. Die englische Arbeiterbewegung befindet sich jetzt in einem Uebergangsstadium. Mehr und mehr dringen die Ideen der revolutionären Sozialdemokratie in die Gewerkschaftsbewegung Englands hinein. Von Jahr zu Jahr verstärkt sich innerhalb der großen Gewerkschaftsbewegung der sozialistische Gedanke, und bei den nächsten Wahlen hoffen die englischen Sozialdemokraten zusammen mit den ihnen nahestehenden Arbeiterorganisationen 70 bis 80 Arbeiterkandidaten aufzustellen, darunter eine große Zahl ausgesprochener Sozialdemokraten. Bei einem großen Teil dieser Kandidaten dürfen wir auf den Sieg hoffen. Es wird hoffentlich einmal die Zeit kommen, wo die englischen Arbeiter, die bisher auf ökonomischem Gebiet im Vordergrund gestanden haben, auch politisch die Vorhut der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt bilden werden. Wir in England haben zu kämpfen mit den sogenannten „respektablen" Klassen, und der große Mangel der englischen Arbeiterbewegung ist, daß diese Sucht nach „Respektabilität" in den früheren Jahrzehnten auch vielfach in die Arbeiterklasse eingedrungen ist, und sie zu gefügigen Werkzeugen der Kapitalisten und ihrer politischen Handlanger gemacht hat. Die englische Regierung ist klug genug, die Arbeiter nicht, wie es auf dem Kontinent und besonders in Deutschland geschieht, zu strafen mit allerhand kleinlichen Chikanen; sie glaubt, daß es nicht notwendig ist, Schafen Maulkörbe vorzulegen, die Schafe gehorchen doch dem Kommando des Schäfers, aber die revolutionären Sozialdemokraten Englands hoffen doch, aus den Schafen mit der Zeit wirkliche Menschen zu machen. Es war ein großer Tag, als die Siegesnachricht aus Deutschland nach England drang und in einer gewaltigen Volksversammlung die Londoner Arbeiter ihrem Jubel über diesen Sieg Ausdruck gaben. Ich hoffe, daß die deutschen Sozialdemokraten einmal einen gleichen Sieg der englischen Sozialdemokratie werden feiern können. Die größte Ehre für England ist es, daß es jahrzehntelang Männern wie Marx und Engels ein Asyl gewährt hat. (Bravo!) Was auch späterhin für Verbrechen, für schamlose Vergewaltigungen auf internationalem Gebiete von der englischen Regierung begangen worden sind, dieser Lichtblick in der Geschichte Englands soll dem Lande nie vergessen werden. (Bravo!) Wir hatten in den letzten Jahren den verbrecherischen Krieg in Südafrika, und jetzt erleben wir, daß der ramponierte Erzengel Luzifer II., Joë Chamberlain (Heiterkeit), auf dem die Hauptschuld an diesem Kriege lastet, den englischen Arbeitern einzureden versucht, daß es keine Interessenunterschiede zwischen Kapital und Arbeit gebe, und daß er die kommunistische Bewegung durch seine schutzzöllnerischen Versuche einzudämmen sucht. Gerade in den Kämpfen gegen diese Bestrebungen wird die sozialdemokratische Bewegung in England neue Kräfte gewinnen. Ich bin gekommen, um die Grüße dieser jungen sozialdemokratischen Bewegung Englands zu bringen; wir sind keine Reformpartei, wir sind ein Flügel der revolutionären, internationalen Sozial-

demokratie, und wir hoffen, daß unsrer großen Sache schließlich der Sieg in der ganzen Welt zu teil werden wird! (Lebhafter Beifall.)

Wilshire-New-York (übersetzt von Genossen Ledebour) überbringt die Grüße der Parteigenossen aus den Vereinigten Staaten und aus Kanada. Die ökonomischen Verhältnisse in Amerika bedingen eine langsamere Entwicklung des sozialistischen Gedankens. Aber auch darin bereitet sich ein Wandel vor. Die industrielle Entwicklung ist eine derartige, daß die kapitalistische Methode die neuen Schwierigkeiten und Probleme nicht mehr zu bewältigen vermag; es wird deshalb über kurz oder lang nötig sein, den Sozialismus in Amerika zu adoptieren. Jetzt schon sieht man, wie die sozialistische Bewegung bei uns Fortschritte macht; wir hoffen, bei den nächsten Wahlen auf unsren Präsidentschaftskandidaten eine Million Stimmen zu vereinigen (Beifall); bei der letzten Wahl waren es nur 300 000. Den deutschen Parteigenossen möchte ich den Rat geben, den amerikanischen Verhältnissen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Deutschen sind es ja gewöhnt — ich erinnere nur an Kautsky — scharfe kritische Sonde an die ökonomische und politische Entwicklung aller Länder zu legen. Wir stehen in Amerika vor einer Krise, die sich u. a. auch darin äußern wird, daß Amerika, statt wie bisher Eisen aus Deutschland zu beziehen, ungeheure Massen von Eisen und Eisenprodukten nach Europa verschicken wird. Das wird dann auch wieder die wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa, besonders in Deutschland erschüttern. Genau wie in andren Ländern wird auch in Amerika die persönliche Freiheit durch den Kapitalismus zerstört. Amerika gilt als ein freies Land, aber es hat nicht einmal eine vollkommen freie Presse; nur die Methode ist etwas raffinierter, mit der man gegen die Presse vorgeht. Zum Beispiel gebe ich eine Monatsschrift heraus, für die plötzlich der Zeitungsstempel, der in Amerika von allen Zeitungen erhoben wird, unter nichtigem Vorwande verachtfacht wurde; das hätte für mich eine monatliche Mehrausgabe von 30 000 M. bedeutet. Um das zu vermeiden muß ich jetzt die Zeitschrift, die nach wie vor in New-York geschrieben wird, in Kanada drucken und dann von dort in die Vereinigten Staaten verschicken lassen. So wird bei uns die Presse vom Kapitalismus und seinen Handlangern bekämpft. Ich überbringe also den deutschen Genossen unsre herzlichsten Grüße und Glückwünsche. (Beifall).

Singer: Es sind Telegramme eingelaufen von den Genossen des nördlichsten Böhmens, der Parti socialiste français, der Independent Labour Party London, dem Leicester Zweigverein der unabhängigen Arbeiterpartei, dem Zweigverein der unabhängigen Arbeiterpartei in Newcastle, dem Bureau socialiste international, der Socialdemokratic Federation London, von dem Genossen Friedrich Leßner, London. (Lebhafter Beifall.) Genosse Leßner läßt es sich nie nehmen, dem Parteitag Grüße zu übersenden; wir haben den aufrichtigen Wunsch, daß die Parteitage noch recht lange in der Lage sind, die Grüße dieses Parteiveteranen in Empfang zu nehmen. (Beifall.) Weiter sind Glückwünsche eingelaufen von der russischen revolutionären Partei, von armenischen Genossen aus London, von 35 000 für das allgemeine Wahlrecht in Budapest versammelten Arbeitern (Beifall), von der Redaktion des „Iskra" im Namen der russischen Sozialdemokratie, den Parteigenossen in Würzburg, dem Arbeiter-Sängerbund Hamburg und Umgegend, dem Bezirk 136 Hamburg, dem Sozialdemokratischen Verein Herford, den Parteigenossen von Netzschkau, von Dametz aus Linz, von den Parteigenossen von Bremerhaven, vom Sozialdemokratischen Verein in Mündenheim, vom Genossen Baumgarten-München, von den Hafenarbeitern in Bremerhaven, von einer polnisch-sozialdemokratischen Versammlung in Altona, von Stralsunder Parteigenossen, vom Wahlverein Johanngeorgenstadt, von Oskar Behr-Ilmenau, von mehreren Genossen in Langenbielau und in München, von Radfahrern in Arnstadt, Erfurt und Ichtershausen, von den radikalen Pforzheimer Parteigenossen. (Heiterkeit.)

Die Straßburger Genossen haben uns das Resultat der dort stattgehabten Bezirkstagswahlen mitgeteilt. Es sind abgegeben worden 2833 Stimmen und zwar für Peyrotes 1342 Stimmen, für die klerikale Partei 856 Stimmen, für die demokratische Partei 626 Stimmen. Es hat also eine Nachwahl stattzufinden. Die Mitteilung schließt mit den Worten: „Es geht vorwärts trotz Köller." (Beifall.)

Der Parteitag tritt sodann in die Tagesordnung ein. Erster Punkt derselben ist der

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Ueber den allgemeinen Teil referiert

Pfannkuch: Die allgemeinen Aufgaben des Parteitages bestehen in dem Ausbau der Organisation und der Betreibung einer planmäßigen Agitation. Im verflossenen Jahre hatten wir hauptsächlich den Kampf gegen den Zolltarif zu führen und die Agitation für die Reichstagswahlen zu betreiben. In dem Kampf gegen den Zolltarif hat Berlin die erste Stelle eingenommen, aber auch die Genossen im Lande haben außerordentliches in diesem Kampfe geleistet. Die Vorarbeiten für die Reichstagswahl und die planmäßige Leitung der Agitation war unsre Aufgabe. Zur Unterstützung der Agitation hat sich in allen Provinzen des Reiches die Einrichtung eingebürgert, im Herbst jedes Jahres einen Agitationskalender herauszugeben. Derselbe wird in immer steigender Auflage von den Provinzialkomitees verbreitet, aber die Parteileitung empfindet meist den metallischen Nachgeschmack. (Heiterkeit.) Das gilt namentlich für Ost- und Westpreußen, Pommern, Mecklenburg, Posen, aber auch für die Rheinprovinz, von der man schließlich doch annehmen sollte, daß sie auf eignen Füßen steht und die Kosten für die Herausgabe eines Agitationskalenders tragen könnte und müßte. Es ist in vielen Provinzen ja bereits eine Besserung eingetreten, die Parteileitung braucht nicht mehr wie bisher die sämtlichen Kosten für die Herstellung und Verbreitung zu übernehmen, sondern die Genossen haben es dahin gebracht, daß sie einen Teil der Kosten selbst bestreiten können.

Die Reichstagswahlen sind von der Parteileitung bereits seit Ende letzten Jahres vorbereitet worden. Im März rüsteten wir uns schon, um dem Bedürfnis nach Rednern gerecht zu werden. Viele Genossen waren der Ansicht, daß die 58 bisherigen Reichstags-Abgeordneten als die eigentlichen Träger der Wahlagitation, die sie auch über ihre heimatlichen Bezirke hinaus zu betreiben hätten anzusehen seien. Diese Ansicht, so begreiflich sie ist, kann doch nicht als allgemein stichhaltig gelten. Bereits im März richtete die Parteileitung eine Rundfrage an alle Fraktionsmitglieder, ob sie im stande seien, die Wahlagitation über ihren heimatlichen Kreis und ihre Provinz hinaus zu betreiben. Darauf sind nur acht Antworten eingelaufen. (Hört, hört!) Die übrigen Fraktionsmitglieder haben es wohl als selbstverständlich betrachtet, daß sie über den Rahmen ihrer Heimat hinaus nicht tätig sein könnten, da die Agitation in ihrem eignen Kreise resp. Provinz ihre ganzen Kräfte beanspruchte. Rückhaltlos, ohne Einschränkung, haben sich nur Bebel und Singer der Parteileitung zur Verfügung gestellt, in etwas bedingter Weise auch Ledebour und Kunert. Diejenigen, die sich zur Verfügung gestellt haben, haben für ihre Person fast Uebermenschliches geleistet. Gegenüber manchen Klagen von Genossen bemerke ich, daß die von der Parteileitung getroffenen Agitationsdispositionen natürlich nicht jeder Zeit beliebig geändert werden konnten. Wenn die Genossen immer wieder an uns herangetreten sind, manchmal in Ausdrücken, die die Höflichkeit weit hinter sich ließen (Heiterkeit), so haben wir uns dadurch zwar nicht beleidigt gefühlt, aber es beweist das doch, daß wir nicht alles leisten können, was von uns verlangt wurde. Verschiedene Anträge suchen diesen Mängeln abzuhelfen. So gut diese Anträge gemeint sind, so werden sie doch kaum viel an den bestehenden Zuständen ändern können. So verlangen die Parteigenossen in Düsseldorf die Einrichtung einer Centralstelle,

von der aus planmäßig die Aufklärungsarbeit „über alles Wissenswerte" organisiert werden soll. Schon die allgemeine Form dieses Antrages weist darauf hin, daß hier der Parteileitung eine unausführbare Aufgabe zugemutet wird. In Fürth ist Genosse Segitz ein vortrefflicher Organisator und Agitator. Er wird sich gleich gesagt haben, daß der Parteivorstand die ihm hier überwiesenen Aufgaben nicht lösen kann. Es wird deshalb vorgeschlagen, eine Agitationskommission zu bilden, die dafür zu sorgen hat, daß der praktische Teil unsres Programms den Genossen zum Bewußtsein gebracht und in parlamentarische Anträge gegossen wird. Ja, wenn diese Agitationskommission gebildet werden sollte, so ist sie ein Teil des Parteivorstandes, und da entsteht die Frage: Ist seine Ausführung möglich? Und diese Ausführung ist nur dann möglich, wenn die geeigneten Personen vorhanden sind. Die Berliner Genossen sollen sie wählen, selbstverständlich ohne auf Berlin beschränkt zu sein. Die Mitglieder der Agitationskommission müßten natürlich bezahlte Parteibeamte sein. Jedenfalls geht aus allen diesen Erwägungen hervor, daß die sofortige Durchführung des Fürther Antrages ein verfrühtes Experiment wäre. Aus dem Handgelenk läßt sich dieser Antrag nicht durchführen; erst sind bedeutende Vorarbeiten erforderlich. Der Antrag kann nur als Direktive, als Anregung für die Parteileitung betrachtet werden. (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender **Singer**: Ich möchte den Redner doch darauf aufmerksam machen, daß die Anträge jetzt nicht zur Diskussion stehen. Erst müssen die Antragsteller die Anträge begründen, damit wir wissen, was sie wollen. Nur der allgemeine Teil des Vorstandsberichtes steht jetzt zur Debatte.

Pfannkuch (fortfahrend): Der zweite Teil unsrer Agitation richtete sich auf die Betreibung der Reichstagswahl. Wir haben Flugblätter den Genossen zur Verfügung gestellt, so viel als verlangt wurden. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit bitten, daß die Parteileitung mehr als bisher unterstützt wird; die Parteileitung hat von vielen Genossen, speziell Fraktionsmitgliedern, an die sie sich um Einsendung von Manuskripten für allgemein gehaltene Flugblätter wandte, einen ablehnenden Bescheid bekommen, und es hat erst eindringlicher Mahnungen bedurft, um die Aufgabe zu lösen. Doch sie ist gelöst worden. Daß die Parteigenossen aus den Lehren der Reichstagswahl das Gefühl haben, es müsse noch mehr geschehen, dafür sprechen viele Anträge, namentlich diejenigen, die sich auf die Besorgnng von Referenten beziehen. Diese Frage ist nicht neu, aber die Aufgabe ist schwer zu lösen. Selbstredend wird jede Parteileitung, wie auch immer sie zusammengesetzt ist, dieser Frage ihre Aufmerksamkeit widmen.

Die Einrichtung der Arbeitersekretariate, die vornehmlich den Gewerkschaften vorbehalten ist, hat auch auf das politische Gebiet übergegriffen. Es gingen uns Anträge zu, in verschiedenen Gegenden des Reichs Parteisekretariate einzurichten, namentlich an Orten mit alter Organisation. Wenn eine solche Einrichtung notwendig ist, so unsrer Meinung nach dort, wo die Bewegung noch jungen Datums ist und noch nicht festen Fuß gefaßt hat. Aber da, wo die Organisation alten Datums ist, haben Agitationskomitees diese Arbeit zu verrichten. Da, wo wir es für nötig halten, z. B. in Königsberg, Posen und Oberschlesien, haben wir Beiträge zu den Kosten der Agitationsleitung hergegeben, und ich glaube, daß der Parteitag hier keine Aenderung eintreten lassen wird. Auf gleicher Höhe wie diese Anträge bewegen sich die Forderungen, bezahlte Kolporteure in einzelnen Gegenden anzustellen. Wo das notwendig war, haben das die Zeitungsverleger bereits getan, teilweise mit Unterstützung der Partei. Unsre Presse hat einen außerordentlichen Aufschwung genommen, nicht etwa, daß neue Zeitungen gegründet sind, was nach unsrer Meinung kein Fehler ist, aber das Verbreitungsgebiet der Presse hat zugenommen und die Auflage unsrer Blätter hat einen gewaltigen Aufschwung

zu verzeichnen. Der gedruckte Bericht bringt für verschiedene Zeitungen Ziffern. Dadurch fühlen sich einzelne Parteiorte, die ebenfalls ein Steigen der Abonnentenzahlen aufweisen, zurückgesetzt, weil nicht auch sie besonders im Vorstandsbericht aufgeführt sind. Ja, das liegt meistens an unsren Genossen selbst, die ganz von der Gepflogenheit abgekommen sind, der Parteileitung regelmäßige Situationsberichte einzusenden. Der Genosse Gerisch, der diese Berichte zu bearbeiten hat, wird Ihnen nachher wohl noch sein Leid darüber klagen. Ich will aber nachträglich hier feststellen, daß alle diejenigen, die sich über Nichtaufführung beschwert haben, von uns in gleicher Weise anerkannt werden und daß sich alles Lob auch auf sie erstreckt. Hätte nicht jeder seine Schuldigkeit getan, wie hätten wir dann einen so glänzenden Sieg erringen können!

Wir haben diesmal die Abrechnung der „Gleichheit", der „Neuen Zeit" und des „Wahren Jacob" im Vorstandsbericht gegeben und damit die in München laut gewordenen Wünsche erfüllt. Es geht daraus hervor, daß sich die Hoffnungen auf eine Minderung des Defizits der „Gleichheit" und der „Neuen Zeit" in erfreulicher Weise erfüllt haben. (Bravo!) Das Defizit der „Gleichheit" hat sich gegen das vorige Jahr um 1470 M. verringert. Die beiden letzten März-Nummern hatten eine 7000 übersteigende Auflage, und in den beiden anschließenden Monaten ist eine weitere Steigerung auf 8000 Abonnenten eingetreten. (Bravo!) Im nächsten Geschäftsbericht werden wir hoffentlich in der angenehmen Lage sein, dem Parteitag mitzuteilen: die „Gleichheit" deckt sich.

Eine gleiche Wandlung zum bessern ist bei der „Neuen Zeit" eingetreten. Das Defizit gegen das Vorjahr ist um 3000 M. kleiner geworden, einmal durch die Abnahme der Remittenden und dann durch die steigende Auflage. (Bravo!) Im Oktober v. J. wurde eine rührige Tätigkeit für die „Neue Zeit" entfaltet; 700 neue Abonnenten wurden gewonnen, so daß sich die Auflage auf 3850 Abonnenten steigerte und sich dort auch gehalten hat. Hoffen wir, daß im laufenden Jahre eine neue Steigerung der Abonnentenziffer eintreten wird. Um dasselbe herbeizuführen, haben die Frankfurter Genossen beantragt, alle wissenschaftlichen Organe der Partei zu einem einzigen zu verschmelzen. Ich glaube aber kaum, daß es gelingen wird.

Vom Münchener Parteitag wurde die Parteileitung aufgefordert, § 2 des Organisationsstatuts zu ändern. Aus Anlaß von Vorkommnissen in Bayern mußte ausgesprochen werden, daß der Ausschluß aus einem Wahlverein bezw. aus der örtlichen Organisation der Partei gleichbedeutend ist mit dem Ausschluß aus der Gesamtpartei. Wir glauben mit der Fassung des Antrages 18 den bisher aufgetretenen Mißhelligkeiten begegnen zu können und dem aus einer solchen örtlichen Organisation Ausgeschlossenen die Gelegenheit gegeben zu haben, die Partei-Instanzen anzurufen. Ein weiterer Wunsch, die Organisation zu ändern, ist in verschiedenen Anträgen zum Ausdruck gekommen. Der Vorsitzende wird mir wohl gestatten, darüber jetzt einige Worte zu sagen.

Singer: Es ist mir sehr fatal (Heiterkeit), auch hier meine Meinung dahin aussprechen zu müssen, daß augenblicklich nur der Vorstandsbericht zur Diskussion steht. Die Anträge werden später zur Verhandlung kommen. Wenn der Kollege jetzt schon darüber spricht, so kann ich niemand daran hindern, darauf ebenfalls einzugehen.

Pfannkuch: Ich werde mich den Anordnungen des Vorsitzenden selbstverständlich fügen; dazu bin ich ein zu disziplinierter Genosse, (Heiterkeit) und ich will mich nicht der Gefahr aussetzen, noch einmal unterbrochen zu werden.

Wir haben im § 2 unsres Organisationsstatuts die Einrichtung des Schiedsgerichts. Dieses wird nach unserm Antrag, da es auch auf den Ausschluß aus den örtlichen Organisationen Anwendung finden soll, in Zukunft noch öfter von den Parteigenossen angerufen werden als bisher. Die Parteileitung wird selbstverständlich je eher je lieber die Streitigkeiten unter den Parteigenossen

aus der Welt zu schaffen suchen. Jedoch an einen bestimmten Termin gebunden zu sein, innerhalb dem ein beantragtes Schiedsgericht zusammentreten muß, ist eine Aufgabe, die man der Parteileitung nicht auferlegen darf. In dem Fall, aus dem der vorstehende Wunsch resultiert, sind wir der Meinung gewesen, daß durch die gemeinsame Tätigkeit im Wahlkampfe die Streitfragen an den einzelnen Parteiorten überbrückt werden würden, so daß es unnötig sein würde, ein Schiedsgericht abzuhalten. Darin haben wir uns geirrt. — Sie können versichert sein, daß die Parteileitung glaubt, auch im vergangenen Berichtsjahre nach bestem Ermessen und Gewissen die ihr obliegenden Aufgaben erfüllt und ihre Schuldigkeit getan zu haben. (Beifall.)

Gerisch-Berlin erstattet den

Kassenbericht.

Wenn in früheren Jahren, in denen die Kasse mit einem Defizit abschloß, meine mündlichen Erläuterungen zu dem Kassenbericht vielfach auf die Warnung hinausliefen: So kann es nicht mehr weiter gehen, so bin ich diesmal in der außerordentlich angenehmen Lage, versichern zu können: So wie im verflossenen Jahre, so sollte es immer weiter gehen! (Heiterkeit und Beifall.) Die ungeheuere Opferfreudigkeit, die die Genossen bewiesen haben, kommt in dem Kassenbericht durchaus nicht voll zum Ausdruck; es ist viel mehr geleistet worden, als wir hier von seiten der Centralkasse nachzuweisen in der Lage sind. Ich war bemüht, eine vollständige Zusammenstellung aller dieser Leistungen bei den letzten Wahlen herzustellen. Es war mir das bis zur Stunde nicht möglich, da noch verschiedene Landesteile fehlen. Ich will nur anführen, daß allein in den zehn schleswig-holsteinischen Wahlkreisen 85 000 M. für die Wahlen ausgegeben wurden (Bravo!), die nicht durch die Centralkasse gegangen sind und infolgedessen nicht im Kassenbericht zum Vorschein kommen.

Nun einige Richtigstellungen zum Kassenbericht! Auf Seite 33 des gedruckten Berichts befindet sich ein Druckfehler, die Unterstützungen betragen nicht 6252, sondern 16252 Mark. Im spezialisierten Bericht über die Ausgaben für die Parteipresse befinden sich 1000 Mark für die „Oberfränkische Volkszeitung". Die Genossen in Hof, wo das Blatt erscheint, erklärten übereinstimmend, daß niemand von ihnen die 1000 Mark bekommen habe, sie seien verschwunden. Die Sache ist durch die Presse gegangen und bedarf deshalb der Aufklärung. Die „Oberfränkische Volkszeitung" ist früher in Nürnberg gedruckt worden, und als die Hofer Genossen das Verhältnis mit Nürnberg lösten, haben sie, wie das im Leben so oft vorkommt, vergessen, einige Verbindlichkeiten zu regeln, sie standen auf dem Standpunkt, daß Schulden nicht weglaufen. (Heiterkeit.) Die Leitung des Nürnberger Geschäfts ersuchte den Parteivorstand, 1000 M. von den Schulden zu übernehmen. Zu derselben Zeit stand aber auch das Nürnberger Geschäft mit den Hofer Genossen in Unterhandlungen über die Regulierung des Abzahlungsmodus, und da meinte die Leitung des Nürnberger Geschäfts, es sei vielleicht nicht angebracht, wenn die Hofer Genossen schon vorher wüßten, daß die Centralleitung dahinter steckt, das würde ihren Eifer, abzuzahlen, nicht erhöhen, sie würden sich aber hinterher um so mehr freuen, wenn sie hören, daß schon 1000 M. abgezahlt sind. So kam es denn, daß die Hofer Genossen erst durch den Geschäftsbericht davon Kenntnis erhielten, daß sich über Nacht ihre Schuldenlast um 1000 M. verringert hatte. (Zuruf: Die Glücklichen! — Heiterkeit!) Die Bochumer Genossen beschweren sich mit Fug und Recht darüber, daß die Ausgaben für das „Volksblatt" in Bochum und den „Weckruf" in Essen zusammengeworfen sind. Es ist nicht klar zu ersehen, wie viel von den 5900 M. Subvention auf jedes dieser Blätter kommt. Auch mir war es fatal, in dieser Form berichten zu müssen, aber mir lagen bei Abfassung des Berichtes die Bücher des Dortmunder Geschäftes nicht vor. Von den 5900 M. entfallen 3000 M. auf den „Weckruf" in Essen allein, während an dem Restbetrage beide Blätter beteiligt sind.

Noch einige Angaben über das Wachstum der Presse im Berichtsjahre! Leider bin ich da wieder von sehr vielen unsrer Parteigeschäfte im Stich gelassen. (Hört! hört!) Es haben keine Berichte eingesandt das Banter Geschäft — Genosse Hug sagt mir allerdings, der Bericht müsse nach meiner Abreise aus Berlin eingegangen sein — ferner Kassel, Elberfeld, Erfurt, Karlsruhe, München, Solingen, Haarburg. Ich mußte die Zahlen dieser Geschäfte schätzungsweise einstellen. Wenn ich auch glaube, daß ich mit meinen Schätzungen nicht weit von der Wahrheit entfernt bin, so bedauere ich doch, daß wir nicht mit bestimmten Zahlen aufwarten können. (Sehr richtig!) Unsre Tagespresse — und diese ist ja fast nur noch ausschlaggebend, die kleinere Presse verschwindet mehr und mehr — ist gegenwärtig auf rund 520 000 Abonnenten gekommen, wir haben also die halbe Million stark überschritten. Rechnen wir dazu noch etwa 30 000 Abonnenten der kleineren Presse, so haben wir im ganzen 550 000 Abonnenten, eine ganz respektable Zahl, indes zu den drei Millionen Wählern immer noch nicht das richtige Verhältnis. Ganz besonders müssen wir berücksichtigen, daß wir diese Höhe der Abonnentenziffer dem Wahljahr verdanken. Das zeigt, wie sehr wir vorwärts kommen können, wenn immer so gearbeitet wird. 130 000 neue Abonnenten! Ein solcher Erfolg ist noch nicht vorgekommen. Wir sehen daran, wie tief der Pflug der Wahlagitation eingedrungen ist. Entsprechend dem Anwachsen der Abonnentenziffer ist auch der finanzielle Ertrag der Parteipresse gestiegen. In runder Summe betrugen die Einnahmen der Parteipresse aus Abonnements 3 Millionen Mark, aus Inseraten 1 700 000 M. Auch hier zeigt sich also ein sehr erfreulicher Fortschritt. Nun ist es unsre Aufgabe, das Gewonnene festzuhalten und neue Gebiete zu erobern.

Was die Parteikasse anlangt, so ist nach der Hochflut ja die Ebbe eingetreten. Ich kann nur wünschen, daß die Ebbe nicht zu lange anhält. Stehen uns doch beträchtliche Ausgaben bevor. Besonders möchte ich an die Genossen der Kreise, die bei der letzten Wahl siegreich geblieben sind und einen Abgeordneten nach Berlin entsenden, die Bitte richten, ihrerseits dafür zu sorgen, daß ihr Kreis im nächsten Jahr nicht in der tabellarischen Aufstellung fehlt. Die Genossen brauchen sich nicht zu wundern, wenn im nächsten Jahre die Rubrik der Kosten für den Reichstag erheblich wächst. Genosse Meister schmunzelt schon. (Heiterkeit.) Sorgen wir also dafür, daß wir dem Gewonnenen neue Gewinne beifügen. (Bravo!)

Bericht der Kontrolleure.

Berichterstatter **Meister**: Die Kontrollkommission hat zunächst die Revision der Kasse und der Geschäftsführung des „Vorwärts" vorzunehmen. Nirgends waren Monita zu ziehen. Der Kassen- und Buchführung kann nur die vollste Anerkennung ausgesprochen werden. Auch alle Wünsche bezüglich der Geschäftsführung des „Vorwärts" haben volle Berücksichtigung gefunden. Außer der regelmäßigen Revision der Kasse und der Geschäftsführung des „Vorwärts" hatten die Kontrolleure noch einige andre Aufgaben zu lösen. Zunächst lag ein Antrag des Genossen Mehring vor, den Ausschluß des Genossen Berthold zu veranlassen. In dieser Angelegenheit hatte bereits ein Schiedsgericht getagt, dessen Verhandlungen nicht zu dem gewünschten Resultat geführt hatten, wenngleich der Schiedsspruch dahin ging, daß sich Berthold große Verfehlungen hat zu schulden kommen lassen. Berthold hat als zeichnender Redakteur der „Zukunft" die Verantwortung für Sachen übernommen, die zu übernehmen man von einem Parteigenossen nicht hätte erwarten sollen. (Lebhafte Zustimmung.) In einer Reihe von Heften sind namhafte Parteigenossen, denen wir jederzeit die größte Hochachtung entgegengebracht haben und entgegenbringen, in einer so pöbelhaften Weise heruntergerissen worden, daß wir sie, wenn sie von Gegnern kommen, als Ausdruck ihrer Wut verlachen. Wenn aber jemand, der sich Parteigenosse nennt, die Kühnheit hat und solche pöbelhaften Verunglimpfungen mit seinem Namen zeichnet, so waren alle Kontrolleure darin einig, daß eine solche Handlung mit der Ehre eines Parteigenossen nicht vereinbar ist. (Lebhafte Zustimmung.) Nur auf einen Artikel

der „Zukunft" will ich aufmerksam machen: „Die Primadonna der Sozialdemokratie". (Hört! hört!) In diesem Tone waren alle uns vorgelegten Artikel der „Zukunft" gehalten. Die Kontrolleure waren einig darin, daß eigentlich eine Person, die die Kühnheit hat, sich Parteigenosse zu nennen und solche Artikel zu zeichnen, nicht wert ist, der Partei anzugehören. (Hört! hört! und Zustimmung.)

Das war die einstimmige Ansicht der Kontrolleure. Wenn trotzdem der Antrag auf Ausschluß des Genossen Berthold mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde, so war das nur deshalb möglich, weil ein Mitglied der Kontrollkommission fehlte, weil es krank war. Auch die vier Kontrolleure, die gegen den Ausschluß stimmten, waren mit den andern einig darin, daß die Handlungsweise Bertholds unqualifizierbar sei und daß es bedauerlich sei, daß ein Genosse sich zu solchen Handlungen hergegeben hat. (Beifall.)

Die Beschwerde eines Bergmanns gegen die Ablehnung eines Unterstützungsgesuchs durch den Vorstand wurde zurückgewiesen, weil der Beschwerdeführer in reichlicher Weise bereits unterstützt worden war.

Genosse Steininghaus in Solingen beschwerte sich, daß die Buchhandlung Vorwärts eine Broschüre, die er geschrieben, nicht verlegen will. Wir haben der Beschwerde nicht stattgegeben, weil die Entscheidung über solche Fragen der Leitung der Vorwärts-Buchhandlung überlassen bleiben muß. Der Beschwerdeführer meinte den Genossen Fischer dann noch persönlich verdächtigen zu sollen; die Broschüre bekämpfe die Evolutionstheorie und Fischer sei da zu sehr Partei. (Heiterkeit.) Es scheint, daß der Genosse es vielleicht sehr gut meint, aber zum Broschürenschreiben doch nicht qualifiziert ist.

Eine weitere Beschwerde ist uns von unsren lieben, altbekannten Freunden aus Mülhausen und Straßburg zugekommen. (Heiterkeit.) So gern die Parteileitung, Vorstand und Kontrolleure, stets bereit ist, den Beschwerden der Presse in Elsaß-Lothringen jedwede Rücksicht entgegen zu bringen, so haben wir uns doch bezüglich dieser Beschwerden noch nicht völlig entscheiden können, weil die Kontrolleure erst noch eine Rücksprache mit den dortigen Vertrauensleuten Böhle und Emmel nehmen wollen. Wir werden aber unsre Entscheidung noch während der Tagung des Parteitages treffen.

Im übrigen habe ich bezüglich der Geschäftsführung den Auftrag, im Namen der Kontrolleure von neuem die Decharge für die Parteileitung und die bei der Geschäftsleitung beteiligten Personen zu beantragen. (Bravo!)

Die **Debatte** wird eröffnet.

Lehmann-Mannheim: Nur einige Bemerkungen zu dem Bericht bezüglich der Agitation. Gerisch hat uns gesagt, daß es um die Parteikasse sehr gut bestellt sei. Man kann also gegenüber unsren Anforderungen nicht mehr einwenden, daß kein Geld da sei. Wir haben in den Industriebezirken jahrzehntelang erfolgreiche Arbeit verrichtet und neue Siege errungen. Aber in den Kreisen Saarbrücken und Ottweiler-St. Wendel ist seit langem nichts geschehen. Es muß dort eine andere Organisation geschaffen werden. 1891 waren diese Bezirke die Hochburg der Bergarbeiter-Bewegung, die damals mit brutaler Gewalt vom preußischen Handelsministerium niedergedrückt worden ist. Als dann am 1. Januar 1893 ein Ukas des Herrn von Berlepsch, den man jetzt den „Minister der Sozialpolitik" nennt, kam, durch den die Bergleute noch mehr niedergedrückt werden sollten, da flammte die Empörung hoch auf. Seitdem aber liegt die Bewegung im ganzen Kreis Saarbrücken vollständig brach. Wir haben dort nur 1000 oder 2000 Stimmen bekommen, im Wahlkreise Ottweiler-St. Wendel haben wir nicht ganz 100 Stimmen erhalten. Wenn dorthin ein unabhängiger, befähigter Parteigenosse kommt, so wird seine Arbeit gewiß von Erfolg gekrönt sein.

Singer: Auch hier mache ich darauf aufmerksam, daß Anträge, die nicht zur Diskussion stehen, jetzt nicht behandelt werden.

Walter-Koburg: Auf jedem Parteitag kommen besonders aus den „schwarzen Winkeln", den rückständigen Bezirken, Beschwerden, daß ihnen von der Parteileitung nicht in genügendem Maße Redner zur Verfügung gestellt werden. So geht es auch uns in Koburg. Wir gehören ja nicht zu Süddeutschland, die Norddeutschen wollen auch nichts von uns wissen (Heiterkeit), das kleine Koburger Ländchen weiß eigentlich gar nicht, wo es hin soll. (Heiterkeit.) 1896 haben wir Bebel und Liebknecht dringend gebeten, doch auf diesem historischen Boden der Partei als Redner zu erscheinen. Es war Bebel nicht möglich, und Liebknecht ging später leider dahin, wo es kein Wiedersehen giebt. Die bürgerlichen Parteien haben gerade bei uns hervorragende Redner gehabt, während wir völlig im Stich gelassen wurden. In Nürnberg haben sich die Redner nur so verfolgt. (Heiterkeit.) Man darf wohl den Schluß ziehen, daß gewisse freundschaftliche Beziehungen notwendig sind, um diesen oder jenen Parteigenossen zu bestimmen, in einem Wahlkreise zu sprechen. (Oho!) Genosse Singer ist schlank durch Koburg durchgefahren. (Rufe: Schlank!? — Lebhafter Widerspruch und große Heiterkeit.) Wir hätten den ganzen Wahlkampf von höherer Warte führen können, wenn wir einmal einen hervorragenden Redner bei uns gesehen hätten.

Gewehr-Elberfeld: Es scheint, daß alle Redner in dasselbe Lied einstimmen, daß der Vorstand nicht genug Redner geschickt hat. Ich glaube, daß allerdings eine andere Organisation nötig wäre, da die jetzige Parteileitung das ganze Gebiet nicht so übersehen kann wie es notwendig wäre. Wenn ein Bezirk klagen könnte, so ist es Rheinland-Westfalen. Das liegt gewiß zum Teil an der geographischen Lage; es wird aber doch nötig sein, dort mehr zu tun. Bei den letzten Wahlen hatten wir ja eine gewaltige Stimmenzunahme zu verzeichnen; es muß allerdings bemerkt werden, daß auch die Bevölkerungszunahme eine sehr große ist. Durch den Zuzug aus dem Osten haben wir einen besonders schweren Standpunkt. Wir haben uns immer gesagt: wenn es bei den Arbeitermassen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk einmal vorangeht, dann wird es schnell gehen. Was die finanzielle Leistung der Genossen in unserem Agitationsbezirk zur diesmaligen Wahl betrifft, so kann sich der Parteivorstand wohl nicht beklagen; der Wahlzuschuß ist verhältnismäßig gering. Für den Agitationskalender werden wir, denke ich, diesmal die Unterstützung der Centralkasse nicht mehr in Anspruch zu nehmen brauchen.

Richard Fischer-Berlin: Nur ein paar Worte über die Beschwerde von Steininghaus! Der Genosse hatte eine Broschüre geschrieben, um Kautskys Schrift „Soziale Revolution" zu widerlegen. Ich las ein paar Seiten; da ich aber damals gerade mit der Fertigstellung des Jahresabschlusses der Vorwärtsbuchdruckerei beschäftigt war, übergab ich das Manuskript einem Genossen zur Durchsicht, der zu einem Urteil befähigt ist. Er hat es durchgesehen und ist, wie ich aus dem Teil, so aus dem Ganzen zu der Ansicht gekommen, daß der gute Wille wohl vorhanden war, daß aber der Wille im Widerspruch stand zu dem Können. Deshalb erfolgte die Ablehnung. Der Genosse Steininghaus beschwert sich weiter, daß ihm die Gründe der Ablehnung nicht mitgeteilt sind. Früher habe ich das immer getan und die Folge davon war, daß ich dann lange Briefe bekam, die darin gipfelten, daß ich ein Esel sei. (Heiterkeit.) Nachdem mir das so und so oft gesagt war, habe ich mir gesagt, daß es nicht mehr notwendig sei. (Heiterkeit.) Deshalb habe ich auf die Angabe der Gründe verzichtet.

Adolf Braun-Nürnberg: Von den Genossen, welche die Koburger so gern in ihrem Wahlkreise gesehen hätten, hat in Nürnberg einzig und allein Singer gesprochen; dieser hatte einen notariellen Akt im Interesse unseres dortigen Parteigeschäfts in Nürnberg zu unterzeichnen, er hätte an dem betreffenden Abend gar nicht an einem andren Orte sein können; ich glaube, Sie können ihm danken, daß er auch diesen Abend für die Partei ausgenutzt hat. Wir in Nürnberg haben den größten Teil unsrer Arbeiten selbst ausgeführt. Ja, Segitz hat

nicht nur die Agitation in Nordbayern wirksam gefördert, sondern noch mindestens sechs Versammlungen außerhalb Nordbayerns abgehalten, und Südekum hat, was man ihm in Nürnberg sogar zum Vorwurf machte, in Baden, Sachsen und Schlesien gesprochen; selbst die Berliner haben ihn notwendig gebraucht. Sie sehen, daß wir in Bayern mehr abgegeben als wir erhalten haben.

Reuter-Solingen: Daß das Manuskript der Steininghausschen Broschüre ohne Kommentar zurückgewiesen ist, war nicht angebracht. Es war nicht zu befürchten, daß wir zurückschreiben würden, Fischer ist ein Esel. Auer und Gerisch wissen ja, daß wir in Solingen sehr höflich sind (Heiterkeit), und wir haben uns in letzter Zeit noch gebessert. (Erneute Heiterkeit.)

Hiermit schließt die Debatte.

Das Schlußwort erhält

Pfannkuch: Die Parteileitung ist sich bewußt, daß es notwendig ist, auch in Saarabien etwas für die Entwicklung der Partei zu tun. Das wird geschehen, sobald es möglich ist, aber die Ausführung dieser Möglichkeit ist eine Personenfrage. Man muß in der Auswahl derjenigen, die ein so schwieriges Gebiet zu beackern haben, recht vorsichtig sein. Seinerzeit wurde die Notwendigkeit betont, Oberschlesien, Posen, Ost- und Westpreußen zu erobern. Wir sind jahrelang in diesen Provinzen an der Arbeit. In Königsberg haben wir eine gute Organisation und tüchtige Genossen, die sich der Aufgabe der Verbreitung sozialdemokratischer Ideen mit Liebe und Hingabe unterziehen. Aber selbst schon in Westpreußen hapert es. Ich will die Verdienste unsrer Genossen in Danzig, Elbing usw. nicht herabmindern, im Gegenteil, ich zolle den Leuten, die unter den schwierigsten Verhältnissen dort arbeiten, meine vollste Anerkennung, aber sie können über das Maß dessen, was sie leisten, nicht hinauskommen. Und wer wollte leugnen, daß eine intensivere Arbeit auch da größere Erfolge zeitigen würde? In Posen haben wir einen die Bewegung leitenden Genossen angestellt, er hat geleistet, was er leisten konnte, ja er hat sich sogar mehr zugemutet, als er zu leisten im stande war, und gerade daraus sind sehr viel Unzuträglichkeiten entstanden. In Oberschlesien hatten wir jahrelang den Genossen Winter, es war ein heroischer Entschluß des Genossen, dort auszuhalten, wir haben es ihm hoch angerechnet und ihn bewundert, er hat seine Kräfte so aufgerieben, daß er — auf wie lange, das steht dahin — einer Erholung bedarf. Man kann nicht befehlen, daß dieser oder jener nach Oberschlesien geht. Wir haben jetzt Ersatz gefunden, Bruhns hat sich erboten, die vom Winter eingeleitete Arbeit fortzuführen und sobald er seine Gefängnisstrafe hinter sich hat, wird er sofort die Agitation aufnehmen. Wenn man Anregungen giebt, so muß man auch so freundlich sein, jemand nachzuweisen, der die für einen solchen Posten erforderlichen Eigenschaften besitzt. Solche Genossen müssen den höchsten Anforderungen gewachsen sein. Wird der Parteileitung eine geeignete Persönlichkeit nachgewiesen, so besitzt sie Verständnis genug, die Mittel zur Verfügung zu stellen. Genosse Walter hat ganz recht, daß hinter jedem Dorf noch eins liegt. Es ist Sitte, daß sobald die Genossen eines Ortes hören, daß bekannte Redner in der Nähe eine Versammlung abhalten, sie diese sofort bitten, auch bei ihnen zu reden. Die Genossen müßten doch einsehen, daß die Tour der Agitatoren von vornherein festgelegt ist. Bebel war vom Tage der Ausschreibung der Wahl an bis zum Stichwahlabend vollständig für jeden Tag besetzt, für Singer war die Tour in drei Perioden in ganz derselben Weise vorgesehen, er hatte in der ganzen Zeit vielleicht eine Ruhepause von fünf bis sechs Tagen. Dazu kam, daß ihm aus Gesundheitsrücksichten Ruhe ganz besonders nötig war. Ich habe auch den Kollegen in der Fraktion, die auf das Zirkular des Vorstandes nicht geantwortet haben, nicht etwa irgendwie den Vorwurf machen wollen, sie hätten sich drücken wollen. Im Gegenteil, es ist der Parteileitung bekannt, daß jeder an seinem Platze das geleistet hat, was er nur leisten konnte. Ich glaube daraus, daß

weitere Beschwerden nicht vorgebracht worden sind, schließen zu können, daß Sie im großen und ganzen mit unsrer Tätigkeit zufrieden sind.

Das Schlußwort erhält Gerisch: Es ist mir inzwischen von Michaelis-Erfurt mitgeteilt worden, daß der Bericht über die Erfurter Tribüne eingeschickt ist. Er muß also offenbar unter andre Sachen geraten sein, und ich nehme den Vorwurf gegen die Erfurter natürlich zurück. Was die Geldbewilligungen des Vorstandes anlangt, so haben wir im Rahmen unsrer Mittel wirklich nicht gegeizt, so wenig, daß wir jetzt aus vielen Orten Gelder zurückerhalten, die nicht gebraucht worden sind. Sehr oft habe ich ja auch im letzten Wahlkampf Telegramme verschickt: „Anbei der gewünschte Betrag; wenn es nicht reicht, folgt mehr." Also in der Beziehung werden Beschwerden nicht erhoben werden können.

Entsprechend dem Antrage der Kontrolleure wird hierauf dem Parteivorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Damit ist die Diskussion über den allgemeinen Geschäftsbericht und die Kasse erledigt. Es folgt der Punkt:

Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse.

Hierzu gehören die Anträge 7 bis 16, die genügend unterstützt werden.

Pfannkuch: Ich brauche wohl die Beschwerde, die von den Genossen Dr. Heinrich Braun, Lily Braun, Heine, Göhre und Berthold unterzeichnet, bei dem Parteivorstand eingegangen ist, nicht zu verlesen; sie liegt Ihnen in der Broschüre des Genossen Heinrich Braun gedruckt vor, ebenso die Antwort des Parteivorstandes im Auszug und die aus diesem Anlaß veröffentlichte Deklaration des Parteivorstandes im Bericht des Parteivorstandes. Zum besseren Verständnis muß ich Ihnen den auch im Vorstandsbericht bereits avisierten Briefwechsel, der sich an die Deklaration des Parteivorstandes angeschlossen hat, zur Kenntnis bringen. Es ist an den Parteivorstand ein weiterer Brief der Genossen Braun ꝛc. eingegangen folgenden Inhalts:

„An den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Werte Genossen!

Das Schreiben des Parteivorstandes vom 28. Februar 1903 erinnert uns an die Praxis bürgerlicher Ministerien, indem es sich über Punkte äußert, über die wir ihn nicht gefragt hatten, die Beschwerde aber, die wir wirklich erhoben haben, unbeantwortet läßt.

Wir haben uns lediglich beschwert, weil in Kautskys Artikel in Nummer 19 von Parteigenossen, die unter Namensnennung in nichtsozialdemokratischen Blättern schreiben, behauptet wird, daß sie dadurch gegnerischen Zwecken und Mächten dienten, und weil es so dargestellt wird, als ob sie sich dadurch mit Angriffen gegen die Partei identifizierten, die von andrer Seite in diesen Blättern erhoben worden sind.

Die in dem Artikel „Konzessionsschulzes" von Franz Mehring in Nr. 16 enthaltenen beleidigenden Insinuationen haben wir in unsrer Beschwerde nicht erwähnt, weil wir Injurien von dieser Seite keine Bedeutung beimessen, so lange sie nicht die Interessen der Partei als solcher gefährden.

Wir haben dem Parteivorstand geschrieben, daß wir in den bezeichneten Stellen des Kautskyschen Artikels eine beleidigende und wahrheitswidrige Unterstellung erblickten, über die wir Beschwerde führten. Der Parteivorstand geht nach ministeriellem Vorbilde über diese einzige Frage, die wir ihm wirklich vorgelegt hatten, mit Stillschweigen hinweg.

Die uns angekündigte und inzwischen veröffentlichte Meinungsäußerung des Vorstandes über die Frage, ob und wann ein Sozialdemokrat in nichtsozialdemokratischen Blättern schreiben dürfte, haben wir keinen Anlaß gehabt

zu erbitten. Wir hatten schon vorher unsre eigne Meinung darüber, an der wir auch so frei sind, festhalten zu wollen. Berlin, den 3. März 1903. Dr. Heinrich Braun. Lily Braun. Wolfgang Heine. Paul Göhre. A. Berthold, Dr." (Lachen.)

Auf diese Zuschrift hat der Parteivorstand folgende Antwort gegeben:

Herrn Dr. Heinrich Braun und Genossen, Berlin.

Werte Genossen!

In Ihrem Schreiben vom 3. März d. J. beschweren Sie sich darüber, daß der Parteivorstand in seiner Zuschrift vom 28. Februar d. J. über die einzige Frage, die ihm vorgelegt wurde, mit Stillschweigen hinweggegangen sei.

Nicht weil wir die „Praxis bürgerlicher Ministerien" nachahmen — solche Unterstellung hatten wir wirklich nicht erwartet — sondern weil dem, was Sie jetzt als Extrakt Ihrer Beschwerde betrachtet wissen wollen, jedwede Unterlage fehlte, haben wir nicht besonders darauf Bezug genommen.

Sie erklären jetzt: Unsere Beschwerde hat sich hauptsächlich gerichtet gegen die Beschwerde Kautskys, daß Parteigenossen, die unter Namensnennung in nichtsozialdemokratischen Blätter schreiben, „dadurch gegnerischen Zwecken und Mächten dienten", und in zweiter Linie gegen die Darstellung, daß die Betreffenden sich dadurch mit den von andrer Seite in diesen Blättern gegen die Partei erhobenen Angriffen identifizierten.

Weder hat Kautsky das eine behauptet, noch das andre dargestellt.

Um mit dem letzteren zuerst zu beginnen, so hat Kautsky an der Stelle, die einzig in Betracht kommen kann, lediglich erklärt, daß ein Sozialdemokrat, der nach Angriffen, wie sie von Harden gegen unsre Partei geschleudert wurden, noch für Harden schreibt, sich dadurch den Verdacht zuzieht usw. Und bezüglich Ihrer Hauptbeschwerde hat Kautsky nicht, wie Sie schreiben, behauptet, daß die ... „gegnerischen Zwecken und Mächten dienten", sondern der Satz lautet: „Aber etwas andres ist es bei Parteigenossen, die offen als Wortführer und Vertreter unsrer Partei auftreten. Wenn sie in der bürgerlichen Presse arbeiten, so tun sie es auch dort als Vertreter der Sozialdemokratie, und es kann uns keineswegs gleichgültig sein, welchen Zwecken und Mächten sie dort dienen." Diese Darlegung enthält so Selbstverständliches, daß sie von jedem Sozialdemokraten bedingungslos vom ersten bis zum letzten Worte gebilligt werden muß. (Lebhafte Zustimmung.) Auch Ihre näher begründete Beschwerde erweist sich mithin als völlig gegenstandslos. Was unsre in der Sache veröffentlichte Meinungsäußerung anbelangt, ist es durchaus gleichgültig, ob Sie eine solche wünschten. Entscheidend war für uns die Frage, ob die Kundgebung gewissen Vorgängen und Erscheinungen gegenüber im Partei-Interesse notwendig sei. (Sehr richtig! Lebhafte Zustimmung.)

Dies die Antwort darauf. Sie haben nun Kenntnis von dem vollständigen Material in dieser Sache. Daß wir richtig verstanden sind, geht aus verschiedenen Preßstimmen der Parteipresse hervor. Beispielsweise kommt das „Hamburger Echo" in einer längeren Betrachtung zu dem Schluß:

„Wir wenigstens würden uns schön hüten, einem Menschen, von dem wir wissen, daß er für ein gegnerisches Blatt schreibt, vertrauliche Mitteilungen über die Partei zu machen. (Sehr richtig!) Wir sind auch der Meinung, daß Parteigenossen nicht für bürgerliche politische Zeitungen schreiben sollen. Mag auch die Erklärung des Parteivorstandes nicht ganz befriedigen, so wird sie wohl von denjenigen verstanden worden sein, die es angeht." (Sehr richtig!)

Dieser Meinung sind wir auch. Ein Parteigenosse kam nun zu uns, der glaubte, es solle jede Mitarbeiterschaft an der gegnerischen Presse unterdrückt werden. Der Vollständigkeit halber bringe ich auch diesen Briefwechsel zur

Verlesung. Der Parteigenosse Richard Calwer wandte sich am 3. März 1903 mit folgender Anfrage an den Parteivorstand:

„Die Erklärung des Parteivorstandes vom 2. März 1903 veranlaßt mich zu folgender Anfrage und Bitte:

Wie dem Parteivorstand bekannt sein dürfte, bin ich seit 1897 Mitarbeiter an der von Dr. Jastrow herausgegebenen Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt", ebenso bin ich Mitarbeiter an der in Verbindung damit erscheinenden Korrespondenz. Da nun die Erklärung des Parteivorstandes nur von der Mitarbeit an „bürgerlichen Preßunternehmungen" und „bürgerlichen Blättern" spricht und keine weiteren Unterscheidungen macht, so dürfte daraus in Parteikreisen der Schluß gezogen werden, daß der Parteivorstand sämtliche nichtsozialdemokratischen Organe unter dem Ausdruck bürgerliche Preßunternehmungen zusammengefaßt wissen, daß er also auch die Mitarbeit an wissenschaftlichen Zeitschriften und Organen mit seiner Erklärung getroffen haben wolle.

Ich nehme an, daß es nicht in der Absicht des Parteivorstandes lag, eine solche Deutung zulassen zu wollen. Da aber der Wortlaut der Erklärung dehnbar ist, so möchte ich den Parteivorstand bitten, nicht nur mir gegenüber zu erklären, daß die Mitarbeit an wissenschaftlichen Organen durch seine Stellungnahme vom 2. März nicht getroffen werden soll, sondern diese seine Auffassung auch nach außen hin zu dokumentieren, da sonst in denjenigen Parteikreisen, welche die Absicht haben, die Stellungnahme des Parteivorstandes sich zur ausschließlichen Richtschnur zu machen, die Erklärung zu großen Mißverständnissen Anlaß geben würde."

Sie sehen also: Calwer wollte sich die Deklaration des Parteivorstandes zur Richtschnur nehmen, während die Beschwerdeführer selber ja erklären, daß sie ihre eigne Meinung haben und sich durch die Deklaration des Parteivorstandes nicht beirren lassen. Der Parteivorstand hat dem Genossen Calwer folgende Antwort gegeben:

„Werter Genosse! Ihre Annahme trifft zu. Der Vorstand hat mit seiner Erklärung die Mitarbeit an wissenschaftlichen Zeitschriften und Organen nicht treffen wollen. Von einer speziellen Namhaftmachung ist indessen abgesehen, da auch der Fall eintreten kann, daß wissenschaftliche oder der Unterhaltung dienende Organe und Zeitschriften die Partei in einer Art und Weise schmähen können, daß es sich für einen Parteigenossen nicht geziemt, an solchen Organen mitzuarbeiten. (Sehr richtig!)

Da derartige Fälle eintreten können, sind wir des weiteren nicht in der Lage, Ihren Wunsch zu erfüllen, nach außen hin die von Ihnen gewünschte Deklaration zu geben. Dagegen bestätigen wir Ihnen gern, daß Ihre Mitarbeit an der Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt" und der damit verbundenen „Korrespondenz" zur Zeit völlig einwandsfrei ist und ermächtigen Sie, nötigenfalls von dieser Bestätigung geeigneten Gebrauch zu machen." (Zustimmung.)

Sie haben gehört, daß das, was die Beschwerdeführer als Grund ihrer Beschwerde angeben, im Artikel der „Neuen Zeit" nicht enthalten gewesen ist, und deshalb auch eine Rektifikation der Redaktion der „Neuen Zeit" nicht vorzunehmen war. Daß die Deklaration des Parteivorstandes den Genossen, die die Beschwerde eingelegt hatten, nicht erwünscht war, ist selbstverständlich, und daß die Genossen sich auch der Tragweite dieser Deklaration vollständig bewußt waren, darüber giebt die Auslassung, die Genosse Braun dem Parteitag unterbreitet hat, Aufschluß. Genosse Braun sagt da folgendes:

„Das Interesse der Partei würde immer noch weit besser gewahrt sein, wenn wirklich Takt und Verantwortlichkeitsgefühl von Parteischriftstellern in ihrer Tätigkeit für bürgerliche Zeitungen tausendmal fehlgegriffen, als wenn nur zu einem Tausendstel das Recht der freien Meinungsäußerung der Parteigenossen eine grundsätzliche Einschränkung erführe. Wo immer und in welcher Richtung

auch dieses Prinzip angetastet wird, es ist ein unerträglicher Zustand und die Meinungsfreiheit würde hier und überall gefährdet sein.

Der Parteivorstand, zu dem wir volles Vertrauen haben, hat meiner Ansicht nach die Konsequenzen seiner Kundgebung sich nicht völlig klar gemacht. Er im ganzen und jedes einzelne seiner Mitglieder hat so außerordentliche Verdienste um die Partei (Gelächter. Bebel ruft: „Sehr schmeichelhaft!"), daß er ohne im allermindesten seiner Autorität zu vergeben, zugestehen könnte, er habe in diesem Fall einen Irrtum begangen. Sollte er bei nochmaliger Ueberlegung dieser Frage zu dieser Ansicht kommen, so würde er zu seinen vielen Verdiensten um die Partei ein neues fügen, wenn er den Irrtum einfach anerkennen wollte." (Lebhafter Widerspruch und große Heiterkeit.)

Man kann ja darüber geteilter Meinung sein. Aber selbst wenn die Deklaration des Vorstandes irgendwie eine Einschränkung der freien Meinungsäußerung bedeutete, so kann es doch unter Umständen — wie es ja auch im Staatswesen der Fall ist, im Interesse der Partei liegen, sich aus Gründen des demokratischen Prinzips einmal eine solche Einschränkung der Meinungsäußerung gefallen zu lassen, wenn vitale Interessen der Partei in Frage kommen. (Sehr richtig!) Nun sagt man, das soll man dem Takt des einzelnen überlassen. Wenn aber doch nach Ansicht des Vorstandes das persönliche Taktgefühl des einzelnen nicht das richtige trifft, so ist es doch das Recht und unter Umständen die Pflicht des Vorstandes, diese Meinung auszusprechen Was ist denn eigentlich das Verbrechen des Vorstandes? Genosse Braun sagt doch selbst in seiner Broschüre am Schluß von Seite 10 und am Anfang von Seite 11:

> „Gegenüber dem bisherigen Zustand, wo es dem persönlichen Takt und dem politischen Verantwortungsgefühl des einzelnen Parteigenossen überlassen blieb, ob und für welches bürgerliche Blatt er etwa schreiben wollte, und in dieser Beziehung keinerlei Beschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung herrschte, empfiehlt der Parteivorstand — selbstverständlich nur als seine subjektive Meinung, denn eine zwingende Gewalt besitzt er auf Grund unsres Organisationsstatuts nicht — die Anerkennung bestimmter Grundsätze."

Ja, wenn die Erklärung des Vorstandes nach der Meinung des Genossen Braun nur eine subjektive Meinungsäußerung ist, der eine zwingende Gewalt nicht zur Seite steht, dann weiß ich nicht, warum der Genosse Braun sich so entschieden gegen die Veröffentlichung dieser Deklaration wendet! (Sehr richtig!) Gewiß, kein Mensch ist ohne Fehler. Der Parteivorstand könnte geirrt haben. Aber dem Gefühl der großen, überwiegenden Mehrheit der Partei hat er mit dieser Deklaration Ausdruck gegeben. (Lebhafte Zustimmung.) Daß es Genossen giebt, die dieser Erklärung Folge zu leisten die Absicht haben, geht aus dem Briefe des Genossen Calwer hervor. Wenn andre Genossen das anders halten, so ist eben ihr Taktgefühl ein andres; ich stehe durchaus nicht an, auch diesen Genossen den guten Glauben, daß sie im Interesse der Partei handeln, zuzubilligen. Aber ich meine, dem Vorstand kann das Recht nicht bestritten werden, da, wo er es für gut hält, seiner Meinung über Parteifragen Ausdruck zu geben. (Sehr richtig!) Wenn dann in dem Schreiben an den Vorstand noch Redewendungen enthalten sind wie die: der Vorstand handele nach Art bürgerlicher Ministerien, so glaube ich, daß der verlesene Briefwechsel ergiebt, daß nicht die leiseste Berechtigung zu einer derartigen Aeußerung vorliegt. Aber der Vorstand ist nicht so empfindlich; er kann das vertragen. Ich meine, nachdem solche Dinge passiert waren, hätte die Parteileitung ihre Pflicht versäumt (Sehr richtig!), wenn sie nicht ihrer Meinung öffentlich Ausdruck gegeben hätte (Lebhafte Zustimmung), zumal die Mehrheit der Genossen eine solche Meinungsäußerung längst erwartet und teilweise darum ersucht hatte. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie also, dem Antrag 7 zuzustimmen und damit die übrigen Anträge als erledigt zu betrachten. (Lebhafter Beifall.)

Zur Geschäftsordnung beantragt

Segitz-Fürth, die Beschränkung der Redezeit für die Diskussion über diesen Punkt aufzuheben. Der Parteitag soll bestehende Differenzen feststellen, eventuell aufhellen und beseitigen, aus diesem Grunde hat der Parteitag aus dem Bericht des Vorstandes verschiedene Punkte ausgeschieden, diese speziell zur Diskussion gestellt und für diese soll die Beschränkung der Redezeit aufgehoben werden. Ob der uns jetzt beschäftigende Gegenstand zu diesen Punkten gehört, darüber bestehen Zweifel; nach meiner Auffassung gehört er dazu. (Sehr richtig!) Um die Frage klarzustellen, habe ich meinen Antrag gestellt. Ich bitte Sie, ihn anzunehmen; gerade hier sind die Differenzen ebenso tiefgehend und wichtig wie bei den andren Punkten. (Beifall.)

Der Antrag Segitz wird angenommen.

Singer teilt mit, daß Telegramme von ungarischen Sozialdemokraten in Berlin und von Genossen aus Westerland eingelaufen sind.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

$3^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt **Singer**.

Eine Anzahl Begrüßungs-Telegramme werden verlesen und dann die Diskussion über den Punkt „Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse" eröffnet.

Heinrich Braun-Berlin: Ich bin Literat; für die Würde und Bedeutung des schriftstellerischen Berufs habe ich eine tiefe Empfindung, trotzdem, oder richtiger vielleicht gerade deshalb, sind mir literarische Streitigkeiten, Literatengezänk und Literatenpolitik aufs äußerste verhaßt. Nicht meine Schuld ist es, daß die kostbare Zeit des Parteitages mit dergleichen in Anspruch genommen wird. Zu dreivierteln ist der Gegenstand dieses Punktes der Tagesordnung Literatengezänk und zwar Literatengezänk der allergehässigsten Art. Es ist aber unumgänglich, daß wir uns jetzt mit der Sache beschäftigen, da es im hohen Rat des Vorstandes nun einmal unwiderruflich so beschlossen ist. Nachträglich scheint allerdings der Vorstand über die ganze Sache ein etwas beklemmendes Gefühl zu haben. (Lachen und Widerspruch. Bebel ruft: In keiner Weise!) Ich will Ihnen einen Hinweis geben, der diese Behauptung etwas überzeugender macht. Wäre es anders, dann hätte der Vorstand den Briefwechsel, den ich und einige Genossen mit ihm geführt haben, in den wirklich entscheidenden Punkten in seinem Parteibericht mitgeteilt. Der Parteibericht sagt ausdrücklich: „Die entscheidende Stelle der Beschwerdeschrift lautet" — und fährt dann fort mit Anführung einer Stelle. Ich glaube, daß folgendes zweifellos zu den entscheidenden Stellen gehört und das findet sich im Bericht nicht: „Die Unterzeichneten möchten wünschen, daß die Angegriffenen nicht genötigt werden, in unvermeidlicher Notwehr zur öffentlichen Antwort zu greifen." Unsre Absicht war es, diese Angelegenheit im Rahmen der Kompetenz des Parteivorstandes entscheiden zu lassen, dem die Aufsicht über die Presse zusteht. Ich glaube, es war in keinem Falle notwendig, daß der Vorstand diese Angelegenheit zu einer öffentlichen gemacht hat.

Die Frage der Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Blättern ist außerordentlich verwickelt und es ist unmöglich, sie mit einem einfachen Ja oder Nein zu beantworten. Es spielen da unzählige Nuancen mit, Imponderabilien, ganz unberechenbare Dinge erschweren das Urteil. Eins ist sicher, daß wir niemals eine Zeit gehabt haben, seit mehr als 40 Jahren, in der Sozialdemokraten an nichtsozialdemokratischen Blättern nicht mitgearbeitet haben. Und die besten und hervorragendsten unsrer Genossen, Marx und Engels, Liebknecht und Vollmar, Bernstein ganz ebenso wie Kautsky haben an nichtsozialdemokratischen

Blättern mitgearbeitet. (Hört, hört!) Aber freilich wird mir eingewandt — und Kautsky hat es ja bereits getan —: Bei den Blättern, an denen diese mitgearbeitet haben, durfte das geschehen. Ebenso hat der Parteivorstand und in Uebereinstimmung mit ihm Herr Dr. Franz Mehring. (Bebel ruft: „Herr Dr. Franz Mehring!") Jawohl, Genosse Bebel: Herr Dr. Franz Mehring (Bebel ruft: Herr Dr. Heinrich Braun! Großer Lärm.)

Singer: Es ist nicht üblich, Parteigenossen anders als bei ihrem Ehrentitel „Genosse" anzureden. (Lebhafter Beifall; große Unruhe.) Was Genossen im Privatberuf sind, wissen wir; aber diese Kennzeichnung gehört nicht hierher und war bisher nicht üblich. Ich bitte, auch auf diesem Parteitag es bei der guten alten Gepflogenheit zu belassen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Heinrich Braun** (fortfahrend): Ich gestehe dem Vorsitzenden zu, daß es eine alte, gute Gepflogenheit ist, von den Mitgliedern unsrer Partei als „Genossen" zu sprechen. Aber es giebt Ausnahmen von jeder Regel, und ich gestatte mir hier eine Ausnahme! (Unruhe.)

Singer: Und ich gestatte dem einzelnen Redner nicht, solche Ausnahmen zu machen! (Lebhafte Rufe: Sehr richtig!) Wenn solche Ausnahmen gemacht werden sollen, so hat der Parteitag darüber zu bestimmen. Vorläufig stehen wir auf dem Boden der gefaßten Parteitagsbeschlüsse, wonach wir uns gegenseitig mit „Genossen" anzureden haben. Die Redner haben allerdings die Freiheit, einfach den Namen zu nennen. Voraussetzung auf unsren Parteitagen ist aber, daß sämtliche Mitglieder Genossen sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Heinrich Braun (fortfahrend): Ich werde von der mir eingeräumten Freiheit Gebrauch machen und nur den Namen nennen. — Genosse Kautsky ist der Meinung, daß diejenigen bürgerlichen Blätter, an denen er mitarbeitet, einen andren Charakter haben als andre Blätter, an denen andre Parteigenossen mitgearbeitet haben. Diese Blätter sind nämlich keineswegs „hämisch" und „gehässig". Er beruft sich da insbesondere auf die „Frankfurter Zeitung". Ich halte die „Frankfurter Zeitung", nebenbei gesagt, für das beste deutsche Blatt, aber das ist ja gleichgültig. Ich will nur sagen, daß die Auffassung des Genossen Kautsky in Bezug auf die „Frankfurter Zeitung" in den Kreisen der Parteigenossen durchaus keine unbestrittene ist. Ein Parteigenosse, den Kautsky gewiß sehr respektiert, sagt über die „Frankfurter Zeitung" folgendes — er spricht über die Bekanntmachung des Vorstandes und sagt: „Diese Bekanntmachung läßt sich meines Erachtens kurz dahin zusammenfassen, daß es bei uns in Deutschland für einen ehrlichen Genossen überhaupt keine Möglichkeit giebt, an einem politischen bürgerlichen Blatte mitzuarbeiten, da sie alle — von der „Frankfurter Zeitung" bis zur „Kreuz-Zeitung" — in gehässiger und hämischer Kritik an unsrer Partei Erkleckliches leisten." Der Genosse fügt dann hinzu, daß ihm vielleicht mit Ausnahme der Berliner „Volks-Zeitung" kein Blatt bekannt sei, auf das obige Voraussetzung nicht im reichsten Maße zuträfe. Man sieht schon daraus, wie außerordentlich schwankend und unsicher die Begriffsbestimmungen eines Blattes sind, an dem man mitarbeiten darf oder nicht. Die Begriffe „gehässig" und „hämisch" sind eben Kautschukbegriffe. Ein andrer Parteigenosse, dem ich die allergrößte Verehrung zolle, hat an einem bürgerlichen Blatte mitgearbeitet, obwohl es ohne allen Zweifel gehässig und hämisch gegen unsre Partei aufgetreten ist, und zwar mitgearbeitet unter Umständen, die die Sache noch sehr komplizierten. Es handelt sich um die Mitarbeit des Genossen Liebknecht an der „Fackel". Genosse Dr. Viktor Adler aus Wien hat an seinem eignen Leibe erfahren, daß die „Fackel" so ziemlich das niederträchtigste und unverschämteste Blatt ist in Angriffen auf unsre Partei und auf meinen Freund Dr. Adler insbesondere. Nichtsdestoweniger hat Liebknecht an der „Fackel" mitgearbeitet, und zwar nicht etwa mit einem harmlosen belletristischen Aufsatz, sondern mit einem sehr wichtigen politischen Artikel, obwohl er sich sagen mußte, daß er mit ihm einer Bruderpartei die

allergrößten Verlegenheiten bereiten konnte. (Höct! hört!) Er hat einen Artikel über die Dreyfus-Affäre veröffentlicht, dessen Stellungnahme der französischen Partei damals und noch auf Jahre hinaus ganz außerordentliche Schwierigkeiten bereitete. Das zeigt Ihnen auch, wie vorsichtig und zurückhaltend man in dieser Beziehung urteilen muß. Wie es sicher ist, daß es seit 40 Jahren niemals eine Zeit gegeben hat, in der Sozialdemokraten nicht an bürgerlichen Blättern mitgearbeitet haben, so ist es noch viel sicherer, daß es keine Zeit gegeben hat, in der Sozialdemokraten weniger an bürgerlichen Blättern mitgearbeitet haben, als in den letzten Jahren. So gingen seit 40 Jahren die Dinge ihren Gang, und es war wirklich kein dringender Anlaß, gerade mitten im Wahlkampf diese Frage aufzugreifen. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Und hier kann ich, so leid es mir tut, dem Parteivorstand einen Vorwurf nicht ersparen. Wenn diese Diskussion und die Erklärung des Parteivorstandes im September erschienen wäre statt im Frühjahr, ich glaube, es wäre auch noch Zeit genug gewesen, und jedenfalls hätte der Parteivorstand eines verhütet, daß Kandidaten mitten im schwierigsten Wahlkampfe wegen ihrer höchst harmlosen und gleichgültigen Mitarbeit an bürgerlichen Blättern in der niederträchtigsten Weise angegriffen wurden. (Sehr wahr! und Widerspruch.) Das ist ein Fall, der in der Geschichte der Sozialdemokratie einzig dasteht. (Gelächter; Ruf: Wirklich einzig!) Ja, es ist wirklich einzig, daß Kandidaten mitten im Wahlkampfe in so unerhörter Weise kompromittiert wurden vor ihren Wählern. Ganz besonders kompromittiert wurde Göhre, von mir will ich nicht reden. (Ruf: Natürlich nicht!) Nach meiner Meinung ist es richtig, daß wie seit 40 Jahren diese Dinge dem Takt und dem persönlichen Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen überlassen geblieben sind, ohne daß die Partei einen nennenswerten Schaden daran genommen hat, wir es auch künftighin so halten. Und zwar giebt es dafür einen recht guten Grund. Sie können nämlich in Wirklichkeit nichts andres tun. Alles, was Sie ausklügeln an Kundgebungen in dieser Frage, wie sie beispielsweise der Parteivorstand erlassen hat, trifft daneben. Es ist nicht möglich, dies komplizierte und viel verschlungene Problem begrifflich zu fassen und festzustellen: das ist erlaubt und das ist verboten! Das ist ganz und gar nicht möglich, es giebt nur einen Weg, vielleicht werden wir den noch beschreiten, einen Index aufzustellen! Der Parteivorstand könnte eine Index-Kongregation etablieren und dann alle Vierteljahr neben dem Verzeichnis der Parteiblätter auch ein Verzeichnis derjenigen Blätter veröffentlichen, an denen Sozialdemokraten nicht mehr mitarbeiten dürfen. Vielleicht kommen wir auch noch weiter, er veröffentlicht alle Vierteljahre ein Verzeichnis von bürgerlichen Blättern, die wir nicht mehr lesen dürfen. (Lachen und Zustimmung.) Wir wollen es abwarten. Jedenfalls trifft diese Kundgebung des Parteivorstandes zum größten Teil vorbei. Nach seinen Vorschriften ist es durchaus gestattet, im „Lokal-Anzeiger", der „Woche" und dergleichen vortrefflichen Organen mitzuarbeiten; die sind niemals hämisch und gehässig gegen unsre Partei. (Sehr gut! und Gelächter.) Ich bin nun ganz im Gegensatz zu der Ansicht mancher Genossen der Meinung, daß es durchaus unvermeidlich ist, wie es 40 Jahre lang hervorragende Genossen getan haben, sich der bürgerlichen Presse gelegentlich zu bedienen. Bedienen, nicht ihr dienen! Das ist selbstverständlich. Aber das Amutige bei allen diesen Diskussionen ist ja leider, daß alles wie Kraut und Rüben durcheinander gemengt wird, daß man sich den Anschein gibt, als handle es sich darum, ob ein Sozialdemokrat im Sinne der bürgerlichen Blätter an bürgerlichen Blättern mitarbeiten darf. Das ist selbstverständlich ausgeschlossen. Um Lumpereien kümmern wir uns nicht. Immer nur lautet die Frage, dürfen wir uns der bürgerlichen Presse bedienen, um diejenigen aufzuklären, zu denen sonst die sozialistische Presse nicht dringt? Dieses Problem beantworte ich dahin, daß wir, soweit es unsre Pflicht gegen die Partei gestattet, auch diese Propaganda betreiben müssen. Freilich, die „Neue

Zeit" denkt in dieser Beziehung anders. Nach meiner Ueberzeugung besteht kein Unterschied zwischen einer solchen Mitarbeit und dem Fall, daß jemand in eine feindliche Versammlung geht und in dieser Versammlung zu Gegnern spricht. Es ist für mich kein Unterschied, ob ich rückhaltlos vor Zweitausenden meine Meinuung zum Ausdruck bringe, oder ob ich ebenso rückhaltlos in einem gegnerischen Blatte zu Zehn- oder Hunderttausenden spreche (Lachen) . . . Ach, lachen Sie nicht . . . Es ist da gar nichts zu lachen . . .

In Nr. 47 der „Neuen Zeit" vom 22. August 1903 wird nun gesagt: „Deshalb ist es ein, nicht nur auf einem, sondern auf beiden Füßen hinkender Vergleich, wenn gesagt wird: ja, ein sozialdemokratischer Redner, der in einer gegnerischen Versammlung das Wort ergreift, erntet großes Lob, aber wir Unglücklichen werden getadelt, wenn wir in gegnerischen Blättern die Parteiprinzipien vertreten. Dieser Vergleich würde erst zutreffen, wenn ein sozialdemokratischer Redner in einer gegnerischen Versammlung auf die Bedingung hin spräche, daß er das Konzept seiner Rede erst dem gegnerischen Vorsitzenden zur Prüfung einreichte. Ein Parteigenosse, Redner, der sich auf diese Bedingung einließe, würde unsres Erachtens alles eher in der Partei ernten als großes Lob." Hier supponiert die „Neue Zeit" wie sie es liebt, irgend einen natürlich ganz unmöglichen Fall. Wenn ein Sozialdemokrat in einem bürgerlichen Blatt arbeitet und ihm Artikel zur Veröffentlichung zusendet, so ist es für jeden Sozialdemokraten selbstverständlich unbedingte Voraussetzung, daß der Artikel, so wie er geschrieben wird, gedruckt oder unveröffentlicht zurückgegeben wird. (Sehr richtig!) Es giebt in ganz Deutschland kein so unanständiges Blatt, das anders verfahren würde; — ich habe zu viel gesagt: außer der „Leipziger Volkszeitung"! (Große Unruhe!) Außer der „Leipziger Volkszeitung" . . . Wenn Sie sich die Mühe nehmen wollen, meine Broschüre zu lesen, so finden Sie darin den aktenmäßigen Beweis für die Unanständigkeit der „Leipziger Volkszeitung".

Ich habe Ihnen kurz meinen sachlichen Standpunkt dargelegt. Die Angelegenheit hat aber auch eine persönliche Seite. Wie ist denn der ganze Streit entstanden? Der ganze Streit nahm seinen Ausgang von dem Artikel Franz Mehrings gegen den Genossen Bernhard in der „Neuen Zeit". Ohne Franz Mehring hätte nach dem Artikel von Bernhard kein Hahn gekräht. (Sehr richtig!) Genosse Bernhard hatte den Vorzug, ein ganz unbekannter Genosse zu sein und die „Zukunft" bringt nicht in Arbeiterkreise. (Hoffmann-Hamburg: Doch!) Ei, kommt doch ein Exemplar in Arbeiterkreise! . . . (Meister: Das sind ja nur faule Witze, die Sie da machen!)

Singer: Ich bitte die Zwischenrufe zu unterlassen.

(Meister: Es ist aber doch wahr!)

Heinrich Braun (fortfahrend): Franz Mehring hat eine gewisse Aehnlichkeit mit dem Chamäleon; aber er unterscheidet sich wieder in ganz bestimmter Weise von ihm. Wenn das Chamäleon wütend wird, dann wechselt es die Farbe. Wenn aber Franz Mehring die Farbe wechselt, dann wird er wütend gegen seine früheren Freunde. Einer dieser zärtlich geliebten Freunde war Harden. Kein Wunder, daß Mehring nach der Manier dieses eigentümlichen Chamäleons jede Gelegenheit, auch die unpassendste benutzt, um sich an Harden zu rächen. (Bebel: Der Vergleich macht Ihnen Ehre!) Ueber meine Ehre seien Sie ganz unbesorgt. (Bebel: Und Sie ebenso über meine!) Lassen Sie mir meine Ehre und ich Ihnen die Ihrige! — Wenn die Sache eine komische Seite hat, so hat sie auch eine sehr ernste Seite. Sie zu behandeln, bin ich herausgefordert durch Franz Mehring und seinen Artikel in der letzten Nummer der „Leipz. Volksztg." In diesem Artikel der „Leipziger Volksztg" wird mir — auch Genosse Auer ist dabei erwähnt worden, obwohl er mir versichert hat, er wisse nicht, wie das zuginge; es könne ja sein, daß er bei dem Verbot der Volkszeitung ein paar freundliche Zeilen an die Redaktion geschrieben habe — entgegengehalten, daß ich ja Mehring der

Partei zugeführt habe. Ich will den Sachverhalt klarstellen. Es tut mir leid, daß ich Sie mit dieser Angelegenheit beschäftigen muß (Unruhe); es ist aber unvermeidlich, nach dem letzten Artikel Mehrings in der „Leipziger Volkszeitung". Wie kam ich denn dazu, meine Hand dazu zu bieten, daß Mehring wiederum in Beziehungen zur Partei gelangte? Ich gehöre zu den älteren Parteigenossen, und es werden im nächsten Jahre 25 Jahre sein, daß ich wegen Verbreitung verbotener Schriften auf Grund des Sozialistengesetzes als Student in Straßburg in Untersuchung kam. Ich habe deshalb wenige Monate nach Erlaß des Sozialistengesetzes die ganze Niederträchtigkeit und Büberei, mit der die bürgerlichen Parteien und ihre Presse in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes uns verfolgten, uns wie Mörder und Strolche behandelten, selbst durchlebt und erfahren. Sie können sich demnach vorstellen, wie es auf mich gewirkt hat, daß in den Jahren 1886 und 1887 die „Volks-Zeitung" für uns eingetreten ist. Ich kann, da ich durchaus gerecht zu sein mich bemühe, nichts andres sagen, als daß in jenen Jahren die „Volks-Zeitung" mit einer ganz unvergleichlichen journalistischen Verve und außerordentlichen Energie für uns eingetreten ist, und, soweit ich übersehe, war die „Volks-Zeitung" das einzige Blatt in Deutschland, das mit dieser Energie, mit dieser Rücksichtslosigkeit für die verfolgte Partei eingetreten ist. Kautsky erlaube ich mir zu sagen, daß die „Volks-Zeitung" damals viel entschiedener sich unsrer annahm, als die „Frankfurter Zeitung", an der er damals mitgearbeitet hat. Ich hatte gar keine Beziehungen zur „Volks-Zeitung", aber mich interessierten diese Artikel ganz ungemein. Ich erkundigte mich nach dem Verfasser und hörte zu meinem Erstaunen, daß das Franz Mehring sei, von dem ich nichts wußte, als daß er die schamlose Geschichte gegen die Sozialdemokratie geschrieben hatte. Ich hatte aus der Lektüre der „Volks-Zeitung" das Gefühl, daß dieser Mann ernstlich bemüht sei, das an uns begangene Unrecht gut zu machen. Wenn ich mit den Genossen Bebel und Singer damals zusammenkam, geriet natürlich auch die Rede auf die „Volks-Zeitung" und ich sagte dann beiläufig in Gesprächen ... (Bebel ruft: Gar nicht beiläufig, Herr Braun!) Ihnen gegenüber, Genosse Bebel, werde ich stets „Genosse" sagen, auch wenn Sie mich „Herr Braun" nennen. (Unruhe. Bebel ruft: Das gehört sich auch so!) Aber von Ihnen gehört es sich nicht, daß Sie mich „Herr Braun" nennen. (Unruhe.) Das Wort „beiläufig" war wirklich nur beiläufig gebraucht. Also: ich habe oft und eindringlich mit Bebel und Singer darüber gesprochen und habe wiederholt — nicht beiläufig — gesagt: Gewiß ist diese Geschichte der Sozialdemokratie ein niederträchtiges Werk, aber Mehring bemüht sich, das vergessen zu machen, indem er jetzt fast als der einzige bürgerliche Journalist für die verfolgte Sozialdemokratie eintritt. Ist es nicht, sagte ich, Pharisäismus, nicht vergessen zu wollen? Nun besuchte ich 1887 mit andren Genossen den geheimen Kongreß von St. Gallen, wo ich zum Schriftführer gewählt wurde. Auf diesem Kongreß wurde beschlossen, daß künftighin unter keinen Umständen die Sozialdemokraten bei Stichwahlen für Freisinnige stimmen sollten, wegen deren schnöden Verhaltens bei der letzten Wahl. Im Hinblick auf diesen Beschluß sagte Singer in seiner Art höhnisch zu mir: „Nun, was wird denn Mehring dazu sagen; der wird nicht übel schimpfen." Ich sagte, so weit ich die „Volks-Zeitung" und Mehring aus der Zeitung kenne, sei ich überzeugt, daß er nichts andres werde sagen können als: Unter den gegebenen Umständen konnten die Sozialdemokraten keinen andren Beschluß fassen. Darauf wettete Singer mit mir, daß Mehring das nicht schreiben würde. Nach drei oder vier Tagen bestätigte sich meine Voraussage. Im November, Bebel und Singer waren damals aus Berlin ausgewiesen ... (Bebel ruft: Ich nicht, das ist ein Irrtum!) Genosse Bebel, das ist doch höchst gleichgültig! (Bebel: Ich sage ja auch, das ist ein Irrtum!) Also die beiden Genossen waren nicht in Berlin; als sie zum Reichstag zurückkamen, trafen wir wieder zusammen. Bebel stellte sich damals etwas

freundlicher zu mir als jetzt. (Bebel: Sehr richtig!) Wir kamen auf die Wette zu sprechen und verabredeten das Souper — um ein Abendessen ging die Wette — für einen bestimmten Abend. Als die Verabredung getroffen war, hatte ich die beispiellose Don Quixoterie, vorzuschlagen, Mehring zu diesem Souper einzuladen. Diese Don Quixoterie beging ich, ohne Mehring je gesehen zu haben, und Bebel und Singer waren so unvorsichtig, ja zu sagen. (Vollmar ruft: Ein teures Souper!) Ich gebe dem Genossen Vollmar recht. (Bebel ruft: Vollmar hat nie solche Soupers, scheints, gegessen. Heiterkeit.) Ich habe daraufhin Mehring besucht und zu dem Souper eingeladen, an dem er denn auch teilnahm.

Nun muß ich noch eins sagen: Niemals würde ich Mehring aus der tiefen Verachtung, in die er damals vor der ganzen Partei versunken war, herausgezogen haben (Lachen), hätte ich seine Vergangenheit ganz genau gekannt. Niemals würden die Genossen das terroristische Regiment, das Mehring in unsrer Partei sich anmaßt, dulden, wenn sie seine Vergangenheit kennten. (Sehr wahr!) Und nur, weil Sie (zu Mehring!) wie ein Fuchs die Spuren Ihrer Tätigkeit verwischen, ist es möglich, daß Sie sich behaupten; und Ihr Terrorismus tut das übrige dazu. Als literarische Persönlichkeit gleichen Sie einem in Erz gewappneten Ritter, der unverwundbar scheint, an dem alle Fechterkunststücke vergeblich abprallten. Und doch ist diese Rüstung, in die Sie sich einhüllen, nicht aus Eisen, sondern aus Pappe, und mit Eisenfarbe bloß überstrichen. Ein paar wuchtige Hiebe, und hinter dieser Rüstung erscheint nicht der reuige Sünder, den Sie jetzt vorspielen, sondern in schlotternder Angst (Lachen und Lärm) ein gar nicht bußfertiger Sünder. Sie leben allein von der Lüge. (Große Unruhe.)

Singer: Ich möchte bitten, daß der Redner zur Versammlung spricht und nicht zu einem einzelnen Mitgliede. (Sehr richtig! Koenen ruft: Das ist akademischer Anstand!)

Braun (fortfahrend): Sie behaupten sich nur auf diese Weise. (Zuruf: Beweisen Sie das!) Ich werde es beweisen, gedulden Sie sich, Genosse Stadthagen. (Stadthagen: Ich habe ja kein Wort gesagt!)

Singer: Ich möchte wirklich bitten, die Zwischenrufe zu unterlassen. Den Redner aber bitte ich im Interesse der Verhandlungen, seinerseits seinen Vortrag nicht gar zu sehr durch Zwiegespräche mit andren zu verlängern. (Zustimmung.)

Braun: Die Zwiegespräche würden mir vollkommen erspart bleiben, wenn Sie die Zwischenrufe verhinderten. Ich habe hier die „Leipziger Volkszeitung" vom 5. November 1902. Franz Mehring polemisiert darin gegen Parteigenossen — es ist sein vornehmstes Geschäft, gegen Parteigenossen zu polemisieren. Er sagt da:

> „Sie beziehen sich auf die in der Partei hinlänglich bekannte Tatsache, daß ich im Jahre 1877, also vor 25 Jahren, eine antisozialistische Schrift veröffentlicht habe. Das bald darauf erlassene Sozialistengesetz belehrte mich eines besseren."

Und in der „Leipziger Volkszeitung" vom 12. September d. J. sagt Franz Mehring folgendes:

> „Es ist vollkommen richtig, daß ich in einer Schrift, die nunmehr vor gerade einem Vierteljahrhundert zum letztenmal in dritter Auflage erschien, die Partei heftig und ungerecht angegriffen habe. Durch die Handhabung des Sozialistengesetzes bin ich dann zu andrer Ansicht gekommen."

Ich sage, daß das eine Lüge ist, und ich sage mit Bebel: Die Zeit des Vertuschens und des gegenseitigen Komödiespielens ist vorbei. (Bebel: Sehr gut!) Hier an dieser Stelle ist das Wort des Genossen Bebel ganz genau am Platze. Also das Sozialistengesetz und seine Handhabung hat Franz Mehring zu einer andren Ansicht gebracht? Erlauben Sie, daß ich Ihnen zeige, in welcher Weise das Sozialistengesetz Franz Mehring zu einer andren Ansicht über unsre

Partei gebracht hat, nachdem er sie in der schon hinlänglich charakterisierten Geschichte der Sozialdemokratie — ausgesprochen kann man nicht gut sagen — ausgespien hat! Ich habe hier vor mir die „Gartenlaube" vom Jahre 1880, in der Mehring über die Sozialdemokratie und insbesondere über die Attentate und das Sozialistengesetz sich ausspricht. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich wörtlich vorlese. Sie werden es nicht glauben — (Ruf: Lesen Sie doch endlich!). Also hören Sie:

„Endlich aber in faulen und schlechten Naturen weckte die sozialdemokratische Agitation herostratische Gelüste. Die Frechheit, mit welcher sie die besitzenden und gebildeten Klassen in allen ihren Gliedern als verkommen, die Arbeiter dagegen als edle und reine Menschen darstellen, bezauberte jeden dummen Jungen, der nichts gelernt hatte" — das sind Sie, Parteigenossen. (Ruf: Sie auch!) Ja, ich auch, ich war damals auch Genosse und in den Augen von Mehring ein dummer Junge, weil ich Genosse war — also „bezauberte jeden dummen Jungen, der nichts gelernt hatte und auch nichts lernen wollte, aber begeistert die Aussicht ergriff, durch Bummeln und Schwatzen und öffentlichen Unfug „berühmt" zu werden. Dieser Größenwahn äußerte sich in mannigfachen Formen und verschiedenen Graden. Die einen ergaben sich den brotlosen Künsten des Agitierens und Kolportierens; die andern wurden „Schriftsteller", zeichneten als Strohmänner verantwortlich die Zeitungen der Partei und büßten mit harten Geld- und Gefängnisstrafen für die Verleumdungen der Demagogen; die dritten „vermöbelten", um in ihrer zarten Sprache zu reden, die „wissenschaftlichen" Größen der „Bourgoisie", die vierten suchten sich bemerkbar zu machen durch pöbelhafte Beschimpfungen des Reichsoberhauptes; die fünften schritten vom giftigen Worte zur giftigen Tat, wie Hödel, und, ihm nachahmend, Nobiling. (Hört! hört!)

In diesem Sinne eine schwere Mitschuld des kommunistischen Wühlertums an den Attentaten leugnen zu wollen, ist ganz vergebliches Beginnen. (Hört! hört!) Hödel war sicherlich ein verkommener und verlotterter Bube, ehe er sich der Sozialdemokratie anschloß; er wäre es auch nach allem menschlichen Ermessen geblieben, wenn er nie die Partei kennen gelernt hätte, aber so wie er war, wäre er aus eignem Antriebe eher auf jedes andre Verbrechen verfallen, als auf den Kaisermord, wenn seine Teilnahme an dem umstürzlerischen Treiben nicht herostratischen Größenwahn in ihm gezüchtet hätte.

Die rasche Nachfolge, welche sein Verbrechen fand, die rohen Aeußerungen nichtswürdiger Schadenfreude, die überall aus den Massen hervorbrachen, bewiesen vollends, daß hier ein organisches Leiden vorliege, welches die höchste Aufmerksamkeit der Gesetzgebung erheische.

Die Folge der Attentate war bekanntlich die gesetzliche Unterdrückung der sozialdemokratischen Agitation. Auch das Urteil über diese Maßregel ist arg verwirrt durch der Parteien Gunst und Haß, weit ärger, als an sich notwendig wäre.

Man muß hier nur zwei ganz verschiedene Dinge auseinanderhalten. Der Satz, daß eine geistige Bewegung dauernd niemals durch äußere Mittel niedergehalten werden könne, ist richtig und unanfechtbar, aber wenn man ihn auf das Sozialistengesetz in verurteilendem Sinne anwenden will, so wird man ja doch zunächst nachzuweisen haben, daß die sozialdemokratische Agitation eine geistige Bewegung gewesen ist. (Hört! hört!) Der wissenschaftliche Sozialismus freilich, ebenso wie das Streben der arbeitenden Klassen nach einem höheren Anteil an den Schätzen der nationalen Kultur und des nationalen Wohlstandes, sind geistige Bewegungen; soweit in ihnen geschichtliches Recht enthalten ist, werden sie sich unwiderstehlich durchsetzen, und von einem Versuche sie zu unterdrücken, gilt ganz und voll das Dichterwort:

„Es war ein eitel und vergeblich Wagen,
Zu fallen ins bewegte Rad der Zeit."

Ganz anders steht es mit der sozialdemokratischen Agitation. Sie war ein kühl berechneter und geplanter Versuch schlauer Demagogen, die bestehende Ordnung der Dinge gewaltsam umzustürzen. (Hört! hört!) Sie war die politische Waffe einer politischen Partei; sie förderte mit roh revolutionären Mitteln roh revolutionäre Zwecke. Sich hiergegen zur Wehr zu setzen, die Waffe zu zerbrechen, die nach seinem Herzen gezückt wurde, war nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht des Staates (Hört! hört!), der, wie jeder lebendige Organismus, den Trieb der Selbsterhaltung hat, auf das Recht wie die Pflicht der Notwehr niemals verzichten kann. Auch der freieste Staat wird offenen Aufruhr niederschlagen; ein derartiges Vorgehen ist einfach gleichbedeutend mit seinem Wesen und seinen Zwecken. In diesem Fall hatte die Sozialdemokratie am wenigsten recht, sich über Gewalt zu beklagen." — — —

So hat das Sozialistengesetz umbildend auf die Ansichten von Mehring gewirkt! (Zubeil: Trotzdem haben Sie ihn uns gebracht!) Ich habe Ihnen gesagt, daß wenn ich die Artikel gekannt hätte — (Bebel: Sie haben sie gekannt!) Nein. (Bebel: Sie haben sie gekannt, Sie sagen die Unwahrheit. — Glocke des Vorsitzenden. Bebel: Das war die Unwahrheit!)

Singer: Ich bitte den Genossen Bebel auf das dringendste, derartige Zwischenrufe zu unterlassen! (Bebel ruft: Ein Wort zur rechten Zeit!) Er wird im Laufe der Diskussion ja volle Gelegenheit haben, seine Ausführungen zu machen. (Bebel: Aber gründlich!) Es kann niemand mehr wie ich den Ernst der Situation empfinden, aber umsomehr möchte ich Sie bitten, auch in diesem Moment die Würde der Partei zu wahren! (Lebhafte Zustimmung.) Die Würde der Partei erfordert eine ruhige, sachliche Verhandlung! Aber gegen die Würde der Partei ist es, wenn wir in dieser Weise wie Schulbuben durcheinander zänkische Zurufe machen. Das gilt von allen, die in dieser Weise eingegriffen haben, und so sehr ich begreife, daß das Temperament des einzelnen da mitspricht, so sehr muß der eiserne Zwang, wo es sich um die Würde der Partei handelt, die einzelnen Temperamente mäßigen. (Sehr gut!) Ich bitte dringend, die Vorträge nicht dadurch zu verlängern, daß in dieser Weise in die Verhandlungen eingegriffen wird. Ich möchte alle Mitglieder des Parteitages auf das entschiedenste bitten, sich davon leiten zu lassen.

Bebel: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!

Singer: Nachher!

Dr. **Heinrich Braun** (fortfahrend): Ich bestreite dem Genossen Bebel durchaus das Recht, zu behaupten, daß ich das, was ich hier vorgelesen habe, gekannt habe zu der Zeit, als ich mit Bebel in St. Gallen und Berlin und vorher und nachher über diese Dinge sprach. Ich kann den Zeugen stellen (Bebel ruft wiederholt: Unerhört!), wenn es nötig ist, der mich auf diesen „Gartenlauben"-Artikel vor wenigen Wochen aufmerksam gemacht hat. Er befindet sich im Saale, ich habe aber keine Veranlassung, den Namen zu nennen. (Bebel ruft nochmals: Unerhört!)

Sie haben gehört, wie das Sozialistengesetz auf Franz Mehring gewirkt hat, und ich glaube ein Recht gehabt zu haben, zu sagen, daß das, was er in diesen beiden Nummern der „Leipziger Volks-Zeitung" gesagt hat, eine Lüge war. Aber Bebel ereifert sich ganz unnötig. Das, was ich Ihnen vorgelesen habe, war doch eigentlich eine Kleinigkeit, wie Sie bald sehen werden. (Bebel ruft: Ganz richtig!) Es ist doch ganz gut verständlich, daß jemand, unwissend über unsre Partei, über unsere Theorien, in dieser verblendeten Weise spricht, aber das, was ich Ihnen vorgelesen habe, diese Verherrlichung des Sozialistengesetzes, der brutalsten Verfolgungen, die irgend eine Partei der Welt jemals erfahren hat, diese unerhörten Dinge rühren nicht von einem verblendeten Gegner her, sondern von einem Genossen. Dafür werde ich Ihnen den urkundlichen Beweis führen. Ich habe hier das stenographische Protokoll der Reichstagssitzung vom

17. April 1880. Es handelte sich da um eine Debatte über die Handhabung des Sozialistengesetzes; in derselben sagte der Genosse Hasenclever, der leider verstorben ist, in Gegenwart des Genossen Bebel, der in derselben Sitzung das Wort nahm, folgendes — er kam auf die Angriffe zu sprechen, die im Hinblick auf die Artikel der „Gartenlaube" im Reichstag gegen uns erhoben wurden, und sagte da wörtlich folgendes:

„Das wäre ja nun an und für sich nichts Besonderes, aber dieser Herr Franz Mehring wird von der gesamten liberalen Presse, z. B. von der „Magdeburger Zeitung" der „Weser-Zeitung", der „Social-Correspondenz" für ein großes Lumen in der Sozialdemokratentöterei gehalten und auch dafür erklärt. Um solche Leute einmal zu kennzeichnen, und das ist jedenfalls notwendig, will ich Ihnen sagen, warum wahrscheinlich der Mann Sozialistentöter geworden ist. Ich weiß nun wohl, daß er mich nach meinen heutigen Aeußerungen verlästern und verleumden wird in der nächsten Zeit, aber ich fürchte mich nicht davor" — ich kann das dem Genossen Hasenclever nachfühlen — „und mir sind solche Angriffe überhaupt gleichgültig. Für die „Neue Welt", ein Blatt, welches in der Genossenschaftsdruckerei zu Leipzig erscheint und vor mehreren Jahren gegründet wurde, wurde nach einem Jahre seines Bestehens ein neuer Redakteur gesucht, und weil Herr Franz Mehring, den wir näher kannten, eine leidliche Broschüre geschrieben, auch einen guten Stil hat, ein guter Feuilletonist ist, wie ich gern anerkenne, so hatten wir mit ihm eine Besprechung und fragten ihn, ob er vielleicht Lust habe, die Redaktion der „Neuen Welt" zu übernehmen. Er war nicht abgeneigt, aber wir konnten bei unsren bescheidenen Verhältnissen ihm nicht mehr geben als 800 Taler jährlich; das war ihm zu wenig, er sprach von 1000 Talern; diese konnten und mochten wir ihm nicht zahlen. Als wir so auseinandergingen, wurde Herr Mehring bald darauf Sozialistentöter." (Hört! hört!)

Auch das, was ich Ihnen eben vorgelesen habe, war mir zu der Zeit, als ich mit Singer und Bebel über die Tätigkeit des Franz Mehring in der „Volks-Zeitung" sprach und mich für ihn einsetzte vollkommen neu und unbekannt; ich weiß das erst seit ganz kurzer Zeit.

Nun komme ich zum Schluß. Betrachten Sie einmal die Situation in unsrer Partei und die Tätigkeit dieses Franz Mehring. Nach den ungeheuren Erfolgen, die wir erzielt haben, haben die Gegner außer dem Va-banque-Spiel eines Staatsstreichs nur eine einzige Hoffnung: die Spaltung unsrer Partei. An diesem Urgebirgsstock, den die Sozialdemokratie darstellt, prallen alle Angriffe ab, wie Flintenkugeln von einem Felsen. Nur von innen heraus kann dieser Felsen zersprengt werden. Was aber ist die Tätigkeit Franz Mehrings seit Jahren? Ist sie etwas andres als die Verhetzung aller Parteigenossen untereinander (Sehr richtig!), ist sie etwas andres, als die Verhetzung unsrer Partei mit den Bruderparteien im Auslande? Denken Sie an die Lage in Belgien im vorigen Jahre! Damals herrschte die Revolution in Belgien, und jeden Tag stellten die belgischen Genossen ihr Leben aufs Spiel. Und wie benahm sich Franz Mehring? Wie ein Hetzer, wie ein Schürer! Ganz ebenso verhält er sich der größten sozialdemokratischen Partei Frankreichs gegenüber. Ueber dies Verhalten Franz Mehrings herrscht eine sehr weit verbreitete Unzufriedenheit in unsrer Partei. Auch die ihm Nahestehenden empfinden, wie ich überzeugt bin, ein sehr lebhaftes Unbehagen darüber. Einen einzigen Mann mag es vielleicht in Deutschland geben, der an dieser hetzerischen, parteizerstörerischen Tätigkeit Franz Mehrings seine Freude haben könnte, das ist der preußische Polizeiminister. (Unruhe.) Deshalb sage ich: als Feind waren Sie (zu Mehring) uns ungefährlich, und ungefährlich würden Sie uns sein, wenn Sie wieder einmal unser Feind würden. (Zuruf: Sie auch! —

Heiterkeit.) Aber vor Ihnen als einen gefährlichen, den inneren Bestand unsrer Partei gefährdenden Freund wollen wir uns schützen! (Beifall und Zischen.)

Bebel (zur Geschäftsordnung): Der Herr Vorsitzende hat sich vorhin veranlaßt gesehen, auf mehrere Zurufe aus der Mitte des Saales, darunter auch einige sehr laute von mir, zu erklären, daß er diese Zurufe für unstatthaft halte, eine Bemerkung, zu der er selbstverständlich ein Recht hat nach der bisherigen Praxis. Er hat aber weiter hinzugefügt, man solle es unterlassen, sich wie Schulbuben mit Beschimpfungen zu traktieren. Er hat nicht den Namen oder die Namen derjenigen genannt, die er unter dieser Bezeichnung „Schulbuben" gemeint hat. Aber wenn der Vorsitzende einer solchen Versammlung wie diese einen derartigen Ausdruck gebraucht, so ist es ganz natürlich, daß die Kombinationsgabe der Hörer in Bezug auf die Deutung dieses Wortes, in Bezug auf die Person oder die Personen, die unter dem Ausdruck „Schulbuben" gemeint sein können, einen sehr weiten Spielraum zuläßt, und ich glaube, eine solche Freiheit in der Deutung eines Ausdrucks des Vorsitzenden sollte der Vorsitzende selbst vermeiden. Aus diesem Grunde bitte ich den Vorsitzenden nachdrücklich, seine Bemerkung dahin deklarieren zu wollen, wen er unter dem Ausdruck „Schulbuben" gemeint hat. (Sehr richtig.)

Singer: Ich hatte mir schon vor der Aufforderung des Genossen Bebel vorgenommen, zu erklären, daß ich, wenn ich den von Bebel kritisierten Ausdruck gebraucht habe, selbstverständlich nur damit meinen konnte, daß es nach außen hin den Eindruck erwecken könnte, als ob der Parteitag eine so wie ich es bezeichnet habe, zusammengesetzte Versammlung wäre. Ich gebe jedoch ohne weiteres zu, daß dieser Ausdruck besser unterblieben wäre. (Sehr wahr!) Ich gehöre durchaus nicht zu den Menschen, die nicht einmal ein Wort sagen können, das sie später lieber als nicht gesagt ansehen würden. (Bravo!) Aber in der Sache möchte ich meine Aufforderung wiederholen, unsre Verhandlungen nicht durch Zwischenrufe und persönliche Apostrophierung der Redner aufzuhalten. Der Stoff, den wir behandeln, bietet genug Veranlassung zur Erregung; wir brauchen durch eine derartige Erörterungsart diese Erregung nicht noch zu steigern. Ich hoffe, daß dieser kleine Zwischenfall damit erledigt ist und daß jeder die Wiederholung solcher Vorgänge vermeidet.

Gerisch: Ich habe keine Lust, mich für meine Person in den von Braun angeschnittenen Streit zu mischen. Ich habe an diesem Abendessen nicht teilgenommen. (Heiterkeit. — Bebel: Das war sehr gut!) Ich habe ums Wort gebeten, um die Gründe darzulegen, die den Parteivorstand zu seiner Kundgebung veranlaßt haben. Es wäre gewiß viel wünschenswerter gewesen, wenn eine solche Kundgebung gar nicht erst nötig gewesen wäre, wenn die Parteigenossen aus ihrem Taktgefühl selbst das Richtige träfen. Es schien aber, als wenn gerade in der letzten Zeit dies Taktgefühl doch bei verschiedenen Parteigenossen versagt hätte. Ganz besonders wurde die Frage aktuell durch das Schiedsgericht gegenüber dem Genossen Dr. Berthold. Da standen die Schiedsrichter vor der Frage, ob Parteigenossen, die in dieser Weise für die gegnerische Presse tätig sind, noch zur Partei gehören können. Nach der bisherigen Praxis konnte der Vorstand diese Frage nicht verneinen. Insofern hat Braun den Sachverhalt ganz richtig dargestellt. Bis in unsre Tage haben eine Reihe hervorragender Parteigenossen an gegnerischen Organen mitgearbeitet. Ich gebe auch zu, daß der Vorstand keine einwandsfreie Form für seine Entscheidung gefunden hat. Wenn der Parteitag eine bessere Form findet, so werden wir das mit Freuden begrüßen. — Ich möchte noch einige Irrtümer richtig stellen, die Meister heute unterlaufen sind.

Singer: Ich möchte bitten, das jetzt nicht zu tun. Es findet sich vielleicht dazu noch eine Gelegenheit.

Hoffmann-Hamburg: Die Ausführungen des Genossen Braun sind in zwei Teile zu trennen. Der eine Teil, der als sachlich gelten kann, beschäftigte sich mit unsrem Thema, der andre aber gehörte gar nicht hierher. (Sehr richtig!) Braun hat es in ganz geschickter Weise verstanden, den Spieß umzukehren, so daß er nicht als Angeklagter, sondern als Ankläger aufgetreten ist. Er hat Ausgrabungen veranstaltet und uns Geschichten hier erzählt, die ich nicht gekannt habe, die aber ein Teil der älteren Genossen längst schon gekannt haben. (Sehr richtig!) Wenn wir aber im Vorleben eines jeden einzelnen vor 25 Jahren nachgraben wollten, wohin kommen wir dann? Ich habe hier im Auftrag der Hamburger Parteigenossen Protest dagegen einzulegen, daß so viel Parteigenossen fortwährend die Streitaxt führen, daß vor jedem Parteitag ein Zankapfel hineingerollt wird. (Bravo!) Die Genossen in Hamburg haben das endlich satt! Sie wollen endlich einmal, daß diese Streitereien aufhören. (Bravo!) Aus dem Grunde haben wir einen bestimmten Antrag angenommen, nicht auf Grund des Mehringschen Artikels. Unter unseren Hamburger Parteigenossen giebt es einzelne, die die „Zukunft" lasen. Auf Grund dieser Kenntnis wurden wir angeregt, zu dem Artikel „Parteimoral" Stellung zu nehmen. Ist denn wirklich für unsre Schriftsteller kein andrer Platz vorhanden, wenn sie über Parteifragen schreiben wollen, als ein gegnerisches Blatt? (Sehr wahr!) Auch uns Hamburgern hat die „Zukunft" einmal einen Stein in den Weg gerollt. Als die Wogen wegen der Genossenschaftsbewegung hoch gingen, da hat die „Zukunft" einen Artikel von dem Großkaufmann May gebracht unter dem Titel: „Die redaktionäre Partei", der Zwietracht in unsre Reihen tragen sollte. Wenn man das Bedürfnis hat, seine Meinung kundzugeben, dann soll man vor die Parteigenossen treten und nicht vor Franktireure, die mit uns liebäugeln. Deshalb stehen wir ganz auf dem Standpunkt des Vorstandes. Wir haben ja mit der Zeit verschiedene Erfahrungen gemacht. Wir bekommen immer mehr Zulauf aus andren Kreisen (Zuruf: „Salon-Sozialisten"); während das Gros der Parteigenossen von der Picke auf gedient und so den Sozialismus in sich aufgenommen hat, fangen diese Elemente ihre Parteitätigkeit damit an, daß sie Führerrollen übernehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist verkehrt: sie wollen führen, und sollten selbst noch geführt werden (Lebhafte Zustimmung); sie suchen in der Partei unterzukommen, werden als Redakteure untergebracht, das gefällt ihnen nicht, sie werden dann freie Schriftsteller. Wir verlangen aber, daß die Leute, die zu uns kommen, die Brücken zur bürgerlichen Gesellschaft hinter sich abbrechen, damit sie mit uns und für uns wirken. (Lebhafter Beifall.) Mit Vorliebe bringt die sogenannte parteilose Presse Artikel bekannter Sozialdemokraten, dadurch aber wird unsre Presse geschädigt. So können wir nicht Abonnenten gewinnen und schädigen uns selbst. Ich bitte Sie deshalb, die These des Vorstandes anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Kautsky: Braun hat mit dem Bedauern darüber begonnen, daß es sich hier um ein Literatengezänk handelt. Auch ich bedaure das, aber ich glaube, daß Braun selbst dazu Ursache gegeben hat. Er zwingt auch mich zu einigen persönlichen Ausführungen. Vor allem muß ich dagegen protestieren, daß man die Sache so hinstellt, als ob es sich um einen Privatstreit zwischen Mehring und Harden handelt. Davon kann gar keine Rede sein. Der Bernhardsche Artikel, der die Ursache zu der Anregung wurde, war mir früher bekannt als Mehring, ich las ihn und war ganz entsetzt darüber. (Sehr richtig!) Ich sagte mir: Das wird ja von Tag zu Tag toller, jetzt fangen die Herren noch an, unsre Parteimoral zu kritisieren und alles auf den Kopf zu stellen. (Sehr richtig!) In dem Artikel wurde gesagt, daß die Führer der Partei privatim ganz anders denken und sprechen, als sie öffentlich reden. Bernhard sagt darin, die Führer haben das Recht, vor den Massen, die ja nur Herdentiere, nur unreife Kinder sind, anders zu sprechen als sie denken, weil sie die Massen führen müssen, also gewissermaßen

ihre Schulmeister sind. (Hört! hört!) Gegen diese Moral wandte ich mich, ich forderte Mehring auf, dagegen zu schreiben. Ich also bin der Urheber dieses ganzen Literatengezänkes, und nicht Mehring. Es wird mir vorgeworfen, die „Neue Zeit" hätte sich dadurch vergangen, daß sie die Frage vor den Wahlen aufgriff und Genossen während des Wahlkampfes angriff. Ich bin mir der Verantwortlichkeit voll bewußt, die ein solcher Posten mit sich bringt, ich weiß sehr wohl, daß man die Partei sehr schädigen kann, wenn man einen Genossen vor der Wahl angreift, aber gerade die Nähe des Wahlkampfes war für mich entscheidend. Wenn diese Moral von Bernhard unwidersprochen in die Welt gegangen wäre, dann hätten unsre Gegner das Recht, vor die Massen zu treten und zu sagen: „Was wollt Ihr denn? Hier steht es ja, daß die Führer das selbst nicht glauben, was sie Euch vorerzählen! Niemand hat sich dagegen ausgesprochen, das ist eine unwidersprochene Wahrheit." (Sehr richtig!) Gerade wegen der Nähe des Wahlkampfes mußte dagegen protestiert, es mußte gezeigt werden, daß die Partei nicht so über Moral denkt, wie Bernhard es dargestellt. Es wird gesagt, die Meinungsfreiheit sei gefährdet (Zustimmung), wenn man den Genossen bestimmte Blätter verbietet, für die sie schreiben dürfen. Nein, hier handelt es sich nicht um eine Frage der Meinungsfreiheit, sondern um eine Frage der öffentlichen Reinlichkeit, und da hat die persönliche Freiheit gewisse Grenzen. Stellen Sie sich vor, ein Genosse hätte den Geschmack, auf einen Misthaufen zu steigen und von hier aus zum Publikum reden zu wollen; hätten wir da nicht das Recht, zu sagen, suche dir eine reinlichere Tribüne aus? Wäre dadurch die Meinungsfreiheit gefährdet? Sicherlich nicht. (Heiterkeit, Beifall und Ruf: Sehr geistreich!) Dann wird gesagt, die „Zukunft" schreibe auch nicht anders als andre bürgerliche Blätter, für die Liebknecht, Marx, Engels und meine Wenigkeit geschrieben haben. Ich bin andrer Meinung. Die „Zukunft" hat eine Reihe von Artikeln gebracht, die weitaus das überschreiten, was andre bürgerliche Blätter über die Sozialdemokratie bringen. Ich erinnere nur an den Artikel von Professor Jöst aus dem Jahre 1894 über russische Gefängnisse, in dem Jöst gegen Kennan polemisiert und diesem seine Sympathie für die russischen Sozialisten vorwirft. In diesem Artikel werden die russischen Sozialisten als gemeine Verbrecher bezeichnet; es wird gesagt, unsre Genossinnen sind gemeine Dirnen, Prostituierte, die Kassen erbrechen und Geld stehlen, um damit ihre Zuhälter bezahlen zu können. (Lebhaftes Hört! hört!) Als ich diesen Artikel las, wurde ich von einer Empörung ergriffen, die sich nicht beschreiben läßt. Wir haben viele Anfechtungen seitens der bürgerlichen Presse erfahren, aber ich kenne keinen Artikel, der so niedrig und pöbelhaft ist wie dieser. Und da kommt Edmund Fischer und sagt: Was da steht, steht wo anders auch! Er sieht keinen Grund ein, warum Sozialdemokraten nicht für das Blatt des Herrn Harden schreiben sollen. Ich bin andrer Meinung, ich habe das als eine tötliche Beleidigung empfunden für die Partei; nach meiner Ansicht kann mit einem Blatt, welches uns so beleidigt, kein Sozialdemokrat Gemeinschaft haben. (Sehr richtig!) Wenn solche Differenzen in der Partei vorhanden sind über das, was die Würde eines Sozialdemokraten erheischt, dann ist es wohl Aufgabe des Parteitages, hier ein Wort zu reden und denjenigen Genossen, die es nicht wissen, deutlich zum Ausdruck zu bringen, wie die Masse denkt. (Sehr richtig!) Nun hat Heinrich Braun noch Mehring auf das bitterste angegriffen, er hat geglaubt, ihm einen tödlichen Schlag zu versetzen. Er hat uns Dinge vorgelesen, über die wir alle seiner Zeit sehr empört waren, ja, wenn es jemals einen Mann in der deutschen Sozialdemokratie gegeben hat, der gehaßt war, so war es Franz Mehring. Merkwürdig aber ist es, daß gerade Heinrich Braun heute so erbittert gegen ihn ist; das, was er vorgelesen hat, erinnert mich lebhaft an die Nummern der „Zukunft", in denen noch Harden vor ganz kurzer Zeit die Sozialdemokratie angegriffen hat, als sie den Kampf gegen den Brotwucher führte. Wie Braun daraus zu dem Schluß kommt, daß die Genossen das Recht

haben, für Herrn Harden zu schreiben, das verstehe ich nicht. (Sehr gut!) Wenn damals, als Mehring uns so angriff, ein Genosse es gewagt hätte, anzudeuten, er habe Lust, für ein von Mehring redigiertes Blatt zu schreiben, er hätte nicht etwa eine leise Rüge vom Vorstand erhalten, nein, er wäre unter einstimmigem Zuruf der Genossen ohne jede Diskussion aus der Partei hinausgeworfen worden. (Lebhafte Zustimmung.) Nun will es das Schicksal, daß gerade Heinrich Braun es war, der Mehring in die Partei gebracht hat, und nicht nur in die Partei, sondern auch in Verbindung mit der „Neuen Zeit", was Braun vergessen zu haben scheint. Er war es, der mir damals Mehring auf das dringendste empfahl und mich für einen Philister hielt, weil ich Bedenken hatte, einen Mann, der uns so scharf angegriffen hatte, wieder zu uns kommen zu lassen. (Hört! hört!) Braun hat uns Dinge vorgelesen, die sicher beleidigend für die Partei sind, aber es ist doch merkwürdig, daß gerade der Mann, der sich so dafür eingelegt hat, Mehring für die Partei zu gewinnen, der einzige war, der nicht wußte, was damals die Spatzen in ganz Berlin von den Dächern pfiffen (Sehr gut!), der einzige, der nicht wußte, daß Mehring seinen alten Standpunkt noch in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes behauptet hatte. Heinrich Braun, dieser naive Mensch (Heiterkeit), der nichts sieht und hört, wußte von nichts und konnte sich daher den Luxus erlauben, Mehring in die Partei zu bringen. (Sehr gut!) Ich stand damals Mehring sehr mißtrauisch gegenüber, es ist ein Prinzip von mir, dem manche von Ihnen etwas mehr huldigen sollten, das Mißtrauen gegen jeden, der von den bürgerlichen Parteien zu uns kommt und früher gegen uns gekämpft hat. (Sehr richtig!) Ich bin nicht dafür, daß man unbesehen jeden Doktor, der zu uns kommt, mit Hosianna begrüßt (Sehr gut!) und ihn vorzieht alten erfahrenen Genossen, die seit Jahrzehnten mit Einsetzung ihrer Persönlichkeit für uns gekämpft haben, aber den Fehler haben, daß sie Proletarier sind. (Beifall. Bebel ruft: Metzner!) Ich bin der Meinung, daß die Akademiker, die zu uns kommen, eine Karrenzzeit durchmachen sollten. (Sehr gut!) Wir haben prinzipiell nichts gegen die Akademiker, aber ein gesundes Mißtrauen wäre gegen sie am Platze und das hatte ich auch Mehring gegenüber. Braun dagegen ist ihm sofort um den Hals gefallen und hat ihn zu uns herübergebracht. Andrerseits aber glaube ich, daß wir demjenigen, der sich zehn Jahre lang bewährt und Schulter an Schulter mit uns gekämpft hat, auch die Treue bewahren müssen, die wir einem Kriegskameraden schulden. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir ihm dann, sobald er uns einmal unbequem ist, das vorwerfen, was er früher getan hat, so ist das eine Treulosigkeit. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Mehring hat sich um die Partei wohl verdient gemacht, das kann niemand leugnen. Er ist einer der ersten Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus, es giebt unter den heute Lebenden keinen, der ihn darin überragt. Er ist ein hervorragender Historiker, das erkennen auch seine bürgerlichen Gegner an. Mehring kennt die Parteigeschichte wie kein zweiter, namentlich die Anfänge der Bewegung; darin ist er unübertroffen. Seine „Lessing-Legende", seine „Geschichte des Sozialismus", sein Nachlaß von Marx und Engels sind Werke von klassischer Bedeutung, sie sind eine Zierde für unsre Partei und werden es immer bleiben. (Sehr richtig!) Wie kommt es, daß so plötzlich das Gewissen bei denjenigen erwacht ist, die jetzt gegen Mehring so losziehen und ihm seine Jugendfehler so hart vorhalten, während dieselben Leute für die heutigen Fehler des Herrn Harden nichts weiter übrig haben als einen christlichen Mantel zum Zudecken? Das kommt daher, daß Mehring zu denen gehört, die sich durchgerungen haben zur Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus und für die das Parteiprogramm nicht eine bloße Formalität ist, die sie hinnehmen, um in der Partei bleiben zu können, sondern eine lebendige Wahrheit, für die sie eintreten. (Lebhafte Zustimmung.) Gerade darum, weil er das Programm verficht auch gegen diejenigen, die unsre Taktik angreifen, hat er sich

den Haß einer Reihe von Leuten erworben und wird von ihnen angegriffen, und zwar von denselben Leuten, die ihn, wenn er heute mit ihnen das Programm angreifen würde, wie einen Geistesheros feiern würden. (Stürmischer Beifall.) Für die Qualifizierung dieser Art Angriffe fällt mir nur ein Vergleich ein: Mit jenen Leuten, die, wenn sie mit einem Nachbar Streit gehabt haben, zum Staatsanwalt laufen und den Nachbar wegen Majestätsbeleidigung anzeigen, die er vor längerer Zeit begangen haben soll. So ist es hier. Mehring ist diesen Leuten unbequem, und nun plötzlich graben sie alte Geschichten aus und kommen damit zum Parteitag. Ich glaube, daß diese Denunziantentaktik vom Parteitag mit jener Achtung behandelt wird, die sie verdient. Nun noch ein Wort über mich! Braun hat darauf hingewiesen, daß auch ich für bürgerliche Blätter, namentlich die „Frankfurter Zeitung" geschrieben habe. Ich unterschreibe vollkommen das Urteil Bebels über die „Frankfurter Zeitung"; trotzdem fühle ich mich gegenüber Braun nicht schuldig, denn meine Mitarbeiterschaft an der „Frankfurter Zeitung" fällt in eine Zeit, wo wir keine Parteipresse hatten. Den letzten Artikel für die „Frankfurter Zeitung" habe ich 1884 geschrieben. (Hört! hört!) Das ist doch etwas andres, wenn man sich der bürgerlichen Presse zu einer Zeit bedient, wo noch keine Parteiliteratur existiert, wo man sonst gar nicht an das Publikum herankommt. Ebenso steht es mit Marx und Engels. (Bebel ruft: Damals war die „Frankfurterin" anständig!) Allerdings hat Liebknecht für die „Fackel" geschrieben. Ich weiß nicht, inwiefern das die andren Genossen rechtfertigen soll. Ich stimme Braun zu, daß Liebknecht da einen Fehler begangen hat, ich glaube aber, Braun täte besser, wenn er Liebknecht in dem nachahmte, was er Großes geleistet hat, in seinem revolutionären Eifer und nicht in gelegentlichen Entgleisungen! (Bravo!) Das scheint aber für ihn das wichtigste zu sein; der revolutionäre Geist ist ihm Nebensache. Ich kann mir die Entgleisung Liebknechts nur dadurch erklären, daß die „Fackel" in Wien erscheint und Liebknecht den dortigen Verhältnissen fremd gegenüber stand. Hätte die „Fackel" Liebknecht ebenso nahe gestanden, wie die „Zukunft" Braun, Liebknecht hätte nie eine Zeile für die „Fackel" geschrieben. (Sehr richtig!) Ich muß mich wundern, daß es noch Genossen giebt, denen man noch den Schwindel mit der sog. parteilosen Presse auseinandersetzen muß, und daß gerade so geriebene Leute wie Braun und Bernhard solche Kinder sind und sich durch den Gedanken einer parteilosen Presse blenden lassen. Eine parteilose Presse giebt es überhaupt nicht. Heute, wo die politischen Gegensätze so groß sind, muß jeder Partei nehmen. Die parteilose Presse ist die charakterlose Presse, die politische Heuchelei; eine Presse, welche wohl Partei nimmt, aber nicht offen, sondern unter dem Schein der Parteilosigkeit die Dummen, die nicht alle werden, einfangen will. Nun meint Braun, diese Artikel wirkten propagandistisch. Wie ein Artikel wirkt, hängt nicht von dem Artikel allein, sondern von der Umgebung ab, in der er erscheint. Nach Braun wird ein Kuchen, der vergiftet ist und in den man ein paar sozialistische Rosinen steckt, dadurch sofort zur gesunden und wohlschmeckenden Speise (Große Heiterkeit); er tröstet sich damit, daß die Rosinen ja nicht zerschnitten werden. (Heiterkeit.) Sehen Sie sich doch einmal diese propagandistischen Artikel an. Wenn jemand vorher noch nicht wußte, was die Sozialdemokratie ist, dann hat er es durch diese Artikel sicher nicht erfahren. (Zustimmung.) An wen wendet sich denn die „Zukunft"? An die Bourgeoisie, und es ist außerordentlich schwer, auf die Bourgeoisie zu wirken. Es ist durchaus nicht immer böser Wille, wenn wir da nicht verstanden werden; es liegt das oft einfach an der Unfähigkeit, sich in unsre Vorstellungen hineinzudenken. Für ein bürgerliches Hirn bedarf es einer ungeheuren Anstrengung, um sich in den sozialistischen Gedankengängen zurechtzufinden. Das kann durch einen Artikel nicht erreicht werden. Ein Proletarier kann durch solch einen Artikel beeinflußt werden, weil bei ihm das Klassenbewußtsein vorhanden ist, und selbst beim Proletarier muß die unablässige Er-

ziehung in der Werkstatt dazu kommen. Nun soll ein Bourgeois, der uns ganz verständnislos gegenübersteht, plötzlich durch einen Artikel in unsre Gedankenwelt eingeführt werden! Aus den bürgerlichen Kreisen können Sozialisten nur durch systematische Arbeiten, durch wissenschaftliche Werke, die Werke von Marx, Engels, Lassalle usw. gewonnen werden, aber nicht durch einzelne Artikel, besonders nicht durch so oberflächliche Artikel, wie sie einzig und allein Harden für seine „Zukunft" aufnimmt. Einen Nutzen kann ich mir also von solchen Arbeiten nicht versprechen. Der Schaden aber, den sie anrichten, ist sehr groß, wenn das Empfinden für die Würde der Partei dabei verloren geht. Ich hoffe daher, daß die große Mehrheit des Parteitages dem Vorschlage des Vorstandes zustimmen wird. (Lebhafter Beifall.)

Edmund Fischer: Ich bin kein Literat und habe mit dem „Literatengezänk" garnichts zu tun. Für bürgerliche Blätter habe ich nie eine Zeile geschrieben, ja ich habe mich schon jahrelang darüber aufgehalten, daß hervorragende Genossen von uns so oft für bürgerliche Zeitungen schreiben. Die Resolution des Vorstandes hat auch meinem Gefühl zum Teil Ausdruck gegeben. Ich bin aber empört — und habe daraus nie einen Hehl gemacht — daß dieser ganze Vorstoß lediglich aus einer persönlichen Differenz des Genossen Mehring entstanden ist. Kautsky tat so, als wenn die Frage jetzt plötzlich brennend geworden wäre. Das ist nicht der Fall. Ich habe vor zehn Jahren schon in der „Vossischen Zeitung" in der sogenannten wissenschaftlichen Beilage manchmal Artikel gefunden von Genossen, die gleichzeitig an der „Neuen Zeit" mitarbeiteten. Da hat sich Kautsky nicht gerührt. (Zuruf Bebels: Für die wissenschaftliche Beilage!) Ja, die gehört aber doch auch zur „Vossischen Zeitung". Nach dem Genossen Bebel ist es also zulässig, für den wissenschaftlichen Teil der „Vossischen Zeitung" zu schreiben. Warum denn nicht für den wissenschaftlichen Teil der „Zukunft"? (Lachen.) In derselben „Vossischen Zeitung" wird im Hauptblatte die Sozialdemokratie auf das niederträchtigste beschimpft; für die Beilage dürfen aber Genossen schreiben! Warum sollen denn nicht, wenn Harden uns im Leitartikel angreift, im späteren Teil des Blattes wissenschaftliche Artikel von Genossen erscheinen? (Lachen.) Ich habe aber auch garnicht gefunden, daß die „Neue Zeit" sonst so sehr auf „Reinlichkeit" hielt. Ich erinnere an den Fall Hans Leuß. Leuß war antisemitischer Abgeordneter, der zu Zuchthaus verurteilt wurde wegen eines Meineides, den er, wie Mehring angibt, aus edlen Motiven geleistet hatte. Mag sein; aber die Frau seines Freundes hatte er nicht aus edlen Motiven verführt. Jedenfalls hatte er abgewirtschaftet und kam dann zu Mehring, der ihm ein Loblied sang, daß er eine starke demokratische Ader habe usw. Leuß durfte für die „Neue Zeit" schreiben. Zu gleicher Zeit schrieb er Artikel für den „Zeitgeist" des „Berliner Tageblatts" (Zuruf: Auch für die „Welt am Montag"), da hat man absolut nicht von „Reinlichkeit" gesprochen, Genosse Kautsky! (Sehr gut!) Da mußte die Reichstagsfraktion einschreiten, um diesem Empfinden für Reinlichkeit Rechnung zu tragen. Ich war entrüstet über die Sache, besonders aber waren es auch sogenannte Revisionisten, die sich dafür ins Zeug legten, daß reinliche Verhältnisse hergestellt wurden. (Zuruf: Heine!) Jawohl, Heine hat am allerentschiedensten gegen Leuß gesprochen. Die Genossen haben sich übrigens damals nicht nach Revisionisten und alter Richtung geschieden, sondern ganz unabhängig von dieser Gruppierung. Also Veranlassung zum Eingreifen hätte für den Vorstand früher schon vorgelegen, aber da geschah nichts. Wahrscheinlich schrieb Leuß nicht revisionistisch und so wurde er mit Freuden aufgenommen und Kautsky hat ihm keine Karrenzzeit auferlegt. Das ist der Grund, weshalb ich mich empörte, als dann Mehring seine Angriffe auf die „Zukunft" unternahm. Ich habe mit der Sache, die hier in Frage steht, persönlich garnichts zu tun, ich kannte bisher den Genossen Bernhard nur flüchtig, ich habe keine Verbindung mit einem der in Betracht kommenden Genossen gehabt, ich bin ganz

selbständig vorgegangen. Den Genossen Berthold kenne ich nicht, ich hätte gewünscht, daß er nicht Genosse wäre, wie mir das von manchen Genossen vielleicht lieber wäre. Ich war aber empört, daß seit dem Artikel von Professor Adler in der „Zukunft" der Kampf gegen die „Zukunft" geführt wurde. Vorher durfte man für die „Zukunft" schreiben, da hat man nichts gesagt. (Zuruf: Wer hat denn damals dafür geschrieben?) Ich nenne Paul Ernst. (Zuruf: Ist nicht Sozialdemokrat!) Er war es aber damals. (Zuruf: Außerdem Ströbel!) Das weiß ich nicht; ich weiß aber, daß Ströbel ebenso wie Schönlank für die Wiener „Zeit" geschrieben hat. Mag sein, daß die „Zeit" anständiger ist als die „Zukunft", aber in der Polemik gegen die Sozialdemokratie war sie ebenso gehässig wie die „Zukunft". Die ganze Sache datiert von dem Artikel Adlers in der „Zukunft" gegen Mehring. Als dieser Artikel erschien, fragte mich ein Arbeiter: Haben Sie die Artikel gelesen? Wie ist das denn möglich! Das müßte die ganze Parteipresse abdrucken!" Daß Berthold die „Zukunft" verantwortlich gezeichnet hat, will ich nicht billigen; es wäre mir lieber gewesen, wenn er ausgeschlossen worden wäre. Ich bin vielleicht etwas voreingenommen gegen Mehring; das rührt von der Zeit her, wo er 1891 die Broschüre „Kapital und Presse" schrieb. Daß derselbe Genosse bald darauf beauftragt wurde, die Geschichte der Sozialdemokratie zu schreiben, das habe ich nie verstanden. Ich bin überzeugt, wenn die Arbeiter die Laufbahn von Mehring kennten, dann würden sie meine Entrüstung teilen. (Sehr richtig!) 1869 war er doch bereits Redakteur eines demokratischen Blattes gewesen, als er dann Renegat wurde. Er ging damals von der demokratischen „Zukunft" zur konservativen „Spenerschen Zeitung" über, allerdings als Feuilleton-Redakteur, dann zur Sozialdemokratie, wurde nicht Redakteur der „Neuen Welt", ging zur konservativen „Post" und arbeitete für die „Staatsbürger-Zeitung", „Weser-Zeitung", „Gartenlaube". Ich hatte diesen Winter von dem „Gartenlaube"-Artikel gehört und habe ihn kürzlich einmal nachgelesen. Da sagte ich mir: Das ist doch ebenso, wie Max Lorenz es macht! Wenn jetzt mit einem Male die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern so wichtig ist, dann wollen wir doch auch mal die Frage entscheiden: Was tun wir, wenn der Max Lorenz mal wieder kommt? (Sehr gut!) Was Mehring tat, war schlimmer als was Lorenz tut, denn heute ist die Partei stark, damals aber hatten wir die Zeit der härtesten Verfolgung, als er als Renegat uns so angriff und in der Parteipresse der hervorragendste Vertreter der Gesinnungslumperei genannt wurde. Also Mehring hat aus rein persönlichen Gründen diese Sache aufgegriffen und eine Staatsaktion daraus gemacht. Ich habe, obgleich ich stets nur eine bescheidene Existenz hatte, nie für ein bürgerliches Blatt geschrieben, aber trotzdem stimme ich dem Antrage des Vorstandes nicht zu, weil er zu Ungerechtigkeiten führt. Es werden dadurch die getroffen, die man nicht treffen will. Wir haben eine ganze Reihe armer Parteigenossen, deren journalistische Laufbahn damit begann, daß sie Berichte für bürgerliche Blätter schrieben. Die meinen Sie hier nicht, aber die treffen Sie! Das sind oft die ernstesten und besten Parteigenossen, und ich kann Ihnen eine Reihe tüchtiger, ultraradikaler Genossen nennen, an denen niemand etwas auszusetzen hat, die ebenfalls für bürgerliche Blätter Berichte geliefert haben. Es mutet einen komisch an, daß man gerade in der „Leipziger Volkszeitung" diese Frage so breit getreten sieht. Mehring ist ja schon geschildert worden; der zweite Redakteur der „Leipziger Volkszeitung" war, nachdem er bei einer Reihe von Parteiblättern Redakteur gewesen war, freier Schriftsteller und hat in bürgerlichen Zeitungen gegen die Parteigenossen geschrieben. (Hört! hört!) Kautsky sagte, ich träte dafür ein, daß man für die „Zukunft" schreiben dürfe. Das tue ich nicht; ich sage nur: wenn man für die „Zukunft" nicht schreiben darf, dann soll man es für kein bürgerliches Blatt dürfen. Man kann diese Frage nicht durch einen solchen Beschluß festlegen. Hier muß von Fall zu Fall entschieden

werden, wie es in dem Fall Berthold geschah, dann kann gerechter verfahren werden. Wenn Sie jetzt diese Frage auf einmal für so wichtig halten und die Verdienste des Genossen Mehring so feiern, dann würde ich — mit diesen Worten will ich schließen — nichts dagegen haben, wenn nach sechs oder sieben Jahren Max Lorenz wieder zu uns käme, er dann sofort Redakteur der „Neuen Zeit" würde. (Beifall und Zischen.)

Beyer-Leipzig: Wenn irgend jemand die Sache auf das persönliche Gebiet hinübergespielt hat, so war es Edmund Fischer. Er hat aus ganz bestimmten Gründen auch den zweiten Redakteur der „Leipziger Volkszeitung" in die Sache hineingezogen. Mit einem Max Lorenz, der seinerzeit in die Partei gekommen ist um ihr zu dienen, und nun das, was er erfahren, im Sinne der Gegner verwendet, kann man weder Mehring noch unsren zweiten Redakteur vergleichen. Es war ein großer Demagogenhieb von Fischer, zu erklären, er sei nur so hineingezogen in die Affäre. Er sei empört gewesen. Spielt denn die Geschichte seit heute und gestern, daß Fischer den Artikel im „Armen Teufel" noch gerade in der letzten Minute bringen mußte, jenen Artikel, in dem er vom Parteitag den Ausschluß von Mehring, — denn dieser ist mit Max Lorenz gemeint — verlangt? Warum war denn Fischer nicht gleich damals empört, als die „Neue Zeit" gegen den Artikel „Parteimoral" in der „Zukunft" polemisierte? Als der Artikel in der „Neuen Zeit" erschien, war es Pflicht von Fischer, sich zu empören (Heiterkeit) und das, was er heute sagt, aufs Tapet zu bringen. (Sehr richtig!) Dem Genossen Heinrich Braun kam es von Anfang an lediglich darauf an, Mehring von dem Blatt zu beseitigen, das immer noch auf unser Prinzip gehalten hat. Er wollte seiner Zeit die Leipziger absolut zwingen, nicht etwa Mehring zu entlassen, wohl aber ihn zur unveränderten Aufnahme der Braunschen Erklärung zu veranlassen. Dann aber wäre Mehring gegangen, und das lag einzig und allein im Wunsche derjenigen, denen er im Wege ist. Wenn hier geschimpft wird, daß Mehring früher das Buch über die Sozialdemokratie und den Artikel in der „Gartenlaube" geschrieben hat, so kann ich nur sagen, daß wir uns diese Dinge genau besehen haben, ehe Mehring zu uns kam. Die Arbeiter, die mit Mehring zu tun hatten, wußten, was los war; sie haben sich aber gesagt, daß bei Mehring eine ganz naturgemäße Entwicklung stattfand. (Ruf: Zweimal gemausert!) Aehnlich steht es mit Jäckh. Ich lobe mir die Leute, die sich von rechts nach links entwickeln, mehr als diejenigen, die sich umgekehrt entwickeln. (Sehr richtig!) Wir kennen ja die Leute, die früher nicht radikal genug tun konnten und schließlich beim Genossenschaftswesen endeten. (Sehr richtig!) Wir können nur wünschen, daß der Vorschlag des Parteivorstandes allseitig anerkannt wird, vor allem aber, daß das Proletariat in Zukunft stets nach dem dritten Satz der Erklärung handelt. Haben früher die Dinge bei verschiedenen Parteigenossen vielleicht ähnlich gelegen wie heute, so kann es doch jetzt nicht mehr so weiter gehen. Der Artikel über Parteimoral stellt die Arbeiter als eine Hammelherde hin. (Sehr richtig! **Bebel** ruft: Das ist das ärgste, was geschrieben ist!) das muß verschwinden, selbst auf die Gefahr hin, daß einer Anzahl von Literaten in unsrer Partei der Brotkorb höher gehängt werden müßte. (Beifall.)

Klara Zetkin: Es ist gesagt worden, die Resolution des Parteivorstandes über die Mitarbeiterschaft einzelner Genossen an der „Zukunft" habe eine tiefgehende Erregung in Parteikreisen hervorgerufen. Eine Erregung gewiß, es fragt sich nur, in welchem Sinne und in welchen Kreisen. (Sehr gut!) Wenn man davon spricht, daß diese Resolution in den weitesten Kreisen Entrüstung erregt habe, so verwechselt man den breiten Ozean unsres Parteilebens mit dem Glase Wasser einer kleinen Anzahl von schriftstellerisch tätigen Genossen. (Lebhafte Zustimmung.) In jenem Glase Wasser nur hat sich ein Sturm der Entrüstung ob bedrohter Meinungsfreiheit erhoben. Im großen Ozean unseres Parteilebens

haben sich auch Wellen der Entrüstung gekräuselt, aber nur darüber, daß überhaupt eine solche Resolution notwendig wurde. (Sehr richtig!) Man war darüber empört, daß der Parteivorstand es nötig hatte, in der mildesten und schonendsten Form, die er wählen konnte, einzelne Genossen darauf aufmerksam zu machen, daß es für ihre schriftstellerische Tätigkeit Grenzen giebt, die sie kraft der Moral, kraft des politischen Reinlichkeitsempfindens als Parteigenossen nicht überschreiten dürfen. (Sehr wahr!) Nun hat man hier meiner Ansicht nach den Versuch unternommen, den wahren Kernpunkt der Streitfrage vollkommen zu verschieben (Sehr richtig!). Man hat es so dargestellt, als ob es sich lediglich um ein Literatengezänk zwischen Mehring und Harden handele. Das ist durchaus unzutreffend. Wenn aber irgend jemand dazu beigetragen hat, diese ganze Diskussion von der Höhe einer grundsätzlichen Auseinandersetzung auf das Niveau von Literatengezänk herunterzudrücken, dann waren es die Genossen, die mit allerlei kleinlichem, persönlichem — ich möchte fast sagen Altweibergerede (Heiterkeit) hierher gekommen sind, alte Erinnerungen von Soupers usw. ausgegraben haben, die mit der Sache nichts zu tun haben. (Sehr gut!) Für uns liegt die Frage nicht so: Wie steht Harden zu Mehring, sondern wie steht Harden und seine „Zukunft" zur Partei? Unter diesem Gesichtswinkel haben wir zu prüfen, ob es Parteigenossen erlaubt sein kann, an der „Zukunft" mitzuarbeiten. (Sehr richtig!) Bei der Behandlung der Sache muß einmal berücksichtigt werden der konkrete Einzelfall der Mitarbeiterschaft an Hardens „Zukunft" und dann die allgemeine Frage, ob es im Parteiinteresse wünschenswert ist, daß hervorragend schriftstellerisch tätige Genossen einen Teil ihrer Kraft der gegnerischen Presse widmen. Ich habe nicht nötig, alle jene Beschuldigungen gehässigster Art zurückzuweisen, die gegen Mehring erhoben sind, das hat Kautsky in der glänzendsten Weise getan. Ich will nur hinzufügen, daß die Genossen, die uns hier unterhalten haben mit jenen, den älteren Parteigenossen wohlbekannten Auszügen aus alten Mehringschen Schriften von 1879 und 1880, viel besser tun würden, uns zu unterhalten mit den glänzenden Ausführungen über die sozialistische Gedankenwelt, die Mehring in seinem Vorwort zum Nachlaß von Marx und Engels, und in andern Werken noch gemacht hat. (Lebhafte Zustimmung.) Dann würden die Genossen ganz anders urteilen und auch begreifen, daß niemand, der diese Werke liest, die Auffassung von Braun teilen kann, als sei Mehring zu uns gekommen, ein abscheulicher Lügner, dessen Bekehrung nicht ernst gewesen sei. Nein, daraus gewinnen wir die Ueberzeugung, daß der sozialistische Gedanke in Mehring eine solch' lebendige Kraft gewonnen hat, daß er durchaus als einer unsrer berufensten, überzeugten Kämpfer in Reih und Glied mit uns steht, und daß wir nicht das Recht haben, seine jetzige Gesinnungstreue zu bezweifeln. (Sehr richtig!) Was den konkreten Fall der Mitarbeiterschaft an der „Zukunft" betrifft, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß es für Genossen unzulässig ist, für diese Zeitschrift auch nur eine Zeile zu schreiben. Schlüssig wird das durch vorliegendes Material bewiesen. Ich greife davon nur einzelnes heraus. Kautsky hat schon darauf hingewiesen, in welch bubenhafter Weise die russischen Freiheitskämpfer in der „Zukunft" geschildert sind. Wenn es je in der Geschichte der Befreiungskämpfe aller Länder Männer und Frauen gegeben hat, die es verstanden haben, die Größe des antiken Helden mit der Selbstlosigkeit des christlichen Märtyrers zu vereinigen, dann sind es die russischen Revolutionäre gewesen. (Stürmischer Beifall.) In einem Organ, das diese Männer und Frauen, die zu den Edelsten und Besten aller Länder und Zeiten gehören, deren Wirken gegenüber wir alle das Gefühl haben müssen: Zieh' deine Schuhe aus, der Boden, wo du stehst, ist heilig — in einem Organ, wo diese Leute so beschimpft werden, muß es nicht nur für einen Sozialisten, sondern für jeden anständigen Menschen unmöglich sein, zu schreiben. (Stürmischer Beifall.) Nun ist gesagt, daß trotz alledem die Mitarbeiterschaft an der „Zukunft" gestattet sein müsse, weil sie von erheblicher

Bedeutung sei im Hinblick auf die Aufklärung der bürgerlichen Gesellschaft über die sozialistische Ideenwelt. Wie unbegründet diese Auffassung ist, beweist die eine Tatsache, daß in Genosse Hardens „Zukunft" (Große Heiterkeit) — ich nehme diesen Ausdruck selbstverständlich als eine Realinjurie gegen den Parteitag feierlichst mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück (Erneute Heiterkeit) — was ich sagen wollte, war das Folgende: Wie unbegründet die Auffassung ist, daß Sozialdemokraten durch die Mitarbeit an der „Zukunft" eine Umwälzung in der Auffassung bürgerlicher Kreise herbeiführen können, bezeugt die „Zukunft" selbst, die sich seit langen Jahren der Mitarbeiterschaft hervorragender Parteigenossen erfreut (Bebel: Und Genossinnen!) Diese Zeitschrift konnte nach den großen Kämpfen um den Zolltarif erklären, daß die sozialdemokratische Fraktion das Parlament in eine Kutscherschwemme verwandelt hätte. (Hört! hört!) Sie sehen also, wie erzieherisch die Mitarbeit von Genossen (Bebel: Und Genossinnen!) an der „Zukunft" gewirkt hat! Und ist es möglich, durch die Artikel in der „Zukunft" tatsächlich in unsre Gedankenwelt einzuführen? Ich verneine das, denn alle jene Artikel, die dort von einzelnen Parteimitgliedern erschienen sind, führen im großen und ganzen nicht in unsre Gedankenwelt hinein (Sehr richtig!), sie machen vielmehr die Leser nur mit den Liebhabereien einzelner schreibender Genossen bekannt. (Zustimmung.) Es ist z. B. nicht eine Parteimeinung, sondern eine Beleidigung der Partei, wenn Bernhard dort die Auffassung vertritt, wir hätten eine Wissenschaft mit doppeltem Boden, eine für den blinden Hödur der Massen und eine für die Wissenden, die sie sich mit Augurenlächeln beim Biertopf sagen, um mit Herrn Harden zu reden. (Zuruf: Oder beim Wein!) Und der Artikel über die Religion des Kaisers steht meiner Ansicht nach in direktem Gegensatz zu unsrer Auffassung der Religion als Privatsache. Soweit es sich um die religiöse Auffassung des Kaisers als Persönlichkeit handelt, haben wir nicht mit untersuchender Hand in seine ganz persönlichen Anschauungen hineinzugreifen. Wir haben sie zu respektieren, wie die jeder anderen Persönlichkeit. Eine Ausnahme wäre nur zulässig, wenn es sich um eine religiöse Auffassung von entscheidender wissenschaftlicher Bedeutung handelte. Da dies keineswegs der Fall ist, können wir es den höfischen Lakaien der Bourgeoisie überlassen sich mit der Religion des Kaisers zu beschäftigen. (Sehr richtig!) Sobald aber die Religion des Kaisers aufhört, Privatsache zu sein und Einfluß auf die Gestaltung unseres politischen Lebens zu gewinnen strebt, wird die Auseinandersetzung mit ihr zum politischen Kampf. Er muß unsererseits in unserer eigenen Presse geführt werden. Am allerwenigsten darf es in der „Zukunft" geschehen. Die mehr oder minder persönliche Fronde gegen den Kaiser ist ja der Sportsartikel, mit dem die betriebsame Firma ihre besten Geschäfte macht. (Lebhafte Zustimmung.) Auch eine Reihe andrer Artikel der „Zukunft" sind nicht geeignet, in die sozialistische Ideenwelt einzuführen. Die „Zukunft" des Herrn Harden steht uns direkt gegensätzlich gegenüber, sie steht in Bezug auf ihre Tendenz, ihren Charakter nicht höher als die „Woche" oder der „Lokal-Anzeiger", sie ist genau so ein parteiloses, d. h. charakterloses, dem Geschäft gewidmetes Unternehmen wie jene Blätter. (Sehr richtig!) Wir haben die Organe dieser sogenannten parteilosen Presse zu bewerten unter dem Gesichtswinkel, auf den schon Lassalle hingewiesen hat, indem er sagte, sie sind Geldschlagemaschinen für den Bourgeois. Er sagte: „Wenn jemand Geld verdienen will, so mag er Kattun fabrizieren oder Tuche oder an der Börse spielen. Aber daß man um schnöden Gewinnstes willen alle Brunnen des Volksgeistes vergifte und dem Volke den geistigen Tod täglich aus tausend Röhren kredenze, — es ist das höchste Verbrechen, daß ich fassen kann." Lassalle hat damit bereits auf die andre Seite dieser parteilosen Presse hingewiesen. In dem Jahrhundert Darwins geht es nicht mehr an, die Masse der Sklaven des Kapitals, die Ausgebeuteten und Enterbten, lediglich durch das Wort des Priesters in der Kirche in geistiger Verdummung zu erhalten. Die parteilose Presse ist das ins

Laiische übersetzte Gegenstück der Kirche. Sie hat genau dieselbe Mission wie die Kirche im Dienste der Bourgeoisie zu erfüllen, nämlich das Klassenbewußtsein des werktätigen Volkes zu vergiften. (Sehr wahr!) Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, ist jene Presse noch viel gefährlicher für unsere Bestrebungen als die Presse bestimmter feindlicher Parteirichtungen. Gegen die Gedankengänge, die der Geistliche im Talar beibringen will, können sich die Massen sehr leicht schützen, der Geistliche steht an bestimmter Stelle und trägt gleichsam die Uniform seines Amtes. Aber die parteilose Presse kommt unter der Maske des falschen Freundes in die Kreise der Arbeiter. Wir erklären es, und die ganze Parteipresse erklärt es wieder und wieder für eine unsrer wichtigsten Aufgaben, die bürgerliche Presse jeder Schattierung, insbesondere die parteilose, aus jedem Arbeiterheim hinauszubringen. Wir rechnen es dem einzelnen Genossen als Schimpf an, wenn er durch sein Abonnement jene Presse unterstützt. Können wir da den schreibenden Genossen die Ausnahmestellung zubilligen, daß sie durch ihre Mitarbeiterschaft die parteilose Presse interessant und pikant machen und dazu beitragen, sie in manche Kreise einzuschmuggeln, wohin sie ohne die Mitarbeiterschaft der Genossen nicht gelangen würde? (Sehr gut!) Auch unter diesem Gesichtspunkt können wir uns nur der Resolution des Parteivorstandes anschließen. Aber es kommt für die Entscheidung in dieser Frage noch ein letzter, zwingender Grund in Betracht. Die Frage der Mitarbeiterschaft von Genossen an bürgerlichen Organen ist eine Frage der Taktik. Sie hängt zusammen mit unsrer Gesamtauffassung, wie wir als Sozialdemokraten zur bürgerlichen Gesellschaft stehen. Es scheint, daß in den Kreisen der Genossen, die die Mitarbeiterschaft befürworten, eine eigenartige Auffassung vorhanden ist über unser Verhältnis zur bürgerlichen Welt überhaupt. Das Ganze läuft im Grunde genommen auf die Frage hinaus: Können wir uns mit der bürgerlichen Welt vertragen, können wir sie durch Ueberredung und gute Manieren zu uns herüberziehen oder müssen wir die bürgerliche Welt überwinden? Das wird ja bei der Frage der Taktik eingehend erörtert werden. Ich will hier nur darauf hinweisen, daß ich die gekennzeichnete Auffassung für irrig halte. Meiner Meinung nach bedingt dies das Wesen des Klassenkampfes, das über unsere Taktik entscheidet. Wenn die gleiche Zeit, die gleiche Kraft, das gleiche Talent, das man aufwendet, um vielleicht mal diesen oder jenen Bourgeois überreden zu können, daß wir nicht so schlimme Gesellen sind, als früher angenommen wurde, wenn man, so sage ich, die gleiche Zeit, die gleiche Kraft, das gleiche Talent auf die Revolutionierung der Massen verwenden würde, so würde man statt anderthalb flauen Genossen aus der Bourgeoisie Hunderttausende von wirklichen Kämpfern gewinnen. (Stürmischer Beifall; Händeklatschen.)

Adolf Hoffmann-Berlin: Nach den Ausführungen von Edmund Fischer und Heinrich Braun müßte man annehmen, daß auf unsrer Tagesordnung stände: Die Sünden von Mehring, Braun und Genossen. Das eigentliche Thema ist vollständig verschoben. Sie sind auf den Kern der Sache nicht eingegangen, und sie können es wirklich dem Parteitag nicht verübeln, wenn er annimmt, man hat die Ausgrabungen aus Mehrings Schriften nur gemacht, um seine eigne Sache zu bemänteln und das, was eigentlich in Frage steht, nicht zum Austrag kommen zu lassen. Es wird kein einziges Mitglied des Parteitages geben, das nicht das, was Mehring früher geschrieben hat, tief bedauert und verurteilt, aber als Sozialdemokraten, die wir doch die Menschen erziehen wollen, dürfen wir nicht einem Sünder, der Buße getan hat, den Weg versperren. Und daß Mehring Buße getan hat, beweist doch wahrlich seine „Geschichte der Sozialdemokratie". Noch weniger können wir sagen: weil Mehring und andre gesündigt haben, deshalb haben auch wir das Recht, für alle Zeit zu sündigen. Es besteht doch ein Unterschied zwischen damals und heute. Unsrer Partei stehen heute eine ganze Reihe von Blättern zur Verfügung. Wir brauchen

heute nicht so zu verfahren, wie früher in diesem oder jenem Fall. Es handelt sich nicht nur um die Mitarbeiterschaft, sondern auch um die Frage, ob ein Genosse Redakteur an einem gegnerischen Blatte sein kann und ob er als solcher berechtigt ist, Ehrenämter in der Partei zu bekleiden. Wir wissen ja, daß Bernhard nicht nur Mitarbeiter der „Zukunft", sondern auch Redakteur der „Berliner Morgenpost" ist. (Bernhard: Handelsredakteur!) Das weiß ich, das hätte ich auch selbst gesagt. Bernhard hat in Berlin versucht, als Redner für die Partei aufzutreten; ich glaube ihm, daß er dazu aufgefordert war, aber umso notwendiger war das Vorgehen des Vorstandes. Wohin soll es denn sonst kommen? Bernhard tritt als Redner auf und bei der Unvernunft eines großen Teiles unsrer Genossen, die leider sehr schnell bei der Hand sind mit der Vergebung von Mandaten, würde er vielleicht bald auch Reichstags-Kandidat, vielleicht sogar Reichstags-Abgeordneter werden und das wäre für die „Morgenpost" ein vorzügliches Geschäft. (Sehr gut!) Die arbeitenden Genossen, die von früh bis spät in Fabrik und Werkstatt zu tun haben, um ihre Familie zu ernähren, agitieren nach Feierabend und des Sonntags für unsre Presse. Sie suchen neue Abonnenten zu gewinnen, aber da wird ihnen entgegengehalten, das ist in Berlin tatsächlich passiert — ich kann die Zeugen dafür beibringen — es handelt sich um Genossen, die an einem Sonntag ein Flugblatt verteilten, und am nächsten Sonntag die Leute zum Abonnement veranlassen wollen, und man sagte: „Die „Morgenpost" ist billiger als der „Vorwärts" und dafür schreiben ja auch Sozialdemokraten wie Göhre u. a., wir haben also nicht nötig, den „Vorwärts" zu halten. (Hört! hört!) Das ist durchaus logisch; wenn ein Redakteur der „Morgenpost", sei es auch nur ein Handelsredakteur, öffentlich für die Sozialdemokratie auftritt, ohne daß die geschäftliche Leitung der „Morgenpost" etwas dagegen hat, so sagt sich die große Masse: das ist ein Beweis dafür, daß die „Morgenpost" der Sozialdemokratie recht freundlich gegenüber steht. Das erschwert unsre Agitation ungeheuer, es erschwert die Verbreitung unsrer Presse, und wenn ein Parteitag das länger duldet, so versündigt er sich an den Arbeitern, die jedes Opfer bringen um für unsre Presse zu agitieren. (Sehr richtig!) Bernhard ist ja hier. Ich begrüße es mit Freuden, daß er auch ein Mandat hat, ich glaube von Breslau-Land. Durch welche Verwandtschaft er es erhalten hat, entzieht sich meiner Kenntnis. (Heiterkeit und Sehr gut!) Berlin hat es abgelehnt, ihn als Delegierten hierher zu entsenden. Gerisch hat gezeigt, wie unsre Parteipresse zugenommen hat, aber wenn die Quertreibereien von dieser Seite in den letzten Jahren nicht gewesen wären, dann hätten wir noch größere Fortschritte gemacht.

Welche Artikel sind es denn, die von der bürgerlichen Presse aufgenommen werden? Ich gebe zu, auch wenn Genosse Bebel sich zu einem solchen Artikel verstehen würde, so würde der Artikel wohl hin und wieder einmal als Reklame aufgenommen werden. Aber im allgemeinen nimmt die bürgerliche Presse vor allem solche Artikel auf, mittels deren man der Sozialdemokratie Knüppel zwischen die Beine werfen kann. Das ist der Kernpunkt. Durch diese Tätigkeit gewisser Auch-Genossen wird uns die Agitation ganz außerordentlich erschwert. Denken Sie mal darüber nach, wieviel Zeit wir in Agitationsversammlungen verschwenden müssen mit der Widerlegung der Verdrehungen, die uns mittels dieser Artikel entgegengehalten werden. Die landrätlichen Kreisblätter schlachten die Artikel nach allen Regeln der Kunst aus, tun ein übriges an Verdrehungen hinzu. Läßt sich mal ein redemutiger Gegner in unseren Versammlungen sehen, was bringen da die Gegner immer zuerst vor? Die Artikel der Genossen Göhre, Heine, v. Vollmar usw. Die werden uns vorgehalten. Und statt daß wir unsre prinzipiellen Ideen, unser Programm, gegenüber dem Gegner vertreten könnten, müssen wir uns mit der Abwehr dieser Artikel beschäftigen. Das schadet uns ungemein. Braun sprach von seinem „tiefen Empfinden". Ich bin auch der

Meinung: wenn wir dieses Vorgehen sehen, dann überkommt einem ein tiefes Empfinden des Ekels (Lebhafte Zustimmung) gegen dies Treiben, mit dem man sich immer wieder beschäftigen muß. Die freien Schriftsteller schreien über Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit, wenn sie sich dem Rahmen des Parteiprogramms einfügen sollen. Wie geht es denn bei diesen Artikeln meist zu? Die Genossen wollen ihre Artikel los werden; weil sie in der Parteipresse vielleicht keinen genügenden Absatz finden, wenden sie sich an die gegnerische Presse. Wenn man dann einen vermögenden Gönner findet, so gründet man eine neue Zeitung. (Sehr gut!) Dann muß dieselbe interessant gemacht werden. Doch davon später. Da holt man nun Liebknecht aus dem Grabe hervor, um uns zu beweisen, daß er auch mal Torheiten gemacht hat. Aber Liebknecht nahm ja nicht in Anspruch, unfehlbar zu sein. Er hat ja den Satz ausgesprochen „Die Dummheiten sind dazu da, daß sie gemacht werden". Aber jetzt scheinen Sie dieselben alle allein machen zu wollen. Wenn Braun doch endlich mal, statt den Fehlern des alten Liebknecht nachzuspüren, etwas von seinem Geist profitieren wollte! Das tut ihm not! Braun sprach von dem Index, der die Konsequenz des Vorstandsantrages sei, und meinte, dann müßte man auch das Lesen gegnerischer Blätter verbieten. Das ist aber doch etwas ganz andres! Bürgerliche Blätter lesen wir zu dem Zwecke, um Material gegen unsre Feinde zu sammeln. Das ist nicht nur unser Recht, sondern unsre Pflicht. Wenn aber Sozialdemokraten für diese Blätter schreiben, dann verwirren sie die große Masse, verwirren sie die unzufriedenen Wähler, die eben zu uns gekommen sind, hindern sie das Vordringen unserer Presse in diese Kreise. Recht kurios fand ich die Souper-Geschichte, die Braun hier erzählt hat. Es wäre von großem Vorteil, wenn er noch nachtragen wollte, was es bei diesem Souper gegeben hat. (Heiterkeit.) In der Provinz werden wir jetzt schon in wenigen Tagen von Soupers lesen, die die Führer abhalten. (Sehr richtig! Unruhe.) Da werden diese Dinge alle aufgeführt werden, die man hier — die Genossin Zetkin sagte ganz richtig: als alter Weiberklatsch — in die Debatte geworfen hat. (Beifall.) Damit werden wir uns lange herumzuschlagen haben. Es ist durchaus berechtigt, davon zu sprechen, wie schnell manche Leute, die zu uns kommen, Führerrollen übernehmen. Ich bin der Meinung, daß es höchste Zeit ist, daß der Parteitag da einmal eine Grenze zieht für die Aufstellung von Reichstags- und anderen Kandidaten. Es ist gar nicht lange her, da hatte sich der Parteitag mit einem Antrage — ich glaube aus Teltow-Beeskow — zu beschäftigen, den der Genosse Zubeil vertrat. Der Antrag verlangte, daß mehr Arbeiter als Kandidaten aufgestellt werden sollten. Der Antrag wurde auf meinen Vorschlag den Wahlkreisen zur Berücksichtigung überwiesen. Leider haben die Wahlkreise ihn sehr wenig berücksichtigt, sondern sie waren nur zu geneigt, alte, verdiente, ein Menschenalter kämpfende Genossen herauszubringen und dafür Doktoren hineinzubringen. (Lebhafter Beifall und Widerspruch bei Heinrich Braun.) Da wird immer gesagt, ich ginge gegen die Akademiker los. Die Akademiker achte ich hoch — Liebknecht war auch einer — die zu uns kommen, um mit uns zu arbeiten, aber nicht, um uns fortwährend Knüppel zwischen die Beine zu werfen und den Kommandeur bei uns zu spielen. (Beifall.) Wenn wir eine Karenzzeit einführten, so würde das gar nichts schaden; sie wäre im Gegenteil sehr am Platze. Es ist Zeit, daß wir diesen Genossen endlich einmal sagen: Wendet Euer Gehirnschmalz doch einmal dazu an, den Gegner zu kritisieren. Dann sollten Sie mal sehen, wie schnell Ihnen die Presse der Gegner verschlossen würde. Aber wenn Sie so fortgesetzt indirekt der Partei am Zeuge flicken. (Zuruf Bernhards: Wer tut das?) Regen Sie (zu Bernhard) sich doch nicht auf, Sie haben am allerwenigsten Ursache dazu: ich erinnere nur an Ihren „Zukunft"-Artikel „Partei-Moral", und da fragen Sie noch, wer das tut? Also nochmals wenden Sie Ihr Gehirnschmalz dazu an, die Gegner zu bekämpfen; wenn Sie das nicht können,

dann ist es besser — ich spreche das ganz offen aus — Sie verschonen uns mit Ihrer Gegenwart. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. Zischen). Merkwürdig war es, was Heinrich Braun von „Spaltung" sprach. Gehen Sie doch mal hin zu den arbeitenden Genossen und fragen Sie mal, wie es mit der „Spaltung" steht! (Große Heiterkeit.) Meinen Sie, daß die Sozialdemokratie sich spalten wird, wenn ein paar Genossen von ihren Rockschößen abgeschüttelt werden? (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Zu solchen Vermutungen kann man nur kommen, wenn man keine Ahnung davon hat, wie man in den Kreisen der Arbeiter denkt, was die große Masse der arbeitenden Bevölkerung, die zu uns stehen, bewegt. Versuchen Sie es doch mal mit der Spaltung und sie werden erleben, daß die Genossen „links schwenkt" machen und Sie als Führer ohne Truppen mit langen Gesichtern davonziehen. (Lebhafter Beifall.)

Stadthagen: Ich bin bis zu einem gewissen Grade mit dem Vorschlage des Parteivorstandes nicht einverstanden, weil mir dieser Vorschlag lange nicht weit genug geht. Aber es kommt hier nicht auf die Gestaltung einer formalistisch unanfechtbaren Form an, sondern auf den Inhalt, der bei gutem Willen unter Parteigenossen schwerlich mißverstanden werden kann. Wenn wir den Vorschlag des Vorstandes akzeptieren, so ist das das allermindeste, was wir im Interesse unsrer Partei verlangen müssen. Die Notwendigkeit, darüber ein klares Wort zu sprechen, ist bewiesen durch die Ausführungen Edmund Fischers und Heinrich Brauns. Nach dem von Pfannkuch verlesenen Schriftwechsel muß man sagen: es giebt wohl innerhalb der bürgerlichen Parteien nirgends ein Schriftstück, das so sehr einen klaren Sachverhalt auf den Kopf zu stellen versucht wie jenes, in dem dem Vorstand vorgeworfen wird, er habe mitten in den Wahlkampf in unerhörter Weise eingegriffen, er habe die Art eines bürgerlichen Ministeriums angenommen, auf die eigentliche Beschwerde nicht zu antworten, und in dem schließlich behauptet wird, die Meinungsfreiheit werde unterbunden. Das ist das Unerhörteste, was man sich denken kann. Dagegen schreibt man für ein Organ wie die „Zukunft", in dem die Partei auf das gehässigste beschimpft wird, ein Organ, das nicht nur für jeden Sozialdemokraten, sondern für jeden anständigen Mann verächtlich ist, ein Organ, das herumlungert auf den Vorhöfen irgend einer Stelle, wo man glaubt, irgend etwas Sensationelles ergattern zu können und das vielleicht auch hin und wieder zu irgend einem Parteigenossen Beziehungen sucht und findet und Abfluß für seine Zusammenraffungen findet. Für ein solches verächtliches Organ aber schreibt man Artikel, die weder als sozialdemokratisch noch als moralisch, sondern als abgrundtief unrein bezeichnet werden müssen. Genosse Bernhard ist ja wohl ein organisierter Genosse, ob Braun es ist, weiß ich nicht. (Zuruf Brauns.) Er sagte, er sei 25 Jahre in der Partei. Ich habe verschiedentlich in denselben Wahlkreisen gewohnt wie er. Dort war er nicht organisiert (Hört! hört!), ob er es jetzt ist, weiß ich nicht. Sie sagen, Sie seien 25 Jahre in der Partei. Sie hätten einmal Untersuchungshaft gehabt (Lachen), ein andermal an einem Souper teilgenommen, das Sie nicht bezahlt haben (Große Heiterkeit), — nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich Sie daran erinnere, daß Sie bezüglich Ihrer Parteitätigkeit in den weitesten Kreisen unbekannt sind, freilich nicht bezüglich Ihrer Person, die man ja sieht, so oft Sie vorgestellt werden. (Große Heiterkeit.) Die „Neue Zeit" hat gegen den Zukunftsartikel das, was gesagt werden mußte, in der liebenswürdigsten, gelindesten Weise gesagt. Wenn diesem Artikel der „Neuen Zeit" gegenüber die Beschwerde von Genossen eingereicht ist, so ist das ein Angriff auf die Meinungsfreiheit, wie er schwerer in der Partei noch nicht vorgekommen ist. Sie machen es wie die Reaktionäre, die, indem sie sagen, sie wollten die Freiheit schützen, die Freiheit unterdrücken. In demselben Augenblick, wo Sie uns verhindern wollen, Ihre Dummheiten, Ihre gegen das Programm, den Takt, gegen den Fortbestand der sozialdemokratischen Parteibewegung verstoßende Handlungsweise niedriger zu hängen, sagen Sie: das darf

in der „Neuen Zeit" nicht gesagt werden, das ist Unterdrückung der Meinungsfreiheit, wir beschweren uns! Wenn der Vorstand dann sagt: „Zu diesem Ergebnis sind wir gekommen", dann kommen Sie mit dem höhnenden, hochfahrenden, überhebenden Ton, der in Ihrer Beschwerde angeschlagen ist. Es ist auch eine von Ihnen selbst gar nicht geglaubte Einrede, wenn Sie sagen, der Vorstandsbeschluß sei gerade mitten in den Wahlkampf hineingekommen. Mitten in den Wahlkampf hinein ist ja Ihre Beschwerde gekommen! Sollte der Vorstand etwa mit der Veröffentlichung so lange warten, bis es Ihnen genehm war? Ich bedaure nur, daß der Vorstand nicht gleich im März auch Ihre Beschwerde veröffentlicht hat. Dann wären verschiedene Wahlkreise vielleicht doch noch andrer Ansicht über die Persönlichkeit ihrer Kandidaten geworden. Auf Ihr böses Gewissen weist auch die Art und Weise Ihrer Verteidigung hin. Hier kommt erst Braun und nachher, ihm lebhaft sekundierend, wenn auch nicht ganz auf demselben Standpunkt, Edmund Fischer, und zeigt, daß Braun vielleicht eine gewisse Fähigkeit hat, nachträgliche Detektivarbeit zu verrichten (Sehr gut!), aber doch so, daß man seinen Mitteilungen gegenüber außerordentlich vorsichtig sein muß. Was seine Beschwerde gegen Mehring anlangt, soweit es Tatsachen sind, so wüßte ich keinen einzigen Genossen, der es verstehen könnte, wie man einem Genossen, der sich so schwer zur sozialdemokratischen Ueberzeugung durchgearbeitet hat, aus seiner früheren Ueberzeugung einen Strick zu drehen versuchen kann. Es ist der Neid auf die geistigen Fähigkeiten des andren, der sie immer und immer wieder zu ihrem Vorgehen gegen Mehring veranlaßt! Es ist auch unwahr, daß Mehring die Sache ins Rollen gebracht habe. Dieselbe Frage ist bereits früher angeschnitten worden in dem Falle des Genossen Bernhard. Es handelte sich damals in Berlin darum, ob Bernhard, der an der „Morgenpost" oder an der „Welt am Montag" Handelsredakteur war und auch für die „Zukunft" schrieb, als Referent von der Agitationskommission verzeichnet werden könne. Die Agitationskommission war einstimmig der Ansicht, daß unmöglich jemand in ihrer Referentenliste verzeichnet werden könne, der an einer feindlichen Zeitung tätig sei, sei es die „Morgenpost", die „Zukunft" oder der „Lokal-Anzeiger" oder die „Woche", die alle unter den Vorstandsbeschluß fallen. Es sind dies alles genau ebenso schmutzige Blätter, die auf die Verdummung der großen Menge hinarbeiten, in ihrer Gesamttendenz parteifeindlich sind und sich hier und da auch einmal einen Sozialdemokraten gegen Geld kapern, damit das Blatt für Manche ein bißchen interessant aussieht. Ist das eine Arbeit, die ein Sozialdemokrat übernehmen darf? Nein, das ist eine Arbeit, die, mit klarem Bewußtsein unternommen, mindestens an Parteiverrat grenzt und die uns unter allen Umständen abhalten muß, einem solchen Genossen einen Vertrauensposten zu geben.

Nun wird gesagt: Was wollt Ihr denn? Seid doch froh, wenn wir in so blödsinnigen Blättern wie in der „Zukunft", in denen so hundsgemeine Artikel gegen die Sozialdemokratie stehen und deren einziger Charakter in der Konsequenz der Reaktion liegt, sozialdemokratische Artikel schreiben; dadurch bekommen nichtsozialdemokratische Leser auch einmal etwas von einem Sozialdemokraten zu lesen. Ich habe Bernhard bereits bei einer früheren Zusammenkunft mehrerer Genossen darauf hingewiesen, daß er sich darin täuscht. Es werden schon Zweifel hervorgerufen durch persönliche Zusammenkünfte etwa zwischen Harden, über dessen Charaktermängel kaum bei einem anständigen Menschen ein Zweifel bestehen kann, und irgend einem Genossen. Es kommt da ein Artikel der „Zukunft" vom 6. Dezember vorigen Jahres in Betracht, der während der Zollkampagne geschrieben worden ist. Ein Mann, der oft sozialdemokratisch gestimmt hat, den ich aber nicht zu den Genossen rechne, weil er nicht organisiert ist, der aber wohl im großen ganzen sozialdemokratische Empfindung hat, sagte zu mir: „Ich habe da neulich Harden in einer Weinkneipe zusammen gesehen mit Vollmar." Ich erwiderte: „Nun, sie werden ein Glas Wein zusammen

getrunken haben." — „Nein, das nicht allein." — Mit Bezug auf den betreffenden Artikel der „Zukunft" fragte mich dann der Mann: „Ist denn bei Ihnen so ein Streit zwischen Bebel und Vollmar?" In dem betreffenden Artikel wurde in der bekannten reaktionären Art gegen unsre Bekämpfung des Zolltarifs vorgegangen. Da heißt es: „Die Hauptschuld trägt der alte Herr Bebel." So war früher immer von dem „alten" Liebknecht die Rede, der nicht mehr zurechnungsfähig sein sollte. Der Artikel fährt fort: „In Lübeck hatte er auf dem Parteitage gesagt, wenn er König wäre, hätte er dem Verfasser des Tarifs mit Fußtritten die Tür gewiesen. Eine hübsche demokratische Auffassung von den zwischen Herrscher und Helfer wünschenswerten Verhältnissen. Später im Reichstag enthüllte er den Orkus, in den er den Entwurf samt dessen Urhebern hinabstoßen würde. Er verhieß einen Volksaufstand und geberdete sich, als müsse die deutsche Welt untergehen, weil der Kornzoll wieder so hoch werden sollte, wie er bis in die Maientage des Caprivismus gewesen war. Auch ein überzeugter Freihändler müßte eine Taktik tadeln, die mit Prophezeiungen und Prahlereien so unvorsichtig vorgeht." Das wird von Bebel gesagt. Gleich darauf kommt die Entschuldigung für Vollmar. „Herr v. Vollmar hat gesagt, seine Partei wolle nur hindern, daß in einem sterbenden Reichstag die Entscheidung über den Zolltarif falle. Nach den Wahlen werde sie, auch wenn die „Volksstimme" für den Tarif gesprochen habe, auf jedes Mittel der Obstruktion verzichten. Selbst dieses verständigste aller vorgebrachten Argumente besticht nur auf den ersten Blick." Der betreffende Herr sagte mir: „Das ist doch ein offenbarer Widerspruch: der eine wird gelobt, der andre getadelt". Ich erwiderte: „Haben Sie denn nicht in den Zeitungen gelesen, daß Vollmar ebenfalls vorgeworfen worden ist, er habe geprahlt, daß dieser Vorwurf sich sonst überall gegen die ganze Sozialdemokratie richtete?" Er meinte trotzdem, er verstände die Sache doch nicht, worauf ich noch hinzufügte: „Glauben Sie doch nicht, daß da irgendwie eingewirkt worden ist; vielleicht, daß Harden etwas hat hören wollen." Hier sehen Sie die Wirkung der Art und Weise, mit der Sie nichtsozialistische Kreise gewinnen zu können glauben. Nein, es werden in solchen Blättern nicht sozialistische Anregungen gegeben, sondern es werden immer nur zwei verschiedene Richtungen, die in der Partei herrschen sollen, gegeneinander ausgespielt. Ich halte es übrigens für die größte Ehre, auf die hundsföttischste, gemeinste Weise angegriffen zu werden von Männern wie Wittkowski-Harden, und ich bedauere, daß es Menschen giebt, die es sich beinahe zur Ehre anrechnen, von solchen Menschen gelobt zu werden. Bezüglich der „Morgenpost" ist gesagt, Bernhard sei dort nur Handels-Redakteur. Glaubt denn Bernhard, wir wüßten nicht, daß die Beziehungen zwischen dem Handels- und dem politischen Teil die allerengsten sind? Sie (zu Bernhard) sind engagiert worden, um diesem Blatte, einer Art zweiten „Lokal-Anzeigers", eine Folie zu geben. Sie sind es nicht allein; eine ganze Reihe von Genossen veröffentlicht dort unter ihrem Namen Artikel. Ich verstehe nicht, wie Sie die Zumutung stellen können, man solle Männer, die an gegnerischen Blättern redaktionelle oder sonstige Stellungen einnehmen, in Vertrauensposten berufen können. (Bebel: Wie soll man Vertrauen zu Ihnen haben!?) Glauben Sie wirklich, daß eine Mehrzahl von Fraktionsgenossen sich finden würde, die solchen Genossen gegenüber vertrauliche Dinge offenbarte: Männern, die in ständiger Fühlung mit der feindlichen Presse stehen? Oder umgekehrt: Glauben Sie, in der konservativen Partei würde jemand als Abgeordneter geduldet werden, der Handelsredakteur oder sonst etwas des „Vorwärts" wäre? Soviel Hochachtung aber die andern Parteien vor sich haben, soviel sollten wir Sozialdemokraten uns allermindestens zutrauen. Es ist geradezu eine Infamie, der Sozialdemokratie zuzutrauen, daß sie mit Redakteuren feindlicher oder der Verdummung dienender Blätter zusammenarbeiten soll.

Braun hat mich durch die Art und Weise seines Vortrags, durch die erregten Entgegnungen auf nicht gefallene Zwischenrufe an die Therese Humbert erinnert. (Heiterkeit.) Ich habe bei ihm nur den Hosenknopf vermißt. (Große Heiterkeit.) Nicht einen Hosenknopf haben Sie zur Erhärtung Ihrer Beschwerden über die Einschränkung der Meinungsfreiheit vorbringen können. Hier soll offenbar unter dem Vorwand, der Meinungsfreiheit eine Gasse zu bahnen, die Meinungsfreiheit in der Partei unterdrückt werden zu Gunsten derer, die sich bürgerlichen Parteien annähern wollen. Das sind diejenigen, die glauben, die Revisionisten zu sein; sie sind aber nur die Genasführten der bürgerlichen Parteien. Genosse Braun sprach von Spaltung, man kann aber „spalten" in verschiedener Art. Seitens der Regierung und eines Teils der bürgerlichen Klassen wird einmal dadurch zu spalten gesucht, daß man nur einer bestimmten besser situierten Klasse von Arbeitern, einem neuen Mittelstand oder auch weiteren Klassen kleine Konzessionen macht. Die Gegner können ferner durch Geld oder Lobeserhebungen Spaltungen versuchen. Wenn die sogenannten „Revisionisten" immer wieder in der bürgerlichen Presse als die geistigen Größen gepriesen, die andren dagegen als ausgesprochene Dummköpfe bezeichnet werden, so ist leider auch einigen Parteigenossen der Rest von Eitelkeit noch nicht so weit geschwunden, daß sie sich dadurch nicht einfangen ließen. (Sehr richtig!) In der „Zukunft" hat Bernhard übrigens nicht nur Artikel über den Handel, sondern auch politische Artikel geschrieben. Bei der „Welt am Montag" war er früher hin und wieder einmal gezwungen, selbst verantwortlich zu zeichnen. So hat er verantwortlich gezeichnet die Nummer vom 14. Oktober 1901, worin es von Virchow heißt: „Wir, die wir mit ihm nach wie vor unerschüttert auf dem Standpunkte stehen, daß nur der Liberalismus im alten, echten Sinne die Welt erlösen kann, wir, die mit ihm die Ueberzeugung von der psychologischen Unmöglichkeit der heute noch herrschenden sozialistischen Erwartungen teilen, wir können seine Stellung wohl verstehen." (Bernhard ruft: Der Artikel ist von Dr. Franz Oppenheimer unterzeichnet!) Ja, Sie haben diesen Artikel des Dr. Oppenheimer verantwortlich vertreten, weil Sie zeichnen mußten aus Anlaß einer Erklärung, die notwendig geworden war wegen eines früheren Artikels, den Sie ebenfalls in der „Welt am Montag" abgelagert hatten und den Ihnen kein sozialdemokratisches Blatt hätte abnehmen dürfen wegen seines rein persönlichen Charakters. Man sieht also, sie kommen früher oder später in die Verlegenheit, entgegen den Parteiprinzipien handeln zu müssen. Sie mußten verantwortlich zeichnen, weil von ihnen in der Nummer eine Erklärung stand, durch die Sie veranlassen wollten, daß Sie angeklagt würden wegen des „Gemeindesumpf"-Artikels. So stimmt es doch? In der „Welt am Montag" standen dann die Artikel von „Hello", d. i. Herr v. Gerlach — ich weiß nicht, wo er jetzt steckt. (Heiterkeit). Erst war er Christlichsozial, wurde dann Nationalsozial, dann beinahe Mitglied der Freisinnigen Vereinigung. (Heiterkeit.) Nun, solche Wandlungen werfe ich niemand vor, aber in diesen Artikeln wurde fortwährend auf eine Reihe von Genossen herumgeschimpft, so auf den Zehngebote-Hoffmann im Gegensatz zu Heine. Heine ist natürlich immer der Kavalier (Heiterkeit), während Hoffmann seine ganze Bedeutung der „volksverblödenden Schundliteratur" verdanken sollte, die in seinem Verlag erscheint. Heine und Bernstein werden in dem Artikel gelobt. Alle anderen sind ganz dumme Kerle. Daß Herr v. Gerlach mich besonders ins Herz geschlossen hat und meint, ich wolle die Meinungsfreiheit wie ein Papst unterdrücken, hat mich sehr gefreut. Ich hätte ein Lob von jener Seite sehr unangenehm empfunden. Hier, in der „Welt am Montag", wurde also immer auseinander gelobt; ich weiß nicht, ob der eine oder andre Artikel von Ihnen geschrieben ist (zu Bernhard), ich traue es Ihnen zu. Wenn aber die Genossen draußen hören, Heine sei mit Bernhard bekannt, so müssen sie sich doch sagen, daß diese Auseinanderlobung ein noch viel bedenk-

licheres Gesicht erhält und daß eine ganze Reihe intimer Dinge durch solche Beziehungen bekannt werden können. Ich habe objektiv dargelegt, weshalb solche Genossen keine Vertrauensstellungen bekleiden dürfen. Viele Wahlkreise würden Bernhard und so weiter den Stuhl vor die Tür gesetzt haben. Aber das verlangt nicht einmal der Parteivorstand. Seine Entscheidung bedeutet das mindeste, das im Interesse einer Vermeidung einer inneren Spaltung erforderlich ist. Solchen Outsiders muß einmal deutlich erklärt werden, daß ihr Benehmen gegen die Parteiehre verstößt. Deshalb bitte ich dringend, diesen Vorstandsbeschluß anzunehmen. (Bravo!) Der heute von Pfannkuch verlesene Brief muß selbst den Vertrauensduseligsten überzeugen, daß jene etwas ganz andres wollen, als was die Sozialdemokratie bisher wollte: Sie sind eins mit der „Zukunft", der „Morgenpost" und was sonst an volksverblödender „Unparteilichkeit" uns gegenübersteht. Sie haben selbst erklärt, daß sie die Moral mit dem doppelten Boden haben; dem dummen Volke gegenüber soll nur so getan werden, als ob wir alles für richtig erachteten — (Zuruf Bernhards) ich nehme an, daß der Artikel so bekannt ist, daß Sie (zu Bernhard) froh sein sollten, wenn ich ihn hier nicht verlese (Zuruf: Verlesen Sie ihn doch wörtlich!), für den einzelnen aber gelte die Jesuitenmoral: der Zweck heiligt das Mittel. Das wird dort in eifrigster Weise als das Wesen der sozialdemokratischen Taktik hingestellt. So etwas wollen und dürfen wir uns nicht gefallen lassen! (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird die Diskussion vertagt.

Singer: Genosse Victor Adler hat zu einer persönlichen Erklärung ums Wort gebeten, da Braun in seinem Vortrag ihn mit Namen erwähnt hat. Wir sind es unsrem lieben Gast schuldig, ihm die Möglichkeit zu geben, das zu erklären, was er für notwendig hält. (Allseitige Zustimmung.)

Victor Adler-Wien: Ich bedauere es außerordentlich, in dieser Diskussion das Wort nehmen zu müssen. Da aber Braun mich aufgerufen hat, so muß ich sprechen, zumal es sich um eine Sache handelt, die in Oesterreich passiert ist. Liebknecht hat wirklich in der „Fackel" eine Reihe Artikel veröffentlicht, die uns unangenehm waren; es handelte sich nicht allein um den Dreyfus-Prozeß, sondern es war auch ein Artikel über die Obstruktion in Deutschland dabei. Aber ich bin es Liebknecht schuldig, die Kraft des gegen ihn erhobenen Vorwurfs abzuschwächen. Eine so schwere Schädigung, wie Braun sie von diesen Artikeln für die österreichische Partei behauptet hat, war es nicht. Die „Fackel" ist einfach eines jener Blätter, wie die „Zukunft", die auf Originalitätshascherei und Sensation basieren und die unter dem Vorgeben, sozialistische Ueberzeugungen in bürgerlichen Kreisen verbreiten zu wollen, tatsächlich ihre Ware unter sozialistischer Marke in Arbeiterkreise und uns nahestehende Kreise zu bringen hoffen. Es haben für die „Fackel" — wir konnten es nicht hindern, es werden uns aber die Vorgänge in Deutschland zur Warnung dienen — österreichische Parteigenossen mit ihrem vollen Namen geschrieben. Liebknecht konnte also meinen, wir hätten gegen dieses Organ keinen Anstand. (Hört! hört!) Man braucht also Liebknecht nicht so schwer damit zu belasten. Ich erlaube mir hinzuzufügen: Wenn selbst ein Mann wie Liebknecht einen Fehler begehen konnte, so ist es wohl nicht notwendig, auf den Schluß hinzuweisen, der sich für mich und für Oesterreich daraus ergibt. Wenn selbst ein Liebknecht fehlen konnte, so scheint mir das kein Argument dafür zu sein, daß eine richtunggebende Regel für die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern nicht aufzustellen sei. (Sehr richtig!)

Singer teilt mit, daß Genosse Jensen aus Kopenhagen, der von der dortigen Gemeindeverwaltung zu den Verhandlungen des Städtetages delegiert war, seine Begrüßung des Parteitages schriftlich fixiert hat, da er Dresden bereits wieder hat verlassen müssen. Außerdem sind wieder eine große Anzahl Begrüßungstelegramme eingegangen, darunter von den Budapester revolutionär-sozialistischen Studenten, von der Leitung der sozialdemokratischen Partei Ungarns, der norwegischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Vertretung der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Littauens. — Schluß der Sitzung 7 Uhr abends.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag den 15. September. — Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um $9\frac{1}{4}$ Uhr und begrüßt den inzwischen erschienenen Genossen Dr. Studer, schweizerischen Nationalrat, Vertreter der Schweizer sozialdemokratischen Partei.

Studer-Schweiz: Parteigenossen! Da Sie bereits mitten in Ihren Verhandlungen stehen, will ich Sie nicht lange aufhalten; aber die herzlichen Grüße und aufrichtigsten Wünsche möchte ich Ihnen im Namen der Schweizer sozialdemokratischen Partei übermitteln. Aus dem Fernbleiben von Schweizer Vertretern von Ihren letzten Parteitagen könnten Sie vielleicht schließen, daß wir in der Schweiz kein Interesse an Ihrer Arbeit nähmen. Um diese Ansicht nicht aufkommen zu lassen, hat mich die schweizerische Parteileitung hierher entsandt, und es freut mich, gerade in Dresden, der Hauptstadt Sachsens, das Sie bei den letzten Reichstagswahlen so glänzend erobert haben, Sie begrüßen zu können. Wir in der Schweiz haben Ihren Wahlkampf mit der größten Spannung verfolgt, als ob es unser eigner Kampf gewesen wäre. Diese Wahlen waren für uns ein hochwichtiges Ereignis, vom internationalen Standpunkt aus. Denn wo haben wir größere Aussicht, daß unsre Forderungen verwirklicht werden können, wo haben wir eine sicherere Friedensgarantie gegenüber dem Militarismus und den enormen Rüstungen, als in den drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen Deutschlands? Ihr Wahlsieg hatte aber auch unmittelbare Bedeutung für unsre Schweizer Genossen. Der Einfluß der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands auf unsre Parteiverhältnisse ist viel größer als auf die andrer Länder. Hat sich doch ein großer Teil der deutschen Arbeiterbewegung auf Schweizer Boden abgespielt und ist doch umgekehrt die Schweizer Arbeiterbewegung in ihren Anfängen ein Teil der deutschen gewesen. In der Schweiz haben hervorragende deutsche Sozialdemokraten gelebt; das Centralorgan hat während der Zeit des Sozialistengesetzes bei uns eine Zuflucht gefunden und der „Sozialdemokrat" ist in vielen tausend Exemplaren über die Grenze nach Deutschland gebracht worden. In der Schweiz macht ja die Sozialdemokratie nur langsam Fortschritte, aber wir wollen in gleichem Schritt und Tritt mit Ihnen als gute Kameraden für die gemeinsamen Ziele kämpfen. (Beifall.) Wir haben erst sieben Abgeordnete, Sie sieben Dutzend, und diese sieben Dutzend werden uns nicht schlafen lassen. Es geht auch bei uns vorwärts und wir werden, wie ich hoffe, immer mehr brauchbare Vertreter der internationalen Sozialdemokratie werden. (Lebhafter Beifall.)

Singer verliest eine Reihe von Glückwunschtelegrammen, u. a. von 20 000 in Brünn bei einer Versammlung für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht versammelten Arbeitern und dem allgemeinen jüdischen Arbeiterbund in Littauen, Polen und Rußland.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erstattet den

Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission

Gruenwaldt-Hamburg: Es sind 320 Teilnehmer am Parteitage vorhanden, darunter 263, die Mandate von Genossen in Händen haben, und 57, die als Reichstags-Abgeordnete, Kontrolleure, Mitglieder der Redaktion des „Vorwärts" und der „Neuen Zeit", kurz auf Grund des Organisationsstatuts das Recht zur Teilnahme haben. Die Genossin Lily Braun läßt sich entschuldigen; sie ist durch Krankheit eines Kindes am Erscheinen vorläufig verhindert. Der Kommission lagen verschiedene Proteste vor. Ein Protest aus Düsseldorf verlangt, daß die Mandate der Genossen Grimpe und Kremser für ungültig erklärt werden. In Düsseldorf sind zwei Strömungen vorhanden; es giebt dort ein lebhaftes Parteigezänk. Der Protest macht geltend, daß die beiden Delegierten in einer Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins gewählt worden seien und nicht in

einer allgemeinen Parteiversammlung, zu der auch die Parteigenossen Zutritt gehabt hätten, die, ohne Mitglieder des Wahlvereins zu sein, doch für die Partei tätig sind und Sammelbons vertreiben. Am 17. August 1902 ist in Düsseldorf beschlossen worden, den Zutritt zu Parteiversammlungen allen denen zu gestatten, die Gelder zu Parteizwecken sammeln oder eine agitatorische Tätigkeit entfalten. Ein späterer Beschluß hat das dahin abgeändert, daß nur organisierte Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins und solche Genossen, die durch den Besitz von Parteibons nachweisen, daß sie zahlende Mitglieder sind, Zutritt zu den Parteiversammlungen haben sollen. Die Mandatsprüfungskommission hat den Düsseldorfer Protest zurückgewiesen. . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Im Interesse der Abkürzung dürfte es sich empfehlen, zuerst über die unangefochtenen Mandate abzustimmen und dann über die Proteste im einzelnen zu verhandeln und abzustimmen.

Damit ist der Parteitag einverstanden.

314 Mandate sind unangefochten.

Sie werden einstimmig für gültig erklärt.

Gruenwaldt-Hamburg: Die Kommission beantragt, die Mandate für Grimpe und Kremser für gültig zu erklären, da sie durchaus richtig zu stande gekommen sind. Die Organisation ist allein maßgebend.

Der Parteitag erklärt hierauf die Düsseldorfer Mandate für gültig.

Gruenwaldt: Ein zweiter Protest liegt aus Posen vor gegen die Wahl des Genossen Gogowski und der Genossin Luxemburg als Delegierte, weil sie in einer Versammlung gewählt worden sind, zu der nicht alle Genossen geladen waren. Die Kommission beantragt, beide Mandate für gültig zu erklären, da es bei den eigenartigen Verhältnissen in Posen nicht möglich war, die Wahl anders zu vollziehen.

Der Parteitag erklärt die beiden Mandate für gültig.

Gruenwaldt: Genossen aus Danzig protestieren gegen die Wahl des Genossen Schwarz, der im Besitze von zwei Mandaten ist, das eine für den Wahlkreis Graudenz-Straßburg, das zweite für den Wahlkreis Thorn. Die Kommission beantragt, das Mandat für Graudenz für ungültig zu erklären, weil es von Leuten herrührt, die zur Ausstellung eines Mandats nicht berechtigt waren. Schwarz erklärt, daß später noch eine Versammlung im Kreise stattgefunden habe und daß dort seine Wahl in ordentlicher Weise vollzogen worden sei. Hierfür fehlt aber noch der Nachweis; wird er erbracht, so könnte später noch das Mandat für Graudenz für gültig erklärt werden. — Das Mandat für Thorn hat die Kommission für gültig erklärt, obgleich auch hier gewisse Bedenken vorlagen.

Der Parteitag erklärt hierauf das Mandat des Genossen Schwarz für Graudenz für ungültig, für Thorn aber für gültig.

Gruenwaldt: Weiter lag ein Protest vor gegen das Mandat der Genossin Jung vom Niederbarnimer Kreise. Die Kommission beantragt, dies Mandat für gültig zu erklären, spricht aber den Wunsch aus, daß die Frauen mehr mit der Organisation der Männer Hand in Hand arbeiten und von dem Rechte, selbständig Delegierte auf den Parteitag zu schicken, nicht in rigoroser Weise Gebrauch machen möchten.

Freywaldt-Niederbarnim: Die Genossen in Niederbarnim haben das Mandat der Genossin Jung angefochten, weil die Art und Weise, wie es zu stande gekommen ist, bisher nicht üblich war. Das Mandat ist nur von einem Bezirksführer unterschrieben und die zusammengestoppelte Versammlung war nicht als Kreisversammlung einberufen. Wenn das in Zukunft so weiter geht, dann können ja aus den 120 Orten unsres Kreises vielleicht 120 weibliche Delegierte hierherkommen. (Heiterkeit.) In Anbetracht der wirklich schwachen Organisation der Frauen in unsrem Kreise will ich mich aber dem Antrage der Kommission anschließen in der Hoffnung, daß in Zukunft solche Proteste nicht mehr nötig sind.

Frau Ihrer: Wir haben nichts andres getan, als daß wir uns auf den Boden der uns durch das Organisationsstatut der Partei verliehenen Rechte gestellt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Ueber diesen Rahmen sind wir nicht hinausgegangen. Die Genossen von Niederbarnim sollen nicht denken, daß die Frauen nur zur Arbeit gut sind, von der Repräsentation aber ausgeschlossen bleiben müßten. Da im Niederbarnimer Kreise keine Frau als Delegierte vorgeschlagen wurde, hatten wir das gute Recht, zu wählen. Was den Besuch der Versammlung betrifft, in der Genossin Jung gewählt wurde, so wird Freywaldt ja wissen, daß die Männer-Versammlungen auch nicht besser besucht sind. Die Anfechtung ist so kleinlich, daß die Kommission ohne weiteres das Mandat für gültig erklärt hat. Ich bitte Sie, das Gleiche zu tun. (Beifall.)

Der Parteitag erklärt das Mandat der Genossin Jung für **gültig.**

Gruenwaldt: Der Kommission war ein Mandat des Genossen Bernhard aus Breslau-Land unterbreitet. Das Mandat ist so zu stande gekommen, daß 21 Unterschriften in Breslau-Land gesammelt worden sind, die der Vertrauensmann abgestempelt hat. Die Motivierung ist beigefügt, daß in Breslau-Land kein Versammlungslokal sei, wo die Wahl hätte vorgenommen werden können. Die Kommission hat festgestellt, daß in Neumarkt im Kreise Breslau-Land eine eigne Organisation der Parteigenossen besteht und daß dort die Versammlung hätte abgehalten werden können. Aber abgesehen davon: Breslau-Land liegt um Breslau herum. (Große Heiterkeit.) Was ich eben gesagt habe, bezweifeln Sie doch nicht. (Erneute Heiterkeit.) Auf dem Lande um Breslau herum haben die Genossen kein Versammlungslokal, während der Wahlzeit gingen sie nach Breslau und hielten dort eine Versammlung ab. Das wäre auch jetzt möglich gewesen, wenn man einen Delegierten nach dem Parteitag schicken wollte. Die Kommission rügt, wie solche Wahlen gemacht werden; sie sieht die Wahl für gemacht, für nicht mit Recht zu stande gekommen an und beantragt das Mandat für ungültig zu erklären.

Löbe-Breslau: Die Anfechtung des Bernhardschen Mandates giebt mir erwünschte Gelegenheit, auch dem Genossen Hoffmann-Berlin zu antworten, der gestern schon auf dieses Mandat angespielt hat. Der Sachverhalt ist folgender: Vor zwei Wochen traf ein Brief an den Genossen Bruhns ein, worin Bernhard sagte: Ich interessiere mich außerordentlich für diesen Parteitag, weil die Mitarbeiterfrage an bürgerlichen Blättern auf ihm erörtert wird. Ich möchte Gelegenheit haben, mich auf dem Parteitage persönlich zu verteidigen. Im zweiten Wahlkreis in Berlin bin ich bei der Delegation mit 113 gegen 130 Stimmen unterlegen. — So etwa lautete der Brief. Genosse Bruhns war im Gefängnis, er konnte dem Verlangen nicht nachkommen und so ging ein Duplikat des Briefes an die Redaktion der „Volkswacht". In Breslau war die Delegiertenwahl bereits gewesen. Da am folgenden Sonntag die Genossen im Landkreise Breslau zusammenkamen, trug ein Mitglied der Redaktion die Sache ihnen vor und fragte sie, ob sie Lust hätten, dem Genossen Bernhard eine Vertretung seiner Angelegenheit vor dem Parteitage zu ermöglichen. Mit der Frage der Mitarbeit haben wir uns nicht beschäftigt. Die Strömungen berührten uns nicht, wir wollten nur Bernhard die Möglichkeit geben, sich zu verteidigen. (Zuruf: Das ist auf jedem Parteitag auch ohne Mandat möglich gewesen.) Die Genossen in Breslau-Land haben eine lose Organisation mit einem Vertrauensmann an der Spitze. Erst kurz vor der Wahl haben die Genossen in Neumarkt einen Wahlverein gegründet, der 70 Mitglieder hat. Uebrigens habe ich eben einen Brief von dem Vertrauensmann aus Neumarkt erhalten, worin es heißt: Hierdurch zur Mitteilung, daß sich noch gestern zirka 50 Genossen mit der Uebergabe des Mandats an Bernhard einverstanden erklärt haben. Gleichzeitig wird der Wunsch an Genossen Bernhard gerichtet, die Einführung einheitlicher Mitgliedskarten zu unterstützen. Ich erkenne das Monitum wegen der Nichtabhaltung einer

Versammlung als richtig an. Das Mandat ist aber auch so auf legalem Wege zu stande gekommen. Wird Bernhard sowieso zu seiner Verteidigung zugelassen, so ist sein Mandat erledigt.

Adolf Hoffmann-Berlin: Löbe hat am besten gegen die Gültigkeit des Bernhardschen Mandats gesprochen. Jedenfalls haben wir alle Ursache, mit dieser Art Mandatsmacherei aufzuräumen. (Lebhafte Zustimmung.) Derartige Mandatsmacherei ist sehr bedenklich, besonders wenn man erklärt, den Genossen Bernhard gar nicht gekannt zu haben.

Edmund Fischer: Derartige Mandate sind im Laufe der letzten Jahre sehr viel ausgegeben worden. Ich habe es immer abgelehnt, jemand ein Mandat zu verschaffen, der erklärte, er wollte auf eigne Kosten zum Parteitag gehen. Ich bin auch einverstanden, daß in Zukunft solche Mandate strikte abgelehnt werden. Wenn Sie aber mit Bernhard anfangen, dann setzen Sie sich mit vollem Recht dem Vorwurf aus, daß Sie aus dem Grunde jetzt so vorgehen, weil es sich um Bernhard handelt. (Lebhafter Widerspruch.)

Singer: Ich muß es zurückweisen, wenn Mitgliedern des Parteitags andere Motive untergeschoben werden, als sie selber anführen. Ich bitte für die Folge derartiges zu unterlassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Löbe-Breslau: Ich wollte noch hinzufügen, daß Bernhard doch nicht so unbekannt war. Er hat in Berlin, in Dresden, in Leipzig als Referent gesprochen.

Wels-Berlin: Die Mandatsprüfungs-Kommission ging von dem Grundsatz aus, daß die Zusammensetzung des Parteitages auch der Würde der Partei entsprechen muß. Genosse Hermann Werner von Berlin II hat mir mitgeteilt, daß Bernhard, als er dort durchgefallen war, erklärt hat: Um ein Mandat zum Parteitag ist mir nicht bange. Das kann ich jederzeit haben! (Lebhafte Rufe: Hört! hört! Bebel ruft: Parteimoral! Große Heiterkeit.) Ja, das ist wirklich eine merkwürdige Parteimoral, sich durch Vetternschaft, Verwandtschaft oder Freundschaft ein Mandat zu verschaffen. (Lebhafte Zustimmung.)

Hoffmann-Berlin: Es handelt sich bei dem Mandat Bernhards doch nicht bloß darum, daß er sich hier verteidigen soll; er hat damit doch auch bei allen andren Fragen Stimmrecht und kann sich an der Debatte beteiligen. Die Genossen von Breslau-Land wissen ja aber gar nicht, welcher Ansicht Bernhard in den strittigen Parteifragen ist. Vielleicht sind sie gegenteiliger Meinung. Dann aber würde der Wille des Wahlkreises verfälscht zum Ausdruck kommen. (Lebhafte Zustimmung.)

Bernhard-Berlin: Ich will nicht für mein Mandat sprechen, sondern nur den persönlichen Vorwurf zurückweisen, daß ich mir durch Vetternschaft, Verwandtschaft oder Freundschaft das Mandat verschafft hätte. Wenn einer in der Partei keine Vetternschaft hat, dann bin ich es. Es wird behauptet, ich hätte gesagt: Ach, ein Mandat, darum ist mir nicht bange. Genosse Wels ist falsch unterrichtet. Ich glaube, er meint folgendes: Ich habe seiner Zeit erklärt, daß ich mich um ein Mandat nach Dresden bewerben würde, daß ich es aber für einen Bruch der Organisation hielte, wenn ich mit diesem Wunsch nicht zunächst an meinen Kreis treten würde. Durch eine unglückliche Verkettung der Umstände konnte das erst in der Parteiversammlung geschehen, in der die Delegierten gewählt wurden. Dort habe ich eine große Minorität auf mich vereinigt und bin nur mit 17 Stimmen Differenz unterlegen. Dann habe ich allerdings geglaubt, daß ich mich um ein Mandat in einem Kreise bewerben könnte, von dem ich annahm, daß er mich meinem Wesen und meinen Schriften nach kannte. (Unruhe.)

Seeger-Leipzig: Bernhard hat in Leipzig nicht in einer Parteiversammlung, sondern in einer öffentlichen Volksversammlung über Krach und Krise gesprochen. Wenn man einmal in einer Volksversammlung gesprochen, hat man nicht die Berechtigung, sich um ein Mandat zu bewerben.

Werner-Berlin II: Wie üblich, haben auch in meinem Kreise die tätigen Genossen eine Vorbesprechung über die Delegation gehabt. Die Vorgeschlagenen wurden dann von der Versammlung auch gewählt. Bernhard hatte keine Aussicht, von den tätigen Genossen gewählt zu werden. Er hat sich an unsern Abgeordneten Fischer gewandt mit der Frage, ob er nicht für den 2. Wahlkreis als Delegierter nach Dresden gehen könne, er sei bereit, die Kosten aus eignen Mitteln zu tragen. (Hört, hört!) Fischer legte uns die Frage vor, wie sich die Genossen dazu stellen würden. Ich erwiderte, die Genossen würden schon aus dem Grunde ablehnen, weil sie es für verwerflich hielten, die Kosten eines Mandats aus eignen Mitteln zu decken. Persönlich hatte ich gegen Bernhard nichts. Wenn er aber gewählt würde, dann würde er mit seinen Anschauungen in Widerspruch zu den Anschauungen der Genossen des zweiten Kreises geraten. Fischer hat Bernhard, wie ich vermute, von dieser Antwort in Kenntnis gesetzt. In der beschließenden Versammlung war keine Kontrolle, wer Parteimitglied ist. Es haben sich nun ein Teil Genossen eingefunden, die Bernhard vorgeschlagen und für ihn gestimmt haben. Er bekam 113 Stimmen, die übrigen Gewählten 170 bis 178. Die geringe Stimmenzahl erklärt sich dadurch, daß die Versammlung bis nach 1 Uhr gedauert hat und die Hälfte der Teilnehmer vor der Abstimmung gegangen war. Auf dem Rückwege erklärte nun Bernhard: Trotzdem ich abgelehnt bin, gehe ich doch zum Parteitag: Ich werde zu Auer gehen. (Hört! hört! und Bewegung.) Im Anschluß daran frage ich Auer: Ist es wahr, daß Auer derartige Mandate vermittelt oder ausstellt? Ich zweifle daran, ich nehme an, daß Bernhard nur renommiert hat. Ich stelle aber die Frage, damit Auer antworten und verhindern kann, daß ein Verdacht auf ihn fällt. Sonst wären wir gezwungen, bestimmte Anträge zu stellen, damit nicht die Mandate an Meistbietende verkauft werden. (Unruhe und Zustimmung.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, den Engler-Freiburg damit begründet, daß die letzten Redner sich über die Gültigkeit des Bernhardschen Mandats gar nicht geäußert hätten, und den Bebel damit bekämpft, daß Auer auf jeden Fall sprechen müsse, wird abgelehnt.

Fischer-Dresden: Ich wollte dem Parteitag nicht vorwerfen, daß er nach dem Motiv entscheiden würde: hier handelt es sich um Bernhard; jedenfalls wollte ich das nicht sagen. Hervorheben wollte ich nur, daß leicht nach außen hin dieser Eindruck entstehen könnte. Das Mandat Bernhards will ich nicht verteidigen, aber ich erkläre, daß Hoffmann schon auf früheren Parteitagen diese Art Mandate zur Sprache gebracht hat und daß diese Mandate dann für gültig erklärt wurden. Man würde staunen, wenn jetzt aus Animosität anders entschieden würde.

Stolpe-Grünberg: Den Sachsen ist am Sonntag gesagt worden, sie wären viel zu gemütlich. Die Schlesier aber trifft dieser Vorwurf in viel höherem Maße, sonst wären sie nicht so freundlich gewesen, auf Befehl von Berlin aus Bernhard das Mandat zu geben. Wenn eine Versammlung stattgefunden hätte, würde Bernhard das Mandat gar nicht erhalten haben. Denn die Genossen hätten sich gefragt: Warum sollen gerade wir Bernhard das Mandat geben? Es ist ja eine alte Sitte und altbekannte Tatsache, daß auf den Parteitagen Genossen, über die verhandelt wird, das Wort anstandslos erteilt wird, auch wenn sie kein Mandat haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Auer: Einen schwarzen Mann müssen wir immer haben. Augenblicklich scheint mir die Rolle zugeteilt zu sein. Jetzt soll ich bereits auch Mandate vermitteln. „Geht hin zum Genossen Auer, der wird Euch schon eins verschaffen!" Das ist eine Redensart, die nicht neu ist, wie manches andre nicht neu ist. Ich kann dieser Anschuldigung gegenüber nur erklären, was ich bei früheren ähnlichen Anlässen schon erklärt habe, daß ich mit Ausnahme eines einzigen Falles innerhalb der nun 24 oder 25 Jahre, wo ich der Parteileitung anzugehören die

Ehre habe, noch nie ein Mandat vermittelt habe. Der einzige Fall, dessen ich mir bewußt bin, war vor einigen Jahren, wo an mich das Ersuchen gestellt wurde, einer Frau Gelegenheit zu geben, auf dem Parteitage zu erscheinen, und wo ich dem Vertrauensmann meines Wahlkreises den Wunsch der betr. Frau mitteilte und es meinen Genossen im Wahlkreise überließ, ob sie dem Wunsch dieser Frau willfahren wollten oder nicht. Und unter der Bedingung, daß die betr. Frau nach dem Parteitag in meinen Wahlkreis, der ja ein hochindustrieller ist und in dem besonders eine große Zahl von Frauen in der Textilindustrie beschäftigt ist, gehen und dort Versammlungen abhalten sollte — worauf sie einging — haben meine Wähler der betr. Frau ein Mandat zum Parteitag ausgestellt. Das ist der einzige Fall in meinem Leben, wo durch meine Vermittelung ein Parteitagsmandat zu stande gekommen ist. In diesem speziellen Fall bin ich besonders überrascht, daß ein derartiges Gerücht entstehen konnte, denn das genaue Gegenteil von dem, was hier Werner als in Berlin verbreitetes Gerücht zum besten gegeben hat, ist die Wahrheit. (Bernhard: Sehr richtig!) Es ist nicht wahr, daß ich direkt oder indirekt oder in einer vielleicht denkbaren Form mich für die Delegation des Genossen Bernhard ausgesprochen habe. Wie ist der Sachverhalt? Ich war in der betreffenden Versammlung des zweiten Berliner Wahlkreises, zu dem ich gehöre, als die Delegiertenwahl vorgenommen wurde. Wie es meine Gewohnheit ist, mich an all diesen Dingen persönlich nicht zu beteiligen, habe ich mich auch in dieser Versammlung neutral verhalten und diese Neutralität soweit durchgeführt, daß ich mich an der Abstimmung gar nicht beteiligt habe. Ich kann offen gestehen, daß ich überrascht war über die große Minorität, die für Bernhard stimmte. Den Genossen Bernhard kannte ich überhaupt nicht, oder doch nicht näher; denn ich war während der letzten Zeit sieben Monate von Berlin abwesend, verhindert durch meinen körperlichen Zustand. Von all den Dingen, die sich in der Zeit abspielten, weiß ich fast so gut wie nichts. Dann kam am andern Tage oder am zweiten Tage darauf Genosse Bernhard zu Auer nach der Kreuzbergstraße. Sie dürfen nicht vergessen, daß die Adresse Auer in der Kreuzbergstraße die Firma ist für den Parteivorstand. Auer ist dort nicht allein und handelt dort nicht allein und als Privatperson, und persönlich kann ich nicht die Verantwortung übernehmen für alles, was dort möglicherweise vorgeht. Aber in diesem Falle kann ich es. Denn die Verhandlungen des Genossen Bernhard fanden nicht mit dem Genossen Auer statt, sondern mit Auer, Gerisch und Pfannkuch, also den drei Vorstandsbeamten, die bis jetzt wenigstens in der Kreuzbergstraße arbeiten. Als in diesen Verhandlungen Genosse Bernhard mit dem Wunsch nach einem Mandat an uns herantrat, war ich es vor allem, der ihm sagte: „Lieber Genosse Bernhard, tun Sie das nicht! (Bernhard: Sehr richtig!) Wenn Sie nach dem Parteitag wollen, gehen Sie hin als Privatperson, als Genosse. Ihrem Zutritt steht nicht das geringste im Wege, und wenn Sie bei bestimmten Gelegenheiten in den Kreis der Diskussion gezogen werden, wenn Ihr Name genannt werden sollte, dann haben Sie das Recht, das Wort zu erbitten, und der Parteitag wird sich nicht einen Augenblick bedenken, Ihnen, wenn Sie angegriffen sind, das Wort zu verstatten. (Sehr richtig!) Ich führte weiter aus: Es ist ganz falsch, wenn Sie versuchen, irgendwo ein Mandat zu erhalten; Sie schädigen dadurch direkt Ihre Position dem Parteitag gegenüber. Denn sowie Sie als Delegierter erscheinen, wird es von gewisser Seite her gegen Sie heißen: „Ach, seht da, der Bernhard hat auch ein Mandat! Ach, nun ja, man weiß, wie solche Mandate zu stande kommen!“ (Bebel: Leider!) Es ist ganz richtig, Genosse Bebel ... (Bebel: In diesem Falle, leider!) Ich bin lange genug in der Partei, um das zu wissen und Du weißt das so gut wie ich. Aber ich lehne den Vorwurf ab, daß ich mich derartig jemals irgendwie vergangen habe. Diesen Rat habe ich Bernhard gegeben; also das gerade Gegen-

teil von dem, was behauptet wurde, ist wahr. Genosse Gerisch hat Bernhard genau dasselbe gesagt; ich glaube, auch Genosse Pfannkuch war anwesend.

So stehen die Dinge. Ich kenne Bernhard weiter gar nicht, wer ist Bernhard? Ich habe die ganze Kanonade gegen ihn als eine Kanonade gegen Spatzen von der ersten Stunde an bezeichnet. Ich halte die ganze Diskussion um den Namen Bernhard für sehr überflüssig. Aber sie ist da; aber nicht als Ausfluß der Bernhardschen Tätigkeit, sondern sie geht aus ganz andren Motiven und Stimmungen hervor (Sehr richtig!), die mir wohl bekannt sind, die mich aber weiter nicht rühren. So sind die Tatsachen. Wenn in Breslau-Land von Berlin aus, wie behauptet wurde, die Delegation von Bernhard angeregt worden ist, dann geschah das jedenfalls nicht von uns. Nicht ein Federstrich ist von uns gemacht worden. Ich kann also auch dies Gerücht wieder in die Rubrik jener Gerüchte einreihen, die durch die ganze Partei gehen und die das Ergebnis einer nun seit Jahren fortgesetzten — um mich kurz auszudrücken — Hetze sind. (Zustimmung.) Ich begegne dieser Hetze ganz ruhig damit, daß ich ehrlich und offen erkläre: Ich habe mit der Sache nichts zu tun. (Beifall.)

Bernhard-Berlin: Ich erkläre, daß sich die Angelegenheit ganz genau so verhält, wie Auer sagt; ich glaube sogar, daß er seine Worte teilweise wörtlich zitiert hat. Wenn ich diesen Rat nicht befolgt habe, so tut mir das jetzt leid, nicht um meinetwillen, sondern weil dadurch Auer gezwungen wurde, sich gegen einen so schmählichen Verdacht zu verteidigen.

Hofmann-Nowawes: Ich möchte Verwahrung dagegen einlegen, daß solche Sachen immer auf das persönliche Gebiet hinübergespielt werden. Es handelt sich hier nicht um die Person Bernhards — er ist uns als Person vollständig Luft —, sondern darum, zu verhindern, daß auf solche Weise Mandate zu stande kommen. Es ist das ein ganz vereinzelt dastehender Fall; daß es anständig ist, auf solche Weise sich ein Mandat zu verschaffen, wage ich zu bezweifeln.

Die Diskussion wird hierauf mit großer Mehrheit geschlossen.

Persönlich bemerkt

Werner-Berlin: Ich habe zu erklären, daß nicht ich oder die Genossen des zweiten Berliner Wahlkreises den Verdacht gegen den Genossen Auer ausgesprochen haben, sondern Genosse Bernhard. Nach der Erklärung Auers werden wir uns zufrieden geben.

Bernhard-Berlin (persönlich): Ich habe zu der Entstehung dieses Verdachts nicht den geringsten Anlaß gegeben. Ich habe gesagt: Ich gehe zu Auer, und ich tat das, um mich bei dem Vorstand zu erkundigen, ob es statthaft ist, eventuell an jemand wegen eines Mandates zu schreiben. (Lachen.)

Das Schlußwort hat

Gruenwaldt: Die Person Bernhards war der Kommission gleichgültig. Die nachträgliche Zustimmung, von der Löbe sprach, kann uns auch nicht ausreichend erscheinen, um das Mandat zu rechtfertigen. Die Kommission ging im übrigen ebenfalls von der Ansicht aus, daß der Parteitag in dieser Sache Bernhard das Wort verstatten werde.

Das Mandat Bernhards wird mit großer Mehrheit für ungültig erklärt.

Singer: Ich will bei der Gelegenheit erklären, daß auch ich es als selbstverständlich betrachte, daß in dieser Diskussion dem Genossen Bernhard das Wort gewährt wird. (Zustimmung.)

Das Mandat des Genossen Huhn-Kassel, gegen das nachträglich Protest eingelegt worden war, weil die Wahl nicht in einer allgemeinen, sondern in einer Vereinsversammlung vorgenommen ist, wird auf Antrag der Kommission für gültig erklärt; desgleichen das inzwischen eingelaufene unangefochtene Mandat des Genossen Dr. Georg Wagner in Hanau.

Weiter einlaufende Mandate sollen der Kommission überwiesen werden.

Darauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein. Die Diskussion über den Punkt „Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Blättern" wird fortgesetzt. Der inzwischen hierzu eingegangene Antrag 120 wird mit zur Debatte gestellt.

Ulrich-Offenbach: Die Frage der Mitarbeiterschaft von Genossen an bürgerlichen Blättern ist nicht neu, wir haben früher von Fall zu Fall dazu Stellung genommen. Diesmal ist die Debatte hervorgerufen durch das, was einige Genossen in gegnerischen Blättern veröffentlicht haben. Man spricht allerdings von einer parteilosen Presse, aber ich halte diese für viel gefährlicher als die gegnerische. (Sehr richtig!) Wenn es sich bloß um ein Literatengezänk handelte, brauchten wir uns nicht damit zu befassen; aber es handelt sich nicht um ein Literatengezänk, sondern um eine Unsitte, die sich herausgebildet hat. (Sehr richtig!) Gestern sind zwei Fragen in die Debatte geworfen. Einmal die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern und zweitens ist schmutzige Wäsche hier gewaschen worden.

Die Frage, ob es möglich ist, daß Genossen an Blättern mitarbeiten, die die Partei verdächtigen und beleidigen, muß ich entschieden verneinen, eine solche Tätigkeit ist gefährlich und korrumpierend. (Sehr wahr!) Man sagt sich, wenn ein solcher Genosse mit seinem Namen ein Blatt verantwortlich zeichnet: Was, der Mann ist Sozialdemokrat und läßt es sich gefallen, daß in dem Blatt, für das er zeichnet, die sozialdemokratischen Prinzipien in so unglaublicher Weise verhöhnt und verlästert werden? (Sehr richtig!) Das ist eine Moral mit doppeltem Boden. Mit Recht wird gesagt, daß damit eine Gesinnungslosigkeit groß gezogen wird, die weder innerhalb der Partei noch nach außen hin einen guten Eindruck machen kann. Gegen diese Art der Betätigung der Parteigenossenschaft müssen wir uns entschieden verwahren.

Was den zweiten Teil der Debatte anlangt, so war er eine Fortsetzung von Diskussionen und Polemiken, die in verschiedenen Partei-Organen während des ganzen abgelaufenen Jahres und schon früher stattgehabt haben. Eigentlich tragen die berufenen Vertreter der Partei mit Schuld daran, daß wir die gestrigen Szenen erlebt haben. Wie aber die Dinge jetzt liegen, müssen wir eine Entscheidung treffen. Ich bedaure es stets, wenn irgend ein junger Akademiker, ein Doktor, den man in der Partei noch gar nicht kennt, irgendwo als Kandidat aufgestellt wird. Das bedeutet einen Mangel an Selbstbewußtsein der Genossen. (Zustimmung.) Jene, die solche Leute aufstellen, kennen vielfach ihren Charakter gar nicht, wissen nicht, ob ihre Vergangenheit Garantien dafür bietet, ob der Mann derjenige ist, für den man ihn gehalten hat. Das, Genossen, ist es, was wir im Auge behalten und wonach wir unsre Entscheidung treffen müssen. Der Parteivorstand sucht den Mißlichkeiten, die sich im Laufe der Jahre herausgebildet haben — denn es ist falsch, daß erst im letzten Jahre solche Zustände hervorgetreten sind — beizukommen durch seinen Ihnen unterbreiteten Vorschlag. Ich glaube nicht, daß dadurch die Mißstände beseitigt werden, ich fürchte, wir werden uns damit noch öfter beschäftigen müssen und hätte deshalb lieber eine schärfere Fassung gewünscht, durch die wirklich das erreicht wird, was der Parteivorstand zu erreichen für notwendig hält. Ich habe mir alle Anträge daraufhin durchgesehen, aber höchstens der Antrag 16 hat vielleicht eine schärfere, präzisere Form. So außerordentlich viel Wert lege ich allerdings nicht darauf, ob wir den Antrag 7 oder den Antrag 16 annehmen. Es kommt darauf an, daß dem Parteivorstand Gelegenheit gegeben wird, das Aufsichtsrecht über die Presse in wirksamer Weise auszuüben. Insofern sollten wir meiner Meinung nach dem Antrag 16 den Vorzug geben. Ich will mich auf die Einzelheiten nicht einlassen, ich will nicht die gestrigen Debatten fortsetzen. Die Soupergeschichte wäre besser nicht erzählt worden. Sie stand gar nicht im Zusammenhang mit der Sache. Warum wirft man solche Dinge in die Oeffentlich-

keit, über die die Gegner allerlei Variationen natürlich nicht unterlassen werden? Unser alter, bewährter Genosse Bebel wird manchmal mit schwerem Undank dafür gelohnt, daß er gewisse Akademiker in die Partei hineinbrachte; wir haben alle Ursache, uns gegen das Eindringen von Leuten zu wehren, deren Charakter wir nicht kennen. (Sehr richtig!)

Man hat scherzweise gesagt, man wolle eine Zeit lang warten mit der Verwendung von Akademikern zu Vertrauensposten. Aber die meisten Parteigenossen warten eben damit nicht, sie nehmen solche Leute zu Kandidaten, weil sie glauben, mit ihnen mehr Stimmen zu bekommen usw. Ich erinnere nur an unsren alten Freund Metzner (Sehr richtig!), der zu den verdienstvollsten der Partei gehört und der während des Sozialistengesetzes mit in der vordersten Reihe gestanden hat. Gegen ihn haben Dinge hinter den Koulissen gespielt, die geradezu unverantwortlich waren. Aehnliches erleben wir häufig in andren Kreisen; (Ruf: Peus!) altbewährte Genossen, die von der Pike auf gedient haben, werden beiseite gesetzt (Bebel: Sehr wahr!) wegen außerordentlich fraglichen Personen, deren Charakter man nicht kennt. Das muß einmal gründlich ausgesprochen werden. Solche Leute können unter Umständen besser reden, als die bewährten Genossen, wenn aber die Sache ernst wird, so stehen sie nicht ihren Mann. Es wird ja unvermeidlich sein, bei der Vizepräsidenten-Frage noch einmal auf die Besetzung der höchsten Vertrauensposten der Partei zurückzukommen. Wir müssen dahin wirken, daß der Parteivorstand die Möglichkeit hat, solche Genossen, deren Charakter unbekannt und schwankend ist, von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Natürlich je größer die Partei wird, desto schwerer wird es sein, alle parteigenössischen Literaten bei uns zu beschäftigen. Dagegen, daß sie sich wo anders ihr Brot suchen, ist nichts einzuwenden, wohl aber dagegen, daß sie in die vordersten Reihen gestellt werden. (Sehr richtig!) Diese Zweiseelen-Theorie ist unmöglich (Sehr wahr!), man kann nicht auf der einen Seite Sozialdemokrat sein, auf der andren Seite ein Blatt verantwortlich zeichnen, das uns angreift. (Sehr richtig!) Offen gesagt, sehe ich das als Gefühlssache an, ich begreife nicht, wie jemand, der Sozialdemokrat sein will, Artikel zeichnen kann, in denen wir angegriffen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Aus Achtung vor sich selbst (Sehr richtig!), aus Taktgefühl (Sehr richtig!) sollte man so etwas unterlassen. Will jemand ein solches Blatt zeichnen, so mag er es tun, aber nicht als Parteigenosse. (Zustimmung.) Es ist gar nicht abzusehen, wohin solche Zustände führen sollen. Wenn die Kontrolleure mit Stimmengleichheit den Ausschluß Bertholds abgelehnt haben, so ist das schon ein Beweis dafür, daß wir es nicht bloß mit einer Taktlosigkeit zu tun haben, sondern daß man das Gefühl hatte, daß hier eine direkte Schädigung der Partei vorlag, gegen die wir uns wehren müssen. (Sehr richtig!) Nehmen wir deshalb den Antrag 16 an, zum mindesten aber die Resolution des Parteivorstandes. Ich glaube ja nicht, daß dadurch die Mißhelligkeiten beseitigt werden, im Gegenteil, wir werden dadurch zu neuen Konflikten kommen, aber immerhin bedeutet diese Resolution doch einen Anfang. Es wird sich ja zeigen, inwieweit dieses Instrument geeignet und brauchbar ist, um Vorgänge wie die Fälle Berthold und Bernhard zu vermeiden. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Quarck-Frankfurt a. M.: Einen wie traurigen Eindruck muß doch die gestrige Debatte auf die Zuhörer gemacht haben! Nach dem Dreimillionensieg hatten wir nichts andres zu tun, als die unglaublichen Ungeschicklichkeiten von Heinrich Braun und andren anzuhören. (Sehr richtig!) Ich unterschreibe noch nicht einmal das, was die Genossin Zetkin, der ich im übrigen beipflichte, über den Sturm im Glase Wasser gesagt hat; nein, es handelt sich nicht einmal um einen Sturm im Glase Wasser, sondern um viel weniger, um eine Berliner Pfütze, möchte ich beinahe sagen. (Zustimmung und Widerspruch.) Die Arbeiter in Mitteldeutschland, in Süddeutschland und Westdeutschland kümmerten sich, soweit ich das übersehen kann, so wenig darum, daß sie die Angelegenheit nicht

einmal der Erörterung in einer einfachen Parteiversammlung für wert hielten (Sehr richtig!), geschweige denn, daß man es für möglich gehalten hätte, daß diese Frage hier in dieser Art den Beginn unsrer Verhandlungen nach dem glänzenden Erfolg vom 16. Juni bilden könnte. (Sehr wahr!) Das Wort vom Literatengezänk trifft mindestens der Form nach zu. Ich möchte sagen, es ist ein elendes Berliner Literatengezänk, dem man aus dem übrigen Deutschland nichts Aehnliches an die Seite stellen kann. Was Kautsky gestern zur Kennzeichnung der Braunschen Polemik gesagt hat, ist ja richtig, aber auch noch nicht scharf genug. Er meint, der Zank erinnere an Majestätsbeleidigungsanzeigen, die feindliche Nachbarn nach Jahren einbringen. Unlautere Absichten will ich dem Genossen nicht vorwerfen, aber die Sache ist schlimmer, sie erinnert an die berüchtigte Polizei-Aufsicht, man geht einem Genossen, der einmal Fehler begangen hat, nach bis in seine ersten Lebensjahre. (Sehr richtig!) Daß man einen solchen Weg einschlägt, hätte ich allerdings nicht für möglich gehalten, gerade von der Seite, von der es geschehen ist. Daß man nicht scharf genug Stellung gegen die Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse nehmen kann, darin sind wir in unsrer großen Mehrheit einig, und daß wir die Analogien mit früheren Fällen auszuschalten haben, ergiebt sich schon daraus, daß wir jetzt unter ganz andren Verhältnissen leben als in jener Zeit. Wenn auf die Mitarbeiterschaft von Kautsky und Liebknecht an bürgerlichen Blättern Bezug genommen wird, so übersieht man, daß damals Ausnahmeverhältnisse bestanden, und man vergißt, daß heute auch die liberale Presse in der Hauptsache nur der journalistische Ausdruck des bürgerlichen Verfalls und der Reaktion ist. (Sehr richtig!) Braun sagte: Wir müssen uns der gegnerischen Presse bedienen, aber wir dürfen ihr nicht dienen. Wenn ich mich aber in den Sold einer gegnerischen Machtorganisation begebe, so bediene ich mich nicht ihrer, sondern ich diene ihr. (Bebel: Sehr richtig!) Deswegen trifft auch der Vergleich mit Reden von Parteigenossen in gegnerischen Versammlungen nicht zu. Was die „Zukunft" anlangt, so begreife ich nicht einmal, wie ein bürgerlicher Liberaler, geschweige denn ein Sozialdemokrat, an diesem Organ mitarbeiten kann. Als Harden die „Zukunft" begründete, bekam auch ich eine Aufforderung zur Mitarbeit. Ich schrieb Harden dem Sinne nach zurück: „So lange Sie Stiefellecker von Bismarck sind, bedanke ich mich für die Mitarbeiterschaft!" (Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.) Ich habe darauf nie eine Antwort von Harden erhalten, auch keine erwartet. (Heiterkeit.) Es läuft bei dieser ganzen Frage auch eine unbegreifliche Ueberschätzung der bürgerlichen Presse mit unter. Wenn Braun seine Meinung, daß die „Frankf. Ztg." das beste deutsche Blatt sei, einmal in einer Frankfurter Parteiversammlung wiederholen wollte, so würde er wohl eine sehr wenig höfliche Antwort bekommen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Auch ich würde kein Bedenken tragen, die „Frankfurter Zeitung" unter uns Journalisten technisch als eine gut organisierte bürgerliche Zeitung zu bezeichnen. Sachlich aber ist die „Frankfurter Zeitung" aufs eifrigste bestrebt, mit einer Verständnislosigkeit sondergleichen das Auseinanderloben der Sozialdemokratie zu betreiben (Sehr richtig!), ganz geschweige von der unsäglich gewöhnlichen Haltung, die die „Frankfurter Zeitung" in den Frankfurter sozialistischen Lokalangelegenheiten einnimmt und auf die Sie auswärts nicht so achten können. Wir in Frankfurt haben es deshalb als einen Schlag ins Gesicht empfunden, daß zur Zeit der belgischen Revolution Vandervelde sich dazu hergab, zwei Feuilletons in der „Frankf. Ztg." über diese Bewegung zu veröffentlichen.

Noch ein Wort über die Frage der Akademiker. Wenn gesagt wird, die Akademiker wollen Karriere machen, so gehören doch dazu zwei: der Akademiker, der sich hinstellen läßt, und die Genossen, die ihn hinstellen. Es muß doch wohl gesagt werden, daß letztere auch vielfach noch einer demokratischen Erziehung bedürftig sind. (Sehr gut!) Wenn ein Sozialdemokrat bei uns anfängt, einzutreten mit Artikeln: „Wie ich Sozialdemokrat wurde" (Sehr gut!) oder wenn er

gleich seine ganze Lebensgeschichte veröffentlicht und mit dieser Prätention zu uns kommt, so ist für mich eigentlich der Fall von vornherein erledigt. (Sehr richtig!) Ein Akademiker, der zu uns kommt, hat sich zunächst ganz still in Reih' und Glied zu stellen und in den schwierigsten Positionen mitzukämpfen. (Bravo!) Hier ist sogar der Parteivorstand von gewissen Unterlassungssünden nicht freizusprechen. Warum giebt er solchen Leuten nicht mehr Gelegenheit zu Arbeitsstellen statt zu Ehrenstellen? Warum fordern die Parteigenossenschaften solche Akademiker nicht auf, allerlei notwendige literarische Parteiarbeiten zu machen? Es machte zum Beispiel einen eigentümlichen Eindruck, wenn Pfannkuch sagte, sie hätten Not gehabt, Manuskript für die Wahlflugblätter zu bekommen. Ei der Tausend! Warum giebt man nicht den Schriftstellern, die zu uns kommen, in dieser Richtung zu arbeiten? (Heiterkeit und Sehr gut!) Warum hat man, nachdem der Parteitag in München vorbereitende Arbeiten gewünscht hat, nicht z. B. einen Genossen sämtliche Kommunal-Programme unsrer Parteigenossenschaften in ganz Deutschland zusammenstellen lassen? Mit Arbeiten über die Agrarfrage stehts ebenso. Die Art und Weise, wie der Vorstand die Sache erledigen will, gefällt mir allerdings auch nicht. Diese Kautschukparagraphen, die er formuliert hat, sind vor dem demokratischen Prinzip absolut nicht haltbar. Es ist zu dehnbar, was „gehässige und hämische Kritik" ist. Bei der Formulierung dieser Paragraphen scheint dem Vorstande die bewährte Kraft des Genossen Auer gefehlt zu haben. Wenn Pfannkuch mit einem gewissen Stolz den Brief Calwers erwähnt hat, so frage ich doch: Hat etwa Calwer damit den Vorstand ein wenig frozzeln wollen? (Heiterkeit.) Der Partei-Schriftsteller muß sich also beim Vorstande das Plazet dafür holen, daß seine Mitarbeit am „Arbeitsmarkt" nicht anstößig ist! Damit befindet man sich auf einem abschüssigen Wege; man gelangt damit tatsächlich zu einer Art Inquisition und einer Index-Liste. Uebrigens stehe ich den Jastrowschen Unternehmungen gar nicht so gegenüber wie der Parteivorstand; ich halte diese Zuckerwasser-Sozialpolitik für eine gefährliche Geschichte, für eine Entmannung und Verweichlichung unsrer Gewerkschaftsbewegung. Mir scheint der Antrag Berlin II weit den Vorzug zu verdienen vor dem Antrag Bremen und vor der Resolution des Parteivorstandes. Warum hat man sich übrigens in Berlin beschränkt zu sagen: Der Genosse kann nicht länger Referent sein? Warum haben die Genossen ihn nicht vor ihr Forum gefordert und die Sache gleich dort erledigt? Dann hätten wir den ganzen Knatsch hier in Dresden nicht gehabt; es wäre dann höchstens eine Beschwerde übrig geblieben. Der neu eingegangene Antrag, der eine zweijährige Karenzzeit für Akademiker fordert, ist ja direkter Unsinn; aber der Parteivorstand hat mit seinen Kautschukbestimmungen bis zu einem gewissen Grade dazu mit Anlaß gegeben. Die ganze Frage ist eine Frage des demokratischen Instinkts — der von uns nicht von oben herab gepflegt werden kann, sondern von unten herauf. Aufgerichtete neue Gesetzestafeln haben nur einen vorübergehenden Erfolg und verwirren nur die Sache. Stärken Sie die demokratische Bewegung von unten, indem Sie ihr nach dem Antrag Berlin II die erste Entscheidung in Zweifelsfällen geben.

Zubeil-Berlin: Genosse Quarck sprach von einer Berliner Pfütze. Er wird aber doch wissen, daß diese Frage nicht eine Berliner Frage ist, es handelt sich nicht um Bernhard und Braun, sondern um ein Symptom, um eine Strömung, die seit Jahren schon darauf ausgeht, die Partei von dem traditionellen, revolutionären Boden, auf dem sie ihre großen Erfolge errungen hat, abzubringen, sie zu einer bürgerlichen Reformpartei zu machen. (Sehr wahr!) Es ist unsre Pflicht, rechtzeitig unsre Stimme zu erheben und die Gefahr abzuwenden, bevor es zu spät ist. (Sehr richtig!) Daß es sich nicht nur um eine Berliner Pfütze handelt, beweisen die vielen aus den verschiedensten Teilen Deutschlands gestellten Anträge. Die Antragsteller waten doch nicht alle in der Berliner Pfütze herum. (Heiterkeit.) Wenn Quarck die Annahme des Antrags Berlin II empfiehlt, so beweist er damit, daß

er die Entstehungsgeschichte des Antrags nicht kennt. (Sehr richtig!) Dieser Antrag müßte in Wirklichkeit Antrag Bernhard heißen. (Sehr wahr!) Wenn der Antrag Berlin II angenommen würde, so würde damit der Boden für das geschaffen sein, was wir in erster Linie bekämpfen. (Sehr richtig!) Es kommt dabei nur auf den Einfluß an, den bestimmte Parteigenossen in einer Organisation haben. Deshalb muß der Antrag aufs äußerste bekämpft werden. Die Parteigenossen Berlins sind weit entfernt, die Meinungsfreiheit beschränken zu wollen. Es kommt nur darauf an, auf welchem Platze man die Meinungsfreiheit für sich in Anspruch nimmt. In welche Aufregung ist doch Edmund Fischer sowohl in seinem „Armen Teufel" als gestern hier über den Genossen Mehring geraten! In der „Münchner Post" erschien im vorigen Jahre ein Artikel über den Münchner Parteitag; in diesem Artikel kam die „Neue Zeit" sehr schlecht weg, sie wurde außerordentlich heruntergerissen. Nur mit der Mitarbeit Mehrings an der „Neuen Zeit" wurde eine Ausnahme gemacht (Hört! hört!), es wurde gesagt, seine Artikel machten die „Neue Zeit" schmackhaft. Das schrieb die „Münchner Post", an der die hervorragendsten Genossen mitarbeiten und der auch Vollmar nicht fern steht. Im vorigen Jahre war die Vergangenheit Mehrings vergessen, ich kann nicht annehmen, daß Vollmar seine Vergangenheit nicht kannte. Eigenartig ist es, daß Dr. Braun Mehring in die Partei bringt und sich dann hierher stellt und sagt, er habe ihn nicht gekannt. Auf Vollmar dürfte das doch nicht zutreffen. Ich erinnere ferner daran, daß gerade Vollmar es war, der Mehring das beste Material für seine Geschichte der Sozialdemokratie geliefert hat. Da kommt man doch unwillkürlich auf den Gedanken, daß, wenn Mehring der von uns bekämpften Richtung angehörte, niemand den Spaten genommen hätte, um das auszugraben, was vor 25 Jahren geschehen ist. (Sehr richtig!) Braun giebt an, seit 25 Jahren Parteigenosse zu sein, er muß also auch wissen, daß den Berliner Genossen die Vergangenheit von Mehring bekannt war.

Noch eine Richtigstellung gegenüber Edmund Fischer über die Fraktionssitzung, die sich mit Leuß beschäftigte. Es ist nicht richtig, daß diese Frage von Heine angeschnitten wurde (Ruf: Hat Fischer auch nicht gesagt!), sondern es war Meister, dem erst in der Diskussion Heine und andre beitraten.

Bernhard hätte seinen Artikel in der „Zukunft" statt „Parteimoral" lieber „Sozialdemokratische Jesuitenmoral" überschreiben sollen, dann wäre der Artikel besser gekennzeichnet gewesen. Man muß sich wundern, daß ein Genosse, der in der Bewegung noch nichts geleistet hat, den Mut finden kann, über die Moral der Partei zu schreiben, ein Genosse, der selbst, wie vorher ganz deutlich bewiesen wurde, nicht die geringste Moral im Leibe hat. Bernhard hat den Artikel in Berliner Versammlungen als unschuldig hingestellt. Wenn er ein bißchen Objektivität hätte, so hätte er in dem Flugblatt, das er uns gestern unterbreitet: Dr. Franz Mehring, der Zitierkünstler, doch auch seinen Artikel mit abdrucken sollen. (Sehr gut!) So aber ist sein ganzer Artikel nur eine ausgiebige Verteidigung des Redakteurs Harden. (Bebel: Sehr richtig!) Dann würden die Delegierten des Parteitages heute vielleicht noch ein andres Verdikt fällen (Bebel: Sehr gut!), als wie in Unkenntnis des Artikels heute oder morgen gefällt werden wird.

Dr. Heinrich Braun tat so entrüstet über den Ukas des Parteivorstandes, der in so „schmählicher" Weise mitten in den Wahlkampf hineingefallen sei. Ich frage die Delegierten aus allen Kreisen, ob dieser Ukas ihnen auch nur die geringsten Schwierigkeiten in der Agitation bereitet hat. Wenn uns nicht ganz andre Knüppel zwischen die Beine geworfen worden wären, so wäre der Wahlkampf ein leichterer gewesen. (Heinrich Braun ruft: Es ist unwahr, daß ich die Erklärung „schmählich" genannt habe.) Ihre Mitarbeit an der bürgerlichen Presse (zu Braun) und Ihre nicht allein war es, die uns im Wahlkampf draußen das Leben so sauer gemacht hat. (Sehr richtig!) Und wenn nicht Einhalt geschieht, so wird

das in Zukunft noch schlimmer werden. Ich beneide Dr. Heinrich Braun nicht, wenn derselbe, durch die Landratspresse gezwungen, seinen Wählern das genossene Menu wird vorführen müssen. Endlich ist die Auffassung Brauns, es sei ganz dasselbe, ob ich in gegnerischen Versammlungen spreche, oder für 10 oder 20000 Leser in gegnerischen Zeitungen schreibe. Man muß sich darüber wundern, daß ein 25 Jahre in der Partei tätig sein wollender Genosse (Heiterkeit) solche Ausführungen machen kann. In gegnerischen Versammlungen gehen wir doch nur dann, wenn wir, wie in ländlichen Bezirken, keine Säle erhalten, dann wird versucht, in gegnerische Versammlungen zu gehen und dort Propaganda für unsre Ideen zu machen. Genosse Braun, glauben Sie, daß Sie durch die Artikel, die auch Sie in der „Zukunft" ablegen, auch nur einen Gegner zu uns ziehen? Der einzige Erfolg ist, daß solche Artikel von der Landratspresse abgedruckt werden, um zu zeigen, wes Geistes Kinder bei uns führende Rollen einnehmen. Dadurch wird uns der Kampf nur erschwert. (Sehr richtig!) Deshalb dürfen wir nicht pflaumenweiche Resolutionen fassen, sondern müssen deutlich zeigen, daß für die, die sich nicht unterordnen können, kein Platz bei uns ist. (Sehr richtig!) Es ist schon gesagt, daß es für einen Teil der Genossen nicht darauf ankommt, was sie getan haben für die Partei, sondern ob sie den Doktortitel besitzen oder wenigstens Schriftsteller sind. Ist das der Fall, dann können sie schon nach kurzer Zeit die höchsten Ehrenstellen in der Partei erhalten. (Sehr richtig!) Dem muß ein Ende gemacht werden. Ein großes Teil Schuld daran tragen die Parteigenossen der Kreise selbst und auch ein wenig der Verlag des Vorwärts, betreffend Verlegung von Broschüren der kaum in die Partei geschneiten Schriftsteller und Doktoren.

Singer: Wir können jetzt nicht über die Buchhandlung Vorwärts sprechen. Das gehört zu Punkt IV der Tagesordnung.

Zubeil (fortfahrend): Dann wird die Frage später erörtert werden. Quarck wies darauf hin, man könnte die Genossen, die aus bürgerlichen Kreisen zu uns kommen, zunächst mit Abfassen von Flugblättern beschäftigen. Aber dann könnten wir es erleben, daß wir Flugblätter erhalten, in denen die Existenz Gottes nachgewiesen wird. (Sehr gut!) Nein, es bleibt nur ein Weg übrig: die Genossen in die Reihen der tätigen Genossen zu stellen, sie zu prüfen. Laßt Euch nicht bestechen durch einige schöne Artikel, sondern prüft, ob die Genossen auch würdig sind. (Zustimmung.) Heute stößt man die Schuster, Schneider und Tischler ab, und die Folge ist, daß das, was aufgebaut ist, wieder umgestoßen wird und daß wir von vorn anfangen müssen. Die Resolution des Vorstandes beseitigt den jetzigen Zustand nicht, es muß gründliche Arbeit verrichtet werden, damit uns in Zukunft unsre Zeit nicht wieder durch solche Debatten fortgenommen wird. Deshalb stehe ich auf dem Boden der Bremer Resolution. Es ist ein sonderbares Symptom, daß die Gegenseite, mit Ausnahme von Dr. Heinrich Braun, sich ausschweigt. (Zuruf: Kommt noch! Edmund Fischer!) Edmund Fischer stand nicht ganz auf dem Boden Brauns, er sprach aus dem Gefühl heraus, aber das muß gesagt werden: Kein Redner, der von unten herauf gedient hat, könnte so ungeschickt sein wie Dr. Heinrich Braun in seinen gestrigen Ausführungen. (Zustimmung.) Ich kann Sie nur bitten, die Bremer Resolution anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Bernhard-Berlin: Kautsky hat es so dargestellt, als ob es die hergelaufenen Akademiker wären, die in einemfort die Partei dadurch in Verwirrung bringen, daß sie in ihren Ueberzeugungen noch nicht recht fest sind. Würde ich Gewicht darauf legen, so würde ich bestreiten, daß ich den Namen eines Akademikers führen darf, ich könnte mich Ihnen ja als langjährigen Handlungsgehilfen vorstellen. Aber ich nehme diesen Vorwurf gern hin. Dagegen muß ich mich gegen einen andren Vorwurf verwahren; ich komme nicht aus einer andren Partei zu Euch, sondern es sind Leute hier, die bezeugen können, daß

ich seit langen Jahren auf dem Boden der Partei stehe, daß ich niemals einer andren Partei angehört habe und seit einigen Jahren als organisierter Genosse meine Pflicht in vollem Umfange erfüllt habe. (Ruf: Um so schlimmer!) Ich will mich durchaus nicht in irgend einer Weise hervortun, ich habe auch den niedrigsten Parteidienst nicht gescheut und werde das auch ferner tun. Ich bin genau so wie jeder andre mit Flugblättern Trepp auf, Trepp ab gelaufen, ich habe im Wahlkampf als Stellvertreter des Bezirksführers genau so gearbeitet wie jeder andre.

Auf die Sache selbst übergehend, möchte ich zunächst mit Bezug auf den Artikel über Parteimoral eine Erklärung abgeben, die Ihnen auch sagen wird, weshalb ich darauf verzichtet habe, diesen Artikel im Abdruck dem Parteitag vorzulegen. Das, was ich darin sagen wollte, ist weit entfernt von dem, was herausgelesen ist, und ich sage ganz offen: Der Artikel muß wohl sehr ungeschickt gewesen sein, wenn man so etwas herauslesen konnte. Deshalb erkläre ich rund heraus, daß ich jetzt auf dem Standpunkt stehe, der Artikel wäre besser nicht geschrieben worden, ich werde einen solchen Artikel nicht wieder schreiben. (Bravo! und Gelächter.) Hoffentlich kommt man mir nun nicht wieder mit diesem Artikel. Im übrigen, Genosse Bebel, glaube ich nicht, daß Ihnen jemals auf einer Agitation der Artikel vorgehalten ist. (Bebel: Nein, nein!) Denn darin hat Auer recht: Wer ist denn Bernhard? Er ist einer von den vielen Soldaten, einer, den man vielleicht in Berlin kennt, der aber sonst ganz unbekannt ist. Diesen Artikel hat man uns in der Agitation nicht zwischen die Beine geworfen. Bei einigem guten Willen wäre es wohl möglich gewesen, sowohl über meinen Artikel als auch über die Frage der Beteiligung von Sozialdemokraten an bürgerlichen Preßorganen etwas ruhiger zu diskutieren, denn wer den Artikel liest, der weiß, daß es sich darum handelte, Angriffe gegen die Partei abzuwehren. (Lachen.) Man mag das ja lächerlich finden, aber den guten Willen hatte ich, und deshalb wäre wohl eine loyalere Auffassung am Platze. Ich lasse mir gern jede scharfe Zurückweisung gefallen, aber das eine kann ich, weil ich so lange der Partei angehöre, verlangen, daß man mir gegenüber so verfährt, daß man den Artikel wenigstens so wiedergiebt, daß die Genossen sich auch ein Bild darüber machen können. Das ist ja das Gefährliche bei der Kritik in unserer Presse. Unsre Leser können in der Regel die Gegenschriften nicht lesen. Handelt es sich nun um von Parteigenossen geschriebene Bücher oder Artikel, so sollte man bei der Kritik wenigstens auch diejenigen Stellen mit abdrucken, die entlastend für den Verfasser wirken können. Aber wie gesagt: den Artikel gebe ich heute aufrichtig und gern preis, und ich freue mich, das hier offen erklären zu können. Nach der Kritik von Mehring in der „Neuen Zeit" schrieb ich eine kurze Erklärung, in der ich mich lediglich gegen die falsche Darstellung wandte, die man meinem Artikel gab. Ich tat das einmal, weil ich in eine Polemik über die Frage der Parteimoral mit Mehring nicht eintreten wollte, dann aber auch, weil ich es für ganz unangebracht hielt, daß ich als junger Genosse jetzt im Wahlkampfe eine Sache aufrührte, deren Tragweite ich nicht genau vorher abschätzen konnte. Deshalb warf ich die prinzipielle Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern nicht auf. Nun erschien in derselben Nummer der „Neuen Zeit", in der die Entgegnung von mir stand, der Artikel von Kautsky; und da wurde mir erst klar, daß aus meinem Artikel eine Haupt- und Staatsaktion gemacht werden sollte. Wenn ich darauf nicht erwiderte, so geschah es mit Rücksicht auf die Wahl. Ich habe mich deshalb auch nicht beschwert, weil ich mir sagte: geht die Sache bis zum Parteitag nicht zu Ende, so wirst du dich eben auf dem Parteitag verteidigen müssen. Ich bleibe dabei: es ist aus diesem einen Fall eine Haupt- und Staatsaktion künstlich gemacht worden. Jetzt tut man freilich so, als ob die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern schon lange in Arbeiterkreisen als eine brennende empfunden worden wäre. Wenn Genosse

Ulrich zum Beweis dafür die Tatsache anführt, daß viele Kreise sich mit der Materie beschäftigt haben, so vergißt er, daß sie sich erst nach der Erklärung des Vorstandes damit beschäftigten. Ich habe bisher stets gefunden, daß gerade die Arbeiter dieser Frage so gegenüberstehen, daß sie eine Entscheidung von Fall zu Fall wünschen, und die Arbeiter sind doch sicher nicht diejenigen, die im gegebenen Fall nicht scharf zugreifen würden.

Als ich mich seiner Zeit organisieren ließ, wandte ich mich an den Vorsitzenden meines Wahlkreises; ich sagte ihm: „Ich bin Redakteur der „Morgenpost" und beabsichtige, mich organisieren zu lassen, um meine Zugehörigkeit zur Partei auch äußerlich zu dokumentieren. Finden Sie etwas dabei?" Er erwiderte: „Absolut nichts. Wenn sonst nichts gegen Ihre Person vorliegt, so können Sie in einem bürgerlichen Geschäft arbeiten wie jeder andre auch, vorausgesetzt, daß Sie nicht gegen das Interesse der Partei schreiben." (Ledebour: In welchem Wahlkreise war das?) Im dritten Berliner Wahlkreise! Der betreffende Genosse hat sich, wie ich erst später erfahren habe, sehr genau nach meiner Person erkundigt, und ich nehme an, er hat nichts Nachteiliges über mich gehört, da er mich in den Wahlverein aufnahm. Nun hat Stadthagen den Fall der Agitationskommission dargestellt in einer Weise, die den Eindruck erwecken könnte, als ob ich von der überwiegenden Mehrzahl der Arbeiter als Agitator einfach abgelehnt wäre. So liegt die Sache nicht, die Darstellung von Stadthagen ist nicht erschöpfend. Vor etwa zwei Jahren bekam ich von der Agitationskommission die gedruckte Anfrage, ob ich bereit sei, in Parteiversammlungen zu sprechen, es sei beabsichtigt, eine Referentenliste herauszugeben. Ich habe es mir sehr überlegt, ob ich zusagen sollte, ich habe es getan aus der Erwägung heraus, daß man sonst sagen würde: Aha! das ist solch fauler Kantonist, sowie er Farbe bekennen soll, ist er nicht Sozialdemokrat! Also, ich schrieb zu und nun wurde mir eines Tages mitgeteilt, daß die Kommission mich nicht auf die Rednerliste setzen wolle. Ich sagte mir: dann muß ich aus der Organisation austreten, denn ich kann unmöglich organisierter Genosse sein und mir so etwas gefallen lassen. Ich wandte mich an meine Organisation mit dem Ersuchen, zu entscheiden, ob ich vollberechtigter Genosse bin oder nicht. Es fand eine erweiterte Vorstandssitzung statt und nach langen Beratungen wurde gegen eine Stimme entschieden, daß meine journalistische Betätigung kein Grund sei, mich nicht als vollberechtigten Genossen anzuerkennen. (Bebel: Welcher Vorstand?) Der des dritten Wahlkreises. (Stadthagen: Aber nicht die Agitationskommission!) Nein, die Agitationskommission blieb bei ihrem Beschluß. Die Sache hatte aber für mich keine praktische Bedeutung, denn ich wurde nach wie vor aufgefordert, zu referieren, und deshalb sagte ich mir: Wenn Du nicht in der Liste stehst, ersparst Du es Dir, jeden Sonntag in die Nachbarschaft von Berlin fahren zu müssen, um zu reden. Ich habe deshalb nichts dagegen unternommen. Wie sich der Wahlvereins-Vorstand dazu verhalten hat, weiß ich nicht. Einige Zeit darauf verzog ich in den zweiten Wahlkreis und trat in den betreffenden Wahlverein über. Nun erschien in diesem Jahre der Beschluß des Vorstandes, der mich ja wieder zum Genossen 2. Klasse erklärte, oder — um nicht persönlich zu werden — (Bebel: Das war nicht persönlich!) also, der alle Genossen in meiner Lage als Genossen 2. Klasse hinstellt. Der Beschluß war unnötig; der Fall Berthold zeigt ja, daß solche Fälle auch so schon zur Sprache gebracht werden konnten. Ich will mich übrigens mit Berthold nicht identifizieren; es ist gar keine Frage, daß ein Genosse so nicht handeln darf. Ich hielt den Vorstandsbeschluß aber auch für schädlich, weil er gerade vor den Wahlen erschien; ich habe auch aus demselben Grunde keine Schritte dagegen getan.

Trotz allem Vorgefallenen bin ich aber dann doch während des Wahlkampfes wochenlang Tag für Tag in Berlin und Umgebung auf Agitation ge-

wesen; auch aus Dresden hat man mehreremal an mich telegraphiert, daß ich reden solle, und Genosse Walfisch hat mich autorisiert zu erklären, daß er dabei im Auftrage des hiesigen Wahlkomitees gehandelt hat. Auch die Genossen Zubeil und Stadthagen haben sich diese Agitation in ihren Wahlkreisen ruhig gefallen lassen. (Heiterkeit. Zubeil: Daran bin ich unschuldig!) Ja, aber wenn ich wirklich ein Mensch bin, der die Partei unterminiert, dann hätten Sie dagegen protestieren müssen.

Daß ich gegen den Artikel der „Leipziger Volkszeitung" diesen Ton angeschlagen habe, lag daran, daß der Verfasser dieses Artikels Franz Mehring ist. Ich hätte doch gewünscht, daß man zu scharfen Angriffen auf Ehre und Moral von Parteigenossen jemand anders verwandt hätte als den Genossen Mehring. Es ist ja richtig, Mehring hat sich zu diesen Artikeln nicht gedrängt, sondern ist von Kautsky beauftragt worden. Um so schlimmer! Nun hat es gestern Kautsky so dargestellt, als ob jemand Mehring das Recht, in der Partei zu wirken, irgendwie hätte streitig machen wollen. Das glaube ich nicht, und ich wäre der letzte, der das wollte. Es ist aber etwas andres, ob jemand sich im allgemeinen schriftstellerisch äußert, oder ob er für die Partei das moralische Wort zu führen, über Moral zu urteilen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn ich nicht befugt war, über Moral zu reden, dann war es Genosse Mehring sicher tausendmal weniger als ich. (Sehr richtig!) In der Verteidigung Mehrings durch Kautsky ist die Tatsache doch zu kurz weggekommen, daß Mehring sich zweimal gewandelt hat. Zunächst ließ er 1875 eine Broschüre erscheinen, vorsichtigerweise anonym, die den Titel hat: „Herr v. Treitschke, der Sozialistentöter". In dieser Broschüre spricht er in einem fort „wir Sozialdemokraten" und im Namen der sozialdemokratischen Partei. 1876 erfolgten die Verhandlungen wegen der „Neuen Welt" und 1877, also ein Jahr später, erschien dann die neue Broschüre. Genosse Mehring ist übrigens gar nicht berechtigt, gerade über die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern zu schreiben, da er noch im Sommer 1891 an Harden einen Brief schrieb, in dem er ihn bat, Schoenlank Mitarbeit an bürgerlichen Blättern zu verschaffen, weil die sozialdemokratische Presse so schlecht bezahle! (Hört! hört!) Gerade Mehring darf meines Erachtens nicht gegen mich schreiben, weil der Charakter dieses Mannes, wie er in allen seinen früheren Artikeln gegen unsere Partei hervortritt, sich stets gleich geblieben ist. Am 11. September 1892 hat Mehring an Harden eine Karte gerichtet, dessen Original ich gesehen habe. In dieser Karte heißt es: „Sollten Sie einmal eine besondere Abrechnung mit Schoenlank für angemessen oder notwendig halten, so wenden Sie sich nur vertrauensvoll an mich. Ich weiß diesen Lümmel schon zahm zu machen." (Hört! hört! Lebhafte Bewegung. Zurufe: Wo haben Sie das her?) Wo ich das her habe, kann Ihnen egal sein. Ich habe sehr lange geschwankt, ob ich von diesen Dingen Gebrauch machen solle oder nicht. Ich befinde mich aber hier in meiner Verteidigung. (Sehr richtig!) Die allerschwersten Vorwürfe sind gegen mich erhoben worden und werden wohl nachher weiter erhoben werden, und deshalb halte ich es jetzt für meine Pflicht, alles das zu sagen, was ich für notwendig halte. (Lebhafte Zustimmung; Unruhe.) Und dazu gehört diese Briefangelegenheit. Das war 1892, kurz bevor Mehring in die Redaktion der „Neuen Zeit" eintrat; oder war er damals schon in sie eingetreten, ich weiß den Zeitpunkt nicht genau. (Bebel: Mitarbeiter für die „Neue Zeit" schon seit 1888.) Das ist ja sehr interessant. (Zurufe: Was ist denn gesagt worden?) Genosse Bebel teilt mit, daß Mehring schon seit 1888 für die „Neue Zeit" geschrieben habe (Hört! hört!), also zu einer Zeit, wo er noch Korrespondent der „Saale-Zeitung" war! (Zuruf: Schöner Genosse!) Der unwahre Charakter Mehrings ist sich ganz gleich geblieben; dafür hat auch der eine Reihe von Beweisen, der nicht zufällig im Besitz dieser Briefe ist.

In der „Leipziger Volkszeitung" steht zunächst in Mehrings Erklärung, er habe eine Schrift gegen uns veröffentlicht. Das ist unwahr. Braun hat schon auf die „Gartenlauben"-Artikel hingewiesen, die 1879 und 1880 erschienen. Aber nicht nur das, sondern 1882 erschien die Schrift gegen Stöcker, in der ungefähr gesagt wird, die sozialpolitische Gesetzgebung würde noch im Dornröschenschlaf liegen, wenn nicht der geniale Staatsmann Bismarck sie aufgeweckt hätte. (Hört! hört!) Damals war also der „Stiefellecker" Bismarcks jemand anders, als der Mann, dem Mehring das jetzt vorwirft. Mehring behauptet, er sei infolge der Anwendung des Sozialistengesetzes andrer Meinung geworden. In der „Gartenlaube" von 1879 findet sich in einem Artikel Mehrings folgende Stelle:

„Die geistigen Waffen der Sozialdemokratie waren die alten . . . . . , cynischer fast noch denn früher war die Sprache ihrer Redner und Zeitungen . . . . . , es war, als ob sie die Geduld der Nation auf die äußerste und letzte Probe stellen wollten . . . . . , treffend, wenn auch hart, sagte der Fürst Bismarck im Reichstage, daß jede Existenz ihren Wert verliere, wenn sie in solcher Weise unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen leben solle.

Auch die fortschrittliche Presse scheint sich allmählich in die für sie anscheinend sehr unbequeme Tatsache zu finden, daß das (Sozialisten-)Gesetz da ist, um ausgeführt zu werden und nicht bloß die Gesetzsammlung um einige Makulaturblätter zu bereichern."

(Hört! hört!) Und dieser Mann stellt sich hin und schreibt in der „Leipziger Volkszeitung": die Anwendung des Sozialistengesetzes habe ihn zu einer andren Meinung gebracht! In der „Gartenlaube" von 1880 schrieb Mehring:

„Unter den unermeßlich reichen Gaben, mit welchen das unvergleichliche Jahr 1870 unser Vaterland begnadete, war nicht die geringste die gänzliche Zerschmetterung der deutschen Sozialdemokratie — nicht die geringste, aber leider die am wenigsten beachtete. Statt die letzten Keime des Uebels besonnen und vorsichtig auszurotten, ließ man sie ungestört sich erholen und wieder in üppiges Unkraut schießen."

(Hört! hört!) Daß Mehring im „Kapital und Presse" sagt, daß er erst 1889 Chefredakteur der „Volks-Zeitung" geworden sei, während er jetzt so tut, als ob er schon 1885, vor dem Verbot der „Volks-Zeitung", die Chefredaktion gehabt hat, mag ein Gedächtnisfehler sein, auf den ich weiter kein Gewicht lege. Ich will hier einschieben, daß ich mit meiner Erklärung gegen Mehring nicht Harden verteidigen wollte; das hat er nicht nötig, das kann er selbst. Ich wollte nur zeigen, daß man auch anders zitieren kann und daß die Sache dann ein andres Gesicht hat. Mehring stellt es jetzt weiter so dar, als habe er Harden von vornherein „richtig eingeschätzt" und die Mitarbeiterschaft an der „Zukunft" abgelehnt. Schon der — von Mehring nicht widerlegte — Artikel der „Zukunft" vom 4. März 1899 ergiebt, daß das falsch ist. Danach hat z. B. Mehring im September 1892 an Harden geschrieben: „Das Bedenken, das ich gegen meine Mitarbeiterschaft hatte, habe ich Ihnen ganz offen angegeben; es war mein böser Ruf in der bürgerlichen Welt, an die sich die „Zukunft" doch wendet. Abgesehen von diesem Bedenken war ich bereit und gern bereit. Sie brachen aber, ebenso wie im Frühjahr, aus mir völlig unbekannten Gründen den persönlichen Verkehr ab." (Hört! hört!) Dann weiter: „Was meine Mitarbeiterschaft an der „Zukunft" betrifft, so bin ich mir bisher nicht klar, ob Ihre Aufforderung von persönlicher Freundschaft und Höflichkeit oder von einem redaktionellen Bedürfnis diktiert war. Da Sie wochenlang nicht einmal eine halbe Stunde für mich übrig hatten, um event. über Thema, Umfang usw. eines von mir zu liefernden Beitrages zu sprechen, so neigte

sich meine Vermutung zu dem ersten Teil jener Alternative, und Ihre freundlichen Zeilen von gestern haben mich vollends darin bestärkt. Ich wünsche Ihnen herzlich den besten Erfolg, danke Ihnen für Ihre freundliche Aufforderung und hoffe im übrigen, daß Sie endlich einmal von meiner Freundschaft für Sie sich überzeugen mögen." (Hört! hört!)

Nun liegt die Sache so, daß schon 1891 die Apostata-Artikel Hardens erschienen, in denen in der schärfsten Weise für Bismarck Partei ergriffen wurde und in denen auch schon in der deutlichsten Form die Lust Hardens hervorgetreten war, unsre Partei anzuulken, in einer nach meiner Ansicht ganz ungehörigen Weise. Zum Beispiel befindet sich darunter der Artikel „Erfurt und Nicäa", in dem der Erfurter Parteitag mit dem Konzil zu Nicäa verglichen wurde. Diese Tatsachen mache ich Mehring an sich nicht zum Vorwurf, was ich ihm vorwerfe, ist, daß er sich heute noch aufs Lügen verlegt, und ich bitte Sie, seine Angriffe gegen mich auch danach zu bewerten. (Sehr gut!) Es handelt sich hier nicht um olle Kamellen, sondern er ist sich darin immer gleich geblieben. Und wenn die Genossin Zetkin gestern mit flammender Begeisterung sagte, die Wunderkraft des Sozialistengesetzes habe sich an Mehring bewährt, und man solle seine von diesem heiligen sozialistischen Geist durchtränkten neuen Bücher lesen, so habe ich wirklich lächeln müssen, denn meine Animosität gegen Mehring rührt weniger aus dem her, was er früher getan hat, als aus der Schrift, die er für die Sozialdemokratie geschrieben hat, und zwar deshalb, weil der Mann, der jetzt über Takt und Moral reden will, so taktlos war, einzelne Stellen aus seiner alten Schrift fast wörtlich in die neue zu übernehmen, indem er nur ein Wort änderte, zum Beispiel aus „wahr" „unwahr" machte. (Hört! hört!) Daher rührt ja der ganze neuere Haß gegen die „Zukunft", weil in einem darin veröffentlichten Artikel, den ich, wenn ich Berthold wäre, nicht verantwortlich gezeichnet hätte, der Beweis hierfür geliefert ist. Ich führe einige Stellen an. Mehring spricht von der Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten.

Da heißt es in der alten Schrift:

„Positiv blieb es nach wie vor eine und dieselbe Rede, wer immer und worüber er sie hielt; in dieser tötenden Gleichförmigkeit spielt sich treffend das geistige Leben des Zukunftsstaates."

In der neuen Schrift heißt es:

„Es ist nicht wahr, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten immer nur die eine „sozialdemokratische Rede" gehalten hätten. (Hört! hört! und Bewegung.) Ohne nach den zweifelhaften Lorbeern parlamentarischer Geschwätzigkeit zu trachten, sprachen sie einfach und klar und sachlich über jede Frage, bei der sie zum Worte kamen". (Hört! hört!)

So speit sich Mehring selbst mit diesen Dingen ins Gesicht.

Ueber den Hochverratsprozeß heißt es in der alten Schrift:

„Hepner faselte wie ein dummer Junge."

In der neuen Darstellung heißt es:

„Hepner begnügte sich, mit gutem Takte durch drastischen Witz die gegen ihn gerichtete Anklage zu verspotten." (Hört! hört!)

Ueber die Verhaftung des Redakteurs Dentler heißt es in der alten Schrift:

„Wenige Wochen später wurde dieser Agitationscoup wiederholt bei der Bestattung Dentlers, eines Strohredakteurs des Berliner Parteiorgans. Er befand sich in den letzten Stadien der Schwindsucht, als man ihn auf den verantwortlichen Posten stellte und die Auer, Most, Rackow, welche tatsächlich die „Berliner Freie Presse" leiteten, ihr Lügen- und Verleumdungssystem auf das Konto des todkranken Mannes fortsetzten. Entweder blieb er ungeschoren mit Rücksicht auf seinen körperlichen Zustand, — und dann war dem Preß- und Strafgesetz die schönste Nase gedreht, oder er wurde verfolgt wegen der Vergehen, für welche sein Name haftete, dann war ein neuer Märtyrer geschaffen.

Polizei und Staatsanwalt entschieden sich für den minder humanen Weg; Dentler wurde verhaftet und starb im Gefängnislazarett, noch ehe die Untersuchung gegen ihn geschlossen war. Wieder geleiteten ihn Tausende zur Gruft, aber immer glückte diese Demonstration nicht in gewünschtem Maße. Die Beteiligung der Arbeiter selber war viel geringer als in den früheren Fällen; auch in ihren Kreisen brach sich endlich eine lebhafte Entrüstung Bahn gegen die namenlose Frivolität dieses Demagogentums."

Wie heißt es nun in der späteren Schrift:

„In ähnlich feierlicher Weise (wie Heinsch) wurde am 28. April 1878 Paul Dentler bestattet, ein Redakteur der „Berliner Freien Presse", der, gleichfalls im hohen Grade schwindsüchtig, in der Untersuchungshaft gestorben war, obgleich der Gefängnisarzt seine Freilassung beantragt hatte. Ein Heer, das seine gefallenen Kämpfer so zu ehren wußte, war nicht zu foppen, wie etwa die biedere Bourgeoisie: so viel begriffen Bismarck und die mit ihm auf die Plünderung der Massen sannen." (Hört! hört!)

Man kann ihm auch aus andren Schriften ganz ähnliche Sachen nachweisen, die in der neuen Bearbeitung der Geschichte der Sozialdemokratie ganz anders dargestellt werden.

In der Schrift gegen Herrn Stöcker aus 1882 findet sich folgende Stelle:

„Der tiefe und weise Sinn unsrer Städte-Ordnung, die, wie Fürst Bismarck einmal im Reichstage sehr treffend sagte, den besseren Kommunards als unbewußtes Ideal vorschwebte, hat tausendfältige Frucht getragen und trägt sie noch heute."

In der neuen Darstellung heißt es:

„Bismarck trug dem Reichstage die verblüffende Entdeckung vor, der berechtigte Kern der Pariser Kommune sei die Sehnsucht nach der preußischen Städte-Ordnung gewesen, dieser verhunzten Parodie auf unabhängige Verwaltung der Gemeinden. (Hört! hört!) Der Bebelschen Antwort glaubte die hohe Versammlung die unbändige Heiterkeit spenden zu sollen, welche sie dem skurrilen Einfalle Bismarcks versagt hatte." (Hört! hört!)

So liegt also die Sache in Bezug auf die Erklärung, die ich damals abzugeben genötigt war.

Nun zur Resolution des Parteivorstandes. Ich habe die Zitate aus der „Zukunft" deshalb verteilen lassen, um zu zeigen, daß jemand, der dies Blatt regelmäßig liest, sich nicht ohne weiteres an der Hand des Parteivorstandsbeschlusses darüber schlüssig werden kann, ob er daran mitarbeiten darf oder nicht. Ich gestehe offen, daß ich von dem Artikel von Joest in der „Zukunft" erst durch die Diskussion in der Parteipresse erfahren habe, aber dieser Artikel ist bereits vor 10 Jahren geschrieben und er rührt nicht von Harden, sondern von einem Mitarbeiter her. An der „Zukunft" aber arbeiten Leute der verschiedensten Richtungen mit, auch auswärtige Genossen wie Ferri und Vandervelde. Ich glaube also, daß die Fassung der Worte: „gehässige oder hämische Kritik" in der Resolution des Vorstandes eine unglückliche ist. Bebel ist übrigens im Irrtum, wenn er meint, an der wissenschaftlichen Beilage zur „Vossischen Zeitung" könnten Parteigenossen mitarbeiten, denn die „Voss. Ztg." hat ja auch oft dumme und hämische Bemerkungen über die Sozialdemokratie gebracht. (Bebel: Ja, dumme!) Durch diesen Zuruf beweist Bebel, daß es eine Art von „Angriffen" giebt, über die man einfach lacht, und als in der „Zukunft" die Geschichte von dem „alten Herrn Bebel" stand, da habe auch ich darüber gelacht und gesagt: Wie kann man nur so dummes Zeug schreiben! Bisher war es nicht verboten, an der „Zukunft" mitzuarbeiten, und mein politischer Takt hat mir allerdings in meinem Fall nicht ohne weiteres gesagt, daß ich keine handelspolitischen Artikel mehr für die „Zukunft" schreiben soll; und das ist der Kern der Sache. Denn dieser ein-

zige Artikel, der nun meine Entgleisung darstellt, ist der einzige seiner Art. (Zuruf: Gerade genug!) Sonst habe ich lediglich handelspolitische Artikel geschrieben.

Viel wichtiger aber ist der zweite Teil der Resolution, denn dadurch werden die Genossen in solche erster und zweiter Klasse geteilt. Nun würde ich dagegen garnichts haben, wenn mir zum Beispiel vom Parteivorstand gesagt würde: Es wird nicht gern gesehen, wenn Genossen in dieser Stellung das und das tun. Ich hätte dann natürlich nicht einen Moment gezögert, so lange ich die Position, in der ich mich befinde, nicht ändern kann, zu sagen: „Ich bleibe ein guter Genosse, ziehe mich aber zurück." Aber alle Genossen, die mit mir in gleicher Lage sind, als solche hinzustellen, die keine Vertrauensstellungen bekleiden dürfen, das halte ich für eine Deklassierung dieser Genossen. Was ist denn eine Vertrauensstellung? Ich habe in der Partei bisher noch keine Vertrauensstellungen innegehabt, oder will man etwa einen Referenten ohne weiteres als einen Vertrauensmann bezeichnen? (Zuruf: Jawohl!) Nun, dann mache ich auf die Erklärung von Pfannkuch aufmerksam, daß ein großer Referentenmangel, namentlich zur Wahlzeit, besteht. Dieser Mangel wird doch noch größer, wenn einer Anzahl von Genossen das Referieren von vornherein abgeschnitten wird. Ich habe von der Partei niemals etwas gefordert, sondern lediglich aus reiner Hingabe an die Ideale, denen ich seit frühen Tagen anhänge, mich der Partei gewidmet. Nun mag man ja sagen: was ich tat, war in dem und dem Fall nicht richtig, aber ich glaube doch, daß ich kein allgemeines Verdammungsurteil verdiene. Genosse Quarck sagt, es giebt zwei Arten von Akademikern, die einen stellen sich hin und die andern werden hingestellt. Nun, dann gehöre ich zu denen, die hingestellt sind. Der Leipziger Genosse sagt, ich hätte in einer öffentlichen Versammlung über Krach und Krisis gesprochen. Ich bin dazu aufgefordert worden, und was ist denn eigentlich für ein Unterschied zwischen einer Parteiversammlung und einer öffentlichen, von Sozialdemokraten veranstalteten, in der ich in meiner Eigenschaft als Sozialdemokrat zu referieren aufgefordert werde? (Bebel: Das Referieren konnte man Ihnen nicht verbieten!) Verbieten nicht, aber glauben Sie mir, Genosse Bebel, Ihrem Rat wäre ich bei der Verehrung, die ich für Sie hege, gefolgt. Im Wahlkampf wurde ich aufgefordert, zu reden, und ich sagte mir, wenn ich ablehne, so verstoße ich gegen die Interessen der Partei. (Zustimmung.)

Nun ist gesagt, die Leute, die unter den zweiten Absatz der Resolution des Vorstandes fallen, sind eigentlich noch viel schlimmer als die, die unter den ersten Satz fallen, denn diejenigen, die für Zeitschriften schreiben, in denen die Partei gehässig oder hämisch angegriffen wird, können wir ohne weiteres ausschließen, die andren können wir nicht ausschließen, wir können ihnen aber keine Vertrauensposten übertragen, weil sie sonst früher oder später in Konflikt mit sich und der Partei kommen. Geht man konsequent vor, so darf man einem Arbeiter in Staatswerkstätten oder in Werken mit ganz besonders scharfer Kontrolle nicht raten, sich zu organisieren (Lebhafter Widerspruch), denn in dem Moment, wo das herauskommt, würde er in Konflikt mit sich und der Partei resp. der Gewerkschaft geraten. (Erneuter Widerspruch.) Man warte doch ab, bis ein Konflikt entsteht! Hat man einen solchen Konflikt in meinem Artikel gesehen, so war es recht, mich dafür zur Verantwortung zu ziehen, aber ein- für allemal anzunehmen, daß die Betreffenden den Konflikt zum Schaden der Partei lösen würden, das ist ein Vorwurf, der sich gegen alle die Genossen richtet, die sich schriftstellerisch außerhalb der Parteipresse betätigen. Gewiß, wir haben eine reich entwickelte Presse, aber vergessen wir doch eines nicht! In dieser Presse bleibt für schriftstellerische Betätigung deshalb nicht viel Platz, weil wir ja leider infolge unsrer Verhältnisse so und soviel Leute als Redakteure anstellen müssen, um für sie Posten zu schaffen. Das ist nicht mehr als recht und billig, aber dadurch wird die Zahl der Stellen sehr eingeschränkt. Wenn etwas noch im stande ist, die Furcht, sich in der sozial-

demokratischen Presse zu betätigen, zu vermehren, so ist es gerade das diktatorische Verhalten Mehrings in der Presse. Wir wissen doch alle, daß, kaum nachdem der Wechsel in der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" stattgefunden hatte — ich weiß nicht einmal, ob in diesem Falle Mehring daran beteiligt war — Calwer, der die wirtschaftlichen Berichte schrieb, auf Knall und Fall entlassen wurde und daß meines Wissens noch ein andrer Parteigenosse seine Mitarbeit verlor.

Das sind doch Sachen, die man auch beleuchten müßte. Wenn man verlangt, daß alle Schriftsteller sich in der Partei betätigen sollen, so sollte man doch auch dafür sorgen, daß die Verhältnisse so sind, daß sie sich nicht zu fürchten brauchen. Ich habe mich in meinem Spezialgebiet, der Handelspolitik, dem Dienste der Parteipresse niemals versagt, wenn sie an mich herangetreten ist. Ich habe in der „Leipziger Volkszeitung", aufgefordert noch durch Briefe vom Juli 1902 — der letzte ist vom 21. Juli 1902 —, zwei, drei oder vier Artikel veröffentlicht über die Bankkatastrophen und alle diese Dinge, soweit sie die Arbeiterschaft interessierten. Wenn die Arbeiterschaft ein Interesse hatte an solchen Fragen, so habe ich mich dem Verlangen, mich in den Dienst der Partei zu stellen, stets genau ebenso gefügt, wie wenn man an mich herangetreten ist, um mich zu Agitationen aufzufordern, denn ich glaubte, nicht widersprechen zu dürfen im Interesse der Partei, der ich angehöre. (Beifall.)

Darauf wird die Diskussion vertagt.

Singer teilt mit, daß die Dresdener Genossen den Parteitag für Donnerstag zu einer Dampferfahrt eingeladen haben.

Timm glaubt, daß man auf Grund der Geschäftslage dieser Einladung nicht werde folgen können. Nachdem man bis jetzt schon $1^1/_2$ Tage über die Interessen einzelner Personen gesprochen habe, könne man es nicht verantworten, wenn die rein proletarischen Interessen zu kurz kommen sollten.

Sindermann-Dresden: Das Dresdener Parteikomitee glaubte, daß es nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen nicht notwendig sein werde, so viel Worte zu machen für nichts und wieder nichts und daß eine Dampferpartie am Donnerstag weit angenehmer sein würde als solche Debatten. (Heiterkeit.)

Bebel: Diese Debatten haben allerdings einen Umfang angenommen, der nicht vorauszusehen war. Wir könnten es danach vor uns selbst und vor der Partei nicht verantworten, am Donnerstag einen ganzen Tag zu opfern. (Sehr richtig!) So sehr ich die Fürsorge der Dresdener Genossen anerkenne und nach diesen Tagen schwerer Arbeit auch einmal einen Tag der Ruhe und Erholung für wünschenswert halte, so halte ich es doch für unmöglich, diesem Wunsche zu willfahren. Möglicherweise könnten wir ja am Donnerstagnachmittag einen Ausflug in die Umgebung machen.

Singer: Auch ich hatte von Anfang an Bedenken gegen die Dampferfahrt am Donnerstag. Andrerseits haben die Dresdener Genossen die Dampferfahrt bereits fix und fertig arrangiert, und ich sagte mir, man könnte die verlorene Zeit eventuell durch eine Abendsitzung ersetzen. Vielleicht könnten wir die Dampferpartie auch am Sonntag oder Sonnabendnachmittag machen.

Peus schlägt vor, lieber heute abend auf den beabsichtigten Kommers zu verzichten und heute nachmittag länger zu tagen.

Bebel wendet sich dagegen und weist darauf hin, daß nach dem Parteitag noch eine preußische Landtagswahl-Konferenz stattfinden solle. Auf dieser müsse man sich vor allem auch über die Folgen unsrer Taktik klar werden, um vollbewußt und klar in den Kampf hineingehen zu können. Diese Konferenz werde möglicherweise nicht so rasch verlaufen wie die erste.

Auf Vorschlag Singers wird die definitive Entscheidung über diese Dispositionen verschoben.

Schluß $1^1/_4$ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Zahlreiche Begrüßungsschreiben sind eingelaufen, darunter von den versammelten Parteigenossen in Wien und vom Landesausschuß der deutschen und französischen Genossen der Schweiz.

Es ist noch nachträglich eine Mandatsprüfung vorzunehmen, worüber **Grunenwaldt**-Hamburg referiert: Es hat sich nachträglich herausgestellt, daß aus Mülhausen im Elsaß zwei Mandate vorliegen. Es besteht dort ein Parteistreit, eine Anzahl Mitglieder sind ausgeschlossen worden aus dem Wahlverein. Diese Einzelmitglieder haben sich nun zusammengetan, einen Vorsitzenden und Schriftführer zu diesem Zwecke gemacht und ein Mandat für Nußbaumer ausgestellt als Vertreter „einzelner Parteigenossen und der Wähler Mülhausens". Der wirkliche Delegierte der Mülhauser Genossen ist der Genosse Emmel, der die Mandatsliste geprüft und uns auf den Fall aufmerksam gemacht hat. Die Kommission beantragt, das Mülhauser Mandat Nußbaumers für ungültig zu erklären und es abzuerkennen.

Nußbaumer-Mülhausen: So wie die Verhältnisse in Mülhausen liegen, ist mein Erscheinen hier unmöglich. Es ist für uns nicht nur nicht möglich, ein Mandat von dem organisierten Arbeiterwahlverein zu erhalten, es ist uns auch unmöglich, in Mülhausen irgendwie an die Oeffentlichkeit zu treten. Wir sind durch zu radikales Vorgehen hinausgetrieben worden. Nicht einmal bezahlte Inserate haben die Herren Diktatoren aufgenommen.

Emmel-Mülhausen: Nußbaumer hat sich freiwillig außerhalb der Organisation gestellt. Was wir gezwungen waren auszuschließen, das waren die Reste der Protestler: Dahinter stehen Bueb und Hickel. Dagegen waren Radikalmittel notwendig. Ich konnte es nicht ruhig hingehen lassen, daß diese Einzelmitglieder hier für den Parteitag ein Mandat ausstellten. (Sehr richtig!)

Der Parteitag erklärt das Mandat Nußbaumers für ungültig.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Beratung steht

die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern.

Die Diskussion wird fortgesetzt.

Eingelaufen ist noch Antrag 128.

Bebel: Heute am Schlusse der Vormittags-Sitzung haben zwei Redner wieder ihrem Mißmut Ausdruck gegeben, daß der Parteitag genötigt sei, mit einer Sache, die nach ihrer Meinung eine höchst unbedeutende, die Partei kaum interessierende ist, diese seine kostbare Zeit totzuschlagen. Aehnliche Stimmen sind gestern und heute aus dem Munde einer Anzahl Redner laut geworden. Mehrfach, nicht nur einmal hat es gestern geheißen, es handle sich nur um ein elendes Literatengezänk, es sei eine Berliner Pfütze, die hier gewissermaßen aufgedüscht werden solle, es handle sich um Dinge, die die Gesamtpartei eigentlich nur wenig oder gar nichts angehen und es sei deshalb gar nicht nötig gewesen, Verhandlungen von solcher Dauer und solchem Umfange hier eintreten zu lassen. Genossen! Ich begreife Ihre Gefühle vollkommen, ich begreife, daß Sie während gewisser Momente dieser Verhandlungen ein gewisses Gefühl des Widerwillens (Sehr richtig!), zeitweise des Ekels erfaßt hat (Sehr richtig!), daß Sie sich gesagt haben: müssen wir denn in der Tat diesen bitteren Kelch über uns ergehen lassen? Nicht allein, daß unsre kostbare Zeit in Anspruch genommen wird, nein, welchen Eindruck wird das wieder nach außen machen? Nun sind wir ja leider in den letzten zehn, zwölf Jahren nur gar zu oft in die Lage gekommen, solche und ähnliche Debatten führen zu müssen, und ich fürchte leider, der Kelch wird auch in Zukunft nicht an uns vorübergehen.

Es werden noch manchmal Momente kommen, wo wir genötigt sind, vor dem ganzen Volk, vor der Oeffentlichkeit Fragen zu erörtern, von denen wir alle wünschten, sie brauchten nicht erörtert zu werden. Dies gilt nicht nur von dem Punkte, der uns jetzt beschäftigt, sondern in noch höherem Maße von der Angelegenheit, welche uns in den nächsten Tagen beschäftigen wird. (Sehr richtig!) Es ist nur ganz natürlich, daß in einer großen, ja man kann jetzt sagen, gewaltigen Partei, wie die deutsche Sozialdemokratie es ist, auch hier und da Krankheitserscheinungen auftreten, daß hier und da ein kleiner Fäulnisprozeß sich entwickelt, ein Geschwür zu Tage tritt. So wenig es der Arzt als eine angenehme Aufgabe empfindet, eine Eiterbeule zu operieren und die mephitischen Gerüche, die dieser Eiterbeule entfliehen, sich in die Nase ziehen zu lassen, wie ihn da der Ekel packt und er sich vielleicht vor einer Ohnmacht hüten muß, so kommt es auch bei uns vor, daß ähnliche Operationen zwar unangenehm empfunden werden, aber dennoch vorgenommen werden müssen. Mancher, der heute glaubt, es war doch zu viel, was wir hier gehört haben, möge es sich zum Trost gesagt sein lassen, daß wir uns von allen übrigen Parteien auch nach dieser Richtung hin außerordentlich vorteilhaft unterscheiden: wenn bei uns ein Eitergeschwür auftritt, dann operieren wir vor aller Welt; wenn wir schwarze Wäsche zu waschen haben, dann waschen wir sie vor aller Welt. (Zustimmung.) Unsre Gegner aber in allen bürgerlichen Parteien haben so viel schwarze Wäsche zu waschen und so viel Eiterbeulen am Leibe, daß sie gar nicht riskieren können, die schwarze Wäsche öffentlich zu waschen oder eine Eiterbeule offen zu operieren, sie gehen in geheime Kammern und Hinterstübchen, damit nur ja nichts in die Oeffentlichkeit dringt. (Sehr richtig!) Das ist ja gerade das Großartige in unsrer Partei, daß wir diese schwarze Wäsche vor der ganzen Welt waschen und doch keinen Schaden dadurch erleiden, sondern nach erfolgter Wäsche größer dastehen als je zuvor. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist meine Auffassung, und wenn nun gesagt wird, es sei klägliches Gezänk einiger weniger Leute, ja, Genossen, da muß ich sagen: wie kann man nur so unendlich kurzsichtig sein! Da ist es allmählich in allen Parteien Sitte geworden, zu sagen, man müsse die Volksseele beachten; viele Fehler der Parteien kämen daher, weil man die Volksseele nicht beachte. Ich sage Euch, Genossen, wir müssen hier als Vertreter der Partei die Parteiseele beachten. (Sehr wahr!) Die vorliegende Frage wird von vielen unter uns als gleichgültig und kleinlich hingestellt, aber die Parteileitung hat sich einmal nahezu zwei volle Sitzungen mit dieser Frage befassen müssen, um zu einem Urteil zu kommen und die zahlreichen Anträge, die zu diesem Punkte vorliegen, beweisen, daß man auch in der Partei die Auffassung hat, die Frage sei eine sehr wichtige. (Sehr richtig!) Der Artikel von Bernhard war nur der letzte Anlaß, der einen bereits als allgemeinen Uebelstand erkannten Zustand im Vorstand zur Erörterung brachte und endlich zu der Erkenntnis führte: jetzt ist das Maß voll, zum Ueberlaufen voll, jetzt muß eingegriffen werden. (Sehr richtig!) Es handelt sich nicht um einen einzelnen Fall, sondern um eine ganze Reihe von Fällen, um ein bereits weit eingefressenes Uebel, das mit den gewöhnlichen kleinen Mitteln nicht mehr zu beseitigen war, und es war notwendig, die oberste Instanz der Partei zur Entscheidung aufzurufen.

Das war die Auffassung, die der Parteivorstand, dessen Beratung Auer infolge seiner Krankheit nicht beiwohnen konnte, einstimmig teilte. Ob die Einstimmigkeit vorhanden gewesen wäre — das bemerke ich Bernhard und andern gegenüber —, wenn Auer dagewesen wäre, das weiß ich nicht, er hat ja seinen abweichenden Standpunkt vertreten, und er hat ein Recht dazu, da er den Beratungen nicht beiwohnen konnte. Wenn aber mit Rücksicht darauf, daß Auer verhindert war, der Beratung beizuwohnen, der Genosse Quarck meinte, man sehe an der Resolution des Vorstandes, daß die geschickte Hand von Auer gefehlt habe, so erwidere ich ihm: ich glaube, Auer hätte vielleicht — ich

weiß es nicht — auch keine geschicktere Fassung gefunden oder vielleicht eine, die nicht die Zustimmung der übrigen Kollegen gefunden hätte. Pfannkuch hat Ihnen bereits in seinem Referat gesagt: Findet Ihr eine bessere Fassung, eine Fassung, die besser als die des Vorstandes den Zweck und das Ziel erreicht, das wir, und ich glaube mit uns die ungeheure Mehrheit der Genossen, erreichen wollen, so wird es uns ganz angenehm sein; und auch ich kann Quarck erklären: Hätte er den Scharfsinn, den er in seiner Rede nach dieser Richtung entwickelt hat, in die Tat umgesetzt und eine bessere Fassung gefunden, so würde ich dieser meine Zustimmung geben und meine Kollegen im Vorstande bewegen, zu Gunsten dieser Fassung unsre eigene zurückzuziehen. Bis jetzt ist aber keine bessere gefunden, weder durch die Genossen von Berlin II in ihrem Antrag 8 noch durch den Antrag 16. Was den Antrag 8 betrifft, daß in solchem Falle in erster Linie die lokale Organisation oder die Organisation des betreffenden Wahlkreises zu entscheiden haben soll, so wird ja eine solche Prozedur durch die Resolution des Vorstandes in keiner Weise ausgeschlossen, es liegt sogar in der Natur der Sache, daß man in dem Wahlkreise, dem der Betreffende angehört, in erster Linie die Frage erörtert und Entscheidungen faßt; wenn dann die eine Partei mit dieser Entscheidung nicht einverstanden ist, so kann sie den instanzenmäßigen Weg einschlagen und sich beschweren beim Parteivorstand, bei der Kontrollkommission und in letzter Instanz beim Parteitag. Also von diesem Gesichtspunkt aus ändert es nichts an der Sache, ob Sie den Antrag 8 annehmen oder ablehnen. Da es aber überflüssig ist, etwas Selbstverständliches auszusprechen, so bitte ich Sie, um keine falschen Meinungen und Deutungen aufkommen zu lassen, den Antrag 8 abzulehnen, und ebenso bitte ich Sie, dem Antrag 16 ihre Zustimmung zu versagen. Ich gebe zu, daß die Form dieses Antrags scharf, schneidend und bündig ist, da giebt es keinen Streit und keine Meinungsverschiedenheit mehr, aber eine andre Frage ist, ob Sie mit der Annahme einer solchen Formel alle Fälle treffen, und zweitens, ob Sie durch eine scharfe, schneidende und bündige Formel nicht eine Ungerechtigkeit begehen, die Sie nicht begehen wollen. (Sehr richtig!) Ich erinnere an den Fall Calwer. Man kann ja darüber verschieden urteilen, ob es geschickt war, daß Calwer die Frage an den Parteivorstand richtete — wir haben uns auch gewundert, aber andrerseits sagten wir uns, Calwer ist ein außerordentlich gewissenhafter Mann, er will volle Klarheit und wünscht nichts weiter zu hören, als ob seine Tätigkeit unter die Resolution des Vorstandes subsummiert werden kann oder nicht.

Und wenn ein Genosse an uns eine Anfrage richtet, so ist es unsre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, zu antworten. Das haben wir getan und auf seine klare Anfrage geantwortet: Nein, darunter fällt, so weit wir bis jetzt die Blätter, für die Sie arbeiten, übersehen können, Ihre Tätigkeit nicht. Nun sagt freilich Quarck — und da haben wir schon die Differenz —: ja, gerade das sind gefährliche Blätter, worin Herr Dr. Jastrow das Zuckerwasser der Sozialreform verschänkt, und namentlich unter den Gewerkschaftlern und Gewerbegerichtsbeisitzern schon großes Unheil angerichtet hat. Ja, das wäre dann eine Spezialfrage, die erörtert werden muß. (Sehr richtig!) Damit kommen wir wieder auf ein neues Gebiet, und deshalb wäre es richtig, daß Sie nicht die Spezialfrage in die Spezialfrage einschachteln, sondern sich die Dinge noch eine Weile ansehen und wenn sie wirklich so gefährlich sind, auf dem Instanzenwege der Partei sagen: Hört mal, auch diese Dinge kann man unter eurem Beschluß verstehen! Wie steht ihr dazu?

Aber weiter! Wir haben ja gewußt, daß Bernhard — nebenbei bemerkt handelt es sich gar nicht um eine Staatsaktion gegen Bernhard, seine Artikel sind nur der äußere Anlaß für uns, vorzugehen, ein kleines Symptomchen unter den allgemeinen Symptomen — ich sage, wir wußten, daß Bernhard Redakteur an der „Morgenpost" ist und wir fragten uns, ob wir ihm das verbieten sollten.

Ich kann Ihnen versichern: im ganzen Parteivorstand, einschließlich von Auer, besteht keine Sympathie für die „Berliner Morgenpost". Es ist ähnlich wie die „Zukunft" ein kapitalistisches Unternehmen, dessen Verleger, indem er in geschickter Weise die Situation ausnutzt, Kapital aus dem Leserkreise herauszupressen trachtet. Nebenbei ist die „Berliner Morgenpost" infolge ihrer eigenartigen und geschickten Redaktion, die sie veranlaßt, alles, was an Sozialdemokratie streift, möglichst fernzuhalten und keine Stellung gegen uns zu nehmen, auf der andern Seite politisch radikal zu schreiben und in Sozialreform zu machen, soweit der Kapitalismus das verträgt, ein gewaltiges Konkurrenzorgan gegen den „Vorwärts". (Sehr richtig!) Würde dies Blatt nicht existieren, so würde von den 200000 Abonnenten der „Berliner Morgenpost" ein großer Teil auf den „Vorwärts" abonnieren. (Lebhafte Zustimmung. Gerisch: 100000!) Gerisch sagt sogar: 100000. Nun könnten Sie ja von diesem Gesichtspunkt aus fragen, ob wir dulden sollten, daß ein Genosse an einem Blatte mitarbeitet, das uns infolge seiner bürgerlich-demokratischen, etwas sozialreformerischen Haltung einen solchen Leserkreis abfängt und die Arbeiter den Bestrebungen der Sozialdemokratie entfremdet. Wollen Sie von diesem Gesichtspunkt aus die Frage behandeln, so können wir uns auch darüber verständigen; aber wir sagten uns, vorläufig können wir uns nicht entschließen, soweit zu gehen, obwohl die „Morgenpost" ein Hauptkonkurrenzblatt gegen den „Vorwärts" ist und obwohl es diese eigenartige Redaktion besitzt, an der auch Bernhard mithilft. Wir konnten uns nicht zu der Ansicht aufschwingen, daß die Tätigkeit von Bernhard an der „Morgenpost" gemeingefährlich ist. Es kann ja sein, daß eines Tages auch nach dieser Richtung hin die Frage auftritt, aber in diesem Augenblick ist sie meiner Meinung nach nicht zu stellen und der Parteivorstand hat einmütig ausgesprochen, daß die Stellung Bernhards bei der „Morgenpost" uns vorläufig keine Veranlassung giebt, zu verlangen, daß er seine Tätigkeit einstellt.

Aber ganz anders, wenn es sich um ein Blatt wie die „Zukunft" handelt, ein Blatt, das von Anfang ihres Bestehens an, so weit ich das verfolgen konnte, eine der Partei direkt feindliche Haltung eingenommen hat. Und nicht genug damit, daß die „Zukunft" eine feindliche Haltung einnimmt — das tut mehr oder weniger die gesamte bürgerliche Presse —, die „Zukunft" ist ein Blatt, das direkt unanständig, gemein und niederträchtig gegen die Partei war. Wir mußten uns sagen: Wenn es Genossen giebt, die es mit ihrer Ehre nicht bloß als Männer und Frauen, sondern auch speziell als Parteigenossen vereinbaren können, an einem Blatt mitzuarbeiten, das durch eine ganze Reihe von Artikeln bis in die letzten Monate des verflossenen Jahres hinein die Partei beschimpft, geschmäht und mit Füßen getreten hat, so ist das ein Zustand in der Partei, der unmöglich auch nur einen Tag länger andauern darf. (Lebhafter Beifall.) Und das ist das entscheidende in der ganzen Frage. Mehring, Bernhard, Braun und tutti quanti, all das sind nur einzelne Personen, sind Momente, sind Beweismaterial, um diesen oder jenen Beschluß des Parteitags herbeizuführen. Es muß endlich einmal reiner Tisch gemacht werden. Als einer der Aeltesten unter Ihnen erkläre ich: Ich hätte es vor einigen Jahren nicht für möglich gehalten, daß es Elemente giebt, die moralisch so tief gesunken sind (Stürmischer Beifall), daß sie für ein Blatt wie die „Zukunft" bis in die letzten Tage hinein mitarbeiteten und mit Herrn Maximilian Wittkowski-Harden noch gewisse freundschaftliche Beziehungen unterhalten. (Wiederholter stürmischer Beifall.) Um es einmal kurz hier zu erörtern, Herr Maximilian Wittkowski-Harden ist mir ja persönlich und selbst in seinen Romanen vergleichsweise noch nicht lange bekannt, aber den Vater von Wittkowski-Harden habe ich die Ehre gehabt, zu kennen. Den Sohn kennen zu lernen, würde ich nicht für eine Ehre ansehen. (Bravo!) Der alte Wittkowski, das war ein guter Demokrat, ein Verehrer von Johann Jacoby, und in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts,

wo Liebknecht und ich als Abgeordnete des Norddeutschen Bundes und als Zollparlaments-Mitglieder von 1866/67 bis 1870/71 so oft in Berlin waren, haben wir, mein Freund Singer und eine Reihe andrer hochangesehener Männer wie William Spindler, Guido Weiß, Dr. Stephany, der spätere Redakteur, mit diesem ehrbaren Manne, den Vater von Harden, manchen vergnügten Abend, aber auch manche ernste Nacht zusammengesessen und bis zum hellen Morgen Probleme diskutiert. Ich erinnere mich noch heute mit Vergnügen der Unterhaltungen mit dem Vater von Wittkowski-Harden.

Außer Bernhard, der übrigens nicht nur gelegentlicher, sondern ständiger Mitarbeiter der „Zukunft" war, kommen für uns auch in Betracht Lily Braun, Göhre, Borchardt. Letzterer leistete sich in einem Artikel über Sozialdemokratie und Genossenschaft in dem Hardenschen Blatte, der nach der Erklärung des Parteivorstandes erschien, folgenden Ausspruch. Ich will vorausschicken, daß es sich nur um eine Meinungsäußerung des Vorstandes gehandelt hat und daß niemand gezwungen war, sich danach zu richten, denn wir haben nicht diese Autorität und wollen sie auch nicht haben. Wir haben unsre Meinungsäußerung nur verkündet, damit die Genossen wissen, wie wir denken. Nun, Borchardt hat sich daran nicht gekehrt, er hat ein Recht dazu. Er schreibt also:

„Gerade als warmer Anhänger der sozialdemokratischen Partei, der ich angehöre, kann ich diesen Beschluß als Ausfluß einer kleinlichen Gesinnung nur mit einem Gefühl der Beschämung lesen. Die Genossenschaften werden hier nicht nach ihrem eignen Wesen als wirtschaftliche Gebilde beurteilt, sondern die Stellungnahme der Parteigenossen soll nach der überaus kleinlichen Erwägung erfolgen, ob für Agitatoren der Partei sichere Brotstellen geschaffen werden können." (Hört! hört!)

Zu dieser Aeußerung wählt Borchardt die „Zukunft" des Herrn Harden. Haben wir nicht eine große Parteipresse, wo jeder derartige Artikel aufgenommen würde, aber er würde nicht so gut bezahlt werden wie von Wittkowski-Harden. (Sehr richtig! Gradnauer macht eine abwehrende Handbewegung.) Das ist meine persönliche Auffassung, Genosse Gradnauer, Sie können ja vielleicht mehr wissen, können andre Gefühle voraussetzen, aber das ist, wie gesagt, meine Auffassung, denn nur von diesem Gesichtspunkte aus ist manches zu erklären, was andernfalls weder zu erklären, noch zu entschuldigen wäre. Es handelt sich um eine ganze Reihe von Genossen, allerdings auch ausländischen; es wurden Ferri und Vandervelde genannt, die beide Artikel für die „Zukunft" geschrieben haben sollen. Ich lese die „Zukunft" außerordentlich selten, auch auf die Artikel gegen unsre Partei bin ich teilweise erst später aufmerksam gemacht worden. Ich vermute, daß die Genossen Ferri und Vandervelde ebenfalls keine regelmäßigen Leser der „Zukunft" sind; darauf wird es wohl zurückzuführen sein, daß sie sich für die „Zukunft" haben einfangen lassen. Was war denn bei der Gründung der „Zukunft" ihr Zweck? Etwa für die Opposition, die Sozialdemokratie, die freie Meinung in Deutschland eine neue, bisher nicht vorhandene Tribüne zu schaffen? Nein, die Gründung war nichts als eine Spekulation auf das ganz gemeine Sensationsbedürfnis gewisser Leserkreise. Er wollte Geld aus dem Unternehmen schlagen, und da ist er unleugbar ein geschickter Mann, der die Mache aus dem ff versteht, obgleich ich allerdings sagen muß, daß ich kaum etwas Oberflächlicheres gegen unsre Partei gelesen habe als die Hardenschen Artikel. Harden hat sich vor der Gründung der „Zukunft" an Krethi und Plethi gewandt — ich will damit nicht beleidigen, denn ich bin selbst darunter —, an alle Welt, von der „Kreuz-Zeitung" bis zum „Vorwärts", und sie aufgefordert, der „Zukunft" Mitarbeiterdienste zu leisten. Und begreiflicherweise, wenn man dem Publikum sagen kann: „Ich, Maximilian Wittkowski-Harden, Rattenfänger von Hameln, habe sie alle eingefangen, da marschieren sie hinter mir aus allen Parteien, der große Schwanz der Mitarbeiter; (Heiterkeit und

stürmischer Beifall) da giebt es natürlich einen großen Teil von Leuten, die wöchentlich 50 Pf. für solche Broschüre opfern können und die nun die „Zukunft" mit Behagen lesen. Dazu kam, daß Harden mit der feinen Nase, die ihn als Journalisten unzweifelhaft auszeichnet, sich sagte, daß an dem alten Berserker, der damals den Abschiedsbrief bekam, ja Hunderttausende zu verdienen seien. Wenn er den noch einfinge, dann mußte er ein gemachter Mann sein! So kam zu den verschiedenen Sozialdemokraten auch Bismarck als Mitarbeiter hinzu. (Sehr gut!) Und wenn er nicht gestorben wäre, dann schriebe er noch heute dafür, — oder diktierte seine Artikel und ließe sie Maximilian Wittkowski-Harden als ausgezeichnetes Sprechrohr schreiben. So kam die „Zukunft" zu stande und, Genossen, es gehört in der Tat ein sehr großer Mangel an Taktgefühl dazu, auch an parteigenössischem Gefühl (Sehr richtig!), wenn sich ein Genosse von diesem Harden, dessen Vergangenheit der gewisser Damen gleicht (Zuruf: Oho!) — Wer sagt Oho? — einfangen läßt, um hinter diesem Rattenfänger von Hameln in dem großen Schwanz seiner Mitarbeiter herzutrollen! Harden verschickte 1892 u. a. an Engels, Liebknecht und mich ein Zirkular, in dem er uns aufforderte, für sein Blatt zu schreiben. Ich war damals mit Harden und der „Zukunft" noch so gut wie gar nicht bekannt; den Namen Harden hatte ich nur in Zeitungen gelesen. Ich schwieg, Liebknecht ebenfalls, Engels, der von England aus die Dinge ja nicht beurteilen konnte, schrieb einen höflichen Brief und erklärte als höflicher Mann, er bedauere, daß er dem Wunsche nicht entsprechen könne. Darauf machte bei irgend einer Gelegenheit Harden in der „Zukunft" die Bemerkung: Ja, der alte Engels, der Generalissimus der Partei, der hatte die Höflichkeit zu antworten; Bebel und Liebknecht hielten es nicht für der Mühe wert, auf eine höfliche Anfrage zu antworten. Mittlerweile aber hatte ich auch andres gelesen, nämlich zwei Artikel, die im Jahre 1893 in der „Zukunft" erschienen waren, der eine überschrieben: „Das Sechseläuten", der andere: „Die roten Primadonnen". Nun sagte ich mir: „Na, das ist doch eine Unverfrorenheit und Unverschämtheit sondergleichen von diesem Harden, jetzt noch zu sagen: Ihr seid aber unhöfliche Leute! Ich setze mich also hin und schreibe ihm ungefähr: „Was bilden Sie sich denn ein? Sie beschimpfen die Partei in zwei Artikeln, die von Ihnen geschrieben sind, und muten mir dann zu, daß ich für ein solches Blatt schreiben soll? Ja, der Teufel! Wie können Sie mich so elend niedrig einschätzen. (Sehr gut!) Für Ihr Blatt existiere ich nicht. Darauf antwortete er: er begreife gar nicht meinen Zorn und meine Entrüstung, er habe geglaubt, mir einen Gefallen zu erweisen (Große Heiterkeit), indem er mich zur Mitarbeit aufforderte. Er habe mir dadurch eine Tribüne zur Verfügung gestellt, von der aus ich meine Lehre hätte propagieren dürfen. Ich habe ihn dann zum zweitenmal gründlich heimgeschickt; damit waren unsre Beziehungen zu Ende. Aber vielleicht begreifen Sie nun, warum in der „Zukunft" von Zeit zu Zeit die Hiebe auf mich niederfallen (Sehr richtig!), denn diese Sorte von Menschen ist auf einer Seite feig und auf der andern rachsüchtig. (Sehr richtig!) So bekomme ich also bei jeder Gelegenheit meine Hiebe weg. Ich habe sie ruhig eingesteckt, wie ich das immer getan habe, nicht bloß dem Maximilian Wittkowski-Harden gegenüber, sondern auch allen andern gegnerischen Blättern gegenüber. Und was hat man mir nicht in der letzten Zeit wieder alles eingebrockt und aufgebrummt (Sehr richtig! und Heiterkeit), wie hat man von dem senilen Bebel gesprochen, von dem alten Kerl, der unfähig ist, noch einen gescheidten Gedanken zu fassen (Heiterkeit), der in der Partei zum Kindergespött geworden ist. (Große Heiterkeit.) Das habe ich mit Lachen aufgenommen. (Sehr gut!) Ich will Ihnen ein Familiengeheimnis verraten: Es kommt häufig vor, daß ich solche Artikel zugeschickt bekomme und daß ich sie dann morgens, wenn ich mit meiner Frau beim Kaffee sitze, lese. Ich sage dann wohl: Ach, Julie, da ist wieder ein wütender Schimpfartikel; großartig,

das macht mir wirklich Spaß! Meine Frau wird dann neugierig — wir Männer sind ja auch neugierig — sie will den Artikel lesen und ärgert sich dann. (Stürmische Heiterkeit.) Dann sage ich ihr: „Sei doch keine Törin! Ich amüsiere mich darüber", mir macht das einen Hauptspaß, dann weiß ich allemal, daß ich Recht habe. (Lebhafter Beifall.) Wenn ich aber Lob bekomme, dann kraue ich mir hinterm Kopf und frage mich: bist Du auf dem richtigen Wege? (Sehr richtig.) Das ist meine Auffassung. Es wird nächster Tage ein Antrag von mir kommen; ich will nämlich, daß der „Vorwärts" uns alle diese schönen Preßerzeugnisse künftig serviert. (Heiterkeit.) Nun, das Sechseläuten ist in Zürich ein Volksfest, oder besser ein Maskenzug, der im April von den Zünften veranstaltet wird. Harden, der in seinem Leben gar manche Wandlungen auch in seiner Stellung gemacht hat, woraus ich ihm keinen Vorwurf mache, war einst Schauspieler (Adolf Hoffmann: Ist er noch!) in Zürich und hat da das Fest des Sechseläuten — kennen gelernt. In dem erwähnten Artikel vergleicht er den internationalen Arbeiterkongreß mit diesem Maskenzug. Das soll die Ueberschrift bedeuten. Was die Ueberschrift die „sozialistischen Primadonnen" bedeuten soll, will ich Ihnen später sagen. Vorher einige Worte zur Affäre Mehring, die gestern Braun in so höchst merkwürdiger Weise zur Erörterung gebracht hat. Ich glaube, sagen zu dürfen, daß ich hier derjenige bin, der Mehring am längsten kennt und ich glaube auch, daß ich ihn am gründlichsten kennen gelernt habe. Ich machte seine Bekanntschaft in jener Periode Ende der 60er Jahre, wo ich in der Gesellschaft von Guido Weiß, Stephany, Wittkowski usw. auch mit Mehring zusammen kam. Er war damals ein junger Mann anfangs der zwanziger Jahre, der wohl eben die Universität verlassen hatte und sich der journalistischen Laufbahn widmete. Er war damals Demokrat, Mitarbeiter der von Weiß, Jakoby, William Spindler usw. gegründeten demokratischen „Zukunft". Diese Leute standen uns sehr nahe, wie denn überhaupt damals andre Parteiverhältnisse waren, als heute. Wir kamen häufig zusammen, haben uns über alles Mögliche unterhalten und jeder gab sich, wie er war. Ich glaube bestimmt sagen zu können, daß die späteren Charakteristiken, die Mehring in seiner Schrift gegen die Sozialdemokratie von einer Anzahl Genossen gegeben hat, ganz wesentlich auf die Informationen zurückzuführen sind, die er damals durch den persönlichen Verkehr mit uns bekam. Nach einiger Zeit war Mehring für mich verschwunden, ich hatte keine Ahnung, wo er war; so viel ich weiß, war er eine zeitlang Berichterstatter in einem parlamentarischen Bureau. Ich selbst hatte ja anfangs der 70er Jahre meine Festungs- und darnach eine längere Gefängnisstrafe zu verbüßen und kam erst im Frühjahr 1875 wieder in die Freiheit. In der ersten Zeit mußte ich mich natürlich meinen geschäftlichen Beziehungen widmen, es war mittlerweile die schwere Krise hereingebrochen und ich kann sagen, ich stand vor dem geschäftlichen Untergang. Um die Partei konnte ich mich nicht viel kümmern, die Verhandlungen, die damals mit Mehring wegen Uebernahme der Redaktion der „Neuen Welt" geführt wurden, kenne ich nur vom Hörensagen; ich weiß nur, daß sie sich zerschlugen und daß dabei die Honorarfrage eine Rolle spielte. Weiter weiß ich nichts. Dann kam das Jahr 1878. Auf einmal erschien da eine Broschüre von Mehring, in der er in der allerheftigsten und kaum für möglich gehaltenen Weise die Partei im allgemeinen und unsre Personen im speziellen angriff. Ich sagte mir: Da stehst du in der Tat vor einem psychologischen Rätsel, und ich habe bis zu dieser Stunde bei Mehring psychologische Rätsel gefunden. Ich sagte mir: So hat Mehring nie gestanden bei seinen eminenten unleugbaren Fähigkeiten, daß er aus rein materiellen Gründen den Gesinnungswechsel vorgenommen hätte. Das ist nicht möglich, da sind psychologische Momente im Spiel, die in seinem Wesen liegen. In den schwersten Stunden der Partei war der Angriff Mehrings das bitterste und fürchterlichste, was uns passieren konnte (Sehr richtig!), einmal wegen der außerordentlich

gewandten Form, die dem Genossen Mehring zu Gebote steht, — er ist in dieser Richtung einer der glänzendsten, wenn nicht der glänzendste Schriftsteller Deutschlands bis zu dieser Stunde, — dann aber auch und hauptsächlich deshalb, weil jeder, der die Broschüre las, sich sagen mußte, potztausend, da spricht einer, der die Verhältnisse und Personen genau kennt, und wenn das Bild ja auch sehr verzerrt war, so enthält es auch manches Wahre. Mehring hatte vor 1876 für die Partei die Broschüre: „Herr v. Treitschke, der Sozialistentöter" geschrieben, eine glänzende Broschüre, die ich ihnen heute noch als historisches Aktenstück empfehle, indessen hatte er nie weitere Beziehungen zur Partei gehabt. Organisiert war er nie gewesen. Er stand der Partei nahe und hat unendlich mehr Verständnis für sie gehabt, als irgend ein andrer bürgerlicher Schriftsteller; das gab seinen Erzeugnissen gegen uns besonderen Wert. Der Rede von Hasenclever entsinne ich mich nicht mehr, aber das sage ich Ihnen: Ein bis zwei Jahre später würde seine Rede anders gelautet haben. Das Sozialistengesetz kam mit all seinen furchtbaren Wirkungen, die Schläge fielen hageldicht, alles wurde zertrümmert, eine Großstadt nach der andern mit ihrem umliegenden Gebiet wurde unter Belagerungszustand erklärt, hunderte und wieder hunderte von Genossen wurden brotlos, den Führern, allen mit wenigen Ausnahmen, wurde die Existenz zerstört, wir wurden wie räudige Hunde aus der Heimat hinausgetrieben. Auch heute noch, nachdem alle diese Verfolgungen vorüber sind, ohne daß sie mir geschadet haben, wenn da meine Gedanken auf den kleinen Belagerungszustand zurückkommen und ich mir vergegenwärtige, wie wir aufs Polizeibureau kommandiert, dort wie Verbrecher unters Metermaß gestellt und abgemessen wurden, wie wir photographiert wurden und unser Signalement aufgenommen wurde und wie es dann hieß, binnen drei Tagen macht ihr, daß ihr zum Tempel hinauskommt, das vergesse ich in meinem Leben nicht. Und wenn ich es je erleben sollte, daß der Tag käme, daß ich denen, die dann noch leben, sagen könnte: Jetzt will ich euch einmal zeigen, was ihr damals getan — ich tät's! (Stürmischer Beifall und langanhaltendes Händeklatschen.)

Nun, die Presse war unterdrückt, alle Versuche, in Deutschland Blätter zu gründen, die ja nur vollständig farblos sein konnten, scheiterten. Alles wurde unterdrückt und zerschmettert, keine Organisation, fast kein Geld, zahllose Existenzen auf dem Pflaster, darunter unsre besten Leute. Ich gehörte ja nicht dazu, denn ich hatte für mein Geschäft damals einen Associé. Da kamen die Wahlen von 1881. Keine Presse, keine Organisation. In den meisten Wahlkreisen bestand kaum die Möglichkeit, Flugblätter zu verteilen, ja in sehr vielen Kreisen nicht einmal die Möglichkeit, Stimmzettel zu verteilen, aber trotz alledem — und das ist das Großartigste von allem, was je die Sozialdemokratie geleistet hat, da sind selbst die drei Millionen Stimmen der letzten Wahl nichts dagegen — trotzdem 312000 Stimmen und neun Mandate! Der 26. Oktober 1881 war der Tag der Zerschmetterung des Sozialistengesetzes. Wenn das Sozialistengesetz auch noch neun Jahre danach gelebt hat, das war der Tag, wo sich sein Schicksal entschied. Das Gesetz war vernichtet, mitten in seinem scheinbaren Siegeslauf zerbrochen, alle Gewalt gegen uns war überflüssig und unnütz gewesen; sie hatte nichts geholfen. Die Sozialdemokratie lebte und siegte! So war damals die Situation und diesem Eindruck konnten sich auch die Gegner nicht verschließen. Die sagten sich schon damals: Ja, mit der Bande werden wir nicht fertig. (Heiterkeit.) Die nächste Wirkung war die, daß die Zügel etwas gelockert wurden. Auch im Reichstag selbst wurden Stimmen laut, daß das Gesetz anders angewandt werden müsse. Der Reichstag mußte sich zu Interpretationen entschließen, die die Handhabung des Gesetzes abschwächten. Es war in der Folgezeit möglich, hier und da farblose Parteiblätter zu gründen, aber sie durften keinen selbständigen Gedanken aussprechen, der auch nur entfernt an den Sozialismus erinnerte, sonst wurden sie verboten. In diesen Jahren 1881, 1882 erschienen in der national-

liberalen „Weserzeitung" Berliner Korrespondenzen, in denen mit merkwürdiger Sachkunde über die Partei gesprochen wurde, und in denen sie gegen die größten Mißbräuche der Polizei in Schutz genommen wurde. Als wir das lasen, waren wir sehr erstaunt. Die Artikel erregten großes Aufsehen und wurden bald in der ganzen Parteipresse abgedruckt. Wir fragten uns natürlich: Wer ist denn der Schriftsteller, der diese Korrespondenzen schreibt? Und da kam es heraus, daß es derselbe Franz Mehring sei, der vor zwei, drei Jahren diese schauderhafte Broschüre gegen uns veröffentlicht hatte. Da stand ich wieder vor einem psychologischen Rätsel. Wir sagten uns, den Wandel können wir uns ja gefallen lassen. Es scheint, daß Mehring bereut. Er empfindet, daß er gegen uns zu weit gegangen ist, und hat das Bedürfnis, soweit wie möglich uns Verfolgte jetzt zu unterstützen. Das nahmen wir selbstverständlich an. 1883/84 kam Mehring als Mitarbeiter an die Berliner „Volks-Zeitung" und in dieser schrieb er noch mehr zu unsern Gunsten. Natürlich war es für uns sehr wertvoll, daß das in einem Blatte geschah, das wie die „Volks-Zeitung" in der bürgerlichen Presse einen großen Einfluß hatte. So ging das die ganzen nächsten Jahre hindurch. Persönliche Beziehungen zu Mehring hatte damals niemand von uns. Dann kam im Jahre 1887 der St. Gallener Kongreß, von dem sie gestern gehört haben. Die Darstellung, die Braun gestern von den Vorgängen in St. Gallen gegeben hat, ist ja wohl richtig. Erstaunt war ich aber über die Behauptung Brauns, er habe damals Mehring noch nicht persönlich gekannt. Wenn das nicht eine Vergeßlichkeit der allergröbsten Art sein sollte, dann ist es die vollkommenste Unwahrheit. (Braun ruft: Ich habe die Wahrheit gesagt!) Warten Sie ab! (Braun: Da bin ich neugierig!) Die Wette ging auf ein Souper, ein Abendessen. Der Preis und das Menu wurde nicht ausgemacht. Um die Neugier Vollmars zu befriedigen (Heiterkeit): ich weiß auch heute noch nicht, was es gekostet hat. Es war ein gutes Souper, aber etwas außerordentliches, eine Schlemmerei war es nicht. Ich kannte Braun damals schon einige Jahre. Wir waren öfter zusammengekommen und in ziemlich lebhaften persönlichen, meinetwegen freundschaftlichen Beziehungen, er war auch Genosse, gar kein Zweifel. Kurz vor diesem berühmten oder berüchtigten Souper, je nach dem Standpunkt, den man einnimmt, kam Braun in den Reichstag und ließ mich rufen. Ich bemerke vorweg, daß mir der Vorgang noch im Gedächtnis ist, als wäre er gestern passiert, und zwar aus dem Grunde, weil ich damals naturgemäß sehr oft gefragt wurde, wie kamt ihr denn eigentlich mit Mehring zusammen, und weil der Vorgang ja auch an sich bei mir sehr lebhafte Gefühle erwecken mußte. Den Mann, den ich erst so kennen gelernt hatte, der dann zehn Jahre später die Partei wütend angegriffen hatte, der dann wieder sich wandelte, sollte ich nun wiedersehen: das war selbstverständlich für mich keine gleichgültige Sache. Gestern nach der Sitzung hat Braun Gelegenheit genommen, nochmals mit mir über die Sache zu sprechen. Er sagte, meine Behauptung, daß er den von ihm verlesenen Mehringschen Artikel bereits früher gekannt habe, sei unrichtig. Nun, ob Braun der Wortlaut bekannt war oder ob er ihn vergessen hatte, weiß ich nicht, ist auch gleichgültig. Entscheidend ist, daß Braun zu mir kam, um mich zu bestimmen, Mehring am Souper teilnehmen zu lassen. Und da sagte er: Ich weiß, was Mehring an uns verbrochen, was er geschrieben und wie schwer er uns geschädigt hat. Er hat uns beschimpft, aber, Sie wissen ja, daß der Mann, seitdem anders geworden ist, was er alles getan hat, seinen Fehler gut zu machen, und ich meine, Sie sollten ihm verzeihen! Mehring würde sich sehr freuen, wenn er mit Ihnen zusammen kommen und eine Aussprache stattfinden könnte. (Heinrich Braun: Ist das Ihr ganzer Beweis?) Ich sage das im Gegensatz zu Ihnen, Sie kannten Mehring bereits damals. (Heinrich Braun: Ich kannte ihn nicht!) Sie kannten ihn persönlich. Das lag in Ihren Worten, in der Art Ihrer Ausführungen. Ich ging zu Mehring und fragte ihn: Seit wann

kennen Sie Braun? Ach, sagte er, seit 1887, ich glaube schon seit 1886, er war bei mir eine Anzahl von Malen (Hört! hört!), er war in meiner Familie, er war bei mir zu Gaste. (Hört! hört! Heinrich Braun ruft: Das war später!) Nein, damals, 1887, und Ihre Worte haben in mir bis heute den Eindruck aufrecht erhalten, Sie haben Mehring damals persönlich gekannt und alles gewußt, was er getan hat. Von Heinrich Braun zu glauben, daß er das nicht gewußt hätte, wäre eine Beleidigung an der Intelligenz und dem Wissensdrang von Braun. (Sehr gut!) Braun hat neben andren Eigenschaften auch die eines Hans Dampf in allen Gassen (Heiterkeit und Zustimmung), er kümmert sich, wie man zu sagen pflegt, um alle Hühner und Gänse und selbst um deren ungelegte Eier (Große Heiterkeit). Braun war 1878, wie er sagt, Parteigenosse, er war damals Student der Nationalökonomie. Die Mehring-Artikel und das Mehring-Buch gingen durch die ganze deutsche Presse, in der ganzen Partei entstand ein Schrei der Entrüstung, und davon hat nur Heinrich Braun, der intelligente, eifrige Heinrich Braun (Sehr gut!), der eigentlich alles wußte, der sich noch später um so vieles kümmerte, was ihn eigentlich gar nichts anging, nichts gewußt? (Sehr gut!) Nein, Heinrich Braun, Sie haben es gewußt, Sie kannten Mehrings Artikel, Sie kannten seine Broschüre. Sie wußten ganz genau, was der Mann getan hatte, und es spricht zu Ihren Gunsten — das rechne ich Ihnen hoch an — daß Sie ihn trotzdem zu uns gebracht haben. Wie konnten Sie sich auch unterstehen, Mehring zum Souper einzuladen, ohne daß Sie sich vergewissert hatten, daß er dazu bereit war! (Sehr gut!) Wie konnten Sie da kommen und mir diese Frage stellen? Das beschwöre ich, was ich hier gesagt habe. Ich überlasse Ihnen und den Genossen draußen das Urteil über Heinrich Braun und mich. (Braun: Doch erst, nachdem ich gesprochen habe!) So waren also die Dinge gegangen. Da kamen wir in einem Restaurant Unter den Linden zu dem berühmten Souper zusammen und da wurde der persönliche Verkehr zwischen Mehring und mir hergestellt und später auch mit Liebknecht. Und nicht allein, daß Heinrich Braun es war, der uns damals zusammenführte, nicht etwa als dummer und unwissender Mann, der die Tragweite seiner Handlungen nicht gekannt hätte, sondern als ein einsichtiger Genosse. Es war eine gute Tat. Derselbe Heinrich Braun hat dann an Kautsky geschrieben und ihn aufgefordert, Mehring zu ersuchen, für die „Neue Zeit" zu arbeiten! (Hört! hört!) Kautsky saß damals fern von Berlin. Er hatte in der Hauptsache nur in Erinnerung, was Mehring 1878 bis 1880 gegen die Partei geschrieben hatte, und er antwortete seinem Freunde Braun: Ich schreibe nicht an Mehring. Das fällt mir nicht ein. Das ist mir bedenklich. Da war es wieder Braun, der dem Kautsky sagte: dann schreibe Du an Bebel und frage da an. Ich antwortete Kautsky das, was ich Ihnen eben mitgeteilt habe. Ich schrieb ihm: Nachdem Mehring sich in dieser Weise zu Gunsten der Partei seit sechs Jahren bekehrt hat, nachdem er, wie ich mich überzeugt habe, selbst bereut, was er einmal gegen uns getan hat, da huldige auch Du dem schönen Grundsatz der Bibel: Ueber einen Sünder, der Buße tut, ist mehr Freude als über 99 Gerechte. (Sehr wahr!) Du kannst, schrieb ich ihm, Mehrings Artikel wohl aufnehmen, denn an der nötigen Intelligenz, der Fähigkeit und dem richtigen Standpunkt wird er es nicht fehlen lassen. So ist denn Mehring, wenn ich nicht irre, vom Februar 1888 ab Mitarbeiter der „Neuen Zeit". Nachher kam dann die Aussöhnung Mehrings mit Liebknecht zu stande. Sie haben sich später allerdings wieder gezankt. (Heiterkeit.) Wer schuld war, weiß ich nicht. Mag sein, das psychologische Moment in Mehrings Charakter, das ja leider noch in der neuesten Zeit zum Ausdruck gekommen ist. Ich wünschte, er hätte in seinen Artikeln das Persönliche unterdrücken können. Aber seine Leidenschaft hat ihm wieder den schlimmsten Streich gespielt. (Sehr richtig!) Es hat für Mehring niemals einen schlimmeren Feind gegeben, als Mehring selbst. (Lebhafte Zustimmung.) Stets hat er sich von seiner Leidenschaft

hinreißen lassen, und denen, mit denen er vorher in dickster Freundschaft lebte, die Freundschaft gekündigt. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes machte ich Dietz den Vorschlag, eine Parteigeschichte zu schreiben. Ich setzte ihm meinen Plan auseinander. Ich wollte mit der Bewegung der vierziger Jahre, dem Bund der Gerechten, dem Weitlingschen Kommunismus 2c. anfangen. Genau wie Mehring es später machte. Es war gerade, als hätten wir uns verabredet. Aber wer die Verhältnisse kannte, der mußte von diesen Bewegungen ausgehen. Dietz sagte: Ganz famos, ganz mit einverstanden, ich helfe, was ich kann, um Dir Materialien zu verschaffen. Also ich raffte zusammen, was nur an Literatur zugänglich war und machte mich an die Arbeit. Nun nahm aber meine Tätigkeit als Reichstags-Abgeordneter sechs Monate und mehr im Jahre in Anspruch, ich war Parteikassierer, hatte wöchentlich mehrere Vorstandssitzungen, ich war Agitator der Partei, Sie können sich also denken, welche Zeit mir da für wissenschaftliche Arbeiten blieb. Ich ochste was ich konnte, excerpierte, häufte Manuskripte auf Manuskripte, aber nach zwei Jahren mußte. ich Dietz mehr als einmal klagen: Ich bringe die Geschichte nicht zu Ende, mir fehlt die Zeit oder aber ich müßte mich drei Jahre von allem zurückziehen. Ich war, offen gestanden, in Verzweiflung. Da kommt eines Tages Mehring: Er hatte ebenfalls Dietz die Proposition gemacht, eine Geschichte der Partei zu schreiben, Dietz hatte ihm gesagt, daß ich bereits daran arbeite, daß ich aber auch schon wiederholt darüber geklagt hätte, daß ich nicht vorwärts komme, sondern die Arbeit so oft unterbrechen müßte. Ja, sage ich, das ist wahr. Nun, meinte Mehring, wie wäre es denn? Würden Sie sich damit einverstanden erklären, daß ich die Arbeit mache? Ach, antwortete ich, mit Vergnügen; wenn Sie das tun, wird die Arbeit fertig, ich bekomme sie nie fertig. Ich packte also meinen ganzen Kram von Manuskripten ein, sie liegen heute noch in demselben Paket bei meinen Akten und Mehring begann die Arbeit. Er hat sie fertig gestellt; eine großartige Arbeit, die aber an zwei schweren Mängeln leidet. Einmal konnte es Mehring ebenso wenig, wie in der „Lessing-Legende", unterlassen, seiner persönlichen Feindschaft gegen bestimmte Personen in einer Weise Ausdruck zu geben, die mich aufrichtig schmerzte. (Zustimmung.) Ich erinnere an das, was er in seiner Parteigeschichte über Leopold Sonnemann sagte. (Zuruf.) Ja lieber Quarck, ich weiß ja, wie Sie dazu stehen, (Quarck: ich habe nichts gesagt), na, ich weiß, wenn man an Sonnemann tippt, dann zuckt Quarck. (Große Heiterkeit.) In ähnlicher Weise wurde der Redakteur Stephany behandelt. Mehring hat sich selbst geschadet, daß er solche persönlichen Dinge hineinbrachte. (Sehr richtig!) Zweitens hat Mehring nach meiner Auffassung auch Schweitzer durchaus falsch beurteilt. Indes das ist Auffassungssache, Mehring ist noch heute der Meinung, er habe recht und ich unrecht, und ich habe mich ja auch schon zu einer Erklärung dagegen veranlaßt gesehen. Ich werde keine Parteigeschichte schreiben, wohl aber ein Buch über meine Erinnerungen; ich habe dieses Jahr damit angefangen. Das ist eine der Arbeiten, die ich in Küßnacht vorhabe, wo ich nicht schlafe. (Heiterkeit!) Also ich habe angefangen; ich weiß nicht, wann das Kapitel kommt, aber es kommt. So lange halte ich noch aus. (Lebhafter Beifall.) Ans Sterben denke ich nicht (Erneuter lebhafter Beifall), und faul werde ich auch nicht. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Ich hoffe, meinen verehrten Freunden und Feinden, wenn es notwendig ist, noch manche böse Stunde zu bereiten. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Also ich sage: Mehrings Urteil über Schweitzer ist falsch, aber es handelt sich um eine wissenschaftliche Ueberzeugung von Mehring, und als ich in der vorigen Woche bei Dietz war, legte dieser mir die ersten Bände der neuen Auflage der „Geschichte des Sozialismus" vor und sagte: Du wirst Deine helle Freude daran haben; abgesehen von dem Urteil über Schweitzer ist alles, was Du und andre mit Recht an der ersten Auflage getadelt haben, ausgemerzt, und das wird auch mit der „Lessing-Legende" passieren. Ich

sagte: Bravo! Das ist vorzüglich, dann wird die „Geschichte" ein großartiges Werk. Auch unter Mehrings Artikeln in der „Neuen Zeit", die natürlich nicht alle von gleicher Qualität sein können, sind viele wahre Perlen der deutschen Journalistik (Sehr richtig!), neben andren, von denen ich mir sage, wenn sie nicht geschrieben wären, wäre es auch kein Fehler. Dann kommt die Herausgabe des Nachlasses von Marx, ein großartiges Werk. (Lebhafte Zustimmung.) Da ist alles vermieden, was an den andern Werken zu tadeln ist (Sehr richtig!), das ist eine hochwissenschaftliche Arbeit, und wenn Braun, Edmund Fischer, Bernhard usw. längst vergessen sein werden, dann werden die Werke eines Mehring in der deutschen Literatur noch als eine große Tat angesehen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist meine ehrliche, aufrichtige Ueberzeugung, die ich vor aller Welt vertrete. Mehring ist auch Mitarbeiter der „Leipziger Volkszeitung", die eine Menge brillanter Artikel enthält, von denen ich nur das eine bedaure, daß sie in der „Leipziger Volkszeitung" stehen und nicht im „Vorwärts" (Sehr wahr!), das soll kein Vorwurf gegen die Redaktion des „Vorwärts" sein, denn ich will auch erklären, daß mit Ausnahme eines gewissen Teils, über den wir uns später unterhalten werden, ich mit der Redaktion des „Vorwärts" sehr zufrieden bin, und namentlich den politischen Teil meist für ausgezeichnet halte. (Zustimmung.) Nun kommt heute Bernhard mit dem Brief an Harden aus dem Jahre 1891/1892. Daß Mehring mit Harden zu dieser Zeit freundschaftlich verkehrte und auf seine Freundschaft rechnete, nehme ich ihm nicht übel; ob schon damals die „Zukunft" erschien, weiß ich nicht, (Zuruf: Nein!), jedenfalls hatte sie noch nichts gegen uns geschrieben. Nun ist der Brief, den Bernhard heute hier zu großer und unangenehmer Ueberraschung des Parteitages verlesen hat, von Harden selbst bereits veröffentlicht worden (Zuruf: Nur angedeutet.) Er soll, wie mir gesagt ist, bereits vor 6 Jahren in der „Zukunft" erschienen sein; selbst gelesen habe ich ihn nicht. Als heute der Brief verlesen war, habe ich mir gesagt: das ist doch eine fatale und höchst unangenehme Geschichte. (Sehr richtig!) Ich weiß ja, Schoenlank und Mehring waren erst die intimsten Freunde der Welt, untrennbar wie die siamesischen Zwillinge, dann auf einmal ein jäher Riß und schließlich dieser furchtbare Angriff auf Schoenlank. Das ist auch wieder das psychologische Moment (Heiterkeit), von dem ich gesprochen habe. Man mißverstehe mich nicht: Ein sehr, sehr unangenehmes psychologisches Moment, eine Tat, die ich Mehring, wenn er nicht im Laufe der Verhandlungen in der Lage ist, genügende Aufklärung zu geben, nicht verzeihe (Lebhafte Zustimmung), das sage ich rund heraus. Ich verteidige Mehring, wo ich glaube, ihn mit gutem Gewissen verteidigen zu können, der Brief über Schoenlank aber ist etwas, das meinem innersten Gefühl aufs stärkste widerspricht und mich aufs tiefste verletzt und wofür das psychologische Moment vielleicht eine Erklärung, aber keine Entschuldigung ist. (Zustimmung.)

Ich glaube mich nun über die Frage Mehring ausgesprochen zu haben. Ich bedauere, Ihre Geduld noch eine Weile in Anspruch nehmen zu müssen, aber ich fühle mich in diesem Augenblick, ich will nicht sagen, in der Rolle des Staatsanwalts, wohl aber in der Rolle dessen, der dem Parteitage die noch fehlenden Lücken des Beweises dafür schuldig ist, weshalb diese Fragen uns hier so beschäftigen. Ich muß auf einige Artikel der „Zukunft" eingehen. Zunächst handelt es sich um den Artikel: „Die roten Primadonnen" in der Nummer vom 26. November 1892, da werden die Führer der Partei, wie schon aus dem Titel hervorgeht, in der schauderhaftesten Weise verhöhnt, in erster Linie Liebknecht, Singer, Auer, ich und Vollmar — Vollmar damals auch noch — (Heiterkeit). Es heißt da: „Auch die roten Primadonnen haben ihre Claque, auch ihnen lügen, so oft sie die Bretter verlassen, eifrig klatschende Hände Erfolge vor". Dann wird der Gedanke weiter gesponnen, daß der Antisemitismus in der Partei mehr und mehr Platz greife; offiziell natürlich nicht, aber im Privat-

gespräch. Da taucht bereits auf, in welcher Art Maximilian Wittkowski-Harden Privatgespräche von Genossen zu hören Gelegenheit hatte. Es ist eine der traurigsten Erscheinungen in der Partei, daß in jener Zeit an gewissen Abenden in der Woche, in der Regel Sonnabends, eine Anzahl hervorragender Genossen, auch ich war zeitweilig darunter, zusammenkamen am Biertisch und daß sich da eine Masse bürgerlicher Schriftsteller der verschiedensten Blätter allmählich einfanden und daß da mit einer Rücksichtslosigkeit, die mich angeekelt und veranlaßt hat, die Gesellschaft zu meiden, vor den Ohren der Gegner über Parteigenossen und über Parteiverhältnisse gesprochen wurde. (Hört! hört!) Auf diese Weise konnte die bürgerliche Presse durch die als Zuhörer anwesenden Literaten nachher die Partei und eine Anzahl bekannter Genossen verhöhnen und foppen lassen.

Es heißt nun in der „Zukunft" unter anderm: „Vollmar hat eben seine Gruppe, und Singer, der sein Vermögen der Partei vermacht haben soll, ist ein noch viel mächtigerer Mann; beide stützt außerdem noch die Befürchtung, durch ihren Sturz könnten die Herren Bebel und Liebknecht allzu mächtig werden. In diesem Knäuel persönlicher Erwägungen und Rivalitäten ist schließlich für die Sache kaum noch irgendwie Platz." In diesem Tone geht es weiter. „Indessen trägt Herr Liebknecht nicht etwa allein die Schuld; es wuchert da noch eine Preßkommission herum, an deren Spitze natürlich Herr Singer steht und die ängstlich darüber wacht, daß nur ja jede Beschwerde jedes Parteigenossen protokolliert und in jedem Streit eines Unternehmers mit seinen Arbeitern dem Unternehmer ordentlich eins auf den Kopf gegeben wird"; — nebenbei war Singer nie Vorsitzender der Preßkommission. Dann heißt es: „Die sozialdemokratischen Zeitungsschreiber sind eben zum größten Teile solche Kulis wie ihre bourgeoisen Kollegen. Systematisch werden sie zur Klopffechterei erzogen und wenn sie mit noch blutigen Händen vom Morden der Bourgeoisie kommen, dann setzen sie sich mit den Vorkämpfern dieser Welt um den Biertopf herum und sind die besten Freunde von der Welt". Damals war es der Biertopf, heute auch das Weinglas. (Sehr richtig!) „In beiden Lagern fechten Söldner und die genarrten Leser nehmen die Geschichte ernst, während die Wüteriche doch, nach einem Worte Lessings, oft genug wie die Fleischerknechte reißen." Zum Schlusse heißt es: „Heute herrscht in der Sozialdemokratie vielfach gefällige Routine und Liebedienerei, aber die roten Primadonnen sind alt und wer die Vorgänge hinter den Kulissen des Parteitags aufmerksam beobachtet hat, der kann sich nicht darüber täuschen, daß der Zuschauer ungeduldiges Zischen und Trampeln schon bis zu den Sternen dringt und daß die nächste Generation die alten Lieblinge über den Haufen rennen wird, namentlich wenn sie feine Hände und den trotzigen Mut der Uebertreibung hat." So also wird die Partei in diesem Artikel der „Zukunft" verhöhnt. (Sehr richtig!)

Es kamen später in längeren Zwischenäumen weitere ähnliche Artikel über die Partei. Ich meine, wenn jemand sich bereit erklären will, an einem Blatt mitzuarbeiten, dann ist doch die erste Aufgabe eines Mannes, der etwas auf sich hält, daß er sich fragt: was ist denn das für ein Blatt? (Sehr richtig!) Und wenn je ein Genosse von uns nicht hätte wissen sollen, wer Maximilian Wittkowski-Harden und wer die „Zukunft" ist, so wäre es seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, sich zu erkundigen, und es wäre weiter seine Pflicht gewesen, genau so wie ich es getan habe, diesem Herrn Maximilian Wittkowski-Harden einen moralischen Fußtritt an eine gewisse Stelle des Körpers zu versetzen, daß er zur Türe hinausflog. (Heiterkeit und stürmischer Beifall.) Das war die Haltung, wie ich sie von Männern nicht nur ohne Rücksicht auf die Partei, sondern ganz speziell von Sozialdemokraten verlangt hätte. Dann kamen die Zolldebatten des letzten Jahres, in denen Harden wieder als der Ueberzöllner auftrat, als wütendster Vertreter des Agrariertums, des Junkertums und seines Raub-

systems. Auch das schon hätte jeden Sozialdemokraten abhalten müssen, Mitarbeiter dieses Blattes zu sein. Am 22. November 1902 veröffentlichte Harden in der „Zukunft" einen Artikel „Obstruktion", in dem es heißt: „Der Mann" — gemeint ist Graf Bülow — „dem gestern noch als wahrhaft modernen Menschen, als würdigen Erben Schönrednerei gehuldigt worden war, sah sich nun als Vertreter der finstersten Finsternis an den Pranger gestellt, und Bernhardiner, deren Dressur vollendet schien, zeigten dem blonden Bändiger drohend die Zähne. Keiner der Schimpfchorführer hatte die 161 Seiten des Entwurfs durchaus studiert, keiner mit heißem Bemühen Wert und Sinn der 946 Tarifnummern erforscht, keiner konnte also der Hauptfrage, ob eine sorgsame oder eine liederliche Arbeit vorgelegt sei, die Antwort finden." In diesem Tone geht es weiter. Es ist von der Agitation gegen den Entwurf die Rede. Dann heißt es: „Und Herr Bebel verstieg sich zu dem Gelöbnis, die Spottgeburt mit starker Faust in den Orkus zu schleudern." Das ist eine verhältnismäßig harmlose Stelle, die weiter nichts zu sagen hat, obgleich ich meine, daß Genossen, die für das Blatt schreiben, hätten berücksichtigen müssen, daß ich damals im Namen der Fraktion sprach, und wenn die Fraktion auch nicht mit jedem Wort ihres Vertreters einverstanden ist, so ist sie es doch selbstverständlich mit der Tendenz seiner Rede. (Sehr richtig!) In der Person des Redners wird die Fraktion selbst angegriffen und beleidigt. (Sehr wahr!) In dem Artikel ist dann weiter zu lesen: „Was wir schaudernd inzwischen selbst erlebt haben, braucht nicht ausführlich geschildert zu werden. Unter allgemeiner Teilnahmlosigkeit beriet die Kommission, berät jetzt noch das Plenum den Zolltarif; der Versuch, einen Volksaufstand herbeizuführen (Hört! hört!), die Massen auf die Beine zu bringen, ist mißlungen, und an die Holzpapier-Stürmchen hat selbst der Philister sich sanft gewöhnt. Längst weiß jeder, daß die neuen Getreidezoll-Ziffern den Abschluß von Handelsverträgen nicht hindern, daß diese Ziffern, bevor sie in den Entwurf gesetzt wurden, mit den Hauptstaaten vereinbart worden waren, längst auch jeder wachen Sinnes um sich Blickende, daß die Zukunft der deutschen Geschäftsbilanz von ganz andren Faktoren entscheidend bestimmt wird, als von nach so langfristigen Handelsverträgen." Dann kommt die Partei heran, und das ist das Entscheidende: „Die Sache des Grafen Bülow, der schon gräßliche Gleichnisse von einem „Zollkahn" und einem „Zollschiffer" ausspie, um einem Gedanken die Luftröhre frei zu machen, stand schlecht, da kam aus dem linken Lager die Hilfe. Die Sozialdemokraten möchten gar zu gern unter dem hehren Zeichen des Brotwuchers ins Wahlschlachtfeld marschieren. Erstens: weil die Bürgerlich-Radikalen sie dann nicht bekämpfen können; zweitens: weil solche Parole ihnen die Nötigung ersparen würde, das von den „Revisionisten" der Versteinfärbung zerbröckelte Programm zu entschleiern; drittens: weil sie — die letzten, unsäglich öden Parteitage lehren es — gerade jetzt kein andres wirksames Feldgeschrei haben, als dieses billigste, das selbst ins leerste Demagogenhirn zu hämmern ist. (Lachen. Hört! hört!) Eine Partei, die sich stets auf die Wissenschaft, die determinierende Macht des Klassenbewußtseins und der Evolution beruft, schämte sich nicht, den Streit der Theorien in den luftlosen Bereich des Gewissens, der Moral abzuschieben, sie ächten jeden, der mit Jaurès, mit unzähligen Sozialisten aller Erdteile Zollschutz der heutigen Produktion für nötig hält, und scheuen doch nicht die Bundesgenossenschaft der Bartschen Bankiersgarde, die zwar nicht fünf Mark Roggenzoll, aber drei Mark und eine halbe übers zarte Gewissen bringt. (Lachen.) Der alte Manchesterwahn, die englische Krankheit steckt Marxens ungeratenen Söhnen im Blute. (Lachen. Hört! hört!) Die Strategen des linken Lagers vergessen zweierlei. Erstens: daß die Zollzänkereien das Land nicht erregen, — zweitens: daß nur eine zaghafte Mehrheit sich den Willenskanal verstopfen läßt. Einstweilen ist nur die Technik des Abstimmungsverfahrens geändert, keine Pflicht beseitigt, kein Recht geschmälert

worden: noch auf hundert verschiedenen Wegen aber ist der Tarif zu retten. Nur müssen die Parteien, die solche Rettung wollen, sich endlich beeilen, alle Reden sparen und zur Tat vorschreiten. Ihr Entschluß könne, da sie eine Zollkampfwahl meiden möchten, nicht zweifelhaft sein. Das Volk kümmert sich nicht um die Vorarbeit, sondern nur um das Resultat, die Handelsverträge. Die will es sehen, will prüfen, welchen Gewerben sie Vorteil bringen: und es wird, wenn das sinnlose Geschwätz nicht bald verstummt, der Obstruktion mit vollem Recht alle beschuldigen, die seit zwölf Jahren fast ohne Pause nur um Zollsätze feilschen, die Reichspolitik lähmen und den wichtigsten Willensregungen der Nation den Weg ins Leben verrammeln." Das ist im November vorigen Jahres geschrieben worden, in jenen Stunden, wo wir im schwersten Kampfe mit der Mehrheit des Reichstages standen. Und wenn selbst alle die, die für die „Zukunft" mitgearbeitet haben, Lily Braun, Bernhard, Göhre, Borchardt, (Zuruf: Auch Ströbel!) Es wird gerufen: auch Ströbel! Ich weiß das nicht, aber ich glaube nicht, daß Ströbel in den letzten Jahren an der „Zukunft" gearbeitet hat — nicht gewußt hätten, wie früher, 1893/94, die „Zukunft" war, was sie 1902 geschrieben hat, das haben Sie alle gelesen, alle ohne Ausnahme, und wer da noch ein wenig Ehrgefühl als Mann und Frau und als Genosse hatte, der mußte sich sagen, du hast dich hier verleiten lassen, diesem Harden zu Gefallen zu sein, jetzt kommt er und beschimpft unsere Partei in der niederträchtigsten Weise, jetzt mußt du diesem Herrn Harden kündigen und ihm deine Mitarbeiterschaft ins Gesicht schlagen. Was aber geschieht? Nichts geschieht! (Lebhafte Pfui-Rufe und Zwischenrufe.) Geschwiegen hat man, weiter an der „Zukunft" gearbeitet, das Geld eingesteckt. Die Partei mußte sich beschimpfen lassen. Und nun frage ich einen jeden: Was verdient derjenige für ein moralisches Urteil, der es unter solchen Umständen über sich gewinnt, für die „Zukunft" weiter zu schreiben? (Zuruf: Prügel! Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.) Das ist das Entscheidende, darauf kommt es an. Ich will alles vergessen und vergeben, was die „Zukunft" 1892/93 und in den folgenden Jahren gegen uns geschrieben hat, nicht aber, was sie 1902 in den schwersten Tagen des Kampfes unsrer Fraktion gegen eine Welt von Feinden schrieb. (Sehr gut!) Ich sage mit Absicht: gegen eine Welt von Feinden, denn mit dem kleinen Häuflein, das bis zu einem gewissen Grade mitmachte, standen wir allein der ungeheuren Mehrheit des Reichstags und fast der gesamten bürgerlichen Presse gegenüber, Tag für Tag gehöhnt, beschimpft, verspottet, der öffentlichen Verachtung preisgegeben. Und in diesem großen, historischen Moment für die Partei, bei dem Kampf, der der Partei Ehre und Würde eingetragen hat, wie kaum je einer zuvor, giebt es unter uns Marodeure, die der Partei in den Rücken fallen, indem sie ein solches Blatt mit ihrer Mitarbeiterschaft unterstützen, ihm ein moralisches Ansehen geben, damit es weiter die Partei bekämpfen und beschmutzen kann. (Zurufe: Pfui!). Für ein solches Vorgehen giebt es nach meinem Empfinden nichts andres, als ein kräftiges Pfui! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen, Zischen.) Ich stehe über vier Jahrzehnte im politischen Kampf; ich war nicht immer Sozialist und habe eine Zeitlang den Sozialismus ebenso eifrig bekämpft, wie ich ihn dann propagiert habe. Aber meine Ehre ist bis zu dieser Stunde niemals auch nur mit dem kleinsten Rostflecken beschmutzt worden. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.) Und nun will ich denen, die es angeht, ein Geheimnis verraten, wenn es ein Geheimnis ist. Da sagen die Gegner immer, der alte Bebel, da ist nichts zu machen, der hat die Massen hinter sich. Ja, warum hat er denn die Massen hinter sich? Weil alle sich sagen müssen, er hat manchen Schnupper hinter sich, manche Dummheit gemacht, manchmal durch sein Temperament sich hinreißen lassen, aber auch in seiner Dummheit war er stets der ehrliche Mann. (Stürmischer Beifall.) Ja auch mit seinen Fehlern hat er geglaubt der Partei zu dienen, und antippen kann man ihn nicht.

(Lebhafter Beifall.) Und wenn Ihr, die das angeht, denselben Einfluß haben wollt, dann macht es wie ich. (Stürmischer Beifall und Unruhe.) Es tut mir sehr leid, daß ich diese ruhmredigen Worte — so wird es vielleicht in der gegnerischen Presse ausgelegt werden — aussprechen muß. Aber wenn man so Gegenstand persönlicher Angriffe war, und noch ist, wie ich, dann muß ich doch einmal sprechen und Euch das Geheimnis des Bildes von Sais entschleiern und mitteilen, wieso es kommt, daß die Dinge so sind. Es steht deshalb so, weil ich zu jeder Zeit ehrlich den sozialdemokratischen Klassenstandpunkt vertreten habe, weil ich heute noch mit diesen Massen übereinstimme, aus denen ich hervorgegangen bin. Nach der Entwicklung der letzten Jahre bin ich aber leider noch auf meine alten Tage dazu gekommen zu sagen: seht Euch jeden Parteigenossen an, aber wenn es ein Akademiker ist oder ein Intellektueller, dann seht ihn Euch doppelt und dreifach an. (Stürmischer Beifall.) Das sage ich, der ich bei den Proletariern im Rufe stand, daß ich selbst ein verkappter Akademiker wäre und der ich den Akademikern stets die Stange gehalten habe. (Sehr wahr!) Wir brauchen die Intelligenz der Akademiker und Intellektuellen. Ihnen ist es durch das Glück der Umstände und durch ihre soziale Stellung vergönnt, das wissenschaftliche Rüstzeug mitzubringen, das sie befähigt, in hervorragender Weise für unsre Partei tätig zu sein, wenn sie ehrlich und aufrichtig im Einklang mit der Partei handeln. Aber darin liegt auch auf der andern Seite die Gefahr. Ich sage nicht, daß diese Genossen unehrlich sind, daß sie die Absicht hätten, die Partei zu schädigen. Nein, aber gerade als Akademiker, als Männer und Frauen von höherem Wissen und in gewissem Sinne auch von höherer Intelligenz und tieferer Einsicht haben sie die verdammte Pflicht, bei allem ihren Tun und Wirken doppelt und dreifach darauf zu achten, daß sie auch auf dem rechten Wege sind, und sich bei den Proletariern zu informieren, wie diese Massen denken, wie sie fühlen und was sie wollen; diese Massen, die besser als die Akademiker wissen, um was es sich bei dem Kampfe des Proletariats handelt. (Lebhafter Beifall.) Wir werden ja über dieses Thema noch bei andrer Gelegenheit zu sprechen haben, denn die ganze Sache steht mit der andren in Verbindung und Sie sehen, wie unrecht diejenigen haben, die da meinen, es handle sich nur um Literatengezänk, um Dinge, die die Partei nichts angehen. Ich bitte Euch, ich bitte Euch kniefällig, seid nicht so voreilig im Urteil, sondern fragt erst, wie es kommt, daß so etwas passieren konnte, wie es kommt, daß in dieser ganzen Frage auf einmal mit einer elementaren Wucht, wie sie noch niemals die Partei erlebt hat, nicht etwa auf ein Signal von oben, sondern von unten herauf die Empörung und Entrüstung wachgerufen wurde. Bei der lumpigen Vizepräsidentenfrage drang überall der Zorn und die Entrüstung aus den Massen von unten herauf (Lebhafte Zustimmung); die Massen sagten sich: jetzt haben wir einen so glorreichen Kampf gekämpft; jetzt sind wir eine solche Macht wie nie zuvor, wir gehen schweren, sehr schweren Zeiten entgegen, und da kommen gewisse Herren mit dieser speziellen Interessenfrage für sie, sie haben gar kein Gefühl, gar kein Empfinden für das, was die Masse eigentlich fühlt und denkt. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Dann hat man mir nach Kißnacht geschrieben, wo ich so viel schlafe (Heiterkeit): Nehmen Sie sich vor den Scharfmachern in acht, nehmen Sie sich vor den Leuten in acht, die Sie umgarnen. (Große Heiterkeit.) Ich habe zurückgeschrieben: Ja, Genossen, ich sitze hier fern von Madrid, und Ihr sitzt mitten in der Bewegung drin. Aber Ihr hört nichts, Ihr seht nichts, Ihr wißt nichts und infolgedessen denkt Ihr auch nichts. (Sehr gut!) Ihr sprecht von Scharfmachern? Der einzige wirkliche Scharfmacher bin ich. (Stürmische Heiterkeit.) Mir haben Kautsky und Mehring viel zu gemäßigt geschrieben. Es hat mir auch nicht gepaßt, daß mein Freund Kautsky mir so einige schöne Stellen aus meinem Artikel gestrichen hat, das trage ich ihm noch lange nach. (Große Heiterkeit.) Es waren nach meiner Ansicht Perlen, und er hat sie gestrichen. (Erneute Heiterkeit.) Ich sagte mir:

Verdammt noch mal, ist das Eure Meinungsfreiheit? (Große Heiterkeit.) Selbst ein mir persönlich sehr wohl gewogener Mann, dessen Ehrlichkeit und Bravheit in Bezug auf die Partei ich auch nicht eine Sekunde in Zweifel ziehe, der aber in dieser Frage auch einen Standpunkt eingenommen hat, den ich nicht verstehe, schrieb: „Wir haben uns alle Mühe gegeben, es zu keiner Aufregung in der Partei kommen zu lassen, aber ich weiß nicht, wie es zuging, alle Dämme wurden niedergerissen." Ja, das ist ja aber das Schlimme, daß man nicht weiß wie es zugeht, daß die Dämme eingerissen wurden. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist das Gleiche, wie in Erfurt, als ich Vollmar zurief: „Es kommt einmal die Stunde, wo auf euch Führer das Bild von den törichten Jungfrauen zutrifft, die auf den Bräutigam warten, ihn mit ihren Lampen empfangen wollten, um dann plötzlich zu entdecken, daß sie kein Oel auf der Lampe haben." (Sehr gut!) So ist es auch hier, man hat die Fühlung mit den Massen zum Teil verloren, man kennt die Massen nicht mehr! (Lebhafte Zustimmung.) Und so werden denn unausgesetzt die Fehler gemacht, von denen ich sage: Jetzt endlich ist es genug, jetzt lassen wir uns das nicht mehr gefallen. (Bravo!) Meine Hamburger sind sehr ruhige Leute, ich habe oftmals, wenn ich so gehörig dazwischenfuhr und losknallte, gedacht, was werden wohl die Hamburger dazu sagen. Ich habe sie nie gefragt, ich habe immer gedacht: da kriegst du keine gute Antwort. Sie waren still, ob sie einverstanden waren, weiß ich nicht. Nun war ich aber erstaunt, als ich, während ich in Küßnacht saß und schlief (Heiterkeit), so halb im Schlaf das „Hamburger Echo" las (Große Heiterkeit) und aus den Versammlungsberichten ersah, wie lichterloh die Flammen in die Höhe gegangen waren. Donner und Doria sagten sich die Hamburger, das lassen wir uns nicht mehr gefallen. Jetzt machen wir mal von unsrem Recht Gebrauch und schicken aus jedem Kreise drei Vertreter nach Dresden, die mal gründlich sagen sollen, was wir denken. Da sagte ich mir: wenn es so in Hamburg brennt, dann brennt es in der ganzen Partei (Lebhafte Zustimmung), und es hängt sehr von gewissen Leuten ab, wie verzehrend der Brand in der Partei wird (Bewegung), oder ob er sich eindämmen läßt in vernünftige Grenzen. (Zustimmung.) Aber eins wird die Folge sein: die Partei wird künftig die Augen aufhalten und es sich nicht mehr nehmen lassen, wenn ihr etwas an den Führern nicht gefällt, ihnen gleich beim ersten Anfang tüchtig den Kopf zu waschen. (Lebhafter Beifall.) Noch einige Worte über den Artikel „Parteimoral". Bernhard hat heute ja gründlich revociert, so gründlich revociert, daß es vielleicht eine Barbarei wäre, persönlich noch gegen ihn vorzugehen, denn Genossen, ein ärgeres testimonium paupertatis, auf deutsch Armutszeugnis, wie das, was sich Bernhard heute in Bezug auf seinen Artikel selbst ausgestellt hat, konnte er sich gar nicht ausstellen. (Zustimmung.) Ich nehme doch an, daß sich jeder, der einen Artikel schreibt, überlegt, was er schreibt und sich über die Wirkung vergewissert. Bernhard aber erklärt: das habe ich nicht geahnt, ich habe nicht geglaubt, daß mein Artikel eine solche Wirkung haben könne, ich bedauere das, und werde so etwas nie wieder schreiben. Ja, damit sind wir noch nicht fertig, verehrter Genosse Bernhard, es genügt nicht, daß Sie sagen, ich schreibe solchen Artikel nicht mehr, ich frage, wollen Sie noch für die „Zukunft" Artikel schreiben? (Bernhard: Nein!) Es freut mich, das von Ihnen zu hören, ich sage auch hier: Ueber einen Sünder, der Buße tut, ist bei mir mehr Freude, als über neunundneunzig Gerechte. (Lebhafter Beifall und Heiterkeit.) Das Nein, das Sie mir jetzt entgegenriefen, schloß ich ja schon aus Ihrer Rede, aber ich wollte ein klares Nein haben, weil ich mir sagte, wenn heute oder morgen Herr Maximilian Wittkowski-Harden die Rede seines bisherigen Mitarbeiters Bernhard auf dem Dresdener Parteitag liest, dann wird er telegraphisch auf seine Mitarbeit verzichten (Sehr richtig!) und davor, sagte ich mir, willst du trotz alledem Bernhard bewahren (Heiterkeit), indem ich ihm jetzt ein klares

Nein abfordere. Dann kann Harden morgen telegraphieren, was er will (Heiterkeit und Beifall), denn Sie haben ihm jetzt schon den Stuhl vor die Tür gesetzt. Sie sehen also, was für ein guter Freund von Ihnen ich bin. (Heiterkeit.) Aber ich muß Ihnen doch nun weiter sagen: der Artikel enthält verdammt unangenehme Sätze. Bernhard selbst ist ja jetzt exkulpiert, aber sein Artikel ist mir doch von besonderer Bedeutung. Ich sagte mir, als ich ihn las: es ist nicht Bernhard allein, der diese gefährlichen, niederträchtigen Grundsätze über Parteimoral anerkennt, ich vermute, es giebt noch andere Leute in der Partei, die sie teilen, aber für die trifft das Wort zu, das Auer in Hannover von Bernstein sagte: „Lieber Ede, so was tut man — in diesem Falle denkt man — aber man sagt es nicht!“ (Sehr gut!) Ich glaube also, es d e n k t mancher so. Ich spreche nur eine Vermutung aus, es soll mich freuen, wenn ich mich täusche. In den letzten zehn Jahren ist mir bei diesem und jenem manches aufgefallen, Aussprüche und Taten, wo ich mir sagte, der handelt nach der von Bernhard aufgestellten Parteimoral. In dem Artikel Bernhards heißt es: „Hart tadelt — ich kenne Hart persönlich nicht, zu meiner Schande muß ich es sagen, ich habe auch keine Zeit gehabt, seine Schriften zu lesen, ich weiß auch nicht ob er überhaupt ein Parteimann ist, aber eine ganze Reihe dieser modernen Schriftsteller pflegt sich in erster Linie in Bezug auf die Sozialdemokratie zu äußern, für die sie Sympathien haben, mehr nicht — „Hart tadelt, daß Parteiführer im engen Kreis objektiv Urteile über die Vorgänge des Tages, über die Maßnahmen der eignen Partei fällen und öffentlich dann ganz anders sprechen. Die Tatsache ist unbestreitbar richtig. Aber Hart irrt, wenn er annimmt, das geschehe um der Masse willen. Es geschieht um des Zweckes willen. Kein denkender Mensch verkauft sich einer Partei mit Haut und Haaren.“ (Hört! hört!) O doch, ein Genosse verkauft sich zwar nicht mit Haut und Haaren, aber er gehört zu seiner Partei (Lebhafter Beifall), und zwar mit Haut und Haaren. (Stürmischer Beifall.) Weiter heißt es in dem Artikel: „Du sollst nicht lügen, sagen, wie es eben in der Schule eingedrillt ist, die Philister, du wolltest dein eignes Ich nicht im Schlamm der Masse ersäufen, sagen die Schwärmer, Propheten. Masse wird hier mit Partei identifiziert, und doch bedeuten die beiden Worte verschiedene Dinge. Wer eine Partei gründet, will ja gerade möglichst viele aus der stumpf dahin trabenden Masse lösen. Von der Herde zweigen sich die Parteigenossen ab. Sie bringen noch die alten Lebensgewohnheiten, den alten Herdeninstinkt mit, aber in ihrem Hirn — das klingt so, wenn man es liest, als spräche ein Mann von 60 Jahren mit großen Erfahrungen, dabei ist Bernhard ca. 30 Jahre alt — in ihrem Hirn hat sich ein Fünkchen entzündet, daß ihnen in weiter Ferne vielleicht, des Strebens lohnendes Ziel zeigt. Wer Partei von Masse unterscheidet, kann nicht, wie Hart sagen, der Parteiführer ersticke um der Masse willen, im Banne der Partei, unbewußt in sich das Eigenempfinden und die Eigenmeinung, er streiche gleichsam die eine Hälfte seines Wesens zu Gunsten der andren. Nein, er erstickt und streicht gar nichts von seinem Wesen, sondern bedenkt nur, daß die Parteigänger eben erst aus der Masse kommen und die Spur solcher Herkunft noch an sich tragen, mit vollem Bewußtsein richtet er danach sein Reden und sein Verschweigen. Auch unreifen Kindern verschweigen Eltern und Lehrer manches, wie sie es in der Wirklichkeit sehen — und niemand schilt sie deshalb Lügner. Der politische Pädagoge muß damit rechnen, daß die Mehrheit seiner Parteiherde noch in den vom Massenempfinden geschaffenen Vorstellungen lebt, in einem Kindheitsstadium, und daß diese Mehrheit für den Kampf nicht zu entbehren ist.“ Parteigenossen! Können denn furchtbarere Grundsätze aufgestellt werden, als die verlesenen? (Sehr wahr!) Kann alles, was für die Partei, das Parteileben, den Parteizusammenhalt Bedeutung hat, schlimmer verhöhnt werden? (Sehr richtig.) Damit ist doch deutlich gesagt: Die Masse ist die misera

contribuens plebs der römischen Patrizier, das ist die Masse, über die die Auguren, wenn sie sich begegnen, lachen! Ja, die sind gut zur Arbeit, für die Agitation, zum Steuern, zum Stimmen, und im übrigen ist es die Parteiherde, sind es die Kinder, denen man nicht alles sagen darf, was man denkt. (Stürmischer Beifall.) Und die Parteiführer sind die Nietzscheschen Uebermenschen, Kraftmenschen, die in ihrem Kopf mit weiten Gedanken alles wissen, alles übersehen und überdenken, sie sind die irdische Vorsehung der Parteigenossen, denen man die Führung überläßt, denn die Masse ist nicht im stande, sich selbst zu leiten. (Sehr gut.) Ich habe einen ähnlichen Ausspruch schon früher gehört und bin dann mit den Betreffenden furchtbar zusammengeraten, aber ich fürchte, es denkt noch mancher so, von dem ich es nicht gehört habe. Weiter heißt es in dem Artikel: „Und ist sie entstanden, hat jedes ihr angehörende Individuum eine mehr oder weniger bestimmte Vorstellung von seinem Lebenszweck und Ziel erhalten, sollen dann die Führer dieses Glücksgefühl mit Skrupeln und Zweifeln zerstören und Menschen, deren Leben Inhalt zu erhalten begann, wieder in das dumpfe Massendasein zurückstoßen, nur weil sie die Unlustgefühle nicht ertragen können, die ihre Kulturseele empfindet, wenn sie nicht immer die volle Wahrheit sagen dürfen und manches verschweigen müssen?" „Die Kulturseele der Führer", die da vor der Masse verschweigen, die der Masse immer soviel Weisheit eintröpfeln, wie sie für gut befinden, ja Donner und Teufel, und da habe ich mir gesagt: das ist unerhört, was man der Partei da ins Gesicht schleudert. Wer solche Sätze aufstellt, der kann von rechtswegen nicht länger zur Partei gehören. (Sehr richtig! und stürmischer Beifall.) Ich hatte mir vorgenommen, nach dem Parteitag in den zweiten Berliner Wahlkreis, in dem ich ebenfalls organisiert bin, in dem Bernhard wohnt, zu gehen, und die Konsequenzen seines Handelns zu ziehen, indem ich seinen Ausschluß beantragte. (Lebhafter Beifall.) Heute hat Bernhard widerrufen, ich akzeptiere das, und damit ist für mich die Notwendigkeit weiterer Schritte gegen seine Person gefallen. (Beifall.) Sie sehen, daß wir in der Tat die allergrößte Ursache haben, die Augen offen zu halten. Gegenüber Genossen, die machen können, was sie wollen, hat Bernhard — und jetzt spreche ich vielleicht das rechte Wort aus — in seiner Naivität ausgesprochen, was mancher Führer denkt. Es giebt vielleicht manche, die so denken, aber sie nehmen sich verflucht in acht, es merken zu lassen. Man redet viel vom Terrorismus der Führer, aber in keiner Partei giebt es weniger Terrorismus durch die Führer, als in der Sozialdemokratie, und das soll so bleiben, das muß so bleiben. Wer bei uns Führer sein will, muß so handeln, wie die Partei will und nicht wie er will. (Beifall.) Er hat auszuführen, was die Masse erstrebt, was sie fühlt und denkt. Sie sind die Werkzeuge der Partei, nicht die Generale und Kommandeure, die sagen: Ich gehe voran und ihr habt uns zu gehorchen. Das würden die ja auch gar nicht dulden. Noch einmal: es muß Klarheit geschaffen werden, solcher Unfug wie die Mitarbeiterschaft an der „Zukunft" muß aufhören, das darf nicht mehr vorkommen, und darum bitte ich auch diejenigen, die mit der Fassung des Vorstandes nicht ganz einverstanden sind, sich zu sagen: auch wir müssen im Parteiinteresse für die Resolution stimmen. Es ist wiederholt behauptet worden, und die Ausführungen Heines sind ja deutlich darauf hinausgelaufen, daß es sich hier darum handelt, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken. Ei der tausend, wenn das Meinungsfreiheit ist, daß jeder in jedem Blatte schreiben kann, was er will ohne Rücksicht auf das Parteiinteresse zu nehmen! (Heine: Ich habe ja noch gar nicht darüber geredet!) Schon in meinem Artikel habe ich ausgeführt, daß das nicht mehr sozialdemokratisch, sondern anarchistisch wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Dann hören wir auf, eine Partei zu sein. Keine Einheit der Partei, aber Einigkeit, sagt Heine. Nein, Einigkeit — und — Einheit! Ohne Einigkeit keine Einheit! (Stürmischer Beifall.) Ohne Einheit der Grundsätze und Ueberzeugungen, ohne

Einheit der Ziele keine Einigkeit und keine Begeisterung für den Kampf (Sehr richtig!), keine Möglichkeit, die Regimenter, Brigaden und Armeekorps ins Gefecht zu bringen, in die Schlacht zu führen und Siege zu erfechten, wie wir sie erfochten haben und wie wir sie weiter erfechten wollen, und wenn auch eine ganze Welt von Feinden sich gegen uns erhebt! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Dr. Michels-Marburg: Ich habe die Befürchtung, daß nach den schwerwiegenden Worten Bebels, die mit so jugendlichem Feuer, in so ergreifender Weise vorgetragen wurden, meine Ausführungen Ihnen senil erscheinen werden. Ich möchte aber doch versuchen, einige Anhaltspunkte zur Beurteilung der Frage zu geben. Ich bin der Meinung, daß es fernerhin so gehalten werden muß, wie es heute gehalten wird. Eine Norm wird sich nur sehr schwer, nur in großen Umrissen finden lassen. Fehler und Ausschreitungen werden dagegen vor dem Forum des Parteitages erörtert werden müssen. Was heißt wissenschaftlich? Wo beginnt die Wissenschaft? Politik und Sozialpolitik haben keine festen Grenzen gegeneinander, alles bewegt sich in Nuancen, alles fließt. Nach der Erklärung des Vorstandes dürfte es erlaubt sein, an wissenschaftlichen Zeitschriften mitzuarbeiten. Wozu ist aber für die bürgerliche Seite die Nationalökonomie da? Doch zu nichts anderm, als um den Marxismus, die sozialdemokratische Nationalökonomie, tot zu machen. An solchen sich wissenschaftlich nennenden gegnerischen Zeitschriften zu arbeiten soll erlaubt sein? Das ist ein Widerspruch. Ich halte es nicht für angemessen, daß Parteigenossen an parteilosen Organen mitarbeiten, die täglich erscheinen, noch daß sie Redakteure sind. Aber es giebt auch bürgerliche Preßorgane, in denen die Mitarbeit gestattet sein muß. Es giebt Zeitschriften, die sich dem Kampfe gegen Einzelerscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft widmen, z. B. die Suprematie der Männer gegen die brutalen Anmaßungen der Gesellschaft vom ethischen Standpunkt aus ꝛc. bekämpfen, und ich sehe nicht ein, weshalb man an solchen Blättern nicht mitarbeiten soll. Nun zu der Frage der Bekehrung. Es ist vielfach behauptet worden, daß von einer Bekehrung zum Sozialismus durch Artikel in bürgerlichen Blättern überhaupt nicht die Rede sein könne. Da muß ich hinweisen auf die große Bekehrungsarbeit, die durch die Reichstagsreden unsrer Genossen bewirkt wird, diese unfreiwillige Mitarbeit an bürgerlichen Blättern. Als leibhaftiges Beispiel für diese Bekehrung kann ich dienen. Als ich noch auf der Kriegsschule zu Hannover war, las ich in der „Post“ und der „Kreuz-Zeitung“ die Bebelschen Reden. Sie waren beschnitten, aber sie veranlaßten mich doch, mich mit der sozialistischen Literatur zu befassen, die mich schließlich denn zu dem machte, was ich bin. Auch ich bin ein sogenannter Akademiker, aber weil ich es bin, stehe ich vollständig auf dem Standpunkt Hoffmanns, Kautskys und Bebels. Auch mir imponieren parteigenössische Organisationen nicht, die einen bisher uns feindlich Gesinnten, der noch vor kurzem in Offiziersuniform stramm „Helm ab zum Gebet!“ kommandiert hat, sofort aufnehmen und auf Ehrenstellen berufen. Wir in Marburg haben am eignen Leibe empfunden, wie peinlich es ist, wenn Genossen persönlich Freundschaften zu politischen Gegnern höher stellen, als ihre Parteipflichten. (Hört! hört! Sehr richtig!) Das Mißtrauen, ist gesagt worden, sollte eigentlich Punkt 1 unsrer Parteivorschriften sein. Das halte ich für falsch. Beherrscht uns nicht alle ein einziger Gedanke? Ist nicht jeder in irgend einem Momente seines Lebens mit Opfern in die Partei eingetreten? Und das Resultat sollte Mißtrauen sein? Mißtrauen lähmt die Arbeitskraft und den Mut und bringt uns soweit, in persönlichen Fragen aufzugehen, wo wir das Endziel vor Augen haben sollten. Mißtrauen ist würdig einer Sekte, nicht aber einer großen Partei.

Die weitere Beratung wird auf Mittwoch vertagt. **Singer teilt mit, es liege ein Antrag vor, über die Resolution des Vorstands namentlich abzustimmen. Eine Reihe Begrüßungen sind eingetroffen. Schluß 6 Uhr.**

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch den 16. September. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Begrüßungen sind eingelaufen vom Kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein in London und vom Verband der lettischen Sozialdemokratie.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Verhandlung steht

die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern.

Die Diskussion wird fortgesetzt.

Ledebour-Berlin: Parteigenossen! Ich bin der Ansicht, daß sachlich sich zur Klärung der Frage nichts mehr beitragen läßt. Ich glaube, daß nur noch für die angegriffenen Parteigenossen das Bedürfnis und die Notwendigkeit besteht, sich zu verteidigen. Wenn wir Schluß machten, dann werden diese Genossen auf persönliche Bemerkungen angewiesen sein; aber bei einer persönlichen Bemerkung entgleist leicht der beste Redner. Deshalb will ich aufs Wort verzichten und bitte alle diejenigen Genossen, die nicht persönlich angegriffen sind, es ebenso zu machen wie ich (Lebhafte Zustimmung), damit die angegriffenen Genossen Göhre und Mehring Gelegenheit haben, sich zu verteidigen. (Lebhafter Beifall.)

Werner-Berlin II verzichtet aufs Wort.

Heine-Berlin: Ich bin hier eigentlich in der Hauptsache nicht der Angegriffene; trotzdem, weil ich beiläufig hineingezogen worden bin und weil durch mich noch etwas gesagt werden kann, was nach meinem Gefühl gesagt werden muß, bitte ich Sie, mir ein Weilchen Gehör zu schenken. Zunächst eins vorausgeschickt! Genosse Adolf Hoffmann hat unter den Namen, deren in der bürgerlichen Presse veröffentlichte Artikel den Parteigenossen bei der Agitation als Knüppel zwischen die Beine geworfen sein sollen, auch meinen Namen genannt. Nun richte ich an Hoffmann die Frage: Nennen Sie doch die Artikel, die ich in der bürgerlichen Presse veröffentlicht habe, nennen Sie sie doch! Es wird Hoffmann schwer werden, denn ich habe nie eine Zeile in der bürgerlichen Presse veröffentlicht. Eine Einschränkung: Vor ca. 10 Jahren schrieb ich einen juristisch-wissenschaftlichen Artikel für die damals noch bürgerlich-demokratische, noch nicht nationalsoziale „Welt am Montag". Aber den kenne ich jetzt selbst nicht mehr; er ist auch nicht mehr zu haben, kann also den Genossen nicht als Knüppel zwischen die Beine geworfen worden sein. Ich frage aber weiter: welche Artikel von mir sind überhaupt jemanden als Knüppel zwischen die Beine geworfen worden? Ich halte es überhaupt für unmöglich, daß Hoffmann einen nennen kann. Denn meine sehr spärliche literarische Tätigkeit in den letzten Jahren hat sich fast ausschließlich teils mit fach-juristischen Fragen, teils mit Polemik gegen die Gegner der Partei, z. B. gegen den Dr. Richard Freund, jetzt wieder gegen den Professor Menger und eine Anzahl andrer Leute, beschäftigt. Ich halte also diese Geschichte von den als Knüppel zwischen die Beine geworfenen Artikeln der sogenannten „Revisionisten" — auch dieser Ausdruck ist sehr schlecht, ich habe nie etwas „revidiert", aber er ist nun einmal gäng und gäbe — ich halte diese ganze Geschichte überhaupt für eine Uebertreibung, für eine Einbildung. Ich glaube nicht, daß die Gegner die Artikel so verfolgen, aber von mir wird nicht einer einen einzigen nennen können, bei dem das geschehen wäre. Wenn auch nur einmal ein Artikel von mir von den Gegnern in der Agitation gegen die Partei verwendet worden wäre, so wäre mir das sicher aufgemutzt worden, das hätten mich die Herren schon wissen lassen. (Sehr richtig!) Aber es ist in der Beziehung niemals die geringste Beschwerde erhoben worden. Auf dem Parteitag in Erfurt hat man den Grundsatz aufgestellt, wenn man einen Parteigenossen eines

Unrechts beschuldigt habe, solle man entweder beweisen oder widerrufen. Ich appelliere an die Loyalität von Hoffmann, daß er das eine oder das andre tun wird. Nun zur Sache selbst! Man hat über die Länge der Debatte gesprochen, Timm hat das Ganze als recht unnötig hingestellt und Bebel hat ausgeführt, daß recht bedeutende Fragen dabei in Betracht kommen. Ich bin der letzteren Ansicht. Trotzdem aber hätte die Debatte nicht so schrecklich lange zu dauern brauchen. Bebel hat als der Berufenste dazu alle die wichtigen und bedeutenden Gesichtspunkte zusammengestellt; es hätte genügt, wenn man ihn zuerst vorgeschickt hätte, und es wäre nicht nötig gewesen, daß von derselben Richtung 12 oder 15 Redner auftraten, die alle dasselbe sagten. (Zustimmung und Widerspruch.) Schieben Sie bitte die Schuld an dieser Debatte, die meiner Meinung nach eine Akademikerdebatte ekelhaftester Art ist, nicht den Akademikern in die Schuhe. (Oho! Ruf: Die Akademiker sind doch Schuld daran!) Ich gebe hier die Erklärung ab, daß ich gegen die Resolution stimmen werde, die den Vorstandsbeschluß in dieser Sache billigt (Zuruf: Das wußten wir vorher!), und zwar weil ich der Ansicht bin, daß sie unzulänglich ist. Dagegen will ich damit nicht alles billigen, was gesagt ist. Auch ich bin der Ansicht, daß man im höchsten Grade vorsichtig sein muß in der Mitarbeit an einer nicht zur Partei gehörigen Presse, auch ich habe den Artikel Bernhards über Parteimoral gemißbilligt, wenn ich ihn auch nicht so tragisch genommen habe wie andre, und ich habe es ihm selbst unter vier Augen deutlich genug gesagt. Ich habe nie in der „Zukunft" auch nur eine Zeile veröffentlicht und ich werde es auch nicht tun, weil ich der Ansicht bin, daß man in einer Sache, die zum großen Teil Gefühlssache ist, das Gefühl der Parteigenossen respektieren muß. Ich bin endlich allerdings auch durch das, was ich hier gehört habe, zu dieser Ansicht gekommen, denn die Angriffe, die in der „Zukunft" gegen die Partei gerichtet sind, sind denn doch ärger, als es mir früher gegenwärtig war. Aber ich stimme trotzdem gegen die Resolution des Vorstands, weil ich es für unmöglich halte, eine solche Regelung generell zu treffen. Würde der Beschluß bloß lauten, es sei verboten, an der „Zukunft" mitzuarbeiten, dann wäre er klar, dann würde ich jedenfalls nicht dagegen stimmen, aber so, wie er gefaßt ist, führt er in rettungslose Zweifel und Widersprüche hinein, und aus diesem Grunde stimme ich dagegen. Ich glaube auch, daß von denen, die dagegen stimmen werden, noch eine ganze Anzahl auf demselben Standpunkt steht wie ich, wir wollen damit durchaus nicht die Grundsätze des Bernhardschen Artikels über Parteimoral billigen.

Nun hat Bebel gestern ein sehr böses Wort gesprochen, er hat gesagt, er vermute, daß es eine ganze Anzahl von Genossen gebe, die auf dem Standpunkt stehen, daß die Führer die Genossen belügen und nasführen dürfen. Parteigenossen, dies Wort geht hinaus in alle Welt, und dies Wort aus Bebels Munde ist etwas ganz andres, als wenn der junge Genosse Bernhard in der „Zukunft", einen ungeschickten und taktlosen Artikel schreibt. (Na! na!) Ich widerspreche dem Wort von Bebel, ich kenne keinen Genossen, der solche Grundsätze billigte. Gestern hat Singer den sehr schönen Grundsatz proklamiert, man solle keinen Genossen andre Motive unterstellen, als er selbst angiebt. Halten wir uns daran! Mich persönlich geht ja die Sache nichts an, denn daß man mir nicht nachsagen wird, ich verteidige eine solche Heuchlermoral, das liegt auf der Hand. Ueber mich beklagen sich die Genossen ja immer, daß ich allzu offenherzig meine Meinung sage; es hat sich noch nie einer darüber beklagt, daß ich mit meiner Meinung hinter dem Berge gehalten hätte. Und auch der Ansicht Bernhards von den Führern der Partei, die gewissermaßen die andren leithammeln, bin ich schon lange vor dem Erscheinen des Artikels „Parteimoral" entgegengetreten in einem Aufsatz der „Sozialistischen Monatsschrift" vom vorigen Jahre, wo ich mich gegen Dr. Richard Freund gewendet und nachgewiesen habe, daß die Partei der Sozialdemokratie nicht von den Führern gemacht wird, sondern von

den Massen, und daß die Gegner sich bloß einbilden, daß es bei uns so wäre wie in andren Parteien.

Es ist nun gestern viel Ernstes und Bedeutendes in der Frage gesagt worden. Keiner von uns wird sich dem Eindruck dessen entziehen können, was wir erlebt haben. Wir haben erlebt das Pathos der Anklage, das Pathos der Reue, das Pathos der Verurteilung, das Pathos der Vergebung. Dem einen hat man gesagt: „Gehe hin, mein Sohn, dein Glaube hat dir geholfen!" Dem andern hat man Verzeihung versprochen, weil er Besserung gelobt hat. Ich habe das alles klar und ernst empfunden und aufgefaßt. Wie gesagt, der Eindruck war bedeutend. Aber gestatten Sie mir, noch ein paar Worte dazu zu sagen. Es läßt sich auch noch etwas andres über die Dinge sagen der Vollständigkeit wegen. Mit der Reue und Vergebung, das war schön und vielleicht überwältigend, aber — nennen Sie es Don Quixoterie oder sprechen Sie, wie Genosse Bebel, bei mir auch von einem psychologischen Rätsel (Sehr gut!): ich müßte nicht der Mann sein, der ich bin und als den Sie mich kennen, weil ich mich Ihnen immer offen gegeben habe, wenn ich nicht in mir den Trieb fühlte, hier auch noch als Verteidiger aufzutreten, in einer Sache, die mich nichts angeht, wo mich nicht das geringste eigne Interesse leitet, sondern bloß mein Gefühl. Da will ich zunächst ein Wort über den Genossen Bernhard vorausschicken, auch nur, um der Wahrheit die Ehre zu geben. Ich habe, wie gesagt, den Artikel von Bernhard nicht so tragisch genommen, weil er zwar sehr ungeschickt, sehr unrecht, aber doch gut gemeint war. Das wollen Sie nicht vergessen. Sie haben gesehen, wie dieser junge Mensch gestern in ehrlicher Ueberzeugung und dem Pathos der Reue die Brücken hinter sich abgebrochen hat, einen Teil seiner Existenz geopfert hat, um bei uns zu bleiben. Dieser junge Mensch hat seiner Zeit, als er diesen törichten Artikel schrieb, geglaubt, die Partei verteidigen zu müssen. Es giebt ja in der Berliner Literatenclique, um ein Wort Kautskys zu verwenden, eine Art politischen Ueberbrettltums (Heiterkeit), das aus allen Bechern nascht und nichts ernst nimmt. Diese Leute hatten die Partei angegriffen wegen ihrer Ernsthaftigkeit. Nun hat der gute, junge Bernhard (Heiterkeit) geglaubt, diese Ueberbrettler bekämpfen zu müssen, indem er sie noch überüberbrettelte. (Große Heiterkeit.) Das war falsch, mein junger Freund (Heiterkeit), aber es war gut gemeint, und das verzeihen Sie ihm deshalb bitte. Ich habe vorhin genügend gesagt, daß ich die Moral, die er vertreten hat und die Ungeschicklichkeit, die darin liegt, den Artikel in der „Zukunft" zu veröffentlichen, auf das ernsteste mißbillige, und doch habe ich ihn hier jetzt verteidigen können. Das ist der Grund, weshalb ich früher schon für ihn eingetreten bin. Um einen solchen Fall zu verstehen, muß man den Menschen kennen, und da muß ich sagen: dieser junge Mann, der sich da aufgespielt hat als einer, der jenseits von Gut und Böse in der Politik steht, ist glücklicherweise nicht so. Jeder, der ihn sonst kennt, weiß, daß er in einem sehr gefährlichen Berufe ein hochachtbarer und ehrenhafter Mann geblieben ist. (Lebhafte Zustimmung. Ruf: Niemand hat das bezweifelt.) Es ist aber gut, wenn es einer sagt, denn nach außen macht es sonst den Eindruck, als wenn es nicht gesagt werden könnte.

Nun noch ein andres. Nennen Sie es eine Don Quixoterie oder ein psychologisches Rätsel, aber hören Sie mich ruhig an, wenn ich es unternehme, auch ein Wort für Harden zu sagen; ohne ein persönliches Interesse an der Sache, denn ich habe nie für die „Zukunft" geschrieben, nie von Harden einen Pfennig erhalten. Wenn ich das tue, so folge ich einem Triebe, der mir sagt, in einer Partei, die für Recht und Wahrheit ficht, da soll einem Verfolgten, der sich hier nicht selbst verteidigen kann (Widerspruch), ein Verteidiger zur Seite stehen (Unruhe), natürlich einer, der nichts beschönigt. Ich persönlich mißbillige die Politik, die Harden in seinem Blatte macht, und zwar nicht nur die, welche er gegen die Sozialdemokratie treibt, sondern auch die gegen andre Parteien. Ich mißbillige

auf das schärfste den persönlich-gehässigen Ton mit dem Harden seine Politik betreibt. Das habe ich auch Harden gegenüber ausgesprochen. Aber um ein Wort über Hardens Persönlichkeit zu sagen. Nicht nur der gestern so oft genannte Herr hat eine komplizierte Psychologie, es giebt noch andre Leute, von denen dasselbe gilt. Solche Leute sind nicht leicht zu verstehen und jedenfalls nicht in gerechter Weise zu charakterisieren durch solche Worte wie sie gestern hier gebraucht worden sind; das gilt von dem einen wie von dem andern. Es ist hier nicht der Ort, über die Psychologie Hardens zu sprechen. Diese Versammlung kennt ihn nicht, und auch ich kenne ihn dafür zu wenig. Ich bin mit ihm einige Male, drei-, viermal vielleicht zusammen gekommen und unsre Gespräche galten wesentlich literarischen Dingen. Ueber Hardens Charakter kann ich also nicht viel sagen. Um aber nun Stadthagen zu beruhigen, der vorgestern eine Anspielung gemacht hat: Wenn ich mit Harden zusammen gewesen bin, von mir hat er keine Parteigeheimnisse erfahren. (Stadthagen: Ich habe Vollmar direkt genannt.) Schön, aber es ist gut, vorzubeugen. (Stadthagen: Aus Ihnen hole ich so viel Geheimnisse heraus, als ich nur will, ohne daß Sie auch nur etwas merken. [Heiterkeit und Unruhe.]) Daß sich Stadthagen als diplomatischer Recherchеur und Explorant fühlt, ist das erste, was wir hören. (Heiterkeit.) Er ist dazu so ungeeignet, wie nur möglich. Von mir hat Harden kein Geheimnis erfahren — eher kommt das Umgekehrte vor. Ich will darüber nichts weiter sagen. Die „Zukunft" war an sich ein guter Gedanke. Andre Nationen haben längst Blätter, in denen Politiker der verschiedensten Parteirichtung schreiben. Ich kann keinen Schaden darin finden, wenn wir es in Deutschland ebenso hätten. Also was Harden gewollt hat war gut, aber seine eignen Artikel mit ihrem prononciert persönlichen Charakter haben diese Absicht teilweis vereitelt. An sich ist der Gedanke, eine öffentliche Tribüne zu schaffen, etwas Gutes. Das ist es, was ich zu sagen hatte, nicht um mich mit Harden zu identifizieren, sondern um ihn zu verteidigen. Nun zu einem dritten Punkt. Bebel hat mich dazu heraus gefordert. Er spielte auf meinen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften": „Der 16. Juni" an. Da heißt es in den Schlußworten, daß ich von der Partei beanspruche: Freiheit im Denken und Einheit im Handeln! Das nennt Bebel anarchistisch. Ich möchte erklären, wie das gemeint ist; ich meine zwar, daß das schon aus dem Zusammenhang hätte entnommen werden können. „Freiheit in den Grundsätzen und im Denken", — das soll nach meiner Meinung nicht etwa heißen, daß einer zu uns kommen könnte, der Agrarier oder Konservativer oder Antisemit ist und sich bloß Sozialdemokrat nennt und daß wir ihn dann als Genossen respektieren sollten. Das meine ich nicht, aber auch Genosse Kautsky giebt ja zu, und das ist eine der besten Errungenschaften dieser jahrelangen Polemik, daß unumwunden allen Erklärungen, auch von der — sagen wir mal — orthodoxen Seite vorangeschickt wird: Wir wollen nicht die Meinungsfreiheit in der Partei antasten. (Bebel: Die ist niemals angetastet worden! Unglaublich! Große Unruhe.) Was wollen Sie denn? Ich halte es für eine Errungenschaft, daß das jetzt so deutlich betont wird. (Lachen.) Auch Kautsky ist jetzt der Ansicht, daß man in theoretischen Dingen verschiedener Meinung sein könne, natürlich nicht in allen, sondern in einigen, in diesem oder jenem Punkt. Mehr habe auch ich nicht sagen wollen. Daß jemand, der sich zur Partei rechnet, das Programm anerkennt, die Hauptgrundsätze der Partei billigen muß, ist so selbstverständlich wie irgend etwas. (Unruhe.) Ich verlange bloß, daß eine Partei, die drei Millionen Anhänger hat, im einzelnen duldsam ist und möglichste Freiheit der Meinung gestattet. Ich begreife nicht, wie man mich wegen dieser Aeußerung angreifen kann. Daß dagegen eine politische Aktion nur geschlossen unternommen werden kann, das habe ich bei jeder Gelegenheit hervorgehoben. Es ist selbstverständlich, daß sich die Minderheit der Mehrheit in allen taktischen Fragen fügt, das erkläre ich auch hier. Es ist selbstverständlich, daß man im

Kampfe nicht diskutiert und sich nicht untereinander streitet, sondern die Front gegen die Gegner nimmt. Es sollte wenigstens selbstverständlich sein.

In einer Versammlung im dritten Berliner Reichstags-Wahlkreise hat Zubeil erklärt, wenn wider Erwarten in der Vizepräsidenten-Frage auf dem Parteitag Bernsteins Anschauung durchdringen sollte, dann würde das als ein Schnitt durch das Tischtuch gelten. Das ist nicht Einheit im Handeln! Es ist ja ganz ausgeschlossen, daß das geschieht, aber es würde sich auch in diesem Fall die Minderheit zu fügen haben. Es ist aber Einheit im Handeln, was von mir und von der Seite, zu der man mich rechnet, stets erklärt worden ist: „Wir akzeptieren die Taktik der Partei, wir wollen die gegebene Taktik der Partei betreiben. Wir wollen nicht auf eignen Wegen gehen, sondern nur die Wege der Partei und wir binden uns an das, was die Partei beschließt". Das nenne ich Einheit im Handeln, und wenn ich am Tage nach der Wahl diese Notwendigkeit der Freiheit im Denken und der Einheit im Handeln betont habe, so scheint mir das eine ganz angemessene Betrachtung am Tage nach dem Siege. (Vereinzeltes Bravo!)

Göhre: Die gestrige Rede Bebels war durchsichtig und klar aufgebaut. In ihrem ersten Teil beschäftigte er sich mit der „Zukunft" und ließ an ihr so wenig, als ihm zu lassen beliebte; im zweiten Teil versuchte er eine Ehrenrettung seines Freundes Mehring, und zwar verwendete er alle Mittel, selbst seine große und opfervolle Vergangenheit führte er vor, um auf diesem leuchtenden Hintergrunde Mehrings Vergangenheit zu schildern und als ein „psychologisches Rätsel" zu entschuldigen! (Große, anhaltende Unruhe. Rufe: Schrecklich!) Und dann kam ein dritter Teil, in dem er allen Genossen, die mitgearbeitet haben an der „Zukunft", und mir vor allem, die größten Beleidigungen ins Gesicht schleuderte (Vielfaches: Sehr richtig! Große Unruhe.), die je auf einem Parteitag nach meiner Erinnerung einem Parteigenossen ins Gesicht geschleudert worden sind! (Wiederholte Rufe: „Sehr richtig!" „Mit Recht!") Sie sagen „mit Recht!", wir werden davon reden! Dann kam sein vierter Teil, in dem er das Problem der Mitarbeit rein sachlich behandelt hat. Sie werden es mir ersparen, auf diesen an sich wichtigsten vierten Punkt jetzt noch einzugehen. Darum handelt es sich in diesem Augenblick nicht mehr und auch für mich nicht mehr. Ich habe nur von dem dritten Teil zu reden, und da habe ich daran zu erinnern, wie der Genosse Bebel unter dem Beifall einer großen Anzahl von Parteigenossen, nachdem er die „Zukunft" und den Artikel den die „Zukunft" im vorigen Herbst beim Zollkampfe brachte, geschildert hatte, wörtlich sagte: „Geschwiegen hat man darauf, weiter an der „Zukunft" gearbeitet, das Geld haben sie eingesteckt (große Unruhe), die Partei mußte sich beschimpfen lassen, und nun frage ich einen jeden: Was verdient derjenige für ein moralisches Urteil, der es unter solchen Umständen über sich gewinnt, für die „Zukunft" weiter zu schreiben?" Er hat ferner gesagt: „Die Braun und Göhre, die diesen Kampfartikel gelesen, sie hätten sich schämen müssen" (Vielfache Rufe: Sehr richtig! Stadthagen ruft: Tun Sie es nachträglich! Große Unruhe.) — Ihnen antworte ich nicht, Genosse Stadthagen — ihre Ehre hätte sie daran verhindern müssen (Lebhafte Zustimmung), nicht bloß ihre Partei-Ehre, sondern die Ehre als öffentlicher Charakter (Laute Rufe: Sehr richtig!), sie haben sich mit Bewußtsein von Herrn Harden bezahlen lassen, sie sind Marodeure, ihnen ein Pfui! (Vielfache Rufe: Sehr gut! Sehr richtig!) Ich stelle das fest! Und darum handelt es sich für mich. Durch diese Angriffe ist meine Ehre nicht bloß vor dem Parteitag, nicht bloß vor der ganzen Partei Deutschlands, sondern vor aller Welt, wohin die Rede Bebels dringt, aufs schmählichste in den Staub gezogen worden (Lebhafte Bewegung) und ich habe die Pflicht, wenn ich mich selber achten will und weiter achten will, gegen diese Behandlung zu protestieren. (Sehr richtig!) Darum müssen Sie mir schon erlauben, in diesem für mich entscheidungsvollen Augenblick

einen ganz kurzen Rückblick auf meine Vergangenheit zu werfen. (Große Unruhe. — Rufe: Sie Sozialdemokrat! Anhaltende Zurufe.)

Singer: Ich wiederhole mein Ersuchen an die Mitglieder des Parteitags, durch Ruhe unsre Verhandlungen zu fördern und sie nicht durch Unruhe zu erschweren. Wir alle stehen unter dem Eindruck, daß wir, so notwendig es auch ist, diese Fragen in aller Gründlichkeit zu beraten, doch auch die andren uns beschäftigenden Gegenstände ebenfalls gründlich und ausführlich erledigen müssen. Je ruhiger die Verhandlungen geführt werden, je weniger Sie sie durch Zwischenrufe, durch Lärm und durch Erwiderung des Redners verlängern, desto eher werden wir zum Ziel kommen. Ich bin fest entschlossen, jedem Redner die notwendige Ruhe zu schaffen, aber ich habe das dringende Verlangen, von dem Parteitag darin unterstützt zu werden. (Beifall.)

Göhre (fortfahrend): Fürchten Sie nicht, daß ich lange von meiner Vergangenheit rede. Aber weil auch im Laufe der letzten zwei Tage teils versteckt, teils offen von mir geredet worden ist als von einem „hergelaufenen Menschen", der in die Partei hineingekommen ist als ein beliebiger XY, und weil auch Bebel vor diesem hergelaufenen Akademiker und damit vor mir gewarnt hat und das größte Mißtrauen gesät hat, darum bin ich verpflichtet, darzulegen, daß ich nicht der hergelaufene XY bin.

Meine öffentliche Vergangenheit datiert seit 1890, und seitdem hat mein Auftreten im öffentlichen Leben überall den Grundcharakter gehabt, daß ich gekämpft habe für die proletarischen Interessen der Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Ich habe dies damals bewiesen, als ich drei Monate Fabrikarbeiter war. Das war damals so ernst für mich, daß ich beschlossen hatte, mein Leben lang Fabrikarbeiter zu bleiben, um mit den Arbeitern zu leben. (Bravo!) Sie mögen das als einen religiösen oder sonstigen Optimismus und als eine Schwärmerei auslegen, es ist eine Tatsache, und ich habe damit bewiesen, wie ernst es mir ist. Schon meine Arbeit „Drei Monate Fabrikarbeiter" hat es dann fertig gebracht, daß mir hier in meinem engeren Vaterlande, in Sachsen, in Dresden, das Konsistorium, als ich eine Pfarrstelle haben wollte, nicht direkt, aber indirekt die Türe vor der Nase zugemacht hat. Ich ging nach Berlin und wurde dort Sekretär des Evangelisch-Sozialen Kongresses, und wieder habe ich überall die Leute, deren Beeinflussung mir möglich war, auf die proletarischen Interessen hingewiesen, um ihnen die gewaltige Sache zu zeigen, die in der Sozialdemokratie vertreten ist. Ich bekam als Lohn die Verfolgung, die Freiherr v. Stumm über mich verhängte, und die Aechtung für meine Kollegen und mich. Ich mußte gehen, weil es schließlich mit dem Evangelisch-Sozialen Kongreß nicht mehr vorwärts ging, und wurde Pastor in Frankfurt an der Oder. Es sind Genossen hier, die meine dortige Wirkungsweise gekannt haben. Ich habe auch dort im Interesse der Arbeiterklasse gearbeitet und bekam den Ehrennamen Arbeiterpastor und schon nach einem halben Jahre wurde der Militärboykott über meine Kirche verhängt. (Heiterkeit.) Das ist eine einzigartige Erscheinung: Die ganze Garnison hatte unter der Hand Befehl, nicht in meine Kirche zu gehen. Sechs Wochen hintereinander hat dann, nach mir zugegangenen Mitteilungen, ein Staatsanwalt zu meinen Füßen gesessen, um mich zu hören und, wie man mir gesagt hat, eine Anklage wegen Verkündung sozialistischer Irrlehren von der Kanzel gegen mich einzureichen. Damals bestand schon der Erlaß des preußischen Ober-Kirchenrats, wonach kein Pastor in eine öffentliche Versammlung gehen durfte. Ich habe mich daran nicht gekehrt, wie ich mich überhaupt nicht an Autoritäten zu kehren pflege, wenn ich im Recht zu sein glaube. (Unruhe.) Ich habe mich deshalb auch an den preußischen Ober-Kirchenrat nicht gekehrt. Ich bin in die Versammlungen gegangen und dem Versammlungsbesuche folgte prompt eine Anzeige des damaligen Regierungspräsidenten v. Puttkamer, und es kam Rüge über Rüge. Ich bin im Oderbruch herumgekrochen und habe die Arbeiterverhältnisse dort ge-

schildert; es kamen Disziplinaruntersuchungen, so lange bis es nicht mehr ging, bis ich ging. Dann kamen die zwei Jahre meiner nationalsozialen Arbeit, die ganz ausgefüllt waren mit dem Kampfe für die Interessen des proletarischen Sozialismus, im Gegensatz zu meinen Freunden. Als ich sah, daß auch das nicht ging und die Oeynhausener Kaiserrede kam, habe ich auch diese Sache hingeworfen und bin Sozialdemokrat geworden. (Bravo!) Ist das die Arbeit eines hergelaufenen „X Y"? (Rufe: Nein!) Weiter! Bebel muß mir bezeugen, als ich im Sommer 1899 mit ihm geredet habe und ihm den Entschluß, zur Partei zu gehen, mitgeteilt habe, daß ich ihm erklärt habe, es sei meine Absicht, ein paar Jahre in Ruhe und Zurückgezogenheit zu leben. Es gelang mir nicht; ich wurde von allen Seiten aufgefordert und als dann im Frühjahr 1900 die Chemnitzer kamen und mich baten, über meinen Uebertritt zu reden, da habe ich es getan. Ich habe mich auch dabei nicht vorgedrängt, und wenn ich dann da in Chemnitz geredet habe, wie es mir gut schien und wie ich es nicht besser zu können glaubte, so haben Sie kein Recht, aus dieser Rede mir einen Vorwurf zu machen dahin, daß ich mich vorgedrängt hätte. Dann ist diese Rede veröffentlicht worden und in 500 000 Exemplaren als Agitationsbroschüre verteilt worden, ein Erfolg, den, wie mir gesagt worden ist, bisher keine Agitationsbroschüre erreicht hat. (Rufe: Na, na!) Es ist mir das in der Buchhandlung des „Vorwärts" gesagt worden. Ich renommiere damit nicht, aber ich erkläre: auch diese Broschüre habe ich nicht veröffentlicht, auch an dieser Broschüre habe ich keinen Pfennig verdient, ich habe das gehen lassen, weil es an mich herantrat. Wie wenig ich mich vorgedrängt habe, beweist, daß ich die Hunderte von Aufforderungen, dieselbe Rede über meinen Uebertritt in Chemnitz noch einmal zu halten, alle abgelehnt habe, weil es mir taktlos erschien, mit dieser Rede hausieren zu gehen. Wo bleibt da die Neigung, sich vorzudrängen? Als dann von drei Wahlkreisen zugleich die Aufforderung an mich kam, als Kandidat mich aufstellen zu lassen, da habe ich es müssen, und ich wäre ein Esel und ein Pflichtvergessener gewesen, wenn ich das darin ausgedrückte Vertrauen zurückgewiesen hätte, und ich habe gerade in Sachsen die Kandidatur angenommen, in dem Lande, in dem ich, weil es mein Heimatland ist, glaubte am meisten Bescheid zu wissen. Ich frage die sächsischen Genossen namentlich aus dem Erzgebirge, ob ich nicht mit aller Kraft versucht habe, meine Pflicht zu tun von Anfang bis zu Ende (Bravo!), bis in die letzten Tage hinein. (Zustimmung.) Hunderte von Versammlungsangeboten sind an mich gekommen, ich habe sie abgelehnt, ich habe geglaubt, hauptsächlich in Sachsen wirken zu können, immer nur da, wo ich dazu aufgefordert bin. Ist das Hervordrängen? Wenn ich nicht gearbeitet hätte, so hätten meine Gegner gesagt: „Seht den Akademiker, da ist er in der Partei, aber arbeiten tut er nicht!" (Sehr richtig!) Und nun, wo ich arbeite, da sagen Sie: „Seht den Akademiker, wie er arbeitet, wie er sich vordrängt!" Ist es denn ein Verbrechen, daß ich in Mittweida den Wahlkreis mit habe erobern helfen? (Zurufe: Es scheint so!) Es schiene allerdings beinahe so, wenn ich nicht wüßte, daß aus manchem Munde, der mir daraus einen indirekten Vorwurf macht, der Neid spräche! (Große Unruhe. — Zuruf: Das ist aber nicht christlich! —) Seien Sie doch stille vom Christentum! Was verstehen Sie denn vom Christentum? (Unruhe.) — Also, wer kann mir, wenn er diese meine Vergangenheit übersieht, einen Flecken auf meiner Ehre nachweisen? Er soll jetzt aufstehen, er soll es sagen. Ich habe auch meine Opfer gebracht; ich bin nicht im Gefängnis gewesen (Ruf: Kommt noch!), aber in meiner Weise — auch das sage ich selbst auf die Gefahr hin, in den Verdacht zu kommen, daß ich renommieren will, in diesem Augenblick ist es Pflicht es zu sagen — in meiner Weise habe auch ich Opfer gebracht. Ich habe meinen Beruf und mein Einkommen daraus verloren, ich habe meine gesellschaftliche Stellung verloren, ich habe meine Familie zum Teil verloren, aber

meine Ehre habe ich bis gestern nicht verloren. (Beifall.) Es ist dem Parteigenossen August Bebel vorbehalten geblieben, meine Ehre gestern vor aller Welt in den Staub zu ziehen. Und warum? Weil ich vier Artikel in der „Zukunft" geschrieben habe, vier Artikel in den vier Jahren, wo ich Parteigenosse bin! Und was hat in diesen Artikeln gestanden? Es sind zwei Artikel, die sich mit religiösen Problemen befaßt haben. In unsrem Programm steht der Satz von der Religion als Privatsache (Sehr richtig!) und auf Grund dieses Programmpunktes habe ich mich in diesen vier Jahren gehütet, innerhalb des Parteilebens von meiner Religion zu reden oder dafür Propaganda zu machen. Ich habe einmal vor etwa drei Jahren in Berlin zwei Vorträge über Religion und Sozialdemokratie gehalten. Da hat es sich — lesen Sie selbst den einen Leiter in der „Neuen Zeit" von damals — für mich nicht darum gehandelt, Propaganda für Religion zu machen, sondern zu fordern, daß die Literatur der Partei über die religiöse Frage revidiert werden müßte entsprechend der Entwicklung der religiösen Literatur im allgemeinen. Sie können darüber anders urteilen, aber Sie müssen zugeben — und auch die „Neue Zeit" hat, wenn ich mich recht erinnere, es damals zugestanden — daß das ein diskutables Problem ist, das nicht an dem Satz der Religion als Privatsache irgendwie tippt. Freilich einige Jahre später hat die „Leipziger Volkszeitung„ auf Grund dieser Rede in Leipzig verbreitet, ich habe damals religiöse Propaganda machen wollen, obgleich urkundenmäßig laut dem Artikel der „Neuen Zeit" das Gegenteil feststeht. Ich habe damals protestiert durch Eingesandt, es ist mir bestritten worden. Es war, ich glaube, auch in der „Leipziger Volkszeitung", wo man mir in diesem Zusammenhang gesagt hat: Ja, der Göhre, das ist eine ganz besondere Spezialität von Revisionismus; der Vollmar will den politischen Revisionismus, Bernstein den wirtschaftlichen, und Göhre ist der Vertreter des religiösen Revisionismus. Nie habe ich über diese religiösen Dinge in der Partei geredet, aber ich wahre mir das Recht, in meinem sonstigen Leben die religiösen Anschauungen zur Geltung zu bringen, die ich habe, nur unter der Bedingung, daß ich nicht die Kirche unterstütze, die nicht die Vertretung der Religion im wahren Sinne, wie mir scheint, ist, sondern eine gefährliche Erscheinung des Klassenstaates, gegen den wir kämpfen. Und darum habe ich die Kirche bekämpft, aber im übrigen mich nicht gescheut, meine religiösen Gedanken zu vertreten. Und da ich auf Grund des Satzes „Religion ist Privatsache" sie innerhalb der Partei nicht vertreten konnte, so habe ich mir ein Organ gesucht — und es giebt wenige Organe, die sich eignen — und die „Zukunft" gefunden. Genossin Zetkin hat schon von dem Kaiser-Artikel gesprochen. Wer den Artikel liest, findet, daß er darauf hinausläuft, daß die religiösen Anschauungen des Kaisers, den man immer als einen so modernen Menschen hinstellt, durch und durch auf dem Boden der mittelalterlichen Vergangenheit ruhen. (Hört! hört!) Indem ich das getan habe, habe ich eine Kritik kaiserlicher Anschauungen geübt, die gerade derjenige billigen müßte, der in der Vizepräsidentenfrage uns bekämpft. Der zweite religiöse Artikel handelte über „Religion als Schöpfung"; es war ein geschichtlicher Rückblick, wie die Theologie der Jahrhunderte den ganzen Dogmenbau allmählich abgetragen hat und heute auf dem Punkte steht zu zeigen, daß man vor dem religiösen Bankrott steht, — durch die Leistungen gerade der protestantischen Theologie. Kann das nicht vielmehr aufgefaßt werden als Dienst an die Gedanken, die hierüber in der Partei bestehen? Der dritte Artikel beschäftigte sich mit dem Konsumvereinswesen. Das Konsumvereinswesen ist in Hannover als neutrales Gebiet erklärt worden und ich bin berechtigt, über diese Dinge zu schreiben. (Zuruf: Aber wo?) Das kommt noch! Und was habe ich geschrieben? Ich habe damals — es war gerade die Zeit der großen Krachs — gegenübergestellt das Aufsichtsratswesen in den Banken und in den Konsumvereinen; ich habe gezeigt, wie dort Korruption, hier Tüchtigkeit vorhanden ist, habe gezeigt,

wie die Arbeiter-Aufsichtsräte arbeiten und um ein paar Pfennige ihre freie Zeit opfern und habe schließlich diese Leistungen aus dem Milieu und den allgemeinen Zusammenhängen zu erklären versucht. Dieser Artikel klang in eine Verherrlichung der Arbeiterklasse und der Konsumvereine aus. Ist das ein Verbrechen? Und der vierte Artikel für die „Zukunft" ist nichts andres als die Rede, die ich in Chemnitz über meinen Uebertritt gehalten hatte und die in 500 000 Exemplaren als Partei-Agitationsbroschüre verteilt worden ist. Das war meine erste Arbeit für die „Zukunft" und als diese Arbeit, die die schwersten Angriffe gegen die herrschende Gesellschaft und ein absolut klares Bekenntnis zur Arbeiterpartei enthielt, von Harden aufgenommen wurde, da habe ich mir gesagt: die „Zukunft" ist ein Sprechsaal, in dem ich veröffentlichen kann, was ich will. In der „Zukunft" bin ich nur verantwortlich für das, was ich schreibe. In Wahrheit besteht jede Nummer der „Zukunft" aus so viel Nummern, als es Artikel darin giebt; jeder hat dabei nur für seine Sache einzustehen. Ich frage: Ist das ein Verbrechen? Es ist gestern als Verbrechen gestempelt worden. Freilich, bei Mehring ist alles psychologisches Rätsel! (Sehr gut!) Und bei Liebknecht, den ich aufs tiefste verehre, ist solche Mitarbeit nur Dummheit, die gerade dazu da war, gemacht zu werden. Bei uns ist es ein Verbrechen! (Bebel: Sehr richtig!) Genosse Bebel sagt: Sehr richtig! (Bebel: Jawohl, sehr richtig!) Ich möchte doch noch um eine Minute um Geduld bitten. Ich weise darauf hin, daß ich in dieser ganzen Debatte bis heute mäuschenstill gewesen bin. Das Bureau ist Zeuge, daß ich erklärt habe: ich habe nicht die Absicht, mich an der Debatte zu beteiligen. Ein Brief an den Genossen Borchard ist Beweis, daß ich erklärt habe: Ich will bis auf weiteres die Mitarbeit an der „Zukunft" aufgeben. Es sind mir im Laufe der mehrmonatlichen Debatte in der Tat Zweifel aufgestiegen, und zuletzt so stark geworden, daß ich mir sagte: Hätte ich das gewußt, so hätte ich nicht mitgearbeitet. (Unruhe.) Und weil ich mir das sagte, beschloß ich, stille zu sein. Ich erkläre ganz frei weg: ich habe diese Dinge über die „Zukunft" nicht gewußt. Genosse Bebel hat erklärt, das hätte ich wissen müssen. Was ich gewußt habe, waren die zwei Artikel von 1892 über das „Sechseläuten" und „Die roten Primadonnen". Dann habe ich jahrelang mich um die „Zukunft" nicht gekümmert. Ich habe seitdem die „Zukunft" hier und da gelesen. Von dem Vorstoß Hardens im Zollkampf habe ich nichts gewußt, soviel ich weiß, hat auch keine Parteizeitung davon Notiz genommen. Und wenn Sie (zu Bebel) mir einen Vorwurf machen, dann dürfen Sie, Genosse Bebel, der Sie gestern gegen bestimmte Personen so gnädig und nachsichtig waren, mir nicht den Vorwurf des Verbrechens daraus machen, sondern höchstens den, daß ich zu flüchtig gewesen bin, daß ich in diesem Punkt zu oberflächlich war, daß ich die 40 Bände der „Zukunft" nicht durchgelesen habe, bevor ich mitarbeitete, daß ich einfach die „Zukunft" als einen Sprechsaal betrachtete, an dem ich mitarbeiten dürfe. Allerdings haben mich damals mehrere Freunde gefragt: Kennst Du die Vergangenheit Hardens nicht? Ich habe mir gesagt, daß mich das nicht hindert, mich seiner „Zukunft" zu bedienen. So stehe ich vor Ihnen als einer, der so flüchtig und oberflächlich, so harmlos und so sorglos gewesen ist, an der „Zukunft" mitzuarbeiten, weil — ich diesen einen schweren Artikel nicht gekannt habe. Und anstatt daß Genosse Bebel den Versuch gemacht hätte, das festzustellen, hat er mit einem Schlage das zum größten Verbrechen gestempelt. Wenn Bebel wirklich um diese Frage im Interesse der Partei solche Sorge gehabt hätte: warum hat er mich nicht im vorigen Herbst oder Frühjahr hergenommen? (Bebel: Sehr gut! Ich bin kein Schulmeister! Große Unruhe.) Sie haben gestern geschulmeistert! Sie haben gestern nachgewiesen, daß Sie die „Zukunft" schon sehr lange kennen, daß Sie sie schon lange für so verderblich halten; Sie mußten wissen, daß wir mitarbeiteten, und wenn Sie das für so gefährlich hielten, mußten Sie mir eine Karte schreiben: Lieber junger Genosse, kommen Sie mal zu mir. (Lachen.) — Genosse Bebel, Sie

wissen, wie ich zu Ihnen gestanden habe (Bebel: Ich weiß nichts!), mit welcher Verehrung ich zu Ihnen aufgeblickt habe. (Zuruf Bebels.) Ich sage das nicht, um Ihr Wohlwollen zu erwerben, Genosse Bebel, sondern weil es die Wahrheit ist. Es wäre die Pflicht Bebels, der sich hier gestern als Hüter der Partei aufgespielt hat, gewesen, mich zu warnen, der ich dieser hergelaufene Akademiker bin, der keine Fühlung mit dem Proletariat hat und nicht weiß, was Klassenkampf ist! Sie (zu Bebel) hätten mich erziehen sollen in diesem Punkt. Wenn Sie es nicht getan haben, haben Sie entweder der Sache keinen so großen Wert beigelegt (Sehr richtig!), oder es könnte sogar bei Fernerstehenden die Vermutung aufkommen, daß die ganze Sache bis heute aufgespart worden ist, um schließlich gleichsam eine Falle zu schaffen, in die man hineinkommt (Oho!-Rufe. Große Unruhe.), und dann wird die Klappe zugemacht. (Große Unruhe.) Ich sage nicht, daß ich das behaupte; es ist auch ganz gleichgültig. So steht's jetzt nicht mehr, es steht jetzt viel ernster. Aus den Reden von Hoffmann, Zubeil und Bebel ist mir ganz klar geworden: Man will mich und einige andre Genossen opfern, um Mehring der Partei zu erhalten. (Lachen und große Unruhe. Beifall. Bebel ruft: Dieser Größenwahn!) Genosse Bebel, warum haben Sie mich denn gestern größenwahnsinnig gemacht? (Große Unruhe und Beifall.) Sie haben mich so ehrlos gemalt, damit auf diesem Hintergrund Ihr Freund Mehring als reiner Engel und psychologisches Rätsel erscheinen kann. (Sehr gut!) Uebrigens eine Bemerkung in Parenthese, aber eine sehr wichtige Bemerkung. Der Artikel der „Neuen Zeit", der überschrieben ist „Konzessionsschulzes", citiert die Stelle des Bernhardschen Artikels, wonach Parteiführer manches verschweigen müssen, um die Massen zu erziehen. Nun hat die „Leipziger Volkszeitung" vom 28. Februar 1903 einen Artikel unter Politische Uebersicht: „Vor 40 Jahren". Der Artikel ist nicht gezeichnet; jedenfalls ist er aber doch von dem Chefredakteur gekannt; nach seinem Stil könnte er sogar von Mehring verfaßt sein. Er handelt über Lassalle und sein offenes Antwortschreiben.

Da steht wörtlich: „Es hat die geschichtliche Größe Lassalles mitbegründet, daß er, treu dem agitatorischen Princip, das er einmal in einem Briefe an Marx entwickelt hatte — das mangelnde Bewußtsein einer unterdrückten Klasse durch zeitweiliges Verschleiern oder Zurücktretenlassen der revolutionären Ideen zu gewinnen, um sie nachher durch dieses klug eroberte Stück Wirklichkeit zur ganzen Wirklichkeit zu machen." (Hört! hört!) Was heißt denn das? Was bei Lassalle als höchste taktische Leistung hingestellt wird, das gilt als Jesuitenmoral, wenn es Bernhard sagt. (Widerspruch und Zustimmung.) Wollen Sie das auch als psychologisches Rätsel erklären, Genosse Bebel? Jedenfalls habe ich gestern unter dem Eindruck gestanden, und bin aufs festeste davon überzeugt, daß man meine Ehre skrupellos angegriffen hat, um einen Freund zu decken. (Widerspruch). Und ich wäre in der Tat ein Ehrloser, ich hätte keinen Funken demokratischen Gefühls in mir, wenn ich diesen Schlag auf meine Ehre, Genosse Bebel, nicht erwiderte, wenn ich nicht sagte: Auch einem Parteiführer, der die Ehre eines bis jetzt tadellosen Menschen beschmutzt, um einen Freund zu decken, dessen Ehre in den Augen vieler schon längst als ramponiert erscheint, auch diesem Parteiführer, ja ihm allein gehört ein Pfui! (Unruhe, vereinzelter Beifall).

Hoffmann-Nowawes verzichtet im Interesse der Angegriffenen aufs Wort. (Bravo!)

Seger-Leipzig: Es mag ja vermessen erscheinen, in diese Akademikerdebatte einzugreifen, aber gestatten Sie mir zu sagen, wie ein einfacher Arbeiter die Sache betrachtet. Harden kann mit der Debatte zufrieden sein, für ihn ist Reklame gemacht von den Herren Akademikern wie noch nie. (Sehr richtig!) Aber die Debatte war nicht vergeblich, wenn auch im entgegengesetzten Sinne wie

nach Ansicht gewisser Genossen. Braun meint, was wollt ihr denn, wir haben ja nicht angefangen, uns Göhre bestreitet, daß er für die Religion Propaganda gemacht hat. Nun, auf einem Gewerkschaftsfest in Leipzig forderte er die Arbeiter auf, sie sollten sich ihren Heiland nicht nehmen lassen. (Hört! Hört!) Gehört das in eine Parteiversammlung? (Sehr richtig!) Auer ist es, der den Akademikern immer den Rücken deckt, ich erinnere an seinen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften", wo er Marx, Engels, Liebknecht herbeiholt, um die Akademiker zu entschuldigen. Warum zieht denn Auer nicht die Akademiker aus ihren Schlupfwinkeln in Berlin hervor und verschafft ihnen Stellen als Provinzredakteure? Aber das paßt den Herren nicht, denn da müssen sie ja arbeiten. (Sehr richtig!) Ganz unzutreffend ist der Vergleich der Mitarbeit an gegnerischen Blättern mit dem Auftreten eines Genossen in gegnerischen Versammlungen, denn in Versammlungen bekämpft man die Gegner, in der bürgerlichen Presse aber nicht. Weiter kommt in Betracht, daß die „Zukunft" gegen uns im Wahlkampf ausgeschlachtet wird; das gilt namentlich für die Artikel von Göhre über Religion. Am Schluß seiner Rede sagte Braun, die Debatte sei niemand erwünschter als dem Berliner Polizeipräsidium. (Braun: Habe ich nicht gesagt!) Doch. Entweder war sich Braun der Tragweite seiner Worte nicht bewußt, oder er wollte sagen, daß Genossen im Dienste der Polizei stehen. Wäre das der Fall, dann wären Sie, Genosse Braun, der moralische Urheber, denn Sie haben ja die Leute der Partei aufgedrängelt. Man spricht so viel von Unterdrückung der freien Meinung. Wenn es je eine Heuchelei gegeben hat, so ist es dies Argument. Haben die Akademiker etwa geglaubt, daß sie dadurch, daß sie den Spieß umdrehen, in eine bessere Situation gekommen sind, so irren sie sich. Dieser Parteitag wird nur dazu beitragen, uns die Akademiker noch mehr zu verekeln.

Dr. **Heinrich Braun**: Nach den hageldichten Angriffen und Vorwürfen, die auf mich niedergegangen sind, muß ich noch einmal das Wort ergreifen. Ueber die „Zukunft" kann ich sehr unbefangen sprechen, denn ich für meine Person habe nie eine Zeile darin veröffentlicht, obwohl ich vielleicht ein Dutzend Mal von dem Herausgeber dazu aufgefordert worden bin. Meine Frau ist seit Monaten entschlossen, niemals wieder eine Zeile für die „Zukunft" zu schreiben. Dieser seit Monaten feststehende Entschluß ist heute natürlich um so gesicherter, denn ich stehe nicht an, zu erklären, daß bei dem ganz außerordentlichen Interesse, das wir alle an einmütigem Zusammenarbeiten und brüderlichem Handinhandgehen haben, jeder von uns die Pflicht hat, Opfer zu bringen, wenn dadurch Störungen des guten Einvernehmens zu vermeiden sind, natürlich nicht Opfer der prinzipiellen Ueberzeugung, wohl aber Opfer im Rahmen praktischen Handelns. Ob man an der „Zukunft" mitarbeitet oder nicht, ist eigentlich noch weniger als eine Bagatelle. Meine Frau z. B. hat im Durchschnitt jährlich noch nicht einen Artikel für die „Zukunft" geschrieben, und es wäre noch weniger geworden, wenn nicht die „Neue Zeit" wiederholt Beiträge von ihr abgelehnt hätte. (Hört! hört!) Auch der letzte Artikel meiner Frau, der in der „Zukunft" erschien, ist von der „Neuen Zeit" abgelehnt worden; die „Neue Zeit" ist nebenbei die einzige Zeitschrift, die jemals einen Artikel meiner Frau abgelehnt hat. Die Frage der Mitarbeit an der „Zukunft" wäre sehr einfach und ohne Aufregung zu erledigen gewesen, wenn man sie ohne persönliche Ranküne behandelt hätte. Nur die Artikel von Mehring und Kautsky haben der Sache den Charakter gehässiger Schärfe gegeben, und auch Bebel, der wegen seiner hervorragenden Stellung ganz besonders jedes Wort zu wägen hätte, hat gestern weder das richtige Maß, noch den richtigen Ton gefunden. (Rufe: Doch nur Ihrer Ansicht nach! — Der Ton war sehr herzerfrischend!) Will man nicht auf das äußerste ungerecht sein — und auch gegen den Gegner, glaube ich, ist Gerechtigkeit am Platze —, so muß man sagen, daß die „Zukunft" ein Blatt ist, an dem die hervorragendsten Gelehrten, die bedeutendsten Schriftsteller und Künstler aller Länder mitarbeiten. Weiter steht es fest, daß

in der „Zukunft" die Aeußerungen jeder Partei unverkürzt und unverfälscht zum Ausdruck gebracht werden, auch Aeußerungen von Vertretern unsrer Partei. Endlich wollen Sie beachten, daß bis auf diesen Parteitag, solange die „Zukunft" besteht, niemals gegen die Mitarbeit an dieser Zeitschrift auch nur eine Sterbenssilbe gesagt worden ist, und niemand hat bis vor kurzem wissen können, daß sich gegen die Mitarbeit an der „Zukunft" in weiten Kreisen Mißstimmung herausgebildet hatte.

Als gestern Bernhard aus den Schriften von Mehring einige Stellen vorlas, eine winzige Zahl unter der hundertfachen Zahl vielleicht noch weit schlimmerer Stellen, da hat sich unter dem Eindruck dieser beispiellosen literarischen Nichtswürdigkeiten die Entrüstung und Empörung darüber in manchen Momenten bis zur Siedehitze gesteigert, und während Bebel diesen Mann, der in der Publizistik aller Länder — zur Ehre meines Berufes sei es gesagt — eine ganz einzige Stellung hat, während Bebel dieser Person Lorbeerkränze auf ihr würdiges Haupt setzte und sie glorifizierte, ich weiß nicht ob mit Absicht, aber sicherlich der Tat nach, hat er den Mitarbeitern der „Zukunft" samt und sonders, also den hervorragendsten Gelehrten, Schriftstellern und Künstlern aller Länder und einer Reihe von braven und wenn wir von Berthold absehen, vollkommen tadellosen Genossen, wegen ihrer Mitarbeit die Ehre abgesprochen. Ist das erhört, ist das erlaubt? Ich erwarte von Bebel, der sich dadurch auszeichnet, daß er, wenn er einen Fehler gemacht hat, ihn, sobald er ihn einsieht, auch bekennt, ich erwarte von Bebel, daß er das schwere und bittere Unrecht durch eine Erklärung gut zu machen sucht. (Bebel: Mir fehlt nur die Einsicht! Heiterkeit.) Bis dahin will ich über den peinlichen Zwischenfall weiter nichts sagen.

Und nun zu der viel peinlicheren, aber auch viel ernsteren Affäre Mehring! Ich schicke voraus, daß an dieser Debatte nicht ich die Schuld trage; unsre Beschwerde an den Vorstand enthält den urkundlichen, im Bericht des Vorstandes nicht mitgeteilten Beweis dafür, daß wir es durchaus vermeiden wollten, diese Sache in die Oeffentlichkeit zu bringen, weil wir voraussahen, daß die Veröffentlichung solche Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Der Parteivorstand wäre nach meiner Meinung verpflichtet gewesen, diese Voraussicht auch zu haben, um so mehr, als ich persönlich ihn darauf hingewiesen habe. Also, gegen meinen Willen hat die Debatte hier stattgefunden. Es war Edmund Fischer, der sich das Verdienst erworben hat, der Katze die Schelle umzuhängen. Ich für meine Person war ganz besonders herausgefordert, hier zu sprechen, einmal durch die Darstellung unsrer Beschwerde im Vorstandsbericht, sodann durch die Art, in der Pfannkuch mit ungewöhnlicher Schärfe in seinem Referat sich gegen mich gewendet hat, und endlich ganz besonders durch den Artikel von Mehring in der „Leipziger Volkszeitung" vom 11. September dieses Jahres. Ich war auch herausgefordert durch die Art und Weise wie ich dazu mitgewirkt habe, Mehring wieder in Zusammenhang mit der Partei zu bringen. Hierauf hat sich auch Mehring in seinem Artikel vom 11. September berufen. Ich habe die Tatsache erzählt und auch Bebel hat sie erzählt. Seine Darstellung stimmt im wesentlichen mit der meinigen überein, nur in zwei Punkten setzte sich Bebel in Widerspruch zu mir. Bebel teilte Ihnen als meine Worte mit: „Mehring wird sich sehr freuen, wenn er mit Ihnen zusammenkommen und eine Aussprache stattfinden kann". Bebel sagte: „Sie kannten Mehring bereits damals", das lag in Ihren Worten und in der Art Ihrer Ausführungen. Nun unterliegt es gar keinem Zweifel, daß das, was Bebel gesagt hat, im wesentlichen richtig ist. Aber, was folgt aus diesen Worten? Vergegenwärtigen Sie sich nur — Sie werden es mir schon verzeihen, daß ich Sie mit diesen Quisquilien behellige, aber Bebel hat mich dazu gezwungen, indem er das, was ich sagte, als unglaubwürdig hinstellte. Vergegenwärtigen Sie sich nur folgendes: Mehring war seit Jahren die verachtetste Person in der ganzen Sozialdemokratie, nie-

mand hätte auch nur in der verächtlichsten Weise mit ihm verkehren wollen, ich war der einzige, der sich, ohne daß ich ihn kannte, seiner annahm. Bebel und Singer können es mir bezeugen, daß ich ihnen wiederholt meine Ansicht von der Besserung dieses Sünders aufzudrängen suchte. Es gelang mir in einem gewissen Maße, sie zu überzeugen. Nun kam der entscheidende Moment, ich ging zu Bebel und Singer und sagte ihnen halb im Ernst und halb im Scherz — man kann solche Dinge nicht anders machen, auch wenn sie einen ernsten Hintergrund haben —: was meinen Sie denn, sagte ich, sollen wir nicht Mehring zu dem Abendessen einladen? Und nun habe ich nach Bebel weiter gesagt: „Mehring würde sich sehr freuen, wenn er mit Ihnen zusammenkommen und eine Aussprache stattfinden könnte". Glauben Sie wohl, Genossen, daß ich diesen Franz Mehring erst noch zu fragen brauchte, ob er sich freuen würde, aus dem tiefsten Abgrunde der Verachtung herausgezogen zu werden (Bebel: Na! na!) und mit Männern wie Bebel und Singer zusammenzutreffen? Glauben Sie, daß es nötig war, daß ich diesen Franz Mehring vorher schon persönlich kannte, daß ich vorher zu ihm gehen mußte, um ihn zu fragen, ob er die Einladung annehmen würde. Ich durfte wohl mit voller Sicherheit annehmen, daß er die Einladung sehr gern akzeptieren würde. So steht es mit dem einzigen Beweis für die Behauptung Bebels, daß ich Mehring früher schon gekannt hätte. Weiter sagt Bebel, er habe Mehring gefragt, seit wann er mich kenne. „Ach", habe Mehring gesagt, „seit 1887". Das trifft ganz genau zu, denn im November 1887, als der Reichstag zusammentrat, da fand ja jenes Abendessen statt; aber es ist eine Lüge, wenn Mehring hinzufügt, „ich glaube, schon seit 1886". Ich brauche ja über die Lügenhaftigkeit von Mehring hier keine weiteren Worte zu verlieren, aber in Bezug auf Datumsangaben will ich doch hinweisen auf den Unterschied zwischen dem Flugblatt gegen Harden und seiner Schrift „Kapital und Presse" über den Zeitpunkt der Chefredaktion der „Volks-Zeitung". Wenn Mehring sich betreff des Zeitpunktes der Chefredaktion um Jahre versehen kann, dann kann er sich auch irren in Bezug auf das Datum, das er für die erste Bekanntschaft mit mir angiebt. Im übrigen, wenn er das wiederholen sollte, so ist er in diesem Punkt ein Lügner. Nichts weiß ich genauer, denn die Sache ist tatsächlich originell und es mußte sich mir einprägen, daß ich Bebel im Foyer des Reichstags aufsuchte und in seinem Auftrage und mit seiner Erlaubnis von dort direkt in die Redaktion der „Volks-Zeitung" ging. (Bebel: In meinem Auftrage? Unerhört!) Aber doch mit Ihrer Zustimmung! Du lieber Gott, verlegen Sie sich auf dies Wort? (Bebel: Sie wägen die Worte ab!) Gewiß, das sollten Sie mir nachtun! (Bebel: Ihnen ahme ich nie nach!) Dann lassen Sie es bleiben, das wird nur Ihr Schaden sein. (Lachen. — Bebel ruft: Wir reden später noch darüber und auch über andres.) Ja, so viel und über was Sie wollen. Also selbstverständlich mit Bebels und Singers Zustimmung ging ich in die Redaktion der „Volks-Zeitung" und ließ mich bei dem mir ganz unbekannten Mehring anmelden; ich sprach mit ihm, überbrachte ihm die Einladung, die er natürlich strahlenden Antlitzes annahm, denn er war nun moralisch gerettet. Aber Bebel hat sich noch in einem andren Punkte bemüht, meine Wahrhaftigkeit und meine Genauigkeit in der Darstellung der Tatsachen zu erschüttern. Er behauptet, das, was ich hier mitgeteilt habe, sei falsch, nämlich daß mir die Artikel des Franz Mehring in der „Gartenlaube" und die Erklärung Hasenclevers neu gewesen seien. (Bebel: Auch das ist richtig!) Bebel korrigiert mich, er gesteht zu, daß mir die Rede Hasenclevers unbekannt war. (Bebel: Das habe ich gestern schon gesagt.) Redner verliest die betreffende Stelle der Bebelschen Rede. Ich kannte also, sagt Bebel, Mehrings Artikel. Mag sein, er hat ja unzählige geschrieben. Ich mag viele gelesen haben, von denen ich gar nicht wußte, daß sie von Mehring herrührten; er schrieb ja für alle Zeitungen der verschiedensten Parteien zugleich. Welche

Broschüren Bebel meint, weiß ich nicht, Mehring hat ja verschiedenartige Broschüren geschrieben, für die Partei und gegen die Partei. Wenn er die Schandschrift gegen die Sozialdemokratie meint, diese kannte ich allerdings. Wie sollte ich denn zu seiner Rettung gekommen sein, wenn ich diese Schrift nicht gekannt hätte, das wäre ja ganz unlogisch. (Bebel: Jetzt habe ich Sie angenagelt!) Nageln Sie mich an, soviel Sie wollen. (Bebel: Sie sind hereingefallen.) Genosse Bebel, stören Sie mich nicht allzu sehr. Jetzt habe ich das Wort. Es wäre also unlogisch, was ich getan hätte, wenn ich die Schandschrift des Franz Mehring nicht gekannt hätte. Ich wußte weiter, daß alle möglichen Gerüchte über Franz Mehring in Kurs waren. Es hieß, daß der Verfasser der Schandschrift gegen die Sozialdemokratie der Partei früher nahe gestanden habe. Es war das Gerücht verbreitet, daß die anonyme Broschüre: „Herr Treitschke der Sozialistentöter", die mich als jungen Studenten begeistert hat, in einem solchen Brustton heiligster Ueberzeugung war sie geschrieben, von demselben Franz Mehring herrührte, der dann selber Sozialistentöter wurde. Genosse Auer wird es mir bezeugen, daß er mir vor drei Jahren, als ich ihn fragte, ob es sicher sei, daß diese Broschüre von diesem Mehring herrührte, erst gesagt hat: Ja, es ist notorisch. So steht es mit meiner Kenntnis der Dinge. Was ich behauptet habe, war dies: daß ich natürlich die Vergangenheit dieses Franz Mehring kannte, daß ich aber nicht die ganze Vergangenheit gekannt habe und daß ich, wenn ich sie genau gekannt hätte, nie meine Hand dazu geboten hätte, diesen Franz Mehring aus dem Schlamm herauszuziehen. Das habe ich gesagt und Bebel hat nicht bewiesen, daß meine Aeußerungen nicht auf voller Wahrheit beruhten. Ich behaupte, daß ich die Artikel der „Gartenlaube" und die Rede Hasenclevers erst vor einigen Monaten kennen gelernt habe. Der Genosse, der mich darauf aufmerksam gemacht hat, ist hier im Saale. Wenn es gefordert wird, erwarte ich, daß seine Loyalität ihn veranlaßt, sich zu nennen. (Ruf: Warum diese Geheimniskrämerei! Mehrfache Rufe: Kürzer!)

Singer: Fahren Sie fort.

Braun (fortfahrend): Nun sagte Bebel und auch Kautsky wandte mir ein: Dieser Braun hat sich nicht nur um die Rettung Mehrings bemüht, er hat ihn auch als Mitarbeiter der „Neuen Zeit" empfohlen. In der Tat: ganz richtig! Weshalb habe ich ihn in diese Beziehungen gebracht? Don Quixoterie spielte mit, überspanntes Gerechtigkeitsgefühl, aber das nicht allein. Ich sagte mir: Das ist nach seiner Begabung ein Publizist ersten Ranges. Das ist ein Mann, der die Fäden mit der Sozialdemokratie wieder anzuknüpfen sich bemüht, die er in frivolster, niederträchtigster Weise zerrissen hat. Warum sollen wir ihn nicht gewinnen, wenn er jetzt mit uns den Kampf gegen die Gegner führt? Da dürfen wir ihn zum Mitarbeiter der „Neuen Zeit" machen.

Aber wenn Kautsky sich erinnern und aufrichtigerweise seine Erinnerungen mitteilen will ... (Stürmische Unterbrechungen. Rufe: Unterstellung!) Ach, Genosse Stadthagen, Sie brauchen sich doch nicht zum Anwalt von Kautsky zu machen! (Rufe: Aufrichtig? Kautsky und andre: Das war eine Unverschämtheit! Ruf: Skandalmacher!) Das ist von Dir eine Unverschämtheit, Kautsky. (Große Unruhe. Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Ich bitte, die Zwiegespräche jetzt zu unterlassen.

Braun (fortfahrend): Wenn sich Kautsky erinnern will, so wird er uns mitteilen, daß ich im Laufe der Jahre mündlich wie schriftlich wiederholt ihm gesagt habe: Gewiß, Mehring ist ein schätzbarer Mitarbeiter und jeder Redakteur täte gut, ihn zu beschäftigen, aber ein Redakteur muß ihn auch in den richtigen Grenzen halten. Ich habe diese Mahnungen in letzter Zeit zu wiederholen aufgehört, weil sie fruchtlos waren. Kautsky hat Mehring nicht nur ganz zügellos walten lassen, nein, er hat ihm die „Neue Zeit" geradezu ausgeliefert. Mehring kann in der „Neuen Zeit" sagen und schreiben, was er will. Das ist, was meiner

Meinung nach unerlaubt ist. Ich habe Kautsky wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß ich es nicht für wünschenswert halte, dem Mehring solche Latitude zu gewähren.

Singer: Ich kann keinen Zusammenhang mehr zwischen diesen Ausführungen und dem Thema erkennen. (Lebhafte Zustimmung.) Es handelt sich um die Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse und nicht um die Tätigkeit Mehrings an der „Neuen Zeit". (Sehr richtig!)

Braun (fortfahrend): Ich möchte dagegen einwenden, daß mir von Bebel und Kautsky der bestimmte Vorwurf gemacht worden ist, daß ich Franz Mehring zur Mitarbeit an der „Neuen Zeit" empfohlen habe.

Singer: Die Zurückweisung dieses Vorwurfs ist Ihnen gestattet, aber eine Kritik der Mehringschen Tätigkeit an der „Neuen Zeit" steht nicht im Zusammenhang mit dem Thema. (Sehr richtig!)

Braun: Dann gehe ich darüber hinweg. Ich habe Bebel wiederholt gesagt, daß ich es nicht für wünschenswert halte, daß Mehring ein so präponderierender Einfluß in der Parteipresse und in der Literatur gewährt wird. Bebel wird sich erinnern, wie eindringlich ich ihm gesagt habe, daß es dem Gefühl der Parteigenossen widerspricht — und Victor Adler hat sich in seiner Kritik des „Nachlasses" in der „Wiener Arbeiterzeitung" ähnlich geäußert — daß gerade dieser Franz Mehring der Herausgeber des Nachlasses von Marx und Lassalle geworden ist. Es giebt wohl keine Parteigenossen, es giebt wohl keinen Bernstein oder Conrad Schmidt, die die Arbeit auch hätten leisten können? Nein, es mußte dieser Franz Mehring sein. Ich schließe; alles das, was Bebel gesagt hat, kann nichts an dem vernichtenden Urteil über Mehring ändern, das hier abgegeben worden ist. Mehring steht am Pranger, und Bebel wird sich vergeblich bemühen, ihn von dort wieder herunterzuholen. (Sehr richtig!) Es sind weiter zahlreiche Angriffe gegen mich gerichtet worden, nicht ernsthafte, aber perfide. Ulrich hat sich in sehr deutlicher Weise, wenigstens für denjenigen, der die Dinge kennt, dagegen gewendet, daß die Parteigenossen von Frankfurt-Lebus nicht den alten Theodor Metzner, sondern mich als Reichstagskandidaten aufgestellt haben. (Rufe: Lauter!) Wie verhält es sich damit? Eine Parenthese: Stadthagen sagte gegen mich: Dieser Mann ist bekannt, wenn er sich vorstellt. Wie weit ich bekannt bin, lasse ich dahingestellt. Stadthagen fehlt die Kompetenz und die Unparteilichkeit zum Urteil. Nur so viel will ich sagen und Auer wird es mir bezeugen, daß er und Liebknecht mir schon vor 15 Jahren eine Kandidatur angeboten haben für Leipzig-Land . . .

Singer: Auch diese Ausführungen stehen nicht im Zusammenhang mit dem Thema. Ueber die Kandidatenaufstellung kann bei einem andren Punkt, z. B. Parlamentarisches, gesprochen werden. (Rufe an Braun: Schluß!)

Braun: Dann komme ich dort darauf zurück. Stadthagen oder Hoffmann . . . die beiden sehen sich zum Verwechseln ähnlich, nicht dem Aeußern, sondern dem Wesen nach (Heiterkeit), haben gemeint, wenn meine Wähler den Briefwechsel mit dem Parteivorstand kennen gelernt hätten, so würden sie mich und die andren Genossen Göhre und Heine noch einmal in Bezug auf ihre Geeignetheit zur Kandidatur ins Auge gefaßt haben. Ich stelle fest, daß diese Hetze gegen mich zu der regelmäßigen Tätigkeit Stadthagens gehört, so oft er sich mit den Angelegenheiten des Wahlkreises Frankfurt-Lebus beschäftigt. Genosse Hoffmann hat versucht, die Wochenschrift, die ich herausgeben will, im Voraus dadurch zu kompromittieren, daß er erzählte, ich hätte einen Gönner gefunden und daraufhin die Zeitschrift gegründet. Ich stelle fest: ich habe keinen Gönner, und ich stelle es Hoffmann anheim, im Register des Berliner Amtsgerichts sich zu informieren, wie die finanzielle Grundlage der Wochenschrift beschaffen ist. Ich habe den Eindruck, daß Ihnen selber, ebenso wie mir die lange Ausspinnung dieser unerquicklichen Debatte auf das äußerste zuwider ist. (Sehr richtig!)

Deshalb will ich auf die vielen andern Angriffe schweigen und zum Schlusse kommen. Nach meiner Ueberzeugung ist das Resultat dieser Debatte dies, daß die Differenzen in der Hauptsache beigelegt sind. Bernhard hat ehrlich und unumwunden erklärt, daß er mit seinem Artikel „Parteimoral" einen nicht zu wiederholenden Fehler gemacht hat. Die Mitarbeit an der „Zukunft" wird er aufgeben. Wie wir schon vorher, hat es auch Göhre getan und andre werden folgen. Das geschieht nun keineswegs, wie es in der uns feindlichen Presse dargestellt werden wird, weil wir auf Befehl Bebels einschwenken wie die Unteroffiziere. Bebel ist der erste Mann in der Sozialdemokratie. Aber die Sozialdemokratie stellt eine freie Republik der Geister dar (Zuruf: Aber nicht der Schwarmgeister!), vorläufig eine Republik ohne den Großherzog an der Spitze. (Heiterkeit.) Wenn wir zu einer einmütigen Auffassung kommen, so deshalb, weil für uns die Parteipflicht höher steht als das persönliche Interesse. Und weil dies nicht nur in diesem, sondern in jedem andren Fall zu Tage treten wird, deshalb bestreite ich auch die Behauptung Bebels, daß in der Partei Uneinigkeit herrscht. Weniger noch als das Meer in seinen Tiefen aufgewühlt wird, wenn ein leichter Wind seine Oberfläche kräuselt, weniger noch wird die Masse der Parteigenossen in ihrer Tiefe berührt durch derartige Streitigkeiten. Die Partei steht ausnahmslos auf dem gleichen Boden. Auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung fußend, sieht sie im Klassenkampf das vorwärtstreibende Mittel und in der sozialistischen Gesellschaftsordnung das richtunggebende Endziel. Wegen dieser Einmütigkeit und Einheit der Ueberzeugungen sind die künstlich aufgebauschten Gegensätze zwischen Revisionisten und Radikalen auch nichts als oberflächliches Wellengekräusel. Ich für mein Teil und ich glaube, unter 100 000 Genossen sind es mindestens 99 000, ich bin weder Revisionist noch Radikaler, weder Bernsteinianer noch Kautskyaner, sondern ein Sozialdemokrat, der mit Leib und Seele auf dem Boden des Programms steht, oder um Bebels Wort zu gebrauchen: Sozialdemokrat mit Haut und Haaren. Und nichts ist sehnlicher zu wünschen, als daß wir über diese künstlichen Gegensätze hinwegkommen zu einheitlicher kraftvoller Aktion. Und wenn diese Verhandlung trotz ihrer Unerquicklichkeit hierzu beitrug, wird sie auch nicht ganz umsonst gewesen sein!

Singer: Es sind fünf Anträge auf Schluß der Diskussion eingegangen. Einer dieser Anträge enthält die Bemerkung, daß auch nach Schluß der Debatte dem Genossen Mehring noch das Wort erteilt werden soll. Ich hatte bereits dem Genossen Mehring gesagt, daß, wenn, bevor er nach der Rednerliste herankäme, etwa die Debatte geschlossen werden sollte, ich beim Parteitag um die Erlaubnis nachsuchen würde, ihm noch das Wort zu erteilen. Ich darf wohl annehmen, daß auf jeden Fall dem Genossen Mehring noch das Wort gegeben werden soll.

Für Schluß der Debatte spricht

Krüger-Dresden: Ich unterschätze nicht den Wert dieser Diskussion, aber nachdem wir schon zweiundeinenhalben Tag hierüber sprechen, ist es doch wohl dringend notwendig, daß wir damit abbrechen. Der Parteitag ist nicht dazu einberufen, um nur Akademikerdebatten zu führen. (Sehr richtig!) Die Parteigenossen im Lande erwarten, daß auch ihren Anträgen die genügende Beachtung geschenkt wird.

Gegen den Schluß der Debatte nimmt das Wort

Katzenstein: Wir alle sind darüber einig, daß die Länge dieser Diskussion unerfreulich ist. Nun aber steht eine Frage zur Entscheidung, die in den Debatten dieser Tage am allerwenigsten behandelt worden ist. Wir haben uns bisher hauptsächlich mit persönlichen und damit zusammenhängenden politischen Fragen befaßt. Wir sollten aber auch eine kurze Zeit darauf verwenden, die Frage, um die es sich eigentlich handelt und die die materielle Existenz sehr vieler Parteigenossen

berührt, zu behandeln. Ich möchte bitten, daß eventuell nur noch solche Redner sprechen, die materiell etwas in der Sache zu sagen haben.

Singer: Solche Vorschriften können wir natürlich nicht machen.

Der Schluß der Diskussion wird angenommen.

Singer: Es ist mir für den Parteitag eine Zuschrift des Genossen Jäckh, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung" zugegangen, mit der Bitte, sie zur Kenntnis des Parteitags zu bringen. Jäckh knüpft an die Bemerkung des Genossen Fischer-Dresden an, die dahin ging, daß der zweite Redakteur der „Leipziger Volkszeitung", nachdem er längere Zeit Redakteur an sozialdemokratischen Blättern gewesen wäre, als freier Schriftsteller an bürgerlichen Blättern gegen die Parteigenossen geschrieben habe. Jäckh stellt diese Auffassung insoweit richtig, daß er zu dieser Zeit für eine im Verlag und unter der Redaktion eines Bruders in Stuttgart erscheinende Wochenschrift Leitartikel im revisionistischen Sinne geschrieben habe, was von einer Reihe von Genossen, die diese Artikel gelesen haben, ihm gegenüber lobend anerkannt worden ist, und er teilt weiter mit, daß einige dieser Artikel im „Karlsruher Volksfreund", also einem Partei-Organ, zum Abdruck gebracht worden sind.

Es ist mir ferner ein Brief des Herrn Maximilian Harden zugegangen. Da er an die Loyalität des Parteitags appelliert, ihn als Angegriffenen, aber Abwesenden die Möglichkeit zu geben, einige der vorgekommenen Dinge richtig zu stellen, so halte ich es für richtig, diesen Brief zur Kenntnis des Parteitags zu bringen, damit der Parteitag volle Kenntnis aller vorgekommenen Dinge erlange. — Danach wird Mehring das Wort bekommen, dann hat nur noch der Berichterstatter das Schlußwort. Vorher kommen die persönlichen Bemerkungen. Der Brief lautet:

„Grunewald-Berlin, 15. 9. 1903.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Aus dem heutigen „Vorwärts" entnehme ich, daß der Parteitag, dem Sie präsidieren, sich mit meiner Wochenschrift und meiner literarischen Tätigkeit beschäftigt hat. Ich habe auf allgemeine Urteile und Verdächtigungen hier nicht einzugehen und halte mich nur an die paar konkreten Behauptungen, die im Laufe der Debatte — soweit sie mir bekannt sind — aufgetaucht sind.

1. Ich soll die „russischen Freiheitskämpfer geschmäht haben". Die Behauptung ist unwahr. Ich habe nie über die so bezeichneten Männer und Frauen ein Urteil gefällt. Der Tatbestand ist folgender: Vor $10^1/_4$ Jahren hat Professor Dr. Wilhelm Jöst in der „Zukunft" einen Artikel veröffentlicht, dessen Inhalt ich nach dem Programm meiner Zeitschrift mir so wenig anzueignen hatte, wie den Inhalt der von Konservativen, Kathedersozialisten, Sozialdemokraten oder Anarchisten in der „Zukunft" veröffentlichten Artikel. Professor Jöst hatte Sibirien bereist, beherrschte das sibirische Material und war mir um so unverdächtiger, als sein Buch über Sibirien, wie das Kennans, in Rußland verboten war.

Ob das, was er schrieb, objektiv richtig war, weiß ich nicht, denn ich kenne Sibirien nicht. Auch dieser Professor hat aber nicht, wie behauptet wird, die „politischen Verbrecher" Rußlands in Bausch und Bogen beschimpft. Er schreibt:

„Jedermann, der einmal in Sibirien war, weiß, daß jeder gemeine Verbrecher (Räuber, Aufschlitzer, Muttermörder, Falschmünzer usw.) sich stets als „Politischer" bezeichnet."

Und danach erst:

„Wer sind denn Kennans „sympathische politische Freunde"? Ganz gemeine Meuchelmörder, Spitzbuben, Räuber, Diebe, Protistuierte und Zuhälter!" („Zukunft" vom 22. Juli 1893.)

Erstens also handelt es sich um einen Artikel, für dessen Inhalt ich nur preßgesetzlich die Verantwortung trug; zweitens unterschied Professor Jöst scharf zwischen wirklichen „politischen Verbrechern" und gemeinen Verbrechern, die sich für „Politische" ausgeben, und nur dieser letzteren nicht politischen Gruppe konnten natürlich die Worte „Diebe", „Zuhälter" usw. gelten.

2. Ich soll geschrieben haben, die Sozialdemokraten hätten den Reichstag in eine „Kutscherschwemme verwandelt". Die Behauptung ist unwahr. Auf der neunten Seite eines von mir geschriebenen Artikels steht der Satz: „Flackern sie Dir denn, wird mancher wohl fragen, noch nicht hoch genug — noch immer nicht, trotzdem der Reichstag von den Genossen zur Kutscherschwemme erniedert ist. („Zukunft" vom 13. Dezember 1902.) Unzweideutig ergiebt der Zusammenhang, daß „mancher", der „fragt", aber nicht meine Ansicht teilt.*)

Daß solches Urteil, wie ich es „manchen" aussprechen lasse, in der Zeit der Obstruktion wirklich geäußert wurde, wird Ihnen nicht unbekannt geblieben sein; übrigens führe ich im selben Artikel gleich danach ein Beispiel an. Ueber die Tendenz meines Artikels orientiert Sie, sehr geehrter Herr Abgeordneter, vielleicht der eine Satz, den ich hier anführen will: „Der wütendste Bourgeois müßte zugeben, daß keine uns bekannte politische Organisation je einer Klasse so schnell und so wesentlich genützt hat wie den deutschen Arbeitern die Sozialdemokratie."

Ueber die bei schlechten Staatsanwalten und unfähigen Polizeiministern beliebte Methode, auf herausgerissene, im wesentlichen entstellte oder auch wissentlich gefälschte Sätze ein Urteil zu bauen, habe ich hier nichts zu sagen. Da ich aber annehmen möchte, daß der Parteitag die Wahrheit erkennen und daß sein Präsident Abwesende vor ungerechter Beschimpfung schützen will, habe ich mir erlaubt, Ihnen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, das die zwei faßbar vorgebrachten Behauptungen widerlegende Material zugänglich zu machen.

In vorzüglicher Hochachtung

Harden."†)

*) Meine eigne Ansicht, mein persönliches Urteil über die so viel getadelten Lärmszenen (die auch mir nicht gefielen) hatte ich acht Tage vorher schon ausgesprochen:

„Solche Auftritte haben sich in Westminster und im Palais Bourbon oft wiederholt und kein sichtbarer Grund konnte sie uns, nur gerade uns ersparen. Unter den 58 sozialdemokratischen Abgeordneten sind mindestens 30, die aus dem Maschinensaal und dem Handwerk kommen und deren natürliche Temperamentskraft nie in straffer Salonzucht gebändigt wurde; daß sie sich fast immer artig zeigen, daß sie manchmal die Konvention brechen, sollte ein Gegenstand bourgeoisen Staunens sein." („Zukunft" vom 6. Dezember 1902.)

---

†) Gegen diesen Brief Hardens veröffentlichte Genosse Kautsky in Nr. 222 des „Vorwärts" (23. September) nachstehende Erklärung:

Herr Harden sandte dem Parteitag eine Erklärung ein, in der er unter anderem gegen mich den Vorwurf erhob, ich hätte den Joestschen Artikel falsch zitiert. Als die Erklärung vorgelesen wurde, hatte ich den betreffenden Artikel schon aus der Hand gegeben, da ich nicht erwartete, er werde noch einmal auf dem Parteitage zur Sprache kommen. Ich war daher nicht in der Lage, sofort den genauen Wortlaut der von mir zitierten Stellen anzugeben und mußte schweigen. Später aber wurde meine Aufmerksamkeit durch wichtigere Angelegenheiten von dem Gegenstande abgelenkt.

Jetzt habe ich aber erfahren, daß manche bürgerlichen Blätter die Erklärung des Herrn Harden ernsthaft genommen haben und in dem Fehlen einer Gegenerklärung das Eingeständnis der Richtigkeit der Hardenschen Darstellung gesehen haben.

Ich glaube, es liegt nicht bloß in meinem persönlichen Interesse, sondern ebenso sehr in dem der Partei, wenn auch nicht die leiseste Möglichkeit für die Annahme übrig bleibt, als hätten wir so schwere Vorwürfe, wie sie gegen Harden geschleudert wurden, leichtfertig oder gar mit mala fides erhoben.

Harden schreibt in seiner Erklärung über den Artikel des Professor Joest:

„Dieser Professor hat nicht, wie behauptet wird, die „politischen Verbrecher" Rußlands in Bausch und Bogen beschimpft. Er schreibt:

„Jedermann, der einmal in Sibirien war, weiß, daß jeder gemeine Verbrecher (Räuber, Aufschlitzer, Muttermörder, Falschmünzer usw.) sich stets als „Politischer" bezeichnet."

Und danach erst:

Mehring: Am vorigen Sonnabend erhielt ich von mehreren Genossen die Nachricht: „Kommen Sie nach Dresden; es wird ein großer Coup gegen Sie geplant!“ (Unruhe). Dieser Coup hat sich enthüllt als einer jener Ueberfälle, die bisher ein unbeneidetes Vorrecht literarischer Bourgeoisiekreise waren, einer jener Ueberfälle, für die aus sicherem Hinterhalt wochen- und monatelang die Waffen geschmiedet worden sind, um einen wehrlosen Mann zu erschlagen. (Zurufe: Oho! Wehrlos!?) Ich nenne mich nicht in sentimentalem Sinne einen Wehrlosen, aber ich bin wehrlos in zweierlei Beziehungen. Seit Wochen und Monaten

---

„Wer sind denn Kennans „sympathische Freunde“? Ganz gemeine Meuchelmörder, Spitzbuben, Räuber, Diebe, Prostituierte und Zuhälter!“ („Zukunft“ vom 22. Juli 1893.)

Professor Joest unterschied scharf zwischen wirklichen „politischen Verbrechern“ und gemeinen Verbrechern, die sich für „Politische“ ausgeben, und nur dieser letzteren nicht politischen Gruppe konnten natürlich die Worte „Dieb“, „Zuhälter“ usw. gelten.“

So Herr Harden und nun einige längere Zitate aus dem Artikel „Sibirien“ („Zukunft“, 1893), aus denen der Leser selbst entnehmen mag, ob Herr Joest nur von gemeinen Verbrechern spricht, die sich politische nennen, oder nicht auch von politischen, die er gemeine nennt.

Joest wendete sich in dem Artikel gegen die Schilderungen, die Kennan damals über die Greuel des sibirischen Gefängnislebens veröffentlichte und die in der ganzen civilisierten Welt, auch in nichtsozialistischen Kreisen den tiefsten Eindruck machten, zum großen Verdruß des Zarentums. Joest versuchte in der „Zukunft“ die Glaubwürdigkeit dieser Schilderungen zu erschüttern und bemerkte unter anderem:

„Durch den steten verbotenen und dadurch reizenden und aufregenden Umgang mit Verbrechern der gefährlichsten Art wird Kennan im Laufe seiner Artikel ein dermaßen verbitterter und verbissener Anarchist, daß man ihm den Strick oder zehn Jahre seiner selbstgeschilderten Gefängnisjahre wünschen möchte, wenn man nicht wüßte: er meint es gewiß nicht so böse. Die Folgen seiner Darstellungen kümmerten ihn nicht. Seine Leser mögen später Zarenmörder, Bombenschmeißer, Dynamitbuben oder Petroleusen werden — das wird ihm ungemein gleichgültig sein.

Dennoch aber finde ich es vor allem in hohem Maße beklagenswert, daß Kennan seinen Lesern die Scheidung zwischen politischen und gemeinen Sträflingen ungemein schwer macht. Er wirft sie ganz bunt durcheinander. Der Leser kann sich hierin ganz entschieden nicht zurechtfinden, er wird nie wissen, von wem die Rede ist, ob von einem politischen oder gemeinen Verbrecher.

Hierzu muß noch ein Wort bemerkt werden: Kennan sympathisiert mit den „Politischen“ der allergemeinsten Art, deren feige Verbrechen er beschönigt und entschuldigt, in solchem Maße, daß er allmählich auch im Leser die Anschauung aufkeimen läßt, als ob schon allein in der bloßen Bestrafung eines Politischen von seiten der russischen Regierung ein Unrecht begangen würde.“

Nun kommt der von Harden zitierte Satz:

„Wer sind denn seine „„sympatischen politischen Freunde““? Ganz gemeine Meuchelmörder, Spitzbuben, Räuber, Diebe, Prostituierte und Zuhälter!“

Hier las leider Herr Harden nicht mehr weiter. Wir haben aber keine Ursache, hier abzubrechen:

„Aber Herr Kennan weiß jedem ein schönes Mäntelchen umzuhängen. Der Lump, der den Zaren gemordet hat, der Eisenbahnzüge zur Entgleisung bringt oder Stadtviertel (sic!) in die Luft sprengt, nur um den Kaiser oder einen seiner Stellvertreter zu vernichten — der ist ihm ein sympathischer „„Politischer mit liberalen Anschauungen““; die sich mit jedem Gesinnungsgenossen prostituierende Studentin, die Kassen erbricht, Geld stiehlt, um davon ihren Zu-

ist bis auf 25 Jahre zurück aus allen Ecken und Winkeln das Material zusammengeschleppt worden, um mich zu verdächtigen; darauf kann ich das Gegenmaterial nicht in ein bis zwei Tagen beschaffen. Ferner läßt sich in einer Minute mehr Klatsch zusammentragen, als sich in einer Stunde widerlegen läßt, und wenn ich auf alles erwidern wollte, was in diesen Tagen gegen mich vorgebracht worden ist, so müßte ich die Zeit des Parteitages zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen. Ich werde aber auf jeden Punkt der vorgebrachten Anklagen antworten, ich werde die Verleumdungen niederschlagen, dieselben, die ich schon in meinen Broschüren gegen Harden und in „Kapital und Presse" niedergeschlagen habe — denn es sind

---

hältern Schnaps und Cigaretten zu kaufen, sie wird unter Kennans Feder zu einem „„sympathischen Opfer russischer Tyrannei"". (S. 158, 159.)

„Kennan kann nicht genug Worte des Spottes für den Zaren und die russische Regierung finden, die sich vor diesen zarten Schulmädchen fürchten und diese „„harmlosen Kinder"" aus der Umgebung, die sie verpesten, nach Sibirien verbannen. Er weiß wohl nicht, oder vielmehr er will wohl nicht wissen, daß auch die Jüdin Jessy Helfmann, die durch ihr bekanntes Winken mit dem Taschentuch zur direkten Mörderin des Zaren Alexander II. wurde, ebenfalls kaum 18 Jahre alt war und leider darum nicht aufgehängt wurde, weil sie schwanger war. Aber für Kennan ist sie eine Heldin, wie alle die anderen „„zarten Mädchen von 18 bis 25 Jahren"", die er für Lehrerinnen in einer Sonntagsschule oder schüchterne Zöglinge einer weiblichen Bildungsschule gehalten hätte, die nichts anderes verbrochen haben, als „„in den letzten 15 Jahren tätigen Anteil an den schrecklichen Tragödien in Petersburg, Moskau, Kiew und Odessa zu nehmen"" — also Mörderinnen, Dynamitarden, Giftmischerinnen, Diebinnen, kurz, Verbrecherinnen der allergemeinsten Sorte. (S. 163).

Wie sagt Herr Harden in seinem Artikel über den ersten Tag des Parteitages? „Ich möchte ein bißchen vomieren." Damals, vor zehn Jahren, vomierte er nicht, als er diese „Schlammflut persönlicher Schimpfereien" über die erhabensten Helden und Duldner publizierte.

Nur noch ein Zitat zur Kennzeichnung dieses Artikes:

„Ich kann hier vielleicht noch erwähnen, daß der größere Teil der politischen Verbrecher beiden Geschlechts, mit denen Kennan sich anfreundete und die ihm „„ihre Lebensgeschichte erzählten"", Juden waren, eine Tatsache, die Kennan merkwürdigerweise nie erwähnt. Die Nihilisten rekrutieren sich bekanntlich vorwiegend aus jüdischen Studenten- und Verbrecherkreisen. (S. 164.)

Diese Zitate lassen wohl keinen Zweifel mehr daran, daß jedes Wort, das ich über den Artikel und seinen Herausgeber sagte, wohl berechtigt war und daß eine eiserne Stirn dazu gehört, dem Parteitage zu erzählen, der Joestsche Artikel schmähe nicht die russischen Freiheitskämpfer.

Herr Harden erweist sich aber als ebenso tapfer wie wahrheitsliebend, wenn er jetzt jede andere als die preßgesetzliche Verantwortung für diesen Artikel ablehnt. Als ob es für derartige Artikel nicht auch eine moralische Verantwortung gäbe, als ob es nicht für alle Menschen verbindliche sittliche Regeln gäbe, die es einfach jedem ehrlichen und anständigen Menschen verbieten, die Opfer politischer Verfolgungen, welcher Partei immer sie angehören, zu schmähen oder zu ihrer Beschimpfung beizutragen.

Aber in diesem Fall kann überdies erwiesen werden, daß die Herren Joest und Harden Gesinnungsgenossen waren — wenn man das Wort „Gesinnung" in diesem Zusammenhang brauchen darf. In einer Fußnote auf S. 157 bemerkt Joest bewundernd: „Harden war der erste und bisher einzige deutsche Journalist, der den Mut hatte, dem Fetisch Kennan die bis dahin üblichen Ehren zu verweigern."

Trägt Herr Harden auch für diesen Satz nur die preßgesetzliche Verantwortung?

Ich denke, seine ganze Berichtigung ist nur ein neuer Beleg dafür, daß ein Sozialdemokrat mit Herrn Harden keinerlei Gemeinschaft haben kann.

Friedenau, 21. September. K. Kautsky.

ja dieselben alten Geschichten (Sehr richtig!), dieselben Niederträchtigkeiten, die von andern schon früher vorgebracht sind, während die Leute, die sie jetzt vorbringen, vergessen haben, zu sagen, daß sie schon früher widerlegt worden sind. Ich werde darauf antworten, aber augenblicklich — — (Zuruf: Brief über Schoenlank!) Auch den Punkt mit Schoenlank, von dem Bebel sagte, er könne ihn mir nicht verzeihen, auch diesen Punkt habe ich in meiner Broschüre gegen Harden schon vor sechs Jahren aufgeklärt, und es ist einer Perfidie sondergleichen, wenn Bernhard es verheimlichte, daß ich die Sache schon aufgeklärt hätte. Ich habe zu niemandem ein Hehl daraus gemacht, daß ich vor mehr als 20 Jahren schwere, maßlose, ungerechte Vorwürfe gegen die Partei gerichtet habe. Wenn ich mich bei besserer Erkenntnis an die Partei herangedrängt hätte und die Partei mir erklärt hätte, sie wolle nichts von mir wissen, so hätte ich das vollkommen in der Ordnung gefunden. Ich habe mich aber nicht an die Partei gedrängt; ich habe noch keine einzige Zeile für die Partei geschrieben, zu der ich nicht von berufener Seite aufgefordert worden wäre. Wer meine Parteitätigkeit tadelt, der schlägt auf die ersten Partei-Institutionen, auf die oberste Parteibehörde, auf die Parteiverlage in Berlin, Leipzig, Dresden und Stuttgart, der schlägt auf den Parteivorstand, der mir den ehrenvollen Auftrag erteilt hat, den Nachlaß von Marx, Engels und Lassalle herauszugeben. Während ich also von berufensten Partei-Instanzen zu den ehrenvollsten Partei-Aufgaben berufen worden bin, tobt sich hier auf dem Parteitag seit drei Tagen ein Ueberfall ab, der an feiger, schmutziger Perfidie in der Geschichte der verfaultesten Gesellschaftsklasse seinesgleichen nicht hat und der nach den Erfolgen des 16. Juni diesen Parteitag diskreditiert, ich hätte beinahe gesagt, prostituiert! (Große Unruhe.) Ich erkläre deshalb hiermit, daß ich meine Tätigkeit für die „Neue Zeit" und die „Leipziger Volkszeitung" einstelle (Bravo!) bis die berufenen Partei-Instanzen, die die Anklagen gegen mich gehört haben und sie prüfen können, mich wieder dazu auffordern. (Lebhafter Beifall.)

Bömelburg: Sie haben vorhin beschlossen, in dieser Sache Schluß der Debatte zu machen und nur Mehring noch das Wort zu erteilen. Das ist eine neue Geschäftsordnungs-Praxis, nach einem Beschluß auf Schluß der Diskussion noch einem Redner das Wort zu gestatten. Dadurch wird die Debatte von neuem eröffnet; das widerspricht unsrer Geschäftsordnung. Mehring hätte warten müssen, bis die Reihe an ihn kam. Man darf hier nicht dem einen zu Gunsten des andern das Wort abschneiden.

Singer: Bömelburg hätte sich zur Geschäftsordnung melden müssen, als die Frage zur Verhandlung des Parteitags stand. Ich konstatiere aber, daß das, was Bömelburg als nicht verträglich mit der Geschäftsordnung hinstellt, zu wiederholten Malen und dem Gebrauch unsrer Parteitage entsprechend vorgekommen ist. Zweifellos kann jede Versammlung, soweit kein Widerspruch erhoben wird, von ihrer Geschäftsordnung abweichen. (Sehr richtig!) Hätte Bömelburg gegen die Abweichung von der Geschäftsordnung rechtzeitig Einspruch erhoben, so würde ich die Frage zur Abstimmung gebracht haben.

Bömelburg (zur Geschäftsordnung): Ich konstatiere, daß diese Geschäftspraxis, mag sie auch bisher schon auf Parteitagen vorgekommen sein, in der Arbeiterbewegung sonst nicht geübt wird und auch nicht maßgebend sein kann. Wenn jemand, der in der Debatte noch gar nicht gesprochen hat, nach Schluß der Debatte das Wort ergreift, so kann er ganz neue Dinge und neue Personen in die Debatte hineinziehen. (Unruhe.)

Singer: Auf diese Konsequenzen hätten Sie den Parteitag vorher aufmerksam machen sollen. Im übrigen, so sehr selbstverständlich unser Parteitag mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung identifiziert ist, so kann es sich doch der Parteitag so wenig wie jede Arbeiterversammlung nehmen lassen, ihre

Beschlüsse in Bezug auf die Geschäftsführung so zu fassen, wie sie es für richtig erachten. (Zustimmung.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Adolf Hoffmann-Berlin: Heinrich Braun warf mir vor, daß ich sowohl in Bezug auf seine Kandidatur wie auf die Zeitschrift welche er gründen will, etwas Ehrenrühriges von ihm behauptet hätte. Ich habe laut Bericht des „Vorwärts" gesagt: „Der Antrag sei den Wahlkreisen zur Berücksichtigung überwiesen — es handelte sich um den Antrag mehr Arbeiter als Kandidaten aufzustellen — leider haben die Wahlkreise den Antrag des Parteitages sehr wenig berücksichtigt, sondern sie waren nur zu geneigt, alte, verdiente Genossen herauszubringen und dafür Doktoren hineinzubringen." Ich habe in diesem Fall mit keiner Silbe Heinrich Braun erwähnt. Ich habe weiter gesagt mit Bezug auf neu zu gründende Zeitungen: „Die Genossen wollen ihre Artikel los werden, weil sie in der Parteipresse vielleicht keinen genügenden Absatz finden, wenden sie sich an gegnerische Blätter. Wenn man dann einen vermögenden Gönner findet, so gründet man eine neue Zeitung." Ich habe auch in diesem Punkt Heinrich Braun nicht genannt; er hat sich gemeldet; bei andrer Gelegenheit werde ich darauf eingehen. (Zuruf: Haben Sie ihn auch nicht gemeint?) Braun meinte ferner, ich sähe Stadthagen zum Verwechseln ähnlich, zwar nicht äußerlich. Ich sehe das als eine Schmeichelei an (Heiterkeit) und werde mich bemühen, es weiter zu sein; ich würde mich aber ganz energisch dagegen verwahren, Heinrich Braun ähnlich zu sein. (Heiterkeit.) Göhre meinte u. a., auch Hoffmann wolle ihn opfern. Ach nein, Genosse Göhre, als Opferlamm sind sie am allerungeeignetsten! (Göhre: Das glaube ich!) Ich stehe auf einem andern Standpunkt, und ich habe schon in Erfurt auf einem andern Standpunkt gestanden, also auch Göhre gegenüber. Das Opfern auf einem Parteitage hat keinen Sinn, das ist Sache der Kreise. Ich habe mit keiner Silbe ausgesprochen oder nur angedeutet, daß ich solche Opfer haben möchte. Es könnte Ihnen (zu Göhre) gefallen, Märtyrer zu spielen! Dazu sollen Sie aber nicht kommen. (Beifall). Es ist dann von Heine gesagt worden, ich hätte in meiner Rede Vorwürfe erhoben, die auf ihn nicht zutreffen. Er sagt, ich hätte ihm vorgeworfen, Artikel für gegnerische Blätter geschrieben zu haben. Der betreffende Satz lautet wörtlich: „Aber im allgemeinen nimmt die bürgerliche Presse vor allem solche Artikel auf, mittels derer man der Sozialdemokratie Knüppel zwischen die Beine werfen kann. Das ist der Kernpunkt. Durch diese Tätigkeit gewisser Auch-Genossen wird uns die Agitation ganz außerordentlich erschwert. Denken Sie mal darüber nach, wieviel Zeit wir in Agitationsversammlungen verschwenden müssen mit der Widerlegung von Verdrehungen, die uns mittels dieser Artikel entgegengehalten werden. Ich habe dann noch, was im „Vorwärts" nicht steht, gesagt: Landrätliche Kreisblätter schlachten diese Artikel nach allen Regeln der Kunst aus und tun noch ein übriges hinzu. Läßt sich einmal ein mutiger Gegner in unsren Versammlungen sehen, was bringen da diese Gegner immer zuerst vor? Die Artikel der Genossen Göhre, Heine, v. Vollmar usw. Aus dem Zusammenhang geht hervor, daß ich nicht das gemeint habe, was Heine hier anzieht. Dies geht schon daraus hervor, daß ich auch den Genossen Vollmar genannt habe. Ich weiß nicht ob Vollmar an gegnerischen Blättern mitgearbeitet hat — außer seiner Zeit an der „Revue bleue", jenem bürgerlichen französischen Organ, in dem er den bekannten Artikel über Staatssozialismus geschrieben hat; das ist aber schon sehr lange her. Ich habe mit den Artikeln auch nicht nur die gemeint, die an die bürgerliche Presse eingesendet werden, sondern vor allen Dingen auch die Artikel, die uns in Hannover so eingehend beschäftigt haben, die in den „Sozialistischen Monatsheften", abgelagerten Bernstein-Artikel usw. Diese sind in gegnerische Blätter, auch Kreisblätter, übernommen worden, und nicht nur die Artikel, nein, Genosse Heine, auch die Reden. Ich brauche bloß an die

Kanonen-Rede zu erinnern. Heine hat das Malheur wie Bernstein, immer mißverstanden zu werden. (Heiterkeit.)

Singer: Ich bitte, im Rahmen einer persönlichen Bemerkung zu bleiben.

Hoffmann: Ich gebe gern zu, daß mir nicht bekannt ist, daß Heine, so lange ich ihn kenne, an bürgerlichen Blättern mitgearbeitet hat. Ich habe damit die Artikel der „Monatshefte" und seine Reden treffen wollen. Wenn wir nachgraben wollten, wozu ich weder die Zeit habe, noch den Beruf in mir fühle, ich weiß nicht, ob aus seiner antisemitischen Zeit nicht noch Artikel zu finden wären.

Bernhard-Berlin: Ich weise auf das entschiedenste die Verdächtigung von Mehring zurück, daß ich irgend eine Verleumdung hier gegen ihn verbreitet hätte. Unter Verleumdungen versteht man Beleidigungen, die wider besseres Wissen vorgebracht werden, und mir solche Unterstellungen unterschieben zu wollen, muß ich mir auf das allerentschiedenste verbitten. Meine Hauptangriffe hätte Mehring sehr schnell widerlegen können. Ich habe erstens gesagt, daß Mehring heute noch genau so mit der Wahrheit umspringt, wie früher, indem ich gezeigt habe, daß in seinen Artikeln in der „Leipziger Volkszeitung" die Unwahrheit steht, und zweitens habe ich aus einem Brief von Mehring an Harden den Passus über Schönlank citiert. Das wird Mehring nicht ableugnen können, und gegenüber dieser Tatsache ist es ganz egal, ob — was ich nicht weiß — dieser Brief bereits veröffentlicht worden ist. Meines Wissens ist er nur angedeutet worden. Noch eine Bemerkung gegen den Genossen Bebel. Sie werden es mir glauben, wenn ich sage, daß gestern der schwerste Tag meines jungen Lebens gewesen ist. Ich hatte einen Artikel, den ich damals glaubte, so wie ich ihn aufgefaßt wissen wollte, vertreten zu können, hier widerrufen. Nach meiner Ansicht ist es Brauch, wenn man einen Artikel widerrufen hat, ihn aus der Diskussion zu lassen. Bebel hat aber . . .

Singer: Sie überschreiten den Rahmen einer persönlichen Bemerkung, Sie können sich gegen das wenden, was Bebel gegen Sie gesagt hat, aber eine Erörterung über das, was sich schickt, ist nicht zulässig.

Bernhard (fortfahrend): Bebel hat diesen Artikel zum Gegenstand einer Kritik gemacht, und nicht nur das, er hat auch meinen Widerruf kritisiert. Er hat von einem testimonium paupertatis gesprochen und gesagt: Wenn man einen Artikel schreibt, dann überlegt man ihn sicher vorher. Daß ich mir den Artikel überlegt habe, ist selbstverständlich, aber ich bin nachher durch reiflichere und längere Ueberlegung an der Hand dessen, was gegen mich veröffentlicht ist, zu der besseren Einsicht gekommen, die ich ehrlich vor Ihnen ausgesprochen habe. Bebel hat ferner angedeutet, als ob ich des schnöden Mammons willen für die „Zukunft" geschrieben hätte. Wer mich kennt, weiß, daß es nicht meine Art ist, gegen Geld auch nur das Leiseste zu tun, was ich mit meiner Ueberzeugung nicht glaube verantworten zu können. Wenn ich — ich will nicht einmal sagen gegen Geld käuflich wäre, aber allein auf das Geldverdienen ausginge, ich wäre nicht Sozialdemokrat. (Sehr richtig!) Ich könnte vielleicht das Doppelte und Dreifache verdienen, wenn ich nicht Sozialdemokrat wäre. Ich habe das gestern nicht vorgebracht, um nicht den Eindruck zu erwecken, als läge mir daran, meine Person in den Vordergrund zu rücken. Heute aber bin ich dazu gezwungen. Ich war jahrelang Handlungsgehilfe . . .

Singer: Ich kann nicht zugeben, daß im Rahmen einer persönlichen Bemerkung der Lebensgang irgend eines Genossen hier vorgetragen wird. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Bernhard (fortfahrend): Dann bitte ich um Ihre Ansicht darüber, ob es im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht gestattet ist, einen Verdacht zu widerlegen . . .

Singer: Sie haben ja schon erklärt, daß der Verdacht nicht gerechtfertigt ist.

Bernhard: Ich füge mich selbstverständlich dem Präsidenten, obwohl ich andrer Ansicht bin. Bebel hat die Mitarbeiter der „Zukunft" als moralisch tief gesunken bezeichnet. Man kann über ein Organ wie die „Zukunft" verschiedene Auffassung haben. Wenn auch manches Schlechte in der „Zukunft" steht, so hat dies Blatt doch in gewissen Fragen z. B. zum Löbtauer Urteil, zur Umsturzvorlage und zur Zuchthausvorlage eine solche Stellung eingenommen, daß ich glaubte, es sei mir möglich, an dem Blatte mitzuarbeiten. Sie haben nicht das Recht zu sagen, daß ich moralisch tief gesunken bin, Genosse Bebel. Dies Recht bestreite ich einem jeden, auch dem Genossen Bebel, dem ich meine Einführung in die Gedankenwelt des Sozialismus verdanke. Auch dem bestreite ich auf das entschiedenste das Recht, zu sagen, daß an meiner Moral auch nur der geringste Makel haftet. Wenn gesagt worden ist, daß die Karten, die wir hier ausspielen, von Harden gemischt sind, so erwidere ich: sie sind in Steglitz und Leipzig gemischt worden.

Bebel: Ich begreife es, daß Bernhard sich aufs heftigste gegen den Vorwurf verwahrt, daß er durch seine Mitarbeiterschaft an der „Zukunft" moralisch tief gesunken sei. Ich habe gestern ausgeführt, mir ist seinerzeit die Mitarbeiterschaft an der „Zukunft" angetragen worden, ich habe geschwiegen, und als Harden mich deshalb später angriff, hatte ich mittlerweile die Artikel „Sechseläuten" und „Die roten Primadonnen" gelesen, und da habe ich Harden geschrieben, ich halte es für eine Unverschämtheit sondergleichen mich aufzufordern an einem Blatte mitzuarbeiten, das die Partei, der ich angehöre, aufs schmählichste beschimpft in Artikeln, die von Ihnen selbst, Herr Harden, herrühren. Ich habe erklärt, daß ich das mit meiner Mannesehre und speziell mit meiner Partei-Ehre nicht vereinbaren könne. (Bravo!) Ich habe gestern auch andre Artikel hier angeführt, besonders den vom 22. November 1902, in dem eine gemeine und niederträchtige Kritik an der Haltung der Fraktion und der Partei in der Zolltariffrage geübt wurde. Und dann habe ich weiter hinzugefügt, wenn man auch annehmen könne, daß diejenigen, die in der letzten Zeit an der „Zukunft" gearbeitet haben, die Artikel von 92 und 93 nicht kannten, so könne man doch das nicht geltend machen für den Artikel vom 22. November 1902, und wer, nachdem er jenen Schmähartikel gelesen, noch weiter an der „Zukunft" mitarbeitet und das Geld von Harden annimmt, der ist nach meiner Meinung in seinem Ehrgefühl tief gesunken. (Lebhafte Zustimmung.) Sagen Sie, was Sie wollen, von dieser meiner Auffassung, die die ehrlichste von der Welt ist, nehme ich kein Wort zurück. (Lebhafter Beifall. Vereinzeltes Hört! hört!) Bernhard meinte, ich hätte ihm vorgeworfen, daß er wegen schnöden Mammons an der „Zukunft" gearbeitet hat. Er habe Gelegenheit, auf andre Weise weit mehr Geld zu verdienen, als bei der Sozialdemokratie. Ich kenne Bernhards Verhältnisse nicht, weiß aber, daß seine regelmäßigen Beiträge für die „Zukunft" selbstverständlich bezahlt werden. Ob er auch mitgearbeitet hätte, wenn er nicht bezahlt würde, das weiß ich nicht. Es ist ja möglich, daß noch andere Motive mitspielen, vielleicht das des Ehrgeizes, (Bernhard: O nein!) vielleicht fühlte er sich geschmeichelt, Mitarbeiter der „Zukunft" zu sein. Ich sage, ich weiß das nicht, aber jedenfalls war eins der Motive der Mitarbeiterschaft Geld zu verdienen. Bernhard meint, nachdem er seinen Artikel widerrufen hatte, sei es von mir unschön gewesen, noch weiter darauf einzugehen. Genosse Bernhard, zunächst ist es Sache des Redners, zu beurteilen, was er für angemessen erachtet, zu tun oder nicht zu tun. Sie haben aber offenbar überhört, daß ich gesagt habe, Anschauungen über Parteimoral, wie sie Bernhard veröffentlicht hat, sind in der Partei nicht vereinzelt vorhanden. (Zuruf: Bei Mehring!) Ich habe selbst gehört, führte ich aus, wie in früheren Jahren am Biertisch ähnliche Grundsätze ausgesprochen wurden, und von diesem Gesichtspunkt aus und weil ich weiß, daß diese Auffassung in Parteikreisen Bestätigung erfahren hat, daß Genossen sich geäußert hätten, sie teilten die Auffassung von

Bernhard über Parteimoral, waren meine Ausführungen ganz natürlich und gerechtfertigt. Ich habe weiter gesagt — und damit glaube ich das, was ich etwa an Bernhard durch meine Kritik gesündigt haben soll, in reichstem Maße wieder gut gemacht zu haben — ich habe gesagt, Bernhard habe sich hier ein Armutszeugnis ausgestellt, denn ein regelmäßiger Mitarbeiter der „Zukunft" überlegt sich seine Artikel, und wenn er sich nun nach einem so klaren Artikel hinstellt und sagt, den habe ich mir nicht überlegt, ich bedaure ihn, so darf ich wohl getrost von einem Armutszeugnis reden. (Sehr richtig!) Denn er hat einen Artikel geschrieben, über dessen Bedeutung er sich nicht klar war. (Sehr richtig!) Ich habe gesagt, wenn Bernhard hier vor dem Parteitage nicht sein Bedauern ausgesprochen hätte, dann würde ich als organisierter Genosse von Berlin II es für meine Pflicht erachtet haben, nach dem Parteitag seinen Ausschluß zu beantragen. Nachdem er aber den Artikel zurückgenommen, sei das hinfällig; ich werde diesen Schritt unterlassen. Ich glaube aber, daß ich Bernhard diejenige Genugtuung gegeben habe, die ich ihm unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt geben konnte. (Zustimmung.)

Nun zu Heinrich Braun! Da kann ich mich sehr kurz fassen; er hat heute in der gesuchtesten Weise, um mich milde auszudrücken, seinen Worten einen andern Sinn zu geben versucht als ich. Dabei ist aber doch dem schlauen Herrn das Malheur passiert, daß er genau das bestätigt, was ich gesagt habe. (Sehr richtig!) Ich habe heute um so weniger Veranlassung, meine gestrigen Ausführungen richtig zu stellen, als ich zu meiner großen Genugtuung konstatieren kann, daß dieser Teil meiner Ausführungen im „Vorwärts"-Bericht so klar wiedergegeben ist, daß sie einer nochmaligen Richtigstellung von meiner Seite nicht bedürfen. Wenn Braun fragt, welchen Artikel und welche Broschüren, die Mehring bis 1887 geschrieben hat, ich gemeint hätte, daß er sie kennt, so erwidere ich, daß ich so deutlich und so klar wie möglich — das geht auch wieder aus dem „Vorwärts"-Bericht hervor — die Artikel der „Gartenlaube" und „Die Geschichte der Sozialdemokratie" als solche bezeichnet habe, von deren Existenz und Inhalt im allgemeinen Heinrich Braun 1887, als er mir vorschlug, Mehring zu jenem Souper einzuladen, genaue Kenntnis hatte. Daß er damals die Rede von Hasenclever aus dem Jahre 1881 kannte, war vielleicht nicht der Fall. Darüber rede ich nicht. Weiter habe ich ausgeführt, daß er die Stelle, die er aus dem Artikel der „Gartenlaube" verlas, nicht mehr im Gedächtnis hätte oder auch sie nicht gelesen hätte, aber, sagte ich, daß die Handlungsweise von Mehring gegen die Partei, die „Gartenlauben"-Artikel und die Parteigeschichte ihm genau bekannt waren, ist zweifellos, und ist auch heute von ihm zugegeben. Damit ist alles das bestätigt, was er erst bestritten hat. Nun sagt er weiter — und da beruft er sich anscheinend auf eine Erklärung von Mehring selbst — er sei zu Mehring gegangen, um ihn „in meinem Auftrage" einzuladen. Genossen, wie sollte ich dazu kommen . . . (Braun ruft: Das habe ich ja korrigiert und gesagt: Mit Ihrer Erlaubnis!) Also: Sie kamen damals zu mir und sagten (dem Sinne nach): Ich weiß ja, was Mehring gegen unsre Partei verbrochen, aber ich weiß auch — und Sie wissen es erst recht — was er seitdem für die Partei getan hat, in den schwersten Zeiten des Sozialistengesetzes, sobald er einsah, daß er unrecht hatte und soweit es ihm in bürgerlichen Blättern möglich war. Da habe ich zugestimmt; weil auch ich der Meinung bin, wenn einer einmal gesündigt, man ihm das nicht sein Leben lang nachtragen soll, wenn der Betreffende sich bessert und bereut. Ich sagte Braun also: Ich habe nichts dagegen, wenn Sie Mehring zur Teilnahme an dem berühmten Souper einladen. Nun aber sagt Mehring in der „Leipziger Volkszeitung", Braun sei zu ihm gekommen und hätte ihm gesagt, er wolle ihn in meinem Auftrage einladen. Nein, so stand das nicht und wenn Mehring

das so aufgefaßt hat, so ist es unrichtig. Ich habe nur gesagt: Ich bin damit einverstanden, daß er teilnimmt; das ist doch wohl etwas anderes. (Sehr richtig!)

Ich begreife ja die hohe Erregung, in die Genosse Göhre durch die Angriffe gegen seine Person und namentlich durch meine Angriffe geraten ist. Aber, wie es dann immer geht, wenn man einmal in solche hochgradige Erregung verfallen ist, so hört man manches anders als es gesagt worden ist. So ist es dem Genossen Göhre ergangen. Er hat eine Reihe von Ausführungen gemacht, mit direkter Bezugnahme auf meine Person, die sich gegen Vorwürfe richten, die ich gar nicht erhoben habe. Ich will nur einige der wichtigsten Punkte anführen. Zunächst hat er wiederholt sich dagegen gewehrt, daß ich ihn einen „hergelaufenen Akademiker" genannt hätte. Das Wort habe ich nie in den Mund genommen, auch gestern nicht. Ob ein andrer es gebraucht hat, weiß ich nicht; ich habe es nicht gehört. Ich habe überhaupt von den jetzt zur Partei gehörenden Akademikern mit möglichster Objektivität gesprochen. Ich habe erklärt, mir selbst würde von den Proletariern vorgeworfen, daß ich die Akademiker fortgesetzt poussiere (Sehr richtig!), daß sie durch mich in der Partei quasi groß gezogen worden wären. (Sehr richtig!) Und ich habe gesagt: Ich freue mich über jeden, der aus einer andren sogenannten höheren Klasse zu uns kommt. Ich habe das wiederholt damit motiviert: daß die Arbeiter Sozialdemokraten sind, das ist selbstverständlich, erstaunlich ist nur, daß es noch Arbeiter giebt, die nicht Sozialdemokraten sind; aber wenn ein Mann aus andren Schichten in unsre Partei kommt, der hat große Kämpfe mit sich selbst auszufechten, der hat tief eingewurzelte Anschauungen zu überwinden, Vorurteile zu beseitigen, er kommt in Konflikte mit seiner Familie, mit seiner bisherigen Gesellschaftsschicht, und wenn er trotzdem alle diese Hindernisse überwindet, so ist ihm das hoch anzurechnen. (Sehr wahr!) Nun aber, so habe ich gestern ausgeführt, verfällt ein Teil dieser Leute nachher noch und zu leicht in alte Vorurteile und Auffassungen und in die Kampfmethoden der alten Zeit zurück und sie erweisen sich auf diese Weise als Genossen, an deren Ehrlichkeit ich nicht zweifle, die aber an der Stelle, an die sie dann sehr bald gestellt werden, nicht das erfüllen, was man von ihnen erwartet. Und darum stimme ich denen zu, die uns warnen, wenn künftig solche Leute kommen, sie ohne weiteres mit offenen Armen aufzunehmen. Wir haben von jetzt ab bei der Größe und Bedeutung der Partei überhaupt alle Ursache, uns jeden, der kommt, genau anzusehen; wir haben aber bei den Akademikern und Intellektuellen zweimal Ursache, sie anzusehen. (Sehr richtig!) So stand die Sache. Göhre hat dann weiter mit einem gewissen bitteren Hohn — den ich ihm verzeihe, weil ich ihn begreiflich finde —, ausgeführt, daß ich alles getan hätte, um meinen „Freund Mehring" zu retten. Ich habe gestern meine Beziehungen zu Mehring genau und, wie ich glaube, wahrheitsgetreu geschildert. Ich glaube Mehring in keiner Weise zu nahe zu treten, wenn ich erkläre: Mehring hat mich niemals als das, was man einen Freund nennt, angesehen, und ich meinerseits habe in Mehring keinen Freund gesehen. Ich stehe zu Mehring, wie ich zu tausend andren Parteigenossen stehe, nur mit dem Unterschied, daß Mehring kraft seiner geistigen Befähigung ein Mann ist, mit dem ich mich gern unterhalte, bei dem man allezeit auch in der Privatunterhaltung, sehr viel lernen kann; aber intimere Beziehungen haben nie zwischen uns bestanden. Ich kann sogar behaupten, daß wir in den letzten drei oder vier Jahren nur zweimal Veranlassung hatten, uns aufzusuchen. Einen Freund nenne ich nur eine Person, mit der ich sehr intim stehe und mit der ich mich nach den verschiedensten Richtungen hin d'accord fühle. Zu diesen Freunden gehören weder ich Mehring gegenüber noch Mehring mir gegenüber. Göhre sagt, ich hätte bei Mehring alles mit dem psychologischen Moment entschuldigt. Nach dieser Richtung bin ich vollständig gedeckt durch den „Vorwärts"-Bericht, der auch in diesem Punkt (Zuruf: Wie in allem!) vollständig

wahrheitsgetreu ist. (Redner verliest die Stelle des „Vorwärts"-Berichts über den Schoenlank-Brief von „Nun kommt heute Bernhard mit dem Brief" bis „aber keine Entschuldigung ist".) Ich glaube, dieses Zitat ergiebt, daß Genosse Göhre seine Beschuldigung in keiner Weise aufrecht erhalten kann. (Sehr richtig!) Daß Genosse Göhre bisher seine volle Schuldigkeit getan hat, habe ich nie bestritten. Er hat mit außerordentlichem Eifer agitiert, und ich habe wiederholt gesagt: Es ist doch gut, daß wir einen so eifrigen Agitator wie Göhre bekommen haben, der nimmt uns Alten eine ganze Reihe von Versammlungen ab. (Göhre: Ich danke!) Dafür haben Sie sich bei mir gar nicht zu bedanken. So habe ich über Göhre gesprochen. Göhre hat dann weiter angeführt, ich hätte ihn doch einmal zu mir rufen und ihn — er gebrauchte das Wort — erziehen können. Ja, Genossen, ich habe in meinem Leben, namentlich in dem letzten Jahrzehnt, das Wort Schulmeister so oft an den Kopf geworfen bekommen, daß ich heillosen Respekt bekommen habe, etwas zu tun, was zu diesem Vorwurf Anlaß geben könnte. Nun kommt Göhre und fordert mich feierlich auf, an ihm erzieherische Tätigkeit vorzunehmen! (Heiterkeit.) Ja, Genosse Göhre, wie stellen Sie sich denn meine Stellung eigentlich vor? Ich habe keine Zeit, so etwas zu unternehmen und einem Genossen zu schreiben: Kommen Sie doch mal zu mir, oder wann kann ich Sie aufsuchen. Ich erteile Ihnen dann ein Privatissimum! (Heiterkeit.) Dazu bin ich außer stande und habe umsoweniger Bedürfnis dazu, weil ich nie weiß, wie mein Anerbieten aufgenommen werden würde. (Sehr gut!) Ganz besonders war Göhre entrüstet über meine Erklärung, daß derjenige, der nach dem 22. November 1902 noch an der „Zukunft" mitgearbeitet habe oder dann noch zu Harden in persönlichen, freundschaftlichen Beziehungen stand, sich der skandalösesten Handlungsweise schuldig gemacht habe. Ich habe gestern aus dem betreffenden Artikel all die drastischen Stellen und Beschimpfungen verlesen und dann gesagt: daß sich Genossen finden, die nach der Veröffentlichung dieses Artikels, nachdem sie diesen Artikel gelesen hatten, weiter an der „Zukunft" mitarbeiteten oder freundschaftliche Beziehungen zu Harden aufrecht erhielten, dafür giebt es allerdings keine Entschuldigung; da giebt es kein andres Wort als Pfui! (Sehr richtig!) — davon nehme ich kein Wort zurück. Göhre sagt, er habe den Artikel nicht gelesen. Wenn Göhre das an dieser Stelle nicht nur vor der ganzen Partei, sondern gewissermaßen vor der ganzen civilisierten Welt, die unsren Verhandlungen aufmerksam folgt, erklärt, so glaube ich das, — und dann trifft mein Vorwurf auf ihn nicht zu. Aufs höchste überrascht hat mich aber die weitere Erklärung Göhres, daß er auch in der Parteipresse nichts über diesen Artikel gefunden habe. In der „Neuen Zeit" vom 14. Januar 1903 ist der gegen Bernhard gerichtete Artikel „Konzessionsschulzes" enthalten, in dem gegen den Hardenschen ausführlich polemisiert wird. Ich bin aufs höchste überrascht, daß Göhre auch diesen Artikel nicht gelesen haben soll. Es ist der Hardensche Artikel, der aufs heftigste angegriffen und als das hingestellt wurde, was er ist. Aber wenn Göhre erklärt, daß er auch diesen Artikel nicht gelesen hat . . . (Göhre: Ich habe ihn gelesen!) — Dann allerdings konnten Sie über den Artikel der „Zukunft" vom 22. November 1902 nicht mehr im Unklaren sein. Und wenn Sie sich sagten: Da hat Mehring vielleicht tendenziös entstellt, dann sind Sie ein viel zu gewissenhafter Mann, um sich nicht gleich zu sagen — da Sie doch sicher Abonnent der „Zukunft" sind (Zuruf Göhres), Sie bestätigen das — den Artikel habe ich übersehen; aber ich will sehen, was denn da drin steht! (Göhre: Es ist ein Irrtum, ich habe nicht bestätigt, daß ich Abonnent der „Zukunft" sei; ich bin Abonnent der „Neuen Zeit".) Und Sie haben sich auf den Artikel der „Neuen Zeit" hin nicht veranlaßt gesehen, den „Zukunft"-Artikel durchzulesen? (Göhre: Ich werde darauf gleich antworten.) Hätte Genosse Göhre auch den Artikel der „Neuen Zeit" nicht gelesen, so hätte ich meinen Vorwurf mit Bezug auf ihn zurücknehmen können. Unter diesen Umständen aber bedaure

ich, vorläufig nichts zurücknehmen zu können, sondern muß weitere Aufklärung abwarten. Aber ich bleibe dabei, das ist meine felsenfeste Ueberzeugung, und wenn man mich totschlüge, ich könnte nicht davon abgehen; wer nach Kenntnis dieses Artikels noch für die „Zukunft" gearbeitet hat, auf den trifft das Verdammungsurteil zu, das ich gestern ausgesprochen habe. Es könnte ja sein, daß der letzte Göhresche Artikel schon vor dem „Zukunft"-Artikel vom 22. November eingeschickt gewesen und nur später veröffentlicht worden wäre. Er ist aber erst im März d. J. veröffentlicht worden, also lange Zeit später, und erst nach der Veröffentlichung der Resolution des Vorstandes. (Hört! hört!) Bitte, Genossen, das trifft nicht zu, was Sie mit diesem Hört! hört! sagen wollen. (Göhre: Sehr bedenklich!) Ach, was von Ihrer Seite in den letzten Tagen an solchen bedenklichen Zurufen geleistet worden ist, ist noch viel bedenklicher. (Lebhafter Beifall.)

Singer: Ich bitte auf Zurufe nicht zu antworten.

Bebel (fortfahrend): Ich antworte nicht auf Zurufe, das ist ein Mißverständnis. Man hat auch in der Fraktion zu mir gesagt: jetzt habt ihr diese Resolution veröffentlicht und Göhre schreibt weiter für die „Zukunft". Darauf habe ich geantwortet: Das können wir ihm nicht verbieten, eine maßgebende Entscheidung hat hier nur der Parteitag.

Schließlich noch ein Punkt, der mir insofern der fatalste ist, weil es sich hier um Privatgespräche handelt. Genosse Auer winkt ab. Ich bin aber provoziert dadurch, daß Göhre auf diese Unterhaltung Bezug genommen hat. Es handelt sich darum, daß ich im Sommer 1898 oder 99 in der Braunschen Villa im Grunewald mit Göhre zusammengetroffen bin. Wir waren beide zu Braun eingeladen. (Zuruf: Zum Diner?) Nein, es gab kein Diner. (Heiterkeit.) Göhre teilte mir dort mit, er wolle nächstens in die Partei eintreten, sich aber zunächst und hauptsächlich dem Genossenschaftswesen zuwenden. Insofern ist die Göhresche Darstellung ganz richtig. Sie ist aber nicht vollständig. Auch ich will nicht alles sagen. (Meister: Warum denn nicht?) Das ist meine Sache, das geht Euch nichts an. (Heiterkeit. Meister: Dann sagen wir es.) Das kannst Du ja gar nicht. Göhre sagte also weiter: Ich hoffe, bald in der Lage zu sein, in die Partei eintreten zu können, — die Motive, weshalb das sofort nicht möglich war, teilte er mit, ich habe aber keinen Anlaß, sie hier bekannt zu geben — ich werde mich hauptsächlich dem Studium des Genossenschaftswesens widmen und auch ein Mandat annehmen. (Hört! hört!) Von einer mehrjährigen Ruhezeit war da keine Rede. Das war kein Verbrechen, aber da Göhre das verschwiegen hatte, hielt ich mich für verpflichtet, es zur Vervollständigung mitzuteilen. — Ich kann also nicht zugeben, daß Göhres Angriffe gegen meine Person auch nur einen Schatten von Berechtigung hatten. Meine Vorwürfe gegen ihn bedauere ich in diesem Moment nicht zurücknehmen zu können; ich würde sie gern zurückgenommen haben, wenn er die Stellung zum Artikel der „Zukunft" vom 22. November 1902 nach meiner Ansicht in befriedigender Weise klargestellt hätte. (Beifall.)

Stadthagen: Braun meint, daß die Hetzen und Verdächtigungen vor seinen Wählern zu der regelmäßigen Tätigkeit von mir gehören, soweit ich eine Tätigkeit in seinem Wahlkreise entwickle. Diese Behauptung ist selbstverständlich unwahr, sie kennzeichnet ihn. Weder habe ich gehetzt gegen ihn, noch habe ich verdächtigt. Ich überlasse ihn vollkommen selbst seinen Wählern, sie werden ihn bald erkennen. Zweitens hat Braun gesagt, ich hätte ihm gegenüber geäußert, er habe für ein literarisches Unternehmen einen bürgerlichen Gönner gefunden, ich könnte mich im Register des Amtsgerichts überzeugen, ob das wahr ist . . .

Singer: Das hat Braun Adolf Hoffmann gegenüber geäußert.

Stadthagen: Dann ist die Sache erledigt. Ich würde selbstverständlich einen bürgerlichen Gönner niemals vor ihm warnen. (Heiterkeit.)

Heinrich Braun: Bebel ist noch einmal auf die Frage zurückgekommen, wie es sich mit meiner Kenntnis von Mehrings Vergangenheit verhält zu der Zeit, als ich zu ihm und Singer von Mehring sprach, und er hat gesagt: Dieser schlaue Kerl hat sich selbst gefangen durch das Zugeständnis, daß er die Broschüre gekannt habe. Es ist mir ganz unverständlich, wie Bebel das sagen kann. Ich habe ihm ja ausdrücklich zugegeben, daß es ein Widerspruch in sich selbst gewesen wäre, wenn ich ihm von der Rehabilitierung Mehrings gesprochen hätte, ohne zu wissen, warum sie notwendig ist. Es ist selbstverständlich, daß ich schon als Student der Nationalökonomie Mehrings Geschichte der Sozialdemokratie gekannt habe. Aber ich kannte nicht die ganze Vergangenheit von Mehring und insbesondere nicht die Artikel der „Gartenlaube". Diese Artikel haben eine ganz besonders wichtige Bedeutung. Ich war genötigt, auf diese Artikel...

Singer: Sie können nicht in einer persönlichen Bemerkung gegen Bebel auf den Inhalt der Artikel der „Gartenlaube" eingehen.

Heinrich Braun (fortfahrend): Ich habe also die Artikel der „Gartenlaube" nicht gekannt, und wenn Bebel das Gegenteil sagt, so steht hier Behauptung gegen Behauptung. Ich bedaure, daß Bebel nach meiner ganz bestimmten Versicherung bei seiner Behauptung bleibt, er sollte doch eigentlich um so mehr an die Sicherheit seines Gedächtnisses zweifeln, als er den andren Punkt, den er mir entgegengehalten hat, daß ich nämlich die Bekanntschaft von Mehring schon früher gemacht hätte, hat fallen lassen. Darauf ist er mit keiner Silbe zu sprechen gekommen. (Bebel: Das habe ich vergessen, ich kann ja noch darüber sprechen!)

Singer: Man kann doch nicht im Rahmen einer persönlichen Bemerkung etwas besprechen, was nicht gesagt ist.

Heinrich Braun (fortfahrend): Noch ein Wort gegen Kautsky! Ich habe angeführt, daß ich Kautsky wiederholt gesagt habe, er lasse Mehring zu viel Latitude, er möchte doch in seinen Erinnerungen nachforschen und dann aufrichtig sagen, woran er sich erinnert hat. Das Wort „aufrichtig" war ganz harmlos; wenn aber Kautsky darin etwas Verletzendes erblickt, so stehe ich nicht an, zu bedauern, daß ich den Ausdruck gebraucht habe. Noch mehr bedaure ich, daß ich auf eine mir von Kautsky infolge dieses harmlosen Wortes entgegengeschleuderte Invektive mit derselben Invektive geantwortet habe. Ich bitte deshalb um Entschuldigung. Wenn ich es für ungerechtfertigt halte, auf Invektiven mit Invektiven zu antworten statt zu schweigen, so ist es selbstverständlich, daß ich auf die Invektiven Bebels in seiner gestrigen Rede mit keinem Wort eingehe, sondern Ihnen das Urteil überlasse.

Kautsky: Braun hat gesagt, die Redaktion der „Neuen Zeit" habe den Artikel seiner Frau abgelehnt und diese dadurch gezwungen, an die „Zukunft" zu gehen. (Braun: Das habe ich nicht gesagt!) Aber doch, daß ich den Artikel abgelehnt habe! Ich habe die Briefe nicht bei der Hand und kann daher nur aus dem Gedächtnis zitieren. Genossin Braun fragte, ob wir einen Artikel von ihr akzeptieren würden. Wir antworteten: Mit Vergnügen, aber wir können uns erst dann entscheiden, wenn er im Manuskript vorliegt. Wir bitten Sie um Uebersendung. Darauf kam der Artikel, aber zugleich das Verlangen, ihn binnen 14 Tagen abzudrucken. Wir hatten großen Stoffandrang, die nächsten Nummern waren bereits vollständig mit Artikeln besetzt. Wäre der Artikel von Genossin Braun sehr wichtig gewesen, so hätte man ja einen andern Artikel zurückstellen können, aber er war ganz unbedeutend. Nicht etwa, daß ich das Talent von Genossin Braun unterschätze, aber der Artikel war ziemlich harmlos und ich hatte keinen Grund, ihn zum Nachteil andrer, die länger da waren, zu bevorzugen. Wir schrieben ihr, wenn sie darauf bestehe, daß der Artikel binnen 14 Tagen erscheine, müßten wir darauf verzichten. Warum Genossin Braun dann zu Harden gegangen

ist, ist eine andre Frage. Uebrigens hat Genossin Braun schon früher für die „Zukunft" gearbeitet. Ich muß jahraus, jahrein Hunderte von Artikeln zurückweisen, aber noch kein Verfasser hat sich bisher genötigt gesehen, sich dann an Harden zu wenden. Braun sagt: ich möge in meinen Erinnerungen nachforschen, ob er mir nicht Vorhaltungen über Mehring gemacht habe. Auf die Invektiven dabei will ich nicht eingehen. Was er sagt, ist richtig, er hat mir zu verschiedenen Zeiten solche Vorhaltungen gemacht, aber er hat vergessen zu sagen, wann. Nicht etwa als Mehring zu uns kam, oder bald darauf, im Gegenteil damals waren ihm keine Grenzen für die Mitarbeit von Mehring zu weit. (Bebel: Sehr richtig!) Damals lebte Braun in der Maienblüte des Radikalismus. Damals verlangte er von mir noch ein schärferes Vorgehen gegen Vollmar. (Hört! hört!) Erst seitdem sein revolutionärer Spiritus verflogen und er im Lager der Revisionisten steht, hat er Anstoß an der Mitarbeiterschaft von Mehring genommen und verlangt, daß ich ihm engere Zügel auflege. Warum bin ich dem Rat von Braun nicht gefolgt? —

Singer: Das gehört aber nicht mehr zur persönlichen Bemerkung.

Kautsky: Dann habe ich nichts mehr zu sagen. (Heiterkeit.)

Zubeil: Heine hat eine Aeußerung von mir in einer Versammlung des dritten Wahlkreises erwähnt, aber er hat nicht richtig zitiert. In Wirklichkeit habe ich gesagt: Wenn es in der Fraktion dahin kommen sollte, daß beschlossen wird, das höfische Zeremoniell und alles, was damit verbunden ist, mitzumachen, dann könnte es leicht sein, daß die organisierten Arbeiter das Tischtuch zwischen sich und denjenigen Genossen zerschneiden, die sie auf diesen Weg drängen wollen. (Zustimmung.)

Heine-Berlin: Adolf Hoffmann hat von meinen Fragen eine beantwortet, er hat festgestellt, daß ich nicht für die bürgerliche Presse geschrieben habe und daß also Artikel dieser Art nicht unsern Agitatoren zwischen die Beine geworfen sein können. Er hat aber erklärt, dies wäre geschehen mit meiner Kanonen-Rede und mit den Artikeln, die ich in den „Sozialistischen Monatsheften" zur Bernstein-Frage veröffentlicht hätte. Die Kanonen-Rede ist kein Artikel, sondern eine Antwort, die ich in einer Versammlung meines Wahlkreises auf eine Anfrage erteilt habe und erteilen mußte; sie gehört nachgerade zum eisernen Inventar jedes Parteitages. Ich lasse mich nicht mehr darüber aus, nachdem ich in Hannover erklärt habe, ich würde das künftig ablehnen, und nachdem Bebel in Hannover erklärt hat, daß meine Auskunft ihn vollständig befriedige und daß er es für ein Unrecht halten würde, mich deshalb nochmals anzuzapfen. Nun meine Artikel zur Bernstein-Frage! Adolf Hoffmann hat nicht die Frage beantwortet, wo denn diese Artikel jemand als Knüppel zwischen die Beine geworfen sein sollen. Es ist einfach unwahr, daß das geschehen ist. Welche Artikel habe ich denn zur Bernstein-Frage geschrieben? Einen einzigen, der im Oktober 1899 erschien, auf dem Parteitag in Hannover verteilt, aber sonst in der Partei und der Parteipresse völlig unbeachtet geblieben ist. Das einzige, was ich darüber gelesen, war ein Angriff in einem nationalsozialen Blatt, weil ich in dem Artikel Bernstein von mir abgeschüttelt hätte. Also, dieser Artikel kann Ihnen niemals entgegengehalten sein, und ich wiederhole: es wäre mir zu Ohren gekommen, die guten Freunde hätten schon dafür gesorgt, daß eine Beschwerde eingegangen wäre. Dagegen zweifle ich nicht im geringsten daran, daß Ihnen in Versammlungen öfter entgegengehalten ist: Ja, macht es so wie Auer, Vollmar usw.! Das ist die dumme, törichte Art, wie unsre Gegner agitieren . . .

Singer: Ich bitte, nicht über den Rahmen der persönlichen Bemerkung hinauszugehen.

Heine (fortfahrend): Was unsre politischen Gegner von mir sagen, sind nicht meine Aeußerungen, und ich möchte die Genossen in solchen Fällen bitten, doch erst mal die Gegner zu fragen, ob denn das, was sie als Aeußerungen von

mir kolportieren, wirklich wahr und authentisch ist. Das kann ich beanspruchen. Zubeil hat nach meiner bestimmten Erinnerung in jener Versammlung gesagt: Wenn der Parteitag, was er nicht erwartet, so beschließen würde, so würde es einen Schnitt ins Tischtuch geben. Aber es kommt ja vor, daß man mal etwas andres sagt, als man sagen will; es kommt auch vor, daß man sich verhört. Wenn also Zubeil erklärt, er habe das sagen wollen, was er jetzt gesagt hat, so hat seine Aeußerung natürlich eine ganz andre Bedeutung, als ich annahm.

Göhre: Bebel hat gesagt, ich hätte in meiner Rede ausgesprochen, daß ich durch die Parteipresse keine Kenntnis von dem Zollkampf-Artikel in der „Zukunft" erlangt habe. Das habe ich gesagt. Er hat mir nachgewiesen, daß ich davon Kenntnis haben müßte, weil ich den Artikel „Konzessionsschulzes" gelesen haben müßte. Aus derselben Flüchtigkeit und Sorglosigkeit heraus, die ich überhaupt der „Zukunft" gegenüber gehabt habe, und aus der übrigen Situation heraus, weil ich wußte, daß der Artikel „Konzessionsschulzes" von Mehring war und weil ich bei den Beziehungen, die ich seit meinem Eintritt in die Partei zu Mehring habe — ich habe nicht wie Dr. Maurenbrecher erklärt, daß ich schon längst in den wissenschaftlichen Gedankengängen von Marx, Engels und Mehring mich bewegt habe — also, weil ich wußte, woher der Artikel kam, hat sich meine Erregung dieser Quelle zugewendet, und ich habe auch dann den Artikel nicht gelesen. Bebel hat weiter eine Unterhaltung mit mir reproduziert. Was er gesagt hat, stimmt bis auf den Satz: „Ich werde auch ein Mandat annehmen". Auch darüber ist geredet worden, aber, Genosse Bebel, ich glaube, Sie werden, wenn ich Sie daran erinnere, zugeben, daß dieser Satz in dieser kurzen Form nicht gefallen ist. Ich habe Ihnen gesagt, daß ich hoffe, *später* als ein vollberechtigter Genosse wirken zu können, und daß ich dann, da ich meinen Beruf aufgegeben habe, um mich dem des politischen Menschen zu widmen, auch mal ein Mandat zu bekommen hoffe. Versetzen Sie sich in meine Lage! Ich war noch nicht Genosse . . .

Singer (unterbrechend): Ich bitte, in dieser Weise die Sache nicht zu erörtern. Sie haben das volle Recht, sich gegen das zu wenden, was Bebel gesagt hat, aber Sie können doch nicht erklären, warum sie etwas gesagt haben.

Göhre (fortfahrend): Sie werden zugeben, daß meine Worte zu Bebel nicht den Ausdruck einer Streberei, sondern einer vollendeten Ehrlichkeit bedeuteten, mit dem ich mich sichern wollte. (Sehr wahr!) Endlich hat Bebel gemeint, ich hätte ihn mißverstanden, er habe das Wort „hergelaufene Akademiker" nicht gebraucht und mich nicht gemeint. Selbstverständlich ziehe ich, nachdem Bebel das erklärt hat, die volle Konsequenz daraus.

Hiermit sind die persönlichen Bemerkungen erschöpft.

Die Mittagspause tritt ein.

Eingegangen ist ein Glückwunsch-Telegramm der Genossen von Hauscham-Miesbach.

Schluß $1\frac{1}{4}$ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

$3\frac{1}{4}$ Uhr. Den Vorsitz führt **Singer**.

In der Frage der *Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Blättern* ist nachträglich noch *Antrag* 132, Quarck, eingegangen.

Singer teilt mit, daß dieser Antrag nicht mehr zur Diskussion gestellt, aber eventuell bei der Abstimmung mit berücksichtigt werden könne.

Das *Schlußwort* hat Genosse

Pfannkuch: Ich werde mich auf das rein Sachliche beschränken. Braun hat mir vorgeworfen, daß wesentlich durch die Schärfe meines Angriffs die Debatte so heftig geworden ist. Dem ist nicht so; ich halte mich für keinen so

aggressiven Genossen, der andre so verletzen könnte, daß sie gezwungen wären, die Frage auf die Weise, wie geschehen, aufzurollen. Wenn Braun bemängelt hat, daß seine Beschwerde im Vorstandsbericht nicht vollständig wiedergegeben sei, so will ich Ihnen zum Beweise dafür, daß der Parteivorstand bei der Erledigung dieser ganzen Angelegenheit niemand hat verletzen wollen, den Brief vom 27. Februar, der im gedruckten Bericht nur auszugsweise vorliegt, in seinem vollständigen Inhalt vorlesen:

Antwort auf die Frage der Genossen Heinrich Braun usw.

Berlin, den 27. Februar 1903.

Werte Genossen!

Auf Ihre Zuschrift vom 13. Februar a. cr. haben wir Ihnen folgendes zu antworten.

Wir können nicht anerkennen, daß die Redaktion der „Neuen Zeit" durch Aufnahme des Artikels „Konzessionsschulzes" in Nr. 16 des genannten Blattes eine Handlung beging, die eine Rüge oder Zurechtweisung unsrerseits verdiente.

Wir hätten nur gewünscht, daß der betreffende Artikelschreiber den Namen desjenigen oder derjenigen genannt hätte, die er mit seinen Angriffen treffen wollte, um Mißverständnisse zu vermeiden.

Soweit stand es im Vorstandsbericht.

Daß die Redaktion der „Neuen Zeit" den in Frage stehenden Artikel veröffentlichte (und zu jeder Frage ihre Ansichten äußerte), geschah im Namen derselben persönlichen Freiheit, in deren Namen Sie beanspruchen, daß Parteigenossen ihre Arbeiten in jedem ihnen gutdünkenden gegnerischen Blatte veröffentlichen dürfen.

Voraussetzung bei der Aufnahme von Artikeln in der „Neuen Zeit" ist, daß der oder die Angegriffenen das Recht und die Möglichkeit haben, auf die gegen sie gerichteten Angriffe zu antworten. Dieses Recht hat aber, wie der Artikel des Genossen Bernhard in Nummer 19 der „Neuen Zeit" beweist, die Redaktion dem Angegriffenen in vollem Umfange eingeräumt. Mehr kann unsres Erachtens nicht verlangt werden, und damit fällt für uns auch jeder Grund zur Intervention.

Ueber die Frage, inwieweit Parteigenossen berechtigt sind, an gegnerischen Blättern mitzuarbeiten, oder sich in den Dienst derselben zu stellen, behalten wir uns, da es sich um eine Frage von allgemeiner Bedeutung handelt, besondere Entschließung vor und werden wir hierbei unsre Ansicht im Centralorgan der Partei veröffentlichen.

Der Parteivorstand.

Den letzten Absatz hätte der Vorstand selbstverständlich gar keinen Anlaß gehabt, den Beschwerdeführern mitzuteilen, aber wir wollten sie von vornherein über unsre Absicht aufklären. Der Parteivorstand hat mit seiner Deklaration nichts andres beabsichtigt, als einen Wegweiser aufzurichten, nach dessen Richtung die Genossen ersucht wurden, zu marschieren. Man hat sich mit aller Energie gegen die „Anmaßung" des Vorstandes gewandt. Wir haben aber in der jetzigen Debatte von den in Frage kommenden Parteigenossen gehört, daß sie doch mehr oder weniger jetzt geneigt sind, sich den vom Parteivorstand gegebenen Intentionen, nachdem sie gesehen haben, daß auch die Mehrheit des Parteitages derselben Meinung ist, zu fügen.

Bernhard hat auf die direkte Anfrage Bebels erklärt, daß er den Artikel bereue, und auch gemeint, es sei besser, wenn er nicht geschrieben wäre. Der Parteivorstand konnte mit seiner Deklaration nicht alle in Betracht kommenden Fälle treffen; sie sollte nur ein Wegweiser sein, und deshalb hat es mich gefreut, daß selbst Heine zugeben mußte, daß unter Umständen etwas von der persönlichen Freiheit zu Gunsten der Allgemeinheit der Partei geopfert werden müsse. Heine

scheint also auch diese Meinung für sich akzeptiert zu haben; er sprach heute morgen von der „möglichsten" Freiheit des Handels. Wenn Heine nach dieser von ihm selbst ausgesprochenen Ansicht künftig seine Handlungsweise einrichtet, so wird er einwandsfrei handeln. Er wird dann den Weg betreten, von dem Genosse Göhre gewünscht hat, er möchte ihm von Bebel gezeigt worden sein. (Heiterkeit.) Auch Genosse Göhre hat erklärt, daß er die Mitarbeit an der „Zukunft" als unvereinbar mit den Parteipflichten hinfort unterlassen werde, und diese Entschließung schon vor einiger Zeit durch eine Zuschrift an den Genossen Bruno Borchardt bekundet habe. Ich glaube: das ist deswegen geschehen, weil Genosse Borchardt mit eine leitende Stelle im Wahlverein Teltow-Beeskow-Charlottenburg einnimmt. Sollte letztere Voraussetzung nicht zutreffen, so hätte Genosse Göhre allerdings seinen Brief statt an Borchardt lieber in das Bureau der Parteileitung, J. Auer, Kreuzbergstraße 30, richten sollen. Das Verhältnis zwischen Göhre und uns ist doch bis heute ein ganz kordiales gewesen.

Genosse Braun hat für seine Person zwar eine Erklärung wie Genosse Göhre, Bernhard und Heine nicht abgegeben, aber wohl nur deswegen nicht, weil er behauptete, für die „Zukunft" überhaupt nicht geschrieben zu haben. Seine Frau, Genossin Lily Braun, hat aber die Absicht, nichts mehr für die „Zukunft" zu schreiben. Wir glauben, Genosse Heinrich Braun ist ein viel zu gut erzogener Ehemann, als daß er seiner Gattin hierin nicht nachahmen sollte. (Große Heiterkeit.) Damit sind wir im großen ganzen befriedigt.

Nun ist die Fassung der Deklaration vielfach als unklar und unzureichend bezeichnet worden. Wir haben die Aeußerungen der Parteiredaktionen darüber selbstverständlich aufmerksam verfolgt. Die Aeußerungen des „Hamburger Echos" habe ich bereits mitgeteilt, und da ich weiß, daß Genosse Quarck stets besonders kritisch gegen die Handlungen des Parteivorstandes ist, so habe ich die „Frankfurter Volksstimme" besonders eifrig verfolgt. (Heiterkeit.) Darin fand ich die Erklärung des Parteivorstandes wörtlich abgedruckt, und dazu folgende redaktionelle Erklärung:

„Diese Bekanntmachung läßt sich u. E. kurz dahin zusammenfassen, daß es bei uns in Deutschland für einen ehrlichen Genossen überhaupt keine Möglichkeit giebt, an einem politischen bürgerlichen Blatte mitzuarbeiten, da sie alle von der „Frankfurter Zeitung" bis zur „Kreuz-Zeitung" in „gehässiger und hämischer Kritik" an unsrer Partei Erkleckliches leisten und uns vielleicht mit Ausnahme der Berliner „Volks-Zeitung" keines bekannt ist, auf welches obige Voraussetzung nicht im reichsten Maße zuträfe."

Danach sagte ich mir: der Parteivorstand befindet sich in seiner Auffassung mit Quarck in voller Uebereinstimmung. (Quarck: Dem Sinne nach!) Nun könnte ja diese Auffassung nicht von Quarck herrühren, aber das ändert an der Sache nichts (Quarck: Hier kommt es aber auf die Form an!) Soweit mir bekannt, ist in keinem andren Blatt der Partei ein andrer brauchbarer Vorschlag gemacht worden. Soweit die Sache selbst in Betracht kommt, sind wir mit dem Erfolg dieser Deklaration vollauf befriedigt, und wenn heute die damaligen Beschwerdeführer sich bereit erklärt haben, den Wegweiser zu beachten, so können wir jedenfalls mit den vom Parteivorstande aufgestellten Grundsätzen für das nächste Verwaltungsjahr völlig auskommen. Deswegen kann ich keinen der andren Anträge befürworten. Auch der Antrag Quarck würde an dem Tatbestand nichts weiter ändern. Zum Beweise dafür, daß auch nach bürgerlicher Auffassung die Genossen, die sich der Deklaration fügen, nichts an ihrer Parteiehre einbüßen, zitiere ich eine Aeußerung der „Täglichen Rundschau": „Mit der Frage, ob Sozialdemokraten Mitarbeiter bürgerlicher Blätter sein dürfen, hat sich neulich der sozialdemokratische Parteivorstand beschäftigt. Dabei ist er zu der salomonischen Entschließung gekommen, daß eine Mitarbeiterschaft oder Redakteurstellung bei Preßunternehmungen, die an der sozialdemokratischen Partei gehässige oder

hämische Kritik üben, nicht zu gestatten sei. Bei Blättern hingegen, wo solches nicht der Fall wäre, könnten Sozialdemokraten ruhig mitarbeiten: soweit nämlich Stellungen in Betracht kämen, in denen „der Parteigenosse nicht genötigt wird, gegen die sozialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen sie gerichtete Angriffe aufzunehmen". — Es muß in der jungen, sozialdemokratischen Gesellschaft doch noch ein wenig kunterbunt hergehen. Unter anständigen bürgerlichen Publizisten pflegt es als schlechthin selbstverständlich zu gelten, daß sie nicht an Unternehmungen mitwirken, die ihre persönliche Ueberzeugung bekämpfen oder in den Schmutz zerren." (Hört! Hört!)

Das wird hier als Anstandspflicht bürgerlichen Publizisten angesehen, während die sozialdemokratische Partei- und Schriftstellerehre doch turmhoch über diese Anschauungen erhaben sein sollte!

Mit der Annahme der Auffassung des Parteivorstandes wird diese Auffassung selbstverständlich zu einer Richtschnur für die Parteigenossen. Es kann jetzt keinen Streit mehr darüber geben, daß das, was da verlangt wird, getan werden muß. Streit kann höchstens noch darüber entstehen, ob in dem einen oder andern Fall die Auffassung des Parteivorstandes bezw. des Parteitages Anwendung finden soll. Ich bitte, unter Ablehnung der andren gestellten Anträge den Antrag 7 des Parteivorstandes anzunehmen.

Singer schlägt vor, zunächst über den Antrag 7 abzustimmen, im Falle von dessen Ablehnung über die Anträge 8—16, 120, 128, 132.

Quarck bittet, zunächst über Antrag 132 als über den weitgehendsten abzustimmen. Für diesen werde eine Reihe von Delegierten stimmen, die nicht für den Antrag 7 stimmen könnten.

Singer: Ich würde davon abraten, zuerst über einen weder begründeten, noch diskutierten Antrag abzustimmen. (Sehr richtig!) Ich mache Quarck daraus keinen Vorwurf, er kann ja erst während der Diskussion zu der Formulierung seines Antrages gelangt sein.

Friedländer schlägt vor, zunächst über Antrag 128 abstimmen zu lassen, der weitergehe als der des Parteivorstandes.

Adolf Hoffmann tritt dieser Ansicht entgegen; der Antrag des Parteivorstandes gehe weiter.

Der Parteitag beschließt zunächst über Antrag 7 abzustimmen, und für den Fall von dessen Annahme die andern für erledigt zu erachten.

Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 283 gegen 24 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen.

Mit Ja stimmten: Albrecht, Antrick, Baader, Bartel, Bartels, Baudert, Bebel, Becker, Beer, Bender, Berthold, Bérard, Beyer, Biedermann, Block, Blos, Bock, Borgmann, Boemelburg, Böhm, Böhle, Adolf Braun, Otto Braun, Brey, Brühne, Buchwald, Burcke, Bushold, Conrad, Crispien, Crohn, Czech, Dorn, Dräger, Dreesbach, Dubber, Dieter, Eberhardt, Ebert, Eichhorn, Eitzerodt, Emmel, Ehrhart, Ewald, Faber, Fauth, Feldmann, Fenske, Karl Fischer, Emil Fischer, Richard Fischer, Förster, Franck, Franke, Fräßdorf, Freiwaldt, Freythaler, Friedeberg, Friedländer, Fritz, Fritzsch, Frohme, Fülle, Geck, Gerisch, Gericke, Gewehr, Geyer, Gilsbach, Gogowsky, Goldstein, Gradnauer, Grenz, Greiner, Grimpe, Grothe, Grumbt, Grünberg, Grünrock, Gruenwaldt, Grunwald, Haase, Haberland, Haenisch, Hahn, v. Haller, Harris, Härtel, Haverkamp, Heer, Hentschel, Hennig, Henk, Herzfeld, Hering, Herbert, Hieber, Adolf Hoffmann, Franz Hoffmann, Otto Hoffmann, Paul Hoffmann, Horst, Franz Höppner, Wilhelm Höppner, Horn, Hué, Hugel, Huhn, Jacobsen, Ihrer, Jonas, Israel, Jung, Jürs, Kaden, Kähler, Katzenstein, Kautsky, Kayser, Keil, Kirsche, Kittler, Klotzsch, Klüter, Knieriem, Körsten, Koeckeritz, Koenen, Körner, Koß, Kotzke, Kremser, Krohn, Krüger, Kühn, Laaser, Lange, Langhorst, Leber, Ledebour, Legien, Lehmann-Mannheim, Lehmann-Olbernhau, Leonhard, Leopold, Lesche,

Leutert, Leven, Lienau, Liepmann, Lipinski, Löbe, Löwenstein, Lohrberg, Lucht, Lückel, Luxemburg, Mahring, Mars, Meyer, Meiling, Meist, Meister, Metzger, Michaelis, Michels, Molkenbuhr, Motteler, Mucker, Paul Müller, G. Müller-Breslau, G. Müller-Potschappel, Robert Müller, H. Müller-Glauchau, H. Müller-Görlitz, Neumann, Neuschäfer, Niemeyer, Nitsch, Nitzschke, Noack, Noske, Oppel, Orbig, Osterroth, Paris, Passehl, Paulick, E. Pfannkuch, W. Pfannkuch, Pfarr, Pforr, Pickelmann, Pielecke, Pistorius, Pohl, Poller, Rackl, Rasch, Rauch, Raute, Reißhaus, Reuber, Riedel, Rohleder, Rollwagen, Rothe, Rühle, Rudolph, Sachse, Schaumburg, Scheib, Scheidemann, Schletter, Schlick, Schmalfeldt, Albert Schmidt, Peter Schmidt, Robert Schmidt, Rosa Schmidt, Wilhelm Schmidt, Franz Schmitt, Schöpflin, Schorrer, Schrader, Schultze, Schulz, Schumann, Karl Schwartz, Theodor Schwartz, Seeger, Segitz, Seifert, Severing, Silberschmidt, Singer, Sommer, Stadthagen, Staudinger, Stengele, Stephan, Stolle, Stolpe, Storch, Straßenmeyer, Stoeßel, Stubbe, Stücklen, Tännert, Täterow, Thesing, Thate, Thomas, Trilse, Ulrich, Vosseler, Vetterlein, Vogel, Wagner, Walter, Walzer, Weber, Weidner, Weil, Weiß, Welt, Welker, Wels, Wengels, Werner, Weyers, Winkelmann, Winter, Wissell, Wölfel, Peter Wolf, Wilhelm Wolf, Wurm, Zenker, Zetkin, Zietz, Zorn, Zubeil.

Mit **Nein** stimmten: Beeck, Birk, Heinrich Braun, Efftinge, v. Elm, Engler, Edmund Fischer, Göhre, Heine, Holzapfel, Hug, Jasper, Kolb, Kratzsch, Krämer, Lindemann, Mannheimer, Adolf Müller, Paeplow, Quarck, Südekum, Thiele, Timm, Vollmar.

Der Stimme **enthalten** sich Auer, Bernstein, Gertrud David und Heymann.

Grimpe und **Adolf Müller** fügen bei ihrer Abstimmung die Worte „trotz aller Bedenken" zu. (Heiterkeit.)

Singer macht darauf aufmerksam, daß es nicht zulässig ist, die Abstimmung zu motivieren.

Block, Haenisch, Michels, Katzenstein und Gradnauer geben schriftlich zu Protokoll die Erklärung, daß sie für den Antrag gestimmt haben, obgleich sie mit seiner Fassung im einzelnen nicht einverstanden seien.

Bergmann giebt zu Protokoll, daß er bei der Abstimmung nicht zugegen gewesen ist, er hätte sonst **für** den Antrag gestimmt.

Damit sind die **Anträge** 8—16, 120, 128, 132 erledigt.

Es folgt der Punkt:

Differenzen zwischen Bebel und dem „Vorwärts".

Bebel: Ich habe bereits am Sonntagabend erklärt, daß die Haupt- und Staatsaktion, die manche infolge der Unterdrückung meiner Erklärung im „Vorwärts" erwarten, nicht eintreten dürfte, weil die Dinge mittlerweile einen Charakter angenommen haben, der auch von mir nicht vorausgesehen war und der die Dinge in einer Gestalt erscheinen läßt, daß nach meiner Auffassung eine erhebliche Debatte nicht eintreten wird — wenn nicht bei bestimmten Genossen eine besondere Neigung vorhanden sein sollte. Als die Nachricht von der Ablehnung meiner Erklärung in die Kreise der Partei drang, da war, glaube ich, die Ueberraschung groß, daß so etwas vorgekommen sei. Bei der großen Mehrheit der verehrten Parteigenossen war der erste Gedanke wohl der: Wenn das der „Vorwärts" getan hat, dann muß Bebel wohl ordentlich in die Aeppel gehauen haben! (Heiterkeit.) Denn sonst ist das doch kaum denkbar. Als sie dann in die Lage kamen, die abgelehnten Erklärungen zu lesen, da werden sich sicherlich die allermeisten gesagt haben: Ich begreife gar nicht, weshalb diese Erklärung abgelehnt worden ist! Ich hatte von Anfang an diese Auffassung. Es ist mir, als ich die erste Erklärung dem „Vorwärts" übersandte, auch nicht im entferntesten der Gedanke gekommen und ich hätte es gar nicht für möglich gehalten, daß die

Redaktion an dieser Erklärung Anstoß nehmen könnte. Sie können sich daher vorstellen, wie überrascht ich war, als ich am Sonntag vor acht Tagen die Depesche von Eisner erhielt: „Brief über Ihre Erklärung folgt", woraus ich natürlich sofort schloß, daß die Erklärung nicht aufgenommen werden würde. Ich wartete nun diesen Brief gar nicht ab, sondern ich sagte mir: Was immer die Redaktion schreibt, ob sie eine Aenderung wünscht oder ob sie überhaupt die Aufnahme verweigert, das kommt für mich in diesem Augenblick gar nicht in Frage. Die Erklärung ist so, daß sie aufgenommen werden muß; du verlangst das. Ich telegraphierte also zurück: „Fordere Aufnahme meiner Erklärung." Weiter schrieb ich der Redaktion einen Brief: Wie immer Ihr Brief lauten wird, wer immer ihn geschrieben hat: er bekommt auf ihn keine Antwort. Als ich dann mittlerweile die zweite Erklärung gegen Heine einschickte, sagte ich mir gleich: die ist etwas schärfer und auch persönlicher als die erste; wenn die Redaktion schon die erste abgelehnt hat, dann wird sie die auch nicht aufnehmen. Ich fügte also die Erklärung bei, wenn sie abgelehnt würde, dann solle sie der „Leipziger Volkszeitung" zugeschickt werden. Nun kam Dienstagmorgen der angekündigte Brief der Redaktion. Wie ich schon in der „Leipziger Volkszeitung" mitgeteilt habe, bat mich Eisner darin in den beweglichsten Ausdrücken, von der Veröffentlichung der Erklärung im Interesse der Partei abzusehen, resp. die Erklärung abzuändern. Ich habe diesen Brief in der Tat nicht beantwortet; ich sagte mir: was du geschrieben hast, genügt; es liegt kein vernünftiger Grund vor, die Erklärung abzulehnen. Wenn das geschehen sollte, weiß ich in der Tat nicht mehr, wo die Freiheit der Meinungsäußerung anfängt oder aufhört. Ich will gleich betonen: Die Redaktion und speziell Genosse Eisner waren der Meinung, daß sie mich nicht vergewaltigen wollten, sie glaubten lediglich das zu tun, was im Interesse der Partei absolut notwendig sei, worüber ich allerdings andrer Meinung war. Ich habe also auf den Brief vom Dienstag nicht geantwortet. Mittwochvormittag bekam ich dann einen zweiten Brief, durch den die Erklärung gegen Heine zurückgewiesen wurde. Es lägen eine ganze Reihe von Bedenken gegen diese Erklärung vor; sie würden einen sehr unangenehmen Eindruck machen und weitere Erklärungen zur Folge haben. Es wurde mir auch mitgeteilt, daß Auer und Gerisch derselben Meinung seien. Auf diesen Brief habe ich geantwortet und geschrieben: Tut mir leid, ich kann die Gründe nicht als berechtigt anerkennen. Ich erkläre also folgendes: Morgen, Donnerstag vormittag, gehen beide Erklärungen mit Glossen von mir an die „Leipziger Volkszeitung". Ich ersuche die „Leipziger Volkszeitung", diese beiden Erklärungen mit meinen Glossen in der Sonnabendnummer zu veröffentlichen. Sie sind also in der Lage, sich nochmals zu überlegen. Wollen Sie die Erklärung aufnehmen, so bitte ich Sie, der „Leipziger Volkszeitung" entweder zu telegraphieren oder, auch dazu ist noch Zeit, da mein Brief Donnerstagabend bei Ihnen ankommt und die Redaktion für die betreffende Nummer der „Leipziger Volkszeitung" erst Sonnabendmorgen geschlossen wird — ihr zu schreiben, sie möge die Erklärungen zurücksenden und die Glossen nicht drucken. — Nun hat sich freilich nachträglich herausgestellt, daß dieser Brief, den ich an den „Vorwärts" richtete, zwar Donnerstagnachmittag ankam, daß er aber nicht gleich in die Hände von Eisner gelangte, weil Eisner nach Dresden verreist war und erst Freitag zurückkam. Allerdings war es nach dem, was ich vorhin ausführte, auch am Freitagabend noch möglich, der „Leipziger Volkszeitung" zu telegraphieren. Eisner war ja nun der festen Ueberzeugung, daß er recht habe mit der Ablehnung der Erklärungen. Er glaubt, wie er im „Vorwärts" dargelegt hat, daß die Redaktion bei der Ablehnung von Erklärungen sehr weitgehende Rechte habe. Ich kann diese Auffassung in der Weise, wie Eisner sie vertritt, durchaus nicht teilen, die, wenn sie maßgebend sein sollte, die Redaktion in die Lage brächte, absolut über die Freiheit der Meinung und der Meinungsäußerung zu ent-

scheiden. An dem guten Willen und der Aufrichtigkeit von Eisner, mir gegenüber die Meinungsfreiheit nicht unterdrücken zu wollen, besteht für mich nicht der geringste Zweifel. Ich habe ihm geschrieben: Ich empfinde die Ablehnung als eine Vergewaltigung, aber hier steht Meinung gegen Meinung. Nun hat sich auch die Preßkommission mit der Sache beschäftigt und zu meinen Gunsten entschieden, insofern sie erklärte, es habe kein Grund vorgelegen, die Erklärungen nicht aufzunehmen. Die Redaktion ist auch danach auf ihrem Standpunkt verblieben, hat sich aber dann schließlich gesagt: wenn die Kommission so entscheidet, wollen wir die Sache nicht zum äußersten treiben. Sie hat also die Erklärungen mit einer entsprechenden Einleitung abgedruckt. Aus diesem Grunde, weil die Erklärungen abgedruckt sind, war für mich nun die Sachlage eine ganz andre, und ich hatte jetzt selbstverständlich keine Ursache mehr, die Frage gewissermaßen dem Urteil des Parteitages zu unterbreiten und eine Erklärung des Parteitages zu provozieren. Also ich bin durch das, was geschehen ist, vollständig zufriedengestellt und nur noch zu einigen kurzen weiteren Bemerkungen genötigt. In der Einleitung, die der „Vorwärts" meinen Erklärungen vorausschickte, ist behauptet, der „Vorwärts" habe die Bernsteinsche Ansicht über die Vizepräsidenten-Frage entschieden bekämpft. Das ist nicht meine Ansicht. Wir werden die Frage ja bei Punkt 4 der Tagesordnung erörtern, wo auch die Haltung des „Vorwärts" zu den ganzen revisionistischen Bestrebungen zur Sprache kommen wird. Ich werde dann meine Ansicht über die Frage sehr scharf markieren und einen Vorschlag machen, der in hohem Grade beitragen dürfte, daß künftighin die Vertuschungstaktik des „Vorwärts" vermieden wird. Ein andrer Punkt! Ich hatte von der Fürstenwalder Resolution gesagt, ich wisse, wie diese Erklärung zu stande gekommen sei. Ich kann mir denken, wie die Fürstenwalder dazu kamen, in dieser Frage plötzlich so in den Vordergrund zu treten, von denen man bisher nach dieser Richtung nie das geringste gehört hatte, wenn sie auch im übrigen selbstverständlich durchaus brave Genossen sind. Eine bestimmte Person habe ich aber nicht genannt, die Redaktion aber sagte: Da würden bestimmte Personen verdächtigt und diese Beschuldigung sei nach ihrer Information nicht zutreffend. Ich sagte mir: mag sein, aber was geht das denn die Redaktion an? Ich unterschreibe ja meine Erklärung. (Sehr richtig!) Glaubt eine bestimmte Person in der Partei dadurch getroffen zu sein, so hat sie ja das Recht, gegen meine Erklärung aufzutreten. Dann wäre die Sache wahrscheinlich abgemacht gewesen. Deswegen hatte die Redaktion jedenfalls kein Recht, die Aufnahme zu verweigern, sie kann sich nicht zum alleinigen Schiedsrichter über solche Fragen aufwerfen.

Nun hat man freilich gesagt: du hättest dich an die Preßkommission wenden können. Die Preßkommission in allen Ehren. Ich weiß, daß darin selbstverständlich ohne Ausnahme sehr tüchtige Genossen sind, aber diese Genossen treten nach des Tages Mühe und Arbeit abends zusammen und die über alles das, was sonst vorgeht, wenn der „Vorwärts" darüber nicht berichtet hat, nicht informiert sind. Sie müssen also ganz naturgemäß den Informationen, die sie von der Redaktion erhalten, in hohem Grade Glauben schenken. Nun hatte ich vorher schon eine Differenz mit Gradnauer gehabt. Ich hatte ihm Vorwürfe gemacht wegen der Taktik, die der „Vorwärts" in den ganzen Bernstein-Fragen beobachtet hatte, da antwortete mir Gradnauer: Sie sind im Irrtum, wenn Sie glauben, daß die Redaktion auf eigne Verantwortung gehandelt hatte; wir haben mit der Preßkommission über die Sache gesprochen und die hat uns recht gegeben. (Hört! hört!) Regt Euch darüber nicht auf, ich konstatiere bloß die Tatsache, zur Aufregung liegt gar kein Grund vor. Darauf schrieb ich Gradnauer: Das mag stimmen, wenn ihr in der Redaktion die Preßkommission informiert und ihr sagt: das und das droht auszubrechen, es liegt im Parteiinteresse, die Sache möglichst beiseite zu schieben, die Sache nicht zu einer

großen Frage auswachsen zu lassen, so begreife ich vollkommen, daß die Kommission, die so gut wie jeder andre der Meinung ist, daß man ohne Not keine Zerwürfnisse schaffen soll, zu dem Beschluß gekommen ist, den Standpunkt der Redaktion zu billigen. Wäre ich dabei gewesen, so hätte ich gesagt: die Sache liegt doch etwas anders, wir wollen ja keinen Skandal, aber wir wollen, daß Ihr genau unterrichtet werdet (Sehr richtig!) über das, was in der Partei vorgeht, nicht bloß von der einen Seite, bewahre, sondern das bezweckt auch mein Antrag, in vollständiger Weise. Von diesem Vorfall hat Eisner, weil er damals auf Urlaub war, nichts gewußt. Er hat mir nachher selbst gesagt: hätte ich das gewußt, dann wäre mir Ihr Standpunkt erklärlicher gewesen. Die Redaktion hatte sich dann weiter an meinen Bemerkungen gegen Heine wegen der Marburger Stichwahl gestoßen. Ich wandte mich darin gegen die hochfahrende Art, in der Heine die Marburger kritisiert hatte, obgleich diese doch formell und materiell im Rechte gewesen seien. Die Redaktion sagte: da hat ja Bebel ganz vergessen, daß er selbst an dem Beschluß in dieser Frage teilgenommen hat. Auch Gerisch hat sich in diesem Sinne auf der Brandenburger Provinzialkonferenz geäußert. Auch diesen Punkt muß ich mit ein paar Worten klarstellen.

Vor der Wahl am 16. Juni hatten wir im Vorstand beschlossen, wir halten am 17. Juni nachmittags eine Vorstandssitzung ab. Wir sagten uns: wir haben bis dahin so ziemlich die meisten Wahlresultate und wissen wie die Stichwahlen stehen. Dann können wir die Situation überschauen und feststellen, was zu tun ist. Nun stellte es sich heraus — wir hätten in München weiter denken sollen, als wir gedacht haben (Vollmar: Sehr richtig!) — dann hättest Du ja weiter denken und gescheiter sein können als wir, ich wäre Dir sehr dankbar gewesen. (Heiterkeit.) Wir hatten in München festgelegt, welche Punkte für unsre Stichwahl-Taktik maßgebend sein sollten. Nun standen wir nach dem 16. Juni vor folgender Situation: In einer Anzahl Wahlkreise standen Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung in Stichwahl mit ausgesprochenen Bauernbündlern, mit unsren zollwütigsten Gegnern, von denen wir wußten, daß sie stimmen würden für alle Lebensmittelzölle, für alle Militär- und Flottenpläne, für weitere indirekte Steuern, und daß sie auch für Ausnahmegesetze zu haben sein würden. Auf der andren Seite standen Kandidaten, von denen wir wußten, daß sie zwar auch in Zukunft für Flotten-, Militär-, Kolonial- und weltpolitische Forderungen stimmen würden, daß sie aber für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Wahlrechts eintreten und gegen neue Liebesgaben, indirekte Steuern, hohe Lebensmittel-Zölle usw. stimmen würden. Ich war es, der im Vorstande die Sache zur Sprache brachte und fragte: wie verhalten wir uns? Nach der Münchener Resolution hätten wir dem kleineren Uebel die Unterstützung versagen müssen. Damit hätten wir es darauf ankommen lassen, daß das größere Uebel, das nach jeder Richtung hin schlimmer ist, gewählt wird. Auf der einen Seite war der Münchener Beschluß, auf der andren Seite war ein schwerer Schaden für die Partei. Was sollten wir machen? Wir haben hin und her geredet und schließlich kamen wir zu dem Resultat, daß eine offizielle Erklärung nicht abgegeben werden könne, daß aber auf offiziösem Wege den Parteigenossen ein Wink gegeben werden sollte, wie sie sich verhalten sollten. Sollten dann darüber Beschwerden laut werden, so nahmen wir an, würde der Parteitag sagen: Ihr habt gesündigt, aber Eure Sünde hat der Partei zum Vorteil gereicht; wir wollen Euch vergeben. (Heiterkeit.) So wurde also gehandelt. Die Aeußerung des Genossen Gerisch auf der Brandenburger Provinzialkonferenz, ich hätte bei dem Beschluß über die Marburger Stichwahl mitgewirkt, beruht auf einem Irrtum. (Gerisch: Habe ich nicht gesagt.) Das Resultat der Marburger Wahl war mir und der Mehrheit des Vorstandes unbekannt, als wir über die Stichwahl-Taktik berieten. Bekannt war es aber dem Parteibureau, wohin die Marburger telegraphiert hatten

und wo Pfannkuch war. Pfannkuch schrieb ihnen dann, getreu dem Münchener Beschluß habt ihr das Recht, euch der Abstimmung zu enthalten. Ich wußte von der Sache nichts. Einige Tage später lese ich in Kißnacht, wohin ich gegangen war, daß der „Vorwärts" die Marburger Genossen wegen ihres Stichwahl-Beschlusses angegriffen. Da sagte ich mir, das war nicht recht geschickt. Die Marburger haben sich an den Parteitagsbeschluß gehalten; man durfte ihnen nur den guten Rat geben, anders zu handeln. Es kam zu jener Polemik, bei der mir die zweite Erklärung des „Vorwärts" noch weniger gefallen hat. Die Erklärung Heines war in sehr hochfahrendem Tone gehalten, der durchaus nicht gerechtfertigt war. (Sehr richtig!) Heine hat auf Grund privater Beziehungen sich beeilt, an Herrn v. Gerlach den Wortlaut der „Vorwärts"-Erklärung zu telegraphieren. Darf man sich wundern, daß die Marburger darüber ganz außer sich gerieten? Sie lesen am nächsten Tage die Depesche Heines, während sie die gegenteilige Erklärung des Parteisekretärs Pfannkuch erhalten hatten. In Kißnacht erhielt ich vom Genossen Michels aus Marburg einen Brief, der sich über Heine und den „Vorwärts" beschwerte. Ich erwiderte: Ja, ich bin auch geärgert über die Art, wie Heine vorgegangen, und auch die Art, wie der „Vorwärts" verfuhr, ist nicht geschickt. Ihr habt zweifellos konform mit dem Münchener Beschluß gehandelt. Aber trotz alledem würde ich Euch, wenn ich die Möglichkeit dazu gehabt hätte, auch geraten haben: Wählt Herrn v. Gerlach, trotzdem er ein Flotten-, Militär-, Kolonial- und Weltpolitik-Schwärmer ist (Zuruf: Ueberhaupt ein Schwärmer! Große Heiterkeit), weil wir von ihm sicher erwarten können, daß er jeden Angriff auf das allgemeine Stimmrecht und jede Erhöhung der Lebensmittelzölle zurückweisen wird. Das sage ich, obwohl meine Stellung zu Herrn v. Gerlach aus andern Gründen nicht freundlich ist. Da, und das ist charakteristisch für die richtige Beurteilung des Falles, antwortete mir Genosse Michels auf meinen Brief: Ja, wenn wir rechtzeitig von der Entscheidung des Vorstandes unterrichtet worden wären, hätten wir auch so gehandelt. So lag die Situation, auf Grund deren ich jene Erklärung an den „Vorwärts" schickte. In der „Vorwärts"-Redaktion aber dachte man: da ist dem Bebel etwas passiert, er muß selber vergessen haben, was er mit beschlossen hat, da wollen wir ihn durch Aufnahme seiner Erklärung nicht in Verlegenheit bringen. Na, das war ein Irrtum. Das war das eine Moment, weshalb die Redaktion die Aufnahme meiner Erklärung verweigerte. Dazu kam noch ein weiteres. Auer hat erklärt, ihn hätte nicht der Marburger Passus zu seinem Rate bestimmt, sondern die Nachschrift, die sich auf Heine bezieht, die wäre ungehörig. Ich kann aber wirklich nicht begreifen, wo in ihr eine Beleidigung für Heine enthalten gewesen sein soll. Wie lautete sie denn? „Im Begriff, die vorstehende Zuschrift zur Post zu geben, wird mir aus Berlin mitgeteilt: Heine habe unter großer Entrüstung der Versammlung im dritten Wahlkreis geäußert: Bebel sitzt in Kißnacht und schläft und weiß von nichts, um dann plötzlich zu erwachen und loszuschlagen. Der Genosse, welcher mir diese Mitteilung machte, wohnte der Heineschen Versammlung bei. Der Bericht des „Vorwärts" über die Heinesche Versammlung enthält diese Aeußerung Heines nicht. Hat Heine die ihm unterstellte Aeußerung gemacht, so erwidere ich ihm, daß, wenn er in den zwei Monaten, seitdem ich hier sitze, auch nur annähernd so gearbeitet hat, wie ich gearbeitet habe, er sich für einen sehr fleißigen Mann halten darf. Ich gehe nicht hierher, um auf der Bärenhaut zu liegen, sondern, um neben der mir so notwendigen Erholung Arbeiten auszuführen, für die ich in Berlin nicht die nötige Ruhe finden würde." Wie konnte sich Genosse Heine davon beleidigt fühlen? Er konnte sich doch gar nicht beleidigt fühlen. Seine Aeußerung, die mir berichtet wurde, ist ja auch in der gegnerischen Presse mitgeteilt worden, und hier habe ich erfahren, daß in der Preßkommission von zwei Mitgliedern gesagt wurde, Heine habe in der Tat die Aeußerung gemacht. Ich schrieb aber

nur: Wenn Heine das gesagt haben sollte, so erwidere ich ihm usw. Ist denn das etwas Beleidigendes? In keiner Weise!

Ich gebe ja gern zu: wäre ich statt in Küßnacht in Berlin gewesen, so wäre die Sache jedenfalls verhütet worden. Ich bin aber immer noch der Meinung, daß die Redaktion des „Vorwärts“ hier einen Rigorismus ausgeübt hat, der zu weit ging. Jede Redaktion hat allerdings das Recht, Einsendungen und Erklärungen zurückzuweisen, die gegen das Strafgesetz verstoßen oder in denen grobe Verbalinjurien vorkommen oder in denen Mitteilungen enthalten sind, die vorläufig Parteigeheimnis bleiben sollen, oder die Partei-Interessen verletzen usw.; man kann darüber keine bestimmten Grundsätze aufstellen. Deshalb wäre es die größte Thorheit, wenn der Parteitag darüber eine bestimmte Resolution fassen wollte. Aber in meinem Fall hat nach meiner Ansicht die Redaktion in dem Eifer, mit dem sie glaubte, für die Partei-Interessen eintreten zu müssen, unrecht gethan. Das Unrecht ist aber gut gemacht worden dadurch, daß sie die Erklärung abgedruckt hat. Damit bin ich zufrieden.

Eisner: Ich glaube, Ihrer aller Empfindung zu entsprechen, wenn ich diese kleine, wirklich kleine Redaktionsangelegenheit nicht zum Ausgang einer längeren Debatte mache. (Sehr gut!) Ich verzichte deshalb darauf, auf die Ausführungen Bebels im einzelnen einzugehen; ich hätte ja vielleicht auch manches auf dem Herzen, ich könnte eine Debatte entfesseln über die Aufnahme von Erklärungen usw., die zu den unangenehmsten Redaktionspflichten gehört, die überhaupt existieren. Nur eine Bemerkung wollen Sie mir gestatten. Es ist ja allerdings ein Prinzip des „Vorwärts“ — und darin mögen Sie uns Unrecht geben —, wir suchen allerdings persönliche Auseinandersetzungen nach Möglichkeit einzudämmen, und es scheint uns diese Möglichkeit in allen den Fällen gegeben zu sein, wo nach unsrer Kenntnis der Dinge in den Erklärungen unrichtige oder ungenaue Behauptungen enthalten sind, von denen der betreffende Einsender nichts wissen konnte. Ich stelle nun zweierlei fest. Bebel hat die Loyalität der Redaktion allerdings anerkannt. Er hat uns weiter das formelle Recht zugestanden, Erklärungen abzulehnen. Er hat weiter gesagt, daß es nicht unsre Absicht w[illegible] — und das war der schwere Vorwurf, der für uns kränkend war —, die Meinungsfreiheit irgend eines Parteigenossen einzuschränken. Dadurch ist der Diskussion der Stachel ausgezogen. Es bleibt nur noch eine sachliche Meinungsverschiedenheit darüber, ob die Gründe, die zur Ablehnung bezw. zum Wunsche der Abänderung — nur darum handelte es sich in dem ersten Falle — führten, ausreichend waren oder nicht. Da liegt keine Prinzipienfrage vor, sondern eine Frage, über die die Genossen verschieden denken können. Ich habe mich immer noch nicht ganz zu der Anschauung Bebels bekehrt, ich bin einmal ein Rechthaber (Heiterkeit), und ich habe noch heute meine Anschauung. Ich habe aber keinen Grund, noch weiter über diese Sache zu reden, umsoweniger, als die Parteigenossen im Lande Sehnsucht haben, endlich einmal zu hören, was denn dieser Parteitag **t u n** will. (Heiterkeit und Beifall.)

Auer: Da mein Name in der Diskussion über diese Angelegenheit wiederholt genannt wurde, so sehe ich mich genötigt, doch auch ein paar Worte hier darüber zum besten zu geben. Ich schicke voraus, veranlaßt durch Bemerkungen des Genossen Bebel, daß ich mit dem Marburger Fall überhaupt nichts zu tun, hatte (Zuruf Bebels) — — ich kann Dich da mißverstanden haben ich höre ja nicht gut. Ich konstatiere nur, daß ich mit dem Marburger Fall gar nichts zu tun hatte, weil ich zu der Zeit nicht in Berlin war, an den Verhandlungen des Parteivorstandes nicht teilnehmen konnte und auch ein schriftlicher Einfluß von meiner Seite nicht ausgeübt worden ist, in keiner Richtung. Im übrigen glaube ich, daß gerade der Marburger Fall wieder ein neuer Beweis dafür ist, daß wir mit der Festlegung unsrer taktischen Haltung auf lange Jahre hinaus in Zukunft etwas vorsichtiger sein sollten. (Vielfaches Sehr richtig!) Ich erinnere

an den Beschluß über die Stichwahl-Taktik in St. Gallen, dem wir direkt entgegenhandeln mußten. Ebensowenig hatte ich irgend einen Einfluß ausgeübt oder auch nur ein Urteil abzugeben über die Fürstenwalder Angelegenheit. Diese war noch in der Schwebe, als Eisner unsren Rat haben wollte, und geht mich gar nichts an. Wir wurden nicht gefragt: „Wie denkt Ihr über die Fürstenwalder Erklärung oder über die sich dagegen richtende Erklärung Bebels?" Die Frage wurde gar nicht erörtert, in meiner Unterredung mit Eisner war für mich bestimmend die Schlußnote, die Bebel in seiner Erklärung gegen Heine gerichtet hatte. Gerisch und ich haben unsren Ratschlag nicht als Vorstandsmitglieder und auch nicht im Namen des Vorstandes, sondern aus unsrer freien individuellen Meinung gegeben, die sich gestaltet hat aus der Ueberzeugung, daß wir damit im Parteiinteresse handelten. Lesen Sie die Erklärung gegen Heine! Sagen Sie sich, daß dieselbe an uns herantrat acht Tage vor dem Parteitag, überlegen Sie sich die ganze Situation: hätten Sie sich nicht auch gesagt: ach, was soll da zu allem Unbequemen, das bereits im Gange ist, nun noch dieser Ausdruck persönlicher Animosität in die Parteipresse hineingebracht werden! Es liegt im Interesse der Partei, daß dies nicht geschieht! Mag sein, daß wir darin falsch geurteilt haben, aber es kommt ja nur darauf an, daß wir nach bester Ueberzeugung im Interesse der Partei glaubten so handeln zu müssen. Ich will nur erklären, daß ich auch heute noch der Ueberzeugung bin, da ich einmal gefragt wurde, den für mich und für die Sache richtigen Ratschlag gegeben zu haben. Es wäre mir ja lieber gewesen, wenn die Frage gar nicht an mich herangetreten wäre. Dann hätte ich auch keine Verantwortung gehabt, aber es ist doch etwas ganz andres, ein Unheil nicht verhindern zu können oder durch Zustimmung die Verantwortung für dies Unheil mit zu übernehmen. Letzteres haben wir nicht getan. An unsrem guten Glauben dabei zweifelt wohl niemand. Es ist auch meine Ueberzeugung, daß, wenn Bebel zu der Zeit in Berlin gewesen wäre, die Sache wohl beigelegt worden wäre. Wenn das Parteivorstands-Mitglied Bebel und das Parteivorstands-Mitglied Auer sich über die Sache unterhalten hätten, so wären sie wohl in fünf Minuten darüber einig gewesen, den Parteigenossen Bebel zu „vergewaltigen" und seine Erklärung nicht zu veröffentlichen. (Bebel: Daran zweifle ich allerdings!) Ach wir beide, wir haben schon ganz andre Sachen erledigt! (Große Heiterkeit.) Es ist meine Ueberzeugung, daß ich im Partei-Interesse handelte und das war meine Pflicht! (Beifall.)

Gerisch: Ich habe auf der Konferenz für die Provinz Brandenburg in Berlin ausdrücklich erklärt, daß, als wir den Beschluß faßten, uns der Marburger Fall nicht bekannt war. Ich habe zweimal ganz bestimmt erklärt, daß wir den Beschluß nach der Hauptwahl gefaßt haben ohne Kenntnis des Marburger Falles. Wenn für die Aufnahme von Erklärungen bisher nur die von Bebel angegebene Maxime bestanden hätte, daß die betreffenden Einsendungen nicht vom rechtlichen Standpunkt aus bedenklich und nicht gegen den guten Ton verstoßen dürfen, dann wäre die Frage auch für die Redaktion keinen Augenblick strittig gewesen. Es sind aber schon früher vielfach Einsendungen zurückgewiesen worden, die weder gegen den guten Ton noch gegen das Strafgesetz verstoßen haben. Für mich war besonders bestimmend, daß wir kurz vorher dem Genossen Bernstein einen sachlichen Artikel abgelehnt hatten; Redaktion und Preßkommission hatten die Aufnahme abgelehnt, der Wunsch, den Streit vor dem Parteitage möglichst einzudämmen, mußte unter Umständen auch gegenüber einem Manne wie Bebel angewandt werden. — Was die Marburger Angelegenheit anlangt, so bin ich nicht der Ueberzeugung gewesen, daß Bebel die Sache ganz entfallen war. Wir hatten Eisner veranlaßt, die im „Vorwärts" ausgesprochene Stellung einzunehmen, und nun sollte Eisner als Redakteur nach seinem Empfinden gewissermaßen in seinem eignen Blatte gerüffelt werden. Eisner meinte, das könne er sich nicht gefallen lassen. Da ist nicht andres übrig geblieben, als daß die Vorstands-

mitglieder, die an diesem Beschluß teil hatten, Eisner Recht geben mußten gegen Bebel. Uns hat nichts ferner gelegen, als Bebel irgendwie in seinen Ansichten zu beschränken, sondern wir haben aus den lautersten und besten Motiven Eisner den Rat gegeben.

Heine: Ueber die Marburger Angelegenheit werde ich heute nicht reden, weil Dr. Michels noch nicht gesprochen hat und weil das ja auch streng genommen unter den Punkt Taktik fällt. (Sehr richtig!) Die Frage, inwieweit Zeitungen Einsendungen aufnehmen müssen, ist nicht so leicht zu nehmen. Ich empfinde es als einer der Berliner Abgeordneten oft unangenehm, daß ich, um im „Vorwärts" zu Worte zu kommen, von der Redaktion abhängig bin. Trotzdem bin ich der Meinung, daß die Redaktion nicht die generelle Verpflichtung hat, alle Einsendungen aufzunehmen. Das Resultat in diesem Fall ist jedenfalls das, daß nicht Bebel mundtot gemacht worden ist, sondern ich, ich hatte nämlich in der Sache auch etwas zu sagen, nicht in der Marburger Sache, sondern sonstwas. Ich hatte auch ein Eingesandt an den „Vorwärts" gebracht, da sagte mir Eisner: Wir haben von Bebel etwas abgelehnt, deshalb müssen wir auch Ihre Einsendung ablehnen! Darauf habe ich die Einsendung selbstverständlich zurückgezogen. Alsdann hat Bebel selbstverständlich die Möglichkeit gehabt, in der Leipzigerin zu veröffentlichen, was er auf dem Herzen hatte (Heiterkeit. Zuruf: Sie nicht!), nein, ich nicht (erneute Heiterkeit); außerdem hat der „Vorwärts" nachträglich das abgedruckt, was die Leipzigerin gebracht hatte. Um auch meine Einsendung noch nachträglich abzudrucken, dazu war es inzwischen zu spät geworden. Das erfreuliche Ergebnis dieser großen, angeblich revisionistischen Schlauheit (Heiterkeit) des Dr. Eisner ist also, daß ich mundtot gemacht worden bin und kein andrer. Dann möchte ich noch ein Wort sagen zu meiner angeblichen Aeußerung über Bebel vom Schlafen, zumal auch Bebel selbst mich gestern ein paar Mal darauf hin angespitzt hat. Ich habe in jener Versammlung ein Bild gebraucht, ich habe von Bebel gesagt, daß seine Idee, es bestände eine revisionistische Verschwörung und diese äußere sich in der Haupt- und Staatsaktion der Kniehose (Große Heiterkeit), einfach ein Gespenst ist, ein Traumbild, das ihn genarrt hat. Ich sagte: die Sache liegt daran, daß Genosse Bebel nicht hier ist, wenn man mit ihm ein Wort sprechen und ihm sagen könnte, wie die Dinge liegen, so würde er sich eines besseren belehren lassen. Da rief mir irgend jemand — wer, weiß ich nicht — zu: „Darf er denn das nicht einmal?" Darauf sagte ich: Selbstverständlich gönne ich Bebel seine Ruhe, er ist der Wächter der Partei, und er hat in diesem Falle von dem Recht eines jeden Wächters Gebrauch gemacht, auch einmal einzuschlafen. Und dann, durch Traumbilder und Gespenster erschreckt ist er aufgewacht (Große Unruhe.) und hat nach meiner Meinung zur unrichtigen Zeit ins Alarmhorn gestoßen. Das war nicht gedacht als eine Beleidigung Bebels. Ich hatte hervorgehoben, daß er der Wächter der Partei ist, und wer meine Stellung zu Bebel kennt, der weiß, daß ich an alles andre eher denke, als diesen Mann, den ich nicht nur als den Veteran der Partei, sondern auch sonst ganz besonders verehre und für den ich in Dutzenden von Fällen eingetreten bin, beleidigen zu wollen. Trotzdem erhob sich in der betreffenden Versammlung einer, der die Auffassung hatte, ich hätte dadurch Bebel beleidigen oder kränken wollen. Als ich das hörte, bin ich dann noch einmal dem entgegen getreten. Damit hätte nun eigentlich diese furchtbar wichtige Angelegenheit abgetan sein können. Sie ist auch so wenig aufgefallen, daß der Berichterstatter des „Vorwärts" die ganze Sache sehr vernünftigerweise nicht einmal in den Bericht aufgenommen hat. Wenn nicht jemand — wer, weiß ich nicht — es für nötig gehalten hätte, diesen pikanten Vorfall an Bebel nach Küßnacht zu schreiben, dann hätte keiner etwas darüber gesagt. Aber der Brave, der das Bebel berichtet hat, hat, wie ich aus Bebels eignem Munde weiß, ihm nicht das dazu geschrieben, was ich zur Erklärung gesagt hatte, das hat der

Herr nicht für nötig gehalten. (Hört! hört!) Bebel hat es mir nicht übel genommen, wie er mir erklärt hat, ich habe ihm selbstverständlich seine Erklärung nicht übel genommen. Die Redaktion des „Vorwärts" aber wußte aus ihren Informationen, wie die Sache vollständig gewesen war, sie hatte wohl auch Bedenken, diese kleine persönliche Geschichte unnötigerweise noch breitzutreten. Darin hat der „Vorwärts" sehr recht gehabt, denn es wäre wirklich sehr wünschenswert, und jeder von uns wünscht es, daß kleine persönliche Reibungen, wie sie im Eifer des Gefechts immer einmal entstehen, nicht über Gebühr fortgesponnen werden. (Stadthagen ruft: Marburger Angelegenheit!) Wollen Sie durch diesen Zwischenruf den Verdacht erwecken, als hätte ich, was die Marburger Stichwahl betrifft, irgend etwas zu verschweigen? So wenig das der Fall ist, so will ich doch jetzt keine Bemerkungen machen, die nicht zu diesem Punkte gehören. Ich muß aber doch einmal bemerken, es geht jetzt schon die ganzen drei Tage so. Fast kein Redner hat seine Rede zu Ende führen können, ohne durch fortwährende Zwischenrufe und Privatgespräche Stadthagens gestört worden zu sein. (Vielfache Rufe: Sehr richtig!) Da kann man es mir nicht verdenken, wenn auch mir einmal, wie Bebel sagt, eine Laus über die Leber läuft! (Heiterkeit und Sehr gut!)

Stadthagen: Heine meinte, ich wollte durch meinen Zwischenruf „Marburger Angelegenheit" ihn in den Verdacht bringen, als wolle er etwas verschweigen. Das ist unrichtig. Wenn Heine ein ganz klein wenig nachzudenken die Liebenswürdigkeit hätte, so würde er folgendes bemerkt haben: Er hat wieder begonnen, eine Vorlesung über guten Ton zu halten und gemeint, es wäre gut, wenn andre nicht verletzende Aeußerungen von Genossen in die Blätter bringen. Da rief ich ihm zu: „Marburger Angelegenheit!" Ich meinte damit den eigentlich superlativ verletzenden Ton der Heineschen Erklärung. Verletzend, nicht nur gegen einzelne Genossen, sondern gegen die Gesamtpartei. Im übrigen ist auch die von ihm behandelte Sache nicht so harmlos, wie Heine sie hinstellt. Ich zweifle gar nicht daran, daß er richtig nach seinem Gedächtnis zitiert hat, aber drei Ohrenzeugen haben mir bekundet, daß sie dem Sinne nach dasjenige, was der Genosse an Bebel geschrieben hat, von Heine gehört haben, und daß darauf eine stürmische Unterbrechung erfolgt ist. Es kommt darauf an, ob die Genossen die Worte von Heine so aufgefaßt haben, oder nicht. Wenn Heine von einer großen Anzahl von Genossen mißverstanden wird, so wird er wohl selbst daran schuld sein. Würde er einen klaren und offenen Ton anschlagen, so würde er nicht so mißverstanden werden.

Heine: Von der großen Entrüstung, von der Stadthagen sprach, habe ich in der Versammlung nichts gemerkt, ich merkte erst aus der Rede des Genossen, daß meine Aeußerung falsch aufgefaßt worden war. Aber das ist nicht der springende Punkt. Die Hauptsache ist, daß das Referat, das man an Bebel erstattet hat, unvollständig war; daß meine Erklärung, die ein verschuldetes oder unverschuldetes Mißverständnis beseitigte, nicht mit berichtet ist, um gegen mich Stimmung zu machen.

Es folgt der Teil des Vorstandsberichtes, der sich auf die **polnische Frage** bezieht.

An Stelle von Pfannkuch referiert

Gerisch: In München wurde uns u. a. der Auftrag, eine Verständigung mit dem Vorstande der polnischen Sonderorganisation herbeizuführen. Es ist Ihnen gewiß noch erinnerlich, daß damals in Oberschlesien sowohl von seiten der deutschen als auch der polnischen Genossen Kandidaten aufgestellt waren, und es bestand die Gefahr, daß Sozialdemokraten gegeneinander kandidieren würden. Der Parteivorstand ist dem Auftrage nachgekommen, aber die Verhandlungen haben zu einem negativen Ergebnis geführt, unser Verhältnis zur polnischen Bruderpartei ist dasselbe wie allen andren Bruderparteien gegenüber. Nun ist

von seiten der polnischen sozialistischen Partei ein offener Brief an die deutsche Sozialdemokratie gerichtet, worin dem deutschen Parteivorstand die Hauptschuld an dem Scheitern der Verhandlungen aufgebürdet wird. Das nötigt mich, mit einigen Worten auf den Gang der Verhandlungen einzugehen. Auf unsre Anregung fand am 19. Oktober eine Konferenz statt, in der wir uns über die Mittel und Wege zu einer Einigung aussprachen. Von seiten des deutschen Parteivorstandes wurden bezüglich der Organisation folgende Vorschläge gemacht: Anerkennung der polnischen Organisation unter der Voraussetzung, daß die polnische Organisation die Agitation und die Organisation unter der polnisch sprechenden Bevölkerung Deutschlands zu betreiben hat. Zugehörigkeit der polnischen Organisation zu der Gesamtpartei Deutschlands. Anerkennung des Parteiprogramms und der Parteiinstanzen. Delegation zum deutschen Parteitag nach den Vorschriften des Organisationsstatuts. Zulässigkeit der Sektionsbildung innerhalb der einzelnen Parteiorte. Ueber diesen Vorschlag wurde keine Einigung erzielt, die polnischen Genossen stellten Forderungen, die wir ohne Aenderung des deutschen Organisationsstatuts nicht erfüllen konnten. Dazu aber hatten wir kein Recht, wir konnten den polnischen Genossen keine anderen Rechte einräumen als anderen Landesorganisationen in Deutschland. In Bezug auf die Presse machten wir folgenden Vorschlag: Ein polnisches Organ, redigiert nach den unter Organisation gestellten Forderungen, Errichtung einer Preßkommission, in die ein Vertrauensmann des Parteivorstandes delegiert wird. Hierüber entstand keine Differenz. Die letzte und schwierigste Aufgabe war die Verständigung über die Reichstagskandidaturen. Da hatte der deutsche Vorstand folgende Leitsätze aufgestellt: Aufstellung der Reichstagskandidaturen durch die organisierten Genossen der einzelnen Wahlkreise. Wir hielten uns also streng im Rahmen unsrer für alle Genossen geltenden Organisation. Die polnischen Genossen verlangten zunächst, der Genosse Winter dürfe unter keinen Umständen mitkandidieren. Dazu unsre Zustimmung zu geben, haben wir uns geweigert, weil wir nicht in die Rechte der einzelnen Kreise eingreifen wollten. Wir haben vielmehr gefordert, daß wenn der Wahlkreis Beuthen-Tarnowitz Winter aufstellt, Winter auch anzuerkennen ist. Es kam zu keiner Einigung, die Konferenz ist resultatlos verlaufen. Der deutsche Parteivorstand faßte dann das Ergebnis der Verhandlungen in einem Protokoll kurz zusammen und stellte es den Beteiligten zu. Wir forderten auch den polnischen Parteivorstand auf, sich zu erklären, ob er weiteres Entgegenkommen zeigen wolle. Bezüglich der Reichstagskandidaten hatten die polnischen Genossen gefordert: In den polnischen Landesteilen, wo in den einzelnen Wahlkreisen die polnische Bevölkerung nach der letzten Volkszählung die Majorität ausmacht, werden in der Regel nur solche Genossen als Kandidaten aufgestellt, die deutsch und polnisch sprechen, wenn solche vorhanden sind. In dem Protokoll ist nun ein Irrtum unterlaufen. Wir haben nicht, wie es dort heißt, diesen Vorschlag in vollem Umfange akzeptieren wollen, wir waren nur bereit, die Forderung der polnischen Genossen zu erfüllen, daß in den Bezirken mit gemischtsprachiger Bevölkerung, wenn irgend möglich, Kandidaten aufgestellt werden sollen, die beide Sprachen sprechen, wir wollten aber in dieser Hinsicht keinen Zwang und wollten vor allem nicht, daß das Ergebnis der letzten Volkszählung zu Grunde gelegt wird, sondern daß den organisierten Genossen freie Hand gelassen wird. Gestützt auf unser Protokoll, das jenen Irrtum enthielt, nahm nun der polnische Parteivorstand die Leitsätze an und auf derselben Grundlage gelangten die Einigungsvorschläge auf dem polnischen Parteitag zur Annahme. Wir sagten uns: Das trifft nicht zu, ein solches Zugeständnis haben wir nicht gemacht, wir können und dürfen es auch nicht machen, es liegt ein Irrtum vor. Weiter kamen unsre Genossen aus Oberschlesien und sagten: Wenn die polnischen Genossen auch erklären, daß sie das Erfurter Programm anerkennen, so haben sie doch früher Beschlüsse gefaßt, die für sie bindend sind, die aber mit dem Erfurter Programm nichts zu tun haben,

sondern Dinge berühren, die uns als Sozialdemokraten nichts angehen. Die Beschlüsse betreffen die Wiederherstellung des polnischen Nationalstaates. Um die Gemüter zu beruhigen, habe ich dann im Auftrage des Vorstandes ein Rundschreiben an die Agitationskomitees von Breslau, Posen und Oberschlesien gerichtet. Dies Rundschreiben ist in dem offenen Brief des polnischen Parteivorstandes auszugsweise wiedergegeben. Es ist ein Irrtum, wenn dasselbe als eine Erklärung des Parteivorstandes bezeichnet wird; es war nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt, sondern lediglich zur Information unsrer Genossen in den in Frage kommenden Bezirken. In diesem Rundschreiben habe ich im Auftrage des Parteivorstandes, der es vom ersten bis zum letzten Wort gebilligt hat, unsern Genossen gesagt: Was beunruhigt Ihr Euch denn? Wenn die polnischen Genossen unser Programm anerkennen, dürfen sie kein Nebenprogramm haben. (Sehr richtig!) Das wäre ja wider Treu und Glauben. Alles, was vorher beschlossen ist, ist dann null und nichtig. Und, fügte ich hinzu, soviel Vertrauen müssen vertragschließende Teile zu einander haben. Wenn wirklich die polnischen Genossen uns über den Löffel barbieren wollten, dann würde das ja sehr bald erkannt werden, und dann wären wir mit ihnen fertig. Aber zunächst bauen wir auf Treu und Glauben! In diesem Rundschreiben, das die selbstverständlichsten Dinge von der Welt enthält, erblickten die polnischen Genossen einen Wechsel unsrer Gesinnung. Das ist um so merkwürdiger, als wir ihnen gegenüber stets den Standpunkt vertreten hatten, daß wir uns auf nationalpolnische Bestrebungen grundsätzlich nicht einlassen können. Aus diesem Grunde hatten wir ja auch der „Gazeta Robotnicza" die Subvention entzogen, weil da Dinge vertreten wurden, die mit unsrem Programm nichts zu tun haben.

Also die polnischen Genossen waren sehr genau unterrichtet, welche Stellung der Vorstand einnahm. Sie konnten unmöglich annehmen, daß wir unsre Gesinnung ihnen gegenüber gewechselt hätten. So lagen die Dinge bis zu jener Konferenz. Nun sind aber die Warnungen der Genossen aus Oberschlesien und Posen nicht eindruckslos an uns vorübergegangen. Treu und Glauben in allen Ehren; aber besser ist doch eine schriftliche Abmachung. Die polnischen Genossen wurden zu einer Schlußkonferenz eingeladen, wo der gegenseitige Friedensvertrag unterzeichnet werden sollte. Die Beschlüsse wurden protokollarisch festgestellt und den polnischen Genossen unterbreitet. Nur der Vorsicht halber wurde das Nebenprotokoll noch aufgenommen. Ich kann zugeben: das Ding sieht verdächtig aus (Sehr richtig!); aber es sieht schlimmer aus, als es ist. Nach Lage der Sache blieb uns eben kein andrer Weg offen.

Unter den deutschen Parteigenossen sind die einzelnen Landesorganisationen die Glieder einer Familie; die Gesamtpartei ist jederzeit in der Lage, die Handlungen der einzelnen Landesorganisationen zu kontrollieren und wenn Fehler vorkommen, ein ernsthaftes Wort zu reden. Das haben wir auf unsren Parteitagen oft erlebt. Ich erinnere nur daran, wie Bebel den Badensern den Kopf gewaschen hat. Diese Möglichkeit aber fehlt gegenüber den polnischen Genossen. Mit wenigen Ausnahmen sind die deutschen Parteigenossen außer Stande, die Handlungen der polnischen Partei zu kontrollieren und ihre Beschlüsse zu verfolgen. Nach alledem, was gerade in der polnischen Agitation bisher geschehen ist, war dringendste Vorsicht geboten. Sollte die deutsche Partei sich Opfer auferlegen für Dinge, von denen sie garnichts weiß und die sie eventuell garnicht verhindern kann? Bei der großen Verantwortlichkeit, die wir zu tragen haben, entschlossen wir uns zu dem Nebenprotokoll. Ich kann mir schwer denken, daß es einer Behörde sonderlich gelüsten mag, der polnischen Organisation einen Prozeß an den Hals zu hängen. Ganz anders aber liegen die Dinge, wenn die deutsche Sozialdemokratie darin verwickelt ist. Wir sprechen den polnischen Genossen ausdrücklich das Recht zu, im Rahmen des Beschlusses des Londoner Kongresses zu handeln. Die Unterdrückung der polnischen Bevölkerung wird von uns und

ist von uns jederzeit auf das entschiedenste bekämpft worden. Die polnische Nation hat gar keinen besseren Verteidiger als die Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Diese unsre Stellung werden wir nicht aufgeben, aber es ist etwas andres, ob da nebenher noch Bestrebungen laufen, die mit der Arbeiterbewegung nicht nur nichts zu tun haben, sondern sie sogar gefährden und hemmen können. Dazu wollten wir unsre Hand nicht bieten. Abgesehen von der Form, die im ersten Augenblick anstößig erscheinen kann, ist unser Verhalten durchaus loyal gewesen. Wir wollen nur die Gewißheit haben, daß in einer Organisation, die wir nicht kontrollieren können, nicht Dinge geschehen, die wir nicht verantworten können. Wir glauben vollkommen korrekt gehandelt und die Interessen sowohl der polnischen Arbeiter, als der Partei wahrgenommen zu haben. Wenn irgend wer, so könnten *wir* einen Vorwurf erheben. Die ganzen Verhandlungen wären nicht nötig gewesen, wenn die polnischen Genossen uns von vornherein erklärt hätten: In erster Linie kommen bei uns nationale Forderungen. Aber gerade darüber haben sie uns hinweg zu täuschen gesucht. Wir glauben, daß wir nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben und daß, wenn eine Einigung nicht zustande gekommen ist, die Schuld nicht auf unsrer Seite liegt. (Beifall.)

Haenisch-Dortmund: Für eine ausgedehnte Polendebatte dürfte hier keine Stimmung vorhanden sein. Deshalb nur einige wenige Bemerkungen, die ich aber machen muß als Vertreter eines Wahlkreises des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, wo eine zahlreiche polnische Arbeiterbevölkerung vorhanden ist, mit der wir in gutem Einverständnis leben wollen. Die Tatsachen, die in dem offenen Briefe der polnischen Partei mitgeteilt sind, haben auf mich einen sehr peinlichen Eindruck gemacht. (Sehr richtig!) Aus dem Ton dieses Briefes geht hervor, daß von seiten der Polen alles versucht ist, eine Verständigung zu erzielen, der Brief ist in sehr sympathischem Ton gehalten. (Widerspruch.) Das peinlichste ist für mich das geheime Nebenprotokoll, das ja Gerisch schon erwähnt hat; es scheint danach, als habe unser Parteivorstand etwas von den bürgerlichen Diplomaten gelernt. Es wird da verlangt, der polnische Parteivorstand solle erklären, daß kein Sonderprogramm besteht, das die nationale Unabhängigkeit Polens fordert. Das ist nicht nötig, denn das, was im Sonderprogramm stehen soll, ist ja bereits im Erfurter Programm enthalten. Es fragt sich nur, ob von polnisch-sozialdemokratischer Seite eine chauvinistische Propaganda betrieben wird, die mit unsren Grundsätzen nicht im Einklang steht. Das wird von der einen Seite behauptet, von der andern bestritten. Leider verstehen die meisten von uns nicht Polnisch, wir sind auf die Uebersetzungen aus der polnischen Presse angewiesen. Nach dem, was Dr. Gumplowicz und Genosse Georg Haase mir zur Verfügung gestellt haben, verurteilt die „Gazeta Robotnicza" den Chauvinismus aufs entschiedenste, daß in der Bewegung der polnischen Genossen das nationale Moment schärfer betont wird als bei uns, ergiebt sich ganz selbstverständlich eben aus der Unterdrückung des polnischen Volks; Druck erzeugt Gegendruck. Ich stehe in der polnischen Frage noch heute auf dem Standpunkt von Kautsky, Marx und Engels, dem Standpunkt, dem auch Liebknecht in Hamburg unter stürmischem Beifall Ausdruck gegeben hat, als er sagte: Wir dürfen unter unsren polnischen Genossen keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir die polnischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit für ebenso gerechtfertigt halten, wie die jedes andren Volkes. (Beifall.)

Katzenstein: Parteigenossen! Ich will nicht eingehen auf die inneren Streitigkeiten unsrer polnischen Genossen. Ich will nur hinweisen auf einige Punkte, in denen meiner Ueberzeugung nach der Parteivorstand in dieser Frage nicht den Parteigrundsätzen entsprechend gehandelt hat. In dem Nebenprotokoll, das Genosse Haenisch hier angezogen hat, wird den polnischen Genossen zugemutet, auf die Wiederherstellung eines nationalen polnischen Staates zu verzichten. Unser Parteiprogramm stellt den Grundsatz der Gleichberechtigung aller Menschen

und der Selbstbestimmung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinden auf. Dazu gehört natürlich auch das Recht der nationalen Selbstbestimmung, und dazu hat der Parteivorstand sich in Gegensatz gestellt. Das Nebenprotokoll verweist die polnischen Genossen auf die vom Internationalen Kongreß 1896 angenommene Resolution betreffend das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen. Wohl, in diesem Beschluß heißt es: „Der Kongreß erklärt, daß er für volles Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eintritt und mit den Arbeitern jedes Landes sympathisiert, das gegenwärtig unter dem Joche des militärischen, nationalen oder andren Despotismus leidet." Welcher Unterschied besteht zwischen diesem „Eintreten" und dem „Fordern" des nationalen Staates, das hier den Polen untersagt werden soll? Wer würde von unsren armenischen Genossen etwa verlangen, daß sie für alle Zeiten den türlischen oder zarischen Despotismus anerkennen? (Zustimmung). Und, von Einzelheiten abgesehen, im Grunde ist der preußische Despotismus in Polen, der dem deutschen Namen zur Unehre gereicht, um nichts besser. Wir stehen doch nicht auf dem Boden der Wiener Kongreßakte. So gut wir den Landesorganisationen volle Selbständigkeit in Fragen einräumen, die Landesangelegenheiten sind, so gut haben wir auch die nationalen Selbständigkeitsbestrebungen gelten zu lassen. Dafür trägt die Gesamtpartei keine Verantwortung. Es genügt, wenn wir die Polen zur nötigen Klugheit und Besonnenheit veranlassen. Der zweite Punkt betrifft die Forderung der Polen, die man ihnen erst zugestanden und dann abgeschlagen hat, daß in überwiegend polnischen Kreisen die Kandidaten nach Möglichkeit der polnischen Sprache mächtig sein sollen. Man greift sich an den Kopf, daß derartiges erst gefordert werden muß. Unsre Kandidaten sollen doch Vertrauensmänner der Arbeiterschaft sein, die man mit Recht tadelt, wenn sie sich dem Verkehr mit ihren Wählern entziehen. Wie sollen sie das sein, wenn sie nur durch Dolmetscher mit ihnen verkehren können? Daß die Polen ihre nationalen Forderungen mehr in den Vordergrund stellen, müssen wir, die unter nationalen Bedrückungen nicht leiden, doch verstehen. Es handelt sich hier nur um eine Frage der Gerechtigkeit, die zugleich in Schule und Kaserne wie vor Gericht eine wichtige materielle Frage ist.

Von polnischer Seite erfuhr ich, daß die Haltung des Parteivorstandes unsren Genossen in Oberschlesien die Agitation erschwert hat und sie überall der chauvinistisch-demokratischen Partei des ausbeutenden Kleinbürgertums gegenüber in eine schwierige Lage bringt. Wir dürfen zu der grundsatztreuen Haltung des Parteivorstandes volles Vertrauen hegen. Darum hoffe ich, daß er auch in dieser Frage den Grundsätzen der Partei und der Gerechtigkeit künftig Rechnung tragen werde. (Beifall.)

Ledebour-Berlin: Ich bin mit den beiden Vorrednern durchaus einverstanden und will ihre Ausführungen nur durch einige wichtige Tatsachen ergänzen. Wie kam der Vorstand überhaupt zu seiner Forderung des vollständigen Verzichts auf irgend welche staatliche Selbständigkeit Polens? Ursprünglich hatte sie der Vorstand gar nicht gestellt; er hatte aber außer der Polnisch-Sozialistischen Partei noch die Gruppe Rosa Luxemburg eingeladen und diese Gruppe war es, die folgende Forderung an die polnischen Sozialisten stellte: Als Programm der Partei gilt das Erfurter Programm; die Propaganda der Unabhängigkeit des polnischen Staates kann nicht als bindender Programmpunkt gelten und in der Agitation betätigt werden. Diese Forderung wäre, wenn sie so angenommen worden wäre, ein Schlag ins Gesicht der polnischen Sozialisten in der ganzen Welt gewesen. (Sehr richtig!) Der Vorstand läßt sich von der Genossin Luxemburg in dieser Weise beeinflussen, weil er selbst die polnische Sprache nicht kennt und sich deshalb ein eignes Urteil über die Agitation der polnischen Sozialisten nicht bilden kann. Da wird denn die Genossin Luxemburg gerufen, oder sie kommt von selbst, und auf die Information dieser Genossin hin, die eine aus-

gesprochene Feindin der polnischen Organisation ist, nimmt er dann Stellung und beschließt über die Schritte, die zur Einigung mit dieser Organisation führen sollen. Ich bin fest überzeugt, daß das Scheitern der Einigung nur auf die Genossin Luxemburg zurückzuführen ist. Allerdings hat der Vorstand die Forderung der Genossin Luxemburg wenigstens abgeschwächt, indem er statt der „Unabhängigkeit des polnischen Staates" „Wiederherstellung Polens" setzte. Das kann so ausgelegt werden, als ob man sich nur gegen die Wiederherstellung des ehemaligen Königreichs Polen wende, das auch ein Gewaltstaat schlimmster Art war. Die Genossin Luxemburg tut aber so, als ob die Polen überhaupt nicht auf nationale Selbständigkeit in irgend welcher Zukunft rechnen und danach streben dürften. Die polnischen Sozialdemokraten wären Schufte, wenn sie diese Forderung der Genossin Luxemburg sich zu eigen gemacht hätten. (Sehr richtig!) Aber wie kommt der Vorstand dazu, die Gruppe Luxemburg zu diesen Verhandlungen überhaupt einzuladen? In Lübeck stellte es die Genossin Luxemburg ja so dar, als ob sie die Mehrheit der polnischen Genossen vertrete. Das ist ein bodenloser Schwindel, und das will ich beweisen! Und diesen Beweis habe ich nicht von den polnischen Genossen, sondern von den deutschen Genossen in der Provinz Posen, wenigstens einem Teil derselben. Es handelt sich um eine Revision bei der „Gazeta Ludowa", des Organs der Gruppe Luxemburg, das von der Partei im vergangenen Jahre mit 2600 Mark unterstützt worden ist. Leider hat der Vorstand es versäumt, sich über dies Blatt genügend zu informieren; erst jetzt soll die Unterstützung der Zeitung aufhören. Ueber diese Revision habe ich folgenden Brief erhalten: Posen, 12. September. „Zur Information teilt Ihnen unterzeichnete Revisionskommission ergebenst mit, daß dieselbe bei der von ihr vorgenommenen Revision der Bücher der „Gazeta Ludowa" festgestellt hat, daß das genannte Blatt nur ca. 40, genau 37 zahlende Abonnenten zählt. Mit Parteigruß (folgen Namen.)"

Dieser Brief beweist, daß die sogenannte Gruppe der „Gazeta Ludowa" gar keine Bedeutung hat. Die Tatsache, daß dies Blatt in der Wahlzeit, wo alle andren Blätter anschwellen, bis auf 37 Abonnenten zusammengeschrumpft ist — anfangs soll es etwa 100 gehabt haben — beweist, daß die angeblich mächtige Organisation, die hinter der Genossin Luxemburg steht, nur in ihrer Phantasie lebt. So steht's mit Kasprczak & Co. Ich glaube, daß der Vorstand künftig die Partei davor bewahren wird, alljährlich für jeden Abonnenten der „Gazeta Ludowa" 70 Mark auszugeben. Das ist ein etwas zu teurer Preis dafür, daß die Genossin Luxemburg fortwährend die deutschen Genossen mit den polnischen verhetzen kann. Ich hoffe, daß wir heute das letzte Mal von Kasprczak & Co. gehört haben.

Rosa Luxemburg: Falls irgend jemand nach den bisherigen Verhandlungen vielleicht den falschen Verdacht schöpfen könnte, daß in der deutschen Sozialdemokratie der Gerechtigkeitssinn nicht genügend vertreten wäre, so würde er nach dieser kurzen Debatte auf das angenehmste enttäuscht sein. Ich war selbst sehr erfreut, so viele Verteidiger des unterdrückten polnischen Volkes, zu dem zu gehören ich die Ehre habe, hier zu finden. Nur habe ich nicht feststellen können, daß die Sachkunde auf derselben Höhe stände wie das Gerechtigkeitsgefühl. (Heiterkeit.) Haenisch stellte es so dar, als ob der offene Brief der polnischen Sonderorganisation an den Parteitag ein Zeichen ihres außerordentlichen Friedensbedürfnisses sei. Ich habe genau dasselbe sagen müssen. Nur sagte ich mir auch — was sich Haenisch nicht sagen konnte, weil dies wahrscheinlich das erste Schriftstück ist, das er über diese Frage liest, während ich absolut alles kenne und weiß, was darüber geschrieben ist —: Es ist doch merkwürdig, trotz soviel Liebe und Friedensbedürfnis ist diese Sonderorganisation vor zwei Jahren aus der deutschen Sozialdemokratie ausgetreten! Trotz dieses Friedensbedürfnisses hat diese Sonderorganisation im vorigen Jahre Gegenkandidaten gegen die deutschen und polnischen sozialdemokratischen Kandidaten in Ober-

schlesien aufgestellt! Trotz dieses Friedensbedürfnisses mußte der deutsche Parteivorstand sich in drei langausgedehnten Konferenzen mit dieser Organisation plagen, um den unbedingt notwendigen Frieden in den polnischen Provinzen herzustellen. Es ist eben nicht alles so, wie es aussieht in den Schriften, mit denen man an den Parteitag kommt. Gewöhnlich ist von diesem Friedensbedürfnis sehr wenig zu spüren, und das haben wir, die wir in jenen Gegenden zu tun haben, auf das schwerste empfunden. Nach dem offenen Briefe und den Ausführungen der Verteidiger der polnischen Sonderorganisation mußten Sie den Eindruck gewinnen, als ob die polnische unterdrückte Nation von der deutschen Sozialdemokratie unterdrückt würde. Wenn dieser Verdacht berechtigt wäre, so würde ich als Polin, nicht nur als Sozialdemokratin, trotz aller Liebe, die mich in letzter Zeit mit dem deutschen Parteivorstand verbindet (Heiterkeit), die erste sein, die die Fahne der Rebellion gegen den deutschen Parteivorstand erheben würde. (Erneute Heiterkeit.) Aber wer sich ruhig und objektiv über die Vorgänge informiert hat, der muß zu der Ueberzeugung kommen, daß niemand die Rechte, die Freiheit, die Selbstbestimmung und die kulturelle Entwicklungsmöglichkeit des polnischen Volkes verteidigt wie die Sozialdemokratie. Wenn Ledebour Gelegenheit gehabt hat, in den letzten Jahren im Reichstag so schöne Reden zur Verteidigung des unterdrückten polnischen Volkes zu halten, so hat er damit nur einen Auftrag des Mainzer Parteitages ausgeführt. (Ledebour: Das habe ich gar nicht gewußt! — Heiterkeit.) Nun, dann war es unbewußt. (Große Heiterkeit.) Es handelte sich aber dabei um einen Antrag, der nach einer Begründung von mir angenommen wurde. Ich würde die Sozialdemokratie beleidigen, wollte ich des längeren anführen, daß nur sie in ganz Deutschland der wirkliche Hort, die Verteidigung und der Schutz des unterdrückten polnischen Volkes ist. Aber nicht darum handelt es sich, ob die Sozialdemokratie die unterdrückten Polen schützen soll, denn das ist selbstverständlich, sondern darum, ob die polnischen Sozialisten zusammen mit den deutschen auf gemeinsamem Boden als eine Klassenpartei arbeiten sollen oder ob in der Agitation das nationale Moment in den Vordergrund gestellt werden soll. Es versteht sich für uns von selbst, daß jedes unterdrückte Volk das heilige Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit hat, aber wie viele schöne Rechte haben wir nicht! Jeder von uns hat z. B. auch das Recht, zu fliegen (Auer: Hinausfliegen!), aber ich kenne keinen Genossen, der davon Gebrauch macht, ausgenommen etwa, wenn man, wie z. B. Ledebour, sich auf ein Gebiet begiebt, wovon man keine Ahnung hat und wo man in der Luft schwebt. (Heiterkeit.) Es kommt nicht darauf an, ob wir das Recht, sondern ob wir die Möglichkeit haben, etwas zu erringen, und gerade wir, die wir auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehen, müssen uns vor allem die Frage stellen, ob diese oder jene Aufgabe auf dem Wege der Entwicklung zum Sozialismus liegt, ob sie sich in unsre allgemeinen Bestrebungen zur Emanzipation der Arbeiterklasse einfügt. Es kann nicht Aufgabe des Proletariats sein, neue Klassenstaaten zu schaffen, nnd wenn die Londoner Resolution von einem Selbstbestimmungsrecht aller unterdrückten Nationen spricht, so hatte sie im Auge das Recht der Selbstbestimmung in der sozialistischen Gesellschaft, nicht aber die Schaffung eines neuen Klassenstaates auf kapitalistischem Boden. (Zustimmung.) Es könnte scheinen, als handelte es sich hier nur um eine Doktorfrage; in Wirklichkeit aber handelt es sich um etwas sehr Reales, um ein Moment, das uns in der Agitation stets störend entgegentritt. Auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat sich in ihrem Bericht an den Stuttgarter Kongreß in demselben Sinne ausgesprochen. Da haben Sie den Beweis dafür . . . (Die Rednerin verliest die Aeußerung der Generalkommission.) (Singer giebt durch ein Glockenzeichen zu verstehen, daß die Redezeit gleich abgelaufen ist). O Gott! (Große Heiterkeit.) Ich bitte die Versammlung zu fragen, ob ich noch reden darf. (Ledebour ruft: Ich beantrage, die Redezeit

für die Genossin zu verdoppeln. — Heiterkeit) — das ist ein Beweis dafür, daß auch die Gewerkschaften mit denselben Schwierigkeiten bezüglich der polnischen Sonderorganisation zu kämpfen haben.

Und die gleichen Streitigkeiten finden sich in Rußland, dort befindet sich diese Richtung im Gegensatz zu den russischen Genossen, zu den jüdischen Sozialisten. Sie sehen, wenn das nationale Sozialisten sind, dann sind es internationale Stänker. (Große Heiterkeit.) Ledebour verbreitet sich hier über die Polenfrage und dabei versteht er kein Wort polnisch, er hat auch weder mit mir, noch mit Winter, noch mit Gogowsky gesprochen, um sich zu informieren. Ich würde ihm die Informationen gern geben. Denn ich würde lieber mit Ledebour Arm in Arm mein revisionistisches Jahrhundert in die Schranken fordern (Große Heiterkeit), als daß ich ihn zum Gegner habe. Er stützt sich nur auf ein paar Informationen von Stänkern, wie wir sie überall haben, wenn auch zum Glück nicht überall Ledeboure sind, die sich zum Schützer dieser Stänker aufwerfen. (Heiterkeit und Beifall.)

Ich schlage folgende Resolution vor:

„Der Parteitag erklärt sich mit der Haltung des Parteivorstandes in den Verhandlungen mit der polnischen Sonderorganisation einverstanden und geht über die Angelegenheit zur Tagesordnung über."

Ledebour (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, daß die Genossin Luxemburg nochmals zehn Minuten redet, damit sie sich über die 37 Abonnenten der „Gazeta Ludowa" ausspricht. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Singer: Ich muß nach der Geschäftsordnung diesen Antrag zur Abstimmung bringen, aber die Art, wie solche Anträge gestellt werden, trägt auch nicht sehr dazu bei, die doch sehr ernste Frage zu klären. (Zustimmung.) Genossin Luxemburg kennt die Geschäftsordnung; hat sie noch mehr zu reden, so hat sie das Recht, sich wieder in die Liste eintragen zu lassen. Der Parteitag wird die Diskussion nicht eher schließen, als bis er glaubt, genügend informiert zu sein. Ledebour täte gut, seinen Antrag zurückzuziehen. (Sehr richtig!)

Ledebour: Ich ziehe meinen Antrag zurück in der Voraussetzung, daß Genossin Luxemburg der freundlichen Einladung Singers folgt. (Rosa Luxemburg ruft: Selbstverständlich! Ich bin schon gemeldet! Sie werden schon noch das Vergnügen haben.)

Singer: Schon bevor Ledebour sprach, war ein genügend unterstützter Schlußantrag eingebracht.

Adolf Braun-Nürnberg begründet den Schlußantrag. Die Polenfrage könne man heute doch nicht lösen und der Parteitag sei in seinen Arbeiten noch weit zurück.

Löbe-Breslau spricht gegen Schluß. Bis jetzt haben nur Genossen gesprochen, die in den polnischen Gegenden ziemlich oder ganz unbekannt sind. Es wäre wünschenswert, daß noch diejenigen zu Worte kommen, die aus der letzten Wahl noch einiges mitzuteilen haben über das Verhalten der Polnisch-Sozialdemokratischen Partei.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Das Schlußwort hat

Pfannkuch: An Stelle des Genossen Gerisch, der gezwungen war abzureisen, um morgen einen Termin wahrzunehmen, habe ich das Schlußwort übernommen. Das Sachverhältnis wird hier immer so dargestellt, als wenn wir mit den Polen im Kampf lebten, als wenn ein tiefgehender Zwiespalt, ein Kampf auf Leben und Tod zwischen der deutschen und polnischen Sozialdemokratie entbrannt sei. So stehen die Dinge nicht. Wir stehen mit ganz denselben Gefühlen, wie wir jeder andren Nation gegenüberstehen, auch den Polen und den Polen im eignen Lande gegenüber. Wenn der Vorstand in München den Auftrag erhalten hat, eine Einigung herbeizuführen, so konnte das kaum einen

andren Sinn haben, als daß das frühere Verhältnis der Zusammengehörigkeit und Einheit zwischen den deutschen und den in Deutschland lebenden polnischen Genossen wieder herbeigeführt werden sollte. Diese Aufgabe suchten wir nach bestem Ermessen zu erfüllen, leider ist ihre Lösung nicht gelungen. Nun werden wir so hingestellt, als wenn wir Barbaren wären. Wir haben, als die Einigung nicht gelungen war, nach wie vor die aus der internationalen Solidarität sich für uns ergebenden Pflichten in vollem Umfange zu erfüllen gehabt und wir haben sie erfüllt. Man soll doch die Kirche im Dorf lassen. Wir haben die Einheit herzustellen gesucht, die Polen wollten sie nicht, sie meinten, sie müßten den Wettlauf mit den nationalen Großpolen aufnehmen. Wenn sie in dem Wahne leben, damit der Verbreitung des sozialdemokratischen Gedankens unter der polnischen Bevölkerung zu dienen, so sind wir andrer Meinung. In erster Linie ist es, meinen wir, notwendig, das Proletariat zur sozialdemokratischen Weltanschauung heranzuziehen. (Zustimmung.) Wir werden der Partei stets am besten dienen, wenn wir das sozialdemokratische Prinzip als Grundlage der Organisation und Agitation nehmen. (Sehr richtig!) Nun wird auf das Nebenprotokoll hingewiesen und gesagt, das erinnere an die Gepflogenheiten bürgerlicher Ministerien. Warum haben wir denn eine besondere Bestimmung darin niedergelegt? Um den Polen, die der Meinung sind, sie müßten, um das polnische Proletariat zu erziehen, den nationalpolnischen Gedanken pflegen, nicht irgend welche Verlegenheit zu bereiten. Wir haben im guten Glauben gehandelt und Genosse Bebel war es, der den glücklichen Ausweg dieses Nebenprotokolls fand, durch das die Polen nur erklären sollten, sie ständen in der nationalen Frage auf dem durch den Internationalen Kongreß in London gefaßten Beschluß. Ist das so ein unbilliges Verlangen? Nur ein geringes Entgegenkommen hätten die Polen zeigen müssen und das Mandat der Friedenskommission wäre erfüllt gewesen. Die Polen als gesondertes, gleichberechtigtes Glied innerhalb der deutschen Organisation ohne diese Bedingung zuzulassen, dafür übernehme ich kein Mandat. Nachdem die Polen so großen Wert auf den Namen: Polnisch-Sozialistische Partei gelegt hatten, sprachen wir in den Einigungsvorschlägen ganz allgemein von den polnischen Parteigenossen. Die Einigungsvorschläge sollten einem von sämtlichen Polen zu beschickenden Kongreß vorgelegt werden, und der Kongreß sollte souverän der Partei den Namen geben. Darauf eilte der geistige Leiter der Polen, Berfuß, zu uns und sagte: Was ist das, warum steht in den Einigungsvorschlägen nicht der Name unsrer Partei: „P. P. S.“? Wir erklärten, den Namen solle der Kongreß der Partei geben. Nun war weiter mit den Leuten nichts zu machen. Die Bedingung des Nebenprotokolls ist das Mindestmaß, was von den Polen zu verlangen ist. Die Polen sind nicht von uns vergewaltigt, nicht an die Wand gedrückt und kalt gestellt worden. Früher waren sie ein integrierender Bestandteil der deutschen Partei, jetzt müssen wir uns mit der Tatsache abfinden, daß sie sich außerhalb dieses Rahmens gestellt haben. Wie auch eine Parteileitung zusammengesetzt sein mag, sie wird sich den Verpflichtungen der internationalen Solidarität nicht entziehen. Nur müssen uns die Polen jetzt ihre Anträge unterbreiten, wir sind nicht mehr eo ipso verpflichtet, für sie, als wenn sie zur deutschen Partei gehörten, zu sorgen. Noch auf eins will ich zum Schluß hinweisen. Nachdem die Polen sahen, daß wir auf unserm Beschluß bestanden, wonach nur organisierte Genossen das Recht hätten, einen Reichstagskandidaten zu nominieren, und nicht die Bevölkerung eines Kreises, was ja schon zu den wunderbarsten Erfahrungen geführt hat, gaben sie in dieser Hinsicht nach, und als die Mandate zur Verteilung gelangt waren, hat die deutsche Partei als die kapitalkräftigere sich sofort bereit erklärt, auch für die Kreise, in denen polnische Genossen aufgestellt wurden, einen beträchtlichen Teil der Wahlkosten zu tragen. Wir haben getan, was die Partei-

pflicht erheischte, deshalb ist der Antrag Luxemburg vollkommen berechtigt und ich bitte Sie, ihn anzunehmen. (Zustimmung.)

Singer: Wir haben nun noch die Diskussion mit Katzenstein zu Ende zu führen. Katzenstein hat gemeint, daß über den Antrag Luxemburg, weil er nicht diskutiert worden sei, auch nicht abgestimmt werden könne. Er hat dabei wohl an den Antrag Quarck und meine Ansicht darüber gedacht. Aber da lag die Sache ganz anders. Ich habe nie behauptet, daß über einen nicht zur Diskussion gestellten Antrag nicht beschlossen werden könne. Ich habe nur bei dem Antrag Quarck darauf aufmerksam gemacht, daß es wunderbar wäre, wenn über einen solchen Antrag zuerst abgestimmt würde. Das ist doch ein Unterschied. Hier liegt nur ein Antrag vor, der unter Billigung des Verhaltens des Vorstandes vorschlägt, zur Tagesordnung überzugehen. Darüber können wir ohne weiteres abstimmen.

Die Abstimmung wird vorgenommen und ergiebt die Annahme der Resolution Luxemburg.

Ledebour bittet um die Gegenprobe.

Singer: Wenn das Bureau einig ist, haben wir keinen Anlaß, die Gegenprobe vorzunehmen. (Heiterkeit.)

Damit sind Punkt 1 und 2 der Tagesordnung erledigt.

Die weiteren Verhandlungen werden auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Die Genossen Beck, Efftinge, Mannheimer und Paeplow erklären zu Protokoll, daß sie für den Antrag 7 nicht gestimmt haben, weil er nicht weitgehend genug sei.

Schluß $7^1/_4$ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag den 17. September 1903. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Kaden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Kaden mit, daß das Graudenzer Mandat von Schwartz nunmehr vom Vertrauensmann und vom Bureau der betreffenden Versammlung bestätigt worden sei.

Das Mandat wird debattelos für gültig erklärt.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Verhandlung kommt Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

Hierzu liegen die Anträge 69—88, Resolution 100, Antrag 121 und das Amendement 131 zu Antrag 85a vor. Antrag 86 ist zurückgezogen. Sämtliche Anträge finden ausreichende Unterstützung.

Berichterstatter **Stadthagen:** Genossen! Es liegt ja ein so umfangreicher Bericht vor, daß ich mich auf eine kurze Ergänzung beschränken kann. Auf Seite 84 des Berichts wird unter den Fällen, die beweisen, wie gering der Schutz Deutscher im Auslande ist, wenn sie nicht das Glück haben, wohlhabend zu sein, folgendes mitgeteilt: „Ein Seemann mußte wegen schwerer Erkrankung in Sao Paolo zurückgelassen und sollte mit der ersten besten Gelegenheit nach § 48 der Seemanns-Ordnung kostenfrei zurückbefördert werden. Der mit 25 000 Mark Jahresgehalt besoldete Konsul Eschke in Sao Paolo gab dem Erkrankten folgende Anweisung an den Kapitän eines Hamburg-Südamerika-Dampfers: „Können Sie Ueberbringer gegen Erstattung der Futterkosten mit nach Hamburg nehmen oder eventuell als Steward oder sonst was beschäftigen?“ Der Fall ist so, wie im Bericht dargelegt, im Reichstag vorgetragen. Aber es lag eine Verwechslung der Person und des Ortes vor. Der Konsul Eschke hat

folgende Erklärung veröffentlicht: „1. Ich bediene mich, wie es für einen Kaiserlichen Beamten selbstverständlich ist, in amtlichen oder halbamtlichen Schreiben niemals einer Ausdrucksweise wie der gerügten. 2. Ich habe mit der Heimschaffung von Seeleuten nichts zu tun, da sich mein Amtsbezirk nicht bis an die Meeresküste erstreckt. Der Abgeordnete hat sich gröblich täuschen lassen." Tatsächlich handelt es sich nicht um Sao Paolo und Herrn Eschke, sondern um Santos und den dortigen Konsulatsverweser Bonnien. Es lag also eine Verwechslung in der Angabe der Person vor. Das macht aber nichts aus, da die Sache selbst vorgekommen ist. Ich habe diese Richtigstellung der im Reichstag geschehenen Aeußerungen hier vorzunehmen. Es ergiebt sich aber auch hieraus, daß unsre Seeleute den im Auslande nötigen Schutz nicht erhalten.

Das trifft auch zu auf unsre Deutschen in den Kolonien. Mir ist hier eine Photographie eines deutschen Pflanzers zugesandt worden, die ihn zeigt, unmittelbar nachdem er ein Polizeigefängnis verlassen hat. Der Mann war in Samoa von Polizisten mißhandelt und geprügelt worden, wie auch Arbeiter in Deutschland von den Behörden in der ärgsten Weise drangsaliert werden. Wir sehen auf dem Bilde an dem Körper des Mannes noch die Spuren der erlittenen Behandlung. So geht es deutschen Reichsangehörigen in deutschen Kolonien. Im übrigen erfordert der Bericht keine weitere Ergänzung. Es ist ja für jeden sinnfällig und die ganze Gesetzgebung und Verwaltung zeigt in immer unverhüllterer Weise, wie der Kapitalismus bestrebt ist, das gesamte Staatsleben sich immer mehr dienstbar zu machen. Das haben ganz besonders deutlich die letzten Zollverhandlungen gezeigt, die Ihnen ja allen noch im Gedächtnis sind, wo man weder Recht noch Gesetz achtete, wenn man nur seine Zwecke durchsetzte. Aus diesem Streben des Kapitalismus rührt auch die fortgesetzte Vermehrung von Militär und Marine und das Streben nach Kolonialerweiterung her. Es ist ein Widerspruch, wenn andre Parteien auf der einen Seite für Militär und Marine schwärmen, auf der andren Seite scheinbar Gegner der Volksunterdrückung sind. Das gilt auch für die Rechtspflege. Es wird verlangt, daß das Bromberger Urteil im Reichstag zur Sprache gebracht werden soll. Selbstverständlich wird das geschehen. Das Bromberger Urteil ist übrigens leider gar nichts außergewöhnliches, sondern nur ein Glied in einer langen Kette ähnlicher Urteile.

Wenn ich mich darüber verbreiten darf, was in der nächsten Session geschehen soll, so möchte ich vor allem vor der furchtbaren Ueberschätzung des Parlamentarismus warnen, wie sie in manchen Anträgen zum Ausdruck kommt. Das wesentliche für uns muß immer die Revolutionierung der Geister bleiben. Ueberschätzen wir nicht den Parlamentarismus! Bedenken wir, daß selbst wenn ein Gesetz zu stande kommt, damit noch nichts erreicht ist, sondern daß es auf die Anwendung des Gesetzes ankommt! (Sehr richtig!)

Der nächste Reichstag wird sich vor allem mit den neuen Handelsverträgen zu beschäftigen haben. Ein Handelsvertrag, wie wir ihn verlangen müssen, darf keine Verteuerung der notwendigen Lebensmittel enthalten und darf die Arbeitsgelegenheit nicht erschweren. Es ist unmöglich, den Zolltarif als ein Instrument zu betrachten, das zur Bedrohung des Auslandes gebraucht werden kann; er ist ein Instrument zur Ausbeutung des Inlands durch die Gesellschaft mit unbeschränkter Raffgier, zu der sich die Kartellindustrie, die schwere Industrie und die Junker vereinigt haben. Die Sätze des Tarifs sind so unsinnig, so unvernünftig, so zusammenhanglos, so brutal hoch, daß jede Regierung, wenn sie auch von dem Recht, unverständig zu sein, noch viel mehr Gebrauch macht, als wir es sonst in Deutschland gewohnt sind (Heiterkeit), den Tarif außer Kraft setzen muß. Der Tarif ist eine Bedrohung des Inlandes in der krassesten Weise. Hand in Hand damit geht die Bedrohung der Arbeiterschutzgesetze, des Koalitionsrechts. Wir haben nicht nur abzuwehren,

sondern zum Angriff vorzugehen, insbesondere den Maximalarbeitstag und den Achtstundentag zu verlangen, in der Art, wie wir es früher getan haben. Ich halte es aber nicht für richtig, der Fraktion vorzuschreiben, welche Punkte sie zuerst in Angriff nehmen soll. Die in dieser Hinsicht überflüssigen Anträge bitte ich deshalb abzulehnen. Ich gehe nun zu den einzelnen Anträgen über. Antrag 69 ist überflüssig. Ich warte ab, ob mit ihm etwa der Fraktion der Vorwurf gemacht werden wird, daß sie nicht „überall und jederzeit den republikanisch-demokratischen Prinzipien unsrer Partei" in ihrem Verhalten im Reichstage entsprochen hat. Sollte das nicht gemeint sein, so wäre es besser, wenn der Antrag zurückgezogen würde.

Antrag 70 verlangt von der Fraktion, daß sie dem Reichstage tunlichst bald einen Antrag auf Ausbau des Koalitionsrechts einreichen soll. Das ist längst geschehen. Ich hätte es lieber gesehen, wenn die Genossen uns mitgeteilt hätten, ob und was sie an unsrer Tätigkeit und an dem Gesetzentwurf zum Schutz des Koalitionsrechtes auszusetzen haben.

Was den Antrag 71 anbelangt, der von der Fraktion verlangt, daß sie unverzüglich die Anträge auf Beseitigung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen und auf Schaffung eines ausreichenden Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes wiederholt, so muß ich sagen, daß die Fraktion auch ohne bestimmte Anregung diese Anträge von neuem eingebracht hätte. „Unverzüglich" sind natürlich alle Anträge einzubringen.

Was Antrag 72 anlangt, so bedauere ich, daß er unterstützt ist. Sowie er vorliegt, bin ich ein entschiedener Gegner. Es ist mir unverständlich, warum wir die einjährige Dienstzeit verlangen sollen. Wir verlangen ein Milizheer als einziges Mittel gegen die brutalen Mißhandlungen im Heere, wie sie selbst die kannibalischste Phantasie kaum ersinnen kann. Von dieser Forderung wollen wir nicht abgehen. (Zustimmung.) Die Soldatenmißhandlungen sind ein Ausfluß des bestehenden Systems, das das Militär zur Stütze der Klassenherrschaft gebraucht. Die eine reaktionäre Masse, mag sie nun freisinnig, konservativ sein oder zum Centrum gehören, benutzt die Militärmacht zur Aufrechterhaltung der bestehenden Ungerechtigkeit und der Ausbeutung. Die weiter in dem Antrag verlangte Anerkennung des Rechts auf Notwehr gegen Mißhandlungen ist überflüssig, weil ja dem Namen nach dies Recht im Strafgesetzbuch bereits anerkannt ist, allerdings in der Praxis ist es damit etwas andres. Die Forderung der Abschaffung der Militärjustiz und des Militärstrafrechts ist so selbstverständlich, daß ich mich wundere, daß dieser Antrag besonders gestellt ist.

Daß, wie Antrag 73 verlangt, eine Reichs-Eisenbahn-Betriebsgemeinschaft geschaffen und für Verbilligung der Personentarife eingetreten werden soll, scheint mir eine so zutreffende Forderung, daß ich darüber kein Wort zu verlieren brauche.

Die Anträge, bezüglich des Wahlmodus enthalten ja allerlei nette Wünsche. Nur täuschen Sie sich nicht in der Erwartung, daß unsre Fraktion die Macht habe, alle diese Anträge durchzusetzen. Sie sehen ja z. B., wie durch die Obstruktion der bürgerlichen Parteien die Wahlprüfungen immer mehr bis zum Schluß der Session verschoben werden. — Wie wir Antrag 79 erfüllen sollen, weiß ich nicht.

Dann sind dieselben Anträge über die Versicherungs-Gesetzgebung wiederholt, über die wir schon früher verhandelt haben. Auch die Forderungen der Frauen sind nicht neu. Der gedruckte Bericht ergiebt, daß wir diese Forderung im Reichstage schon gestellt haben. Ebenso rennen die Anträge über Kinderschutz offene Türen ein; das sind alles alte Forderungen von uns. Die Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts auf die Frauen steht schon in unsrem Programm. Ich halte es für selbstverständlich, daß wir im Sinne dieses Programmpunktes agitatorisch vorgehen werden. Geben Sie sich aber nicht der Täuschung hin, daß wir da unsre Wünsche durchsetzen könnten. Der von dem Seeluftschwärmer

gestellte Antrag 88 ist so doch nicht gut akzeptabel. Selbstverständlich werden wir stets dafür eintreten, daß seitens der Regierung alles geschieht, was im Interesse der Volkshygiene notwendig ist. Mit solchen einzelnen herausgerissenen Punkten empfiehlt es sich für den Parteitag aber nicht, sich zu beschäftigen. Der Antrag 100, der von Teltow-Beeskow gestellt ist, gehört ja auch hierher. Der Antrag verlangt sehr vieles. Er ist so wie er gestellt ist unausführbar. Warum gießen die Antragsteller denn nicht selbst das Programm in Gesetzentwürfe um? Utopistisch ist die auf eine Veröffentlichung der Initiativ-Vorlagen gesetzte Erwartung. Auch hier ist aber zu sagen, daß wir schon solche Gesetzentwürfe ausgearbeitet und als Initiativanträge eingebracht haben, daß wir uns aber mit Recht vor einer Ueberschätzung des Parlamentarismus, wie sie der Antrag enthält, fern gehalten haben.

Ich möchte dringend bitten, falls Sie nachher diesen oder jenen Antrag der Fraktion zur Berücksichtigung überweisen, das große Ziel niemals aus dem Auge zu lassen und auch die Agitation nicht zu vergessen. Verlieren wir uns nicht in Einzelheiten! Ich glaube, Sie können mit der Tätigkeit der Fraktion zufrieden sein. Nochmals betone ich: Ueberschätzen wir nicht den Parlamentarismus! Erlahmen wir nicht in der Agitation und Organisation! Je mehr man versucht, das Wahlrecht durch einen Bruch der Verfassung trocken zu legen, den Reichstag herabzuwürdigen auf das Niveau einer Ständeversammlung, in der lediglich über den Profit der Besitzenden gesprochen und geschachert werden darf, je mehr wir sehen, wie die nationale Arbeitskraft durch Zollgesetze unterwühlt wird, die Ausländer herangeschafft werden, um als Streikbrecher zu dienen, wie Polizei und Gerichte wüten, die Ausübung des Koalitions- und Vereinsrechts als etwas Strafbares, wo möglich mit Zuchthaus zu bestrafendes zu gestalten, desto mehr ist es Pflicht jedes einzelnen, auf die Agitation den Hauptwert zu legen. Konzentrieren wir unsre Kräfte, um zu zeigen, wie die Kapitalisten die Staatsgewalt an sich reißen im Interesse des Profits und gegen das Interesse der Arbeiterklasse. Suchen wir fortzufahren in der Revolutionierung der Köpfe, suchen wir die Millionen uns leider noch fernstehender Arbeiter zu klassenbewußten klaren Kämpfern zu erziehen. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Michels giebt folgende Erklärung zu Antrag 69 ab: Die Marburger Genossen haben mit ihrem Antrag durchaus keinen Vorwurf gegen die bisherige Haltung der Fraktion beabsichtigt. Die Resolution sollte nur ein Wegweiser, ein Schild, aufgehängt vor der Vizepräsidenten-Kammer, sein mit der Inschrift: Hier ist kein Eintritt! (Heiterkeit.) Da die Frage aber bei der Vizepräsidenten-Debatte behandelt werden wird, ziehe ich hier unsren Antrag zurück. (Bravo!)

Keil-Stuttgart: Ich bin mit der bisherigen Tätigkeit der Fraktion ebenso wie mit dem Programm ihrer künftigen Tätigkeit, das Stadthagen eben entwickelt hat, durchaus einverstanden. Wenn ich trotzdem zu einer Spezialfrage spreche, so tue ich es keineswegs in der Meinung, daß die Fraktion nur einen Antrag im Reichstag zu stellen braucht, um alle Fragen in unsrem Sinne zu lösen. Ich will zu Antrag 73 sprechen, der sich auf die Reichs-Eisenbahngemeinschaft bezieht. Stadthagen hat diesen Antrag als selbstverständlich bezeichnet. So selbstverständlich, scheint die Sache aber wohl doch nicht zu sein, denn sonst würde die Fraktion schon im Sinne des Mainzer Beschlusses tätig gewesen sein. Wenn die Fraktion das unterließ, so wohl deshalb, weil die Meinungen in der Fraktion über die Frage wesentlich auseinandergehen. Schon auf dem Parteitag in Mainz zeigte sich das. Es ist kein Zufall, daß die Anregung, diese Frage auf einem Parteitag zu behandeln, 1889 von Stuttgart ausgegangen ist. Seit einer Reihe von Jahren haben wir in Württemberg uns mit Fragen der Eisenbahnpolitik zu befassen. Eine Lösung dieses Problems

können wir nur in der Reichs-Eisenbahngemeinschaft, und sei es auch nur eine Reichs-Betriebsgemeinschaft, erblicken. Seit 1896 ist das hessische Bahnnetz dem preußischen angeschlossen und eine Betriebsgemeinschaft geschaffen. Seitdem haben wir in Süddeutschland eine immer stärker werdende Agitation für die Ausdehnung dieser Gemeinschaft auf die andren süddeutschen Staaten. Unterstützt wird diese Agitation durch die rücksichtslose Eisenbahnpolitik Preußens gegenüber den süddeutschen Staaten. In Württemberg hatten wir kürzlich eine große Eisenbahndebatte, in der diese Dinge besprochen wurden. Besonders wurde auf die die süddeutschen Eisenbahnen schädigenden Verkehrsumleitungen hingewiesen. Der Verkehr wird in Süddeutschland um Württemberg herumgeleitet. Der badisch-bayrische, der hessisch-bayrische, der rheinisch-bayrische und namentlich der sächsisch-bayrische Verkehr meidet die württembergischen Linien. Im sächsisch-bayrischen Verkehr kommen Umleitungen bis zu 44 Proz. der kürzesten Linie vor. Dies ist eine Verschwendung von Zeit, Kraft, Geld, eine Hemmung der Verkehrsentwicklung. Am weitesten ausgebildet sind diese Verkehrsüberleitungen in Baden, wo sie ja einfach zu machen sind, da die Züge leicht über elsässisches Gebiet geführt werden können. Es heißt denn auch schon, daß Baden mürbe sei und sich der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft anschließen wolle. Ich glaube noch nicht daran; wenn aber der Anschluß Badens an die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft erfolgt, so ist Württemberg, wahrscheinlich auch Bayern und Sachsen, der preußisch-hessischen Gemeinschaft total ausgeliefert. Wollen wir das verhindern, so müssen wir eine Reichs-Betriebsgemeinschaft fordern. Da ich kein Utopist bin, so trete ich nicht dafür ein, daß die Fraktion die Ueberführung der Eisenbahnen in Reichsbesitz fordern soll. Ein einheitlicher Reichsbetrieb aber ist möglich. Der Ertrag der Eisenbahnen müßte den Einzelstaaten verbleiben und verteilt werden nach Maßgabe des Besitzanteils. Es wäre auch fraglich, ob wir die Zuführung der enormen Betriebseinnahmen aller Eisenbahnen an den Reichssäckel fordern könnten, weil sie dann direkt zur Stärkung des Militarismus und Marinismus dienen würden. Dies Bedenken fällt weg bei Schaffung einer Reichs-Betriebsgemeinschaft, wie sie der Antrag 73 will. Dem Anschluß an Preußen müssen wir entgegentreten, zumal im preußischen Landtage das Proletariat bis jetzt von jeder Vertretung ausgeschlossen ist. Die Verkehrspolitik muß im Reichstage entschieden werden, in demselben Parlament, das auch über die Handelspolitik entscheidet. Eine Reichs-Betriebsgemeinschaft würde dem Reichstage auch einen bedeutenden Einfluß auf Tariffragen und die Anstellungsverhältnisse der Bediensteten einräumen. Die Sache drängt immer mehr in Süddeutschland. Einen Anschluß Württembergs an die preußisch-hessische Gemeinschaft können wir nur durch eine Reichs-Betriebsgemeinschaft vermeiden. (Beifall.)

Müller-Glauchau: Ich überschätze die Tätigkeit der Fraktion nicht, ich unterschätze sie auch nicht. Wenn der Referent die Notwendigkeit des Ausbaues des Koalitionsrechts betont hat, so glaube ich, daß das am besten durch den Antrag 85 geschieht. In erster Linie muß die Arbeiterschutz-Gesetzgebung auch auf die Hausindustrie ausgedehnt werden. Gerade bei uns im 17. sächsischen Wahlkreise hat die Hausindustrie großen Umfang angenommen, wir können da beobachten, wie schutzlos die Hausindustriellen sind. Notwendig ist ferner die Vereinheitlichung der Krankenversicherung. Die Decentralisation der Krankenkassen, wie sie von konservativer Seite angestrebt wird, schadet der Arbeiterklasse nur. Besonders schädlich sind die Betriebs-Krankenkassen, bei denen die Arbeiter sobald sie erkranken, aus der Mitgliederliste gestrichen werden. Redner führt einen Fall aus Glauchau an. Eine in der Textilindustrie beschäftigte Frau mußte die Arbeit aussetzen, sie hat drei Monate hindurch ihre Beiträge entrichtet; als sie aber kurz vor ihrer Entbindung stand und ihre Beiträge zahlen wollte, sagte man ihr, sie hätte einen Tag früher zahlen müssen. Bis dahin durfte sie ruhig auch an späteren Terminen Beiträge zahlen. So gehen die Arbeiter ihrer Rechte

verlustig. Deshalb sollte die Fraktion bestrebt sein, auf eine Vereinheitlichung der Krankenkassen hinzuarbeiten, um den Kassenmitgliedern ihre Rechte zu sichern. Die Möglichkeit einer Vereinheitlichung ist vorhanden. Steter Tropfen höhlt den Stein und eine Fraktion von 81 Genossen wird da gewiß eine Einwirkung ausüben können.

Krohn-Konstanz: Auch diesmal sind wir wie in früheren Jahren mit der Tätigkeit der Fraktion durchaus zufrieden, ja diesmal, nach den Zollverhandlungen, sind wir es in erhöhtem Maße. Wer den Bericht durchliest, muß einsehen, daß man der Fraktion den Vorwurf mangelnder Initiative nicht machen kann. Nach den Ausführungen Stadthagens wäre dieser ganze Punkt der Tagesordnung eigentlich überflüssig; wir haben hier aber doch das Recht und die Pflicht, der Fraktion neue Anregungen zu geben. Ich möchte Antrag 85 Nummer 3 empfehlen. Wir denken bei diesen schädlichen Fabrikationen in erster Linie an Bleiweiß. So gut es möglich war, das Phosphorverbot zu erlassen, so gut müssen hier gesetzliche Maßnahmen möglich sein. Es braucht da ja keine übertriebene Rücksicht auf die Schonung der Unternehmergewinne genommen zu werden.

Trilse-Elberfeld: In den Anträgen 71, 80 und 83, die ich kurz begründen will, finden Sie alte Bekannte. Antrag 71, wonach die Fraktion beauftragt wird, im Reichstag unverzüglich die Beseitigung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen zu fordern, ist ja von früheren Parteitagen wiederholt angenommen worden. Die Fraktion ist ja diesem Antrage auch stets nachgekommen. Die Möglichkeit, die Majestätsbeleidigungs-Frage bei der Etatsberatung vorzubringen, ist ja durch das eigenartige Verhalten des Präsidenten Grafen Ballestrem so gut wie ganz ausgeschlossen worden. Um so notwendiger ist es, diese Frage durch einen besonderen Initiativantrag zu erörtern. Ich erinnere nur an die Reden von Essen und Breslau, an die großen Razzien gegen politische Redakteure, denen man den dolus eventualis unterzuschieben sucht, und an die Bestrebungen, den Begriff der Majestätsbeleidigung zu erweitern.

Auch die Schaffung eines Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes muß von neuem gefordert werden. Ein bezüglicher Antrag unsrer Fraktion ist in der letzten Session leider nicht erledigt worden.

Antrag 80 verlangt, daß bei weiteren Versicherungs-Novellen die sozialen Verbesserungen rückwirkende Kraft erhalten sollen. Durch die bisherige Praxis werden diejenigen, die vor Inkrafttreten des betreffenden Gesetzes dem Kapitalismus zum Opfer gefallen sind, gestraft für die politische Einsichtslosigkeit der herrschenden Klassen und ihrer parlamentarischen Vertreter. Stadthagen bemerkte, daß wenn ein Antrag berechtigt sei, so sei es der Antrag 83, der den Achtstundentag verlangt. Das ist ja eine alte Forderung, die wir immer erhoben haben. Die Fraktion hat in der letzten Session als Uebergang den Zehnstundentag beantragt. Dabei müssen wir aber immer im Auge behalten, daß das Ziel die allgemeine Einführung des Achtstundentages ist. Ich möchte dann noch die Frage an die Fraktion richten, weshalb sie nicht die Petition betr. den Heimarbeiterschutz zur Diskussion gebracht hat. Es ist das eine außerordentlich wichtige Frage. Hoffentlich gelingt es ihr, in der nächsten Session eine Erörterung über diesen Gegenstand herbeizuführen.

Ottilie Baader: Daß eine so große Anzahl von Genossen den Antrag 85 unterschrieben und unterstützt haben, ist nur ein Zeichen dafür, wie wichtig die in ihm enthaltenen Forderungen sind und wie richtig wir mit der Einbringung des Antrages gehandelt haben. Gewiß, der Antrag enthält nichts Neues; verschiedene Parteitage haben sich schon mit diesen Forderungen beschäftigt und auch im Reichstage sind sie schon zur Sprache gebracht worden. Aber erreicht ist so gut wie nichts. Deshalb meinen wir, daß die Forderungen im neuen Reichstag wieder erhoben werden müssen. Infolge der jetzigen Stärke unsrer Fraktion, wird unsre Macht im neuen Reichstag doch größer sein als bisher. Es ist auch

zu berücksichtigen, daß hinter unsren Abgeordneten außer den drei Millionen Wählern auch noch Hunderttausende von Frauen stehen, die, wenn sie wahlberechtigt wären, ebenfalls für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben würden. Sicherlich wird es auch möglich sein, wenigstens das eine oder andre im Reichstage durchzusetzen. Es kommt uns dabei die Furcht der besitzenden Klassen vor einem weiteren Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen zu statten. Auch das Centrum wird uns entgegenkommen müssen, um seine katholischen Arbeiter zu halten und sich den Schein der Arbeiterfreundlichkeit zu geben. Was uns bis jetzt zugestanden ist, ist ja so winzig, daß man das nicht als Arbeiterschutz, sondern nur als Arbeiterschutzheuchelei bezeichnen kann. Das mindeste, was wir verlangen, ist in dem Antrag 85 niedergelegt; das ist das Minimum der Forderungen, die wir aufstellen müssen. Auf die einzelnen Forderungen brauche ich nicht einzugehen, sie sind Ihnen bekannt und sie sind auch schon besprochen worden. Stadthagen meint, wir müßten die Gedanken der Massen revolutionieren. Gerade dieser Antrag ist geeignet, die Agitation von neuem zu beleben. Er wird zur Aufklärung der Massen beitragen; es wird sich dann ja zeigen, an wem es liegt, wenn diese Forderungen nicht durchgeführt werden. Die gesamten organisierten deutschen Frauen stehen hinter dem Antrag; ich bitte, ihn einstimmig anzunehmen. (Bravo!)

Täterow-Berlin: Ich habe eine Erklärung zu dem Antrag 72 abzugeben. Ich bitte Sie, denselben abzulehnen, wir werden ihm keine Träne nachweinen. Sie wissen ja, wie solche Anträge zu stande kommen, sie werden in Parteiversammlungen gestellt ohne Vorbereitung und ohne daß man ihre Tragweite übersehen kann. So ging es auch mit diesem Antrag; Genosse Katzenstein, dem es ja niemals an gutem Willen fehlt, ist sein Urheber. Ich wendete mich bereits in der Versammlung entschieden gegen die Tendenz des Antrages, namentlich gegen die allgemeine einjährige Dienstzeit, denn ich halte diese Forderung für eine Einschränkung unseres Programms. — Nun kurz zur parlamentarischen Tätigkeit! Die Marschroute ist uns gegeben, es ist von keiner Seite eine Einschränkung unsrer parlamentarischen Tätigkeit gefordert, im Gegenteil, jetzt, wo wir verstärkt in den Reichstag einziehen, werden wir zu allen wirtschaftlichen und politischen Fragen unsre Stellung präzisieren müssen. Das gilt besonders für die Arbeiterschutzgesetzgebung, und namentlich darf dabei der Schutz der Heimarbeiter nicht zu kurz kommen. Die Fraktion muß danach streben, daß die Halbheiten in der Arbeiterschutzgesetzgebung beseitigt und der winzige Arbeiterschutz der Fabrik- und Werkstättenarbeiter auch auf die Heimarbeiter ausgedehnt wird. Immer von neuem muß auf die Regierung ein Druck ausgeübt werden. Wir haben zu unsren Reichstags-Abgeordneten das vollste Vertrauen, daß sie in demselben Sinne wie bisher wirken werden, nur in vermehrter Zahl und mit größerer Schärfe. (Beifall.)

Straßenmeyer-Essen: Daß Sie unsren Antrag 81 annehmen, steht außer Zweifel. (Heiterkeit.) Die Wurmkrankheit, die in ihrem Entstehen von den Unternehmern und der bürgerlichen Presse stets abgeleugnet wurde, hat heute einen furchtbaren Umfang angenommen; 70—80 Proz. aller Gruben sind verseucht. Von oben freilich wird natürlich immer alles in bester Ordnung gefunden! Die ärztliche Behandlung der Wurmkranken ist einfach lächerlich; der eine Arzt konstatiert die Wurmkrankheit, der andre sagt, der Patient sei gesund. So lange der Arbeiter aber keine Atteste beibringt, daß er gesund sei, wird er nicht mehr zur Zeche zugelassen. Die Behörde hätte schon längst sanitäre Untersuchungsanstalten an den Grenzen und auf den einzelnen Zechen schaffen sollen. Aber nichts ist geschehen, jetzt ist das Unglück da. Wie soll die Seuche bekämpft werden? Neben den Untersuchungsstationen sind Grubenbeamte notwendig, die aus der Mitte der Arbeiter gewählt werden. So wie heute kann es auf den Zechen nicht weitergehen. Nehmen Sie deshalb unsren Antrag einstimmig an.

Hering-Flensburg empfiehlt den Antrag 79. Wir haben uns allerdings nicht der Illusion hingegeben, daß der Parteitag so ohne weiteres die Fraktion beauftragen würde, einen diesbezüglichen Gesetzentwurf dem Reichstag zu unterbreiten. Wir in Schleswig-Holstein hatten im Wahlkreise Flensburg-Apenrade bei der letzten Wahl nur sechs Versammlungslokale zur Verfügung. Besonders auf dem Lande war ein Mangel an Sälen. Daran sind weniger die Wirte schuld, als vielmehr diejenigen Organe, die eigentlich die Verfassung unparteiisch durchzuführen berufen wären. Die Wirte erklärten uns fortwährend, daß sie, wenn sie uns ihre Lokale zur Verfügung stellten, den schlimmsten Drangsalierungen seitens der Behörden ausgesetzt sein würden. Auch die Dänen haben darunter schwer zu leiden. Redner weist auf das Verhalten des Landrats von Uslar gegenüber dem dänischen Reichstags-Kandidaten Andresen hin. von Uslar forderte seine Unterbeamten auf, genau zu registrieren, welche Wirte ihre Lokale zu Versammlungen hergeben. An demselben Tage hatte er andren den Bescheid gegeben, er kümmere sich überhaupt nicht darum! Das ist doch etwas starker Tabak! Wenn Sie diese Geschichten bedenken, werden Sie unsren Antrag berechtigt finden. Bei der Etatsberatung sollte der Minister des Innern einmal gefragt werden, wie er sich dazu stellt, wenn seine Unterbeamten in dieser Weise die Verfassung illusorisch machen. Ich bitte um Annahme unsres Antrages.

Es ist ein Antrag Adolf Braun auf Schluß der Debatte eingegangen. Ferner ein Antrag Hoffmann-Nowawes: die Anträge 70, 71, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 87, 89, 121 der Reichstagsfraktion zur Erwägung zu überweisen und über die Anträge 72, 85a und 88 zur Tagesordnung überzugehen; endlich ein Antrag Katzenstein, die Anträge 42, 55, 56 (Militarismus betreffend) zusammen mit Antrag 72 unter „Parlamentarisches" gesondert zu beraten.

Alle drei Anträge werden genügend unterstützt.

Adolf Braun: Auf die Gefahr hin, daß ich den Spitznamen „der Valentin des Parteitages" bekomme (Heiterkeit), möchte ich doch bitten, meinen Schlußantrag anzunehmen. Ueber die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion herrscht einmütig die größte Zufriedenheit. Dokumentieren wir das durch den Schluß dieser Debatte, damit wir nachher die großen Fragen unseres Handelns in der Zukunft ausgiebig diskutieren können.

Gegen den Schluß spricht

Katzenstein: Ich würde es für ganz unerhört halten, eine Reihe wichtiger Anträge, die überhaupt noch nicht begründet sind, einfach tot zu machen. (Sehr richtig!) Es handelt sich doch hier nicht nur darum, theoretische Streitigkeiten zu erledigen, sondern um Fragen konkreter Art, während wir nachher nur noch im luftleeren Raum schweben werden. (Heiterkeit.)

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Frau **Kähler**-Dresden: Den Antrag 85a, so gut er gemeint ist, bitte ich abzulehnen. Unser Programm enthält ja eine Reihe von Forderungen zur Reform des Wahlrechts; neben dem Frauen-Wahlrecht sind da noch eine ganze Anzahl andrer Forderungen aufgestellt. Ich glaube nicht, daß es sich empfiehlt, die Frage des Frauen-Wahlrechts herauszugreifen und das Augenmerk besonders auf sie zu richten. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so werden die Reaktionäre, die nach dem letzten Wahlsiege vielfach in ihrem Oberstübchen etwas verwirrt waren, im neuen Reichstage bald versuchen das Wahlrecht etwas zu verschlechtern. Dann wird die Fraktion die beste Gelegenheit haben, die Frage der Wahlreform im Zusammenhange zu behandeln. Aus praktischen Gründen bitte ich Sie also, den Antrag 85a abzulehnen.

Stoeßel-Bromberg: Ueber das Löbtauer Urteil waren seiner Zeit die Arbeiter entrüstet. Das Bromberger Urteil weicht von dem Löbtauer nicht sehr ab, die Tage des Prozesses waren die schwersten Tage der Bromberger

Arbeiter. Am 2. Juli sind zwei Jahre Zuchthaus, sieben Jahre ein Monat Gefängnis verhängt worden, am 9. Juli 14 Jahre Zuchthaus, 17 Jahre Gefängnis, 31 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht. (Hört! hört!) Die Entrüstung darüber war gewaltig, das Gefühl der Verzweiflung hat die Angeklagten gepackt. Die Verteidigung hat sich die größte Mühe gegeben, aber es hat nichts genutzt. Der Staatsanwalt befragte jeden Angeklagten nach seiner Zugehörigkeit zur Organisation, während den Verteidigern nicht gestattet wurde, ähnliche Fragen an die Unternehmer, die moralisch Verantwortlichen, zu richten, um sie zu charakterisieren. Bei uns im Osten ist eben vieles möglich. Auf dem Dresdener Städtetag wurde die segensreiche Tätigkeit der Einigungsämter gepriesen, aber bei uns wollen die Unternehmer nichts von Einigung wissen, obwohl die Arbeiter erklärt hatten, sich bedingungslos dem Urteil des Einigungsamtes zu fügen. Die Unternehmer wollten die Arbeiter provozieren, sie fragten, wie man eigentlich dazu kommt, sie vor das Einigungsamt zu laden, und leisteten der Aufforderung, zu erscheinen, keine Folge, weil diese Aufforderung der gesetzlichen Grundlage entbehre. Die Arbeitgeber kümmerten sich einfach nicht um das Gesetz. Ist es da ein Wunder, wenn die Arbeiter in die größte Erregung geraten, zumal wenn zum Schutz der herbeigeholten ausländischen Arbeiter Polizei und Militär bereit gehalten wurde? Ein Streikender bat um die Erlaubnis, mit den Ausländischen zu sprechen, dies Recht wurde ihm versagt. So beschneidet man die Rechte der Arbeiter in einer Weise, die ihresgleichen sucht. Die Fraktion muß das im Reichstage zur Sprache bringen, sie muß den Justizminister zwingen, einmal Farbe zu bekennen. Das bezweckt unser Antrag 87, um dessen Annahme ich Sie aus Gründen der Gerechtigkeit bitte. (Beifall.)

Rauch-Limmer: Der Antrag 78 wendet sich gegen den kolossalen Unfug, daß man bei den letzten Wahlen versucht hat, festzustellen, wie die einzelnen Wähler gestimmt haben. Wir schlagen deshalb vor, für alle Wahlkreise einheitliche verschließbare Urnen einzuführen; dieser Antrag allein wird allerdings nicht ausreichen, um das Wahlrecht zu sichern, aber er wird immerhin die jetzigen Zustände etwas bessern. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

Katzenstein: Der Berichterstatter hat den Antrag 72 der Parteigenossen von Berlin I bekämpft unter Hinweis darauf, daß die darin erhobenen Forderungen teils selbstverständlich seien, teils, wie die Forderung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit, nicht weit genug gingen. Was das letztere betrifft, so ist es selbstverständlich, daß wir damit nicht einen Fußbreit abgehen wollen von unsrer Forderung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Es handelt sich um eine sofort durchführbare, volkstümliche Maßregel bei der Forderung der Einführung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit, die in das bestehende Militärsystem wie das spitze Ende eines Keils eindringen und es auf diese Weise sprengen würde, so daß der Uebergang zur Volkswehr unvermeidlich wäre. Diese Forderung liegt auf dem Wege zum Milizsystem. Ich kann mich hierbei auf einen Gesinnungsgenossen berufen, der im allgemeinen nicht in dem Verdacht steht, das Prinzip abzuschwächen. Kautsky weist in seinem Artikel zum Parteitage der Fraktion die Aufgabe zu, für eine Abkürzung der Dienstzeit einzutreten. So ist Genosse Kautsky in demselben opportunistischen Sumpf versunken (Heiterkeit), in den die Genossen des ersten Berliner Wahlkreises gesunken sind, die auch nicht im allgemeinen in einem solchen Rufe stehen. Unser Antrag ist besonders wichtig für die Agitation unter der Landbevölkerung. (Sehr richtig!) Die von uns aufgestellten Forderungen sollen verdichtet werden zu einem Gesetzentwurf, bei dessen Begründung eine allgemeine antimilitaristische Propaganda einzuleiten wäre. Die Zeit zum Kampf gegen das bestehende Militärsystem ist günstig. Die Entrüstung über Militärmißhandlungen ist allgemein, die manchmal so merkwürdig milde von Militärgerichten beurteilt werden, während man mit Blut zu schreiben versteht, wenn es sich um Vergehen Untergebener gegen Vorgesetzte handelt.

Was schließlich die Forderung unsres Antrages unter b betrifft, so handelt es sich hier um eine grundsätzliche Frage von allererster Bedeutung. Bebel hat seit Jahren mit unermüdlichem Eifer gegen die Soldatenmißhandlungen gekämpft. Aber erst im letzten Winter hat er im Reichstage das Wort ausgesprochen, das auf uns alle wie eine Befreiung gewirkt haben wird, das Wort vom Recht der gesetzlich gewährleisteten Notwehr. (Bebel: Habe ich vor zehn Jahren schon einmal im Reichstage gesagt!) Um so besser! Hierin liegt der Kernpunkt. Die Verpflichtung zu blindem Gehorsam züchtet die Mißhandlungen, und so lange der Soldat ungesetzliche Handlungen seiner Vorgesetzten nicht zurückweisen darf, so lange ist er meiner Ansicht nach ein blindes Werkzeug, das zu jedem Unrecht und Verfassungsbruch mit Erfolg gebraucht werden kann. Der Fahneneid bedeutet aber nichts andres als eine Verpflichtung auf die bestehende Verfassung und setzt voraus, daß der Soldat nicht zur Verletzung der Verfassung gebraucht werden darf. Ich bitte deshalb um Annahme des Antrages 72. (Beifall.)

Auf Anfrage des Vorsitzenden Kaden zieht Katzenstein seinen Antrag (über die Anträge 42, 55, 56, 72 gesondert zu verhandeln) zurück.

Frau **Ihrer**-Pankow: Wenn auch die im Antrag 85 enthaltenen Forderungen im allgemeinen zum eisernen Bestand gehören, so sind doch einige darunter, über die durchaus noch keine volle Uebereinstimmung und Klarheit herrscht. So sind einzelne der Genossen gegen die spezielle Forderung des Verbots der Nachtarbeit für Frauen; man sagt, dadurch werde der allgemeine Arbeiterschutz gefährdet. Die Nachtarbeit hat nun aber doch für Frauen eine ganz andre Bedeutung als für den Mann. Die Frau, die nachts in der Fabrik arbeitet, kann nicht wie der Mann am Tage ausruhen, sondern sie muß dann ihr Hauswesen versehen und für die Kinder sorgen. So lange die Arbeiterin zugleich Hausfrau ist, ist die Nachtarbeit für die Frau viel schädlicher als für den Mann, und so lange ist es zweifellos durchaus berechtigt, speziell die Forderung des Verbots der Nachtarbeit für Frauen zu erheben. Bisher hat man auch immer die Beobachtung gemacht, daß solche Schutzmaßnahmen für Frauen eine günstige Rückwirkung auf den Arbeiterschutz im allgemeinen hatten. Ein Verbot der Nachtarbeit für Frauen würde sehr bald eine allgemeine Einschränkung der Nachtarbeit auch für Männer nach sich ziehen. Ein andrer Punkt ist die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren. Bisher haben wir nur Assistentinnen, die keinerlei Selbständigkeit haben. Damit diese Beamten die nötige Selbständigkeit erhalten, ist die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren unbedingt erforderlich. Unsre Petition an den Reichstag für Arbeiterinnenschutz ist ja in vielen Punkten dem Reichstag zur Berücksichtigung überwiesen worden. Nur über Punkt 9, der für Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu den Gewerbegerichts-Wahlen fordert, ging der Reichstag zur Tagesordnung über. Dadurch dürfen wir uns nicht abschrecken lassen; es handelt sich hier um eine der dringlichsten Forderungen, die immer wieder erhoben werden muß. Mit dem Kinderschutz-Gesetz ist ja niemand recht zufrieden, die Gesetzgeber selbst wohl auch nicht. Das Gesetz muß unbedingt auf die ausgedehnt werden, für die es jetzt noch nicht gilt, auf die Kinder, die in der Landwirtschaft und in der Heimarbeit tätig sind. Das sind die drei Punkte, über die ich spreche; treten Sie in der Agitation für diese Forderungen ein. Wenn wir sie einheitlich und geschlossen vertreten, so werden wir sie allmählich auch durchdrücken können. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird ohne Debatte angenommen.

Eingegangen ist noch ein Antrag Haberland-Barmen, die Anträge 71, 73, 74, 75, 77, 80, 81, 83, 85, 85a, 121 und 131 der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen, über die Anträge 70, 72, 76, 78, 79, 84 und 88 zur Tagesordnung überzugehen.

Persönlich bemerkt

Kautsky: Ich möchte ein Mißverständnis beseitigen. Katzenstein hat gemeint, daß ich in meinem Artikel mit der Forderung der Verkürzung der Dienstzeit

gegen unsre Programmforderung auf Einführung des Milizsystems verstoßen habe. Ich gebe zu, daß die Fassung der Stelle nicht glücklich war, aber Katzenstein hätte sich sagen müssen, daß gerade ich am allerwenigsten die Forderung des Milizsystems aufgeben würde. Ich spreche in dem Artikel von den Fragen, in denen wir die Aggressive zu ergreifen haben, und ich nannte darunter z. B. auch den Zolltarif. Niemand wird verlangen, daß wir für den Zolltarif eintreten, und doch bezeichnete ich den Zolltarif als eines der Gebiete, auf dem wir die Aggressive zu ergreifen haben. In demselben Sinne meinte ich auch, daß wir auf dem Gebiete des Militarismus aggressiv vorzugehen haben. Ich gebe zu, daß die Fassung zu einem Mißverständnis Anlaß geben konnte, ich lege aber Wert darauf, zu erklären, daß auch ich der Ansicht von Katzenstein bin.

Katzenstein (persönlich): Ich habe Kautsky natürlich nicht vorgeworfen, daß er auf die Forderung des Milizsystems verzichtet, sondern nur betont, daß auch wir Antragsteller auf dem Boden stehen, daß wir die Einführung der einjährigen Dienstzeit nur für einen ersten Schritt halten. Und zum Beweis für die Richtigkeit unsres Antrags bezog ich mich auf den Artikel von Kautsky.

Das Schlußwort erhält

Stadthagen: Die Differenz zwischen mir und einigen Genossen besteht nur darin, daß diese Genossen übersehen, daß die Einbringung von Gesetzentwürfen allein noch nicht genügt, um einen Gegenstand zur Sprache zu bringen, sondern daß wir bei jeder Gelegenheit die betreffenden Fragen anzuschneiden haben. Wir haben seit 1900 15 Initiativanträge eingebracht, doch nur ein einziger davon ist zur Verhandlung gelangt, weil nicht wir, sondern die Mehrheit die Geschäfte leitet, die das Initiativrecht des Reichstags immer mehr einzuschränken sucht. Diese Ueberschätzung des Wertes der Einbringung eines Gesetzentwurfs zeigt sich auch in einigen hier gestellten Anträgen. Daß die Petition des Schneiderverbandes nicht auf die Tagesordnung gesetzt ist, ist nicht unsre Schuld, wir haben es versucht, aber es ist uns nicht gelungen. Beim Etat aber haben sich unsre Redner Albrecht und Reißhaus im Sinne der Petition ausgesprochen.

Ich bitte Sie nun, dem Antrage stattzugeben, der dahin geht, eine Anzahl von Anträgen der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen, aber mit Ausnahme der Anträge 72, 85 a und 88. Nur noch wenige Worte zu Nr. 72. Katzenstein irrt, wenn er von seinem Antrag die Möglichkeit einer besonderen Propaganda gegen den Militarismus erwartet. Unsre Fraktion hat diese Verhältnisse schon bisher im Reichstag in ausgiebigster Weise vorgebracht. Wir sind darüber einig, daß gegen die Soldatenmißhandlungen mit aller Energie vorgegangen werden muß. Unsre Kritik hat selbst das Centrum veranlaßt, in seiner Presse neuerdings mehr und mehr gegen die Mißhandlungen Stellung zu nehmen. Einen Gesetzentwurf, wie ihn Katzenstein wünscht, hätten wir keine Möglichkeit, zur Beratung zu bringen. Die einjährige Dienstzeit können wir nur als Amendement verlangen, wenn innerhalb des bisherigen Systems von den Gegnern Anträge eingebracht werden; es wird ja eine neue Militärvorlage kommen; für die Zeit vom 1. April 1904 ab ist über die Länge der Dienstzeit Bestimmung zu treffen. Ganz und gar bin ich dagegen, daß ein besondrer Gesetzentwurf eingebracht werden soll, der die Anerkennung des Rechts auf Notwehr gegen Mißhandlungen verlangt. Dieses Recht besteht ja formell schon jetzt. Als ich als Einjähriger vom Leutnant gefragt wurde, was ich täte, wenn jemand mich mißhandelte, erwiderte ich: „Ich würde ihn festnehmen und als verrückt abführen!“ (Heiterkeit.) Da sagte mir der Offizier: „Das lassen Sie lieber bleiben; da könnten Sie doch Zuchthaus kriegen!“ Ich erwiderte: „Das kann ich mir nicht vorstellen.“ Damals war ich noch weniger mißtrauisch gegen Gerichte, als ich es später geworden sein soll. (Heiterkeit.) Das Recht auf Notwehr steht im Gesetz und ist neuerdings in einem besonderen Falle auch

anerkannt worden. Solange aber die bestehenden Instanzen nicht geändert werden, solange können wir nichts machen. Ich erinnere nur an das Bromberger Urteil, wo Leute, die nach dem allgemeinen Rechtsbewußtsein nicht einmal etwas Strafbares getan haben, zu den höchsten Strafen verurteilt worden sind. Deshalb bitte ich Sie, den Weg des Antrags 72 nicht zu betreten.

Aus der Debatte über die parlamentarische Tätigkeit ergiebt sich, daß wir alle einig sind über die Art und Weise, wie die Fraktion im Parlament vorzugehen hat, und ich möchte Sie bitten, dem Antrag zuzustimmen, der den größten Teil der Anträge der Fraktion zur Erwägung überweisen will. Ich fasse es so auf, daß wir nicht Gesetzentwürfe à tout prix (um jeden Preis) zu machen haben, sondern daß wir die betr. Gegenstände, wie z. B. die Bromberger Angelegenheit, bei der ersten möglichen Gelegenheit zur Sprache bringen sollen. (Beifall.)

Der Antrag Hoffmann-Nowawes wird angenommen; danach werden die Anträge 70, 71, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 87, 121, 131 der Reichstags-Fraktion zur Erwägung überwiesen und über die Anträge 72, 85a und 88 wird zur Tagesordnung übergegangen.

Die Resolution 100 wird von Zubeil im Einverständnis mit den Genossen in Teltow-Charlottenburg zurückgezogen.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Der Parteitag tritt darauf in Punkt 6 der Tagesordnung ein:

Der internationale Kongreß in Amsterdam 1904.

Dazu ist ein Antrag Molkenbuhr eingegangen: „Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, bei dem internationalen Bureau dahin zu wirken, daß die Arbeiterversicherung mit als Gegenstand auf die Tagesordnung des internationalen Kongresses zu Amsterdam gesetzt wird, damit dieser gemeinsame Forderungen festsetzt, die die Arbeiter aller Länder an die Gesetzgebung zu richten haben." Der Antrag wird genügend unterstützt.

Das Referat erstattet

Singer: Ich werde sehr kurz sein können, da es mir natürlich nicht einfällt, bei diesem Punkt längere Ausführungen darüber zu machen, daß die deutsche Partei die Internationalität des Proletariats aller Länder zu fördern bereit ist. Wir haben es immer als unsre Ehre angesehen, unsre Schuldigkeit auch in Bezug auf die internationale Bewegung im vollsten Maße zu tun. Wir haben bereits im vorigen Jahre beschlossen, den Kongreß in Amsterdam möglichst zahlreich zu beschicken. Der Kongreß war für dieses Jahr in Aussicht genommen, und wir danken es den Vertretern unsrer Bruderparteien im internationalen Bureau, daß sie, zum Teil auch in Rücksicht auf die besonders große Arbeit, die der deutschen Partei gerade in diesem Jahre oblag, einem Wunsche von deutscher Seite zugestimmt haben, den internationalen Kongreß um ein Jahr zu vertagen. Ich glaube, daß die Vertreter Deutschlands im internationalen Bureau mit diesem Wunsche im Sinne der Partei gehandelt haben. Der Kongreß wird nun im nächsten Jahre in Amsterdam stattfinden. Das internationale Bureau hat seine Aufgabe, die ihm der vorige internationale Kongreß gestellt hat, nach besten Kräften zu erfüllen gesucht. Ich habe Ihnen im vorigen Jahre darüber berichtet. Ich kann heute noch hinzufügen, daß auch inzwischen Konferenzen des internationalen Bureaus stattgefunden haben und daß die Fragen, die das Proletariat aller Länder bewegen, dabei zur Verhandlung gekommen und, wie wir glauben, im Interesse der Sozialdemokratie aller Länder behandelt worden sind.

Wir haben uns jetzt mit der Frage zu beschäftigen, ob die deutsche Partei Veranlassung hat, irgend welche Anträge für die Tagesordnung des internationalen Kongresses zu stellen. Vor einigen Wochen hat das internationale Bureau den provisorischen Entwurf der Tagesordnung für den Kongreß versandt, er ist auch in

unsrer Presse veröffentlicht worden. Unsre Vertreter haben dieser provisorischen Tagesordnung zugestimmt, und bisher haben sich auch, abgesehen von einigen Anträgen, innerhalb der Partei keine Wünsche für die Vervollständigung dieser Tagesordnung geltend gemacht. Die Parteileitung ist denn auch der Meinung gewesen, daß die provisorische Tagesordnung zu billigen sei.

In unsrer Tagesordnung befinden sich die Anträge 4 und 4a. Ich kann natürlich in diesem Augenblick nur für meine Person sprechen, möchte aber meinen, daß sich auf dem Parteitag keinerlei Widerspruch gegen diese Anträge erheben sollte. Die Forderung des Frauenwahlrechts steht in unsrem Programm; wir sind verpflichtet, für das gleiche Recht aller einzutreten; wir sind verpflichtet, sowohl in Deutschland wie auf den internationalen Kongressen diesen Standpunkt zu vertreten. Die Frage, inwieweit sich eine Agitation an diese Forderung zu knüpfen hat, kann ja der Zukunft vorbehalten bleiben. Hier handelt es sich nur darum, die Frage auf dem internationalen Kongreß zur Erörterung zu bringen und zu untersuchen, auf welchem Wege wir der Erfüllung dieser Forderung näher kommen können. Auch den Antrag Molkenbuhr kann ich für meine Person zur Annahme empfehlen. Die Frage kann, wie ich glaube, nur aus dem Gesichtspunkt behandelt werden, daß die internationalen Kongresse ja bereits die Erörterung der Frage des Arbeiterschutzes in ihren Bereich gezogen haben und daß es, nachdem dies geschehen ist, ein ganz selbstverständlicher Wunsch ist, auch die Arbeiterversicherung auf internationalen Kongressen zur Erörterung zu bringen. Ich verhehle mir nicht, daß gerade auf diesem Gebiet eine internationale Regelung vielleicht schwierig sein wird. Aber wir sind ja nie vor Schwierigkeiten zurückgeschreckt, und daß es wünschenswert ist, die Frage auf dem internationalen Kongreß zu erörtern, kann nicht zweifelhaft sein. Der Antrag bezweckt ja nicht, daß wir von uns aus jetzt bestimmte Vorschläge formulieren — das würde besondere Vorarbeiten erfordern —, sondern lediglich eine allgemeine Aussprache zu veranlassen, in der Hoffnung, daß dieser Versuch dazu führen möge, für die Arbeiterklasse vorteilhafte Bestimmungen zu finden, für deren Einführung dann in allen Ländern die sozialistischen Parteien zu kämpfen haben. Ich empfehle Ihnen also auch diesen Antrag. Damit kann ich mein Referat schließen. Ich sage nochmals, daß wir es nicht nötig haben, hier auf die Bedeutung der internationalen Kongresse für unsre Sache hinzuweisen. Das Wort unsres großen Führers Karl Marx: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" findet seinen praktischen Ausdruck in den internationalen Kongressen, wo die Marschroute gegeben werden soll für den Weg, auf dem wir die Befreiung des Proletariats zu erringen haben. Ich kann mir also daran genügen lassen, daß ich Ihnen die Annahme der Anträge empfehle und ich knüpfe daran den Antrag, daß wir heute, ebenso wie in München, beschließen, die Ehre und die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie ist: den internationalen Kongreß zu Amsterdam im Jahre 1904 so zahlreich als möglich zu beschicken. (Beifall.)

Die Debatte wird eröffnet.

Mit zur Debatte stehen die Anträge 4, 4a und der Antrag Molkenbuhr.

Klara Zetkin: Der Zweck des Antrages 4 ist ein praktischer. Wir erstreben damit keineswegs, eine Prinzipienerklärung darüber herbeizuführen, wie das internationale Proletariat zur Frage des Frauenwahlrechts steht. Das hieße offene Türen einrennen und wir haben wichtigeres zu tun als das. Zwei internationale Kongresse haben sich bereits rückhaltlos prinzipiell für das Frauenwahlrecht erklärt. Was wir mit unsrem Antrag sagen wollen, ist, daß in der Praxis in all' den Fällen, wo das Proletariat gezwungen ist, den Kampf für die weitere demokratische Ausgestaltung des Wahlrechts aufzunehmen, auch der Forderung des Frauenwahlrechts die ihr gebührende Bedeutung zuerkannt wird. Gerade in der gegenwärtigen Situation hat aus rein praktischen Rücksichten das Proletariat aller Kulturländer im eignen Interesse die Pflicht dazu.

In allen Kulturländern, wo das Proletariat politisch aufgeklärt und organisiert kämpfend auf den Plan tritt, da versucht mehr oder weniger offen die Reaktion die Rechte des Volkes zu schmälern. Das Proletariat wird geradezu herausgefordert, alle Versuche, seine politische Bewegungsfreiheit zu hindern und zu mindern, dadurch zu beantworten, daß es der Ausgestaltung des Wahlrechts in demokratischem Sinne mehr und mehr praktische Bedeutung beimißt. Wir haben die Kämpfe um die Erweiterung des Wahlrechts in Norwegen, Schweden, Belgien, wir haben sie vor allem in nächster Zeit hier in Sachsen, im Lande des Dreiklassenwahl-Unrechts, wir haben sie in Preußen, dem Lande des Dreiklassenwahl-Unrechts. Und dabei darf die Forderung des Frauenwahlrechts nicht hintangestellt werden, sei es in Rücksicht auf sogenannte bürgerliche Verbündete wie in Belgien, sei es in Rücksicht auf den Unverstand der Massen in den eignen Reihen. Wir bezwecken mit unserer Resolution, daß der internationale Kongreß auf die Bedeutung der Frage hinweist und den Genossen in allen Ländern erklärt: es genügt nicht, auf der prinzipiellen Stellungnahme zum Frauenwahlrecht auszuschlafen, sondern wir müssen zu Gunsten der vollen politischen Gleichberechtigung der Geschlechter handeln.

Aber wenn wir auch dieser Auffassung sind, so sind wir doch gegen den Antrag 4a, das Frauenwahlrecht als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Mit diesem Antrag würden Sie sich in Widerspruch setzen zu einem vorher abgelehnten Antrage. Sie haben vorhin beschlossen, daß wir die Forderung des Frauenwahlrechts nicht herausgreifen und als Sonderforderung vertreten wollen, sondern im Zusammenhang mit den Reformen, die wir auch noch zu Gunsten der Männer auf dem Gebiet des Wahlrechts zu verlangen haben. Halten wir diesen allgemeinen Zusammenhang fest, so erreichen wir weit mehr. Wir verfallen dann nicht, unbekümmert um alle Sticheleien von frauenrechtlerischer Seite, in eine einseitige Frauenrechtlerei, sondern wahren auf dem Boden unserer grundsätzlichen Auffassung den Zusammenhang zwischen Frauenrecht und proletarischem Recht, und wir gewinnen dadurch praktisch, indem wir der Agitation eine kräftigere, breitere Grundlage geben, als wenn wir lediglich für das Frauenwahlrecht eintreten. Ich würde es durchaus begrüßen, wenn auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Kongresses gesetzt würde: der Kampf um die Eroberung eines völlig demokratischen Wahlrechts. Aber die Forderung des Frauenwahlrechts, so wie die Dinge heute für das Proletariat liegen, einzeln als Punkt der Tagesordnung zu behandeln, finde ich so wenig der Bedeutung des Kongresses angemessen, als wollte man auf die Tagesordnung eines internationalen Kongresses die Forderung unsres Programms setzen, den Beginn des Wahlrechts auf das 20. Lebensjahr zu normieren. Ich möchte Sie also bitten, die Resolution 4 anzunehmen, dagegen den Antrag 4a abzulehnen. (Lebhafter Beifall.)

Molkenbuhr: Parteigenossen! Wenn ich beantragt habe, einen vielleicht etwas nüchternen Gegenstand auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Kongresses zu setzen, so bin ich dazu veranlaßt durch den ersten internationalen Arbeiterkongreß zu Paris. Dort haben wir seiner Zeit die Forderungen formuliert, die wir auf dem Gebiete der Arbeiterschutz-Gesetzgebung stellen. Dadurch ist ein einheitliches internationales Aktionsprogramm auf diesem Gebiete geschaffen worden, das ausgebaut werden muß durch Einbeziehung der Arbeiterversicherung. Dieses Thema beschäftigt schon jetzt von Zeit zu Zeit internationale Kongresse, von denen der letzte in Düsseldorf getagt hat. Auf diesen Kongressen erfährt die Welt, welche Forderungen Versicherungstechniker und Regierungsmänner auf diesem Gebiete erheben. Auch die Arbeiter müssen sich mit dieser Frage international beschäftigen, da der Gegenstand bald in diesem, bald in jenem Lande auftaucht. So sind in Frankreich, in Belgien, in Holland Arbeiterversicherungs-Gesetze beraten worden. Dabei zeigte sich eine eigentümliche Unklarheit.

Das gilt vor allem für Frankreich und von dem Entwurf einer Alters- und Invaliditätsversicherung, der von Millerand herrührt. Genosse Millerand hat das Gefühl für die internationale Solidarität so verloren, daß er in seinem Entwurf Ausländer, die in Frankreich wohnen, wohl Beiträge zahlen läßt, aber ihnen keine Rechte dafür giebt. (Hört! hört!) Dies eine Beispiel zeigt, wie notwendig es ist, gewisse internationale Grundsätze aufzustellen. Die Bismärckischen Geheimräte sind ja erheblich weiter gegangen als Genosse Millerand. Es giebt bestimmte Mindestforderungen, die international erhoben werden müssen, z. B. bei der Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten. Ich habe es wiederholt erlebt, wenn in andern Ländern Arbeiterversicherungs-Gesetze erscheinen, daß die dortigen Genossen an mich schreiben, ich solle ihnen sagen, wie ich dazu stehe.

Für uns in Deutschland hat die Sache auch eine gewisse praktische Bedeutung. Die Regierungsvertreter sagen uns so oft: wir würden ja weiter gehen, wenn die andern Länder uns nur folgen wollten. Diesen Leuten muß der Wind aus den Segeln genommen werden, wir müssen zeigen, daß die Arbeiter international weitergehende Forderungen erheben. Ich will nur daran erinnern, daß ein belgischer Arbeiterkongreß, der sich mit der Unfallversicherung beschäftigte, mit seinen Forderungen zurückgeblieben ist hinter der deutschen Unfallgesetzgebung. (Hört! hört!) Deshalb ist es notwendig, daß sich der nächste internationale Kongreß mit dieser Frage der Arbeiterversicherung beschäftigt und damit die notwendige Ergänzung zu den Beschlüssen des internationalen Kongresses zu Paris über die Arbeiterschutz-Gesetzgebung liefert. (Bravo!)

Heinrich Braun: Nur ein kurzes Wort zur Empfehlung des Antrags 4a. Genossin Zetkin, die gegen diesen Antrag eintrat, sagte, man solle nicht offene Türen einstoßen. Aber gerade der von ihr empfohlene Antrag enthält nichts als die Aufforderung, einen Punkt unsres Programms geltend zu machen. Gerade das heißt doch offene Türen einrennen. (Sehr richtig!) Dagegen zeigen uns Antrag 85a, über den man zur Tagesordnung übergegangen ist, und Antrag 4a einen praktischen Weg zur Durchsetzung des Frauenwahlrechts. Frau Zetkin meinte, wir sollten uns durch die Vorwürfe und Sticheleien der Frauenrechtlerinnen nicht beeinflussen lassen. Gewiß, das wollen wir nicht, aber wir sollen auch die Aktion der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen für das Frauen-Wahlrecht nicht allzu geringschätzig behandeln. Für dies Recht treten sehr einflußreiche Parteien in verschiedenen Ländern ein. Im englischen Parlament fehlten bei der letzten Verhandlung nur wenige Stimmen zur Annahme des Frauenwahlrechts; in England treten die liberalen Parteien dafür ein im Gegensatz zu unsren dortigen Genossen. (Hört! hört!) Darin liegt eine große Gefahr. Wir sollten uns auch hier nicht den Wind von den bürgerlichen Parteien aus den Segeln nehmen lassen. Deshalb empfehle ich in Uebereinstimmung mit Singer den Antrag 4a.

Niemeyer-Hamburg tritt der Anschauung Molkenbuhrs bei. Wir dürfen aber nicht etwa für die Uebertragung der deutschen Versicherungen auf andre Länder eintreten, sondern müssen Reformen erstreben, in der Richtung, daß etwa die Beiträge bei der Krankenversicherung von den Arbeitern, bei der Unfallversichung von den Unternehmern, bei der Invalidenversicherung vom Staat aufzubringen sind. Entsprechend müßte die Verwaltung reformiert werden. Bei der Invalidenversicherung würde es sich empfehlen, als Altersgrenze das 60. Lebensjahr festzusetzen.

Klara Zetkin: Nur einige Bemerkungen gegen Brauns Ausführungen! Es handelt sich hier nicht, wie ich bereits betonte, um die Aufstellung einer theoretischen Forderung, sondern um die Erzielung praktischer Resultate. Daß wir die Agitation der Frauenrechtlerinnen nicht unterschätzen dürfen, ist gewiß richtig. Aber in Deutschland stehen wir leider vor der Tatsache, die frauenrechtlerische Agitation für das Frauenstimmrecht gar nicht hochschätzen zu können.

(Sehr richtig!) Der Verein für Frauenstimmrecht hatte bei den letzten Wahlen nichts eiligeres zu tun, als die Forderung des Frauenstimmrechts aus seinem Programm zu streichen, als für die Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei (Sehr wahr!) und gegen die sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, obgleich die Sozialdemokraten für das Frauenwahlrecht kämpfen, während sich die Freisinnige Volkspartei gar nicht darum kümmert. Es trifft zu, daß in England aus bürgerlichen Kreisen für das Frauenwahlrecht lebhaft agitiert wird. Unrichtig aber ist es, daß die englischen Genossen gegen das Frauenwahlrecht eingetreten seien. Sie sind nicht gegen das Frauenwahlrecht im allgemeinen eingetreten, sondern nur dagegen, daß es als beschränktes Wahlrecht zur Einführung gelangen und mithin die Macht der besitzenden Klassen stärken sollte. Ich verweise auf das treffliche Material, das Genossin Lily Braun hierüber im „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik" veröffentlicht hat. Gewiß wäre es Torheit, wenn wir uns in der Frage des Frauenwahlrechts von der bürgerlichen Frauenbewegung und den bürgerlichen Parteien den Wind aus den Segeln nehmen lassen wollten. Die praktische Notwendigkeit zwingt uns dazu, energisch für das Frauenstimmrecht einzutreten. Je mehr es der Sozialdemokratie gelingt, die Männer aus dem Proletariat um ihre Fahne zu scharen, um so mehr werden die Reaktionäre dazu gedrängt, die Forderung des Frauenwahlrechts in ihr Programm aufzunehmen, weil sie hoffen, auf diese Weise die unaufgeklärte Frau gegen den aufgeklärten Mann ausspielen zu können. (Sehr richtig!) Aus diesem Grunde ist in Belgien ein großer Teil des Centrums für das Frauenwahlrecht, aus diesem Grunde konnte bei uns Herr v. Kardorff erklären, er fürchte das Frauenwahlrecht nicht. Wir müssen deshalb allen bürgerlichen Parteien in der Forderung des Frauenwahlrechts vorangehen und die Frauen des Proletariats politisch aufgeklärt um unsre Fahne sammeln. Aber zu diesem Zwecke genügt es vollständig, daß der internationale Kongreß der Resolution 4 zustimmt. Ihr praktischer Zweck wird unzweideutig erkenntlich, wenn der Wortlaut etwas abgeändert und klarer formuliert wird. An Stelle des Wortes gefordert muß treten in den gesetzgebenden Körperschaften beantragt wird. Ich ersuche Sie, bei Ihrer Abstimmung diese von mir hiermit beantragte Abänderung in Berücksichtigung zu ziehen. Die Resolution giebt genügenden Spielraum für die Behandlung der Frage. Diese zu einem besonderen Punkt der Tagesordnung des internationalen Kongresses zu machen ist nicht notwendig, da die sozialistischen Parteien aller Länder in dieser Frage grundsätzlich übereinstimmen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Persönlich bemerkt

Heinrich Braun: Der Schluß der Debatte hindert mich, die Ausführungen der Genossin Zetkin in einem tatsächlichen Punkte zu widerlegen. Im übrigen hat ja die Genossin Zetkin lediglich für den Antrag 4a gesprochen.

Das Schlußwort hat

Singer: Selbstverständlich kann sich der Parteitag auch mit der Frage des Frauenwahlrechts beschäftigen, die bürgerliche Frauenbewegung aber, glaube ich, geht uns hier nichts an. In der Bewertung dieser Bewegung stimme ich durchaus mit der Genossin Zetkin überein; es kann nicht Aufgabe der Sozialdemokratie sein, Forderungen zu propagieren, die einzelnen Klassen oder Ständen der Frauenwelt Vorteile verschaffen. Wir haben die Frauenfrage im Sinne unsres allgemeinen Programms zu behandeln, das uns verpflichtet, für die gleichen Rechte aller, der Männer wie der Frauen, einzutreten. Ich habe es für nötig gehalten, dies vorauszuschicken, weil ich im übrigen der Genossin Zetkin nicht zustimme. Der internationale Kongreß kann ganz gut die Frage der Forderung des Frauenwahlrechts auf seine Tagesordnung setzen. Wir würden den internationalen sozialistischen Kongreß beleidigen, wenn wir die Vermutung aus-

sprechen wollten, daß er in dieser Frage anders entscheiden könnte, als in Uebereinstimmung mit unsren programmatischen Forderungen. Klara Zetkin befürchtet wohl zu Unrecht, daß sich da Meinungsverschiedenheiten ergeben könnten. Wenn sie aber gemeint hat, die Frage dürfe deshalb nicht auf die Tagesordnung des internationalen Kongresses gesetzt werden, weil wir noch andre Forderungen, die die Frauen betreffen, vertreten und weil mit der Frage des Frauenwahlrechts für uns die Frauenfrage noch nicht erschöpft sei, so schießt sie mit dieser Bemerkung doch über das Ziel hinaus. Wir stellen sehr oft Anträge, die nicht die ganze Materie erschöpfen, sondern nur einen Punkt betreffen. Sonst dürften wir auch den Achtstundentag nicht fordern, weil außerdem noch andre Forderungen für die Arbeiterklasse und den Arbeiterschutz vorhanden sind. Eine solche Praxis, wie sie hier die Genossin Zetkin empfiehlt, haben wir nie befolgt und können wir nicht befolgen. Ich glaube also, daß die Diskussion nichts ergeben hat, was gegen die Annahme des Antrages 4a spräche. Uebrigens machen wir ja nur einen Vorschlag für die Tagesordnung des Kongresses. Ob die Frage dann wirklich zur Verhandlung kommt, darüber hat der Kongreß selbst zu entscheiden. Ich bitte Sie also, alle drei Anträge anzunehmen und bezüglich der Beschickung des Kongresses den Münchener Beschluß zu wiederholen. (Zustimmung.)

Persönlich bemerkt

Klara Zetkin: Ich konstatiere, daß Singer gegen eine Rede gesprochen hat, die ich gar nicht gehalten habe. (Heiterkeit.) Ich habe nicht gesagt, daß wir die Frage des Frauenwahlrechts von den andern Frauenforderungen nicht lösen könnten, sondern, daß wir sie nicht von unsren allgemeinen demokratischen Forderungen, die wir für Männer und Frauen erheben, lostrennen sollten. (Sehr richtig!)

Der Antrag 4a wird abgelehnt, Antrag 4 sowie der Antrag Molkenbuhr angenommen. Entsprechend dem Antrag Singer wird die Münchener Resolution erneuert. Die Resolution lautet:

„Der Parteitag fordert die deutschen Genossen auf, den im Jahre 1903 zu Amsterdam stattfindenden internationalen sozialistischen Arbeiterkongreß zur Bekundung des internationalen Solidaritätsgefühls möglichst zahlreich zu beschicken".

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Kaden verliest folgende

Sympathiekundgebung:

Der Parteitag spricht den um den Zehnstundentag kämpfenden Textilarbeitern in Crimmitschau, die unter unglaublichem Polizeidruck und unter Beugung der in Bezug auf das Koalitionsrecht bestehenden Bestimmungen ihren Kampf mit einem rücksichtslosen Fabrikantentum kämpfen, seine volle Sympathie aus. (Bravo!) Der Zehnstundentag bildet eine Etappe auf dem Wege zur Erlangung des Achtstundentages. Deshalb ist den im Vordertreffen stehenden 7500 Textilarbeitern die volle moralische und materielle Unterstützung von seiten der Arbeiter eine Pflicht. (Bravo!) Den kämpfenden Brüdern wünscht der Parteitag vollen Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Kaden: Ich stelle fest, daß der Parteitag sich einmütig dieser Sympathiekundgebung anschließt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Zu einer Erklärung erhält das Wort

Peus-Dessau: Ich war gestern verhindert, an der Abstimmung über Antrag 7 teilzunehmen, da ich wegen einer Versammlung abreisen mußte. Ich erkläre daher, daß ich für den Antrag 7 gestimmt haben würde. Allerdings bin ich überrascht, daß ein solcher Beschluß überhaupt nötig war. Ich befürchte, daß durch den Beschluß mancher unter die Räder kommen kann, der nicht gepackt werden soll. (Unruhe. Rufe: Das ist doch keine Erklärung zu Protokoll.)

Die Mittagspause tritt ein. — Schluß $1^1/_4$ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer: Es ist folgende Resolution eingelaufen:

„Der Parteitag spricht einhellig der Fraktion seine vollste Anerkennung, seine Zustimmung und seinen ausdrücklichen Dank aus für die zur Abwehr des Wuchertarifs im Reichstag angewandten Maßnahmen, im besonderen für die energische Anwendung der sogenannten Obstruktion." Grunwald und 20 Genossen.

Diese Resolution gehört zu dem bereits erledigten Punkt „Parlamentarische Tätigkeit" und würde jetzt nur noch unter den sonstigen Anträgen zur Verhandlung kommen können. Ich schlage aber vor, sie jetzt gleich zu erledigen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch, — das Wort wird nicht verlangt — und so darf ich wohl annehmen, daß der Parteitag diese Resolution angenommen hat (Bebel: Einstimmig angenommen hat! Sonst bitte ich um Abstimmung!)

Es ist kein Widerspruch erfolgt und ich konstatiere, daß der Parteitag einmütig diese Resolution angenommen hat. (Bravo!)

Wir kommen nunmehr zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Die Taktik der Partei.

Die ersten drei Hauptpunkte: Reichstagswahlen, Vizepräsidenten-Frage, die revisionistischen Bestrebungen sind darin zusammengefaßt. Auch die Diskussion erstreckt sich über alle drei zugleich.

Mit zur Verhandlung stehen die Anträge 89—91, 101—111, 113 B, 129 und 130 mit Amendement 140.

Die Unterstützung für diese Anträge reicht aus.

Auf Anregung Ewalds wird auch noch Antrag 17, der die nötige Unterstützung findet, mit zur Debatte gestellt.

Singer: Bemerken will ich, daß auch bei diesem Punkte, wenn der Parteitag meinem Vorschlage folgen will, die Beschränkung der Redezeit aufgehoben ist. Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Gemeldet haben sich zu diesem Punkt bisher 55 Redner. (Heiterkeit.) Es hat sich eine gewisse Mißstimmung unter den Delegierten darüber geltend gemacht, daß sich die Redner, bevor noch dieser Punkt zur Verhandlung kam, in die Rednerliste haben einzeichnen lassen. (Sehr richtig!) Es ist das eine Gewohnheit aller bisherigen Parteitage. Nirgends besteht ein Zwang, sich erst dann zum Wort zu melden, wenn der Gegenstand herankommt. Es ist immer so gehandelt worden, daß die Genossen sich zu der ihnen angemessen erscheinenden Zeit vormerken lassen.

Peus (zur Geschäftsordnung) verweist auf § 1 der Geschäftsordnung und schließt daraus, daß sich die Redner loyalerweise nur in dem Augenblick zum Wort melden dürften, wo der Gegenstand auf die Tagesordnung kommt. (Zustimmung.) Sonst ist eine Bestimmung in der Geschäftsordnung darüber nötig, wieviel Wochen vorher sich die Redner einschreiben lassen dürfen. (Heiterkeit.) Sonst ist keine Gerechtigkeit möglich. Wie die Schwierigkeit im Augenblick zu beseitigen ist, weiß ich nicht. Vielleicht empfiehlt es sich, eine neue Rednerliste aufzustellen. (Zustimmung und Widerspruch. Bebel: Das wäre ein schönes Wettrennen!)

Hoffmann-Berlin schließt sich der Ansicht des Vorredners an. In Zukunft müsse die bisher beliebte Praxis geändert werden. Jetzt läßt sich freilich nichts mehr ändern, denn sonst würde das Bureau von den Rednern attakiert werden. (Heiterkeit.)

Singer: Daß Peus sich über unsre Praxis wundert, hätte ich kaum erwartet, da er doch mit der gleichen Praxis parlamentarischer Körperschaften vertraut sein dürfte. Wir wollen die Verhandlungen nach Möglichkeit abkürzen, wir würden sie aber aufhalten, wenn jetzt die Redner herankommen und sich von neuem zum Wort melden wollten. Die geltende Geschäftsordnung enthält kein Verbot der vorherigen Wortmeldung. Wenn die Genossen darin einen Mangel sehen, können sie ihn ja künftig ändern. Sollte aber in dieser Auffassung ein Vorwurf gegen das Bureau liegen, so würde er durchaus ungerechtfertigt sein, weil wir genau so gehandelt haben, wie die früheren Parteitage. Der Parteitag hat jedoch in dieser Frage die Entscheidung. Sollte aber die Aufstellung einer neuen Rednerliste verlangt werden, dann würde ich doch empfehlen, die Verhandlungen zu vertagen, damit der Aufmarsch der Redner sich vollziehen kann. (Heiterkeit.) Ich glaube aber, das richtigste wäre, die alte Liste bestehen zu lassen. (Zustimmung.)

Ebert-Bremen: Ich habe gehört, daß beabsichtigt wird, außer der Reihe zwei Genossen, die verschiedener Meinung sind, an erster Stelle sprechen zu lassen. Wenn der Parteitag das vorher gewußt hätte, dann hätte er der Aufhebung der Beschränkung der Redezeit für die nachfolgenden Redner nicht zugestimmt. Ich beantrage die Beschränkung der Redezeit wieder auszusprechen und damit den zuerst gefaßten Beschluß wieder aufzuheben.

Der Antrag wird abgelehnt.

Singer: Ich mache nunmehr folgenden Vorschlag: Ich glaube, es ist im Interesse der Diskussion wünschenswert, daß unbeschadet der Rednerliste zwei Genossen, von denen der eine seine Auffassung, der andre eine entgegengesetzte zu verteidigen hat, das Wort nehmen und gleichsam die Grundlage für unsre Diskussion liefern. Es sind die Genossen Bebel und Vollmar. Es handelt sich nicht eigentlich dabei um die Aufstellung von Referenten, der Parteitag bindet sich also nicht. Um einer Legendenbildung vorzubeugen, stelle ich noch fest, daß die erste Wortmeldung zu diesem Punkte erst gestern nachmittag erfolgt ist.

Engler-Freiburg i. Br. regt an, Bebel und Vollmar auch das Schlußwort zu geben.

Singer: Das wollen wir uns vorbehalten.

Der Parteitag ist mit dem Vorschlage Singers einverstanden.

Bebel: Parteigenossen, bevor ich in meine Rede eintrete, muß ich Ihnen mitteilen, daß die Antragsteller Ihnen eine Aenderung der von Kautsky, Singer und mir vorgeschlagenen Resolution Nr. 130 vorschlagen. Wir drei hatten, ehe wir uns verständigten, jeder eine Resolution ausgearbeitet. Wir sind vorgestern abend spät, nachdem eine Vorstandssitzung vorausgegangen war, um $^1/_2$10 Uhr in eine Beratung eingetreten, die bis Mitternacht dauerte. Dabei hat derjenige, der die Resolution zur Reinschrift übernahm, übersehen, daß der Satz 1, der hier steht, von uns allen dreien, auch von dem Verfasser, abgelehnt worden war und man sich auf einen anderen Satz geeinigt hatte und zwar auf folgenden, den ich Ihnen hiermit vorschlage: „Der Parteitag fordert, daß die Fraktion zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstag durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, höfische oder sonstige Verpflichtungen zu übernehmen, die nicht durch die Reichsverfassung oder die Geschäftsordnung des Reichstages begründet sind."

Nun ist ja mit Ihrer aller Einverständnis beschlossen worden, daß, wenn auch der offizielle Titel des jetzigen Punktes Taktik lautet, dabei doch insbesondere die Reichstagswahl, ihr Verlauf und ihre Bedeutung für die künftige Haltung der Partei beziehentlich der Fraktion mitberücksichtigt werden sollen. Dieser Beschluß rechtfertigt sich auch dadurch, daß nach den Wahlen nicht allein innerhalb der Partei, sondern auch bei den Parteigenossen des Auslandes, bei

denen ungeheuere Freude über den Ausfall der Wahlen herrschte, wie auch bei unsern Gegnern die Frage aufgeworfen wurde: was wird denn nun nach diesem weit über Erwarten großen Erfolg die Sozialdemokratie tun? In dieser Frage schon äußerte sich die Meinung, daß diese Resultate in Bezug auf die künftige Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag von solcher Bedeutung seien, daß sie wahrscheinlich eine Aenderung des ganzen Verhaltens der Fraktion beziehungsweise der Partei herbeiführen könnten. Besonders ein Blatt, das in den letzten Tagen hier viel genannt wurde, es war nicht die „Zukunft", erörterte in einem Leitartikel unmittelbar nach den Wahlen durchaus objektiv die Frage, ob die Fraktion die bisherige angeblich negierende Haltung im Reichstage auch fürderhin beibehalten würde. Auch Kautsky schrieb sofort in der nächsten Nummer der „Neuen Zeit" einen Artikel: Was nun?, in welchem ebenfalls diese Frage aufgeworfen wurde. Der Artikel enthielt für mich ganz brillante Stellen, aber am Ende desselben war ich doch nicht viel klüger, als vorher, was mir sonst sehr selten bei Kautskyschen Artikeln passiert. Ich sagte mir: Er hat die Frage „Was nun?" aufgeworfen, aber doch keine rechte Antwort gefunden. Aber auch namentlich die Parteipresse des Auslandes, insbesondere die Wiener „Arbeiter-Ztg.", die ich stets mit größtem Interesse lese, hat ähnliche Gedanken diskutiert. Es wird deshalb auch meine Aufgabe sein, in erster Linie die Frage zu behandeln: welcher Art sind die Veränderungen, die durch die Wahlen des letzten Sommers herbeigeführt worden sind, und welchen Einfluß können sie auf die Haltung der Partei und speziell die Taktik der Fraktion im Reichstag ausüben? Bei den letzten Wahlen sind unsre Stimmen von rund 2 107 000 Stimmen, die wir 1898 hatten, auf zirka 8 010 000 — die definitiven Zahlen liegen noch nicht vor — gestiegen. Das ist ein Stimmenzuwachs von über 900 000 oder ca. 43,7 Proz. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Bevölkerung seit 1898 um 8 Proz. sich vermehrt hat. Die Zahl der Wahlberechtigten wird sich etwas stärker vermehrt haben, da die durchschnittliche Lebensdauer des deutschen Volkes zugenommen hat. Im weiteren war die Wahlbeteiligung allgemein reger als 1898; fast alle Parteien haben mehr Stimmen auf sich vereinigt als 1898, allerdings ist der Zuwachs bei keiner Partei ähnlich groß wie bei uns. Wir hatten 1898 58 Abgeordnete; 1903 ist die Zahl auf 81 gestiegen; d. h. die Fraktion zählte 1898 14,6 Proz. aller Reichstags-Abgeordneten, 1903 20,4 Proz. Die Erfolge der Sozialdemokratie sind in der Hauptsache errungen auf Kosten der linksstehenden bürgerlichen Parteien. Wir haben ja auch eine Anzahl von Centrumskreisen erobert, ja sogar konservative Kreise, und wir würden das in erheblich größerem Umfang getan haben, wenn das Wahlglück uns etwas günstiger gewesen wäre. Auf der andren Seite hatten die bürgerlich-liberalen Parteien sehr erhebliche Ausfälle, die in der Hauptsache uns zu gute kamen. Im ganzen also hat sich die Linke nicht erheblich geändert, aber die Halben- und Viertelsmänner sind ausgeschieden und wir sind an die Stelle derselben getreten. Es ist also insofern eine erhebliche Aenderung zu Gunsten der Linken eingetreten, als die Zahl der Männer, die in Bezug auf Volksforderungen sowohl im Sinne der bürgerlichen Freiheit, wie insbesondere im Interesse der Arbeiterklasse künftig im Reichstage zu sprechen haben, erheblich größer geworden ist, aber in Bezug auf die Entscheidung bei Abstimmungen des Reichstages, und namentlich bei wichtigen, ist so gut wie keine Aenderung zu erwarten. Auch in diesem Reichstage hat das Centrum zwei Mehrheiten zur Verfügung. Geht das Centrum mit der Rechten und den Nationalliberalen, auf die es ja in fast allen Fällen zählen kann, so hat es die Mehrheit, und macht es, was im nächsten Reichstag noch seltener als früher vorkommen wird, mit der Linken gemeinsame Sache — dabei wird es sich nie um Haupt- und Kardinalfragen handeln (Sehr richtig!) —, so giebt es eine linke Mehrheit, bei der die Entscheidung ruht.

Auf der andern Seite wird man sich infolge des Ausfalls der Wahl auf der rechten Seite weit mehr als bisher zusammenschließen. Die Angst des Bürgertums, die schon bei den engeren Wahlen zum Ausdruck gekommen ist und die meisten Anhänger der bürgerlichen Parteien veranlaßte, gegen die Sozialdemokraten zu stimmen, selbst wenn der ärgste Reaktionär in Frage kam — diese Angst wird in Zukunft bei den Parteien des Reichstages, speziell beim Centrum, noch mehr zum Ausdruck kommen. (Sehr richtig.) Das Centrum wird nach meiner festen Ueberzeugung, und mit ihm die Parteien der Rechten, in Zukunft im Reichstage noch reaktionärer zu handeln geneigt sein als bisher. (Sehr richtig!) Darüber dürfen wir uns nicht täuschen. Es ist sehr charakteristisch, daß die „Kreuz-Zeitung" unmittelbar unter dem Eindruck des Resultats der Hauptwahl schrieb: „Die Not der Zeit gebietet und zwingt, den Kampf zwischen Rom und Wittenberg aus dem politischen Leben auszuschalten trotz aller Bedenken." (Hört! hört!) Ein Kampf, der nahezu vier Jahrhunderte das Deutsche Reich gespalten hat, ein Kampf, der in seiner Totalität einen ungeheuren unheilvollen Einfluß auf die ganze geistige und kulturelle Entwicklung des Deutschen Reichs bis zu diesem Tage ausgeübt hat, dieser Kampf soll jetzt mehr und mehr zurücktreten; es soll mehr und mehr eine Geschlossenheit eintreten, aber nicht um die Rechte und Freiheiten der Nation zu fördern, sondern umgekehrt zu ihrer Unterdrückung und Hintanhaltung. (Sehr richtig!) Das ist also das Resultat, das dieser Wahlkampf für die bürgerlichen, namentlich die rechtsstehenden Parteien zur Folge gehabt hat. Daß das so kommen mußte, konnte dem aufmerksamen Beobachter schon seit Jahren nicht mehr verschlossen bleiben. In vielen Richtungen ist ja gerade in dieser Beziehung der deutsche Kaiser mit seinem impulsiven Wesen eine sehr willkommene Persönlichkeit auch für uns. Wir können an seiner Haltung in hohem Grade abmessen, wie die Stimmung an den entscheidenden Stellen ist. Wir können an seiner Stellungnahme ganz genau merken, wie der Wind weht, und die Art, wie der Repräsentant des einzigen protestantischen Kaisertums in der Welt sich schon seit einer Reihe von Jahren zu dem Oberhaupt der katholischen Kirche und der höheren und niederen katholischen Geistlichkeit gestellt hat, war im höchsten Grade symptomatisch und hat gezeigt, wohin die Strömung geht: Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo! Immer rückwärts! (Sehr gut!) Das ist vielleicht auch ein nicht ganz unbedeutendes Moment bei der Tatsache, daß gerade unsre Partei in einem so bedeutenden Maße an Stimmen gewonnen hat.

Wir wissen ganz genau und haben es nie geleugnet — ist es doch keine Schande, sondern eine Ehre für uns — daß bei allen Wahlen, vielleicht mit Ausnahme der ersten Wahlen unter dem Sozialistengesetz, wo es eine Gefahr bedeutete, sozialdemokratisch zu wählen, eine erhebliche Stimmenzahl auf unsre Kandidaten entfallen ist von Leuten, die sich zunächst nicht als Sozialdemokraten bekannten. Das sind die sogenannten „Mitläufer". Die Motive, die diese Leute bewegten, sind sehr verschiedenartig, aber natürlich nicht im einzelnen festzustellen. Aber wir haben solche Mitläufer, wir dürfen zugeben, daß in dem Maße, wie die Partei in ihrer Totalität wächst, auch prozentual die Zahl der Mitläufer gewachsen ist. Auf der andern Seite steht aber fest, daß, mag die Zahl der Mitläufer bei den einzelnen Wahlen größer oder kleiner gewesen sein, die Sozialdemokratie selbst in steigendem Maße mit der Sicherheit eines Naturgesetzes an Stimmenzahl gewachsen ist, daß, mochte auch der eine oder andre Mitläufer bei künftigen Wahlen abfallen, neue an seine Stelle traten und mit der Zahl der Mitläufer zugleich die Zahl der Sozialdemokraten gewachsen ist, die bei der Partei geblieben sind. (Sehr richtig!) Das ist das entscheidende und das außerordentlich erfreuliche. Wie immer die Dinge kommen mögen, so können und dürfen wir nach dieser Richtung fest auf unsre Anhängerschaft bauen. Es konnte keinem unsrer Genossen, wie auch keinem dieser Mitläufer,

Anhänger und Gesinnungsgenossen, wie wir die Nichtorganisierten nennen, zweifelhaft sein, wen er wählte, als er einem Sozialdemokraten seine Stimme gab. Denn wenn unsre Kandidaten und Flugblätter versäumt haben sollten, das zu sagen, so haben unsre Gegner die Agitationsarbeit für uns übernommen, sie haben uns in einem Lichte dargestellt, so schwarz, so gefährlich, daß ich mir schon oft gesagt habe: solche Vogelscheuchen hat man aus uns gemacht, und doch haben diese Vogelscheuchen so viel Stimmen bekommen, das ist erstaunlich. Alle Abschreckungsmittel haben nichts genützt bei diesen Männern, die haben sich vielmehr gesagt: schwatzt und schimpft, verleumdet nur, soviel ihr wollt, wir wählen doch einen Sozialdemokraten. (Beifall.)

Freilich dürfen wir uns auch weiter fragen: Welche verschiedenen Momente haben dazu beigetragen, die Zahl unsrer Anhänger in diesem Maße zu vermehren? Da ist kein Zweifel, daß in immer weitere Kreise des deutschen Volkes der Unwille, die Unzufriedenheit, ja die Empörung über unsre vollständig zerfahrenen inneren Zustände dringt. Die vollständige Kopflosigkeit unsrer inneren wie äußeren Politik macht immer weitere Kreise der Bevölkerung bedenklich und treibt sie der einzigen Partei, die bisher scharf, klar und zielbewußt ihren Weg gegangen ist, in die Arme. Es ist die vollständige Stagnation, wenn nicht der offene Rückschritt in der Befriedigung der notwendigsten Kulturbedürfnisse nicht allein im Reich, sondern auch in den Einzelstaaten, der zahlreiche Elemente der Sozialdemokratie zuführt; es ist die traurige Finanzwirtschaft in Staat und Reich, weiter die Plan- und Ziellosigkeit unsrer Handelspolitik. Man hat, was man immer den Agrariern von seiten der Regierung vorgeworfen hat, doch nicht den Mut gehabt, ganzagrarisch aufzutreten, aber noch viel weniger den Mut, antiagrarisch aufzutreten, und so ist eine Situation eingetreten, die in der Tat für das Wirtschaftsleben der Nation in den nächsten Jahren von den verhängnisvollsten Folgen sein muß, weil alles, was wir in dem sogenannten Obstruktionskampf, wo wir nach der Ansicht der freisinnigen, selbst der bürgerlich-demokratischen Blätter wie der „Frankfurter Zeitung", eine so völlig unglückselige Taktik verfolgt haben sollen, vorausgesagt haben, bis auf das Tüpfelchen über dem i eingetreten ist. Die Regierungen haben ihren Zolltarif bekommen! Jetzt sollen sie an die Arbeit gehen. Sie sind an die Arbeit gegangen, und da stellen sie sich in den Ministerien hin, und müssen sich erst, wie ein russisch-offiziöses Blatt sich ausdrückt, gegenseitig beriechen (Heiterkeit), um zu erfahren, wie sie zu einander stehen. Während in der letzten Session des Reichstages unmittelbar nach Annahme des Zolltarifes hier die agrarische Mehrheit verlangte, daß die Regierung die Handelsverträge unbekümmert um die Wirkung kündige, und während man damals hoffte, daß der im Herbst zusammentretende Reichstag neue Handelsverträge zu beraten haben werde, ist heute die größte Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß der nächste Reichstag, mag die Session auch bis in das Frühjahr dauern, kaum einen Handelsvertrag zu beraten in die Lage kommen wird.

Es besteht eine vollständige Führerlosigkeit in der inneren und äußeren Politik, eine Plötzlichkeit, ein ewiges Schwanken. Heute hüh, morgen hott, einmal nach rechts, einmal nach links, heute vorwärts, morgen rückwärts! Ich weiß, es giebt Leute in den oberen Regionen, die jeden Morgen mit der Frage aufwachen, ob nicht selbst während der Nacht ein Pulverfaß in die Luft gegangen ist (Heiterkeit), ob nicht Entscheidungen von großer Tragweite erfolgt sind, bei denen man sie hätte fragen müssen, in Wirklichkeit aber nicht hinzugezogen hat. Weiter haben die Militär- und Flottenpolitik und die daraus hervorgegangenen kolossalen Lasten in weiten Kreisen des Volkes die höchste Unzufriedenheit hervorgerufen. Es ist ferner die Weltpolitik, in der wir uns fortgesetzt Blamagen geholt haben, wie in China, in Haïti, in Venezuela usw. Wo immer die stolze Flotte und teilweise auch die stolze Armee zu tun gehabt hat, da haben die ungeheuren Kosten den Resultaten in keiner Weise entsprochen. Alles das muß jetzt

selbst dem einfachsten Mann im Volke einleuchten. Er hört ferner immer und immer wieder von einer neuen Militärvorlage, einer neuen Flottenvorlage, neuen Kolonialplänen. Wir wollen überall in der Welt, wo ein Nagel einzuschlagen ist, unsren Schild daranhängen. Von alledem hört der Staatsbürger. Er weiß, daß er es ist, der seine Söhne für Heer und Marine zu opfern hat; er weiß, daß die Steuern erhöht werden müssen, daß das alles Kosten sind ohne irgend welchen Vorteil, und daß in dem Maße, wie das alles wächst und steigt, nicht etwa ein Zustand größerer Ruhe und Sicherheit eintritt, sondern daß im Gegenteil dieser ganze Zustand der Unruhe und Zerfahrenheit erhöht wird. (Sehr gut! Sehr richtig!) Die Gefahr einer Katastrophe wächst in demselben Maße, wie alle diese Rüstungen steigen. Er weiß weiter, daß die breiten Massen des Volkes in erster Linie die Kosten aller dieser Unternehmungen zu tragen haben, daß auf der andern Seite aber gerade die Klassen, die diese Rüstungen und diese Politik unterstützen, von den Lasten für diese Politik fast vollständig befreit sind. (Sehr richtig!) Alle diese Kosten werden auf die arbeitenden Klassen abgewälzt. Das wird so bleiben trotz aller schönen Versicherungen des Centrums, daß es bei künftigen Steuern verlangen würde, daß die breiten Massen des Volkes nicht weiter herangezogen werden. Alles das ist nur Phrase, nur Schein. Und daß es beim Alten bleibt, darin gipfelt auch das Resultat des letzten Wechsels im Staatssekretariat des Reichs-Schatzamts.

Herr v. Thielmann ist gegangen und Herr v. Stengel wurde berufen, weil man sich sagte, wir brauchen einen neuen Mann, der durch seinen Einfluß und seine Stellung als eine der angesehensten Persönlichkeiten des zweitgrößten katholischen Bundesstaates Bayern in der Lage ist, den Widerstand des Centrums gegen neue indirekte Steuern zu brechen. Für mich hat aber dieser Wechsel der Persönlichkeiten, denn ein Systemwechsel ist es ja nicht, noch eine andre Bedeutung. Wenn selbst in unsren Kreisen es bis in die letzte Zeit noch Personen gab, welche glaubten, sie könnten es durch ihre Taktik dahin bringen, den Widerstand der Einzelstaaten gegen den Hauptstaat und seine Forderungen wachzurufen, daß speziell Bayern zu einer gewissen Oppositionsstellung werde scharf gemacht werden können, so sind diese Anschauungen und Hoffnungen jetzt vollständig zu nichte geworden. (Sehr gut!) Das konnte man voraussehen, aber mancher sah es nicht voraus. Indem Bayern für den Posten des Reichsschatzsekretärs einen seiner ersten Staatsmänner stellte, hat es zugleich in programmatischer Weise kundgegeben, und das mögen die bayrischen Genossen in erster Linie für künftig sich merken, daß es nicht nur die bisherige Reichspolitik gebilligt hat, sondern daß es für sein Teil auch bereit ist, die Bahnen dieser Politik künftig weiter zu beschreiten und zu diesem Zwecke seine eignen Staatsmänner herzugeben. (Sehr richtig!) Das ist ein wichtiges Moment auch für gewisse Richtungen in unsrer sozialdemokratischen Bewegung. Herr v. Stengel hatte es gar nicht nötig, das zu erklären. Wer die Verhältnisse ernsthaft erwägt, der weiß auch so, daß nach der ganzen Sachlage auf absehbare Zeit und ohne eine Aenderung der ganzen Verhältnisse von Grund aus gar nicht daran zu denken ist, daß es jemals gelingen würde, die besitzenden Klassen zu Beiträgen für die Reichslasten herbeizuziehen. Das bringen wir nicht fertig, das brächte selbst das Centrum nicht fertig, wenn es auch wollte. Aber es will auch nicht. Wenn eine Partei Anlaß hätte, gegen eine Politik der direkten Besteuerung Stellung zu nehmen, dann ist es das Centrum kraft seines partikularistischen Standpunktes. So werden also von ihm schöne Resolutionen gedrechselt, viele Phrasen gemacht, und wenn dann die erste beste Steuervorlage kommt, sei es auf Bier oder auf Tabak oder auf sonst irgend etwas, ich wüßte zwar nicht, was man noch heranziehen wollte, man müßte denn etwa das Wasser oder die Luft besteuern (Heiterkeit), so wird das Centrum schließlich doch zu haben sein. (Sehr richtig!)

Wir haben nie geglaubt, daß wir direkte Reichssteuern durchsetzen könnten. Wir sind überhaupt vieles gezwungen zu tun, von dem wir wissen, daß wir es nicht erreichen. (Sehr wahr!) Es kommt nicht darauf an, ob man etwas gleich durchsetzen kann, sondern wir haben es zu fordern, weil es gerecht und vernünftig und somit notwendig ist. Durch die Gründe, die wir anführen, haben wir die draußen Stehenden zu überzeugen, daß diese ganze Politik, wie sie heute gehandhabt wird im Reiche und in den Einzelstaaten ohne Ausnahme, mag auch hier und da ein Feigenblatt vorhanden sein, eine Klassenpolitik ist, daß Reich und Staat Klassenstaaten sind und es bleiben werden, so lange sie in der jetzigen Gestalt bestehen. (Sehr wahr!)

Und wie steht es mit den Finanzen des Reiches? Der laufende Etat konnte nur dadurch balanzieren, daß eine Zuschußanleihe von 72 Millionen beschlossen wurde, eine Zuschußanleihe, die schon nach dem klaren Wortlaut der Verfassung einen Verfassungsbruch bedeutet. (Zustimmung.) Man schreckt unter der Herrschaft des Centrums nicht bloß vor Geschäftsordnungsbrüchen, sondern auch vor Verfassungsbrüchen nicht zurück (Sehr richtig!), und wer einmal einen Verfassungsbruch begangen hat, mag die Notwendigkeit dazu auch noch so groß sein, — Parteigenossen, was man einmal getan hat, das tut man auch das zweite, dritte und vierte Mal, das tut man so oft, als man glaubt, daß die Staatsräson dazu zwingt. (Sehr richtig!) Also nur auf diese Weise ist die Bilanzierung des Etats möglich gewesen. Ob die Zuschußanleihe langen wird, wollen wir abwarten, denn bereits jetzt stellt es sich heraus, daß das letzte Etatsjahr mit einem Defizit von 30 Millionen abgeschlossen hat. Zur Deckung dieses Defizits müssen die Einzelstaaten herhalten. Ich habe vor einigen Tagen aus einer Quelle, aus der ich es nicht erwartet hätte eine solche Nachricht zu bekommen, erfahren, daß, während früher das Reich ein prompter Zahler war, während früher die Lieferanten sofort ihr Geld erhielten, dies schon in hohem Grade nicht mehr der Fall ist. (Hört! hört!) Das Reich kann oftmals nicht mehr sofort zahlen, die Kassen sind leer, das Reich muß sich von seinen Gläubigern einen längeren Kredit geben lassen. Es ist weiter Tatsache, daß namentlich infolge des Drängens des Reichstags die Invalidenpensionen erhöht werden müssen und daß das abermals wieder eine bedeutende Mehrausgabe erfordert. Die in Aussicht genommene Erhöhung der Friedenspensionen wird allein ein Mehr von 20 Millionen erfordern. In allen Ministerien, selbst in dem der Marine und der Armee, hat man sich in den letzten Jahren einschränken müssen. Dazu kommt die neue Heeresvorlage, denn wenn Goßler ging und Einem kam, dann geschah das in der Hauptsache, weil Herr v. Goßler sich sagte, ich habe keine Lust mehr, diese neue Vorlage zu vertreten, das Vergnügen überlasse ich einem andern. (Sehr wahr!) Nun, man wird mit gehörigen Forderungen kommen, davon bin ich fest überzeugt, aber der Knüppel liegt beim Hund, man kann nicht Ausgaben bewilligen, wenn man gar nicht mehr weiß, woher das Geld nehmen. Dazu kommt weiter die neue Marinevorlage, und auch da scheint einiges vorzugehen, was nicht so ganz in Ordnung ist. Wiederholt hat es verlautet, daß auch Herr v. Tirpitz amtsmüde sei und gehen wolle, weil er es nicht für möglich halte, noch mehr als bisher vom Reichstage zu erhalten. Es kommen Ausgaben für die Neubewaffnung der Armee, kurz und gut, Ausgaben, die auf Hunderte von Millionen anwachsen werden. Wenn in diesem Etat die Ausgaben für Militär, Marine, die Kosten des Friedens-Pensionsfonds, die Zinsen der Reichsschulden für Militär- und Flottenausgaben sich auf die kolossale Summe von 1030 Millionen belaufen, dann werden sie in den nächsten Jahren und bis zum Ende der Legislaturperiode sicher auf 1400 Millionen anwachsen.

Man wundert sich bei den Gegnern über die Erfolge, die wir erzielt haben. Nun, die festesten Säulen des Reichs sind im Innern bereits bis zu einem gewissen Grade angefressen, die Armee ist in der größten Unzufriedenheit, selbst

die Offiziere sind mit vielem nicht mehr einverstanden. Dabei überall neue Lasten, neue Ausgaben, und das zu einer Zeit, wo wir wahrscheinlich einer verschärften Krisis entgegengehen. Denn wenn der ökonomisch-wirtschaftliche Zusammenbruch, der drüben in Amerika eingetreten ist und in den nächsten Wochen und Monaten in erhöhter Potenz eintreten muß, sich in Europa bemerkbar macht, dann sind es in erster Linie unsre Arbeiter, die die schweren Schläge zu kosten bekommen. Im vorigen Jahre haben wir noch, wenn ich nicht irre, allein für 600 bis 700 Millionen Mark Eisenwaren auf dem Weltmarkt abgesetzt, speziell in Nordamerika, und dadurch hatte die wichtigste unsrer Industrien noch Arbeitsgelegenheit. Das fängt an aufzuhören, Amerika braucht nichts mehr, und es dauert gar nicht lange, so wird Amerika auf Grund der kolossalen Entwicklung seiner eignen Produktion eine Ueberproduktion haben, seine ungeheuren Eisen- und Stahlmassen auf den Weltmarkt werfen und die Preise drücken. Dann aber haben wir eine unabsehbare Krisis mit allen Folgen. Wenn ich in meiner vorgestrigen Rede sagte, wir gehen schweren Zeiten entgegen, so habe ich damit nicht etwa sagen wollen, daß es schwere Zeiten für die Sozialdemokratie sind, daß ich etwa glaube, die Sozialdemokratie habe Ausnahmemaßregeln, Gewaltmaßregeln zu fürchten. Ach nein! Hier bin ich sehr ruhig, hier bin ich vollendeter Optimist. Aber unsre allgemeinen Verhältnisse, unsre wirtschaftlichen, unsre sozialen Zustände gehen in den nächsten Jahren schweren Erschütterungen entgegen, namentlich wenn das Regiment, das jetzt am Ruder ist, weiter dauert. Ich glaube an keine Ausnahmegesetze, ich glaube, ganz offen gesagt, nicht einmal, daß man es wagt, das Wahlrecht zu ändern. Wenn unsre Stimmenzahl sich um Zwei- bis Dreimalhunderttausend vermehrt hätte, dann ja. Denn das wäre ja ein Rückschritt gewesen; aber wenn eine Partei von neun bis zehn Millionen abgegebenen Stimmen drei Millionen allein auf ihre Kandidaten vereinigt, dann muß man sich auch an den entscheidenden Stellen sehr sorgfältig fragen, ob man den Kampf mit diesen drei Millionen aufnehmen darf. (Lebhafte Zustimmung!) Und nicht allein das. In einem Augenblicke, wo man solche Gewaltmaßregeln gegen uns wagte, würden hinter uns stehen weitere Millionen, dann würden hinter uns stehen die ganzen katholischen Arbeiter, ja, alle Arbeiter überhaupt, und dann fragt es sich, ob die Herren da oben und das Centrum ein Tänzlein mit uns wagen wollen. Will man's wagen, wir sind bereit dazu. Und über den Ausgang des Tänzleins bin ich schon heute nicht im Zweifel. (Lebhafter Beifall!)

Nun entsteht die Frage, ob wir unsre bisherige Taktik ändern sollen. Wann hat eine Partei ihre Taktik zu ändern? Denn daß eine Taktik nicht ewig ist, das versteht sich von selbst. Liebknecht hat einmal in seiner drastischen Art gesagt: Wenn notwendig, ändere ich binnen 24 Stunden meine Taktik 24 mal. Das war sehr drastisch, aber sehr richtig ausgedrückt. Die Taktik jeder Partei jedoch muß den Grundlagen entsprechen, auf denen die Partei aufgebaut ist, und wenn ich wirklich in 24 Stunden 24 mal meine Taktik ändern muß, dann darf sie von den 24 mal auch nicht *einmal* mit den Grundlagen der Partei in Widerspruch stehen. (Sehr richtig!) Das ist das Entscheidende! Nun kann man ja darüber streiten, ob wir denn in der Tat mit unsren Grundsätzen in Widerspruch geraten sind. Darüber kann nur die Partei selbst und der Erfolg der Dinge entscheiden. Nun ist aber der Erfolg für die Partei bisher ein solcher gewesen nach jeder Richtung hin, daß wir von diesem Gesichtspunkt aus auch nicht den geringsten Anlaß haben, unsre bisher siegeserprobte Taktik zu ändern. (Lebhafte Zustimmung.) Es kann weiter eine Aenderung der Taktik notwendig sein, weil sie sich als falsch oder ungenügend herausgestellt hat. Auch in dieser Richtung liegt nichts vor. Allerdings, etwas doch, wir sind gewachsen, wir haben mehr Abgeordnete und deshalb müssen wir in gewissem Sinne unsre Taktik ändern, aber nicht etwa in dem Sinne, daß wir bremsen oder zurückhalten, nein, nachdem diese ungeheuren Wählermassen auf Grund unsrer bisherigen Taktik, Kämpfe

und Haltung uns durch ihre Stimmen ihr Ja und ihre Zustimmung gegeben haben, so müssen wir noch energischer, rücksichtsloser und schärfer vorgehen als bisher. (Stürmischer Beifall.) Allerdings giebt es auch in unsern Reihen Leute — und die Betreffenden stehen keineswegs auf der Seite, die wir uns gewöhnt haben, die Revisionisten zu nennen — die nach der letzten Wahl eine umfassende parlamentarische Tätigkeit in Bezug auf die Einbringung von Initiativanträgen, Gesetzgebungs-Entwürfen usw. von uns verlangen. Da muß ich denn doch mit wenigen Worten diese Illusionen recht gründlich zerstören. Im allgemeinen ist es nicht üblich, daß Parteien große Gesetzentwürfe ausarbeiten und diese durch den Reichstag beraten lassen; denn dies ist eine Riesenarbeit. Ich weiß noch ganz genau, wie mir mal unser guter alter Liebknecht eine Suppe einbrockte mit solchem Gesetzentwurf. (Heiterkeit.) Es war im sächsischen Landtag, wir hatten das Berggesetz angegriffen und eine Aenderung verlangt. Der Minister sagte, die Regierung erkennt ein Aenderungsbedürfnis an, aber das kostet Zeit, Ueberlegungen, Erhebungen und Studien. Nun, unser Alter, ein Husar, der er immer war, reitet darauf los (Heiterkeit) und sagt: Was? In fünf Minuten mache ich das. (Große Heiterkeit.) Na, das Wort war heraus, und da sagte ich mir, jetzt sitzen wir aber drin! (Heiterkeit.) Der Minister war natürlich so klug, daß er sagte: wenn die Sozialdemokraten es so schnell machen können, so mögen sie es tun. Wir mußten es also tun, denn wir konnten uns doch nicht blamieren. (Heiterkeit.) Ich sage Euch, ich habe 14 Tage und Nächte gesessen und geschwitzt, um den Entwurf zu stande zu bringen, den wir nachher in der Fraktion zu beraten hatten. Na, er war nicht vollendet, aber es war wenigstens einer da. Ich erinnere weiter an unsren großen Arbeiterschutz-Gesetzentwurf und will Ihnen da ein Bekenntnis machen. Ich gehöre ja in den Augen der Gegner und selbst eines großen Teils unserer Parteigenossen zu den Leuten, die keine praktische Betätigung wollen (Widerspruch), erst in den letzten Wochen bin ich als Prinzipienreiter bezeichnet worden, der immer nur mit seinen Phrasen kommt und stets negiert. Nun, ich gehöre mit einer kurzen Unterbrechung 36 Jahre dem Reichstage an, und es giebt keinen einzigen unter uns, der mehr Initiativanträge eingebracht und mehr Gesetzentwürfe ausgearbeitet hat als ich, der Mann der Negation. Unsrem Arbeiterschutz-Gesetzentwurf wird in dem Buch von Herkner über die Arbeiterfrage ein großes Lob erteilt. Als wir den Entwurf später von neuem einbrachten, da war namentlich die Presse der Herren Naumann und Gerlach so des Lobes voll, daß sie verlangten, der Reichstag solle ihn en bloc annehmen. Ja, verehrte Herren (Redner wendet sich an die am Tische der Presse sitzenden Herren Naumann und v. Gerlach), wissen Sie denn, wer den ersten Entwurf ausgearbeitet hat? Das war ich, der Mann der Negation! (Große Heiterkeit.) Gesetzentwürfe einbringen ist gewiß ganz schön, aber es ist nicht so leicht, sie auszuarbeiten und darum haben wir allen Grund nach Möglichkeit bei der Ausarbeitung großer Gesetzentwürfe Vorsicht zu üben. Das müssen wir andern Leuten überlassen, die dafür angestellt und bezahlt werden, den Herren Geheimräten; diese haben das Material, sie haben die Fachkenntnis und die Möglichkeit, Erhebungen zu veranstalten. Wir haben bisher parlamentarisch so gearbeitet, daß wir uns überarbeitet haben. Glauben Sie etwa, daß wir jetzt, wo wir 81 Mann stark sind, die Mehrheit zwingen können, unsre Initiativanträge andren vorzuziehen? Singer und ich, wir haben uns im Seniorenkonvent vergeblich bemüht, den Herren klar zu machen, daß das Parlament noch zu etwas andrem da ist, als Regierungsvorlagen zu beraten. Wir haben tauben Ohren gepredigt. Ich kann Ihnen nur sagen, wir können nicht mehr Initiativanträge bringen; und wenn wir nach dem Vorschlag von Timm in den „Monatsheften" eine soziale Kommission einsetzen, die sich mit den Arbeiterschutzgesetzen zu beschäftigen und alle Anträge zu berücksichtigen hätte, bilden Sie sich wirklich ein, es sei dann etwas zu machen? Gewiß, das Be-

dürfnis ist in hohem Maße vorhanden, und da komme ich noch auf den entscheidenden Punkt, den leider auch wir bisher zu sehr übersehen haben. Es ist nicht allein die geschäftsordnungsmäßige Unmöglichkeit, alle diese Dinge endgültig zu erledigen neben dem anderen Beratungsstoff — dazu müßte der Reichstag das ganze Jahr zusammenbleiben — nein, das Entscheidende ist, daß die ganze Gesetzgebungsmacherei im Deutschen Reich und auch in den anderen Parlamenten der Welt eine so erbärmliche, so ungenügende und mangelhafte ist, daß wenn heute ein Gesetz fertig ist, morgen bereits alle Welt sieht, daß es abermals wieder geändert werden muß. (Sehr richtig!) Wir können keine großen, grundlegenden Gesetze mehr machen, weil es für solche Gesetze keine Mehrheit mehr giebt. Die Behauptung, die Savigny in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts aufstellte, daß unsre Zeit keinen Beruf zur Gesetzgebung habe, gilt auch heute noch. Woher kommt das? Weil die Klassengegensätze immer schärfer geworden sind, so daß man schließlich nur halbe Gesetze macht, weil man keine ganzen mehr machen kann. Ich will das an einem Beispiel erläutern. Zu Anfang des vorigen Jahrhunderts entstand der Code Napoléon, das bürgerliche Gesetzgebungswerk Frankreichs. Der Code Napoléon war das Werk der Revolution, jener glorreichsten Zeit, welche die bürgerliche Gesellschaft seitdem nicht wieder erlebt hat. Die erlauchtesten Geister hatten an diesem Werk gearbeitet — und das wollte damals etwas heißen — und es den Bedürfnissen der bürgerlichen Gesellschaft entsprechend gestaltet. Das Werk war aus einem Guß und es besteht bis auf den heutigen Tag in Frankreich. Nun frage ich die Frohme und Stadthagen und alle, die an dem Bürgerlichen Gesetzbuch in der Kommission mitgearbeitet haben: Seit drei Jahren haben wir das Bürgerliche Gesetzbuch, und schon haben wir an allen Ecken und Enden Lücken, Unklarheiten, Zweideutigkeiten! Nehmen Sie die Gewerbe-Ordnung. Was ist seit 30 Jahren an der Gewerbe-Ordnung herumgeflickt! 1869 war die Gewerbe-Ordnung ein gutes Werk. Dann kamen die Novellen und heute ist sie ein elendes zusammengestoppeltes Ding voll von Widersprüchen. Die Zeit hat also keinen Beruf mehr zur Gesetzgebung; man kann keine geschlossenen Gesetze mehr machen, weil die stets wachsenden Interessen- und Klassengegensätze dies unmöglich machen. (Sehr richtig.) Ich habe mich oft gefragt: Ist denn bei diesem Zustand der Dinge die parlamentarische Tätigkeit, die Mühe an Arbeit, Zeit, Geld wert? Wir leisten vielfach Tretmühlenarbeit im Reichstag. Ich habe mich das manchmal gefragt, aber selbstverständlich, ich bin viel zu kampflustig, als daß ich dem lange nachgehangen hätte. Ich sagte mir: Das hilft nun alles nichts, das muß durchgefressen und durchgehauen werden! Man tut, was man kann, aber man täusche sich nicht über die Situation! Das will ich Ihnen nur ausführen, damit Sie nicht glauben, weil wir jetzt 81 Mann, müßten wir parlamentarische Bäume ausreißen. In einer der Schriften, die hier verteilt worden sind, ist von dem sozialdemokratischen Kongreß von 1871 die Rede, auf dem bereits der Zehnstundentag beantragt worden ist. Vor 32 Jahren! Um dieselbe Zeit trat in Eisenach die sogenannte soziale Konferenz zusammen, die sich auch für den Zehnstundentag erklärte. Ja, Rudolf Meyer hat behauptet und, wie ich glaube, bewiesen, daß Bismarck sogar damals den Auftrag gab, einen Gesetzentwurf mit dem zehnstündigen Arbeitstag auszuarbeiten! (Hört! hört!) Der Entwurf sollte den zehnstündigen Arbeitstag für die Industriearbeiter und für die Landarbeiter — was wir selbst bis heute nicht gewagt haben — regeln und zwar die Arbeitszeit für die Landarbeiter im Winter 8 Stunden, im Frühjahr und Herbst 10 Stunden, im Sommer 12 Stunden. 30 Jahre sind seitdem ins Land gegangen, und heute? Ich bin gewiß ein überzeugter Anhänger des Achtstundentages. Es ist in diesem Saale niemand, der mehr von seiner Notwendigkeit überzeugt wäre als ich, aber ich sage ganz offen: wenn wir heute den 10stündigen Arbeitstag bekämen, so

wären wir froh. Also keine Illusionen, auf keinem Gebiete! (Beifall und Unruhe.) Das schadet Ihnen nicht an Leib und Seele; im Gegenteil, das kann Ihnen nur nützen. — Also das ist unsre Situation. Wir werden nach wie vor in einer gewissen Isoliertheit bleiben und in der schärfsten Opposition. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir Konzessionen annehmen, wenn wir sie bekommen können und wenn es uns der Mühe wert erscheint. Wir haben uns allerdings häufig über den Wert dieser Konzessionen gestritten. Die rechte Seite in der Fraktion — um diesen Ausdruck zu gebrauchen — war für die kleinsten Konzessionen zu haben, wenn sie auch nach meiner Ueberzeugung ganz unbedeutend waren. Ich habe mir gesagt, was soll ich denn für diese Konzessiönchen stimmen, die wir ja auch bekommen, ohne daß ich dafür stimme; was soll ich mich denn dadurch, daß ich für diese Konzession stimme, gewissermaßen parlamentarisch kompromittieren? Wo wir aber zu der Auffassung kamen, daß es sich um eine wertvolle Konzession handele, da haben wir dafür gestimmt. Bei der letzten Novelle zur Unfall-Versicherung haben wir schwer gekämpft; da fielen die Hiebe hageldicht und schließlich wurde die Annahme der Novelle von der Fraktion mit 14 gegen 13 Stimmen beschlossen. Nachdem wir dann so gestimmt hatten, kam Dr. Jastrow, den Quarck gestern als einen der sozialen Zuckerwasserverzapfer hingestellt hat, und schrieb in der „Frankfurter Zeitung", das sei doch unerhört, daß sogar die Socialdemokratie für diese erbärmliche Novelle gestimmt habe. So waren die Kämpfe in der Fraktion, und ich kann Ihnen offen sagen, daß bei der neuen Zusammensetzung der Fraktion solche Kämpfe sich nicht vermindern, sondern vermehren werden. Das was ich vorhin als die rechte Seite der Fraktion bezeichnet habe, wird im neuen Reichstage leichter die Oberhand gewinnen können als früher, und deshalb halte ich es für notwendig, daß sich die Partei über die Situation klar wird und sozusagen der Fraktion ihre Taktik vorschreibt. (Lebhafter Beifall.) Soweit es überhaupt möglich ist. Es ist natürlich undenkbar, daß der Parteitag definitiv für alle Fragen feststellt, wie sich die Fraktion zu verhalten hat. Der Parteitag kann nur Direktiven geben, er kann die Marschroute angeben. Tut er das, so muß die Fraktion danach marschieren, sie mag wollen oder nicht. (Heine: Sehr richtig!) Das werden Sie wohl müssen, Genosse Heine, das versteht sich ganz von selbst. Es wäre auch noch schöner, wenn es anders wäre, da würde es allerdings heißen: Wer nicht pariert, fliegt hinaus. (Lebhafter Beifall.) Ich bemerke das ohne Beziehung auf irgend eine Person, rein objektiv. Wenn der Parteitag der Fraktion eine Direktive giebt, so muß die Fraktion sich danach richten. Kommt der Parteitag zu der Ueberzeugung, daß die Fraktion schwere Verstöße sich hat zu Schulden kommen lassen, so wird er selbstverständlich zunächst mit scharfen Rügen vorgehen. Nachher allerdings würde die Sache anders werden. Das ist in großen Zügen die politische und parlamentarische Situation, wie ich sie auffasse. Die Partei muß sich darüber klar werden, und der Standpunkt, den wir einnehmen, muß so klar und durchsichtig sein wie Kristall oder Glas, da darf nichts vorhanden sein, was nur entfernt dem Gegner die Möglichkeit gäbe zu sagen: also das sind die Resultate dieses gewaltigen Sieges, daß es der Sozialdemokratie geht wie bisher allen bürgerlichen Parteien: wenn sie einen gewissen Höhepunkt erreicht haben, dann fallen sie um, geben ihre Grundsätze preis und dann ist es aus mit ihnen. (Sehr richtig!). Wir sind in vielen Beziehungen die Erben der bürgerlichen Parteien geworden sind, die Erben der bürgerlichen Parteien aber nicht in dem Sinne, wie Heine in seinem Artikel in den „Monatsheften" schrieb, daß wir den bürgerlichen Liberalismus zu „ersetzen" hätten, nein: sondern daß wir ihn zu überbieten haben. (Heine ruft: Zu „erfüllen", habe ich geschrieben, was jener sich vorgenommen hat! Das heißt ihn überbieten!) Zu ersetzen und zu erfüllen, aber das fasse ich in dem Sinne nicht auf wie Sie. (Zurufe.) Sie haben nachher das

Recht, das zu sagen. Die Parteipresse hat ja diesem Artikel leider nicht diejenige Bedeutung beigemessen, wie ich. Ich habe meine Anschauung über diese Ihre Aeußerung bereits ausgesprochen. Es heißt in dem Artikel: „Immer klarer tritt ihre (der Sozialdemokratie) Aufgabe hervor, die liberalen Parteien nicht einfach abzusetzen, sondern zu ersetzen." (Hört! hört!) Ersetze ich jemand, der abgesetzt worden ist, dann heißt das: ich soll das erfüllen, was der bisher geleistet hat und nun nicht mehr leisten kann. Sie (zu Heine) sind doch Jurist, Philologe, ein Mann, der Logik studiert hat, und wir verlangen allerdings von einem Artikel, der gewissermaßen ein Programm darstellt, daß er klar ist, daß man nicht nötig hat, darüber zu streiten, was er bedeutet. (Heine ruft: Lesen Sie doch weiter!) Hier steht weiter: „. . . indem sie es übernimmt, die Ideen der staatsbürgerlichen und geistigen Freiheit nicht aufzulösen, sondern zu erfüllen." Ja, verehrter Genosse, haben wir das denn bisher nicht getan? Haben wir im Reichstag etwa bisher die Ideen der staatsbürgerlichen und geistigen Freiheit negiert? Wir haben ja das „Erfüllen" in Ihrem Sinne bisher schon und darüber hinaus erstrebt. Aber das wird uns noch öfter bei der ganzen Debatte passieren, daß wir uns über Begriffe streiten. Sie haben es ja bereits erlebt: Bernhard hat einen Artikel geschrieben, über dessen Bedeutung kein Zweifel obwalten konnte. Er sagte aber: „Ja, das habe ich nicht sagen wollen, aber ich war nicht im stande, mich klar auszudrücken; ich bedaure, das getan zu haben. Ich gebe auch das Wort, ich tue es nicht wieder." Da mußten wir als milde Richter sagen: „Wenn Du etwas getan hast, über dessen Bedeutung Du Dir nicht klar warst, muß Dir freilich verziehen werden". Dann kam Göhre mit dem Artikel der „Zukunft" — den hatte er nicht gelesen. Als er durch die „Neue Zeit" darauf aufmerksam gemacht wurde, legte er diesem Artikel keine Bedeutung bei. Als ich sein Verfahren charakterisierte, da war er ganz entsetzt, außer sich, schleuderte mir die gröblichsten Worte ins Gesicht und erklärte, er habe den Artikel nicht gekannt, er sei naiv genug — nicht dem Worte, sondern dem Sinne nach —, dem Artikel der „Neuen Zeit" nicht die genügende Bedeutung beigelegt zu haben usw. Täuschen wir uns nicht. Man wird wieder sagen, daß man sich unklar ausgedrückt habe, daß man das, was man nach dem logischen Wortlaut hineinlegen mußte, nicht habe sagen wollen. Und zuletzt könnte es kommen wie in Hannover und später, daß man zwar nach tagelangem Streiten eine Resolution angenommen hat, aber hinterher ebenso uneinig bleibt wie vorher. (Zustimmung.) Man rede doch nicht von der Einheit und der Einigkeit in der Partei! Diese Saite hat ja gestern bereits Braun angeschlagen, wir seien ja einig in der Partei. Das ist nicht wahr, das bestreite ich auf das allerentschiedenste; nie und zu keiner Zeit waren wir uneiniger als gerade jetzt, nie und zu keiner Zeit waren die Differenzen größer als jetzt! (Vielfaches Sehr richtig!) Das zu vertuschen und darüber abermals mit Zuckerwasser hinwegzukommen, das habe ich für meine Person herzlich satt! (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.)

Ich habe seit zwölf Jahren, seit der großen Debatte mit Vollmar in Erfurt, so viel hinunterzuschlucken gehabt und oftmals mich geärgert und bin immer wieder darauf hineingefallen, die Hand zu bieten zur Ueberbrückung der Gegensätze, bis ich mir endlich sagte: So geht's nicht mehr weiter! Jetzt müssen wir uns endlich einmal klar werden, reinen Tisch machen und uns mal gegenseitig so gründlich aussprechen, wie nur irgend möglich. (Bewegung.) Die Grundlage der ganzen neuen „revisionistischen" Bewegung ist bekanntlich die Schrift von Bernstein, der damals zu seinem Glück in London war, denn seit er Gelegenheit hatte, nach Deutschland zu kommen, was ich ihm von Herzen gönne, — habe ich doch selbst, so weit ich konnte, dazu beigetragen — seit er sich in Deutschland praktisch betätigt hat, hat er nach meiner Ueberzeugung an Ansehen nicht gewonnen, sondern verloren (vielfaches Sehr richtig!) und ferner

nicht nur bei den Radikalen, sondern auch bei seinen Freunden, den Revisionisten, und bei diesen am allermeisten. (Sehr richtig!) Was ist dem Mann, der erst von seinen Freunden wie ein Messias jubelnd begrüßt wurde, und von dem sie ein neues Evangelium, einen neuen Glauben, eine neue Taktik erwarteten, in der letzten Zeit nicht alles gesagt worden! (Sehr richtig!) Jetzt heißt es auf einmal: Steiniget ihn, steiniget ihn! Nicht, weil er auch nur ein Wort von dem, was er gesagt hat, zurückgenommen hat, sondern weil er nach ihrer Meinung gar zu ungeschickt oder auch gar zu rückhaltlos (Sehr gut!) sich ausgesprochen hat. Deshalb hat man ihn so scharf getadelt, ja sogar gesagt: „Wenn das so weiter geht, dann muß er aus der Partei hinaus!" Das hat keiner von uns bis jetzt noch gesagt, sondern das wurde Genossen Bernstein von denjenigen zugerufen, die bis vor kurzem als seine Anhänger gegolten haben. Bernstein hat sich eben gewissermaßen als das enfant terrible, als das Schreckenskind (Heiterkeit) seiner Freunde entpuppt. Weil sein Ansehen aber bereits in weiten Kreisen diskreditiert war, deswegen legte man auch der ersten Aufforderung Bernsteins, einen Vizepräsidenten zu wählen, der selbst die durch die Praxis des Reichstags festgesetzte Verpflichtung des Hofbesuchs zu erfüllen hätte (Große Unruhe), keine allzu große Bedeutung bei. Ich war in der Tat — das kann mir Auer nach meinen Briefen bezeugen. Ich war also erbittert, daß die Frage überhaupt aufgeworfen wurde, weil ich mir sagte: Konnte Bernstein selbst von seinem eignen Standpunkt aus etwas Dümmeres, Verkehrteres machen, als daß er in einem Moment, wo in der Partei der größte Jubel über den Wahlerfolg herrscht und wo in der ganzen Partei mit Ausnahme einer verschwindenden Minorität die Ueberzeugung bestand, jetzt gelte es, diesen Sieg auszunutzen, vorwärts zu gehen, zum Angriff überzugehen, schärfer zuzugreifen, durch die Kraft der größeren Zahl die bisherigen Leistungen zu überbieten, daß er da in diesem großen Moment kam mit der Vizepräsidentenfrage (Lachen und Beifall) und erklärte: „Auch wenn wir dabei zu Hofe gehen müssen, darf uns das nicht genieren!" Und das in einem Moment, wo die Reden von Breslau und Essen (Stürmischer, anhaltender Beifall) noch im Gesicht eines jeden Sozialdemokraten brennen, als hätte er eine physische Backpfeife der allerschlimmsten Art empfangen! (Stürmische Zustimmung.) Das in einem Moment, wo sich immer mehr für jeden, der ein wenig denken kann, zeigt, was da oben sich vorbereitet, in einem Moment, wo man sich sagen muß: hier haben wir es mit einem Repräsentanten der herrschenden Macht zu tun, der so oft angekündigt hat: „In letzter Instanz ist die Armee dazu da, um gegen den inneren Feind zu marschieren!" (Erneute lebhafte Zustimmung.) Glaubt Bernstein, daß alles das in deutschen Proletarierhirnen ausgelöscht sei? (Lebhafter Beifall.) Glaubt er, daß einer von uns darüber im Zweifel sei, daß die gewaltige Macht, die dieser Mann zu Wasser und zu Lande kommandiert, eines Tages mobil gemacht wird, wenn er glaubt, es sei an der Zeit, um gegen uns geführt zu werden? Ist das Wort vergessen, das er äußerte: Auf Befehl müßt ihr auf Vater und Mutter schießen! Wer das nicht einsieht, wer das nicht weiß, der soll überhaupt aufhören, Politiker zu spielen! (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Bernstein hatte in meiner Schätzung bereits bedeutend an Ansehen eingebüßt, und, soweit ich das von Küßnacht aus von meiner Sternwarte (Große Heiterkeit) beobachten konnte, hat auch ein großer Teil der Parteipresse es nicht für wert gehalten, große Abwehr gegen ihn zu üben. Ich war ja empört, daß der große Moment durch dies ungeschickte Eingreifen gestört wurde. Aber eins will ich Ihnen sagen: wenn ich auch in einem größeren Teil der Parteipresse, auch in dem Teil, der sonst nicht gegen mich in taktischen Fragen Stellung zu nehmen pflegt, getadelt wurde, so habe ich doch andrerseits — und ich kann Ihnen die schriftlichen Beweise dafür vorlegen —, so lange ich in der Partei tätig bin, und Sie wissen ja, es hat schwere Kämpfe gegeben seit Jahren in der Partei — so habe ich niemals aus den Kreisen der Parteigenossen so viel Zustimmungen bekommen, wie gerade

jetzt. Unsre Genossen freuen sich, wenn ein rechtes Wort zur rechten Zeit kommt. (Heiterkeit und Beifall.) Mir ist es noch nie passiert, daß ich aus den Kreisen der Fraktion, der Partei — und bis in diese Stunde habe ich noch Briefe über Briefe bekommen — so zahlreiche Aeußerungen der Zustimmung empfangen hätte, wie gerade jetzt von der Masse der Parteigenossen, auch aus der Schweiz, Oesterreich, Belgien, England. Von deutschen Genossen, nicht von den andern. Diese alle waren froh, daß nun endlich einmal sozusagen der Katze die Schelle umgehängt wurde. (Lebhafter Beifall.) Das war die Stimmung, von der man in Berlin und speziell in unsrem Centralorgan so ganz und gar nichts gesehen und gehört hat. (Lebhafte Zustimmung. Rufe: Leider!) Es ist rein zum verwundern, aber es bleibt dabei, man hat an den entscheidenden Stellen die Fühlung verloren, das Verständnis verloren, man ist nicht mit der Parteiseele in Kontakt, man ist nicht im stande, aufzufassen, was da vorgeht. Haben wir jemals in den 40 Jahren seit Bestehen der Partei einen solchen Sturm der Entrüstung erlebt, wie anläßlich dieser Frage? Im wesentlichen freilich erst, nachdem Genosse Vollmar seinerseits in die Arena trat und nicht nur das aufnahm, was Bernstein gesagt hatte, sondern es in seiner Art noch erweiterte, vertiefte und schärfer begründete. Vollmar liebt es, selten aufzutreten, namentlich in einer programmatischen Form, aber wenn er glaubt, daß die Stunde gekommen sei, einmal mit der ganzen Macht seiner Person einzutreten für eine Sache, dann tut er es in einer gewissen feierlichen Weise, es ist dann gerade so, als wollte er jetzt auf einmal eine neue Lehre verkünden. (Heiterkeit und Zustimmung.) So war es auch in München. Ich war schon der Meinung, die Geschichte sei aus und wir würden uns nur noch in der Fraktion damit beschäftigen. Ich sagte mir schon: nun kannst Du auch einmal ruhig schlafen. (Heiterkeit.) Da kam die Nachricht aus München von der Rede Vollmars. Man erinnert sich an das Auftreten Vollmars 1891; als er im Kolosseum seine Programmrede hielt, wofür er von den bürgerlichen Parteien mit Jubel begrüßt wurde. Damals wurde gesagt: Ja, das ist der einzige Mann in der Partei, der weiß, der Zeiten Puls zu fühlen. So auch jetzt. Es war speziell Herr Naumann, der hier vor mir sitzt, der ihn förmlich beschwor: „Sie sind der Mann der Situation! Steigen Sie doch hernieder vom bayrischen Gebirge, stellen Sie sich an die Spitze, alles Volk wird Sie mit Jubel empfangen." (Große Heiterkeit.) Mit dem Jubel war es freilich anders. Ein Jubel war zwar in München vorhanden; dort ist er immer vorhanden, wenn Vollmar kommt. (Heiterkeit.) München ist das Capua der deutschen Sozialdemokratie. (Große Heiterkeit.) In München wandert keiner auf die Dauer ungestraft unter den Bierkrügen. (Erneute Heiterkeit.) In München gehen die stolzesten Parteisäulen nach einer Zeit zu Grunde. Da seht Euch diesen Parvus an (Heiterkeit), auf den jeder noch vor kurzem geschworen hätte, daß er ein ganz unverfälschter Radikaler sei. Und diese stolze Säule, nachdem sie einige Zeit in München gestanden hat, ist gebrochen und liegt zerbrochen im Haidhäuser Moos. (Große Heiterkeit.) Freilich, als ehemals Radikaler ist er anders gebrochen als ein Revisionist brechen würde, aber er ist doch gebrochen. Es ging ihm wie manchen, der nach München zog, als ein braver, prinzipientreuer, fester Genosse — ich sehe so einige hier sitzen an mehreren Tischen. (Große Heiterkeit.) Nach ein paar Jahren in München waren sie an Geist und Seele gebrochen. So sind meine Eindrücke, und wenn ich selbst nach München ziehen sollte, ich glaube, ich würde mich vor mir selber fürchten. (Stürmische Heiterkeit.) Vollmars Auftreten wurde nicht nur von der Mehrzahl der Münchener Genossen bejubelt und beklatscht, sondern auch von der bürgerlichen Presse fast ohne Ausnahme. (Sehr richtig!) Es ist ja allmählich in unsrer Partei dahin gekommen, daß es gewisse Kreise von Leuten giebt, die eine ganze Corona bürgerlicher Journalisten als Korybanten um sich versammelt haben. Ich sage nicht, daß sie gerufen worden seien. Nein, diese haben sich an dieselben herangemacht, sie kamen freiwillig, um zu bejubeln,

zu beweihräuchern. Habe ich nicht erst kürzlich gelesen: Vollmar, der ungekrönte König von Bayern! (Große Heiterkeit.) Aber die bayrische Partei will in ihrer großen Mehrheit von seinem ungekrönten König in dieser Frage nichts wissen. (Heiterkeit.) Die Stimmung in Bayern hat mich außerordentlich erfreut. Bayreuth, man denke Bayreuth, ist vorangegangen und hat sich zuerst gegen Vollmars Rede erklärt. Das hat mich mit großer Genugtuung erfüllt. Und so war es in allen großen Städten Bayerns. Da hat es in der bürgerlichen Presse geheißen, die ganze bayrische Landtagsfraktion ist der gleichen Meinung wie Vollmar. Aber wenige Tage später erklärt unser alter 78jähriger Parteigenosse Gabriel Löwenstein, der als Delegierter hier ist: Ich nicht! (Lebhafter Beifall.) Und Segitz erklärt ebenso prompt: Ich nicht! (Bravo!) Daß Haller gleichfalls den Vollmarschen Standpunkt ablehnt, nun, das war nicht anders zu erwarten. (Heiterkeit.) Nur einer, Franzel Ehrhart, der Pfalzgraf am Rhein (Stürmische Heiterkeit.) hat bis heute geschwiegen (Meister: Nein, er hat auch schon gesagt, daß er da nicht mitmacht.) So? Das freut mich. Ich dachte schon, auch Du (zu Ehrhart) bist verloren. (Große Heiterkeit.) Wenn man so einen Bundesgenossen gewinnt, wie Dich, dann ist das viel wert. Und diese Stimmung brach aus in der ganzen Partei (Stürmische Zustimmung!), nicht veranlaßt von oben, sondern spontan von unten herauf. Ich habe diesmal nicht angefangen, sobald Vollmar gesprochen, nahm die fast ganze Parteipresse klare präzise Stellung gegen Vollmar. Es brach an allen Ecken los. In der ganzen Partei drang von unten her ein einziger Schrei der Entrüstung empor. (Stürmischer Beifall.) Nun, auch das ist bestritten worden. Da hat z. B. Auer in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte" — er schreibt ja nur noch dort, die „Neue Zeit" scheint für ihn nicht mehr zu existieren (Hört! hört!) — in seiner bekannten witzigen Weise gesagt, daß eine sehr nebensächliche Angelegenheit zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgeputzt worden sei. An gehörigem Echo habe es nicht gefehlt, wobei der Umstand, daß die Anregung gerade in die Zeit der sauren Gurke fiel, wohl nicht ohne Bedeutung gewesen sei. Ich bin überzeugt, daß das seine ehrlichste Ueberzeugung ist, die ganz seinem Wesen entspricht. Aber bei keinem Mann in der Partei bedaure ich so tief wie bei Auer, daß er Vorgänge, die beweisen, daß die Parteiseele in vollster Glut ist, so beurteilen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist nicht wahr, daß der Streit aus bedeutungslosen Ursachen entstanden ist, das ist eben so falsch, wie die andre Behauptung, daß die vorhergehenden Debatten dieses Parteitages ein Literatengezänk gewesen seien, während diese Reden doch die Partei in ihren Grundvesten erschüttert haben. (Bewegung.) Ein solches Urteil kann nur fällen, wer die eigentliche Grundlage, den prinzipiellen Boden verloren hat. (Sehr richtig!) Was bedeutet es, wie kommt es, daß Auer diesen Vorgängen nicht die geringste Bedeutung beigelegt hat. Gewiß, darin hat er recht, die Parteikämpfe füllen bei uns in der Regel die Sommermonate aus. Diesmal aber hatten wir keine eigentlichen Hundstage. (Heiterkeit.) Daß wir gerade im Sommer diskutieren, kommt daher, weil wir alle, Parteiführer, Fraktionsmitglieder während des Herbstes, während des Winters, bis tief in den Frühling hinein parlamentarisch tätig sind, und erst während des Sommers Zeit haben, uns auf uns selbst zu besinnen, theoretisch zu arbeiten und wenn es not tut zu polemisieren. Ueber die Vizepräsidenten-Frage selbst habe ich mich bereits ausführlich in meinem Artikel in der „Neuen Zeit" ausgesprochen. Hier habe ich mich nicht im einzelnen darüber zu äußern. Ich will die Angriffe auf meinen Artikel beantworten und habe hoffentlich auch später Gelegenheit zu antworten. Man hat gesagt, die Sache beruhe auf einer falschen Auffassung von mir: Bebel glaube an eine Verschwörung. Dieser Glaube ist vielleicht angeregt durch Briefe von mir an Auer Auer: Die habe ich gar nicht gelesen [Bewegung], ich lege immer alle Briefe während solcher Streitigkeiten zurück), es handelt sich um mehrere Briefe, die ich Dir vor 4 bis

6 Wochen durch Dich provoziert geschrieben habe. (Auer: ja, ja!) Und nun sagt Auer, er habe bis heute diese Briefe nicht gelesen. (Hört! hört!) Das ist mir lieb zu hören. Ich nehme mir von meiner kostbaren Zeit, um in einer so wichtigen Sache an Dich zu schreiben — er hat mir ja auch seine Ansicht geschrieben — und Du liest sie nicht! (Hört! hört!) Da ich meine Briefe nicht zum Vergnügen schreibe werde ich künftig meine Konsequenzen ziehen. — Wie das Gerücht von meinem Glauben an eine Verschwörung nun auch entstanden sein mag — eine Verschwörung braucht unter Gleichgesinnten nicht zu bestehen, Verständigung macht sich von selbst. In dem Augenblick, wo Genosse Vollmar gesprochen hatte, sprangen seine Freunde von überall her ihm bei, und das war ganz in der Ordnung. Da kam das Eingesandt in der „Sächsischen Arbeiterzeitung", weiter trat Heine für Vollmars Ansicht ein in Berlin, Südekum in Nürnberg, Dreesbach in Mannheim, Kolb in Karlsruhe, Göhre sogar kam mit einem großen Artikel in der „Chemnitzer Volksstimme". Damals war man nicht der Meinung, daß es sich um eine kleine, nebensächliche Frage handle. Erst als man sah, wie die Stimmung in der ganzen Partei war, merkte man, daß man eine böse Sache eingerührt habe und um eine Niederlage zu vermeiden vor dem versammelten Parteitag (Lebhafte Zustimmung.), da kam aus Fürstenwalde (Heiterkeit!) — die Fürstenwalder sind gute, brave Genossen, aber, sie werden mir's verzeihen, führend sind sie nicht (Sehr richtig!) — kam aus Fürstenwalde die bekannte Resolution, die da sagt: ach, das ist dummes Zeug, die Vizepräsidenten-Frage ist eine ganz unbedeutende Sache. Und alsbald echote es aus allen Ecken und Enden, aus denen es vorher geklungen hatte: Jetzt muß die Partei zur Machtteilnahme kommen — denn das ist der Sinn der Vollmarschen Rede — jetzt echote es: Es ist ja gar keine Haupt- und Staatsaktion. Man schwenkte um. (Sehr richtig!) Also erst dann, als man sah, daß Neunzehntel der Partei den Vollmarschen Standpunkt mißbillige, da war es auf einmal keine Frage der Machterweiterung mehr, sondern eine ganz kleine unbedeutende Formsache, und so kamen auf einmal von allen Seiten voll merkwürdiger Uebereinstimmung Anträge, der Parteitag solle sich nicht damit beschäftigen. Ja, wenn wir hinter einer chinesischen Mauer lebten, dann wäre die Sache eine andre. Aber so ist es nicht; die ganze Welt — wir können es mit einem gewissen Stolz sagen — sieht auf uns und jede Regung in unsren Reihen wird von ganz Deutschland aufmerksam verfolgt. Auf der andren Seite werden alle diejenigen, die seit zwölf Jahren alle paar Jahre wenigstens einmal und in den letzten fünf Jahren jedes Jahr ununterbrochen zu diesen Dissonanzen Veranlassung gegeben haben, von der bürgerlichen Presse, von deren Standpunkt aus ganz mit Recht, gelobt und als die großen Staatsmänner mit dem weiten Blick usw. geschildert. Man will auf diese Weise, wie ich schon einmal gesagt habe, die Partei förmlich auseinanderloben. Das ist unter Formen und in einer Weise geschehen, daß ich sagen muß, es hat mich manchmal angeekelt. (Beifall.) Gewiß, dafür können die Betreffenden nichts, sie haben es nicht veranlaßt. Aber wenn mir so etwas passierte — es kann mir ja nicht passieren, und ich freue mich dessen. So lange ich atmen und schreiben und sprechen kann, soll es nicht anders werden. (Lebhafter Beifall.) Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen. (Stürmischer Beifall.) Also es wäre Torheit zu verlangen, daß mich die bürgerliche Presse loben sollte — aber wenn mir je solche Lobhudelei zu teil würde, wie sie einem Teil unserer Genossen gezollt wurde, so würde ich doch einmal dazwischen fahren und diesen Leuten sagen: was gehen Euch unsre Angelegenheiten an, kümmert Euch um Eure Sachen und haltet den Mund über unsre Angelegenheiten. Alle Eure Lobeserhebungen sind vergeblich und haben keinen Zweck. Das hätte gesagt werden müssen! Dort sitzt der Genosse Heine. Im Winter 1901/02 kam ich im Reichstage eines Tages zu ihm und sagte ihm: Heine, haben Sie gelesen, was

Herr v. Gerlach über Sie geschrieben hat? Nein, sagte er; worauf ich ihm sagte: dann lesen Sie es, bitte, dieser Herr v. Gerlach lobt Sie noch aus der Partei hinaus. Das ist ein gefährlicher Freund; sagen Sie Herrn v. Gerlach, er möge diese unangenehme, Ihnen notwendig widerliche Loberei nicht so offen zu Tage treten lassen! Darauf antwortete mir Heine: Sie haben recht, das will ich ihm bei erster Gelegenheit sagen. Aber bis in die letzte Zeit hat Gerlach weiter gelobt. Er hat Artikel über Heine geschrieben, von denen ich sagen muß: wenn über meine Person so etwas geschrieben würde, ich hätte mich geschüttelt. Was es nun mit diesem „Machtzuwachs" auf sich hat, ist ja mittlerweile bis zum Ueberdruß klar geworden. Ich habe schon in meinem Artikel in der „Neuen Zeit" die Urteile der bürgerlichen Presse erwähnt. Ich bin mit Vollmar, mit dem ich bis Ende der achtziger Jahre immer in Uebereinstimmung war und den ich immer an meiner Seite hatte, in eine Reihe von schweren Konflikten gekommen. Seit 1890/91 sind wir in einer Reihe der wichtigsten Fragen immer mehr auseinander gekommen. Aber ich kann wohl sagen, daß das unsrer gegenseitigen persönlichen Achtung nicht den geringsten Eintrag getan hat. Da hat man nun gesagt: es sei die Rivalität der Führer, für zwei Alexander sei in der Partei kein Platz und bei diesen ganzen Differenzen sei Eifersucht mit im Spiel. Ich habe darauf schon wiederholt geantwortet: Für uns beide ist reichlich Platz in der Partei und für viele andre noch dazu. Die Kreise, die Vollmar verehren, sind ganz andre, als diejenigen, die mir Sympathie bezeugen. Und wenn es auch die gleichen Kreise wären, so würde ich sagen, was Goethe in Bezug auf Schiller und sich gesagt haben soll: Hört doch auf zu streiten, wer von uns beiden der Bessere und meinetwegen der Größere ist, seid froh, daß ihr uns beide habt. (Lebhafter Beifall.) Ich sage, es wäre lächerlich, wenn solche Gefühle der Eifersucht uns beherrschen sollten. So oft wir auch in der heftigsten Weise aneinandergeraten sind, zuletzt haben wir doch immer wieder in der freundschaftlichsten Weise verkehrt. Unsrem persönlichen Verkehr haben diese Differenzen in keiner Weise geschadet, also bleibt uns mit diesem elenden erbärmlichen Gerede vom Leibe, das ist nicht wahr. Niemals ist mir auch nur eine Sekunde lang der Gedanke gekommen, Vollmar will Dir nicht wohl, weil Du eine große Popularität in der Partei hast, und ich denke, er hat etwas Derartiges auch nicht von mir gedacht. Das traurigste nun bei dieser ganzen Affäre ist, daß schließlich selbst die Blätter der bürgerlichen Presse, die anfangs die Revisionisten in dieser Frage unterstützt hatten, sie am meisten verhöhnten und im Stich ließen, daß diese bürgerlichen Blätter, nachdem sich gezeigt hatte, wie die Stimmung der großen Mehrheit der Partei war, es zuletzt nicht unterlassen konnten, gewissermaßen dem toten Löwen noch einen Fußtritt zu versetzen. Das tut mir um diese Männer leid. Ich habe schon in der „Neuen Zeit" auf einen Artikel der „Frankfurter Zeitung" hingewiesen, und ich habe hier eine neue Auslassung des Berliner Vertreters der „Frankfurter Zeitung". Auch von dieser Auslassung brachte der „Vorwärts" kein Wort. Ich will hier nebenbei bemerken: Genossen, das muß anders werden, daß die wichtigsten Parteiblätter es nicht für der Mühe wert halten, ihre Leser von solchen Stimmungen und Urteilen zu unterrichten. (Sehr richtig!) Hätte speziell das Centralorgan in den letzten Jahren in dieser Beziehung seine Pflicht und Schuldigkeit getan und gesagt: das wird über Vollmar, Bebel, Kautsky, über die in der Partei herrschenden Strömungen gesagt. Es wäre besser gewesen. Aber man soll nicht denken: Was wird das auf die „Herdenkinder" für einen Eindruck machen, die nicht urteilen können. Nein, ich verlange, daß die Partei zur Wahrheit und Klarheit und Mannbarkeit auch in dieser Beziehung erzogen wird. (Lebhafter Beifall.) Ich wünsche, daß die Genossen über alles aufgeklärt werden, und wenn das allezeit geschehen wäre, dann wären die Dinge niemals so weit in der Partei gekommen, wie sie leider gekommen sind, dann hätten die Parteigenossen beizeiten eingegriffen und den Betreffenden

gesagt: Hört mal, das geht so nicht weiter! Wir sehen, wie das, was Ihr tut oder sagt, in der gegnerischen Presse ausgebeutet wird, wie man Euch da mißversteht, das geht nicht! Hätte der „Vorwärts" den Artikel „Parteimoral" in seinen entscheidenden Stellen mitgeteilt und hätte ihn der „Vorwärts" nur mit 10 Zeilen kritisiert, dann würde die Partei bei ihren jetzigen Verhandlungen einen vollen Tag gespart haben. (Eisner ruft: Ich hatte den Artikel ja nicht gelesen!) Daraus mache ich Ihnen keinen Vorwurf; deswegen werde ich aber vorschlagen, das künftig zu ändern. Und wenn ein so fleißiger Mann wie Sie, den ich für den politischen Teil des „Vorwärts" geradezu für unersetzlich halte, für diese Sachen keine Zeit hat, so antworte ich Ihnen: Ich wünschte überhaupt nicht, daß Sie sich hierum kümmern. Sie sind ein vorzüglicher Genosse und ein ungewöhnlich tüchtiger Journalist, aber für diese Sachen wünschte ich einen andern, denn dazu sind Sie noch ein zu junger Genosse. Sie kennen die Geschichte der Partei nicht, Sie kennen die Persönlichkeiten und die Verhältnisse nicht und so kommt es, daß Sie neben Ihren so glänzenden und geistig hoch stehenden Artikeln über die Partei zuweilen Dinge schreiben, bei denen wir älteren Genossen einfach die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. (Eisner ruft: Das ändert sich aber doch mit jedem Tage.) Ja, Genosse Eisner, das dauert mir aber zu lange (Große Heiterkeit), da kann die Partei inzwischen unendlich viel Schaden leiden. Deswegen möchte ich, daß Sie in diesem Teile des „Vorwärts" depossediert und auf den Teil beschränkt werden, in dem sie in großartigster Weise der Partei dienen, und ihre Aufgabe voll erfüllen können. Es ist nicht irgend welche persönliche Animosität, die mich hierbei leitet, sondern im Gegenteil Hochachtung und Hochschätzung für Ihre Person. Es ist ja selbstverständlich, daß jeder Genosse an die Stelle gesetzt werden muß, an die er nach seinen Fähigkeiten gehört. Nun hören Sie weiter: Als derselbe Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung", der anfangs alles tat, um Vollmar zu engagieren, merkte, wie die Dinge in der Partei lagen, führte er in einer Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung" aus, „wenn man glaube, daß sich die Mehrheit, selbst wenn die Sozialdemokraten auf die gestellten Bedingungen eingingen, auf einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten einlassen würde, so sei man sehr im Irrtum. Soweit seien wir noch lange nicht, davon werde erst die Rede sein können, wenn einmal die Partei sich weiter umgewandelt habe . . . (Hört! hört!) Wenn dieser neue Geist in die Partei eingekehrt sein würde, dann sei die Stunde gekommen, wo man der Frage näher treten könne! Auch den Nationalliberalen und selbst dem Centrum falle es nicht ein und könne es nicht einfallen, einen Sozialdemokraten auf den Vizepräsidentenstuhl zu setzen. Das solle jetzt nachdem dieser Streit sich zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung ausgewachsen hat, mit aller Offenheit noch einmal gesagt werden." Hier kommt zum Schaden noch der Hohn! Da sagt man zu uns: Wir haben euch dahin gebracht, daß ihr euch jetzt in den Haaren liegt; aber das ist ein Streit um des Kaisers Bart, wir denken gar nicht daran, euch den Vizepräsidentenposten zu gewähren; ihr habt euch wochenlang gestritten, aber alles um nichts! Kann man sich denn eine größere moralische Niederlage von den Leuten holen, die einen erst unterstützt haben? (Sehr richtig!) Machtfragen! Es soll sich um Machtzuwachs handeln: das ist ja überhaupt die Frage des Revisionismus, man will schließlich in der Regiernng Macht erwerben, so denkt man hüben wie jenseits der Vogesen; wenn wir mal erst einen sozialdemokratischen Geheimrat in einem Ministerium hätten, oder einen Unterstaatssekretär oder gar einen Staatssekretär! Was wäre denn dann? Nehmen wir einmal an, man nehme den tüchtigsten aus Ihren Reihen und machte etwa Vollmar zum Staatssekretär des Innern. Glauben Sie, daß er dann Gesetzentwürfe machen könnte, wie er wollte. Da steht die ganze Bourgeoisie, die heute kaum ihre eignen Männer in der Regierung hat, und die sollte einen Sozialdemokraten hineinkommen lassen; das wäre doch nur dann denkbar, wenn

sie ganz genau wußte, daß sie dadurch die Sozialdemokratie von innen heraus zertrümmern und zu etwas andrem machen könnte, als sie jetzt ist. (Stürmischer Beifall.) Der Kaiser hat ja jene Randbemerkung gemacht: „Ja, wenn wir einen Millerand hätten!" Ich würde, wenn man mich fragte, sagen: wir haben ja Vollmar, der ist Millerand mindestens ebenbürtig. Wenigstens läuft seine Taktik auf die Millerands hinaus, und das ist meiner Meinung nach der große Fehler. Die Dinge gehen bei uns freilich anders, als anderwärts. Bei uns heißt es in letzter Stunde stets: biegen oder brechen, und da es nicht biegt, so bricht es. Setzen Sie einmal den Fall, man verspräche sich in den maßgebenden Kreisen Vorteile davon, man würde glauben, damit Eindruck auf die Arbeiter zu machen, wenn man einen aus unsren Reihen in die Regierung aufnehme. Glauben Sie denn daß das ohne Konzessionen abginge? Do ut des! Diesen Grundsatz der Politik kennt niemand besser als Vollmar und dafür würden wir ein Stück Macht eingeräumt erhalten, das viel unbedeutender ist, als Sie glauben. Die Nationalliberalen haben seit Jahr und Tag den langen Möller in der Regierung sitzen. Vor vierzehn Tagen las ich in dem nationalliberalen „Hannoverschen Kurier" einen Artikel, der darauf hinauslief: Verehrter Genosse, machen Sie so schnell wie möglich, daß sie aus dem Ministerium herauskommen; Sie können uns dort nichts nützen, sie kompromittieren uns nur. (Hört! hört!) So geht es sogar der nationalliberalen Partei — also nehmen wir den Fall, daß für unsre Partei etwas ähnliches möglich wäre, dann würde man uns sagen, Wurst wider Wurst, wir machen euch Konzessiönchen, aber nun seid so gut und stimmt auch für den Reichsetat! Ihr müßt jetzt das Militär-, das Marinebudget, das Kolonialbudget, die auswärtige Politik, die indirekten Steuern, die Lebensmittel-Zölle, die Liebesgaben akzeptieren, den ganzen Etat mit Haut und Haaren verschlucken, dann machen wir euch Konzessionen. Wie hieß es doch einmal in jener Rede von Heine: Kanonen gegen Volksrechte! (Heine: Also Sie bringen diese Geschichte doch wieder vor!) Etwas Naiveres als diese Rede habe ich nie gehört. Ich habe schon wiederholt gesagt, eine starke Regierung bedeutet ein schwaches Parlament. Je stärker Ihr die Regierung macht, um so mehr festigt Ihr die Regierung und setzt sie in den Stand, uns zu zwiebeln und alles zu verweigern. Man sagt, wer denkt denn überhaupt an solche Dinge. Man denkt freilich daran. Vollmar stellte in München den Satz auf: man solle den Kampf speziell auf einzelne Aufgaben und einige naheliegende Punkte konzentrieren, und er nannte als solche Punkte das Koalitions-, das Vereins- und Versammlungsrecht, die Beseitigung der Lebensmittelzölle, den Normalarbeitstag. Wie es mit den Lebensmittelzöllen aussieht, haben wir ja eben erlebt. Bisher nannte man diese Politik englische Gewerkschaftspolitik. Das ist keine prinzipielle Politik mehr, damit kommen wir in eine schiefe Position. Auf dem Frankfurter Parteitag haben wir uns über die Budgetfrage unterhalten. Die bayrischen Genossen hatten für das Budget gestimmt. Damals hielt die stärkste Rede gegen Vollmar Genosse Auer, heute würde er diese Rede allerdings wohl nicht mehr halten. (Auer: Sehr richtig!) Die Frage wurde damals infolge eines sehr ungeschickten Amendements von Stadthagen nicht klar gelöst (Stadthagen: Das Amendement war sehr gut!), na Sie sind ja unkorrigierbar! (Große Heiterkeit.); wenn Sie mal eine Ansicht haben, so lassen Sie nicht davon ab. Das Amendement war ein großer Fehler. Der Revisionismus ist besonders bei den Süddeutschen zu Hause, das ist wohl nicht allein der Einfluß von München-Capua oder von Bier und Wein, der die Leute gemütlicher macht, sondern es sind die weniger entwickelten ökonomischen Verhältnisse in Süddeutschland schuld daran. (Sehr richtig!) Deshalb sollte man aber gerade von Süddeutschland aus nicht versuchen, dem weiter entwickelten Norddeutschland eine neue Taktik aufzuzwingen. Das ist es, was ich mit Nachdruck bekämpfe. Die Budgetfrage ist dann später in Lübeck nochmals zur Verhandlung gekommen. Die süddeutschen Abgeordneten versammelten

sich auch 1899 in Würzburg, luden aber nur die sogenannten Bernsteinianer ein, und dort kam man überein, künftighin für das Budget zu stimmen. (Hört! hört! Ehrhart ruft: Die süddeutschen Abgeordneten!) Gewiß, Abgeordnete! Ich habe nicht gesagt, daß Bernstein geladen war, aber diese Genossen nannten sich damals Bernsteinianer. Man kam dort überein, für das Budget zu stimmen, aber ein Teil der Abgeordneten war andrer Ansicht, z. B. Löwenstein und v. Haller. Gewiß steht es ja mit Bezug auf die Budgetfrage in den Einzelstaaten etwas anders als mit dem Reich, aber die Regierungen der Einzelstaaten sind doch zugleich die Regierungen, aus denen der Bundesrat zusammengesetzt ist. (Sehr richtig.) Man könnte höchstens dann für das Budget stimmen, wenn in dem betreffenden Bundesstaat das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht für alle Vertretungskörper bestände, wenn keine bürgerlichen Parteien uns dort vorgezogen würden, wenn die Ersten Kammern, überall der Hemmschuh des Fortschritts, beseitigt wären, wenn jeder Sozialdemokrat in jede staatliche Stellung gelangen könnte, wenn auch die Angehörigen der Armee sich nicht zu scheuen brauchten, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen, wenn wirkliche Preßfreiheit vorhanden wäre. Wenn alle diese Bedingungen erfüllt wären, dann würde ich mir allenfalls die Frage vorlegen, ob ich das Budget bewilligen könnte. Ich würde dann aber die betreffende Regierung weiter fragen: Wie steht Ihr denn zum Reich, wie habt Ihr Euch da verhalten? Wer hat denn das Sozialistengesetz 12 Jahre lang über uns verhängt? Es ist einstimmig vom Bundesrat angenommen worden. Wer hat 1890, als das Sozialistengesetz fiel, die Novelle zur Gewerbe-Ordnung mit der famosen kriminellen Bestrafung des Kontraktbruchs und der Verschärfung des § 153 eingebracht? Sämtliche Regierungen, die süddeutschen mit einbegriffen. Wer hat die Umsturzvorlage, wer die Zuchthausvorlage eingebracht? Es waren sämtliche Regierungen, die süddeutschen eingeschlossen. Wie stehen denn alle diese Regierungen zu Militär-, Marine- und Kolonialfragen, zu den Fragen der indirekten Steuern auf Massenkonsumartikel, den Liebesgaben? Will man hier etwa eine Zweiseelen-Theorie konstruieren? Da haben wir jahrzehntelang die Nationalliberalen verhöhnt, daß sie eine solche Theorie anerkennen, und jetzt sollte sie bei uns aufleben? Das darf nicht sein, und deswegen schon muß jeder Schritt in dieser Richtung auf das entschiedenste bekämpft werden. Haben wir nicht gehört, wie Auer und Schippel in Hamburg die neue Kanonenvorlage zu rechtfertigen suchten? War es nicht Schippel, der in den „Sozialistischen Monatsheften" in der bittersten Weise unsre Milizforderungen verhöhnt hat? Als diese Artikel in der Fraktion besprochen wurden, hat niemand von Ihrer Seite Schippel die verdiente Abfertigung zu teil werden lassen. (Hört! hört!) Ist nicht in der Fraktion von einem Genossen gesagt worden: Ja, glaubt Ihr denn, daß wir auf die Dauer das Reichs-Budget werden verweigern können? (Hört! hört! und große Bewegung.) Wie ist es möglich, daß hierüber eine solche Frage gestellt wird, eine Stellung, die die Basis unsres ganzen Kampfes bildet? (Lebhafter Beifall.) Wenn bei jeder Gelegenheit immer und immer wieder in dieser Richtung gearbeitet wird, so sage ich: Donnerwetter, wenn es so weit geht, dann ist das die alte Sozialdemokratie nicht mehr, dann werden wir zum Gespött der Gegner, dann ist es wirklich sehr weit gekommen. (Lebhafte Zustimmung.) Was weiter die Wahlrechtstaktik unsrer Freunde in Bayern im vorigen Jahre anlangt, so habe ich diesen schon damals erklärt, wenn das Gesetz auf Grund Eurer Resolution angenommen wird, dann hat das Centrum auf absehbare Zeit die absolute Mehrheit in Eurer Kammer, dieselbe Partei, die wir jetzt auf Leben und Tod bekämpfen und die heute mehr denn je die kulturfeindlichste und reaktionärste ist. (Sehr wahr!) Wenn überhaupt eine Partei ihre Interessen in der bayrischen Wahlrechtsfrage vertreten hat, so ist es das Centrum. Dies Lob muß ich hier aussprechen, meinen eignen Parteigenossen kann ich es leider nicht aussprechen. (Gut! Hört!) Weiter der Mainzer Beschluß

über die Eisenbahngemeinschaft! Wir hatten darüber in Mainz vollständig klare Bahn geschaffen. Gerade Calwer, der wahrhaftig kein Radikaler ist und sich vielfach Vollmar viel mehr nähert als mir, hatte die Resolution beantragt, wonach die Verkehrswege unter die Oberhoheit des Reiches kommen sollen. Und das ist selbstverständlich, denn wie die kapitalistische Gesellschaft in Deutschland eine einheitliche Handels- und Gewerbegesetzgebung nötig hat, so auch eine einheitliche Verkehrspolitik und die forderte auch der Mainzer Parteitag. Gegen diese Resolution hat man ein Pronunziamento inszeniert und beschlossen, für die süddeutsche Eisenbahngemeinschaft Propaganda zu machen. (Hört!) Als man aber heimging, sah man, daß die Situation in den süddeutschen Staaten so verfahren war, daß man nicht einmal wagte, diesen Antrag auch nur anzuregen in einem der süddeutschen Länder. Wenn Männer von der Bedeutung Vollmars solche Fehlschlüsse und Fehltritte machen, so muß das doch an etwas andrem als am Zufall liegen, so liegt das daran, daß ihr ganzes Fühlen und Denken in Bezug auf die Partei, ihre Grundsätze und ihre Taktik gegen früher sich total geändert haben. (Vielfache Zustimmung.) Der Revisionismus zeichnet sich vor allem auch durch seine große Bescheidenheit aus. (Heiterkeit und Zustimmung.) Das ist sogar ein Hauptunterschied. Mit der geringsten Kleinigkeit ist man zufrieden, nur nicht drängeln, nur keine Aufregung, nur die Massen nicht in Mitleidenschaft ziehen. Wenn irgendwo, so hätte man in der bayrischen Wahlrechtsfrage die ganzen katholischen Arbeiter auf unsre Seite bringen können. Aber dann hätte man in öffentlichen Versammlungen dagegen protestiert, daß man das Wahlrecht vom 21. Lebensjahr an aufgeben wollte, protestiert dagegen, daß man die Karenzzeit von 6 Monaten auf ein Jahr erhöhen wollte, protestiert dagegen, daß man die Aufenthaltszeit für das Wahlrecht verlängern wollte und damit 150 000 Männer, die jetzt das Wahlrecht haben, entrechten will. Das hätte man sich in den Volksversammlungen in München, Nürnberg, Würzburg, Erlangen usw. nicht gefallen lassen, das hätte man der Fraktion gehörig gesagt, und um das zu vermeiden, dachte man: „Nur Ruhe, Ruhe! Kein Geräusch gemacht, bei Tage nicht und nicht bei der Nacht! Wir mogeln hinter verschlossenen Türen, wir werden die Sache schon zu deichseln wissen; nur nicht die Masse aufrühren, das könnte uns unsre Zirkel stören!“ (Unruhe. Sehr richtig!) Das ist, ins Praktische übersetzt, ein Stück von der Parteimoral, die Bernhard in seinem Artikel ausgesprochen hat. (Sehr richtig!) Jene denken: „Je bescheidener wir sind, desto leichter siegen wir“; ich sage: „Je bescheidener wir auftreten, desto weniger kriegen wir“. (Zustimmung.) Marx sagt in seinem „Kapital“: „Kann man keine notwendige Entwicklungsphase überspringen, so kann man doch ihre Dauer abkürzen.“ O, es giebt keinen größeren Realpolitiker, als den in unsren eignen Reihen viel verkannten Marx. Man kann eine Entwicklungsphase nicht überspringen, aber abkürzen. Unsre ganze Tätigkeit geht darauf hinaus, die Entwicklungsphasen abzukürzen, um die sozialistische Gesellschaft herbeizuführen. (Lebhafte Zustimmung.) Bei den Revisionisten aber heißt es gerade umgekehrt: Ach, nicht so rasch! nicht so drängeln! Das sind nicht die Worte, aber der Sinn: die Massen sind noch nicht reif! Wie könnt Ihr Euch einbilden, daß diese Massen imstande wären, wenn uns heute die Regierungsgewalt zufiele, sie benutzen zu können? Da antworte ich: Ach, zerbrecht Euch doch nicht die Köpfe der andren! Was wißt Ihr denn davon, was wir für Intelligenz auf unsrer Seite haben, wenn wir die Massen auf unsrer Seite haben? (Sehr gut!) Was haben nicht alles unsre Parteigenossen in den Gewerkschaften, in den Krankenkassen, in den Gewerbegerichten, in den Parlamenten geleistet! Was haben speziell die Männer, die aus dem Proletariat in das Parlament gekommen sind — ich rede jetzt nicht von den Akademikern — geleistet! Wie haben diese Männer im letzten Frühjahr und Sommer ihre Stellung in der Kommission für den Zolltarif ausgefüllt! Ich sage Euch ehrlich: ich habe ja

erwartet, daß sie ihren Mann stellen würden, aber darüber, daß sie ihre Pflicht in so großartiger Weise getan haben, bin ich von Bewunderung erfüllt gewesen. (Hört! hört!) Fragt einmal die Regierungsvertreter, die Vertreter der bürgerlichen Parteien, welches jammervolle Schauspiel es war, wenn bei einzelnen Positionen höchstens mal ein Interessent aus eigennützigen Motiven sprach, von seinem engherzigen Standpunkt aus, während von unsrer Seite die Baudert, die Zubeil, die Antrick und wie sie alle heißen, zum Teil über die schwierigsten Themata mit vorzüglicher Sachkenntnis sprachen. So hat z. B. Antrick über eine Reihe der schwierigsten chemischen Fragen in einer Weise referiert, daß die Regierungsvertreter Mund und Augen aufsperrten. Also, was wißt denn Ihr von der Intelligenz in den Massen? Ihr habt ja gar keine Ahnung davon! (Sehr gut!) Noch in jeder großen Volksbewegung haben sich zur rechten Stunde auch die rechten Männer gefunden. Und wenn es je eine große Kulturbewegung in der Welt gegeben hat, die ihre rechten Männer und auch ihre Frauen zeugte, so ist es die der Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.) Wenn wir morgen durch irgend einen Umstand unsre Gegner von ihren Sitzen verdrängen und uns selbst hinsetzen könnten, so macht Euch darüber keine Sorgen, wir würden schon wissen, was wir zu tun hätten. (Lebhafte Zustimmung.) Ach, diese kleinlichen Gesichtspunkte, diese Engherzigkeit, diese Schüchternheit, dieses ewige beruhigen, temporisieren, diplomatisieren, kompromisseln! (Große Heiterkeit und Beifall.) Natürlich ist alles staatsmännische Genie auf Seite unsrer Revisionisten (Heiterkeit), alles diplomatische Geschick auf ihrer Seite. Ihr staatsmännisches Genie sieht man schon auf tausend Meter Entfernung (Heiterkeit) und ihr staatsmännisches Geschick riecht man schon auf hundert Meter. (Erneute große Heiterkeit.) Darauf sage ich Euch: diese Prinzipienreiter, die Leute, die den alten idealen, revolutionären Standpunkt der Partei heute mehr wie je vertreten, das sind keine Diplomaten, keine Staatsmänner, wollen keine sein — aber ich sage: merkt man einem an, daß er ein „Staatsmann" ist, dann ist er schon keiner mehr. (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Läßt jemand sich den Diplomaten anmerken und spricht er es womöglich auch noch aus, dann hört er auf, es zu sein. (Sehr richtig!) Es ist mit einem Wort das Streben der Annäherung an die bürgerliche Gesellschaft. (Lebhafte Zustimmung.) Die Vertuschung, die Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Proletariat und bürgerlicher Gesellschaft. Das ist das Streben, das die Männer, die sich Revisionisten nennen, in der Partei haben. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist immer und ewig der alte Kampf, hier links, dort rechts, und dazwischen der Sumpf. Das sind die Elemente, die nie wissen, was sie wollen, oder besser gesagt, die nie sagen, was sie wollen. (Zustimmung.) Das sind die „Schlaumeier", die immer erst horchen: „Wie steht's da, wie steht's hier?" (Heiterkeit.), die immer spüren, wo die Majorität ist, und dorthin gehen sie dann. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Sorte haben wir auch in unsrer Partei. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Eine ganze Anzahl ist jetzt bei diesen Verhandlungen ans Licht des Tages gekommen. Man muß diese Parteigenossen denunzieren (Zuruf: denunzieren!?), ja, ich sage ja, denunzieren, damit die Genossen wissen, was das für halbe Leute sind. Der Mann, der wenigstens offen seinen Standpunkt vertritt, bei dem weiß ich, woran ich bin, mit dem kann ich kämpfen, entweder er siegt oder ich, aber die faulen Elemente, die sich immer drücken und jeder klaren Entscheidung aus dem Wege gehen, die immer wieder sagen: wir sind ja alle einig, sind ja alle Brüder, das sind die allerschlimmsten! (Lebhafte Zustimmung.) Die bekämpfe ich am allermeisten. (Stürmischer Beifall!) Wenn aber hier noch ein Zweifel wäre in dieser Frage, ob diese Ansicht richtig ist, so würde ich meine beste Rechtfertigung finden in den Aeußerungen der Feinde. Die sind für mich das beste Barometer. (Lebhafte Zustimmung.) Ich frage aber: ist nicht die revisionistische Richtung von unsern Gegnern in jeder Weise

gehätschelt und gelobt worden, hat man sie nicht moralisch, so viel man konnte, unterstützt? Die „Frankfurter Zeitung" ist sozusagen schon als ein Organ der Revisionisten bezeichnet worden, und genau dasselbe hätte man von der Naumannschen „Hilfe" sagen können. So sehr ich von Herrn Naumann abweiche, so sehr ich glaube, daß er keinen politischen Weitblick hat, in Bezug auf die Taktik, die er uns gegenüber anschlug, war er in der Regel sehr geschickt. (Ruf: Und Erfolg hatte er doch nicht!) Gewiß, er hatte keinen Erfolg. Denkt Ihr denn, Genossen, ich glaube daran, daß der Revisionismus in unsrer Partei einmal Erfolg haben wird? (Stürmische Zustimmung.) Nein, Genossen, Erfolg hat er nicht, aber Schaden stiftet er in der Partei an. (Sehr richtig!) Er zersplittert unsre Kräfte (Sehr wahr!), er hemmt unsre Entwicklung, er zwingt uns zur Uneinigkeit, er zwingt uns zur gegenseitigen Bekämpfung, wo doch das Gegenteil eintreten sollte. (Sehr richtig!) Eine ganze Reihe von Genossen wird irre geführt. (Sehr wahr!) Daß diese Leute ehrlich kämpfen, das bezweifle ich gar nicht, ich habe es auch selbst in Bezug auf unsre Akademiker erklärt, wie es da steht, wie mancher nur allzu bald wieder das vergißt, was er als Sozialdemokrat gelernt hat, wie viele mehr oder weniger glauben, sie seien eigentlich die geborenen Führer des Proletariats (Zustimmung), wie mehr als einer glaubt, das Proletariat müsse stolz sein, daß er ihm die Ehre erweist, ein Mandat anzunehmen. (Sehr wahr!) Das ist kein böser Wille, das ist kein absichtlicher Verrat, aber es ist ein Uebel für die Partei. Neben den Akademikern kommt dann der andre Teil unsrer Revisionisten, die ehemaligen Proletarier in gehobenen Lebensstellungen (Sehr richtig), Leute, die eben jetzt einen gewissen Abschluß ihrer Lebenslage sehen. Die materialistische Geschichtsauffassung braucht ihr nur anzuwenden, und ihr habt des Rätsels Lösung. Was für alle Gegner gilt, gilt auch für uns. Und dann der Glaube, man habe eine staatsmännische Ader, man sei als diplomatisches Genie geboren. Dieser Glaube in Verbindung mit dem Verkehr mit Leuten der andren Richtung bringt es allmählich dahin, daß man auf Wege kommt, wie ich sie heute hier angedeutet habe. Dann gehören weiter natürlich auch sogenannte Proletarier dazu! Ja, das sind die Unwissenden, die Nichtunterrichteten, das sind diejenigen, die einem Manne folgen, dem sie persönlich achten und dankbar zu sein glauben. Aber wenn es einmal möglich wäre, festzustellen, wie das wirkliche Proletariat in der Partei über den Revisionismus denkt, der Revisionismus würde einen schönen stattlichen Generalstab haben, aber die Armee hinter ihm wäre eine sehr kleine. (Lebhafte Zustimmung.) Und weil nun der Revisionismus nach den letzten Wahlen — ich mache daraus kein Hehl, ich vertusche nichts mehr — in der Fraktion eine besondere Stärkung erfahren hat (Hört! hört!), weil ich weiß, daß die Leute ganz naturgemäß ihre Ueberzeugung in der Fraktion zur Geltung zu bringen suchen, weil ich weiß, daß das aufs neue, wie es schon dagewesen ist, zu unausgesetzten Kämpfen und Reibereien der unangenehmsten und widerlichsten Art führt, da habe ich mir gesagt: Jetzt soll endlich einmal der Parteitag, jetzt soll die Repräsentation der Partei entscheiden, wie von ihrem Standpunkt aus künftig die Taktik der Fraktion festzulegen ist. (Beifall.) Ich habe schon in einer meiner ersten Erklärungen gesagt: „Ich weiß, wir gehen speziell in der Fraktion schweren Kämpfen entgegen über die Taktik, aber ich weiß auch, daß in letzter Instanz, wenn die Partei zu sprechen hat, die Fragen anders entschieden werden als in der Fraktion. (Sehr richtig!) Wir werden mehr als bisher die Partei aufrufen müssen, damit sie Entscheidungen über die Taktik der Fraktion trifft." Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir Ihnen die Resolution mit der Abänderung, die ich zu Anfang verlesen habe, vorgelegt. Von diesem Gesichtspunkt aus bitte ich Sie, diese Resolution betrachten und beurteilen zu wollen. Und wenn Sie glauben, daß die Resolution das ausspricht, was ausgesprochen werden muß, dann stimmen Sie ihr mit ungeheurer Mehrheit (Rufe: Einstimmig!) zu, und ich bin überzeugt, wenn diese Richtschnur gegeben ist und wenn die andern

Maßregeln ergriffen sind, die notwendig sind, um künftig Klarheit, Wahrheit und Wissen über alle wichtigen Parteifragen zu verbreiten: dann bin ich überzeugt, daß die Partei ihren stolzen Siegeslauf weiter fortsetzt und daß sie in der glänzendsten Weise ihre historische Mission erfüllen wird. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Hierauf werden die Verhandlungen vertagt. Eingegangen ist ein Begrüßungs-Telegramm von Genossen aus der Heilstätte Grabowsee. Schluß nach $6^1/_2$ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag den 18. September. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 9 Uhr 10 Minuten. Den Vorsitz führt Singer.

Eingelaufen sind zahlreiche Begrüßungen, darunter ein Gruß von der ukränischen Sozialdemokratie Rußlands. (Bravo!)

Eine Zuschrift des Vertrauensmanns von Düsseldorf erklärt, daß die Voraussetzungen, von denen die Mandatsprüfungs-Kommission nach den Mitteilungen des Referenten Gruenwaldt bei der Prüfung der Düsseldorfer Mandate ausgegangen ist, falsche waren. Beigefügt ist die Protestresolution, die der Mandatsprüfungs-Kommission bereits vorgelegen hat.

Singer bemerkt dazu: Die Mandatsprüfung ist erledigt, wir haben unsrerseits keinen Anlaß, nochmals in diese Angelegenheit einzutreten. (Zustimmung.)

Eingelaufen ist weiter eine Zuschrift des Vertrauensmannes in Kassel, wonach Dreyer, der gegen das Mandat des Delegierten Huhn protestiert habe, dort nicht mehr als Parteigenosse angesehen werde.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Die Debatte über die

Taktik

wird fortgesetzt. Eingelaufen sind hierzu noch die Anträge 140 (die von Bebel angekündigte Veränderung des ersten Satzes der Resolution 130); ferner als Amendement zu dieser Resolution die Anträge 141 und 142; der Antrag 139.

Antrag 111, der von der Partei den Ankauf von Bauerngütern verlangt (Heiterkeit), ist zurückgezogen.

In der wieder eröffneten Diskussion erhält das Wort

v. Vollmar: Parteigenossen! Bebel hat Ihnen in seinen gestrigen Ausführungen die innere Lage der Partei so geschildert, wie sie sich in seinem Sinne malt, und er hat damit naturgemäß einen großen äußeren Eindruck gemacht. Indem ich mich daran mache, ihm zu antworten, fühle ich, daß ich in einem gewissen Nachteil ihm gegenüber bin; nicht nur deswegen, weil ich mich an glänzender Rednergabe niemals mit ihm gemessen habe, sondern auch vor allem deswegen, weil mir eine Anzahl von Mitteln fehlen, die Bebel, wie im allgemeinen, so auch gestern in seiner Rede angewendet hat. Ich pflege mich weder an die Einbildungskraft noch an das Gefühl zu wenden, sondern ich appelliere an die ruhige Ueberlegung. Ich suche mein Auditorium nicht zu zwingen, sondern zu überreden. Nun hat es ja mit der Art der Parteidiskussionen bei uns meist seinen Haken; man kommt bei uns sofort vom Hundertsten ins Tausendste, und gewöhnlich meldet sich bald einer, der in die einfachsten Sachen das Motiv der Leidenschaft hineinträgt, zündende Allgemeinheiten hineinwirft, sodaß es dann mit der Ruhe schnell zu Ende ist. Nach meiner Erfahrung — und ich habe ja leider auch den Vorzug, nunmehr einer Ihrer „Alten" zu sein — ist aber kaum je das Kampffeld im Laufe der Debatte so schnell, so gründlich, bis zum Nichtmehrerkennen verschoben worden und die Sache so vollkommen entstellt worden

wie diesmal. Und es wird meine Aufgabe sein, die in der blinden Hitze aus dem Zusammenhang gebrachten Glieder wieder einzurenken und die Dinge wieder an ihre rechte Stelle zu setzen.

Die Sache ist bekanntlich ausgegangen von der Vizepräsidenten-Frage. Ich habe in meiner Münchener Rede, die ja gedruckt vorliegt, bereits; ausgesprochen, daß mir sowohl der Zeitpunkt als die Art, in der die Sache von Bernstein besprochen und begründet worden ist, nichts weniger als behagt hat, und wenn ich hier nicht noch deutlicher geworden bin, so hauptsächlich deshalb, weil ich nicht die Eigenschaft habe, wenn alle Leute auf einen losschlagen, meinerseits auch noch einen Stein auf ihn zu werfen. Nach meiner Meinung war die Anregung an sich und zu diesem Zeitpunkt eine verfehlte, eine ungeschickte. Aber darüber, daß Bernstein ein Recht dazu gehabt hat, die Sache anzuregen, darüber kann doch kein Zweifel sein! Denn wann immer ein Parteigenosse, mag er zu den Führern gehören oder nicht, glaubt, daß eine Frage für die Partei von Bedeutung ist, so steht ihm das Recht zu, innerhalb seiner Organisation oder der sozialdemokratischen Presse die Sache zur Debatte zu stellen. (Sehr richtig!) Und was mich hauptsächlich bewogen hat, auch meinerseits über die Sache zu sprechen, ist die Art gewesen, wie man Bernstein geantwortet und wie man ihn behandelt hat.

Gestern hat Bebel mir gegenüber ausgeführt, man wisse ja, wie in München derartige Dinge inszeniert werden. Der Vollmar spreche ja außerordentlich selten, wenn aber einmal, dann steige er mit seinem ganzen Gewicht von den Alpen hernieder und dann gebe es etwas. Was die angebliche Inszenierung von Münchener Versammlungen betrifft, so möchte ich daran erinnern, daß in der Debatte von 1894 Bebel bereits gegenüber den Münchener Parteigenossen den gleichen Vorwurf erhoben hat, allerdings in einer noch viel schrofferen Form, und daß der damalige Vertrauensmann der Münchener ihm darauf eine Antwort gegeben hat, die er sicher nicht hinter den Spiegel gesteckt hat. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Die Sache kommt bei Bebel eigentlich so heraus, als wenn die Münchener Parteigenossen für ihre Versammlungen erst um hohe obrigkeitliche Bewilligung bei Bebel oder sonst jemand nachsuchen müßten (Sehr gut.), worauf dann, wie bei dem sächsischen „Juwel", die Sache genehmigt oder auch versagt werden könnte. (Heiterkeit.) Bebel meint, wenn ich spreche, so sei es immer, als wenn ich ein neues Evangelium von mir geben wolle. (Heiterkeit.) Ich möchte Bebel sagen, daß ich das Evangelien-Ausgeben, namentlich was die apokalyptischen anlangt (Große Heiterkeit), zu sehr als seine spezielle Angelegenheit betrachte (Erneute Heiterkeit), als daß ich mich da einmischen möchte. Im übrigen zeigt diese ganze Schilderung, daß, wenn Bebels dichterische Kraft einmal in Gang gekommen ist, er ganz und gar unfähig wird, die Dinge in ihrem natürlichen Vorgange zu erkennen. (Unruhe.)

Also die Versammlung fand statt. Bebel wirft mir in der „Neuen Zeit" „Aplomp", „Abkanzlung" und „Ceremonienmeisterei" vor, die ich ihm gegenüber angewendet hätte. Ich würde darauf nicht geantwortet haben, aber weil ich in den letzten Tagen so übermäßig viel von diesem Kapitel habe mit anhören müssen und nicht in die Gefahr kommen möchte, darauf angesehen zu werden, als ob ich ähnliche Gesinnungen hätte (Sehr gut!), — so will ich Ihnen sagen, wie ich in München die Sachen behandelt habe. Ich habe damals gesagt:

„Da kann ich denn mit der Bemerkung nicht zurückhalten, daß die Weise, wie die Debatte von mehr als einer Seite geführt worden ist, entschieden gerügt und zurückgewiesen werden muß. Wenn ein Parteigenosse seine Ansicht über irgend eine die Partei berührende Sache äußert, so setzt er sich natürlich der Kritik aus. Aber er hat Anspruch darauf, daß diese Kritik in Formen geübt wird, wie sie unter Gesinnungsgenossen und Gleichberechtigten geübt werden muß. Glaubt man, daß er unrecht habe, und daß man selber

klüger sei, so kann man, wenn man es beweisen kann, sich vielleicht ein Verdienst um die Sache erwerben. Aber man wirke mit den Mitteln der Belehrung und Ueberzeugung. So handelt man kollegial, parteigenössisch und kann — auch in viel heikleren und schwerwiegenden Dingen — zu einem fruchtbaren Ergebnis kommen. Aber denjenigen, dessen Meinung einem aus irgend einem Grunde nicht zusagt, sofort wie einen ausgemachten Ignoranten zu behandeln und gegen ihn den herrischen Ton des Schulmeisters oder Vorgesetzten anzuwenden, der persönlichen Gereiztheit so sehr die Zügel schießen zu lassen, daß man Dinge aus seinen Artikeln herausliest, von denen niemals auch nur ein Wort darin gestanden hat — das kann nur verbittern und ist durchaus unzulässig."

Ich überlasse es Ihnen, zu beurteilen, wo die sachliche Beurteilung ist. Ich habe mit Absicht keinen Namen genannt; es steht allerdings etwas später in der Rede der Name Bebel, aber nur in dem Zusammenhang, daß die „Neue Zeit" Bebel mit der Form der Veröffentlichung seiner Erklärung einen schlechten Dienst erwiesen habe. Im übrigen habe ich keinen Namen genannt aus dem Grunde, weil ich der Sache keinen persönlichen Anstrich zu geben wünschte.

Nun hat Bebel sich unzufrieden darüber geäußert, daß von verschiedenen Seiten bei der Gelegenheit die Frage der Meinungsfreiheit berührt worden sei. Er sagt in seinem Artikel: „Mit diesem immer wiederkehrenden Geschrei, die Meinungsfreiheit sei in Gefahr, stellt man der Partei nur ein Armutszeugnis aus und stellt sie nach außen bloß." Ganz gewiß, das tut man, aber ich bin der Meinung, daß das nicht die tun, die sich über eine Beschränkung der Meinungsfreiheit beschweren, sondern diejenigen, welche diese Freiheit beeinträchtigen. (Sehr richtig!) Im übrigen ist es höchst merkwürdig, daß gerade Bebel diesen Vorwurf erhebt, er, der kürzlich ein die ganze Welt erfüllendes Geschrei darüber gemacht hat, weil man ihm ein paar Erklärungen im „Vorwärts" nicht veröffentlicht hat. Das sei der Tod jeder Meinungsfreiheit (Bebel: Sehr richtig!), wenn man ihm (Bebel: Nicht nur mir, sondern jedem andern!) — in dieser Weise die Meinungsfreiheit beeinträchtige. Ob aber jemand die Abgabe einer schriftlichen Erklärung abgelehnt wird oder ob man über jemand, der von seinem Recht, seine Meinung zu sagen, Gebrauch macht, so wie geschehen, herfällt — das ist doch wahrlich kein so großer Unterschied. Seit Jahrzehnten wird ja bei uns bei jeder Gelegenheit bestritten, daß eine Gefahr für die Meinungsfreiheit bestehe. Ja, Genossen, wie mir das Koalitionsrecht auf dem Papier sehr wenig nützt, wenn ich in Wirklichkeit nicht Gebrauch davon machen kann, weil es überall mit Fußangeln und Wolfsgruben umgeben ist, so ist auch die Meinungsfreiheit gar nichts wert, die bloß auf dem Papiere steht. Das ist keine Meinungsfreiheit, wenn sofort, sobald einer den Mund auftut, um etwas zu sagen, was den andern nicht gefällt, diese andern wie ein Rudel Wölfe über ihn herfallen und ihn abschnappen (Sehr richtig!) und ihn wie einen Ignoranten oder Verbrecher hinstellen. Ein so gestaltetes Recht ist ungefähr so viel wert wie das militärische Beschwerderecht. (Sehr gut!) Da heißt es auch: Du darfst Dich jederzeit beschweren, wenn Du es aber tust, dann soll Dich der Teufel holen. (Sehr gut!) Diese Beschränkung der Meinungsfreiheit wird aber gerade Bernstein gegenüber von gewissen Leuten systematisch praktiziert und in einer Weise, die mich seit langer Zeit geradezu anwidert (Sehr gut!) In einem Artikel eines Genossen, der nicht auf meiner Seite zu stehen pflegt und mit dem ich mich kaum zwei- oder dreimal zusammengefunden habe, ist der Satz enthalten: es gebe in der Partei Leute, die sich als Antipoden Bernsteins fühlen, alles, was Bernstein verkehrt denke, das müßten sie umgekehrt denken; „über den Diskussionsgegenstand weg, sehen sie Bernstein und springen ihm ins Gesicht". Ein solches Vorgehen kann nur geeignet sein,

das Gefühl der Meinungsfreiheit aufzuheben, die Lust zu nehmen, weiterhin offen und frei seine Meinung zu sagen.

Das ist also der Grund, warum ich in München gesprochen habe, nachdem die Sache gegen meinen Willen und sehr zu meinem Unbehagen zur Sprache gebracht war. Ich habe gesprochen, obwohl ich genau wußte und es meinen näheren Freunden im voraus sagte, nun ist die ganze Geschichte schon verpfuscht.

Sodann aber fühlte ich mich auch noch zum Reden verpflichtet, nicht nur, weil meine Münchener Genossen mich dazu aufgefordert hatten, sondern vor allem auch, weil ich es war, der bereits früher die Sache in der Fraktion betrieben hat.

Ueber die Präsidentenfrage selbst will ich mich, wie die Dinge jetzt stehen, auf wenige Bemerkungen beschränken. Es ist von einigen gesagt worden: Ja, die Revisionisten, wie man das Ding so nennt, suchen jetzt plötzlich die Sache so klein darzustellen, um sich aus der üblen Lage, in die sie gekommen sind, herauszuziehen. Vor Tische, wie Bebel in seinem Artikel sagt, hatte man's ganz anders gelesen, da sei es als hochwichtige Aktion hingestellt worden. Da ich weiß, wie dieser Parteitag schon mehr als sein Magen eigentlich vertragen kann, mit Personalien der unangenehmsten Art beschäftigt worden ist, so will ich meinerseits aus Respekt vor ihm mich enthalten, auf die in dieser Behauptung liegende Anschuldigung eines Mangels an Mut, diejenige Antwort zu geben, die ich bisher gewohnt war, jedem zu geben, der etwas derartiges sich mir gegenüber herausgenommen hat. Ich beschränke mich vielmehr darauf, Ihnen zu beweisen, daß diese Behauptung, soweit sie mich betrifft, absolut unwahr ist. Ich habe in der ganzen Angelegenheit diese einzige, gedruckt vorliegende Münchener Rede gehalten, ich habe weder ein Wort weiter darüber in einer Zeitung geschrieben, noch ein weiteres Wort hinzugefügt, außer in der Versammlung, die unmittelbar vor diesem Parteitag zur Wahl der Delegierten stattfand, wo ich in der Diskussion sprach. Und nun gestatten Sie mir, daß ich Ihnen ganz kurz zeige, wie ich die Sache behandelt habe, damit wir die Tatsachen feststellen. Es heißt in meiner Rede:

„Nun ist so viel gewiß, daß die Frage keine solche erster Ordnung, keine weltbewegende ist, und ich bin wahrlich der letzte, der ihr eine übertriebene Bedeutung beilegen und unsre Teilnahme am Präsidium als unter allen Umständen wertvoll erklären möchte."

Ich habe dann die Angelegenheit besprochen, und nachdem ich die verschiedenen Seiten beleuchtet habe, so wie ich glaubte dies tun zu müssen, fahre ich fort:

„Wie immer sich die besprochenen und andere parlamentarische Fragen gestalten mögen, so muß unsre Aufgabe unter allen Umständen die sein, mit verstärktem Eifer unermüdlich alle realen Machtfaktoren auszunutzen zur fortschreitenden Ausdehnung unsres Einflusses und der Eroberung der politischen Macht."

Und ich fügte dann weiter hinzu, daß unsre ganze parlamentarische Tätigkeit nichts Isoliertes sei, sondern daß das wichtigste die Agitation und Organisation sei, damit wir eine unerschöpfliche Wurzel der Kraft in der Bevölkerung haben. Ich glaube, daß eine größere Deutlichkeit nicht möglich ist, und ich meine, daß jeder, den nicht Voreingenommenheit unfähig gemacht hat, oder der nicht etwa die Absicht hat, nicht sehen zu wollen, daraus ganz deutlich entnehmen kann, daß für mich diese Frage eine solche war, wie sie dutzendweise in den Parteiversammlungen auftauchen, eine unter den vielen, die den Diskussionsgegenstand bilden, und in Bezug auf die ich es für meine Pflicht gehalten habe, meinen Wählern und Parteigenossen gegenüber die Gründe für und gegen anzuführen; denn wer meine Rede gelesen hat, der sieht in der Tat, daß ich auch Gründe dagegen angeführt habe. Aber aus eben dieser Pflicht der

Objektivität habe ich es allerdings auch für notwendig gehalten, darauf hinzuweisen, daß die Frage doch auch nicht völlig bedeutungslos ist; denn ich bin der Meinung, daß jede derartige Position, auch wenn sie von Hause aus noch nicht einen besonderen Einfluß zu geben im stande war, bei entsprechender Behandlung dazu ausgestattet werden kann, einen Einfluß zu geben, der für unsere Machtstellung im Reichstag keineswegs gleichgültig sein kann. Nun ist das ja allerdings bestritten und gesagt worden, es sei eine ganz gleichgültige Sache. Ich will eine Gegenfrage stellen: Wenn es in Wirklichkeit eine ganz gleichgültige Sache ist, warum beanspruchen wir denn alle mit einander den Posten des Vizepräsidenten ohne repräsentative Pflichten? (Zuruf: Weil es unser gutes Recht ist!) Ach, das ist nicht die Hauptsache, sondern es kommt auf die praktische Wirksamkeit an. Wäre die Teilnahme am Präsidium in der Tat so wertlos, ein bloßes Dekorationsstück, während anders die ganz außerordentlichen Schwierigkeiten der Stellung eines sozialdemokratischen Vizepräsidenten bekannt sind, so wäre doch das einzig Folgerichtige, daß wir den Anspruch, so lange wir nicht größere Macht haben, überhaupt nicht erheben. Es muß also doch an der Geschichte etwas sein. Diejenigen, die sagen, daß gar nichts daran ist, haben zu viel beweisen wollen. Aus diesen Gründen war ich der Meinung, daß man sich an repräsentativen Fragen nicht stoßen dürfe. Ich verstehe es vollkommen, daß die Gemüter in einem Teil des Reichs sich über diese Frage mehr oder minder haben erregen können. Das, was Bebel gestern angeführt hat wegen der betreffenden Person und deren Aeußerungen gegen uns, habe auch ich in Erwägung gezogen; aber ich habe mich daran gewöhnen müssen, im politischen Leben sehr häufig den Gefühlsstandpunkt zurückzustellen, und ich habe diese Sache wesentlich kühler betrachtet. Ich sehe diese Frage, gerade wie es Auer in seinem Artikel getan hat, als eine untergeordnete Formalie an, die ein Prinzip in keiner Weise berührt und bin überzeugt, daß die Partei eines Tages diese und andre derartige Fragen mit andren Augen ansehen lernen wird und daß meine Worte deshalb doch nicht ganz umsonst gewesen sein werden. Indes, es ist ganz unnötig, darüber zu streiten, die Masse der Partei hat jetzt anders empfunden, und damit ist die Sache ohne weiteres entschieden. Dazu kommt auch noch, daß die Präsidentenfrage durch die Art und Weise, wie darüber diskutiert ist und durch die den andren Parteien weitere uns zu stellende Bedingungen förmlich wie die Feder diktiert worden sind (Sehr wahr!), ohnehin unheilbar verpatzt worden ist. Damit ist für jedes weitere Wort schade und wenn ich doch noch eine Bemerkung daran knüpfe, so deshalb, damit nicht eine weitere falsche Darstellung in Bebels Artikel als bequeme Münze in der Partei weiter gebraucht wird. Bebel behauptet, daß sowohl Göhre als ich gesagt hätten, daß die Staatsform mehr nebensächlich sei und entwirft dann schnell ein blühendes Gemälde von allen den Freiheiten und Schönheiten, die wir in Deutschland haben würden, wenn „eine auch noch so blaue Republik" vorhanden wäre. Nach seiner Darstellung wäre nämlich dann eigentlich so ziemlich alles, was im zweiten Teile des Programms steht, wenigstens von demokratischen Forderungen, erfüllt. Mich wundert nur, wie ein Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung dergleichen sagen kann; denn ob Kaiserreich oder blaue Republik, die jetzige Mehrheit ändert sich darum nicht, ja sie würde, wenn wir heute in Deutschland eine Republik hätten, sich gegen eine Ausdehnung der politischen Freiheit eher noch energischer wenden, wenn sie unmittelbar herrschende Macht wäre. Doch das nur nebenbei. Das Thema der Republik ist ja hochinteressant und es ist kein Mensch hier, dem das etwas Gleichgültiges wäre; aber ich glaube, es giebt auch niemand, der etwa behaupten wollte, daß dies Kapitel für uns besonders aktuell ist, und namentlich kann es nicht so nebenbei und zwischen andere Dinge eingeklemmt erledigt werden. Ich will deshalb nicht weiter darauf eingehen, sondern nur richtig stellen, was ich in Wirklichkeit in meiner Rede gesagt habe. Nachdem ich eine Reihe andrer

Gründe dafür angeführt hatte, daß Prinzipien bei der Vizepräsidentenfrage nicht in Betracht kommen, fahre ich fort:

„Und dann sind wir doch keine bürgerlichen Republikaner, deren Denken sich in der Staatsform erschöpft, sondern uns sind wichtiger noch die gesellschaftlichen Einrichtungen."

Ich frage Sie, ob gegen diesen Wortlaut selbst der strengste Oberzensor, der Tag und Nacht mit dem Rotstift lauert (Heiterkeit), etwas einwenden kann. Das heißt doch nur: Die Entwicklung der Staatsform ist zweifellos etwas Wichtiges, denn sonst wären wir keine Demokraten, aber sie ist nicht das Primäre, denn sonst wären wir keine Sozialisten. Würde sich Bebel, bevor er Angriffe gegen mich schleudert, solche Dinge erst genauer ansehen, dann hätte ihm eine solche Entgleisung mir gegenüber nicht passieren können, um so mehr, als er in seinem Artikel genau dasselbe sagt, nur mit etwas andren Worten, und als meine Darstellung die Auffassung der Partei von ihren Anfängen an bis heute geblieben ist.

Damit will ich das Thema der Präsidentenfrage endgültig verlassen. Ich wiederhole: die Sache ist jetzt für mich erledigt, und wenn Sie Ihrer Meinung einen sachlichen Ausdruck geben, so ist das nur natürlich, und diese Episode kann dann sehr schnell abgeschlossen werden.

Nun ist aber offenbar ein derartiger, natürlicher Abschluß der Sache manchem zu nüchtern und undramatisch. Könnte doch sonst am Ende gar das Unglück passieren, daß dieser Parteitag um ein nervenaufregendes Schauspiel käme (Sehr gut!) und Zeit gewänne, die durch die gewaltigen Wahlerfolge vergrößerten Aufgaben der Partei ohne die Brille der Leidenschaft und mit der notwendigen Besonnenheit zu behandeln. Und wie es im gewöhnlichen menschlichen Leben vorkommt, daß die Leute, die an periodischem Aufregungsbedürfnis leiden (Heiterkeit) um das einfachste Vorkommnis so viel Sums zu machen wissen, bis schließlich eine große Staatsaktion oder ein sogenannter Grundsatz daraus wird, so ist es auch in der Partei. Wir haben Leute, die das Bedürfnis und die Kunst haben, jede beliebige Sache auf die Höhe einer erhabenen Prinzipienfrage hinaufzuheben, und denen nicht wohl ist, wenn sie nicht die Partei in Gefahr erblicken, damit sie sie daraus retten können. (Heiterkeit.) Es ist neulich schon der Gedanke ausgesprochen worden, daß es eigentlich schade sei, daß wir noch keine Geschichte der Taktik haben. Man könnte es vielleicht noch besser die Geschichte der Versumpfung der deutschen Sozialdemokratie nennen. (Sehr gut!) Es würde außerordentlich interessant sein, daraus zu sehen, was bei uns im Lauf der Zeit alles als Verwässerung, Verbürgerlichung, Prinzipienverleugnung, Traditionsverletzung, Aufgabe des Klassenkampfstandpunktes usw. verdammt worden ist, und wie dann regelmäßig bald, nachdem ein solches Verdammungsurteil ergangen war, die Sozialdemokratie den vermeintlichen Giftbecher getrunken und sich hinterher sehr gut dabei befunden hat, worauf man denn die alte Giftetiquette schleunigst einem neuen Glase umgehängt hat. (Heiterkeit.) Da heute das zarte Parteigewissen wieder durch gleiche Schreckworte geängstigt ist, so wollen Sie mir erlauben, ein paar Beispiele anzuführen aus der viel berufenen Parteitradition, die manche von uns anscheinend mit den Augen von Konservativen ansehen, nämlich als etwas, das nicht geändert werden könne und das immer so gewesen sei, wie sie es sich im Augenblick vorstellen.

Es ist neulich zwischen Bebel und dem „Vorwärts" eine kleine Meinungsverschiedenheit ausgebrochen über die politische Stellung der Partei zu Beginn der Parteibewegung. Bebel hat in der „Neuen Zeit" gesagt, daß der „Vorwärts" zu dichten anfinge, wenn er behaupte, daß jemals beschlossen worden sei, unsre Partei habe sich an der praktischen Arbeit nicht zu beteiligen. Bebel muß doch aber, und zwar genauer noch als alle andren Leute, die Liebknechtsche Schrift über die parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie kennen. Es ist aller-

dings wiederholt gesagt worden, daß Liebknecht sich nicht in Uebereinstimmung mit der Partei befunden habe. Aber die Liebknechtsche Broschüre ist wiederholt herausgegeben worden und Zehntausende von Parteigenossen haben sie gelesen. Da wäre es doch offenbar Pflicht gewesen, wenn eine positive Unwahrheit in der Schrift gewesen wäre, sie zu berichtigen. Wie spricht sich nun Liebknecht in dieser Schrift aus? Er teilt mit, er habe Ende der sechziger Jahre den Vorschlag in der kleinen Fraktion gemacht, mit Protest in den Reichstag einzutreten und dann sofort das Lokal zu verlassen. (Heiterkeit.) Er sagt: „Mit dieser Ansicht blieb ich in der Minorität. Es wurde beschlossen, daß wir jede uns passend dünkende Gelegenheit benutzen könnten, um unsern negierenden und protestierenden Standpunkt geltend zu machen, daß wir uns aber von den parlamentarischen Verhandlungen fernzuhalten hätten." Der „Vorwärts" hat das durchaus richtig angeführt. Und weiter heißt es: „Treten wir aus dieser negativen Haltung heraus, so giebt die Partei ihr Prinzip und damit sich selbst auf." Ja, Liebknecht war es damit so ernst, daß er sogar die Unterstützung des ersten Arbeiterschutz-Gesetzentwurfs von Schweitzer abgelehnt hat (Fischer-Hamburg: Die Partei doch aber nicht!) und sehr unzufrieden damit war, daß bei der Beratung der Gewerbe-Ordnung, die Bebel gestern als ein gutes Werk bezeichnet hat, einige Parteigenossen „im Interesse der Arbeiter und zu propagandistischen Zwecken eine Ausnahme machen zu müssen glaubten." Er sagt darüber: Prinzipien sind unteilbar, sie werden entweder ganz bewahrt oder ganz geopfert. Die geringste prinzipielle Konzession ist die Aufgebung des Prinzips. Wer mit den Feinden parlamentelt, parlamentiert; wer parlamentiert, paktiert. Die Sozialdemokratie darf unter keinen Umständen und auf keinem Gebiet mit den Gegnern verhandeln. Die Beteiligung an den Parlamentsdebatten bringt nicht den geringsten Nutzen . . . Auf der anderen Seite ist das Prinzip geopfert, der ernste politische Kampf zur parlamentarischen Spiegelfechterei herabgewürdigt — nur Verrat oder Kurzsichtigkeit kann uns das Parlamenteln zumuten." In einem ähnlichen Sinne hat Liebknecht auch später noch oft vom „Sumpfe des Parlamentarismus" gesprochen und davor gewarnt, hineinzusteigen, indessen will ich hierauf nicht weiter eingehen!

Dagegen will ich einen andern Punkt erwähnen, den Auer in den „Sozialistischen Monatsheften" berührt hat: ich meine die bekannte Frage der Teilnahme am Seniorenkonvent, die 1884 gespielt hat. Die älteren Parteigenossen werden sich erinnern, daß sich damals eine gewaltige Bewegung — heute würde man sagen: alles flammte auf im deutschen Lande (Heiterkeit. Zuruf: Volksseele!) erhoben hat gegen die Fraktion, als sie zum erstenmal in den Seniorenkonvent gegangen ist. Ich erinnere an den Frankfurter Protest, worüber förmlich eine Urabstimmung in der Partei stattgefunden hat. In dem Protest war die Teilnahme am Seniorenkonvent bezeichnet als tiefe Verletzung des revolutionären Prinzips und Anerkennung erbärmlicher, zu verachtender Regierungsformen; die Teilnahme habe nicht den geringsten Vorteil, sei eine des freien Mannes unwürdige Komödie. Anstatt das Land mit Gewalt von der Gewalt zu befreien, läßt man sich auf diplomatische Verhandlungen ein, die eine Aussöhnung bewirken sollen. Ganz interessant ist es, daß schon damals das Wort fiel: „Dadurch wird uns der ganze Wahlerfolg verekelt". (Hört! hört!) Und daran schließt sich die Drohung: „Das Proletariat wird erwachen und den Weizen vom Unkraut zu säubern wissen". Im Verlauf einer Auseinandersetzung zwischen Bebel und Frohme hat sich herausgestellt, daß Bebel in Frankfurt war, als der Beschluß gefaßt wurde, und auch in jener Versammlung; er schreibt nämlich, daß er eben in die Versammlung gekommen sei, als die Erklärung beschlossen war. Aber, fährt er fort: Es sei nicht wahr, daß die Versammlung aus wütenden Anarchisten bestanden habe, sondern er bestätige, daß es die besten und ältesten Genossen gewesen seien, daß die Versammlung vom besten

Geiste beseelt war, wenn er auch die Aeußerung der Frankfurter nicht in allen Punkten billige. Seit der Zeit haben wir uns auch an diese Sache gewöhnt. Zwar besonders viel ist bei der Beteiligung am Senorienkonvent nicht herausgekommen, aber er ist immerhin als Informationsquelle nicht ohne Wert.

Nur kurz will ich erinnern an den bekannten Marxschen Brief über unser Gothaer Einigungsprogramm, das Marx verwerflich, demoralisierend, einen Prinzipienschacher nennt; die sozialistische Idee sei offenbar noch nicht hauttief gedrungen. Und trotzdem wurde die Partei stark dabei.

Dann kam eine Anzahl von Streitigkeiten, die mit dem Wachsen der Größe und Selbsttätigkeit der Gewerkschaften zusammenhängt. Besonders ist in dieser Richtung der Parteitag von Köln 1893 in unliebsamer Erinnerung. Es war damals die Zeit, in der die sogenannten paritätischen Arbeitsnachweise namentlich in Süddeutschland in Aufnahme kamen. Als die erste Tagung von Vertretern solcher Arbeitsnachweise stattfand, beteiligten sich außer bürgerlichen auch einige sozialdemokratische Vertreter daran. Da fuhr Bebel los und erklärte: sich mit politischen Gegnern über solche „gleichgültige Dinge" zu unterhalten, das sei Wadenstrümpfelei und führe zur Versumpfung (Heiterkeit); an die allgemeine Menschenfreundlichkeit zu appellieren, stehe in direktem Gegensatz zur Auffassung vom Klassenkampf. Die Konsuln mögen wachen! (Bebel: Sehr richtig!) Interessant ist nun, daß ein Jahr darauf (Bebel: zwei Jahre darauf!) derselbe Bebel gleichfalls an einem derartigen menschenfreundlichen Kongreß sich mit bürgerlichen Vertretern in Zürich beteiligt hat. (Heiterkeit.) Ich war auch dabei; ich hatte freilich die Wadenstrümpfe schon, aber Du (zu Bebel) hast sie dort erwerben. (Heiterkeit.) Dann kam die Frage der Tarifgemeinschaften. Wie sind die bekämpft worden, als die erste Tarifgemeinschaft der Buchdrucker abgeschlossen wurde. Da wurde die Gewerkschaft der Buchdrucker die königlich preußische Gewerkschaft gescholten und heftig angefeindet; das sollte wiederum dem Klassenkampf widersprechen, die Kampfesschärfe abstumpfen 2c. Und heute ist das Bestreben der Gewerkschaften allgemein dahin gerichtet, nach Möglichkeit solche Tarifgemeinschaften einzuführen, weil man eingesehen hat, daß solche Tarifgemeinschaften ein vortreffliches Instrument seien zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und um Ordnung in den gewerkschaftlichen Kampf zu bringen. Und wie oft ist sonst noch die Eifersüchtelei gegen die Gewerkschaften zu Tage getreten, weil man in ihnen Gefahren für die Partei und das revolutionäre Prinzip witterte. Und eine talentvolle Schriftstellerin bewies dann scharf, daß die Gewerkschaften nur eine sehr beschränkte, einer sozialen Ausgestaltung nicht fähige Aufgabe hätten, und im übrigen gingen die Gewerkschaften überhaupt ihrem Niedergange entgegen. Sie wissen alle, was davon eingetroffen ist, und wie wir heute die Freude haben, zu sehen, daß die gewerkschaftliche Bewegung immer größer wird, daß sie in einem größeren Aufschwunge begriffen ist als jemals zuvor, und ich wünsche nicht nur im Interesse des gewerkschaftlichen Kampfes, sondern auch der politischen Partei, daß die Tätigkeit der Gewerkschaften und ihr Einfluß immer mehr erstarke. (Beifall. Zuruf: Das wollen wir alle!) Ich habe ja nicht das Gegenteil gesagt.

Es wäre nun verlockend, auf eine Gruppe von Fragen einzugehen, die nicht in der Oeffentlichkeit, sondern mehr in der Fraktion gespielt haben, und ich hätte um so mehr Anlaß dazu, als Bebel gestern ja bereits ein Beispiel davon erwähnt hat. Ich will nur sagen: als im Reichstage die Novellen zu den Versicherungsgesetzen und zu den Arbeiterschutzgesetzen kamen, standen wir vor der Frage, ob wir insofern eine andre Stellung einnehmen wollten, daß wir uns bei der Abstimmung nicht in jedem Fall negierend verhielten, sondern abwogen, ob das schlechtere oder bessere überwog, und in letzterem Falle uns bereit erklärten, für das Gesetz zu stimmen. Darüber haben sich lebhafte Kämpfe in der Fraktion abgespielt. Bebel hat uns gestern einen Geschmack

davon gegeben. Diese Kämpfe haben aber nicht in einer, sondern in drei, vier, wenn nicht fünf verschiedenen Sitzungen stattgefunden. Denn man sah in der teilweisen Aenderung unsres bisherigen Standpunkts eine große prinzipielle Wendung. Ich weiß noch sehr wohl, wie uns von einflußreichster Seite gesagt worden ist, „es sei ganz unmöglich, eine Aenderung unsres Standpunktes vorzunehmen und den Gesetzen zuzustimmen, denn wer würde es noch wagen, draußen in den Arbeiterversammlungen sich sehen zu lassen; die ganze Schärfe der Agitation und die traditionelle Stellung der Partei würde vollkommen aufgegeben." Nun, die Fraktion ließ sich dadurch nicht abhalten und ist für mehrere dieser Gesetze eingetreten, und ich frage Sie: Hat die Schärfe der Agitation darunter gelitten, hat sich einer von Ihnen deswegen geschämt, in Arbeiterversammlungen aufzutreten? Ich glaube, Sie haben den Genossen recht gut begreiflich machen können, aus welchen Gründen wir dafür gestimmt haben. (Sehr gut!)

Schließlich nur noch einen einzigen, aber besonders aktuellen Punkt: ich meine den ganzen Komplex der Wahlbeteiligungsfragen. Ich habe mir unsre ganze Parteiliteratur, namentlich die periodische Presse, ganz genau daraufhin angesehen und kann Ihnen darüber ein ziemlich lückenloses Bild geben.

Was die Gemeinderatswahlen anlangt, so haben die Berliner in einem 1884 gefaßten und im Züricher „Sozialdemokrat" veröffentlichten Beschluß sich gegen die Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen ausgesprochen. Es heißt dort zur Motivierung:

„Die Beteiligung an den Klassenwahlen ist gegen das Programm und fördert die Entwicklung der Arbeiterpartei in keiner Weise; man befördert vielmehr ein Sichbreitmachen des Strebertums, wodurch korrumpierend gewirkt wird."

Und nicht lange danach haben sich die Berliner ganz ebenso wie andere Leute an den Stadtverordnetenwahlen beteiligt; ich habe vom zunehmenden Strebertum nichts bemerkt — vielleicht macht das die Entfernung (Heiterkeit) —, nichts von Korruption; keiner der Berliner wird noch behaupten, daß es dem Parteiprogramm widerspricht, und über die Förderung der Arbeiterinteressen denkt man jetzt auch wohl anders. Ich weiß nicht, ob es wahr ist, da ich die inneren preußischen Angelegenheiten so wenig kenne, wie Sie die bayrischen Angelegenheiten genau kennen (Sehr gut! und Große Heiterkeit.) — aber es ist in einer Versammlung behauptet worden, daß die Berliner Stadtverordneten mit großem Stolz eine Amtskette trügen, auf welcher das Bildnis Friedrich Wilhelms III. sich befinde. (Große Heiterkeit.) Ich wiederhole, ich weiß nicht, ob es wahr ist, aber es hat im „Vorwärts" gestanden, da wird es wahrscheinlich wahr sein. (Zuruf: Es ist wahr!) Na, denkt einmal: die Wadenstrümpfe sollen uns die Waden verbrennen, aber das Königsbild auf der Brust soll uns nichts schaden! (Große Heiterkeit.)

Die Frage der Landtagswahl-Beteiligung ist zum erstenmal in München aufgetaucht, woher ja bekanntlich alles Schlechte kommt. (Heiterkeit.) 1886, als wir in München vor der Wahlbeteiligung standen, erschien in einem demokratischen Hamburger Blatt die Nachricht, daß die Liberalen zu einer Verständigung mit den Sozialdemokraten bereit seien, falls die Sozialdemokraten so viel Wahlmänner aufbrächten, daß sie bei der Wahl ausschlaggebend zwischen den beiden Parteien seien. Darauf ist am 28. Oktober 1886 ein gewaltiger Artikel im „Sozialdemokrat" erschienen, bei dem alles dafür sprach, daß er von Bebel hergerührt hat. Der Artikel hofft, daß die Münchener Genossen sich niemals zu einem so schmählichen Kompromiß hergeben würden, das allen Traditionen der Partei widerspreche. — Sie sehen, mit einer rührenden Gleichmäßigkeit sind es so ziemlich immer wieder dieselben Worte: „Wir dürfen niemals Kampfgenossen andrer Parteien sein, sondern nur selbständig kämpfen. Das wäre ein Partei-

verrat, selbst wenn die Gegner uns ein Mandat anzubieten die Frechheit hätten. (Große Heiterkeit.) Wir dürfen nie ein Mandat den Gegnern verdanken, sonst ist das korrumpierend für die Genossen, lähmend für die Gewählten." Hier sei die schiefe Ebene, hier sei eine erbärmliche Taktik. „Genossen, seid auf Eurer Hut!" (Hört! hört!) Nun, wir waren damals leider noch nicht ausschlaggebend und sind deshalb nicht in die Lage gekommen, diesem Artikel entgegenzuhandeln; andrerseits hätten wir uns gewiß schon damals nicht abhalten lassen, es zu tun.

Nun kommt Köln 1893. Damals hat ja Bernstein bekanntlich zuerst den Vorschlag gemacht, sich an den preußischen Landtagswahlen zu beteiligen. Alles ist über den „weltfremden Ede" hergefallen, — nur nicht so bissig wie jetzt, — und es hat geheißen, das sei Korruption, Verwässerung, Verschiebung der Zielpropaganda, Kompromißschacher usw. Bebel trat als Referent auf und bewies haarscharf: „Ein Kompromiß mit feindlichen Parteien muß notwendig zur Demoralisierung führen." (Ruf: Das tuts auch!) Man verlange von uns ein Kompromiß im schlimmsten Sinne des Worts. Darum sei es Pflicht, sich der Wahl zu enthalten. Der alte Liebknecht sagte noch deutlicher: Kompromisse sind Verrat, in dem die Prinzipien geopfert werden; ein Pakt mit andren Parteien wirke förmlich demoralisierend. Darauf ist die Wahlbeteiligung abgelehnt worden. Aber nach wenigen Jahren hat sich das Blatt gewendet. Freilich gab es immer noch Leute, die sich dagegen ausgesprochen haben, unser Freund Zubeil z. B. (Heiterkeit; Zurufe Zubeils) — können Sie denn gar net a wenig warten? wir haben ja gestern beim Bebel auch lange warten müssen! (Heiterkeit.) Also Zubeil hat gesagt, er möchte den sehen, der mit dem Beschluß bepackt, — der das Verbot der Wahlbeteiligung aufhob und Wahlverabredungen mit anderen Parteien offen lassen wollte — agitatorisch tätig sein wolle. Bebel aber hat auf einmal gar keine Gefahr mehr gesehen — er hatte seine Stellung vollkommen geändert. Er bedauerte, daß er in Köln den Gründen für die Fortdauer der althergebrachten Taktik der Abstention so starke Ausdrücke gegeben habe, die besser unterblieben wären. (Hört! hört!) Dann sagte er: „Ein Kompromiß ist nur, wenn man einen politischen Grundsatz preisgiebt; solche Verträge mit politischen gegnerischen Parteien vor aller Welt sind aber kein Prinzipienverrat und Unterstützung mit Gegenleistung ist keine Schande." Der Kölner Beschluß ist darauf aufgehoben worden, wenn auch nur unvollkommen. Vor drei Jahren in Mainz ist dann die Sache gründlich abgeschlossen worden. Bebel war nun zu dem umgekehrten Schluß gekommen, daß die Wahlbeteiligung eine Pflicht sei. Es sollten auch Abmachungen mit bürgerlichen Parteien insofern gestattet sein, als sie an die Zustimmung des Parteivorstandes gebunden seien. Sie kennen ja den Beschluß. Bebel meinte, das Wort „Kuhhandel" klinge recht landwirtschaftlich, es sei eben aus dem agrarischen Bayern hergeholt (Heiterkeit). Und dann gab er eine Definition des Begriffes Kompromiß, die eigentlich in ein deutsches Sprachlexikon gehörte: „Kompromiß ist eine Vereinbarung mit einem andren, sich gegenseitig zu unterstützen, um etwas zu erreichen, was man aus eigner Kraft nicht erreichen kann! „Und darum" — fährt er fort — „so großes Geschrei? Es handle sich ganz einfach darum, was in Bayern und Baden schon tatsächlich bereits geschehen — und worüber seinerzeit auch ein gewaltiger Lärm erhoben worden war — auf die preußischen Verhältnisse zu übertragen. Nun, seitdem haben die Parteigenossen in Preußen auf diesem Wege schon so hübsche Fortschritte gemacht, daß sie uns Bayern nahezu eifersüchtig machen können. (Heiterkeit.) Denn wir in Bayern haben wenigstens niemals an andre Wahlbündnisse gedacht als an solche, die erst mit dem zweiten Wahlakt in Kraft treten. Ich habe aber im „Vorwärts" selbst schon die Frage auftauchen, besprechen und auch befürworten sehen, daß man, wenn etwas bei den preußischen Landtagswahlen herauskommen solle, eigentlich schon vor der Urwahl, Verabredungen treffen und daß nach Abschluß derselben in

Wahlkreisen, in denen für die Sozialdemokratie nichts zu holen sei, ohne weiteres für die Freisinnigen eintreten müsse.

Entschuldigen Sie diese historische Auseinandersetzung, aber sie war notwendig. Sie sehen daraus, daß unsre Bewegung keineswegs etwas Unveränderliches, sondern in fortwährendem Fluß begriffen ist, daß unsre Meinungen sich sowohl über prinzipielle Fragen, als auch über die Taktik in einer fortwährenden Umbildung befunden haben. Und dieser Prozeß ist noch heute nicht zu Ende, und er wird auch nie zu Ende gehen. (Vielfaches Sehr richtig!) Denn zwischen heute und dem Endziel liegt noch so manches, wovon unsre Schulweisheit sich nichts träumen läßt. (Rufe: Sehr wahr!) Man sollte nun denken, daß man aus dieser Entwicklung endlich hätte lernen müssen, vorsichtiger im urteilen zu sein und nicht, sobald irgendwie eine Ansicht auftaucht immer wieder in den alten Gespensterschreck zu verfallen. Statt dessen aber geht, kaum daß die Partei eine große Aktion durchgefochten, in der sich gezeigt hat, daß unsere Einheit und Kraft niemals größer war und in allen praktisch-politischen und taktischen Fragen volle Uebereinstimmung besteht, — das alte törichte Geschrei, daß die Partei in Gefahr sei, mit frischen Kräften und größerer Lungenkraft als je wieder los.

Ich sage, daß dies Geschrei niemals — wenigstens niemals seit dem Sozialistengesetz — so jeder Spur von Berechtigung von Grund aus entbehrte als gerade jetzt und daß niemals ein Prinzipienstreit unnötiger vom Zaun gebrochen worden ist als jetzt. (Zustimmung. Widerspruch.) Ich werde das beweisen und zwar beweisen vor allem mit Bebels Worten.

Am 27. Juli habe ich meine Münchner Rede gehalten; spätestens Anfang August wird Bebel davon gehört haben. Er hat darauf in der „Stuttgarter Tagwacht" eine Erklärung veröffentlicht, in der er über meine Rede sehr kühl urteilt und wörtlich sagt:

„Seine (Vollmars) Ausführungen über die Präsidentenfrage haben für mich gar nichts Neues enthalten, weil sie schon 1898 in gleicher Weise von ihm gemacht worden sind, ohne daß die Mehrheit der Fraktion Veranlassung nahm, sie anzunehmen."

Ich habe sogar schon 1895 die Sache in der Fraktion behandelt; auch Auer und unser Grillenberger haben sie damals vertreten, letzterer gerade in Bezug auf die höfische Repräsentation mit einer Wendung, die sehr interessant war, sich aber für die Oeffentlichkeit und gerade in Sachsen nicht eignet. (Große Heiterkeit.) Wenn meine Ansicht in der Repräsentationsfrage wirklich so etwas abgrundtief Verwerfliches wäre, so hätte man doch wahrhaftig das schon 1895 und 1898 in der Fraktion aussprechen müssen. (Bebel: Ist geschehen!) Nein, man hat lediglich gesagt: darauf wollen wir uns nicht einlassen, aber von einer Entrüstung ist gar keine Rede gewesen. Wir haben uns in aller Gemütlichkeit auseinandergesetzt. (Fischer-Hamburg: Es hat aber damals auch nicht in den „Sozialistischen Monatsheften" gestanden!) Als die Sache zuletzt abgelehnt wurde — ich gehöre nicht zu denjenigen, die schreien, als wenn sie am Messer stecken, wenn ihnen ihr Wille nicht geschieht (Oho! und Heiterkeit), sondern füge mich der Mehrheit, wie andre das auch tun sollen — habe ich bereits angekündigt, daß im nächsten Reichstag ich oder ein andrer sie wieder anregen werde.

Also Bebel sagt erst, die Sache ist gar nichts Neues. Einige Wochen später aber erklärt derselbe Bebel in einer plötzlichen, völlig unverständlichen Wendung: „Durch Vollmar ist die Präsidentenfrage zu einer Haupt- und Staatsaktion geworden (Bebel: In der Partei!), sie enthält ein gutes Stück, ja das Hauptstück der Frage nach einer neuen Taktik."

Nun frage ich Sie: wie ist es denn möglich, daß eine Sache einmal etwas ganz Unbedeutendes und dann wiederum das Hauptstück einer funkelnagelneuen Taktik sein kann? Ich kenne die privaten Vorgänge nicht, die sich während der

dazwischen liegenden Wochen abgespielt haben; wir haben in den letzten Tagen gehört, daß sie eine große Rolle in der Partei spielen. Ich muß aber sagen, da ich auch ein Seebewohner bin wie Bebel (Heiterkeit), mir scheint, daß der wohltuende Einfluß, den die Seeluft auf die politischen Nerven ausübt, bei Bebel durch einen etwas zu häufigen Briefwechsel beeinträchtigt wird. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Und dann weiter: wenn diese Frage das Hauptstück der sogenannten neuen Taktik ist, wo sind dann die übrigen Stücke? Ich habe in meiner Münchener Rede über die einzuhaltende Taktik ausgeführt, welche Aufgaben sich nach meiner Meinung aus unsrer neuen Machtstellung ergeben. Nun ist ja Bebel mit diesen Ausführungen insofern nicht zufrieden gewesen, als er meinte, dieser Teil sei zu kurz ausgefallen. Im übrigen aber sagt er in seiner Erklärung gegen die Fürstenwalder Genossen, daß er in diesem Punkt der Taktik kein Wort gegen das von mir Vorgebrachte einzuwenden habe. Und in dem bewußten Artikel der „Neuen Zeit" sagt er noch deutlicher: „Enthält dieser kurze Abschnitt (über die Taktik) das neue Programm, so kann ich mich zur Gefolgschaft Vollmars zählen. (Hört! hört!) Was Vollmar in seiner Rede als Aufgabe fordert, haben wir bereits redlich getan, aber es lag nicht an uns, wenn der positive Erfolg nicht auf unsrer Seite war."

Und das soll die „neue Taktik" sein, die Haupt- und Staatsaktion der Revisionisten, die Erweiterung der Kluft innerhalb der Partei, das Ende der Partei-Einheit und wie die Dinge alle lauten! Ich suche vergeblich nach einer Erklärung dafür, wie eine derartige Frage in Verbindung mit meinem Namen überhaupt aufgeworfen werden konnte. Freilich hat Bebel gestern von einem „elementaren Ausbruch der Volksseele" gesprochen, die in hellen Flammen aufgelodert sei. Das klingt ja sehr großartig, aber ich bin zu ketzerisch, um solche allgemeinen Wendungen ohne weiteres gläubig aufzunehmen. Als alter Parteigenosse habe ich schon eine Reihe solcher Volksseelen-Ausbrüche mitgemacht; ich habe gesehen, daß man an vielen Orten die Sache auch sehr kühl behandelt hat und weiß ferner, wie viele Leute an manchen Orten, wo es so aufloderte, eigentlich dabei gewesen sind. Und ich bin weiter der Meinung, daß Schmeichelei genau ebenso verwerflich ist, ob ich sie an einen Potentaten richte oder an das Volk (Heine: Sehr richtig!) Als solche Schmeichelei aber betrachte ich es, wenn es so dargestellt wird, als ob das Gefühl der Massen untrüglich und unfehlbar sei. Ich habe wahrlich keine geringe Meinung von der Masse und dem Volksempfinden, aber die Geschichte aller Volksbewegungen und zugleich auch die Geschichte unsrer eigenen Partei lehren mich, daß dieses Volksgewissen sich täuschen oder auch getäuscht werden kann, daß das Volk mithin ebensogut Irrtümern unterworfen ist, wie der einzelne. Also mit solchen vagen Begriffen kann ich mich nicht abfinden lassen. Ich muß mich schon an faßbarere Dinge und Personen halten.

Aber auch da suche ich vergeblich nach einer annehmbaren Erklärung dafür, wie plötzlich, sozusagen aus dem Blauen, eine solche Sache entstehen konnte. Oder vielmehr: Ich würde vergeblich suchen, wenn ich vor allem Bebel erst seit gestern kennen würde. Ich gehöre nicht zu den Menschen — das kann mir der größte Feind nicht vorwerfen — der eine Lust daran hat, anderen Unangenehmes zu sagen, so lange es nicht aus sachlichen Gründen absolut notwendig ist. Es ist mir deshalb sehr angenehm, daß Bebel in den letzten Tagen selbst mit gewinnender Offenheit davon gesprochen hat, daß sein Temperament ihm schon manchen Streich gespielt, daß er manchen „Schwupper" gemacht habe. Er hat dann hinzugefügt: Er beanspruche aber, daß man stets an die Ehrlichkeit seines Wollens glaube. Das hätte er gar nicht zu sagen brauchen, das ist ganz selbstverständlich. Aber das gleiche gilt auch für alle anderen. (Sehr richtig.) Wir haben eben verschiedene Temperamente,

und infolgedessen verschiedene Arten ein und dieselbe Sache zu empfinden und durchzudenken. Und ich meinerseits bin wahrlich nicht so verliebt in mein Temperament, daß ich meinte, es müßten alle ein solches haben oder daß ich es auch nur für das beste hielte. Dazu habe ich viel zu oft — und in den letzten Tagen wieder besonders deutlich — gesehen, daß ein konzentrierter Wille, der um jeden Preis die Gemüter sich unterwerfen will, der aufgeht in einem einzigen Punkt, ganz andre Resultate erzielt, als wenn man mit ruhiger Besonnenheit und Ueberlegung an die Dinge herantritt. Aber die Sache ist nun mal so: wir haben verschiedene Temperamente, und zwar ist das sehr gut, denn das möchte eine nette Zucht werden, wenn wir alle miteinander gleich durch das Dach fahren würden! (Heiterkeit.) — ja ja, lieber Bebel, wenn ich nur ein Zehntel von der Art hätte loszugehen wie Du und andre, dann hätten wir schon noch ganz andere Krachs gehabt. Wir sollen uns darum eben mit unseren Temperamenten ineinander schicken. Bebel wird auch wahrlich nicht sagen können, daß seinem Temperament, wie es mit Rücksicht auf die unvergleichliche Stellung und die Verdienste nur billig ist, nicht in weitgehendem Maße Rechnung getragen wird. Aber das muß doch angesichts der Bescherung, die hier angerichtet worden ist, gesagt werden, und namentlich von einem Manne, der wie ich seit Jahren von Bebel und andren angegriffen worden ist, und der bisher kaum einmal den Kopf gerückt, geschweige denn erwidert hat. Ich erinnere nur daran, wie Bebel im Vorjahr sagte, die Situation in der bayrischen Wahlrechtsfrage sei durch den bösen Geist der Staatsmännischkeit verdorben worden und ähnliches. Ich sagte mir: Bebel hat eine andre Ausdrucksweise wie andre Leute, wie es ja auch in der Musik Leute giebt, die immer gern Fortissimo spielen. (Heiterkeit.) Aber alles hat sein Ende und auch der dickste Geduldsfaden reißt einmal. Und so sage ich Dir jetzt: Man mag auf das Temperament noch soviel Rücksicht nehmen — einen Freibrief für alles und jedes kann es denn doch nicht geben. (Lebhafter Beifall eines Teils der Versammlung. Bebel ruft: Verlange ich auch nicht!) Und wenn gesagt worden ist, daß die Partei nicht die Aufgabe habe, jeden beliebigen Einfall des Revisionismus zu folgen — worin ich vollständig beistimme, weil ich gar nicht weiß, was das für ein Ungetüm ist und niemals habe ich eine derartige Forderung erheben sehen — dann ist sie aber ebensowenig dazu da, der Spielball der überstiegenen Einbildungskraft und Nervosität einzelner Menschen zu sein. (Lebhafter Beifall eines Teils der Versammlung. Große Unruhe und Zischen.) In einer demokratischen Partei kann niemand eine solche Ausnahmestellung eingeräumt werden. Ein ungezügeltes, impulsives Temperament schadet nicht nur auf Fürstenthronen, sondern auch auf Parteithronen. (Beifall bei einem Teil der Versammlung. Unruhe.) Wer Dinge und Menschen lenken will, der muß vor allem verstehen, sich selbst zu beherrschen. (Zischen. Beifall bei einem Teil der Versammlung.) Und wer so empfindlich gegen die leiseste Berührung seiner Person — wie es — nicht immer, aber bisweilen — Bebel ist, der sollte sich umsomehr hüten, gegen andre, die ihm gerade augenblicklich unbequem sind, mit einer Wahllosigkeit der Sprache und Mittel loszufahren, wie es in dieser Debatte geschehen ist. (Beifall bei einem Teil der Versammlung. Unruhe und Zischen.) Bebels Nerven werden schon durch einen einfachen Artikel Edes derart irritiert, daß er ihm die Freude über den über alles Erwarten großen Wahlsieg verekelt! Ja, fällt denn Bebel nicht einen Augenblick ein, wie seine Art zu debattieren und vorzugehen auf andre Parteigenossen wirken muß? Bebel hat viel getan und tut viel für die Partei. Aber er ist doch schließlich nicht ganz allein, sondern es giebt doch auch noch andre Leute — zu denen ich mich selbst zuletzt rechne —, die ihr Sein, ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre Zeit opfern und dafür wenigstens das beanspruchen können, daß man ihnen nicht die Lust zu ihrer Arbeit vergälle und ihre politische Tätigkeit vor den Gegnern verekele. (Beifall bei einem Teil der Versammlung.) Bebel sagt in seinem Artikel im Anschuß an das Kapitel über die

Republik: Nachdem wir uns, wie er glaubt, im Sozialismus schon länger nicht verstanden hätten, verständen wir uns jetzt auch über die Demokratie nicht mehr. Das scheint wirklich so, denn sonst wäre es ganz unmöglich, daß in solchem Ton zur Partei gesprochen würde, wie es in der letzten Zeit von Bebel geschehen ist. Er urteilt über alles und jeden, über Genossen und Nichtgenossen, über Männer und Frauen, und zwar nicht nur über ihre politische Tätigkeit, sondern maßt sich an, selbst über ihre persönliche Ehre zu urteilen. Er erteilt hochmögende Censuren nach allen Richtungen, wendet sich persönlich nicht nur an die Parteigenossen, sondern auch an die Gäste, er nimmt sich jeden einzelnen vor, wie gestern den „Vorwärts"-Redakteur, erteilt Verwarnungen, sagt ihm, was er anstreben wird, was er gegen ihn tun wird. Er teilt die Parteigenossen in solche erster und zweiter Güte ein (Widerspruch, Beifall.), jawohl, in die wahren und die halben oder falschen Sozialdemokraten. (Hofmann-Hamburg: Er sagt wie es ist!) Bebel hat gestern über die Akademiker gesprochen; das seien Leute, denen man es hoch anrechnen müsse, daß sie zur Partei gekommen sind, weil sie schwere Kämpfe durchzumachen hätten. Sobald aber einer von diesen Akademikern mit ihm nicht einverstanden ist, dann versteht er nichts von der Sozialdemokratie, steckt er noch im Bürgertum, womit er sogar Leute gemeint hat, die Jahrzehnte in der Partei sind. Was die Arbeiter betrifft, so haben sie den untrüglichen Klasseninstinkt und auf ihr Gefühl muß man sich verlassen. Wenn sich aber ein Arbeiter untersteht, andrer Meinung zu sein — wie man jetzt sagt: revisionistischer Meinung —, dann hat er auf einmal den untrüglichen Klasseninstinkt verloren. Die gehobene Lebenslage gewisser Arbeiter hat sie verdorben! Auch das ist ein Argument, das schon früher aufgetaucht ist und das sehr wesentlich zur Verschärfung der Gegensätze in unsren Reihen beigetragen hat. Ich erinnere daran, daß Bebel ganz dasselbe Grillenberger vorwarf; ich weiß, daß Grillenberger deswegen unversöhnt mit Bebel aus dem Leben geschieden ist, weil er das nicht hat verwinden können. Merkwürdig nur, daß sich bei andren Leuten auch die Lebenslage gehoben hat, ohne daß sie ihren Klasseninstinkt verloren haben.

Aber Bebel begnügt sich nicht, einzelne Genossen in dieser Weise einzureihen, sondern er erlaubt sich bereits, ganze Teile des Reiches in dieser Weise zu qualifizieren. Es ist nicht lange her, daß Bebel einen Streit mit den Badensern hatte und dabei, wenn ich mich recht erinnere, den schönen Ausdruck gebrauchte: das ganze badische Ländle sei nicht mehr wert, als es in den Sack zu stecken und in den Bodensee zu schmeißen. (Bebel: Nein, das habe ich nicht gesagt.) Nun, das wird ja nachher aufgeklärt werden, ich habe es jedenfalls in der Parteipresse gelesen. (Bebel: Nein, das hat nicht in der Parteipresse gestanden! Zuruf: Es war in Lübeck!) Jetzt kommt München daran, das Capua Deutschlands, wo man im Bier und Wein ersäuft, wo die politische Gesinnung verdirbt oder wo man, wie er sich ausdrückte — es ist nämlich merkwürdig, daß ihm in diesen Tagen besonders Bibel-Reminiscenzen gekommen sind (Große Heiterkeit. Bebel: Du meinst wohl, ich fange gar an, fromm zu werden?) — mit Leib und Seele zu Grunde geht. (Bebel: Ich habe gesagt: Mit Seele und Geist!) Na, der Leib geht ja doch auch am Bier zuerst zu Grunde. (Heiterkeit.) Also, Bebel führt die ganze Art der Münchener auf Bier und Wein zurück, was unzweifelhaft eine geistvolle, völkerpsychologische Auffassung ist. Sodann, meint er weiter, die Sache käme daher, weil wir in wirtschaftlicher Beziehung zurückgeblieben seien. Es war mir interessant, daß Bebels Urteil hierin ziemlich mit dem von Bismarck übereinstimmt, der einmal das Wort von der fauligen Zuchtlosigkeit des Südens gebrauchte, auf welche die preußischen Junker natürlich herabsehen. Ja, aber Bebel, es kann doch nicht jeder Mensch ein Preuße sein! (Große Heiterkeit.) Im übrigen werden ja nach Bebel selbst die Preußen, wenn sie nach München kommen, verdorben! Nun, es wird nach mir ein Originalpreuße erscheinen und Ihnen Aufschluß geben, wie es seiner Seele oder seinem Geist in München er-

gangen ist. (Große Heiterkeit.) Es hätte eigentlich nur gefehlt, daß Bebel noch gesagt hätte, er bedaure, daß München und Süddeutschland überhaupt für die Partei gewonnen worden sei. Denn wenn München einen so schlechten Einfluß ausübt, dann muß es doch offenbar wieder auf die gesamte Partei ungünstig wirken. Nun wundere ich mich eigentlich nur über eins: wenn Bebel so über uns denkt, warum hat er denn diese Charakteristik nicht im vorigen Jahr auf dem Münchener Parteitag mitgeteilt? Da war der geeignetste Boden, um eine solche Strafpredigt zu halten. Ich habe nicht gesehen, daß Bebel in München ein prinzipiell saures Gesicht gemacht hätte (Große Heiterkeit); im Gegenteil, er war sehr vergnügt (Heiterkeit. Bebel ruft: war ich auch!) und er schien sich in diesem Sumpf ganz behaglich zu fühlen. Ebenso hat sich Bebel gehütet, die Weisheit über die bayrische Wahlrechtsfrage, die er gestern hier vorgetragen hat, in München zum besten zu geben. Aber hierüber muß ich doch auch ein ernstes Wort sagen! Erinnern Sie sich, wie im vorigen Sommer Bebel wegen der Wahlrechtsgeschichte über uns herfiel, daß durch diese Sache die ganze Wucht des Kampfes für das allgemeine gleiche Wahlrecht zerstört sei, und wie er schließlich erklärte, auf dem Münchener Parteitag werde sich das weitere finden. Das sagte nicht nur Bebel; in einer ganzen Reihe von Partei-Organen war es zu lesen, speziell in der „Leipziger Volkszeitung", die ja immer der große Blasebalg für Gewissensfeuer ist. (Heiterkeit.) Sie hat auch damals zu hetzen versucht so viel wie möglich. Kurz, wir Bayern waren schließlich ganz ängstlich geworden, was man denn eigentlich in München mit uns anfangen würde. Um so erstaunlicher war es, daß auf dem Münchener Parteitag, wie Sie wissen, kein Mensch ein Wort geschnauft hat über die ganze Geschichte! Ich sagte Bebel noch zu Beginn des Parteitages: Werden wir nun gesotten oder gebraten werden? Da antwortete er mir: Ich bin der Meinung, jetzt ist einmal die Sache so weit; da warten wir lieber mal ab, was weiter wird. (Bebel: Das war etwas andres!) Ich erinnere mich noch, daß Du zufügtest, Du wüßtest nicht, ob nicht vielleicht ein andrer sprechen wollte, Du aber hättest keine Veranlassung dazu. Nun, ich meine in der Tat, wenn etwas über die Wahlrechtsfrage zu sagen war, so mußte damals gesprochen werden — da war der Parteitag vorbereitet auf diese Frage. Aber man schwieg. Jetzt plötzlich aber wirft Bebel diese Frage auf, über die ich allein eine Stunde sprechen müßte, wenn ich den richtigen Sachverhalt darlegen wollte. Nun bin ich ja selbstverständlich überzeugt, daß Bebel die bayrischen Dinge bis in die kleinste Spezialität sehr genau kennt, sehr viel besser als wir Bayern selbst. Darüber habe ich gar keinen Zweifel, darf ihn nicht haben. (Heiterkeit.) Aber das muß ich ihm doch sagen, daß er mit seiner gestrigen Anzapfung unsrem Wirken in Bayern sicher einen außerordentlich großen Dienst erwiesen hat, und daß durch sein Urteil die Zahl jener Aussprüche, welche ein Hauptarsenal unsrer Gegner gegen uns bilden (Sehr richtig!) sich um einen fetten Brocken vermehrt hat! (Sehr richtig!) Die Münchener werden ihm dafür sicher ganz besonders dankbar sein, schon deshalb, weil sie von Haus aus für ein absprechendes, hochmütiges und herrschsüchtiges Wesen ein ganz besonderes Faible haben (Sehr gut!), Aber lassen wir das Episodische beiseite. Ich frage Sie: in welchem Ton ist von Bebel zur ganzen Partei gesprochen worden? „Ich werde nicht dulden", „Ich werde den Kopf waschen", „Ich hoffe meinen Freunden und meinen Feinden noch manche schwere Stunde zu bereiten", „Ich habe die Massen hinter mir." „Ich werde Abrechnung halten." Ich, ich, ich — ist das die Sprache eines Gleichen zu Gleichen oder nicht vielmehr die Sprache eines Diktators? (Große Unruhe, lebhafter Beifall, heftiger Widerspruch und Zischen.) So hat der Lordprotektor Cromwell zum langen Parlament gesprochen. (Große Unruhe.) Das mußte einmal gesagt werden. (Zuruf: Es war höchste Zeit!)

Nun hat Bebel, um seine Auffassung, daß eine Parteigefahr vorhanden sei, zu belegen, alles vorgeholt, was seit zwölf Jahren je an Meinungsverschiedenheiten vorgekommen ist. Ich kann mir wirklich nicht, schon mit Rücksicht auf Ihre Zeit, die Mühe nehmen, auf alle diese Dinge einzugehen. Zum Teil sind sie entweder längst von früheren Parteitagen erledigt, oder sie sind verkehrt dargestellt worden oder aber Kleinkram, der gar nicht ins Gewicht fallen kann. Ich will also die Ingredienzien dieses politischen Tendenzprozesses nicht bis in die Einzelheiten untersuchen, sondern nur auf ein paar Punkte eingehen. Bebel hat sich auf zwei Parteitage berufen: den Erfurter 1891 und den Frankfurter 1894. Nun, ich habe das Protokoll von Erfurt nachgesehen, um daraus eine Richtschnur zu bekommen, um Verständnis für das Parteigewissen zu gewinnen. Und was fand ich? Als ich damals ganz allein am Indianerpfahl stand und die Geschosse von allen Seiten auf mich fielen, da geschah das Merkwürdige, daß, während man wähnte, ich stände ganz allein, die Zahl derer, die Beifall für meine Reden gehabt haben, immer größer wurde. Nun kam Bebel und erklärte seine äußerste Entrüstung darüber, daß die Rede Vollmars mehr Beifall gefunden habe „als ich erwartete", und es müsse deshalb vor aller Welt mit Namensaufruf konstatiert werden, eine wie große Zahl von Delegierten mit Vollmar einverstanden sei. Und wenn es sich dann etwa herausstellen sollte, daß die Mehrheit für Vollmar sei, so müsse diese Richtung die Leitung der Geschäfte in die Hand nehmen. Das heißt also, dann danke er ab. Dann fügte er hinzu: „Aber dann, wenn Ihr Delegierte heimkommt, dann werdet Ihr die Rebellion zu Hause haben, und ich werde der erste sein, der die Fahne der Rebellion erhebt." (Zuruf von Bebel!) Jawohl, wie immer, wenn die Leute mit Dir nicht einverstanden sind. So steht die Sache! Im Jahre 1894 handelte es sich um die bayrische Budgetfrage. Erinnern Sie sich, wie Bebel damals für die absolute Verweigerung jedes Budgets eintrat? Es wurde ihm entgegen gehalten, daß unsre Genossen in Hessen einmal in die Lage gekommen seien, für das Budget stimmen zu müssen, weil sonst ein höherer Steuersatz, so wie ihn die Erste Kammer bewilligt hatte, angenommen wäre. Darauf hat Bebel frischweg erwidert: Das hätte ihn gar nicht abgehalten, doch gegen das Budget zu stimmen, denn für die Steuererhöhung wäre nicht er verantwortlich gewesen, sondern die andern; in Lübeck dagegen hat er selbst eingesehen, daß es Ausnahmefälle geben könne. Nach Frankfurt aber war es gerade der unerwartete Ausfall jener Abstimmung über die Bayernfrage, die Bebel so entrüstete, daß er sofort in eine öffentliche Parteiversammlung in Berlin ging und Anklagen der schwersten Art gegen den Parteitag richtete, von dem er eben erst kam. Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen, sondern nur eine Stelle aus Bebels Rede in jener Versammlung mitteilen. „Endlich", sagte er, „muß Klarheit geschaffen werden, ob die Partei ferner die alte Fahne weiter trägt oder ob eine neue an ihre Stelle treten soll, auf der die Verleugnung des alten Klassenkampf-Standpunktes und der Opportunismus gegenüber den rückständigsten Elementen entfaltet werden soll." Also fast genau das gleiche, was wir heute unter ganz andren Umständen wieder zu hören bekommen!

Bebel hat weiter gestern gesagt, wir hätten so schwere Kämpfe in der Fraktion gehabt, daß es notwendig sei, daß Remedur geschaffen wird. Gewiß, fast in jeder einzelnen Fraktionssitzung sind verschiedene Meinungen aufgetaucht, wie es auch nicht anders sein kann, denn wenn das verboten werden sollte, so könnten wir uns gleich eine Uniform anlegen lassen oder noch besser ein Zwangshemd! (Sehr gut! Heiterkeit und Rufe: Wer will denn das?) Nein, das ist ja der Vorzug, daß jeder sagt, was er denkt; frei im Rat, einig in der Tat! Und da frage ich Auer, Blos und andre, ob unter dem Sozialistengesetz nicht gerade so, ja mehr gestritten ist in der Fraktion als jetzt? Es ist einfach nicht wahr, daß jetzt schwerere Kämpfe prinzipieller Art in der Fraktion aufgetaucht sind als früher. Dagegen ist es richtig, daß im Laufe der Jahre Bebel öfter in die Minderheit gekommen ist als

früher. (Bebel: Das ist kein Grund!) Es müßte denn also das der eigentliche Grund sein, warum die Partei in Gefahr wäre und worüber sich der ganze Streit entsponnen hätte. (Lebhafter Widerspruch.) Daß eine große Fraktion schwerer zu dirigieren, daß da nicht so leicht Einmütigkeit herbeizuführen ist als in einer kleineren, wie wir sie früher hatten, das ist ja ganz selbstverständlich. Wenn man die Sache also auf eine reine Formel zurückbringen wollte, so müßte sie dahin lauten, daß die Partei leider zu groß geworden sei. (Widerspruch und Zustimmung.) Und ich bin in der Tat sehr geneigt, in dieser Größe das zu erblicken, was man unter Gefahr versteht. Hat doch Bebel es früher einmal offen beklagt, daß jetzt Krethi und Plethi zu uns kommen, und daß ihm ein kleines Häuflein Sicherer lieber wäre. O ja, wenn man eine Sekte will, so ist das etwas sehr schönes aber wenn wir die Welt erobern wollen, so müssen wir Macht bekommen, und zur Macht gehört die große Menge. (Sehr richtig!) Im übrigen welch ein Widerspruch! Einmal sind die „Revisionisten" — früher sprach man von Opportunisten, Optimisten und ich weiß nicht was alles für Isten — eigentlich garnichts. Dann wieder muß man sich vor ihnen in acht nehmen, weil Gefahr besteht, daß sie die Mehrheit in der Fraktion bekommen könnten. Und endlich heißt es, die Masse steht dem Revisionismus entgegen. Ja, zum Kuckuck, wer wählt denn die Abgeordneten? Wählt die nicht die Masse? Und wenn die Masse wirklich solchen Schrecken vor den Revisionisten hat, warum wählt sie denn solche Leute? Warum macht man denn dann nicht gleich ein Verzeichnis der Zehnmalgesiebten, die kandidieren dürfen.

Bebel hat gestern u. a. auch auf den Millerandismus hingewiesen. Er war dann so liebenswürdig, meine Eigenschaften hervorzuheben und zu sagen, daß er mich Millerand gewachsen halte, wogegen ich bescheiden protestieren muß, denn ich kenne Millerand und weiß, daß ich ihm in den Eigenschaften, auf die es ankommt, nicht gewachsen bin. Bebel hat dann gesagt, ich wäre der richtige Millerand für Deutschland. Dafür muß ich mich aber schönstens bedanken, schon weil die Regierung in Berlin sitzt (Große Heiterkeit.), während ich mir einen angenehmeren Aufenthalt weiß. (Heiterkeit.) Also Bebel warnt vor dem Millerandismus. Da muß ich Sie doch an die Etatsberatung dieses Jahres im Reichstage erinnern. Der Kanzler brachte da bekanntlich eine Depesche vor, welche vom deutschen Botschafter in Paris ausging, welcher über eine Unterredung mit Millerand berichtet, in der die deutschen Arbeiterschutzgesetze sehr günstig beurteilt werden. Bei dieser Gelegenheit hat der Kanzler ausgeführt, es stehe darin, daß leider die französische Bourgeoisie zur Verbesserung der Lage der Arbeiter nicht geneigt sei. Ich glaube, es war Bebel selbst, von dem der Zwischenruf kam: „Gerade wie bei uns." Darauf erwiderte der Reichskanzler: „Es ist mir sehr interessant, daß dasselbe Wort von dem Kaiser an den Rand geschrieben ist", und er schloß mit den Worten: „Ich wünsche Ihnen einen Millerand." Nun werden Sie mir doch zugeben, wenn der Millerandismus wirklich so gefährlich für Deutschland wäre, so hätte das Bebel damals in der klarsten Weise vor der ganzen Welt aussprechen und sagen müssen, wie wir darüber denken. Statt dessen hat er wörtlich gesagt: „Ich weiß nicht, ob der Kanzler hat sagen wollen, daß er, wenn jemand bei uns bereit wäre die Rolle eines Millerand zu spielen, geneigt wäre, ihn als Kollegen in das preußische Ministerium zu nehmen." Bebel machte dann eine Pause und erwartete eine Antwort. Diese erfolgte nicht und er fuhr fort: „Nun, ich kann Ihnen nur das eine sagen: wenn dieser deutsche Millerand in ein Ministerium käme — Sozialdemokrat müßte er bleiben, sonst würde er von uns gerade so schlecht behandelt, wie die andern Minister". (Hört! hört!) Ich wiederhole: wäre in der Tat eine so große Gefahr nach dieser Richtung, so hätte Bebel eine entschiedenere Antwort geben und sagen müssen: daran ist garnicht zu denken, darüber ist garnicht zu verhandeln. (Lebhafte Zwischenrufe.) Ja, Parteigenossen, reicht denn Euer ruhiges Gehör nur

für Bebel hin und nicht auch für mich? (Sehr gut!) Aus derselben Rede möchte ich noch eine andre Stelle anführen. Der Kanzler hat damals ein sehr merkwürdiges sozialpolitisches Programm zum besten gegeben, indem er dem Sinne nach sagte: Weil die verschiedenen Gesellschaftsklassen ungern Opfer zu Gunsten andrer Gesellschaftsklassen bringen, so ist es Pflicht des Staates und der Monarchie, ausgleichend einzugreifen! Die Arbeiter sollten nicht Dinge verlangen, welche die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt beeinträchtigten oder die Gesellschaftsordnung erschüttern. Die Unternehmer aber müßten kräftig mitwirken, damit die Klassenunterschiede mehr und mehr zusammenschrumpfen und die ärmeren Klassen immer wohlhabender werden. Das sei der soziale Aufschwung! Und was sagte Bebel in seiner Antwort zu diesen Ausführungen? „Ein schönes Programm, Herr Kanzler, und wenn der Kanzler seinen Einfluß benutzen will, um dies Programm zu verwirklichen, so wird er an uns Sozialdemokraten seine besten und treuesten Bundesgenossen finden." (Hört! hört! Bebel: Ich weiß doch, was ich gesagt habe!) Ich weiß es auch. Wem so etwas im Laufe des parlamentarischen Lebens passiert, der soll nicht an die Reden andrer mit dem Rotstift herangehen! (Sehr wahr!) Hätte ich das gesagt, dann möchte ich mal fragen, wie dann der Teufel losgegangen wäre! (Sehr richtig!) Dann hätten wir ganz andre Diskussionen bekommen, dann wäre der Klassenkampfstandpunkt nicht abgestumpft, sondern schon verraten gewesen! (Sehr wahr!)

Bebel liebt leider in seiner Polemik auch das Mittel, das Lob der Gegner einem auf sein Konto zu schreiben. Er sagt zwar, wie er es auch gestern getan hat, ich und andre seien daran freilich ganz unschuldig, aber er verliest doch das Lob und ruft dadurch einen gewissen Eindruck hervor. Es wäre besser, Bebel wäre seinerseits gegen Lob und gegen Tadel der Gegner so abgestumpft, wie ich es bin, und würde nicht Aeußerungen so gleichgültiger Art, wie er sie aus der „Frankfurter Zeitung" vorgetragen hat, eine so außerordentliche Bedeutung beimessen. Er hat gestern gesagt: wie kommt es denn, daß gerade Vollmar und seine Freunde in der gegnerischen Presse gelobt werden, ich werde nicht gelobt! (Bebel: So habe ich das nicht gesagt.) Nun, wer z. B. jemals Wählerversammlungen bei uns in Bayern beigewohnt hat, der wird wissen, daß Bebel für unsre Gegner der Mustersozialdemokrat ist (Zustimmung), der immer gelobt wird als der ehrliche und aufrichtige Mann, während man uns nicht genug herunterreißen kann. Im übrigen fehlt es Bebel auch sonst nicht an Lob und ich möchte ihm nur zwei Zeilen aus einem Lobe der allerletzten Zeit vorführen. Vor etwa acht Tagen hat im Berliner „Tag" ein Artikel über den Parteitag gestanden, der ein großer Lobeshymnus auf Bebel war, „dessen wilder Fanatismus den Pöbel und den Aestheten gleich entzücken muß, der nicht einer Revolution von Undankbaren zum Opfer fallen darf, die sein Arm in die Höhe gehoben hat." (Hört! hört! Bebel ruft: Das ist ein Lob?) Darüber ist gar nicht zu reden. (Bebel: Ein Skandal ist es.) Mir wäre es nicht im Traume eingefallen, dergleichen anzuführen, wenn Bebel nicht von uns verlangt hätte, daß wir gegen solches Lob wie ein Donnerwetter dreinfahren und es uns verbitten sollten; ich habe nicht gesehen, daß Bebel es getan hätte. Im übrigen wäre es, wenn Bebel das Lob in der gegnerischen Presse so verabscheut, besser, wenn er und wir alle protestierten gegen den widerwärtigen Byzantinismus in der eignen Parteipresse. Lesen Sie nur einmal den skandalösen Artikel in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung": Bebels Tag. (Bebel: Sehr richtig! Den habe ich aufs schärfste verurteilt!) Aber Du hast es hier nicht gesagt. (Bebel: Das kann ich nachholen; ich habe es zu verschiedenen meiner Freunde gesagt.)

Bebel begründet sein Vorgehen damit, daß die Partei geschädigt werde. O ja, auch ich sehe eine Schädigung der Partei! Oder kann es etwas ärgeres geben, als wenn man den drei Millionen sozialdemokratischer Wähler, die uns

soeben ohne Unterschied der Personen ihre Stimme gegeben haben, weil sie uns im gemeinsamen Kampfe einig gesehen haben, — kann es, sage ich, etwas schlimmeres geben, als wenn man diesen drei Millionen plötzlich zuruft, daß wir bisher ein gegenseitiges Komödienspiel getrieben haben, das nun zu Ende gehen müsse? (Zustimmung und Widerspruch.) Vielleicht hat Bebel einen andren Sinn damit verknüpft, aber er hat ja andren gesagt, wenn man einen Artikel schreibe, so müsse man sich alles genau überlegen, damit kein Mißverständnis darüber entstehen könne. Welche Vorstellung müssen die Wähler gewinnen von einer Partei, auf die sie ihr ganzes Vertrauen gesetzt haben und von der sie die Erlösung aus wirtschaftlicher, sozialer und politischer Unterdrückung erhoffen und deren Führer ihnen dann in einer häßlichen Fratze gezeigt werden! Denn sie kennen natürlich nicht das Temperament Bebels, sie wissen nicht, daß er manchmal im Zorn etwas sagt und im innersten verteidigt, wovon sein Herz nichts weiß. Oder von wem, wo und wann ist ein derartiges Komödienspiel verübt worden? Ich kann ja den Reichstagsverhandlungen leider nicht so viel beiwohnen, wie ich möchte, weil ich im Landtag bin, aber das muß ich sagen: ich habe von solchem Komödienspiel niemals etwas gesehen, und möchte hoffen, daß auch andre nicht etwa fühlen, daß sie ein derartiges Komödienspiel ihrerseits getrieben haben. Denn wenn das Wort überhaupt einen Sinn hätte, so könnte es nur der sein, daß es Leute giebt in der Partei, die sich seit langem mit dem Plan tragen, durch die Unschädlichmachung von Kollegen, die ihnen unbequem sind, ihre Alleinherrschaft zu proklamieren, die aber so lange nichts davon verraten haben, als sie meinten, daß die Gelegenheit nicht günstig sei (Sehr gut!), sondern vielmehr so getan haben, als ob wir alle Brüder sind, um dann plötzlich im gegebenen Moment die Maske abzuwerfen und über uns herfallen. Ich sage nicht, daß das in Wirklichkeit so sei. Aber was kann man sich draußen im Lande anders für eine Vorstellung von dem Wort machen? Und weil dem so ist, protestiere ich auf das allerentschiedenste gegen diesen Ausdruck und sage, daß er ein Schaden ist — natürlich gegen den Willen Bebels — wie er seit lange schwerer der Partei nicht zugefügt ist. (Zustimmung und Widerspruch.) Und wenn es eine Gefahr in der Partei gibt so besteht sie lediglich darin, wenn Leute glauben, ihre eigne Ansicht um jeden Preis durchsetzen zu müssen, wenn sie eigensinnig auf ihren Willen beharren, wenn sie streitsüchtig sind, wenn sie sich mit einem Wort autoritär benehmen. Und eine andere Gefahr sehe ich in gewissen Drohungen mit der Gewalt, die immer noch nicht völlig ausgestorben sind, und die um so törichter sind, wenn sie zu einer Zeit fallen, wo man den Scharfmachern einen ganz besondern Gefallen damit tut — ich meine jenen blöden Artikel „Auf des Schwertes Schneide" aus der Zeit des Obstruktions-Feldzuges.

So sehr ich mich nun gegen Bebel wenden mußte, betrachte ich doch bei der ganzen Geschichte nicht ihn, sondern Kautsky als die Hauptperson, vor allem weil er den Vorteil für sich hat, konsequenter zu sein. Kautsky ist der Fanatiker der Theorie, der Partei gewordene deutsche Professor (Heiterkeit), der lieber die Welt und womöglich die Partei zu Grunde gehen läßt, als daß er aus seinem schönen Lehrgebäude auch nur einen Spahn herausziehen läßt (Zustimmung und Widerspruch. Ruf: Das ist ja Unsinn!) Damit überzeugen Sie mich nicht. Ich aber werde Beweise liefern.

Kautsky hat uns oft gezeigt, was er von der Denk- und Meinungsfreiheit in der Partei denkt. Er hat einmal in dem famosen Artikel gegen Bernstein: „Der Rückzug der Zehntausend" gesagt: „Dieselben Forderungen, die wir an den Staat in Bezug auf Denkfreiheit und dergleichen stellen, auch an die Partei richten zu wollen, ist lächerlich." (Hört! hört!) Die „Neue Zeit", sagte er — es war in Lübeck — ist nicht dazu da, um die verschiedenen in der Partei vorhandenen Meinungen und Gedankenrichtungen sich geistig messen zu lassen,

sondern sie hat die Einheitlichkeit der Partei zu verfechten. Die „Einheitlichkeit der Partei, das heißt die Alleinherrschaft seiner Meinung. (Sehr richtig! Lebhafter Widerspruch. Kautsky ruft: Davon steht nichts drin. Fortgesetzte Unterbrechungen.) Ich werde ruhig abwarten, bis Sie zeigen, daß wenigstens hier noch ein klein wenig Meinungsfreiheit ist. Ich denke, wenn Ihr Bebel angehört habt, dann habt Ihr auch die verdammte Pflicht, mich anzuhören. (Lebhafte Zustimmung.) Denn andernfalls sähe es so aus, als ob Ihr terrorisieren wolltet. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Singer: Ich habe wiederholt gebeten, die Zurufe zu unterlassen, weil ich ganz genau weiß, daß daraus nachher erregte Scenen sich ergeben. Im übrigen möchte ich betonen, daß die Mahnung nach beiden Seiten hin recht nötig ist. (Zustimmung.)

v. Vollmar (fortfahrend): Also die Einheitlichkeit der Partei, das heißt, seine eigne wissenschaftliche als allein berechtigt aufgefaßte Meinung! Darum dreht es sich. Kautsky hat ausdrücklich einmal das Wort gebraucht, daß die neue Methode — das ist dasselbe, was man jetzt Revisionismus nennt und was alle Jahre anders heißt — eine „Auflehnung" sei. Diese niederzuwerfen, die reine Glaubenseinheit in der Partei herzustellen, — darauf ist seit Jahren der Sinn Kautskys gerichtet und er hat schon wiederholt bei Parteitagen gemeint, jetzt sei es soweit. Bisher allerdings vergeblich. Nun glaubt er, die Gelegenheit günstig. Er hält die Stimmung der Partei gegen Ede, den ewigen Unruhestifter, für genügend verärgert und glaubt nun die Gelegenheit günstig, nachdem er Bernstein früher schon für seine Person nicht mehr als Genossen erklärt hat, (Widerspruch), dies Urteil vom Parteitag bestätigen zu lassen: jetzt oder nie. Er hat schon früher privatim gesagt, daß es Leute giebt, die so verworfen sind, daß sie Bernstein, seinem wissenschaftlichen Widersacher, nicht ohne weiteres in allem verdammen, daß sie manches von ihm — für richtig oder doch für beherzigenswert halten, während sie sich in vielem anderen nicht einverstanden erklären, — denn der Mythe muß doch ein Ende gemacht werden, als habe man Bernstein zugejubelt, als sei er, wie gestern Bebel sagte, wie ein neuer Messias angesehen worden. (Bebel: Von Dir nicht, dazu bist Du zu kalt!) Das freut mich, aber warum spricht Ihr denn immer von den Revisionisten, Ihr wollt doch auch mich darunter verstehen. (Bebel: Gewiß, Du bist das Haupt.) So, nun ich habe im ganzen zweimal über Bernstein gesprochen: einmal auf dem Hannoverschen Parteitag, und zweitens in einer Versammlung in München nach Lübeck, und wer sich jener Reden erinnert, der wird genau wissen, daß es mir gar nicht eingefallen ist, Bernstein zuzujubeln, sondern daß ich sehr viel an seinen Anschauungen auszusetzen hatte. Wohl aber habe ich mich auf das entschiedenste dagegen verwahrt, daß man ihm so an die Waden fährt. Also ich sage, Kautsky und diejenigen, die ihm gleich denken, glaubten, man könne die „Revisionisten" gleich mit Bernstein zusammen in einem Prozeß abtun. Kautsky hat sich lange bemüht, eine Formel zu finden, durch welche die Verbrechen des Revisionismus umschrieben und präzisiert werden könnten. Er hat in drei Artikeln — zwei in der „Neuen Zeit" und einen in einer Beilage der „Leipziger Volkszeitung" — dies Verbrechen folgendermaßen charakterisiert: „Die neue Taktik besteht also darin, daß sie die Sozialdemokratie zum Mitglied einer Majorität machen will", d. h. also, wir wollen eine Anlehnung an bürgerliche Parteien". An einer andren Stelle: „Die Revisionisten sagen, daß die Partei sich bequemen müsse, sich mit benachbarten Parteien zu vereinigen, um mit ihnen zusammen eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden." Und weiter: „Die Revisionisten haben die Einbildung, die liberale Bourgeoisie werde uns die Kämpfe für die primitivsten Rechte des Proletariats abnehmen, indem sie in einem großen Aufschwunge zum Siege gelange." Das sei ein Aufgeben des Klassenkampfes — quod erat demonstrandum". Jawohl Parteigenossen, das wäre es in der Tat und es hat mich gefreut, daß endlich

diese Formel so rein gefunden worden ist, weil man damit doch endlich aus den Allgemeinheiten heraus und zu etwas Greifbarem kommt. Nun frage ich Sie und bitte um eine Antwort darauf: Wo und von wem ist irgend einer dieser Grundsätze in Deutschland und für Deutschland befürwortet worden? In meiner Münchener Rede habe ich über die bürgerliche Linke gesagt: „Praktisch ist die Lage heute die, daß für den bürgerlichen Liberalismus mit diesen Wahlen die letzte Möglichkeit auf Zurückgewinnung des verlorenen Einflusses vorüber ist. (Hört! hört!) Das soll nicht heißen, daß für die wirklich freigesinnten Elemente des Bürgertums, soweit dieselben nicht bereits in das Lager der Sozialdemokratie übergegangen sind oder noch weiter übergehen, gar keine Aufgaben mehr vorhanden wären. Und uns Sozialdemokraten könnte es nur freuen, wenn jene (die wirklich freigesinnten Elemente des Bürgertums) sich aufraffen und wenigstens im Kampfe gegen die Reaktion auf politischem und geistigem Gebiete mit uns wetteifern würden; aber im übrigen müßten sie sich klarmachen, daß die Dinge sich in Deutschland offenbar ähnlich wie in Belgien abspielen würden und daß der Vorkampf der Opposition fortan der Sozialdemokratie gehört, an deren Seite und unter deren Führung die Linksliberalen zu handeln haben würden." Das ist das einzige, was ich über diese Frage jemals geäußert habe. Und ich wiederhole die Forderung, daß man, wenn man uns einen politischen Tendenzprozeß schlimmster Art machen will, (Sehr richtig! und große Unruhe), uns dann doch wenigstens einige Beweise bringt.

Ebenso unglaublich wie das, was Kautsky nach dieser Richtung geleistet hat, sind die Ideen, die er über das fernere Vorgehen innerhalb der Partei geäußert hat, früher schon und jetzt noch. Zuletzt hat er sich dahin geäußert, die Kritik müsse für eine Zeit eingestellt werden, das Anzweifeln der augenblicklich herrschenden Meinung, der Taktik müsse aufhören. (Große Unruhe. Hört! hört!) Das „Anzweifeln!" — wirklich dies Wort! Ich habe es mir gemerkt, weil es mich an die Religionsstunde in der Jugend erinnert hat. (Zuruf: Ist das wörtlich? Große Unruhe.) „Das Anzweifeln muß zurückgestellt werden!" Suche Dir selber die Stelle heraus! (Bebel: Aha! Zuruf: „Zurückgestellt" steht da!) Also, die Meinungsfreiheit soll nicht verboten, sondern vertagt (Sehr gut! Heiterkeit und fortdauernde Unruhe), die Kritik nicht abgeschafft, sondern nur für eine Zeitlang eingestellt werden! (Zuruf: Zurückgestellt!) Das ist, so weit ich deutsch verstehe, dasselbe! Ja, das können Sie beim Papst und in der Kirche auch haben. (Vielfache Rufe: Sehr gut! und Unruhe.) Da ist auch die Bibelkritik nur eingestellt, bis der Papst selbst ihre Berechtigung anerkennt und eine Kommission einsetzt, die die Sache untersucht; dann kann auch kritisiert werden, bis die neue Lehrmeinung festgesetzt wird.

Nein, Parteigenossen! Das Recht der Meinungsfreiheit, der Kritik existiert entweder ganz, ohne Vorbehalt oder gar nicht. (Sehr richtig!) Sonst gehts wie beim heutigen Staat, bei dem die Denkfreiheit und Lehrfreiheit auf dem Papier steht, aber in der Praxis mit Anstand geübt werden muß, damit kein öffentliches Aergernis erregt wird! (Unruhe.) Nein, so haben wir nicht gewettet und es ist einfach beschämend, daß eine solche Ansicht in Bezug auf die Sozialdemokratie nicht nur ausgesprochen, sondern auch nur gedacht werden konnte. (Sehr richtig!) Denn wenn es eine Wesensgrundlage, eine Lebenswurzel der Sozialdemokratie giebt, so ist es die absolute Freiheit des Denkens, des Forschens, der Untersuchung der Grundsätze, der Ziele wie der Taktik! Wer da auch nur die geringste Einschränkung machen will, der will die Partei aus einer großen Kulturbewegung zu einer Sekte machen! (Sehr gut!) Gewiß würde eine Bewegung von der Größe der sozialdemokratischen auch dann noch eine Zeitlang äußerlich sehr imposant dastehen, ja vielleicht in den Augen der Gegner noch imposanter sein, weil sie von einer völligen, uniformen Einheitlichkeit der Meinung wäre. Aber die notwendige Folge wäre die Verknöcherung der Partei

(Sehr richtig!), die Absperrung jedes frischen Luftzuges und dadurch der weiteren Entwicklungsmöglichkeit. Dann müßte man aber auch vor allem aus unsrem Namen das Wort „demokratisch" streichen (Bebel: Jawohl, wenn es dahin käme!) und darauf verzichten, selbständige, freie, mit warmem Blut begabte Menschen zu gewinnen und zu behalten. (Bebel: Du siehst selbstgeschaffene Gespenster!)

Singer (unterbrechend): Ich bitte, die Zwiegespräche zu unterlassen! (Zuruf: Sag's Bebel!)

Vollmar (fortfahrend): Denn das sage ich Ihnen: wenn man mir einen Maulkorb zumutet, dann ist es mir ziemlich gleichgültig, ob es ein polizeilicher, ein kirchlicher oder ein sogenannter demokratischer Maulkorb ist. (Beifall und Zischen.) Das wäre mir wahrlich der Mühe wert, mein Leben einzusetzen. (Bebel: Leben einzusetzen? Wo?!) Nun, opferst Du etwa nicht Dein Leben der Partei, stellst Du Dein Leben nicht in den Dienst der Partei? (Bebel: Davon rede ich ja gar nicht!) Und glaubst Du, das tun andre nicht auch? — Also ich sage: das wäre mir wahrlich wert, das ganze Sein einzusetzen und zu kämpfen, alte Autoritäten umzustürzen, bloß um einen neuen Götzen an ihre Stelle zu setzen! Dazu könnten sich keine bewußten Sozialdemokraten, sondern nur Fanatiker bereit finden! (Bebel: Sehr richtig!) Wo aber eine solche Gefahr auch nur entfernt auftaucht, muß sie genau bezeichnet werden!

Damit komme ich zu der Resolution. Ueber den ersten Punkt habe ich nichts zu sagen. In dem Augenblick, wo die Partei entschieden hat — was sie ohnehin bereits getan hat — ist die Sache erledigt.

Nun kommen die Sätze über die „revisionistischen Bestrebungen". Was heißt das? Mit solchen vagen Begriffen vermag ich nichts anzufangen. Was mich betrifft, so habe ich mich sicherlich weder jemals als einen Bernsteinianer noch einen Bebelianer bezeichnet, ja nicht einmal einen Marxisten genannt; ich habe keine Neigung und Talent zu solchem „Isten" und „Anern" — mir genügt vollkommen, daß ich Sozialdemokrat bin. (Sehr gut!) Ich halte also diesen Ausdruck für eine Verkehrtheit, wie überhaupt die ganzen Sätze ein Popanz sind, die sich der Verfasser zurecht gemacht hat, um auf ihn schlagen zu können. Die revisionistischen Bestrebungen sollen darauf hingehen, unsre bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unsrer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt." Wann und wo haben ich oder einer meiner Freunde jemals eine derartige Forderung vertreten? Niemals und nirgends, und was mich betrifft, so ist gerade in meiner Münchener Rede auf das allerdeutlichste von der Eroberung der politischen Gewalt durch die Sozialdemokratie die Rede.

Dann kommt Satz drei: „Die Folge einer derartigen Taktik wäre" usw. Ja freilich: wenn die konstruierten Bestrebungen vorhanden und wirksam wären, so wäre die Folge natürlich eine schlechte. Nur daß sie eben in Wirklichkeit nicht vorhanden sind.

Und endlich Absatz vier: „Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern." Das ist schon ein Rückzug gegenüber jenen Aeußerungen, die ich Ihnen aus Kautskyschen Schriften vorgetragen habe. Aber ich frage hier wieder: Wer hat diese Forderung erhoben? Ich weiß niemand.

Parteigenossen, ich halte hiernach die drei Absätze über den Revisionismus für außerordentlich verkehrt, weil ich niemand weiß — jedenfalls bin ich's nicht —, der jemals etwas von dem hier Behaupteten vertreten hätte, und weil ich deshalb einen „Revisionismus", auf den diese Schilderung paßte, überhaupt nicht kenne. (Sehr richtig!) Wenn ich ein Aesthetiker wäre, so müßte ich deshalb von dieser Resolution wegen ihrer Schönheitsfehler sagen: „Absolut unannehmbar", aber im praktischen

politischen Leben urteile ich nicht nach ästhetischen Grundsätzen, sondern nach andren Gesichtspunkten. Und da sage ich nur: Zwar halte ich das ganze für falsch, aber eben darum trifft es mich auch nicht. Und wenn es nun einer großen Menge der Parteigenossen eine Beruhigung gewähren kann, Grundsätze, die ich als existent gegenwärtig gar nicht kenne, von denen die Verfasser aber annehmen, daß sie vielleicht irgendwann einmal zum Vorschein kommen könnten und denen sie darum schon im vornherein „einen Riegel vorzuschieben" gedenken, — so würdige ich diese Ansicht und will ihr nicht entgegen sein. (Hört! hört!) Ich glaube, nach den Grundsätzen der parlamentarischen Interpretation wird niemand etwas gegen einen solchen Standpunkt einwenden können.

Im letzten Satz gefällt mir allerdings die Resolution gar nicht. Die Verfasser scheinen so außerordentlich geschäftig gewesen zu sein, Begriffsbestimmungen für den Revisionismus, die sich überhaupt nicht finden lassen, zu finden, daß ihnen da, wo für die Partei das wichtigste Stück gekommen ist, die Kraft ausgegangen ist. Denn anders kann ich mir es nicht vorstellen, daß der ganze Absatz derart wortreich, aber inhaltsarm gediehen ist. Mir, dem bösen „Gemäßigten" (Heiterkeit), ist dieser Absatz durchaus nicht radikal genug. (Sehr gut! Heiterkeit.) Besonders stört mich, daß, nachdem man einen großen prinzipiellen Anlauf genommen, man über die hochwichtigen sozialpolitischen Fragen weiter nichts zu sagen weiß, als daß wir „die Interessen der Arbeiterklasse" zu vertreten" haben, das blasseste Wort, das zu denken ist, und das wir unter dem Sozialistengesetz angewendet haben, wenn wir die Auflösung einer Versammlung befürchtet haben. Bebel tat eben erstaunt darüber, daß ich auf einmal radikal sei. (Bebel: Ganz mißverstanden! Du wärest ja dann nur, was Du früher warst!) Nun, im Französischen giebt es ein Sprüchwort: „On est toujours le réactionnaire de quelqu'un." Das heißt: Es giebt immer einen Menschen, der über einen hinausgeht, der noch konservativer oder auch noch radikaler ist, und keiner soll sich einbilden, daß er innerhalb einer Partei auf der äußersten Rechten oder auf der äußersten Linken steht. So kann man sich in Bezug auf verschiedene Dinge bald auf diese, bald auf jene Seite stellen. Wie ich denn in der Tat keine einzige Gelegenheit zu nennen wüßte, wo im Reichstage in der praktischen Politik die sogenannten Revisionisten auf der einen Seite, die „Radikalen" auf der andern Seite gestanden hätten (Hört! hört!), sondern stets war eine Mischung vorhanden. Bebel wird mir bestätigen, daß mehr als einmal er und ich einer Meinung gewesen sind und zusammen gegangen sind, bald gegen links, bald gegen rechts. (Vielfache Rufe: Hört! hört!) Da können Sie sehen, daß der Revisionismus nichts als Popanz ist.

Merkwürdig ist auch, wenn man jemandem wie Kautsky, der nicht müde wird andre als Opportunisten anzugreifen, plötzlich selbst auf den Pfaden des Hyperopportunismus begegnet. In einem seiner letzten Artikel in der „Neuen Zeit" widerrät er, für eine Neueinteilung der Reichstags-Wahlkreise einzutreten, weil sonst das Wahlrecht in Gefahr kommen könnte. (Hört! hört!) Wir stellen in allen Wahlversammlungen das jetzige Unrecht der Wahlkreiseinteilung als eine Schande hin und haben die Aenderung dieser Einteilung im Reichstage immer und immer wieder beantragt; ja wir würden jetzt geradezu unser Recht aufgeben, wenn wir, wo wir im Reichstage unsre neue Macht zeigen wollen, auf einmal diese Forderung ganz in die Tasche stecken wollten. (Bebel ruft: Selbstverständlich kann davon gar keine Rede sein.) — Gut, aber Kautsky hat es vorgeschlagen. (Bebel: Ich stimme Dir bei.) Und es ist doch bezeichnend, daß Leute, die hinter jeder Aeußerung von uns ein Abschwächen der Gegensätze sehen, uns angesichts unsrer neuen Machtstellung solche Vorschläge machen. (Sehr gut!)

Ich bin am Ende. Wenn Sie ein Urteil aussprechen wollen über ein Ding, das Ihnen nicht gefällt, das Sie Revisionismus nennen, dessen Begriff

Sie nach meiner Meinung völlig unzutreffend bestimmen, und über Grundsätze, die Ihnen verderblich erscheinen und die ich ebenfalls für verderblich halten würde, falls sie existieren würden, so ist das eine Sache für sich, die mit der Annahme der Resolution sachlich erledigt ist.

Anders natürlich wäre es, wenn es Ihnen um persönliche Zwecke zu tun sein sollte. Ich unterstelle nicht mit einem einzigen Worte den Verfassern der Resolution — ich gebe Ihnen mein Wort darauf — daß sie derartige Zwecke verfolgen. Dergleichen geht nicht aus der Resolution hervor und darf auch infolge dessen nicht hineininterpretiert werden. Wohl aber ist in den letzten Tagen, von dem ersten Moment meines Eintretens in diesen Saal an, mir von verschiedenen Seiten gesagt worden: es bestehe irgendwo die Absicht, eine solche Fassung zu finden, daß sie bestimmten Personen unannehmbar würde. (Hört! hört! Große Unruhe und lebhafte Zurufe.) Eine ganze Reihe von Genossen hat das direkt gehört und uns gesagt. Um so besser, wenn es nicht richtig ist! Denn wenn es richtig wäre, so wäre es ganz offenbar, daß es sich in dieser ganzen Frage um keinerlei sachliche Entscheidung handelte, sondern um den Versuch, bestimmte Personen, die einem unbequem sind, hinauszudrängen. (Sehr richtig! Unruhe.) Wer das wollte, der müßte dann aber auch gleich den Mut haben, die Konsequenzen zu ziehen und Namen zu nennen. Er müßte bestimmte Personen anklagen und sie vor die Wahl stellen, sich zu unterwerfen oder das Lokal zu verlassen. Das wäre die richtigste Konsequenz. Dann wüßte man im deutschen Lande, worum es denen, die etwa solche Absichten haben sollten, zu tun ist. Dann wären die Nebel zerrissen und dem Parteitag gezeigt, an welchem Abgrund er steht!

Indessen vermag ich, wie gesagt, in der Resolution eine solche Absicht nicht zu entdecken und habe deshalb nichts mehr weiter hinzuzusetzen, sondern komme zum Schluß.

Parteigenossen! Ich bestreite nicht, daß da und dort Anlaß zu einer gewissen Unzufriedenheit vorhanden sein mag. Ich bin z. B. der Meinung, daß ein großer Teil der Unzufriedenheit daher rührt, daß Genossen, die man früher kaum gekannt hat, sozusagen über Nacht in Ehrensitze gekommen sind; eine Ansicht, die ich bei aller Achtung vor den betreffenden Personen vollkommen teilen kann, weil die Genossen sich mit Recht sagen: bevor einer die Offiziersepauletten bekommt, soll er den gewöhnlichen Truppendienst durchmachen. (Zustimmung.) Freilich kann entgegengehalten werden: Ja, warum stellt ihr denn solche Leute als Kandidaten auf? (Vielfache Zustimmung.) So hat einer unsrer ältesten Wahlkreise eine solche Aufstellung vorgenommen. In meiner Weltabgeschiedenheit oben in den bayrischen Bergen habe ich mir das auch ganz gut vorstellen können, namentlich als ich die Berliner Versammlungsreden gelesen habe. Ich sagte mir: es sind da eine Anzahl von Unzufriedenheiten vorhanden, und das hat sich allmählich gespannt, bis es zu einem Ausbruch kam. Und wo dann die dünnste Stelle ist, da bricht der Kessel durch. Jetzt erscheint es vielen wegen Dingen, die früher als einzelne gar nicht so schlimm erschienen waren, als ob die Partei in Gefahr wäre. Nachdem wir uns nun ausgesprochen haben werden, sollte der Parteitag zu der Ueberzeugung kommen, daß dem nicht so ist, daß die Dinge aufgebauscht worden sind. Ich leugne nicht, daß von beiden Seiten, auch von mir, Fehler gemacht worden sein können — ich bin gar nicht so, daß ich unter allen Umständen recht haben will. (Bebel: Willst Du mir das sagen?) Ach wo, davon bin ich weit entfernt! (Große Heiterkeit.)

Also ich will sagen, daß, wenn die Resolution angenommen wird, alles getan ist, was zur Beruhigung und Klärung gewünscht werden konnte, und daß der Zweck damit erfüllt ist. Ich glaube weiter, daß der Parteitag — im Gegensatz zu dem, was gestern Bebel ausgeführt hat — finden wird, daß zu keiner Zeit in der Partei weniger Anlaß zu einem wirklichen prinzipiellen Streit gewesen ist,

als gerade jetzt, daß vielmehr die Einheit und Einheitlichkeit in der Partei in Wahrheit nicht geringer, sondern größer geworden ist als früher. (Zustimmung und Widerspruch.) Die Partei wird erkennen, daß angesichts der Aufgaben, die jetzt in höherem Maße als je an uns herantreten, es höchste Zeit ist, diesem törichten Brudergezänk Einhalt zu tun (Sehr wahr!), denn wir haben eine Aufgabe vor uns, die alle unsere Kräfte verlangt, für die jede Kraft an ihrer Stelle das richtige wirken kann, so wie es in der Bibel heißt, daß man Gott auf die verschiedenste Weise dienen kann. Man muß in Industrie-Orten anders handeln, als in bäuerlichen Bezirken, im Süden anders als im Norden, aber überall können wir unsere Kräfte redlich gebrauchen und haben uns nur zu bestreben, daß wir einander nicht zuwider, sondern zusammenwirken. Ich meine, der Parteitag wird nach dieser unerquicklichen, aber notwendig gewordenen Aussprache die richtige Entscheidung zu finden wissen, indem er jeden etwa noch auftauchenden Versuch anstatt auf sachliche Weise auf persönliche, verletzende oder vergewaltigende Weise etwas unternehmen zu wollen energisch zurückweist und die Führer von links und rechts auf ihre Posten zurückweist, auf den Posten vor den Feind zum gemeinsamen Kampf! (Lebhafter Beifall.)

Singer teilt mit, daß noch ein Amendement zur Resolution 130 (Antrag 143) eingelaufen sei.

Es liegt der Antrag vor, die Redezeit nunmehr auf 10 Minuten festzusetzen.

Reuber-Solingen spricht für diesen Antrag. Wir haben das pro und contra ausführlich gehört. Es muß allen Genossen die Möglichkeit geschaffen werden, hier auszusprechen, wie ihre Wahlkreise denken. Das ist nur durch Beschränkung der Redezeit möglich.

Kolb-Karlsruhe wendet sich gegen den Antrag. Es fehlte gerade noch, daß uns jetzt die Möglichkeit verschränkt würde, frei auszusprechen, was wir denken, nachdem man uns so lange Zeit vorgeworfen hat, wir hielten damit zurück. Von den vier Tagen, die der Parteitag zusammen ist, hat Bebel bisher allein für sich anderthalb Tage in Anspruch genommen. Wir bleiben da und setzen uns auseinander. Es scheint die Meinung vorhanden zu sein, der Parteitag sei bloß für die Berliner Parteigenossen da. (Lebhafter Widerspruch. Rufe: Wir sind ja gegen den Antrag! (Große Unruhe.)

Singer: Der Parteitag ist um sich selber da. (Bravo!)

Der Antrag auf Zehnminuten-Redezeit wird abgelehnt.

Singer bittet wiederholt um Ruhe, die fortwährenden Störungen aus den Reihen der Mitglieder des Parteitages verhindern ein weiteres Verhandeln.

Ledebour (zur Geschäftsordnung): Angesichts des eben gefaßten Beschlusses kann es nicht zweifelhaft sein, daß wir in dieser Woche nicht fertig werden. Es ist notwendig, jetzt sofort uns darüber schlüssig zu werden, ob wir unsre Verhandlungen in der nächsten Woche fortsetzen wollen, damit die Delegierten ihre Dispositionen treffen können. Ich stelle den Antrag, zu beschließen, die Verhandlungen nach Ablauf dieser Woche am Montag fortzusetzen. Wann wir sie schließen wollen, darüber können wir uns am Montag schlüssig werden. Genosse Kolb irrt, wenn er annahm, daß die Berliner Genossen für die Zehnminuten-Redezeit gewesen sind. —

Singer: Aber die Sache ist ja erledigt, der Antrag ist abgelehnt.

Ledebour: Wir wünschen eine gründliche Aussprache, und die wird nicht einmal bis Sonnabendabend erledigt sein.

Singer: Jetzt ist der unpassendste Moment, darüber zu beschließen, ob wir auch noch am Montag sitzen sollen. Lassen Sie uns doch ruhig weiterarbeiten. Rauben Sie uns doch nicht jetzt die Zeit mit unnötigen Anträgen.

Stücklen-Altenburg bittet den Antrag Ledebour abzulehnen. Bereits am Dienstag fragten die Genossen: Wer hat sich denn zum Punkte „Taktik" gemeldet? und wenn man sie fragte: Sollen wir Sie einzeichnen? dann antworteten die

meisten: Nein wir wollen erst warten, bis sich dieser oder jener vor uns gemeldet hat. (Heiterkeit.) Nun haben sich die kleinen Geister zuerst eingeschrieben und die großen kamen hinterher. (Stürmische Heiterkeit.)

Singer: Einen solchen Unterschied kennen wir nicht. (Erneute Heiterkeit.)

Stücklen: Ich nehme den Ausdruck zurück.

Der Antrag Ledebour wird abgelehnt.

Die Mittagspause tritt ein. — 12¾ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Beginn 3 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

In der wieder eröffneten Diskussion über Punkt 4 erhält das Wort **Kolb**-Karlsruhe: In der heute hier verteilten Nummer der „Leipziger Volkszeitung" ist ein Artikel zu lesen mit der Ueberschrift: „Parteimoral". Hierin heißt es:

„Bisher hat man als die beliebtesten geistigen Waffen der Revisionisten die gegenseitige Lobhudelei und Beweihräucherung kennen gelernt. Jetzt scheint das Arsenal des Revisionismus durch einige neue Stücke bereichert werden zu sollen: die Denunziation und die Ehrabschneiderei. Bisher hatte man sich damit begnügt, sich selbst mit Lobeshymnen auf seine eigne höhere Einsicht zu feiern und die gegnerische Richtung als starre Dogmatiker und fanatische Marxisten zu verhöhnen; jetzt geht man dazu über, den guten Glauben der Andersgesinnten und ihre Motive zu verdächtigen und sie durch „Enthüllungen" aus ihrer Vergangenheit mundtot zu machen."

Und an anderer Stelle heißt es:

„Der Schwerpunkt der bisherigen Verhandlungen des Parteitages liegt nicht in dem „Fall Mehring", sondern in der Parteimoral, die von einzelnen Vertretern des Revisionismus betätigt worden ist. Hier kann nicht durch Parteitagsbeschlüsse und Resolutionen Wandel geschaffen werden; hier kann nur eine öffentliche Kennzeichnung des frivolen Treibens vereinzelter Parteiverderber helfen, das das gesamte Parteileben zu korrumpieren droht."

Der Artikel ist unterzeichnet G. J. — Gustav Jaeckh. Wer ist dieser Gustav Jaeckh? Ist er berufen, in dieser Weise vorzugehen . . .

Singer: Ich will nicht untersuchen, ob der Redner mit seiner Vermutung über den Verfasser recht hat. Genannt ist er jedenfalls nicht, und wir haben keinen Anlaß, uns weiter damit zu befassen.

Kolb: Dann will ich von diesem Artikel absehen. Aber ich weiß, daß Gustav Jaeckh wiederholt in Artikeln auf das schärfste Stellung genommen hat zu den Parteigenossen, die als sogenannte Revisionisten gelten; er ist das ganze Jahr auf der Patrouille, um zu fahnden, wem mangelhafte Prinzipienfestigkeit nachzusagen ist. Nun, Gustav Jaeckh war bei uns in Baden Redakteur und er war Revisionist. Dann ging er nach Stuttgart und arbeitete an einem bürgerlichen Blatt mit, in dem er fortgesetzt den „revisionistischen" Standpunkt verfochten hat, ja er ging noch weiter: er verleugnete prinzipielle Forderungen der Partei. In einer Erklärung in der „Leipziger Volkszeitung" hat Jaeckh behauptet, daß der „Karlsruher Volksfreund" verschiedene Artikel von ihm abgedruckt und ihn wiederholt aufgefordert habe zur Mitarbeit. Ich konstatiere, daß das nicht wahr ist. Ich habe nur einen Artikel von Jaeckh veröffentlicht. Wie Jaeckh aber schon in Leipzig war, hat er mir noch einen Artikel für die Budgetbewilligung angeboten. (Hört! hört!) Ich habe verschiedentlich moniert, daß er den Artikel nicht schickte, aber dann nicht mehr moniert, weil ich sah, wie Jaeckh in Leipzig schnell seine Ansicht änderte. Noch am 2. März 1901 hat der Mann direkt gegen die Partei geschrieben; ich führe dies nur an, um zu zeigen, wie wenig diese Leute berufen sind, jetzt den Zionswächter zu spielen. Das geschah in Stuttgart, wo zur Zeit der Kohlennot im Gemeinderat von unsern Genossen der Antrag

gestellt wurde, der Gemeinderat möge an die armen Leute Coaks zu billigem Preise abgebe. Jaeckh war dagegen und schrieb, wenn heute der Stuttgarter Gemeinderat eine sozialdemokratische Mehrheit bekäme, so würde entweder alles beim alten bleiben oder es würden auf Kosten der Allgemeinheit kostspielige Experimente gemacht werden. Dasselbe gelte, wenn die Sozialdemokratie im ganzen die Macht bekäme. Entweder es bliebe dann wie vorher, oder es müßte mit beispielloser Verschwendung von Kraft und Mitteln eine neue Organisation des Produktions- und Verteilungsprozesses geschaffen werden, wobei es mehr als fraglich sei, ob der Organismus solch eine Neuordnung überhaupt vertragen kann. (Hört! hört!) Es sei eine politische Kinderkrankheit in Deutschland, von den öffentlichen Institutionen die Lösung von Aufgaben zu verlangen, welche der Natur der Sache nach der privaten Initiative vorbehalten sein sollten. (Hört! hört!) Als Jaeckh das schrieb, war er Parteimitglied, und kurze Zeit darauf kam er an die „Leipziger Volkszeitung", um den Kampf gegen die Revisionisten aufzunehmen. (Zuruf: Feine Familie!)

Nun zur Sache! Seit Wochen ist ja für diesen Parteitag die entscheidende Abrechnung angekündigt worden. Ich bestreite aber ganz entschieden, daß in der Partei überhaupt solche Revisionisten vorhanden sind, wie man sie sich hier vorstellt. Der ganze Streit ist nichts andres als ein Streit um die Frage, ob ungelegte Eier ausgebrütet werden dürfen. Es handelt sich um nichts als eine theoretische Katzbalgerei, die für die gegenwärtige praktische Arbeit gar keine große Bedeutung hat. Wie wenig Klarheit über den Begriff des Revisionismus besteht, beweist ja die Resolution. Welche Verwirrung da herrscht, habe ich noch vor einigen Tagen gesehen. Ich hatte da zu einem badischen Genossen gesagt, er solle doch nicht so radikal tun, er hätte ja eben erst bei den Offenburger Gemeindewahlen ein Kompromiß abgeschlossen. Der Genosse war darüber sehr entrüstet, er warf mir vor, ich hätte die Unwahrheit gesagt. Die Sache liegt so: In Offenburg hatten vor den Gemeindewahlen die Sozialdemokraten mit den Demokraten und Nationalliberalen ein Kompromiß geschlossen. Infolge dieses Kompromisses kamen 15 Genossen in das Stadtverordneten-Kollegium und zwei unsrer Genossen in den Gemeinderat. Die drei Parteien hatten gleichlautende Listen für die Wahl aufgestellt. Ich konnte also wohl behaupten, daß ein Kompromiß abgeschlossen worden sei. Zu allen Zeiten hat es in der Partei Revisionisten gegeben, d. h. Leute, die über einzelne theoretische und manchmal auch taktische Fragen eine besondere Auffassung hatten. Nur hat der Streit bisher nie solche Formen angenommen wie jetzt. Je größer die Partei wird, desto mehr werden auch diese Diskussionen in die Erscheinung treten, die Hauptsache ist nur, daß man nicht in jeder Meinungsverschiedenheit einen Prinzipienverrat wittert.

Nun zur Vizepräsidenten-Frage! Es hat geheißen, diejenigen, die im Sinne Bernsteins sich ausgesprochen hätten, hätten auf einmal gebremst, als sie sahen, daß es in der Partei lichterloh brannte. (Sehr richtig!) Nein, das ist nicht wahr. Ich habe von Anfang an die Frage als außerordentlich unwichtig bezeichnet. Um was es sich für mich handelte, das war die Art, wie man glaubte, die Ablehnung der Bernsteinschen Forderungen begründen zu müssen. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit an den Artikel des „Vorwärts" über die Taktik. Ich habe den Eindruck, als steckte hinter diesem Artikel ein Stück Bosheit. Es wird darin geschildert, wie auch in früheren Jahren immer derselbe Spektakel erhoben wurde, wie heute, wenn es sich um eine Aenderung der Taktik handelt. Was z. B. in der Berliner Resolution über die Beteiligung an den Gemeindewahlen gesagt ist, das ist genau dasselbe, was heute gegen die Vizepräsidenten-Frage vorgebracht wird. Die Vizepräsidenten-Frage ist an sich eine sehr untergeordnete. Wenn man erklärt, daß man den Posten besetzen will, dann darf man nicht um die Formen einen solchen Spektakel anfangen. Wir haben uns bisher niemals

an der Form gestoßen und werden das hoffentlich auch in Zukunft nicht tun. Nun wird gesagt, es sei ein großer Unterschied, ob die Form gesetzlich vorgeschrieben sei, oder ob wir uns freiwillig fügen. Ich behaupte, wir fügen uns gar nicht freiwillig. Denn ob das Gesetz uns etwas vorschreibt oder die Mehrheit, das kommt in der Praxis auf dasselbe heraus. Ein Zwang ist es unter allen Umständen. Das giebt sogar Parvus in seinem neuesten Artikel zu.

Was nun die Frage der Taktik betrifft, so reduziert sie sich auf die Formel: wie und auf welche Weise erringen wir die politische Macht. Es ist ja nicht nur eine Erscheinung in der deutschen Partei, sondern eine internationale Erscheinung. In allen Ländern haben wir die Revisionisten und Antirevisionisten. Es besteht eine verschiedene Auffassung über den Gang der Entwicklung. Für das, was wir im Augenblick zu tun haben, aber hat dieser Streit nicht den Wert, daß wir uns in jedem Jahre auf den Parteitagen damit unsre Zeit wegnehmen. Kautsky hat in einem Artikel nach der Wahl die Frage aufgeworfen: Was nun? Ich habe mich vergeblich gefragt, wo denn die Antwort auf diese Frage ist. Das was Kautsky auseinandersetzt, ist rein theoretisch, aber für das, was jetzt im Reichstage zu tun ist, hat er keine Antwort gegeben. Er sagt, ob die Regierung einlenkt oder nicht, ist ganz gleichgültig, wir werden unter allen Umständen siegen. Ja, um diese Antwort zu geben, brauchte man den Artikel nicht zu schreiben. Es ist charakteristisch für die Auffassung von Kautsky, daß er uns eine derartige negative Antwort giebt. Ich habe auf den Artikel erwidert und nun sagt Kautsky, ich hätte einmal klargelegt, was die Revisionisten wollen. Um aber zu solcher Behauptung zu kommen, hat er einen Saltomortale vornehmen und das Gegenteil von dem herauslesen müssen, was ich geschrieben habe. Ich habe nicht geschrieben, daß wir eine neue Taktik brauchen, sondern daß wir auf dem Boden der bisherigen Taktik stehen. In letzter Linie ist der Streit ein Streit um die Frage, ob wir die Kautskysche Zusammenbruchstheorie oder die Entwicklungstheorie von Bernstein akzeptieren wollen. In der Praxis kommt das nicht in Betracht, in der Praxis haben wir uns immer auf den Boden der Entwicklungstheorie gestellt. Ich habe mit Interesse die revisionistische Rede von Vahlteich gelesen, die dieser vor einigen Monaten in Leipzig gehalten hat, aber auffallenderweise hat man nie etwas davon gehört, daß der Mitbegründer der Partei auch ein Revisionist sein soll. Vielleicht hat die „Leipziger Volkszeitung" nur darum keine Konsequenzen gezogen, weil man sich sagte: Ach, der wird uns nicht gefährlich, der geht ja doch wieder nach Amerika! Der Revisionismus ist ein Gespenst, das in Wirklichkeit noch niemals existiert hat, es ist dasselbe wie der Richtersche Zukunftsstaat, der erst konstruiert werden mußte, um dann auf den angeblichen sozialistischen Zukunftsstaat loshauen zu können. Die sogenannten Revisionisten stehen auf dem Standpunkt, daß das Ziel unsrer Bestrebungen das Resultat einer organischen Entwicklung sein wird, daß wir alle Kräfte anstrengen müssen, um Einfluß zu gewinnen und nach und nach ans Ziel zu kommen. Kautsky steht auf demselben Standpunkt, er meint aber, was wir erreichen wollen, kann nur dadurch erreicht werden, daß der kapitalistische Staat zusammenbricht, er meint, es m u ß zu einem Zusammenbruch kommen. Wir dagegen sagen, es braucht nicht dazu zu kommen. (Lebhafte Zurufe: Da haben wir es ja!) Ja gewiß, darum dreht sich der ganze Streit. (Ruf: Na also!) Haben nicht alle unsre Führer erklärt, wir wollen auf gesetzlichem Wege das Ziel erreichen? Immer und immer wieder betonen wir das. Aber dann müssen wir auch den Mut haben, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Wir dürfen nicht sagen, es m u ß zum Zusammenbruch kommen, denn wenn es zum Zusammenbruch kommen m u ß, dann muß auch der Augenblick kommen, wo die Gewalt entscheidet und nicht das Gesetz. Im Gegensatze zu Kautsky stehe ich auf dem Standpunkte, daß wir schon lange mitten in der sozialen Revolution stehen, daß sie sich vor unsren Augen vollzieht und daß es unsre Aufgabe ist, diese soziale Revolution zu beschleunigen. Wer recht hat, das

wird die Zukunft lehren. Jedenfalls wünscht wohl jeder von uns, daß wir auf gesetzlichem Wege unser Ziel erreichen können. Kautsky sagt, wir können die politische Macht nicht erschleichen, sondern wir müssen sie erobern. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ich stehe ganz auf demselben Standpunkt, wir müssen sie erobern, es kommt nur darauf an, was man unter dem Wort „erobern" versteht. (Rufe: Aha!) Wenn es einmal dahin kommt, daß einer unsrer Genossen in die Regierung berufen wird, dann ist das kein Erschleichen der politischen Macht, sondern dann haben wir den Posten erobert, denn wir bekommen ihn nicht, wenn die Gesellschaft nicht gezwungen ist, ihn uns zu geben. Wir bekommen von der herrschenden Gesellschaft überhaupt nichts freiwillig, wir müssen alles erobern, auch was wir bisher erhalten haben, das haben wir erobert. Es handelt sich nur um einen Streit um Begriffe. Liebknecht hat in einem nach seinem Tode vom „Vorwärts" veröffentlichten Fragment zwei Eventualitäten bezeichnet, unter denen wir die Posten besetzen können.

Er sagt, entweder erfolgt ein Krach durch irgend einen Krieg, wo der ganze Bankrott der herrschenden Gesellschaft elementar in die Erscheinung tritt, dann werden wir wahrscheinlich die ganze politische Macht bekommen. Oder aber, sagt er, die herrschende Gesellschaft sieht ein, daß sie sich auf einem sehr gefährlichen Wege befindet, sie lenkt ein, und dann wird einer der unsrigen in die Regierung berufen und speziell mit der Regelung der Arbeiterverhältnisse betraut werden müssen. Wenn Liebknecht das schreiben durfte, dann darf es ein andrer wohl auch noch. Es schadet wahrhaftig der Partei nicht, wenn man über derartige Fragen diskutiert, im Gegenteil, es kann ihr nur nutzen, denn dadurch wird Aufklärung verbreitet. Praktisch ist die Frage gegenwärtig von keiner Bedeutung, aber sie wird mit der Zeit von Bedeutung werden, denn wir stehen doch alle auf dem Standpunkt, daß wir mit unsrer fortgesetzt gesteigerten Macht etwas erreichen. Wenn wir fortgesetzt die Eigentumsformen durch unsre Tätigkeit verändern, so wird nach Marx mit der Zeit auch nach und nach der politische und soziale Ueberbau der Gesellschaft sich ändern. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, das hier eingebrachte Amendement abzulehnen, denn wir wollen doch keine Resolution annehmen, die für die Gegenwart ohne jede Bedeutung ist. Wie die Dinge in Zukunft sich gestalten werden, wissen wir ja nicht. Haben wir es denn nötig, jetzt schon festzulegen, daß wir niemals innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft an der Exekutivgewalt uns beteiligen werden? Darüber sind wir doch nicht kompetent, zu beschließen, was die machen, die mal, in 40 oder 50 Jahren in unsrem Sinne arbeiten. (Sehr richtig!) Ist es richtig, daß der Zusammenbruch kommen muß, dann ist unsre bisherige bewußte Taktik nicht die richtige. Wenn der Zusammenbruch kommen muß, dann arbeiten wir auf den Zusammenbruch hin, und nicht auf den sukzessiven Aufbau der sozialistischen Gesellschaft; dann muß das Gegenwärtige niedergerissen werden, um etwas aufzubauen und dann hätte Genosse Friedeberg mit seiner Empfehlung des Generalstreiks recht. (Sehr richtig! Rufe: Hat er auch!) Das ist die Konsequenz der Theorie von Kautsky. Der Revisionismus ist gar nichts anderes, als unsere bisherige bewährte Taktik. Dafür ist ja die Resolution der allerbeste Beweis. Nachdem man jahrelang gegen den Revisionismus gekämpft hat, mußte man einen künstlichen Revisionismus konstruieren und diesen bekämpfen. Keiner von uns will eine Revision der Grundsätze der Partei, im Gegenteil, wir wissen, daß diese Grundsätze wahr und echt sind, wir wollen auf dem Boden dieser Grundsätze weiter kämpfen.

Gestern nachmittag hat der Agitator der sozialdemokratischen Partei gesprochen und heute morgen der Politiker. (Lautes Gelächter.) Der Agitator, der schon so glänzende Erfolge erzielt hat, gestern war er kein glänzender Agitator, gestern hat er eine Rede gehalten, an der wir jahrelang zu knacksen haben werden. (Lebhafter Widerspruch. Gelächter. Zustimmung.) Gestern hat

er den Gegnern eine Masse Knüppel geliefert, die sie uns bei jeder Gelegenheit zwischen die Beine werfen werden. (Sehr richtig! Rufe: Bernstein etwa nicht?) Er hat sich darüber beschwert, daß die Führer der Revisionisten sich nicht dagegen verwahren, wenn sie von Gegnern gelobt werden. Das ist ganz nebensächlich, denn dies Lob wird uns in der Agitation nie vorgehalten, wohl aber bei jeder Gelegenheit Zitate von Bebel und Kautsky. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Bebel hat dann wieder auf die Süddeutschen eingehauen und gemeint, da unten sei alles versumpft, die Kerle trinken zu viel Bier und Wein, die kommen gar nicht dazu, nüchtern zu denken, sie sind sozialdemokratische Spießbürger. (Bebel: Das habe ich nicht gesagt.) Nein, aber es mußte so aufgefaßt werden. (Zubeil: Ihr könnt auch mehr vertragen!) Ja wohl, Genosse Bebel, Sie haben uns daran gewöhnt, sehr viel herunterzuschlucken. (Große Heiterkeit.) Der Vorwurf gegen die Süddeutschen war angesichts unsrer Erfolge nicht berechtigt. In Berlin oder in Industrieorten zu agitieren, ist keine große Kunst, aber in Gegenden, wo die ökonomischen Verhältnisse noch nicht weit vorgeschritten sind, da ist das etwas andres. Wenn wir in Süddeutschland trotzdem solche Erfolge haben, dann soll man doch nicht immer die Norddeutschen als die Musterknaben hinstellen. (Ruf: Tut ja niemand!) Gerade wir in Baden haben unsre Pflicht und Schuldigkeit getan. Die „Schwäbische Tagwacht", die sich ja immer an Bebels Rockschöße hängt, um auf die Revisionisten loshauen zu können, hat uns den Vorwurf der Verflachung gemacht Darauf haben wie nachgewiesen, daß in Baden der prozentuale Zuwachs unsrer Stimmen größer war als im Durchschnitt des Reichs, und speziell im Verbreitungsbezirk des „Volksfreund" war er noch größer. Wir fragten, ob etwa der Sieg in Karlsruhe wo diese Revisionisten unter den ungünstigsten Umständen den Bassermann niedergeschlagen haben, Verflachung ist. Da erwiderte dann die „Tagwacht", das sei ein glänzender Sieg, aber er sei errungen trotz des „Volksfreund". Bebel hat in Bezug auf unberechtigte Vorwürfe mehr als einmal gesündigt. In Lübeck sagte er, die Badenser gehörten in einen Sack und in den Bodensee. (Bebel: Wollen Sie mir die Stelle zeigen!) Es ist im Protokoll gestrichen. (Bebel: Es ist nicht gesagt worden!) Ich werde im Karlsruher „Volksfreund" nachsehen; der große Bericht hatte es ursprünglich, aber es ist gestrichen. (Bebel: Ich streiche nie so etwas!) Bebel hat damals auch gesagt, er werde nach Baden kommen und dann würden wir unser blaues Wunder erleben. Nun, er kam, aber das blaue Wunder blieb aus. Die Verhandlungen verliefen ganz ruhig. In München erklärte Bebel bei Gelegenheit eines von uns gestellten Antrages geheimnisvoll, er wisse von den Badensern noch ganz andres, ich ging zu ihm und bat ihn um Aufklärung. Er sagte, ich sei damit nicht gemeint. Darauf forderte der Karlsruher Wahlverein Bebel wiederholt auf, zu sagen, was er bei dieser Aeußerung im Auge gehabt habe. Er weigerte sich und erwiderte schließlich ganz ärgerlich, was uns denn eigentlich einfalle, er lehne eine Antwort ab! Bebel sprach gestern auch von den Arbeiter-Revisionisten, die in gehobene Lebenslage gekommen sind. Bebel weiß offenbar nicht, welche Folgen das hat. Diese Arbeiter-Revisionisten und überhaupt die Arbeiter-Angestellten haben sehr schwer mit dem Neide vieler Genossen zu kämpfen. Wenn nun der erste Führer der Partei in dieser Weise von diesen Genossen spricht, so ist es für jeden proletarischen Neidhammel — und es giebt deren eine Masse —, leicht gemacht, gegen diese Genossen zu hetzen. Derartige Dinge sollte man doch endlich unterlassen. Damit wird einfach Stimmung gemacht. Es ist auch, glaube ich, nicht richtig, daß die Revisionisten die Fühlung mit dem Volke verloren hätten. Ich habe im Gegenteil beinahe den Eindruck gewonnen, daß Bebel die Fühlung mit den Massen verloren hat. (Großes Gelächter. Zuruf: Neueste Revision!) Damit stellt man die Fühlung mit dem Volke noch lange nicht her, daß man in Versammlungen spricht, in denen immer Tausende sind, sondern damit, daß man jeden Tag unter ihnen steht in

den Gewerkschaften und Genossenschaften, wo man die Arbeiter in ihren Vorzügen und Fehlern kennen lernt. Dann erscheinen die Arbeiter nicht so ideal, wie Bebel sie hinstellt. (Wachsende Unruhe.) Hören Sie doch bitte auch zu wenn andere reden, und nicht nur wenn Bebel redet. (Zuruf: Wenn Sie vernünftig reden!) Von einigen Berliner Genossen wurden bei allen Rednern, die nicht ihrer Ansicht sind, Störungen hervorgerufen. Das Auftreten von Bebel hat nicht nur bei den Revisionisten, sondern auch bei andren Genossen Bedenken erregt. Was Vollmar darüber sagte, war notwendig. „Wir wollen!" nicht: „Ich will" soll es heißen bei uns. Wie soll nun Göhre jetzt wieder gegen die Gegner kämpfen, nachdem Bebel von ihm behauptet hat: Du bist moralisch tief gesunken! (Große Unruhe!) Welche Wirkung muß es hervorrufen, wenn die Gegner lesen, was Bebel gestern über die Redakteure des „Vorwärts" gesagt hat! Ich weiß nicht, welche Gestalt die Resolution erhalten wird. Für das Amendement kann ich unter keinen Umständen stimmen. Aber für die ursprüngliche Resolution könnte ich stimmen. (Hoffmann-Berlin: Dann muß sie geändert werden!) Ist denn der Parteitag nur für die Berliner da? (Große Unruhe und Zwischenrufe.) Seien Sie doch ruhig; wir haben Sie auch nicht unterbrochen! In der bisherigen Weise kann die Debatte nicht weiter gehen. (Sehr richtig! Große Unruhe.) Daß wir in allen grundlegenden Fragen und in allen Fragen, die für den Gegenwartskampf in Betracht kommen, einig sein müssen, ist klar. Diese Einigkeit ist aber tatsächlich erfunden. Im übrigen tun wir besser, unsre Kräfte zu sammeln, damit wir den Kampf auf allen Gebieten mit Erfolg weiter führen können. (Beifall bei einem Teil der Versammlung. Zischen.)

Stücklen-Altenburg: Die Vertreter des Revisionismus tun immer so, als ob eigentlich gar keine Differenzen vorhanden wären. Aber gerade die Rede von Kolb hat bewiesen, daß doch schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Das zeigen seine Ausführungen gegen die Zusammenbruchstheorie, und ich weiß nicht recht, wie bei diesen Gegensätzen eine Ueberbrückung gefunden werden könnte. Kolb sagt, er könne für die Resolution stimmen. Meines Erachtens würde er aber dann von seinem bisherigen Standpunkt abweichen. (Bebel: Sehr richtig!) Kolb sprach im Gegensatz zu Bebel von dem „Staatsmann" Vollmar. (Bebel: Von dem Politiker, von dem Staatsmann nicht, vorsichtigerweise.) Vollmar ist ein Redner, der sehr zu fesseln versteht, wenn er aber dann auf eine bedenkliche Stelle kommt, wie heute auf die Vizepräsidenten-Frage, dann weiß er sehr schön darum herumzugehen, und hinterher heißt es dann: Wir sind ja ganz einig. Bei den Bayern hat Vollmar allerdings einen sehr großen Einfluß und auch ich verehre ihn hoch, obgleich ich von der bayerischen Taktik durchaus nicht begeistert bin. Wenn aber Bebel damit so unzufrieden ist, dann sollte er nur mal bei seiner nächsten Reise nach der Kißnachter „Sternwarte" in München aussteigen (Bebel: Das kann ich mal tun!), dann wird er denselben Beifall finden wie Vollmar. (Heiterkeit. Zuruf: Ein Beweis, wie einig wir sind!) Und wenn er sich fürchtet, so kann er ja einen zuverlässigen Mann mitnehmen. (Heiterkeit.) Auch früher haben wir uns bekämpft, aber nicht spitzfindig. Wir haben eben eine sehr große Zahl Akademiker in der Partei, die zur Sozialdemokratie kommen, um sich zu retten. Wenn die Leute still hielten und zunächst mal lernen wollten, so wäre es ja gut. Aber diese Leute wollen zunächst mal beweisen, daß der und der Programmpunkt falsch sei; die bürgerliche Presse nimmt natürlich davon Notiz und auf dem nächsten Parteitag haben wir die Debatte. Auf dem Parteitag refüsiert der Betreffende dann einigermaßen, die Einigkeit ist hergestellt, aber der Genosse ist dann ein gemachter Mann, und auf das erste Mandat, das frei wird, glaubt er Anspruch zu haben. Das geht nicht; wer zu uns kommt, der soll nicht die Prätension haben, gleich an die Spitze zu treten, sondern er soll als gemeiner Soldat eintreten. (Sehr richtig!) Ich erinnere an Schoenlank; mit dem habe ich selbst Flugblätter

herumgetragen. Heute sollte man das mal einem neu zu uns kommenden Akademiker zumuten! Wir verlangen das ja auch nicht. Wir müssen natürlich Ausnahmen machen, z. B. mit allen Akademikern, die von der Zeit des Sozialistengesetzes her zu uns gehören, wo es noch keine Lorbeeren bei uns zu erobern gab. Vor den Akademikern aber, die jetzt das große Wort bei uns führen und die Partei revidieren wollen, habe ich keine Achtung. Man kann den Artikel Bernsteins über die Vizepräsidenten-Frage nicht mit der Bemerkung abtun, daß es sich hier um eine Dummheit handle. Ich meine, es muß mit Bernstein einmal ein ganz ernstes Wort geredet werden. Wenn es nicht anders geht, so muß die Lübecker Resolution so verschärft werden, daß ein Ausgleich unmöglich wird. Wenn die Revisionisten sagen: Wir müssen die Gegensätze verkleistern und uns gewissermaßen den Nationalsozialen seligen Andenkens nähern, — so sage ich: Wir haben die Aufgabe, den Klassenkampf weiter zu predigen. Natürlich bei den Reichstagswahlen sind wir einig; es wäre auch noch schöner, wenn wir uns selbst da rauften. Das ist der schwierigste Kampf, der uns dadurch erwächst, daß man die Genossen auf falsche Bahnen zu drängen sucht. Es ist von einer Spaltung gesprochen worden. Es könnte doch höchstens der eine oder andere Revisionist sagen: Ich mache nicht mehr mit. Wenn sie sich dann noch spalten wollen, so haben wir nichts dagegen.

Bei der Wahlagitation war ein Redner, ein Akademiker, sogar so ängstlich, daß er das Wort „Sozialdemokrat" absichtlich vermied und von dem Kandidaten immer nur als von dem Sozialisten und dem Demokraten sprach. (Heiterkeit.) Mich hat das natürlich geärgert, und ich habe zu dem Kandidaten gesagt: Du bist ein Esel, wenn Du Dir das gefallen läßt, wenn Du nicht schreibst: ich bin Sozialdemokrat. Der Sozialist und Demokrat ist übrigens durchgefallen. (Heiterkeit.) Es ist unausbleiblich, daß sich die Differenzen immer mehr vermehren. Bernstein kommt und sagt, es sei nicht so schlimm, wenn unser Kandidat für den Vizepräsidentenposten die Verpflichtung übernimmt, zu Hofe zu gehen. Ich stehe nun nicht auf dem Standpunkt, daß man jedem Fürsten in weitem Bogen aus dem Wege gehen müsse. Es kommt darauf an, wie die momentanen Verhältnisse sind. Die Leistung des Eides in Bayern und Sachsen kann nicht als Vergleich herangezogen werden. Als Bueb sich weigerte, im elsässischen Landesausschuß den Eid zu leisten und deshalb nicht zugelassen wurde, da war unsre Presse einig darin, das als Dummheit zu bezeichnen. Aber jetzt kommt zu der Gattung des Salonsozialisten eine Art Hofsozialisten (Sehr richtig!), eine Gruppe, die höfische Bedingungen erfüllen will, damit wir einen Sitz einheimsen, den wir obendrein gar nicht bekommen. (Lebhafte Zustimmung.) Wer der sozialdemokratische Vizepräsident sein soll, diese Frage ist bereits gelöst. Wir haben ja beim Münchener Parteitage gesehen, ein welch' gewandter Vorsitzender Vollmar ist. (Heiterkeit.) Aber können wir von einem Sozialdemokraten verlangen, daß er an eine Stelle geht, wo man von uns als Elenden, als nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen, gesprochen hat? Man hat als Sozialdemokrat doch seine Partei-Ehre. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube, kein einziger würde hingehen. Was wollte der, der hinginge, tun, wenn ihm auf die Schulter geklopft und zu ihm gesagt würde: Ich erwarte, nachdem die Partei so groß geworden ist, daß Sie nun auf den Weg der sogenannten Ordnung kommt? Soll er mit der Antwort Johann Jacobys dienen? In der Haut möchte ich nicht stecken. (Quarck: Ach! ach!) Ich glaube, auch Quarck nicht.

Die Sozialdemokraten im Lande waren geradezu empört, daß solche Fragen erörtert werden. Bebel hat die Münchener als eine Art Hammelherde hingestellt, die dem Vollmar folgt, wohin er geht. So liegen die Dinge denn doch nicht. Wenn Bebel nach München kommt, würden seine Ausführungen dort denselben Beifall finden wie überall. (Sehr richtig!) Und haben sich die andren bayrischen Städte, Fürth, Hof, Nürnberg, Augsburg, nicht gegen den Vollmarschen

Vorschlag erklärt? Ehrhart hat zwar noch nicht gesprochen, aber Meister sagt von ihm, daß er sich auch dagegen erklärt habe. (Ehrhart: Ist ja gar nicht wahr, daß ich so etwas erklärt habe!) Na, macht das untereinander ab. Vollmar ist in Bayern keineswegs der Alleinherrscher. Die Fraktion besteht aus 11 Mann. Seine Kollegen müßten gegen ihn auftreten, und sie würden zweifellos mit ihm fertig werden.

Schuld an diesen Vorkommnissen trägt auch der „Vorwärts". Er sollte das führende Organ sein, das uns die Richtschnur giebt. In Wirklichkeit ist er nur eine große Schüssel, aus der jeder nimmt, was ihm paßt. (Sehr gut!) Da ist mir ein Artikel als unverwendbar zurückgeschickt. Ich schickte den Artikel der Berliner „Volks-Zeitung" ein. Die druckte ihn ab und nun schnitt ihn der „Vorwärts" aus und veröffentlichte ihn mit der Bemerkung: Wie wir der Berliner „Volks-Zeitung" entnehmen. Wenn das so gemacht wird, dann kann man es den Berliner Genossen nicht übel nehmen, wenn sie sagen, da schreiben wir für den „Vorwärts" nicht. Der „Vorwärts" ist ein Konglomerat der verschiedenartigsten Ansichten. Aus ihm kann sich der Durchschnitts-Parteigenosse kein Bild machen. In Sachsen soll jetzt eine Volksbewegung vor Zusammentritt des Landtages entstehen. In Bayern war das gleiche zu leisten. Aber wir haben nicht gehört, daß eine solche Bewegung geplant ist. Von der Meinungsfreiheit war viel die Rede, aber auch diese Freiheit hat eine gewisse Grenze. Soll die Freiheit der Meinungen so weit gehen, daß das Haus abbrennt, wo diese Meinungen sich streiten? Es wird eine gewisse Grenze gezogen werden müssen. Wir sind ja Gegner der zügellosen Freiheit, wir wollen die Freiheit des Einzelnen nur insoweit, als sie nicht die Rechte des andren beeinträchtigt. Den Begriff der Freiheit werden wir einmal näher definieren müssen. Unsre Partei wird immer proletarisch-revolutionär sein und die Genossen haben es immer in der Hand, dafür zu sorgen, daß die Leitung der Partei nicht in die Hände einer handvoll akademisch gebildeter Parteigenossen kommt, die keine Fühlung mit dem Volke haben. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken, wird wiederholt und von Stoeßel-Bromberg begründet.

Molkenbuhr erwidert: Man täuscht sich, wenn man glaubt, daß bereits alle Anschauungen in der Debatte zu Tage getreten sind. Die Auffassung, die ich in der Präsidentenfrage vertrat, ist zum Beispiel eine andre als die von Bebel und Vollmar. In zehn Minuten kann ich meine abweichende Anschauung nicht begründen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Meist: In gehobener Stimmung haben wir den Münchener Parteitag verlassen und sind in den Wahlkampf gezogen, um in ihm neue Lorbeeren zu den alten zu holen. Der Wahlkampf kam und die Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern haben uns in Anspruch genommen. In meinem Wahlkreise haben mir meine Gegner die Genossen Bernstein und Vollmar serviert. (Heiterkeit.) Ich erklärte dem betreffenden Herrn Schulmeister, wenn Bernstein und Vollmar an meiner Stelle wären, würden sie jetzt bestimmt darauf hinweisen, daß sie auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms stehen. (Bravo!) Vollmars Aeußerungen heute lassen keinen Zweifel darüber, daß er voll und ganz auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms steht, und Bernstein wird ganz bestimmt dasselbe tun. Nach den Aeußerungen Vollmars könnte es so scheinen, als ob die ganze Revision ein künstlicher Popanz wäre, den man sich nur geschaffen habe, um darauf loszuschlagen. Ich bin andrer Ansicht. Ich bin der Meinung, daß der Revisionismus seit einer Reihe von Jahren unsre Taktik zu beeinflussen suchte. (Sehr richtig!) Nach dem großen Siege schlug es wie ein Blitz ein und entbrannte der Kampf in den eignen Reihen. Bernstein wollte mal seinen Namen über die ganze Welt hinausgetragen haben. Es scheint

so, als wenn bei gewissen Leuten das Bedürfnis besteht, daß ihr Name von aller Welt im Munde geführt wird. Da entstand eine Erbitterung im Lande unter den proletarisch denkenden und fühlenden Wählern. Sie mögen mit noch so viel Spitzfindigkeit operieren, es wird Ihnen nicht gelingen, diese Tatsache aus der Welt zu schaffen. Die Genossen im Lande haben darüber ihre bestimmte Ansicht. Sie wollen das Gefühlsleben in der Partei nicht genügend in Rechnung ziehen. Vollmar sagte, er wolle nicht an das Gefühl appellieren, aber auch die Rücksicht auf das Gefühlsleben der Masse ist notwendig in der Politik. (Bravo!) Was gegen das Gefühl ist, was als unvereinbar mit ihm erkannt wird, dagegen reagiert die Masse. Bernstein hat es für notwendig gehalten, seine Meinung zu unterstützen durch allerhand Behauptungen. So hat er entdeckt, daß die Reichsverfassung republikanisch sei. (Heiterkeit.) Er hat bedauert, daß wir auf Kosten der Linken unsre Position verstärkt hätten. (Bernstein: O nein!) Doch war es so. Haben wir zu bedauern, daß die halben, die Viertel-Politiker verschwinden und ganze Männer an deren Stelle treten? Nein, einen jeden muß es freuen, daß die Wahlen hier eine Aenderung gebracht haben. Es liegt in den Intentionen des Revisionismus, fortwährend Zweckmäßigkeitsgründe anzuführen. Aber diese ewige Rechnungsträgerei wird uns schließlich so weit bringen, daß wir die Reverenz nach oben machen und erklären, wir sind Sr. Majestät allergetreueste Opposition. Voll und ganz müssen wir unser Programm hochhalten in Bezug auf unsere Stellung zum allgemeinen Wahlrecht und im Reichstag diese Anschauung vertreten. Ich teile nicht Kautskys Standpunkt: die sozialdemokratische Fraktion hat sich nicht vor einem Konflikt zu fürchten. (Sehr richtig!) Wenn man immer ängstlich abwägt, ob wir nicht in Kollisionen geraten, dann liquidieren wir als Kampfpartei. (Bravo!) Es ist ein müßiges Gerede, darüber zu streiten, wie die bürgerliche Gesellschaft abgelöst werden wird, ob sie nach den Prätensionen der Revisionisten von innen heraus ausgehöhlt werden soll oder ob es geschehen wird in der Weise, daß der Klassenkampf bis zu Ende geführt wird. In der Volksseele muß das Element des Kampfes lebendig bleiben! Nicht uns zu Liebe wird die Geschichte anders verlaufen als bisher. Wir stellen uns auf den gesetzlichen Boden, die herrschenden Mächte aber wollen das allgemeine Wahlrecht beseitigen. Vergebens wird ihr Bestreben sein. Man kann einem Volk ein Recht vorenthalten Jahrzehntelang, aber man kann ihm nicht ein Recht nehmen, ohne daß es zur Katastrophe kommt. (Zuruf: Sachsen!) Vergessen Sie nicht, daß die sächsischen Genossen noch immer das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag hatten, um ihrem Mißmut Luft zu machen, und das haben sie getan. (Bravo!) Bei dem ganzen Parlamentarismus ist nichts Positives zu holen, er ist uns nur Mittel zum Zweck. Selbstzweck kann er erst sein, wenn er auf der Basis der Demokratie aufgebaut ist. Nach meiner Ueberzeugung giebt es keine ungebundene Meinungsfreiheit, am allerwenigsten im politischen Kampfe, der im festen Rahmen einer Partei geführt werden muß. Es liegt darin eine gewisse Gebundenheit, aber diese Gebundenheit müssen wir anerkennen. Bernstein hätte die Angelegenheit ruhig der Fraktion überlassen sollen. Vollmar hat auf die Prätensionen Bebels hingewiesen, auf sein: Ich will es. Ja er hat ihn mit Cromwell verglichen. Wenn Bebel von dieser Stelle aus spricht, spricht er aus Millionen von Arbeiterherzen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin der letzte, der in Byzantinismus erstirbt, aber ich bin auch derjenige, der es für notwendig hält, einen Führer zu haben, der über das Programm wacht, daß es auch hochgehalten wird. So lange dieser Führer die Massen hinter sich hat, wie Bebel, ist er nicht Diktator, sondern derjenige, der da wiedergiebt, was das Gros der Genossen im ganzen Lande als Ueberzeugung empfindet. (Lebhafte Zustimmung.) Auch Kautsky ist Prinzipienwächter genannt worden. Aber an der Stelle, an der er steht, ist es seine Pflicht und Schuldigkeit, über unsrem Prinzip zu wachen. (Sehr richtig!) Am Abend des 25. Juni stand ich in Ronsdorf auf historischer Stätte,

wo Lassalle das Wort sprach: „Ich höre schon im Geiste den dumpfen Schritt der Arbeiterbataillone", es sind nicht mehr Bataillone, nicht Regimenter, sondern Armeekorps, die mit revolutionärer Gesinnung erfüllt bleiben müssen, und als die Nachricht von unserem Siege kam, da durchbrauste ein Jubelruf den Saal des Rheinischen Hofes, daß ich dachte, das Dach des Saales müsse hochgehoben werden. Fünf Minuten vergingen, ehe es mir möglich war, meine Ansprache zu halten. Da sagte ich mir: Das da unten sind diejenigen, die unermüdlich Opfer an Zeit und Geld für die Partei bringen, die unermüdlich durch Wind und Wetter gegangen sind, die Flugblätter zu verbreiten. Und was ist diese Freude, die die Volksseele erfüllt? Es ist der Glaube an den Sieg, der Glaube, daß die Sozialdemokratie ihnen Wort halten wird, daß wir getreu unsrem Prinzip weiter arbeiten werden, und daß wir denjenigen Elementen, die uns abzubringen versuchen von unsrer altbewährten Taktik, eventuell den Stuhl vor die Tür setzen! (Stürmischer Beifall.)

Katzenstein: Parteigenossen! In dem Verhandlungsbericht von vorgestern ist von mir gesagt, ich hätte diese Verhandlungen als „theoretische Kleinigkeiten" bezeichnet. Das ist natürlich falsch; ich sprach von theoretischen Streitigkeiten, denen ich die ernsteste Bedeutung beimesse. Denn es ist erhebend, daß wir nach den teils scheußlichen, teils kleinlichen Erörterungen der ersten Tage, die uns — eine Art sozialdemokratischer „Woche" — das Souper und den Morgenkaffee unsrer Führer gezeigt haben, wieder dabei sind, unsre Grundauffassungen und taktischen Aufgaben zu erörtern. Die Art freilich, in der diese Diskussion eingeleitet wurde, war nicht erfreulich. Man hat Bernstein Sensationslust vorgeworfen. Bernstein und Sensation! Und auch den ihm erteilten Rat, das Schreiben einzustellen, muß ich zurückweisen. Ich habe noch keine seiner Schriften aus der Hand gelegt, ohne viel Belehrung geschöpft zu haben. Und auch auf Seiten der Anhänger Bernsteins gab es häßliche Dinge, die Bebel mit Recht gekennzeichnet hat; namentlich das Schauspiel der Verleugnung, das sich in Nürnberg abspielte, war abstoßend. Die vorliegende Resolution und das Amendement, das ich mit unterzeichnet habe, bezwecken keine persönliche Kränkung: eine solche Entscheidung über die Grundfragen ist eine Pflicht theoretischer Ehrlichkeit der Partei. Gewiß hat die Meinungsfreiheit, als deren Gegner man Kautsky hinstellte, innerhalb einer Partei, die auf freiwilligem Zusammenschluß auf Grund gemeinsamer Anschauungen und Ziele beruht, engere Grenzen als im Staate, der auf Zufall und Zwang beruht. Innerhalb dieser Grenzen freilich muß Freiheit herrschen, ohne daß gleich von Spaltung geredet wird. Ich bedauere sehr, daß Stadthagen in einer Weise, die man kaum mehr als verantwortliche ansehen kann, von der Spaltung geredet hat. Wie kommt er dazu, Genossen den Stuhl vor die Tür zu setzen, deren Verdienste er nicht aufwiegt? Und die anderthalb Männer haben mehr Anhang in der Partei, als er und auch Bebel glauben.

Um was handelt es sich denn bei diesen Streitfragen? Man hat sicher nicht ganz erfolgreich das Wesen des Revisionismus zu definieren gesucht. Aber man weiß, daß etwas da ist: eine Richtung, die von unsrer Parteitaktik einmal nach der, einmal nach jener Seite abzuweichen sucht. Da haben wir jetzt den Vizepräsidenten-Vorschlag, den ich nicht noch einmal totschlagen will; da war die Budgetfrage, da haben wir in Frankreich den Ministerialismus, dessen Vertreter nun ja bei der Verteidigung der Revanche-Idee angelangt ist. Wir lehnen alle diese Bestrebungen ab, die geeignet sind, unsre schroff ablehnende Stellung gegenüber dem herrschenden System zu erschüttern. Man führt gegen die revolutionäre Taktik die materialistische Geschichtsauffassung, die Notwendigkeit der langsamen, „naturgemäßen", organischen Entwicklung ins Feld. Nun, zunächst ist der Mensch kein blindes Naturwesen; er vermag seine Entwicklung wesentlich zu beeinflussen. Die Geschichte wird allerdings von den Menschen „gemacht": nicht nach Willkür

und Belieben, sondern innerhalb der geschichtlich gegebenen Grenzen — aber der Wille der Menschen ist hier von großer Bedeutung. Paßt er sich an die bestehenden Verhältnisse an, so wird er nicht die innere Kraft haben, die zur durchgreifenden Umgestaltung erforderlich ist. Aber es ist überhaupt falsch, natürliche Entwicklung und langsame Entwicklung zu identifizieren. Wenn das Blatt langsam am Baume wächst, so sind doch die Zeugung, wie die Geburt und eine ganze Reihe andrer Naturvorgänge plötzliche Akte, und handelt es sich denn um etwas andres bei der Zerbrechung unsres absolutistischen Staatswesens, als um die Anpassung einer längst überlebten politischen Form an den heute erreichten Stand unsrer wirtschaftlichen und geistigen Kultur, also um die normalste und „organischste" Entwicklung, die man sich denken kann? Gewiß, die sozialistische Gesellschaft kann nicht aus einem revolutionären Akt hervorgehen. Eine Revolution kann zerstören, Formen zerbrechen; völlig Neues schaffen kann nur die planmäßig beeinflußte Entwicklung. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist Herstellung einer Regierungsgewalt, die mit Bewußtsein auf die sozialistische Gesellschaft hinarbeitet. Diese Gesellschaft im vollen Umfange zu schaffen, wird dann das Werk einer Umgestaltung der wirtschaftlichen und der Erziehungs-Organisation sein, die Jahrzehnte, vielleicht Generationen erfordert. Aber unsre sogenannten Revisionisten fürchten sich vor der Gefahr eines plötzlichen Sieges. Sie glauben nicht an unsre Macht. Wie groß diese in Wirklichkeit ist, läßt sich nicht im voraus sagen. Aber wer dachte im Dezember 1847, daß im folgenden März das Volk die Macht in Händen haben werde? Freilich hat es von dieser Macht keinen Gebrauch zu machen gewußt, weil ihm die Schulung fehlte, und weil im deutschen Bürgertum eine Partei maßgebend war, die es nicht wagte, die Staatsgewalt zu übernehmen: Die Gothaer, die Vorfahren der späteren Nationalliberalen! Und ich fürchte, wir haben diese Gothaer, die vor der Macht zurückschrecken, in unsrer eignen Mitte! Sie glauben nicht an die Reife der Arbeiterklasse. Nun, Bebel hat schon hingewiesen auf die ungehobenen Schätze an Kraft, die noch in der Arbeiterklasse schlummern. Wohl mag sein Vergleich mit der französischen Revolution nicht ganz zutreffen, da diese die erste öffentliche Betätigung der Volksmassen darstellte, während wir bereits ein wirtschaftliches und politisches Leben der Arbeiterklasse haben. Trotzdem wird mit dem Aufhören der wirtschaftlichen Abhängigkeit und des Drucks noch ein starker Zuwachs an Kräften zu erwarten sein, und wie groß sind denn die Leistungen unsrer heutigen Staatsmannskunst? Sollten uns wirklich die Intelligenzen fehlen, um solche Größe, wie die Herren v. Köller und ihresgleichen zu ersetzen? (Zustimmung.) Freilich sagt man, die heutigen Geheimräte und Hilfsarbeiter würden uns fehlen (Bebel: Die arbeiten auch für uns!), aber ich finde, daß in unsren gewerkschaftlichen und sonstigen Organisationen so viel Intelligenz geschult wird, daß auch diese Schwierigkeiten bald überwunden sein werden. Wir müssen innerhalb der heutigen Gesellschaft das Gewerkschaftswesen, dessen Bedeutung ja heute allgemein bei uns außer Zweifel steht, und das Genossenschaftswesen, dessen Wert für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter und ihre organisatorische Schulung durch die Resolution von Hannover ausdrücklich betont wird, nach Kräften fördern und für Bildungs- und Kulturarbeit aller Art eintreten. Aber die Entscheidung bringt das alles nicht. Ich trat jüngst der Theorie entgegen, die mit Hilfe des Generalstreiks eine unmittelbare Einführung des Sozialismus erwartet. (Friedeberg: Ist ja gar nicht der Fall!) Nun, ich habe es so aufgefaßt — aber wir müssen uns klar werden, wie wir uns zur heutigen Staatsmacht auf die Dauer stellen. So ist auch die Bewegung, die eine Behandlung der Militärfrage verlangt, zu verstehen. Wenn die sächsischen Gewalthaber nicht die Ueberzeugung gehabt hätten, daß ihre persönliche Sicherheit trotz allem unangetastet bleiben würde, würden sie es dann auch gewagt haben, das Wahlrecht zu zerstören? Und wenn man uns das Reichstags-Wahlrecht nimmt? Ich erinnere an Bebels

Wort von 1886, daß unter russischen Zuständen er auch die russische Taktik empfehlen werde! (Zustimmung Bebels.) Die Sozialdemokratie hat die Arbeiterklasse zu einer Gesetzlichkeit erzogen, von der die Behörden lernen könnten. (Zustimmung.) Sorgen wir, daß diese Gesetzlichkeit nicht übermäßig sei und selbst dem Verfassungsbruch gegenüber bestehen bleibe! Also, wir brauchen eine grundsätzliche Entscheidung. Dann aber brauchen wir eine Vereinigung zu gemeinsamer Arbeit, bei der die Gemeinsamkeit der Grundsätze wieder zur Geltung kommt. Zunächst eine Revision unsres Programms, die Bebel schon vor zwei Jahren als notwendig bezeichnete. Es giebt niemand mehr, der unser heutiges Programm in jedem Punkte anerkennt, auch Kautsky nicht. Ein Programm gilt es zu schaffen, das alle anerkennen und das alle einigt. Freilich müßte eine persönliche Beratung vorausgehen und eine Ergänzung des praktischen Teils, etwa nach Art des neuen schweizerischen Programmentwurfs, erfolgen. Ferner bedürfen wir der Ausarbeitung programmatischer Gesetzentwürfe, wie sie von mehreren Seiten gefordert wird. Ich weiß wohl, daß unsre Fraktion es nicht in der Hand hat, diese Entwürfe alle zur Verhandlung zu bringen. Aber es giebt nichts, was propagandistischer zu wirken geeignet wäre, als solche Entwürfe, die ja nicht in allen Einzelheiten ausgeführt sein müßten, und die, mit Motiven versehen und massenhaft verbreitet, ein vorzügliches Agitationsmittel, besser als alle reine kritischen Erörterungen, abgeben würden. Ich hoffe, daß wir über die Gegensätze hinweg zu gemeinsamer praktischer Arbeit kommen werden. Von einer Spaltung kann keine Rede sein. Beide Teile gehören zusammen wie siamesische Zwillinge, die man nicht trennen kann. Es sollte einmal ein Ende gemacht werden mit der gegenseitigen Verhetzung, die auf beiden Seiten getrieben wird, mit diesem Berliner Literatenklatsch, den Quarck schon zutreffend gekennzeichnet hat. Früher freute man sich, auf einen Parteitag zu kommen — heute halten beide Teile Fraktionssitzungen ab, und wer sich keinem anschließt, wird darauf angesehen und von beiden beargwöhnt. Den Kampf mit dem Gegner führe ich gerne recht schroff, nicht aber den mit Genossen. Bebel wird mit seinem Wort vom Sumpfe, der zwischen den Parteien steht, nicht an mich gedacht haben. (Bebel: Nein.) Wer es so gut versteht, beide Teile vor den Kopf zu stoßen (Heiterkeit), ist wohl von solchem Verdachte frei. Aber ich kann ihm sagen, daß es den meisten Parteigenossen so geht, daß sie sich keinem Flügel unbedingt ergeben. Wenn ich mit ihm im wesentlichen übereinstimme, so habe ich auch von der andern Seite gelernt und kann mich namentlich dem, was Vollmar vom persönlichen Regiment sagte, nur anschließen. Es war auch viel von Akademikern die Rede. In Skandinavien, wo Akademiker in der Bewegung keine Rolle spielen, steht diese im wesentlichen auf dem Boden unsrer Revisionisten. Gewiß soll man jeden prüfen, der zu uns kommt. Aber es ist oberflächlich, in solcher Art die Dinge erklären zu wollen. Gerade die Akademiker neigen leicht zu besonderem Radikalismus, da ihnen die praktische Erfahrung oft abgeht. Kommen dann die ersten Schwierigkeiten, so erfolgt leicht der Umschwung zum Hyperopportunismus. Mich haben gerade die Erfahrungen an einigen Hauptsitzen des Opportunismus von derartigen Neigungen so ziemlich kuriert. Arbeiten wir gemeinsam, arbeiten wir praktisch, aber unter steter Beachtung unsrer Grundsätze! Dann wird es uns gelingen, den Klassenstaat zu zerbrechen. (Lebhafter Beifall.)

Singer: teilt mit, daß das Amendement 143 nicht von Scheib und 40 Genossen, wie irrtümlich gedruckt, sondern von Wurm und 40 Genossen eingebracht sei.

Ein Antrag, die gewöhnliche Beschränkung der Redezeit von jetzt an eintreten zu lassen, wird nicht genügend unterstützt.

Timm-München: Ich hoffte, daß die Parteitagsberatungen über das Ergebnis der Reichstagswahlen uns recht fruchtbare Debatten bringen könnten, daß dagegen nach Lübeck die Debatten, die uns jetzt wieder beschäftigt haben, nicht wieder kommen würden. Es hat nicht sollen sein. Wir beschäftigen uns

auf unsren Parteitagen vielfach mit geringfügigen Fragen, die infolge einer allgemeinen Nervosität plötzlich zu Haupt- und Staatsaktionen gemacht werden Wenn auch die Sozialdemokratie meiner Meinung nach noch mehr solche Debatten aushalten kann, so kommt doch dabei sehr wenig heraus. (Sehr richtig!) Katzenstein hat ganz richtig von dem „Undefinierbaren" gesprochen, das überall so herumschwebt und das sich durch ein Mißtrauen geltend macht, wie ich es selten auf Parteitagen gefunden habe. (Sehr richtig!) Besonders mir ist es passiert, daß man mir mit einem gewissen Bedauern die Hand drückte: „Also auch Du bist bei den Revisionisten? Der damals revolutionäre Timm, auch der! Der ist auch nach Capua gezogen und dort vollständig verseucht." (Heiterkeit.) Ich will hier auf ein Stück aus meinem Entwicklungsgange eingehen, weil ich glaube, daß das den Partei-Interessen förderlich sein kann. (Ach! Oho!) Es soll das keine Familiengeschichte sein. (Heiterkeit.) Ich bin 1898 mit einem großen Mißtrauen nach München gegangen. Noch in den letzten Zeiten, während deren ich in Berlin war, hat man mir gesagt, und ich war mir dieser Mission auch bewußt, daß man in München einen harten Standpunkt haben würde, da sei König Vollmar, dieser Diktator (Heiterkeit), der alles verseuche (Erneute Heiterkeit) und dem gegenüber eine kräftige Opposition unmöglich sei. Ich habe mir damals vorgenommen, das Feld, auf dem ich in Zukunft wirken sollte, erst einmal zu sondieren. Ich habe dann außerordentlich arbeiten müssen und nebenbei den stillen Beobachter in der ganzen Bewegung gespielt. Ich habe aber bald erfahren, daß die Dinge nicht so liegen, wie man sie konstruiert; ich habe gesehen, daß man auch Vollmar unter Umständen kräftig die Wahrheit sagt. Was so nach außen hin über die königlich bayrische Sozialdemokratie gesagt wird, das sind Hirngespinnste. In München wird nicht weniger entschieden gekämpft als anderswo. Bebel sagte über Parvus: Freilich, als ehemals Radikaler ist er anders gebrochen, als ein Revisionist brechen würde, aber er ist doch gebrochen. Es ging ihm wie manchem, der nach München zog als ein braver, prinzipientreuer, fester Genosse. Ich sehe so einige hier sitzen an den Tischen, nach ein paar Jahren in München waren sie an Geist und Seele tot? Darin liegt ein hartes Urteil. Mit diesen „andren" bin ich mit gemeint. Was ist denn geschehen, das dies Wort rechtfertigte? Ich werde zu den Revisionisten, zu den „Undefinierbaren" geworfen. Ich habe mich in freier Weise zu den verschiedensten Fragen ausgesprochen. Ich habe im vorigen Jahre die bayrische Wahlberechtigungsfrage vertreten und verteidigt. Ich bin durch das Vertrauen der Genossen in Süddeutschland zweiter Vorsitzender des Gauvorstandes in Südbayern geworden und habe mich als solcher natürlich mit den einzelnen Parteifragen aufs eingehendste beschäftigt. Auch in der Wahlrechtstaktik waren wir uns eingehend unter den Parteigenossen klar geworden. Im vorigen Jahre wurde die Wahlrechtsfrage von Bebel als Gegenstand genommen, um die deutschen Parteigenossen gegen Süddeutschland aufzuregen. Bebel ging damals in kräftigen Worten gegen uns vor. Wir waren alle darauf gefaßt, daß Bebel bei seinem Temperament es sich nicht nehmen lassen würde, diese Frage anzuschneiden. Für jeden andern wäre es ja politisch eine Blamage gewesen, wenn er ganz Deutschland in Aufruhr gesetzt hätte, weil etwas geschehen sei, was als „revisionistisch" absolut nicht gebilligt werden könne, und dann an der Stelle, wo die Sache geschlichtet werden sollte, einfach nichts sagt. Wir hatten keine Veranlassung, uns eher zu rechtfertigen, als bis ein Ankläger auftrat. In diesem Jahr wiederholt sich das Gleiche in einer Weise, die uns wieder zeigt, wie Bebel seine Politik macht. Ich meine den Streitfall mit dem „Vorwärts", der auch so aufgerührt worden ist und dann ausgegangen ist wie das Hornberger Schießen. Nur mit dem Unterschied, daß er dem Parteitag einen Teil seiner kostbaren Zeit weggenommen hat. Bebel hat nach unten hin die Arbeiter wachgerufen, Obacht zu geben auf die Leute, die erst neu in die Partei hineinkommen. Ich halte es

aber auch einmal für notwendig, zu sagen, daß das auch nicht so fortgehen kann, daß Bebel wegen der untergeordnetsten Dinge in ganz Deutschland Stimmung macht, worauf hinterher die Dinge so gehen wie hier. Bebel sagt immer: die Masse soll entscheiden, aber es hätte einmal einer von uns auftreten und sagen sollen: ich setze mich über die Partei-Instanzen hinweg, an die ich mich beschwerdeführend zu wenden hätte, — dem wäre gehörig die Wahrheit gegeigt worden. (Sehr richtig!) Aber es giebt nicht zwei Klassen von Genossen; mögen sie große oder kleine Geister sein, wir sind eine demokratische Partei, und wir haben uns den Partei-Institutionen schon deshalb zu unterstellen, weil wir den Massen ein gutes Beispiel geben sollen. (Sehr richtig!) Aber Bebel nimmt natürlich eine Ausnahmestellung ein, und gegenüber seinem Vorgehen wird nichts gesagt. Wenn Bebel das demokratische Prinzip gewahrt hätte, so hätten wir die Preßfrage auf diesem Parteitag nicht gehabt, so wäre sie erledigt worden wie jede andre Frage. So werden auch andre Begriffe konstruiert. Ich frage Sie: Was ist vorgegangen? Bernstein hat die Vizepräsidentenfrage angeregt, eine Frage, die man meines Erachtens mit kühler Ruhe hätte behandeln müssen. (Sehr richtig!) Man hätte sich nicht darüber aufregen sollen. Wir haben heute gehört, daß diese Frage schon 1898 eine Rolle gespielt hat. Ich habe die Sache in einem Artikel der „Sozialistischen Monatshefte" außerordentlich kühl behandelt. Es ist Sache der Fraktion, in dieser Beziehung Vorteile und Nachteile abzuwägen. Wie es jetzt steht, spielt die Frage zunächst nur eine theoretische Rolle. Welche Rolle sie später spielen wird (Bebel: Aha!), das können wir ruhig der Entwicklung überlassen. Es ist eine ähnliche Frage wie früher die Beteiligung im Seniorenkonvent. Wer sachlich jetzt diese Fragen behandelt, wird verdächtigt, bürgerliche Bestrebungen zu verfolgen. Was sollen alle diese Redereien nach außen hin für einen Eindruck machen, da man doch ganz genau weiß, daß auch andre an bürgerlichen Veranstaltungen teilgenommen haben. (Unruhe.) Ich frage Bebel, der seinen proletarischen Standpunkt hier so nach unten hin den Massen gegenüber vertreten hat, ob er jetzt noch in der Lage ist, ein parlamentarisches Diner bei dem Grafen Ballestrem mit zu machen! (Bebel: Ich war nie bei einem Diner! Große Unruhe.) Also ein Abend! Es ist mir ganz gleich, was es ist; eine Privatveranstaltung, die auch nicht zu den Verpflichtungen gehört. Es muß das mit gesagt werden. (Große Unruhe. Zurufe: Sie haben sich das nicht richtig sagen lassen!) Ich frage weiter, ob Molkenbuhr für die Zukunft noch an Veranstaltungen teilnehmen kann wie jenen, die die Reichskommission für Arbeiterstatistik unter Teilnahme des Unterstaatssekretärs Lohmann und des verstorbenen 12 000 Mark-Mannes Woedtke veranstaltet hat? Ich frage Bebel, ob er sich späterhin noch von dem Nationalliberalen Siegle einladen lassen und zu ihm gehen wird? (Große Unruhe. Zuruf: Altweibergeschichten. Sehr richtig!) Es sind aber doch Geschichten, bei der die Beteiligten durch die Politik nicht verpflichtet werden, während auf der andern Seite die Vizepräsidenten-Frage für die Arbeiter eine wichtige politische Frage sein kann. (Ruf: Nein, nein!) Ich habe dies sagen müssen, weil mit demagogischen Mitteln von Bebel gegen uns gearbeitet worden ist. Als 1894 in Frankfurt die Gehaltsfrage angeschnitten wurde und ich die Anschauung vertrat, daß ein Gehalt von 3000 Mk. die Normalgrenze darstellen sollte, hat sich Bebel entschieden dagegen gewendet. Gestern aber hat er an die niedrigsten Instinkte der Arbeiter appelliert (Großer Lärm, Ohorufe. Rufe: Sehr richtig!) gegen die Gewerkschaftsführer und die sonstigen Parteiangestellten. (Zuruf: Das Wort Gewerkschaftsführer ist gar nicht gefallen!) Bebel hat davon gesprochen, daß Proletarier in gehobener Lebensstellung, Leute, die einen gewissen Abschluß ihrer Lebenslage erreicht haben, unter Umständen dem Proletariat ebenso gefährlich werden können wie die Akademiker. (Laute Zurufe.) Ich habe das so aufgefaßt, daß die Angestellten der Gewerkschaftsbewegung und

sonstige Angestellte zweifellos darunter gemeint sein sollen. Was hätte sonst damit gemeint sein sollen? (Sehr richtig!) Bebel erklärte 1894 Legien gegenüber: „Mephisto, ich kenne Dich!" Heute stellt derselbe Bebel, der ja auch in eine gehobene Lebenslage hineingekommen ist, sich hin und appelliert an die niedrigsten Instinkte der Massen. (Erneute Unruhe.) Bebel hat gesagt, der Revisionismus zeichne sich durch Bescheidenheit aus. Andrerseits hat auch er sich für eine praktische Politik ausgesprochen. Aber über das Maß der praktischen Politik sind die Meinungen schon so weit auseinandergegangen, daß man darauf den Begriff Revisionismus nicht anwenden kann. Was ist Revisionismus? Der radikale Parvus tritt für die Vizepräsidentschaft ein, andre sind mehr oder weniger Gegner der Gewerkschaften. Bebel ist für Neutralität der Gewerkschaften, ein Standpunkt, den andre als Versumpfung bezeichnen, der „Leipziger Volkszeitung" blieb es ja vorbehalten, anläßlich des Gewerkschaftskongresses von organischer Verfettung zu sprechen. (Hört! hört!) Die Ansichten wechseln eben im Laufe der Jahre. Man kann heute überhaupt nicht mehr feststellen, wie die einzelnen zu dieser oder jener Frage stehen. Ich gehöre nicht zu denen, die auf dem Gebiet der praktischen Politik sehr bescheiden sind. Ich habe bereits in den „Sozialistischen Monatsheften" ausgeführt: Wir wissen, daß die Sozialdemokratie auf eine Entwicklung hinarbeitet, die sich mit Notwendigkeit vollziehen wird; wir schöpfen unsre werbende Kraft mit aus der felsenfesten Zuversicht des Sieges unsrer Partei. Allein die Hauptkraft der Sozialdemokratie wurzelt in der Erfüllung von Gegenwartsaufgaben. Das habe ich ausgeführt, und das ist derselbe Standpunkt, den Bebel auf dem Erfurter Parteitag sehr entschieden vertreten hat. Er wandte sich gegen die Jungen und betonte, daß wir uns auf dem Gebiet der praktischen Arbeit weiter betätigen müssen. Und so haben wir auch gegenwärtig unsre Stellung aufzufassen. Ich schöpfe als praktische Lehre aus den Wahlkämpfen die, daß unsre Fraktion sich in gewisser Beziehung einzuschränken hat, daß die vielen unnötigen Reden bei kleinen Anlässen — womit ich die Kämpfe um den Zolltarif nicht meine — eingeschränkt und auf der andern Seite in den Volksmassen eine viel größere Wirksamkeit entfaltet wird. Wenn Sie die Ausbreitung der sozialistischen Bewegung wollen, dann muß mehr in den proletarischen Massen gewirkt werden, und deshalb habe ich Ihnen einen Vorschlag unterbreitet, der nicht von mir ausgeht — es sind die Forderungen, die Zubeil auf der Generalversammlung von Teltow-Beeskow vertreten hat und die dort einstimmig zur Annahme gelangt sind. Es wird nun gesagt, mit derartigen Forderungen werden wir wenig erreichen, und Bebel wies auf die Schwierigkeit der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen hin. Nun, unsre Bewegung ist so groß geworden, daß wir verlangen können, daß unsre Fraktion aus den praktischen Verhältnissen heraus schöpft und ihre Anregungen zu Vorschlägen verdichtet und diese in den Massen vertritt. Das würde wesentlich zur Ausbreitung unsrer Ideen in den Massen beitragen. Das ist bedeutend besser, als wenn wir uns immer vorreden, wir stehen an der Weltenwende, denn das trifft durchaus nicht zu. Wir haben uns nicht auf das Prophezeien zu verlegen, sondern praktisch zu arbeiten im Interesse der Massen. Von diesem Gedanken gehen meine Vorschläge aus, und wenn diese in entsprechender Weise propagiert werden, werden wir sehr gut dabei fahren. Sehr geeignet wäre es z. B., einmal die Frage der direkten Besteuerung eingehend zu erörtern und das, was wir wollen, zu propagieren, damit wir neue Anhänger für uns gewinnen. Wir sind in den letzten Jahren viel zu lasch und lahm gewesen. Auch die ganze Demonstrationsbewegung bei den Zollkämpfen kam viel zu spät, es lag kein einheitlicher Zug darin, und auch bei den Wahlen haben wir namentlich im katholischen Rheinland unsre Forderungen nicht genügend propagiert. Wir könnten hier vom Centrum bedeutendes lernen, das Centrum hat sich dort vorzügliche Organisationen geschaffen, die

direkt in den Volksmassen arbeiten. Auf diese Weise kann man den proletarischen Kampf nach unten hin wesentlich verschärfen. Das sind doch aber nicht revisionistische Anschauungen, sondern die radikalsten Forderungen, die man stellen kann. Ich kann doch nicht gezwungen werden, etwas zu glauben, was meinem Gefühl zuwider läuft. Wir alle haben die Hoffnung, daß wir siegen werden, aber wenn man nun nicht glaubt, daß wir an der Weltenwende stehen, so darf man doch nicht aus dem Grunde als Revisionist bezeichnet werden. Im wesentlichen kommt es nur darauf an, daß man auf dem Boden der praktischen Forderungen der Partei steht. Unsre wissenschaftlich gebildeten Leute sollten es begrüßen, wenn ein reges Streben aus der Arbeiterklasse kommt, um sich selbständig ein Urteil zu bilden. Da soll man nicht gleich mit Ketzerrichterei kommen. (Sehr richtig!) Hat man sich denn früher darüber aufgeregt, wenn in der „Volkstribüne" Arbeiter aufgefordert wurden, über das Parteiprogramm zu diskutieren? Da ist niemand aufgetreten, um vor bedenklichen Strömungen zu warnen. Ich habe einen hohen Respekt vor der Wissenschaft, ich bilde mir nicht ein, alles zu beherrschen. Es entstehen sehr oft Zweifel über diese oder jene Frage, aber solche Zweifel tauchen nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch unter den wissenschaftlich Gebildeten auf. Ist das ein Fehler? Wenn eine Lehre sich überlebt hat, so möge man darüber diskutieren, aber bis dahin rege man sich nicht über das eine oder das andre so sehr auf. Ich halte Kautsky für ungeheuer einseitig. Karl Marx war anders, er nahm Fühlung mit den Arbeitern, er war in gewissem Sinne sehr praktisch, aber Kautsky sitzt in Friedenau fest, ein Stubengelehrter, ein Parteigelehrter, und wenn irgend einer an einer von ihm aufgestellten These rüttelt, dann ist es bedenklich in der Partei, dann heißt es: so geht es nicht weiter! Dadurch schaden gerade diejenigen, die an der Spitze stehen, das gilt auch für Bebel. In gewissem Sinne ist es zutreffend, daß Bebel nicht die richtige Volksstimmung kennt. Auf Grund seiner Autorität und seiner Kenntnisse hat er sich eine solche Stellung errungen, daß er überall, wohin er kommt, begeistert aufgenommen wird. Er spricht vor großen Versammlungen, die Massen stimmen ihm fortgesetzt zu. Nur so ist es verständlich, daß, wenn einmal jemand an irgend einer Sache Kritik übt, Bebel sofort glaubt, die Einheit sei in die Brüche gegangen. Auf Grund des Milieus, in dem er sich bewegt, bekommt er eine ganz falsche Auffassung. Jetzt ist ja deswegen keine Gefahr vorhanden; denn Bebel ist wenigstens ein genialer Diktator. Aber an seine Stelle könnte einmal ein Diktator treten, der nicht diese Befähigung hat, und das würde dann allerdings ein sehr bedenklicher Zustand sein. Ich bin der Ueberzeugung: daß wenn es so weiter geht, wir allerdings zu einer Spaltung kommen können. (Unruhe und Oho!-Rufe.) Ich will keine Spaltung; ich kriegte sie auch nicht fertig (Sehr richtig! Unruhe.) Ich habe gar nicht das Bestreben, und wenn ich das hätte, dann würde ich dafür sein, daß man mich zuerst hinausschmeißt. (Lebhafte Zustimmung.) Aber man muß doch auch weiter denken, wohin das führen soll, wenn es so weiter geht. Wenn gar keine sachlichen Gründe für eine Spaltung vorliegen, dann müssen andre Gründe dahinter stecken. Im allgemeinen werden ja keine Namen genannt, aber zuweilen hört man, daß Bernstein das Hauptübel sei, mit dem man nicht weiter arbeiten könne. Andre sagen — ich scheue mich nicht, das aufzurollen —, Auer sei der allerbedenklichste; es sei nötig, ihn durch einen andren zu ersetzen. (Große Unruhe. Lebhafter Widerspruch und zahlreiche Zurufe: Wer sagt das?) Das ist mir erzählt worden. (Lebhafter Widerspruch. Andauernde Unruhe. Zurufe: Das ist nicht wahr! Lüge! Lüge! Richard Fischer springt vor und ruft: Bleiben Sie bei Ihrer Behauptung; es ist ja wahr! Genosse Adolf Hoffmann und Täterow, Sie sollten den Mut haben, es zu sagen; Sie sind doch nicht zu feige dazu! Große Bewegung.) Ja, Genossen, ich muß doch den Gründen nachspüren, worauf denn diese ganze Aufregung zurückzuführen ist. Da darf man der Sache kein Mäntelchen umhängen.

Wenn diese Strömungen nicht vorhanden sind, dann ist es ja gut, dann kann das ja dokumentiert werden. Ich erinnere daran, daß in München bei der Debatte über die „Sozialistischen Monatshefte" über Auer der Zwischenruf fiel: „Der hat die längste Zeit in den „Monatsheften" geschrieben!" Das hat damals ein gewisses Aufsehen erregt. Wenn keine wirklichen Gegensätze vorhanden sind, dann müssen künstliche vorhanden sein. Das kann die Partei nur schädigen. Wir sind eine große Partei geworden, wir haben eine Reihe von Organisationen, die hinter uns stehen. Da ist es unsre Aufgabe, diese verschiedenen Strömungen zusammenzuhalten. Und hier appelliere ich auch an die Arbeiter selbst. Wenn dieses ganze Gezänk einen Vorteil gehabt hat, dann ist es der, daß die Arbeiter wieder einmal einsehen müßten, daß sie nicht an Autoritäten zu glauben haben. Der Autoritätsglaube muß durch diese Debatte bei den Arbeitern mehr und mehr sinken. Und das ist gut so. Wir müssen uns auf unsre demokratischen Grundsätze besinnen und wenn wir auch geniale Führer zu schätzen wissen, so müssen wir sie doch in die demokratischen Reihen verweisen. Ich war mir bewußt, daß ich in meiner Rede eine Reihe von Kleinigkeiten würde anführen müssen. Aber dieser ganzen Debatte liegen Kleinigkeiten zu Grunde. Ich halte es für sehr bedenklich, daß Kautsky jetzt anfängt, vor einer Agitation für die Aenderung der Wahlkreiseinteilung zu warnen. Das ist durchaus falsch, wir müssen auch in dieser Frage agressiv vorgehen und dem Gegner zeigen, wir fürchten Euch nicht; wir sind Euch gewachsen und stellen unsern Mann. In wissenschaftlichen Fragen bin ich sehr tolerant, wenn aber in praktischen Fragen Uneinigkeit entstehen sollte, so würde ich das für viel bedenklicher halten. Was Stücklen darüber sagte, daß Bebel nach München kommen solle, klang mir so, als läge darin eine Beleidigung für die Münchener. So wie er vielleicht denkt, liegen die Dinge nicht. Auch die Münchener haben ihr gesundes Urteil. Künftig wird es sich vielleicht so machen lassen, daß bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Bebel nnd Vollmar eine Aussprache erfolgt; dann wird sich manches vermeiden lassen. So kann es auf dem Parteitage nicht weiter gehen, sonst werden schließlich die Arbeiter unwillig werden und sagen: Wenn Ihr Euch nur zankt, dann bleibt doch lieber zu Hause und spart das Geld. Wir müssen mehr zusammenhalten. Das Lob der Gegner braucht uns da nicht zu stören. Auch Bebel ist schon von Gegnern gelobt worden, zum Beispiel vom „Berliner Tageblatt" wegen seiner Haltung zu den Gewerkschaften. Ob uns die Gegner loben oder tadeln, kann uns ganz gleich sein. Ueber das kleine Gezänk werden wir aber hoffentlich bald hinwegkommen. (Beifall und Zischen.)

Auer: Ehe ich auf mein eigentliches Thema eingehe, möchte ich ein paar persönliche Angelegenheiten erledigen. Während seiner gestrigen Rede sprach Bebel davon, daß gewisse Gerüchte wohl daraus entstanden seien, daß er in einem Briefe an mich das und jenes gesagt oder angeordnet hätte. Ich konnte nicht genau verfolgen, was er sagte, und rief dazwischen: den Brief habe ich noch gar nicht gelesen. Daraus ist nun hier und da die Schlußfolgerung gezogen worden, als wenn das Verhältnis zwischen Bebel und mir bereits ein solches wäre, das man mit dem Worte „gegenseitige Hochachtung" nicht mehr bezeichnen könnte. Dieser Auffassung möchte ich entgegentreten. Zwischen Bebel und mir findet ganz naturgemäß seit Jahren ein Briefwechsel statt. Tausende von Briefen laufen jahraus jahrein beim Parteivorstand ein, von denen ich eine große Anzahl zu lesen und zu erledigen habe. Von jeher ein Mensch, der sich auch gern einmischt, wenn es gilt, die Meinungen gegenseitig auszutauschen, habe ich nun die Erfahrung gemacht, daß es für meinen körperlichen Zustand und besonders für meine Nerven — leider Gottes, habe ich solche — und auch für den Verkehr mit meinen Genossen sehr gut sei, wenn der Briefwechsel einen gewissen Grad erreicht hat, wo ich mir sagen muß, mit dem Austausch schrift-

licher Meinungen kommen wir nicht mehr zu Rande, diese Briefe zunächst zurückzulegen und zu warten, bis die Wogen sich wieder geglättet haben. Denn ich weiß, wenn ich das nicht tue, sondern antworte, so wird die Stimmung immer gereizter und ein Erfolg kommt dabei doch nicht heraus, und den Eindruck hatte ich bei dem letzten Briefe des Genossen Bebel. Ich sagte mir, mit Schreiben werden wir nicht mehr einig, aber in acht Tagen treffen wir uns ja in Dresden, und wie es uns bisher gelungen ist, bei mündlicher Aussprache uns immer zu verständigen und zu einem Ausgleich zu kommen, so wird das auch diesmal der Fall sein. Ich nahm von dem Inhalt des Briefes, soweit er geschäftliche Angelegenheiten betrifft, Kenntnis und sagte mir dann: na, über die Streitpunkte, das machen wir später aus. Genossen, die Siedehitze ist ja jetzt bereits überstiegen, sie ist langsam schon im Abflauen begriffen, wenn ich auch nicht sagen will, daß die Sache schon ihre befriedigende Erledigung gefunden habe.

Dann über einen zweiten Gegenstand persönlicher Art ein kurzes Wort. Er betrifft ebenfalls einen Vorwurf von Bebel, den er schon im vorigen Jahre in München gegen mich gerichtet hat. Er sagt, man sieht ja, daß an dem alten Auer auch kein guter Faden mehr ist. Denn die Gegner loben ihn und er weist das Lob nicht entrüstet zurück. Ich könnte darauf antworten: Ach Gott, man wird so häufig schlecht gemacht im Leben, wenn man nun wirklich mal gelobt wird, kann man das auch hinnehmen. (Heiterkeit.) Das wäre eine Erklärung, mit der sich auch Bebel schließlich zufrieden geben könnte. Aber so stehen die Dinge gar nicht. Ich werde ja sehr selten gelobt; es kommt vor, aber man merkt doch die Absicht und man wird nicht verstimmt. Wenn Pfarrer Naumann in der „Hilfe" mich als den Wolkenschieber (Zuruf: den Weichensteller!) oder als den Weichensteller der Partei hingestellt hat und gesagt hat: Auer, ja, das ist noch ein Kerl, und dergleichen: Ja, halten Sie mich denn für so kindisch, daß mir das in den Kopf gestiegen wäre und ich mir nun sagte: Donnerwetter, Auer, was bist du für ein Kerl, selbst der Pfarrer Naumann sieht in dir den Weichensteller der Partei! So kleinlich bin ich nicht, und ich habe auch zu meinen Parteigenossen das Vertrauen, daß sie wohl wissen, welche Zwecke mit solchen Lobereien verknüpft sind, und daß sie darüber zur Tagesordnung übergehen werden. Ich wüßte auch nicht, daß Genosse Bebel jedes Lob mit Entrüstung zurückweist. Ich erinnere Bebel an die ersten Zeiten unsrer Bewegung. Damals war es die Praxis der gegnerischen Presse gegenüber dem radikalen, umstürzlerischen, internationalen Verschwörer Liebknecht den bürgerlich angehauchten kleinen Drechslermeister Bebel als Respektsperson herauszustreichen. (Heiterkeit.) Ja, mit Bebel da war zu reden —; gewiß, er ist ein Fanatiker, ein Draufgänger, aber mit ihm konnte man fertig werden. Ich wüßte nicht, daß Bebel es gegenüber diesen Lobeserhebungen, die damals zu demselben Zweck wie heute ausgesprochen wurden, auch nur ein einziges Mal der Mühe wert gefunden hätte, zu erklären: Dieser internationale Umstürzler Liebknecht ist absolut nichts andres als ich; ich bin grade so radikal wie er. Bebel ging darüber hinweg und er mag versichert sein: dieselben Gründe, die ihn damals bestimmten, sind auch für mich maßgebend gewesen. Ich wollte Pfarrer Naumann nicht das Vergnügen machen, daß er mich aus der Höhle herauslockte.

Nun zur Sache! Die Auseinandersetzungen, die hier stattgefunden haben über die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern, haben zu unliebsamen Erörterungen über verschiedene Perioden im Leben eines hochangesehenen Schriftstellers geführt. Wir haben erlebt, daß Kautsky hierhergetreten ist und ausführte, daß Genosse Mehring sich hochverdient gemacht hat um die Partei. Das ist eine Auffassung, über die ich nicht streite. Ich schätze die Tätigkeit Mehrings hoch, auch heute noch. Außer Kautsky ist auch Bebel, der über den Genossen Mehring ungefähr so denken dürfte wie ich, mit aller Verve, soweit er es für notwendig hielt,

allerdings unter sehr einschränkenden kritischen Vorbehalten für den Genossen Mehring eingetreten.

Nicht aus dieser Tatsache allein, sondern vielleicht auch aus der Schlußwendung in der Erklärung Mehrings, daß für alles, was er schriftstellerisch für die Partei geleistet habe, der Vorstand mit die Verantwortung trägt, hat sich ein Gerücht gebildet, das bereits in die Presse übergegangen ist und das auch mir persönlich gegenüber von Genossen zum Ausdruck gebracht worden ist, nämlich die Vermutung, daß der Genosse Mehring den Parteivorstand in der Hand haben müsse, daß er im Besitz und in Kenntnis von Dingen sei, die den Vorstand zwingen, seine schützende Hand über ihn zu halten oder, wie ein Blatt sich ausdrückte, ihn mit dem Schilde zu decken. Ueber mein Urteil über Mehring will ich nicht erst lange reden. Ich habe allerdings mit zu denjenigen gehört, die die Fähigkeiten Mehrings, nachdem sein Uebertritt zur Partei möglich geworden war, der Partei dienstbar machen wollten. Was ich nicht will und nicht gewollt habe, ist, daß Mehring eine geradezu leitende Stellung in der Partei einnimmt, wie sie sich nach und nach durch seinen Einfluß auf die „Neue Zeit" und eine unsrer größten Tageszeitungen herausgebildet hat. Davon aber abgesehen, erkläre ich hiermit, daß weder Mehring, noch sonst irgend jemand im Besitz von Geheimnissen oder sonst von Dingen sei, deren der Vorstand sich zu schämen hätte (Beifall), und die nicht in jeder Stunde vor aller Oeffentlichkeit verhandelt werden könnten. (Beifall.) Es giebt nichts, was wir nicht verantworten könnten. Dafür lege ich die Hand ins Feuer. Alle diesbezüglichen Gerüchte sind irrtümlich. Die Genossen können ruhig sein. Es ist nicht möglich, daß uns jemand zwingt durch gewisse Androhungen, etwa schweigen zu müssen. Das mußte ausgesprochen werden, denn solche schleichenden Gerüchte verbreiten sich immer weiter und schließlich heißt es dann, es muß doch etwas daran sein. Es ist aber nichts daran. (Beifall.)

Bei der jetzigen Debatte ist wieder die alte Frage besprochen worden, ob man positiv vorgehen oder sich auf die Negative, d. h. den alten Standpunkt beschränken soll, daß im Parlament nur zum Fenster hinausgeredet werden soll. Die Tatsachen haben in dieser Beziehung längst entschieden. Wenn heute noch einer käme und uns vorschlüge, die 81 Abgeordneten sollten nur Beobachtungsposten in den Reichstag schicken und die übrigen 75 statt dessen im Lande herumreisen und agitieren, ein Vorschlag, an den sich die älteren unter uns noch sehr gut erinnern werden, so würde man ihn auslachen. Wir haben uns entwickelt, unsre Taktik hat sich geändert. Nicht weil wir gescheidter geworden sind, das ist nicht gut möglich (Heiterkeit), sondern weil wir durch die Verhältnisse gezwungen waren, diesen Dingen gegenüber eine andre Stellung einzunehmen. Wenn uns nun jetzt eine gesetzgeberische Tätigkeit zugemutet wird, wie es unter Führung meines alten Freundes Zubeil in Teltow-Beeskow beschlossen worden ist (Bebel: Das ist der Antrag Timm), daß wir nicht nur, der Himmel weiß, wie viele Gesetze machen, sondern auch noch sehr umfangreiche Motive dazu schreiben sollen, so ist das eben wieder eine Uebertreibung. Erst sollten im Reichstage nur Reden zum Fenster hinaus gehalten werden, jetzt sollen wir geradezu packweise Gesetze schaffen und auch noch dicke Bände von Motive dazu schreiben. Der Mittelweg bleibt auch da der beste. Und wenn ich in einem Punkte mit Bebel einverstanden bin, so mit seinen Ausführungen über die Schwierigkeiten der praktischen Gesetzgebung. Das hört sich so hübsch an, wenn gesagt wird, das und das Gesetz müsse ausgearbeitet werden, aber seien Sie versichert, die Gesetzmacherei will auch gelernt sein, und „geborene" Gesetzesmacher haben wir unter uns noch nicht entdeckt. Kritiker, gewiß, die haben wir. Und ich sage Ihnen auch: Ich bin allerdings der Meinung, daß Gesetze zu machen die Aufgabe der Geheimräte ist, und daß es unsre Aufgabe ist,

nachher daran Kritik zu üben und eventuell durch positive Vorschläge Verbesserungen herbeizuführen.

Wenn Bebel darauf hinweist, daß er von jeher positiv und praktisch in die Gesetzgebung eingegriffen hat, so kann ich das nur in vollem Umfange bestätigen. Darüber, daß man die gesetzgeberische Tätigkeit in Anspruch nehmen soll, sind wir schon lange nicht mehr im Streit, der Streit entsteht nur immer durch die Meinungsverschiedenheiten darüber, was zur Zeit notwendig ist. Da ist ja nun Bebel in derselben glücklichen Lage wie ich und jeder von uns. Was wir selbst tun, das ist notwendig, das ist gut, das muß sein, aber was der andre tut, da sagt man immer: Na, na! (Heiterkeit.) Daraus sind schon so viel Streitereien entstanden, aber das ist doch kein Auseinandergehen in prinzipiellen Fragen, sondern es ist das dem Menschen eigne Wesen, daß er das eigne Werk für gut hält, während er an dem Werk andrer Menschen gar zu leicht Mängel entdeckt. Bebel hat uns selbst gesagt, auch die Frage, ob man Konzessionen akzeptieren dürfe, sei nicht von grundsätzlicher Bedeutung, es käme nur darauf an, ob die Konzession groß genug oder ob sie zu klein sei. Darüber haben wir uns schon recht gründlich bei den verschiedensten Gelegenheiten gestritten. Wenn dabei nun der eine oder andre die Gewohnheit entwickelt, zu tun, als ob er im Besitz der einzig richtigen Kenntnis sei, daß er im Besitz der letzten Wahrheit sei, was er tut, das ist wohlgetan — nun ja, das ist auch eine menschliche Schwäche, hat aber mit unsren taktischen Fragen gar nichts zu tun. (Sehr richtig!) Weiter stimme ich vollkommen Bebel zu, daß die Partei nie und zu keiner Zeit einiger gewesen ist als jetzt. Das ist meine feste Ueberzeugung. Noch niemals waren grundsätzliche Verschiedenheiten unter uns weniger vorhanden als jetzt, und ich gestehe aufrichtig, daß bis in die neueste Zeit ich allerdings der Meinung war, daß wir das 25jährige Jubiläum des Inkrafttretens des Sozialistengesetzes und das Wahlergebnis des 16. Juni anders feiern würden als dadurch, daß wir uns tagelang gegenseitig in den schärfsten Formen angreifen. (Beifall.) Es ist immer so. Man denkt: Na, heuer werden wir uns recht gemütlich mit einander unterhalten, heuer liegt absolut nichts vor, man freut sich. Ich bin ja vor etwa 30 Jahren hier aus Dresden hinausgeworfen worden, polizeilich abgeschoben (Heiterkeit), weil ich ein bestraftes Individuum war, und ich hatte so die Empfindung: es ist doch eigentlich eine kleine Genugtuung, daß du nun nach 30 Jahren an dieselbe Stelle wieder zurückkommst und mit teilnehmen kannst an einer großen Festversammlung derselben Partei, in deren Dienst man dich vor 30 Jahren ausgewiesen hat. Es ist anders gekommen. Von Feststimmung habe ich bis jetzt in unsern Verhandlungen nichts gemerkt, vielleicht kommt es aber noch, denn es scheint ja, daß die Wogen sich glätten. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß wirkliche prinzipielle Gegensätze in der Partei nicht vorhanden sind. Temperamentsunterschiede sind vorhanden; es mag auch sein, daß die eine oder andre ungeschickte Aeußerung gefallen ist. Ja, wer hat denn in seinem Leben noch keine ungeschickte Aeußerung getan? Das ist doch kein Anlaß, daß wir deshalb uns bekämpfen, angreifen und herunterreißen, teilweise mit Ausdrücken, die, nachdem sie gefallen sind, von den Betreffenden selbst wohl als zu weitgehend betrachtet wurden. Besonders Bebel war es — bei aller Freundschaft für ihn und unsrer langjährigen Kampfgemeinschaft muß ich das aussprechen — besonders Bebel war es, der den harten Ton zuerst angeschlagen und der durch seine Erklärungen und durch seine Artikel die Meinung in weiten Kreisen in und außerhalb der Partei erregt hat, als wären Dinge vorhanden, die ein gemeinschaftliches Weiterarbeiten überhaupt nicht mehr ermöglichen. Sie alle haben ihn ja gesehen. Sie wissen, welche Macht in ihm als Redner steckt. Als er hier erklärte, seit zwölf Jahren schlucke er alle möglichen und unmöglichen Dinge hinunter (Heiterkeit), jetzt sei er voll zum Platzen, jetzt müsse er losgehen, koste es, was es wolle, da habe ich mir gesagt:

Zum Deibel noch mal, was ist dem guten August in den Leib gefahren? (Heiterkeit.) Er hat erzählt, daß ihm eine Laus über die Leber gelaufen ist; das mag ein sehr unangenehmes Gefühl sein (Große Heiterkeit), aber dafür können wir doch nichts. (Erneute Heiterkeit.) Ich habe gefragt: was ist denn geschehen? Seit zwölf Jahren ist das Sozialistengesetz aufgehoben. Wir haben 90, 93, 98 und jetzt in diesem Jahre den geradezu großartigen Erfolg gehabt, die Partei hat sich in einer Weise entwickelt, daß sie geradezu als mustergiltig von der Sozialdemokratie der gesamten Welt angesehen wird, wir haben Angriffe auf uns — ich erinnere an die Zuchthausvorlage — glänzend abgeschlagen, trotz unsrer geringen Zahl haben wir im Reichstag bei Kulturfragen, wie bei der lex Heintze, die Führung an uns gerissen, wir haben die Interessen des Volkes in einer Weise wahrgenommen, daß über drei Millionen bei der letzten Wahl ihre Stimme für uns abgegeben haben, und alles dies soll nichts sein? Alles dies sollte nicht dafür entschädigen, daß wir so manches haben hinunterschlucken müssen? Aber es ist ja eine menschliche Eigenschaft, man muß schlucken, sonst kann man nicht leben. (Heiterkeit.) Und glauben Sie denn, daß nur der eine geschluckt hat? Ach nein! Gewiß sind Dinge passiert im Laufe der Jahre, die bald dem einen, bald dem andern nicht gepaßt haben. Je mehr wir werden, je größer die Zahl derer ist, die zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen an verantwortungsvolle Posten gestellt werden, desto selbstverständlicher ist es doch, daß unter dieser immer größer und größer werdenden Zahl auch Personen sind, mit denen man nicht immer einverstanden ist. Ich wüßte nicht, wie es ermöglicht werden sollte, daß sich unter uns nicht verschiedene Temperamente geltend machten. Wenn die Personen und Temperamente unbequem werden, nun, dann ist es unsre Sache, zu sagen: Lieber Freund, bis hierher und nicht weiter! Damit bin ich einverstanden. Aber zu sagen, daß man so viel habe schlucken müssen, daß man es gar nicht mehr aushalte, das halte ich für eine recht starke Uebertreibung. (Lebhafte Zustimmung.) Nun wurde aber im Anschluß daran gesagt: „Ja, aber dieser Bernstein!“ Der neue Messias wurde er genannt, wie ja überhaupt biblische Bilder und Wendungen in dieser Debatte vielfach angewendet wurden. Der Geburt und dem Geschlecht nach könnte er ja ein Messias sein (Stürmische Heiterkeit), aber wenn ihm der Beruf zu irgend etwas fehlt, ist es der zu einem Messias. Ede Bernstein ist ein alter treuer Kampfgenosse, mit dem ich zu allen Zeiten und auch heut noch Schulter an Schulter stehe, aber an menschlichen Gebrechen fehlt es ihm wahrlich auch nicht. Eins seiner größten Gebrechen ist, mit einer Tapprigkeit, die geradezu wunderbar ist, immer daneben zu hauen. (Große Heiterkeit.) Wenn Bernstein wirklich der Messias und Führer der Revisionisten ist, dann können Sie ruhig schlafen (Heiterkeit), er sorgt schon dafür, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. (Erneute Heiterkeit.) Nun sagte Bebel, er halte es für seine Pflicht, wieder einmal vor die Massen zu treten und als Konsul dafür zu sorgen, daß das Wohl des Staates — in diesem Falle der Sozialdemokratie — keinen Schaden erleide. Er meinte, er wolle der Katze die Schelle umhängen, damit man weiß, woran man ist. Ich halte es nicht für nötig, daß die Konsuln unter das Volk treten und es warnen. Wir haben einen Wahlkampf hinter uns, auf den wir stolz sein können. Wir haben diesen Kampf gekämpft Schulter an Schulter (Zustimmung), Revisionisten und Radikale haben sich gegenseitig unterstützt. Als der Kampfruf erscholl, da kannte man von diesen angeblichen Gegensätzen nichts (Lebhafte Zustimmung.), da waren sie gänzlich verschwunden, und speziell Bebel, dessen wunderbare Energie und Zähigkeit wir ja alle anstaunen und deren wir uns freuen, hat unbekümmert um Revisionisten und Radikale überall gewirkt und in glänzender Weise gewirkt.

Was ist denn geschehen, daß das Vaterland nun auf einmal in Gefahr sein soll und daß eine derartige Aufregung in unsre Kreise hineingetragen wird? Ich habe den Wahlkampf nicht mitgeführt, weil mein Gesundheitszustand das

nicht erlaubte. Aber mit meinem Fühlen und Denken, mit meinem Herzen und Verstand war ich dabei, und als am Abend des Wahltages von allen Seiten in München, wo ich damals war, die Siegesnachrichten eintrafen, da habe ich mich gefreut wie nur einer, und es tatsächlich für unmöglich gehalten, daß uns wenige Wochen später zugerufen werden kann: Wir müssen der Katze die Schelle anhängen, wir müssen das Volk aufrufen, damit es wach bleibt gegen diejenigen, die es von den bisherigen bewährten Grundsätzen abbringen wollen. Nein, Genossen, ich begreife nicht, zu welchem Zweck alle diese Aufregung? Man hat unter andern auch von Millerandismus, Jaurèsismus und wie diese Ismen alle heißen, gesprochen. Das viele Brimbamborium, das da gemacht wird, um sich für die französischen Genossen die Köpfe zu zerbrechen, verstehe ich nicht. Ich war mit auf dem Internationalen Kongreß in Paris, ich habe im Namen der deutschen Delegation sprechen müssen. Und zu was habe ich gesprochen? Zur Resolution Kautsky in der Ministerfrage. Kautsky und andere hatten die Resolution gemacht, von mir ist nicht eine Silbe darin, ich gehe an so gefährliche Unternehmungen nicht heran (Heiterkeit), wenn ich weiß, daß Genossen da sind, die es besser verstehen. Ich sprach unter dem Beifall der sämtlichen Delegierten und Kautskys, der der Vater der Resolution ist und der mir erst den Leitfaden an die Hand gegeben hatte für meine Rede. Kautsky freute sich, daß der alte Auer sich auch diesmal wieder so gut durchgedrechselt hatte. Es war unter den Delegierten in Paris nicht ein einziger, der eine Stellung eingenommen hat in dieser Frage, wie sie nachher aus Gründen, die ich hier nicht erörtern will, sich herausgebildet hat, so daß man jetzt schon tatsächlich als ein sehr zweifelhafter Genosse betrachtet wird, wenn man nicht in der Ministerschaft Millerands eine Schandtat sondergleichen und in Jaurès einen Mann erblickt, der infolge seiner revisionistischen Neigungen die Partei vom Klassenbewußtsein hinweg und ins bürgerliche Lager hinüberführen will. Ja, das hätte man damals in Paris sagen sollen. Dann hätte ich wahrscheinlich nicht geredet und dann brauchte jetzt auch nicht der Vorwurf erhoben zu werden. Wenn aber Kautsky damals in der Frage andrer Meinung war wie heute, dann darf er doch den Leuten keinen Vorwurf machen, die heute noch so denken wie er damals. (Sehr gut!) Es ist das Wort gefallen, daß sich Symptome bedenklicher Art in der Partei geltend machen. Ich weiß nicht, worin diese Symptome bestehen. In der Diskussion ist bisher nur eins davon angeführt, nämlich die Revisionisten in der Fraktion sollten durch die letzte Wahl bedeutend gestärkt sein und es soll die Gefahr nahe liegen, daß jetzt das Gretchen vom Tugendpfade abweichen könnte. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob einer unter uns ist, der den neugewählten Abgeordneten schon ins Herz geschaut hat. Man kann doch nicht so schlankweg behaupten, daß die Revisionisten im Verhältnis stärker in der neuen Fraktion vorhanden sind, als in der alten. Diese Behauptung, wenn sie ein Wechsel wäre, würde ich nicht unterschreiben. Warten wir es ruhig ab. Das können wir ruhig abwarten. Wir werden ja sehen, wie die Dinge sich entwickeln, und ich glaube deshalb, daß auch dies Symptom kein Anlaß sein konnte zu den Szenen, die wir erlebt haben.

Aber nun zur Sache selber. Woran erkennt man denn den sogenannten „Revisionisten"? Wie sieht denn ein solches Exemplar aus? (Heiterkeit.) Zeigen Sie mir doch bitte einmal einen. Ich habe noch keinen gesehen, und aus den verschiedenen Urteilen und Angaben über die sogenannten Revisionisten ließ sich bis in die neueste Zeit auch nicht genau erkennen, was das Merkmal eines Revisionisten ist. Wer und was ist ein Revisionist? Das ist die Preisfrage. (Heiterkeit.) Und ehe wir weiter gehen, ehe wir die einschneidendsten Beschlüsse fassen — ich will vom Stuhl vor die Tür setzen noch nicht reden — ist es Pflicht, darüber klar zu werden: Was haben wir von Parteiwegen unter den Revisionisten zu verstehen?

Eine Zeitlang hat es auf mich den Eindruck gemacht, als ob unter den Revisionisten jeder zu verstehen sei, der gegen den einen oder den andren Punkt unsres Erfurter Programms leise Zweifel äußerte. Es schien eine Zeit lang so, als wenn die Kritik das Merkmal eines Revisionisten sei. Nun haben wir aber hier die bündigen Erklärungen über die Beschränkung der Kritik und Meinungsfreiheit gehört, daß diese Annahme nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Was ist nun noch übrig geblieben? Zwei Dinge habe ich herauszuschälen vermocht aus allen den vielen Artikeln und Reden als besondere Merkmale der Revisionisten. Einmal wird ihnen vorgeworfen die Aufgabe, die Verleugnung des Klassenkampfcharakters, und zweitens die Ueberbrückung des Gegensatzes zu den bürgerlichen Parteien, die Angliederung der Sozialdemokratie an den linken Flügel der bürgerlichen Demokratie. Alles andre, was bisher geredet worden ist, von allem Persönlichen ganz abgesehen, kommt nicht in Betracht. Wer es besser weiß, mag es aussprechen. Ich konnte nur diese beiden Punkte herausschälen. Wenn das aber wahr ist, daß man die Angliederung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei an die bürgerlichen Parteien herbeiführen, daß man die Selbständigkeit der Partei opfern und sie zum Gliede der bürgerlichen Linken machen will, erkläre ich offen heraus: wer solcher Bestrebungen sich schuldig gemacht hat und überführt ist, der hat allerdings die Absicht, offenen Parteiverrat zu begehen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin auch als Revisionist bezeichnet worden, ich erhebe aber Protest gegen derartige Unterstellungen. (Vielfaches Sehr richtig!) Wer von mir behauptet, daß ich Revisionist in dem Sinne bin, wie es sich nach und nach herausschält aus allen den Diskussionen, wer mir dies nachsagt, der verleumdet mich in elendester Weise. (Göhre ruft: Der verleumdet uns alle!) Ich habe kein Recht, für andre zu sprechen, ich spreche nur für mich. Auf das Gerede, daß da gewissermaßen in der Fraktion eine besondere Organisation vorhanden wäre, gehe ich nicht ein.

Wer aber mir gegenüber behauptet, ich gäbe das Klassenbewußtsein auf als notwendigste Grundlage für unsre Bewegung, als Basis, auf der wir stehen und auf der allein wir unsre Erfolge erzielen können, der kennt mich entweder nicht oder, wenn er mich kennt, so verleumdet er mich. Nun erst gar der Anschluß an die bürgerliche Linke! Das sagt sich so, und gewiß sind wir in unsrem Parteileben auch schon einmal mit Elementen der bürgerlichen Linken zusammengegangen; das ist z. B. 1887 vorgekommen bei den Wahlen, nach der Auflösung, wo tatsächlich vereinbart worden ist, sich den gegenwärtigen Besitzstand zu sichern usw. Das sind Dinge, die in Ausnahmefällen passieren können und die sich aus der Situation ergeben, und es wäre ein schlechter Parteiführer, der unter den gegebenen Verhältnissen nicht die notwendigen Mittel gebrauchte. Aber eine Angliederung! Ich will nicht davon reden, an wen wir uns denn angliedern sollen. (Heiterkeit.) Ich will auch nicht raten, sich mit Herrn Naumann zu verständigen und ihm zu sagen, er möge uns in einem Jahre mitteilen, wie es ihm bei der von ihm vollzogenen Angliederung gegangen ist. (Heiterkeit. — Sehr richtig!) Ich glaube, wir würden da ein abschreckendes Beispiel erleben. Es ist aber auch nichts von alledem wahr, es heißt unsre ganze Bewegung vollständig verkennen, wenn man glaubt, daß wir uns mit den bürgerlichen Parteien in irgend einer Weise verbinden könnten. Unsre Stärke liegt im Klassenbewußtsein und in der Klasse, aus der wir unsren Anhang rekrutieren. (Zustimmung. Rufe: Sehr richtig!) Das wurde mir in drastischer Weise klar, als ich als junger Parteigenosse nach Hamburg kam. Was war dort bei den Wahlen das wirksamste Mittel, um Stimmen für uns zu gewinnen? Es war die Frage: Nu segg mal, büscht du nich ook 'n Arbeeter? — Ja. — Denn möst ook een Arbeeterkandidaten wählen. — Ueber die Begriffe: Ehernes Lohngesetz, Mehrwert-Theorie usw., die ja ihre große Bedeutung haben, ist viel schwerer zu reden; die einfache Rede vom Arbeiterkandidaten geht dem Arbeiter viel mehr zu Herzen. Das Wort „Arbeiter-

kandidat" haben wir in jenen Jahren in Süddeutschland noch gar nicht gekannt, ich habe es erst in Hamburg kennen gelernt. Da ging es mir so nach und nach auf, was es heißt: „Klassenbewußtsein", was es heißt, die stärkste, zahlreichste Klasse im Staatswesen zu verbinden, zu vereinigen und für das, was sie an materiellen Machtmitteln nicht hat, an moralischen Machtmittel in die Wagschale zu werfen. Deshalb erkläre ich nochmals: wer behauptet, daß uns, den sogenannten Revisionisten, und speziell mir das Klassenbewußtsein abhanden gekommen sei und daß ich die Neigung habe, mich den bürgerlichen Parteien anzuschließen und mit linkem Flügel zu spielen, der hält mich wirklich für dümmer, als ich bin. (Sehr gut!)

Nachdem nun aber feststeht, was als Revisionist bezeichnet wird und was ihn als solchen kennzeichnet, kommen wir allerdings zu der Frage: Wer ist denn eigentlich nun unter uns Revisionist? Für mich lehne ich es ab. Die übrigen Genossen, die bisher gesprochen haben und dieser Sache beschuldigt wurden, lehnen es ebenfalls ab. Eine offizielle Proskriptionsliste existiert noch nicht, ich kenne sie nicht, aber Namen sind allerdings schon genannt worden in der Parteipresse. Sie begreifen, daß das unangenehm ist, selbst als einer von denen bezeichnet zu werden, denen die Schellen angehängt werden sollen, die hinaus müssen aus unsrer Partei, weil sie darin den Frieden stören. Das ist mir passiert. (Unruhe.) Unser Königsberger Partei-Organ hat die Frage aufgeworfen: „Wie wollen wir aus diesem Zustande herauskommen, so kann es nicht weiter gehen", und hat vorgeschlagen, man solle durch Urabstimmung entscheiden, wer von diesen Personen in der Partei bleiben kann und wer nicht. Ich will über die Urabstimmung nicht reden, sie ist bei unsrer Organisation gar nicht möglich. Aber wie diese Dinge doch draußen in der Provinz wirken, dafür nur ein Beispiel: Dem Dortmunder Partei-Organ, das die Arbeiterinteressen rücksichtslos und, wie ich auch sagen kann, geschickt vertritt, ging der Vorschlag des Königsberger Blattes doch gegen die Schnur und es warf die Frage auf, die ich jetzt auch mit aufwerfe: Wer sind denn eigentlich die Revisionisten? Ehe wir sie hinauswerfen, müssen wir sie doch kennen. Das Organ sagt dann: „Sollen David, Heine und Vollmar als Opfer fallen oder auch ihre Anhänger Dreesbach, Kolb, die Genossen von der Breslauer Redaktion oder schließlich alle, die mit den sogenannten Revisionisten sympathisieren? Denn auch Auer rechnet sich zu den Revisionisten. Welch ein Gedanke aber ist es, gegen einen Veteranen wie Auer mit einem Ausschlußantrag vorzugehen!" Ich bin der Redaktion ja sehr dankbar für die gute Meinung, die sie da ausspricht, aber es wird in der Partei die Frage, wer hinausgeworfen werden soll, diskutiert. Da sind David, Heine und Vollmar — Bernstein ist noch gar nicht dabei, ebensowenig Schippel und andre, die ebenfalls nach ihren verschiedenen Artikeln in Betracht kämen. Ich weiß überhaupt nicht, wo die Grenze gemacht werden soll, besonders wenn unter den neuen Abgeordneten die Mehrzahl ebenfalls revisionistisch sein soll. Das sind doch schließlich Dinge, welche wirklich diejenigen, die in dieser Beziehung den Vorkampf führen, zu der Frage veranlassen sollte: geht das nicht zu weit?

Parteigenossen, man hat uns gesagt: „Es muß Farbe bekannt werden!" Ja, zum Teufel auch, gewiß muß Farbe bekannt werden! Aber haben wir denn nicht Farbe bekannt erst im letzten Wahlkampf? War es denn richtig daß wir „vertuscht" und „Komödie" gespielt haben in dem Augenblick, wo die Partei die Fahne entfaltet hat und wir alle in den Kampf gezogen sind? Wer das behaupten kann, der muß sich in dem Moment, wo er so etwas behauptet, doch seiner Worte und ihrer Tragweite nicht voll bewußt gewesen sein. (Sehr richtig! und Unruhe.) Mit welchem Recht darf man solche Vorwürfe erheben? Seit 35 Jahren gehöre ich jetzt schon bald der Partei an, eine ganze Reihe von Kämpfen habe ich in ihr mitgemacht, immer war ich mit dabei, wenn es möglich war, wo es galt, für die Partei und ihre Interessen einzutreten. Ich habe mich

nie gescheut, Sozialdemokrat zu sein und als solcher bezeichnet zu werden. Unser Programm ist veröffentlicht worden, Tausende von Reden sind gehalten worden, Tausende von Zeitungen gehen jeden Tag hinaus, im Reichstage und in fast allen Parlamenten der Einzelstaaten haben wir unsre Vertreter. Wollen wir diesen Genossen vorwerfen, daß sie bisher nicht Farbe bekannt haben? (Sehr gut!) Der Gedanke, daß so etwas möglich wäre, daß jemand ernsthaft den Vorwurf erheben könnte, die Partei habe bis jetzt Komödie gespielt, dieser Gedanke ist mir einfach unfaßbar, den Gedanken muß ich zurückweisen, und ich glaube auch nicht, daß einer unter uns ist, der ihn ernsthaft aufrecht erhalten kann. (Bravo!) Wenn Komödie gespielt worden ist, dann müssen doch auch Komödianten vorhanden sein, dann nenne man doch diese Komödianten und sage, bei welcher Gelegenheit sie Komödie gespielt haben. Wenn die Partei bis jetzt nicht Farbe bekannt hat, woran liegt es denn? Dann müssen doch diejenigen, die sich uns gegenüber hier in diesem Saale mit Fug und Recht als Führer der Partei bezeichnet haben, es sein, die diese Komödie aufgeführt haben. Ich bestreite, daß so etwas vorgekommen ist. Ich weise den Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurück und sage deshalb: wenn das geschehen ist, heraus mit der Sprache und nicht allgemeine Behauptungen, dann verlange ich Namen und Tatsachen! (Vielfache Zustimmung.) Nun ist es ja richtig, daß unter uns verschiedene Leute, verschiedene Temperamente sind, daß verschiedene Geschicklichkeit bei den einzelnen vorhanden ist. Es ist auch gewiß richtig, daß der eine oder andre vielleicht nicht so absolut zuverlässig ist als wir wünschen, daß wir es alle sein sollen. Wenn nun wirklich diese Meinung vorhanden ist, wenn man glaubt, daß die Konsuln wieder einmal wachen müssen für das Wohl des Landes, dann verlange ich im Partei-Interesse, daß dieses Wachen, diese Warnung, diese Kontrolle ausgeübt wird zur angebrachten Zeit. (Zustimmung.) Und wenn ich gegen die Inszenierung der ganzen Geschichte, die uns hier beschäftigt, mit vollem Rechte einen Vorwurf erheben kann, so ist es der, daß man diese ganze Sache zur denkbar ungeschicktesten und ungeeignetsten Zeit in Anregung gebracht hat. (Beifall.) Wenn wir der Fraktion nicht mehr trauen dürfen, wenn wir glauben, daß in derselben unsichere Kantonisten sind, war es da nicht an der Zeit vor der Wahl, in der Fraktion selber, in dem Kreis der Beteiligten, hinzutreten und zu sagen: „Hört einmal, Kinder, so und so steht es unter uns, wir wollen einmal Musterung halten. Das wäre am Platze gewesen, und wenn man auch mir gesagt hätte: „Lieber Nazi, Du bist ein ganz prächtiger Kerl, aber Du tätest uns einen Gefallen, wenn Du die Tür von draußen zumachtest", ich gebe Ihnen mein Wort, es hätte mir weh getan, aber wenn es mir nicht bloß von einzelnen Personen, sondern von den maßgebenden Kreisen gesagt worden wäre, ich hätte wahrhaftig nicht danach gegeizt, wieder ein Mandat zu bekommen. Ich kenne die Annehmlichkeiten des Reichstages; seit 27 Jahren bin ich mit Unterbrechungen Mitglied, und selbst die Aussicht, demnächst Diäten zu bekommen (Große Heiterkeit), hätte mich nicht bewogen, mich an das Mandat anzuklammern. So wie ich von mir Ihnen diese Versicherung gebe, so hätten, glaube ich, alle gehandelt, die in Betracht kommen. Ein Vergnügen ist es wahrhaftig nicht, Reichstags-Abgeordneter zu sein. (Sehr richtig!) Und das, was für die alten Abgeordneten, gilt doch auch für die Kandidaten, für den neuen revisionistischen Zuwachs. Wenn deshalb irgend ein Fehler gemacht worden ist — möglich, ich weiß es nicht, daß der eine oder andre besser nicht mehr an verantwortungsvollster Stelle stände (Unruhe), das ist die persönliche Ueberzeugung des einzelnen, und das Recht, sie auszusprechen, räume ich jedem ein, — so kommt doch diese Warnung nicht zu der Zeit, wo sie am Platze gewesen wäre bei gegebenem Anlaß, sondern bei möglichst ungeschickter Gelegenheit. Das ist es, was ich für falsch halte. (Sehr richtig!) Es kommt hier noch ein andres in Betracht. Wir sind eine demokratische Partei, und es ist hier viel

geredet worden von den Beziehungen zur Volksseele, zur Masse. Man hat uns ins Gesicht geschleudert, daß wir diese Beziehungen zur Volksseele wahrscheinlich infolge unsrer gehobenen Lebensstellung verloren haben. (Große Unruhe.) Das mag sein, wie es will, aber das eine will ich sagen: Da man weder die Massen, noch die Personen zur rechten Zeit gewarnt hat, so bedeutet es ein Mißachten der Volksseele und des Massengeistes, diese Masse ungewarnt ins Treffen zu schicken, auf die Schanze zu rufen, so die Tausende und Hunderttausende für die einzelnen Personen sich abmühen und sie wählen zu lassen, nachher aber gewissermaßen zu sagen: Da habt Ihr Euch aber vollständig vergriffen, der Kerl taugt nichts. (Beifall.) Das nenne ich in vollem Umfange des Wortes einen Mangel an Respekt vor dem Volksgeist. (Sehr richtig!) Ich, der angebliche Revisionist, der Cyniker und was ich sonst noch alles für angenehme Eigenschaften habe (Heiterkeit), ich würde so etwas nicht tun, ich beuge mich vor der Volksstimme, ich sehe in ihr das für mich Entscheidende und Maßgebende.

Daß „Revisionisten" unter uns sind, das wissen wir. Und was ist in dieser Beziehung möglich? Der schlimme Mensch, Wolfgang Heine, er ist am Sitze der Parteileitung, am Sitze der deutschen politischen Intelligenz (Heiterkeit), im großen Berlin gewählt worden mit vielen Tausenden von Stimmen! Es hätte doch nahe gelegen, eine solche Wahl zu verhindern, wenn sie wirklich so gefährlich gewesen wäre. (Sehr richtig!)

Vollmar hat schon durch eine Reihe von Zitaten nachgewiesen, wie im Laufe der Zeit zu verschiedenen Fragen eine verschiedene Stellung eingenommen worden ist, wie man manches, was man ursprünglich als ganz unmöglich und unzulässig betrachtet hat, nachher getan hat und zum Wohle der Partei getan hat. Er hat bei der Gelegenheit auch von den preußischen Landtagswahlen geredet. Auch ich möchte, um Ihnen zu zeigen, wohin man kommt, wenn man allzusehr den Schlagworten folgt, ein Beispiel aus der ältesten Zeit unsrer Parteigeschichte und eines aus neuerer Zeit anführen. Als 1874/75 die ersten Anregungen kamen, um die Vereinigung der beiden alten Fraktionen, der Eisenacher und der Lassalleaner, herbeizuführen, da waren unter uns sehr einflußreiche Genossen, die glaubten, daß diese Vereinigung ein Fehltritt sein würde. Bebel, der damals nicht in unserer Mitte sein konnte, sondern eine neunmonatliche Gefängnisstrafe in Zwickau abzubüßen hatte, gehörte zu denen, die gegen diese Vereinigung mit den Lassalleanern sehr schwere Bedenken trugen. Er schrieb uns einen Kassiber — offiziell durfte er wohl nicht schreiben aus dem Gefängnis — nach Hamburg, wo ich schon dem Parteiausschuß angehörte, einen achtzehn Seiten langen Brief. Der Brief enthielt ein förmliches Programm und zwar ein sehr detailliertes Programm und weiter die Bemerkung, daß, wenn wir dies Programm nicht als Grundlage zu den Verhandlungen mit den Lassalleanern nähmen und nicht alle seine wesentlichen Punkte anerkennten, dann könne er die Vereinigung nicht mitmachen, und wenn seine neun Monate um wären, so würde er die Fahne gegen diese Vereinigung erheben. (Bebel ruft: Hast Du den Brief da? Unruhe.) (Bebel: Ich möchte ihn einsehen.) Im Parteiausschuß war es Geib, der sagte: Na, so gefährlich ist es nicht. Liebknecht war ein entschiedener Vertreter der Vereinigung und wir Jungen stimmten natürlich zu. Wenige Monate, nachdem dieser Brief aus dem Gefängnis geschrieben war und der Vereinigungskongreß stattfand, war der eifrigste Vorkämpfer der Vereinigung Bebel. Als er aus dem Gefängnis heraus war, als er sah, wie die Dinge wirklich lagen, ging er in seinem Eifer sogar so weit, daß er außer den Lassalleanern vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein und den Eisenachern noch andre Gruppen mit in die Vereinigung einbezogen wissen wollte. Das ist kein Vorwurf, aber es zeigt, daß alles auf die Umstände ankommt, unter denen man eine Sache ansieht. Bebel saß abgeschlossen im dritten Jahre, erst auf der Festung, dann im Gefängnis. Auch er ist der menschlichen Schwäche unterworfen. Aber nicht er allein. Marx und Engels

schrieben damals einen Zirkulationsbrief nach Deutschland, der für Geib, mich, Bracke, Liebknecht und andre bestimmt war, einen Brief, in dem sie direkten Einspruch gegen die Vereinigung erhoben unter dem Motiv, daß, was der Finesse und der Schlauheit des Dr. v. Schweitzer nicht gelungen sei, nämlich die deutsche Arbeiterbewegung dem Berliner Molkenmarkt dienstbar zu machen, jetzt den — ich will das Prädikat, das dabei stand, nicht anführen — Genossen Hasenclever und Hasselmann zu gelingen scheine. Sie erklärten uns, sie erhöben Einspruch gegen die Vereinbarung, wenn wir auf diesen Einspruch nicht Rücksicht nähmen, so sähen sie sich um ihrer internationalen Stellung in der Arbeiterbewegung willen genötigt, öffentlich zu erklären, daß sie mit der Vereinigung nicht einverstanden seien. Später haben auch Marx und Engels eingesehen, daß sie sich geirrt hatten. Das zweite Beispiel sind die Differenzen in Bezug auf die preußischen Landtagswahlen. Was für schlimme Dinge glaubte man nicht von der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen für die Partei befürchten zu müssen. Es erschien damals eine Broschüre, deren Verfasser ich gleich nennen werde. An der betreffenden Stelle, an die ich denke, ist zunächst von der Dampfersubvention die Rede, bei der es sich nach der Ansicht des Verfassers nicht um eine neue Taktik handelte. Diejenigen, die an den Kämpfen über diese Frage teilgenommen haben, wissen übrigens, daß die Dinge doch etwas anders standen und daß die „alte Taktik" damals sehr in Gefahr war. Die Gefahr war damals schon dieselbe wie heute, nur die Personen haben gewechselt. Damals focht zur Rechten Vollmar, zur Linken Bernstein und das Weltkind Bebel stand in der Mitte gegen uns. (Heiterkeit.) Also die Personen sind andre, die Schlagworte aber genau dieselben wie damals. Die Broschüre fährt dann fort: „Bei dem jetzigen Streit aber handelt es sich um eine vollständige Aenderung der alten Taktik in der Partei, um eine Aenderung der Taktik, die eine Aenderung des Wesens der Partei bedeuten würde. Es handelt sich um die Beibehaltung oder Preisgabe des Klassenkampfstandpunktes (Hört! hört!), der uns von allen bürgerlichen Parteien trennt. Wir stehen hier vor dem entscheidenden Schritt, vor der Frage: sollen wir die alte sozialdemokratische Partei bleiben oder sollen wir den Rubikon des Klassenkampfes überbrücken und der linke Flügel der bürgerlichen Demokratie werden." (Hört! hört!) So stand es noch vor wenigen Jahren um die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen. Die Aufgabe der alten Taktik, des Klassenkampfstandpunktes, die Ueberbrückung des Rubikons und die Angliederung an die bürgerliche Linke sollten in Frage stehen; es sind das also alles dieselben Einwürfe, die auch heute wieder gemacht werden. Und wer hat diese Broschüre geschrieben? Es ist der alte Liebknecht, der sie damals im Auftrage des VI. Berliner Wahlkreises geschrieben hat. Und dieselben Genossen, die diese Broschüre veranlaßten, an ihrer Spitze Zubeil, kämpfen jetzt für die Beteiligung an den Landtagswahlen. (Zubeil: Weil wir müssen!) Wenn die Dinge so ständen, wie es hier geschildert ist, wenn es sich um die Aufgabe des Klassenkampfstandpunktes und um die Angliederung an die bürgerliche Linke handelte, dann dürften Sie sich jetzt nicht an den Wahlen beteiligen. Ich führe dies Beispiel nur an, um ihnen zu zeigen, wohin man mit derartigen Prophezeiungen kommt, mit der Aufstellung derartiger Grundsätze, die mit innerer Notwendigkeit nicht aufrecht erhalten werden können, weil sie vom Gang der Zeit und der Entwicklung über den Haufen geworfen werden. Ich will jetzt schließen. Das eine aber möchte ich doch noch sagen: Denken Sie, was Sie wollen von uns, aber den Vorwurf, daß ich das Klassenbewußtsein aufgebe, daß ich die Partei an die bürgerliche Linke verraten wolle, weise ich mit Entrüstung als elende Verleumdung zurück! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Der Parteitag beschließt, sich zu vertagen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Adolf Hoffmann-Berlin: Als Genosse Timm in seiner Rede an einer Stelle ausführte, daß man mit dem Gedanken umgehe, Auer nicht mehr in den Vorstand zu wählen, trat Richard Fischer in erregter Weise vor und rief etwas in die Versammlung hinein, was unten nicht verstanden wurde. Ich hörte: „Streiten Sie doch nicht" und etwas hinterher, was in dem Skandal, der in diesem Augenblick herrschte, verloren ging. Nachher ist mir dann von einigen Genossen mitgeteilt worden — und Fischer hat es bestätigt — daß Fischer gesagt habe: „Täterow und Hoffmann, streiten Sie doch nicht!" Es ist damit also ausgesprochen, daß wir beide gegen die Wahl der Genossen Auer etwas unternommen haben sollen. Es war bisher nicht üblich, Privatgespräche (Aha!-Rufe. Unruhe.) in irgend welcher Form belauschen zu lassen und weiter zu tragen. Ich halte es aber für ganz selbstverständlich und für unsre Pflicht, daß, wenn wir auf dem Parteitag zusammenkommen und da die Neuwahl des Vorstandes vorzunehmen haben, daß wir uns auch über die Personenfrage zu unterhalten haben, das versteht sich ganz von selbst und ist unser gutes Recht, das ich mir nicht nehmen lasse. Ich habe also in Privatgesprächen mit Delegierten erklärt: Wenn die Sache wirklich so liegt, wie Bebel gestern sagte und Auer es heute bestätigt hat, daß dann die Frage allerdings nicht so einfach sei. Auer hat vorhin bestätigt, daß er Briefe, die von Bebel an ihn gesandt wurden, nicht gelesen hat. Wir sind der Meinung, daß man darüber nicht so leicht hinweggehen kann.

Singer fordert den Redner auf, im Rahmen einer persönlichen Bemerkung zu bleiben.

Hoffmann (fortfahrend): Ich habe also gesagt: Unter diesen Umständen muß man doch bedenken, ob die Zusammensetzung des Vorstandes so bleiben kann. Es wird behauptet, daß wir in Berlin bereits darüber gesprochen hätten, das trifft nicht zu. Die Berliner Delegierten haben erst heute eine Sitzung gehabt, in der festgestellt wurde, daß bisher über diese Frage nicht verhandelt worden ist. Es haben lediglich persönliche Gespräche stattgefunden und da habe ich erklärt, wenn Auer nochmals so gegen Bebel vorgeht zum Gaudium der ganzen Welt und der bürgerlichen Presse wie in Hannover, dann könnte es ihm leicht passieren, daß der Parteitag anders darüber denkt. Das habe ich gesagt und das vertrete ich auch.

Bebel: Zu der Angelegenheit, die der Genosse Hoffmann eben besprochen hat, habe ich vorläufig nichts zu bemerken. Ich habe ums Wort gebeten, weil im Laufe der Debatte wiederholt davon die Rede war, daß ich auf dem Lübecker Parteitag öffentlich erklärt haben soll, wenn man das ganze Badener Ländle in einen Sack steckte und in den Bodensee würfe, so wäre nichts verloren. Als ich das gegenüber dem Genossen Kolb bestritt, da sagte er, ich hätte es im Protokoll gestrichen. Ich antwortete ihm darauf, derartige Aeußerungen streiche ich überhaupt nicht. Das ist ja auch klar. Solche Aeußerungen werden naturgemäß sehr bemerkt, und sie zu streichen, wäre eine Dummheit. Es wurde dann der Zwischenruf gemacht, die Aeußerung habe in dem Guttmannschen Bericht gestanden. Genosse Guttmann kam daraufhin zu mir und sagte mir, das sei nicht wahr, worauf ich ihm erwiderte: selbstverständlich — das konnte nicht drinstehen, weil ich es nicht gesagt habe. Gleichwohl ist es gefallen, aber privatim. Ich habe auf dem Lübecker Parteitage zu einem Genossen, mit dem ich über die Badenschen Zustände sprach, gesagt: „Na weißt Du, wenn man Euch Badenser von Mannheim bis Konstanz nehmen und in den Bodensee stecken würde, so würde das für die Partei kein großes Unglück sein." Der Genosse lachte darauf und ich lachte mit.

Stücklen: Genosse Timm sagte, ich hätte den Münchenern politisches Verständnis abgesprochen. Ich habe im Gegenteil gesagt, die Münchener sind keine Hammelherde, die ohne weiteres Vollmar nachläuft.

Richard Fischer-Berlin: Was die Erklärung Kolbs in Bezug auf das Protokoll betrifft . . .

Singer: Das gehört nicht in den Rahmen einer persönlichen Bemerkung.

Fischer (fortfahrend): Schön, dann werde ich das lassen. Nun zu Adolf Hoffmann! Würde es sich um ein Privatgespräch handeln über die Frage der Vorstandswahl, so wäre ich der letzte gewesen, der darüber ein Wort verloren hätte. Wie kam die Sache? Als Timm vorhin sagte, es seien Bestrebungen im Gange, um Auer herauszubringen, erhob sich dagegen Widerspruch und es fiel das Wort Lüge. Da bin ich vorgegangen und habe Timm zugerufen: Bleiben Sie bei Ihrer Behauptung! Es ist wahr! Und als das wieder bestritten wurde, da habe ich gerufen: Hoffmann und Täterow werden doch nicht so feige sein, das zu bestreiten! (Unruhe.) Nun, als die Delegierten in Berlin zusammen waren und noch niemand wissen konnte, was hier vorging, da hat Adolf Hoffmann schon gesagt: Wir werden mal sehen, ob wir in Dresden diesmal nicht im Ernst durchsetzen, was wir in Lübeck probiert haben! (Hört! hört! Bewegung. Stadthagen ruft: Das ist unwahr! Große Unruhe.) Wenn Sie sagen, das ist unwahr, so ist das noch kein Beweis. (Stadthagen: Haben Sie denn Beweise?) Wenn ich etwas behaupte, so ist es wahr. Darauf können Sie sich verlassen. (Stadthagen: Es ist doch unwahr!) Was Sie bestreiten, geht mich gar nichts an. Es sind Parteigenossen zu mir gekommen und haben gesagt, was ist denn los? Die Berliner gehen ja hier herum, um gegen Auer zu agitieren. (Hört! hört! Große Bewegung.) Darauf ging ich zu Werner, dem Vertrauensmann meines Wahlkreises, und fragte ihn, ob das wahr sei, denn ich habe es für unmöglich gehalten, daß die Berliner sich dazu hergeben, jemanden hinter seinem Rücken heimlich abzumeucheln. Werner sagte mir, daß das nicht wahr sei. Darauf ging ich zu dem, der mir die Mitteilung gemacht hatte und teilte ihm das mit, was Werner gesagt hatte. Er erwiderte mir, es hätten sich einzelne Berliner damit beschäftigt. Täterow zum Beispiel sei zu ihm gekommen und habe gesagt, man könne Auer nicht mehr brauchen, auch Molkenbuhr und Bömelburg kämen nicht in Frage, denn die seien schon zu hoch, es müßte einer aus dem Volke sein. (Hört! hört! Große Unruhe.) Ich hätte auch jetzt noch nichts gesagt, wenn man nicht diese Bestrebungen zu decken gesucht hätte mit der Behauptung, Bebel und Singer seien damit einverstanden. (Lebhafte Bewegung. Hört! hört!) Ich ging darauf zu Singer und der hat mir erklärt, es sei selbstverständlich eine Gemeinheit, ihm so etwas zuzumuten. (Bravo!) Und nun frage ich, ob Sie das noch bestreiten wollen.' (Rufe: Das ist einfach unwahr. Langanhaltende Unruhe.)

Singer: Wir kommen wieder in eine Erregung und Stimmung hinein, in der Verhandlungen nicht möglich sind. Ich bitte, daß die persönlichen Bemerkungen ruhig angehört werden. Die Genossen, deren Namen hier genannt sind, müssen uns doch das sagen, was sie zu sagen haben. (Sehr richtig!)

Adolf Hoffmann: Ich stelle hier vor den Berliner Delegierten, vor den Mitgliedern des Parteivorstandes Wengels und Eberhardt, fest, daß ich am Abend, wo die Berliner Delegierten zusammenkamen — die einzige Sitzung, die sie überhaupt zum Parteitag gehabt haben — in einer Fraktionssitzung im Rathaus gewesen bin. Das werden mir Singer und Stadthagen bestätigen. Zu der Delegiertensitzung kam ich ziemlich am Schluß, als zur Wahl des Vorstandes, der Revisoren usw. bereits Stellung genommen war. Ich bin also gar nicht dabei gewesen. Das ist die erste Unrichtigkeit. Die zweite Unrichtigkeit ist, wenn uns Agitation hinter dem Rücken der Personen vorgeworfen wird. Gewiß, ich habe mit Täterow gesprochen. Er fragte: Wer? Ich sagte: Ja, ich weiß auch nicht, wen wir vorschlagen sollen, das muß überlegt werden, da müssen wir zusammen-

kommen. Man hat von einem derartigen Privatgespräch etwas aufgefangen und will Stimmung machen.

Täterow: Ich habe an der Zusammenkunft in Berlin nicht teilgenommen, es kann also keine Rede davon sein, daß so etwas unter den Delegierten vorgekommen ist. Im Gegenteil, ich habe für Auer von jeher eine ziemliche Hochachtung gehabt . . .

Singer: Sie können im Rahmen einer persönlichen Bemerkung sich nur gegen das wenden, was Fischer gegen Sie gesagt hat.

Täterow (fortfahrend): Es muß mir doch gestattet sein gegenüber den Angriffen Fischers. Ich bestreite nicht, daß ich mit Delegierten darüber gesprochen habe, aber ich habe keineswegs behauptet, daß Bebel oder sonst jemand das wünscht. Ich wüßte gar nicht, wie ich dazu käme. Ich habe auch nicht gegen Auer gesprochen, sondern ich habe seine Tätigkeit anerkannt, und in Hannover, als Auer einige Stimmen weniger bekam, gehörte ich sogar zu denjenigen, die die Sache gegen Auer nicht mitmachten. Wir sind zusammen gewesen und da ist unter andern auch die Frage angeregt worden — das wird mir Stadthagen bezeugen können — und da haben wir gesagt: Bevor nicht Auer Stellung genommen hat, kann überhaupt über die Sache nicht gesprochen werden. Gerade ich war es, der das gesagt hat. Das Recht, darüber zu sprechen, wird man mir doch nicht verwehren wollen. Das Gegenteil wäre Heuchelei.

Singer: Da Fischer-Berlin meinen Namen genannt hat, so sehe auch ich mich zu einer persönlichen Bemerkung veranlaßt. Fischer hat erklärt, es wäre ihm mitgeteilt worden, daß Täterow und Hoffmann davon gesprochen hätten, daß auch ich gesagt haben soll — (Fischer ruft: Ich habe nicht gesagt, daß Täterow und Hoffmann davon gesprochen haben!) — also der Genosse Fischer hat gesagt, daß ich, gleichgültig wem gegenüber, die Meinung geäußert hätte, es wäre mir angenehm und wünschenswert, daß Auer aus dem Parteivorstand herauskäme. Wer es auch sei, der eine derartige angebliche Aeußerung von mir wiedergegeben haben sollte, der hat gelogen. (Lebhafter Beifall.) Es ist mir nie in den Sinn gekommen, irgend einem Menschen gegenüber direkt oder indirekt einen solchen Wunsch zu äußern. (Bravo!) Ich glaube, daß ich nicht nötig habe, in pathetischer Weise diese Versicherung zu verstärken, sondern daß es für alle diejenigen, die mich kennen — und das sind glücklicherweise sehr viele in der Partei — genügen wird, wenn ich hiermit erkläre: ich habe weder daran gedacht, noch jemals solche Aeußerung gemacht, wonach ich Auer aus dem Parteivorstand scheiden sehen möchte. (Lebhafter Beifall.)

Richard Fischer: Ich will nur konstatieren, daß ich nicht gesagt habe, Singer habe eine solche Aeußerung getan, sondern ich habe erklärt, man habe versucht, diese Quertreibereien mit dem Namen Bebel und Singer zu decken; ich hätte Singer gefragt und er habe es selbstverständlich für eine Gemeinheit erklärt, ihm eine solche Handlungsweise zuzutrauen. — Was die andre Sache anbelangt, so soll man sich nicht um Kleinigkeiten streiten. Es ist ganz gleichgültig, ob Hoffmann im Anfang der Sitzung da war oder erst gegen Schluß, es ist ganz gleichgültig, ob er es zu A oder B gesagt hat, die Tatsache steht fest, daß er nicht, wie er behauptet, erst durch den Zwischenruf Auers, er habe die Bebelschen Briefe nicht gelesen, zu seiner Stellungnahme veranlaßt ist. Man versuche doch nicht, aus meinen Behauptungen anderes zu machen, als was ich gesagt habe. Ich sage nichts, was ich nicht beweisen kann. (Widerspruch.) Ich wiederhole, daß ich nicht von d e n Berliner Delegierten gesprochen, sondern vorher ausdrücklich erklärt habe: Ich bin zu Werner gegangen, der hat mir erklärt, daß die Berliner Delegation nichts derartigen beschlossen habe, und diese Erklärung Werners habe ich sofort meinem Gewährsmann mitgeteilt. Wenn man die Sache hier bestreiten will, so bemerke ich ferner, daß Stücklen, Grünberg, Katzenstein und andre selbst diese Aeußerungen gehört haben und zu mir gekommen sind.

Liepmann-Berlin: Ich kann diese Sache, die ein gewisses Odium auf Berlin wirft, mit einigen Worten richtigstellen. Wie fast alljährlich, kamen die Berliner Delegierten vor ihrer Abreise zusammen, um die schwebenden Fragen zu besprechen und zu beraten, wen sie als Kontrolleur vorschlagen sollten und wen als Beisitzer für den Vorstand. Ich habe diese Vorschläge dem Genossen Auer im Namen der Berliner Delegierten zugesandt und eine Bestätigung dieses Briefes habe ich in Händen. In der ganzen Sitzung ist mit keinem Wort von Auer die Rede gewesen. Jede andre Behauptung ist eine unwahre. (Sehr richtig!) Ich weiß das am besten, denn ich habe den Vorsitz geführt. Täterow war überhaupt nicht zugegen, Hoffmann kam erst zum Schluß und die Diskussion betraf nicht den Genossen Auer, sondern die Frage der Revision. Wir kamen heute wieder zusammen und auch heute war von Auer kaum die Rede. Von bindenden Beschlüssen hat man abgesehen. (Zuruf: bindenden?) Es ist von einer Seite der Vorschlag gemacht, in Erwägung zu ziehen, ob man Auer wiederwählen solle, aber es wurde sofort von verschiedenen Seiten erklärt, wir können uns nicht binden, und fast alle erklärten, daß sie Auer wiederwählen. Hätte Fischer mich gefragt, dann wäre dem Parteitage diese Diskussion erspart geblieben.

Stadthagen: Ich kann nur vollinhaltlich bestätigen, was Liepmann gesagt hat. Ich füge noch hinzu: Als wir heute aus ganz andrem Anlaß zusammenkamen, wurde von einer Seite Klage darüber geführt, daß angeblich Fischer von Kneipe zu Kneipe gehe und die Mär verbreite: die Berliner wollen nicht Auer, sondern Antrick wählen. (Hört! hört! Große Unruhe.) Es wurde gefragt, ob irgend jemand zu dieser Lüge Veranlassung gegeben habe, und Freiwaldt wurde beauftragt, Fischer mitzuteilen, daß das Ganze Unwahrheit sei. Das ist ihm mitgeteilt worden, aber trotzdem hat er die Unwahrheit aufrecht erhalten. (Rufe: Sehr richtig! Richard Fischer: Ist nicht wahr!) Bitte, Sie haben gesagt, daß die Berliner Delegierten einen solchen Beschluß gefaßt hätten. Wir haben Fischer gebeten, die weitere Verbreitung solcher Unwahrheiten zu unterlassen. Sie haben aber gesehen, daß er genau das Gegenteil tut. (Große Unruhe.)

Bebel: Heute Vormittag, als ich in den Sitzungssaal trat, teilte mir Victor Adler in lebhafter Entrüstung mit: Du glaubst gar nicht, was auf diesem Parteitag für unglaubliche Gerüchte und Schwätzereien umherschwirren. (Sehr richtig!) Ich habe doch schon vieles erlebt, aber so was noch nicht. — Ich erwiderte ihm: Das begreife ich; davon habe ich auch schon gehört. Die Leute sind hüben und drüben sehr erregt und so erklärt es sich denn, daß, wenn einmal ein Wort fällt, sich das sofort weiter verbreitet und mit jeder weiteren Mitteilnng an andre schlimmer wird. Nun hat sich Fischer auf Stücklen, Katzenstein und Grünberg berufen. Ich glaube, er hätte mit leichter Mühe noch Hundert finden können, die ähnliches gesagt haben, weil ähnliches überall herumschwirrt. (Sehr richtig!) Das Gerücht, wobei auch ich eine Rolle spiele, ist mir bereits am Mittwoch früh mitgeteilt worden und zwar durch Wallfisch. Dieser trat in sehr lebhafter Erregung an mich heran und sagte: Hören Sie, Bebel, wissen Sie schon, daß man Auer absägen will? Und er gab seiner lebhaften Entrüstung Ausdruck. Ich sagte: Gehört habe ich von diesen Sachen, aber daß man ihn absägen will, ist ja Unsinn. Ich habe nur gehört, Auer wolle eine große Rede halten, er habe viel Excerpe gemacht, und es wurde mir sogar darüber allerlei zum Teil geradezu Unsinniges mitgeteilt, und wenn er dann in ähnlicher Weise vorgehen würde, wie in Hannover, dann würde er einen gehörigen Denkzettel bekommen. (Sehr richtig.) Und da habe ich gesagt: Kinder, laßt mich aus dem Spiel, ich will mit der ganzen Geschichte nichts zu tun haben.

Adolf Hoffmann: Nach den Ausführungen von Bebel habe ich kaum noch etwas hinzuzufügen: Es ist festgestellt, daß in Berlin nicht darüber gesprochen worden ist, und was hier darüber gesprochen ist, ist auch festgestellt. Ich habe ja ehrlich erklärt, daß, wie die Situation liegt, ich persönlich der Meinung war,

daß ein Zusammenarbeiten zwischen Bebel und Auer nicht möglich sei, und da mir die Partei über der Person steht, hielt ich es in meinem Fall für meine Pflicht und mein Recht, so zu handeln.

Richard Fischer-Berlin: Ich will gegenüber Stadthagen nur bemerken: ich habe nicht behauptet, daß eine Konferenz der Berliner Delegierten den Beschluß gefaßt habe. Wenn Stadthagen von einem Kneipenlaufen meinerseits sprach, so hat er die Unwahrheit gesagt — gleichviel, ob er oder ein andrer sie erfunden hat. Die Ausführungen Bebels könnten vielleicht zu der Vermutung Anlaß geben, als ob ich Adler diese Mitteilungen gemacht hätte. (Bebel: Nein, nein!) So, dann ist dieser Punkt erledigt. Im übrigen kann ich nur wiederholen: was ich sonst erklärt habe, bezieht sich nicht auf Vorgänge in Berlin, sondern auf das, was in diesem Saale vorgegangen ist. Und für alles, was ich darüber behauptet habe, habe ich Gewährsmänner. (Unruhe.) Bestritten sind diese Bemerkungen zuletzt nur von Stadthagen, was bekanntlich keine Bestreitung ist. (Große Unruhe und Zwischenrufe.)

Stadthagen (Große Unruhe und Schluß!): Es ist nicht meine Schuld, daß ich noch einmal reden muß. Es ist uns heute nachmittag mitgeteilt worden, daß Fischer von Kneipe zu Kneipe gehe und das Gerücht über Auer verbreite. Darauf ist er ersucht worden, das zu unterlassen, weil das Gerücht nicht wahr sei. Ein wahrheitsliebender Mann hätte diesen Umstand mitgeteilt und den Parteitag nicht mit solchen Infamien aufgehalten. (Lachen und große Unruhe.)

Auer: Kinder, laßt doch genug sein des grausamen Spiels — das hält ja kein Viech aus. (Bewegung. Andauernde große Unruhe.)

Richard Fischer-Berlin: Ich bin bereit hier vor jeder Kommission und vor jedem Genossen zu beweisen, daß Stadthagen die Unwahrheit gesprochen hat, mit dem, was er zuletzt sagte. (Bewegung und Unruhe. Stadthagen ruft: Unerhört!)

Vorsitzender Singer verliest folgende

Erklärung.

Wie ich im Parteitage bereits erklärt habe, handelt es sich bei den gegen mich erhobenen Anklagen, soweit sie sich nicht auf meine um mehr als 20 Jahre zurückliegenden Angriffe gegen die Partei beziehen, durchweg um Anschuldigungen, die früher von bürgerlichen Gegnern gegen mich erhoben und von mir längst widerlegt worden sind. Auf einen Zwischenruf (Brief über Schönlank) fügte ich hinzu, daß es sich auch bei diesem Punkt um eine von mir längst klar gestellte Angelegenheit handle, worüber ich, nachdem ich mir das urkundliche Material beschafft habe, einstweilen folgendes erklären will:

Ueber die Differenzen, die im Jahre 1892 zwischen Schönlank und mir bestanden haben, kann und will ich mich öffentlich nicht äußern, da Schönlank tot ist und seine Auffassung nicht mehr der meinigen entgegensetzen kann. Ich will aber feststellen, daß, als ich zu Harden die Aeußerung tat, ich werde den Lümmel zahm kriegen, Harden weder Herausgeber der „Zukunft", noch auch Gegner der Partei war, vielmehr als angehender Sozialdemokrat mit Schönlank verkehrt hatte und mit mir verkehrte. Jene Aeußerung gewann dadurch einen ganz andren Charakter, als ihr vor dem Parteitage beigelegt worden ist, und Schönlank hat in ihr, als ich mich mit ihm über unsre damaligen Differenzen auseinandersetzte, niemals etwas andres gesehen, als den Ausdruck eines heftigen, aber nach Lage der Dinge begreiflichen Aergers. Diese Auseinandersetzung erfolgte bereits im Jahre 1895 oder spätestens 1896, was ich im Augenblick nicht genau feststellen kann. Als dann im Jahre 1899 Herr Harden mit meiner verletzenden Aeußerung über Schönlank in der „Zukunft" vom 4. März 1899 hervorrückte, habe ich sofort erklärt in dem Anhang zu der am 16. desselben Monats ausgegebenen zweiten Auflage meiner Broschüre gegen Harden:

Leider gelang es ihm (nämlich Herrn Harden), durch eine Reihe tatsächlicher Angaben, mir den Glauben beizubringen, daß mein Kollege vom „Vorwärts" (nämlich Schönlank) einen Verrat an mir begangen habe; es ist das einzige Mal, wo Herr Harden das Ziel seines edlen Strebens erreicht hat, und so aufrichtig mich die Tatsache heute noch betrübt, so ist es mir wenigstens ein Trost, daß ich gegen keinen bürgerlichen Schriftsteller ungerecht geworden bin und der Fall sozusagen in der Familie geblieben ist. Ich revidierte ihn, sobald ich hinter Herrn Harden gekommen war, und fand, daß dieser Biedermann mich getäuscht hatte. Ich erneuerte die freundlichen Beziehungen zu meinem Kollegen und habe auf seinen Wunsch schon seit Jahren gelegentlich Artikel für das Provinzblatt geschrieben, das er gegenwärtig leitet. Im vergangenen Sommer schrieb er mir, er sei stark überarbeitet und bäte mich um regelmäßigere Unterstützung. Ich antwortete ihm: Von Herzen gern, aber Sie wissen, daß ich mich früher einmal von Harden gegen Sie habe aufhetzen lassen; kommt dieser Brave dahinter, daß wir gemeinsam arbeiten, so ist das für seine Skandalsucht ein gefundenes Fressen. Mein Kollege hatte eine günstigere Meinung von Harden, und da er auf seinem Wunsch bestand, so habe ich von Mitte August vorigen Jahres bis Mitte Januar dieses Jahres eine Reihe von Artikeln für sein Blatt geschrieben.

Diese Darstellung ist bei Lebzeiten Schönlanks erschienen, er hat sie nicht nur gelesen, sondern hat meine Broschüre auch in der „Leipziger Volkszeitung" angezeigt, die erste Auflage in der Nummer 45 vom 23. Februar 1899, die zweite dann in Nummer 63 vom 17. März mit den Worten:

„Die zweite Auflage dieser Schrift ist um einen Anhang vermehrt, in dem Mehring das, was Harden in Nr. 23 der „Zukunft" zu seiner Verteidigung gegen Mehrings Angriffe vorbringt, kritisch zerpflückt."

In eben diesem Anhange findet sich die vorhin zitierte Stelle, die Schönlank aber gekannt hat, ohne ihr zu widersprechen, wie er sich denn auch gleichzeitig zu dritten Personen, die ihn über die Sachen befragten, in dem Sinne ausgelassen hat, es handele sich um eine alte, seit langen Jahren zwischen ihm und mir ausgeglichene Differenz.

Von diesen mündlichen Aeußerungen Schönlanks mochte der Redner, der die Sache im Parteitag vorgebracht hat, nichts wissen; wohl aber war ihm der nur zwanzig weitgedruckte Seiten umfassende Anhang zur zweiten Auflage meiner Broschüre gegen Harden bekannt, da er ihn an einer andren Stelle seiner Rede erwähnt.

Leipzig, 18. September. Franz Mehring.

Singer: Ich habe dem Parteitag noch eine Mitteilung zu machen, die seine Aufmerksamkeit erregen wird. Es ist mir mitgeteilt worden, daß nach Beobachtung einiger Delegierten Geheimagenten hier im Saale anwesend sind. Es sollen namentlich aus Leipzig solche Leute hier sein. Die betreffenden Leute werden vermutlich im Zuschauerraum sein, wir sind bei der Oeffentlichkeit unsrer Verhandlungen nicht gewöhnt, die Zuschauer nach der Legitimation zu fragen. Ich sehe deshalb von irgend welchen Maßnahmen ab, aber warnen möchte ich die Parteigenossen vor dem Verkehr mit fremden Leuten (Sehr richtig!), das wird sehr nützlich sein, denn das Geschäft solcher Leute besteht darin, das, was sie privatim zu hören bekommen, zu einer großen Affäre aufzubauschen. Also hier ist Vorsicht am Platze.

Nach Verlesung einiger Glückwunsch-Telegramme wird die Sitzung um 8½ Uhr geschlossen.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend den 19. September. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Eingelaufen sind zahlreiche Begrüßungen.

Singer: Genosse Borchardt-Charlottenburg bittet in einem längeren Brief, aus dem ich nur die entsprechenden Stellen verlesen will, dem Parteitag mitzuteilen, daß er sich der Erklärung von Bernhard, Göhre, Braun und Heine, in der Folge keine Artikel in der „Zukunft" mehr erscheinen zu lassen, für seine Person nicht anschließe. (Hört! hört!) Er sagt: „Der Grund, weshalb ich für den erwähnten Artikel gerade die „Zukunft" als Ort der Veröffentlichung wählte, bestand nicht, wie Genosse Bebel annimmt, in der besonderen Höhe des zu erwartenden Honorars, sondern in der Empörung über den unberechtigten Bevormundungsversuch, den ich in der am 3. März 1903 veröffentlichten Erklärung des Parteivorstandes erblicke, die nach meiner Empfindung weder der Würde der freien Schriftsteller, noch derjenigen der Partei entspricht, woran auch dadurch nichts geändert werden kann, daß der Parteitag sich der Meinungsäußerung des Parteivorstandes angeschlossen hat." (Hört! hört!)

Singer (fortfahrend): Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, müssen wir uns über die weiteren Dispositionen klar werden. Mit dem vorliegenden Punkt der Tagesordnung müssen wir heute unter allen Umständen zu Ende kommen. (Zuruf: Schon Vormittag.) Geschieht es Vormittag, um so besser. Ich habe Fürsorge getroffen, daß das Lokal uns morgen und Montag zur Verfügung steht. Die polizeilichen Anmeldungen sind erfolgt. Ich schlage also vor, für den Fall, den ich als sicher annehme, daß wir heute nicht zu Ende kommen, morgen weiter zu tagen und wenn es nötig ist, auch Montag. Im Anschluß an den Parteitag soll dann die Preußen-Konferenz stattfinden.

Lehmann-Mannheim: Ueber Montag hinaus kann der Parteitag doch nicht tagen. Ich möchte vorschlagen, daß wir heute eine Abendsitzung abhalten.

Singer: Davon, daß wir über Montag hinaus tagen, war keine Rede. Werden wir heute fertig, nun gut. Das liegt ja in der Hand des Parteitages. Ich will nur unsre Geschäftslage skizzieren und einen Beschluß herbeiführen, daß wir unsre Verhandlungen erst beendigen, bevor die Preußen-Konferenz stattfindet. Es liegt ja ganz in der Hand des Parteitages, seine Geschäfte so zu erledigen, wie er es für gut hält. Ich bin nur das Instrument des Parteitages.

Weiter bitte ich die Vorschlagsliste für die Wahlen des Vorstandes und der Kontrolleure mit Rücksicht darauf, daß die Druckerei morgen nicht arbeitet, innerhalb zwei Stunden auf dem Bureau niederzulegen. Endlich handelt es sich noch um die Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag. Es liegen hierzu zahlreiche Anträge vor, doch erledigt sich die Frage am einfachsten dadurch, daß jeder auf seinem Stimmzettel den von ihm gewünschten Ort schreibt. Wir können uns eine Diskussion darüber ersparen, denn die Diskussion besteht ja gewöhnlich nur darin, daß ein Vertreter der Anträge hier auftritt und sagt, es würde seinem Orte eine Ehre und Freude sein, den nächsten Parteitag begrüßen zu können. (Heiterkeit.) Wenn die Genossen sich privatim über den Ort verständigen, dann können wir nach meinen Vorschlägen verfahren. Dadurch würden dann die Anträge 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 123, 124, 125 und 135 erledigt sein.

Kittler-Heilbronn: Es scheint also die Absicht zu bestehen, Punkt 9 der Tagesordnung überhaupt nicht zu verhandeln. Verhält es sich so?

Singer: Wir sind immer so verfahren, daß Vorschlagslisten eingereicht sind und daß dann die Wahl erfolgt. Ich weiß nicht, ob die Genossen in diesem Jahre eine Diskussion wünschen. Früher fand über die Personen niemals eine

Debatte statt. Selbstverständlich ist der Parteitag souverän. Mein Vorschlag entsprach der bisherigen Gepflogenheit.

Kittler: Dann beantrage ich, den Punkt 9 diesmal zur Verhandlung zu stellen. Die Diskussion wird ja nicht lange dauern. Veranlaßt werde ich dazu durch das, was wir gestern gehört haben, was so hinter den Kulissen vor sich geht.

Leutert-Apolda: Ich bitte den Antrag Kittler abzulehnen. (Zustimmung.) Wir haben gestern abend schon gerade genug gesehen, wie weit wir mit solchen Debatten kommen.

Der Antrag Kittler wird abgelehnt.

Der Parteitag erklärt sich mit dem Vorschlage von Singer einverstanden.

Hierauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein:

Fortsetzung der Beratung über die Taktik.

In der fortgesetzten Diskussion erhält zunächst das Wort

Kautsky: Zunächst einige persönliche Bemerkungen. Vollmar hat gestern geglaubt, das „Große Mißverständnis" ernst nehmen und mich als den großen Parteipapst hinstellen zu müssen, der jeden Ketzer braten lassen will, der es wagt, Kautskys Ansicht zu bezweifeln. Als Beweis hat er ein paar Zitate angeführt, die ich aber in keiner Weise als von mir geschrieben anerkennen kann. Sie sind dadurch zu stande gekommen, daß Vollmar ein Wort von mir genommen und ein andres von sich selbst zugesetzt hat. (Hört! hört!) Ich soll gesagt haben: Das Anzweifeln solle verboten werden. Ich habe „anzweifeln" geschrieben; „verbieten" hat er hinzugesetzt. (Hört! hört!) Damit aber die Genossen wissen, wie ich über die Meinungsfreiheit denke, will ich Ihnen eine Stelle aus meinem Artikel in der „Neuen Zeit" vorlesen, von der ich annehme, daß sie Vollmar zu Grunde lag. Es heißt da: „Freilich Meinungsverschiedenheiten wird und muß es unter uns immer geben (Hört! hört!), und sie müssen dem Charakter unsrer Partei entsprechend öffentlich ausgefochten werden, aber die Meinungsverschiedenheiten dürfen nicht überwuchern. Wir haben für längere Zeit mehr als genug davon gehabt und können für ein paar Jahre unsre Selbstkritik reduzieren, namentlich, wenn es eine solche ist, bei der nichts herauskommt." (Sehr richtig!) Also von einem Verbot habe ich nicht gesprochen; ich wünsche nur, daß die Selbstkritik reduziert werde. Vollmar berief sich ferner auf meinen Artikel „Der Rückzug der Zehntausend". Ich habe da ausgeführt, daß wir allerdings vom Staate Denkfreiheit fordern müssen, aber in der Partei müsse Einheitlichkeit herrschen. „Einheitlichkeit" ist aber nichts andres als die Ansicht Kautskys, sagt Vollmar; damit verlangt Kautsky, daß alle Genossen seiner Ansicht sein sollen! Was habe ich nun in dem Artikel gesagt? Ich habe erörtert, daß das Problem der Denkfreiheit für Staat und Partei ganz verschieden ist. In den Staat werden wir hineingeboren, ob wir wollen oder nicht, er besteht aus Anhängern der verschiedensten Klassen und Parteien, von denen der Staat keine benachteiligen oder bevorzugen darf. Etwas andres ist eine Partei. Eine Partei ist ein Zusammenschluß von Gleichgesinnten, die dasselbe Ziel mit denselben Mitteln anstreben wollen. Verlangen, daß in einer Partei jede Richtung geduldet werden solle, heißt verlangen, daß die Sozialdemokratie offen stehen solle auch für Liberale, Konservative, Ultramontane. (Sehr richtig!) Nun hat Vollmar einen andren Satz von mir zitiert: „Die neue Methode ist aber nichts als Auflehnung gegen die Einheitlichkeit der Partei." Die neue Methode, — das ist in Frankreich die Bezeichnung für das, was bei uns Revisionismus genannt wird. Vollmar legt diesen Satz so aus: Einheitlichkeit der Partei ist die Ansicht von Kautsky, und Kautsky verurteilt die neue Methode deswegen, weil sie eine Auflehnung bedeutet gegen seine Ansicht. Was habe ich gemeint? Ich habe geschrieben, daß die neue Methode deswegen sich gegen die Einheitlichkeit der Partei auflehnt, weil

sie auflösend wirkt. „Das zeigt sich dort, wo sie, wenn auch nur auf kurze Zeit, in praktische Wirksamkeit tritt. Die Auflösung der Parteidisziplin ist freilich nicht ihr Zweck — ihre Zwecke sind sicher die besten — wohl aber ihre Wirkung. In Frankreich wurde zunächst der sozialistische Minister außerhalb der Kontrolle der Partei gestellt. Dann kam der Kongreß von Lyon, der es ablehnte, eine Kontrolle über die Tätigkeit der Abgeordneten auszuüben. Damit wurde die Desorganisation auch in die Partei selbst hineingetragen . . . Jeder Abgeordnete sollte nur seinem Wahlkreis verantwortlich sein. Das ist nichts weiter als der reine Anarchismus, adaptiert den Bedürfnissen der Mandatsjägerei." (Sehr richtig!) Das ist das, was ich unter Auflehnung gegen die Partei verstand und ich glaube, unter den Anwesenden wird es keinen geben, der nicht eine solche Auflehnung entschieden verurteilt. Andre Auflehnungen aber habe ich nicht angegriffen. Es muß mich also wundern, daß ein Mann wie Vollmar der von sich behauptet, daß er seine Worte genau abwäge, dazu kam, aus diesen meinen Worten einen Angriff auf die Denkfreiheit der Partei zu konstruieren. Vollmar hat sich dann aber auch genötigt gesehen, auf Gerüchte Bezug zu nehmen, die hier im Saale herumlaufen. Daß Gerüchte im Umlauf sind, ist bei einem so erregten Parteitag selbstverständlich. Es ist nur merkwürdig, daß diese Gerüchte von revisionistischer Seite in die Debatte hineingetragen und als eine höchst ernsthafte Sache betrachtet werden. (Lebhafte Zustimmung. Stadthagen ruft: Es sind Verleumdungen! Heine: Der Katze die Schelle umhängen! Große Unruhe.) Ich kann doch nicht annehmen, daß es gerade die Naivetät dieser Genossen ist, die sie veranlaßt, diese Gerüchte ernst zu nehmen. Es liegt näher, zu glauben, daß ein sehr starkes Raffinement dazu gehört. Diese Gerüchte sollen unter anderm dahin gehen, wir hätten die Absicht gehabt, eine Fassung zu finden, die es einzelnen Genossen unmöglich machen würde, der Resolution zuzustimmen. Wir sollen die Absicht gehabt haben, auf diesem Wege diese Genossen aus der Partei hinauszudrängen. Wie lächerlich dieses Gerücht ist, beweist ja schon der Text unsrer Resolution. Oder glauben Sie, daß es uns unmöglich gewesen wäre, die Resolution in dem Sinne zu fassen, daß wir diesen angeblichen Zweck erreicht hätten? Wenn wir das gewollt hätten, dann wäre es uns leicht gewesen, die Resolution zu redigieren. Unsre Aufgabe war eine ganz andre. Nicht einzelne Personen wollten wir treffen, sondern dem Parteitag Gelegenheit geben, sich gegen eine bestimmte sachliche Richtung auszusprechen. (Sehr richtig!) Das aber ist unser Recht und das lassen wir uns nicht nehmen. (Sehr richtig!)

Nun zum Thema selbst: Bei der Fassung der Resolution gingen wir von der Erwägung aus, daß es in der Partei zwei Tendenzen giebt, die einander entschieden widerstreben, in stetem Gegensatz zu einander sind. Das ist von Vollmar und Auer bestritten worden, aber wenn diese Genossen recht hätten, wenn hier wirklich nur persönliche Differenzen in der Diskussion zum Ausdruck kommen würden, dann würde der Parteitag dadurch aufs tiefste degradiert sein. Wir haben auf diesem Parteitage so erregte Szenen erlebt, wie nie zuvor. Wenn das nichts ist, als der Ausfluß persönlichen Hasses, dann ist dieser Parteitag dazu verurteilt, eine der niederdrückendsten und deprimierendsten Erinnerungen für uns zu bilden. (Lebhafte Zustimmung. Zuruf: Stimmt!)

Ich hoffe, daß dieser Parteitag dadurch gehoben werden wird, daß diese Leidenschaft nicht persönlicher Haß ist, sondern der leidenschaftliche Wunsch, dem Proletariat zu helfen, das Proletariat zu befreien. Weil wir alle diesen Wunsch haben, aber Differenzen haben über den Weg, der zum Ziele führt, deswegen sind wir so leidenschaftlich gegen einander gefahren und darum wird dieser Parteitag nicht den niederdrückenden Eindruck hinterlassen, den er sonst machen würde. Wenn Vollmar bestreitet, daß wirklich diese zwei Tendenzen bestehen, so muß ich gestehen, daß Kolb in diesem Punkte tiefer gesehen hat. Er hat vollständig richtig den großen Gegensatz ausgesprochen, der hier besteht, wenn er ihn

auch etwas schief formuliert hat. Er hat gesagt, es sei der Gegensatz zwischen der Zusammenbruchstheorie und der Evolutionstheorie. Das ist etwas vage. Aber dieser Gegensatz hat einen richtigen Kern. Unsre bisherige Taktik ging dahin, daß wir immer rücksichtslos vorwärts drängten, daß wir dadurch die Gegensätze zu den herrschenden Klassen immer mehr erweiterten, die herrschenden Klassen immer mehr gegen uns erbitterten, daß wir mit jedem Zuwachs an Macht den Besitzenden immer mehr Furcht einflößten, daß sich die Konflikte immer mehr zuspitzten, so daß wir schließlich Zuständen entgegendrängten, wo es eine große Entscheidung gilt, in der wir dann gezwungen sind, den Gegner niederzuwerfen und ihm die Macht abzunehmen. Das war unsre bisherige Taktik. Es giebt aber eine Reihe von Genossen, denen vor solchen Zuständen graut, die solche Konflikte zu mildern und darum herumzukommen suchen. Wenn wir darum herumkommen könnten, wenn es einen andern Weg gäbe, so würde es uns sicher allen recht sein. Niemand sucht den Konflikt um seiner selbst willen. Jeder sucht ihn nur als Mittel zum Zweck. Sind aber diese Konflikte in der Natur der Tatsachen begründet, dann ist es Torheit, nach einem Weg zu suchen, um sie herumzukommen. Existiert dagegen diese Tendenz, die Gegensätze zuzuspitzen, nicht, dann könnte man allerdings annehmen, daß es unsre Schuld ist, wenn wir Konflikten entgegengehen, daß wir sie durch eine andre Taktik vermeiden könnten. Von der Theorie, ob die sozialen Gegensätze die Tendenz haben, sich zuzuspitzen oder nicht, hängt es ab, welche Taktik die richtige ist. Sie sehen, Genossen, die Fragen der Theorie sind nicht gleichgültig, sondern sie gehören aufs engste mit der Taktik zusammen. Jede Taktik beruht auf einer andren Theorie. Wenn die Marxistische Theorie falsch ist, dann hat die neue Taktik recht. Diese Taktik muß also ausgehen von einer Revision der Grundsätze, auf denen unsre Partei beruht. Sie hat angefangen mit der Forderung, diese Grundsätze zu revidieren und aus diesem Grunde den Namen Revisionismus bekommen. Zuerst sprach man von Bernsteinerei, wir haben es aber dann vorgezogen, der Sache einen weniger persönlichen Anstrich zu geben.

Bevor ich zu der Resolution selbst übergehe, muß ich zunächst an die Geschichte einer andern Resolution erinnern. Wir hatten bereits in Hannover einmal Gelegenheit, über den Gegensatz zwischen, ich will einmal sagen Marxismus und Revisionismus zu diskutieren und zu entscheiden. Damals ereignete sich das sonderbare Schauspiel, daß, nachdem wir Monate lang auf das entschiedenste gestritten, schließlich beide Richtungen sich einmütig in einer Resolution vereinigten. Die Revisionisten hatten unser Programm auf das entschiedenste angegriffen. In dieser Resolution aber stand der Satz, daß die Partei nicht die mindeste Ursache habe, an dem Programm, der Taktik oder dem Namen der Partei irgend etwas zu ändern. Im Laufe der Verhandlungen beantragte Stolten an Stelle von Programm zu setzen „Grundsätze und Grundforderungen", darauf komme es doch an. Die Resolution würde dadurch für jene Genossen annehmbar, die zwar die Grundsätze des Programms anerkennen, aber ihre Fassung anders wünschen. Bebel erklärte sich mit dieser Aenderung einverstanden, weil er sich sagte, daß man am Buchstaben des Programms ja natürlich nicht zu kleben brauche. Er ging dabei selbstverständlich von der Voraussetzung aus, daß unter diesen Grundsätzen und Grundforderungen diejenigen zu verstehen seien, die hier im Programm niedergelegt waren. Anders legten die Revisionisten die Worte aus. Sie hielten es nach dem Parteitag für notwendig, ihre Abstimmung zu motivieren. Es geschah das in den „Sozialistischen Monatsheften" in dem Artikel: „Warum konnten die Bernsteinianer für die Resolution Bebel stimmen?" In diesem Artikel heißt es unter anderm: die Revisionisten hätten deswegen dafür stimmen können, weil an Stelle des Wortes Programm, die Worte Grundsätze und Grundforderungen gesetzt worden seien. Damit sei bewiesen, daß das Programm unhaltbar sei, daß die Konzentrationstheorie, die Krisentheorie und alle diese Vorstellungen, die

im Eingang des Erfurter Programms entweder direkt ausgesprochen oder doch daraus als Konsequenzen abzuleiten sind, falsch seien. Der naive Glaube an die unfehlbare Richtigkeit dieser Sätze sei in Hannover auf das tödlichste getroffen worden. Dieses sehr zu begrüßende Resultat der Stürme des Parteitages hätte doch auch von Bebel nicht unbemerkt bleiben können, daher seine Bereitwilligkeit, auf den Antrag Stolten einzugehen. Also die Bernsteinianer haben für diese Resolution gestimmt, weil in ihr an Stelle des Worts „Programm" das Wort „Grundsätze" gesetzt worden ist. Als sie diese Erklärung veröffentlichten, hatten sie offenbar vergessen, daß Bernstein einen Brief an den Parteitag gerichtet hatte, worin er seine Zustimmung zur Resolution in ihrer ursprünglichen Fassung ausspricht. (Hört! hört!) Wir sehen, unter unsren Revisionisten giebt es Leute, die bereit sind, für eine Resolution zu stimmen, wenn sie sie dahin auslegen können, daß das Programm damit aufgehoben wird, und es giebt wieder andre unter ihnen, die bereit sind, für dieselbe Resolution zu stimmen, weil sie sie dahin auslegen, daß das Programm damit bestehen bleibt! (Hört! hört!) Das ist eine sehr sonderbare Auffassung. (Sehr wahr!) Bernstein sagt in seinem Briefe, daß er mit der Resolution einverstanden sei, wenn er das übliche Körnlein Salz hinzufüge. Ein merkwürdiges Körnchen Salz, das weiß in schwarz und schwarz in weiß verwandelt. (Sehr gut! Bernstein: Ach!) Das ist wohl derselbe Trank, mit dem im Leibe man zwar nicht Helenen in jedem Weibe, wohl aber in Deutschland eine Republik sieht. (Lebhafte Heiterkeit und Bravo!) Damit bei der uns heute beschäftigenden Resolution nicht wieder derartige falsche Auffassungen vorkommen können, möchte ich sie näher erläutern, und damit diejenigen auf gewisse Punkte festlegen, die für die Resolution stimmen. (Sehr gut!)

Redner verliest den zweiten Absatz der Resolution 130. Um diesen Satz näher zu erläutern, muß ich anknüpfen an das oben Gesagte über revisionistische und marxistische Auffassung über die Eroberung der politischen Gewalt. Wir haben gesehen, daß die Revisionisten diejenige Richtung darstellen, die da wünscht, daß Konflikten aus dem Wege gegangen wird und das Proletariat vorwärts zu bringen hofft möglichst auf friedlichem und gesetzlichem Wege. (Heine: Wünschen Sie das nicht?) Gewiß wünschen wir das auch (Sehr richtig!), aber die Ansichten über die Möglichkeit sind verschieden! (Sehr gut!) Die Geschichte richtet sich nicht nach unsren frommen Wünschen. (Ruf: Müssen Sie denn immer prophezeien!) Auf welchem Gebiete stehen uns nun die größten Konflikte bevor? Auf dem Gebiete der Staatsgewalt. Sie ist die Organisation, mit der die herrschenden Klassen die besitzlosen Klassen niederhalten. Die Gewerkschaften sind sicherlich notwendig, aber sollten sie einmal so weit kommen, daß sie der Bourgeoisie gefährlich werden, dann können Sie sicher sein, daß man ihnen mit Hilfe der Staatsgewalt großen Abbruch tun wird. (Sehr richtig!) Denken Sie nur an England. Dann der Munizipalsozialismus! Gewiß, wir können ein Stück in den Gemeinden weiter kommen, aber nur in enggesteckten Grenzen, weil jeder weitere Fortschritt sofort von der Staatsgewalt verhindert würde. Und ebenso steht es mit dem Wahlrecht. Wenn die herrschenden Klassen in Gefahr kommen und ernsthaft im Besitz der Staatsgewalt bedroht würden, dann würden sie die Gesetze so ändern, daß jeder weitere Fortschritt aufgehoben wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Besitz der Staatsgewalt ist entscheidend. Erst im Besitze der Staatsgewalt haben wir die sichere Grundlage, um den Sozialismus durchzuführen. Deshalb hängen sich die besitzenden Klassen an die Staatsgewalt. Nun sagt Kolb: Wir müssen die Bourgeoisie zwingen, mit uns die Staatsgewalt zu teilen! Zwingen kann ich nur den, über den ich Herr geworden bin! (Sehr richtig!) Wenn wir aber die Macht haben, die Bourgeoisie zu zwingen, dann brauchen wir die Macht nicht mehr mit ihr zu teilen! (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir die Macht teilen wollen, dann müssen wir die Bourgeoisie oder einen Teil von

ihr überzeugen, daß es ihr Vorteil ist. Nun, über diese Notwendigkeit brauche ich kein Wort mehr zu verlieren. Wer andrer Meinung ist, der ist ein Illusionär, ein Phantast, und wenn er sich auch noch so sehr einbildet, Realpolitiker zu sein. (Lebhafter Beifall.) Für die revisionistische Taktik, die die großen Konflikte umgehen und die Bourgeoisie nicht niederwerfen, sondern ihre Macht von innen aushöhlen will, ist das unbedingte Erfordernis, daß einem Teil der Bourgeoisie die Ueberzeugung beigebracht werden muß, es liege in ihrem Interesse, einen Teil der Staatsgewalt abzutreten an die Sozialdemokratie. Das ist nur möglich durch ein Entgegenkommen an die Bourgeoisie. Unsre Resolution verurteilt aber eine Taktik, die an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unsrer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge setzen will.

Einige Zitate werden dasselbe beweisen. Der praktische Ausgangspunkt für den Revisionismus ist nicht bei uns zu finden; dazu ist Deutschland zu rückständig. Der Ausgangspunkt des Revisionismus ist in Frankreich — Jaurès und Millerand — und in England — der Fabianismus — zu finden. Um die deutschen Revisionisten zu begreifen, muß man nach diesen Ländern gehen; erst dann faßt man den logischen Zusammenhang. Wir müssen an den Fall Millerand anknüpfen. Es ist bemerkenswert, daß alle deutschen Revisionisten sich für Millerand ausgesprochen haben. Nun hat mir Auer einen Widerspruch nachweisen wollen und hat gesagt, in Paris sei ich selbst für Millerand eingetreten. Er, Auer, habe meine Resolution verteidigt, und ich hätte Auer meine volle Zustimmung zu seiner Rede ausgesprochen. Ich glaube, daß Auers Gedächtnis trügt. Meine Anerkennung kann sich nur auf die formelle Geschicklichkeit der Auerschen Rede bezogen haben, die großartig war, aber nicht auf ihren Inhalt, denn der hat mich sehr verschnupft, weil die Rede um den Kernpunkt der Dinge herumgegangen ist. Allerdings habe ich für meine Resolution nach einer Fassung gesucht, die sich prinzipiell gegen Millerand wandte, sein Verhalten aber hinstellte als Fehler, nicht als Verbrechen. Ich wollte den grundsätzlichen Standpunkt wahren und doch die Einigkeit unter den Franzosen anbahnen. (Ruf: Das ist Opportunismus!) Das letztere Bestreben ist gescheitert. Nun, das ist auch schon andren passiert. Was sage ich nun in der Pariser Resolution? Ausdrücklich folgendes: „Die Eroberung der Regierungsgewalt kann dort, wo sie zentralisiert ist, nicht stückweise erfolgen." Es heißt dann weiter: „Der Eintritt eines einzelnen Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium ist nicht als der normale Beginn der Eroberung der politischen Macht zu betrachten, sondern kann stets nur ein vorübergehender und ausnahmsweiser Notbehelf in einer Zwangslage sein."

Damit wende ich mich gegen die von den Revisionisten vertretene Anschauung, daß wir nur auf dem Wege der Eroberung eines Ministeriums nach dem andern zur politischen Macht gelangen und so ohne Revolution die politische Macht stückweise erobern können. Von diesen beiden Sätzen nun hat Auer in seiner Pariser Rede nicht gesprochen, er hat sogar gerade das Gegenteil gesagt. Ich habe in der Resolution den Eintritt eines Sozialdemokraten in ein bürgerliches Ministerium als einen Ausnahmefall hingestellt, Auer aber hat in Paris gesagt: „Gewiß, ein Fall Millerand hat bei uns noch nicht gespielt; soweit sind wir noch nicht, aber ich hoffe, daß wir möglichst bald auch so weit sein werden." (Hört! hört!) Glauben Sie, daß ich Auer meine Zustimmung zu diesem Satze ausgesprochen habe? (Bebel: Sicher nicht!) Das ist einer der springenden Punkte in seiner Rede gewesen. (Sehr wahr!) Meine Ansicht über den Fall Millerand habe ich schon vor der Pariser Resolution ausgesprochen, ich habe denselben Standpunkt eingenommen wie jetzt, ich habe mich in dieser Frage durchaus nicht geändert. Nun sagt man, der Fall Millerand gilt nur für Frankreich. Selbstverständlich, in Deutschland sind wir noch nicht so weit, wie Auer gesagt hat. Wir wissen auch, daß der Gedanke einer großen bürgerlichen

Linken nicht mehr realisierbar ist. Die letzten Wahlen haben diesen Gedanken begraben, er ist unlängst selig im Herrn Pfarrer Naumann entschlafen. Aber der Gedanke spielt noch immer fort. Anders kann ich mir den Satz in der Vollmarschen Rede nicht erklären, daß, wenn ein gerechter Vertretungsmodus und ein wahrhaft konstitutionelles parlamentarisches Regime vorhanden wäre, ohne uns schon heute keine Regierung zu bilden sein würde. Nun, wir würden dann statt 81 Abgeordnete 125 haben, also noch immer nicht ein Drittel der Mitglieder des Reichstags. Wie kann man sagen, daß ohne ein Drittel der Abgeordneten keine Regierung zu bilden sei! Das wäre nur dann möglich, wenn, was Vollmar für selbstverständlich hält, die Sozialdemokratie, sobald wir einmal ein parlamentarisches Regime haben, mit Freisinnigen und Nationalliberalen zusammen eine Regierung bildet. Macht man keine solche Voraussetzung, so hat dieser Satz überhaupt keinen Sinn.

Nun haben Vollmar und Auer den Wunsch ausgesprochen, wir möchten bald auch in Deutschland einen Fall Millerand erleben. Aber wie ist der Eintritt eines Sozialdemokraten in ein bürgerliches Ministerium zu erlangen? Nur auf demselben Wege wie in Frankreich, dadurch, daß Sozialdemokraten zusammen mit bürgerlichen Parteien eine Regierungsmehrheit bilden. Und das ist auch der Weg, den verschiedene unsrer Genossen uns raten einzuschlagen und den ich auch aus den Schriften von Bernstein herauslese. Ich muß hier auf Bernstein zu sprechen kommen. Vollmar hat es so hingestellt, als wenn ich bereit wäre, sofort Bernstein an die Gurgel zu springen, sobald er nur den Mund aufmacht, als ob ich von solchem Haß gegen ihn erfüllt wäre, daß ich kein Wort von ihm hören kann, ohne in die höchste Extase zu geraten. Ich habe höchst ungern gegen Bernstein gesprochen und immer nur gezwungen gegen ihn das Wort ergriffen. (Sehr richtig!) Erinnern Sie sich an den Anfang der Diskussion! Bernstein hatte schon ein halbes Jahr seine Ansichten entwickelt, ohne daß ich erwiderte, erst nach seiner Erklärung an den Stuttgarter Parteitag, als weiteres Schweigen Feigheit gewesen wäre, habe ich das Wort ergriffen. (Sehr richtig!) Auch jetzt, wo Bernstein mit seinem Vorschlag in der Vizepräsidentenfrage kam, habe ich zwei Monate geschwiegen, und da wirft man mir vor, daß ich jede Gelegenheit ergreife, um gegen Bernstein zu schreiben? Ich habe erst geschrieben, als die Sache solche Dimensionen angenommen hatte, daß ich nicht mehr schweigen durfte, ohne in den Verdacht der Feigheit zu kommen. (Sehr richtig!) Wenn ich jemals Groll gegen Bernstein gehabt habe, so ist dieser Groll längst verschwunden, seit ich sehe, wie er von seinen eignen revisionistischen Genossen behandelt wird, so daß man eigentlich Mitleid mit ihm haben muß. (Lebhafte Zustimmung.) Nein, wenn ich mich öfter gegen ihn wende, so, weil er die Gewohnheit hat, aus der Schule des Revisionismus zu plaudern (Sehr wahr!), also aus demselben Grunde, aus dem der Knabe Ede angefangen hat, den Revisionisten fürchterlich zu werden.

In seinen Voraussetzungen weist Bernstein darauf hin, daß selbst unter den Gegnern die Zahl derjenigen im Wachsen sei, die bereit seien, den Veränderungen in den Produktions- und Verkehrsverhältnissen und der Klassenentwicklung auch im politischen Rechte Rechnung zu tragen. Die Zahl derer, die das einsehen, meint er, sei im Wachsen. (Hört! hört!) „Ihr Einfluß würde ein viel größerer sein, als er heute ist, wenn die Sozialdemokratie den Mut fände, sich von einer Phraseologie zu emanzipieren, die tatsächlich überlebt ist, und das scheinen zu wollen, was sie heute in Wirklichkeit ist *eine demokratisch-sozialistische Reformpartei*." (Lebhaftes: Hört! hört!)

Glauben Sie wirklich, daß es irgend eine bürgerliche Partei giebt, die sich durch unsre Worte ins Bockshorn jagen läßt? Große Worte, hinter denen nichts steht, schrecken niemand, die machen denjenigen nur lächerlich, der sie gebraucht. (Sehr wahr!) Nicht unsre Worte, sondern unsre Taten, unsre Macht, unser

Wille, diese Macht in einer bestimmten Richtung zu gebrauchen, sind es, die die Bourgeoisie uns zu Gegnern macht. Und nur, wenn wir diesen unsern Willen, nicht aber, wenn wir unsere Phraseologie ändern, werden wir die Gegnerschaft in der Bourgeoisie gegen uns mildern. Bernstein meint weiter:

„Je mehr die Sozialdemokratie sich entschließt, das scheinen zu wollen was sie ist, umsomehr werden auch ihre Aussichten wachsen, politische Reformen durchzusetzen. Die Furcht ist gewiß ein großer Faktor in der Politik, aber man täuscht sich, wenn man glaubt, daß die Erregung von Furcht alles vermag. Nicht als die Chartistenbewegung sich am revolutionärsten geberdete, erlangten die englischen Arbeiter das Stimmrecht, sondern als die revolutionären Schlagworte verhallt waren und sie sich mit dem radikalen Bürgertum zur Erkämpfung von Reformen verbündeten. Und wer mir entgegenhält, daß ähnliches in Deutschland unmöglich sei, den ersuche ich nachzulesen, wie noch vor fünfzehn und zwanzig Jahren die liberale Presse über Gewerkschaftskämpfe und Arbeitergesetzgebung schrieb, und die Vertreter dieser Parteien im Reichstage sprachen und stimmten, wo darauf bezügliche Fragen zu entscheiden waren. Er wird dann vielleicht zugeben, daß die politische Reaktion durchaus nicht die bezeichnendste Erscheinung im bürgerlichen Deutschland ist." (Hört! hört!)

Hier wird doch mit dürren Worten empfohlen, mit dem radikalen Bürgertum Reformen zu erkämpfen. (Sehr wahr!) Diese historische Darstellung ist jedoch falsch. Der Zehnstundentag in England wurde damals erkämpft, als die Chartisten sich revolutionär geberdeten, und nicht als die Arbeiter sich mit dem Bürgertum zur Erkämpfung von Reformen verbündeten. (Sehr richtig!) Und den ersten Schritt zur Erlangung des allgemeinen Stimmrechts haben die englischen Arbeiter ebenfalls erkämpft und es nicht durch Vereinigung mit den bürgerlichen Parteien erworben. (Sehr wahr!) Es war der Kampf des Jahres 1867, in den Karl Marx so kräftig eingriff, und in dem die Internationale eine so große Rolle spielte. Erst später wurde eine weitere Erweiterung des Stimmrechts den Arbeitern gegeben, allerdings erst, nachdem sie sich mit dem Bürgertum zur Erkämpfung von Reformen verbunden und nachdem sie aufgehört hatten, irgend ein selbständiges Glied der englischen Politik zu bilden, nachdem sie mit Haut und Haaren sich dem englischen Liberalismus ergeben hatten. Will Bernstein von uns die gleiche Politik verlangen? Doch sicher nicht! Dann aber ist sein ganzes historisches Beispiel hinfällig.

Bernstein wendet sich weiter in einem Artikel der „Sozialistischen Monatshefte „Paris und Mainz" gegen meine Pariser Resolution, er zeigt einen viel weiteren Blick als Jaurès und Auer, die für meine Resolution stimmten (Sehr richtig!); er war dagegen, er hat erklärt, daß diese Resolution den Impossibilisten viel mehr giebt, als sie ihnen nimmt, und von diesem Standpunkt aus polemisiert er mit vollem Recht gegen die Resolution. Er führt als Beweis dafür, wie das Proletariat die politische Macht erobern kann, England an:

„In England verzeichnet das Jahr 1886 den ersten Eintritt eines Arbeiters in das Ministerium dieses Weltreichs. Allerdings kann man einwenden, eines nichtsozialistischen Arbeiters. Aber es handelt sich hier um die Vertretung der Klasse, und was man sonst Broadhurst vorwerfen kann, jedenfalls war er der anerkannte Repräsentant der organisierten Arbeiter seines Landes, und es geschah mit ihrer Zustimmung, daß er den Posten annahm. Ebenso Burt im Jahre 1892 ..... kurz, gerade in den vorgeschrittensten Ländern sehen wir faktisch in der einen oder andern Form sich das vollziehen, was die Resolution als „nicht normaler" Beginn der Eroberung der politischen Macht bezeichnet. Die Wirklichkeit ist in der unglücklichen Lage, „nicht normal" zu sein."

Also die Fälle Burt und Broadhurst erscheinen Bernstein als der normale Anfang der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat! (Bernstein: Nein!) Das steht doch darin. (Bebel: Das steht ganz klar darin!)

Nun muß man aber die Herren Burt und Broadhurst kennen, sie gehören zu derselben Sorte von Politikern, die Marx schon zur Zeit des Haager Kongresses als Lumpenkerle gebrandmarkt hatte, mit denen die englischen Arbeiter aufräumen müßten. Das sind jene Arbeiter, die sich der liberalen Bourgeoisie mit Haut und Haaren verkauft haben (Sehr richtig!), das sind Geschäftspolitiker. (Sehr wahr!) Und durch diese soll die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat vollzogen werden? Das glaubt doch von Ihnen kein Mensch. Dahin also führt das Streben', die politische Macht stückweise zu erobern, indem man die Regierungsgewalt allmählich aushöhlt, statt sie wie eine Festung im Sturm zu nehmen. (Ruf: Im Sturm!) Ja wohl, im Sturm! Man muß sie auch belagern, aber der Sturm bildet den Abschluß der Belagerung.

Wenn aber dem so ist, warum haben wir dann in unsrer Resolution nicht einfach erklärt, daß wir eine Politik verurteilen, die die stückweise Eroberung der politischen Macht erstrebt? Die Resolution wäre dann klarer gewesen, aber man hätte uns entgegengehalten, daß wir einen Fall im Auge haben, um den es sich in Deutschland noch gar nicht handelt. In Deutschland handelt es sich noch nicht darum, daß irgend jemand in ein Ministerium eintritt, nicht etwa weil die Revisionisten grundsätzlich dagegen sind, sondern weil unsre Gegner nicht wollen. (Sehr richtig!) In Deutschland bleibt der Revisionismus in seinen Anfängen stecken, er reicht über die vorbereitenden Stadien nicht hinaus, und dies vorbereitende Stadium ist naturnotwendig ein Entgegenkommen gegen die bestehende Ordnung. Jeder, der logisch denkt und die stückweise Eroberung der politischen Macht anstrebt, würde sich in unverantwortlicher Weise festlegen, wenn er für diesen Passus der Resolution stimmen würde. Nun sagen die Genossen: Wir wollen ja gar nicht der bestehenden Macht entgegenkommen. Aber auf das Wollen kommt es nicht an, die Dinge haben ihre Logik, und wenn es Leute giebt, die nicht logisch denken, so hindert das uns doch nicht, die Logik der Tatsachen zu sehen und unsre Schlüsse daraus zu ziehen. (Sehr richtig!) Das ist ja auch der Jammer des deutschen Revisionismus, daß er nie mit einem bestimmten Programm hervorkommt. (Rufe: Wir haben das Programm der Partei!) Der Revisionismus, der in Frankreich und England bestimmte Formen angenommen hat, bleibt in Deutschland, wo ihm die Verhältnisse nicht günstig sind, immer in Anläufen stecken. Er will bei uns immer neue Bahnen einschlagen, dabei aber im alten Geleise bleiben. Wie oft ist nicht gesagt worden, wir müssen das Programm revidieren. (Ruf: Das hat Bebel auch gesagt!) Ja aber nicht den Inhalt! Und wenn es darauf ankommt, zu revidieren, dann erklären die Revisionisten, wir müssen im alten Geleise bleiben. Was passiert aber, wenn irgend jemand neue Bahnen einschlagen will und im alten Geleise bleibt? Er entgleist. (Lebhafte Zustimmung.) Nicht als bestimmte Richtung, sondern als eine ununterbrochene Reihe von Entgleisungen tritt der deutsche Revisionismus auf. (Sehr wahr!) Das ist durchaus logisch, denn die Entgleisung ist die klassische Form eines Vorgangs, bei dem das Ziel nichts ist, die Bewegung alles. (Stürmischer Beifall.)

Nun zum zweiten Satz der Resolution! Wir haben gesehen, wie der Revisionismus gezwungen wird, eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu suchen, er kann sonst seine Ziele überhaupt nicht erreichen. Nun stehen aber die Revisionisten auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung und sie müssen den Klassenkampf anerkennen. Unsre Gegner erkennen ja sogar heute schon an, daß Klassengegensätze existieren, dazu braucht man nicht Sozialdemokrat zu sein. Wenn man aber den Klassengegensatz anerkennt und gleichzeitig eine Anlehnung an bürgerliche Parteien sucht, so kann man das nur dadurch erreichen, daß man nicht eine Verschärfung der Klassengegensätze in der heutigen Gesellschaft sieht, sondern eine Milderung, daß man alle jene Erscheinungen in den Vordergrund schiebt, die den Anschein erwecken, als vollziehe sich eine

Milderung der Klassengegensätze, dagegen alle jene Erscheinungen ignoriert, die auf eine Verschärfung hinweisen. Auch hier muß ich mich wieder auf Bernstein berufen, so ungern ich es tue. Er sagt in seiner Erklärung an den Stuttgarter Parteitag, daß die Zahl der Kapitalisten sich vermehre, indem die Arbeiter Sparkassenbücher erwerben. (Heiterkeit. Bernstein ruft: Das habe ich nicht gesagt!) oder vielmehr Aktienbesitzer werden! (Bebel: Die englische Pfund-Aktie!) In seiner Vorrede zu den „Voraussetzungen" sagt Bernstein wörtlich:

„Adler und andre haben daran Anstoß genommen, daß ich mit der Entwicklung demokratischer Einrichtungen eine Milderung der Klassenkämpfe in Aussicht stellte, und meinen, da sähe ich die Verhältnisse lediglich durch die englische Brille. Letzteres ist durchaus nicht der Fall. Selbst angenommen, daß der Satz: „das entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten das Bild der eignen Zukunft", neuerdings seine Geltung eingebüßt hätte und alle Unterschiede zwischen der festländischen und der englischen Entwicklung, die ja auch mir nicht ganz unbekannt sind, voll berücksichtigt, so stützt meine Ansicht sich auf Erscheinungen auf dem Festlande, die man in der Hitze des Kampfes allenfalls zeitweise übersehen, die man aber nicht dauernd verkennen kann. Ueberall in vorgeschrittenen Ländern sehen wir den Klassenkampf mildere Formen annehmen — (Bernstein: Formen!) ja, natürlich", und er fährt dann fort —: „und es wäre ein wenig hoffnungsvoller Ausblick in die Zukunft, wenn es anders wäre".

Nun sehen Sie die Erscheinungen der letzten Jahre an! Wo haben die Klassengegensätze mildere Formen angenommen? Erinnern Sie sich an die milden Formen des Obstruktionsfeldzuges und des Wahlkampfes. (Ruf: Löbtauer Urteil!) Auch in England hat sich die Gegnerschaft gegen die Gewerkschaften zusehends verschärft (Sehr wahr!) und Genosse Wilshire hat uns gezeigt, wie auch in dem demokratischen Amerika die Bourgeoisie anfängt, ihre ganze politische Macht zu benutzen, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen, wie auch dort die Klassengegensätze sich zuspitzen und der Klassenkampf nicht mildere, sondern schärfere Formen annimmt. (Lebhafte Zustimmung. Bebel ruft: Auch in der Schweiz.) Ja, auch in der Schweiz, wo Militär aufgeboten wird, um die Arbeiter niederzuwerfen. (Hört! hört!) Ebenso in Frankreich unter dem sozialistischen Minister.

Wer auf dem Standpunkt der Revisionisten steht, der kann diesen Satz unsrer Resolution nicht unterschreiben, wenn er nicht das berühmte Körnchen Salz genossen hat. (Sehr richtig!) Ohne dieses Körnchen Salz richtet sich dieser Satz entschieden gegen die revisionistischen Bestrebungen, und wer diesen Satz unterschreibt, der giebt damit zu, daß er diese Anschauungen von Bernstein nicht mehr als richtig anerkennt. (Sehr wahr.) Tun Sie das, so ist uns das sehr angenehm. Wir wünschen durchaus nicht im Unfrieden mit unsren Genossen zu leben.

Ein weiterer Punkt in unsrer Resolution lautet:

„Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, entsprechend den Grundsätzen unsres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist."

Hier möchte ich das Wort „Kolonialpolitik" unterstreichen. (Ruf: Aber recht scharf!) Denn dies Wort spielt im Revisionismus eine große Rolle und nicht nur das Wort, sondern auch die Sache! Wenn die revisionistischen Genossen sich den bürgerlichen Parteien nähern, wenn sie Hand in Hand mit ihnen gehen wollen, so wollen sie das natürlich nicht tun unter Preisgabe eines proletarischen

Interesses, sie sind ebenso eifrige Vertreter der proletarischen Interessen wie wir. Das wollen wir keinen Augenblick bestreiten, und deshalb hat man auch nicht das Recht, uns vorzuwerfen, daß wir Ehrabschneiderei treiben, wenn wir dem Revisionismus die in unserer Resolution bezeichneten Tendenzen zuschieben. Nein, ich meine nicht, daß es eine Schande ist, Revisionist zu sein, es ist nur ein Pech, ein Pech für die Person und für die Partei. (Lebhafte Zustimmung.) Also, die proletarischen Interessen wollen von den revisionistischen Genossen ebenso gewahrt werden, wie von uns, aber sie verbünden sich mit den bürgerlichen Parteien auf Kosten eines Dritten, und dies Dritte liegt sehr nahe in Form der Kolonien. Man sagt dem Proletarier: Laßt uns hinausziehen in die weite Welt! Plündern wir die primitiven Völkerschaften und teilen wir die Beute, dann wird für uns beide mehr abfallen als heute! Und so spielt die Kolonialpolitik als Interessenharmonie zwischen Bourgeoisie und Proletariat überall dort eine große Rolle, wo dieser Revisionismus zu Ende gedacht wird und nicht in seinen Anfängen stecken bleibt. Ich erinnere auch da wieder an England, wo die Fabier auf seite der kolonialen Eroberungspolitik stehen, an Frankreich, wo Sozialisten für den Chinafeldzug eingetreten sind. Und nun auf Deutschland zurückzukommen, muß ich wieder etwas von Bernstein vorlesen — nicht etwa, daß er der einzige wäre, der diese Anschauungen vertritt, es sind noch andre da, aber die huldigen dem Grundsatz: So was tut man, aber man sagt es nicht! (Sehr wahr!) Bernstein sagt in seinem Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften": „Der Sozialismus und die Kolonialfrage":

„Ohne koloniales Vordringen unsrer Wirtschaft würde das Elend, das wir heute in Europa noch vor uns sehen und auszurotten bestrebt sind, unendlich viel größer, die Aussicht auf seine Ausrottung bedeutend geringer sein, als dies jetzt der Fall ist." — Sie sehen, den Proletariern wird da der Mund wässerig gemacht. — „Selbst gegen das Schuldkonto der Kolonialgreuel gehalten, fällt der Vorteil, den die Kolonien gebracht haben, immer noch sehr tief in die Wagschale." . . . „Die Sozialdemokratie ist in der Lage, die neueren Kolonialprojekte ganz unbefangen auf ihren sachlichen Wert prüfen zu können. In Ländern, die nicht schon kolonial überlastet sind, gebietet ihr keine wirtschaftliche Rücksicht, solchen Kolonialvorschlägen Widerstand entgegenzusetzen, die sich wirklich als erfolgversprechend erweisen."

Das ist die grundsätzliche Billigung der Kolonialpolitik. Bernstein führt weiter aus, daß es ganz unsinnig sei, wenn man auf der einen Seite darauf hinweise, der Drang nach kolonialer Expansion entspränge mit Naturnotwendigkeit aus dem Wesen des Kapitalismus und andererseits diese Expansion bekämpft; gegen das, was notwendig sei, könne man nicht auftreten, man müsse es mitmachen. Ich bin andrer Meinung. Hier kann man eine Parallele ziehen zwischen der kolonialen Expansion und den Bestrebungen des Kapitalismus, das Kleinhandwerk zu ruinieren. Daß der Kapitalismus das Kleinhandwerk ruiniert, ist eine Naturnotwendigkeit, aber folgt daraus für uns etwa die Pflicht, bei diesem Expropriationsprozeß des Kleinhandwerks mitzutun? Nein, das müssen wir dem Kapitalismus allein überlassen, und darauf berufen wir uns ja auch immer in unsren Agitationsreden. Dieselbe Haltung müssen wir gegenüber der Kolonialpolitik einnehmen. Gewiß, die Ausdehnung des Kapitalismus in den Kolonien ist notwendig, und es wäre kindisch, ihn daran hindern zu wollen, aber die Herren Kapitalisten sollen, wenn sie außerhalb Deutschlands gehen, dies auf eigne Kosten und Gefahr tun (Sehr gut!), sie sollen nach Venezuela, China, Südafrika gehen, wohin sie wollen, aber sie sollen nicht verlangen, daß das deutsche Volk auch nur die Knochen eines einzigen Grenadiers dafür opfert, daß die Bourgeoisie bei ihren Kolonialabenteuern auf die Kosten kommt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben alle Ursache, gegen die Kolonialpolitik aufzutreten. Nun aber sehen wir hier dasselbe, was ich schon oben gesagt habe: der Revisionismus will neue

Bahnen einschlagen, aber dabei immer im alten Geleise bleiben. Es hat mich gewundert, daß Bernstein mir vorhin nicht zurief: Weiter lesen! Denn nach dem Einerseits kommt auch das Andrerseits. Er sagt: einerseits müssen wir natürlich für Kolonien sein, aber andrerseits können wir die Kolonialpolitik nicht unterstützen, wenn sie von einer Regierung betrieben wird, der wir kein Vertrauen entgegenbringen. Das halte ich durchaus nicht für selbstverständlich. Ist die Kolonialpolitik im Interesse des Proletariats notwendig, dann verlieren wir jeden Rückhalt unter den Massen, wenn wir ihnen sagen würden: Die Kolonialpolitik ist für euch erforderlich, die Regierung vertritt hier eure Interessen; weil wir aber Gegner der Regierung sind, wollen wir sie daran hindern. Das ist Bernsteins Standpunkt. (Bernstein: O nein!) Wer auf diesem Standpunkt steht, der kann sich nicht festlegen auf einen grundsätzlichen Kampf gegen die Kolonialpolitik.

Ich bitte Sie alle, die Resolution genau durchzulesen; ich richte nicht das Ersuchen an Sie, möglichst einstimmig dafür zu stimmen, ich bitte nur diejenigen, dafür zu stimmen, die ohne das Körnchen Salz und ohne jeden Rückhalt mit gutem Gewissen sich für alles festlegen können, was darin enthalten ist. (Lebhafter Beifall.) Allerdings wünsche ich, daß die Resolution eine möglichst große Stimmenzahl erhält. Denn je mehr es sich herausstellt, daß die Massen dieselbe Politik vertreten, wie wir, desto mehr haben wir Aussicht auf Frieden in der Partei, desto mehr haben wir Aussicht, daß den revisionistischen Genossen selbst die Revidiererei leid tut, weil sie sehen, daß dabei nichts herauskommt. Wenn wir eine recht große Stimmenzahl auf die Resolution vereinigen, so werden wir das 40. Geburtsjahr der deutschen Sozialdemokratie auf das würdigste begehen. Es war damals vor vierzig Jahren die unsterbliche Tat Lassalles, daß er das Proletariat von der Bourgeoisie losriß und ihm zum Bewußtsein brachte, daß alle bürgerlichen Parteien ohne Unterschied dem Proletariat feindlich gegenüberstehen und daß wir sie alle in gleichem Maße als unsre Todfeinde zu bekämpfen haben. (Lebhafter Beifall.) Die Resolution bekräftigt diese große und unsterbliche Wahrheit, die uns damals Lassalle verkündete, und die seitdem jedes Ereignis in unsrem politischen Leben aufs neue bekräftigt hat.

Aber wenn wir die Resolution annehmen, feiern wir noch ein andres Ereignis. Ich erinnere Sie an die Junischlacht vor 55 Jahren. Diese Schlacht war das erste große historische Ereignis, welches das Proletariat in Masse von der Bourgeoisie losriß. Wir feiern dieses Jahr eine andre Junischlacht, eine Junischlacht, nicht minder glorreich als die des Jahres 1848, allerdings eine nicht so blutige, eine gesetzliche Schlacht, aber eine Schlacht von derselben historischen Bedeutung, die ebenso wie die des Jahres 1848 den Abgrund erweitert hat, der das Proletariat von der bürgerlichen Gesellschaft trennt. Ich möchte, daß Sie durch Annahme der Resolution das bekräftigen, um der ganzen bürgerlichen Welt zum Bewußtsein zu bringen, daß es ein Hüben, ein Drüben nur giebt. (Stürmischer Beifall, Händeklatschen.)

Singer macht darauf aufmerksam, daß die Vorschlagsliste geschlossen ist und in Druck gegeben wird.

Eduard Bernstein: Parteigenossen! Ich glaube, wir können alle dem Genossen Kautsky dankbar dafür sein, daß er die Diskussion über den Revisionismus und die revisionistische Taktik auf das prinzipielle Gebiet hinübergetragen hat. (Vielfache Rufe: Sehr richtig!) Niemand kann diesen Dank lebhafter empfinden als ich selbst. Denn ohne, daß ich damit irgend einem von denjenigen, die man Revisionisten nennt, zu nahe treten möchte, weil sie erklärt haben, für diese Resolution zu stimmen, muß ich doch erklären: nicht erst von diesem Augenblick, sondern von Anfang an war ich entschlossen, dagegen zu sprechen. Ich nehme keinen Anstand Ihnen von vornherein zu erklären, ich bin Revisionist (Bravo!), ja wenn Sie noch etwas mehr wollen, ich bin sogar Bernsteinianer! (Große Heiterkeit).

Was ist der Revisionismus? Ich habe das Wort nicht zuerst geschmiedet. Es war Schönlank, der es 1894 in Frankfurt aussprach, daß eine Revision der sozialistischen Begriffe nottue. Ich habe nie von einer Revision des Sozialismus gesprochen, sondern eine Reihe Fragen behandelt unter dem Titel: Probleme des Sozialismus. Was ficht der Revisionismus nun an? Wenn alle diejenigen Leute, die früher oder jetzt eine von der Ansicht der großen Mehrheit der Parteigenossen abweichende Anschauung in praktischen oder theoretischen Fragen gehabt haben, generell Revisionisten genannt werden, so bekommt man eine große Schar zusammen, in der ganz verschiedenartige Anschauungen vertreten sind. Die kritischen Geister sind überall viel schwerer zusammen zu bekommen, als die dogmatischen Geister. In der Reformationszeit hielt die katholische Kirche fest zusammen, während die protestantische in eine Anzahl kleiner Bewegungen zersplitterte, was zeitweise ihre Schwäche ausmachte. So kann es kein Wunder sein, wenn die sogenannten Hauptrevisionisten in verschiedenen Punkten auseinander gehen. Ich habe mir nie eine Illusion darüber gemacht, ich habe mir nie eingebildet, daß ich als Theoretiker in allen Fragen mit Vollmar, Auer oder Heine einig sein würde. Schon von England aus habe ich erklärt: Das sind selbstständige Politiker, Männer der praktischen Erfahrung; sie sind nicht für mich verantwortlich, ich bin nicht für sie verantwortlich. Und so ist es, wenn sie sich in einer Frage gegen mich erklären, noch keine Desavouierung, noch kein Fußtritt, den ich von ihnen empfange. (Hört! hört!) Ich erkenne so wenig eine revisionistische Partei in der Partei an, daß ich bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt habe, daß mir die eben genannten nicht näher stehen als andre Parteigenossen. Auer ist mir ein lieber Freund, Vollmar ein alter Kampfesbruder, aber Vollmar steht mir nicht näher als August Bebel. Als ich in diesem Sommer in die Schweiz fuhr, besuchte ich Bebel in Küßnacht, passierte dagegen München ohne Vollmar aufzusuchen. Es handelt sich hier nicht um persönliche Beziehungen, und es ist falsch, zu glauben, daß eine einheitliche revisionistische Richtung vorhanden wäre, die gegen die Gesamtpartei konspirierte. (Sehr richtig!) Nur eine Anzahl Leute sind vorhanden, die eine zu den im offiziellen wissenschaftlichen Organ der Partei, der „Neuen Zeit" vertretenen Anschauungen heterodoxe, entgegengesetzte Anschauung haben. Wenn aber nun eine Kriegserklärung erfolgt, wie jetzt die von Bebel, dann ist es selbstverständlich, daß wir uns zusammenfinden, schon um das Recht der Meinungsfreiheit zu wahren. (Sehr richtig!) Dann, wenn das vorüber ist, geht jeder wieder seine eignen Wege und wirkt im Rahmen der Partei. (Mehrfache Rufe: Sehr richtig!)

Nach meiner Auffassung liegt die Aufgabe der Revision auf dem Gebiete der Theorie und nicht auf dem der Praxis. Und zwar verdankt die Theorie der praktischen Bewegung viel mehr, als die Bewegung der Theorie verdankt. (Sehr richtig!) Kautsky behauptet, die Revisionisten zweifelten das Programm an. Nein, das ist nicht richtig. Die Revisionisten zweifeln eines zunächst absolut nicht an, das ist der zweite Teil des Programms, alle seine politischen und wirtschaftlichen Forderungen. Sie werden mir nicht einen Satz nachweisen können, der diese Forderungen anzweifelt. Deshalb behaupte ich, daß von Gefahren, die der Partei von unsrer Arbeit drohen, kaum zu reden ist. Auch die beiden letzten Absätze des theoretischen Teiles unsres Programms zweifle ich nicht an. Was einer Revision bedürftig ist, das sind die ersten fünf und zum Teil auch der sechste Absatz dieses Teiles. Dort liegt die Aufgabe des Revisionismus, wie sie mir zufällt als theoretischen Arbeiter. Was die Revision der Praxis anlangt, so kann sie sich nur aus der praktischen Erfahrung ergeben. Zweifel können sich also nur darüber erheben, ob sich die von einzelnen von Ihnen vorausgesagte wirtschaftliche und politische Entwicklung in der angegebenen Weise vollzieht. Aber was nun die Forderungen des Programms anbetrifft, so will ich nur eins hervorheben: Wir haben im zweiten Teil unsres Programms die praktischen Forderungen der Demo-

kratie in Reich, Staat und Gemeinde formuliert. Kautsky wird mir bestätigen, daß ich, als das Programm ausgearbeitet wurde, die Aufgabe hatte, gerade diesen Teil in der „Neuen Zeit" zu erörtern, und ich kann sagen, daß einige Punkte dieses Teiles von mir in das Programm gebracht worden sind. In dieser Hinsicht habe ich meine Anschauungen nicht revidiert, sondern allezeit mit äußerster Entschiedenheit vertreten. Gegenüber den scharfen persönlichen Angriffen, die gegen mich gerichtet worden sind, muß ich bei dieser Gelegenheit auf einige persönliche Dinge eingehen. Wir hatten ja in der letzten Zeit nach den bekannten Reden wiederholt Gelegenheit, Stellung gegenüber dem Reichsoberhaupt zu nehmen und den Standpunkt unsrer Partei in den großen Verfassungsfragen des Reiches klarzulegen. Wenn ich wirklich ein so gefährlicher Revisionist bin, habe ich denn etwa versucht, mich diesen Erörterungen so viel als möglich zu entziehen? Nichts weniger als das. Nach der Kaiserrede von Breslau habe ich in einer großen Breslauer Versammlung, es war gerade die Zeit der Zolltarifverhandlungen, auf diese Rede geantwortet, und die Breslauer Genossen werden mir bestätigen, daß ich in dieser Rede nicht den geringsten Zweifel über die Stellung der Sozialdemokratie zur Verfassung des Reiches gelassen habe. Ich glaube nicht, daß die Breslauer Genossen über diese Rede irgendwie enttäuscht waren, und es handelt sich bei der Beurteilung der sogenannten Revisionisten doch gegenwärtig vor allen Dingen um ihr praktisches Verhalten.

Um dieselbe Zeit war ich einer der ersten, der sich in der Fraktion bereit erklärte, in Berlin über den Gegenstand zu sprechen und auch da habe ich aufs entschiedenste unsern prinzipiellen Standpunkt vertreten. Beiläufig habe ich in diesen Tagen bemerkt, daß es nicht vielen Genossen bekannt ist, daß ich bei den Reichstagswahlen in gleicher Weise meine Schuldigkeit zu tun bemüht war, wie die meisten, wahrscheinlich alle von Ihnen. Ich habe vor der Wahl wochenlang Tag für Tag Versammlungen abgehalten. (Zurufe: Das haben wir alle getan.) Ich sage ja, daß es alle getan haben. Ich habe mir keinen Tag Unterbrechung gegönnt, bis ich am Wahltage selbst mit meiner Stimme so erschöpft war, daß ich meinen Wählern nicht einmal sagen konnte: ich danke Euch. Drei Tage vor der Wahl wurde ich in Görlitz von einem Nationalsozialen interpelliert wegen meiner Stellung zur Endzielfrage, zum Militarismus und zur Monarchie. Auf die beiden ersten Fragen antwortete einer der Görlitzer Genossen sehr gut. Auf die Frage über unsre Stellung zur Monarchie wollte er aber nicht antworten, weil diese Frage sehr provokatorisch sei. Ich hätte nun dies als eine bequeme Deckung für mich benutzen können. Ich habe das nicht getan, sondern ganz ruhig geantwortet, daß wir die Frage der Regierungsform allerdings nicht für die entscheidende Frage der Gegenwart halten, daß wir suchen, Staat und Gesellschaft in allen Einrichtungen zu demokratisieren, oder was dasselbe ist, zu republikanisieren, daß uns die Frage der Regierungsform eine verhältnismäßig untergeordnete zu sein scheint, daß wir Sozialdemokraten aber ganz selbstverständlich als eine demokratische Partei den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts und der Selbstverwaltung der Völker vertreten und infolgedessen keine monarchische Partei sein können. Wenn ich den Vorschlag gemacht habe, den Vizepräsidenten-Posten in Anspruch zu nehmen und dabei sich auch auf die Gebräuche des Reichstages einzulassen, so kann nach alledem nicht daraus geschlossen werden, daß ich irgendwie unsren politischen Grundsätzen abgeschworen hätte.

Ich bestreite ganz entschieden, daß die Vizepräsidenten-Frage mit meinen theoretischen Ketzereien irgend etwas zu tun hat. Man stellt es ja gerne so dar, als wenn ich immer spintisierend dasäße und überlegte, ob ich nicht irgendwo unser Programm revidieren sollte. Das ist nicht der Fall, und speziell mein Vorschlag zur Vizepräsidenten-Frage entsprang keiner Grübelei, sondern war das Resultat praktischer Erfahrungen. Wenn jemals ein Vorschlag, so ist dieser aus

Erfahrungen des Kampfes hervorgegangen, die ich in diesem Winter im Reichstage gesammelt habe. Sie mögen darüber denken, wie Sie wollen, aber ich bin zu diesem Vorschlage gekommen aus den Kämpfen bei den Zolltarif-Verhandlungen heraus. Erinnern Sie sich doch an jene parlamentarischen Kämpfe und das, was wir den Umsturz im Reichstage genannt haben. Und verheimlichen wir uns nicht, daß das, was wir damals im Reichstage erlitten haben, eine Niederlage war; eine Niederlage, die uns beigebracht wurde durch Benutzung brutaler Gewalt. (Bebel: Es war ein moralischer Sieg!) Selbstverständlich ein moralischer Sieg, aber faktisch doch eine Niederlage. Wenn Kautsky aus solchen Vorkommnissen wie beim Zolltarif schließt, daß die Formen des politischen Kampfes nicht milder sondern schärfer geworden seien, dann ist das doch wirklich eine ganz eigentümliche Art der Behandlung der Frage über die Entwicklung der Klassengegensätze. Es handelt sich doch nicht darum, daß wir Kämpfe im Parlament, bei den Wahlen usw. zu führen haben, sondern darum, ob wir auf die Straße zu steigen und die Kämpfe blutig auszufechten haben oder ob wir heute mit andren Mitteln kämpfen. Daß sich die Gegensätze je nachdem zuspitzen, habe ich gar nicht geleugnet. Ich habe mich also damals bei den Zolltarif-Verhandlungen dem Eindrucke nicht entziehen können, daß wir eine schwere Niederlage erlitten. Wir haben sie erlitten nach einem Kampfe, auf den die Sozialdemokratie meiner Ansicht nach stolz sein kann. Die schließliche Niederlage aber hat bei mir einen ähnlichen tiefen Eindruck gemacht, wie damals die Tatsache, daß man hier in Sachsen den Arbeitern ihr Wahlrecht nahm und daß nichts darauf erfolgte. Ich hatte übrigens nicht allein diesen Eindruck, sondern ich habe damals vielfach mit Genossen gesprochen, bei denen die Sache ganz ähnlich lag, und die sich auch angesichts dieser Tatsache die Frage vorlegten, ob es nicht doch ein Fehler war, daß wir seinerzeit auf den Vizepräsidenten verzichtet haben. (Ledebour: Wer hat denn das gesagt?) Ich brauche da keine Namen zu nennen! (Ledebour: Dann verdächtigen Sie bitte nicht!) Ach, Genosse Ledebour, mit Ihnen spreche ich ja überhaupt nur sehr wenig! (Ledebour: Und ich mit Ihnen gar nicht!) Das mögen Sie halten, wie Sie wollen! Und nicht nur im Reichstage, sondern auch außerhalb hat man diese Frage erörtert, und es war ja gerade der radikale Parvus, der in der allerschärfsten Weise die Ansicht aussprach, daß es ein Fehler war, um jener Formalitäten willen den Vizepräsidenten-Posten auszuschlagen. Er hat nun allerdings sich die größte Mühe gegeben, zu beweisen, daß er aus revolutionären Gründen und nicht aus opportunistischen Gründen zu der Ansicht kam, und hat in seinem hier verteilten Artikel die häßlichsten Angriffe gegen mich gerichtet. Als ich den Artikel las, da sagte ich mir: Du armer Parvus, das nützt dir alles nichts, du mußt jetzt auch gehängt werden, so gut wie ich! Du kriegst vielleicht einen andren Galgen, einen revolutionären Galgen, während ich einen opportunistischen Galgen bekomme, aber hängen mußt du auch! (Heiterkeit.) Es ist wirklich so gekommen. Bebel hat in seiner Rede Parvus ungefähr dasselbe zugerufen wie mir, er ist mit mir in den opportunistischen Sumpf hineingeschleudert worden. — Wenn ich übrigens nicht sehr irre, so hat die „Leipziger Volkszeitung" vor den Wahlen ganz ähnliche Aeußerungen von Parvus abgedruckt, ohne irgendwie darüber entrüstet zu sein. (Zuruf.) Ja gewiß, wenn Parvus etwas sagt, dann ist es ja bei Euch etwas andres! Wir haben ja nun nach der parlamentarischen Niederlage einen ungeheuren Sieg bei den Wahlen im ganzen Lande errungen, der uns für das Vorherige doppelt und dreifach entschädigte, aber ich frage Euch: Wo habt Ihr denn die Garantie, daß sich die Dinge immer so vollziehen werden, daß solche parlamentarischen Ueberrumpelungen jedes Mal gerade vor den Wahlen sind? Denkt doch nur daran, was gleich nach der Wahl in der Luft schwebte und möglicherweise sehr bald ins Werk gesetzt werden kann, sobald diejenigen, die die Sache betreiben, den Moment für günstig halten! Es ist weiter gesagt worden, mein Artikel sei eine kolossale Ungeschicklichkeit, eine Tapsigkeit gewesen und der-

gleichen. Ja, wem gegenüber soll der Artikel taktisch falsch gewesen sein? Gegenüber den Gegnern oder den eignen Genossen gegenüber? Was die letzteren betrifft, so will ich eines zugeben. Wenn ich gewußt hätte, was ich erst nachträglich erfahren habe, weil ich eben mit den Vollmar, Auer, Heine trotz aller Freundschaft nicht in so intimem Verkehr stehe, wie es immer behauptet wird, also, wenn ich gewußt hätte, daß schon ernsthafte Gegensätze über diese Frage in der Fraktion bestanden hatten, dann hätte ich die Frage nicht öffentlich aufgeworfen. Ich wußte aber nicht, daß ich damit sozusagen alte Wunden aufriß, sondern ich behandelte die Frage rein sachlich als einen der Punkte, der sich etwa als Folgerung aus dem Wahlsiege ergäbe. Wir wissen nicht, was in der Zukunft Schoße schlummert. Kautsky selbst hat eben mit großem Pathos verkündet, daß die herrschenden Klassen die demokratischen Rechte zu beseitigen versuchen werden, sobald sie sie ihren Interessen für gefährlich halten, und er folgerte daraus, daß wir uns in Bezug auf das Wahlrecht defensiv verhalten sollen. Diese Anschauung ist vielleicht nicht unrichtig; aber sie ist Opportunismus (Sehr richtig) und nichts andres! Ich erinnere Sie an ein Wort des Grafen Bülow aus dem letzten Winter. Graf Bülow führte da aus, wenn die Diätenfrage auf die Tagesordnung gestellt würde, dann hätten wir keine Sicherheit, daß nicht andre Elemente, die in andrer Weise das Wahlrecht ändern wollen, ebenfalls mit Forderungen kommen. Das ist ein Gesichtspunkt, den wir im Auge zu behalten haben. Bebel allerdings sieht die Sache sehr rosig an, wobei er wieder einmal den großen sozialen Krach vor Augen hat. Aber das Eintreten dieses Krachs ist doch immerhin noch eine zweifelhafte Sache. (Stadthagen: Oho!) Nun, wir wollen einmal abwarten! Was Bebel von der amerikanischen Eisenindustrie erzählte, läßt auch eine andre Auffassung zu. Wir haben in Amerika die Erscheinung, daß die industrielle Produktion bereits sehr erheblich unter dem Einflusse der großen Trusts steht, die je nachdem in der Lage sind, die Produktion ohne weiteres einzuschränken, und deren Leiter sehr gut wissen, daß das amerikanische Eisen im allgemeinen angesichts der hohen Frachten so billig nicht nach Europa geschafft werden kann, daß es bei uns mit dem deutschen Eisen wirklich konkurrieren kann. Kurz, es ist noch sehr zweifelhaft, ob die großen amerikanischen Eisenwerke dazu übergehen werden, uns Deutschen das Roheisen sozusagen zum Geschenk zu machen, und wenn sie es täten, so ist es weiter fraglich, ob das wirklich die verheerenden Wirkungen auf unsre Industrieen haben würde, wie Bebel glaubte. Es handelt sich da lediglich um Vermutungen, auf die man keine Politik aufbauen kann.

Nehmen wir nun aber einmal an, daß wirklich der Versuch gemacht würde, uns das jetzige Wahlrecht zu nehmen und ein reaktionäres Wahlrecht an die Stelle zu setzen. Bebel sagt: „Die Herren mögen nur kommen, wir werden schon tanzen.“ Aber wie liegt denn die Sache? Als im vorigen Frühjahr unsre belgischen Genossen einen politischen Streik für das allgemeine Wahlrecht gemacht hatten und unterlegen waren, da sind am Morgen nach der Niederlage in deutschen Parteiblättern Artikel erschienen, in denen eine Kritik an dem Vorgehen der belgischen Genossen geübt wurde, die nach meiner Ansicht, selbst wenn jedes Wort richtig gewesen wäre, ganz gut Zeit gehabt hätte auf Wochen und Monate hinaus. Man kritisiert nicht eine Bruderpartei am Morgen nach ihrer Niederlage. Es wurde gesagt, da haben wir wieder einmal den Beweis, daß der politische Streik keine Waffe ist. Da nun war ich es, der angebliche Erzopportunist, der in einigen Berliner Versammlungen ausführte: Ja, habt Ihr denn eine Sicherheit in der Hand, daß man niemals versuchen wird, Euch das Wahlrecht zu nehmen? Und wenn ein solcher Versuch gemacht wird, kann man ihn dann durch reine Versammlungsproteste zum Scheitern bringen? Nein, dann muß man zu andren Formen der Demonstration greifen, die eine wirksamere Sprache sprechen. Wir haben gar keinen Grund, von vornherein und absolut den

politischen Streik zu verwerfen. Wir haben vielmehr alle Ursache, ihn zu studieren. (Friedeberg: Sehr richtig.) Es wurden mir gerade von sehr radikalen Genossen Vorwürfe gemacht, ich hätte wie ein agent provocateur gesprochen; und als ich erwiderte, ich hätte doch nur aufgefordert, die Frage zu studieren, da antwortete mir ein für erzradikal geltender Genosse: Sie wollen die Leute unglücklich machen. Wenn diese Anschauungen berechtigt sind, dann liegt doch aller Grund vor, diejenigen Bürgschaften zu schaffen, die in unsrer Macht liegen, uns gegen eine Ueberrumpelung im Parlament wenigstens zu schützen. Aus diesem Grunde hat sich bei mir die Ueberzeugung festgesetzt, daß wir auf den Posten des Vizepräsidenten Anspruch erheben müssen und uns dabei durch Formalitäten nicht abschrecken lassen dürfen.

Nun ist darüber ein Streit entstanden, ob die Stellung des Vizepräsidenten von irgendwelchem praktischen Wert ist. Es tut mir sehr leid, daß Bebel im Augenblick nicht im Saal ist. (Zuruf: Doch, er ist da! — Bebel sitzt mit Vollmar im Hintergrund des Saales. — Zuruf: Er ist in Capua! Große Heiterkeit!) Dann möchte ich eine Anfrage an den Genossen Bebel richten. Darüber, ob der Posten des Vizepräsidenten praktischen Wert hat, kann man ja verschiedener Meinung sein. Das ist lediglich eine Tatsächlichkeitsfrage. Nehmen wir aber einmal an, daß wirklich dieser Posten uns einen nennenswerten Einfluß in der Vertretung des Reichstages und bei der Ordnung der Geschäfte gäbe, daß er eine gewisse Garantie böte gegen Ueberrumpelungen, daß er also tatsächlich von praktischem Wert wäre. Würdest Du, Genosse Bebel, Dich dann durch diese paar Formalitäten abschrecken lassen? (Bebel zuckt die Achseln und ruft: Ich kann ja gar nicht antworten. Das leidet der Vorsitzende nicht. — Große Heiterkeit.) Ja, Genosse Bebel, es ist ja Dein Recht, Dich der Abstimmung zu enthalten, aber man sieht doch daraus, daß die Frage nicht eine derartige ist, die man kurzer Hand mit Nein beantworten kann. Wenn dem aber so ist, warum dann die große Entrüstung darüber, daß ich die Frage aufgeworfen habe? Ihr konntet mir entgegnen, der Posten hat keinen Wert, aber zu einem Entrüstungssturm in der Partei lag keine Veranlassung vor. Auf die Frage, ob der Posten uns Nutzen bringen könnte, will ich mich nicht lange einlassen, aber einen gewissen Einfluß giebt diese Stellung doch zweifellos. Erinnern Sie sich an die Situation beim Zollkampf! Damals hatten wir neben Ballestrem einen konservativen und einen nationalliberalen Präsidenten, Büsing. Dieser hat sowohl gegen den Antrag Kardorff wie gegen den ganzen Zolltarif gestimmt und sich beim Antrag Gröber der Abstimmung enthalten. Gesetzt nun, es hätte ihm während dieser Kämpfe ein Sozialdemokrat zur Seite gestanden, der durch seine Persönlichkeit die Gabe gehabt hätte, einem solchen schwankenden Manne das Rückgrat zu steifen (Gelächter), die Möglichkeit kann doch einmal vorliegen, das eine Mal mißglückt's, das andre Mal kann's glücken, — dann wäre unter Umständen die Diktatur des ersten Präsidenten sehr erschwert. Außerdem handelt es sich im politischen Leben bei wichtigen Entscheidungen sehr oft um wenige Tage, ja manchmal selbst um Stunden. (Bebel: Um Minuten!) Das gilt namentlich dann, wenn in den Reihen der Mehrheit Unentschlossenheit und Verwirrung herrscht. Das ist ja das Geheimnis des Erfolges so vieler Volksbewegungen, daß in den Reihen der herrschenden Klassen Unentschlossenheit eintrat. Kautsky hat heute wieder von der Zuspitzung der Gegensätze gesprochen, von dem Haß der Besitzenden gegenüber dem Proletariat und von der steigenden Verfolgungssucht der Bourgeoisie. Es ist nach meiner Ansicht einer der Hauptfehler des Genossen Kautsky, daß er immer mit ganz fossilen, versteinerten Begriffen operiert. (Bebel: Na, na!) Ja wohl, und wenn man sie festhält, so ist seine Deduktion von eherner Logik und es giebt kein Entweichen. Dann ist alles andere falsch und dann bin ich allerdings unheilbarer Konfusionsrat. (Große Heiterkeit; Rufe: Sehr richtig!) Ist denn aber die Voraussetzung Kautskys richtig? Sind wirklich die herrschenden Klassen gegenüber dem Prole-

tariat diese Einheit, stehen wirklich alle Schichten der Besitzenden der Sozialdemokratie gleichmäßig gegenüber? (Zuruf: Jawohl!) Dann haben Sie sich ja selbst ins Gesicht geschlagen beim letzten Wahlkampf, wo wir doch einen Unterschied gemacht haben zwischen den Gegnern. Seht Euch einmal ehrlich die Entwicklung an. Große Industrien schließen sich in Deutschland unter der Herrschaft von Kartellen zusammen, um andre Industrien und die Arbeiterklasse terrorisieren zu können. Gegen diese Kartelle besteht schon heute eine große Opposition, auch in diesem Punkte sind die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Klassen außerordentlich tiefgreifend. Es wird da immer mehr heißen, wie steht die Arbeiterpartei zu diesen Fragen? Und in entscheidenden Momenten ist es wohl denkbar, daß die bürgerlichen Parteien gerade durch eine dieser Fragen gespalten sind. Wodurch haben die Arbeiter in den Gewerkschaften bei Lohnkämpfen einen großen Teil ihrer Siege erzielt? Weil es oft eine Unmöglichkeit ist, die Unternehmer zusammenzubringen, weil der allgemeine Ausschluß der Arbeiter durch das ganze Land auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten ist. Ein Teil der Unternehmer sehen ein, daß sie es gegen die Arbeiter auf die Dauer gar nicht aushalten und daß sie untereinander verschiedene Interessen haben. Ich könnte das mit konkreten Beispielen beweisen. Immer mehr wächst die Zahl derjenigen auch unter den Besitzenden, die aus sehr materiellen Gründen ein Interesse daran haben, mit den Arbeitern gut zu stehen. In meinem ersten Vortrag, den ich nach meiner Rückkehr aus England in Berlin hielt, habe ich schon davon gesprochen und erwähnt, wie zuerst viele der Budiker, bei denen die Arbeiter verkehren, allmählich die Ideen der Sozialdemokratie in sich aufnahmen. (Gelächter.) Lachen Sie nur, in jener Versammlung wurde nicht gelacht, sondern mir zugestimmt. Und das gilt nicht nur von den Budikern, sondern trifft auch allmählich für die großen Brauereien zu. (Gelächter und Unruhe; Zuruf: Ungeheuerlich.) Aber so erinnern Sie sich doch, wie noch vor kurzem, nachdem der „Vorwärts“ die Geschichte mit dem Feldzug gegen das Wahlrecht veröffentlicht hatte, aus eignem Antriebe eine ganze Reihe von Brauereien sich meldeten, um zu erklären, daß sie davon nichts wissen wollen. (Zuruf: Um ein Geschäft zu machen!) Ja, selbstverständlich; daß sie aus idealen Gründen nicht dazu kommen, ist klar. Aber sie haben ein Interesse, sich mit der Arbeiterschaft gut zu stellen. Es ist ja auch ganz selbstverständlich, je mehr die Arbeiterklasse anwächst, um so größer wird die Bedeutung der Arbeiter als Konsumenten, und um so größer ist das Interesse gewisser Unternehmer, daß die Konsumtionskraft der Arbeiter sich hebt. Das können Sie doch nicht leugnen. Und die Folge ist nicht nur, daß diese Leute den Bestrebungen der Arbeiter wohlwollend gegenüberstehen, sondern daß sie sie zuweilen auch tatkräftig unterstützen. Das wird sich mit der Zeit immer mehr steigern.

Dann haben wir unter den bürgerlichen Parteien den Gegensatz zwischen Freihändlern und Schutzzöllnern, zwischen den großen Handelsstädten und den Agrariern. Eben deshalb, weil die Interessen der besitzenden Klassen so gegensätzliche sind und weil es vorkommt, daß die eine Klasse gegenüber den andren Klassen unter Umständen auch die Macht der Sozialdemokratie auszuspielen wünscht, kommt die Einigung der Reaktion so außerordentlich schwer zustande.

Es ist daher nicht richtig, in diesen Dingen mit solchen einheitlichen Begriffen, wie Bourgeoisie, Reaktion, zu operieren. Wir müssen uns klar werden, daß die herrschenden Schichten verschiedene Interessen haben und daß wir jene Verschiedenheit der Interessen unter Umständen uns dienstbar machen können. Ich habe in meinem Artikel u. a. auch ausgeführt, daß der Reichstag dem Reichsoberhaupte bei uns anders gegenübersteht, als in vielen andern Monarchien, und ich habe gesagt, daß in diesem speziellen Punkte die deutsche Reichsverfassung sich der Republik mehr nähere, als andre. Kautsky hat daraus gemacht, ich hätte Deutschland für eine Republik erklärt. Das ist mir natürlich nicht eingefallen. Es ist mir schon früher aufgefallen, daß, wenn bei uns sich ein Streit erhebt, mit

einem Male alles vergessen wird, was in unsrer Parteiliteratur früher von den verschiedensten Seiten behauptet wurde. — Es sind in Berlin zwei sozialistische Ausgaben der Reichs-Verfassung erschienen. In der ersten finden wir bei den erläuternden Bemerkungen den ausdrücklichen Hinweis, daß das Wort „Deutscher Kaiser" nur ein Name sei und daß es deshalb logischer sei, wenn man statt des Namens die Sache bezeichnen will, nicht von dem Kaiser, sondern von dem „König von Preußen" zu sprechen. In der zweiten Ausgabe aber, die in der Buchhandlung „Vorwärts" erschienen ist, finden wir in der Vorrede folgende Bemerkung: „Alle diese dem Kaiser beigelegten Befugnisse lassen erkennen, daß er nicht eigentlich ein Monarch des Deutschen Reiches ist, sondern ihm nur die vollziehende Gewalt zusteht." Das ist genau dasselbe, was ich ausgeführt habe, nur mit andren Worten. Man kann darüber streiten, aber eine Revision irgend welcher bisherigen Anschauung liegt darin nicht! Nun ist weiter gesagt worden und zwar in einer Resolution der Berliner Genossen, daß mein Vorschlag auf einer „maßlosen Ueberschätzung des Parlamentarismus" beruhe. Ich habe ja eine Vermutung, von wem diese Resolution herrührt, nicht etwa von Bebel, das will ich ausdrücklich sagen, auch nicht von Kautsky. (Zuruf: Von wem denn?) Das bin ich nicht schuldig zu sagen. Aber ich muß doch bemerken, daß mich diese Resolution in eine recht humoristische Stimmung versetzt hat. Diese Rederei von der Ueberschätzung des Parlamentarismus hat nachgerade das Schwabenalter überschritten und ist dadurch wahrhaftig nicht klüger geworden. Unsre Bewegung ist durch die Erfahrung dazu gekommen, dem Parlamentarismus eine immer größere Bedeutung beizumessen. Ich behaupte, daß wir niemals den Einfluß bekommen hätten, den wir jetzt haben, wenn wir uns nicht von Stufe zu Stufe parlamentarisch gemausert hätten. Als wir mit der parlamentarischen Tätigkeit begannen, da wurde von dem Versinken in den parlamentarischen Sumpf gesprochen, und bei jedem neuen Schritt, den wir auf dieser Bahn machen, wurde diese Redensart wiederholt. Die Genossen Vollmar und Auer haben das ja schon belegt. Ich will nur noch ein weiteres Beispiel anführen. 1886 wurde im Züricher „Sozialdemokrat" eine Resolution der Berliner veröffentlicht. Ich will dabei bemerken, daß die Berliner Genossen in mancher Beziehung mustergiltig sind, aber eins steht doch fest, daß sie in Bezug auf die theoretische Entwicklung der Partei die allerkonservativsten unsrer Parteigenossen sind. (Sehr richtig! Hoffmann-Berlin ruft: Sehr unrichtig!) In dieser Resolution heißt es: „So erscheint den Berliner Genossen die Beteiligung der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten an den Kommissionen mit alleiniger Ausnahme der Wahlprüfungs-Kommission sehr überflüssig und nur geeignet, den Glauben wachzurufen, als meine die sozialdemokratische Partei durch Verhandlungen und Kompromisse mit den herrschenden Klassen die Sache der proletarischen Revolution zu fördern." Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Auffassung grundfalsch war. Wären wir diesem Ratschlage gefolgt, wären wir eine Protestbewegung geblieben, so hätten wir unsren Erfolg nicht erzielt. Es wäre dann für die Gegner ein Leichtes gewesen, den Arbeitern vorzuführen: „Eure Vertreter sagen lediglich nein. Wenn es sich aber darum handelt, praktisch für die Arbeiterinteressen einzutreten, dann beteiligen sie sich nicht." Noch 1878 sprachen Marx und Engels die Ansicht aus, das Sozialistengesetz würde den einen Vorteil haben, daß es die deutsche Sozialdemokratie vom Parlamentarismus kuriere. Wer aber die tatsächliche Entwicklung verfolgt, der sieht, daß genau das Gegenteil eingetreten ist. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags war bei der Aufhebung des Sozialistengesetzes viel parlamentarischer, als beim Erlaß. Die Partei ist immer tiefer in den Sumpf hineingesunken, aber sie hat gleichzeitig an Ausbreitung, Kraft und Klarheit unendlich gewonnen, und ich könnte wohl sagen, sie hat sich immer stärker „emporgesumpft". (Heiterkeit.) Lassen wir unsre parlamentarische Fraktion eine rein protestierende Haltung annehmen, und es wird das eintreten,

was vielfach gefürchtet worden ist, daß unsre Gewerkschaften sich immer mehr den bürgerlichen Parteien nähern würden. Wenn diese Gefahr nicht eingetreten ist, so ist gerade die steigende parlamentarische Betätigung unsrer Partei die Ursache. Wir sind deshalb nicht weniger radikal geworden, sondern nur entschiedener. Wenn der Radikalismus lediglich in großen Worten, in extremen Forderungen und Ideen bestände, dann wäre die andere Auffassung richtig; aber ist denn ein Kind radikaler als der Mann, weil es nach dem Monde greift? (Sehr gut!) Der Mann greift nicht nach dem Monde, aber er zwingt immer mehr die Elemente in seine Dienste und so zwingt uns die wachsende Arbeiterbewegung immer mehr, auf Illusionen zu verzichten und die Institutionen der heutigen Gesellschaft nach Möglichkeit in unsern Dienst zu stellen. Lassen wir also alle Deklamationen bei seite und nehmen wir den Parlamentarismus als das, was er ist, nämlich als eine tatsächlich große Macht, als einen großen Faktor in unsrem allgemeinen politischen Leben. — Aus diesen Gründen habe ich meinen Vorschlag gemacht und halte ihn aufrecht. Ich wäre ein bodenloser Feigling, wenn ich das, was ich für richtig halte, nicht aufrecht erhalten wollte, weil die augenblickliche Stimmung in der Partei dagegen ist. Ich scheue mich gar nicht, zeitweilig allein zu stehen oder in der Minorität zu sein. Das ist mir schon öfters passiert. Ich habe aber auch schon manchmal erlebt, daß mir die Ereignisse recht gegeben haben. Man hat mir die elementare Entrüstung entgegengehalten, die sich gegen meinen Vorschlag angesichts der Reden von Essen und Breslau erhoben hat. Ich will nicht leugnen, ich kann das nicht so genau beurteilen, daß man in Parteikreisen vielfach entrüstet war. Ich glaube aber, die Entrüstung war viel mehr hervorgerufen durch die Art und Weise, wie die bürgerliche Presse sich meines Vorschlages annahm. Für deren Aeußerungen können Sie jedoch nicht mich verantwortlich machen! — Ich soll meinen Vorschlag aus Sensationslust gemacht haben. Mein Artikel trägt aber keinerlei sensationellen Charakter. Ich hatte als regelmäßiger Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte" die Aufgabe, am Tage nach der Hauptwahl über die Wahl zu schreiben. Da die Ergebnisse der Stichwahlen noch nicht vorlagen, so konnte ich noch keine Gesamtwürdigung des Wahlergebnisses geben, sondern machte nur einige Bemerkungen über den Rückgang des Liberalismus und einige Vorschläge über die Benutzung der allgemeinen parlamentarischen Situation. — Bebel meint, meine Betrachtungen über den Rückgang der bürgerlichen Parteien seien larmoyant gewesen. Das ist nicht richtig. Ich hatte im Gegenteil gesagt, der Rückgang der Liberalen sei vorauszusehen gewesen. Ich sollte den Rückgang bedauert haben, ja, ich sollte sogar, wie einer der Redner sagte, die Erfolge unsrer Partei bedauert haben. Wie kann man dergleichen von mir behaupten! In meinem Artikel findet sich nichts derartiges! Ich habe nur gesagt, die Schwächung des bürgerlichen Radikalismus sei eine bedauerliche Erscheinung; und hier will ich wieder einmal ein Zitat von anderer Seite anführen. In einer Broschüre, die mir vorliegt, heißt es: „Bei den Verhandlungen des Zolltarifs stellte sich leider heraus, daß wenig Verlaß auf die Freisinnigen ist. Ich sage leider, denn eine starke liberale Partei, die quasi als Puffer zwischen uns und der Rechten stände, könnte uns nur angenehm sein." Das hat kein Revisionist gesagt, sondern der Genosse Bebel auf dem Münchener Parteitag. (Bebel: Das sage ich heute noch!) Aber wenn ich es gesagt hätte, dann wäre es sicherlich verwerflicher Revisionismus gewesen. (Rufe: Sehr richtig! Wenn zwei dasselbe sagen, so ist es nicht dasselbe!) Wenn übrigens immer von der Entrüstung gegen meinen Vorschlag gesprochen wird, so weise ich nur darauf hin, daß ich, als ich in einer Berliner Versammlung über die Frage sprach, von Entrüstung nichts gemerkt habe. Man ist mir ruhig entgegengetreten, aber entrüstet war man nur sehr wenig. Nach der Versammlung sind mehrere Arbeiter zu mir gekommen und haben mir ihr Einverständnis ausgedrückt. Möglich, daß die

Stimmung an andren Orten anders war, aber selbst wenn sie es wäre und wenn in den Kreisen der Partei eine allgemeine Entrüstung geherrscht hätte, so wäre es trotzdem meine Pflicht und Schuldigkeit, meiner Ueberzeugung gemäß, meinen Vorschlag aufrecht zu erhalten. Bebel meint: die Führer hätten den Massen zu folgen. Ich bin nicht dieser Ansicht. Ich glaube, die sogenannten „Führer", d. h. die Vertrauensmänner der Arbeiter, sind die Sachwalter der Arbeiterklasse. Sie haben sich allerdings mit ihren Mandatgebern ins Einvernehmen zu setzen, aber sie haben vor allem nach bester Ueberzeugung das Interesse der Arbeiter wahrzunehmen und, wenn es nötig ist, der Stimmung der Arbeiter entgegenzutreten und ihre Argumente geltend zu machen. Wir dürfen uns eben nicht abhängig machen von zeitweiligen Strömungen. Bebel machte sich darüber lustig, daß man die Frage der Fraktion vorbehalten wollte. Aber ist es nicht ganz richtig, daß die Abgeordneten, die ständig im Reichstage sind, diese Frage besser beurteilen können als Draußenstehende? Wenn man nicht von vornherein der Fraktion ein Mißtrauensvotum ausstellen will, dann kann man allerdings diese Frage durchaus der Fraktion überlassen.

Wenn Sie jetzt diese Resolution annehmen, so bin ich fest überzeugt: Sobald eine Situation kommt, wo sich herausstellt, daß der Posten eines Vizepräsidenten wirklich von realem Nutzen und Wert für die Partei ist, wird Bebel der erste sein, der die Resolution mit Füßen tritt! Wozu dann aber erst eine solche Resolution fassen? Wir sind doch schon so oft in die Lage gekommen, gegen unsre eignen Resolutionen handeln zu müssen. Wozu sollen wir uns denn überhaupt in feierlicher Weise jetzt sozusagen die Tür vor der Nase zuschließen, wo wir nachher eventuell gezwungen werden können, durch ein Mauseloch wieder hinein zu kriechen? Sagen Sie meinetwegen, wir wollen heute den Bernsteinschen Vorschlag ablehnen, aber fassen Sie diesen Beschluß nicht so allgemein! War es denn politisch geschickt, den Gegnern meines Vorschlages in den bürgerlichen Parteien die Gründe zur Ablehnung unsres Anspruches förmlich zuzutragen und zu erklären: das Eingehen auf jene Bedingungen wäre für uns ein caudinisches Joch, durch das wir niemals gehen werden? Gerade auch politisch halte ich die Resolution für unglücklich. Es ist im Laufe der letzten Tage sehr viel vom Lobe der Gegner gesprochen worden, aber bin ich etwa jemals von der Scharfmacherpresse gelobt worden? Hat mich die „Post" oder die „Schlesische Volkszeitung" oder haben mich die „Neusten Nachrichten" oder auch nur Eugen Richter jemals gelobt? Die ganze Scharfmacherpresse hat mich stets angegriffen. Gelobt worden bin ich nur von ein paar liberaldemokratischen Blättern. Dafür kann ich nicht! Es giebt niemand, der weniger gegnerische Blätter liest als ich, weil ich keine Zeit habe, viele Zeitungen zu lesen. Man kann mir daraus einen Vorwurf machen, aber daß ich nach dem Lobe der Gegner geize, das kann niemand behaupten. Ich habe ja schon in London empfunden, daß das Lob der Gegner für mich das allerschlimmste und unangenehmste ist. Ich kann es aber doch niemand verbieten, mich zu nennen. Uebrigens werde ich von den Nationalsozialen längst nicht mehr gelobt. Pfarrer Naumann und seine Freunde sagen jetzt: „Der Kautsky, das ist der Logiker, nicht Bernstein!" Kautsky erkenne die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht, nur schlage er dazu einen falschen Weg ein. Für Naumann ist eben Naumanns Weg der einzig richtige. Also: Die Gegner loben mich jetzt im allgemeinen nicht mehr. Ich nehme ihnen das nicht übel; jeder handelt eben nach seiner Ueberzeugung!

Nun noch eine Bemerkung! Nach meinem ersten Artikel über die Vizepräsidentenfrage habe ich in der Breslauer „Volkswacht" einen zweiten Artikel veröffentlicht, in dem ich an einer Stelle von der Berufung Rolands in das Ministerium Ludwigs XVI. sprach, und wo ich auch einige Beispiele aus der Geschichte der englischen Revolution anführte. Daraufhin sagten einige gegnerische Blätter: „Wenn Bernstein der Frage diese Deutung giebt, dann können wir den

Sozialdemokraten den Posten des Vizepräsidenten nicht geben." Und während sonst, wenn gegnerische Blätter aus sozialdemokratischen Artikeln falsche Schlußfolgerungen ziehen, die Parteipresse mit der Widerlegung schnell bei der Hand zu sein pflegt, hat diesmal kein Blatt geschrieben: Diese Schlußfolgerung ist unrichtig! Bebel meinte sogar, mein Artikel rieche nach Blut, aber in dem Artikel ist von Blut gar keine Rede. Als Ludwig XVI. Roland ins Ministerium berief, war noch gar nicht die Rede davon, ihn zu köpfen, und als Karl I. gefangen wurde, dachte kein Mensch daran, ihn abzusetzen. Diese Schlußfolgerungen sind also durchaus falsch.

In der Frage der Meinungsfreiheit stehe ich Kautsky näher als der andren Richtung. Eine politische Kampfpartei ist kein akademischer Kongreß, und die Anzweiflungen müssen irgend eine Grenze finden. Das kann man von den Genossen verlangen. Aber wo liegt diese Grenze? Doch nicht in den Anschauungen über die mutmaßliche Entwicklung! Da muß volle Meinungsfreiheit herrschen. Die Grenze liegt in den politischen Grundsätzen, die im Parteiprogramm niedergelegt sind, und diese Grundsätze sind von mir zu keiner Zeit bestritten worden; im Gegenteil, ich habe sie stets mit aller Energie vertreten. Kautsky meint, die „neue Methode" müsse auflösend wirken, und wies zum Beweise dafür auf Frankreich hin. Ich habe mich seinerzeit gar nicht schlechtweg für das Ministerium Millerand ausgesprochen, und zwar schon deshalb nicht, weil ich die französischen Verhältnisse nicht genügend kenne, um die Frage beurteilen zu können. Prinzipiell aber war und bin ich der Meinung, daß Momente eintreten können, wo die bürgerlichen Klassen gespalten sind und wo es, um die Entwicklung der Arbeiterklasse zu fördern, notwendig wird, daß die Sozialdemokraten mit den radikalen Demokraten Hand in Hand gehen. Und ich bin überzeugt, daß eine sozialdemokratische Partei, die weiß, was sie will, dann ohne Gefahr ein solches Bündnis eingehen kann. Eine Partei ist der Sachwalter der Interessen der Klasse, die hinter ihr steht. Und wenn die Interessen der Arbeiterklasse ernsthaft gefördert werden können durch ein solches Bündnis, dann ist es die Pflicht der Partei, auf ein solches Bündnis einzugehen. Wenn die Ministerschaft Millerands auflösend gewirkt hat, so lag das zum großen Teil daran, daß, als sie ins Leben trat, die französische Partei überhaupt schon gespalten war. Daß da durch das Eintreten Millerands in das Ministerium die Gegensätze weiter zugespitzt wurden, war allerdings ganz natürlich. Hätte aber eine einheitliche starke Sozialdemokratie einmal als Kontrolle und dann als Stütze hinter Millerand gestanden, so wäre durch das Ministerium Millerands sicher mehr erreicht worden. Man spricht von der Schwächung der Partei durch ein etwaiges Bündnis mit den Liberalen. Ich beurteile solche Fragen niemals abstrakt. Eine solche Schwächung kann eintreten und wird wahrscheinlich eintreten, wenn die sozialdemokratische Partei schwach und wenig organisiert ist; wenn sie aber, wie in Deutschland, eine starke, bewußte und einheitliche Partei ist: was soll ihr da durch ein solches Bündnis dann für ein Schaden entstehen! Wenn Sie dergleichen annehmen, so müssen Sie doch eine sehr schwache Ueberzeugung von der Macht der realen Tatsachen und der realen Bedürfnisse der Arbeiterklasse haben. Nun hat Genosse Kautsky weiter das Beispiel der englischen Arbeiter erwähnt, die in die englischen Ministerien eingetreten sind, und hat gesagt, das sind dieselben Leute, die schon Marx als Lumpenkerle denunziert hat. Ich bin ja in mancher Beziehung inbezug auf Marx ein Ketzer, obwohl ich vor dem Wissenschaftler Marx eine große Hochachtung habe und mich selbst trotz aller Meinungsverschiedenheiten zur Marxschen Schule rechne. Zweifellos ist aber jedenfalls, daß auch Marx sich in manchen Punkten getäuscht hat und daß er sich namentlich getäuscht hat inbezug auf die Arbeiterbewegung in England. Das habe ich aber nicht nur gesagt, sondern das hat auch der Mann gesagt, der in England als der erste Vertreter des Marxismus gilt, nämlich der Genosse Hyndman, der es in einer Broschüre öffentlich

ausgesprochen hat, daß Marx die englische Entwicklung niemals ganz richtig verstanden habe. Das halte ich für übertrieben, aber unzweifelhaft ist, daß Marx manche Vorgänge falsch beurteilt hat, und er hat manchmal gegen Personen Angriffe gerichtet, die sich später nicht bewahrheitet haben. Die Broadhurst und Burt hatten gewiß nicht die gleiche Anschauung, die unsre deutsche Sozialdemokratie hat. Das ist unzweifelhaft. Aber diese Leute haben im Einverständnis mit ihrer Organisation gehandelt, als sie in die Regierung eintraten. Thomas Burt ist, nachdem er aus der Regierung ausgeschieden war, in den Bergarbeiter-Bund zurückgekehrt und hat dort seine alte Stellung wieder übernommen. Wie wenig der Ausdruck Lumpenkerl auf ihn zutrifft, hat sich gerade beim Boerenkrieg gezeigt. Einer von denen, die damals am heftigsten gegen diesen Krieg protestiert haben, war der alte Burt. Broadhurst und Burt waren beide Männer, denen die Interessen der Arbeiter so warm am Herzen liegen, wie nur irgendwem. Sie mögen falsch gehandelt haben, aber Lumpenkerle sind sie sicherlich nicht.

Wir haben ja solche falsche Beurteilungen einzelner Genossen öfter erlebt. 1896 nach dem Londoner Internationalen Kongreß erklärte Bebel in einer Berliner Versammlung von dem Engländer Burns, er sei für die englische Arbeiterbewegung tot. Als ich das las, habe ich mir vor Wut in die Hand gebissen. Nicht Burns wegen, sondern Bebels wegen, weil man ihm so etwas aufgebunden hatte. Burns hatte damals noch einen weit größeren Einfluß auf die Arbeiterschaft, als diejenigen, die Bebel das eingeblasen. Und Tatsache ist, daß Burns bis zum heutigen Tage ein echter Proletarier geblieben ist, der mit großer Entschiedenheit und großem Mute die Interessen der Arbeiter vertritt. Mag man ihn bekämpfen, aber man soll keinen Schmutz auf ihn werfen.

Kautsky sprach von meiner Zustimmung zur Hannoverschen Resolution. Er hätte aber anführen müssen, daß der Brief, den ich damals an Auer schrieb, nicht dazu bestimmt war, öffentlich verlesen zu werden. (Kautsky: Das habe ich nicht gewußt.) Und daß ich bald hinterher in einem Artikel geschrieben habe, daß wenn ich in Hannover gewesen wäre, ich mich dort gegen die Resolution erklärt haben würde. Ich gehe überhaupt keinem Konflikt aus dem Wege, der im Interesse grundsätzlicher Klärung notwendig ist. Was ich empfohlen habe, ist, daß wir unsre Rüstung für die bevorstehenden Kämpfe stärken sollen. Und wenn Kautsky mir einen Vorwurf daraus macht, daß ich Konflikte vermeiden wolle, dann antworte ich ihm: Lieber Kautsky, Du hast ja auch geschrieben, wir sollen jedem Konflikt mit Bezug auf das Wahlrecht aus dem Wege gehen. (Sehr gut!)

Auf die Zitate, die Kautsky von mir angeführt hat, kann ich nicht näher eingehen. Er hat angeführt, ich hätte mich für die Kolonialpolitik prinzipiell erklärt und wäre nur deshalb gegen unsre Zustimmung dazu, weil wir kein Vertrauen zur Regierung haben. Dadurch soll ich den Gegnern Waffen geliefert haben. Aber ist diese Motivierung bei uns nicht gang und gäbe? Alljährlich verweigern wir die Budgets, auch wenn sie unsrer Ansicht nach in ihrer Gesamtheit einen Fortschritt bedeuten, weil wir zu der Regierung kein Vertrauen haben. Nun kommt bei Kolonialfragen noch eins in Betracht. Wenn wir die Mittel für koloniale Zwecke bewilligen sollen, so würden wir selbstverständlich auch Garantien dafür verlangen, daß die betreffenden Völkerschaften nicht nach den brutalen Grundsätzen behandelt werden, die von uns mit Recht perhorresziert werden. Wenn Sie die Resolution in diesem Punkte annehmen, so schlagen Sie dadurch nicht mir, sondern der Geschichte ins Gesicht, und die Geschichte beweist, von welcher allgemein kulturellen Bedeutung die Kolonisation gewesen ist. Nehmen wir die Vereinigten Staaten. Vor der Kolonisation dieses Gebietes lebten auf diesem Boden kaum eine Million Menschen in beständigem blutigen Kriege miteinander. Heute leben dort 78 Millionen Menschen, und wenn wir die Proletarier des Ostens und gewisser Weststaaten abziehen, so bleiben doch gegen

50 Millionen, die dort in verhältnismäßigem Wohlstand leben. Wollen wir das verurteilen, weil dabei das Recht der höheren Kultur über die niedere Kultur geltend gemacht worden ist?

Kautsky warf mir vor, daß ich gesagt habe, man solle den Kampf gegen den Liberalismus nicht zu weit führen. Das hört sich ja sehr bedenklich, beinahe als Parteiverrat an. Kautsky hätte aber den Zusammenhang, in dem ich das sagte, anführen müssen.

Ich habe in meinem Buch ausgeführt, daß mit den kapitalitisch-liberalen Parteien nur Kampf herrschen kann. Was ich bekämpft habe, war nur die Anschauung, daß der Kampf der Sozialdemokratie sich im Kampf gegen den Liberalismus erschöpft. Und ich habe darauf hingewiesen, daß die herrschenden Klassen nicht alle gleich zu uns stehen. Dasselbe ist auch im Wahlkampf fortwährend gesagt worden. Ich muß noch einige Bemerkungen über meinen Wahlkampf machen, damit Ihr einen Begriff von meiner taktischen Haltung bekommt. Ich habe bei meiner ersten Wahl von vornherein in einer Wahlversammlung ausdrücklich erklärt, ich wünschte nur die Stimmen solcher Leute zu erhalten, die mit den Grundsätzen der Sozialdemokratie einverstanden sind. Das wurde von den Freisinnigen sofort aufgegriffen, und meine Breslauer Genossen haben mir versichert, daß ich durch meine Bemerkung sicherlich 500 Stimmen verloren hätte. Wie kann man da von einem Verschweigen oder Verheimlichen unsrer Grundsätze reden! Schon in den ersten Versammlungen, die ich nach meiner Rückkehr nach Deutschland abhielt, wurde mir öffentlich von Arbeitern gesagt: „So sozialistische Vorträge haben wir lange nicht zu hören bekommen!“ (Zuruf: Das beweist nichts!) Nein, aber ich führe das an gegenüber den Ausstreuungen, mit denen gegen mich agitiert worden ist. Aus allen angeführten Gründen kann ich die Resolution nicht unterschreiben. Sie widerspricht meiner Ueberzeugung, und ich halte sie auch nicht für besonders klug. Wenn sie angenommen würde, so wird damit den Gegnern in die Hände gearbeitet, und zwar gerade denen, bei denen wir am wenigsten Ursache dazu haben. (Zuruf: Wer denn?) Ich meine die Scharfmacher-Presse, wenn Sie es absolut wissen wollen. (Ledebour ruft: Und deswegen sollen wir unsre Ueberzeugung nicht aussprechen?) Es liegt in diesem Augenblick gar kein Anlaß zu einer solchen Aussprache vor. Man hat sich seit einer Reihe von Jahren gewöhnt, Resolutionen zu fassen nicht auf Grund einer ernsten wissenschaftlichen Ueberlegung, einer politischen Notwendigkeit, sondern aus einer bestimmten zeitweiligen Stimmung oder Verstimmung heraus. (Sehr richtig!) In solcher Stimmung soll man keine Resolutionen fassen, habt doch etwas Vertrauen zu Euch selbst und zur Fraktion. Schließt Euch doch nicht willkürlich die Tür zu, die Ihr eines Tages vielleicht doch wieder aufstoßen müßt. Es ist ja offen erklärt worden, daß ein Beschluß aus der Stimmung heraus gefaßt werden soll. Es soll die eine Richtung in unsrer Partei an die Wand gedrückt werden. Aber kann so etwas denn wirklich durch eine Resolution erreicht werden? Bebel hat selbst ausgeführt, daß jene Strömungen aus bestimmten Verhältnissen heraus entstanden sind. Wenn Sie diese Richtungen jetzt ablehnen, so werden sie doch wieder da sein, sobald entsprechende Verhältnisse eintreten. Wie oft haben wir nicht — ich erinnere nur an das Sozialistengesetz — bei der allgemeinen Gesetzgebung gegen Stimmungsgesetze gekämpft. Sollen wir uns da jetzt selbst dementieren? Welche Gefahren bestehen denn für die Partei? Wir haben eben einen Wahlkampf hinter uns, in dem wir alle zusammengestanden haben. Wo war da ein Revisionist, der nicht seine volle Schuldigkeit getan und Schulter an Schulter mit den andern gekämpft hätte? Wir haben einen gewaltigen Sieg errungen. Wollt Ihr diesen Sieg dadurch feiern, daß Ihr eine bestimmte Richtung herabsetzt und demütigt, so daß ihre Bekenner mit grollendem Herzen von diesem Kongreß gehen müssen? Zieht die Resolution zurück (Gelächter) — ich weiß ja, daß Ihr es nicht wollt; ich bin aber überzeugt, daß es das beste

wäre. Verzichtet auf die Resolution, damit wir von diesem Parteitage heimkehren können als Kampfgenossen, die für die große gemeinsame Sache gemeinsam kämpfen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. Zischen.)

Darauf beschließt der Kongreß die Vertagung.

Persönlich bemerkt

Kautsky: Ich will nur auf einen Punkt in den Ausführungen Bernsteins eingehen. Daß sein Brief an Auer nicht zur Veröffentlichung bestimmt war, konnte ich vorhin nicht anführen, weil ich es nicht wußte. Ich bin aber durch seine Erklärungen über diesen Punkt erfreut, weil sie mich von einem falschen Verdacht befreiten, den ich hatte und der mich eine Zeitlang sehr geschmerzt hat. Wenn er durch die Verlesung des Briefes in diesen falschen Verdacht, nämlich den Verdacht zu kneifen, gekommen ist, so verdankt er das nicht mir, sondern Auer.

Die Delegierten Vollmar, Bömelburg, v. Elm bitten, ihre Namen von der Vorschlagsliste für die Wahl des Vorstandes und der Kontrolleure abzusetzen.

Singer: Es liegen dem Parteitag eine Reihe Erklärungen vor.

Die erste lautet:

„Gegenüber der auf dem Parteitag hervorgerufenen Annahme, die Delegierten Berlins seien an einer Agitation gegen den Genossen Auer beteiligt, erklären die Unterzeichneten: Niemals haben sich die Delegierten Berlins in ihrer Gesamtheit nach dieser Richtung hin ausgesprochen oder betätigt.

Für die Ansichten eines einzelnen kann Berlins Delegation nicht verantwortlich gemacht werden. (Beifall.)

Für Berlin I: Oppel, Lucht.
„ „ II: Köckeritz, Fülle, Werner.
„ „ III: Jonas, Fritz, Dr. Friedeberg.
„ „ IV: Franke, Laafer, Vogel.
„ „ V: Liepmann, Friedländer.
„ „ IV: Fischer, Mars, Freythaler.
„ Teltow-Beeskow: Pieleke, Meiling, Otto Hoffmann.
„ Nieder-Barnim: Schumann, Welk, Freiwaldt.
„ die Frauen von Berlin und Umgebung: Emma Ihrer, Ottilie Baader, Minna Jung, Marie Klotzsch.

Die zweite Erklärung lautet:

„Als Teilnehmer an den Besprechungen der Berliner Delegierten erklären sich mit deren Erklärung betreffend den Zwischenfall Fischer-Hoffmann-Täterow völlig einverstanden

Wels. Grunwald. Kotzke. C. Legien."

Die dritte Erklärung lautet:

„Wir haben uns der Erklärung der Berliner Delegierten nicht angeschlossen, weil wir dieselbe durch die bereits gewordene Aufklärung für erledigt halten, besonders aber, weil wir es nicht nur für unser gutes Recht, sondern für die Pflicht der Delegierten halten, sich über einen Punkt der Tagesordnung wie die Vorstandswahl, zu welchem nach altem Brauch des Parteitages eine Diskussion nicht stattfindet, auszusprechen; ein Recht, welches wir uns nicht nehmen lassen, eine Pflicht, der wir uns ohne Rücksicht auf die in Frage kommende Person oder auf etwa entstehende Verdächtigungen nie entziehen werden.

A. Täterow. A. Hoffmann."

Nach Verlesung einiger Glückwunsch-Telegramme wird die Sitzung 1¼ Uhr geschlossen.

Nachmittags-Sitzung.

Beginn 3 Uhr. Singer führt den Vorsitz und teilt mit, daß ein Schreiben eingegangen ist von vier Genossen aus Posen, die im Auftrage einer Anzahl polnischer Genossen ihr Bedauern über die Annahme des Antrages Rosa Luxemburg in der Polenfrage ausdrücken. Rosa Luxemburg habe den Parteitag nicht richtig informiert. Nur auf Grund der falschen Information sei ein solcher Beschluß möglich geworden.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung: **Fortsetzung der Beratung über Punkt IV: „Taktik"** ein.

Singer: Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen.

Dr. **Lindemann**-Degerloch spricht für Annahme des Schluß-Antrages. Nachdem wir zwei Tage debattiert, nachdem wir heute morgen die beiden Theoretiker gehört haben, dürfte es wohl an der Zeit sein, die Debatte zu schließen. Wir haben auch noch andre Fragen zu behandeln. (Sehr richtig!) Ein großer Teil der Delegierten ist nicht in der Lage, noch über den Sonntag hier zu bleiben. (Sehr richtig!) Wir haben hier eine große Zahl von Arbeitern, die am Montag wieder in Arbeit gehen müssen.

Heine-Berlin: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen, wenigstens jetzt noch. Ich will gar nicht davon reden, daß ich, der ich einer der am meisten Angegriffenen bin, dadurch um die Möglichkeit komme, mich zu verteidigen, denn ich stehe als 25. auf der Rednerliste, und daß bis dahin geredet wird, das glaube ich selbst nicht. Ich bin aber der Ansicht, daß das, was die beiden nächsten Redner sagen werden, namentlich Molkenbuhr, ein sachlich ganz neues Moment in die Debatte bringen wird. /

Der Schluß-Antrag wird **abgelehnt**.

Molkenbuhr: Ich möchte Bernstein empfehlen, sich einmal in die Lage zurückzuversetzen, in der er sich befand, als er in den achtziger Jahren Redakteur des „Sozialdemokrat" war. (Sehr gut!) Er möge einmal überlegen, wie wohl der Redakteur Bernstein im „Sozialdemokrat" geschrieben haben würde über einen Genossen, der eine solche Taktik verlangt hätte, wie er sie hier empfiehlt. Wäre es ihm möglich, sich 1½ Jahrzehnte zurückzuversetzen, so würde er selbst begreifen, welche Stimmung in weiten Parteikreisen sein ganzes Auftreten notwendigerweise hervorrufen muß (Sehr gut!), da die Zahl derer, die heute so denken und fühlen, wie er damals, in der Partei noch sehr groß ist. (Lebhafte Zustimmung.) Bernstein ist in seinem Vorschlage in Bezug auf die Vizepräsidenten-Frage, wie er sagt, dadurch gekommen, daß er einen Artikel über den Ausfall der Wahl für die „Sozialistischen Monatshefte" schreiben mußte. Ich halte es aber nicht für besonders gut, daß man glaubt, bei jedem neuen Artikel ein neues Projekt empfehlen zu müssen. (Sehr gut!) Und so ist es Bernstein auch bei diesem Artikel gegangen, über den er gar nicht mal Zeit gehabt hat, lange nachzudenken. Es ist ja ein alter Grundsatz, daß den Menschen in einer neuen Situation zuerst immer das allerdümmste einfällt. (Heiterkeit.)

Bernstein überschätzt die Bedeutung eines Sitzes im Präsidium. Wir haben im Reichstage kein kollegiales Präsidium, sondern wir kennen nur einen Präsidenten; dieser leitet die Geschäfte, und der Vizepräsident hat nichts anderes zu tun, als den Präsidenten zu vertreten, und infolgedessen im Sinne des Präsidenten zu handeln. Es ist auch bei der Präsidialführung nicht etwa Usus, daß heute der eine, morgen der andere sitzt. Derjenige Vizepräsident, der sich herausnehmen würde, einmal etwas zu machen, was dem Präsidenten nicht gefällt, würde sofort daran verhindert werden, der Präsident würde ihm die Glocke aus der Hand nehmen, und der selbständige Vizepräsident könnte dann vielleicht unter dem Hurra der Mehrheit abtreten. Das ist nun an sich keine beneidenswerte Stellung. Ueberhaupt ist die Stellung des Vizepräsidenten nur erträglich für

denjenigen, der auch grundsätzlich mit dem Präsidenten übereinstimmt. Ein unglücklicheres Beispiel als den Hinweis auf Büsing konnte Bernstein gar nicht anführen. (Sehr richtig!) Er wies darauf hin, daß Büsing Gegner des Antrags Kardorff und des Zolltarifs war und daß er auch für den Antrag Gröber nicht gestimmt hatte. Aber trotzdem er Gegner der Kardorfferei war, machte er sich zum Werkzeug ihrer Durchführung (Sehr richtig!) und das ist gerade die jämmerliche Rolle, die er zu spielen hatte; die Zeit, wo Büsing auf dem Präsidentenstuhl saß, war die Zeit, wo ein Charakter am Pranger gestanden hat. (Sehr richtig!) Glaubt Bernstein im Ernst, daß, wenn wir damals einen Vizepräsidenten gehabt hätten, dieser sich dazu hergegeben hätte, die Kardorfferei durchzuführen? Nein, aber die Mehrheit wollte die Kardorfferei und deshalb wäre er in demselben Augenblick, wo die Kardorfferei los ging, von seinem Stuhl heruntergerissen. (Sehr richtig!) Der Wert eines Vizepräsidenten in solcher Situation ist also gleich Null. Und wir können ja sogar ein Beispiel aus jener Zeit anführen. Bernstein könnte ja darauf hinweisen, wie schön es wäre, wenn wir in einem solchen Augenblick in der Geschäftsordnungskommission etwas zu sagen hätten; diese hätte eventuell das Präsidium daran hindern können, die Geschäftsordnung zu brechen. Aber dies Beispiel konnte Bernstein nicht anführen, weil Singer damals Vorsitzender der Geschäftsordnungskommission war. Mit dem Augenblick jedoch, wo zum erstenmal die Kommission sich mit diesen Fragen zu beschäftigen hatte, warf Singer den Leuten das Präsidium vor die Füße, weil er die Rechtsbeugung nicht mitmachen wollte. (Bravo!) Ganz genau so wäre es ihm als Vizepräsidenten gegangen.

Es herrscht nun ein weitverbreiteter Glaube, der auch von den Gegnern Bernsteins kolportiert wird, nämlich der Glaube, als bestehe ein Recht darauf, daß die drei größten Parteien das Präsidium führen und daß, wenn etwa bei uns eine Ausnahme gemacht wird, wir dadurch als Abgeordnete zweiter Klasse deklariert würden. Dieser allgemein verbreitete Glaube erhält aber sofort einen Stoß, sobald man einen Blick auf die Geschichte der Präsidien im deutschen Reichstage wirft. Das Recht, daß die größte Partei den Präsidenten, die zweitgrößte den ersten und die drittgrößte den zweiten Vizepräsidenten stellt, ist ein Recht, das lediglich in den Köpfen einzelner Menschen existiert, in Wirklichkeit aber noch nie dagewesen ist, es ist etwas, worauf Ben Akibas Wort nicht zutrifft. In der ersten Legislaturperiode des Reichstages war die nationalliberale Partei die stärkste, die Reichspartei die zweitstärkste, das Centrum die drittstärkste, und trotzdem sehen wir, daß die Nationalliberalen den Präsidenten und zweiten Vizepräsidenten, die Reichspartei den ersten Vizepräsidenten stellte.

In der zweiten Legislaturperiode 1874 hatten die Nationalliberalen 155, das Centrum 91, die Fortschrittspartei 50 und die Reichspartei 36 Mitglieder. Ohne Verschiebungen in der Fraktionsstärke traten erhebliche Aenderungen in der Besetzung des Präsidiums in der Legislaturperiode ein, aber nie wurde dem angeblichen Rechtsgrundsatz Rechnung getragen. In der ersten Session war der nationalliberale Forckenbeck Präsident, das Centrum fiel ganz aus, die Reichspartei als viertstärkste Partei stellte den ersten Vizepräsidenten und die um 14 Mitglieder stärkere Fortschrittspartei den zweiten Vizepräsidenten. In der zweiten Session wurde der Reichsparteiler Hohenlohe durch den Nationalliberalen von Stauffenberg ersetzt, und in der dritten Session wurde auch der Fortschrittler Hänel noch durch v. Venda ersetzt, so daß nun die Nationalliberalen alle drei Präsidentenstellen hatten. In der dritten Legislaturperiode, 1877, hatten die Nationalliberalen 128, das Centrum 93, die Fortschrittspartei 52 und die Reichspartei 38 Mitglieder. Es wurden v. Forckenbeck als Präsident, v. Stauffenberg als erster Vizepräsident und der Reichsparteiler Hohenlohe als zweiter Vizepräsident gewählt. Das Centrum und die Fortschrittspartei als zweit- und drittstärkste Parteien fielen ganz aus. 1878 wurden 99 Nationalliberale,

94 Centrumsmitglieder, 59 Konservative und 57 Reichsparteiler gewählt. Ins Präsidium wurden 2 Nationalliberale und 1 Reichsparteiler gewählt. Das Centrum als zweit- und die Konservativen als drittstärkste Partei fielen aus. Als dann im Mai 1879 v. Forckenbeck und v. Stauffenberg zurück traten, wurden an ihrer Stelle v. Seydewitz (Kons.) und v. Franckenstein (Centrum) gewählt und war nun die stärkste Partei, die Nationalliberalen, gar nicht im Präsidium vertreten. In der letzten Session der Legislaturperiode ging das Präsidium auf den Reichsparteiler v. Arnim-Boitzenburg über und erhielten die Konservativen die Stelle des zweiten Vizepräsidenten. Die Reichspartei, welche nach dem sogenannten Rechtsgrundsatz gar keinen Anspruch auf einen Sitz im Präsidium hatte, war nun an die erste Stelle gerückt. In der folgenden Legislaturperiode 1881 hatte die Fortschrittspartei mit den Sezessionisten zusammen 115 Mitglieder, das Centrum 100, die Konservativen 50 und die Nationalliberalen 47 Mitglieder. Das Präsidium bestand aus Levetzow (Kons.) Präsident v. Franckenstein (Centr.) erster Vizepräsident und Ackermann (Kons.) zweiter Vizepräsident. Erst in der letzten Session erhielt die stärkste Partei, die nun gebildete Freisinnige Partei, die Stelle des zweiten Vizepräsidenten. 1884 wurden 99 Centrumsmitglieder, 78 Konservative und 74 Freisinnige gewählt. Den Präsidenten stellten die Konservativen, den ersten Vizepräsidenten das Centrum und den zweiten Vizepräsidenten die Freisinnigen. Hier stimmte der sogenannte Rechtsgrundsatz soweit, nur das Konservative und Centrum ihre Stellen vertauscht hatten. Das Bild änderte sich aber wieder in dem 1887 gewählten Kartellreichstag. In diesem waren 99 Nationalliberale, 98 Centrumsmitglieder, 80 Konservative und 41 Reichsparteiler. Das Präsidium bestand aus einem konservativen Präsidenten, einem nationalliberalen ersten und einem reichsparteilichen zweiten Vizepräsidenten. Das Centrum als zweitstärkste Partei hatte es abgelehnt, einen Vizepräsidenten zu stellen. 1890 waren 106 Centrumsmitglieder, 76 Freisinnige und 73 Konservative gewählt. Bei der Präsidentenwahl wurde das Bild umgekehrt, indem man der drittstärksten Partei, den Konservativen, die Stelle des ersten Präsidenten gab. 1893 bestand das Centrum aus 96, die Konservativen aus 72, die Nationalliberalen aus 53 und die Freisinnigen aus 48 Mitgliedern. Präsident wurde v. Levetzow (Kons.), erster Vizepräsident von Buol (Centrum), zweiter Vizepräsident Bürklin (Natl.). Als dann am 23. März 1895 v. Levetzow und Bürklin, infolge der Versagung der abgelehnten Bismarckgratulation, ihre Stellen niederlegten, wurden v. Buol Präsident, Schmidt (Freis.) erster Vizepräsident und Spahn (Centr.) zweiter Vizepräsident. Es waren also die zweit- und drittstärkste Partei wieder gar nicht vertreten. In der letzten Legislaturperiode stellten die Nationalliberalen den zweiten Vizepräsidenten, obwohl sie der Stärke nach erst die fünfte Partei waren. Man hat also etwas, was nie da war, als hergebrachten Brauch bezeichnet.

Nun fragt es sich, welche Grundsätze denn eigentlich bei der Besetzung des Präsidiums maßgebend gewesen sind. Um diese Grundsätze zu erkennen, müssen wir die Gründe untersuchen, aus denen die einzelnen Präsidenten zurückgetreten sind, oder aus denen stärkere Parteien sich nicht am Präsidium beteiligt haben. Warum traten die Nationalliberalen 1879 zurück? Es war damals ein Umschwung in der Zollpolitik eingetreten, der Zolltarif wurde beraten, und als bei einer Reihe von namentlichen Abstimmungen der damalige Präsident Forckenbeck in der Minorität geblieben war, legte er infolge der Meinungsverschiedenheit mit der Mehrheit und „aus Gesundheitsrücksichten", wie es in dem an den Reichstag gerichteten Schreiben heißt, sein Amt nieder. Auch der erste Vizepräsident Stauffenberg wurde plötzlich krank und erklärte, aus Gesundheitsrücksichten nicht länger das Präsidium behalten zu können. (Heiterkeit.) Er hatte die übliche Ministerkrankheit. In Wirklichkeit waren es natürlich die politischen Gegensätze, die ihn veranlaßten, vom Präsidium zurückzutreten. An ihrer Stelle wurden keine

Nationalliberalen gewählt, sondern der Konservative v. Seydewitz wurde Präsident und v. Franckenstein erster Vizepräsident. Wären die Nationalliberalen noch so, wie seiner Zeit v. Forckenbeck und Stauffenberg, so hätte Büsing nicht das machen können, was er mitgemacht hat. (Sehr wahr!) Weiter! 1887 wurde der Reichstag infolge der Ablehnung der Militärvorlage aufgelöst, und es gelang, einen Kartell-Reichstag zusammenzubringen. Damals wurde der Konservative v. Wedell Präsident, der Nationalliberale Dr. Buhl erster und der Reichsparteiler Dr. Unruh zweiter Vizepräsident. Das Centrum hatte es abgelehnt im Kartell-Reichstag im Präsidium zu sitzen. Glaubt Bernstein, daß die Gegensätze zwischen uns und der Politik der herrschenden Klassen weniger scharf sind, als die Gegensätze waren, in denen Forckenbeck und Stauffenberg sich 1879 zur Mehrheit befanden? Oder daß sie weniger schroff sind, als die Gegensätze zwischen Regierung und Centrum im Jahre 1887? Diese Frage wird Bernstein verneinen müssen. Soviel Taktgefühl sollten wir jederzeit haben, um zu sagen, daß wir nicht einen Mann aus unsren Reihen dazu zwingen, regelmäßig Vorlagen als angenommen zu erklären, gegen die er und die Fraktion stimmen. Schon das ist für uns Grund genug, den Eintritt ins Präsidium abzulehnen. Und damit scheiden alle Fragen, ob man Eskarpins oder ob man blauen Frack mit blanken Knöpfen tragen soll usw. aus. Dazu kommt noch: Wir könnten einen Präsidenten nur bekommen durch die Gnade der Mehrheitsparteien. Aber daran werden wir nicht appellieren. Am allerwenigsten in dem Augenblick, wo wir infolge unsrer Stärke das, was wir wollen, fordern können. Alle diese Fragen scheiden vollkommen aus, und nur, weil Bernstein in seinem Artikel eine falsche historische Darstellung gegeben hat, ist der Streit um so nebensächliche Fragen entstanden. Wenn Bernstein sich das überlegt, so wird auch er zu der Ansicht kommen, daß es besser gewesen wäre, seinen Artikel nicht in der Julinummer der „Sozialistischen Monatshefte" zu veröffentlichen, sondern die Frage erst noch länger zu prüfen. Und wenn er die Frage etwas näher geprüft hätte, dann glaube ich, hätte er das Manuskript in seinem Schreibpult liegen lassen. Aber leider steht er auch heute noch auf dem in dem Artikel vertretenen Standpunkt.

Bei der sachlich völligen Uebereinstimmung, in der ich mich mit Bebel befinde, bin ich trotzdem genötigt, auf einige seiner Aeußerungen einzugehen, die ich für bedenklich halte. Bebel sagt, wenn er etwas schreibt, so überlegt er es sich vorher. Nun zu dem, was Bebel geschrieben hat, gehört auch der Vorwurf des Komödienspiels in der Sozialdemokratie. Als ich dies Wort in seiner Erklärung las, da war es mir, als wenn ich plötzlich eine Ohrfeige bekäme. (Bebel: Eine recht unerwartete!) Ja, und dazu, daß sie mir unerwartet kam, hat Bebel die meiste Veranlassung gegeben. Als ich zuletzt vor der Wahl mit Bebel zusammen war, in Elberfeld, da kündete mein Hauptgegenkandidat eine Versammlung über das Thema: „Das Komödienspiel in der Sozialdemokratie" an. (Hört! hört!) Als das Bebel mitgeteilt wurde, war er ganz aufgebracht über eine solch freche Beschimpfung. (Heiterkeit.) Er meinte, meinem Gegner müßte gründlich zugesetzt werden. Ich bin allerdings nicht in die angekündigte Versammlung gegangen, aber im Kreise habe ich ihm gehörig zugesetzt. (Bebel: Das war auch ganz recht!) Da können Sie sich denken, welchen Eindruck das Wort Bebels vom Komödienspiel auf mich machte. Ferner bestreite ich ganz den Ausspruch Bebels, daß wir nie so uneinig gewesen sind wie gerade jetzt. Dieser Ausspruch hat mich auch ein wenig in Erstaunen gesetzt. (Sehr richtig!) Das Wort, daß wir nie so uneinig gewesen wären, wie gerade jetzt, ist ja nicht zum erstenmal aus Bebels Mund gefallen. Ich erinnere mich noch ganz deutlich desselben Ausspruchs in St. Gallen. Ich behaupte aber, daß das nicht zutrifft. Ich möchte nur ein paar Hinweise geben. Im Jahre 1876 nach der Vereinigung mußte der Parteitag den ersten Taktikbeschluß fassen, der mitveranlaßt war durch eine Abstimmung Bebels im Reichstag. Wir Ottenseer

hatten beantragen müssen, daß die Fraktion im Reichstag immer geschlossen auftreten solle, und bei der Abstimmung über unsern Antrag stimmten sämtliche Mitglieder des ehemaligen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins mit drei Ausnahmen geschlossen auf der einen Seite, und ihnen schloß sich Most an, während auf der andern Seite geschlossen die Eisenacher standen. Das war ein bedauerlicher Spalt, der damals innerhalb der Partei vorhanden war. Auch 1877 waren prinzipielle Gegensätze in der Partei vorhanden. Damals erschien die Engelssche Schrift: „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft". Sie war ein Ergebnis nicht des theoretischen Spintisierens, sondern sie wendete sich gegen eine Richtung in der Partei. Dühring hatte damals einen starken Anhang in der Partei, besonders bei den Genossen in der „Berliner Freien Presse". Dühringianer waren damals Fritzsche und Most (Bebel: Auch Bernstein!) Wie tiefgehend damals die Meinungsverschiedenheiten waren, davon legt die Schrift von Friedrich Engels Zeugnis ab. Auf dem Kongreß in Wyden war der Streit mit Hasselmann und Most, der mit ihrem Ausschluß endete. Es kam der Kongreß von Kopenhagen, der sich mit den Zahmen in der Partei beschäftigte und Rittinghausen ausschloß. Dasselbe gilt für den Kongreß von St. Gallen. Dort sagte Bebel: „er freue sich, daß die Fraktion nicht mehr so stark wie früher sei, daß nicht mehr 24 darin sitzen, die parlamenteln und sich auf jeden Antrag einlassen; es sei gut, daß es nur zwölf seien, die in revolutionärem Sinne arbeiten könnten." (Hört! hört!) Damals standen sich der ultraradikale Flügel und der opportunistische Flügel gegenüber. Es drehte sich der Streit um die Frage der Dampfersubvention und der ganzen Beteiligung am Parlamentarismus. An der Spitze der Gemäßigten standen Dietz, Max Kayser und Hasenclever. Gegen diese richtete sich der Bebelsche Angriff, der schließlich zum Ganzausschluß von Viereck und zum halben Ausschluß von Geiser führte. In Halle kämpfte man gegen die Jungen und gegen Vollmar. Dasselbe war in Erfurt der Fall. Nur daß Vollmar jetzt gemäßigt war. In Frankfurt stritten wir uns um die Bayernfrage und die Stegmüllerei; in Breslau war es die Agrarfrage, aber Bebel stand damals auf der rechten Seite. (Hört, hört!) In Hamburg war es Bebel, dem die Berliner vorwarfen, daß er nicht genügend revolutionär sei. Dann nahm die Bernstein-Debatte ihren Anfang, die bis jetzt immer reichliches Material zu dem Zwist geliefert hat, den wir nun einmal haben müssen. Was sind nun eigentlich die Revisionisten? Gerade gegenwärtig ist nach meiner Ueberzeugung die Partei so einig, wie nie zuvor. (Lebhafte Zustimmung.) Bei der Bekämpfung des Wuchertarifs und im Wahlkampf ist das deutlich zutage getreten, wenn wir so zerrissen wären, wie Bebel sagt, wie wäre es da gelungen, zu jenem gewaltigen Protest und Sieg am 16. Juni zu gelangen. (Lebhafter Beifall.) Und gerade weil wir so geschlossen waren, wie nie zuvor, hat das Hineinwerfen eines Streitgegenstandes so gewaltige Erregung hervorgerufen. Deshalb war der Ausbruch so elementar. Die Erregung war nicht eine Folge vorangegangener Uneinigkeit, darin irrt Bebel. Wenn man sich über tausenderlei verschiedene Dinge zu streiten hätte, dann würde die Vizepräsidenten-Frage einen Tag lang studiert worden sein, und man hätte sich dann über die andren Dinge weiter gestritten, aber weil jeder Streitgegenstand sonst fehlt, wurde der hineingeworfene Knochen von allen Seiten gepackt. (Sehr richtig!) Die Genossen, die als Revisionisten bezeichnet werden, geben den Projektmachern, die wir in vielen Orten haben, Stoff, alle möglichen Vorschläge als Revisionismus auszugeben und damit örtliche Streitigkeiten zu veranlassen. Jeder Projektenmacher tritt als Revisionist auf und beruft sich darauf: ja, die Revision ist ja schon vorhanden. Darüber haben sich die Genossen lange geärgert, aber der Kampf gegen die Brotwucherer führte zur Einigkeit. Die alten Stänkereien, die die Versammlungen angeödet und leer gemacht hatten, verschwanden, und da kommt der Vorschlag Bernsteins und ruft den stärksten

Ausbruch der Entrüstung gegen die Projektenmacherei hervor, die wir erlebt haben. Wenn auch nicht überall klar erkannt, so wurde es doch instinktiv empfunden, daß dieser Vorschlag eine vollständige Revision der Grundsätze und der Taktik der Partei voraussetzt. (Sehr richtig!) Das Wort Hofgängerei ist hingeworfen worden, ein wunderbar schönes Wort. Unter Hofgänger versteht man die Dienstboten der Tagelöhner, die unter der mecklenburgischen Leibeigenschaft leben. (Heiterkeit.) Daß an und für sich nicht gegen bestimmte Formen gewettert zu werden braucht, ist ja klar, denn es ist die Möglichkeit vorhanden, daß ein Sozialdemokrat zu Hof gehen muß, weil er sich nicht weigern kann, will er nicht sein Mandat verlieren. (Hört! hört!) In § 68 der Geschäftsordnung des Reichstages steht, daß wenn dem Kaiser eine Adresse durch Deputierte überreicht werden soll, der Präsident die Zahl der Deputierten bestimmt, und daß das Los sie bezeichnet. Bisher waren solche Adressen nicht Usus, aber es kann kommen, daß der Reichstag das Bedürfnis fühlt, den Ansichten des Kaisers in Form einer Adresse zu widersprechen. Man denke an einen ähnlichen Fall, wie bei der Aeußerung des Kaisers über die Ablehnung der Bismarck-Ehrung durch den Reichstag. Damals gab man keine Antwort, aber man kann in ähnlichen Fällen eine Antwort geben wollen. Wenn einer unsrer Leute durch das Los bestimmt wird, die Meinung des Reichstags dem Kaiser ins Haus zu bringen, so kann er sich nicht drücken, wenn er sein Mandat nicht verlieren will. Also auch schon jetzt ist ein Gehen zu Hofe nicht ausgeschlossen. Ich glaube aber auch weiter, daß die Sozialdemokratie in die Lage kommen kann, den Posten als Präsident zu übernehmen und zwar eher, als wir in der Majorität im Reichstage sind. (Hört! hört!) Es mag das nicht wahrscheinlich sein, aber es ist nicht unmöglich. Nehmen wir an, daß die Junkerei die Regierung in die Klemme bringt, daß die Interessen der Großindustrie durch das Junkertum so verletzt werden, daß diese Großindustrie unter allen Umständen den Abschluß von Handelsverträgen verlangt. Nehmen wir also an, es kommt ein bestimmter Handelsvertrag, der vollständig den Wuchertarif aufhebt, und nehmen wir weiter an, daß die agrarische Reichstagsmajorität diesen Handelsvertrag ablehnt und Auflösung des Reichstages erfolgt, dann würden die Neuwahlen auf Grund einer bestimmten Parole, auf Grund des Handelsvertrages stattfinden. Und nehmen wir dann an, daß eine handelsvertragsfreundliche Mehrheit gewählt wird. Glaubt, Parteigenossen, dann wird Ballestrem ebensowenig an dem Platze bleiben, als es Forckenbeck 1879 geblieben ist.

Dann hat die handelsvertragsfreundliche Mehrheit die Geschäfte zu übernehmen. (Hört! hört! und Bewegung.) In diese Rolle einer Regierungspartei sind wir schon gekommen. So bei dem Handelsvertrag mit Rußland, wo wir geschlossen für den Vertrag gestimmt haben und eigentliche Regierungspartei waren. Derartige Situationen können sich wiederholen. Es ist daher bedenklich, wenn wir uns durch eine solche Resolution festlegen. Ich halte die vorgeschlagene Resolution in ihrem ersten und zweiten Teile für sehr bedenklich, weil wir damit unsre Taktik nicht von der eignen Entschließung abhängig machen, sondern von dem Entschlusse andrer Leute. Die Resolution spricht von den durch die Geschäftsordnung gebotenen Pflichten. Was kann aber nicht alles geboten werden? Auch das haben wir nicht in der Hand. Es ist ein Unding, unser Tun und Lassen abhängig machen zu wollen von dem, was in der Geschäftsordnung des Reichstags steht. (Vielfache Rufe: Sehr richtig!) Wir müssen frei entscheiden dürfen, was wir tun wollen. (Erneute Zustimmung.) Was steht in der Geschäftsordnung? Der Präsident des Reichstags — und in seiner Vertretung der Vizepräsident natürlich — hat die Vertretung des Reichstags nach außen zu übernehmen. Unter dieser Vertretung nach außen aber kann nichts andres verstanden werden als was man bisher darunter verstanden hat. Sollten aber Zweifel entstehen, was bisher Gebrauch war, dann kann die Mehrheit in

die Geschäftsordnung des Reichstags alles hineinsetzen, was sie will, sie kann die Vertretung nach außen bestimmt deklarieren. Zu dem bisher Gebräuchlichen gehörte die Anmeldung der Konstituierung des Reichstages und der Wahl des Präsidiums beim Kaiser, die Teilnahme an Kaisers Geburtstag und an Hoffestlichkeiten und die Teilnahme an Ministersoireen. Man kann aber auch in die Geschäftsordnung weiter hineinsetzen, daß hierbei die Vorschriften des Hofmarschallamtes von den Präsidenten zu beachten sind. Damit würden wir also durch diese unsre Resolution abhängig werden nicht nur von den Beschlüssen der Mehrheit, sondern auch von Befehlen des Hofmarschallamtes. Ich halte es für richtig, den ganzen ersten Absatz in Wegfall zu bringen. Was darin steht, ist vollkommen überflüssig. Die Fraktion wird schon wissen zu tun, was nötig ist. Sollte das Mißtrauen gegen die Fraktion aber so groß sein, daß man nicht glaubt, die Fraktion werde so beschließen, wie es der Wille der Mehrheit unsrer Partei ist, dann kann man ja die Teilnahme am Präsidium abhängig machen davon, daß die Dreiviertelmehrheit oder die Achtneuntelmehrheit in der Fraktion dafür ist, oder auch daß ein solcher Beschluß einstimmig von der Fraktion gefaßt werden muß. Einer wird doch wohl in der Fraktion sein, der so denkt wie die Mehrheit. Aber machen wir auf keinen Fall unsre Entscheidungen abhängig von Dingen, auf die wir keinen Einfluß haben. (Sehr richtig!) Dabei will ich im Vorübergehen eins konstatieren: Bebel hat sich geirrt, als er behauptete, daß die sozialdemokratische Fraktion die neue Taktik, nämlich bestimmte Gesetze nicht ohne weiteres abzulehnen, nur mit 14 gegen 13 Stimmen gefaßt hat. Die Abstimmung innerhalb der Fraktion über diese Frage entstand beim Invaliditätsgesetz. Es ist mit großer Mehrheit beschlossen worden, für das Invaliditätsgesetz zu stimmen, so daß man durchaus nicht von einer Zufallsmehrheit sprechen kann. (Hört! hört!) Dann aber will ich nochmals konstatieren, es ist in der Fraktion durchaus nicht immer so, daß auf der einen Seite die sogenannten Revisionisten und auf der andren Seite die Nicht-Revisionisten stehen. In einer der letzten Fraktionssitzungen ist z. B. ein Antrag Bebel, wonach wir die Abänderung des § 175 R.-Str.-Ges.-B. verlangen sollten, als nicht den Parteigrundsätzen entsprechend abgelehnt. Er wollte diese Forderung zu einer Parteisache machen und gerade der sogenannte Revisionist Heine hat diesen Antrag aufs schärfste bekämpft. Da gilt es: „Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht". Ich halte es für überflüssig, daß die Resolution angenommen wird, weil ich mir sage, die Partei will die bisher befolgte Taktik innehalten. Durch die Annahme der Resolution schütten wir Wasser auf die Mühle der sogenannten Revisionisten, die da sagen werden, der Parteitag erkennt an, daß die alten Beschlüsse über die Taktik nicht mehr ausreichen. Am liebsten wäre mir eine motivierte Tagesordnung, worin einfach erklärt wird, wir lehnen es ab, die bisherige Taktik der Partei zu ändern. Die bisherige Taktik der Partei, die uns zu Erfolgen geführt hat, sie wird uns auch weitere Erfolge bringen. (Lebhafter Beifall.)

Singer erklärt den Wahlakt für den Vorstand und die Kontrolleure für geschlossen. Er teilt mit, daß zu der Erklärung der Posener Genossen Rosa Luxemburg folgende Gegenerklärung giebt:

„Bezugnehmend auf die Einsendung aus Posen habe ich meinerseits hier zu erklären, daß, da es auf dem Parteitage unmöglich ist, den Sachverhalt, der dieser Quertreiberei zu Grunde liegt, auseinanderzusetzen, ich nächstens in der Presse Gelegenheit nehmen werde, es in ausführlicher Weise zu tun."

Weiter ist folgendes Amendement zur Resolution 130 eingelaufen, derselben am Schluß folgenden Passus hinzuzufügen:

„Der Parteitag erwartet vor allem, daß als Hauptaufgabe in der nächsten Zeit die Agitation draußen im Lande betrachtet wird, die darauf gerichtet werden soll, das gewaltige Wachstum der Partei in die Breite, das sie in den letzten

Reichstagswahlen erfahren hat, durch eine entsprechende Vertiefung der sozialistischen Erkenntnis und Schulung der neu gewonnenen Kräfte zu ergänzen."

Der Antrag auf Schluß der Diskussion wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen.

Zur Geschäftsordnung erklärt

Bebel: Zu der von uns eingebrachten Resolution 130 liegen eine Reihe von Amendements vor, so daß mehrfach der Wunsch laut geworden ist, daß ich kurz erkläre, wie die Antragsteller der Resolution zu den Amendements stehen. Irgend ein Wort der Motivierung hinzuzufügen ist mir natürlich nicht möglich. Was den Absatz 1 betrifft, so haben wir ja gestern mitgeteilt, daß der erste Antrag durch Nr. 140 eine andre Fassung erhalten hat.

Im weiteren beantragen Stadthagen und Genossen die Worte „oder der Geschäftsordnung" in Absatz 1 zu streichen. Ich kann keine Erklärung über unsre Stellung zu diesem Antrage abgeben, da ich mich mit den Mitantragstellern der Resolution nicht verständigt habe. Den Antrag Legien, Nr. 141 das Wort „Revisionisten" zu streichen, können wir uns nicht entschließen, zu akzeptieren; dagegen haben wir gegen den weiteren Antrag Legiens nichts einzuwenden, das Wort „Weltpolitik" durch „Weltmachtspolitik" zu ersetzen. Den ferneren Antrag Legien sind wir bereit anzunehmen, weil er die Lücken ergänzt, auf die schon der Antrag Timm und andre Anträge hinweisen, die uns eine ganze Reihen von Aufgaben übergeben sehen möchten. Der Antrag 143 Wurm und Genossen erklären wir zu akzeptieren.

Legien: Mir ist es durch den Schluß der Diskussion unmöglich geworden, meinen Antrag näher zu begründen, ich bin aber überzeugt davon, wenn es mir möglich gewesen wäre, dies zu tun, wäre er angenommen worden. Nachdem Bebel außerhalb der Diskussion sich gegen meinen Antrag gewandt hat.

Singer: Bebel hat nicht gegen Ihren Antrag gesprochen, sondern nur erklärt, daß die Antragsteller ihn nicht akzeptieren.

Legien: Nachdem Bebel außerhalb der Diskussion sich gegen meinen Antrag gewendet hat, kann ich nur mein Bedauern aussprechen, daß das Wort „Revisionismus" hier parteiöffentlich gestempelt wird. Ich kenne das Wort in der Partei nicht. (Sehr richtig!)

Singer: Das ist nicht mehr zur Geschäftsordnung.

Bevor zu den persönlichen Bemerkungen übergegangen wird, erklärt

Singer: Bebel beabsichtigt hierbei auf einen Gegenstand, der gestern diskutiert worden ist, zurückzugreifen. Persönliche Bemerkungen dürfen sich im allgemeinen aber nur auf den Tag beziehen, wo die Aeußerungen gefallen sind, die sie hervorrufen; ein Grund zum Abweichen wird aber im Fall Bebel dadurch gegeben, weil er mit Recht der Ansicht sein konnte, daß diese Debatte durch Schlußworte von ihm und Vollmar beendet werden sollte. Das ist nicht der Fall und deshalb nehme ich keinen Anstand, Bebels Wunsch zu gewähren.

Bebel: Ich habe in meiner vorgestrigen Rede auf die Stelle von Eisner am „Vorwärts" Bezug genommen, und Eisner sagte mir dann sofort: „Sie haben mir zwar nach verschiedenen Richtungen hin große Komplimente gemacht, aber auf der andren Seite mich so schwer angegriffen, daß ich Sie dringend ersuchen muß, diese Ihre Angriffe in einer Form zu deklarieren, die ich von meinem Standpunkte aus als durchaus befriedigend ansehen kann." Ich erwiderte ihm: „Sobald die Rede vorliegt und nach meiner Ansicht Ihre Auffassung eine richtige sein sollte, bin ich gern bereit, Ihnen die gewünschte Erklärung zu geben." Nachdem ich nun den Bericht des „Vorwärts" gelesen habe, sehe ich ein, daß Eisner sich durch meine Worte verletzt fühlen konnte, insbesondere durch das Wort, daß es ihm verwehrt sein solle, für einen bestimmten Teil des „Vorwärts" zu schreiben. Diese Befürchtung von Eisner ist aber unbegründet. Es ist ganz ausgeschlossen, daß irgend einem Genossen, sowohl im

„Vorwärts" wie außerhalb, verwehrt werden soll, in parteitaktischen oder programmatischen Fragen das Wort zu ergreifen. Ich hatte vielmehr die Absicht, durch den Parteitag feststellen zu lassen, wie künftig gegenüber den Streitigkeiten in der Partei und den Kritiken der gegnerischen Presse über die Partei, verfahren werden soll, und darauf will ich hier auf dem Parteitag nicht näher eingehen. Ich trage mich aber mit der Absicht, in Berlin bei den zuständigen Instanzen zu beantragen, daß ein bestimmter Genosse für diesen Teil verantwortlich sein solle, und hierfür dürfte Eisner, nach seiner ganzen Qualifikation, die ja eine viel bedeutendere ist, nicht in Frage kommen. Es hat mir fern gelegen, aussprechen zu wollen, daß Eisner oder einem andern Redakteur des „Vorwärts" das Recht beschnitten werden dürfe, im „Vorwärts" seine Anschauungen über Parteitaktik zu entwickeln. (Sehr richtig!) Eine Zurücksetzung von Eisner, wie er sie aus meinen Worten herauslesen konnte, habe ich nicht beabsichtigt. — Es ist mir dann von Vollmar unterstellt worden, ich hätte auf dem Kölner Parteitage die Gewerkschaftsführer angegriffen, weil sie an einer Beratung über die Gründung paritätischer Arbeitsnachweise von bürgerlicher Seite teilgenommen hätten, während ich selbst später in Zürich einem Kongreß dieser Art beigewohnt hätte. Da ist Vollmar ein starker Irrtum unterlaufen. Im ersten Falle handelte es sich um eine private Konferenz; 1897 dagegen um einen Kongreß für Arbeiter-Schutzmaßregeln, auf dem die bürgerlichen Parteien vertreten waren. Weiter hat Vollmar gesagt, auch ich hätte die frühere, negierende Haltung gegenüber der Versicherungsgesetzgebung aufgegeben. Dem gegenüber konstatiere ich, daß nach meiner Auffassung die Stellung der Fraktion zu den Versicherungsgesetzen jetzt, wo es sich um eine Verbesserung dieser Gesetze handelt, eine ganz andre ist als damals, als es sich um die Grundlagen handelte und wir alle Ursache hatten, die ungenügenden Grundlagen zu bekämpfen. Vollmar hat weiter Aeußerungen aus einem Artikel des „Züricher Sozialdemokrat" vom 28. Oktober 1886 über die Beteiligung an der bayrischen Landtagswahl verlesen und gemeint, der Artikel rühre von mir her. Der Artikel ist von mir nicht unterschrieben, ich kann mich auch nicht entsinnen, ihn geschrieben zu haben, kann allerdings auch nicht das Gegenteil behaupten. — Was sodann die Aeußerung Vollmars bezüglich meiner Stellung zur Haltung der bayrischen Landtags-Fraktion in der Wahlrechts-Frage betrifft, so will ich nicht bestreiten, daß Vollmar meine Aeußerungen — es handelt sich allerdings um ein Privatgespräch — dem Sinne nach richtig wiedergegeben hat. Ich habe aber nicht nur mit ihm, sondern auch mit Ehrhart in München darüber gesprochen. Ehrhart sagte: „Na, Du hast ja den großen Kampf, den Du gegen uns angekündigt hast, nicht unternommen." Ich erwiderte: „Ihr irrt Euch; in meinem Artikel steht nichts davon, daß ich in der Hauptstadt des Landes, angesichts der Gegner die Sache zur Sprache bringen werde. Das halte ich in Eurem Interesse und in dem der Gesamtpartei für schädlich. (Ehrhart: Das war sehr liebenswürdig!) Das ist mir ganz egal. Ich habe in dem Gespräch noch hinzugefügt: Ja, wenn Ihr auf solche Debatte so erpicht waret, so konntet Ihr sie ja provozieren. (Sehr richtig!) Das habt Ihr aber nicht getan, jedenfalls aus denselben Motiven, aus denen ich es unterlassen habe. Sodann hat Vollmar einen Satz aus meiner Etatsrede im Reichstage verlesen; er hat es aber unterlassen, weiter zu lesen. Hätte er das getan, so wäre er unmöglich zu seinen Schlußfolgerungen gekommen. Ich sagte mit Bezug auf das Programm des Kanzlers: „Gewiß, ein sehr schönes Programm! Und wenn der Herr Reichskanzler seine sehr einflußreiche Stellung benutzen will, um dies zu verwirklichen, so wird er an uns seine besten und treuesten Bundesgenossen finden!" Diesen Satz hat Vollmar verlesen, aber nicht den folgenden Satz: „Aber das wird ihm sehr schwer, wenn nicht unmöglich sein. Er kann viel tun in der Richtung, die ich soeben angedeutet habe, aber, Herr Reichskanzler,

in der Richtung, die Sie gestern andeuteten, direkt für den sozialen Aufschwung zu arbeiten, damit immer mehr Individuen in die wohlhabenden Schichten der Bevölkerung gelangen, das wird Ihnen nicht möglich sein, da steht das Wesen und die Natur der bürgerlichen Gesellschaft Ihnen entgegen." (Sehr gut!) Wäre dieser Satz mitzitiert worden, der in engster Verbindung mit dem Vordersatz steht, dann wäre der Eindruck meiner Rede ein ganz andrer und die Kritik von Vollmar ganz unmöglich gewesen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich hätte noch viele persönliche Bemerkungen gegen Vollmar zu machen, will das aber unterlassen mit Rücksicht auf die Geschäftslage und auch, weil ich überzeugt bin, daß die Leser reif genug sind, beide Reden würdigen zu können. Nur noch ein Wort gegen Auer! Er hat einen Brief, den ich vor 30 Jahren aus dem Gefängnis an Liebknecht geschrieben habe, zitiert. Vor ein paar Tagen sagte er, er habe die letzten Briefe von mir nicht gelesen, sondern beiseite gelegt. Das nehme ich ihm nicht übel, das ist seine Sache. Aber gewundert habe ich mich, daß jemand, der jetzt keine Zeit hat zwei Briefe von zwei bis drei Seiten innerhalb vierzehn Tage zu lesen, einen achtzehn Seiten langen Brief, der vor dreißig Jahren geschrieben ist, durchlesen kann (Sehr richtig!), um diesen zur Bekämpfung meiner Person und meiner Auffassung zu benutzen. Auer bemerkte, der betreffende Brief sei ein Kassiber. Das ist nicht richtig. Der Brief ist durch die Hände und die Kontrolle des Direktors des Gefängnisses gegangen. (Hört! hört!) Wenn der Brief nicht das Imprimatur des Direktors trägt, so vielleicht, weil das Kuvert verloren gegangen ist oder weil der Herr mit Rücksicht auf meine Stellung — ich war damals Reichstags-Abgeordneter und auch in Sachsen läßt man in einem solchen Falle noch eine gewisse Höflichkeit gelten — sich sagte: Dem willst du nicht den Gefängnisstempel aufdrücken. Also der Brief ist durch die Hände des Direktors gegangen und von ihm gelesen worden. Ich weiß das genau, denn ein paar Tage später kam der Direktor, wie so oft während meiner Haft zu mir, und wir sprachen da sowohl über diesen Brief, wie über eine Reihe andrer Briefe, die ich geschrieben hatte. Es war eine Diskussion politischer Art, so lebhaft, daß ich meinem Temperament entsprechend etwas sehr laut sprach, und da sagte mir der Direktor: Herr Bebel, pst, pst, rechts und links haben wir Nachbarn. (Heiterkeit.)

Heine: Ich bin mir nicht klar, wo ich mit der persönlichen Bemerkung beginnen darf. Habe ich den Genossen Singer richtig verstanden, so will er wohl nur persönliche Bemerkungen gestatten, die sich an das halten, was in der heutigen Nachmittags-Sitzung gesagt ist. Ist das der Fall, dann verzichte ich. Ich habe geglaubt, daß man mir ebenso wie Bebel gestatten würde, persönliche Bemerkungen zu machen, zur Aufklärung von Irrtümern über das, was ich gesagt habe oder gesagt haben soll, soweit es sich auf diesen Gegenstand der Debatte bezieht. Ich habe heute früh mit Singer darüber gesprochen, er hat mich nicht darauf aufmerksam gemacht, daß ich meine Ausführungen einzuschränken hätte. Ich bitte mir dieselbe Redefreiheit zu gewähren, wie Bebel. Wenn aber der Parteitag das nicht für zulässig hält, dann werde ich aufs Wort verzichten.

Singer: Ich habe ausgeführt, aus welchem Grunde es erwünscht ist, daß der Parteitag Bebel gegenüber von dem Gebrauch bei persönlichen Bemerkungen absieht und ihm gestattet, auch auf Aeußerungen von gestern einzugehen. Das trifft bei Heine nicht zu. Es konnte nie die Rede davon sein, daß Heine etwa das Schlußwort bekäme. Ich habe nichts dagegen, daß Heine seine persönlichen Bemerkungen auf die heutige Vormittags-Sitzung ausdehnt, weil ja in der Nachmittags-Sitzung eigentlich nichts gesagt ist, was ihm zu einer persönlichen Bemerkung Anlaß geben könnte. Indessen, wenn der Parteitag beschließt, die persönlichen Bemerkungen auf die ganze Diskussion auszudehnen, nun, ich habe Zeit. Aber das wäre etwas Ungewöhnliches. Man kann so etwa höchstens in Ausnahmefällen machen. Den Grundsatz jedoch darf man nicht über den

Haufen werfen. Was die Verhandlungen zwischen Heine und mir betrifft, so bezogen sich diese Verhandlungen auf einen Antrag, in dem Heine persönlich genannt ist. Ich bin mit ihm übereingekommen, vorzuschlagen, daß dieser Antrag, der mit dem Wortlaut unsrer Resolution nichts zu tun hat, besonders verhandelt wird. Als ich ihm sagte, daß er darüber keine persönliche Bemerkung zu machen brauchte, zog er seine Wortmeldung zurück. Will Heine einen Beschluß des Parteitages im Sinne seines Wunsches herbeiführen, so bin ich bereit dazu, aber ich meine, wir haben keine Veranlassung, außer der einen Ausnahme, die wir bei Bebel gemacht haben, und die natürlich auch auf Vollmar zutrifft, noch weitere Ausnahmen zu machen.

Heine: Da mir der Vorsitzende die Erlaubnis zu geben scheint, auf die Vormittags-Sitzung zurückzugreifen, so will ich einen weiteren Beschluß nicht herbeiführen. Ich werde mich deshalb nicht mit dem beschäftigen, was Bebel über mich gesagt hat, sondern was Kautsky heute früh ausführte. Kautsky spricht durchweg allgemein von den Revisionisten und nach dem ganzen Gang der Debatte besteht kein Zweifel, daß man mich darunter mitversteht. Kautsky hat gesagt, alle deutschen Revisionisten hätten sich für Millerand ausgesprochen. In einer Versammlung vom 29. Juli dieses Jahres habe ich laut Bericht des „Vorwärts" gesagt: „Freilich solle das nicht bedeuten, daß die Politik der französischen Genossen nach Deutschland verpflanzt werden solle, wo alle Voraussetzungen dafür fehlten, und ich habe weiter erklärt, daß ich auch in Frankreich dies Experiment für die französischen Genossen für schädlich gehalten habe. Die Behauptung, daß alle Revisionisten, worunter auch ich einbegriffen bin, obwohl ich selbst diesen Ausdruck niemals gebraucht habe, sich für Millerand ausgesprochen hätten, trifft also, soweit meine Person in Betracht kommt, nicht zu. Weiter hat Kautsky erklärt, daß die Revisionisten sich durchweg identifizierten mit den Auslassungen von Bernstein in seinem Buch über die Voraussetzungen des Sozialismus. Kautsky hat einige Stellen aus Bernsteins Schrift verlesen. Er hat aber nicht mitgeteilt, daß diese Stellen fast ausnahmslos dieselben sind, gegen die ich bereits öffentlich Verwahrung eingelegt habe. Ich habe zu jeder Zeit protestiert gegen die Identifizierung meiner politischen Auffassung mit der von Bernstein. Ich habe auf Seite 424 der „Sozialistischen Monatshefte" 1902 ausgeführt: „Wie ich schon bei andrer Gelegenheit gesagt habe, legen wir sogenannten Bernsteinianer Wert darauf, nicht eine kompakte Masse von Gläubigen eines Bernsteinschen Dogmas zu sein, sondern wir meinen, daß die Lebensfähigkeit der Sozialdemokratie durch möglichste Freiheit individueller Auffassungen verbürgt werde." Und in Lübeck habe ich laut Protokoll gesagt: „Sie sehen, so sehr ich Bernstein in vielen Punkten recht gebe, so sehr ich ihn schätze, Bernstein und ich bilden keine Versicherung auf Gegenseitigkeit zu Lobeserhebungen, so daß wir in den uns zur Verfügung stehenden Blättern uns erzählten, was für vorzügliche Kerle wir wären und wie prächtig wieder unsre letzte Arbeit geraten sei. (Heiterkeit!) Nein, wir bilden keine geschlossene Masse, jeder nimmt sich das unbedingte Recht der Kritik heraus." Weiter hat Kautsky gesagt, die Revisionisten gäben das Prinzip des Klassenkampfes auf, und er hat zum Beweise dafür ein paar Stellen aus Bernsteins „Voraussetzungen des Sozialismus" vorgelesen. Ich kann Bernstein im Rahmen dieser Bemerkung nicht rechtfertigen, sondern kann nur sagen, was ich selbst darüber geschrieben habe. Im Oktober 1899 schrieb ich in den „Sozialistischen Monatsheften": „Dagegen scheinen mir alle diese Umstände nicht den Ausdruck Bernsteins zu rechtfertigen, daß die kapitalistische Entwicklung von der Zunahme der Kapitalisten aller Grade begleitet sei, und ebensowenig widerlegen sie die Tatsache der fortschreitenden Proletarisierung der Mittelklassen. Wie ich mich in dieser Beziehung Bernsteins Ansichten über den allgemeinen Gang der Entwicklung nicht anschließen kann, so muß ich es auch bestreiten, daß der Kampf der beiden wirtschaftlichen Haupt-

klassen sich fortgesetzt mildere. Soviel er an äußerlicher Reinheit abstreift, so viel verschärft er sich an innerlicher Intensität. Die gewaltsamen Ausschreitungen der Vergangenheit, die Zerstörungen von Fabriken und Maschinen, Versuche gewaltsamer Revolutionen waren völlig vereinbar mit gänzlicher Unklarheit über das eigentliche Klasseninteresse des Proletariats. Die heutigen Gewerkschaftskämpfe in geregelten, gesetzlichen Formen, die heutige Reformpolitik auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes sind ein viel schärferer Klassenkampf und werden auch von den Unternehmern so empfunden. Und daß das Unternehmertum als Ganzes heute gehässiger denn je gegen die Arbeiterschaft auftritt, dürfte Bernstein für den Kontinent wohl zugeben." Dann hat Kautsky die Revisionisten verantwortlich gemacht — das war der Kern seiner Ausführungen — für die Abschwächung des politischen Kampfes, die er aus Bernsteins Bemerkung über die Wirkung der Phraseologie der Bourgeoisie gegenüber ableitet. Ich stelle fest, daß ich an derselben Stelle folgendes gesagt habe: „Keiner, auch Bernstein nicht, hat je behauptet, daß wir durch die Sozialreformen im heutigen Staatswesen alles erreichen würden, was uns als Ziel vorschwebt, aber wir wissen, daß wir zur Zeit jedenfalls nichts andres tun können, und daß wir gar nichts erreichen würden, wenn wir jetzt nicht die Grundsteine legen wollten, auf denen wir später weiter bauen müssen." . . . „Unter diesen Umständen kann ich leider den Optimismus nicht teilen, mit dem Bernstein eine friedliche Entwicklung zur Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft als sicher voraussagt." Ich persönlich bin wahrlich kein Liebhaber starker Worte, und renommistische Zukunftsdrohungen sind mir direkt zuwider, aber ich glaube doch, daß Bernstein sich irrt, wenn er das, was er unsre Freßlegende nennt, für die Schwäche des deutschen Liberalismus verantwortlich macht. Der blöde Haß gegen die Sozialdemokratie, die Angst vor jedem Schimmer eines demokratischen Gedankens sind in Deutschland um so ärger geworden, je mehr die Sozialdemokratie die Allüren ihrer Jugendjahre abgestreift hat, bei denen es einem in der Tat manchmal nicht gewundert hätte, wenn sie den Philister erschreckt hätten. Alles Reden von der Revolution, alle blühende Phraseologie haben nicht halb so einschüchternd auf das Bürgertum gewirkt, wie die nüchterne ruhige Reformarbeit, an der wir uns beteiligen. Wir, d. h. die überwiegende Masse der deutschen Sozialdemokraten, *wagen zu scheinen, was wir sind*, nämlich eine Partei der praktischen Reformen mit einem auf die Umgestaltung der Grundlagen der Gesellschaft gerichteten, also revolutionären Ideal und Endziel" und ich habe mich dann gegen die von Bernstein vorgeschlagene Namensänderung gewendet. Ehe ich diesen Artikel veröffentlichte, habe ich das Manuskript Vollmar gezeigt. Wir haben uns über den Inhalt verständigt, er war damit einverstanden. Ich erwähne das nicht, um mich gegen einen in der Luft schwebenden Vorwurf zu wenden, sondern um zu beweisen, daß der Revisionismus, gegen den sich die Resolution richtet, *gar nicht existiert*. (Zustimmung und Widerspruch.)

v. Vollmar: Bebel meinte bezüglich der bayrischen Wahlrechtsfrage, wenn es den Münchenern so darum zu tun gewesen ist, warum sie dann die Sache nicht auf dem Parteitage angeregt hätten. Damit dreht er aber die Verhältnisse um! Denn nicht wir waren die Ankläger, sondern Bebel. Ihm war unsre Bewegung nicht recht. Er hatte erklärt, daß unsre Haltung parteischädigend sei, und deshalb wäre es seine Aufgabe gewesen, die Sache in München zu verfolgen. Wir Bayern waren darauf gefaßt, daß wir angegriffen würden. Ich könnte eine Anzahl von bayrischen Genossen nennen, die auf der Rednerliste standen, jedesmal, sobald sich ein Redner meldete, von dem wir annahmen, daß er uns angreifen würde. Aber es erfolgte kein Angriff, und die Redner haben sich regelmäßig wieder streichen lassen. Dem Genossen Timm war das schon ein paarmal passiert, und da es ihm unangenehm war, sich ein drittes Mal streichen zu lassen, sah

er sich veranlaßt, unvorbereitet über eine ganz andre Sache zu sprechen. (Große Heiterkeit.) Was meine Anführung einer Stelle aus der Bebelschen Etatsrede betrifft, so hat Bebel bestätigt, daß mein Zitat richtig ist. Er sagt nur, daß ich einen Satz nicht verlesen habe, und meint, daß durch diesen Satz das Ganze eine andre Bedeutung bekommt. Ich bin nicht der Meinung, glaube vielmehr, daß dieser Satz an dem Sinne gar nichts ändert. Indessen war die ganze Anführung von keiner wesentlichen Bedeutung in meiner Rede, denn ich wollte daraus nicht den Schluß ziehen, daß Bebel eine falsche Aeußerung getan habe, sondern nur sagen, was die Leute, welche mit dem Rotstift in der Hand meine Reden verfolgen, wohl gesagt haben würden, wenn ich eine solche Aeußerung gemacht hätte. (Bebel: Gar nichts!) So, weißt Du denn das so genau? (Bebel: Ja, das weiß ich!) Nun zu Kautsky! Zu meinem Bedauern habe ich seine Rede nicht vollständig hören können, da ich während eines Teiles derselben eine Unterredung mit Bebel hatte. Ich habe mich aber von andern darüber informieren lassen, was er gesagt hat. Er soll eine Reihe von Behauptungen aufgestellt haben, durch die er beweisen wollte, daß ich eigentlich nach dem Wortlaute der vorliegenden Resolution gegen die Absätze 2, 3 und 4 stimmen müßte. Ich habe gestern bereits die Gründe dargelegt, die für mich bei meiner Abstimmung maßgebend sind. Die Motive, die Kautsky heute hinterher in seine Resolution hinein interpretieren wollte, sind für mich und für den Parteitag vollkommen ohne Bedeutung. (Sehr gut!)

Eisner: Ich kann im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht auf die vorgestrige Rede von Bebel und die heutige Deklaration derselben eingehen und will mich deshalb auf eine kurze Erklärung beschränken. Ich habe die Tendenz und den Inhalt weder seiner neulichen Ausführungen, noch seiner heutigen Deklaration völlig verstanden, insbesondere nicht, ob in seiner Deklaration irgendwelches Mißtrauen gegen meine Person ausgesprochen werden soll. Ich habe nicht verstanden, ob die Absicht besteht, meinen Anteil an Einfluß innerhalb der völlig demokratischen Organisation des „Vorwärts" einzuschränken. Weil ich das nicht verstanden habe, kann ich mich auch mit der Deklaration von Bebel nicht zufrieden geben. Da ich aber sachlich nicht darauf eingehen kann, so muß ich die weitere Aufklärung den Verhandlungen der zuständigen Instanz überlassen.

Bebel: Es fällt mir in gar keiner Weise ein, irgend welches Mißtrauen gegen Eisner und seine Leistungen auszusprechen. Wenn in dem Wortlaute meiner Rede ein solches Mißtrauen enthalten sein sollte, habe ich ausdrücklich erklärt, daß das nicht so gemeint war. Mehr konnte ich loyaler Weise nicht tun. Ich glaube alles getan zu haben, was möglich ist, und nach der Anerkennung, die ich Eisner gezollt habe, die das höchste enthält, was man einem Redakteur entgegenbringen kann, verstehe ich es nicht, wie er immer noch nicht zufrieden gestellt worden ist. Ebenso wie Eisner im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht auf meinen Vorschlag eingehen kann, kann ich auch meinen Plan über die zukünftige Gestaltung des „Vorwärts" im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht erörtern. Zu den Verhandlungen darüber wird die Redaktion des „Vorwärts" in corpore eingeladen werden. Eisner hat ja dann Gelegenheit, dort seine Bedenken vorzubringen. Was die Bemerkung Vollmars bezüglich des aus meiner Kaiserrede zitierten Satzes betrifft, so handelt es sich um eine Auslegung. Da nun nach allgemeinem Recht dem Redner in erster Linie zusteht, zu sagen, was er gemeint hat, so habe ich auch heute davon Gebrauch gemacht in einer Weise, die meiner Ueberzeugung entspricht. Es ist unnötig, darüber zu streiten, denn wir würden hin und herstreiten und es bliebe doch alles beim alten. Dann ist Vollmar wieder auf die Bayernfrage gekommen und teilt uns die Neuigkeit mit, daß ein kleines Armeekorps schwer bewaffneter Bajuwaren im Hinterhalt der Rednerliste gestanden hat, bereit, sofort über mich herzufallen. (Große Heiterkeit.) Diese Tapferkeit der Bajuwaren freut mich. Aber ich bin um so mehr

darüber erstaunt, da ich Vollmar gegenüber erklärt hatte, es würde mir gar nicht einfallen, die Sache zur Sprache zu bringen. Allerdings hat später David in den „Monatsheften" geäußert, die Abrechnung habe nicht stattgefunden, ich hätte wohl Befürchtungen gehegt. Meine Aeußerung bezog sich darauf, daß ich einen Artikel in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" veröffentlicht hatte, in welchem es am Schlusse hieß: „Wenn Ihr wollt, dann sehen wir uns bei Philippi wieder." Wenn Ihr wollt — Ihr habt aber nicht gewollt. (Heiterkeit.) An Euch lag es, nicht an mir, ich war bereit, ich habe Euch die Gründe gesagt, warum ich nicht angriff. Wenn ich angegriffen werden will, dann mache ich in einem solchen Falle die Attacke und warte nicht ab. (Zustimmung.)

Kautsky: Heine hat sich gegen mich gewendet. Ich habe ihn mit keinem Worte genannt, sondern bloß von Revisionisten gesprochen. Er hätte gar nicht das Recht gehabt zu seiner persönlichen Bemerkung, wenn er sich nicht durch dieses Wort getroffen fühlte. (Sehr richtig! Heine: Ihr nennt mich doch immer so!) Ich habe ihn nicht zum Revisionisten gestempelt. Diesen Ruf hatte er schon lange, bevor ich heute gesprochen habe. (Heine: Na also!) Vollmar beneide ich um seine Gabe, eine Rede zu beurteilen, die er nicht gehört hat. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Vollmar: Die letzte Aeußerung ist ein schöner Ausweg, aber weiter nichts. Denn Kautsky vergißt, daß es außer ihm und mir in diesem Saale auch noch andre Leute giebt, die hören können. Im übrigen ist es allerdings richtig, daß ich ihn gar nicht zu hören brauche, um zu wissen, was er sagt (Heiterkeit), ich meine, in Bezug auf die vorliegende Sache. Gegen Bebel nur eine einzige Bemerkung: Er sagt, es habe ihn interessiert zu hören, daß ein ganzes bayrisches Armeekorps bei der Hand gewesen ist, auf ihn loszustürzen. Na, so grausam sind wir nicht, daß ein ganzes Armeekorps über einen einzelnen herfällt, das müßte wo anders Mode sein. (Heiterkeit.) Aber Bebel vergißt, daß in der Wahlrechtsfrage nicht er allein angegriffen, sondern auch ein großer Teil der Parteipresse erklärt habe, daß gegen uns vorzugehen sei. Wenn Bebel sagt, er an unsrer Stelle wäre zur Attacke vorgegangen, so habe ich nur zu erwidern, daß wir keine streitsüchtigen Leute sind, die um jeden Preis streiten wollen, sondern wir hauen nur dann darauf los, wenn es nötig ist. (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!)

Heine: Die Bemerkung von Kautsky, „so daß ich mich gewissermaßen als Revisionist getroffen fühle", sollte vermutlich kein Witz sein, denn ich habe Kautsky noch nie einen Witz machen hören. (Rufe: Na! na!) Sie war also wohl ernst gemeint. Es wiederholt sich immer dasselbe Spiel. Genau so war es ja in Lübeck. Es wird auf eine Anzahl von Leuten hingewiesen, die bald Opportunisten, bald Revisionisten, bald Bernsteinianer genannt werden, und diese werden dann in allgemeinen Redensarten vermöbelt. Jeder weiß, wer damit gemeint ist. Weist dann aber einer nach, daß das alles unrichtig ist, was über ihn gesagt ist, dann kommt immer dieselbe Doppelargumentation: erstens: Dich haben wird nicht gemeint! und zweitens, daß Du Dich dagegen verwahrst, ist ein Zugeständnis, daß Du es bist! Dieses Verfahren ist mir als Anwalt aus Beleidigungsprozessen aus täglicher Erfahrung bekannt. Wenn so die Mutter Müller'n herumläuft und sagt: „Die Schulze'n — ja, ich sage nichts — aber es sind dort und dort silberne Löffel gestohlen worden; ich sage natürlich nichts gegen die Schulze'n (Heiterkeit), aber es sind auch in der Wohnung von der Schulze'n Löffel gesehen worden", wenn dann die Schulzen klagt und sagt, sie sei des Diebstahls beschuldigt worden, da sagt die Müllern: „Sie habe ich ja gar nicht benennt! Sie müssen doch ein verflucht schlechtes Gewissen haben!" (Große Heiterkeit.)

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten.

Auf Vorschlag von **Singer** beschließt der Parteitag, die Anträge 17, 104, 108 im letzten Absatz und 139 bei der Beschlußfassung zunächst auszuscheiden. Zur Beschlußfassung steht zunächst Resolution 130. Von den Antragstellern im

ersten Absatz verändert durch Antrag 140 und die zahlreichen Amendements zu ihr. Wenn diese Resolution zur Annahme gelangt, sollen die übrigen Anträge über Taktik und revisionistische Bestrebungen für erledigt gelten. In einer Vorabstimmung sollen zunächst die Amendements erledigt werden. Ueber die so umgestaltete Resolution 130 soll, wie ein genügend unterstützter Antrag verlangt, in namentlicher Abstimmung entschieden werden. Der Parteitag ist mit dieser Art der Erledigung einverstanden. Zu Absatz 1 (Antrag 140) wird das Amendement 144, 2. Teil, mit großer Mehrheit angenommen und ebenso der so veränderte Absatz. Zu Absatz 2 und 3 liegt der Antrag 141 vor, die beiden Worte „revisionistische" zu streichen. Der Antrag wird in diesem Teile abgelehnt. (Ruf: Die Volksseele!) Die Absätze 2 und 3 werden unverändert angenommen.

Zu Antrag 143, der eine Einfügung hinter Absatz 3 vorschlägt, liegt ein Unteramendement Wurm-Gradnauer vor, wonach in Ziffer 2 zwischen die Worte „Sozialdemokratie" und „einen Anteil" eingefügt werden sollen die Worte „gemäß der Resolution Kautsky des internationalen Sozialisten-Kongresses zu Paris im Jahre 1900". Dieses Unteramendement und ebenso der so veränderte Antrag 143 werden angenommen. Der 4. Absatz der Resolution 130 bleibt unverändert. Das Amendement Timm u. Gen. zum 5. Absatz (Nr. 142) wird abgelehnt. Dagegen der Antrag Legien 141 (soweit er sich auf den letzten Absatz der Resolution bezieht) in getrennter Abstimmung in seinem 1. und 2. Teile angenommen. Der Antrag Stadthagen 144 Nr. 1 wird angenommen, und ebenso schließlich der so veränderte Absatz 5. Das schriftlich vorliegende Amendement Luxemburg-Zetkin-Stadthagen, wonach der Parteitag vor allem erwartet, daß die Agitation im Lande in der nächsten Zeit als Hauptaufgabe betrachtet wird ꝛc., wird abgelehnt.

Vollmar, der mit der Minderheit gestimmt hat, ruft: Ach, das ist schade! (Heiterkeit.)

Die Resolution lautet nunmehr folgendermaßen:

Der Parteitag fordert, daß die Fraktion zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstage durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, höfische Verpflichtungen zu übernehmen oder irgend welchen Bedingungen sich zu unterwerfen, die nicht durch die Reichsverfassung begründet sind.

Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Ueberzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt:

1. daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten.

2. Daß die Sozialdemokratie, gemäß der Resolution Kautsky des internationalen Sozialistenkongresses zu Paris im Jahre 1900, einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.

Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder, wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Sozialdemokratie verwendet und entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtspolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist, „und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken."

Es folgt die Gesamtabstimmung. Resolution 130 wird **in namentlicher** Abstimmung mit 288 gegen 11 Stimmen **angenommen.**

Mit Ja stimmten:

Albrecht, Auer, Antrick, Baader, Bartel, Bartels, Bebel, Becker, Beeck, Beer, Bender, Berthold, Bérard, Beyer, Biedermann, Birk, Block, Blos, Bock, Borgmann, Boemelburg, Böhm, Adolf Braun, Heinrich Braun, Otto Braun, Brey, Brühne, Buchwald, Burcke, Bushold, Conrad, Crispien, Crohn, Czech, Dorn, Dräger, Dreesbach, Dubber, Dieter, Eberhardt, Ebert, Efftinge, Eichhorn, Eitzerodt, Engler, Ehrhart, Ewald, Faber, Fauth, Feldmann, Fenske, Edmund Fischer, Emil Fischer, Karl Fischer, Förster, Franck, Franke, Freiwaldt, Freythaler, Friedeberg, Friedländer, Fritz, Fritzsch, Frohme, Fülle, Geck, Gerisch, Gericke, Gewehr, Geyer, Gilsbach, Göhre, Goldstein, Gradnauer, Greiner, Grimpe, Grothe, Grünrock, Gruenwaldt, Grunwald, Haase, Haberland, Haenisch, Hahn, Haller, Harris, Härtel, Haverkamp, Heer, Heine, Heitland, Heymann, Hentschel, Hennig, Hentz, Herzfeld, Hieber, Adolf Hoffmann, Otto Hoffmann, Paul Hoffmann, Franz Hofmann, Holzapfel, Horst, Franz Höppner, Wilhelm Höppner, Horn, Hug, Hugel, Huhn, Jacobsen, Jasper, Ihrer, Jonas, Israel, Jung, Fürs, Kaden, Kähler, Katzenstein, Kautsky, Kayser, Keil, Kirsche, Kittler, Klotzsch, Klüter, Knieriem, Körsten, Koeckeritz, Koenen, Kolb, Körner, Koß, Kotzke, Krämer, Kremser, Krohn, Krüger, Kühn, Laaser, Lange, Langenstein, Langhorst, Leber, Ledebour, Legien, Lehmann-Mannheim, Leonhard, Leopold, Lesche, Leutert, Lienau, Liepmann, Lindemann, Lipinski, Löwenstein, Lohrberg, Lucht, Lückel, Luxemburg, Mahring, Mannheimer, Mars, Meiling, Meist, Meister, Metzger, Meyer, Michaelis, Michels, Molkenbuhr, Motteler, Mucker, Müller-Glauchau, Müller-Görlitz, Müller-München, Müller-Potschappel, Müller-Zwickau, Neumann, Neuschäfer, Niemeyer, Nitsch, Nitzschke, Noack, Noske, Oppel, Orbig, Osterroth, Paeplow, Paris, Passehl, Paulick, Peus, E. Pfannkuch, W. Pfannkuch, Pfarr, Pforr, Pickelmann, Pielecke, Pistorius, Pohl, Poller, Quarck, Rackl, Rasch, Rauch, Raute, Reißhaus, Reuber, Riedel, Rohleder, Rollwagen, Rothe, Rudolph, Sachse, Schaumburg, Scheib, Scheidemann, Schlick, Schmalfeldt, Albert Schmidt, Wilhelm Schmidt, Robert Schmidt, Peter Schmidt, Rosa Schmidt, Franz Schmitt, Schoorer, Schrader, Ernst Schultze, Heinrich Schulz, Schumann, Theodor Schwartz, Seeger, Segitz, Seifert, Severing, Silberschmidt, Singer, Sommer, Stadthagen, Staudinger, Stengele, Stephan, Stolpe, Storch, Straßenmeyer, Stoeßel, Stubbe, Stücklen

Südekum, Tännert, Täterow, Thate, Thesing, Thiele, Thomas, Timm, Trilse, Ulrich, Vetterlein, Vogel, Vollmar, Vosseler, Wagner, Walter, Weber, Weidner, Weil, Weiß, Welk, Welker, Wels, Wengels, Werner, Weyers, Winkelmann, Winkler, Winter, Wissell, Wölfel, Peter Wolf, Wilhelm Wolf, Wurm, Zenker, Zetkin, Zietz, Zorn, Zubeil.

Mit Nein stimmten:

Bernstein, Gertrud David, v. Elm, Grenz, Grünberg, Hering, Hué, Löbe, Gustav Müller, Paul Müller, Karl Schwarz.

Bei der Abstimmung von Auer, Heine, Kolb, Peus, Südekum, die mit „ja" stimmen, entsteht Heiterkeit. Bei der Abstimmung von Löbe-Breslau ruft Adolf Hoffmann: „Ein treuer Knecht war Fridolin!" (Heiterkeit.) Damit sind die Anträge 89, 90, 91, 101, 102, 103, 105, 106, 107, 108, erster Satz, 109, 109a, 110 und 129 erledigt. Karl Schwarz erklärt zu Protokoll, daß er gegen die Resolution gestimmt habe, weil er mit der bisherigen Taktik einverstanden sei. Krämer, Lindemann und Quarck erklären zu Protokoll, daß sie für die Resolution gestimmt haben, ohne sich mit allen Einzelheiten einverstanden erklären zu können.

Singer teilt mit, daß er eine Zuschrift des Herausgebers der Wiener „Fackel", des Herrn Karl Kraus, erhalten habe, in der ausgeführt ist, daß die Angaben des Genossen Victor Adler über die „Fackel" den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprächen.

Das inzwischen festgestellte Resultat der vorgenommenen Wahlen ergiebt: Zu Vorsitzenden des Vorstandes sind gewählt: Singer mit 286 und Bebel mit 272 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten: Antrick 7, Mehring 3, Adolf Hoffmann 2, Vollmar 2, Zubeil 1. Zu Sekretären sind gewählt: Pfannkuch mit 286, Auer mit 270 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten: Antrick 2, Hoffmann 1, Braun 1, Täterow 1, Molkenbuhr 1, Ledebour 1. Zum Kassierer ist Gerisch mit 286 Stimmen gewählt. — Zu Kontrolleuren sind gewählt: Meister mit 266, Kaden mit 247, Bock mit 235, Brühne mit 217, Frau Zetkin mit 215, Könen mit 206, Geck mit 199, Ehrhart mit 191, Pfarr mit 162 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten: Hug 100, Stücklen 94, Dubber 86, Quarck 82, Bömelburg 68, Ihrer 47, Storch 47, Vollmar 39, Elm 31, Meist 4, David 3, Molkenbuhr 3, Timm 2, Motteler 2, Braun 2, Beyer 1, Böhle 1, Grenz 1, Hoffmann 1, Kühn 1, Löbe 1, Paeplow 1, Peus 1.

Als Ort für den nächsten Parteitag ist Bremen mit 107 Stimmen gewählt. Außerdem sind Stimmen entfallen auf Mannheim 60, Essen 34, Magdeburg 21, Stettin 20, Dortmund 17, Nürnberg 12, Darmstadt 8, Berlin 8, Kiel 4.

Zur Verhandlung kommen die noch nicht erledigten Anträge zu Punkt 4 der Tagesordnung. — Die Anträge 104 und 108, zweiter Satz, werden zurückgezogen. Antrag 117 wird abgelehnt. — Ueber Antrag 139 beschließt der Parteitag die Eröffnung einer besonderen Diskussion.

Heine-Berlin: Ueber die Frage, ob die Marburger für Herrn v. Gerlach stimmen sollten oder nicht, will ich hier nicht reden; es hat da jeder seine Ansicht. Ich war der Ansicht, daß die Marburger für Herrn v. Gerlach stimmen müßten, weil der Gegner von Gerlach ein Reaktionär schlimmster Sorte war. Es ist mir in dem Antrage vorgeworfen, daß ich zu Gunsten eines mir persönlich befreundeten politischen Gegners unsrer Partei durch mein Telegramm an Herrn v. Gerlach die Marburger Parteigenossen desavouiert hätte. Demgegenüber mache ich darauf aufmerksam, und Herr v. Gerlach wird mir das nicht übelnehmen, daß das Verhältnis zwischen mir und ihm nicht das einer persönlichen Freundschaft, sondern nur einer oberflächlichen Bekanntschaft ist. Es ist mir

vorgeworfen worden, daß ich die Lobeserhebungen, die Herr v. Gerlach mir überreichlich spendete, nicht energisch zurückgewiesen hätte. Ich bitte die Parteigenossen, sich die Verhandlungen des Lübecker Parteitages anzusehen. Dort werden Sie finden, daß ich in Lübeck bereits in aller Oeffentlichkeit erzählt habe, wie ich Herrn v. Gerlach aufgefordert habe, diese Lobeserhebungen einzustellen. Er ist dieser Bitte aber nicht nachgekommen. Seit den Lübecker Tagen habe ich Herrn v. Gerlach überhaupt nicht mehr gesprochen, außer jetzt vor einigen Wochen. Man pflegt derartige Bitten an Gegner nicht zu wiederholen, namentlich wenn, wie sich herausgestellt hat, in der Sache eine Art System zu liegen scheint. Ich habe also Herrn v. Gerlach nicht aus Freundschaft telegraphiert, sondern nach meiner Ueberzeugung im Interesse der von uns vertretenen Sache. (Rufe: Aha!), und das bitte ich mir zu glauben. Was endlich meine Erklärung im „Vorwärts" anlangt, so erkläre ich hiermit, unbeschadet meines sachlichen Standpunktes, daß die Form, in der ich mich da über die Marburger ausgelassen habe, weder nötig noch angemessen war. Es ist mir da halt auch einmal passiert, daß ich mich über eine Sache geärgert hatte, und daß ich in meiner Antwort in der Form über das Ziel hinausschoß. (Hoffmann-Berlin ruft: Lübeck Nummer 2!) Dennoch halte ich es nicht für richtig, das durch eine Resolution zum Ausdruck zu bringen. Wenn wir erst einmal anfangen wollten, auf unsren Parteitagen zu resolvieren, wann und wo irgend ein Parteigenosse gegen einen andren Genossen öffentlich grob geworden ist, dann müßte unser Parteitag sehr lange dauern. Ich bitte also die Genossen, sich mit meiner Erklärung zu begnügen und auf einen Beschluß zu verzichten. Wollen Sie das nicht, und sollte der Parteitag der ganz ungewöhnlich scharfen Resolution beitreten, dann nehme ich das hin mit den Empfindungen, mit denen man im Parlament einen Ordnungsruf entgegennimmt, wenn man etwas gesagt hat, das man nicht hätte sagen sollen, das man aber hat sagen wollen.

Michels-Marburg: Ich hätte eigentlich von dem Genossen Heine erwartet, daß er sich über die sachliche Frage überhaupt nicht aussprechen, sondern einfach die Form seines Artikels bedauern würde. (Sehr richtig! Lachen.) Er hat mich enttäuscht (Lachen), weil er hier wieder seine Meinung in einer Marburger Frage zum besten gegeben hat, wegen deren wir ihn gar nicht gefragt hatten. Genosse Heine erklärte sich hier gewissermaßen für einen Prügeljungen, an dem wir Marburger unsre Wut auslassen wollten. Ich meine aber, wenn ein Parteigenosse einem politischen Gegner in einer internen Angelegenheit ein Telegramm sendet und dieses Telegramm nachher bekannt wird, so hat er sich nach meiner Auffassung, und wohl auch nach der Auffassung der Mehrzahl der Anwesenden, einfach blamiert (Gelächter), und wenn man sich blamiert hat, dann schweigt man. Freilich trifft der Ausdruck „Prügeljunge" doch vielleicht zu, denn der Junge, der blamiert ist und nichts andres zu sagen weiß, der prügelt! (Gelächter.) Heine erklärte ferner, er habe schon in Lübeck Herrn von Gerlach aufgefordert, ihn nicht mehr zu loben. Da muß ich Herrn von Gerlach doch in Schutz nehmen. (Unruhe. Rufe: Zur Sache!) Wenn man einem Gegner einen solchen Freundschaftsbeweis im Telegrammstil giebt, so giebt man ihm doch direkte Veranlassung, ja gewissermaßen das Recht, sich dafür durch Lobeserhebungen dankbar zu zeigen. (Heine: Ich bin ja vorher schon gelobt worden.) Nachher auch noch in der Wiener „Zeit", worin Herr v. Gerlach schreibt, Sie hätten eine ganz tadellose Figur (Große Heiterkeit), die andren Parteigenossen wären nur kleine Geister, die für Sie noch nicht reif wären. (Große Heiterkeit.) Zum Schluß erkläre ich, daß wir, um die vielen Personalfragen, die uns auf diesem Parteitage schon beschäftigt haben, nicht um eine weitere zu vermehren, unsren Antrag zurückziehen. (Als sich Michels, nachdem er seine Ausführungen geendet, mit dem im Saale anwesenden Herrn von Gerlach unterhält, ruft ein Genosse: „Lassen Sie sich nicht loben!" Große Heiterkeit.)

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.
Es folgt Punkt 5

Maifeier.

Hierzu liegen die Anträge 60 bis 64 und die Mai-Resolution des Münchener Parteitages vor, die genügend unterstützt werden. Antrag 65 wird nicht unterstützt.

An Stelle des Referenten **Richard Fischer**, der im Laufe des Nachmittags in geschäftlichen Angelegenheiten plötzlich nach Berlin hatte abreisen müssen, übernimmt das Referat

Pfannkuch: Nachdem die Anträge, was ich eigentlich nicht erwartet hätte, unterstützt worden sind, muß ich auf sie eingehen. Ich glaube, daß wir an dem Wesen der Maifeier, wie sie jetzt besteht, im großen und ganzen nichts ändern können und dürfen. Wenn vielfach gewünscht wird, daß die Maifeier einen größeren und allgemeineren Umfang annehme, so muß daran erinnert werden, daß hier sehr weitgehende Fragen wirtschaftlicher Natur in Frage kommen, und die Gewerkschaften die Entschädigung der Gemaßregelten zu tragen haben. Der Antrag 60 ist derart, daß man ihn wohl dem Vorstand zur Berücksichtigung überweisen könnte. Wenn dann zur Zeit keine dringenden Aufgaben zu erfüllen sind, so kann ja eventuell ein solches Flugblatt herausgegeben werden. Im übrigen bitte ich Sie, die Anträge abzulehnen und lediglich die im vorigen Jahre beschlossene Resolution zu erneuern. Dieselbe lautet:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weihefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen."

Deutschland ist bisher dasjenige Land, das den Gedanken der Maifeier am erfolgreichsten propagiert hat. Es empfiehlt sich nicht, die Maifeier ihres jetzigen Charakters zu entkleiden. Deshalb bin ich auch gegen den Antrag, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen. Nehmen sie also die Münchener Resolution einstimmig wieder an!

Ein Antrag Timm auf Schluß der Debatte, wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dr. **Friedeberg**-Berlin empfiehlt den Antrag 63. Wenn wir in unsrer Bewegung den Klassenkampfcharakter betonen, so müssen wir auch diejenigen Einrichtungen fördern, die geeignet sind, diesen Klassencharakter unsres Kampfes deutlich zu charakterisieren. Da kommt in erster Linie die Maifeier in Betracht, der die Idee zu Grunde liegt, daß wenigstens an einem Tage im Jahre der Arbeiter Herr über seine Arbeitskraft sein soll, die er sonst stets zu verkaufen gezwungen ist. Wir haben also nicht etwa diesen Charakter der Maifeier irgendwie abzuschwächen, sondern ihn im Gegenteil möglichst herauszuarbeiten. Sie sprechen von dem großen Siege, den wir am 16. Juni erfochten haben, aber liefern Sie doch auch den Beweis, daß hinter diesen 3 Millionen Stimmen Persönlichkeiten stehen, die für unsre Ideen eintreten. Das geschieht dadurch, daß für den ersten Mai allgemeine Arbeitsruhe vorgeschrieben wird. Mag sein, daß ein solcher Beschluß nicht durchzuführen wäre; aber unser ganzes Programm besteht ja aus Forderungen, die nicht durchgeführt sind. Man sagt, die Sache würde zu teuer sein und zu viel Opfer erfordern, aber müssen wir denn nicht allenthalben Opfer

bringen? Wie viel Opfer erfordert nicht alljährlich die Schwindsucht. (Unruhe. Zurufe: Wir sind doch nicht in einer Volksversammlung!) Die Maifeier hat aber besonders auch die Bedeutung, daß hier die Möglichkeit für ein wirkliches Zusammengehen zwischen Partei und Gewerkschaften gegeben ist und daß durch die Maifeier auch in den Gewerkschaften der Klassenkampfcharakter betont wird. Ich bitte sie also, dem Antrag 63 zuzustimmen.

Weidner: Auch mir genügt die bisherige Fassung der Resolution nicht, weil sie zu dehnbar ist. Deswegen meine ich, daß der Parteitag sich unbedingt mal mit der Frage beschäftigen muß, ob nicht allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai stattfinden soll. Dann muß auch erörtert werden, in welcher Weise die Entschädigungsfrage für die Gemaßregelten zu regeln ist. Darüber muß sich der Parteitag mit dem Gewerkschaftskongreß ins Einvernehmen setzen. Im übrigen stimme ich dem Vorredner zu.

Auf eine Anfrage aus der Versammlung über die geschäftlichen Dispositionen des Vorsitzenden bemerkt

Singer: Ich halte es für selbstverständlich, daß wir unsre Verhandlungen heute nicht zum Abschluß bringen können. Bedenken Sie, was es, nicht vor den Gegnern — das kann uns gleichgültig sein —, aber vor den Parteigenossen im Lande für einen Eindruck machen würde, wenn wir eine große Anzahl wichtiger Punkte in einer Weise erledigen würden, die einfach verächtlich zu nennen wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Nachdem wir den großen, wichtigen Fragen, die uns bisher beschäftigt haben, und über die allerdings gesprochen werden mußte, die notwendige Zeit gewidmet haben, sind wir verpflichtet, den Anträgen über Arbeiterschutzgesetzgebung und sonstige Wahrung der Arbeiterinteressen ebenfalls Zeit und Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn es manchem schwer wird, länger hier zu bleiben, so glaube ich, werden wir lieber diejenigen, die absolut abreisen müssen, entschuldigen, als daß wir jetzt eine große Anzahl von Anträgen absetzen oder ohne unzulängliche Debatte erledigen. Außerdem sind wir doch schließlich auch nur Menschen. Wie könnte man abends noch in diesem Saale sitzen? Das wäre doch kein arbeiten mehr. Ich schlage vor, daß wir unsre Verhandlungen heute nicht zu Ende führen, sondern morgen früh um 11 Uhr fortsetzen. (Beifall.)

Der Parteitag ist damit einverstanden. Nachdem ein Schlußantrag abgelehnt ist, beschließt der Parteitag die Vertagung.

Singer teilt mit, daß eine Privatsammlung für die streikenden Crimmitschauer Textilarbeiter 482,40 Mark ergeben hat. (Lebhafter Beifall.)

Schluß 7 Uhr.

Siebenter Verhandlungstag.

Sonntag den 20. September. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 11¼ Uhr. Den Vorsitz führt Kaden.

Rühle-Harburg giebt die Erklärung zu Protokoll, daß er für die von der Mehrheit angenommene Resolution über die Vizepräsidenten-Frage gestimmt haben würde, wenn er anwesend gewesen wäre. Er hat in Chemnitz an dem Abstimmungstage eine Versammlung abgehalten.

Es sind Begrüßungen eingelaufen, die verlesen werden. Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

Die Diskussion über Punkt 5: Die **Maifeier**, wird fortgesetzt.

Eitzerodt-Krefeld: Ueber die Beteiligung an der Maifeier besteht wohl eine allgemeine Unzufriedenheit. Die Hoffnungen und Wünsche, die wir an die Abhaltung der Maifeier knüpften, sind jedenfalls nicht in Erfüllung gegangen. Besonders im Auslande hat die Maifeier noch wenig Boden gefaßt, wenn auch überall langsam Fortschritte gemacht werden. In England wird sie mit der wachsenden Stärke der politischen Arbeiterbewegung sich sicher besser einbürgern und den demonstrativen Charakter annehmen, den wir wünschen. In Deutschland wird die Beteiligung von Jahr zu Jahr stärker und sie würde noch stärker sein, wenn nicht die wirtschaftliche Krise gekommen wäre. Wir leben ja nicht in Wolkenkuckucksheim; wir können nicht unter allen Umständen am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, denn wie sollten die Gewerkschaften sonst die Kosten für die Entschädigung der Gemaßregelten tragen! Durch die Maifeier dürfen die Kassen der Gewerkschaften nicht geleert werden. Glücklicherweise läßt das Aussperrungsfieber der Unternehmer nach; sie haben in der Sache ein Haar gefunden. Die Gewerkschaftsführer haben also nicht etwa Ursache zu bremsen. In vielen Städten haben die Unternehmer ja die Angst vor der Maifeier verloren und in vielen Betrieben die Arbeitsruhe am 1. Mai bewilligt. Ich stehe auf dem Boden der Resolution des Vorstandes.

Krüger-Dresden. Es ist in den verflossenen Debatten viel davon gesprochen worden, daß man den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen solle. Die Arbeiter wünschen aber keine Aenderung der Maifeier. Meiner Ansicht nach wird die Sache am besten von den Gewerkschaften erledigt, jedenfalls im Einverständnis mit ihnen, da sie für die Kosten einzutreten haben. Eine Einschränkung der Maifeier, wie sie von manchen Seiten gewünscht wird, muß auf jeden Fall zurückgewiesen werden. Wenn man z. B. die Feier auf den ersten Sonntag im Mai verlegen sollte, so wäre es keine Maifeier mehr, sondern ein gewöhnliches Sommerfest ohne demonstrativen Charakter.

Bushold-Friedberg: Bei uns herrscht die größte Mißstimmung darüber, daß nichts geschieht, um die Maifeier auch auf dem platten Lande populär zu machen. Wir wünschen, daß der Parteivorstand ein geeignetes Flugblatt über die Bedeutung des ersten Mai herausgiebt. Aus diesem Grunde bitte ich Sie um die Annahme unsres Antrags.

Gewehr-Elberfeld: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir an dem System unsrer Maifeier nichts ändern, sondern sie in dem bisherigen Sinne weiter ausbauen sollen. Das aber muß den lokalen Organisationen überlassen werden; deren Aufgabe ist es, die Idee des Sozialismus und den Gedanken des Achtstundentages weiter zu propagieren. (Zustimmung.)

Löbe-Breslau empfiehlt den Antrag 64. Es waltet eine gewisse Mißstimmung über die Maifeier vor. Die Maifeier soll eine Demonstration sein, ist es aber nicht, denn die Arbeiter, die sich beteiligen, bilden doch nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Arbeiterschaft. Besonders im Osten kann nicht davon die Rede sein, daß die Maifeier einen demonstrativen Charakter habe. Aus diesen Gründen sagten sich die Breslauer: Entweder volle Arbeitsruhe am 1. Mai oder gar keine. Und da wir die volle Arbeitsruhe nicht durchführen können, so halten wir es für besser, ganz darauf zu verzichten und nur abends in Versammlungen den 1. Mai zu feiern.

Die Debatte wird geschlossen.

Der Berichterstatter **Pfannkuch** verzichtet aufs Schlußwort.

Die Münchener Resolution über die Maifeier wird erneut beschlossen. Damit sind die Anträge 60 bis 65 erledigt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist erledigt.

Den Vorsitz übernimmt

Singer und teilt mit, daß seitens der Kontrollkommission die Genossen Eberhardt-Charlottenburg und Wengels-Berlin in den Partei-

vorstand gewählt sind. Vorsitzender der Kontrollkommission ist Meister-Hannover.

Bevor in den Beratungen fortgefahren wird, erklärt

Singer: Ich glaube, es wird den Parteitag interessieren, wenn ich ihm das Urteil des Laurahütten-Prozesses mitteile. Dies Urteil ist ein Beweis für die neueste Anwendung der milden Form des Klassenkampfes (Sehr gut!) seitens der bürgerlichen Gesellschaft, vertreten durch die Instanzen und durch die Institutionen, welche die Gesellschaft sich unter anderm auch in der Justiz gegeben hat. Es sind im ganzen 43 Jahre 1 Monat Gefängnis verhängt. (Große Bewegung und lebhafte Entrüstungsrufe.)

Der Parteitag tritt hierauf in die Beratung des Punktes 7 der Tagesordnung:

Anträge zum Programm und zur Organisation.

Auf das Programm beziehen sich die Anträge 66 und 68. Beide erhalten nicht die genügende Unterstützung und sind infolgedessen erledigt.

Singer: Die auf die Organisation bezüglichen Anträge zerfallen in drei Gruppen; die erste Gruppe bezieht sich auf den § 2 des Organisationsstatuts, der vom Ausschluß handelt, die zweite auf die Vertretung der Fraktion auf künftigen Parteitagen, die dritte Gruppe bezweckt eine andre Regelung der Vertretung der Wahlkreise auf Parteitagen. Hierzu liegt der Antrag 134 vor, der eine Vertagung bis zum nächsten Jahre bedeutet. Ich beabsichtige, zunächst diesen Antrag zur Beratung und Abstimmung zu bringen. Daher aber muß ich die Unterstützungsfrage für alle Anträge zur Organisation stellen.

Sämtliche Anträge, die sich auf die Organisation beziehen, werden genügend unterstützt.

Gilsbach-Köln widerspricht dem Vorschlage Singers, zuerst den Antrag 134 zu beraten.

Die Abstimmung ergiebt, daß der Parteitag sich dem Vorschlage Singers anschließt.

Es wird also zunächst Antrag 134 beraten.

Gewehr-Elberfeld: Wir haben den Antrag 134 nicht mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit, sondern aus sachlichen Gründen gestellt, weil die verschiedenen Vorschläge eine Vorberatung erfordern. Wir werden doch wohl die Frage noch ein Jahr vertagen können.

Stubbe-Hamburg ist gegen die Vertagung der Frage. Bereits in Lübeck haben wir den Vorstand beauftragt, § 3 des Organisationsstatuts zu revidieren; das ist durch den vorliegenden Antrag des Vorstandes geschehen, es liegt gar kein Grund vor, diesen Antrag jetzt nicht zu erledigen.

Der Antrag 134 wird angenommen. Damit sind die Anträge, die sich auf die Organisation beziehen, dem Parteivorstand überwiesen.

Es folgt Punkt 8: Sonstige Anträge, die in die drei Gruppen: **Agitation, Presse, Zeit** und **Tagesordnung des nächsten Parteitages** gegliedert werden.

Zum Punkte: Agitation gehören die Anträge 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 67, 112, 113, 115, 116, 117, 119, 126, 127, 133.

Antrag 114, der die Alkoholfrage betrifft, wird von

Hering-Flensburg mit der Motivierung zurückgezogen, daß eine eingehende Beratung dieser wichtigen Angelegenheit bei der vorgerückten Zeit nicht möglich sei. Hoffentlich werde man im nächsten Jahr Zeit zu gründlicher Erörterung finden.

Die erforderliche Unterstützung finden nur die Anträge 36, 53, 54, 55, 56, 59, 112, 119 und 133. Diese werden zur Debatte gestellt.

Antrag 36 wird begründet von

Gilsbach-Köln. Ich hätte gewünscht, unsre literarisch tätigen Genossen hätten uns etwas mehr Zeit für unsren wichtigen Antrag überlassen, der nun vor bereits gelichtetem Parteitag verhandelt werden muß. In den voraufgegangenen Debatten ist so viel gutes für unsren Antrag bereits gesagt worden, daß er prinzipielle Gegner kaum noch haben dürfte. Nur um die Möglichkeit seiner Verwirklichung kann es sich noch handeln. Die Erfahrungen während der Wahlagitation haben uns nur in unserm Verlangen bestärkt, das aber schon lange vor den Wahlen dem Vorstande unterbreitet worden ist; der hat es freilich abgelehnt, was ich ihm weiter nicht übel nehme. Irre ich nicht, so hat auch Elberfeld einen ähnlichen Antrag gestellt. Gewiß hat unsre Agitation überall im Reiche mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Klassenkampf nimmt überall sehr scharfe Formen an. Und doch ist ein kleiner Unterschied in der Art unsrer Gegner und besonders in ihrer Stärke. Wir im Rheinland haben mit dem schlimmsten und stärksten unsrer Gegner, mit dem Centrum zu kämpfen. Es ist so oft bei uns die Rede davon, daß der Centrumsturm ins Wackeln geraten sei. Ich habe mir den Centrumsturm sehr genau angesehen im Rheinland, und kann Ihnen sagen: abgesehen von ein paar kleinen Rissen, wird der Centrumsturm noch manchen Sturm überstehen. Der Katholikentag in Köln hat ja unmenschlich aufgeschnitten und übertrieben, aber es ist nicht zu übersehen, daß das rheinische Centrum über eine sehr starke Organisation verfügt. Der Volksverein für das katholische Deutschland, die Elitetruppe des Centrums, hat $13^1/_2$ Millionen Druckschriften ausschließlich gegen die Sozialdemokratie verbreitet, durch seine Korrespondenten steht es mit 371 Zeitungen in Verbindung. Diese Arbeit darf man nicht unterschätzen. Die größte Agitation entfaltet das Centrum im Rheinland. In Bayern haben wir ein ganz andres Centrum, als das rheinische es ist. Von den angeblich 300 000 Mitgliedern des Volksvereins sind im Rheinland 187 000, in Bayern aber nur 9000 Mitglieder. Mit dieser Organisation haben wir zu kämpfen und dazu müssen wir unser Rüstzeug prüfen. Die jetzt bestehenden Institute, das Agitationskomitee, genügen nicht mehr, so groß und erfolgreich seine Tätigkeit auch gewesen ist. Wie sehr wir im Rheinlande zugenommen haben, ergiebt die Statistik der letzten Wahlen. Die Erfolge sind ein Beweis, daß man bei guter Organisation viel erreichen kann. Es ist dort im Westen eine besondere Agitation notwendig; namentlich der Punkt „Religion ist Privatsache" muß da immer im Auge behalten werden. Es freut mich, daß der Antrag, der diesen Punkt unsres Programms aufheben wollte, keine Unterstützung gefunden hat. Die jetzigen Institutionen reichen jedenfalls nicht aus, um am Rhein den Kampf gegen das Centrum zu führen. Deshalb schlagen wir eine neue Organisation vor. Die Personenfrage würde dabei gewiß schwierig sein, aber sind wir jemals an der Personenfrage gescheitert? Die Gewerkschaften haben dieselbe Institution, und sie haben die Personenfrage auch gelöst. Eine Partei, die einen Vizepräsidenten für den Reichstag in Reserve hat, wird auch für diesen Posten eine geeignete Person finden. Gelänge das nicht, so wäre das ein Armutszeugnis für die Dreimillionen-Partei. Auch die Geldfrage kann nicht zur Ablehnung des Antrages führen; wir haben ja Geld — im Gegensatz zum Reich, das kein Geld hat. Die Zeit ist auch nicht mehr fern, wo wir im Rheinland im stande sein werden, die Kosten selbst zu tragen. Außerdem werden sich diese Ausgaben sehr bald durch die vermehrte Agitation selbst decken. Lehnen Sie den Antrag nicht ab; er wird sonst wiederkommen, und die Verhältnisse werden Sie später doch zwingen, ihn anzunehmen.

Kremser-Düsseldorf: Die jetzt vorhandenen Agitationskräfte im Westen sind unzulänglich; das hat nach den Wahlen der „Vorwärts" selbst geschrieben. Die jetzigen Angestellten unsrer Partei am Rhein sind überarbeitet, desgleichen die Gewerkschaftsführer. Wir müssen also die Kräfte verstärken, zumal wir in

der nächsten Zeit einen besonders heftigen Kampf mit dem Centrum zu führen haben werden. Ich habe während des ganzen Wahlkampfes in diesen Gegenden agitiert und gesehen, wie schwer die Agitation ist. Für den Fernstehenden ist es schwer zu begreifen, weshalb wir gegen das Centrum nicht mehr Erfolg haben; die Leute dort stehen eben zu sehr unter dem Einfluß der Klerisei. Da kann nur eine planmäßige unermüdliche Agitation helfen; dazu müssen wir aber Hilfe haben.

Auer: Was der Antrag 36 will, daß nämlich noch viel mehr agitiert werden soll als bisher, darüber sind wir alle einig. Zweifelhaft ist nur, ob auf dem vorgeschlagenen Wege das Ziel zu erreichen ist. Ich erlaube mir, das zu bezweifeln, auf Grund der reichen Erfahrungen, die wir in dieser Beziehung gemacht haben. Vor dem Sozialistengesetz hatten wir ja jahrelang das System der ständigen Agitatoren. Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes haben wir nach reiflicher Ueberlegung von einer Wiedereinführung dieses Systems abgesehen. Wir kamen dazu, weil wir mittlerweile ein Ersatzmittel gefunden haben, durch das viel mehr erreicht wird: indem wir eine weitverzweigte lokale Presse geschaffen haben. Die Redakteure dieser Blätter wirken in doppelter Beziehung agitatorisch: einmal durch die Zeitung und dann dadurch, daß sie auch noch mündlich agitieren. Dieses Mittel haben die Gewerkschaften nicht, deshalb ist es begreiflich, daß sie ständige Agitatoren anstellen. Nun sagt man, unsre Redakteure sind überlastet. Freilich sind sie es; wir sind alle überlastet; unsre Nerven sind so gereizt, daß wir jetzt 8 Tage lang Debatten hatten, die durch diese überreizten Nerven ihren scharfen Charakter bekamen. Wenn wir nicht alle in dem 35jährigen Kampfe unsre Nerven ruiniert hätten, so wäre in den letzten Tagen manches ungesagt geblieben. Das wird dadurch nicht anders, daß wir ein paar Agitatoren anstellen. Wenn die Genossen am Rhein dazu im stande sind, so können sie ja selbständig mit der Anstellung solcher Agitatoren vorgehen. Und wenn der Westen vom Vorstande finanziell unterstützt zu werden wünscht, so geschieht das ja schon, da wir zu einer ganzen Reihe von Blättern Zuschüsse leisten. Also dieser Wunsch ist erfüllt. Aber das soll noch nicht reichen. Reichen wird es auch nicht, wenn wir ein Dutzend Agitatoren hinschicken. Solche Agitatoren würden sich schnell abarbeiten, in dem Sinne, daß es bald heißen würde: Ach Gott, den So und so haben wir alle schon gehört, da muß der Abg. Bebel oder Singer kommen! Das ist menschlich natürlich. Also, ich bitte Sie, den Antrag 36 abzulehnen, weil nichts dabei herauskommen würde.

Ein Schlußantrag, den Trilse-Elberfeld mit Hinweis auf die Wichtigkeit des Gegenstandes bekämpft, wird angenommen.

Antrag 36 wird abgelehnt.

Den Antrag 53 begründet

Müller-Zwickau: Es ist der Wunsch vieler Genossen, daß die im Parteiverlage erscheinenden Broschüren in einheitlichem Format hergestellt werden.

Rich. Fischer: Wenn Sie nur den Wortlaut des Antrages in Betracht ziehen, so ist der darin ausgesprochene Wunsch bereits erfüllt, denn die Broschüren des „Vorwärts"-Verlages haben ein einheitliches Format. Aber alle in Parteiverlagen überhaupt erscheinenden Broschüren in einheitlichem Format herzustellen, ist unmöglich, denn die Formate sind abhängig von den verschiedenen Maschinen, und die können wir nicht über Nacht ändern.

Singer: Nachdem die Erklärung abgegeben ist, daß, soweit der Wortlaut des Antrags in Betracht kommt, die Forderung bereits erfüllt ist, ist der Antrag als erledigt anzusehen.

Müller-Zwickau: Ich ziehe den Antrag zurück.

Den Antrag 54 begründet

Zenker-Bielefeld: Die Preise für Broschüren sind jetzt vielfach zu hoch, namentlich die für Protokolle.

Richard Fischer: Der Preis unsrer Protokolle ist nicht zu hoch, es darf doch nicht der vorn aufgedruckte Buchhändlerpreis in Betracht gezogen werden, sondern man muß bedenken, daß die Genossen, die das Protokoll durch ihre Organisationen beziehen, hohen Rabatt erhalten.

Thiele-Halle: Ich bin doch der Meinung, daß die Preise für unsre Broschüren zu hoch sind. Die Aronssche Broschüre über die Landtagswahlen, die nur 24 Seiten stark ist, kostet 20 Pf., das Landtags-Handbuch 4 M. Auch den Gegnern soll man nicht zu hohe Preise abfordern.

Richard Fischer: Für das Landtags-Handbuch ist 4 M. der Buchhändlerpreis, wir setzen etwa 50 bis 100 Exemplare zu diesem Preise ab und haben keine Veranlassung, auch dabei noch bares Geld zuzuzahlen. (Sehr richtig!) Die Parteigenossen erhalten das Buch entweder gratis oder beispiellos billig. Die Aronssche Broschüre ist nicht 24, sondern 32 Seiten stark, die erste Auflage war so bemessen, daß kaum die Herstellungskosten gedeckt wurden. Die Genossen zahlen jetzt, gleichviel ob sie 100 oder 1000 Exemplare beziehen, wenn sie sie durch ihre Organisation beziehen, nur 5 Pf. für das Stück. Es geht keine Broschüre aus dem Verlag des „Vorwärts" heraus, ohne daß genau die Herstellungskosten und der mögliche Preis kalkuliert wird, natürlich unter Ansetzung des Aufschlages, der zur Existenz des Geschäftes nötig ist. Bei hohen Auflagen haben wir stets kleine Preise, schon im Interesse der Verbreitung der Broschüren. Im ganzen deutschen Buchhandel gelten die Preise des „Vorwärts"-Verlags als ganz exorbitant billig.

Hierauf wird der Antrag 54 abgelehnt.

Den Antrag 55 empfiehlt

Winkelmann-Bremen und erklärt, daß das Wort „alljährlich" in diesem Antrage zurückgezogen wird.

Der Antrag wird abgelehnt.

Den Antrag 56 zieht zurück

Täterow-Berlin, da er gehört habe, daß eine ähnliche Broschüre vom Verlage des „Vorwärts" vorbereitet werde.

Fischer-Berlin erklärt, daß eine solche Broschüre vom „Vorwärts"-Verlage nicht in Vorbereitung sei, aber der Gedanke sei ihm sehr sympathisch und er werde auf dessen Ausführung bedacht sein.

Timm-München teilt mit, daß im Verlage von Birk u. Co. in nächster Zeit eine Militärbroschüre aus der Feder von Rudolf Krafft erscheinen werde.

Antrag 59 wird debattelos abgelehnt.

Den Antrag 112 begründet

Schulz-Bremen: Bereits in München haben wir beschlossen, daß alle Flugblätter dem „Vorwärts" zugeschickt werden sollen. Ich habe aber vergebens auf Flugblötter gefahndet, eine Wahlkorrespondenz ist nicht erschienen, der „Vorwärts" hat nur eine besondere Rubrik „Wahlkampf" eingerichtet. Unser Antrag bezweckt eine Dezentralisation der auf die Zurückweisung solcher Wahllügen gerichteten Tätigkeit. Nur auf diese Weise, durch die Einrichtung eines solchen Archivs, ist es möglich, den Zweck zu erreichen. Dazu sind keine besonderen Umstände nötig; im Anfang werden eine Anzahl von blauen Mappen genügen, in denen das Material gesammelt wird. Ich glaube, Sie können den Antrag ruhig annehmen, da er den Vorstand zu keinen Ausgaben verpflichtet.

Lipinski-Leipzig: Ich glaube nicht, daß dieses Sammeln im allgemeinen besonderen Wert hätte; denn der Kampf schreitet doch immer fort. Wir haben aber in Leipzig in der Redaktion ein solches Archiv; ähnliche Archive wird man in allen Zeitungsredaktionen haben. Der Antrag ist also überflüssig.

Antrag 112 wird abgelehnt.

Den Antrag 119 empfiehlt

Wurm: Auf früheren Parteitagen wurde der Wunsch geäußert, daß der Fraktionsbericht unmittelbar nach Sessionsschluß herausgegeben werden möge; es stellte sich aber heraus, daß das nicht möglich ist, weil die Ausarbeitung des Berichts sich nicht so schnell machen läßt. Da es nun aber wünschenswert ist, unsren Agitatoren das Material über unsre Tätigkeit im Reichstage möglichst bald zugänglich zu machen und auch die Massen darüber aufzuklären, was wir im Reichstage leisten, so schlägt der Antrag vor, alljährlich in einem Flugblatt die Tätigkeit der Fraktion in gedrängter Kürze zu charakterisiren. Ich bemerke dazu, daß es sich empfiehlt, hierfür nicht die Form eines Flugblattes, sondern einer kleinen Broschüre zu wählen, die eher beachtet und aufgehoben wird als ein Flugblatt. Wenn diese Broschüre dann mit dem nötigen Eifer verbreitet wird, so wird es uns gelingen, uns auch in Kreisen Gehör zu verschaffen, in denen man sich bisher nicht um uns gekümmert hat. Und mehr verlangen wir ja nicht, weil wir wissen, daß der Sieg unsrer Sache sicher ist, wenn man uns nur Gehör schenkt.

Antrag 119 wird *angenommen*.

Den Antrag 133 begründet

Schwartz-Danzig: Die Lokalfrage ist ja seit langem ein Schmerzenskind für unsre Agitation. Der „Vorwärts" wies nach den Wahlen darauf hin, daß wir eigentlich in den Ostprovinzen keine befriedigenden Erfolge errungen haben. Die Verhältnisse sind da nicht besser geworden, sondern die breiten Massen der Arbeiter stehen dort noch auf demselben Niveau wie früher. Man kann im Gegenteil sagen, daß die Lage schlechter geworden ist. Nur mit Mühe ist es überhaupt gelungen, den Wahlkreis Königsberg zu halten. Das muß anders werden. Die Massen sind in diesen Gegenden gewiß auch unzufrieden, aber sie sind nicht sozialistisch, weil sie nicht aufgeklärt sind, und es ist wohl möglich, daß auch Königsberg noch mal verloren geht. Sobald der sozialdemokratische Abgeordnete für Königsberg verschwunden ist, wird in Westpreußen noch ganz anders gewirtschaftet werden als jetzt. Die Hauptschwierigkeit ist bei uns nicht die Personen-, sondern die Lokalfrage. In ganz Ostpreußen giebt es nur drei bis vier Städte, in denen uns sichere Lokale zur Verfügung stehen. Darum ist es nötig, daß der Vorstand sich mit der Frage beschäftigt. Mit Flugblättern allein kann man keine Erfolge erzielen. Die Volksbildung ist in diesen Provinzen noch so unentwickelt, daß man durch Schriften wenig auf die Leute wirken kann. Ich verlange nicht, daß im ganzen Osten große Gewerkschaftshäuser eingerichtet werden. Wenn wir nur Buden hätten, wo wir 50 bis 100 Personen versammeln könnten, wie sie die Baptisten haben (Heiterkeit), würden wir schon weiterkommen. Es wird so viel Geld für die Agitation im Osten ausgegeben, daß es möglich sein muß, auch hierfür etwas Geld abzustoßen. Das Geld könnte dadurch praktischer angewandt werden.

Pfannkuch: Ich muß mich darüber wundern, daß der Redner dem Partei-Vorstand Vorwürfe wegen seiner nach Ostpreußen gezahlten Unterstützung macht; die Preßunterstützung haben wir nach reiflicher Ueberlegung bewilligt. Der Antrag ist in seinem ersten Teil völlig überflüssig. Wenn irgend ein Genosse im Osten uns nachweist, daß es nötig ist, sich Versammlungslokale für 100 bis 200 Personen zu sichern, so werden wir, wie bisher, so auch in der Folge im Sinne der Antragsteller entscheiden. Anders aber, wenn Anträge auf Gründung von Versammlungshäusern an uns kommen. Diese Anträge sind so zahlreich, daß, wollten wir auch nur den vierten Teil davon genehmigen, wir keinen Pfennig Geld mehr in der Kasse hätten und wir einer Aktion, die plötzlich im Interesse der Partei notwendig wäre, nicht gerüstet gegenüber ständen. Das wollen Sie und die Antragsteller gewiß auch nicht. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. (Zustimmung.)

Braun-Königsberg: Wir in Königsberg haben seit zehn Jahren kein größeres Lokal mehr zur Verfügung. Es existiert wohl in ganz Deutschland kein Partei-Ort von der Bedeutung und Größe Königsbergs, der unter so elenden Lokalverhältnissen zu leiden hat. Mieten können wir ein Lokal nicht, weil keins vorhanden ist, wir mußten daher an die Erbauung eines eignen Lokals gehen. Wir sind jetzt so weit, daß wir ein Grundstück gekauft haben und an den Bau herangehen können. Wir wandten uns an den Parteivorstand und an die Generalkommission mit der Bitte um eine Unterstützung, aber der Parteivorstand lehnte das Gesuch aus prinzipiellen Gründen ab. Das war für uns um so unangenehmer, als die Generalkommission ihre Unterstützung davon abhängig gemacht hatte, daß der Parteivorstand sich gleichfalls beteilige; in der Generalkommission hat ja schließlich die bessere Ansicht gesiegt. Wir werden später nochmals an den Parteivorstand herantreten und ich hoffe, daß er dann seinen prinzipiellen Standpunkt verläßt. Auf die Dauer können wir in dem großen Agitationsbezirk des Ostens nicht wirken, wenn wir nicht in Königsberg festen Fuß fassen.

Pfannkuch: Es sieht so aus, als wenn der Vorstand die Ostprovinzen, speziell Königsberg, stiefmütterlich behandelte. Das ist nicht der Fall, wir haben die Forderungen, die aus Königsberg an uns kamen, bisher anstandslos bewilligt, ohne auch nur einen Pfennig abzuziehen. Für das dortige Parteiblatt sind in drei Jahren 25 000 M. hergegeben. (Hört! hört!) Wie steht es mit dem Versammlungslokal? Die Notwendigkeit erkennen wir an, aber darauf kommt es nicht an, denn auch in andren Orten liegt die Notwendigkeit vor. Worauf es ankommt, ist, daß bei dem Bau von Häusern genau so verfahren wird, wie bei der Gründung und Erweiterung von Parteiblättern. Wir haben in München beschlossen, daß sich die Genossen in solchen Fällen vorher an den Parteivorstand wenden sollen, damit dieser nicht vor eine vollendete Tatsache gestellt wird. Der Parteivorstand hat seine Schuldigkeit Königsberg gegenüber getan, er hat nach bestem Ermessen gehandelt. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Braun-Königsberg erklärt persönlich, er habe dem Vorstande nicht vorgeworfen, daß er zu wenig für Königsberg getan habe; im Gegenteil, dieser habe alle Wünsche erfüllt nur nicht bezüglich der Lokalfrage.

Hierauf wird der Antrag 133 abgelehnt.

Es folgt die Beratung der Anträge, die sich auf die Presse beziehen: 43, 44, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 122.

Hiervon werden nur die Anträge 49, 50 und 52 genügend unterstützt.

Den Antrag 49 begründet

Pistorius-Magdeburg: Die Antragsteller wünschen, daß der Parteivorstand sich mehr um die Pflege der Jugend-Literatur kümmert. Aehnliche Anträge kehren jedes Jahr wieder, ich begnüge mich, Sie um seine Annahme zu bitten.

Schulz-Bremen: Der Antrag bleibt ein frommer Wunsch, so lange wir nicht Genossen haben, die wirklich gute Jugendschriften für uns schreiben. Ist das der Fall, dann werden sie von der Partei auch gern verlegt werden. Bis dahin empfehle ich Ihnen das von der Jugendschriften-Kommission des Deutschen Lehrervereins herausgegebene Verzeichnis von Büchern; dieselben halten sich von politischen und religiösen Tendenzen fern. Vielleicht wäre es ratsam, einen Auszug hieraus zu veröffentlichen.

Hierauf wird der Antrag 49 abgelehnt.

Den Antrag 50 bittet

Meiling-Schöneberg anzunehmen. Das liege im Interesse der Verbreitung des Arbeiter-Notizkalenders.

Fischer-Berlin: Voriges Jahr war's der Antrag 54 in München. Da habe ich eine so schöne Rede gegen den Antrag gehalten, daß ich hoffe, sie hält noch vor und Sie lehnen auch diesmal den Antrag ab. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag 50 wird abgelehnt.

Den Antrag 52 begründet

Müller-Breslau: Es sei häufig vorgekommen, daß die Arbeitgeber bei Aussperrungen in auswärtigen Parteiblättern Arbeitskräfte in Inseraten verlangt hätten. Dem müsse vorgebeugt werden.

Haberland-Barmen hält es für überflüssig, die Frage aufzuwerfen. Es sei ganz selbstverständlich, daß die Parteipresse die Unternehmer bei solchen Aussperrungen nicht unterstützen dürfe.

Emil Fischer-Hamburg: Die Parteipresse muß sich bemühen, die Arbeitsmarkt-Inserate an sich zu ziehen, damit die Arbeiter, die Stellen suchen, nicht gezwungen sind, bürgerliche Blätter zu diesem Zwecke zu wählen. Wir in Hamburg haben bereits eine solche Spezialität gewonnen. Das „Hamburger Echo" ist das Insertionsorgan für die Tabak- und Zigarrenbranche. Täglich sind Hunderte von Stellen ausgeschrieben, und es ist ausgeschlossen, daß in jedem einzelnen Falle von der Expedition vor der Aufnahme eines solchen Inserats Nachforschungen angestellt werden. Die Gewerkschaften müssen die Redaktionen informieren, wenn Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern ausbrechen.

Stubbe-Hamburg: Gerade das „Hamburger Echo" hätte alle Veranlassung, Einrichtungen zu treffen, die es verhüten, daß Arbeitergesuche von Firmen aufgenommen werden, über die die Sperre verhängt ist. Unser Holzarbeiterverband hat das bereits einigemal empfunden. Wir haben die Sperre über eine Firma verhängt, das wird im redaktionellen Teile des „Echo" auch mitgeteilt und hinten im Inseratenteile erscheint eine zweispaltige Annonce derselben Firma, worin sie Arbeitskräfte sucht. So kam es, daß unser Kampf nutzlos verlief. Es sind noch mehrere solcher Fälle vorhanden. Jedenfalls lag gar kein Anlaß für die Redaktion des „Hamburger Echo" vor, gegen den Antrag Stellung zu nehmen. Wenn man etwas vorsichtiger in der Expedition des „Echo" vorginge, ließen sich solche Vorfälle vermeiden.

Persönlich bemerkt

Fischer-Hamburg: Niemand ist fehlerlos. Der Expedition des „Hamburger Echo" ist eben mal ein Versehen passiert. Bei unsrem vollständigen Arbeitsmarkt in der Tabak- und Zigarrenbranche ist ein solches Verfahren, wie es der Antrag vorschlägt, gar nicht möglich.

Der Antrag 52 wird abgelehnt.

Damit ist die Gruppe der Anträge, die die Presse betreffen, erledigt.

Von den Anträgen, die den nächsten Parteitag betreffen, ist der Antrag 92 zurückgezogen.

Antrag 138 — Erörterung des **Generalstreiks** — wird vom Vorsitzenden zur Unterstützung gestellt und nicht genügend unterstützt.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Dr. **Friedeberg**, daß der Antrag bereits, als er eingereicht wurde, die nötigen Unterschriften gehabt habe; er sei u. a. von Kautsky, Stadthagen, Frau Zetkin, Frau Luxemburg unterschrieben worden.

Vorsitzender **Singer**: Mein Versehen erklärt sich aus dem Umstande, daß trotz meiner Anweisung, auf den Anträgen, die bereits unterstützt sind, die Zahl der Unterschriften zu markieren, der gedruckte Antrag Friedeberg nur den Namen des Antragstellers enthält. Da wir aber selbstverständlich keinen Anlaß haben, die Versicherung des Genossen Friedeberg zu bezweifeln, so stelle ich den Antrag nunmehr zur Debatte.

Zur Begründung des Antrags erhält das Wort

Friedeberg-Berlin: Auf die Frage des Generalstreiks will ich hier materiell nicht eingehen. Der Antrag will lediglich eine spätere Erörterung dieser Frage, die ja auch auf der Tagesordnung des Internationalen Kongresses in Amsterdam steht, herbeiführen; der Parteitag würde sich also durch die Annahme des Antrags in keiner Weise binden. Eine solche Diskussion ist meines Erachtens notwendig. Es ist in der Taktik-Debatte schon darauf hingewiesen worden, wie wenig wir im Grunde genommen in dem 40jährigen angestrengten Kampfe, der hinter uns liegt, erreicht haben und wie häufig wir selbst Wahlkreise, die wir schon erobert hatten, wieder verloren haben, weil die Stimmung des Proletariats, seine Auffassung des Klassenkampfs sich geändert hat. Das lehrt uns, daß wir die Ideale des Klassenkampfes noch viel mehr in den Vordergrund stellen müssen, und das geschieht am besten durch proletarische Massenaktionen. Ich will unsre bisherige Taktik nicht bekämpfen, sondern nur ergänzen. Bedenken Sie, daß unsre ganze bisherige Tätigkeit nicht ausgereicht hat, die sächsische Wahlentrechtung zu verhindern, und mit dem Reichstagswahlrecht kann es genau so werden. Wenn damals der sächsischen Bourgeoisie mit einiger Aussicht auf Erfolg mit einem politischen Massenstreik hätte gedroht werden können, so wäre sie nicht so bereit gewesen, dem Proletariat das Wahlrecht zu rauben. Nehmen Sie den Antrag an und dokumentieren Sie dadurch, daß die wichtige Frage schärfer theoretisch erörtert werden muß.

Legien-Berlin: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Man könnte sagen, daß eine rein theoretische Erörterung der Frage des Generalstreiks unbedenklich sei. Ich glaube aber, daß eine solche Diskussion auf dem Parteitag für unsre Bewegung prinzipielle Bedeutung hätte. (Sehr richtig!) Wir haben uns bisher auf den internationalen Kongressen, auf denen die Frage erörtert wurde, ablehnend verhalten und ich habe noch auf dem Pariser Kongreß erklärt, daß für uns in Deutschland die Frage überhaupt nicht existiere. Ich habe weiter erklärt, daß es zunächst notwendig ist, zu organisieren, und daß die Frage des Generalstreiks dann erörtert werden möge, wenn wir eine genügende Organisation für den Generalstreik haben. (Sehr richtig!) Der eigentliche Vater des Generalstreiks, der Rechtsanwalt Briand, sagte auf diesem Kongreß: Auch wir denken nicht daran, den Generalstreik durchzuführen; für uns ist er nur Mittel zum Zweck und zwar in der Weise, daß wir eine bestimmte Idee in die Massen werfen, um sie zu organisieren. (Friedeberg ruft: Sehr richtig!) Nein, zur Organisation haben wir andre Mittel, und ich bin der Meinung, daß eine Idee, an deren Durchführung wir nicht mit voller Ueberzeugung glauben, gefährlich werden kann für unsre Organisationen (Sehr richtig!), daß man dann sagen wird: Warten wir doch auf den Generalstreik; was sollen wir jetzt unsre Beiträge zahlen, um kleine Vorteile zu erringen, wenn wir durch den Generalstreik die ganze kapitalistische Gesellschaft mit einem Schlage stürzen können. Ich glaube, wir bleiben bei unsrer bisherigen Auffassung, daß die Frage des Generalstreiks für uns nicht in Betracht kommt. Mir würde eine Diskussion über den Generalstreik genau so vorkommen, wie wenn wir die Revolution erörtern wollten, zu der, wie ich persönlich fest überzeugt bin, die herrschenden Klassen, wenn sie glauben, daß Gefahr im Verzuge ist, schreiten werden, um uns niederzuwerfen. Das sächsische Beispiel beweist nichts für den Generalstreik. Wenn in Sachsen die Vorbedingungen für den Generalstreik gegeben gewesen wären, dann hätte die Idee des Generalstreiks nicht erst propagiert zu werden brauchen, weil diese Vorbedingungen fehlten und wahrscheinlich auch fehlen würden, wenn Hand an das Reichstagswahlrecht gelegt würde, darum halte ich es für verfehlt, eine solche Idee zu propagieren. Ich glaube nicht, daß die herrschenden Klassen das Wahlrecht beseitigen wollen, nicht, weil die Gegner unsre Macht fürchteten, sondern weil dadurch der Bestand des Deutschen Reiches erschüttert

werden würde. Die süddeutschen Staaten . . . (Singer bittet den Redner, bei der Sache zu bleiben.) Ich glaube also, das Reichstagswahlrecht wird nicht angetastet werden. Der Genosse Friedeberg täte meines Erachtens besser, anstatt die Idee des politischen Streiks zu propagieren, zunächst uns zu helfen, die Voraussetzung dafür, nämlich möglichst entwickelte Organisationen zu schaffen. (Beifall.)

Ledebour: Ich stimme dem Genossen Legien darin bei, daß eine Erörterung der Frage unnötig, ja sogar gefährlich wäre. Zunächst ist es unsre Aufgabe, unsre Organisationen zu entwickeln; vorher kann an den Generalstreik überhaupt nicht gedacht werden. Der unglücklichste Gedanke des Genossen Friedeberg war es, hierbei die Frage des Reichstags-Wahlrechts zur Sprache zu bringen. Und ebenso verkehrt war es meines Erachtens von Legien, im Anschluß daran zu erörtern, was wir im Fall einer Antastung des Wahlrechts nicht tun könnten. In der Verkehrtheit seiner Begründung, stimmte Legien mit Friedeberg überein.

Ein Schlußantrag, von Katzenstein bekämpft, wird angenommen.

Antrag 138 wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Damit sind alle Anträge erledigt und ist die Tagesordnung erschöpft.

Pfannkuch erklärt zur Ergänzung seiner Mitteilungen über das Königsberger Gewerkschaftshaus, daß, als Braun zum zweitenmal nach Berlin kam, um die Sache zu betreiben, die Königsberger bereits ein Kapital von 20 000 Mark hatten, das zur Anzahlung für den Ankauf des Grundstücks Verwendung fand.

Singer teilt mit, daß die Genossin Lily Braun in einem Briefe an ihn erklärt habe, sie protestiere gegen die Ausführungen, die Bebel über sie gemacht habe, und werde die Sache einem Schiedsgericht unterbreiten.

Ferner ist folgende Erklärung von Ledebour eingegangen:

„Die Genossin Luxemburg hat die Mitglieder der Posener Revisionskommission, deren Brief ich verlesen habe, in der Debatte als Stänker bezeichnet, wie sie neuerdings in einer Erklärung deren Verwahrung dagegen Quertreibereien nannte.

Demgegenüber stelle ich fest:

1. daß die fragliche Kommission, deren Mitglieder mir persönlich unbekannt sind, zur Prüfung der Parteigeschäftsbücher in Posen, darunter auch der Bücher der „Gazeta Ludowa", von den berufenen Instanzen eingesetzt war;

2. daß der Posener Arbeitersekretär, der Genosse Gogowsky, der Kollege der Genossin Luxemburg, in der Vertretung der Parteigenossen Posens, durch Aushändigung seiner Bücher an die Kommission deren Berechtigung zur Vornahme der Revision anerkannt hat;

3. daß der von mir vollständig verlesene Brief der Kommission an mich weiter nichts enthält, als die Mitteilung, daß die Revision nur einen Bestand von 37 zahlenden Abonnenten der „Gazeta Ludowa" festgestellt hat;

4. daß ich mit der öffentlichen Bekanntgebung dieser Tatsache eine Parteipflicht erfüllt habe, da aus dem Vorstandsbericht hervorgeht, daß die „Gazeta Ludowa" im vergangenen Jahre mit 2650 M. unterstützt wurde.

Weiteres behalte ich mir vor.

Dresden, 20. September 1903.

G. Ledebour.

Vor Schluß des Parteitags waren gezwungen abzuweisen:

Bergmann, Gogowski, Herbert, Körsten, Lehmann-Olbernhau, Leven, Melzer, Nitsch, Schletter.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Schmalfeld-Bremen: Ich glaube, daß Sie alle mit mir einverstanden sind, wenn ich dem Bureau den Dank des Parteitages ausspreche für die umsichtige und taktvolle Leitung der Verhandlungen auch in den schwierigsten Augenblicken. (Beifall.) Außerdem möchte ich Ihnen dafür danken, daß Sie sich entschlossen haben, im nächsten Jahre nach Bremen zu kommen. Bremen ist der Partei zurückerobert worden. Ich möchte an diesen Dank den Wunsch knüpfen, daß wir uns im nächsten Jahre weniger mit taktischen als mit praktischen Fragen beschäftigen werden. Die Bremer Genossen werden sich jedenfalls alle Mühe geben, Ihnen den Aufenthalt in Bremen so angenehm wie möglich zu machen. (Beifall.)

Singer: Ich habe zunächst dem Genossen Schmalfeld zu danken für die freundlichen Worte der Anerkennung, die er für die Führung der Geschäfte an das Bureau gerichtet hat. Ich möchte ferner namens des Parteitags den Dresdener Genossen danken, die uns in unsren Verhandlungen unterstützt und in den Vorbereitungen und den Arrangements ihr bestes geleistet haben. — Die Dresdener Genossen haben dafür gesorgt, daß in diesen harten Tagen der Arbeit, soweit das möglich war, auch der Humor, wie sie ihn in der prächtigen Schrift, die zum Kommers verteilt wurde, entwickelt haben, zu seinem Rechte kam. Ich weiß, daß wir alle mit dem Gefühl des Dankes für die Dresdener Genossen von hier scheiden. (Zustimmung.) Weiter spreche ich den Genossen, die in den Kommissionen gearbeitet und sich deshalb einer Anzahl wichtiger Verhandlungen entziehen mußten, den Dank des Parteitages aus.

Genossen! Ich habe jetzt zum vierzehntenmal seit Aufhebung des Sozialistengesetzes den Vorzug und die Ehre, von dieser Stelle aus ein Resümee der Arbeiten unsres Parteitags zu geben. Wir haben in diesen 14 Jahren fast auf jedem Parteitag Fragen von großer Wichtigkeit diskutiert, wir haben sie in der uns eignen Art und Weise diskutiert, und da ich zu denen gehöre, die nichts leugnen, nichts vertuschen wollen, so würde ich es nicht für richtig halten, wenn wir nicht auch am Schlusse dieses Parteitags uns selbst das Zeugnis ausstellten, daß wir unsre Verhandlungen mit Offenheit, teilweise mit Rücksichtslosigkeit geführt haben. Indes, Genossen, in dieser Art, wie wir diskutieren, in der, wie wir uns gegenseitig nichts verschweigen, in der Art, wie wir deutlich und offen zu einander reden, liegt unsre Stärke. (Beifall.) In keiner Partei würde es möglich sein, die Leidenschaften so aufeinanderplatzen zu lassen, wie in der unsrigen; wir können das, weil wir wissen, daß, wenn auch leidenschaftliche Aeußerungen fallen, diese doch immer hervorgehen aus der flammenden Begeisterung, die in jedem vorhanden ist, der für die Ziele der Sozialdemokratie kämpft. (Lebhafter Beifall.) Wenn daher — ich möchte das im voraus sagen — etwa unsre Gegner die Hoffnung schöpfen wollten, daß nun die Partei in ihrem Vorwärtsmarschieren irgend wie gehemmt und geschädigt sein sollte, so werden sie erleben, daß sie im Irrtum sind. Es ist ja ein förmliches Sehnen in der bürgerlichen Presse, endlich den Tag herankommen zu sehen, an dem durch die rücksichtslose Austragung von Meinungsverschiedenheiten die herzlichsten Wünsche der Gegner erfüllt werden. Man lasse es sich gesagt sein, all überall — was auch die Sozialdemokratie unter sich und mit sich auskämpft — in Bezug auf den Kampf mit den Gegnern ist die Partei geschlossen, wie sie es von jeher war. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben auf diesem Parteitag Fragen von fundamentaler Wichtigkeit verhandelt. Schon in der Diskussion ist ausgeführt worden, daß es sich nicht um persönliche Reibereien, nicht um persönliches Gezänk handelte, wenn es auch manchmal äußerlich so schien. (Sehr richtig!) Will man die Verhandlungen richtig beurteilen, dann darf man sich nicht darauf beschränken, die persönlichen Erscheinungen zu betrachten, sondern dann muß man dazu übergehen, die Sache selbst zu untersuchen, und dann wird man zu der Ueberzeugung kommen, daß

das, was als persönlich angesehen wird, notwendig war, daß es gegeben war durch den Umstand, daß wir über Fragen verhandelt haben, die für die Partei von grundsätzlicher Bedeutung sind. (Zustimmung.) Unsre Verhandlungen haben gezeigt, was die Partei will. Es ist die Frage aufgeworfen: Was nun? Der Parteitag hat die Antwort darauf gegeben. Der Parteitag und die durch den Parteitag vertretene Partei will in ihrer immensen Majorität, daß Programm, Taktik, Streben und Agitation der Partei nicht geändert werden sollen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Massen in der Partei stehen nach wie vor auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes, dessen Ziel die Befreiung des Proletariats aus dem Druck, aus dem Elend der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist. (Lebhafte Zustimmung.) Das haben unsre Beschlüsse gezeigt, das haben unsre Beschlüsse offen vor aller Welt dargetan, und ich sage, daß diese Beschlüsse, wenn man sie loslöst von den äußeren Erscheinungen, die sich daran geknüpft haben, als dem Interesse der Partei entsprechend, als den Willen der Partei bekundend, als die Richtschnur der Partei auf dem weiteren Vormarsch von allen Parteigenossen anzusehen und zu beachten sind. Und deshalb sage ich weiter: wir dürfen zufrieden sein mit dem Ergebnis dieses Parteitages. (Sehr richtig!)

Wir dürfen zufrieden sein damit, daß sich so glänzend dokumentiert hat der Wille der Partei, daß wir nicht diplomatisieren wollen, daß wir in unsrer Partei keine Staatsmännelei haben wollen (Sehr richtig!), sondern daß wir entschlossen sind, den geraden Weg weiter zu gehen, den Weg, der dazu führen wird, unter Niederwerfung aller Gegner unser großes Ziel zu erreichen. (Stürmischer Beifall.)

Genossen! Wir stehen vor schweren Aufgaben, wir haben die schweren Pflichten der praktischen Arbeit zu erfüllen, sei es die praktische Arbeit der Agitation im Volke, sei es die praktische Arbeit in den Vertretungskörpern in Reich, Staat und Gemeinde. Diese praktische Arbeit wird die Aufmerksamkeit aller, die an diese Posten gestellt sind, in Anspruch nehmen, sie wird aber erleichtert werden durch die hier gefaßten Beschlüsse. Die Parteigenossen in den Vertretungskörpern aller Art werden sich diese Beschlüsse zur Richtschnur nehmen und dafür sorgen, daß ihre Arbeit getragen wird von den prinzipiellen Forderungen der Partei, sie werden den Willen der Partei zur Geltung bringen.

Ich brauche Sie nicht an den Ernst der politischen Situation zu erinnern. Ich vermeide es selbstverständlich, in diesem Moment auf einzelne Fragen einzugehen. Aber was auch die Zeiten bringen werden, die Sozialdemokratie wird, stolz und ruhig wie bisher, gestützt auf ihre Grundsätze, den Weg weiter wandeln, den sie für den richtigen hält, sie wird alle ihr zu Gebote stehenden Mittel ergreifen, um den Ansturm der Reaktionäre abzuwehren, durch ein Massenaufgebot des Volkes. Immer und immer wieder muß den herrschenden Klassen klar gemacht werden, wie die Massen des Volkes, wie die Arbeiterscharen über ihre politische und wirtschaftliche Entrechtung denken. Es muß ihnen klar gemacht werden, daß wir in einer Zeit leben, in der die Millionen von Arbeitern sich nicht mehr entrechten lassen. (Lebhafter Beifall.) Und nun, Genossen, die Aufgaben, denen wir entgegengehen, sie werden ja in einer sich anschließenden Konferenz vorbereitet werden. In dem größten und in einem andren großen Bundesstaat werden in ganz kurzer Zeit Landtagswahlen stattfinden. Die sächsischen und die preußischen Genossen werden unter voller Aufrechterhaltung ihrer Grundsätze, entsprechend den wiederholten Beschlüssen der Partei, in den bevorstehenden Kämpfen ihre volle Schuldigkeit tun. Diese Kämpfe sind wesentlich propagandistischer Art, und sie werden uns neue Waffen in dem Kampfe für das allgemeine gleiche Wahlrecht schmieden. Namentlich wird dadurch die Beseitigung des unerhörten Zustandes erleichtert werden, daß es in Deutschland noch Parlamente giebt, von denen die Arbeiter infolge des elenden Dreiklassen-Wahlsystems ferngehalten sind. Auch hier muß die Stimme der Massen machtvoll ertönen. (Beifall.)

Und nun Parteigenossen! Die Banner hoch! Nach wie vor: Vorwärts zum Kampf, vorwärts zum Sieg! Unbeirrt durch die Ereignisse der Tage, zielbewußt in dem, was wir erreichen wollen und was niedergelegt ist in unsrem Programm, gehen wir mutig und entschlossen an die Arbeit.

So wie immer, wird das Wohl der Partei unser Leitstern sein. Das bekräftigen wir, indem wir, wie am Anfang, so auch am Schlusse unsrer Verhandlungen unsren alten Schlachtruf ertönen lassen: Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Begeistert stimmen die Delegierten dreimal in das Hoch ein und singen stehend die erste Strophe der Arbeiter-Marseillaise.

Singer: Der Parteitag ist geschlossen. Schluß 3 Uhr.

Im „Vorwärts" Nr. 229 vom 1. Oktober veröffentlicht Genosse Bebel nachstehende Erklärung, die auf sein Ersuchen auch im Protokoll zum Abdruck gelangt.

„Vollmar sagte mit Bezug auf meine Ausführungen unter anderem:

Die gehobene Lebenslage gewisser Arbeiter hat sie verdorben! Auch das ist ein Argument, das schon früher aufgetaucht ist und das sehr wesentlich zur Verschärfung der Gegensätze in unsren Reihen beigetragen hat. Ich erinnere daran, daß Bebel ganz dasselbe Grillenberger vorwarf; ich weiß, daß Grillenberger deswegen unversöhnt mit Bebel aus dem Leben geschieden ist, weil er das nicht hat verwinden können."

Was Vollmar hier ausführt, ist eine Mär. Die Sachlage ist eine wesentlich andre. Im Jahre 1894 fand im Oktober der Parteitag zu Frankfurt a. M. statt, auf welchem unter anderm die Zustimmung der Genossen im bayrischen Landtage zum bayrischen Landesbudget einer lebhaften Erörterung unterzogen wurde. Diese Verhandlung wie noch einige andre Vorkommnisse auf dem Frankfurter Parteitage veranlaßten mich einige Zeit nachher in einer Berliner Parteiversammlung scharfe Kritik an den Verhandlungen des Parteitages zu üben.

Darauf antwortete mir Grillenberger in einem Artikel in der „Fränkischen Tagespost", in dem er unter anderm die Anklage erhob: „Bayern sei von der Parteileitung finanziell zurückgesetzt worden, es herrsche bei ihr gegen Bayern eine starke Animosität."

Ich erwiderte im „Vorwärts" vom 20. November 1894, diese Auffassung sei falsch, führte zum Beweis hierfür eine Reihe von Tatsachen und Zahlen an und schloß meine Ausführungen mit den Worten: daß die Partei seiner Zeit auch für das Nürnberger Geschäft mit ganzer Kraft eintrat — daß sie in jenen Jahren vor 1894 auch für das Münchener Unternehmen eingetreten war, hatte ich ebenfalls angegeben — als dasselbe (unter dem Sozialistengesetz) schwere Zeiten zu überwinden hatte, weiß Grillenberger ganz genau.

Diese Bemerkungen und nicht, wie Vollmar in seiner Rede behauptete, der Vorwurf, daß Grillenberger infolge seiner gehobenen Lebensstellung seine Anschauungen geändert habe, waren es, die Grillenberger gegen mich einnahmen. Hinzu kam, daß, wie ich viel später erfuhr, ein Artikel im „Vorwärts" vom 25. November 1894, den die Redaktion mit der Einleitung abdruckte: „Aus dem Kreise der Berliner Parteigenossen geht uns die folgende Zuschrift zu" und unterzeichnet: „Ein Berliner Parteigenosse", in dem in durchaus sachlicher Weise zahlenmäßig die Hilfe aufgeführt wird, die Bayern in einer Reihe von Jahren aus der Parteikasse erhielt, von Grillenberger mir zugeschrieben wurde, obgleich ich der Verfasserschaft desselben fern stand, ein Glaube, der Grillenbergers Voreingenommenheit gegen mich noch steigerte.

Ich habe aber auch zu konstatieren, daß sowohl Frau Grillenberger wie Freunde von Grillenberger und mir sich alle Mühe gaben, eine Verständigung zwischen uns herbeizuführen, die aber an Grillenbergers Hartnäckigkeit, die von gewisser Seite geflissentlich genährt wurde, scheiterten. Nach meiner Ueberzeugung litt Grillenberger schon damals an den ersten Symptomen der Erkrankung, die leider im Herbst 1898 die plötzliche Katastrophe über ihn herbeiführte, der er binnen wenig Stunden zum Opfer fiel. Anders wäre sein Verhalten gegen mich unerklärlich gewesen.

Schöneberg-Berlin, den 30. September 1903. A. Bebel.

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Albrecht, Ad.	Halle	Anhalt II
Antrick, Otto	Berlin	Kottbus-Spremberg, Rothenburg-Hoyers-
Auer, J.	Berlin	Vorstandsmitglied [werda
Baader, Ottilie	Berlin	Frauen Berlins
Bartel, Adolf	Danzig	Danzig
Bartels, Albert	Wernigerode	Halberstadt, Oschersleben, Wernigerode
Baudert, August	Apolda	M. d. R., 1. weimarischer Kreis
Bebel, August	Berlin	M. d. R., Vorstandsmitglied
Becker, Clemens	Lemgo	Lippe-Detmold
Beeck, August	Lauenburg	Altona-Stormarn und Lauenburg
Beer, S.	Cannstatt	Cannstatt
Bender, Ferd.	Magdeburg	Magdeburg und Stendal-Osterburg
Bérard, R.	Hamburg	Hamburger Parteigeschäft
Bergmann, Friedr.	Altwasser	Waldenburg
Bernstein, Eduard	Berlin-Schöneberg	M. d. R.
Berthold, Heinrich	Darmstadt	Darmstadt-Gr.-Gerau, Worms-Heppenh.
Beyer, Richard	Leipzig	12. sächsischer Wahlkreis
Biedermann, Louis	Delitzsch	Delitzsch-Bitterfeld
Birk, Georg	München	M. d. R.
Block, Hans	Dresden-A.	Dresden-Altstadt, 5. sächsischer Wahlkreis
Blos, Wilh.	Bruchsal	M. d. R.
Bock, Wilh.	Gotha	Kontrolleur
Böhle, Bernhard	Straßburg	6. elsässischer Wahlkreis
Böhm, Wilh.	Schkeuditz	Merseburg-Querfurt
Boemelburg, Th.	Hamburg	M. d. R.
Borgmann, Herm.	Berlin	Königsberg (Neumark)
Bossert	Cannstatt	Cannstatt, Ludwigsburg, Marburg, Waib-
Braun, Adolf	Nürnberg	Bamberg [lingen
Braun, Heinrich, Dr.	Berlin	Frankfurt-Lebus
Braun, Lily	Berlin	Frankfurt-Lebus
Braun, Otto	Königsberg i. Pr.	Königsberg i. Pr.
Brey, August	Hannover	Hameln-Limmer
Brühne, Friedr.	Frankfurt a. M.	Kontrolleur
Buchwald, Edmund	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Burcke, Wilh.	Bautzen i. S.	3. sächsischer Wahlkreis
Bushold, Heinrich	Friedberg	Friedberg-Büdingen
Conrad, Erdmann	Mügeln	8. sächsischer Wahlkreis
Crispien, Arthur	Königsberg	Elbing-Marienburg
Crohn, Dr. med.	Halberstadt	Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode
Czech, Oskar	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
David, Gertrud	Mainz	Mainz
Dieter	Löbau	2. sächsischer Wahlkreis
Dorn, Konrad	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Dräger, Paul	Wilhelmsburg	17. hannoverscher Wahlkreis
Dreesbach, August	Mannheim	11. badischer Wahlkreis
Dubber, Erdmann	Hamburg	1. Hamburger Wahlkreis
Eberhardt, Wilhelm	Charlottenburg	Vorstandsmitglied
Ebert, Friedrich	Bremen	18. hannoverscher Wahlkreis
Efftinge, Johannes	Wandsbeck	Altona-Stormarn und Lauenburg
Ehrhart, Franz Josef	Ludwigshafen	Kontrolleur
Eichhorn, Emil	Mannheim	M. d. R.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Eisner, Kurt	Berlin	Redaktion des Vorwärts
Eitzerodt, Hermann	Krefeld	Krefeld
Elm, von, Adolf	Hamburg	M. d. R.
Emmel, Leopold	Mülhausen i. E.	Mülhausen i. E.
Engler, Wilhelm	Freiburg i. Br.	Freiburg i. Br. und 5. u. 6. badischer Wahlkr.
Ewald, Ferdinand	Berlin	Luckenwalde-Zauch-Belzig
Faber, Emil	Frankfurt a. O.	Frankfurt-Lebus
Fauth, Albrecht	Wetzlar	Wetzlar-Altenkirchen
Feldmann, Franz	Langenbielau	Reichenbach-Neurode
Fenske, Franz	Linden	Hannover
Fischer, Edmund	Briesnitz	M. d. R.
Fischer, Emil	Hamburg	Hamburg II
Fischer, Karl	Berlin	Berlin VI
Fischer, Richard	Berlin	M. d. R., Buchhandlung Vorwärts
Förster, Herm.	Hamburg	M. d. R.
Fräßdorf, Julius	Dresden	M. d. R.
Franck, L., Dr.	Mannheim	7. und 12. badischer Wahlkreis
Franke, Otto	Berlin	Berlin IV
Freiwaldt, Georg	Pankow	Nieder-Barnim und Ost-West-Sternberg, Ober-Barnim
Frechthaler, Wilhelm	Berlin	Berlin VI
Friedeberg, Rafael, Dr.	Berlin	Berlin III
Friedländer, Willi	Berlin	Berlin V
Fritz, St.	Berlin	Berlin III
Fritzsch, Wilhelm	Berlin	Wittenberg-Schweinitz
Frohme, Karl	Hamburg	M. d. R.
Fülle, Albrecht	Berlin	Berlin II und Kalau-Luckau
Geck, Adolf	Offenburg	Kontrolleur
Gericke, W.	Leipzig	12. sächsischer Wahlkreis
Gerisch, A.	Berlin	Vorstandsmitglied
Gewehr	Elberfeld	Altena-Iserlohn
Geyer, Fr.	Leipzig	M. d. R.
Gilsbach, H.	Köln	Bonn-Rheinbach und Köln-Stadt
Göhre, Paul	Zehlendorf	M. d. R.
Gogowski, J.	Posen	Posen
Goldstein, Hermann	Zwickau	M. d. R.
Gradnauer, Georg, Dr.	Berlin	M. d. R.
Greiner, R.	Aschersleben	Aschersleben
Grenz, Ernst	Leipzig	M. d. R.
Grimpe, H.	Elberfeld	Düsseldorf
Grothe, W.	Halle	Halle und Eisleben
Grünberg, Karl	Hartha	10. sächsischer Wahlkreis
Grünrock, Gustav	Ronsdorf	Lennep-Mettmann
Gruenwaldt, L.	Hamburg	Hamburg I
Grumbt, P.	Annaberg	21. sächsischer Wahlkreis
Grunwald, M.	Berlin-Friedenau	Mühlhausen-Langensalza-Weißensee
Haase, Hugo	Königsberg	M. d. R.
Haberland, K.	Barmen	Elberfeld-Barmen
Haenisch, Konrad	Dortmund	Dortmund-Hörde
Härtel, August	Langenöls	Görlitz-Lauban
Hahn, Adolf	Dresden-Neustadt	4. sächsischer Wahlkreis
Haller, Dr., von	St. Alban	Nürnberg-Altdorf
Harris, Leopold	Himbach	Friedberg-Büdingen
Haverkamp, August	Bremerhaven	19. hannoverscher Wahlkreis
Heer, Joseph	Arnstadt	Schwarzburg-Sondershausen
Heine, Wolfgang	Berlin	M. d. R.
Heitland, Wilh.	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Henk, F.	Rostock	Rostocker Parteigenossen
Hennig, Gustav	Leipzig	Leipzig-Land
Hentschel, Bruno	Meißen	7. sächsischer Wahlkreis
Herbert, Fritz	Stettin	M. d. R.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Hering, Aug.	Flensburg	1. und 2. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Herzfeld, Joseph	Berlin	M. d. R.
Heymann, Berthold	Stuttgart	1. württembergischer Wahlkreis
Hieber, Albert	Göppingen	10. württembergischer Wahlkreis
Höppner, Franz	Grabow	Randow-Greifenhagen
Höppner, Wilh.	Dresden-Cotta	Dresden-Land
Hoffmann, Ad.	Berlin	Nordheim, 11. hannoverscher Wahlkreis
Hoffmann, Otto	Nowawes	Teltow-Beeskow
Hoffmann, Paul	Hamburg	Hamburg II, und 3. schleswig-holst. Wahlkr.
Hofmann, Franz	Chemnitz	M. d. R.
Holzapfel	Braunschweig	Braunschweig
Horn, Georg	Lindenau	M. d. R.
Horst, Chr.	Durlach	9. badischer Wahlkreis
Hué, Otto	Essen	Bochum
Hug, Paul	Bant	1. und 2. hannoverscher Wahlkreis 1. und 2. oldenburgischer Wahlkreis
Hugel, Karl	Bayreuth	Bayreuth-Berneck-Wunsiedel
Huhn, Heinr.	Kassel	Kassel-Melsungen
Jacobsen, J. D.	Lockstedt	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Jasper, Dr.	Braunschweig	3. braunschweigischer Wahlkreis
Ihrer, Emma	Pankow	Berlin (Frauen)
Jonas, Gustav	Berlin	Berlin III
Israel, M.	Neustadt i. Sachsen	8. sächsischer Wahlkreis
Jürs, Carl	Neumünster	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Jung, Minna	Ober-Schöneweide	Nieder-Barnim (Frauen)
Kaden, August	Dresden	Kontrolleur
Kähler, W.	Dresden	Elberfeld-Barmen
Katzenstein	Berlin	Alzey-Bingen
Kautsky, Karl	Berlin	Redaktion der „Neue Zeit"
Kayser, Richard	Landsberg a. W.	Landsberg a. W.-Soldin
Keil, W.	Cannstatt	Cannstatt, Ludwigsburg, Marbach-Waiblingen
Kirsche, Robert	Zittau	Zittau-Ostritz
Kittler, Gustav	Heilbronn	3. württembergischer Wahlkreis Heilbronn und 11. württembergischer Wahlkreis Hall-Oehringen
Klotzsch, Marie	Berlin	Berlin (Frauen)
Klüter, Gottlieb	Herford	Herford-Halle
Knieriem, Konrad	München	München II und Rosenheim
Köckeritz, Richard	Berlin	Berlin II
Koenen	Hamburg	Kontrolleur
Körner, Bruno	Ludwigshafen	Gau bayerische Pfalz
Körsten, Alwin	Berlin	M. d. R.
Kolb, Wilhelm	Karlsruhe	Karlsruhe-Bruchsal
Koß, Fr.	Schwerin	2. mecklenburgischer Wahlkreis
Kotzke, Franz	Berlin	Guben-Lübben
Krämer, August	Degerloch	Stuttgart Stadt und Amt
Kratzsch, Max	München	Rosenheim-Hausham
Kremser, Wilhelm	Düsseldorf	Düsseldorf
Krohn, August	Konstanz	1. badischer Wahlkreis
Krüger, Hugo	Dresden	Dresden-Altstadt
Kühn, Otto	Dresden-Mickten	4. sächsischer Wahlkreis
Laafer, Paul	Berlin	Berlin IV und Friedeberg-Arnswalde
Lange, Gust.	Niederhäßlich	Dresden-Land
Langenstein, Fr.	Plauen	Plauen-Oelsnitz
Langhorst, Cornelius	Dresden-Pieschen	4. sächsischer Wahlkreis
Leber, H.	Jena	Eisenach
Ledebour, Georg	Berlin	M. d. R.
Legien	Berlin	M. d. A.
Lehmann, Gust.	Mannheim	2. nassauischer Wahlkreis
Lehmann, Gust.	Olbernhau	20. sächsischer Wahlkreis
Leonhard, Anton	Klingenthal	Plauen-Oelsnitz

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Leopold, A.	Zeitz	Zeitz-Weißenfels-Naumburg
Lesche, Friedr.	Hamburg	M. d. R.
Leutert, Paul	Apolda	Jena-Weida-Neustadt
Leven, Wilh.	Gera	Reuß j. L.
Lienau, H.	Neumünster	4. und 9. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Liepmann, Leop.	Berlin	Berlin V
Lindemann, H., Dr.	Degerloch	M. d. R.
Lipinski, Richard	Leipzig	M. d. R.
Löbe, Paul	Breslau	Breslau Ost und West
Löwenstein, Gabr.	Nürnberg	Bamberg
Lohrberg, Aug.	Hannover	8. hannoverscher Wahlkreis
Lucht, Franz	Berlin	Berlin I
Lückel, Hch.	Bochum	Bochum
Luxemburg, Rosa, Dr.	Berlin	Bromberg, Czarnikau-Kolmar-Filehne [und Posen
Mahlke, H.	Flensburg	M. d. R.
Mahring, Herm.	Gotha	Herzogtum Gotha
Mannheimer, J.	Ottensen	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Mars, Carl	Berlin	Berlin VI
Meiling, Herm.	Schöneberg	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Meist, Carl	Köln	M. d. R.
Meister, Heinrich	Hannover	Kontrolleur
Melzer, Max	Gelenau	20. sächsischer Wahlkreis
Metzger, Wilh.	Hamburg	M. d. R.
Meyer, Wilh.	Münden	12. hannoverscher Wahlkreis
Michaelis, Otto	Erfurt	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Michels, Robert, Dr.	Marburg	Marburg-Kirchhain-Frankenberg und Alsfeld-Lauterbach-Schotten
Molkenbuhr, Herm.	Ottensen	M. d. R.
Motteler, J.	Leipzig	M. d. R.
Mucker, Max	Wurzen	Wurzen-Oschatz-Grimma
Müller, Adolf	München	München I
Müller, Gustav	Breslau	Breslau Ost und West
Müller, Gustav	Potschappel	Dresden-Land
Müller, Herm.	Görlitz	Liegnitz-Goldberg-Haynau
Müller, Hermann	Glauchau	17. sächsischer Wahlkreis
Müller, Paul	Hamburg	5. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Müller, Robert	Zwickau	18. sächsischer Wahlkreis
Neumann, Richard	Landsberg a. W.	Landsberg-Soldin
Neuschäfer, Eduard	Langerfeld	Hagen-Schwelm
Niemeyer, Oscar	Hamburg	Hamburg III
Nitsch, Richard	Magdeburg	Wolmirstedt-Neuhaldensleben
Nitzschke, Ernst	Großenhain	M. d. R.
Noack, Richard	Groitzsch	Borna-Pegau
Noske, Gustav	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Oppel, Georg	Berlin	Berlin I
Orbig, Karl	Gießen	Gießen-Grünberg-Nidda
Osterroth	St. Johann	St. Johann-Saarbrücken
Paeplow, Fritz	Hamburg	Hamburg III
Paris, Aug.	Velten	Potsdam-Spandau-Osthavelland
Passehl, Otto	Wolgast	Greifswald-Grimmen u. Demmin-Anklam
Paulick	Roßlau	Dessau-Zerbst
Peus, Heinrich	Dessau	Brandenburg-Westhavelland
Pfannkuch, E.	Berlin	Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalden
Pfannkuch, W.	Berlin	Vorstandsmitglied
Pfarr, Johann	Berlin	Kontrolleur
Pforr, Fritz	Höchst a. M.	Höchst-Usingen
Pickelmann, Ludwig	München	München I
Pielecke, Hermann	Johannisthal	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Pistorius, Robert	Magdeburg	Magdeburg
Pohl, Alwin	Hainichen	Freiberg-Oederan-Hainichen
Poller, Wilhelm	Kiel	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Quarck, Max. Dr.	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Nackl, Anton	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Nasch, Jean	Langeniebach	Hanau-Gelnhausen
Nauch, Friedrich	Limmer	Hildesheim
Naute, Gustav	Eilenburg	Delitzsch-Bitterfeld
Neißhaus, P.	Erfurt	M. d. R.
Neuber, Karl	Ohligs	Solingen
Niedel, Karl	Greiz	Reuß ä. L.
Nohleder, Franz	Elsterberg	22. sächsischer Wahlkreis
Nollwagen, Hans	Augsburg	Augsburg, Kaufbeuren
Nothe, Fritz, Dr.	Luckenwalde	Zauch-Belzig
Nudolph, Hermann	Mittweida	15. sächsischer Wahlkreis
Nühle, Otto	Harburg	17. hannoverscher Wahlkreis
Sachse, H.	Bochum	M. d. R.
Schaumburg, Karl	Hamburg	Hamburg I
Scheib, Johann		Leipzig-Land, 13. sächsischer Wahlkreis
Scheidemann, Philipp	Offenbach	M. d. R.
Schletter, Hermann	Thalheim	19. sächsischer Wahlkreis
Schlick, Fritz	Lauf	Fürth-Erlangen
Schmalfeldt, J. H.	Bremerhaven	Bremen
Schmidt, Albert	Magdeburg	M. d. R.
Schmidt, Peter	Johanngeorgenstadt	21. sächsischer Wahlkreis
Schmidt, Robert	Berlin	M. d. R.
Schmidt, Rosa	Leipzig	12. und 13. sächsischer Wahlkreis (Frauen)
Schmidt, Wilhelm	Frankfurt a. M.	M. d. R.
Schmitt, Franz	München	Würzburg
Schöpflin, Georg	Leipzig	M. d. R.
Schorrer, Joseph	Freilassing	Traunstein
Schrader, Christian	Hannover	4. hannoverscher Wahlkreis
Schulz, Heinrich	Bremen	Bremen und 6. hannoverscher Wahlkreis
Schulze, Ernst	Cossebaude	M. d. R.
Schumann, Emil	Neu-Weißensee	Niederbarnim
Schwartz, Karl	Langfuhr-Danzig	Thorn-Briesen und Graudenz
Schwarz, Theodor	Lübeck	M. d. R.
Seeger, Fritz	Leipzig	12. sächsischer Wahlkreis
Segitz, Martin	Fürth	Erlangen-Fürth
Seifert, Karl	Kalk	Köln-Land
Severing, Karl	Bielefeld	Minden-Lübbecke
Silberschmidt, Herm.	Berlin	Züllichau-Schwiebus, Krossen und Wahlkreis Wanzleben
Sindermann, Karl	Dresden	M. d. R.
Singer, Paul	Berlin	M. d. R., Vorstandsmitglied
Sommer, Moritz	Forst	Sorau-Forst
Stadthagen, Arthur	Berlin	M. d. R.
Staudinger	Leipzig	Löwenberg
Stengele, Gustav	Hamburg	Hamburg II
Stephan, August	Oschatz	Oschatz-Grimma
Stoeßel, Paul	Bromberg	Bromberg
Stolle, W.	Gesau	M. d. R.
Stolpe, Hermann	Grünberg	Grünberg-Freystadt und Bunzlau-Lüben
Storch, Franz	Stettin	Stettin
Straßenmeyer, Christ.	Essen	Essen
Stubbe, Heinrich	Hamburg	Hamburg III
Stücklen, Daniel	Altenburg	Hof
Südekum, Albert, Dr.	Berlin	M. d. R.
Tännert, R.	Peine	14. hannoverscher Wahlkreis
Täterow, August	Berlin	1. Berliner Wahlkreis
Thate, Franz	Hartha	10. sächsischer Wahlkreis
Thesing, Ernst, Dr.	Marburg	Marburg-Kirchhain
Thiele, Adolf	Halle	M. d. R.
Thomas, Hermann	Altona	Altona-Stormarn und Lauenburg

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Timm, Johannes	München	München II
Trilse, Hermann	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Ulrich, Carl	Offenbach a. M.	Offenbach-Dieburg
Vetterlein, Emil	Gera	Reuß j. L.
Vogel, Aug.	Berlin	Berlin IV
v. Vollmar, Georg	Soiensatz	München II
Vosseler, Andreas	Schwenningen	Württemberg IX
Wagner, Georg, Dr.	Hanau	Hanau-Gelnhausen-Orb
Walter, Anton	Coburg	Coburg
Weber, Karl	Leisnig	10. sächsischer Wahlkreis
Weidner, Wilhelm	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Weil	—	Straßburg-Land
Weiß, Joh. Bapt.	Mainz	Mainz-Oppenheim
Welk, Carl	Lichtenberg	Nieder-Barnim
Welker, Bruno	Aue	19. sächsischer Wahlkreis
Wels, Otto	Berlin	Prenzlau-Angermünde
Wengels, Robert	Berlin	Vorstandsmitglied
Werner, Herm.	Berlin	Berlin II
Weyers, C.	Duisburg	Duisburg-Mühlheim
Winkelmann, C.	Bremen	Bremen
Winkler, Oskar	Lugau	19. sächsischer Wahlkreis
Winter, Franz	Frankenhausen	Schwarzburg-Rudolstadt
Wissell, R.	Lübeck	Lübeck
Wölfel, Rob.	Leipzig	Leipzig-Land
Wolf, Peter	Kaiserslautern	Gau bayerische Pfalz
Wolf, Wilh.	Mülheim	Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach
Wurm, Emanuel	Berlin	M. d. R.
Zenker, Ad.	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Zetkin, Clara	Stuttgart	Kontrolleur
Zietz, Louise	Hamburg	Altona-Ottensen-Neumünster (Frauen)
Zorn, Georg	Fürth	Fürth-Erlangen
Zubeil, Fritz	Berlin	M. d. R.

Genosse Meiling ist in der Nacht vom Sonntag auf Montag (21. September) infolge eines Schlaganfalls plötzlich gestorben.

Ausländische Gäste sind auf dem Parteitage:

Aus Oesterreich:

Dr. Victor Adler und Ferdinand Skaret, Deutsche Parteivertretung.
Engelbert Pernerstorfer, Anton Schäfer, Josef Seliger, Schrammel.
Anton Nemec, Tschechische Parteivertretung.

Aus England:

J. B. Askew und Jones, Sozialdemokratische Federation.

Aus Amerika:

Wilshire, Sozialdemokratische Partei Amerikas.

Aus Holland:

Tak, Sozialdemokratische Partei Hollands.

Aus der Schweiz:

Dr. Fritz Studer.

Sprech-Register.

Adler 146. 188.
Auer 193. 269. 362. 427.

Baader, Ottilie 286
Bebel 138. 141. 144. 169. 171. 209. 210. 253. 257. 264. 299. 373. 376. 411. 416.
Bernhard 192. 195. 201. 252. 253.
Bernstein 390.
Beyer 178.
Boemelburg 250.
Braun, Adolf 156. 279. 288.
Braun, Heinrich 162. 163. 165. 167. 169. 240. 243. 244. 258. 295. 296.
Braun, Otto 430.
Bushold 424.

Ebert 299.
Eisner 269. 416.
Eitzerodt 424.
Emmel 210.
Engler 299.

Fischer, Edmund 176. 192. 193.
Fischer, Emil 431.
Fischer, Richard 156. 374. 375. 377. 427. 428. 431.
Freiwaldt 190.
Friedeberg 422. 431. 432.
Friedländer 263.

Gerisch 153. 158. 171. 270. 272.
Gewehr 424. 425.
Gilsbach 424. 426.
Göhre 234. 235. 260.
Gruenwaldt 189. 190. 191. 195. 210.

Haberland 431.
Haenisch 275.
Heine 230. 259. 271. 272. 404. 413. 414. 417.
Hering 288. 425.
Hoffmann, Adolf 181. 192. 251. 252. 262. 298. 373. 374. 376.
Hoffmann, Paul 172.
Hofmann, Otto 195. 239.

Ihrer 191. 290.
Jonas 148.

Kaden 136. 297.
Kähler 288.
Katzenstein 245. 275. 288. 289. 291. 355.
Kautsky 172. 258. 259. 290. 380. 403. 417.
Keil 284.
Kittler 379. 380.
Kolb 345. 346.
Kremser 426.
Krohn 286.
Krüger 245. 424.

Ledebour 142. 230. 276. 279. 281. 345. 433.
Legien 411. 432.
Lehmann 155. 379.
Leutert 380.
Lienau 141.
Liepmann 376.
Lindemann 403.
Lipinski 428.
Löbe 191. 192. 279. 424.
Luxemburg 277.

Mehring 248.
Meiling 430.
Meist 353.
Meister 154.
Michels 229. 284. 421.
Molkenbuhr 294. 353. 404.
Müller-Breslau 431.
Müller-Glauchau 285.
Müller-Zwickau 427.

Nemec 147.
Niemeyer 295.
Nußbaumer 210.

Peus 209. 297. 298.
Pfannkuch 150. 151. 152. 157. 158. 260. 279. 422. 429. 430. 433.
Pistorius 430.

Quarck 145. 197. 263.

Rauch 289.
Reuber 157. 345.

Schmalfeld 433.
Schulz 428. 430.
Schwartz-Danzig 429.
Seeger 192. 239.
Segitz 162.
Sindermann 209.
Singer 141. 142. 143. 145. 149. 151. 152. 155. 163. 165. 167. 169. 171. 188. 189. 190. 192. 195. 201. 209. 235. 243. 244. 245. 246. 250. 252. 257. 258. 259. 260. 263. 264. 279. 281. 292. 296. 298. 299. 321. 340. 345. 346. 357. 373. 374. 375. 377. 378. 379. 390. 403. 404. 410. 411. 413. 420. 423. 425. 427. 431. 433. 434. 436.
Stadthagen 184. 257. 272. 281. 291. 376. 377.
Stoeßel 288.
Stolpe 193.
Straßenmeyer 287.
Stubbe 425. 431.
Studer 189.
Stücklen 345. 346. 351. 373.

Tak 147.
Täterow 287. 375. 428.
Thiele 428.
Timm 143. 209. 357. 428.
Trilse 286.

Ullrich 196.

Vollmar 321. 415. 417.

Walter 156. 423.
Wels 192.
Werner 193. 195. 230.
Wilshire 149.
Winkelmann 428.
Wurm 429.

Zenker 427.
Zetkin 178. 293. 295. 297.
Zubeil 199. 201. 259.

Sach-Register.

Abonnentenzahl der Parteipresse 34.
Abstimmung über die Resolution zur Taktik 419.
— über Resolution wegen Mitarbeit an der bürgerlichen Presse 263.
Agitations-Anträge 121.
— Beratung der Anträge 425.
— bei den Frauen 49.
— in den Ostprovinzen 157.
Agitations-Broschüren 38. 51. 427.
— -Kalender 150.
Agrarzölle 57. 63.
Aichbichler — Antrag 68.
Alkoholfrage 425.
Antrag Aichbichler 68.
— Kardorff 70.
— Molkenbuhr zum internationalen Kongreß 292.
— Spahn 79.
Anträge an den Parteitag 117—135.
— abgelehnte 447.
— angenommene 447.
— zur Agitation 121. 425.
— zur Maifeier 123. 425.
— zur Organisation 119. 425.
— zu Parlamentarisches 124.
— betreffend nächsten Parteitag 127.
— nachträglich eingegangene 131—135.
— zur Presse 121. 430.
— zum Programm 123.
— Schicksal derselben 447.
— Sonstige 447.
— zur Tagesordnung 117.
— zur Taktik 117. 418.
— zum Vorstandsbericht 117.
Arbeiterfamilie, Nachlaß einer 14.
Arbeiter-Notiz-Kalender 34. 431.
Arbeiterschutz 87.
Arbeiter-Sekretariate 17. 151.
— -Versicherung 294.
Arbeiterinnenschutz 49, 113. 290.
— -Petition 113.
Arendt, Friedrich † 11.
Armee-Lieferanten 91.
Auers Wiederwahl 361, 373, 374. 420.
Aufruf der Fraktion zu den Reichstagswahlen 27. 33.
Ausgaben der Hauptkasse 40.
— für die Parteipresse 42. 153.
— des Reichs 81.
— des „Vorwärts" 35.
Auswärtiges Amt 92.

Ballestrems Erklärung 86.
Bauarbeiterschutz-Kongreß 18.
Bebels Erklärung gegen Vollmar 436.
Belles, Wilhelm † 11.
Beratung des Reichsetats 83.
Bericht der Buchhandlung Vorwärts 38.
— der Genossinnen 49—52.
— des Kassierers 39. 153.
— der Kontrolleure 154.
— der Mandats-Prüfungs-Kommission 189—195. 210.
Bericht des Parteivorstandes 11 bis 48. 150.
— — Anträge zum 117—124.
— — Debatte über 150—188. 196—281.
Schlußwort des Referenten 260.
Bericht der Reichstagsfraktion 53—116. 281—292.
— — Debatte über 281—292.
— — Anträge zum 124—127. 429.
— — Resolution zum 198.
— — Abstimmung über 292.
— — Schlußwort des Referenten 291.
Berliner Delegierten-Erklärung 403.
Berthold 154.
Beschwerde-Kommission der Arbeiterinnen 50.
Beschwerden gegen die Parteileitung 154. 158.
Borchardts Zuschrift 379.
Branntwein-Liebesgaben 70.
Brauns Brief an den Parteivorstand 158.
Bromberger Urteil 37. 288.
Bruderzwist in Solingen 17.
Buchhandlung Vorwärts 38.
Bureau des Parteitags 10.
Bureauwahl des Parteitags 141.
Bürgermeister, Sozialdemokratische, 25.

Calwers Brief an den Parteivorstand 160.
Central-Arbeitersekretariate 18.
Centralorgan (s. Vorwärts).
Chronologische Darstellung der Verhandlungen über den Zolltarif im Plenum 63.
Crimmitschauer Streikende 297. 423.

Decharge-Erteilung 155. 158.
Delegiertenliste 437.
Depeschen u. Zuschriften 448.
„Der wahre Jacob" 37. 152.
Deutsche im Ausland 92. 281.
Differenz zwischen Bebel und Vorwärts 264—272.
Druckfehlerberichtigung 448.
Duellunfug 90.

Einjährige Dienstzeit 289.
Einnahmen der Parteikasse 40.
— des Reichs 82.
— des „Vorwärts" 35.
Eisenzölle 59.
Ergebnisse der Reichstagswahlen 28.
Erklärung Ballestrems 86.
— der Berliner Delegierten 403.
— Bebels Erklärung gegen Vollmar 436.
— des Fraktionsvorstandes gegen die Beschränkung der Redefreiheit 85.
— Hoffmann-Täterow 403.
— Ledebour in der Polenfrage 433.
— Luxemburg zur Polenfrage 410.
— der Posener Genossen 404.
— zu Protokoll 264. 281. 297. 420. 423.
Eschke, Konsul: Erklärung 281.
Etatsberatung im Reichstag 83.
Etat des Reichs 81. 304.

Fabrikinspektoren 88.
Festsetzung der Tagesordnung 142.
Fleischbeschaugesetz-Interpellation 108.
Fleischnot 49.
Fleischteuerungs-Interpellation 108.
Flugblätter 428.
— zur Reichstagswahl 33.
Fraktion des Reichstags 32.
Fraktions-Aufruf zur Reichstagswahl 27. 33.
Fraktionsbericht (siehe Bericht der Reichstagsfraktion).
— als Broschüre 429.
Fraktions-Erklärung gegen die Beschränkung der Redefreiheit 85.
Frauen-Bildungsvereine 49.
— Agitation 49.
— in politischen Organisationen 49. 50.
— wahlrecht 288. 293. 295.

Gäste auf dem Parteitag 442.
Gefängnisarbeit 112.
Geheimpolizisten im Kongreßlokal 378.
Gemeindevertreter-Konferenz 19
Gemeindewahlen 24.
Generalstreik 431.
Genossinnen. (Siehe unter Frauen.)
Geschäftsbericht. (Siehe Bericht.)

Geschäftsordnung für den Parteitag 142.
Geschäftsordnungs-Umsturz im Reichstag 70.
Gesetzentwürfe 93.
Gesundheitsamt 89.
Getreidezölle 56. 63. 70.
Gewerbeaufsichtsbeamte 88.
Gewerbegerichtsgesetz 123.
Gewerbegerichtswahlen 23.
Gewerkschaften u. Frauen 50.
— und Gewerbegerichtswahlen 23.
— und Maifeier 22. 422.
Gewerkschafts-Organisationen 18.
„Gleichheit", Die 36. 50. 152.

Handbuch für Reichstagswähler 33.
Handelsverträge 282.
Hardens Brief an den Parteitag 246.
Hasenclever über Mehring 170.
Hüssener-Interpellation 110.

Jacob, Der wahre 37.
Jaeckhs Zuschrift an den Parteitag 246.
„In Freien Stunden" 39.
Industriekartelle 55. 66.
Industriezölle 60.
Initiativanträge 112.
Internationales 23.
Internationale Konferenz 23.
Internationaler Kongreß 23. 292—297.
— Antrag Molkenbuhr zum 292.
— Debatte 292—297.
— Resolution 297.
Interpellationen 108.
Interpellation betr.:
Fall Hüssener 110.
Fleischbeschaugesetz 108.
Fleischteuerung 108.
Kriegsveteranen 110.
Polenpolitik 110.
Uebergriffe von Polizeiorganen 108.
Wohnungsgesetz 113.
Zolltarif 111.
Jugend-Literatur 430.
Justizetat 92.

Kardorff-Antrag 70.
Kartelle 55. 66.
Kassenbericht 39. 153.
— Decharge-Erteilung 158.
Kautskys Erklärung zu Hardens Brief 247.
Kegel, Max † 11.
Keßler, Hermann † 11.
Kinderschutzgesetz 93.
Koalitionsrecht 13. 282.
Kontrolleure, Bericht 154.
— Wahl 420.
Kontrollkommission, Wahl 425.
Krankenversicherungsnovelle 97—106.
Kriegsveteranen-Interpellation 110.
Krupp-Affäre im Reichstag 83.

Landtagswahlen 25.
— preußische 18.
— sächsische 19.
Landtagsabgeordnete, sozialdemokratische 26.
Laurahütten-Prozeß 425.
Lebensmittelzölle 63. 70.
Ledebours Erklärung zur Polenfrage 433.
Lokalfrage 429.
Luxemburg Erklärung zur Polenfrage 410.

Maifeier 22. 422. 424.
— im Ausland 23.
— -Debatte 422—424.
— -Resolution 422.
Majestätsbeleidigungs-Paragraph 113. 283.
Malzgerste 112.
Mandats-Prüfungs-Kommission 10.
— Wahl 142.
— Bericht 189—195. 210.
Maximalarbeitstag 88. 113. 282.
Mehrings Artikel in der „Gartenlaube" 168. 205.
— Erklärung an den Parteitag 377.
— gegen Schönlank 204. 250.
Metzner, Theodor † 11.
Militär-Etats 89.
Militärmusiker 91.
Militärwerkstätten 90.
Mindestzölle 63.
Ministerverantwortlichkeits-Gesetz 113.
Mitarbeit an der bürgerlichen Presse 158—188. 196—264.
— Abstimmung über den Antrag 7 263.
— Bescheid d. Vorstandes 21.
— Beschwerde an den Vorstand 21.
— Brauns Brief 158.
— Calwers Brief 160.
— Erklärung des Vorstandes 22.
— Hardens Brief 246.
— Kautskys Erklärung 247.
— Mehrings Erklärung 377.

Nachlaß einer Arbeiterfamilie 14.
Nachwahlen zum Reichstag 26.
Nachruf für verstorbene Genossen 11.
Nächster Parteitag 420.
Namentliche Abstimmung über Resolution zur Taktik 419.
— Antrag 7 263.

„Neue Welt" 34.
Neue Welt-Kalender 34.
„Neue Zeit" 36. 152.
Neunerkommission 10.
Neunerkommission-Wahl 142.
Notiz-Kalender 34. 431.

Organisation (siehe Parteiorganisation).

Parlamentarische Tätigkeit (siehe Bericht der Reichstagsfraktion).
Parteibeiträge 43.
Parteidruckerei in Berlin 34.
Partei-Einnahmen (siehe Kassenbericht).
Parteiorganisation 6. 20. 152.
— Anträge 119.
— Verhandlung der Anträge 425.
Parteipresse 34. 153.
— Abonnentenzahl 34.
— Anträge 121.
— Ausgaben 42.
— Verhandlung der Anträge 430.
Parteiprogramm 3.
— Anträge 124.
— Verhandlung der Anträge 425.
Partei-Schiedsgerichte 20.
Partei-Sekretariate 151.
Parteitag, Nächster, 420.
— Anträge 127.
Parteitaktik (siehe Taktik).
Parteivorstandsbericht (siehe Bericht d. Parteivorstandes).
Parteivorstand-Vorschlagsliste 403.
— Bericht (siehe unter Bericht).
— Wahl 420.
Petitionen 113.
— betr.: Vereins- und Versammlungsrecht 113.
— betr.: Arbeiterinnenschutz 113.
Phosphorzündwaren-Gesetz 96.
Polenfrage 21. 33. 272—281.
— Ledebours Erklärung 433.
— Resolution Luxemburg 279.
— Erklärung der Posener Genossen 404.
— Luxemburg 410.
Polenpolitik-Interpellation 110.
Polnisches Flugblatt 33.
Polnische Parteiorganisation 21.
Polnische Presse 277.
Polizeiorgane, Uebergriffe 108.
Polizeispitzel 12.
Postetat 89.
Präsenz-Liste 437.
Presse, (Siehe Parteipresse.)
Preußische Landtagswahlen 18.

Preußische Landtagswahl-Konferenz 18.
Programm. (Siehe Parteiprogramm.)
Proportionalwahlen beim Gewerbegericht 24.
Protest gegen Beschränkung der Redefreiheit im Reichstag 84.
Pützfeld, Josef † 11.

Reichsamt des Innern 87.
Reichsarbeitsamt 113.
Reichs-Eisenbahnamt 89.
Reichshaushaltsetat 81.
Reichsetat 304.
Reichsgesundheitsamt 89.
Reichs-Schulkommission 89.
Reichstagsabgeordnete, sozialdemokratische 32.
Reichstags-Fraktion (siehe Fraktion).
— -Handbuch 33.
— -Nachwahlen 26.
— -Wahlen (siehe auch Wahlagitation) 26. 150.
Reichstagswahl-Agitation 33.
— Ergebnisse 28.
— Flugblätter 33.
— Fraktionsaufruf 27.
Reichsversicherungsamt 89.
Reichs-Wohnungsgesetz 113.
Resolutionen (siehe Anträge).
Revisionistische Bestrebungen (siehe Taktik).

Sächsische Landtagswahlen 19.
Salzsteuer 70.
Sammlung für Crimmitschauer 423.
Schiedsgerichte 20.
Schriftführerwahl 142.
Schulwesen 89.
Schutzzölle 55.
Seemannsordnung 106.
Sitzungszeit des Parteitags 9.
Soldaten als Lohndrücker 91.
Soldatenmißhandlungen 90. 238.
Solinger Angelegenheit 17.
Sozialdemokratische Landtagsabgeordnete 26.
— Reichstags-Fraktion 32.
Spahns Antrag 79.
Stadtverordnetenwahlen 24.
Statistisches Amt 18.
Steininghaus 155. 156. 157.
Strafregister 37.
Streikposten 13.

Tagesordnung des Parteitages 9.
— -Festsetzung 142.
Taktik der Partei 298—421. Abstimmung der Anträge 419.
Truppenübungsplatz 91.

Vereinsrecht-Petition 113.
Versammlungsrecht (siehe a. Vereinsrecht 14. 15.
Versammlungsverbote 14.
Verstorb. Parteigenossen 11.
Viehzölle 65.
Vizepräsidentenfrage (siehe Taktik).
Vorlagen an den Parteitag 11—135.
Vorsitzender der Kontrollkommission 425.
Vorschlagsliste zur Vorstandswahl 403.
Vorstand (siehe Partei-Vorstand).
Vorstandswahl 420.
Vorversammlung 136—145.
„Vorwärts" 12.
„Vorwärts"-Abrechnung 35.
— -Buchhandlung 38.
— -Druckerei 34.

Wächter, Friedrich † 11.
Wahlagitation 33. 150. 156. 157.
Wahlagitations-Broschüren 38.
Wahlagitation der Frauen 50.
Wahl des Büreaus 141.
— der Kontrolleure 420.
— der Kontrollkommission 425.
— der Mandats-Prüfungs-Kommission 142.
— der Schriftführer 142.
— der Vorsitzenden 141.
— des Vorstandes 420.
— Gemeinderatswahlen 24.
— Gewerbegerichtswahl. 23.
— Landtagswahlen 25.
— Reichstagswahlen 26.
Wahlkreis-Neueinteilung 113.
Wahlprüfungen 114.
Wahlreglement 107.
Witwen- und Waisenversicherung 62.
Wohnungsgesetz 113.
Wohnungshygiene 89.
Wurmkrankheit 89. 287.

Zolltarif 150.
— Der, im Plenum 63.
— zweite Beratung 63.
— dritte Beratung 77.
— -Vorlage, Die 53.
— -Interpellationen 111.
— -Resolutionen 111.
Zollwucher 49.
Zuckersteuer 70.
„Zukunft", Die 172—178. 198. 200. 202. 205. 206. 207. 213—216. 221. 224. 226. 232.
Zuschriften an den Parteitag 448.
Zusammenstellung über das Schicksal der Anträge 447.

Ergebnis der Abstimmungen

über die

dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 117—135. Die in Klammern beigefügte Seitenzahl bezieht sich auf die Abstimmung.)

Nicht genügend unterstützte Anträge.

2. 3. 6 (S. 143). **37—42** (S. 425). **43. 44. 46. 47. 48. 51** (S. 430). **57. 58** (S. 425). **65** (S. 422). **66. 67. 68. 113. 115. 116. 117** (S. 425). **122** (S. 430). **126. 127** (S. 425).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge.

5 (S. 145). **8—16** (S. 264). **17** (S. 419). **60—64** (S. 424). **89—91. 93—96. 98. 99. 101—103. 105—108** 1. Satz. **109** 1. Abs. **109a. 110** (S. 420). **120. 128** (S. 264). **129** (S. 420). **132** (S. 264).

Zurückgezogene Anträge.

53 (S. 427). **56** (S. 428). **69** (S. 284). **86** (S. 281). **92** (S. 431). **100** (S. 292). **104. 108** 2. Satz (S. 420). **111** (S. 321). **114** (S. 425). **139** (S. 421).

Abgelehnte Anträge.

1 (S. 145). **4a** (S. 297). **36** (S. 427). **49** (S. 430). **50. 52** (S. 431). **54. 55. 59. 112** (S. 428). **117. 123. 124** (S. 420). **133** (S. 430). **135** (S. 420). **138** (S. 433). **141** („revisionistische" zu streichen). **142** (S. 418).

Angenommene Anträge.

4: Agitation für das Frauen-Wahlrecht (S. 297). **7:** Genossen als Mitarbeiter an der bürgerlichen Presse (S. 263). Resolution Luxemburg über die Polenfrage (S. 281). **97** und **125:** Nächster Parteitag in Bremen (S. 420). **119:** Jährlicher Fraktionsbericht in Broschürenform. (S. 429). **130:** Resolution zur Taktik in veränderter Form (Wortlaut der Resolution S. 418) (S. 419). **134:** Anträge zur Organisation dem Vorstand zu überweisen (S. 425). **136:** Resolution Grunwald zu parlamentarische Tätigkeit. (S. 298). **137:** Antrag Molkenbuhr zum internationalen Kongreß.. (S. 297). Resolution Singer zum internationalen Kongreß (S. 297). **140:** Abänderungsantrag zur Taktik-Resolution 130 (S. 418). **141** 1. und 2. Teil: Abänderungsantrag zur Taktik-Resolution (S. 418). **143** und Abänderungsantrag Wurm: Abänderungsantrag zur Taktik-Resolution (S. 418). **144:** Abänderungsantrag zur Taktik-Resolution (S. 418).

Der Reichstagsfraktion überwiesene Anträge.

70. 71. 73—85. 87. 121. 131 (S. 292).

Durch Uebergang zur Tagesordnung erledigte Anträge.

72. 85a. 88 (S. 292).

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

18—39. 41. 118 (S. 425).

Zuschriften und Telegramme.

Arnstadt. Die Arbeiter-Radfahrer. — Beelitz. Genossen der Lungenheilstätte. — Berlin. Ungarische Sozialisten. — Freie Vereinigung der Gewerkschaften. — Arbeiter-Radfahrerverein. — Genossen des 168. Stadtbezirks. — Bern. Sozialdemokratische Partei. — Borbeck. Arbeiter-Gesangverein. — Bremerhaven. Hafenarbeiter. — Parteigenossen. — Brünn. 20000 versammelte Arbeiter. — Brüssel. Bureau Socialisto International. — Deutscher Arbeiterverein. — Budapest. 35000 versammelte Arbeiter. — Sozialdemokratische Partei Ungarns. — Sozialistische Studenten. — Chicago. Neues Leben. — Cöpenick. Handels- und Transportarbeiter. — Christiania. Norwegische sozialdemokratische Arbeiterpartei. — Dettelbach. Wilh. Friedenthal. — Genève. Redaktion der „Iskra". — Germersheim. Zwei Genossen. — Gräfenthal. Parteigenossen. — Hamburg. Polnische sozialdemokratische Versammlung. — Bezirk 136. — Arbeiter-Sängerbund. — Versammlung der Gast- und Schankwirte. — Harburg. Roter Geburtstag bei Vater Asbahr. — Hausham. Parteigenossen. — Herford. Sozialdemokratischer Verein. — Johanngeorgenstadt. Sozialdemokratischer Wahlverein. — Kiel. Sozialdemokratischer Verein. — Klettau. Böhmische Sozialdemokraten. — Kopenhagen. Jensen, Gemeinderatsmitglied. — Langenbielau. Mehrere Genossen. — Lechhausen. Genossen des dritten oberbayrischen Reichstagswahlkreises. — Leicester. Zweigverein der unabhängigen Arbeiterpartei. — Leipzig. Mehrere Genossen. — Oberösterreichischer Gewerkschaftskongreß. — London. Friedrich Leßner. — Unabhängige Arbeiterpartei. — Deputiertenversammlung der sozialistisch-revolutionären Partei. — Kommunistischer Arbeiterbildungsverein. — Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund in Lithauen, Polen und Rußland. — Luxemburg. Parteileitung der luxemburgischen sozialdemokratischen Partei. — Mundenheim. Sozialdemokratischer Verein. — Lwow. Ukrainische Sozialisten in Rußland. — Netzschkau. Versammlung des Volksbildungsvereins. — Newcastle. Zweigverein der unabhängigen Arbeiterpartei. — Niederschreiberhau. Ein Mai-Gemaßregelter. — Oranienburg. Genossen aus der Heilstätte Grabowsee. — Paris. Deutscher sozialdemokratischer Leseklub. — Russische revolutionäre Partei. — Sozialdemokratische Partei Russisch-Polens und Lithauens. — Französische Arbeiterpartei. — Sozialistische Partei. — Pforzheim. Parteigenossen. — Pinneberg. Sozialdemokratischer Verein. — Rixdorf. Filialversammlung der Steinsetzer. — Roßlau. Parteigenossen. — Rotterdam. Arbeiterversammlung. — Rumburg. Konferenz der böhmischen Genossen. — Slawentzitz. Genossen der Lungenheilstätte. — Sonneberg. Arbeiterschaft. — Stettin. Seemannsverband. — Landtagswählerversammlung. — Sozialdemokratischer Wahlverein für Randow-Greifenhagen. — Stralsund. Parteigenossen vom Sommervergnügen. — Straßburg-Elsaß. Parteigenossen. — Streckau. Sozialdemokratischer Verein. — Westerland. Genossen von Sylt. — Wien. Genosse Baumgarten. — Volksversammlung in Hermels. — Wilmersdorf. Sozialdemokratische Schankwirte Berlins und Umgegend. — Würzburg. — Parteigenossen Würzburgs. — Zürich. Landesausschuß der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie. — Verband lettischer Sozialdemokraten. —

Druckfehler-Berichtigung.

Auf Seite 134 Zeile 4 von oben muß es heißen: **85**, nicht 85a.
Auf Seite 157 muß es heißen: Reuber-Solingen, nicht Reuter.
Auf Seite 281 Zeile 15 von unten muß es heißen: Antrag **85**, nicht 85a.
Auf Seite 288 Zeile 22 von oben ist unter den Anträgen Nr. **89** zu streichen.

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

G.E.STECHERT
& Co.
NEW YORK

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 003200034